



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

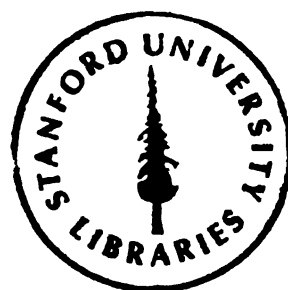
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





UNIVERSITY
STACKS
JUN 1976

LIBRARY



Ex. May Abdruck N. 151.

Amtsblatt



der

Königlichen Regierung zu Potsdam

und der

Stadt Berlin.

Jahrgang 1890.

Potsdam, 1890.

Zu haben bei den Kaiserlichen Postanstalten der Provinz und in Berlin.

Preis 1 Mark 50 Pfennige.

(Der Preis des Alphabetischen Sach- und Namen-Registers vom ganzen Jahrgange beträgt 38 Pfennige.)

J87
G3P6
1890

Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin

im Jahre 1890

erschiedenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Abkürzungen. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Ministerien sind durch den Buchstaben M., die des Königl. Ober-Präsidiums durch die Buchstaben O. Pr., die des Königl. Regierungs-Präsidenten durch die Buchstaben R. Pr., die der Königl. Regierung durch den Buchstaben R., die der Königl. Bezirks-Ausschüsse durch die Buchstaben B. A., die des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin durch die Buchstaben P. Pr., die des Staats-Sekretärs des Reichs-Post-Amtes bezw. des Reichs-Post-Amtes durch die Buchstaben R. P. A., die der Kaiserlichen Ober-Post-Direktionen durch die Buchstaben O. P. D., die des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Ko., die des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums der Provinz Brandenburg durch den Buchstaben S., die der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichsschulden-Verwaltung durch die Buchstaben H. V. und bezw. R. S. V., die der Königl. Kontrolle der Staatspapiere durch den Buchstaben K., die der Königl. Direktion der Rentendank für die Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben R. B., die der Königl. General-Kommission für die Provinz Brandenburg durch die Buchstaben G. K., die der Königl. Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben P. St. D., die des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Halle durch die Buchstaben O. B. A., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben E. B., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Breslau durch die Buchstaben E. Br., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg durch die Buchstaben E. Br., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg durch die Buchstaben E. M., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt durch die Buchstaben E. E., die der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M. durch die Buchstaben E. F., die des Herrn Landes-Direktors der Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben L. D. und die der Kreis-Ausschüsse des Regierungs-Bezirks Potsdam durch die Buchstaben K. A. bezeichnet.

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
1889.				
Juni 30.	(M.)	Siehe Nr. 3 E. M. unterm 28. Dezember 1889.		
Aug. 15.	— —	Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Umtausch gekündigter Pfandbriefe Lit. B.	1	5/6
Okt. 17.	(M.)	Siehe Nr. 57 R. Pr. unterm 1. März 1890.		
- 17.	(H. V.)	Siehe Nr. 1 R. unterm 21. Oktober 1889.		
- 21.	1. R.	Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schuldverschreibungen der Preuß. konf. 4% Staatsanleihe von 1880.	3	13
Nov. 14.	2. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	10	81/82
- 29.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Anleihe der Stadt Verleberg von 210 000 Mark.	2	7/8
Dez. 4.	1. R. B.	Ausfertigung von Entlastungs-Quittungen über abgelöste Renten ..	4	26
- 13.	(M.)	Siehe Nr. 4 R. Pr. unterm 30. Dezember 1889.		
- 13.	1. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Simeonskirche in Berlin.	4	25
- 14.	1. E. M.	Umtausch von 4% Berlin = Potsdam = Magdeburger Eisenbahn-	1	4
- 14.	6. E. M.	Prioritäts-Obligationen gegen Staatsschuldverschreibungen.	3	16/17
- 17.	(M.)	Siehe Nr. 9 P. Pr. unterm 18. Januar 1890.		
- 18.	1. M.	Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, betr. die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889.	1	1
- 18.	1. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890.	1	1
- 19.	3. P. Pr.	Berichtigung der Polizei-Verordnung über die bauliche Anlage und die innere Einrichtung von Theatern u. vom 31. Oktober 1889.	1	2/3

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 19.	2. E. M.	Umtausch von 4% Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-	1	4/5
	7. E. M.	Obligationen gegen Staatsschuldverschreibungen.	3	17
- 21.	1. B. A.	Schluß der kleinen Jagd im Regierungsbezirk Potsdam	1	2
- 21.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 1 Ko. unterm 13. Dezember 1889.		
- 23.	1. E. Br.	Ausnahmetarif für Düngemittel	1	3
- 23.	— —	Amtsgericht Charlottenburg. — Führung der Handels- u. Register	1	6
- 23.	— —	Amtsgericht Oderberg i. M. — Führung der Handels- u. Register	1	6
- 23.	— —	Hofkammer zu Berlin. — Forst-Personal-Veränderungen	2	12
- 24.	2. R. Pr.	Bekündigung ortspolizeilicher Verordnungen in der Stadt Wiesenthal	1	1
- 24.	1. E. B.	Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen	1	3
		gegen 3½% Staatsschuldverschreibungen.		
- 24.	2. E. Br.	Ermäßigte Beförderungspreise für die II. und III. Wagenklasse ..	1	4
- 24.	3. E. Br.	Die Eisenbahnhaltestelle Gultow betr.	1	4
- 28.	3. R. Pr.	Ermittelung des Ernte-Ertrages im Jahre 1889	1	1/2
- 28.	1. P. Pr.	Verbot eines Flugblattes	1	2
- 28.	2. P. Pr.	Desgl.	1	2
- 28.	1. O. P. D.	Einrichtung neuer öffentlicher Fernsprechkstellen in Berlin	1	3
- 28.	3. E. M.		1	5
	4. E. M.	Kündigung von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen	2	11
	8. E. M.		3	17/18
- 30.	— —	Allerhöchste Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des	2	7
		Landtages.		
- 30.	4. R. Pr.	Arznei-Taxe für 1890	1	2
- 30.	2. O. P. D.	Unter-Abtheilungen der Fernsprech-Vermittlungs-Anstalt I. zu	1	3
		Berlin betr.		
- 31.	1. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	2	8
- 31.	5. R. Pr.	Viehseuchen	1	2
- 31.	6. R. Pr.	Chausseegelberhebung auf der Teltower Kreis Chaussee von Königs-	2	8/9
		Wusterhausen nach Ratzow.		
- 31.	5. E. M.	Umtausch von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen Staats-	2	11.
		schuldverschreibungen.		
- 31.	1. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung	3	18
1890.				
Jan. 2.	M.	Eröffnungsfeier der beiden Häuser des Landtages	2	7
- 3.	2. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	3	13
- 3.	10. R. Pr.	Schmiede-Innung in Rathenow	2	10
- 3.	1. H. V.	10. Verloosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen	4	25
- 3.	1. K.	Aufgebot eines Staatsschuldscheins	3	16
- 3.	2. K.	Desgl.	3	16
-	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach Nr. 52 des	1	6
		Centralblatts für 1889.		
Jan. 4.	11. R. Pr.	Form der ärztlichen Atteste der Medicinalbeamten	2	10/11
	u. P. Pr.			
- 4.	2. E. B.	Nachträge zu den Tarifheften 1 bis 3 des Galizisch-Norddeutschen	2	11.
		Getreideverkehrs.		
- 6.	5. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. das Verbot des Haltens von Marktsuhr-	3	15
- 6.	8. P. Pr.	werken in verschiedenen Straßen Berlins.	4	24/25
- 6.	3. O. P. D.	Die Postagentur in Bornim betr.	2	11
- 7.	7. R. Pr.	Viehseuchen	2	9
- 7.	8. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Dezember 1889 ...	2	8/9
- 7.	9. R. Pr.	Desgl. des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl.	2	10
		5% Aufschlag im Monat Dezember 1889.		

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 7.	3. K. A.	Nachweisung der Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Teltow im IV. Vierteljahr 1889.	4	26
- 8.	13. R. Pr.	Das Russische General-Konsulat in Berlin betr.	3	14
- 8.	14. R. Pr.	Das Spanische General-Konsulat in Berlin betr.	3	14
- 8.	15. R. Pr.	Das Konsulat für die Republik Nicaragua in Berlin betr.	3	14
- 8.	4. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat Dezember 1889	3	15
- 8.	7. P. Pr.	Warnung vor den sogenannten Karbon-Natron-Defen	4	24
- 8.	1. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Columbien	4	21
- 9.	17. R. Pr.	Vertrauensmänner der Leder-Industrie-Verufsgenossenschaft	3	14
- 9.	4. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Döhrigsdorf	4	26
-	-	Inhaltsverzeichnis von Stück 25 bis einschl. 27 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1889.	2	7
-	-	Desgl. von Stück 25 bis einschl. 30 der Gesetz-Sammlung von 1889	2	7
Jan. 10.	2. M.	Auslegung der Wählerlisten zu den Neuwahlen für den Reichstag	3	13
- 10.	6. P. Pr.	Stell- und Rademacher-Innung zu Berlin	3	16
- 10.	2. K. A.	Nachweisung der Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Beeskow-Storkow im II. Halbjahr 1889.	4	25
- 11.	12. R. Pr.	Lotterie für die Niederlegung der Schlossfreiheit in Berlin	3	13/14
- 11.	-	Ausschreiben der von den Mitgliedern der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1889 zu entrichtenden Beiträge.	4	27/28
- 14.	16. R. Pr.	Biehfeuchen	3	14
- 14.	-	Rönlgl. Landstallmeister zu Friedrich-Wilhelms-Gefüt. — Stationirung der Landbeschäler für 1890.	4	28/29
- 15.	-	Feuerkassengelder-Ausschreiben für die Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg u. für das II. Halbjahr 1889.	4	27
- 16.	5. O. P. D.	Stadt-Fernsprecheinrichtungen betr.	5	44
- 16.	6. O. P. D.		6	49
- 16.	10. O. P. D.		7	54
- 17.	3. O. Pr.	Neuwahlen für den Reichstag	4	21
- 17.	18. R. Pr.	General-Konsulat der Vereinigten Staaten von Venezuela in Berlin	4	21
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach Nr. 52 des Centralblatts für 1889 und Nr. 1 für 1890.	3	19/20
Jan. 18.	19. R. Pr.	Oesterreichisch-Französische Elementar- und Unfallversicherungs-Gesellschaft „Azienda“ in Wien.	4	21
- 18.	22. R. Pr.	Uebersicht der Infanterie-Truppentheile, welche am 1. April 1890 Einjährig-Freiwillige einstellen.	4	22/23
- 18.	27. R. Pr.	Nachweisung über den Geschäftsbetrieb der städtischen, Landgemeinde- und Kreis-Sparkassen im Regierungsbezirk Potsdam für 1888 bzw. 1888/89.	5	33/40
- 18.	9. P. Pr.	Standesamtliche Meldung von Todgeburten	5	43
- 18.	2. H. V.	35. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 ..	5	44
- 18.	6. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Oberbarnim	5	45
- 20.	20. R. Pr.	Erhebung einer Abgabe für das Durchschleusen durch die Schleuse bei Prieros.	4	21
- 20.	4. O. P. D.	Die Postagentur in Stralau betr.	5	43/44
- 20.	3. E. B.	Nachträge zum Rumänisch-Norddeutschen Eisenbahn-Verbandstarif	5	44/45
- 21.	3. M.	Polizei-Verordnung für die Eisenbahn von Glöwen nach Havelberg	6	47/48
- 21.	21. R. Pr.	Biehfeuchen	4	21
- 21.	23. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1889 beobachteten Wasserstände..	4	24

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 21.	3. K.	Aufgebot von Schuldschreibungen	5	44
- 22.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. Berichtigung des Musters zu einem Anleihschein des Kreises Ostprignitz.	8	57
- 22.	5. M.	Abnahme von Dampfkesseln	8	57
- 22.	24. R. Pr.	Wahl des Deich-Inspectors des Deich-Verbandes der 2. und 3. Di- vision der Prignitz'schen Elbniederung.	5	33
- 22.	28. R. Pr.	Die Vorsitzenden und Vertrauensmänner der Fuhrwerks-Vereins- genossenschaft.	5	41/42
- 22.	2. R.	Benutzung der Schulkafale zur Reichstagswahl.	5	43
- 23.	25. R. Pr.	Einverleibung bezw. Abtrennung von Grundstücken bei Dranienburg	5	33
- 23.	4. E. Br.	Verzeichniß der von den Gepäcsträgern zu beanspruchenden Gebühren- sätze.	5	45
- 23.	5. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Osthavelland	5	45
- 24.	— —	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin im Sommerhalbjahr 1890.	8	66
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach Nr. 1 und 2 des Centralblatts für 1890.	4	29/32
Jan. 25.	26. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes zu Weimar.	5	33
- 25.	30. R. Pr.	Die Wahlen zum Reichstage betr.	5	42
- 25.	2. R. P. A.	Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs	5	43
- 25.	7. O. P. D.	Einrichtung von Posthülfsstellen	6	49
- 27.	— —	(Allerhöchste Verordnung) s. Nr. 69 R. Pr. unterm 13. März 1890.		
- 27.	29. R. Pr.	Aufnahme von Geisteskranken in Privat-Irren-Anstalten	5	42
- 27.	10. P. Pr.	Verfahren bei Errichtung von Dampfkessel-Anlagen	6	48
- 28.	4. M.	Notirung von Terminpreisen an der Börse zu Mannheim	8	57
- 28.	31. R. Pr.	Viehseuchen	5	43
- 29.	— —	(Magistrat zu Charlottenburg) s. Nr. 68 R. Pr. unterm 22. März 1890.		
- 30.	35. R. Pr.	Erledigte Kreiswundarztstelle im Kreise Ostprignitz	7	51
- 31.	4. O. Pr.	Wahl von Direktionsmitgliedern der Kurmärkischen Hülfskasse	6	48
- 31.	8. O. P. D.	Landbriefstellbezirksänderung	6	49
- 31.	1. L. D.	Versicherung von Leuchtgas-Anstalten gegen Feuergefahr	7	56
- 31.	— —	Regierung zu Bromberg. — Erledigte Kreisthierarztstelle	7	56
—	4. E. B.	Fahrplan-Änderung	6	49
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 3 des Centralblatts für 1890.	5	45/46
Febr. 1.	3. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldschreibungen der Reichsanleihen von 1878 und 1885.	7	55
- 1	4. K.	Aufgebot eines Staatschuldscheins	7	55
- 1.	1. O. B. A.	Bergwerkseigenthum „Ruhlsdorf I.“ im Kreise Niederbarnim	6	49
- 3.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. Verleihung des Rechts zur Chauffeegelb- Erhebung an den Kreis Teltow.	9	67
- 3.	— —	(Allerhöchster Erlass) s. Nr. 16 P. Pr. unterm 26. Februar 1890.		
- 4.	32. R. Pr.	Viehseuchen	6	48
- 4.	39. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Equipagen, Pferden etc. in Stettin	7	52
- 4.	11. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in Berlin	7	52
- 4.	5. K.	Aufgebot von Schuldschreibungen	7	55
- 5.	10. K. A.	Genehmigung von Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Nieder- barnim.	14	136/139

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 6.	9. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	7	54
- 6.	6. K.	Aufgebot von Schuldschreibungen	7	55/56
- 6.	5. E. Br.	Anderweite Berechnung des Personenzugeldes und der Gepäckfracht im Fernverkehr nach und von Berlin	7	56
- 7.	11. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur in Luisenpark	7	54/55
- 7.	7. K. A.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim	8	62
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 4 des Centralblatts für 1890.	6	50
Febr. 8.	12. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Januar 1890	7	52/54
- 8.	5. E. B.	Neue Personen- und Gepäckbeförderungspreise	8	61
- 8.	6. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	8	62
- 8.	7. E. Br.	Ausnahmetarif für Düngemittel	8	62
- 10.	33. R. Pr.	Konsulat der Republik Peru in Berlin	7	51
- 10.	34. R. Pr.	Verlegung einer Chausseegeldbestelle im Kreise Niederbarnim	7	51
- 10.	15. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur in Rixdorf	8	60
- 11.	36. R. Pr.	Viehsteuern	7	51
- 11.	37. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Januar 1890.	7	51
- 11.	38. R. Pr.	Desgl. der Markt- u. Preise im Monat Januar 1890	7	52/53
- 11.	40. R. Pr.	Tischler-Zinnung zu Wittstock	8	58
- 11.	4. H. V.	Aufruf der zur Einlösung noch nicht eingegangenen Stamm-Aktien und Prioritäts-Obligationen der Münster-Hammer und bezw. der Taunus-Eisenbahn.	8	60
- 11.	9. E. Br.	Nachtrag zum Tarif für die Beförderung von Personen und Reise- gepäck, Theil II.	9	71
- 12.	50. R. Pr. u. P. Pr.	Kunstkaffeebohnen betr.	9	69
- 13.	42. R. Pr.	Zurücknahme des Verbotes eines Flugblattes	8	58
- 13.	13. P. Pr.	Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	8	58
- 14.	5. O. Pr.	Einberufung des 16. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg	8	57
- 14.	12. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	8	58/59
- 14.	2. O. B. A.	Bergwerkseigenthum „Dabendorf“ im Kreise Teltow	8	60
- 14.	3. O. B. A.	Desgl. „Jühnsdorf“ im Kreise Teltow	8	60/61
- 14.	4. O. B. A.	Desgl. „Tetz“ im Kreise Teltow	8	61
- 14.	5. O. B. A.	Desgl. „Glienitz“ im Kreise Teltow	8	61
- 14.	6. O. B. A.	Desgl. „Nauen I.“ im Kreise Havelland	8	61
- 15.	24. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Widerruf der Anstellung eines Bezirks- schornsteinfegermeisters.	11	95
- 15.	13. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	8	59
- 15.	14. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	8	59/60
- 15.	-	Königl. Kredit-Institut für Schlessen zu Breslau. — Umtausch gefändigter Pfandbriefe Lit. B.	9	72
- 16.	41. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890.	27	257
- 16.	15. P. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890.	8	58
- 17.	-	Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	9	70
- 17.	-	Allerhöchster Erlass, betr. den Bau zweier Kreischauffeeren im Kreise Templin.	13	119
- 17.	-	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisanziehheine des Kreises Templin.	13	119/121
- 17.	7. O. B. A.	Bergwerkseigenthum „Wühnsdorf“ im Kreise Teltow	9	70/71
- 17.	8. O. B. A.	Desgl. „Saalow“ im Kreise Teltow	9	71

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 17.	8. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	9	71
- 17.	8. K. A.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Oberbarnim	9	72
- 17.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Aufruf ver- looster Pfandbriefe Lit. B.	9	72/73
- 18.	43. R. Pr.	Biehseuchen	27	257/258
- 18.	47. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Abänderung der Baupolizei-Ordnung 15. Juli 1868. für die Städte vom 26. Januar 1872.	8	58
- 18.	48. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Abänderung der Baupolizei-Ordnung für die Vororte Berlins vom 24. Juni 1887.	9	69
- 18.	14. P. Pr.	Die Schornsteinfeger-Prüfungs-Kommission für die Stadt Berlin betr.	9	70
- 18.	16. O. P. D.	Unabhängige Postenbindungen	9	70
- 18.	— —	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnison- bauten und Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen für Garnisonbauten.	10	83/89
- 19.	— —	(Allerhöchste Kabinettsordre) f. Nr. 56. R. Pr. unterm 4. März 1890.		
- 19.	— —	Allerhöchster Erlass. — Nachtrag zu den reglementarischen Be- stimmungen des Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kredit-Instituts.	12	111/112
- 19.	6. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	9	68
- 19.	49. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	9	69
- 19.	51. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Equipagen, Pferden u. in Stettin	9	69
- 19.	3. R. B.	Einlösung fälliger Zinsscheine	10	82
- 20.	(M.)	Siehe R. Pr. und P. Pr. unterm 7. März 1890.		
- 20.	44. R. Pr.	Fischerei-Aufsichtsbeamte	9	68
- 21.	3. R. P. A.	Einrichtung einer Postagentur in Lome (Togo-Schutzgebiet)	10	81
- 21.	17. O. P. D.	Stadt-Fernsprecheinrichtungen	9	70
- 21.	10. E. Br.	Beförderung von Getreide in unverpacktem Zustande	9	71
- 21.	12. E. Br.	Vorausbestellung Berliner Droschken in Küstrin	10	83
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 4, 5 und 6 des Centralblatts für 1890.	8	64/65
Febr. 22.	17. P. Pr.	Errichtung neuer Apotheken in Berlin	10	81
- 22.	5. H. V.	— — — — —	10	81
- 22.	11. H. V.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	18	172
- 22.	14. H. V.	— — — — —	27	254
- 23.	11. E. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs	9	71/72
- 24.	45. R. Pr.	Schiffahrtssperre	9	68
- 24.	46. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1890 beobachteten Wasserstände.	9	68
- 24.	13. E. Br.	Neuer Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II.	10	83
- 25.	52. R. Pr.	Biehseuchen	9	69/70
- 25.	54. R. Pr.	Ertheilung von Leichenpässen	10	79
- 26.	53. R. Pr.	Zur Invaliditäts- und Alters-Versicherung	10	77/79
- 26.	58. R. Pr.	Anlegung einer Apotheke in Franz-Buchholz und einer 2. Apotheke in Neu-Weißensee bei Berlin.	10	80
- 26.	16. P. Pr.	Freilegung der Straße Nr. 23 der Abtheilung II. des Bebauungs- plans von Berlin und verschiedener anderer Straßen.	10	80/81
- 26.	21. P. Pr.	Verkauf von Obst, Kartoffeln und Torf von Rähnen in Berlin ...	11	94

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	—	Inhalts-Verzeichniß von Stück 1 bis 9 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	9	67
—	—	Desgl. von Stück 1 bis 4 der Gesetz-Sammlung von 1890 . . .	9	67
Febr. 28.	59. R. Pr. u. P. Pr.	Ausspielung von Handarbeiten, Büchern zc. in Kaiserswerth	10	80
28.	18. P. Pr.	Statut der „Allianz“, Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin .	11	92
28.	7. E. B.	Zeitkartenverkehr auf der Berliner Stadt- und Ringbahn	10	82/83
28.	14. E. Br.	Ermäßigte Transportsteuer-Beträge	11	96
28.	9. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Osthavelland	11	96
—	6. E. B.	Fahrplan-Änderung	9	72
—	—	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle im Sommerhalbjahr 1890.	10	90
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiet nach Nr. 5, 6 und 7 des Centralblatts für 1890.	9	73/76
März 1.	7. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	10	77
1.	57. R. Pr.	Mecklenburgische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Neu-Brandenburg.	10	80
1.	8. E. B.	Frachtforderungen betr.	11	95
3.	55. R. Pr.	Namen und Bezirke der Vertrauensmänner der Elbschiffahrts-Verufsgenossenschaft im Regierungsbezirk Potsdam.	10	79
3.	19. P. Pr.	Errichtung von Apotheken in Berlin	11	92/93
3.	7. K.	Aufgebot von Schuldverschreibungen	11	95
4.	56. R. Pr.	Verloosung zur Auswanderung nach Brasilien	10	80
4.	60. R. Pr.	Viehseuchen	10	80
4.	6. H. V.	Einlösung fälliger Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden . . .	12	113
4.	8. H. V.	9. Verloosung von 3½% Staatsschuldscheinen von 1842	13	129/130
5.	23. P. Pr.	Anlage des 3. und 4. Geleises der Berliner Ringbahn vom Bahnhof Wedding bis zum Bahnhof Westend.	11	94/95
5.	19. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	11	95
6.	64. R. Pr.	Erledigung der Kreisthierarztsstelle im Kreise Templin	11	92
6.	22. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat Februar 1890	11	94
6.	16. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	12	115
7.	R. Pr. u. P. Pr.	Anweisung zur Ausführung der §§ 18, 138, 156 bis 161 des Reichsgesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1890.	Ertrablatt vom 17. März 1890.	
7.	66. R. Pr. u. P. Pr.	Ausspielung von Silbersachen zc. in Hamburg	12	112
7.	20. P. Pr.	Apotheken-Räumlichkeiten betr.	11	93/94
7.	4. R. P. A.	Zulassung von Postaufträgen nach einigen Orten der Levante	12	113
7.	15. E. Br.	Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck	12	114/115
7.	17. E. Br.	Neuer Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck . .	12	115
8.	26. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in Berlin	12	112
8.	9. E. B.	Neuer Galizisch-Norddeutscher Verbandtarif	12	114
8.	—	Elbstrombauverwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. den Schutz der Scharbeiche an der Elbe gegen den Wellenschlag der Dampfschiffe.	11	96
9.	10. E. B.	Güterverkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits und Rumänien andererseits.	12	114
10.	62. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Februar 1890.	11	91
10.	63. R. Pr.	Nachweisung der Markt- zc. Preise im Monat Februar 1890	11	92/93

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 10.	9. O. B. A.	Bergwerkseigenthum „Hugo Hoff“ im Kreise Teltow	11	95
- 11.	8. O. Pr.	Reichstagsneuwahl im I. Berliner Wahlkreise	11	91
- 11.	61. R. Pr.	Biehseuchen	11	91
- 11.	20. O. P. D.	Einrichtung von Posthülfsstellen	12	113
- 11.	2. L. D.	Wahl von Mitgliedern des Direktorialraths der Städte-Feuer- Sozietät der Provinz Brandenburg.	12	116
- 12.	25. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	12	112
- 12.	27. P. Pr.	Prüfung für Heilgeschülßen	12	112/113
- 12.	7. H. V.	Vorkommen falscher Zinsscheine von Staatsschuldverschreibungen ...	12	113/114
- 13.	69. R. Pr.	Verordnung, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln	13	122/127
- 13.	28. P. Pr.	Ausbildung von Hebammen	12	113
- 13.	1. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der Dorotheenstädtischen Kirche in Berlin.	20	185
- 13.	2. Ko.	Desgl. an der St. Johannis-Evangelist-Kirche in Berlin	20	185
- 13.	3. Ko.	Desgl. an der St. Golgatha-Kirche in Berlin	20	185/186
- 13.	8. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	12	114
- 13.	9. K.	Desgl.	12	114
- 13.	11. E. B.	Ostdeutsch-Österreichischer Verband, Theil III.	12	114
- 13.	(L. D.)	Siehe Nr. 5 L. D. unterm 30. Mai 1890.		
- 13.	— —	Regierungs-Präsident zu Magdeburg. — Schifffahrtssperre	12	116
- 14.	65. R. Pr.	Erledigte Kreiswundarztsstelle im Kreise Jauß-Bezirk	12	112
- 14.	29. P. Pr.	Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	12	113
—	— —	Vorlesungen an der Königl. thierärztlichen Hochschule zu Hannover im Sommerhalbjahr 1890.	11	97
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 8 und 9 des Centralblatts für 1890.	11	98
März 15.	16. M.	Zusatzbestimmungen zum Gebührentarif vom 31. März 1877 zur Bezahlung der Kataster-Auszüge, Abschriften und Hand- zeichnungen.	25	227
- 15.	5. R. P. A.	Postpaketverkehr mit den Französischen Besitzungen Gabun und Kongo, sowie mit den Seychellen-Inseln.	13	129
- 15.	9. H. V.	Aufruf der zur Einlösung noch nicht eingegangenen Schuldver- schreibungen der 4% Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853 und 1862.	13	130
- 15.	9. E. M.	Lokal-Güter-Verkehr	12	115/116
- 16.	30. P. Pr.	Errichtung einer neuen Apotheke in Berlin	13	128/129
- 17.	10. M.	Ausführung des Reichsgesetzes, betr. die Invaliditäts- und Alters- versicherung, vom 22. Juni 1889.	21	191/192
- 17.	6. R. P. A.	Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reiches	13	129
- 17.	1. P. St. D.	Abgrenzung von Steuer-Hebebezirken	13	130
- 18.	67. R. Pr.	Biehseuchen	12	112
- 18.	92. R. Pr.	Polizei-Verordnung für den Rutsche-Schau-Verband	17	159/160
- 18.	7. R. P. A.	Postverkehr mit der Deutschen Postagentur in Shanghai (China) ..	13	129
- 18.	23. O. P. D.	Landbestellbezirksänderung	13	129
- 18.	19. E. Br.	Nachtrag III. zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg — Magde- burg.	14	143
- 18.	10. E. M.	Fahrplan-Änderungen	13	131
- 18.	11. E. M.	Fahrplan-Änderungen	14	135
- 19.	4. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der St. Lukas-Kirche in Berlin.	20	186
- 19.	5. Ko.	Desgl. an der St. Bartholomäus-Kirche in Berlin	20	186

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 19.	18. E. Br.	Nachtrag IV. zum Lokaltarif und Nachtrag XI. zum Kilometer- zeiger.	13	131
- 20.	9. O. Pr.	XIX. Nachtrag zum revidirten Reglement der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg ic. vom 15. Januar 1855.	15	145/147
- 20.	73. R. Pr.	Öeffentliche Belobigung	14	133
- 20.	8. R. P. A.	Postpaketverkehr mit dem Orange-Freistaat und der Südafrikanischen Republik.	13	129
- 20.	3. L. D.	Hauptetat der Verwaltung des Provinzial-Verbandes von Branden- burg für 1890/91.	14	140/142
- 21.	6. M.	Ankauf von Remonten für 1890	14	133
	7. M.		16	153
	8. M.		18	169
	9. M.		20	181/182
	13. M.		22	199/200
	15. M.		24	213
	17. M.		26	239
	18. M.		27	251
	19. M.		29	273/274
	20. M.		30	285
- 21.	22. E. Br.	Fahrplan-Änderung	14	144
	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiet nach Nr. 9 und 10 des Centralblatts für 1890.	12	116/118
März 22.	(M.)	Siehe Nr. 83 R. Pr. unterm 2. April 1890.		
- 22.	68. R. Pr.	Tarif zur Erhebung von Ufer-Anlage-, Krahn- und Wiegegebühren für die Benutzung der öffentlichen städtischen Ausladestelle an der Spree in Charlottenburg.	13	122
- 22.	70. R. Pr.	Frühjahrsfischzeit der Fische	13	127
- 22.	3. R.	Zahlungen von Pensionen ic. für Charlottenburg	13	128
- 22.	31. P. Pr.	Entziehung eines Hebammen-Prüfungs-Zeugnisses	14	135
- 22.	21. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 22 in Berlin	13	129
- 22.	22. O. P. D.	Desgl. des Postamts Nr. 54 in Berlin	13	129
- 24.	13. E. B.	Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen gegen 3 1/2 % Staatsschuldverschreibungen.	14	142/143
- 25.	(M.)	Siehe Nr. 4 P. St. D. unterm 14. April 1890.		
- 25.	71. R. Pr.	Viehseuchen	13	127/128
- 25.	72. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Februar 1890 beobachteten Wasserstände.	13	128
- 25.	78. R. Pr.	Namen und Bezirke der Vertrauensmänner der Glas-Berufs- genossenschaft.	14	134
- 25.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 3 Ko.-unterm 13. März 1890.		
- 25.	20. E. Br.	Nachtrag IX. zum Verbands-Gütertarif zwischen Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawka'er Eisenbahn.	14	143
- 25.	21. E. Br.	Ausnahme-Frachtsätze für Torfstreu und Torfmüll	14	143
- 26.	8. O. Pr.	Jahres-Durchschnitts-Marktpreise für 1890/91	13	121
- 26.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 2 Ko. unterm 13. März 1890.		
- 27.	79. R. Pr.	Fischerei-Aufsichts-Beamte	14	135
- 27.	32. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in Berlin	15	148
- 27.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 1 Ko. unterm 13. März 1890.		
- 27.	24. O. P. D.	Änderung in der Gelbbestellung in Berlin	14	135
- 28.	74. R. Pr.	Öeffnungszeiten der Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn bei Potsdam und Werder über die Havel.	14	133/134

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 28.	13. K. A.	Nachweisung von Kommunalbezirksveränderungen des Kreises Ruppin	17	165
—	12. E. B.	Fahrplan-Änderungen	13	130/131
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 11 des Centralblatts für 1890.	13	132
März 29.	2. B. A.	Grunderwerb für den Rangirbahnhof Pankow	14	135
- 30.	75. R. Pr.	Errichtung einer Wasserbauinspektorstelle in Coepenick	14	134
- 30.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 4 Ko. unterm 19. März 1890.		
- 30.	23. E. Br.	Beförderung von Saatgetreide nach dem Kreise Ostelsburg	15	149
- 31.	2. P. St. D.	Erhebung von Schleusen-Abgaben	16	155
- 31.	24. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	15	150
April 1.	76. R. Pr.	Befetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei Reichs- und Staatsbehörden mit Militärämtern.	14	134
- 1.	77. R. Pr.	Viehseuchen	14	134
- 1.	33. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in Berlin	15	148
- 1.	25. E. Br.	Nachtrag IV. zum Südostpreussischen Verkehrs-Gütertarif	16	155
- 2.	83. R. Pr.	Den Oder-Spree-Kanal betr.	15	148
- 3.	(K.)	Siehe Nr. 4 R. unterm 29. April 1890.		
- 4.	9. R. P. A.	Einrichtung einer Postagentur in Stephansort (Neu-Guinea)	16	154
- 5.	(M.)	Siehe Nr. 69. P. Pr. unterm 15. August 1890.		
- 5.	84. R. Pr.	Chausseegelberhebung im Kreise Niederbarnim	15	148
- 5.	34. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat März 1890	15	149
- 5.	10. H. V.	Das Preussische Staatsschuldbuch betr.	16	154/155
- 5.	11. K. A.	Nachweisung der Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Teltow im I. Vierteljahr 1890.	16	157
- 6.	25. O. P. D.	Das Postamt. in Schlachtensee betr.	16	154
- 7.	26. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	16	156
- 8.	80. R. Pr.	Viehseuchen	15	147
- 8.	81. R. Pr.	Nachweisung der Markts- u. Preise im Monat März 1890	15	146/147
- 8.	82. R. Pr.	Desgl. des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat März 1890.	15	148
- 8.	85. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Wagen, Pferden, Reit- und Fahrgeräthen betr.	15	148
- 9.	86. R. Pr.	Ortsbenennung „Carlsheim“	16	153
- 9.	6. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Zwölf-Apostel- Kirche in Berlin.	20	186
- 9.	15. E. B.	Fahrpreis-Ermäßigungen	16	155
- 10.	35. P. Pr.	Warnung vor dem Weismann'schen sogenannten Schlagwasser	17	162
- 10.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 5 Ko. unterm 19. März 1890.		
- 10.	7. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin.	20	186
- 10.	10. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	16	155
- 10.	16. E. B.	Frachtkundungen u. betr.	16	155
—	—	Inhalts-Verzeichniß von Stück 10 und 11 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	15	145
—	—	Desgl. von Stück 5 bis 9 der Gesetz-Sammlung von 1890	15	145
April 11.	10. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	16	153
- 11.	26. O. P. D.	Eröffnung einer Telegraphen-Betriebsstelle in Jüterbog (Schießplatz)	16	154
- 11.	12. E. M.	Stationsbenennung „Nowawes-Neuendorf“	16	156
—	14. E. B.	Fahrplan-Änderung	15	149
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 11, 12 und 13 des Centralblatts von 1890.	15	150/152

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seltenzahl des Amts- blatts.
April 12.	27. E. Br.	Ausgabe von Rückfahrkarten nach Badeorten	17	164
- 12.	— —	Regierungspräsident zu Merseburg. — Steuerkreditkassenscheine und unverzinsliche Kammerkreditkassenscheine betr.	18	173
- 13.	36. P. Pr.	Geheimmittel	17	162
- 14.	4. P. St. D.	Tarif, nach welchem die Abgabe für die Benutzung des Winterhafens bei Wittenberge zu entrichten ist.	17	163/164
- 15.	87. R. Pr.	Viehseuchen	16	153/154
- 15.	38. P. Pr.	Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	17	163
- 15.	28. O. P. D.	Einrichtung von Postagenturen	17	161
- 15.	12. K. A.	Bezirksveränderung im Kreise Osthavelland	17	164
- 16.	88. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Ausdehnung der Bau-Polizei-Ordnung vom 24. Juni 1887 auf den Amtsbezirk Mariendorf und die Villenkolonie Grunewald.	17	159
- 16.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 6 Ko. unterm 9. April 1890.		
- 16.	3. B. A.	Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Schönholz nach Gremmen.	17	162
- 16.	3. P. St. D.	Anderweite Uebertragung einer Stempeldistribution	17	163
- 17.	89. R. Pr.	Sperre der Flößerei auf der Dosse	17	159
- 17.	14. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim.	18	173
- 18.	90. R. Pr.	Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung	17	159
- 18.	91. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1890.	17	159
- 18.	37. P. Pr.	Steinfeger-Innung zu Berlin	17	163
- 18.	15. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim.	18	173
- 19.	27. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Kłodow	17	161
- 19.	14. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim.	19	177
- 20.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 7 Ko. unterm 10. April 1890.		
- 21.	4. B. A.	Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Templin nach Prenzlau.	17	162
- 21.	5. B. A.	Desgl. von Beeskow nach Königs-Wusterhausen und nach Lübben	17	162
- 21.	31. O. P. D.	Anderweite Bezeichnung von Postanstalten	18	172
- 21.	12. K.	Aufgebot von Schuldverschreibungen	18	172
- 22.	93. R. Pr.	Viehseuchen	17	160
- 22.	107. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Schonung des Störs	23	200
- 22.	10. R. P. A.	Postpaketverkehr mit den Bermuda-Inseln	19	176
- 23.	94. R. Pr.	Militärische Fourage-Verabreichungsstellen betr.	18	170
- 23.	39. P. Pr.	Rückgabe der Kaution eines Auswanderungs-Unternehmers	18	170
- 23.	41. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	18	170/171
- 23.	4. R. B.	Auslösung von Rentenbriefen ic.	18	172
- 23.	19. E. B., E. Brs. u. E. Br.	Ausgabe von Rückfahrkarten mit Gutscheinen nach Berlin	18	172/173
- 24.	40. P. Pr.	Straßenbenennung in Berlin	18	170
- 25.	46. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Anstellung eines Bezirkschornsteinfegermeisters.	21	193
- 25.	30. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	18	171/172
- 25.	11. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	18	172
- 25.	16. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim.	20	188

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	17. E. B.	Fahrplan-Aenderung	17	164
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 14 und 15 des Centralblatts für 1890.	17	165/168
April 26.	29. O. P. D.	Einrichtung des Telegraphenbetriebes bei dem Postamt Nr. 78 zu Berlin.	18	171
- 26.	15. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Nieder- barnim.	19	177/178
- 27.	32. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	19	176/177
- 27.	33. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	19	177
- 28.	11. M.	Ausführungsbestimmung zum Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Alters-Versicherung vom 22. Juni 1889.	21	192
- 28.	35. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Nechlin	19	177
- 28.	18. E. B.	Ungarisch-Deutscher Viehverkehr	18	172
- 29.	95. R. Pr.	Viehseuchen	18	170
- 29.	98. R. Pr.	Müller-Innung zu Freienwalde a. D.	19	176
- 29.	4. R.	Liste der 1889/90 der Kontrolle der Staatspapiere als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichs-Schuldschriften.	18	169/170
- 29.	42. P. Pr.	Verbot eines Flugblattes	19	176
- 29.	43. P. Pr.	Desgl.	19	176
- 29.	34. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Schweinrich ..	19	177
- 29.	36. O. P. D.	Desgl. in Jüsedom ..	19	177
- 29.	—	Regierungspräsident zu Bromberg. — Offene Kreisbierarztsstelle ..	20	188
- 30.	97. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat März 1890 beobachteten Wasserstände.	19	175
- 30.	—	Der Reichsfanzler. — Abänderung der Postordnung vom 8. März 1879	21	191
Mai 1.	96. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden, Wagen u. in Marienburg	19	175
- 2.	50. P. Pr.	Anhang II. zu den neuen Statuten des „Janus“. Wechselseitige Lebens-Versicherungs-Anstalt in Wien.	23	208
- 2.	10. R. P. A.	Zulassung von Postaufträgen im Verkehr mit dem Deutschen Postamt in Constantinopel.	20	185
- 2.	37. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Harnecop	19	177
- 2.	38. O. P. D.	Desgl. in Pereg ..	19	177
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 15 des Centralblatts für 1890.	18	174
Mai 3.	39. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Treskow	19	177
- 3.	28. E. Br.	Die Haltestelle Sehlen betr.	20	187
- 5.	11. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten	20	182
- 5.	30. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	20	187
- 5.	17. K. A.	Genehmigung einer Kommunalbezirksveränderung im Kreise Nieder- barnim.	20	188
- 6.	99. R. Pr.	Schiffahrtssperre	19	176
- 6.	100. R. Pr.	Viehseuchen	19	176
- 6.	44. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Monat April 1890	20	184/185
- 6.	9. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle in der Kirchengemeinde Stralau, Diözese Berlin I.	24	220
- 7.	—	(Allerhöchster Erlass) s. Nr. 49 P. Pr. unterm 23. Mai 1890.		
- 7.	96. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Wagen, Pferden, Reit-, Fahr- und Jagdgeräthen	20	182
- 7.	29. E. Br.	Beförderung von Getreide im Südoßpreussischen Verbanke	20	187

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seltenzahl des Amts- blatts.
Mai 8.	6. B. A.	Eröffnung der Jagd auf wilde Enten	20	184
- 8.	41. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Wandlitz (Mark)	20	185
- 8.	20. E. B.	Sonder-Personenzüge	20	186/187
- 9.	23. E. B.		21	196
- 9.	40. O. P. D.	Errichtung öffentlicher Fernsprechkstellen	20	185
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 16 und 17 des Centralblatts für 1890.	19	179/180
Mai 10.	(M.)	Siehe Nr. 59 P. Pr. unterm 15. Juni 1890.		
- 10.	42. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Kröchlendorf	20	185
- 10.	32. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	22	203
- 10.	21. K. A.	Nachweisung von im Kreise Zauch-Belzig genehmigten Kommunal- bezirksveränderungen.	26	245
- 11.	22. E. B.	Beförderung von Wollsendungen nach dem Berliner Wollmarkt ...	21	195/196
- 12.	47. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Tarif für die Dienstmannschaft in Berlin.	21	194
- 12.	43. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Manker	21	194
- 12.	8. Ko.	Generalkirchenvisitation in der Diözese Strasburg i. M.	21	195
- 12.	31. E. Br.	Die Haltestelle Tangermünde betr	21	196
- 12.	4. L. D.	Aus Schreiben der Beiträge für abgabepflichtige Pferde und Rinder (Reichs-Viehseuchen-Gesetz).	21	195
- 13.	97. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat April 1890.	20	183
- 13.	98. R. Pr.	Deagl. der Markt- u. Preise im Monat April 1890	20	182/183
- 13.	99. R. Pr.	Viehseuchen	20	184
- 13.	102. R. Pr.	Schlächter-Innung zu Teltow	21	192
- 13.	24. E. B.	Personen-Sonderzug	21	196
- 14.	101. R. Pr.	Wöchentliche Schonzeit der Fische	21	192
- 14.	45. P. Pr.	Glaszer-Innung zu Berlin	21	193
- 14.	44. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Wigow	21	194
- 14.	2. S.	Rektors-Prüfung in Berlin	24	221
- 14.	3. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin	24	221
- 15.	20. K. A.	Nachweisung der im Kreise Templin genehmigten Kommunalbezirks- veränderungen.	25	233
-	-	Inhalts-Verzeichniß von Stück 12 und 13 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	20	181
-	-	Deagl. von Stück 10 bis 17 der Gesetz-Sammlung von 1890 ...	20	181
Mai 16.	100. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.	21	192
- 16.	106. R. Pr.	Erhöhung der Vergütungssätze für den zu den diesjährigen Schieß- übungen auf dem Artillerie-Schießplatz bei Jüterbog geleisteten Vorspann.	22	200
- 16.	(R.)	Siehe Nr. 9 Ko. unterm 6. Mai 1890.		
- 16.	1. S.	Prüfung für Handarbeits-Lehrerinnen in Berlin	24	220/221
- 16.	4. S.	Prüfung für Sprach-Lehrerinnen in Berlin	24	221/222
- 16.	5. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	24	222
- 16.	8. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	25	230
- 16.	25. E. B.	Verzeichniß der Eisenbahn-Stationen mit gleichlautender oder ähnlicher Namensbezeichnung.	22	203
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 18 des Centralblatts für 1890.	20	189/190

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 17.	45. O. P. D.	Stadt-Fernsprecheinrichtungen betr.	22	201
	52. O. P. D.		24	220
- 17.	5. R. B.		22	201/203
	7. R. B.	Berloosung von Rentenbriefen	26	243
	10. R. B.		36	337/339
- 17.	— —	Oberpräsident zu Breslau. — Ernennung von Preisrichtern für die	22	203/204
	— —	Entwürfe und Modelle für ein am meisten geeignetes Segel-	23	210/211
	— —	oder Lastschiff zum Befahren der Ober x.	24	225/226
- 17.	— —	Regierungspräsident zu Bromberg. — Offene Kreisbierarztskelle ..	22	204
- 18.	11. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Marokko	22	201
- 18.	6. S.	II. Lehrerprüfung im Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	24	222
- 18.	7. S.	Aufnahme-Prüfung ebendaselbst ..?	24	222
- 18.	9. S.	Entlassungs-Prüfung ebendaselbst	25	230
- 20.	103. R. Pr.	Berleihung des Verdienst-Ehrenzeichens für Rettung aus Gefahr ..	21	192/193
- 20.	105. R. Pr.	Blieshausen	21	193
- 20.	46. O. P. D.	Einrichtung einer Zweig-Postanstalt auf dem Gesundbrunnen bei	22	201
		Freienwalde a. D.		
- 20.	47. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in-Mellenau	22	201
- 20.	6. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe	23	210
- 20.	5. P. St. D.	Herstellung eines Branntwein-Denaturierungsmittels	23	210
- 21.	(M.)	Siehe Nr. 5 L. D. unterm 30. Mai 1890.		
- 21.	104. R. Pr.	Deffnungszeiten der Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger	21	193
		Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder.		
- 21.	48. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	22	200/201
- 22.	12. M.	Polizei-Verordnung, betr. die Eisenbahn von Frankfurt a. D. nach	22	199
		Angermünde.		
- 23.	— —	Der Reichskanzler. — Abänderung der Postordnung vom 2ten	25	227
		März 1879.		
- 23.	106. R. Pr.	Reichstagserversammlung im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks Potsdam	Extrablatt vom	
			24. Mai 1890.	
- 23.	49. P. Pr.	Freilegung des Längsplatzes und Umbau der Kurfürsten-(Längen)	22	201
		Brücke.		
- 23.	48. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	23	209
- 23.	13. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	23	210
	21. E. B.	Den Eisenbahn-Haltepunkt Baumschulenweg betr.	21	195
Mai 24.	14. M.	Notirung von Terminpreisen auf der Börse zu Leipzig	24	213
- 24.	111. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	23	205
- 24.	10. S.	Aufnahme-Prüfung am Schullehrer-Seminar zu Kyritz	25	230
- 24.	11. S.	II. Lehrer-Prüfung ebendaselbst	25	230
- 24.	12. S.	Entlassungsprüfung ebendaselbst	25	230/231
- 24.	13. S.	II. Lehrer-Prüfung am Schullehrer-Seminar zu Berlin	25	231
- 24.	20. E. B.	Ausruf Berlin-Anhaltischer Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen ..	25	232
- 24.	— —	Elbstrombau-Verwaltung. — Personal-Veränderung	23	211
- 27.	49. O. P. D.	Errichtung einer Postagentur in Marienthal	23	209/210
- 27.	33. E. B.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs	23	210
- 28.	108. R. Pr.	Deffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücke der Berlin-Hamburger	22	200
		Eisenbahn über die Havel bei Spandau.		
- 28.	109. R. Pr.	Blieshausen	22	200
- 28.	52. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken behufs Einlegung eines Druckrohrs	23	208/209
		des Radialsystems XII. der allgemeinen Kanalisation von		
		Berlin.		

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 28.	53. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Anstellung von Bezirksschornsteinfeger- meistern.	24	218
- 29.	110. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Ergänzung der Bau-Polizei-Ordnungen für die Städte vom 26. Januar 1872 und für das platte Land vom 15. März 1872 hinsichtlich der Höhe der Gebäude.	23	205
- 29.	5. R.	Errichtung eines neuen Katasteramts in Brandenburg a. H.	23	206/208
- 29.	51. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	23	208
- 29.	8. R. B.	Entlastungsquittungen über abgelöste Renten	26	243
- 29.	27. E. B.	Abfertigung von Reisegepäck nach Heringsdorf	24	224
- 29.	13. E. M.	Fahrplan-Änderung	23	210
- 29.	18. K. A.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Jüterbog-Luckenwalde	24	225
-	-	Inhalts-Verzeichniß von Stück 14 und 15 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	22	199
-	-	Desgl. von Stück 18 und 19 der Gesetz-Sammlung von 1890 ..	22	199
Mai 30.	112. R. Pr.	Personen-Verkehr auf der Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau.	23	205/206
- 30.	113. R. Pr.	Öffnungszeiten der Drehbrücke der Berlin-Lehrter Eisenbahn über die Havel bei Spandau.	23	206
- 30.	26. E. B.	Frachtkundungen betr.	24	223/224
- 30.	5. L. D.	II. Nachtrag zum revidirten Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.	24	224/225
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 19 des Centralblatts für 1890.	22	204
Mai 31.	114. R. Pr.	Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte für land- und forstwirtschaft- liche Unfallversicherung betr.	23	206
Juni 2.	51. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	24	219/220
- 2.	34. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	24	223
- 3.	115. R. Pr.	Viehseuchen	23	206
- 3.	50. O. P. D.	Einrichtung des Telegraphenbetriebs bei den Postämtern Nr. 47, 70 und 95 zu Berlin.	24	219
- 3.	12. H. V.	Eintlösung der am 1. Juli 1890 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden etc.	24	213/214
- 3.	13. H. V.	19. Verloosung von Schuldverschreibungen der 4% Staatsanleihe von 1868. A.	25	231
- 3.	35. E. Br.	Die Eisenbahnhaltestelle Wilkieten betr.	25	232
- 4.	12. O. Pr.	Wahlordnung, betr. die Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin.	Extrabeilage zum 24. Stück.	
- 4.	13. O. Pr.	Desgl. der Provinz Brandenburg		
- 4.	117. R. Pr.	Thierärztliche Untersuchung der nach den Nordseehafenstädten zu versendenden Wiederkäuer und Schweine.	24	214/215
- 4.	119. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht betr.	24	215
- 4.	122. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat April 1890 beobachteten Wasserstände.	24	216
- 4.	8. B. A.	Allgemeine Vorarbeiten für die Herstellung eines für Seeschiffe fahrbaren Kanals von der Ostsee nach Berlin und von da nach der Nordsee.	24	218
- 4.	-	Regierungspräsident zu Hannover. — Verloosung der vormalig Hannoverschen 4% Staatsschuldverschreibungen Lit. S.	25	233/234
- 5.	14. O. Pr.	Ernennung eines Oberfischmeisters der Provinz Brandenburg	25	228
- 5.	118. R. Pr.	Auspielung von Pferden etc. in Jerbst	24	215

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 5	10. O. B. A.	Bergwerkseigenthum „Mellen“ im Kreise Teltow	24	222
- 5	11. O. B. A.	Desgl. „Fris Glück“ im Kreise Teltow	24	222
- 5	14. E. M.	Local-Güterverkehr betr.	25	232
- 6	54. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Mai 1890	24	218/219
- 6	56. P. Pr.	Entziehung der Erlaubniß zur Ausübung des Hebammen-Gewerbes	25	229
- 6	6. L. D.	Die Taubstummen-Anstalt der Provinz Brandenburg zu Guben betr.	25	232
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 19 des Centralblatts für 1890.	23	211/212
Juni 7	116. R. Pr.	Abhaltung von Schießversuchen auf dem Schießplatze bei Cummers- dorf.	24	214
- 7	55. P. Pr.	Verlegung der Stettiner Bahn zwischen Berlin und Pankow und Anlage eines Rangirbahnhofes bei Pankow.	25	228
- 8	57. P. Pr.	Entziehung der Befugniß, sich als geprüfter Heilidiener zu bezeichnen.	25	229
- 9	120. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Mai 1890	24	214/215
- 9	121. R. Pr.	Desgl. des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Mai 1890.	24	216
- 9	7. B. A.	Ferien des Bezirksausschusses zu Potsdam	24	218
- 9	9. B. A.		25	228
- 9	10. B. A.		26	231
- 9	54. O. P. D.	Das Postamt des X. Deutschen Bundeschießens Berlin N. betr..	25	229
- 9	14. S.	Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen	25	231
- 10	123. R. Pr.	Fischerei-Aufsichtsdienst	24	217
- 10	124. R. Pr.	Biehseuchen	24	217/218
- 10	6. R.	Versicherung domainenrentenpflichtiger Gebäude gegen Feuergefahr	26	240
- 10	19. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim	25	232
- 11	-	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausfertigung von Kreisanzleihscheinen des Kreises Teltow.	28	261/263
- 11	53. O. P. D.	Das Postamt auf dem Ausstellungsplatze der I. allgemeinen Deutschen Pferde-Ausstellung zu Berlin.	25	229
- 11	55. O. P. D.	Anmeldung von Fernsprech-Anschlüssen	25	229
- 11	57. O. P. D.		26	241
- 11	62. O. P. D.		27	253
- 11	37. E. Br.	Bestellungen zusammenstellbarer Fahrscheinebeste	26	244
- 12	125. R. Pr.	Stättgeld-Tarif von Lyken	25	228
- 12	56. O. P. D.	Anschluß an Stadt-Fernsprecheinrichtungen	25	229/230
- 12	58. O. P. D.		26	241
- 12	64. O. P. D.		27	253
- 12	7. L. D.	Verwaltungsübersicht der Brandenburg'schen Wittwen- und Waisen- Versorgungs-Anstalt im Jahre 1889/90.	26	246
- 13	28. E. B.	Eisenbahn-Verkehr mit den Levante-Häfen	25	231/232
- 14	128. R. Pr.	Befugnisse der Dampfkessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampfkesseln.	26	239
- 14	-	Königliches Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — 43. Ver- loosung von Schlesischen Pfandbriefen Litt. B.	26	246/247
- 15	59. P. Pr.	I. Nachtrag zum revidirten Statut der „Friedrich Wilhelm“, Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Actien-Gesell- schaft zu Berlin.	26	241
- 15	36. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	26	244
- 16	-	Der Reichskanzler. — Abänderungen der Postordnung vom 8. März 1879.	28	263
- 16	131. R. Pr.	General-Konsulat der Vereinigten Staaten zu Berlin	26	240

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 17.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. die Regulirung des Zingergrabens in der Gemarkung Nieder-Schönhausen.	33	309
- 17.	126. R. Pr.	Staatsstipendium zum Besuche der Königl. technischen Hochschule ..	25	228
- 17.	127. R. Pr.	Viehseuchen	25	228
- 18.	58. P. Pr.	Schiffsliegefrist für Obsthandelschiffe	26	241
- 18.	10. Ko.	Parochial-Verhältniß der in Berlin neu anziehenden evangelischen Glaubensgenossen.	27	253/254
- 18.	14. K.	Aufgebot einer Schulverschreibung	26	242
- 19.	15. O. Pr.	Wahlbezirks-Eintheilung für die Wahl des Ausschusses der Versicherungs-Anstalt des Stadtkreises Berlin für die Invaliditäts- und Altersversicherung.	Extrabeilage zum 26. Stück.	
- 19.	R. Pr.	Ersatzwahl eines Reichstags-Abgeordneten im 4. Wahlkreise	Extrablatt vom 20. Juni 1890.	
- 19.	60. P. Pr.	Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn und Herstellung der Güteranschlüsse nach dem Rangirbahnhofe Pankow.	26	241
- 19.	59. O. P. D.	Einrichtung von Reichs-Telegraphen-Anstalten in Liegow, Berge und Ribbeck.	26	242
- 19.	61. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger ...	26	242
- 19.	38. E. Br.	Eisenbahn-Verkehr nach den Levante-Häfen	26	244
- 19.	39. E. Br.	Güterverkehr im Herbst	27	255
- 19.	23. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Oberbarnim	27	257
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 16 und 17 des Reichs Gesetz-Blatts von 1890.	25	227
—	— —	Desgl. von Stück 20 bis 23 der Gesetz-Sammlung von 1890	25	227
Juni 20.	129. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890.	26	239
- 20.	11. B. A.	Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Berlin	27	252
- 20.	61. P. Pr.	Warnung vor dem Bandwurmeiökünstler Mohrmann	27	252
- 20.	12. R. P. A.	Werbbriefverkehr mit Kamerun	27	253
- 20.	15. S.	Eröffnung des Gymnasiums zu Schöneberg	26	242
- 20.	15. E. M.	Umtausch von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen 3½% Staatsschuldverschreibungen.	26	244/245
- 20.	16. E. M.		27	256/257
- 20.	17. E. M.		28	268/269
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 21 und 22 des Centralblatts für 1890.	25	235/236
Juni 21.	16. O. Pr.	Ernennung des Beauftragten für die Leitung der Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungs-Anstalt der Provinz Brandenburg.	27	251
- 21.	13. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Kamerun	27	253
- 21.	30. E. B.	Umtausch von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen 3½% Staatsschuldverschreibungen.	27	254/255
- 22.	40. E. Br.	Ferien-Sonderzüge	27	255
- 23.	130. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai 1890 beobachteten Wasserstände.	26	240
- 23.	60. O. P. D.	Einrichtung einer Reichstelegraphenanstalt in Dohna	26	242
- 23.	41. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	27	256
- 24.	132. R. Pr.	Viehseuchen	26	240
- 24.	— —	Königl. Polizei-Direktion zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. das Meldewesen.	29	278/282
- 25.	— —	Stadtschuss zu Spandau. — Grenzveränderung der Kreise Teltow und Osthavelland.	28	270

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 26.	(M.)	Siehe Nr. 136 R. Pr. unterm 5. Juli 1890.		
- 26.	17. O. Pr.	Wahlbezirkseinteilung für die Wahl des Ausschusses der Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg für die Invaliditäts- und Altersversicherung.	27	251/252
- 26.	14. R. P. A.	Einführung der Postanweisungen im Verkehr mit den Deutschen Schutzgebieten von Kamerun und Togo.	28	266
- 26.	24. K. A.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Osthavelland	28	270
- 27.	— —	Allerhöchstes Privilegium zur Ausgabe von Anleihscheinen der Stadt Berlin.	31	291/293
- 27.	63. O. P. D.	Einrichtung von Postagenturen in Blankenfelde und Schildeow, Kreis Niederbarnim.	27	253
- 27.	65. O. P. D.	Desgl. einer Reichstelegraphenanstalt in Mesendorf	27	253
- 27.	28. K. A.	Genehmigung von Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim.	30	287/288
—	22. K. A.	Desgl. im Kreise Niederbarnim	26	245/246
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 23 und 24 des Centralblatts für 1890.	26	249/250
Juni 28.	8. L. D.	Provinzial-Abgaben für 1890/91	28	269
- 28.	25. K. A.	Nachweisung der Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Angermünde im II. Vierteljahr 1890.	28	270
- 29.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. Herabsetzung des Zinsfußes der Westhavelländischen Kreisaneihen.	32	301
- 29.	18. O. Pr.	Ernennung des Beauftragten für die Leitung der Wahlen der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin.	28	263
Juli 1.	133. R. Pr.	Beschluß, betr. Aufhebung einer vom Amtsvorsteher zu Dt.-Wilmerdsdorf erlassenen Polizei-Verordnung über die äußere Heilhaltung der Sonn- und Festtage.	27	252
- 1.	134. R. Pr.	Viehseuchen	27	252
- 1.	42. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	28	267/268
- 2.	15. H. V.	11. Verloosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen	30	286/287
- 2.	15. K.	Aufgebot von Konsols	28	266/267
- 3.	43. E. Br.	Ausnahme-Frachtsätze für Torfstreu und Torfmüll	28	268
- 3.	— —	Amtsgericht Trebbin. — Führung der Handels- u. Register	28	270
- 4.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Verlegung eines Druckrohrs für die Kanalisation von Charlottenburg.	33	309
- 4.	135. R. Pr.	Verpflegung mittelloser bulgarischer Staatsangehöriger	28	263
- 4.	149. R. Pr.	Polizei-Verordnungen, betr. Ergänzung der Verordnung über den Betrieb der Personen-Dampfschiffahrt vom 31. März 1884 und der Verordnung über das Befahren der Wasserstraßen mit Frachtdampfschiffen und Dampfschleppzügen vom 31. März 1885.	31	294/295
- 4.	31. E. B.	Steigerung des Güterverkehrs im Herbst	29	277
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 24 und 25 des Centralblatts für 1890.	27	258/260
Juli 5.	136. R. Pr.	Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889.	28	264/265
- 5.	140. R. Pr.	Belohnung für Ermittlung der Thäter von Waldbränden	28	266
- 5.	150. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der Verordnung über den Personentransport auf Böten und Gondeln auf der Havel zwischen Gladow und Tegel vom 4. März 1876.	31	295

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 7.	62 P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat Juni 1890 ..	29	275
- 7.	15. R. P. A.	Versendung von Postpaketen nach Portugal	29	276
- 7.	44. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	29	277
- 7.	26. K. A.	Nachweisung der vom Kreisausschusse des Kreises Ruppin genehmigten Kommunalbezirksveränderungen.	29	277
- 8.	21. M.	Tarif für Benutzung der von dem Mühlenbesitzer Schumacher zu Oberberg i. M. am Finow-Kanal errichteten Ablage.	31	293
- 8.	137. R. Pr.	Viehseuchen	28	265
- 8.	138. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Juni 1890.	28	265
- 8.	139. R. Pr.	Nachweisung der Marktz. Preise im Monat Juni 1890	28	266/267
- 8.	66. O. P. D.	Landbestellbezirksänderung	29	276
- 8.	16. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	29	276
- 8.	27. K. A.	Nachweisung der im Kreise Beeskow-Storkow im I. Halbjahr 1890 genehmigten Kommunalbezirksveränderungen.	30	287
- 9.	(M.)	Siehe Nr. 84 P. Pr. unterm 6. November 1890.		
- 10.	141. R. Pr.	Schneider-, Kürschner- und Mützenmacher-Innung zu Havelberg ..	29	274
- 10.	63. P. Pr.	Einlegung eines Druckrohrs des Radialsystems XII. der allgemeinen Kanalisation von Berlin.	29	275/276
—	18. E. M.	Fahrplan Aenderung	28	269
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 26 des Centralblatts für 1890.	28	271/272
Juli 12.	67. O. P. D.	Eröffnung von Reichs-Telegraphen-Anstalten in Boberow, Mellen und Zapel.	29	276
- 12.	68. O. P. D.	Desgl. in Mahlsdorf	29	276
- 12.	69. O. P. D.	Desgl. in Jblow, Reichenberg und Prieschagener Mühle	29	276
- 14.	142. R. Pr.	Maler-Innung zu Nauen	29	274
- 14.	70. O. P. D.	Umwandlung der Postagentur in Adlershof in ein Postamt III. ...	30	286
- 14.	72. O. P. D.	Anschluß an Stadt-Fernsprecheinrichtungen	30	286
- 14.	6. P. St. D.	Steuervergütung für Branntwein	30	287
- 15.	143. R. Pr.	Sperre der Neuhauser Schleuse	29	274
- 15.	144. R. Pr.	Viehseuchen	29	274
- 15.	71. O. P. D.	Landbestellbezirksänderung	30	286
- 15.	—	Feuertassengelder-Ausschreiben für die Land-Feuer-Societät der Kur- mark Brandenburg zc. für das I. Halbjahr 1890.	30	288/289
- 17.	12. B. A.	Eröffnung der kleinen Jagd	30	286
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 18 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890	29	273
—	—	Desgl. von Stück 24 bis 30 der Gesetz-Sammlung von 1890 ...	29	273
Juli 18.	16. R. P. A.	Postpaketverkehr mit den Fidji-Inseln	31	295
- 18.	77. O. P. D.	Einrichtung von Posthülfsstellen	31	297
- 18.	—	Feuertassengelder-Ausschreiben der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg für das I. Halbjahr 1890.	31	298/299
- 18.	—	Amtsgericht Zossen. — Führung der Handels- zc. Register	31	300
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 27 des Centralblatts für 1890.	29	283/284
Juli 19.	145. R. Pr.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Angermünde	30	285/286
- 19.	16. H. V.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	30	287
- 19.	21. H. V.		40	366
- 19.	22. H. V.		49	448
- 19.	10. P. St. D.	Aenderung und Ergänzung des Regulativs für Gewerbsanstalten, in denen unter steuerlicher Kontrolle Branntwein gereinigt werden darf.	34	318/324

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 21.	73. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	31	295/296
- 21.	45. E. Br.	Ausnahme-Frachtsätze für Torfstreu und Torfmüll	31	298
- 22.	146. R. Pr.	Viehseuchen	30	286
- 22.	74. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	31	296
- 22.	75. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	31	297
- 22.	76. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Berthinhalt	31	297
- 23.	7. P. St. D.	Verkauf des allgemeinen Branntwein-Denaturierungsmittels und unvermischter Pyridinhafen als besonderes Denaturierungsmittel.	31	297/298
- 24.	19. O. Pr.	Beginn der Jagd auf Rebhühner im Stadtkreise Berlin	31	293
- 24.	148. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1890 beobachteten Wasserstände.	31	294
- 24.	151. R. Pr.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim	31	295
- 24.	64. P. Pr.	Desinfektion der Wohnungen nach ansteckenden Krankheiten durch städtische Beamte.	32	301/302
- 24.	8. P. St. D.	Veranlagung der Brennereien zum Kontingent	32	303
-	- -	Inhaltsverzeichnis von Stück 19 bis 21 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	30	285
-	- -	Desgl. von Stück 31 und 32 der Gesetz-Sammlung von 1890 ...	30	285
Juli 27.	46. E. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs	32	304
- 28.	147. R. Pr.	Ortsbenennung „Sommerwalde“ im Kreise Osthavelland	31	293/294
- 28.	47. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	32	304
- 29.	152. R. Pr.	Viehseuchen	31	295
- 29.	9. P. St. D.	Änderungen und Ergänzungen des amtlichen Waaren-Verzeichnisses zum Zolltarife u. u.	32	303
- 29.	32. E. B.	Norddeutscher Güterverkehr nach den unteren Donauländern	32	303/304
- 29.	29. K. A.	Kommunalbezirksveränderung im Kreise Oberbarnim	41	375
- 30.	147. R. Pr.	Thierärztliche Untersuchung der nach den Nordseehafenstädten zu versendenden Wiederkäuer und Schweine.	32	301
- 30.	- -	Uebersicht von den Ergebnissen der Verwaltung der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg im Jahre 1889.	32	305/307
- 31.	148. R. Pr.	Sperre der Potsdamer Eisenbahn-Drehbrücke über die Havel für den Schiffsverkehr.	32	301
- 31.	78. O. P. D.	Einrichtung eines Postamtes im Landesausstellungspark zu Berlin	32	302
- 31.	17. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	32	302
Aug. 1.	149. R. Pr.	Generalkonsulat des Oranje-Freistaats	32	301
-	- -	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 28 des Centralblatts für 1890.	31	299/300
Aug. 2.	18. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	32	302
- 4.	70. P. Pr.	Concession und Statuten der Bremer Lebens-Versicherungs-Bank.	35	331
- 4.	12. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Johanniskirche in Moabit.	38	351
- 5.	- -	(Der Reichskanzler.) S. Nr. 75 P. Pr. unterm 18. September 1890 und Nr. 229 R. Pr. unterm 25. Oktober 1890.	.	.
- 5.	150. R. Pr.	Berichtigung des Marktpreis-Verzeichnisses für Mai und Juni 1890.	32	301
- 5.	151. R. Pr.	Viehseuchen	32	301
- 5.	7. R.	Uebersicht des Zustandes der Elementarlehrer-Wittwenkasse für 1888/89.	33	312
- 5.	79. O. P. D.	Verlegung des Postamtes 64 zu Berlin	33	313
- 7.	152. R. Pr.	Marktverlegungen der Stadt Wendisch-Buchholz	33	310
- 7.	65. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat Juli 1890 ..	33	312/313

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Aug. 8.	20. O. Pr.	Ueberweisung eines Betrages aus den Getreide- und Viehzöllen an die Stadt Berlin.	33	309
- 8.	153. R. Pr.	Vorsitz für das Schiedsgericht für Regiebauten in Züterbog	33	310
-	-	Vorlesungen an der Königl. thierärztlichen Hochschule zu Hannover im Winterhalbjahr 1890/91.	32	305
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 28 und 29 des Centralblatts für 1890.	32	307/308
Aug. 9.	157. R. Pr.	Vorsitz in den Schiedsgerichten für land- und forstwirtschaftliche Unfall-Versicherung.	34	317
- 9.	80. O. P. D.	Eröffnung einer Reichstelegraphenanstalt in Schenkendorf	33	313
- 10.	17. R. P. A.	Errichtung eines Postamts auf der Insel Helgoland	33	313
- 11.	66. P. Pr.	Grundstücksenteignung zur Verbesserung des Spreelaufs innerhalb der Stadt Berlin.	34	325
- 11.	18. R. P. A.	Strandung des Dampfers „Buenos Aires“	34	318
- 11.	48. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	34	327
- 11.	-	Regierungspräsident zu Bromberg. — Erledigte Kreis-thierarzistelle des Kreises Schubin.	34	327
- 12.	154. R. Pr.	Viehseuchen	33	310
- 12.	155. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Juli 1890.	33	311
- 12.	156. R. Pr.	Desgl. der Marktpreise im Monat Juli 1890	33	310/311
- 12.	67. P. Pr.	Kriminal-Inspektoren als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft	34	325
- 13.	22. M.	Vollzählung am 1. Dezember 1890	37	341
- 13.	159. R. Pr.	Sperrung der Aufzugsöffnung an der Langen Brücke über die Dahme in Köpenick.	34	317
- 13.	68. P. Pr.	Grundstücksenteignung zum Zwecke des Umbaues der Kurfürsten-(Langen-) Brücke in Berlin.	34	325
- 13.	17. O. B. A.	Bergwerkeigenthum „Zernsdorf I.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	325
- 13.	18. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf II.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	325/326
- 13.	19. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf III.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	326
- 13.	20. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf V.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	326
- 13.	21. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf VII.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	326
- 13.	22. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf VIII.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	34	326
- 13.	23. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow	34	327
- 14.	158. R. Pr.	Nachweisung der den Kommunal-Verbänden aus den Getreide- und Viehzöllen im Rechnungsjahre 1889/90 überwiesenen Beträge.	34	317
- 14.	160. R. Pr.	Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten	34	317
-	-	Inhalts-Verzeichniß von Stück 22 und 23 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	33	309
-	-	Desgl. von Stück 33 und 34 der Gesetz-Sammlung von 1890 ..	33	309
Aug. 15.	69. P. Pr.	Auszug aus dem Gesellschaftsvertrage der Aktien-Gesellschaft „The Porous Waterproofing Company, Limited“ zu Liverpool.	Extra-Beilage zum 35. Stüd.	
- 15.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 12 Ko. unterm 4. August 1890.		
- 15.	34. E. B.	Österreich-Deutscher Verbandsarif, Theil II.	35	331/332
-	11. Ko.	Umwandlung der Hilfspredigerstelle in D.-Rixdorf in ein Diaconat	33	313

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	—	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle im Winterhalbjahr 1890/91.	33	314
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 30 und 31 des Centralblatts für 1890.	33	315/316
Aug. 16.	8. R.	Änderung der Quittungsformulare zu den Wittwen-Pensionen der Königl. Preuss. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.	34	317/318
- 16.	19. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Griechenland	35	331
- 16.	9. R. B.	Einföhrung fälliger Zinsscheine der Rentenbriefe	35	331
- 18.	(M.)	Siehe Nr. 9 R. unterm 23. August 1890.		
- 18.	81. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	35	331
- 18.	35. E. B.	Deutscher Levante-Verkehr über Hamburg (s.wärts)	35	332
- 19.	161. R. Pr.	Biehseuchen	34	317
- 19.	165. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890	35	330
- 19.	167. R. Pr.	Bekundigung ortspolizeilicher Verordnungen in der Stadt Müllenswalde.	35	330
- 20.	23. M.	Ankauf volljähriger Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferde	37	341
	25. M.		38	349
	26. M.		39	355
	27. M.		41	371
- 20.	166. R. Pr.	Gebammen-Lehrkurse des Jahres 1890/91	35	330
- 20.	33. E. B.	Beförderung von Hunden auf der Berliner Stadt- und Ringbahn ..	35	331
- 21.	49. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	35	332
- 22.	163. R. Pr.	Beauftragte der Berufsengenossenschaft der Bekleidungsindustrie für den Kreis Teltow u.	35	329
- 22.	164. R. Pr.	Concession und Statuten-Auszug der Versicherungs-Gesellschaft „Oesterreichischer Phönix“ zu Wien.	35	329
- 22.	169. R. Pr.	Fischerei-Aufsichts-Beamte	35	330
- 22.	71. P. Pr.	Gewährung von Prämien für Feuer-Meldungen	35	331
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 32 des Centralblatts für 1890.	34	323
Aug. 23.	19. K.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	36	337
- 23.	50. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	36	339
- 25.	162. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1890 beobachteten Wasserstände.	35	329
- 25.	168. R. Pr.	Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmerie-Patrouillen.	35	330
- 26.	170. R. Pr.	Biehseuchen	35	331
- 26.	171. R. Pr.	Dampfkessel-Revisionen im Baukreise Ruppia	36	335
- 27.	173. R. Pr.	Sektion I. der Berufsengenossenschaft der chemischen Industrie	36	335
- 27.	17. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1882 und 1886.	36	337
- 28.	172. R. Pr.	Befugnisse der Dampfkessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampfkesseln.	36	335
- 28.	72. P. Pr.	Kurpfuscherei des u. Mohrmann	36	336
- 28.	82. O. P. D.	Landbestellbezirksänderung	36	333
- 29.	174. R. Pr.	Baugewerks-Innung zu Potsdam	36	335/336
- 29.	20. R. P. A.	Postanweisungen nach Britisch Westsudanland	37	345
—	—	Vorlesungen an der Königl. Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin im Winterhalbjahr 1890/91.	35	333
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 33 des Centralblatts für 1890.	35	334

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Aug. 30.	24. M.	Abänderung der Polizei-Verordnung vom 21. Januar 1879, betr. die Zweigbahn vom Personenbahnhofe Berlin der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn nach den Gasanstalten in der Gitschinerstraße in Berlin.	38	349
- 30.	175. R. Pr.	Chausseegeld = Erhebung auf der Eberswalde = Oderberger Kreischauffee.	36	336
- 30.	176. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	36	336
- 30.	51. E. Br.	Nachtrag zum Verbandsgütertarif zwischen Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawka'er Eisenbahn.	37	346
Sept. 1.	22. O. Pr.	Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter im Stadtkreise Berlin.	37	341/342
- 1.	52. E. Br.	Bezeichnung der Eisenbahnhaltestelle Gutowo mit dem Namen Kleparz.	37	346
- 2.	177. R. Pr.	Biehseuchen	36	336
- 3.	21. O. Pr.	Anbringung von Blechtafeln mit aufgedruckter Anweisung zur Wiederbelebung Ertrunkener.	37	341
- 3.	182. R. Pr.	Winterschonzeit, Verbot des Fuchsfanges mit Zug- und Treibnetzen und Verbot des Krebsfanges.	37	344
- 3.	19. H. V.	10. Verloosung von 3 1/2 % Staatsschuldsscheinen von 1842	39	360
- 3.	— —	Amtsgericht Cöpenick. — Führung des Handels- u. Registers	37	347
- 4.	18. H. V.	Einslösung der am 1. Oktober 1890 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden u.	37	345/346
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 24 bis 26 des Reichs-Gesetz-Blatts von 1890.	36	335
—	— —	Desgl. von Stück 35 der Gesetz-Sammlung von 1890	36	335
Sept. 5.	178. R. Pr.	Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten	37	342
- 5.	183. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	37	344
- 5.	184. R. Pr.	Desgl.	37	344
- 5.	10. R.	Entwürfe und Zeichnungen zu Schul-Neu- und Erweiterungsbauten Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat August 1890	37	344
- 5.	73. P. Pr.	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 33 und 34 des Centralblatts für 1890.	37	345
Sept. 6.	19. E. M.	Sonderzüge zur Magdeburger Messe	38	352
- 20.	E. M.		39	362/363
- 7.	53. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	38	352
- 8.	180. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschl. 5 % Aufschlag im Monat August 1890.	37	343
- 8.	181. R. Pr.	Desgl. der Markt- u. Preise im Monat August 1890	37	342/343
- 8.	11. R.	Zahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungen und Ablösungen	38	351
- 8.	20. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	38	351/352
- 9.	179. R. Pr.	Biehseuchen	37	342
- 9.	78. P. Pr.	Statut des Feuer-Versicherungs-Verbandes Deutscher Fabriken zu Berlin.	46	Extra-Beilage zum 41. Stuck. 413/414
- 9.	— —	Reichs-Versicherungsamt. — Die für die Invaliditäts- und Alters-Versicherung zu verwendenden Beitrags- und Zusatz-Marken.		
- 10.	74. P. Pr.	Grundstückenteignung zur Verbesserung des Spreelaufs innerhalb der Stadt Berlin.	38	351
- 10.	21. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Siam	38	351
- 10.	— —	Amtsgericht Oranienburg. — Führung des Handels-Registers	39	363
- 12.	187. R. Pr.	Erhöhung der Vergütungssätze für den zu den Herbstübungen gestellten Vorspann.	38	350

Datum, Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 35 des Centralblatts für 1890.	37	348
Sept. 13.	188. R. Pr.	Grundstückseignung zur Anlage des 2. Artillerie-Schießplatzes bei Jüterbog.	38	350
- 13.	9. L. D.	Statut der Brandenburgischen Feuerwehrl-Unfallkasse	39	361
- 14.	36. E. B.	Be- und Entladefristen für den Bahnhof Wilmerdorf-Kriedenau.	38	352
- 15.	23. O. Pr.	Dank des Generalkommandos für gute Aufnahme der Truppen des Gardekorps gelegentlich der Herbstübungen.	39	355
- 15.	189. R. Pr.	Sachverständige der Brennerei-Vereinsgenossenschaft	38	351
- 15.	20. H. V.	36. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 ..	39	360/361
- 15.	—	Amtsgericht Strassberg. — Führung des Handels-Registers ..	39	363
- 16.	185. R. Pr.	Viehseuchen	38	349
- 16.	186. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat August 1890 beobachteten Wasserstände.	38	350
- 16.	190. R. Pr.	Erfolgswahl eines Landtags-Abgeordneten	38	351
- 16.	191. R. Pr.	Einfuhr von Schweinemagen, Lebern und Därmen	39	355
- 16.	21. K.	Aufgebot von Staatschuldverschreibungen	39	361
- 17.	192. R. Pr.	Versendung von Wiederfäuern und Schweinen nach den Nordsee- hafenstädten.	39	355
- 17.	11. R. B.	Abhebung neuer Zinscoupons von Rentenbriefen	39	361/362
- 17.	—	Amtsgericht Zehdenick. — Führung des Handels-Registers	39	363
- 18.	193. R. Pr.	Chausseegelderhebung auf der Teltower Kreischauffee Rumborf- Schönow ic.	39	355/356
- 18.	75. P. Pr.	Bestimmungen über die Anlage von Dampfseffeln	39	357/359
- 18.	76. P. Pr.	Druckfehlerberichtigungen zur Extrabeilage zum 35ten Stück	39	359
- 18.	24. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Schwes (Zululand) und mit Borneo	41	374/375
- 18.	83. O. P. D.	Einrichtung einer Telegraphenhülfsstelle in Alexanderhof	39	360
- 18.	54. E. Br.	Eisenbahnhaltestelle Sehlen	39	362
- 19.	194. R. Pr.	Preisverzeichnis der königlichen Landesbaumschule in Alt-Beltow und bei Potsdam für 1. Oktober 1890/91.	39	356
- 19.	77. P. Pr.	Anlegung neuer Apotheken in Berlin	40	365
- 19.	83. P. Pr.	Änderungen der revidirten Statuten der Lebensversicherungs- und Ersparnissbank in Stuttgart.	44	393
- 19.	22. R. P. A.	Telegraphische Verbindung mit Ostafrika	39	359/360
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 35 und 36 des Centralblatts für 1890.	38	353/354
Sept. 20.	195. R. Pr.	Deffnungszeiten der Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder.	39	356
- 20.	198. R. Pr.	Berichtigung der Marktpreise für August 1890	39	356
- 20.	22. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung	39	361
- 20.	55. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	40	366/367
- 20.	—	Amtsgericht Liebenwalde. — Führung des Handelsregisters	39	363
- 22.	196. R. Pr.	Einführung der Beiträge zum II. Kurmärkischen Kriegsschulden- steuer-Verbande.	39	356
- 22.	197. R. Pr.	Jahrmärkte-Verlegung in Prigerbe	39	356
- 22.	84. O. P. D.	Verlegung des Postamts in Reinickendorf	40	365
- 22.	24. O. B. A.	Verleihung des Bergwerkeigenthums unter dem Namen „Mahlow“ im Kreise Teltow.	40	366
- 22.	21. E. M.	Fahrplan-Änderung	40	367
- 22.	—	Amtsgericht Berlin II. — Führung des Handels-Registers	39	363
- 23.	28. M.	Ausführungsbestimmungen zum Gesetze, betr. die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890.	41	371/373

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 23.	199. R. Pr.	Viehseuchen	39	356/357
- 23.	88. O. P. D.	Änderung in der Geldbestellung in Berlin	40	366
- 23.	— —	Amtsgericht Templin. — Führung des Handels-Registers	40	368
- 24.	230. R. Pr.	Aufhebung einer Polizei-Verordnung des Amtsbezirks Steglitz über die Lagerung von Heeröfen.	45	402
- 24.	85. O. P. D.	Aufhebung des Postamts Nr. 50 in Berlin	40	365
- 24.	86. O. P. D.	Verlegung des Postamts in Weissensee bei Berlin	40	365
- 24.	90. O. P. D.	Desgl. des Postamts Nr. 45 in Berlin	40	366
- 24.	58. E. Br.	Ausgabe von Schülerzeitkarten	40	367
- 24.	59. E. Br.	Nachtrag 12 zum Kilometerzeiger und Ausnahmefrachtsätze für Getreide und Holz.	40	367
- 25.	200. R. Pr.	Konsulat der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Guben ...	40	365
- 25.	89. O. P. D.	Verlegung der Postagentur Nr. 32 in Berlin	40	366
- 25.	56. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	40	367
- 25.	57. E. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kurzbuchs	40	367
- 25.	— —	Amtsgericht Königs-Wusterhausen. — Führung des Handels-Registers ..	40	368
- 26.	201. R. Pr.	Dampfessel-Revisionen im Baukreise Prenzlau	40	365
—	37. E. B.	Eisenbahn-Station Rummelsburg-Rangirbahnhof	39	362
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 37 des Centralblatts für 1890.	39	364
Sept. 27.	79. P. Pr.	Regelung der Obsthandschiffe in Berlin	41	374
- 27.	91. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Kirchdorfe Kleinow	40	366
- 27.	14. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Dankeskirche in Berlin ..	43	389
- 27.	60. E. Br.	Güterladestelle Glowno	40	367
- 27.	— —	Amtsgericht Gremmen. — Führung des Handels-Registers	40	368
- 28.	87. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 90 in Berlin	40	365
- 29.	(M.)	Siehe Nr. 11 P. St. D. unterm 10. Oktober 1890.		
- 29.	61. E. Br.	Eisenbahnhaltestelle Ramlarken	41	375
- 29.	— —	Amtsgericht Kirchdorf. — Führung des Handels-Registers	40	368
- 30.	203. R. Pr.	Viehseuchen	40	365
- 30.	204. R. Pr.	Ernennung des II. Beauftragten der Branerei- und Mälzerei-Be- rufsgenossenschaft.	41	373
- 30.	92. O. P. D.	Postamt Schlachtensee betr.	41	375
—	38. E. B.	Eisenbahnhaltestelle Alt-Ranft	40	366
—	— —	Königliche Bergrevierbeamte zu Frankfurt a. D. — Bureauverlegung ..	40	368
Okb. 1.	202. R. Pr.	Wahl des Graben-Inspectors für den Havelländischen Fuchgrabens- schau-Verband.	40	365
- 1.	208. R. Pr.	Ertheilung von Wandergewerbescheinen	41	374
- 1.	23. R. P. A.	Eröffnung einer Telegraphenanstalt in Dar-es-Salaam	41	374
- 1.	25. O. B. A.	Berg-Polizei-Verordnung, betr. die Sicherung der Salzlagerstätten vor Wassergefahr.	41	375
- 1.	10. L. D.	Allgemeine Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuer-Societät.	41	375
- 2.	24. O. Pr.	Polizei-Verordnung für die Provinz Brandenburg, betr. Abänderung der über die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen erlassenen Polizei-Verordnung vom 17. März 1886.	43	385
- 2.	26. O. Pr.	Desgl.	46	405/406
- 2.	30. K. A.	Kommunalbezirksveränderungen im Kreise Templin	42	381
- 3.	25. O. Pr.	Polizei-Verordnung über die Benutzung der Hunde als Zugthiere ..	43	385/386
- 3.	12. P. St. D.	Erhebung der Wildpretsteuer von Rebhähnern und wilden Gänsen beim Eingange in die Stadt Potsdam.	46	412

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Städ des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 38 des Centralblatts für 1890.	40	369/370
Oktb. 4.	205. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht betr.	41	373
- 4.	209. R. Pr.	Dampfessel-Revisionen im Baukreise Zehdenick	41	374
- 4.	23. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	42	379
- 4.	31. K. A.	Nachweisung der Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Prenzlau im III. Vierteljahr 1890.	42	381
- 4.	32. K. A.	Desgl. im Kreise Ostprignitz	42	381
- 4.	—	Amtsgericht Fehrbellin. — Führung der Handels-Register	41	376
- 6.	213. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	42	377
- 6.	26. O. B. A.	Verleihung des Bergwerksbegräbnisses unter dem Namen „Zernsdorf VI.“ in den Kreisen Teltow und Deeslow-Storkow.	42	379
- 6.	40. E. B.	Nachtrag zum Tarif für den Deutschen Levante-Verkehr über Hamburg seewärts.	42	379/380
- 6.	33. K. A.	Nachweisung der Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Teltow im III. Vierteljahr 1890.	43	388
- 7.	206. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat September 1890 ..	41	372/373
- 7.	207. R. Pr.	Nachweisung der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat September 1890.	41	374
- 7.	210. R. Pr.	Viehseuchen	41	374
- 7.	214. R. Pr.	Beauftragter der Sektion II. der Norddeutschen Edel- und Uedel- Metall-Industrie-Verufsgenossenschaft.	42	377
- 7.	—	Amtsgericht Brandenburg a. S. — Gerichtstage in Lehnin	44	397
- 8.	215. R. Pr.	Öffnungszeiten der Drehbrücke im Zuge der Berlin-Lehrter Eisenbahn über die Havel bei Spandau.	42	377
- 8.	80. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1890 .	42	378/379
- 8.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 14. Ko. unterm 27. September 1890.		
- 8.	82. P. Pr.	Vorschriften für die öffentlich anzufellenden Metall-Probirer in Berlin.	44	392/393
- 8.	34. K. A.	Nachweisung der Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Angermünde im III. Vierteljahr 1890.	43	389
- 9.	93. O. P. D.	Verlegung der Post-Zollabfertigungsstelle III. in Berlin	42	379
- 9.	39. E. B.	Be- und Entladungsfrieten für den Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau	42	379
- 9.	35. K. A.	Nachweisung der Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim im II. Vierteljahr 1890/91.	43	389
- 10.	216. R. Pr.	Märkte in der Stadt Wittenberge	42	378
- 10.	25. R. P. A.	Einrichtung Deutscher Postagenturen in Zanzibar, Bagamoyo und Dar-es-Salaam.	43	387
- 10.	11. P. St. D.	Tarif, nach welchem die Abgabe für die Benugung des Winterhafens bei Wittenberge zu entrichten ist.	42	380/381
- 10.	62. E. Br.	Eisenbahnhaltestelle Biskupitz	42	380
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 39 des Centralblatts für 1890.	41	376
Oktb. 11.	211. R. Pr.	Märkte in der Stadt Lenzen	42	377
- 11.	212. R. Pr.	Errichtung eines neuen Vieh- und Pferdemarktes in der Stadt Jüterbog.	42	377
- 11.	—	Amtsgericht Perleberg. — Gerichtstage in Warnow	44	397
- 12.	41. E. B.	Frachtfundungen	43	390
- 13.	24. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	43	389
- 13.	36. K. A.	Nachweisung der im Kreise Zauch-Belzig genehmigten Kommunal- bezirksveränderungen.	44	396

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Oktb. 13.	— —	Amtsgericht Lindow. — Führung des Handels-Registers	42	383
- 14.	217. R. Pr.	Viehseuchen	42	378
- 14.	12. R.	Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainen- Fiskus haften, gegen Feuergefahr.	44	392
- 14.	81. P. Pr.	Bestimmungen über die Genehmigung, Prüfung und Revision der Dampfessel.	43	386/387
- 14.	— —	Königliches Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Ausreichung von Zinscheinen.	43 45	390 404
- 15.	63. E. Br.	Nachtrag zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg-Magdeburg	44	395/396
- 15.	— —	Königliches Eisenbahn-Kommissariat zu Berlin. — Kommunal- abgabepflichtiges Reineinkommen verschiedener Eisenbahnen.	43	390
- 15.	— —	Amtsgericht Lyden. — Führung des Handels-Registers	43	390
- 15.	— —	Amtsgericht Prigwall. — Gerichtstage in Pustitz	44	397
- 16.	13. B. A.	Schluß der Jagd auf Rebhühner	43	386
- 16.	15. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der St. Andreas-Kirche in Berlin.	47	420
- 17.	219. R. Pr.	Chausseegelderhebung auf der Königs-Bußterhausen-Ragow'er Kreis- Chaussee.	43	386
—	13. Ko.	General-Kirchen-Visitation in der Diözese Potsdam II.	42	379
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 39 und 40 des Centralblatts für 1890.	42	383/384
Oktb. 18.	218. R. Pr.	Schußfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890.	43	386
- 18.	221. R. Pr.	Schätzung der wegen Rogoverdachts getödteten Pferde	44	391
- 19.	37. K. A.	Veränderung von Gemeinde- und Gutsbezirkgrenzen im Kreise Ruppin	45	403
- 20.	25. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	44	395
- 21.	220. R. Pr.	Viehseuchen	43	386
- 21.	17. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Paulskirche in Berlin.	50	456
- 22.	29. M.	Eröffnung der beiden Häuser des Landtages	44	391
- 22.	222. R. Pr.	Anderweite Abgrenzung der Baukreise Perleberg und Nauen	44	391
- 22.	12. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe	44	395
- 23.	223. R. Pr.	Beauftragter der Tiefbau-Berufsgenossenschaft	44	391
- 23.	224. R. Pr.	Desgl. der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	44	391
- 23.	94. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	44	393/394
- 23.	95. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	44	394
- 23.	96. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	44	394/395
- 23.	97. O. P. D.	Einrichtung des Telegraphenbetriebes auf dem Postamt Berlin 90 .	44	395
- 25.	225. R. Pr.	Erhebung einer Abgabe am Rieper See	44	391
- 25.	229. R. Pr.	Allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfesseln.	45	400/402
- 25.	98. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 48 in Berlin	44	395
- 25.	64. E. Br.	Eisenbahnhaltestelle Lussin	45	404
- 26.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 15 Ko. unterm 16. Oktober 1890.		
- 27.	13. P. St. D.	Anderweite Uebertragung einer Stempeldistribution	46	412
- 28.	226. R. Pr.	Viehseuchen	44	391/392
- 28.	(H. V.)	Siehe Nr. 13 R. unterm 6. November 1890.		
- 29.	47. E. Br.	Ungarisch-österreichisch-deutscher Holz- und Vorkerverkehr	46	412
- 31.	227. R. Pr. u. P. Pr.	Fähigkeits-Zeugnisse für beamtete Thierärzte	45	399
- 31.	— —	(Reichsversicherungs-Amt) siehe R. Pr. unterm 25. November 1890.		

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
—	42. E. B.	Sendungen mit Nachnahmebelastung	44	395
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 41 des Centralblatts für 1890.	44	397/398
Nov. 1.	228. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat September 1890 beobachteten Wasserstände.	45	399
-	1. 231. R. Pr.	Anweisung, betr. das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch von Quittungskarten.	45	402
-	1. 18. S.	Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam	47	421
-	1. 21. S.	Mittelschullehrer-Prüfung zu Berlin	47	421/422
-	1. 29. S.	Rektorats-Prüfung zu Berlin	47	423
-	1. 26. K.	Aufgebot von Staatsschuldschreibungen	46	412
-	1. 63. E. Br.	Errichtung einer Königl. Eisenbahn-Güter-Nebenstelle	46	412/413
-	3. —	(Auerhölzer Erlaß) s. Nr. 90 P. Pr. unterm 18. November 1890.		
-	3. 232. B. Pr.	Ernennung eines Schiedsgerichts-Vorsitzenden bezw. Stellvertreters	45	402/403
-	3. 86. P. Pr.	Prüfung für Heilgehülfen	46	411/412
-	3. 16. S.	Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten	47	420/421
-	3. 17. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung zu Berlin	47	421
-	3. 19. S.	Lehrerinnen-Prüfung zu Berlin	47	421
-	3. 20. S.	Prüfung für Lehrerinnen der französischen und englischen Sprache zu Berlin.	47	421
-	3. 48. E. B.	Erweiterung der Abfertigungs-Befugnisse der Station Rummelsburg-Rangirbahnhof.	46	412
-	4. 30. M.	Kommunalabgabenpflichtiges Reineinkommen der Preussischen Staatseisenbahnen etc.	47	417
-	4. 234. R. Pr.	Berichtigung des Marktpreis-Verzeichnisses für den Monat April 1888	45	403
-	4. 235. R. Pr.	Biehseuchen	45	403
-	4. 237. R. Pr.	Revision der Dampfkessel im Bezirk der Wasserbau-Inspektion Fürstenwalde a. Spree.	46	406
-	4. 238. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	46	406/407
-	4. 239. R. Pr.	Änderungen des Pferde-Aushebungs-Reglements für Preußen	46	407
-	4. 99. O. P. D.	Postagentur Schöpsfurth wird in ein Postamt III. umgewandelt	46	412
-	4. 27. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick	47	422/423
-	4. 28. S.	2. Lehrer-Prüfung ebendasselbst	47	423
-	4. 30. S.	Entlassungs-Prüfung ebendasselbst	47	423
-	4. 32. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin	47	423/424
-	5. (M.)	Siehe Nr. 249 R. Pr. unterm 17. November 1890.		
-	5. 233. R. Pr.	Schiffahrtssperre	45	403
-	5. 242. R. Pr.	Nachweisung der Namen etc. der Vertrauensmänner der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft im Regierungsbezirk Potsdam.	46	409
-	5. 31. S.	Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten zu Berlin	47	423
-	6. 236. R. Pr.	Jahresdurchschnittsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter	46	406
-	6. 13. R.	Ausreichung der Zinscheine Reihe XXI. zu den Preussischen 3 1/2 % Staatsschuldscheinen von 1842 etc. etc.	46	410
-	6. 15. R.		52	471/472
-	6. 84. P. Pr.	3. Nachtrag zu dem Statute des „Nordstern, Unfall- und Altersversorgung-Actien-Gesellschaft zu Berlin“.	46	410/411
-	6. 68. E. Br.	Die Haltestelle Stempuchowo betr.	47	425
-	6. —	Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern zu Berlin. — Anmeldung von Neubauten etc.	47	426
-	6. —	Verwaltungs-Resultate der Land-Feuer-Sozietät für die Rurmark Brandenburg etc. für 1889.	47	429/430
-	7. 85. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1890 ..	46	411

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 7.	16. Ko.	Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Nazareth-Kirche in Berlin.	49	448
- 7.	27. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	47	424
- 7.	— —	Königl. Befehl-Direktion zu Friedrich-Wilhelms-Befehl — Nachweisung der im Jahre 1889 gedeckten Stuten und der im Jahre 1890 gefallenem Fohlen.	47	428
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach Nr. 42 des Centralblatts für 1890.	45	404
Nov. 8.	28. K.	Aufgebot eines Staatsschuldscheins	47	424
- 8.	67. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	47	425
- 9.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 17. Ko. unterm 21. Oktober 1890.		
- 10.	22. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin	47	422
- 10.	23. S.	Desgl. am Königl. Seminar für Stadtschullehrer zu Berlin	47	422
- 10.	24. S.	Entlassungs-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin	47	422
- 10.	25. S.	2. Lehrer-Prüfung ebendasselbst	47	422
- 10.	26. S.	Entlassungs-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin ..	47	422
- 10.	69. E. Br.	Nachtrag zum Tarife für die Beförderung von Personen und Reisegepäck.	47	425
- 11.	240. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Oktober 1890	46	408/409
- 11.	241. R. Pr.	Desgl. der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Oktober 1890.	46	408
- 11.	243. R. Pr.	Biehseuchen	46	409/410
- 11.	87. P. Pr.	Bestellung eines Metallprobirers	47	419
- 11.	88. P. Pr.	Bäder-Innung zu Berlin	47	419/420
- 12.	29. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	47	424
- 13.	(M.)	Siehe Nr. 96. P. Pr. unterm 28. November 1890.		
- 13.	246. R. Pr.	300 Mark Belohnung für die Entdeckung von Brandstiftern	47	418
- 13.	50. E. B.	Ablauf der Gültigkeit der einfachen Fahrkarten auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.	47	424
- 13.	66. E. Br.	Nachtrag 13 zum Kilometerzeiger u.	47	424
- 13.	— —	Königl. Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige. — Nachsichtung der Berechnung.	47	425/426
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 27 bis 29 des Reichs-Gesetz-Blatts für 1890.	46	405
—	— —	Desgl. der Gesetz-Sammlung Stück 36 bis 39 für 1890	46	405
Nov. 14.	26. O. Pr.	Vollzählung am 1. Dezember 1890	47	417
- 14.	244. R. Pr.	Öffnungszeiten der Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau.	47	417
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 42, 43 und 44 des Centralblatts für 1890.	46	415/416
Nov. 15.	247. R. Pr.	Verkehr durch die Spreelbrücke bei Spandau im Zuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn.	47	418
- 15.	248. R. Pr.	Teilweise Sperrung der Havelbrücke bei Werder	47	418
- 15.	254. R. Pr.	Dampfkessel-Revisionen in den Baufreien Perleberg und Rauen ..	48	437
- 15.	89. P. Pr.	Verlängerung der Concession eines Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers.	47	420
- 17.	249. R. Pr.	Mecklenburgische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg	47	418/419
- 17.	250. R. Pr.	Nachweisung der ländlichen Polizeibezirke, in welchen öffentliche Fleischbeschauer bisher noch nicht angestellt worden sind.	47	419
- 17.	12. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	48	439/440
	14. R. B.		52	474/475

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 17.	— —	Amtsgericht Angermünde. — Abhaltung der Gerichtstage in Gramzow	49	452
- 18.	245. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1890 beobachteten Wasserstände.	47	418
- 18.	251. R. Pr.	Befugnisse von Dampffessel-Ingenieuren zur Prüfung und Abnahme von Dampffesseln.	47	419
- 18.	252. R. Pr.	Desgl.	47	419
- 18.	253. R. Pr.	Biehseuchen	47	419
- 18.	90. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken zur Verbesserung des Spreelaufs innerhalb der Stadt Berlin.	48	438
- 18.	(P. Pr.)	Siehe Nr. 16 Ko. unterm 7. November 1890.		
- 18.	100.O.P.D.	Einrichtung der Postanstalt Berlin NW. 23	48	438
- 19.	13. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe	49	448
- 20.	255. R. Pr.	Stellmacher-Innung in Verleberg	48	437
- 20.	101.O.P.D.	Unanbringliche Postsendungen	48	438/439
- 20.	102.O.P.D.	Desgl.	48	439
- 20.	— —	Oberpräsident zu Magdeburg. — Polizei-Verordnung, betr. die Benutzung des fiskalischen Winterhafens bei Wittenberge.	49	450/452
- 20.	— —	Amtsgericht Templin. — Gerichtstage in Boitzenburg und Gers- walde.	50	462
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 30 und 31 des Reichs-Gesetz-Blatts für 1890.	47	417
—	— —	Desgl. von Stück 40 der Gesefsammlung für 1890	47	417
Nov. 21.	(M.)	Siehe Nr. 262 R. Pr. u. P. Pr. unterm 1. Dezember 1890.		
- 21.	R. Pr.	Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung des Amtsblatts für 1891 .	48	437
—	— —		49	445
—	— —		50	453
- 21.	91. P. Pr.	Polizei-Verordnung über die Metallbrennereien (Metallbeizen) für den Stadtkreis Berlin.	49	446/447
- 21.	103.O.P.D.	Landbriefbestellbezirksänderung	48	439
- 21.	104.O.P.D.	Einrichtung einer Postagentur im Kirchdorfe Premnis .	48	439
—	49. E. B.	Fahrplan-Änderung	47	424
—	— —	Ansprache an die Bevölkerung über das Wesen und die Bedeutung der Volkszählung am 1. Dezember 1890.	47	426/427
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 45 des Centralblatts für 1890.	48	441/442
—	— —		47	430/431
Nov. 22.	93. P. Pr.	Widerruf der Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters ...	50	455
- 24.	22. E. M.	Nachtrag zum Lokal-Gütertarif	49	449/450
- 24.	— —	(Reichs-Versicherungs-Amt) s. Nr. 264 R. Pr. unterm 6. De- zember 1890.		
- 25.	256. R. Pr.	Anleitung, betr. den Kreis der nach dem Invaliditäts- und Alters- versicherungsgesetz versicherten Personen.	48	437
- 25.	257. R. Pr.	Einfuhr von lebenden Schweinen aus Italien in die öffentlichen Schlachthanfalten zu Brandenburg und Spandau.	48	437/438
- 25.	258. R. Pr.	Biehseuchen	48	438
- 26.	R. Pr.	Anleitung, betr. den Kreis der nach dem Invaliditäts- und Alters- versicherungsgesetz versicherten Personen.	48	438
- 25.	— —	Oberpräsident zu Magdeburg. — Bestellung des Aufsichtsbeamten für den fiskalischen Winterhafen bei Wittenberge.	49	452
- 26.	259. R. Pr.	Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten im 8. Wahlbezirk	48	444
- 27.	26. R.P.A.	Wegfall der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder	49	447
- 27.	27. R.P.A.	Eingiehung der Postwerthzeichen älterer Art	49	447

Extrablattlage
zum 48. Stüd.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 27.	28. R. P. A.	Die Weihnachtssendungen betr.	49	447
	29. R. P. A.		51	468
- 27.	52. E. B.	Deutscher Levante-Verkehr über Hamburg seewärts	49	449
- 27.	— —	Amtsgericht Eberswalde. — Gerichtstage in Joachimsthal	50	462
- 28.	96. P. Pr.	Assoziations-Artikel 1c. der Actien-Gesellschaft Davenport & Comp. limited zu London.	Extrabeilage zum 51. Städt.	
- 28.	14. P. St. D.	Tarif für die Fähre über die Havel bei Caputh	49	448/449
- 28.	— —	Regierungspräsident zu Bromberg. — Schifffahrtssperre	50	459/460
—	51. E. B.	Die Eisenbahnstation Adlershof betr.	48	440/441
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 46 des Centralblatts für 1890.	48	443/444
Nov. 29.	105. O. P. D.	Benennung des Postamts in Nowawes mit dem Namen „Nowawes- Neuendorf“.	49	447/448
- 29.	30. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	50	459
- 29.	15. P. St. D.	Entziehung der Befugniß des Steueramts zu Zossen zur Erhebung von Reichsstempel-Abgaben.	51	469
—	53. E. B.	Fahrplan-Änderung	50	457
Dez. 1.	260. R. Pr.	Schifffahrtssperre	49	445
- 1.	261. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung	49	445
- 1.	262. R. Pr. u. P. Pr.	Arzneibuch für das Deutsche Reich. III. Ausgabe	49	445/446
- 1.	14. R.	Patoczial-Verhältnisse der in Alt-Landsberg anziehenden evangelischen Einwohner.	50	455
- 1.	— —	Amtsgericht Wittstock. — Führung des Handelsregisters 1c.	50	462
- 1.	— —	Amtsgericht Lenzen a. E. — Desgl.	50	462
- 1.	— —	Amtsgericht Königs-Wusterhausen. — Desgl.	50	462
- 1.	— —	Amtsgericht Perleberg. — Desgl.	52	478
- 2.	263. R. Pr.	Biehseuchen	49	445
- 2.	23. H. V.	Ausreichung der am 1. Januar 1891 fälligen Zinscheine Preussischer Staatsschulden 1c.	51	468/469
- 2.	24. H. V.	20. Verloosung von 4% Staatsschuldverschreibungen von 1868A. .	52	474
- 2.	27. O. B. A.	Bergwerkeigenthum „Zernsdorf X.“ in den Kreisen Teltow und Beeskow-Storkow.	50	458
- 2.	28. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf XI.“ in denselben Kreisen	50	458/459
- 2.	29. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf XII.“ in denselben Kreisen	50	459
- 2.	30. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf XIII.“ in denselben Kreisen	50	459
- 2.	31. O. B. A.	Desgl. „Zernsdorf XIV.“ in denselben Kreisen	50	459
- 2.	— —	Amtsgericht Jüterbog. — Führung des Handelsregisters 1c.	50	462
- 2.	— —	Amtsgericht Potsdam. — Desgl.	50	462
- 4.	— —	Amtsgericht Kyritz. — Desgl.	50	460
- 4.	— —	Amtsgericht Trebbin. — Desgl.	50	462
- 4.	— —	Amtsgericht Strausberg. — Desgl.	51	470
- 4.	— —	Amtsgericht Dranienburg. — Desgl.	51	470
- 4.	L. D.	Errichtung einer „Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg“ zu Berlin.	51	469
- 5.	R. Pr.	Rechtzeitige Fertigstellung des letzten (52.) Stücks des Jahrgangs 1890	50	453
- 5.	R. Pr.		51	463
- 5.	1. G. K.	Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise für das Jahr 1890	50	457
- 5.	2. G. K.	Nachweisung der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise für das Jahr 1890.	50	458
- 5.	70. E. Br.	Die Eisenbahn-Haltestelle Neuendorf-Friedheim betr.	51	469

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Städ des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 5.	— —	Amtsgericht Gransee. — Führung des Handelsregisters zc.	51	469
5.	— —	Amtsgericht Eberswalde. — Desgl.	51	469/470
5.	— —	Amtsgericht Jossen. — Desgl.	52	476/477
5.	— —	Amtsgericht Tremen. — Desgl.	52	477
5.	— —	Amtsgericht Templin. — Desgl.	52	477
6.	28. O. Pr.	Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin.	51	463/464
6.	264. R. Pr.	Prämientarife für die Versicherungsanstalten der Tiefbau-Berufs- genossenschaft zc.	50	453/454
6.	94. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat November 1890.	50	456
6.	95. P. Pr.	Aberkennung eines Hebammen-Prüfungs-Zeugnisses	50	456
6.	— —	Amtsgericht Baruth. — Führung des Handelsregisters zc.	51	470
6.	— —	Amtsgericht Rathenow. — Desgl.	51	470
7.	27. O. Pr.	Eröffnung des Communal-Landtages der Kurmark	50	453
8.	265. R. Pr.	Sperrung der Stadtschleuse zu Brandenburg a. H.	50	455
8.	92. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Desinfektion bei Tuberculose-Erkrankungen	50	455
8.	— —	Amtsgericht Zehdenick. — Führung des Handelsregisters zc.	51	470
8.	— —	Amtsgericht Belgig. — Gerichtstage in Riemegl.	52	476
8.	— —	Amtsgericht Dahme. — Führung des Handelsregisters zc.	52	478
9.	266. R. Pr.	Viehseuchen	50	455
9.	106. O. P. D.	Verlegung des Postamts Berlin No. 11 (Anhalter Bahnhof)	51	468
9.	— —	Amtsgericht Schwedt. — Führung des Handelsregisters zc.	51	470
10.	29. O. Pr.	Inkrafttreten des Artikels III. des II. Nachtrages zum revidirten Reglement der Städte-Feuer-Societät.	51	464
10.	— —	Amtsgericht Werder a. H. — Führung des Handelsregisters zc. ..	51	470
11.	268. R. Pr.	Schiffahrtssperre	51	464
11.	269. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden, Equipagen und Pferdegeschirren zc.	51	465
11.	270. R. Pr.	Veränderung der Laichschon-Reviere in den der Stadt Pyßen gehörigen Seen betr.	51	465
11.	97. P. Pr.	Statuten-Änderung der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank in Berlin.	51	467/468
11.	55. E. B.	Ablauf der Gültigkeit einfacher Fahrkarten zc. für den inneren Verkehr der Berliner Stadtbahn und Ringbahn.	51	469
11.	— —	Amtsgericht Eberswalde. — Gerichtstage in Biesenthal.	52	476
12.	— —	Amtsgericht Beelitz. — Führung des Handelsregisters zc.	51	469
12.	— —	Amtsgericht Alt-Landsberg. — Desgl.	52	477
—	54. E. B.	Eisenbahnhaltepunkt Neuhof i. d. M.	50	457
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 47 des Centralblatts für 1890.	50	461
Dez. 13.	31. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	52	474
13.	— —	Amtsgericht Alt-Landsberg. — Gerichtstage in Alt-Grund	52	476
13.	— —	Amtsgericht Fehrbellin. — Führung des Handelsregisters zc.	52	478
14.	— —	Amtsgericht Storkow. — Desgl.	52	477
15.	272. R. Pr.	Nachweisung der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat November 1890.	51	465
15.	273. R. Pr.	Desgl. der Markt- zc. Preise im Monat November 1890	51	466/467
15.	274. R. Pr.	Vermehrung der Pferdemarkte in Neu-Weißensee	51	466
15.	18 Ko.	Uebersicht der 14jährigen Martini-Marktpreise des Roggens für 1890	52	473
15.	32 K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	52	474
15.	— —	Amtsgericht Meyenburg. — Führung des Handelsregisters zc.	52	477

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 15.	— —	Amtsgericht Rheinsberg. -- Führung des Handelsregisters ic.	52	477
- 15.	— —	Amtsgericht Brandenburg a. H. — Desgl.	52	477/478
- 16.	30. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten ..	52	471
- 16.	271. R. Pr.	Zuständigkeit in Strom- und Schifffahrts-Polizei-Angelegenheiten an der Havelmündung.	51	465
- 16.	275. R. Pr.	Ermittelung des Ernte-Ertrages im Jahre 1890	51	466
- 16.	276. R. Pr.	Viehseuchen	51	466/467
- 16.	277. R. Pr.	Schußfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1890	52	471
- 16.	98. P. Pr.	Gastwirths-Innung zu Berlin	52	472
- 16.	38. K. A.	Nachweisung von im Kreise Ruppın genehmigten Communalbezirks- veränderungen.	52	472
- 17.	267. R. Pr.	Einführung der obligatorischen Kranken-Versicherungspflicht land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter im Gemeindebezirk Kirdorf.	51	464
- 17.	— —	Oberpräsident zu Magdeburg. — Verleihung des Charakters als Baurath an den Wasserbauinspektor Fischer zu Wittenberge.	52	476
- 17.	— —	Amtsgericht Pindow. — Führung des Handelsregisters ic.	52	477
- 17.	— —	Amtsgericht Berlin I. — Desgl.	52	477
- 17.	— —	Amtsgericht Liebenwalde. — Desgl.	52	478
- 17.	— —	Amtsgericht Charlottenburg. — Desgl.	52	478
- 17.	— —	Amtsgericht Kirdorf — Desgl.	52	478
- 18.	14. B. A.	Schluß der kleinen Jagd	52	472
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 32 und 33 des Reichs-Gesetz-Blatts für 1890.	51	463
—	— —	Desgl. von Stück 41 der Gesefsammlung für 1890	51	463
Dez. 22.	278. R. Pr.	Viehseuchen	52	471
—	23. E. M.	Fahrplan-Änderung	52	472
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 48 und 49 des Centralblatts für 1890.	52	478/480

A m t s b l a t t

der Königlichcn Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 3. Januar

1890.

Bekanntmachungen der Königlichcn Ministerien.

Bekanntmachung.

1. Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 (R.-G.-Bl. S. 55), wird auf Grund des § 171 Abs. 2 desselben bestimmt:

- 1) Als Staatsbehörde gilt für Genossenschaften, deren Bezirk sich über die Grenzen eines Kreises nicht hinauserstreckt, der Landrath, in allen übrigen Fällen der Regierungs-Präsident desjenigen Bezirks, in welchem die Genossenschaft ihren Sitz hat. An Stelle des Regierungs-Präsidenten tritt für den Stadtkreis Berlin der Polizei-Präsident, und in der Provinz Posen bis zum 1. April 1890 die Regierung.

- 2) Als höhere Verwaltungsbehörde gilt der Regierungs-Präsident, für den Stadtkreis Berlin der Polizei-Präsident und in der Provinz Posen bis zum 1. April 1890 die Regierung.

Berlin, den 18. Dezember 1889.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.

v. Boetticher.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.

Fehr. Lucius v. Ballhausen.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Nr. A. 3360 Fgm.

I. 20313 R. f. R. A.

II. 16120 R. d. J.

Bekanntmachungen des Königlichcn Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890.

1. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

Januar: 1., 2., 5., 8., 9., 12., 15., 16., 19., 22., 23., 26., 27., 30.

Februar: 2., 5., 6., 9., 12., 13., 16., 19., 20., 23., 26., 27.

März: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

April: 2., 4., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.

Mai: 4., 5., 7., 11., 14., 15., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

Juni: 1., 4., 5., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

Juli: 2., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.

August: 3., 4., 6., 10., 11., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

September: 1., 3., 7., 8., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 6., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 18. Dezember 1889.

Der Regierungs-Präsident.

Verkündigung ortspolizeilicher Verordnungen in der Stadt Biesenthal.

2. Auf Grund des § 144 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bestimme ich hierdurch unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, dass die von der Polizei-Verwaltung zu Biesenthal in Gemäßheit des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 zu erlassenden ortspolizeilichen Vorschriften ihrem ganzen Inhalte nach in das in Biesenthal unter dem Titel „Biesenthaler Post“ erscheinende Blatt aufzunehmen sind und dass hiervon ihre Gültigkeit abhängen soll. Im Uebrigen verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 25. Juni 1886 — Beilage zum 28. Stück des Amtsblatts.

Potsdam, den 24. Dezember 1889.

Der Regierungs-Präsident.

Ermittlung des Ernteertrages im Jahre 1889.

3. Wie seit einiger Zeit alljährlich findet auch für das Jahr 1889 eine Ermittlung des Ernteertrages statt, welche den Zweck hat, durch direkte Anfrage bei den Theilnehmenden möglichst zuverlässige Angaben über die 1889 wirklich geerntete Menge an Bodenprodukten zu gewinnen.

Die Ermittlung wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar f. J. vorgenommen werden.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Ernte-Ermittlung spreche ich die Hoffnung aus, dass allseitig eine bereitwillige Mitwirkung zur Beschaffung des Materials erfolgen möge und dass insbesondere die Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine, sowie alle

übrigen darum ersuchten Landwirthe und angelesenen Dorfsbewohner den ev. zu bildenden Schätzungs-Kommissionen zur Hand gehen und zu ihrem Theile mit für die pünktliche und zuverlässige Ausfüllung der Erhebungsformulare beitragen mögen.

Potsdam, den 28. Dezember 1889.

Der Regierungs-Präsident.

Arzneitaxe für 1890.

4. Unter Berücksichtigung der in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretenen Veränderungen und der hierdurch nothwendig gewordenen Aenderung in den Lörpreisen der betreffenden Arzneimittel habe ich eine Prüfung der Arznei-Laxe angeordnet und hiernach eine neue Auflage derselben anfertigen lassen.

Außerdem hat bei der Laxe für Arbeiten bei dem Abschnitt „Comprimiren“ bezüglich der Berechnung käuflicher Tabletten, bei N° 6 der allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Berechnung von Aqua destillata bei Zubereitungen für Thiere ein Zusatz stattgefunden und im Anhang sind einige nothwendige Veränderungen vorgenommen, auch Vorschriften zu einzelnen Mitteln hinzugefügt, für welche bereits Preise in der Laxe angegeben waren.

Die demnach abgeänderte Laxe tritt mit dem 1. Januar 1890 in Kraft.

Berlin, den 13. Dezember 1889.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

In Vertretung Rasse.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Arzneitaxe in der R. Gaertner'schen Verlagsbuchhandlung (Hermann Seyfelder) in Berlin erschienen und in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1 M. 20 Pf. zu beziehen ist.

Potsdam und Berlin, den 30. Dezember 1889.

Der Königl. Regierungs-Präsident.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

5. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauerhofsbesizers Samuel Aue zu Lüdersdorf, Kreis Angermünde;

unter dem Rindvieh des Bauerhofsbesizers Horning zu Rosenthal, Kreis Niederbarnim;

unter den Kindern des Anbauers Carl Schulze zu Eggdorf, des Gutsbesizers Max List zu Teltow, des Kossäthen Friedrich Pasche I., des Gastwirths Miellig und der Wittwe Henning zu Löwenbruch, Kreis Teltow.

Erloschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Wittwe Hebeder zu Bierraden, des Bauerhofsbesizers Zimmermann zu Dobberzin und des Rittergutes Rerkow, Kreis Angermünde;

in den Dörfern Nieder-Schönhausen und Zehlendorf, unter dem Rindvieh des Adersbürgers Wegener zu Bernau, unter den Rindviehbeständen des Dorfes Liebenthal und der Domäne Krumensee, Kreis Niederbarnim;

in den Dörfern Tremmen, Ribbeck und Bräbickow, Kreis Westhavelland;

unter den Kindern des Rittergutes Bries, Kreis Teltow.

Potsdam, den 31. Dezember 1889.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluß der kleinen Jagd.

1. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf

Auer-, Birk- und Fasanen-Gannen, Gafelwild, Wachteln und Hasen

mit Ablauf des

Donnabend, des 18. Januar 1890 geschlossen.

Potsdam, den 21. Dezember 1889.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verbot eines Flugblattes.

1. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt „Arbeitslos!“ beginnend mit den Worten: „Wie schädlich schallt Dir das Wort in die Ohren“ und schließend mit den Worten: „Gerechtigkeit für Alle“ ohne Angabe des Druckers und Verlegers nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 28. Dezember 1889.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Verbot eines Flugblattes.

2. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das in deutscher und czechischer Sprache gedruckte Flugblatt mit der Ueberschrift: „11. November!!!“ „Proletariat!“ beginnend mit den Worten: „Dieses Flugblatt, welches Du in Deiner Hand hältst“, und schließend mit den Worten: „Aug' um Aug', Zahn um Zahn! Hoch die Anarchie!“ ohne Angabe des Druckers und Verlegers nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 28. Dezember 1889.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

3. In den amtlichen Veröffentlichungen der Polizei-Verordnung, betreffend die bauliche Anlage und die innere Einrichtung von Theatern, Circusgebäuden und öffentlichen Versammlungsräumen, vom 31. Oktober 1889, und zwar im Amtsblatt der Königl. Polizei-

gierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, zweite Extra-Beilage zum 47. Stück vom 22. November 1889, sowie im Berliner Intelligenzblatt Nr. 273 zweite Beilage vom 21. November 1889 befinden sich Druckfehler, welche hiermit, wie folgt, berichtigt werden:

1) Im Amtsblatt fehlt im § 25 Zeile 1 vor dem Worte: Mineralölen das Wort: von, im § 81 Nr. 1 Zeile 3 ist anstatt 45 m zu lesen: 45 cm.

2) Im Intelligenzblatt ist im § 41 Absatz 2 Zeile 5 anstatt: derart zu lesen: derartig.

Berlin, den 19. Dezember 1889.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Einrichtung neuer öffentlicher Fernsprechkstellen.

1. Bei den Kaiserlichen Postämtern SW. 12 (Zimmerstraße), NW. 21 (Thurmstraße), N. 39 (Wedding) und N. 58 (Danzigerstraße) treten am 1. Januar 1890 öffentliche Fernsprechkstellen in Wirksamkeit. Für die Benutzung dieser Stellen kommen die für solche Einrichtungen allgemein gültigen Bedingungen in Anwendung.

Berlin C., den 28. Dezember 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unter-Abtheilungen der Fernsprech-Vermittlungs-Anstalt I. zu Berlin betreffend.

2. Die bei der Fernsprech-Vermittlungsanstalt I. (Französischstraße) bisher bestandenen beiden Unterabtheilungen Ia. und Ib. werden vom 3. Januar l. J. ab aufgehoben. Vom bezeichneten Tage ab wurden daher sämtliche Fernsprechverbindungen, bei welchen bisher die Unterabtheilungen Ia. und Ib. mitzuwirken hatten, vom Amte I. unmittelbar ausgeführt. Eine Veränderung in den Anschlußnummern tritt aus diesem Anlaß nicht ein. Die Unterabtheilung Ic. der Vermittlungsanstalt I. bleibt bis auf Weiteres bestehen.

Berlin C., 30. Dezember 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen gegen $3\frac{1}{2}$ prozentige Staats-Schuldverschreibungen.

1. Die Inhaber der 4%igen Prioritäts-Obligationen

Ia. B. der Berlin-Görlitzer,

II. Cw. der Berlin-Anhaltischen,

Serie VI. der Thüringischen,

I. Cw. der Berlin-Hamburger und der Schleswig'schen

Eisenbahn werden aufgefordert, ihre Obligationen, soweit diese zum Umtausche gegen Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ %igen Staatsanleihe abgestempelt worden sind, zur Ausführung des Umtausches vom 2. Januar 1890 ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipziger-Platz Nr. 17, oder bei den Königl. Eisenbahn-Betriebskassen zu Breslau (Direktionsbezirk

Berlin), Cottbus, Hamburg, Guben, Görlitz, Stettin und Stralsund einzureichen.

Mit den Obligationen müssen zugleich die am 1. Juli 1890 und später fällig werdenden Zinsscheine nebst Zinsschein-Anweisung abgegeben werden, bezw. ist der Betrag eines jeden fehlenden Zinsscheines baar einzuzahlen.

Ferner ist mit den Obligationen ein Nummern-Verzeichniß in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Vordruckbogen zu derartigen Verzeichnissen werden seitens der vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Die zur Ausreichung gelangenden Staatsschuldverschreibungen sind in Stücken zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 M., außerdem zum Umtausche der Obligationen der Berlin-Hamburger Anleihe in Stücken zu 150 M. ausgestellt und mit Zinsscheinen über Zinsen vom 1. Januar 1890 ab versehen. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, berücksichtigt werden.

Der Umtausch erfolgt nicht Zug um Zug, vielmehr erhält der persönlich erscheinende Einlieferer oder dessen Beauftragter vorläufig eine Empfangs-Bescheinigung. Später wird ein Quittungs-Entwurf portopflichtig übersandt werden, den der Obligationen-Einreicher mit seiner Unterschrift zu versehen hat und gegen dessen Rückgabe unter Beifügung der vorerwähnten Empfangs-Bescheinigung die Staatsschuldverschreibungen ausgehändigt werden.

Erfolgt die Einreichung der Obligationen durch die Post, so wird eine Empfangsbestätigung nur erteilt werden, wenn solche in dem Begleitschreiben beansprucht ist; anderenfalls wird nur der Quittungs-Entwurf zur Unterschrift übersandt, nach dessen Wiedereingang die Schuldverschreibungen mit den Zinsscheinen unter voller Werthangabe zur Uebersendung gelangen, sofern eine andere Bewertung nicht ausdrücklich verlangt ist.

Die Einlieferung der Obligationen bei den vorgenannten Eisenbahn-Betriebskassen ist nur bis Ende Januar 1890 zulässig und muß von da ab seitens der Besitzer unmittelbar bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipziger Platz Nr. 17, bewirkt werden.

Berlin, den 24. Dezember 1889.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausnahmetarif für Düngemittel etc.

1. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 14. d. M. bringen wir zur Kenntniß, daß der am 1. Januar 1890 einzuführende Ausnahme-Tarif für bestimmte Düngemittel, Erden, Kartoffeln etc. auch auf Preßrückstände von Kartoffeln Anwendung findet.

Bromberg, den 23. Dezember 1889.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ermäßigte Beförderungspreise für die II und III. Wagenklasse.
 2. Am 10. Januar 1890 treten im Verkehr zwischen den Vororten Lichtenberg-Friedrichsfelde, Biesdorf, Kaulsdorf, Hoppegarten, Neuenhagen, Fredersdorf, Mödersdorf und Strausberg einerseits und den Stationen und Haltestellen der Berliner Stadtbahn andererseits ermäßigte Beförderungspreise für die II. und III. Wagenklasse in Kraft. Letztere sind bei den Fahrkarten-Ausgaben vorgenannter Stationen zu erfahren.

Bromberg, den 24. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Die Haltestelle Gultowy betreffend.

3. Vom 1. Januar 1890 wird die zwischen Rostschin und Refla gelegene Haltestelle Gultowy für den unbeschränkten Personen- und Gepäck-Verkehr eröffnet. Die auf der Bahnstraße Posen-Breschen verkehrenden Züge werden behufs Vermittelung des Personen-Verkehrs in Gultowy anhalten; die Abfahrt der Züge von der Haltestelle Gultowy findet wie folgt statt:

Richtung nach Refla-Breschen.

Zug 551 um 6 Uhr 14 Min. Vorm.

553 12 19 Nachm.

555* 5 19 "

Richtung nach Rostschin-Posen.

Zug 552* um 7 Uhr 51 Min. Vorm.

554 2 7 Nachm.

556 6 51 "

Die mit einem * bezeichneten Züge halten nur im Bedarfsfalle.

Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund der Entfernungen des Kilometerzeigers und der Preistafel des Lokal-Personen-Tarifs für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg.

Näheres ist auf allen Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 24. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Umtausch von 4g Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen Staatsschuldschreibungen.

1. Die zum Umtausch gegen Schuldschreibungen der 3 1/2 % konsolidirten Preuss. Staatsanleihe abgestempelten

4% Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen Ls. C. neue Emission

sind vom 2. Januar 1890 ab bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg,

welche den Umtausch bewirkt,

oder

bei den Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhof), zu Halberstadt und zu Braunschweig,

welche den Umtausch vermitteln,

ienzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinsscheinen über die vom 1. Januar 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der vorgedachten Gattung, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind und daher als gekündigt gelten, vom 2. Januar 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und Zinsscheinen über die Zinsen vom 1. Januar 1890 ab laufend bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse, Abtheilung für Werthpapiere, in Berlin, Leipzigerplatz 17, zum Nennwerth eingelöst werden.

Für fehlende Zinsscheine wird der entsprechende Betrag bei Baarzahlung gekürzt, beim Umtausch gegen Staatsschuldschreibungen, welche mit Zinsscheinen vom 1. Januar 1890 ab laufend ausgehändigt werden, ist der Betrag baar einzuzahlen, oder bei Einlösung der Obligationen durch die Post der Postenbung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat mittelst eines Verzeichnisses, in welches dieselben in aufsteigender Nummersfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummersfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinsscheine geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers angegeben ist. Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den Eingangs genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinsscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug und Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbefcheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldschreibungen zurückzugeben sind. Sobald Letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbefcheinigungen nur auf Verlangen ertheilt. Für die mit der Post eingesandten Obligationen werden die Staatsschuldschreibungen gleichfalls durch die Post unter rother Werthangabe übersandt, falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Quittung zu ertheilen.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung und sollen bezüglich Wünsche der Obligationen-Inhaber thunlichst berücksichtigt werden. Magdeburg, 14. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Umtausch von 4prozentigen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen Staatsschuldschreibungen.

2. Die zum Umtausch gegen Schuldschreibungen der 3 1/2 % konsolidirten Preussischen Staats-Anleihe abgestempelten 4 % Magdeburg-Halberstädter

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1868 sind vom 2. Januar 1890 ab bei der **Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg**, welche den Umtausch bewirkt, oder bei den **Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhof), zu Halberstadt und zu Braunschweig**, welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinscheinen über die vom 1. Januar 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der vorgebachten Gattung, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind und daher als gekündigt gelten, vom 2. Januar 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und den Zinscheinen über die Zinsen vom 1. Januar 1890 ab laufend bei der **Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg** und bei der **Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse, Abteilung für Wertpapiere, zu Berlin, Leipzigerplatz 17**, zum Nennwerth eingelöst werden.

Für fehlende Zinscheine wird der entsprechende Betrag bei Baarzahlung gekürzt; beim Umtausch gegen Staatsschuldverschreibungen, welche mit Zinscheinen vom 1. Januar 1890 ab laufend ausgehändigt werden, ist der Betrag baar einzuzahlen, oder bei Einlieferung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat mittels eines Verzeichnisses, in welches dieselben in aufsteigender Nummerfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummerfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinscheine geordnet und je mit einem Papierkreisen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers anzugeben ist.

Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den obengenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinscheine werden, Falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbescheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldverschreibungen zurückzugeben sind. Sobald Letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbescheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Für die mit der Post eingesandten Obligationen werden die Staatsschuldverschreibungen gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe übersandt, Falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Quittung zu erteilen.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldverschreibungen in Städten zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung und

sollen bezüglich Wünsche der Obligations-Inhaber thunlichst berücksichtigt werden.

Magdeburg, den 19. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Kündigung von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

3. Auf Grund der Ermächtigung im § 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1879 (Ges.-S. S. 635), bezw. im dritten Absätze des § 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Ges.-S. S. 129) und der Bestimmungen der betreffenden Privilegien kündige ich hiermit

- 1) die vierprozentigen Magdeburg—Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen de 1873 (Privilegium vom 8. August 1873) und
- 2) die vierprozentigen Magdeburg—Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg—Halberstädter Eisenbahn La. B. (Privilegium vom 21. Juni 1876),

soweit nicht deren Inhaber auf den durch meine Bekanntmachung vom 15. November d. J. angebotenen Umtausch gegen 3½ prozentige Staatsschuldverschreibungen rechtzeitig eingegangen sind, zur baaren Rückzahlung am 1. Juli 1890.

Die Auszahlung des Nominalbetrages der gekündigten Obligationen erfolgt vom 1. Juli 1890 ab bei den **Königlichen Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg und Berlin (Leipzigerplatz 17)** gegen Ausantwortung der Obligationen selbst und der dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinskoupons und der Talons.

Der Gelbbetrag etwa fehlender Zinscheine wird von dem Betrage der zu leistenden Zahlung gekürzt.

Die Verpflichtung zur Verzinsung der Obligationen erlischt mit dem 30. Juni 1890.

Der Finanz-Minister. Scholz.

Die durch vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers zur baaren Rückzahlung gekündigten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen sind mit den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscheinen und den Talons mittels Verzeichnisses unter Bezeichnung der etwa fehlenden Zinscheine vom 1. Juli 1890 ab an eine der genannten Eisenbahn-Hauptkassen einzureichen.

Formulare zu den Verzeichnissen werden von den genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der zum Umtausche gegen 3½ % Staatsschuldverschreibungen abgestempelten Obligationen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Magdeburg, den 28. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Umtausch gekündigter Pfandbriefe Lit. B.

Die Inhaber der nachbezeichneten, von dem königlichen Kredit-Institut für Schlesien ausgefertigten 4 % Pfandbriefe Lit. B., haftend auf dem in Schlesien im Breslau'er Kreise belegenen Gute Heydaenichen:

Nr 44848 über 500 Thaler,

Nr 51665 und 51666 à 200 Thaler,

Nr 64401, 64407 und 64408 à 100 Thaler,
Nr 79333 über 50 Thaler

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe in coursfähigem Zustande mit den laufenden Zinscheinen Ser. XI. an die königliche Institutenkasse hieselbst — im Regierungsgebäude am Lessingplatz — zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Zinscheinen versehen, einzureichen.

Sollte die Präsentation nicht bis zum 15. Februar 1890 erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezial-Hypothek präkludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unserem Register, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Breslau, den 15. August 1889.

Königl. Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Prenzlau ist der Bauergutsbesitzer Schütte zu Gäßow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 15. Bezirks Gäßow ernannt worden.

Die Lehrerinnen Stechert, Herzog, Pielkicker, von Lagerkröm, Dodeloh, Stiller, Meier, Kuhlrott, Novius sind als Gemeindeschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Führung der Handels- u. Register

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register erfolgt für den diesseitigen Gerichts-Bezirk während des Jahres 1890 durch 1) den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) die hiesige Zeitung „Neues Charlottenburger Intelligenzblatt“, 4) die hiesige Zeitung „Neue Zeit“.

Charlottenburg, den 23. Dezember 1889.

Königliches Amtsgericht.

Das Handels-, Genossenschafts- und Musterregister wird vom 1. Januar 1890 ab durch den Gerichtsassessor Thomaczewski unter Mitwirkung des Secretairs Bode geführt. Die Veröffentlichung der Eintragungen in die Register erfolgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, die Oberberger Zeitung und die Berliner Börsenzeitung.

Oberberg i. M., den 23. Dezember 1889.

Königliches Amtsgericht

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Christian Hansen, Schuhmachergeselle,	geboren am 11. Juni 1832 zu Schäßlau, Dänemark, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	9. November 1889.
2	Johann Zilacel, Handarbeiter,	geboren im Jahre 1834 zu Zichowice, Bezirk Schättenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei, Betteln, Verleumdung und Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wiesentach,	1. Oktober 1889.
3	Eva Bräbe, Handarbeiterin,	geboren im Jahre 1826 zu Marfowiz, Bezirk Schättenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei, Betteln u. Verleumdung,	dasselbe,	desgleichen.
4	Franz Forst, Fabrikarbeiter,	geboren am 16. April 1869 zu Marfowiz, Bezirk Beneschau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl, Betteln im wiederholten Rückfall u. Führung falscher Legitimationspapiere,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wiesentach,	6. November 1889.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Registriert von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 2.

Den 10. Januar

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 25.) Nr. 1875. Bekanntmachung, betreffend den Aufkauf und die Eingliederung der Einhundertmarknoten der Bremer Bank in Bremen. Vom 25. Oktober 1889.

Nr. 1876. Bekanntmachung, betreffend den Antheil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des Feuerfreien ungedeckten Notenumlaufs. Vom 25. Oktober 1889.

(Stück 26.) Nr. 1877. Gesetz, betreffend die Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875. Vom 18. Dezember 1889.

(Stück 27.) Nr. 1878. Declaration zur internationalen Wahlrechtskonvention. Vom 15. April 1889.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 25.) Nr. 9358. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düsseldorf und Baldeney. Vom 2. Oktober 1889.

(Stück 26.) Nr. 9359. Verordnung, betreffend die Verwaltung des provincialständischen Verbandes der Provinz Posen. Vom 5. November 1889.

(Stück 27.) Nr. 9360. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte München-Gladbach, Greifeld, Baldeney, Coblenz und Trier. Vom 1. November 1889.

(Stück 28.) Nr. 9361. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Oerpe am Harz. Vom 16. November 1889.

(Stück 29.) Nr. 9362. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Apenau, Gubernheim, Stromberg, Saarlouis und Cleve. Vom 2. Dezember 1889.

(Stück 30.) Nr. 9363. Nachtragsvertrag zu dem Vertrage zwischen Preußen und den Thüringischen Staaten, betreffend die Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte zu Gera und Weimern, vom 11. November 1878 (Gesetz-Samml. 1879 S. 216). Vom 30. März 1889.

Verordnung

wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

verordnen in Gemäßheit des Artikels 51 der Ver-

fassungs-Urtheile vom 31. Januar 1850, auf den Antrag des Staats-Ministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 15. Januar 1890 in unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staats-Ministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter unserer Höchstseignhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Schloß zu Berlin,

den 30. Dezember 1889.

(L. S.)

Wilhelm.

Kurfürst von Brandenburg, von Preußen, von Bayern, Freiherr Lucius von Ballhausen, von Götter, von Scholz, Graf von Bismarck, Herrfurth, von Schelling, von Berdy.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 30. Dezember d. J., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 15. d. M. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 14. d. M. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 15. d. M. in den Morgenstunden von 8 Uhr ab offen liegen wird. In diesen Bureau werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 2. Januar 1890.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Allerhöchster Erlass.

betreffend die Anleihe der Stadt Verleberg von 210 000 Mark.

Auf den Bericht vom 19. November d. J. will Ich hierdurch genehmigen, daß der Zinsfuß derjenigen Anleihe im Betrage von 210 000 Mark, zu deren Aufnahme die Stadt Verleberg, im Regierungsbezirk Potsdam, durch das Privilegium vom 23. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 284) ermächtigt worden ist, von vier auf drei und einhalb Prozent herabgesetzt werde, mit

der Maßgabe, daß die in dem Privilegium festgesetzte Tilgungsfrist inne gehalten werde, sowie daß die noch nicht getilgten Anleihscheine den Inhabern derselben rechtzeitig für den Fall zu kündigen sind, daß die Anleihscheine dem Magistrate der Stadt Perleberg nicht bis zu einem von demselben festzusetzenden Termine zur Abstempelung auf $3\frac{1}{2}$ Prozent eingereicht werden.

Dresden, den 29. November 1889.

gez. Wilhelm R.

ggz. von Scholz-Hersfurth.

An die Minister der Finanzen und des Innern.

I. R. 9778/9.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten.

1. In Stelle des verstorbenen Königl. Landraths von der Hagen zu Stoelln ist der Königl. Appellationsgerichts-Rath a. D., Rittergutsbesitzer Otto Graf von Dredow zu Goerne zum Provinzial-Landtagsabgeordneten des Kreises West-Havelland gewählt

worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 31. Dezember 1889.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Chausseegelverhebung auf der Lestower Kreis-Chaussee von Königs-
wälderhausen über Deutsch-Wälderhausen nach Magow.

6. Dem Kreise Lütow ist Gehens des Herrn
Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß vom
12. Dezember l. J. die Genehmigung ertheilt worden,
an der Einmündung der Magow-Königs-Wälderhausen'er
Kreis-Chaussee in die Mittenwalde-Klein-Zietzen'er
Kreis-Chaussee bei der Mittenwalde eine Hebefelle zu
errichten und an derselben das tarifmäßige Chausseegeld
für eine Meile für beide Chausseestrecken zu erheben,
jedoch mit den folgenden Maßgaben für die die Chaussee
Mittenwalde-Klein-Zietzen Benutzenden.

1) Wer an sich zur Einrichtung eines zweimelligen

S.

Nachweisung der Markte etc.

Staufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gries	Speisebohnen	Linsen	Kartoffeln	Nichtstroh	Stammstroh	Fen	Kornschick		Bauschick
		Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	Mark.	von der Markte	Markte	Markte
1	Angermünde	18 71	17 03	17 34	15 80	28	30	35	3 75	6 75	4 58	6 25	1 40	1 10	
2	Berckow	17 50	16 80	15 10	16 10	27 50	27 50	37 50	2 70	7		6 80	1 20	1	
3	Bernau	19 16	17 60	17 58	16 96	26	30	44 25	5	7 72		6 70	1 25	1 09	
4	Brandenburg	19 05	17 65	15 28	16 87	35	35	50	3 30	6 45		6 05	1 40	1 20	
5	Dahme	18 82	17 26	16 42	17	25	32	45	2 50	6 50	4	7 50	1	1	
6	Eberswalde	18 47	16 50	18	16 65	24	24	32	3	7 50		6	1 40	1	
7	Farnelberg	19 51	17 16	14 83	17 42	26	51	67 62	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 10	
8	Jüterbog	18 50	18 13	16	17 50	28	30	50	3	7		7	1 20	1 10	
9	Ludowalbe	18 06	16 94	15	16 15	36	36	40	3 10	6 33		6 50	1 20	1 20	
10	Perleberg	19 16	16 94	16 60	17 05	32	35	50	3 50	6 40		6 40	1 40	1 20	
11	Prenzlau	18 93	16 93	17 79	15 82	22	30	30	3 50	5 50	4	5	1 20	95	
12	Potsdam	18	17 29	16 32	17 06	28	33	43	3 66	7 11		6 15	1 35	1 10	
13	Prignitz	18 47	16 76	15 67	16 10	19	25	39	2 44	6	4 75	5	1 30	1 05	
14	Rathenow	19 36	17 38	16	16 38	30	35	44	2 90	6 08		5 25	1 40	1 20	
15	Reu-Ruppin	19	16 69	16 30	16 46	30	32	50	2 77	8		6	1 40	1 15	
16	Schwedt	19	17 69	17	16 89	26	67	37 50	3	6 50		6 30	1 20	1	
17	Spandau	19	17 25	15 25	17 50	29	39	51	4	8		6 50	1 45	1 20	
18	Strausberg	19	17	19 50	17 50	19	30	50 35	3	8 86		7 64	1 20	1 10	
19	Teltow	18 89	17 51	17 51	16 75	40	20	45	3 50	7 25	6	7 75	1 40	1	
20	Templin	19	17	17 50	17 50	17	50	60	3	8		7	1 20	1	
21	Treuenbriezen	18 90	17 50	15 70	16 50	24	26	30	3	6		5 50	1 20	1	
22	Wittstock	18 70	17 30	15 50	16 16	20	36	44	2 44	5	4	5	1	90	
23	Wriezen a. D.	18 10	16 98	18 21	16 39	23	27	30	3	7 75	6	5 50	1 30	1	
Durchschnitt		18 75	17 19	16 54	16 72				3 20	6 88		6 27			

Potsdam, den 7. Januar 1890.

Chausseegeldes in Klein-Ziethen verpflichtet ist, hat in Zukunft dort nur ein einseitiges Chausseegeld zu erlegen, wenn der Nachweis geführt wird, daß er bereits in Ragow Chausseegeld für eine Meile bezahlt hat.

- 2) Wer bei der Hebestelle Ragow nachweist, daß er bereits in Klein-Ziethen Chausseegeld für zwei Meilen entrichtet hat, ist bei Ragow in der Richtung nach Mittenwalde tollfrei zu lassen.
- 3) Die Fuhrwerke und Thiere aus den Dörfern Klein-Rienitz, Brunsdorf, Ragow und Deutsch-Wusterhausen zahlen bei der Hebestelle Ragow im Verkehre nach Mittenwalde und zurück nur je halbes einseitiges Chausseegeld.

Potsdam, den 31. Dezember 1889.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

7. Festgestellt ist:
die Maul- und Klauenseuche unter dem

Kindvieh der Bauerhofbesitzer Reßlaff und Lanceré in Grimme, Kreis Prenzlau;

unter dem Kindvieh des Eigentümers Christian Künze und des Bauerhofbesizers Wilhelm Drabant in Ranow, Kreis Ostprignitz;

unter den Kindern des Gemeindevorsehers Rist, des Bauerhofbesizers Tiefgang, des Schmiedemeisters Sameisky und des Gastwirts Grünberg in Groß-Schulzendorf und des Dominikus Edwenbruch, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche in Biegnitz, Selbelang, Ragow I., II., IV. Theils, Grabow (Ziegelei) und Al. Kreuz, Kreis Westhavelland; in Groß-Voltersdorf, Kreis Ostprignitz;

unter den Kindern des Gemeindevorsehers Ferdinand Paul zu Groß-Beeren, Kreis Teltow.

Potsdam, den 7. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Dezember 1889.

A r t i k e l						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Geflü- gel	Butter	Ein Schod Bier.	Wehl		Gerste		Buchweizen- grüße	Hafergrüße	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefalz	Schweine- schmalz, Vießig.		
						Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Gerste	Grüße					mittler gelber	in gebr. Bohnen				
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 40	— 90	1 05	1 90	2 30	4 53	35	35	60	40	45	60	60	60	3 40	3 60	20	2		
1 50	— 75	— 95	1 80	2 30	3 90	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 45	1 28	1 15	1 90	2 43	4 63	40	25	50	50	50	50	60	45	2 60	3 20	20	1 60		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	4	40	30	50	40	50	50	50	50	3 60	4	20	1 60		
1 40	— 80	1	1 80	2	2 40	32	26	60	40	50		50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 20	1	1 60	2 40	4 80	30	28	60	60	50		60	60	3 20	3 40	20	1 80		
1 45	1 30	1 05	2	2 31	4 10	38	26	50	55	60	60	50	60	2 80	4	20	1 80		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 40	4 40	32	28	40	50	40	60	40	40	3	3 60	20	1 60		
1 50	1	1 20	1 60	2 30	4	36	24	50	40	40	60	36	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 94	3 50	50	36	50	40	50	50	40	50	3 80	3 60	20	2		
1 40	— 90	1 10	1 80	2 40	4 40	32	30	60	40	55	60	55	60	3 20	3 60	20	2		
1 41	1 12	1 25	1 63	2 26	5 02	40	35	50	50	50		50	65	3	3 80	20	1 80		
1 40	1	1	1 90	1 95	3 47	26	25	40	40	40	50	40	50	3 20	3 60	20	1 80		
1 50	1	1 20	1 60	2 60	4 50	32	29	40	44	45	44	40	60	3 50	3 80	20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	4 80	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 20	— 90	1 20	2	2	4 80	35	25	50	40	50	50	50	60	3 50	3 60	20	2		
1 60	1 28	1 25	1 80	2 50	5 50	40	30	50	50	55	50	55	65	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 60	2 40	4 80	35	25	55	50	45	50	50	60	3	3 80	20	1 40		
1 50	1 30	1 15	1 70	2 10	4 20	45	30	55	50	50	60	50	60	3	3	20	1 20		
1 40	— 80	1	1 80	2 40	4	30	25	60	50	60	60	40	50	3 40	3 80	20	1 80		
1 40	— 95	1 20	1 60	2 20	4	32	26	50		40	50	30	50	3 20	3 40	20	1 80		
1 28	— 71	— 98	1 80	2 10	3 67	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 15	1 80	2 20	4 40	25	26	50	40	40	50	50	50	3 25	3 50	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisung
des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat December 1889
in den Hauptmarkorten der Kreise des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Was loseten je 50 Kilogramm.	Wees- für Kreis Wees- fow- Storkow.		Brand- burg für Brand- burg und Kreis West- havel- land.		Luders- walde für Kreis Hüter- bog- Luders- walde.		Berle- berg für Kreis West- Prignitz.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Bau- sch- Belzig.		Prenzl- au für die Kreise Prenzl- au und Templin.		Rup- pin für Kreis Rup- pin.		Schwedt für Kreis Ange- ründe.		Bittkau für Kreis Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	850	911	868	905	924	853	872	886	849										Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Dönhavelland und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Markort.
2.	Heu	357	344	368	353	378	315	315	320,5	262,5										
3.	Richtstroh	367	352	351	353	396	315	420	341	262,5										

Potsdam, den 7. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Schmiede-Innung in Rathenow betreffend.

10. Der Schmiede-Innung in Rathenow ist auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juni 1884, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes, und des Ministerialerlasses vom 23. Januar 1885 von mir widerruflich die Berechtigung zur Ertheilung von Prüfungszeugnissen für den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes beigelegt worden.

Die Prüfungs-Commission besteht aus folgenden Herren:

- 1) den Kreisthierarzt Oberrosarzt a. D. Dalchow als Vorsitzenden;
- 2) den Obermeister W. Lindemann;
- 3) den Schmiedemeister W. Brösche in Rathenow.

Die genannte Commission tritt in Wirksamkeit für den Bezirk der Innung im Kreise Westhavelland.

Potsdam, den 3. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Form der ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten.

11. Durch das Circular-Rescript vom 20. Januar 1883 hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten von Raumer, Excellenz, für die ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten vorgeschrieben, daß die amtlichen Atteste und Gutachten der Medizinal-Beamten jedesmal enthalten sollen:

- 1) die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Ausstellung des Attestes, des Zweckes, zu welchem dasselbe gebraucht, und der Behörde, welcher es vorgelegt werden soll;
- 2) die etwaigen Angaben des Kranken oder der Angehörigen desselben über seinen Zustand;
- 3) bestimmt gesondert von den Angaben zu 2, die eigenen tatsächlichen Wahrnehmungen des Beamten über den Zustand des Kranken;
- 4) die aufgefundenen wirklichen Krankheits-Erscheinungen;
- 5) das tatsächlich und wissenschaftlich motivirte

Urtheil über die Krankheit, über die Zulässigkeit eines Transportes oder einer Haft, oder über die sonst gestellten Fragen;

- 6) die dienstliche Versicherung, daß die Mittheilungen des Kranken oder seiner Angehörigen (ad 2) richtig in das Attest aufgenommen sind, daß die eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers (ad 3 und 4) überall der Wahrheit gemäß sind und daß das Gutachten auf Grund der eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers nach dessen bestem Wissen abgegeben ist.

Außerdem müssen die Atteste mit vollständigen Datum, vollständiger Namens-Unterschrift, insbesondere mit dem Amts-Charakter des Ausstellers und mit einem Abdruck des Dienstzeichens versehen sein.

Mittels Rescripts vom 11. Februar 1888 ist überdies auch angeordnet, daß die gedachten Atteste in Zukunft jedesmal, außer dem vollständigen Datum der Ausstellung, auch den Ort und den Tag der stattgefundenen ärztlichen Untersuchungen enthalten müssen, und daß obige Bestimmungen auch auf diejenigen Atteste der Medizinal-Beamten Anwendung finden, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Aerzte zum Gebrauch vor Gerichts-Behörden ausgestellt werden.

Indem wir Vorstehendes hiermit zur Kenntniß bringen, machen wir den Herren Medizinal-Beamten die genaue Befolgung dieser Vorschriften zur Pflicht; indem wir dieselben darauf aufmerksam machen, daß bei Ausstellung von Zeugnissen in Haft-Angelegenheiten die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung des Zustandes eines Arrestanten bei sofortiger Freiheits-Entziehung kein genügender Grund ist, die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung oder Späthhaft als notwendig zu bezeichnen.

Es müssen vielmehr die Medizinal-Beamten selbst überzeugt sein und nach den Grundsätzen der Wissenschaft durch die selbst wahrgenommenen Krankheits-Erscheinungen motiviren können, daß von der Haft-

Vollstreckung eine nahe bedrohende und nicht wieder gut zu machende Gefahr für Leben und Gesundheit zu besorgen ist.

Potsdam und Berlin, den 26. März 1886.
Königliche Regierung. Königl. Polizeipräsident.
Abtheilung des Innern.

Vorstehende Vernehmung wird hiermit zur Beachtung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Potsdam und Berlin, den 4. Januar 1890.
Der Königl. Regierungs-Präsident. Der Königl. Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Die Postagentur in Bernim betreffend.

3. Die Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Bernim (Markt) ist in ein Postamt III. umgewandelt worden. Potsdam, den 6. Januar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nachträge zu den Tariffesten 1 bis 3 des Galizisch-Norddeutschen Getreidewerkehrs.

2. Am 1. Februar d. J. treten zu den Tariffesten 1 bis 3 des Galizisch-Norddeutschen Getreidewerkehrs Nachträge in Kraft, welche neben Tariffestrichtungen und Aufnahme weiterer deutscher Stationen die Durchführung des Frachtausgleiches sofort bei der Reexpedition im Kartirungsweg für die in den Stationen Czernowitz und Suczawa reexpedirten Sendungen enthalten. Exemplare der Nachträge sind im hiesigen Austauschbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz und bei der Güterkasse zu Stettin unentgeltlich zu haben. Berlin, den 4. Januar 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Kündigung von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

1. Auf Grund der Ermächtigung im § 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1879 (Ges.-S. 635), bezw. im dritten Absätze des § 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Ges.-S. 129) und der Bestimmungen der betreffenden Privilegien kündige ich hiermit

- 1) die vierprozentigen Magdeburg—Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen des 1873 (Privilegium vom 8. August 1873) und
- 2) die vierprozentigen Magdeburg—Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg—Halberstädter Eisenbahn La. B. (Privilegium vom 21. Juni 1876),

soweit nicht deren Inhaber auf den durch meine Bekanntmachung vom 15. November d. J. angebotenen Umtausch gegen $3\frac{1}{2}$ prozentige Staatsschuldverschreibungen rechtzeitig eingegangen sind, zur baaren Rückzahlung am 1. Juli 1890.

Die Auszahlung des Nominalbetrages der gekündigten Obligationen erfolgt vom 1. Juli 1890 ab bei den Königl. Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg

und Berlin (Leipzigerplatz 17) gegen Ausantwortung der Obligationen selbst und der dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscoupons und der Talons.

Der Geldebetrag etwa fehlender Zinscheine wird von dem Betrage der zu leistenden Zahlung gekürzt.

Die Verpflichtung zur Vergütung der Obligationen erlischt mit dem 30. Juni 1890.

Der Finanz-Minister. Scholz.

Die durch vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers zur baaren Rückzahlung gekündigten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen sind mit den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscheinen und den Talons mittelst Verzeichnisses unter Bezeichnung der etwa fehlenden Zinscheine vom 1. Juli 1890 ab an eine der genannten Eisenbahn-Hauptkassen einzureichen. Formulare zu den Verzeichnissen werden von den genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einarbeitung der zum Umtausch gegen $3\frac{1}{2}$ % Staatsschuldverschreibungen abgestempelten Obligationen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Magdeburg, den 28. Dezember 1889.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Umtausch von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen betr.

3. Die zum Umtausch gegen $3\frac{1}{2}$ % Staatsschuldverschreibungen abgestempelten

4 % Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1885 und 4 % Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen La. C. neue Emission

werden vom 2. Januar 1890 ab für die ersten 6 Wochen des Umtauschgeschäftes außer von den in unseren Bekanntmachungen vom 14. und 19. d. M. bezeichneten Kassen auch von

der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse in Frankfurt a. M. und der Königl. Eisenbahn-Betriebskasse in Hamburg

angenommen. Magdeburg, den 31. Dezember 1889.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht; dem Forstassen-Rendanten Schulze zu Dranienburg den Charakter „Rechnungs-Rath“ zu verleihen.

Im Kreise Zellow ist der Administrator Lange in Doborf auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 35. Bezirks Mariensfelde ernannt worden.

Der Civil-Anwält Wilhelm Gehrmann ist zum Regierungs-Civil-Supernumerarius ernannt worden.

Dem Förster Lauterbach zu Glasflütte ist vom 1. Januar 1890 ab die probeweise Verwaltung der Forstklasse zu Oransee übertragen worden.

An Stelle des verstorbenen Kreisboniteurs Amtsvorstehers Dahms zu Storkow ist der Quisbefiger Suhr zu Clauschagen zum Kreisboniteur für den Kreis Templin bestellt worden.

Bei der Königl. Direction für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind: 1) die Militär-Anwärter Gaebe und Bonigt als Kanzlei-Diätare angenommen und 2) die Kanzlei-Diener Hoppe und Müller pensionirt.

Der bisherige Pfarrer Robert Friedrich Theodor Stein in Barnow, Diöcese Posen, ist zum Pfarrer der Pfarodie Groß-Berge, Diöcese Pommern, bestellt worden.

Die unter dem Patronate des Dom-Kapitels zu Brandenburg a. O. stehende Pfarrstelle zu Tremmen, Diöcese Dom-Brandenburg, kommt durch die nach altem Rechte erfolgende Emeritirung des Pfarrers Schumann zum 1. April 1890 zur Erledigung.

Die Lehrer Koepp, Knabe, Johannes Jahn, Grahl, Albert Jahn, Fast, Löwe, Jähns, Christ, Frige, Bösch, Witke und Schwanitz sind als Gemeindefunktionäre in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts
in dem Monat November 1889.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Landgerichtsrath Bauer in Berlin zum Kammergerichtsrath, der Amtsgerichtsrath Dr. Bischoff in Cöln zum Landgerichtsdirektor bei dem Landgericht in Cottbus, die Gerichtsassessoren Dr. Dabberstein zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Storkow, Gehr zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Uffen, Kühn zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Platen. Pensionirt ist der Kammergerichtsrath Berger. Verstorben sind: der Landgerichtsrath Büttler in Guben und der Amtsgerichtsrath Siebart in Berlin.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare Schoenermark, Dillenroth, Reglaff, Hoburg, Augustin.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst ist in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Sch bei dem Landgericht zu Frankfurt a. O. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Gerichtsassessor Perrin bei dem Amtsgericht in Eudenberg, der Gerichtsassessor Demler bei dem Amtsgericht in Cöln, der Gerichtsassessor Isidor Goldschmidt bei dem Landgericht in Cottbus, der Gerichtsassessor a. O. Sluzewski, und die Gerichtsassessoren Dr. Ruschad, Morris, Ragermann und Dr. Koppel bei dem Landgericht I. in Berlin.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Schlingmann, Magnus, Levy, von Groß, v. d. Hagen, Lepenau, Daffis, Dr. phil. Raffel, Schiff, Sponholz, von Drigalski.

Berufen ist von Reudell in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Königsberg i. Pr. Entlassen sind: Graf von Pourtales, Nisch und Bunsen auf ihren Antrag, Freiherr von Lüdinghausen, gen. Wolff, Zwecks Uebertritts in der Verwaltungsdiät.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Etatsmäßige Gerichtsschreiber-Geheile Fernant in Eudenberg zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Eupen, der Etatsmäßige Assistent von Gölisch bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Jülich, der Aktuar Schah zum Etatsmäßigen Assistenten bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin (Amtsanwaltschaft), der Militär-Anwärter Schwerdfeger zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Triebel. Die Dienstentlassung des Sekretärs Bombe bei der Staatsanwaltschaft in Posen ist rückgängig gemacht worden. Berufen sind: der Etatsmäßige Gerichtsschreiber-Geheile Liehr in Treuenbrietzen an das Landgericht in Potsdam, der Etatsmäßige Gerichtsschreiber-Geheile Rudolph vom Amtsgericht I. als Assistent an die Staatsanwaltschaft I. in Berlin, der Etatsmäßige Assistent Rodtrock von der Staatsanwaltschaft I. als Gerichtsschreiber-Geheile an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt ist der Kanzlist Schirmer bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Potsdam. Entlassen ist der Etatsmäßige Gerichtsschreiber-Geheile Jahn in Sonnenburg Zwecks Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts in Breslau. Verstorben sind die Kanzlisten Kahlbaum bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Guben und Graebner bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.
Angenommen ist der Stationsausseher Plath in Ehorin (Mark) zum Postverwalter.
Ernannt sind die Postsecretaire Gaeble in Templin, Feld in Strasburg (Udermark), Pfeiffer in Belgig und Reinde in Eldwen zu Postmeistern.
Freiwillig ausgeschieden ist der Postverwalter Rohloff in Ehorin (Mark).

Bekanntmachung.

Im Verwaltungs-Bezirk der Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter ist der Förster Rosa zu Prieros in der Hausideicommiss-Oberförsterei Hammer unter Verleihung des Charakters als „Königlicher Forstmeister“ aus dem Dienst geschieden, der Förster Behrens bisher in der Kronsideicommiss-Forst Erdmannsdorf nach Prieros versetzt.

Berlin, den 23. Dezember 1889.

Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Rebirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gahn'schen Erben (E. Gahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 17. Januar

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Auslegung der Wählerlisten zu den Neuwahlen für den Reichstag.
2. Nachdem durch Kaiserliche Verordnung vom 8ten d. Mts. bestimmt worden ist, daß die Neuwahlen für den Reichstag am 20. Februar d. Js. vorzunehmen sind, lege ich auf Grund des § 2 des Reglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt Seite 275) den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat, auf den 23. Januar d. Js. hierdurch fest.
Berlin, den 10. Januar 1890.

Der Minister des Innern. Hersfurth.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl eines Provinziallandtags-Abgeordneten.

2. An Stelle des verstorbenen Mittergutsbesitzers, Königl. Kammerherren Grafen Philipp zu Eulenburg auf Liebenberg ist der Hauptmann a. D. von Rathenow zu Ploentz zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Kreises Ruppin gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.
Potsdam, den 3. Januar 1890.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister v. Achenbach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schulverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe von 1880.

1. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schulverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe von 1880 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1899 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 2. Dezember d. Js. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierseits, Dantienstraße Nr. 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinschein-Anweisungen mit

einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbeseinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Beseinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbeseinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbeseinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen.

Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbeseinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausständigung der Zinscheine wieder abzuliefern.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schulverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schulverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen. Berlin, den 17. Oktober 1889.

Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Besten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und den Königl. Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 21. Oktober 1889.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die Lotterie für die Niederlegung der Schloßfreiheit zu Berlin.

12. Des Kaisers und Königs Majestät haben geruht, dem Komitee für die Niederlegung der Schloß-

freiheit zu Berlin mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 27. Dezember v. J. die Erlaubnis zu ertheilen, im Jahre 1890 eine Geldlotterie zu dem bezeichneten Zwecke zu veranstalten und die Loose im gesammten Staatsgebiete zu vertreiben.

Die Lotterie wird bei 10000 Gewinnen zum Gesammtbetrage von 27,4 Millionen Mark 200000 Loose zum Preise von je 200 Mark enthalten, welche in fünf Klassen und je nachdem als volle Loose oder in Anteilen von Halben, Viertel- und Achtel-Loosen zum Verlaufe gelangen sollen.

Potsdam, den 11. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Das Russische General-Consulat in Berlin betr.

13. An Stelle des nach Stockholm versetzten Wirklichen Staatsraths und General-Consuls Roudriassow ist der Collegienrath und Kammerjunker Kazarinoff zum Russischen Generalconsul in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 8. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Das Spanische General-Consulat in Berlin betr.

14. Der Dr. Eduard Hahn-Ebenagucia ist zum Kanzler bei dem Spanischen Generallconsulate in Berlin ernannt und in dieser Amts Eigenschaft zur Vertretung des Generallconsuls Landau in Fällen der Abwesenheit desselben beauftragt.

Potsdam, den 8. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Das Consulat für die Republik Nicaragua in Berlin betr.

15. Der Kaufmann Otto Schiffmann zu Berlin ist zum Consul der Republik Nicaragua ernannt und

demselben das Exequatur ertheilt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Potsdam, den 8. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Diebstehen.

16. Festgestellt ist:

der Diebstahl bei einer Kuh des Erbfinders Bartel zu Kreuzbruch im Kreise Niederbarnim; die Maul- und Klauenseuche in dem Rindviehbestande des Rittersguts Sutenpaaren, Kreis Westhavelland;

unter dem Rindvieh, des Guts Ellershausen, Kreis Ostprignitz.

In letzterem Orte ist die Guts- und Feldmarkssperre angeordnet worden.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter den Schweinen des Mühlenbesizers Thiele zu Frankenhagen, Kreis Angermünde;

unter dem Rindvieh des Rittersguts Schönau und in Krummensee, Kreis Niederbarnim;

in Neu-Schadow, Kreis Beeskow-Storkow; unter dem Rindvieh in der Dittschast Dechtow, Kreis Osthavelland;

in Wesexam, Kreis Westhavelland;

in Glienitz, Kreis Ostprignitz;

in den Dittschast des Kreises Westprignitz.

Potsdam, den 14. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Vertrauensmänner der Unfall-Versicherungsgesellschaft betreffend.

17. Im Anschlusse an meine Amtsblatt-Bekanntmachungen vom 23. Oktober, 1., 7. und 15. November 1889 (Amtsblatt für 1889 Stüd 44 Seite 388, Stüd 46 Seite 315 und 405 und Stüd 48 Seite 422) veröffentliche ich hiermit die Namen der Vertrauensmänner der Lederindustrie-Versicherungsgesellschaft für den diesseitigen Bezirk:

Bis Ende 1889.			Vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1891.	
Bezirke.	Vertrauensmänner.	Vertrauensmanns-Stellvertreter.	Vertrauensmänner.	Vertrauensmanns-Stellvertreter.
I. Stadt Potsdam	Georg Straub in Berlin,	August Anders in Berlin N. 20,	Georg Straub in Berlin,	August Anders in Berlin N. 20,
Kreis Niederbarnim	Neue Jacobstr. 9.	Prinzen-Allee 47.	Neue Jacobstr. 9.	Prinzen-Allee 47.
„ Teltow				
„ Beeskow-Storkow				
II. Kreis West- und Ostprignitz	Karl Siegelkow in Damm-Haft bei Jechenitz.	E. Borchardt i. F. Otto Borchardt & Söhne. in Prignitz.	Karl Siegelkow in Damm-Haft bei Jechenitz.	E. Borchardt i. F. Otto Borchardt & Söhne in Prignitz.
„ Kuppen				
„ Templin				
III. Kreis Prenzlau,	August Arendsee i. F.	N. Jacobssohn in Prenzlau.	August Arendsee i. F.	N. Jacobssohn in Prenzlau.
„ Angermünde	Gebr. Arendsee in Briesen.		Gebr. Arendsee in Briesen.	
„ Oberbarnim				
IV. Kreis West- und Osthavelland	Hermann Jahn i. F.	Oscar Brerendorf in Brandenburg a. S.	Hermann Jahn i. F. O. Jahn in Brandenburg a. S.	Oscar Brerendorf in Brandenburg a. S.
„ Zauch-Belzig	G. Jahn in Brandenburg a. S.			
„ Jüterbog-Luckenwalde				

Potsdam, den 9. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Monat Dezember 1889.

A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19 Mark 41 Pf.
do. (mittel)	19 " 01 "
do. (gering)	18 " 60 "
do. Roggen (gut)	17 " 71 "
do. (mittel)	17 " 55 "
do. (gering)	17 " 40 "
Gerste (gut)	19 " 40 "
Gerste (mittel)	17 " 66 "
do. (gering)	15 " 93 "
Hafer (gut)	17 " 29 "
do. (mittel)	16 " 92 "
do. (gering)	16 " 55 "
Erbsen (gut)	20 " — "
do. (mittel)	19 " — "
do. (gering)	18 " — "
Nichtstroh	7 " 64 "
Heu	6 " 87 "

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 kg.

Hafer Stroh Heu
im Monat Dezember 9,32 Mk., 4,21 Mk., 4,05 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	26 Mark — Pf.
Speisebohnen (weiße)	30 " — "
Linsen	44 " 42 "
Kartoffeln	5 " — "
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 25 "
(Bauchfleisch)	1 " 10 "
Schweinefleisch	1 " 43 "
Kalbfleisch	1 " 27 "
Lammfleisch	1 " 15 "
Speck (geräuchert)	1 " 68 "
Eibutter	2 " 41 "
60 Stück Eier	4 " 70 "

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32 Mark 66 Pf.
Speisebohnen (weiße)	35 " — "
Linsen	45 " — "
Kartoffeln	4 " 25 "
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 30 "
(Bauchfleisch)	1 " — "
Schweinefleisch	1 " 50 "
Kalbfleisch	1 " 35 "
Lammfleisch	1 " 10 "
Speck (geräuchert)	1 " 60 "
Eibutter	2 " 36 "
60 Stück Eier	4 " 50 "

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Dezember 1889:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	34 Pf.
do. Roggenmehl N° 1	32 "
do. Gerstengraupe	50 "
do. Gerstengröße	40 "
do. Buchweizengröße	42 "
do. Hirse	40 "
do. Reis (Java)	70 "
do. Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 75 "
do. (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 " 78 "
Speisesalz	20 "
Schweineeschmalz (hiefiges)	1 " 40 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50 Pf.
do. Roggenmehl N° 1	40 "
do. Gerstengraupe	60 "
do. Gerstengröße	50 "
do. Buchweizengröße	50 "
do. Hirse	50 "
do. Reis (Java)	80 "
do. Java-Kaffee (mittler)	2 " 80 "
do. (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 " 80 "
Speisesalz	20 "
Schweineeschmalz (hiefiges)	1 " 30 "

Berlin, den 8. Januar 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Polizei-Verordnung.

§. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über
die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-
Sammlung Seite 265) und der §§ 143 und 144 des
Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom
30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) wird
unter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den
Stadtkreis Berlin folgendes verordnet:

§ 1. Das Fahren von Marktfuhrwerken aller Art
ist von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags in
folgenden Straßen verboten:

in der Panoramastraße, Kochstraße, Gontardstraße,
in der Kaiser Wilhelmstraße vom Neuen Markt
bis zur Münzstraße, in der Neuen Friedrichstraße
von der Panorama- bis zur Kochstraße und in der
Straße An der Stadtbahn von der Straße An
der Spandauerbrücke bis zur Königsstraße.

§ 2. Uebertretungen dieser Vorschrift werden mit
einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder im Unvermögens-
falle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 15. Januar
1890 in Kraft. Mit demselben Tage treten die Polizei-
Verordnungen vom 29. Juli und 25. September 1889
außer Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident. Freiherr von Richthofen.

Stell- und Rademacher-Innung zu Berlin.

6. Nachstehende Bestimmung:

Auf Grund des § 100e. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Stell- und Rademacher-Innung zu Berlin, daß:

- 1) Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120a. der Reichs-Gewerbeordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde (§ 43 des Innungsstatuts) und zwar, so lange die Innung dem Innungsausschuß der vereinigten Innungen zu Berlin angehört, von dem engeren Ausschuß des letzteren (Schiedsgericht für Lehrlingsstreitigkeiten) auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in dieselbe fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört;
- 2) die sämmtlichen von der bezeichneten Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Ziffer 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört;
- 3) daß Arbeitgeber der unter Ziffer 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1888 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Januar 1888 in Kraft.

Berlin, den 15. November 1887.

Der Königliche Polizei-Präsident.

wird hierdurch mit dem Hinzufügen wiederholt bekannt gemacht, daß der Bezirk der Stell- und Rademacher-Innung zu Berlin von dem 1. Februar 1890 ab die Stadtgemeinde Berlin, die Amtsbezirke Schöneberg, Witzdorf, Tempelhof, Pantow, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Treptow, Stralau, Wilmersdorf, Tegel und Reinickendorf sowie den Gemeindebezirk Dalldorf umfaßt.

Berlin, den 10. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot eines Staatsschuldscheins.

1. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem früheren Armenkassen-Verwalter Bernhard Kersting zu Olfen der ursprünglich der dortigen Armenverwaltung gehörige Staatsschuldschein Lit. H. N^o 48229 über 25 Thaler angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Tochter des nunmehr verstorbenen v. Kersting, Krämerin Frau Josefa Kersting zu Olfen, welche durch Ersetzung der Baluta das Recht auf den Staatsschul-

schein erworben hat, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 3. Januar 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot eines Staatsschuldscheins.

2. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Staatsschuldschein von 1842 Lit. H. N^o 58512 über 25 Thlr. in dem Nachlaß des am 31. Dezember 1880 zu Landstuhl, im bayerischen Regierungsbezirk Pfalz, verstorbenen Kaufmanns und Oekonomie Jacob Martin angeblich vermist ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der verwitweten Frau Jacob Martin, geb. Schmidt zu Deidesheim in Bayern anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 3. Januar 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Umtausch von 48 Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen Staatsschuldverschreibungen.

6. Die zum Umtausch gegen Schulverschreibungen der 3½ % konsolidirten Preuss. Staatsanleihe abgestempelten

4% Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen Ld. C. neue Emission

sind vom 2. Januar 1890 ab bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg,

welche den Umtausch bewirkt, oder

bei den Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhof), zu Halberstadt und zu

Braunschweig,

welche den Umtausch vermitteln,

einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinsscheinen über die vom 1. Januar 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der vorgedachten Gattung, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind und daher als gekündigt gelten, vom 2. Januar 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und Zinsscheinen über die Zinsen vom 1. Januar 1890 ab laufend bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse, Abtheilung für Wertpapiere, in Berlin, Leipzigerplatz 17, zum Nennwerth eingelöst werden.

Für fehlende Zinsscheine wird der entsprechende Betrag bei Baarzahlung gekürzt, beim Umtausch gegen Staatsschuldverschreibungen, welche mit Zinsscheinen vom 1. Januar 1890 ab laufend ausgehändigt werden, ist der Betrag baar einzuzahlen, oder bei Einlieferung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat mittelst eines Verzeichnisses, in welches dieselben in aufsteigender Nummerfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummerfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinsscheine geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers angegeben ist. Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den Eingangs genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinsscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbescheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldverschreibungen zurückzugeben sind. Sobald Letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbescheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Für die mit der Post eingesandten Obligationen werden die Staatsschuldverschreibungen gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe übersandt, falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgekehrt Duntung zu erteilen.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldverschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung und sollen bezügliche Wünsche der Obligations-Inhaber thunlichst berücksichtigt werden. Magdeburg, 14. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Umtausch von 4prozentigen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen gegen Staatsschuldverschreibungen.

7. Die zum Umtausch gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 % konsolidirten Preussischen Staats-Anleihe abgestempelten 4 % Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1885 sind vom 2. Januar 1890 ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg, welche den Umtausch bewirkt, oder bei den Königl. Eisenbahn-Betriebs-Kassen zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhof), zu Halberstadt und zu Braunschweig, welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinsscheinen über die vom 1. Januar 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der vorgedachten Gattung, welche nicht

zum Umtausch abgestempelt sind und daher als gekündigt gelten, vom 2. Januar 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und den Zinsscheinen über die Zinsen vom 1. Januar 1890 ab laufend bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse, Abtheilung für Wertpapiere, zu Berlin, Leipzigerplatz 17, zum Nennwerth eingelöst werden.

Für fehlende Zinsscheine wird der entsprechende Betrag bei Baarzahlung gekürzt; beim Umtausch gegen Staatsschuldverschreibungen, welche mit Zinsscheinen vom 1. Januar 1890 ab laufend ausgehändigt werden, ist der Betrag baar einzuzahlen, oder bei Einlieferung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat mittelst eines Verzeichnisses, in welches dieselben in aufsteigender Nummerfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummerfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinsscheine geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers angegeben ist.

Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den obengenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinsscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbescheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldverschreibungen zurückzugeben sind. Sobald Letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbescheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Für die mit der Post eingesandten Obligationen werden die Staatsschuldverschreibungen gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe übersandt, falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgekehrt Duntung zu erteilen.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldverschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung und sollen bezügliche Wünsche der Obligations-Inhaber thunlichst berücksichtigt werden.

Magdeburg, den 19. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Kündigung von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

8. Auf Grund der Ermächtigung im § 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1879 (Ges.-S. 635), bezw. im dritten Absätze des § 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Ges.-S. 129) und der Bestimmungen der betreffenden Privilegien kündige ich hiermit

1) die vierprozentigen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen de 1873 (Privilegium vom 8. August 1873) und

- 2) die vierprozentigen Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn La. B. (Privilegium vom 21. Juni 1876),

soweit nicht deren Inhaber auf den durch meine Bekanntmachung vom 15. November d. J. angebotenen Umtausch gegen $3\frac{1}{2}$ prozentige Staatsschuldverschreibungen rechtzeitig eingegangen sind, zur baaren Rückzahlung am 1. Juli 1890.

Die Auszahlung des Nominalbetrages der gekündigten Obligationen erfolgt vom 1. Juli 1890 ab bei den königlichen Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg und Berlin (Leipzigerplatz 17) gegen Ausantwortung der Obligationen selbst und der dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscoupons und der Talons.

Der Selbstbetrag etwa fehlender Zinscheine wird von dem Betrage der zu leistenden Zahlung gekürzt.

Die Verpflichtung zur Verzinsung der Obligationen erlischt mit dem 30. Juni 1890.

Der Finanz-Minister. Scholz.

Die durch vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers zur baaren Rückzahlung gekündigten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen sind mit den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscheinen und den Talons mittelst Verzeichnisses unter Bezeichnung der etwa fehlenden Zinscheine vom 1. Juli 1890 ab an eine der genannten Eisenbahn-Hauptkassen einzureichen.

Formulare zu den Verzeichnissen werden von den genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der zum Umtausche gegen $3\frac{1}{2}$ % Staatsschuldverschreibungen abgestempelten Obligationen wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Magdeburg, den 28. Dezember 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

G e n e h m i g u n g.

1. Auf Grund des § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes vom 14. April 1856, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigen wir hiermit, daß 1) die von dem Kaufmann Oskar Liepad zu Berlin erworbenen, zuvor dem königlich Preussischen Forstfiskus gehörigen, in den Grundsteuer-Katastern

Kartenblatt 5 Parzelle $\frac{191}{58}$ und Parzelle $\frac{192}{56}$ der Ge-

markung Cöpenick Forst verzeichneten Vorlandflächen am Hakensee bei Woltersdorf von 83 qm und 2 ar 21 qm Größe; und 2) die von dem Buhnenmeister Carl Hildebrandt zu Woltersdorf erworbene, zuvor dem königlich Preussischen Forstfiskus gehörige, in den

Grundsteuer-Katastern Kartenblatt 5 Parzelle $\frac{197}{56}$ der

Gemarkung Cöpenick Forst verzeichnete Vorlandfläche am Hakensee bei Woltersdorf von 94 qm Größe von dem Outbezirk der königlichen Cöpenicker Forst ab-

getrennt und in den Gemeindebezirk Woltersdorf einverleibt werden.

Berlin, den 31. Dezember 1889.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

Personal-Chronik.

Im Kreise Teltow ist der Gemeindevorsteher, Rechnungs-Rath Rönneberg zu Friedenau aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 2. Amtsbezirks Deutsch-Wilmersdorf ernannt worden.

Im Kreise Dahme-Land sind der Gemeindevorsteher Schilde zu Sommerfeld aufs Neue zum Amtsvorsteher und der Gemeindevorsteher Vogler zu Berg aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den VI. Bezirk Berg ernannt worden.

Im Kreise Märkisch ist an Stelle des Ritterschafts-Direktors von Kröcher zu Bogtsbrügge, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. von Kröcher zu Dabe zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 1. Bezirks Lohm ernannt worden.

Der Polizei-Inspektor Jaedel ist zum Stellvertreter des Amts-Anwalts und der Forst-Assessor Graf Korff gen. Schmiesing-Kerßenbrod zum Vertreter des Forst-Amts-Anwalts des königlichen Forstbezirks Corpenick bei dem königlichen Amts-Gericht daselbst ernannt.

Die Pfarrstelle zu Alt-Trebbin, Diözese Brieg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Schöppenthau zum 1. März d. J. zur Erledigung. Das Besetzungsrecht steht der Gemeinde zu und sind desfallsige Meldungen an den Gemeinde-Rath zu richten.

Dem Oberlehrer am Hall-Realgymnasium in Berlin Dr. Albert Gath ist der Professortitel verliehen worden.

Personalveränderung

im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion in Bromberg.

Der Stations-Vorsteher II. Klasse von Jakowski in Nagenwalde ist nach Trebersdorf versetzt worden.

Personalveränderungen

im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Dezember 1889 sind ernannt: zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Grafenad, Frieze und Stregmeß, zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Beyer, Dammann, Dobbert, Koss, Scherff und Schwierig;

angestellt: als Postsecrétaires die Postpraktikanten Drees, Edert, Göde, Möser, Schäffer, Schnee, G. E. Schulze und Unverserke, als Postassistenten die Postassistenten Uhl, Labele, Redetz, Stephan, Boff, Weilandt und Werner;

versetzt: von Berlin der Postdirector Breda nach Eisenach, die Postsecrétaires Albrecht nach Coblenz,

Verkenbusch nach Hannover, nach Berlin: der Postdirector Böhm von Liegnitz, der Postsecretair Wendelsohn von Bartenstein (Dähr.); in den Ruhestand versetzt: der Ober-Telegraphensecretair Bliesener;

gestorben: der Ober-Postsecretair Lange, die Postsecretaire Gressel, Lemke und Wendland, der Telegraphensecretair Windemuth, der Ober-Telegraphenassistent Kabe, die Postassistenten Wilhelm Engel, Kade und Ulmer.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Cerny, Fabrikarbeiter,	50 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Strebecin, Bezirk Preßitz, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	19. November 1889.
2	Franz Fernsteiner, Bädergehilfe,	geboren am 27. November 1868 zu Gallneukirchen, Bezirk Linz, Oesterreich, ortsangehörig zu Hellmonsöb, ebendaselbst,	Beleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wasserburg,	21. November 1889.
3	Johanna Krá, verwitwete Tagelöhnerin,	geboren am 16. September 1842 zu Belhertitz, Bez. Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig zu Wittingau, Böhmen, wohnhaft zuletzt in Laufen, Bayern,	Landstreichen, Betteln und Fälschung eines Legitimationspapiers,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Laufen,	23. November 1889.
4	Josef Krause, Sattler,	geboren am 25. Juli 1859 zu Schröbersdorf, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neusadt a. B. N.	28. November 1889.
5	Emil Beringer, Erbarbeiter,	geboren am 24. November 1870 zu Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg,	5. Dezember 1889.
6	Josef Bzt, Arbeiter,	geboren am 6. März 1844 zu Schweitowitz, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	10. Dezember 1889.
7	Ferdinand Scholz, Tagearbeiter,	geboren am 21. April 1868 zu Dittersbach, Bezirk Königgrätz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	derselbe,	desgleichen.
8	Wenzel Roelbner, Eisendreher,	geboren am 24. Juli 1861 zu Rochlitz, Bezirk Starckenbach, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	derselbe,	18. Dezember 1889.
9	Franz Vaudisch, Formenstecher,	geboren am 8. Juli 1849 zu Kriesdorf, Kreis Jung-Bunzlau, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	22. November 1889.

Zauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Bestrafe, welche die Ausweisung befohlen hat.	Datum der Ausweisungsklasse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
10	Erophil Norrenberg, Müllergehilfe,	geboren im Jahre 1862 zu Lubin, Gouverne- ment Warschau, Auf- fisch-Polen, ortsange- hörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	14. Dezember 1889.
11	Peter Fuhrmann, Schlosser und Schmied,	geboren am 12. Mai 1850 zu Bötzingen, El- sasz Lothringen, durch Option Französischer Staatsangehöriger,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Trier,	20. November 1889.
12	Amalie Duz, ledige Dienstmagd,	geboren am 25. Mai 1861 zu Karlsbad, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl, gewerbsmäßige Unzucht, falsche Namens- angabe und Land- streichen,	Stadtmagistrat Bayreuth, Bayern,	9. Oktober 1889.
13	Josef Beigang, Fabrikarbeiter,	geboren am 21. Oktober 1865 zu Ansfelden, Bezirk Linz, Oester- reich, ortsangehörig zu Alfosen, Bezirk Weis, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wies- bach,	25. November 1889.
14	Anton Werber (Wrbka), Drechsler,	geboren am 20. Oktober 1867 zu Gschbl, Be- zirk Krems, Oesterreich, ortsangehörig zu Pra- wowitz, Bezirk Klattau, Böhmen,	Landstreichen und Fä- rung falscher Zeugnisse,	dasselbe,	26. November 1889.
15	Georg Bachmaier, Metzger,	geboren am 6. Oktober 1869 zu Neuhausen, Bezirk Steyr, Oester- reich, ortsangehörig zu Nied, ebendaselbst,	desgleichen,	dasselbe,	5. Dezember 1889.
16	Anna Maria Kluczniak, ledige Tagelöhnerin,	geboren am 2. Februar 1838 zu Johannesdorf, Gemeinde Polanka, Bezirk Troppau, Oesterr.-Schlesien, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Laufien,	1. Dezember 1889.
17	Joseph Storkowsky, Schuhmacher,	geboren am 16. Sep- tember 1845 zu Hum- poleg, Bezirk Deutsch- brod, Böhmen, ortsan- gehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Zwickau,	13. November 1889.
18	Heinrich van Bowers, Bierbrauer,	geboren am 18. April 1856 zu Maastricht, Niederlande, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	Großherzoglich Hessi- sches Kreisamt Darmstadt,	desgleichen.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlagort von der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 4.

Den 24. Januar

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Die Neuwahlen für den Reichstag betreffend.

3. Nachdem durch Kaiserliche Verordnung vom 8. d. M. bestimmt worden ist, daß die Neuwahlen für den Reichstag am 20. Februar d. J. vorzunehmen sind, bringe ich in Gemäßheit des § 24 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß ich zu Wahlkommissarien für die Reichstagswahlen in der Stadt Berlin ernannt habe

für den I. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Kochmann,

für den II. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Schaefer,

für den III. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Weiße,

für den IV. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Raempf,

für den V. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Ramroth,

für den VI. Wahlkreis

den Herrn Stadtrath Friedel

und zu Stellvertretern im Fall der Behinderung eines der Wahlkommissarien die Herren Stadträthe Bail und Dr. Weigert.

Potsdam, den 17. Januar 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit Columbien.

1. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewichte bis 5 kg nach der Republik Columbien versandt werden.

Die Postpakete müssen frankirt werden. Die Taxe beträgt, ohne Rücksicht auf das Gewicht, 3 M. für jedes Paket.

Ueber die Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 8. Januar 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

General-Consulat der Vereinigten Staaten von Venezuela in Berlin.

18. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß der Herr Martin Julvaga y Fovar zum General-Consul der Vereinigten Staaten von Venezuela

in Berlin ernannt und demselben das Exequatur ertheilt worden ist.

Potsdam, den 17. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Oesterreichisch-Französische Elementar- und Unfallversicherungs-Gesellschaft „Azienda“ in Wien betreffend.

19. Die „Azienda“ Oesterreichisch-Französische Elementar- und Unfallversicherungs-Gesellschaft in Wien hat infolge ihrer Verschmelzung mit der k. k. privilegierten Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien, welche alle ihre Rechte und Verbindlichkeiten übernommen hat, ihren Geschäftsbetrieb aufgegeben.

Die der „Azienda“ unter dem 29. September 1882 ertheilte Erlaubniß zum Betriebe der Transportversicherung in Preußen ist hierdurch erloschen.

Potsdam, den 18. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Erhebung einer Abgabe für das Durchschleusen durch die Schleuse bei Prieros.

20. Im Einverständniß mit dem Herrn Provinzial-Steuer-Director bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der Allerhöchsten Ortes unter dem 29. Dezember 1879 festgesetzte Tarif für die Erhebung der Schleusenabgabe an der Prieroser Schleuse auf weitere fünf Jahre unverändert fortbestehen bleibt.

Potsdam, den 20. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

21. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Kossäthen Kephlin zu Liegow, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen der Bauergutsbesitzerin Wittve Gebert in Malchow, Kreis Niederbarnim;

unter dem Rindviehstande des Bauergutsbesizers Sommerfeldt in Baggow, Kreis Westhavelland;

unter dem Rindvieh des Bauernhofbesizers Wilhelm Schulz zu Bergholz, Kreis Prenzlau.

Erloschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh in der Ortschaft Dallgow, Kreis Osthavelland;

in Schwaneberg (Gut), Kreis Prenzlau;

auf dem Gehöft des Bauern A. Knaaf zu Groß-Welle, Kreis Ostprignitz.

Potsdam, den 21. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Uebersicht der Infanterie-Truppentheile, welche am 1. April 1890 Einjährig-Freiwillige einstellen
 22. Nachstehend wird die Uebersicht derjenigen Truppentheile bekannt gemacht, welche gemäß B. D. § 94, 1 von den königlichen Generalkommandos zur Einstellung Einjährig-Freiwilliger am 1. April 1890 bestimmt worden sind.
 Im Auftrage.

Nr. 56/12. 69. A. I.

v. Kalkstein.

Armee- corps.	Garnison.	Truppentheile	Bemerkungen.
Garde.	Potsdam	1. Garde-Regiment zu Fuß.	
	Berlin	2. Garde-Regiment zu Fuß. Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1. Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2. Garde-Füsiliers-Regiment.	
	Spandau Charlottenburg Coblenz	3. Garde-Regiment zu Fuß. 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth. 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin.	
I.	Königsberg i. Pr.	Grenadier-Regiment König Friedrich III. (1. Ostpreussisches) Nr. 1, II. und Füsiliers-Bataillon.	
	Allenstein	Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreussisches) Nr. 3, II. und Füsiliers-Bataillon.	
	Danzig	Grenadier-Regiment König Friedrich II. (3. Ostpreussisches) Nr. 4 I. Bataillon.	
		Grenadier-Regiment König Friedrich I. (4. Ostpreussisches) Nr. 5 I. Bataillon.	
II.	Greifswald	Infanterie-Regiment Prinz Moritz von Anhalt-Deskau (5. Pommersches) Nr. 42 III. Bataillon.	
	Thorn	Infanterie-Regiment von der Marwitz (6. Pommersches) Nr. 61 I. Bataillon.	
	Bromberg	Infanterie-Regiment Nr. 129.	
III.	Wittenberg	Infanterie-Regiment Graf Tauenzien von Wittenberg (3. Brandenburgisches) Nr. 20.	
	Neu-Ruppin	Infanterie-Regiment Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin (4. Brandenburgisches) Nr. 24.	
	Havelberg	Infanterie-Regiment von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48.	
	Elsßrin Crosßen Cottbus	6. Brandenburgisches Infanterie-Regiment Nr. 52,	
IV.	Halle	Magdeburgisches Füsiliers-Regiment Nr. 36 I. Bataillon.	
	Magdeburg	3. Magdeburgisches Infanterie-Regiment Nr. 66 I. Bataillon.	
V.	Posen	Grenadier-Regiment Graf Kleiß von Hollendorf (1. Westpreussisches) Nr. 6 I. Bataillon.	
	Legnitz	Grenadier-Regiment König Wilhelm I. (2. Westpreussisches) Nr. 7 I. Bataillon.	
	Krotoschin	Füsiliers-Regiment von Steinmetz (Westfälisches) Nr. 37 I. Bataillon.	
	Glogau	3. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 58 I. Bataillon.	
VI.	Breslau	Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm II. (1. Schlesisches) Nr. 10 I. und II. Bataillon.	
	Neiße	4. Oberschlesisches Infanterie-Regiment Nr. 63. I. und II. Bataillon.	
VII.	Hörter	Infanterie-Regiment Graf Bülow von Dennewitz (6. Westfälisches) Nr. 55 I. Bataillon.	
	Besel	Infanterie-Regiment Herzog Ferdinand von Braunschweig (8. Westfälisches) Nr. 57 III. Bataillon	

Armee- korps.	Garnison.	Truppentheile.	Bemerkungen.
VIII.	Bonn	Infanterie-Regiment von Goeben (2. Rheinisches) Nr. 28 II. Bataillon.	Nur Studierende der Universität Bonn.
	Trier	Infanterie-Regiment von Horn (3. Rheinisches) Nr. 29 II. Bataillon.	
	Saarlouis	Infanterie-Regiment Graf Werder (4. Rheinisches) Nr. 30 III. Bataillon.	
	Wien Dien	5. Rheinisches Infanterie-Regiment Nr. 65 I. Bataillon. 6. Rheinisches Infanterie-Regiment Nr. 68 II. Bataillon.	
IX.	Riel	Infanterie-Regiment Herzog von Holstein (Holsteinsches) Nr. 85 III. Bataillon.	
	Glücksburg Neapel	Schleswig-Holsteinsches Jäger-Regiment Nr. 86 I. Bataillon. Großherzoglich Mecklenburgisches Jäger-Regiment Nr. 90 I. und III. Bataillon.	
X.	Hannover	Jäger-Regiment Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen (Hannoversches) Nr. 73.	
	Celle.	1. Hannoversches Infanterie-Regiment Nr. 74.	
	Hildesheim	2. Hannoversches Infanterie-Regiment Nr. 77.	
	Göttingen	Infanterie-Regiment von Voigts-Rheß (3. Hannoversches) Nr. 79 I. und II. Bataillon.	
	Oldenburg Braunschweig	2. Hessisches Infanterie-Regiment Nr. 82 I. Bataillon. Oldenburgisches Infanterie-Regiment Nr. 91. Braunschweigisches Infanterie-Regiment Nr. 92 I. und II. Bataillon.	
XI.	Frankfurt a. M.	1. Hessisches Infanterie-Regiment Nr. 81.	
	Cassel	Infanterie-Regiment von Wittich (3. Hessisches) Nr. 83 I. und II. Bataillon.	
	Jena Gießen	5. Thüringisches Infanterie-Regiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) III. Bataillon. 2. Großherzoglich Hessisches Infanterie-Regiment (Groß- herzog) Nr. 116.	
XIV.	Heidelberg	2. Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 II. Bataillon.	
	Freiburg	5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113.	
	Mühlhausen i. G.	*)	
XV.	Reg	4. Magdeburgisches Infanterie-Regiment Nr. 67.	
	Strassburg i. G.	6. Königlich Sächsisches Infanterie-Regiment Nr. 105. Infanterie-Regiment Nr. 138.	

*) Das Bataillon, welches Einjährig-Freiwillige in Mühlhausen einstellt, wird später bezeichnet werden. Gesuche um Einstellung sind bis zu dem Zeitpunkt der Bekanntmachung an das Kommando der 58. Infanterie-Brigade in Mühlhausen i. G. zu richten.

Vorstehendes Verzeichniß derjenigen Infanterie-Truppentheile, welche am 1. April 1890 Einjährig-Freiwillige einstellen, wird unter Bezugnahme auf § 94 der Wehrordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 18. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

23. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Mauerbrück.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.			Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.			Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		
1	32,70	30,92	2,48	1,02	1,32	0,83	2,16	1,86	1,72	1,50	2,28	2,26
2	32,66	30,92	2,48	1,06	1,30	0,83	2,14	1,84	1,72	1,50	2,24	2,26
3	32,63	30,90	2,48	1,04	1,30	0,82	2,14	1,82	1,74	1,52	2,22	2,24
4	32,65	30,92	2,46	1,06	1,29	0,81	2,20	1,84	1,74	1,52	2,22	2,24
5	32,67	30,86	2,46	0,98	1,27	0,80	2,20	1,84	1,74	1,52	2,26	2,24
6	32,66	30,96	2,44	1,02	1,26	0,80	2,18	1,82	1,74	1,52	2,28	2,24
7	32,64	30,94	2,44	1,00	1,25	0,80	2,16	1,80	1,74	1,52	2,26	2,24
8	32,60	30,88	2,46	0,92	1,25	0,80	2,16	1,76	1,54	1,30	2,20	2,22
9	32,54	30,82	2,46	0,96	1,25	0,80	2,12	1,72	1,52	1,30	2,12	2,22
10	32,48	30,88	2,46	1,12	1,25	0,79	2,16	1,78	1,62	1,26	1,62	2,22
11	32,48	30,76	2,44	0,96	1,26	0,79	2,16	1,78	1,62	1,26	2,10	2,22
12	32,48	30,76	2,44	0,98	1,26	0,79	2,18	1,78	1,68	1,36	2,16	2,22
13	32,44	30,76	2,44	0,98	1,25	0,79	2,16	1,76	1,70	1,48	2,08	2,22
14	32,48	30,76	2,44	0,92	1,25	0,79	2,18	1,76	1,70	1,48	2,10	2,22
15	32,48	30,78	2,44	0,88	1,24	0,78	2,18	1,74	1,70	1,48	2,08	2,20
16	32,48	30,78	2,46	0,92	1,23	0,78	2,18	1,74	1,70	1,48	2,08	2,20
17	32,48	30,80	2,46	0,96	1,23	0,78	2,18	1,74	1,72	1,50	2,10	2,20
18	32,50	30,78	2,48	0,96	1,24	0,77	2,18	1,72	1,72	1,50	2,10	2,18
19	32,50	30,80	2,48	0,96	1,24	0,77	2,20	1,72	1,72	1,50	2,12	2,18
20	32,52	30,80	2,50	0,96	1,23	0,77	2,20	1,74	1,72	1,50	2,14	2,16
21	32,52	30,80	2,50	0,96	1,23	0,76	2,18	1,72	1,72	1,50	2,16	2,16
22	32,50	30,76	2,52	0,88	1,23	0,76	2,20	1,72	1,74	1,52	2,18	2,16
23	32,50	30,78	2,58	0,94	1,24	0,77	2,22	1,70	1,74	1,52	2,22	2,14
24	32,54	30,80	2,60	0,98	1,26	0,77	2,24	1,72	1,74	1,52	2,24	2,14
25	32,50	30,86	2,64	0,96	1,25	0,78	2,24	1,70	1,74	1,52	2,26	2,12
26	32,54	30,78	2,66	0,94	1,25	0,79	2,26	1,70	1,74	1,52	2,30	2,12
27	32,55	30,78	2,66	0,96	1,24	0,80	2,28	1,66	1,74	1,52	2,34	2,12
28	32,48	30,58	2,64	0,88	1,25	0,80	2,24	1,62	1,60	1,32	2,20	2,12
29	32,48	30,88	2,62	1,00	1,27	0,82	2,08	1,60	1,54	1,16	2,12	2,14
30	32,44	30,78	2,64	1,06	1,29	0,83	2,06	1,64	1,48	1,08	2,10	2,14
31	32,38	30,72	2,62	1,00	1,29	0,84	2,12	1,70	1,48	1,08	2,10	2,16

Potsdam, den 21. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die sog. Carbon-Natron-Defen betreffend.

7. Unter der Bezeichnung Carbon-Natron-Defen sind in den letzten Jahren Heiz-Einrichtungen an den Markt gebracht und mit dem Hinweis darauf empfohlen worden, daß dieselben ohne Erzeugung von Rauch und Geruch Wärme liefern und daher für Räume ohne Schornsteinanlage zu verwenden seien. Sofern es sich um Wohnräume handele, würden die Defen mit einer überall leicht anzubringenden Abzugsvorrichtung behufs Abführung etwa sich entwickelnder schädlicher Gase zu versehen sein. Während des Winters 1887/88 sind dessenungeachtet in hiesiger Stadt ein, in Wiesbaden zwei Fälle von Kohlenoxyd-Vergiftung in Folge Aufstellung jener Carbon-Natron-Defen herbeigeführt worden; durch einschlägige Prüfungen im hiesigen hygienischen Institut ist festgestellt worden, daß der gedachte Ofen als eine äußerst gefährliche, unter Umständen todbringende

Heizvorrichtung zu bezeichnen ist. Diese Thatfachen bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und warne das Publikum vor der Verwendung der Carbon-Natron-Defen zur Beheizung von geschlossenen Räumen, welche zum dauernden Aufenthalt für Menschen dienen, insbesondere von Schlafzimmern.

Berlin, den 8. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung.

8. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) wird unter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin folgendes verordnet:

§ 1. Das Halten von Marktfuhrwerken aller Art ist von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags in folgenden Straßen verboten:

in der Panoramastraße, Kochstraße, Contardstraße, in der Kaiser-Wilhelmstraße vom Neuen Markt bis zur Münzstraße, in der Neuen Friedrichstraße von der Panorama- bis zur Kochstraße und in der Straße an der Stadtbahn von der Straße an der Spanbauer Brücke bis zur Königstraße.

§ 2. Uebertretungen dieser Vorschrift werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 15. Januar 1890 in Kraft. Mit demselben Tage treten die Polizei-Verordnungen vom 29. Juli und 25. September 1889 außer Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident. Freiherr v. Richthofen.

Bekanntmachungen des Königl. Konviktoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Simeons-Kirche in Berlin.

1. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Simeons-Kirche in Berlin vom 23. September und 14. Oktober 1889 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetze, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom 28. Juli 1876 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin,
den 21. Dezember 1889.

Der Königl.
Polizei-Präsident.

Errichtungs-Decret.

C. 31721.

Berlin,
den 13. Dezember 1889.
Das Königl. Konviktorium
der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

10. Verlosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen.

1. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 10. Verlosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Mai 1890 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Mai d. Js. fällig werdenden Zinscheine Reihe XIII. Nr. 6 bis 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hieselbst, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungshauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. April d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Mai 1890 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Mai 1890 hört die Verzinsung der verlosten Kurmärkischen Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Kurmärkischen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerkten ausgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den Kündigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 3. Januar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

2.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow im II. Halbjahr 1889 genehmigten Communal-Bezirks-Veränderungen.

Datum der Genehmigung.	Bezeichnung des				Bemerkungen.		
	Grundstücks	Besizers	jetzigen Gemeinde-Verbandes	künftigen	des Grundstücks:		
					ha	a	qm
12. September 1889. dgl.	Dorfauen-Pargelle. dgl.	Rgl. Domainen-Fiscus. dgl.	Rgl. Domainen-Fiscus. dgl.	Pfaffendorf. Görsdorf bei Beeskow.	—	3	62
					—	1	67

Beeskow, den 10. Januar 1890.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

3.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen pro IV. Quartal 1889.

Nr.	Bezeichnung des			Bemerkungen.
	in Betracht kommenden Grundstücks.	seitherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirks.	künftigen	
1	Der dem Kaufmann Robert Perl in Berlin, Kochstraße Nr. 54, gehörige, in der Grundsteuermutterrolle des Gutsbezirks Teupig unter Artikel Nr. 1 mit Parzelle Nr. 25 des Kartenblatts Nr. 2 bezeichnete 13 ha 56 a große sogenannte „Große Karbuschke“.	Gutsbezirk Teupig.	Gemeinde Gr. Ratz.	a. l. 8286.
2	Die von dem Königl. Domainenfiskus an die Gemeinde Neuhagen veräußerte, im Grundbuche von Neuhagen Kartenblatt 2 Nr. 331/105 verzeichnete 0,0315 ha große Parzelle der Dorfgemeinde von Neuhagen.	Domainenfiskus.	Gemeinde Neuhagen.	a. l. 3729.

Berlin, den 7. Januar 1890.

Der Landrath des Kreises Teltow.

4.

Zusammenstellung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ostprignitz genehmigten Bezirks-Veränderungen.

Nr.	Tag der Genehmigung	Bezeichnung der Grundstücke	seitheriger	künftiger
			Kommunalverband.	Kommunalverband.
1	7. Januar 1890.	Die bisher dem Königl. Domainen-Fiskus gehörigen, an die benachbarten Besitzer veräußerten Vorlandparzellen am Schwarzen See und Großen See bei Zechlin, und zwar a. Kartenblatt 2 Nr. 444/105, 445/105, 446/105, 447/105, 448/105, 449/105, 452/105, 453/105, 454/105, 455/105, 456/105, 457/105, 458/105, 459/105, 460/105, 461/105, 463/105, 464/105, 465/105, 466/105, 468/105, 469/105 u. 470/105 der Gemarkungskarte von zusammen 1 ha 25 a 26 qm Größe, b. Kartenblatt 3 Nr. 188/33, 190/33, 191/33, 192/33, 193/33, 196/33 und 197/33 von zusammen 2 ha 70 a 01 qm Größe c. Kartenblatt 4 Nr. 18/1 von 1 ha 19 a 62 qm Größe d. Kartenblatt 4 Nr. 5/1, 7/1, 9/1 und 10/1 von zusammen 10 ha 76 a 92 qm Größe	domainen-fiskalischer Gutsbezirk Amt Zechlin	Gemeinde Heden Zechlin.
			desgl.	desgl.
			desgl.	Gemeinde Dorf-Zechlin.
			desgl.	Gemeinde Repente.
2	7. Januar 1890.	Die bisher dem Rittergutsbesitzer von Rohr zu Dannenwalde gehörigen, von diesem veräußerten, Band I Blatt Nr. 4 des Grundbuchs von Dannenwalde verzeichneten Grundstücke Kartenblatt 3 Parzellen Nr. 1 und 46 von zusammen 43 a 40 qm Größe.	Gutsbezirk Dannenwalde	Gemeinde Dannenwalde.

Kyritz, den 9. Januar 1890.

Namens des Kreis-Ausschusses: Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Ausfertigung von Entlastungs-Quittungen über abgelöste Renten.

1. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 30. September d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgefertigten

Entlastungsquittungen den betreffenden Königl. Kreis-Rassen zugesandt haben, um sie den zuständigen Königl. Amtsgerichten Behufs der kostenfreien Abführung des Vermerks der Rentenpflicht im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 4. Dezember 1889.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen anderer Behörden:

Feuer-Cassengelder der: Muschreibeu
für die Land-Genossenschaft der Rurmark Brandenburg, des Markgrasthums Nieder-
lausitz und der Distrikte Jüterbog und Belzig für das II. Semester 1889.

Für das Jahr 1889 sind von den Societäts-Mitgliedern überhaupt anzubringen:

a.	Bergütungsgeſellber für Immobilien-Brandschäden inkl. Abſchätzungskosten	987 971	R.	31	Pf.
b.	bezgl. Mobiliar	49 151	"	36	"
c.	Eyrißen-Prämien	15 300	"	—	"
d.	Waffertwagen-Prämien	4 760	"	—	"
e.	Vertinenzschäden-Bergütungen	11 085	"	26	"
f.	Verwaltungskosten	109 649	"	30	"
g.	Extraordinaria	42 993	"	67	"
h.	Reſſekoften	5 017	"	60	"

Summa 1 225 928 R. 50 Pf.

Hiervon kommen in Abzug:

a. das nach dem Ausschreiben pro II. Semester 1888 verbliebene Guthaben von	100 894	„	71	„
b. die bereits pro I. Semester 1889 aufgebrauchten	414 424	„	76	„
c. die Beiträge der Mobiliar-Versicherten pro 1889 von	100 224	„	49	„
d. an Zinsen	25 596	„	10	„
e. „ extraordinaireren Einnahmen	19 361	„	82	„
f. „ zu erhaltenden Vorschüssen	175	„	70	„

zusammen 660 677 „ 58 „

565 250 92. 92. 92.

so das aufzubringen bleiben

Zur Deckung dieser Summe werden für Gebäude der

I. Klasse	6 Pf.	für 100 M. Versicherung
II. "	12 "	
III. "	42 "	
IV. "	72 "	

ausgeschrieben und sind demnach aufzubringen für Gebäude der

I. Klasse von	283 849 150	Dr. Versicherungskapital	170 309	Dr. 49	Pf.
II. " " "	130 026 375	"	156 031	" 65	"
III. " " "	70 117 075	"	294 491	" 72	"
IV. " " "	268 125	"	1 930	" 50	"

Zusammen von 484 260 725, Mk. Versicherungskapital 622 763 Mk. 36 Pf.

also gegen obige Bedarfssumme von

mebr

57 512 DR. 44 Pf.

welcher Betrag den Societätsmitgliedern bei Erlass des Feuerkassengelder-Ausschreibens pro 1. Semester 1890 zu Gute gerechnet werden wird. Die Societätsmitglieder werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der betreffenden Kreis-Feuer-Societäts-Direktionen, beziehungsweise Ortsheber ungekürzt zu entrichten.

Berlin, den 15. Januar 1890.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausig.

Ausschreiben der von den Mitgliedern der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1889 zu entrichtenden Feuer-Societätsbeiträge.

Der Direktorialrath der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Mitglieder der Societät für das II. Halbjahr 1889 für 100 M. Versicherungssumme festgesetzt:

St. Klasse	IA.	auf	2,1 Pf.	(0,21 pro mille),
I.			3	(0,3 - -),
IB.			3,9	(0,39 - -),
IIA.			6	(0,6 - -),
II.			9	(0,9 - -),
IIIB.			12	(1,2 - -),
III.			21	(2,1 - -),
IIIB.			30	(3 - -),
IV.			42	(4,2 - -),
IVB.			66	(6,6 - -),

Demzufolge werden nunmehr aufgeschrieben:

von 41 388 450 M. Versicherungssumme in Klasse IA.	8 691 M. 57 Pf.
" 327 665 025 " " " " I.	98 299 " 51 "
" 22 781 525 " " " " IB.	8 884 " 79 "
" 5 508 775 " " " " IIA.	3 305 " 27 "
" 145 425 800 " " " " II.	130 883 " 22 "
" 18 724 975 " " " " IIB.	22 469 " 97 "
" 19 769 800 " " " " III.	41 516 " 58 "
" 6 283 275 " " " " IIIB.	18 849 " 82 "
" 1 608 750 " " " " IV.	6 756 " 75 "
" 1 429 675 " " " " IVB.	9 435 " 86 "
überhaupt von 590 586 050 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme	349 093 M. 34 Pf.
Dazu von 398 325 M. Explosionsversicherungssumme zu 1 Pf.	39 " 83 "
" 148 700 " " " " 2 "	29 " 74 "
	<hr/> 349 162 M. 91 Pf.

Den Mitgliedern in 25 Städten sind wegen der guten Abscheinrichtungen der letzteren auf Grund des § 65 des Reglements 20 bezw. 15, 12 und 10 % ihrer Beiträge erlassen mit

15 491 " 18 "
333 671 M. 73 Pf.

Dagegen wird von den Mitgliedern in einer Stadt auf Grund des § 65 Abs. 2 des Reglements ein Zuschlag von 25 % der Beiträge erhoben mit

797 " 29 "
334 469 M. 02 Pf.

Hiervon stehen den Magistraten 5 % zu mit
so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind

16 723 " 45 "
317 745 M. 57 Pf.

Dieser Bedarf beläuft sich für die in den Monaten Juli bis Dezember 1889 stattgehabten, von der Societät zu vergütenden 127 Brand- und 13 Bligschäden, einschließlich der Spritzen- und Wasserwagen-Preise und Abschätzungskosten auf 208 249 M. 48 Pf.

und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postporto, Zuschüsse an die Feuerwehren etc. erforderlich

16 550 " 92 "

zusammen also 224 800 M. 40 Pf.

Das obige Aufschreiben ergibt

317 745 " 57 "

Es verbleiben mithin zur Ergänzung des Betriebsfonds

92 945 M. 17 Pf.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 70 Abs. 3 des Reglements — an die Brandenburgische Landeshauptkasse hiersebst abführen lassen.

Berlin, den 11. Januar 1890.

Der Direktor der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ostprignitz sind die Gutspächter Wollesen zu Berlitt und Netwes zu Roeglin nach Ablauf ihrer Dienstzeit von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. dessen Stellvertreter für den 40. Bezirk Berlitt ernannt worden.

An Stelle des jetzigen Kammerers Raugsch ist der int. Stadt- und Polizei-Sekretär Auerich zu Briesen zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Amts-Gericht daselbst ernannt.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Jerrentzin, Diözese Prenzlau II., ist durch das Ableben des Pfarrers Thiele am 23. Dezember 1889 zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Perleberg, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Diaconus Graefe in nächster Zeit zur Erledigung.

Der ordentliche Lehrer Dr. Bootticher am Seffings-Gymnasium zu Berlin ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Der Gemeindegemeindeführer Hermann Schubert ist als Gemeindegemeindeführer in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Stationierung der Landbeschäler pro 1890.

Im Regierungs-Bezirk Potsdam werden auf den nachstehend genannten Stationen im Jahre 1890 von Anfang Februar bis Ende Juni Beschäler des Brandenburgischen Landgestüts aufgestellt werden und kann die Bedeckung der Stuten an den bezeichneten Terminen ihren Anfang nehmen.

Stationsort.	Kreis.	Anzahl der Besitzer.	Tag des Ein- treffens auf der Station.	Tag des Aus- ganges der Stuten- bedeckung.
Friedr.-Wilh.- Gestüt	Mupplin	6	—	3. Febr.
Herzberg	"	3	3. Febr.	5. "
Blandisow	Ost-Prignitz	3	1. "	3. "
Trieglitz	"	2	2. "	4. "
Dannenwalde	"	2	1. "	3. "
Barenthin	"	3	1. "	3. "
Lenzen	West-Prignitz	4	3. "	5. "
Blüthen	"	3	3. "	5. "
Wilsnack	"	2	2. "	4. "
Cumlosen	"	3	3. "	5. "
Dallmin	"	1	3. "	5. "
Röben	West-Havelland	2	1. "	3. "
Larmow	Ost-Havelland	2	31. Jan.	3. "
Buchholz	Zauch-Belzig	2	4. Febr.	6. "
Neßdorf	Ober-Barnim	3	5. "	7. "
Eberswalde	"	2	4. "	6. "
Bernau	Nieder-Barnim	2	3. "	5. "
Gr. Schönebeck	"	2	3. "	5. "
Hoppegarten	"	1	29. Jan.	30. Jan.
Kalkenthal	Templin	3	3. Febr.	5. Febr.
Boizenburg	"	3	5. "	7. "
Templin	"	2	4. "	6. "
Angermünde	Angermünde	3	5. "	7. "
Gramzow	"	3	6. "	8. "
Jüzen	"	1	6. "	8. "
Prenzlau	Prenzlau	3	6. "	8. "
Rosow	"	3	7. "	10. "
Neuensund	"	1	7. "	10. "
Malchow	"	1	6. "	8. "
Al. Ludow	"	1	7. "	10. "
Beeskow	Beeskow	3	6. "	8. "
Storkow	Storkow	2	5. "	7. "
Zossen	Zeuthen	2	4. "	6. "
Dahme	Jüterbog	2	6. "	8. "

Hinsichtlich der Bedingungen, unter welchen die Stutenbedeckung stattfinden kann, wird Seitens der Herren Stationshalter die nöthige Auskunft ertheilt werden, im Uebrigen aber noch Folgendes bemerkt:

- 1) Die Nationale der Besitzer unter Angabe der Deckpreise werden im Stationsstall zur Einsicht aushängen.
 - 2) Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen Krankheiten leiden, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten unter den Pferden herrschen oder unlängst geherrscht haben, dürfen den Besitzern nicht zugeführt werden.
 - 3) Falls eine Stute bei Gelegenheit der Bedeckung durch den Hengst verletzt werden sollte, kann Seitens der Gestüt-Verwaltung in keiner Weise irgend eine Entschädigung gewährt werden, da die Zuführung von Stuten zu den königlichen Landbesitzern auf einem Act der freien Uebersinkunft beruht und die Stutenbesitzer selbst bei eigener Verantwortlichkeit darauf zu achten haben, daß vor, während und nach dem Deckact etwaige Unglücksfälle vermieden werden.
 - 4) Im Friedrich-Wilhelms-Gestüt selbst werden außer einigen Halblutheugstern die Vollblutbesitzer
 - 1) **Alpenkoenig**, Fuchs, vom Breadalbane aus der Miss-Alice, geb. 1880,
 - 2) **Mango**, braun, vom Mandrake aus der Fortress, geb. 1874,
 aufgestellt werden. Die hier zu deckenden Stuten können während der Deckzeit hier in Stallverpflegung Aufnahme finden. Die Futterkosten werden nach dem Einkaufspreise, sowie für Wartung 40 Pfg. pro Tag und Pferd berechnet. Für jede solche hier aufzustellende Stute sind von deren Aufnahme „150 Mark“ bei der Gestüt-Kasse zu deponiren.
- Friedrich-Wilhelms-Gestüt bei Neustadt a. Dosse,
den 14. Januar 1890.
Der Königl. Landstallmeister Wettich.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Adolf Groß, Hausirer,	42 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Gajla, Komitat Preß- burg, Ungarn,	wiederholter schwerer Diebstahl und Versuch des schweren Diebstahls (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 7. Dezember 1883),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bam- berg II.,	12. November 1889.
---	--------------------------	--	--	---	-----------------------

1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
2	Guiseppe Ballabeni, Erdarbeiter,	geboren am 6. März 1859 zu Qualtieri, Kreis Guastalla, Pro- vinz Reggio Emilia, Italien, ortsangehörig ebendaselbst,	Raub (6 Jahre Zucht- haus laut Erkenntnis vom 18. Dezember 1883),	Königlich Bärntem- bergische Regierung des Donaufreises zu Ulm,	17. Dezember 1889.
3	Axel Alexander Björling, Recepshilfsgehilfe,	geboren am 6. März 1862 zu Gefle, Schwe- den, schwedischer Staatsangehöriger,	Raub (2 Jahre Zucht- haus laut Erkenntnis vom 25. Oktober 1887),	Chef der Polizei in Hamburg,	2. November 1889.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Baptist Floribert Dujacquier, Schreiner,	geboren am 2. Sep- tember 1850 zu Ittre, ortsangehörig zu Ittre, Provinz Hainaut, Bel- gien, angeblich Fran- zösischer Staatsange- höriger,	Landstreichen,	Großherzoglich Heß- sches Kreisamt Babingen,	27. November 1889.
2	Josef Schramm, Stilmacher,	46 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Prossnitz, Oesterreich,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Olden- burgisches Staats- ministerium, Depar- tement des Innern, zu Oldenburg,	12. November 1889.
3	Friedrich Burri, Schneidergeselle,	39 Jahre alt, aus Läufelfen, Schweiz,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	25. November 1889.
4	Albert Salzmänn, Schneidergeselle,	20 Jahre alt, aus Eggwil, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
5	Johann Niczák, Arbeiter (Drathbinder),	geboren am 1. Juli 1865 zu Reßlusa, Ko- mitat Trenčín, Un- garn,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	9. Dezember 1889.
6	Marie Unger, unverehelicht,	geboren am 17. Juli 1867 zu Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, wohnhaft zuletzt in Breslau, Schlesien,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	21. Dezember 1889.
7	Peppi (Josefine) Lapatš (Lapaczka), unverehelichte Eigenerin,	circa 21 Jahre alt, geboren und ortsange- hörig zu Klogsdorf, Bezirk Neutitschein, Mähren,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	7. Dezember 1889.
8	Die Zigeuner: a. Johanna Ferko, geb. Balasch, b. Franz Ferko, c. Matthias Ferko, d. Anna Ferko,	a. 28, b. 14, c. 24, d. 20 Jahre alt, sämmlich geboren zu Tylechowitz, Kreis Die- litz-Biala, Oesterreich,	desgleichen,	derselbe,	12. Dezember 1889.

Zur. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
9	Niels Johannsen, Bäckergehilfe,	geboren am 28. De- zember 1859 zu Ran- ders, Jütland, ortsan- gehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Caneburg,	26. Dezember 1889.
10	Friedrich Christian Herrmann, Bäckergehilfe,	geboren am 6. Dezember 1871 zu Aarhus, Dänemark, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
11	Johann Junger, Kellner,	geboren am 12. März 1873 zu Wien, Oester- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Stade,	6. November 1889.
12	Franz Ruzicka, Kesselschmied,	geboren am 2. April 1846 zu Prag, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen, Führung falscher Legitimation und falsche Namensangabe,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	9. November 1889.
13	Josef Nisli, Bäcker,	geboren am 30. März 1870 zu Bültschwil, Kanton St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Sont- hofen,	13. November 1889.
14	Jadon Stengel, (Johann Sind), Holzschnitzer,	geboren am 3. April 1856 zu Stubenbach, Bezirk Schützenhofen, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall, Führung fal- scher Legitimation und falsche Namensangabe,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Altdi- ting,	4. Dezember 1889.
15	Leo Pukl, Tischler,	geboren am 10. April 1827 zu Leschkau, Be- zirk Pilsen, ortsange- hörig zu Kofygar, ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königliche Polizei- Direktion München,	9. Dezember 1889.
16	Jakob Roth, Hausknecht,	geboren am 21. Sep- tember 1874 zu Spei- cher, Kanton Appenzell, Schweiz, ortsangehörig zu Gantenerschwil, Kan- ton St. Gallen, eben- daselbst,	Landstreichen, Betteln und falsche Namensangabe,	Königliche Polizei- Direktion München,	13. Dezember 1889.
17	Josef Konvalinka, Bäcker,	22 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Schützenhofen, Böh- men,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadt- amhof,	12. Dezember 1889.
18	Josef Zbarsky, Maurer,	geboren am 17. März 1849 zu Wien, Oester- reich, ortsangehörig zu Klattau, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	16. Dezember 1889.
19	Emanuel Riha, Schuhmacher,	geboren im Dezember 1863 zu Elzovic, Be- zirk Strakonitz, Böh- men, ortsangehörig zu Semeslice, Bezirk Mol- dauthein, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	21. Dezember 1889.

Nr. auf 1	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen				
20	Karl Erdmann, Brauergehilfe,	geboren am 4. Novem- ber 1850 zu Nürnberg, B.-pern, ortsangehörig zu Gletsdorf, Bezirk Weiß, Oesterreich,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kaufen,	22. Dezember 1889.
21	Karl Moravec, Schreiner,	geboren am 26. März 1869 zu Grünberg, Gemeinde Kloster, Be- zirk Písek, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen, falsche Na- mensangabe und Füh- rung falscher Legitima- tionspapiere,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bogen,	23. Dezember 1889.
22	Matthias Lichy, Messger,	28 Jahre alt, geboren zu G.-irfarrn, Nieder- österreich, ortsangehö- rig zu Maršowitz, Bezirk Schützenhofen, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Sadi- scher Landeskommiss- sär zu Mannheim,	30. Dezember 1889.
23	Adolf Rousseau, Arbeiter,	geboren am 1. Mai 1860 zu Lüttich, Belgien, belgischer Staatsange- höriger,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Ehrl. der Polizei zu Hamburg,	19. Dezember 1889.
24	Julius Albert, ohne Stand,	41 Jahre alt, aus Lermil, Frankreich,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	24. Dezember 1889.
25	Marie Hippolit Boelsel, ohne Stand,	35 Jahre alt, aus Fou- cherol, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
26	Emil Pretot, ohne Stand,	18 Jahre alt, aus St. Barthelemy, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
27	Arthur Tournier, ohne Stand,	19 Jahre alt, aus Fraisse, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
28	Jakob Hirsch, Marmorhelfer,	geboren am 3. Oktober 1827 zu Reimelingen, Elsass-Lothringen, orts- angehörig zu Paris, Frankreich,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	19. Dezember 1889.
29	Susanna Kolbach, Dienstmagd,	geboren am 29. Sep- tember 1868 zu Fisch- bach, Luxemburg, orts- angehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	derselbe,	27. Dezember 1889.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 10. Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 3. Januar 1890 zur baaren Einlösung am 1. Mai 1890 gekündigten Kurmärkischen Schuldverschreibungen und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Kurmärkischen Schuldverschreibungen sowie vier öffentliche Anzeiger).

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 5.

Den 31. Januar

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Wahl des Deich-Inspectors des Deich-Verbandes der 2. und 3ten Division der Prignitz'schen Elb-Niederung.

24. Nachdem in der am 16. Dezember 1889 zu Posen a. E. abgehaltenen Wahl-Versammlung derjenigen Mitglieder des Deichamtes, welche die Vertretung der Deichgenossen bei demselben bilden, der Königl. Wasserbauinspektor Fischer zu Wittenberge auf einen ferneren Zeitraum von 6 Jahren — 1. Januar 1890 bis dahin 1896 — zum Deichinspektor des Deich-Verbandes der II. und III. Division der Prignitz'schen Elb-Niederung wiedergewählt worden ist, ist diese Wahl gemäß §§ 22, 21 der Allerhöchsten Verordnung, betreffend die Revision des Deichwesens in der Prignitz, vom 4. Dezember 1861 von mir bestätigt worden.

Potsdam, den 22. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Einverleibung bzw. Abtrennung von Grundstücken betreffend.

25. Auf Antrag der Königl. Regierung Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten in Potsdam hat der Bezirksauschuss in der Sitzung vom 28. November 1889 nach Anhörung des Kreistages des Kreises Nieder-Barnim und nach ertheilter Einwilligung der städtischen Behörden zu Dranienburg sowie des Eigentümers der in Betracht kommenden Grundstücke

I. die Abtrennung des zum Gemeindebezirk der Stadt Dranienburg gehörenden, von dem bisherigen Eigentümer Maschinensabrikanten Luis Dehert zu Dranienburg laut Kaufvertrag vom 15. September 1888 an den Königl. Forst-Fiscus übereigneten, im Grundbuche von Dranienburg Band II P. Blatt 629, in der Grundsteuer Mutterrolle auf Artikel Nr. 576 eingetragenen Parzelle Nr. 843/105 Kartenblatt Nr. 1 mit einem Flächeninhalte von 9 ar 62 qm aus dem Ge-

meindebezirk der Stadt Dranienburg und die Einverleibung dieses Grundstücks in den Gutsbezirk Dranienburg Königl. Forst,

II. die Abtrennung des zum Gutsbezirk Dranienburg Königl. Forst gehörenden, von dem Königl. Forst-Fiscus durch den genannten Kaufvertrag an den Maschinensabrikanten Dehert übereigneten, im Grundbuche von Dranienburg II O. Blatt 577, in der Grundsteuer Mutterrolle auf Artikel Nr. 294 eingetragenen Parzelle Nr. 844/103 Kartenblatt Nr. 1 mit einem Flächeninhalte von 2 ar 50 qm aus dem Gutsbezirk Dranienburg Königl. Forst und die Einverleibung dieses Grundstücks in den Gemeindebezirk der Stadt Dranienburg

beschlossen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Potsdam, den 23. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes zu Weimar.

26. Des Königs Majestät haben dem Vorstände der ständigen Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe zu Weimar mittelst Allerhöchster Ordre vom 6. d. M. die Erlaubnis zu ertheilen gewillt, zu der von ihm mit Genehmigung der Großherzoglich Sächsischen Staatsregierung im Jahre 1890 wiederum zu veranstaltenden Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar im ganzen Bereiche desselben, Loose zu vertheilen. Es werden 400000 Loose je 1 M. ausgegeben. Die Gewinne betragen 6760 im Betrage von 200000 Mark. Die erste Ziehung findet in der Zeit vom 7. bis 9. Juni, die zweite vom 13. bis 16. Dezember 1890 statt. Die Polizeibehörden werden angewiesen, den Vertrieb der Loose nicht zu beanstanden.

Potsdam und Berlin, den 25. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Nachweisung über den Geschäftsbetrieb der städtischen, Landgemeinder- und Kreis-Sparcassen im Regierungsbezirk Potsdam für 1888 bzw. 1889/90.

27. Nachstehende Nachweisungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 18. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Laufende Nr.	1.	2.	3.		4.		5.		6.	
	Domicil der Sparkasse.	Zeit der Errichtung der Kasse.	Zahl ihrer Filial- oder Neben- kassen.	Sammel- oder Annahme- stellen.	Einlagen:		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- Vorjahres.		Zuwachs während Rechnungs- durch Zuschreibung von Zinsen	
					niedrigste auf ein Beginn eines Kontos M.	höchste nach bei Abschluß M.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Angermünde	1886	—	—	1,00	3000	19741	43	892	67
2	Belzig	1885	1	—	1,00	unbeschr.	130359	05	5184	77
3	Biesenthal	1859	—	—	1,00	besgl.	469578	25	15737	22
4	Brandenburg	1830	—	—	1,00	3000	3805077	52	116666	38
5	Charlottenburg	1887	—	—	1,00	3000	—	—	5403	84
6	Dahme	1877	—	—	0,50	unbeschr.	967755	38	31038	01
7	Eberswalde	1877	—	—	0,50	besgl.	2146061	90	64286	75
8	Fehrbellin	1857	—	—	1,00	1200	370919	76	12642	03
9	Havelberg	1848	—	—	1,00	9000	3410477	84	95287	67
10	Jüterbog	1878	—	—	1,00	1500	279863	63	9165	33
11	Regin	1880	—	—	1,00	1200	136720	53	4020	67
12	Ryris	1886	—	—	1,00	3000	41061	18	1131	14
13	Senzen	1854	—	—	0,50	900	554206	92	18093	57
14	Ludenwalde	1884	—	—	1,00	3000	620529	80	19057	15
15	Nauen	1857	—	—	1,00	900	1650894	14	54268	12
16	Niemegf	1883	—	—	1,00	3000	74775	23	2372	04
17	Perleberg	1854	—	—	1,00	3000	1614141	51	47558	27
18	Plaue	1883	—	—	1,00	1500	139555	05	4739	65
19	Potsdam	1840	—	—	1,00	2000	3770505	62	130182	62
20	Prenzlau	1888	—	—	1,00	2000	—	—	772	77
21	Prigwall	1882	—	—	0,50	3000	185540	52	6230	83
22	Putlig	1884	—	—	1,00	3000	31591	98	1623	77
23	Rathenow	1852	—	2	1,00	3000	554184	67	20320	96
24	Neu-Ruppin	1887	—	—	1,00	3000	31639	29	357	31
25	Schwedt	1830	—	—	1,00	unbeschr.	1868475	73	48083	20
26	Spandau	1852	—	—	1,00	1500	3354849	75	112562	07
27	Strasburg	1857	—	—	0,50	1500	413415	72	14264	50
28	Strausberg	1872	—	—	1,00	unbeschr.	833563	45	25573	82
29	Treuenbriezen	1851	—	—	1,00	1500	650922	41	22479	65
30	Werder	1886	—	—	1,00	3000	42100	13	641	96
31	Wiltsnack	1874	—	—	1,00	1000	462265	93	15656	22
32	Wittenberge	1862	—	—	0,50	3000	567125	08	19743	59
33	Wittflod	1849	—	—	1,00	unbeschr.	993342	38	32318	96
34	Wriezen	1878	—	—	0,50	1800	331467	93	10834	25
35	Wusterhausen a. D.	1886	—	—	1,00	3000	85433	92	3004	76
36	Zehdenick	1883	—	—	1,00	unbeschr.	468825	06	11022	05
1	Belten { Landgemein- de-Sparkasse }	1887	—	—	1,00	3000	56228	72	2920	37
1	Angermünde	1856	—	9	0,50	unbeschr.	2516830	85	89455	56
2	Berlin (N.-Barn.)	1857	—	15	1,00	besgl.	5067655	03	169854	03
3	Freienwalde	1851	—	12	1,00	2000	4206529	52	145786	02
4	Deesfow	1855	5	—	1,00	3000	2269632	96	76936	46
5	Rathenow	1857	12	—	1,00	3000	1208979	53	42129	66
6	Jüterbog	1848	—	6	1,00	unbeschr.	8306470	59	273277	46
7	Prenzlau	1842	—	2	0,50	besgl.	3316467	15	107585	86
8	Ryris	1856	5	—	1,00	9000	1516348	23	47693	50
9	Neu-Ruppin	1848	—	7	1,00	1500	3667603	10	124663	57
10	Berlin (Teltow)	1858	—	19	0,50	unbeschr.	6668343	69	222604	80
11	Templin	1858	—	—	0,50	6000	816660	96	28162	57
12	Belzig	1858	—	3	1,50	600	1135029	54	169885	94
	Summa		23	75	—	—	71829748	56	2484174	37

7. des abgelaufenen jahres		8. Ausgabe während des abgelaufenen Rechnungsjahres für zurückgezogene Einlagen.		9. Betrag der Ein- lagen nach dem Abschlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		10. Betrag des Ge- parat- oder Spar- fonds. (§ 12 des Reglements vom 12. Dezbr. 1838.)		11. Betrag des Reserve- fonds, wie er am Schlusse des abgelau- fenen Rechnungs- jahres zu Buche stand.		12. Betrag der Zins- überschüsse des abgelaufenen Rechnungsjahres.		13. Betrag des eigenen Vermögens der Kassen.	
durch neue Einlagen.	Rf.	R.	Rf.	R.	Rf.	R.	Rf.	R.	Rf.	R.	Rf.	R.	Rf.
38275	36	11826	15	47083	31	—	—	180	22	152	75	—	—
112242	36	49658	34	198127	84	—	—	754	16	1132	22	—	—
107147	33	80803	77	511659	03	—	—	37558	75	6657	79	—	—
1386221	50	1016064	20	4291901	20	—	—	406743	23	57014	06	—	—
420310	48	62870	45	362843	87	—	—	—	—	1042	43	—	—
171185	40	218971	20	951007	59	—	—	34677	69	10010	63	—	—
1420338	94	1136320	51	2494367	08	—	—	125008	19	16131	45	—	—
125979	92	69237	32	440304	39	—	—	27849	35	6279	55	—	—
1261145	78	1305456	76	3461454	53	—	—	442509	51	46903	68	—	—
48832	69	48576	77	289284	88	—	—	13100	33	3693	65	—	—
60387	95	34732	25	166396	90	—	—	4776	24	1469	52	—	—
33130	39	32765	74	42556	97	—	—	2041	53	227	95	—	—
191977	77	150811	83	613466	43	—	—	67898	55	6747	28	—	—
262142	95	191746	95	709982	95	—	—	14160	65	8457	64	—	—
411334	83	289577	40	1826919	69	—	—	198800	96	21384	14	—	—
28358	25	12787	18	92718	34	—	—	173	10	820	76	—	—
476863	65	405484	63	1733078	80	—	—	189307	95	21605	01	—	—
61747	98	39881	47	166161	21	—	—	5399	72	5649	67	—	—
1433058	59	1025770	24	4307976	59	—	—	410785	65	43136	35	—	—
84188	33	3972	56	80988	54	—	—	—	—	119	26	—	—
156868	97	113960	64	234679	68	—	—	3709	35	2573	23	—	—
39003	76	9047	75	63171	76	—	—	208	98	109	26	—	—
211390	46	139756	53	646139	56	—	—	60478	19	6828	86	—	—
36957	70	16482	41	52471	89	—	—	513	23	501	13	—	—
569755	58	448475	73	2037838	78	—	—	196869	36	19993	29	—	—
954626	62	607126	68	3814911	76	—	—	342576	17	40572	86	—	—
123260	50	71316	02	479624	70	—	—	26159	34	4091	59	—	—
278351	45	185064	64	952424	08	—	—	78846	99	12035	24	—	—
182082	59	103225	76	752258	89	—	—	83755	09	7641	33	—	—
78230	79	23698	56	97274	32	—	—	860	92	916	37	—	—
122896	58	85296	79	515521	94	—	—	35912	80	3808	98	—	—
232781	88	136874	96	682775	59	—	—	46481	96	7049	09	—	—
461483	08	367625	77	1119518	65	—	—	115453	86	10654	05	—	—
103008	92	77775	69	367535	41	—	—	19519	60	2878	90	—	—
87696	10	49865	30	126269	48	—	—	80	21	931	76	—	—
345704	49	202059	71	623491	89	—	—	11241	47	4579	61	—	—
85722	99	35065	47	109806	61	—	—	19	90	559	21	—	—
890225	80	496962	61	2999549	60	—	—	166311	60	22763	91	—	—
1355734	55	796912	03	5796331	58	—	—	481047	33	58200	10	—	—
1270728	06	845877	46	4777166	14	—	—	378669	61	46155	81	—	—
684066	13	358998	72	2671636	83	—	—	283917	63	26045	15	—	—
544930	92	372409	44	1423630	67	—	—	76346	63	12753	—	—	—
1516709	11	1227181	28	8869275	88	—	—	978243	90	97650	40	—	—
787891	11	539799	92	3672144	20	—	—	349545	11	30018	35	—	—
482323	50	367966	85	1678398	38	—	—	181617	23	20823	97	—	—
1094422	69	769514	94	4117174	42	—	—	355689	05	28656	82	—	—
2270684	13	1413738	25	7747894	37	—	—	416873	75	61234	83	—	—
220761	19	113135	52	952449	20	7200	—	48764	17	7807	06	—	—
37082	70	174192	64	1167805	54	—	—	111182	10	18097	90	—	—
23360252	80	16336723	79	81337451	94	7200	—	6832621	31	814569	85	—	—

Laufende Nr.	1. Domicil der Sparkasse.	14. Aus dem Reservefonds sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: seit dem Bestehen der Kassen.		15. im abgelaufenen Rechnungsjahre.		16. S i n s e n, welche die Kassen für Einlagen gewähren Prozent.		für ausgeliehene Kapitalien erhalten Prozent.	
		M.	Pf.	M.	Pf.				
1	Angermünde	—	—	—	—	3 1/2		3,5—5	
2	Belzig	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
3	Biesenthal	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
4	Brandenburg	266328	94	—	—	3		3,84	
5	Charlottenburg	—	—	—	—	3		3,5—4,5	
6	Dahme	—	—	—	—	3 1/2		4,25—6	
7	Eberswalde	—	—	—	—	3,5		3,5—5	
8	Fehrbellin	—	—	—	—	3 1/2		3,5—5	
9	Havelberg	214141	—	13750	—	3		4	
10	Jüterbog	—	—	—	—	3 1/2		4,25—6	
11	Kegin	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,5	
12	Kyritz	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
13	Lenzen	74978	95	2623	61	3 1/2		4—4,5	
14	Luderswalde	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,25	
15	Nauen	60015	96	20023	80	3 1/2		3,5—5	
16	Niemegß	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
17	Perleberg	125773	64	19941	64	3		3—4	
18	Plane	—	—	—	—	3 1/2		3,5—6	
19	Potsdam	139059	50	—	—	3 1/2		3 1/2	
20	Prenzlau	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,5	
21	Prigwall	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
22	Püttig	—	—	—	—	3,5		4,5—5	
23	Rathenow	28351	21	—	—	3,5		4—4,5	
24	Neu-Ruppin	—	—	—	—	3,5		3,5—4,25	
25	Schwedt	277563	05	8560	—	3 1/2		3,5—4	
26	Spanbau	220082	—	5000	—	3 1/2		3,5—5	
27	Strasburg	—	—	—	—	3 1/2		3,5—5	
28	Strausberg	—	—	—	—	3 1/2		3,5—6	
29	Treuenbrießen	23943	20	3000	—	3 1/2		3,5—4,5	
30	Werder	—	—	—	—	3 1/2		4,25—5	
31	Witsnau	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,5	
32	Wittenberge	24162	65	—	—	3 1/2		4—5	
33	Wittstock	51000	—	6000	—	3 1/2		3,5—4	
34	Wriezen	—	—	—	—	3 1/2		3,5—5	
35	Wusterhausen a. D.	—	—	—	—	3 1/2		4—4,5	
36	Zehdenick	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,5	
1	Velten (Landgemein- de-Sparkasse)	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
1	Angermünde	—	—	—	—	3 1/2		9,5—4	
2	Berlin (N.-Barn.)	—	—	—	—	3 1/2		4,20	
3	Freienwalde	69000	—	15000	—	3 1/2		3,88	
4	Beeskow	60000	—	10000	—	3 1/2		3 1/2—5	
5	Rathenow	—	—	—	—	3 1/2		3,5—4,5	
6	Jüterbog	160459	32	24480	32	3 1/2		3—6	
7	Prenzlau	135790	17	—	—	3 1/2		3,5—4	
8	Kyritz	—	—	—	—	3 1/2		4—5	
9	Neu-Ruppin	42083	93	—	—	3 1/2		3,5—5	
10	Berlin (Teltow)	51148	81	998	—	3 1/2		4	
11	Templin	—	—	—	—	3 1/2		4	
12	Belzig	—	—	—	—	3 1/2		3,5—5	
Summa		202382	33	129317	37	—		—	

Städtische Sparkassen.

Preis-Sparkassen.

in der Panoramastraße, Kochstraße, Gontardstraße, in der Kaiser-Wilhelmstraße vom Neuen Markt bis zur Münzstraße, in der Neuen Friedrichstraße von der Panorama- bis zur Kochstraße und in der Straße An der Stadtbahn von der Straße An der Spandauer Brücke bis zur Königstraße.

§ 2. Uebertretungen dieser Vorschrift werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 15. Januar 1890 in Kraft. Mit demselben Tage treten die Polizei-Verordnungen vom 29. Juli und 25. September 1889 außer Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident. Freiherr v. Richthofen.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Simeons-Kirche in Berlin.

1. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erteilten Genehmigung des Evangelischen Oberkirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Simeons-Kirche in Berlin vom 23. September und 14. Oktober 1889 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetz, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom 28. Juli 1876 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin,

den 21. Dezember 1889.

Der Königl.
Polizei-Präsident.

Errichtungs-Dekret.

O. 31721.

Berlin,

den 13. Dezember 1889.

Das Königl. Konfistorium
der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

10. Verloosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen.

1. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 10. Verloosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Mai 1890 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Mai d. Js. fällig werdenden Zinscheine Reihe XIII. Nr. 6 bis 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hiersebst, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. April d. Js. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Mai 1890 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Mai 1890 hört die Verzinsung der verloosten Kurmärkischen Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Kurmärkischen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den Kündigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 3. Januar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

2.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow im II. Halbjahr 1889 genehmigten Communal-Bezirks-Veränderungen.

Datum der Genehmigung.	Bezeichnung des				Bemerkungen.		
	Grundstücke	Besitzer	jetzigen Gemeinde-Verbandes	künftigen	Größe des Grundstücks: ha a qm		
12. September 1889. vgl.	Dorfauen-Parzelle. vgl.	Kgl. Domainen- Fiscus. vgl.	Kgl. Domainen- Fiscus. vgl.	Pfaffendorf. Görsdorf bei Beeskow.	—	3	62
					—	1	67

Beeskow, den 10. Januar 1890.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Reihe Nr.	1.	Domicil der Sparkasse.	24.		25.		26.	
			in Hypotheken:				von dem Vermögen der:	
			auf städtische		auf ländliche		Kommunal- verm.	Landbesitz am Schluß des abgelaufenen Rechnungsjahrs.
			Grundstücke.					
			M.	P.	M.	P.	M.	P.
1	Angermünde	11250	—	1100	—	10000	10157	
2	Belzig	37183	52	114757	46	4500	4770	
3	Biesenthal	332889	58	35900	—	50500	92901	
4	Brandenburg	1337034	75	270260	—	2914950	3011395	
5	Charlottenburg	166000	—	—	—	190700	200005	
6	Dahme	594522	—	171712	51	44150	45957	
7	Eberswalde	737637	78	93953	16	1395700	1431844	
8	Fehrbellin	127000	—	150768	64	77100	82172	
9	Havelberg	680123	—	625029	06	1865000	1996992	
10	Jüterbog	171657	58	40375	—	56200	60066	
11	Regin	72050	—	19200	—	59900	60819	
12	Ryris	19460	—	—	—	17200	18361	
13	Senzen	100357	34	325149	72	168400	202662	
14	Sudenwalde	538840	—	51525	—	109025	114231	
15	Rauen	712587	99	271105	—	869800	905362	
16	Niemegf	44435	11	25055	—	6000	6450	
17	Perleberg	745325	—	229075	—	602600	628535	
18	Plaue	79475	—	4200	—	78600	83698	
19	Potsdam	1293425	—	—	—	2952300	3154963	
20	Prenzlau	6900	—	2400	—	67400	66343	
21	Prignitz	74350	—	61350	—	42000	44593	
22	Pulitz	6975	—	8900	—	36900	38886	
23	Rathenow	226700	—	76500	—	148600	159148	
24	Neu-Ruppin	33850	—	—	—	11100	11485	
25	Schwedt	1382284	95	76575	—	696900	742929	
26	Spanbau	2062469	03	61575	—	1478650	1584455	
27	Strasburg	172180	—	41500	—	235650	248149	
28	Strausberg	440848	32	130591	—	250600	256069	
29	Treuenbriezen	249100	—	183375	—	372400	390347	
30	Werder	21300	—	900	—	9200	9825	
31	Wiltsdorf	149880	—	258609	25	89600	94124	
32	Wittenberge	576095	—	—	—	78600	84595	
33	Wittstock	697350	—	146750	—	290975	308014	
34	Wriezen	116025	—	33400	—	210100	222755	
35	Wusterhausen a. D.	38197	—	40572	—	37000	38494	
36	Zehdenick	200988	—	76150	—	309400	323395	
1	Belten	—	—	30000	—	32000	34100	
1	Angermünde	1005450	—	789500	—	1260225	1301706	
2	Berlin (N.-Barn.)	701150	—	1540058	31	3348800	3596580	
3	Freienwalde	1907450	—	1251750	—	1288800	1335449	
4	Deesow	462597	50	315214	—	1260350	1302829	
5	Rathenow	252900	—	69400	—	770500	815934	
6	Jüterbog	3119709	80	1621378	48	3464400	3564213	
7	Prenzlau	257840	—	81900	—	3601725	3681591	
8	Ryris	334530	—	297512	—	676700	721946	
9	Neu-Ruppin	647500	—	775445	—	1991000	2029052	
10	Berlin (Teltow)	243300	—	111633	09	4862575	5045651	
11	Templin	72750	—	16500	—	661800	669790	
12	Belzig	216880	86	430673	86	368825	380683	
	Summa	25478804	11	10998277	56	39534600	41221510	

27.		28.		29.		30.		31.		32.	
Sparfassen (Spalten 9 bis 13) sind zinsbar angelegt:											
auf Schuldscheine:				gegen Wechsel.		gegen Hauspfand.		bei öffentlichen Instituten und Korporationen.		überhaupt. (Inhaberpapiere zum Kurswerthe eingestellt)	
ohne Bürgschaft		gegen Bürgschaft		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
—		5600		4805		—		—		32892	30
—		12274	90	—		13840		12000		194825	88
—		62642	30	—		—		—		527332	88
—		—		—		—		—		4618690	18
—		—		—		—		—		366005	25
—		—		90156		43150		—		945498	11
—		157500		81004	84	38235		8862	50	2549037	78
—		37969		—		12525		21900		462334	64
255616		1000		14750		12230		196000		3784740	08
—		—		22324		—		—		294423	38
—		—		6800		3350		—		162219	09
—		—		—		2100		—		39921	—
—		11428	70	—		900		22742	68	666240	44
—		—		1500		—		—		706096	63
—		6062		—		9548		102592		2010257	17
—		12127	68	—		—		—		88067	79
—		—		—		—		287800		1890735	70
—		675		500		700		—		169248	—
—		—		—		—		240400		4688808	55
—		—		—		600		—		78243	60
—		32834		—		5719		6743	57	225590	07
—		—		7360		—		—		62121	60
—		30000		—		—		203900		696248	50
—		—		2400		—		—		47735	90
—		—		—		—		—		2201789	25
—		20020		—		148100		260258	28	4136877	71
—		2600		—		—		43500		507929	10
—		—		56625		3500		120675		1010328	52
—		—		—		—		—		822822	50
—		1900		—		—		16600		50525	—
—		2150		—		3000		26000		533763	75
—		—		—		—		52900		713590	80
—		2346		—		51060		—		1205520	40
—		5000		—		—		—		377180	50
—		—		—		—		—		117263	—
—		—		—		—		11760		612296	50
—		8000		26946		4800		—		103846	—
—		2550		—		23850		74700		3197756	70
—		—		—		—		298735		6136523	81
—		—		—		—		686300		5180949	80
—		71673		—		16850		779081	99	2948246	04
—		—		—		15000		322470		1475704	70
—		—		38273		—		1332087	47	9675661	85
—		—		—		—		—		4021331	55
—		87974		—		—		350862		1792824	60
—		26480		70575		31560		813839	21	4394451	21
—		—		—		—		2706548	98	8107133	12
—		—		—		—		217600		976640	05
—		3000		—		111752		83829		1226819	70
255616		603806	58	424018	84	552369		9300687	68	86835090	68

Tausende M.	1. Domicil der Sparkasse.	33.		34.		35.		36.		37.		38.	
		Im abgelassenen Rechnungsjahre im Wege der Zwangsversteigerung erworbene Immobilien:		Hypothekarisch darauf lastende Sparkassengelder:		Werth sämtl. hier erwor- benen Mobilien am Schlusse des Rechnungsjahres		Betrag des baren Kassendekrets am Schlusse des Rechnungsjahres:		Betrag der Ver- waltungsstellen im abgelassenen Rechnungs- jahre.			
		Arwerbspreis.		M.	Pf.	M.	Pf.	im allgemeinen Sparkassenfonds.	im Reservefonds.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Angermünde	—	—	—	—	—	—	14661 28	—	—	—	—	—
2	Belzig	—	—	—	—	—	—	4056 12	—	—	—	513 99	—
3	Biesenthal	—	—	—	—	—	—	20201 37	—	—	—	377 45	—
4	Brandenburg	—	—	—	—	—	—	81663 25	—	—	—	5647 98	—
5	Charlottenburg	—	—	—	—	2078 95	—	813 27	—	—	—	8762 29	—
6	Dahme	—	—	—	—	1000	—	40187 17	—	—	—	1775 58	—
7	Eberswalde	—	—	—	—	3967	—	61894 43	—	—	—	4906 56	—
8	Fehrbellin	—	—	—	—	550	—	5819 10	—	—	—	540 15	—
9	Havelberg	—	—	—	—	2192 80	—	94721 22	—	—	—	4709 80	—
10	Jüterbog	—	—	—	—	—	—	7961 83	—	—	—	1289 76	—
11	Kegin	—	—	—	—	—	—	8955 05	—	—	—	162 45	—
12	Kyritz	—	—	—	—	—	—	4677 50	—	—	—	71 55	—
13	Lenzen	—	—	—	—	945	—	13643 95	—	—	—	900 —	—
14	Leidenwalde	—	—	—	—	—	—	17618 02	—	—	—	905 25	—
15	Nauen	—	—	—	—	1000	—	15463 48	—	—	—	3053 66	—
16	Niemegk	—	—	—	—	—	—	4670 65	20 10	—	—	354 43	—
17	Perleberg	—	—	—	—	450	—	31651 05	—	—	—	2823 18	—
18	Plaue	—	—	—	—	—	—	—	79 77	—	—	249 95	—
19	Potsdam	—	—	—	—	—	—	29953 69	—	—	—	10029 —	—
20	Prenzlau	—	—	—	—	470 25	—	2306 —	—	—	—	3 20	—
21	Prignitz	—	—	—	—	—	—	12797 96	—	—	—	691 69	—
22	Quitzow	—	—	—	—	—	—	1142 16	318 24	—	—	267 35	—
23	Rathenow	—	—	—	—	38	—	39 56	10329 69	—	—	1146 37	—
24	Neu-Nippin	—	—	—	—	—	—	5734 24	513 23	—	—	—	—
25	Schwedt	—	—	—	—	—	—	39412 94	—	—	—	4910 53	—
26	Spanbau	—	—	—	—	1200	—	101192 56	—	—	—	5457 10	—
27	Strasburg	—	—	—	—	—	—	9928 04	—	—	—	1506 94	—
28	Strasberg	—	—	—	—	—	—	18561 51	—	—	—	4577 60	—
29	Treuenbriege	—	—	—	—	—	—	3217 08	—	—	—	1160 57	—
30	Werder	—	—	—	—	—	—	47610 24	—	—	—	57 45	—
31	Wiltsdorf	—	—	—	—	300 50	—	10973 87	—	—	—	565 05	—
32	Wittenberge	—	—	—	—	610 50	—	13842 25	—	—	—	827 40	—
33	Wittstock	—	—	—	—	600	—	29452 11	—	—	—	1889 13	—
34	Wriezen	—	—	—	—	—	—	9646 81	—	—	—	988 42	—
35	Wusterhausen a. D.	—	—	—	—	—	—	8575 78	80 21	—	—	495 95	—
36	Zehdenick	—	—	—	—	600	—	22075 11	—	—	—	2251 54	—
1	Belten (Landgemein- de-Sparkasse)	—	—	—	—	673 20	—	4344 08	19 90	—	—	1200 —	—
1	Angermünde	—	—	—	—	800	—	7357 95	—	—	—	5144 42	—
2	Berlin (N.-Barn.)	—	—	—	—	2316	—	127588 27	12273 37	—	—	25993 60	—
3	Freienwalde	—	—	—	—	—	—	1641 14	13139 61	—	—	7906 03	—
4	Deesow	—	—	—	—	500	—	3571 38	—	—	—	4715 45	—
5	Rathenow	—	—	—	—	—	—	23360 67	911 93	—	—	5506 57	—
6	Jüterbog	—	—	—	—	2030	—	167296 75	—	—	—	16064 95	—
7	Prenzlau	—	—	—	—	—	—	—	357 76	—	—	13525 48	—
8	Kyritz	—	—	—	—	487 50	—	70191 01	—	—	—	5813 79	—
9	Neu-Nippin	—	—	—	—	—	—	60781 01	—	—	—	10576 13	—
10	Berlin (Teltow)	—	—	—	—	6700	—	27765 80	10046 95	—	—	18215 20	—
11	Tempin	—	—	—	—	530	—	32563 37	7807 06	—	—	2062 90	—
12	Belzig	5800	—	3296 02	—	1530 65	—	52167 94	—	—	—	6739 31	—
	Summa	5800	—	3296 02	—	31570 35	—	1373750 02	55897 82	—	—	197353 74	—

Die Vorstehenden und Vertrauensmänner der Fuhrwerksberufsgenossenschaft betreffend.
28. Nachstehend werden die Namen der Vorstehenden und der Vertrauensmänner der Fuhrwerksberufsgenossenschaft, soweit dieselben für den diesseitigen Bezirk in Betracht kommen, veröffentlicht:

Genossenschaftsvorstand:

Vorsitzender: P. Scharfenberg, Fuhrherr, Berlin NO., Georgenkirchstraße Nr. 46,

Vorstand der Section 3:

Vorsitzender: Abfuhrunternehmer E. Wünn in Potsdam.

Vertrauensmänner:

Bezirk.	Vertrauensmann.	Stellvertreter.
1. Kreis Prenzlau.	1. Posth. Schönian in Prenzlau, Friedrichstraße. 2. Fuhrherr Heinrich Schulz in Stralsburg (Udermark).	1. Fuhrh. E. Olm in Prenzlau, Riez 24. 2. Fuhrherr Ernst Merten in Bräslow.
2. Kreis Templin.	Posth. August Krause in Voigtburg.	1. Fuhrherr Gustav Eßmann in Templin. 2. Fuhrherr Karl Trambow in Jechenid.
3. Kreis Angermünde.	1. Posth. Fr. Haehn in Joachimsthal. 2. Posthalter E. F. Heine in Schwedt a. D.	1. Fuhrherr Seeger in Oderberg i. M. 2. Posthalter Wilhelm Scheiblich in Bierraden. 3. Fuhrherr J. Graff in Greiffenberg Ufm.
4. Kreis Oberbarnim.	1. Fuhrherr F. Laue in Freienwalde. 2. Posthalter Volle in Eberswalde. 3. Fuhrherr Friedr. Lange in Straußberg.	1. Fuhrherr Wilh. Ruskle in Freienwalde a. D. 2. Posthalter Wilh. Eggert in Briesen a. D. 3. Fuhrherr Anton Otte in Werneuchen.
5. Kreis Niederbarnim.	1. Fuhrherr Wilh. Schulze in Pankow. 2. Fuhrherr Fiedler in Reinickendorf. 3. Fuhrherr Korn in Bernau. 4. Fuhrherr Oskar Rosenbaum in Lichtenberg.	1. — 2. Fuhrherr Wilh. Geduld in Reinickendorf. 3. Hotelbesitzer Eiters in Dranienburg. 4. Fuhrherr Aug. Hinge in Friedrichshagen.
6. Kreis Teltow excl. Nowawes und Nixdorf.	1. Fuhrherr Gustav Glasig in Schoeneberg. 2. Fuhrherr Karl Eichelkraut in Jechendorf. 3. Fuhrherr Degener in Königs-Wasserhausen.	1. Fuhrherr S. Rodel in Friedenau. 2. Fuhrherr Rudolph Ahlburg in Steglitz. 3. Fuhrunternehmer Johannes Seiffert in Trebbin.
7. Kreis Beeskow-Storkow.	Fuhrherr Franz Tribbensee in Storkow.	Fuhrherr E. Roggatz in Beeskow.
8. Kreis Jüterbog-Luckenwalde.	Fuhrherr Johannes Burius in Luckenwalde.	1. Posthalter Imme in Jüterbog. 2. Fuhrherr Ed. Hause in Dahme.
9. Kreis Zauch-Belzig.	1. Hotelbesitzer Seebald in Belzig. 2. Fuhrherr Schmiedeken in Werder a. S.	1. Hotelbesitzer A. Reichert in Treuenbriezen. 2. Fuhrherr Jung in Lehnin.
10. Kreis Potsdam mit Nowawes und Neuendorf.	1. Fuhrherr Ernst Wünn in Potsdam, Spandauerstraße 2/3. 2. Fuhrherr Fritz Merten in Potsdam, Am Kanal 14.	1. Fuhrherr Hagen in Nowawes. 2. Fuhrherr Karl Schubog in Potsdam, Durgstraße 41.
11. Kreis Osthavelland.	Fuhrherr Karl Volk in Nauen.	1. Fuhrherr Franz Hoffert in Cremen. 2. Fuhrherr Christian Frieze in Fehrbellin.

Bezirk.	Vertrauensmann.	Stellvertreter.
12. Kreis West-Havelland.	Fuhrherr Aug. Laege in Brandenburg a. H.	1. Fuhrherr L. Naas in Brandenburg a. H. 2. Posthalter W. Blume in Friesack.
13. Kreis Ruppín.	Posth. Hahnzog in Gransee.	1. Fuhrherr Scholz in Wusterhausen a. D. 2. Fuhrherr Ost in Rheinsberg.
14. Kreis Ostprignitz.	Hotelbesitzer Karl Zimmermann in Wittstock.	1. Fuhrherr Fris Kohnrad in Kyritz. 2. Albert Lemke in Prignitz.
15. Kreis Westprignitz.	1. Fuhrherr E. Welt i. F. E. F. Deter in Havelberg. 2. Posthalter W. Röhl in Wittenberge.	Hotelier W. Hoffmann in Perleberg.
16. Stadtkreis Spandau.	Fuhrherr Theodor Degenhardt in Spandau.	Fuhrh. Wilh. Döf in Spandau.
17. Stadt Charlottenburg.	Fuhrherr E. Hertling in Charlottenburg, Berlinerstraße 52.	Fuhrherr Aug. Hoffmann in Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 162.
18. Nixdorf.	Fuhrherr Karl Scheller in Nixdorf, Kottbuserdamm 68.	1. Fuhrherr Gustav Schöneberg in Nixdorf. 2. Fuhrherr Paul Frahm in Nixdorf. 3. Fuhrherr Karl Ried in Nixdorf.
Potsdam, den 22. Januar 1890.		Der Regierungs-Präsident.

Aufnahme von Geisteskranken in Privat-Irrenanstalten betreffend.
29. Unter Bezugnahme auf den Erlaß der Herren Minister des Innern, der Justiz, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Privat-Irrenanstalten betreffend, vom 19. Januar 1888 — abgedruckt in der Extrabeilage zum Stück 8 des Amtsblatts vom Jahre 1888 — wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nach einem Erlaß der vorgenannten Herren Minister vom 16. Januar 1890 für die Aufnahme von Geisteskranken aus dem Auslande oder aus den übrigen deutschen Bundesstaaten in diesseitige Privat-Irrenanstalten die Beibringung derjenigen amtlich beglaubigten Bescheinigungen genügt, welche in ihrem Heimatstaate für die Aufnahme von Geisteskranken in Privat-Irrenanstalten erforderlich sind.

Nach der dieser Bestimmung gemäß erfolgten Aufnahme eines Ausländers in eine diesseitige Privat-Irrenanstalt bedarf es auch der Untersuchung desselben durch einen Physikus oder Kreiswundarzt, wie sie für andere Fälle durch den Erlaß vom 19. Januar 1888 unter I. 1 c. angeordnet worden ist, nicht. Diese Untersuchung muß jedoch erfolgen, wenn Zweifel darüber bestehen, ob die beigebrachten Bescheinigungen den Forderungen des Abs. 1 des vorliegenden Erlasses entsprechen.

Potsdam, den 27. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Wahlen zum Reichstage betreffend.

30. Nachdem durch Kaiserliche Verordnung vom 8ten d. M. bestimmt worden ist, daß die Neuwahlen für den Reichstag am 20. Februar d. J. vorzunehmen sind, bringe ich auf Grund des § 24 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes

für den Reichstag vom 31. Mai 1869 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß ich zu Wahlkommissionarien für die Reichstagswahl ernannt habe

für den I. Wahlkreis (Kreis Westprignitz) den Herrn Landrath, Geheimen Regierungsrath von Jagow zu Perleberg,

für den II. Wahlkreis (Kreis Ostprignitz) den Herrn Landrath Graf von Bernstorff zu Kyritz,

für den III. Wahlkreis (Kreis Ruppín-Templin) den Herrn Landrath von Arnim zu Templin,

für den IV. Wahlkreis (Kreis Prenzlau-Angermünde) den Herrn Landrath, Geheimen Regierungsrath von Winterfeld zu Prenzlau,

für den V. Wahlkreis (Kreis Oberbarnim) den Herrn Kreis-Deputirten, Herrn. von Eckardstein auf Proetz bei Strausberg,

für den VI. Wahlkreis (Kreis Niederbarnim) den Herrn Landrath, Geheimen Regierungsrath Scharnweber zu Berlin,

für den VII. Wahlkreis (Städte Potsdam und Spandau und Kreis Ost-Havelland) den Herrn Oberbürgermeister Vole in Potsdam,

für den VIII. Wahlkreis (Kreis West-Havelland und Stadt Brandenburg) den Herrn Landrath von Ebbell in Rathenow,

für den IX. Wahlkreis (Kreis Zauch-Belzig und Jüterbog-Luckenwalde) den Herrn Landrath von Stälpnagel zu Belzig,

für den X. Wahlkreis (Kreis Teltow und Beeskow-Storkow, sowie Stadt Charlottenburg) den Herrn Landrath Stubenrauch zu Berlin.

Potsdam, den 25. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefseuchen.

31. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einem Ochsen des Dominiums Rahlow, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande des Bauergutsbesizers Friedrich Wolff zu Golsow, Kreis Angermünde;

auf dem zum Rittergute Selbelang gehörigen Vorwerk Bienenfarm, Kreis Westhavelland; unter dem Rindviehstande des Rittergutes Dyroß, Kreis Osthavelland.

Die Ortschaft Dyroß ist daher gegen das Durchtreiben von Wilderläufern und Schweinen gesperrt.

Ausgebrochen ist ferner

die Räude unter den Schafen des Dominiums Wasmannsdorf, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande des Bauerhofsbesizers Samuel Aue zu Lüdersdorf, Kreis Angermünde;

unter dem Rindvieh in den Ortschaften Priort, Bochow, Mohrbed, Hoppenrade, Buchow-Carpow und Hakenberg, Kreis Osthavelland; in Runow, Kreis Ostprignitz.

Potsdam, den 28. Januar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Benutzung der Schulleale zur Reichstagswahl

2. Wie in früheren Jahren wird auch bei der diesjährigen, am 20. Februar stattfindenden Reichstagswahl es nicht zu umgehen sein, daß mangels anderweiter geeigneter Wahlräume in einzelnen Fällen die Schulzimmer zur Vornahme der Wahlen seitens der Herren Landräthe in Anspruch werden genommen werden müssen.

Die Schuldeputationen und Schulvorstände fordern wir hierdurch auf, jedem derartigen Ansuchen der betr. Herren Landräthe, bezw. Polizei-Präsidenten Folge zu geben und die Leiter (ersten Lehrer) der Schulen mit entsprechender Anweisung rechtzeitig zu versehen.

Der Unterricht fällt an dem Tage der Reichstagswahlen nur für diejenigen Klassen aus, deren Lehrzimmer für den Vollzug der Wahlen wirklich benutzt werden.

Potsdam, den 22. Januar 1890.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Standesamtliche Meldung von Todtgeburten.

9. Der Bericht der auf den standesamtlichen Eintragungen beruhenden Geburten-Statistik wird dadurch geschädigt, daß den Standesbeamten die Anzeigen von Todtgeburten nicht überall unter gleicher Abgrenzung des Begriffs der letzteren erstattet werden, insbesondere eines Theils der Hebammen auch solche Todtgeburten, welche vor Ablauf des 7ten Kalendermonats

der Entwicklung der Frucht stattgefunden haben, zur Anzeige gelangen. Zur Beseitigung dieser Missethände ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, gefälligst dafür Sorge zu tragen, daß alle Hebammen des dortigen Verwaltungs-Bezirks unter Hinweisung auf die §§ 42 und 71 des preussischen Hebammenlehrbuchs darüber belehrt werden, daß alle diejenigen Leibesfrüchte zur Eintragung in die Standesregister nicht anzumelden sind, welche erkennbar vor Ablauf des 7ten Kalendermonats oder des 210ten Tages der Entwicklung im Mutterleibe todtgeboren werden.

Berlin, den 17. Dezember 1889.

Ministerium

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.

In Vertretung. gez. Rasse.

M. N^o 9196.

An den Königl. Polizei-Präsidenten Herrn Freiherrn von Richthofen Hochwohlgeboren hier.

Vorstehender Erlaß, betreffend die standesamtliche Meldung von Todtgeburten, wird hierdurch zur Kenntniß der Hebammen gebracht.

Berlin, den 18. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs.

2. Von der im Kursbureau des Reichs-Postamts bearbeiteten neuen Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs sind jetzt die Blätter XI. und XX. erschienen. Im Laufe des künftigen Monats werden die beiden letzten Blätter XVI. und XIX. zur Ausgabe gelangen. Blatt XI. umfaßt die nördlichen Theile von Baden und Elsaß-Lothringen, den südlichen Theil von Hessen, die Rheinpfalz, die Rheinprovinz südlich der Linie Aachen—Cöln, Luxemburg und die angrenzenden Theile von Belgien und Frankreich. Blatt XX. enthält sämtliche Kartons zu der Karte. Die Blätter können im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 M. für das unausgemalte Blatt und 2 M. 25 Pf. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen von dem Verleger der Karten, dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W., Potsdamerstraße 110), bezogen werden.

Berlin W., 25. Januar 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober- Postdirektion zu Berlin.

Die Postagentur in Stralau betreffend.

4. Mit dem 1. Februar wird die Postagentur in Stralau in ein Postamt III. umgewandelt.

Die Dienststunden dieses Postamts für den Verkehr mit dem Publikum sind festgesetzt

für die Wochentage von 7 (im Winterhalbjahre von 8) Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 3 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Nachmittags;

für die Sonn- und gesetzlichen Feiertage von 7 (bz.)

Laufende N ^o	1. Domicil der Sparkasse.	2. Zeit der Errichtung der Kasse.	3. Zahl ihrer		4. Einlagen:		5. Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- Vorjahres.		6. Zuwachs während Rechnungs- durch Zufschreibung von Zinsen	
			Fiskal- oder Neben- lassen.	Sammel- oder Annahme- stellen.	niedrigste auf ein Buch bei Beginn eines Kontos M.	höchste Abschluß M.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Angermünde	1886	—	—	1,00	3000	19741	43	892	67
2	Belzig	1885	1	—	1,00	unbeschr.	130359	05	5184	77
3	Biesenthal	1859	—	—	1,00	desgl.	469578	25	15737	22
4	Brandenburg	1830	—	—	1,00	3000	3805077	52	116666	38
5	Charlottenburg	1887	—	—	1,00	3000	—	—	5403	84
6	Dahme	1877	—	—	0,50	unbeschr.	967755	38	31038	01
7	Eberswalde	1877	—	—	0,50	desgl.	2146061	90	64286	75
8	Fehrbellin	1857	—	—	1,00	1200	370919	76	12642	03
9	Havelberg	1848	—	—	1,00	9000	3410477	84	95287	67
10	Jüterbog	1878	—	—	1,00	1500	279863	63	9165	33
11	Kesin	1880	—	—	1,00	1200	136720	53	4020	67
12	Kyritz	1886	—	—	1,00	3000	41061	18	1131	14
13	Lenzen	1854	—	—	0,50	900	554206	92	18093	57
14	Luderswalde	1884	—	—	1,00	3000	620529	80	19057	15
15	Nauen	1857	—	—	1,00	900	1650894	14	54268	12
16	Niemegk	1883	—	—	1,00	3000	74775	23	2372	04
17	Perleberg	1854	—	—	1,00	3000	1614141	51	47558	27
18	Plaue	1883	—	—	1,00	1500	139555	05	4739	65
19	Potsdam	1840	—	—	1,00	2000	3770505	62	130182	62
20	Prenzlau	1888	—	—	1,00	2000	—	—	772	77
21	Prigwitz	1882	—	—	0,50	3000	185540	52	6230	83
22	Pulitz	1884	—	—	1,00	3000	31591	98	1623	77
23	Rathenow	1852	—	2	1,00	3000	554184	67	20320	96
24	Neu-Ruppin	1887	—	—	1,00	3000	31639	29	357	31
25	Schwedt	1830	—	—	1,00	unbeschr.	1868475	73	48083	20
26	Spandau	1852	—	—	1,00	1500	3354849	75	112562	07
27	Strasburg	1857	—	—	0,50	1500	413415	72	14264	50
28	Strausberg	1872	—	—	1,00	unbeschr.	833563	45	25573	82
29	Treuenbriezen	1851	—	—	1,00	1500	650922	41	22479	65
30	Werder	1886	—	—	1,00	3000	42100	13	641	96
31	Wiltsdorf	1874	—	—	1,00	1000	462265	93	15656	22
32	Wittenberge	1862	—	—	0,50	3000	567125	08	19743	59
33	Wittstock	1849	—	—	1,00	unbeschr.	993342	38	32318	96
34	Wriezen	1878	—	—	0,50	1800	331467	93	10834	25
35	Wusterhausen a. D.	1886	—	—	1,00	3000	85433	92	3004	76
36	Zehdenick	1883	—	—	1,00	unbeschr.	468825	06	11022	05
1	Belten } Landgemein- de-Sparkasse	1887	—	—	1,00	3000	56228	72	2920	37
1	Angermünde	1856	—	9	0,50	unbeschr.	2516830	85	89455	56
2	Berlin (N.-Barn.)	1857	—	15	1,00	desgl.	5067655	03	169854	03
3	Freienwalde	1851	—	12	1,00	2000	4206529	52	145786	02
4	Beeskow	1855	5	—	1,00	3000	2269632	96	76936	46
5	Rathenow	1857	12	—	1,00	3000	1208979	53	42129	66
6	Jüterbog	1848	—	6	1,00	unbeschr.	8306470	59	273277	46
7	Prenzlau	1842	—	2	0,50	desgl.	3316467	15	107585	86
8	Kyritz	1856	5	—	1,00	9000	1516348	23	47693	50
9	Neu-Ruppin	1848	—	7	1,00	1500	3667603	10	124663	57
10	Berlin (Teltow)	1858	—	19	0,50	unbeschr.	6668343	69	222604	80
11	Templin	1858	—	—	0,50	6000	816660	96	28162	57
12	Belzig	1858	—	3	1,50	600	1135029	54	169885	94
	Summa		23	75	—	—	71829748	56	2484174	37

biefigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz, sowie die Nachträge zu den Tarifheften 1 der Theile II. und III. kostenfrei von der Güterkasse in Stettin zu beziehen.

Berlin, den 20. Januar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Verzeichniß der von den Gepäcsträgern zu beanspruchenden Gebührensätze.

A. An Stelle des vom 16. November 1882 gültigen Tarifs für Gepäcsträger tritt mit sofortiger Gültigkeit ein neuer Tarif, betitelt: „Verzeichniß der von den Gepäcsträgern zu beanspruchenden Gebührensätze“ in Kraft, welcher auf allen Bahnhöfen ausgehängt ist.

Bromberg, den 23. Januar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Kommunal-Bezirks-Veränderung.

B. Der unterzeichnete Kreis-Ausschuß hat genehmigt, daß die auf der Handzeichnung des Königlichen Katasteramts Berlin II. vom 5. November 1889 bargestellten, innerhalb der Gemarkung Charlottenburg belegenen und zum Gemeindebezirk Dt.-Wilmerdorf gehörigen Grundstücke, Kartenblatt 5 Parzellen Nr. 205 490/206 d., 491/206 d., 1681/206, 1696/206, 2013/206, 2032/206, 2033/206, 2034/206, 2035/206, 2059/206, 2064/206, 2058/206, 2112/206, 2113/206, 2114/206, 1971/206 im Gesamtflächeninhalte von 2 Hektaren 87 Aren und 8 Quadratmetern aus dem Gemeindebezirk Deutsch-Wilmerdorf ausscheiden und in den Gemeindebezirk Charlottenburg aufgenommen werden.

Nauen, den 23. Januar 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

Kommunalbezirks-Veränderungen.

B. Auf Antrag der Theilhaftigen und auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 haben wir genehmigt, daß 1) die Katasterparzelle 858/443 Kartenblatt 2 von Steinfurth aus dem Kommunalverbande der Gemeinde Steinfurth ausscheide und dem Bezirk des domänenfiskalischen Gutsbezirks Eberswalde einverleibt werde, sowie 2) die Katasterparzelle 856/448 Kartenblatt 2 von Steinfurth aus dem Verbande des domänenfiskalischen Gutsbezirks Eberswalde ausscheide und dem Gemeindebezirk Steinfurth einverleibt werde. Freienwalde a. D., den 18. Januar 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Oberbarnim.

Personal-Chronik.

An Stelle des Beigeordneten Schwarz ist der Ziegeleibesitzer Schulze in Rittenwalde zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Schönwerder, Diözese Prenzlau I., kommt durch die Verlegung des Pfarrers Ranzow am 1. April d. J. zur Erledigung.

Der bisherige Hülfsprediger Karl Friedrich Hermann Keller ist zum Pfarrer der Pfarodie Merzdorf, Diözese Danzig, bestellt worden.

Den Oberlehrern an dem Luisenstädtischen Real-Gymnasium zu Berlin Dr. Pardou und Dr. Proehle ist der Professortitel verliehen worden.

An dem Sophien-Realgymnasium zu Berlin ist der ordentliche Lehrer Noeber zum Oberlehrer befördert und der wissenschaftliche Hülfslehrer Johanneson als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Friedrich Wilhelm Glaser zu Berlin ist als Vorschullehrer am Friedrichs-Gymnasium daselbst angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Lorenz Korzec (Korczyk), Arbeiter,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 5. Juli 1857 zu Devoy, Bezirk Biala, Galizien, ortsangeh. ebendas.,	zwei schwere Diebstähle (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 13. Dezember 1886),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	23. Septembr. 1889.
1	Franz Prokop, Schlosser,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren im Jahre 1857 zu Drenice, Bezirk Krubin, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichern und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident Potsdam,	31. Dezember 1889.
2	Johann Müller, Arbeiter,	geboren am 2. Juli 1870 zu Gienkau, Bezirk Jägerndorf, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangeh. ebendaselbst,	Landstreichern,	derselbe,	desgleichen.

Nr. auf 1	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
	2.	3	4	5	6
3	Franz Lonn, Weber,	geboren am 7. Sep- tember 1841 zu Glas- dörf, Bezirk Schön- berg, Mähren, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	31. Dezember 1889.
4	Nicholas Bonifacio Börder, Arbeiter,	23 Jahre alt, geboren zu Kuabit, Bezirk Bu- goslo, Russisch-Polen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Caneburg,	3. Januar 1890.
5	Moris Steiner, Handlungsgehilfe,	geboren am 12. Fe- bruar 1870 zu Gessel, Komitat Arrab, Un- garn, ortsangeh. eben- daselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danabrid,	4. Januar 1890.
6	Adam Poellmann (Böhmen), Weber,	geboren am 15. August 1865, ortsangehörig zu Haslau, Bezirk Asch, Böhmen,	Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	19. November 1889.
7	Benzl Nowak, Tagelöhner,	geboren am 16. Mai 1868 zu Lieboritz, Be- zirk Podersam, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kaufen,	12. Dezember 1889.
8	Johann Smeykal, Drehsteler,	40 Jahre alt, geboren in Slapanow, Bezirk Deutschbrod, Böhmen, ortsangehörig zu Pfaf- sendorf, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traun- stein,	20. Dezember 1889.
9	Karl Grendelmeier, Zuckerbäcker,	geboren am 31. Oktober 1850 zu Dietikon, Kanton Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg.	4. Januar 1890.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend die Liste der Prämien, welche in der vom 15. bis 18. Januar erfolgten 35. Verlosung auf die am 16. September 1889 gezogenen 45 Serien der Schuldverschreibungen der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 gefallen sind, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 6.

Den 7. Februar

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Polizei-Verordnung.

3. Auf Grund des § 74 des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 30. November 1885 ist mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahn-Amtes die Anwendung der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni 1878 — veröffentlicht in Nr. 24 des Centralblattes für das Deutsche Reich vom 14. Juni 1878 und in Stück 29 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam vom 19. Juli 1878 — auf die Eisenbahn von Gloewen nach Havelberg von mir genehmigt worden.

Zugleich sind in Gemäßheit des § 45 dieser Bahnordnung, welche mit dem Tage der Eröffnung des Betriebes auf der bezeichneten Bahn für dieselbe in Kraft tritt, die nachstehenden Anordnungen getroffen worden, deren Uebertretung der Strafanordnung des § 45 unterliegt.

§ 1. Das Betreten des Planums der Bahn, der dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnisakte nur der Aufsichtsbehörde und deren Organen, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Forstschutz-, Zoll-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamten, den Beamten der Staatsanwaltschaft und den zur Rekognoszierung dienstlich entsendeten Offizieren gestattet; dabei ist jedoch die Bewegung wie der Aufenthalt innerhalb der Fahr- und Rangirgeleise zu vermeiden.

Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Ueberfahrten und Uebergängen bestimmten Stellen überschreiten und zwar nur solange, als sich kein Zug nähert. Dabei ist jeder unnötige Verzug zu vermeiden.

Es ist untersagt, die Barrieren oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen, oder etwas darauf zu legen oder zu hängen.

§ 2. Außerhalb der bestimmungsmäßig dem Publikum für immer oder zeitweise geöffneten Räume darf Niemand den Bahnhof ohne Erlaubnisakte betreten, mit Ausnahme der in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Chefs der Militär- und Polizeibehörde, sowie der im § 1 genannten und der Postbeamten.

Die Wagen, welche Reisende zur Bahn bringen oder daher abholen, müssen auf den Vorplätzen der Bahnhöfe an den dazu bestimmten Stellen auffahren. Die Ueberwachung der Ordnung auf den für diese

Wagen bestimmten Vorplätzen, soweit dies den Verkehr mit Reisenden und deren Gepäck betrifft, steht den Bahnpolizei-Beamten zu, insofern in dieser Beziehung nicht besondere Vorschriften ein Anderes bestimmen.

§ 3. An der Quaianlage des Bahnhofes Havelberg dürfen nur solche Schiffe festmachen, welche Waaren an die Bahn abgeben oder von derselben empfangen. Die Befestigung der Schiffe darf nur an den hierfür bestimmten Schuttpfählen geschehen. Die Bedingungen für die Benützung der Quaianlage werden durch die Eisenbahnverwaltung festgesetzt und veröffentlicht.

§ 4. Das Hinüberschaffen von Pfählen, Eggen und anderen Geräthen, sowie von Baumstämmen und anderen schweren Gegenständen über die Bahn darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schleifen erfolgen.

§ 5. Vor dem Überschreiten von Straßenübergängen, bei welchen die Bahn von den anschließenden Begehrten aus nicht oder nicht genügend übersehen werden kann, haben die Führer von Fuhrwerk und Vieh in angemessener Entfernung zu halten und sich durch den Augenschein davon zu überzeugen, daß kein Zug herannaht.

Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen durch Vieh bleibt Derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.

§ 6. Alle Beschädigungen der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, mit Einschluß der Telegraphen, sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Auflegen von Steinen, Holz und sonstigen Sachen auf das Planum, oder das Anbringen sonstiger Fahrhinder-nisse sind verboten, ebenso die Erregung falschen Alarms, die Nachahmung von Signalen, die Verstellung von Ausweich-Vorrichtungen und überhaupt die Vornahme aller, den Betrieb störender Handlungen.

§ 7. Das Einsteigen in einen bereits in Gang gesetzten Zug, der Versuch, sowie die Hülfeleistung dazu, ingleichen das eigenmächtige Öffnen der Wagenthüren, während der Zug sich noch in Bewegung befindet, ist verboten.

§ 8. Die Bahnpolizei-Beamten sind befugt, einen Jeden vorläufig festzunehmen, der auf der Uebertretung der in den §§ 43—45 der Bahnordnung für Deutsche Bahnen untergeordneter Bedeutung, sowie der in dieser Polizei-Verordnung enthaltenen Bestimmungen betroffen oder unmittelbar nach der Uebertretung verfolgt wird und sich über seine Person nicht auszuweisen vermag.

Derselbe ist mit der Festnahme zu verschonen, wenn

er eine angemessene Sicherheit stellt. Die Sicherheit darf den Höchstbetrag der angebotenen Strafe nicht übersteigen.

Enthält die strafbare Handlung ein Verbrechen oder Vergehen, so kann sich der Schuldige durch eine Sicherheitsbestellung der vorläufigen Festnahme nicht entziehen.

Jeder Festgenommene ist ungesäumt an die nächste Polizeibehörde oder an das zuständige königliche Amtsgericht abzuliefern.

§ 9. Den Bahnpolizei-Beamten ist gestattet, die festgenommenen Personen durch Mannschaften aus dem auf der Eisenbahn befindlichen Arbeitspersonal in Bewachung nehmen und an den Bestimmungsort abliefern zu lassen. In diesem Falle hat der Bahnpolizeibeamte eine, mit seinem Namen und mit seiner Dienstbezeichnung bezeichnete Festnahmekarte mitzugeben, welche vorläufig die Stelle der anzunehmenden Verhandlung vertritt, die in der Regel an demselben Tage, an dem die Uebersetzung konstatirt wurde, spätestens aber am Vormittag des folgenden Tages an die Polizeibehörde oder das zuständige königliche Amtsgericht eingesendet werden muß.

§ 10. Ein Abdruck dieser Polizei-Verordnung, der §§ 43—46 der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung, sowie der §§ 13, 14, 22 Absatz 2 und 5 und des § 23 des Betriebs-Reglements ist in den Wartesälen auszuhängen.

Mit Bezug auf § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 u. ff.) wird diese Polizei-Verordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntnissnahme gebracht.

Berlin, den 21. Januar 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl von Direktionsmitgliedern der Kurmärkischen Hülfskasse.

A. Von dem 62. Kommunal-Landtage der Kurmark ist am 25. d. M. 1) an Stelle des verstorbenen Haupt-Ritterschaf-Direktors von Tettendorff auf Reichentberg der Ritterschafbesitzer Baron von Knobelsdorff-Schoeneiche zum ersten Mitgliede der Direktion der Kurmärkischen Hülfskasse und 2) an Stelle des königlichen Major a. D. von Rosow auf Plessow, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Ritterschafbesitzer, Hauptmann a. D. von Thämen auf Stangenhagen zum Stellvertreter des ersten Direktions-Mitgliedes für den Rest der Wahlzeit bis zum 1. Juli 1893 gewählt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Potsdam, den 31. Januar 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

Viehseuchen.

32. Festgestellt ist:

die Influenza (Brustseuche) unter den Pferden

des Fuchsherrn Mechelle zu Freienwalde a. D., Kreis Ober-Barnim, und bei einem Pferde des Fouragehändlers Reinhold Schmidt zu Steglitz, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Lehnschulzengutbesizers Böttcher zu Ragel, des Bauerntschafbesizers Aug. Silberberg und des Wädnereis Gebert zu Malchow, Kreis Niederbarnim, und des Bauerntschafbesizers Christian Grosse zu Bergholz, Kreis Prenzlau.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande des Rittergutes Frauenhagen, Kreis Angermünde; des Bauerntschafbesizers August Schneider zu Malchow, Kreis Niederbarnim; unter dem Rindviehstande in Hedelberg, Kreis Oberbarnim; unter dem Rindvieh in Wustermark, Kreis Ostprignitz; in Grimme, Kreis Prenzlau; unter dem Rindvieh des Gutes Eilershagen, Kreis Ostprignitz; unter den Rindern des Ritterschafbesizers Friedrich Pasche I., des Gastwirts Mielsch und der Wittwe Henning zu Löwenbruch, unter den Rindern in Groß-Schulzendorf, des Dominiums Löwenbruch, des Gutsbesizers Max List zu Tetz und des Anbauers Karl Schulze zu Eggendorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 4. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verfahren bei Errichtung von Dampfkessel-Anlagen.

10. Durch den Erlaß der Herren Minister für Handel und Gewerbe sowie des Innern vom 3. Dezember 1889 ist bestimmt worden, daß dem Absatz 2 der Nr. 51 der Anweisung zur Ausführung der Gewerbe-Ordnung vom 19. Juli 1884 (Minist. Bl. d. i. Verwaltung S. 164), betreffend das Verfahren bei Errichtung von Dampfkessel-Anlagen folgende veränderte Fassung gegeben werde: „Die Beschlußfassung über das Genehmigungsgeßuch erfolgt nach den in Nr. 41 gegebenen Vorschriften mit der Maßgabe, daß bei dem Vorhandensein der im § 117 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 geforderten Voraussetzungen den Vorsitzenden der Kreis- (Stadt-) Ausschüsse der Erlaß eines Vorbescheides gestattet ist. In diesem Falle ist dem Unternehmer, sofern dem Antrage nicht oder nur unter Bedingungen entsprochen wird, zu eröffnen, daß er befugt sei, innerhalb zwei Wochen auf Beschlußfassung durch das Kollegium anzutragen. Kann dagegen die Genehmigung nach dem Antrage des Unternehmers ohne Bedingungen oder Einschränkungen erteilt werden, so bedarf es der Zustellung des Vorbescheides nicht, sondern der Vorsitzende des Kreis- (Stadt-) Ausschusses fertigt alsbald die Genehmigungsurkunde Namens des Kollegiums aus.“

Berlin, den 27. Januar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend.

6. Diejenigen Personen, welche für das bevorstehende Frühjahr **Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen** in Potsdam, Spandau, Cöpenick, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Dranienburg, Grünau, Wannsee und Ludwigsfelde wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, **spätestens bis Ende Februar**, an das Postamt in dem betreffenden Orte zu richten.

Bei den bezeichneten Postämtern können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 16. Januar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung von Posthülffstellen.

7. In nachbezeichneten Landorten sind **Posthülffstellen** eingerichtet worden: Dabendorf. Bestellbezirk Jossen, Dahlhausen Bestellbezirk Blumenthal (Prignitz), Damm Bestellbezirk Dreierse, Gidschütz Bestellbezirk Drense, Genshagen Bestellbezirk Ludwigsfelde, Gröben Bestellbezirk Ludwigsfelde, Groß-Schulzenhof Bestellbezirk Ludwigsfelde, Löwenbruch Bestellbezirk Ludwigsfelde, Münchshofe Bestellbezirk Wend. Buchholz, Rächst-Neuendorf Bestellbezirk Jossen, Nietdorf Bestellbezirk Dahme, Schlunkendorf Bestellbezirk Beelitz (Mark), Schulzenhöhe Bestellbezirk Ralsberge-Rüdersdorf.

Potsdam, den 25. Januar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Landbriefbestellbezirksänderung.

8. Das im Kreise Teltow belegene Gut **Madeland** ist von dem Landbriefbestellbezirk des Postamts in Grünau (Mark) abgetheilt und dem Bezirke der Postagentur in **Sanfelsablage** zugetheilt worden.

Potsdam, den 31. Januar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Oberbergamts zu Halle.

1. Nachstehende Verleihungsurkunde:

Im Namen des Königs.

Auf Grund der am 30. November 1888 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Ingenieur **Gustav Studenholz** zu Berlin, Rutherfordstraße 12, unter dem Namen **Muhlsdorf I.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: r s y z bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2189000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neun und achtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Muhlsdorf, Zerpenschleuse, Rlandorf, Groß-Schönebeck, Gutsbezirk Groß-Schönebeck, Forst, Domäne Liekenwalde und Königl. Liebenwalder Forst im Kreise Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

attestlich, ausfertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 1. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Veränderung.

4. Vom 15. Februar d. J. ab wird der Vorortzug 737 um 14 Minuten früher als bisher und zwar wie folgt verkehren:

Spandau ab 3 37 Nachm., Bestend ab 3 51, Charlottenburg ab 4 01, Zoologischer Garten ab 4 06, Friedrichstraße ab 4 16, Alexanderplatz ab 4 22, Schlesischer Bahnhof ab 4 29, Stralau-Rummelsburg ab 4 35, Riez-Rummelsburg ab 4 38, Sabowa ab 4 49, Cöpenick ab 4 54, Friedrichshagen ab 4 59, Rahnsdorf ab 5 05, Erkner an 5 18. Nachmittag.

Berlin, im Januar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist der Rechnungsführer **Grüner** zu Falkenberg auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den 22. Bezirk Falkenberg ernannt worden.

Der Civil-Anwarter **Hans Kressin** ist zum Regierungs-Civil-Supernumerarius ernannt worden.

Bei der Königl. Ministerial-Bau-Kommission zu Berlin sind im Laufe des vierten Kalenderquartals 1889 die Königl. Regierungsbauführer: **Alexander Silbermann, Karl Theodor Stobbe** und **Andreas Christian Thomas Jessen** vereidigt worden.

Der Konfistorial-Assessor **Karl Friedrich Otto Müller**, bisher Mitglied des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg, ist an das Königl. Konfistorium zu Kiel versetzt worden.

Der Gerichts-Assessor **Gosner** ist als Hülfсарbeiter von dem Königl. Konfistorium der Provinz Schlesten in Breslau an das Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg in Berlin versetzt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Sellnow, Diözese Arnswalde, **Friedrich Wilhelm Müller**, ist zum Pfarrer der Pfarodie Rügen, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Prediger **Carl Friedrich Bogel** ist zum Pfarrer der Pfarodie Zerpenschleuse, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der bisherige Diakonus an der St. Nicolai-Kirche zu Spandau **Max Julius Otto Wilhelm Kneisel** ist zum Archidiaconus an derselben Kirche und ersten Prediger an der Filialkirche zu Staaken, Diözese Spandau, bestellt worden.

Der bisherige Archidiaconus an der St. Nicolai-Kirche zu Spandau Otto Karl Ludwig Rede ist zum Oberpfarrer an derselben Kirche, Diözese Spandau, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Derwis, Diözese Neustadt-Brandenburg, ist durch das am 24. Dezember 1889 erfolgte Ableben des Pfarrers Dournot zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung derselben erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Der bisherige Predigtamts-Candidat Christian Albert Bernhard Foertsch ist zum Diaconus bei der evangelischen Gemeinde zu Prigwall und zum Pfarrer bei den evangelischen Gemeinden zu Sarnow und Bobbin, Diözese Prigwall, bestellt worden.

Dem Oberlehrer an der Charlottenschule zu Berlin Bölderring ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Der Gemeindefchullehrer Laube ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Stanislaus Gutowsky, Galanteriewarenhändler,	geboren im April 1836 zu Bohnia, Galizien, ortsangehörig ebenda selbst,	einfacher Diebstahl im Rückfall (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 24. September 1888),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	25. November 1889.
2	Johann Michelini, (alias Alfonso Barotti oder Zoratti), Ziegelarbeiter,	geboren am 14. November 1858 zu Pozzuolo (Sanmardechia), Provinz Udine, Italien, ortsangehörig ebenda selbst,	drei Diebstähle (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 29. Dezember 1887),	dasselbe,	26. November 1889.
3	Antoine van den Berghe, Goldweber,	geboren am 26. Juni 1862 zu Ixelles bei Brüssel, Belgien, ortsangehörig ebenda selbst,	schwerer Diebstahl (drei Jahre 4 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 21. Januar 1887 und 27. Juli 1887),	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	17. Dezember 1889.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Fagner, Tischler,	geboren am 14. März 1828 zu Kleisk, Bezirk Aussig, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	10. Januar 1890.
2	Albin Heinisch, Handschuhmacher,	geboren am 10. August 1851 zu Brünn, Mähren, ortsangehörig ebenda selbst,	Diebstahl und Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Coblenz,	30. September 1889.
3	Samuel Schifely, Böttcher,	geboren am 8. August 1863 zu Balabanya, Ungarn, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	11. Januar 1890.
4	Emanuel Carolin, Schuhmacher,	geboren im Jahre 1869 zu Wilimow, Bezirk Zaslau, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen, Betteln und Hehlerei,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	14. Dezember 1889.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Die Vorstehenden und Vertrauensmänner der Fuhrwerksberufsgenossenschaft betreffend.
28. Nachstehend werden die Namen der Vorstehenden und der Vertrauensmänner der Fuhrwerksberufsgenossenschaft, soweit dieselben für den diesseitigen Bezirk in Betracht kommen, veröffentlicht:

Genossenschafts-Vorstand:

Vorsitzender: H. Scharfenberg, Fuhrherr, Berlin NO., Georgenkirchstraße Nr. 46,

Vorstand der Section 3:

Vorsitzender: Abfuhrunternehmer E. Wünn in Potsdam.

Vertrauensmänner:

Bezirk.	Vertrauensmann.	Stellvertreter.
1. Kreis Prenzlau.	1. Posth. Schönan in Prenzlau, Friedrichstraße. 2. Fuhrherr Heinrich Schulz in Stralsburg (Udermark).	1. Fuhrh. E. Olm in Prenzlau, Riez 24. 2. Fuhrherr Ernst Merten in Bränsow.
2. Kreis Templin.	Posth. August Krause in Voigtburg.	1. Fuhrherr Gustav Eschmann in Templin. 2. Fuhrherr Karl Trambow in Jehenid.
3. Kreis Angermünde.	1. Posth. Fr. Haehn in Joachimsthal. 2. Posthalter E. F. Heine in Schwedt a. D.	1. Fuhrherr Seeger in Oderberg i. M. 2. Posthalter Wilhelm Scheiblich in Bierraden. 3. Fuhrherr J. Graff in Greiffenberg Ufm.
4. Kreis Oberbarnim.	1. Fuhrherr F. Paue in Freienwalde. 2. Posthalter Volle in Eberswalde. 3. Fuhrherr Friedr. Lange in Straußberg.	1. Fuhrherr Wilh. Ruschke in Freienwalde a. D. 2. Posthalter Wilh. Eggert in Briesen a. D. 3. Fuhrherr Anton Ditte in Werneuchen.
5. Kreis Niederbarnim.	1. Fuhrherr Wilh. Schulze in Pankow. 2. Fuhrherr Fiedler in Reinickendorf. 3. Fuhrherr Korn in Bernau. 4. Fuhrherr Oskar Rosenbaum in Lichtenberg.	1. — 2. Fuhrherr Wilh. Geduld in Reinickendorf. 3. Hotelbesitzer Eiters in Dranienburg. 4. Fuhrherr Aug. Hinge in Friedrichshagen.
6. Kreis Teltow excl. Nowawes und Nixdorf.	1. Fuhrherr Gustav Glaesig in Schoeneberg. 2. Fuhrherr Karl Eichelkraut in Jehenid. 3. Fuhrherr Degener in Königs-Wasserhausen.	1. Fuhrherr S. Rodel in Friedenau. 2. Fuhrherr Rudolph Ahlburg in Steglitz. 3. Fuhrunternehmer Johannes Seiffert in Trebbin.
7. Kreis Beeskow-Storkow.	Fuhrherr Franz Tribbensee in Storkow.	Fuhrherr E. Roggatz in Beeskow.
8. Kreis Jüterbog-Luckenwalde.	Fuhrherr Johannes Burius in Luckenwalde.	1. Posthalter Imme in Jüterbog. 2. Fuhrherr Ed. Haufe in Dahme.
9. Kreis Zauch-Belzig.	1. Hotelbesitzer Seebald in Belzig. 2. Fuhrherr Schmiedechen in Werder a. S.	1. Hotelbesitzer A. Reichert in Treuenbriesen. 2. Fuhrherr Jung in Lehnin.
10. Kreis Potsdam mit Nowawes und Neurudorf.	1. Fuhrherr Ernst Wünn in Potsdam, Spandauerstraße 2/3. 2. Fuhrherr Fritz Merten in Potsdam, Am Kanal 14.	1. Fuhrherr Hagen in Nowawes. 2. Fuhrherr Karl Schubog in Potsdam, Burgstraße 41.
11. Kreis Osthavelland.	Fuhrherr Karl Volk in Nauen.	1. Fuhrherr Franz Hoffert in Gremmen. 2. Fuhrherr Christian Frieze in Jechellin.

38.

Nachweisung der Märkte zc.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrigc Markt				
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Speisebohnen	Linsen	Kartoffeln	Nichtstroh	Streuungsstroh	Hen	Rindfleisch	von der Seele	Handfleisch	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1	Angermünde	18 93	17 17	17 17	15 97	27 60	28 86	35 —	3 75	6 75	4 56	6 15	1 40	1 10		
2	Beeskow	17 50	17 46	15 10	16 41	27 50	27 50	37 50	2 90	7 —	—	6 80	1 20	1 —		
3	Bernau	19 —	17 70	17 60	17 28	26 —	30 —	44 —	5 —	7 56	—	7 15	1 25	1 10		
4	Brandenburg	19 20	18 —	15 62	17 64	32 50	35 —	45 —	3 27	6 40	—	6 05	1 40	1 20		
5	Dahme	18 82	17 26	16 43	17 —	25 —	32 —	45 —	2 50	6 50	4 —	7 50	1 —	1 —		
6	Eberswalde	18 88	17 20	18 44	16 65	24 —	24 —	32 —	3 20	8 —	—	6 —	1 40	1 10		
7	Havelberg	19 60	17 75	15 06	17 84	25 37	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 10		
8	Jüterbog	18 90	18 20	17 —	17 50	28 —	30 —	50 —	3 —	7 —	—	7 —	1 20	1 10		
9	Kudenwalde	19 11	17 64	15 85	16 79	36 —	36 —	40 —	3 08	6 16	—	6 75	1 20	1 20		
10	Perleberg	19 50	17 64	16 75	16 89	27 —	35 —	50 —	3 50	6 16	—	6 16	1 40	1 20		
11	Potsdam	18 95	17 59	16 67	17 62	28 —	33 —	42 —	3 78	7 36	—	6 28	1 35	1 10		
12	Prenzlau	19 40	17 25	18 55	16 33	22 —	30 —	30 —	3 50	5 50	4 —	5 —	1 26	96		
13	Prigitz	18 85	17 —	16 12	15 85	19 —	28 75	39 —	2 50	6 25	5 25	5 50	1 30	1 —		
14	Rathenow	19 50	17 50	16 50	16 50	30 —	35 —	44 —	3 —	6 17	—	5 50	1 40	1 20		
15	Neu-Ruppin	19 —	17 —	16 27	16 43	30 —	32 —	50 —	2 86	7 80	—	6 —	1 40	1 15		
16	Schwedt	18 50	17 80	17 —	17 20	26 67	31 25	31 25	3 —	6 50	—	6 20	1 20	1 —		
17	Spandau	19 —	17 25	15 25	17 25	28 —	39 —	48 —	4 —	7 25	—	6 50	1 45	1 20		
18	Strausberg	19 81	17 77	19 75	17 69	19 —	30 50	35 —	3 —	8 16	—	7 96	1 20	1 10		
19	Teltow	19 05	17 68	17 66	17 21	40 —	40 —	55 —	4 25	7 75	6 —	7 75	1 50	1 10		
20	Templin	18 50	17 —	17 —	17 —	50 50	50 —	60 —	3 —	8 —	—	7 —	1 20	1 —		
21	Treuenbriezen	19 15	17 58	15 70	16 50	24 75	25 25	30 —	3 —	6 —	—	5 50	1 20	1 —		
22	Wittstock	18 80	17 33	16 10	16 44	19 25	36 —	44 —	2 40	6 —	4 —	4 75	1 03	89		
23	Briezen a. D.	17 91	17 39	18 80	16 —	22 —	27 60	30 80	3 —	7 25	5 71	5 50	1 30	1 —		

Durchschnitt 18 95 | 17 48 | 16 80 | 16 87 | — | — | — | — | — | 3 26 | 6 87 | — | 6 37 | — | — | —

Potsdam, den 11. Februar 1890.

Verloosung von Equipagen, Pferden zc. in Stettin.

39. Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee des für den 19. bis 22. April d. J. geplanten Pferdemarktes zu Stettin die Genehmigung erteilt, bei Gelegenheit des letzteren eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Pferden, Pferdegeschirren zc. zu veranstalten und die in Aussicht genommenen 200 000 Loose zu je 1 Mark im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 4. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**
Eröffnung einer Apotheke.

11. Die auf Grund der von dem Herrn Ober-Präsidenten unter dem 30. Juli 1889 erteilten Konzeption von dem Apotheker Paul Springer in dem Hause Manteuffelstraße 99 eingerichtete Apotheke ist heute nach vorschriftsmäßiger Revision eröffnet worden.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Monat Januar 1890.

12. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Mgr.	Weizen (gut)	19 Mark 49 Pf.
" " "	do. (mittel)	18 " 98 "
" " "	do. (gering)	18 " 48 "
" " "	Roggen (gut)	17 " 83 "
" " "	do. (mittel)	17 " 68 "
" " "	do. (gering)	17 " 53 "
" " "	Gerste (gut)	19 " 46 "
" " "	do. (mittel)	17 " 64 "
" " "	do. (gering)	15 " 77 "
" " "	Hafer (gut)	17 " 65 "
" " "	do. (mittel)	17 " 22 "
" " "	do. (gering)	16 " 80 "
" " "	Erbsen (gut)	19 " 51 "
" " "	do. (mittel)	18 " 68 "
" " "	do. (gering)	17 " 85 "
" " "	Nichtstroh	7 " 63 "
" " "	Hen	6 " 98 "

Preise im Monat Januar 1890.

A r t i k e l						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
k o s t e t j e 1 K i l o g r a m m						E s k o s t e t j e 1 K i l o g r a m m.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Eier. Schaf.	Mehl		Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefalz	Schweine- schmalz, biefig.		
						Weizen Nr. 1.	Regen Nr. 1.	Graue	Grüne					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 32	— 90	1 05	1 90	2 30	4 40	— 35	— 30	— 55	— 45	— 45	— 60	— 60	— 60	3 40	3 60	— 20	2 —		
1 30	— 75	— 95	1 80	1 83	3 58	— 40	— 26	— 50	— 60	— 50	— 80	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60		
1 45	1 30	1 15	1 70	2 33	4 68	— 35	— 20	— 45	— 45	— 55	— 45	— 55	— 40	2 70	3 30	— 20	1 70		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	4 —	— 40	— 30	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 60	3 80	— 20	1 60		
1 40	— 80	1 —	1 80	2 —	2 40	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	— —	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	4 80	— 32	— 30	— 60	— 50	— 50	— —	— 50	— 60	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 45	1 30	1 05	1 93	1 87	3 65	— 38	— 26	— 50	— 55	— 60	— 60	— 50	— 60	2 80	4 —	— 20	1 80		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	4 —	— 33	— 29	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 60		
1 40	— 95	1 20	1 60	2 30	4 —	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	3 20	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 58	3 50	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 80	3 80	— 20	2 —		
1 42	1 13	1 22	1 74	2 18	4 81	— 41	— 35	— 50	— 50	— 50	— 50	— 50	— 70	3 —	3 80	— 20	1 80		
1 40	— 90	1 10	1 90	2 23	3 98	— 32	— 30	— 60	— 40	— 55	— 60	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 31	— 93	1 05	2 —	1 60	3 12	— 25	— 24	— 40	— 40	— 40	— 50	— 40	— 50	3 20	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 75	— 32	— 29	— 40	— 44	— 45	— 44	— 40	— 60	3 25	3 50	— 20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	4 03	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	1 80	4 —	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 20	3 40	— 20	2 —		
1 60	1 30	1 25	1 80	2 40	5 40	— 40	— 30	— 50	— 50	— 55	— 50	— 50	— 65	3 40	3 80	— 20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 60	2 40	4 65	— 35	— 25	— 55	— 50	— 45	— 50	— 50	— 60	3 —	3 80	— 20	1 40		
1 50	1 30	1 25	1 60	2 22	4 20	— 45	— 30	— 55	— 50	— 45	— 60	— 50	— 60	2 40	3 60	— 20	1 20		
1 40	— 80	1 —	1 80	2 40	3 50	— 30	— 25	— 60	— 50	— 60	— 60	— 40	— 50	3 40	3 80	— 20	1 80		
1 40	— 96	1 20	1 60	2 20	4 —	— 32	— 26	— 50	— —	— 40	— 50	— 30	— 50	3 30	3 60	— 20	1 80		
1 29	— 70	— 99	1 80	1 78	3 37	— 28	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 30	1 10	1 15	1 80	2 20	3 67	— 25	— 27	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 50	3 25	3 50	— 20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 kg

Hafer Stroh Heu
im Monat Januar 9,47 Mk., 4,18 Mk., 4,17 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen) 26 Mark — Pf.
 „ „ „ Speisebohnen (weiße) 30 „ — „
 „ „ „ Linsen 44 „ 33 „
 „ „ „ Kartoffeln 5 „ — „
 „ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule 1 „ 25 „
 „ 1 „ „ (Bauchfleisch) 1 „ 10 „
 „ 1 „ Schweinefleisch 1 „ 43 „
 „ 1 „ Kalbfleisch 1 „ 30 „
 „ 1 „ Hammelfleisch 1 „ 15 „
 „ 1 „ Speck (geräuchert) 1 „ 65 „
 „ 1 „ Eßbutter 2 „ 39 „
 „ 60 Stück Eier 4 „ 73 „

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen) 32 Mark 50 Pf.
 „ „ „ Speisebohnen (weiße) 35 „ — „
 „ „ „ Linsen 45 „ — „
 „ „ „ Kartoffeln 4 „ 25 „
 „ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule 1 „ 48 „
 „ 1 „ „ (Bauchfleisch) 1 „ — „
 „ 1 „ Schweinefleisch 1 „ 50 „
 „ 1 „ Kalbfleisch 1 „ 35 „
 „ 1 „ Hammelfleisch 1 „ 10 „
 „ 1 „ Speck (geräuchert) 1 „ 60 „
 „ 1 „ Eßbutter 2 „ 40 „
 „ 60 Stück Eier 4 „ 50 „

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats Januar 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 36 Pf.,
 „ 1 „ Roggenmehl N° 1 34 „
 „ 1 „ Gerstengraupe 43 „
 „ 1 „ Gerstengröße 40 „
 „ 1 „ Buchweizengröße 45 „

für 1 Kgr. Hirse	40 Pf.	
" 1 " Reis (Java)	70 "	
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 75 "	
" 1 " (gelb in		
gebr. Bohnen)	3 " 78 "	
" 1 " Speisefalz	20 "	
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1 " 40 "	
2) In Charlottenburg:		
für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1	50 Pf.	
" 1 " Roggenmehl N ^o 1	40 "	
" 1 " Gerstengraupe	60 "	
" 1 " Gerstengröße	50 "	
" 1 " Buchweizengröße	50 "	
" 1 " Hirse	40 "	
" 1 " Reis (Java)	70 "	
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 " 80 "	
" 1 " (gelb in		
gebr. Bohnen)	3 " 80 "	
" 1 " Speisefalz	20 "	
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1 " 30 "	

Berlin, den 8. Februar 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

A. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende im Jahre 1889 an den angegebenen Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe:

A. ausgeliefert in Berlin

mit dem Bestimmungsorte Berlin.

an Jäsche 17. Juli, Kusan 3. August, Hörning & Krause 5. August, Bräuner 2. September, Levy 8. September, Müller 9. September, Kiekmann & Co. 12. September, Besser 14. September, Herrmann 15. September, Altmann 18. September, Gerlach 19. September, Fr. Martha Schulz 21. September, Meyer 22. September, Klaus 26. September, Böhle 28. September, Jacobi 28. September, Fr. Vertha Rag 30. September, Laue 1. Oktober, Demuth 1. Oktober, Roß 7. Oktober, Dr. Grube 8. Oktober, Förster 9. Oktober, Rotke 14. Oktober, E. Pechold 15. Oktober, Oberfellner 16. Oktober, Eugen Gogers 21. Oktober, Jeka de la Grange 24. Oktober, H. Wiegmann 25. Oktober, Dietrich 4. November, Frau Anna Wegener 10. November, Carl Jaddag 11. November, Wilh. Harz 14. November, Joh. Hainshuf 25. November, Alfred Meyer 27. November.

B. ausgeliefert in Berlin

mit anderen Bestimmungsorten:

an Carlos Bobke in Spora (Mexiko) 14. Januar, D. Perceolina Procopia de Jesus in Rio de Janeiro 25. Mai, Eduard Coqui in Warschau 4. Juni, Berghoff in New-York 15. August, Israel Reinhold in Ostrowo (Psn.) 16. August, Hilscher in Padernborn 23. August, Kessler in Stockholm 27. August, Schram in Konstantz 28. August, Krupke in Gollnow 29. August, Habel in Hamburg 30. August, Gadein in Breslau 11. September, Julius Kart in Jeddedia 13. Sep-

tember, Voigt in Gut Rohrbach b. Sellnow (Marl) 18. September, Schollwind in Wien 20. September, Julius Bodehdorfer in Paris 21. September, Kiefewetter in Hamburg 24. September, Moritz Frank in Jauer (Schles.) 28. September, Alfons Meyer in Mülhausen (Els.) 29. September, Paul Winterfeldt in Lübau (Schles.) 30. September, Jos. Kapell in München 1. Oktober, Leop. Boehnke in Hannover 8. Oktober, Gutherlet in Frankfurt (Main) 9. Oktober, Marie Roß in Siegedin 9. Oktober, Marie Schulz in Kirdorf 12. Oktober, F. Lehmann in Schönklich R.-M. 15. Oktober, Otto Groß in Stettin 17. Oktober, von Müller in Wiesbaden 19. Oktober, Johanna Lewin in Alt-Danzin b. Ost (Pomm.) 22. Oktober, Aug. Adler in Blumberg 23. Oktober, Carl Risch in Lpd 14. November, Frank Heinrich Hartwig in Stettin 16. November, Hugo Lorenz in Budapest 18. November, A. Behrmann in Potsdam 21. November, Leonie Boguslawska in Warschau 24. November.

C. ausgeliefert in Friedrichsberg:

an Frau Bade in Berlin 12. November.

Die u. bekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls mit den Sendungen nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden wird.

Berlin C., den 6. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend.

10. Diefemigen Personen, welche sie das bevorstehende Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Spandau, Cöpenick, Steglitz, Groß-Kichterfelde, Dranienburg, Oranienburg, Wannsee und Ludwigshöhe wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens bis Ende Februar, an das Postamt in dem betreffenden Orte zu richten.

Bei den bezeichneten Postämtern können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 16. Januar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Einrichtung einer Postagentur in Quigöbel

11. In dem im Kreise Westprignitz belegenen Orte Quigöbel wird am 15. d. M. eine Postagentur eingerichtet, welche mit dem Kaiserlichen Postamt in Wilsnack durch Landbriefträgerfahrwerk in Verbindung gesetzt werden soll.

Dem Landbriefbestellbezirke der neuen Postagentur werden die bisher zum Bestellbezirke von Wilsnack gehörenden Wohnstätten Kennewitz, Krügerswerder, Rodban, Quigöbel Ausbau, Mühle und Ziegelei zugetheilt. Die

bisherige Posthülfsstelle in Quigöbel tritt vom bezeichneten Zeitpunkt ab außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 7. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1878 und 1885.

3. Die Zinscheine Reihe IV. N^o 1 bis 8 zu den Schuldverschreibungen der Deutschen 4 prozentigen Reichsanleihe von 1878 und Reihe II. N^o 1 bis 8 zu den Schuldverschreibungen der Deutschen 3 1/2 prozentigen Reichsanleihe von 1885 über die Zinsen für die vier Jahre vom 1. April 1890 bis 31. März 1894 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden von der Königlich Preussischen Kontrolle der Staatspapiere hiersebst, Dranienstraße Nr. 92/94 unten links, vom 3. März d. J. ab Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen, sowie durch diejenigen Kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz sich eine solche Bankanstalt nicht befindet, bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinschein-Anweisungen für jede Anleihe mit einem besonderen Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Zinscheinanweisungen eine numerirte Marke als Empfangsbefcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Befcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbefcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen.

Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der

genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die nächsten Zinscheinreihen zu den Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsanleihen von 1878 und 1885 die Zinscheine für die zehn Jahre vom 1. April 1894 bis 31. März 1904 umfassen werden und daß die mit den Zinscheinreihen IV. bezw. II. ausgegebenen Anweisungen eine dementsprechende Fassung erhalten haben. Berlin, den 1. Februar 1890.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot eines Staatschuldscheins.

4. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von dem Gemeindevorsteher Ernst Schulze zu Gersleben, Kreis Neuhaltensleben, der Staatschuldschein Lit. G. N^o 22240 über 50 Thlr angeblich aus Unvorsichtigkeit verbrannt ist. Es wird Derjenige, welcher sich etwa im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Gemeindevorsteher Schulze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 1. Februar 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schuldverschreibungen.

5. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Rentier Friedrich Klier zu Falkenthal bei Roemond in der Mark die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1880 Lit. E. N^o 260 609, 451 017 und 451 018 über je 300 M. angeblich im Jahre 1888 gestohlen worden sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rentier Klier anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schuldverschreibungen.

6. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlaß der zu Friesack verstorbenen unvorbehaltlichen Wilhelmine Krieg die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe a. von 1876/79 Lit. F. N^o 1715, b. von 1882 Lit. F. N^o 194 065, 203 142, 235 736, c. von 1883 Lit. F.

N^o 276487, d. von 1885 Lit. F. N^o 354361 und 354764 über je 200 M. angetlich vermist werden. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Sattler Adolf Krieg zu Berlin, Lübbenerstraße 16, II., vom 1. April d. J. ab Lübbenerstraße 20, Hof, 1 Treppe wohnhaft, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. Februar 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Anderweite Berechnung des Personen-Fahrgeldes und der Gepäcksfracht im Fern-Verkehre nach und von Berlin u.

5. Im diesseitigen Lokalverkehre (Tarif vom 1. Januar 1886, Theil II), sowie im direkten Personen- und Gepäcks-Verkehre mit Stationen 1) der Königl. Preussischen Staats-Eisenbahnen (Tarif vom 1. April 1889, Theil II), 2) der Ostpreussischen Südbahn (Tarif vom 1. April 1877), 3) der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn (Tarif vom 16. Oktober 1881), 4) der Stargard-Güßtriner und Glasow-Berlin'scher Eisenbahn (Tarif vom 1. Februar 1887), sowie 5) der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn (Tarif vom 1. August 1879) erfolgt vom 1. April 1890 die Berechnung des Personen-Fahrgeldes und der Gepäcksfracht im Fern-Verkehre nach und von Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz und Schleißer Bahnhof für die Preussischen Staatsbahnstrecken — unter Wegfall der bisherigen festen Zuschläge — auf Grund der Entfernung der Station Berlin Friedrichstraße bezw., soweit es sich um die Durchfahrt durch Berlin über die Stadtbahn handelt, unter Einrechnung der Stadtbahnlänge. Im Fern-Verkehre zwischen Berlin Schleißer Bahnhof einerseits und den östlich hiervon gelegenen diesseitigen Stationen bis einschließlich Landsberg a. W. andererseits bleiben jedoch die bisherigen Beförderungspreise bis auf Weiteres in Kraft. Durch die neue Berechnungsweise treten neben einzelnen geringen Erhöhungen zahlreiche Ermäßigungen der Beförderungspreise ein. Bis zur Herausgabe der betreffenden Tarif-Nachträge ertheilt die unterzeichnete Behörde nähere Auskunft.

Bromberg, den 6. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

1. Mit Genehmigung des Provinzial-Ausschusses hat der Direktorialrath der Städte-Feuer-Societät nach

§ 37 Abs. 2 des Reglements Anstalten zur Herstellung von Leuchigas zur Versicherung zugelassen, so daß im Absatz 1 daselbst unter Ziffer 12 das Wort „Leuchigas“ fortfällt.

Berlin, den 31. Januar 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
von Levegow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Erliebte Kreisthierarztsstelle.

Die mit einem jährlichen Gehalt von 600 Mark und einer Stellenzulage von jährlich 300 Mark verbundene Kreisthierarztsstelle des Kreises Roggino mit dem Amtswohnsitz in der gleichnamigen Kreisstadt ist erledigt und soll sogleich wieder besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufs binnen vier Wochen bei uns melden.

Bromberg, den 31. Januar 1890.

Königliche Regierung, Abteilung des Innern

Personal-Chronik.

Der Magistrats-Sekr. d. r. Valentin zu Wittstock ist zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt.

Der bisherige Hilfsprediger Karl Wilhelm Paul Textor ist zum Diaconus der Pfarthe Driesenthal, Diöcese Bernau, bestellt worden.

Der Lehrer Wölle ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen
im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection
in Berlin.

Im Laufe des Monats Januar 1890 sind ernannt zu vier-Telegraphensecretären die Telegraphensecretäre Kretschmar und Hadelthal, versetzt von Berlin der Postinspector Lamm nach Wiesbaden, der Postbauinspector Schäffer nach Hannover, der Telegraphenamtsassistent Hansen nach Coblenz, der Ober-Postsecretair Rager nach Dresden, der Postsecretair Klose nach Barmen (Obstf.), nach Berlin der Postdirector Weberstedt von Darmstadt, der Postinspector Treichel von Liegnitz, der Ober-Postdirectionssecretair Bollmer von Minden (Westf.), der Postsecretair Falk von Neustettin,

in den Ruhestand versetzt der Postdirector Rieg, der Postsecretair Heims, der Telegraphensecretair Hock, der Ober-Postassistent Scholz, die Ober-Telegraphenassistenten Rißner und Wierze, gestorben der Postsecretair Dorned.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Wochenblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 8.

Den 21. Februar

1890.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 14. Januar d. J. will Ich hiermit genehmigen, daß zum Zwecke der Durchführung der Ausloosung der Anleihscheine des Kreises Ost-Prignitz im Regierungsbezirk Potsdam, zu deren Ausgabe dem genannten Kreise das erforderliche Privilegium unterm 14. Oktober v. J. erteilt worden ist, im 2. Abzuge des demselben beigefügten Modells zu diesen Anleihscheinen anstatt des Wortes Dezember das Wort September gesetzt werde. Dieser Erlass ist nach Vorchrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Ges.-S. 357) zu veröffentlichen.

Berlin, den 22. Januar 1890.

gez. Wilhelm R.

gez. von Scholz. Herrfurth.

An die Minister der Finanzen und des Innern.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

die Notirung von Terminpreisen betreffend.

4. In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 5. Oktober 1885 bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß an der Börse zu Mannheim für Weizen, Roggen und Hafer Terminpreise notirt werden.

Berlin, den 28. Januar 1890.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: gez. Magdeburg.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: gez. Schomer.

M. f. H. Nr. C. 388.

J. M. III. 18864/89.

Abnahme von Dampffesseln.

5. Behufs Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens bei der Ausstellung und Behändigung der Bescheinigungen über die Abnahme von Dampffesseln (vergl. Nr. 6 Abs. 2 folg. der Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 4. September 1869

19. Juli 1884

— Min.-Bl. von 1869, S. 202 ff. und von 1884 S. 164 ff. —) bestimmen wir Folgendes:

Die mit der Untersuchung von Dampffessel-Anlagen betrauten königlichen Baubeamten haben dem Inhaber einer solchen Anlage die Abnahme-Bescheinigung auszustellen und zu behändigen. Sie haben zu derselben den gesetzmäßigen Stempel von 1,50 M. zu verwenden,

dessen Erstattung bei der Vorlage der Gebühren-Liquidation bei der vorgesetzten Dienstbehörde zu beantragen ist. Abschrift der Bescheinigung ist derjenigen Polizeibehörde mitzutheilen, welche die Untersuchung veranlaßt hat.

Die entgegenstehende Bestimmung der Dienst-anweisung für die königlichen Bauinspektoren der Hochbauverwaltung (S. 69 erste Zeile) kommt in Wegfall.

In übereinstimmender Weise haben auch die sonstigen Kesselrevisionsbeamten, sowie die Vereins-Ingenieure in allen Fällen, in welchen Stempelpflichtige Abnahmezeugnisse gemäß § 24 der Gewerbeordnung auszustellen sind, fortan zu verfahren.

Berlin, den 22. Januar 1890.

Der Minister
für Handel und Gewerbe.

In Vertretung:

gez. Magdeburg.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage:

gez. Schulz.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: gez. Schomer.

An die Herren Oberpräsidenten zu Danzig, Breslau, Magdeburg und Coblenz als Chefs der Strombau-verwaltungen, die sämtlichen Herren Regierungs-Präsidenten bezw. königlichen Regierungen und den Herrn Polizei-Präsidenten hieselbst.

III. 464. M. d. d. A.

B. 5705. H.-M.

III. 477. F.-M.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Einberufung

des 16. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg.

5. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 8. d. M. die Einberufung des 16. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg zum 2. März d. J. zu bestimmen geruht. Die Mitglieder desselben sind in Folge dessen eingeladen worden, sich an dem gedachten Tage Mittags 12 Uhr im Landeshause zu Berlin zur Eröffnungs-Sitzung zu versammeln. Den Herren Abgeordneten wird, wie früher, Gelegenheit geboten sein, gemeinsam an dem Sonntags-Gottesdienste im Dom Theil zu nehmen.

Potsdam, den 14. Februar 1890.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Klenow.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Die Tischler-Innung zu Wittstock betreffend.

40. Auf Grund des § 100 e. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hierdurch für den Bezirk der Tischler-Innung zu Wittstock:

- 1) daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120 a. a. O. bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört,
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlings-Verhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört,
- 3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. Oktober 1890 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Der Bezirk dieser Innung umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Wittstock.

Potsdam, den 11. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890.

41. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

Februar: 23., 26., 27.
März: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

April: 2., 4., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.

Mai: 4., 5., 7., 11., 14., 15., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

Juni: 1., 4., 5., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

Juli: 2., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.

August: 3., 4., 6., 10., 11., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

September: 1., 3., 7., 8., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 6., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 16. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

zurücknahme des Verbotes eines Flugblattes.

42. Das auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oktober 1878 erlassene Verbot des am 6. Januar d. J. in mehreren Druckschriften des Kreises Teltow verbreiteten Flugblattes mit der Ueberschrift: „An die Wähler des Reichstagswahlkreises Teltow—Beeckow—Storkow—Charlottenburg“ und mit dem Schlusse: „Stimmt für den Candidaten der Social-Demokratie den Buchdrucker Wilhelm Werner in Berlin“ wird hierdurch zurückgenommen.

Potsdam, den 13. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefseuchen.

43. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauerngutbesizers Wilhelm Wegener zu Schmachtenhagen, Kreis Niederbarnim, und des Dominiums Lüdersdorf, Kreis Oberbarnim.

Wegen Influenza (Brustseuche) getödtet ist ein Pferd des Aderbürgers Henkel in Oberberg, Kreis Angermünde; das an derselben Seuche erkrankte Pferd des Halbbauern E. Behrendt ist gefallen.

Potsdam, den 18. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Entziehung eines Hebammen-Prüfungszugnisses.

13. Der Frau Therese Anna Witz, geschiedenen Hanke, geborenen Schacht, zuletzt Kronenstraße Nr. 26 hier selbst wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntniß des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 10. Dezember 1889 das Hebammen-Prüfungszugniß entzogen worden. Die x. Witz ist deshalb als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 13. Februar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Postsendungen.

12. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Packete in Berlin zur Post gegeben:

an Wolf in Berlin, Wienerstraße 20, 4 kg, 18. Juni 1889, an Radtsch in Berlin, Köpenickerstraße 21, 3 kg, 18. Juni 1889, an Scheier in Berlin, Köpenickerstraße 165, 4 kg, 18. Juni 1889, an Bahnhofrestaurant in Lauterberg, 4 1/2 kg, 20. Juni 1889, an v. d. Heydt in Lübeck, 1/2 kg, 16. Juli 1889, an Jahn in Stuttgart, 1/2 kg, 28. August 1889, an Holz in Jena, 1/2 kg, 2. September 1889, an Clavon in Magdeburg, 4 1/2 kg, 7. September 1889, an Goldbeck in Hohenplatz bei Goslar, 5 kg, 20. September 1889, an Leuscher in Kiel, 4 1/2 kg, 22. September 1889, an Jansen in Berlin, Greifenauststraße 124, 1/2 kg, 29. Oktober 1889, an Janetz in Magdeburg, 5 kg, 30. Oktober 1889.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen bz. Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Schlüsselschilder, mehrere Portemonnaies, mehrere Ringe, ein Hut, mehrere Bücher: „Les mémoires de Sarah Barnum“, „La seconde mère“, „Königl. Wahrheiten“, „Botanik für Mediziner“, „Collection of British Authers“, „Postbuch von Berlin 1889“, „Pöb Grammatik“, „Xenophons Anabasis“, „Die alte Garde“, „Die Hausfrau“, „Rathgeber für Beamte“, „Schweizerisches Ortsverzeichnis“, „Geschichtliche Skizzen“, „Anfiedelung in Paraguay“, Papierbuchstaben, Preisschilder, mehrere Uhrketten, 1 Signalpfeife, Metallkugeln, 2 Radirscheiben, mehrere Kalender, Eigarren, Perlen, Herrenkragen, 1 Schärze, 6 Rosetten, Schlüsselringe, 1 Paar Damensiefelschäfte, Schnur, Dosie, Knöpfe mit der Aufschrift „Amtsdienster“, 1 Meerschamspitze, Rosen, Metallhafen, 1 Sammetkragen, kleine Metallplatten, 2 Broches „Souvenir de Paris 1889“, schwarze Spitze, 2 Kinnketten, Wollgarn, Manschettenknöpfe, Metallhaken und Schwefel, mehrere Bohrgeschlösser mit Schlüssel, Denkmünzen, Taschenkfeuerzeug, Wollspitze, Damenmantelschlösser, 1 Messer mit Futteral, Etuischlösser, 1 Kavalierssäbel, 1 Photographie, 1 Schachtel Bartwachs, 3 Körbe, 1 Stemmisen, 1 Schere, 1 Ebnier, 25 Stück Fäße, 1 Uhrschlüssel, einige Stoffnadeln, 1 Weste, 1 Kamm, 1 Damen-Umhang, 1 Stiderei-Schablone, 1 Leinwandstücken, 3 Uhrgewichte, 4 Paar Strümpfe, 1 wollenes Umschlagetuch, 2 Bände graues Schnur, 1 Karabinerhafen, 3 aschgraue Damenflügelhüte, 1 Rolle Seidenband, Knöpfe, 1 Rolle Drab, 5 Gläser, 5 Kaiserbilder, 1 leberne Uhrschnur, 1 Päckchen Tinte, 1 Schlangengarn, 4 Stück trockener Leim, Schrauben, 2 Rollen Nähgarn, 1 Unterkleid, Papiermuster, 1 Suspensorium, 1 Haarbürste, 1 Schupanzieher, 1 Bleistifthalter, 1 Schlips, 21 Pfeifenschläuche, 1 Taschmesser, 2 Enden Strohmatten, 1 wollene Kindermütze, schwarze Farbe, 1 hölzerne Eigarrenspitze, Schnallen zu Pferdegeschirr, Gummimanschetten, eine Waageprobe Zucker, 1 Dgd. Stück Leinenband, 1 Compas von Nickel, 3 kleine Stahlhaken, Schrauben, Schraubenmutter, 4 Eisenstäbchen, 1 Dgd. Nähgeschirmer, 1 Rolle rohe Seide, 1 Stück Wachs, 1 Blechbüchsenöffner, 1 gehäkelte Kante, eine Schachtel Pappomade, 1 Päckchen Nägel, 3 Stückchen Schokolade, 4 Päckchen Schnallen, 3 Armbänder, Glasperlen, 7 künstliche Zähne, Portemonnaiebügel von Metall, Lederproben zu Treibriemen, 1 Notizbuch, 2 Rollen wollenen Garn, 1 Maschinenteil, 1 neues Testament, 7 Zinnkreuze, Strumpfgarn, 4 Paar Stiefel, 1 Rolle Band, Gries, 1 Gelbtäschchen, 1 Dgd. Sargbandgriffe und Aufhängelassen dazu, 1 Rolle Papier, 5 Plakate: „Willkommen“ und „Euren Eingang segne Gott“, 1 alte Münze, 2 Theile einer Tabakspfeife, 1 Puppe, 1 Taschentuch, 6 eiserne Thürgriffe, 1 Mütze, 1 Weste, 1 Beinkleid, 1 Jaquet, 1 Vorlegekange mit Schloß, 6 Drahtgallen, 1 silberner Kessel, 1 theilbares

Kunstschloß, 1 Flasche, enthaltend „Sybeticon“, ein Typensatz, 1 150 Gramm Stück, 1 Halskreuzchen, 9 Griffe zu Hähelhafen, 1 Blechpfeife, 1 Stück Holz in Form einer Kalle, 1 Stück Butter, 1 Stück Schokolade, 1 Stück Speck, 1 Päckchen Salz und 1 Blechflasche mit Flüssigkeit.

Die unbekannten Absender bz. Eigentümer der vorbezeichneten Sendungen werden aufgefordert, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Gegenstände zum Besten des Post-Armenfonds werden versteigert werden.

Berlin C., den 14. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

18. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen ausgelieferte Briefe, in welchen bei der Eröffnung die dankten vermerkten Beträge vorgefunden worden sind: an Otto Hay in Köln (Rh.) mit 1 M., 14ten August 1889, Kohn in Berlin, Alte Jacobstraße, mit 60 Pf., 7. September 1889, Schulze in Berlin, Krankenhaus No. 6, mit 50 Pf., 9. September 1889, Kohlmeß in Bromberg mit 1 M., 9. September 1889, Frk. Strypel in Sonnenburg mit 5 M., 23. September 1889, Sergeant Knopff in Berlin, Scharnhorststraße, mit 20 M., 28. September 1889, Japanus in Japan mit 10 Pf., 30. September 1889, Kanow in Berlin, a. neuen Markt 5 mit 1 M., 10 Pf., 1. Oktober 1889, Grünberger in Wien mit 17 M., 2. Oktober 1889, Paul Griesel in Gr. Schönbeck mit 1 M., 50 Pf., 5. Oktober 1889, Oscar Sembach in Zwickau mit 1 M., 10 Pf., 9. Oktober 1889, Kramme & Meyer in Leipzig 1 Gutschein über 15 M., 5 Pf., 10. Oktober 1889, Gebr. Richter in Hamburg mit 2 M., 90 Pf., 17. Oktober 1889, Malecki in Bromberg mit 90 Pf., 29. Oktober 1889, Arthur Hoffmann in Halberstadt mit 50 Pf., 2. November 1889, Frau Joh. Schult in Lenzen (Elbe) mit 50 Pf., 17. November 1889, Erped. d. Charl. Tagebl. in Charlottenburg, mit 70 Pf., 1. Dezember 1889.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen vorgefundenen Beträge der Post-Armenkasse überwiesen werden.

Berlin C., den 15. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unanbringliche Postanweisungen.

14. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, an den angegebenen Tagen in Berlin ausgelieferte unanbringliche Postanweisungen an: Piparello in Dran über 8 M., 10 Pf., 8. Dezember 1888, Creiril (?) in Paris über 8 M., 10 Pf., 6. Februar 1889, v. Hoeven in Rotterdam über 2 M., 89 Pf.,

12. Februar 1889, Rißger in Berlin, Dieffenbachstraße 56, über 19 M. 3 Pf., 1. Juni 1889, Gerichtsvollzieher Kerdow in Berlin, Thurmstraße 8, 2 M. 75 Pf., 5. Juni 1889, Exped. d. „Kanon“ in Lützen über 2 M. 55 Pf., 12. Juni 1889, Radowig in Leipzig 1 M. 20 Pf., 17. Juni 1889, A. Nerde, Stadtnachwächter in Berlin, Rothbringerstraße, 3 M. 20 Pf., 6. Juli 1889, Funke in Leipzig über 2 M. 95 Pf., 29. Juli 1889, Hoffmann in Magelwitz b. Bries über 10 M., 6. September 1889, das Amtsvorsteher-Amt in Tegel über 3 M. 20 Pf., 10. September 1889, die Kgl. Gerichtskasse in Berlin Köln. Rathhaus Zimmer Nr. 19, über 3 M., 10. September 1889, Braun in Berlin, Nollendorfsstraße, über 5 M., 15. September 1889, Zerath in Herne postl. über 9 M., 18. September 1889, die Gerichtskasse in Berlin, Jäbenstraße 59, über 4 M., 19. September 1889, Frau Emma Lohde in Berlin, Adlerstraße 15, über 5 M., 24. September 1889, Frl. Emma Brune in Hannover über 10 M., 28. September 1889, Körper in Frankfurt (Main) über 6 M., 28. Oktober 1889, Frl. Auguste Michael in Dresden A. über 5 M., 1. November 1889, Lehrer Reinicke in Berlin, Treskowstraße 11, über 4 M., 28. November 1889.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Beträge dem Post-Anweisungsfonds überwiesen werden.

Berlin C., 15. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Einrichtung einer Postagentur in Rixow.

15. In dem zum Kreise Westprignitz gehörenden Orte Rixow wird am 15. d. M. eine Postagentur eingerichtet. Dieselbe erhält Verbindungen durch die Schaffnerbahnposten, welche auf der am 15. zu eröffnenden neuen Bahnstrecke Glöwen—Havelberg verkehren werden. Dem Landbriefstellbezirke von Rixow werden die bisher zum Bestellbezirke des Kaiserlichen Postamts in Havelberg gehörenden, ebenfalls im Kreise Westprignitz gelegenen Wohnstätten Dahlen, sowie das Forsthaus und das Chaufferhaus bei Rixow zugetheilt. Die bisherige Postküllstelle in Rixow tritt außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 10. Februar 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Aufruf der zur Einlösung noch nicht eingegangenen Stamm-Aktien und Prioritäts-Obligationen der Münster-Hammer und bezw. der Taunus-Eisenbahn.

4. Die nachstehend verzeichneten, zur baaren Rückzahlung gekündigt oder gestundeten Stamm-Aktien und Prioritäts-Obligationen der Münster-Hammer und bezw. der Taunus-Eisenbahn, welche zur Einlösung noch nicht

eingereicht sind, werden hierdurch wiederholt mit dem Bemerken aufgerufen, daß ihre Verzinsung mit dem betreffenden Kündigungstermine aufhört hat.

I. Münster-Hammer Eisenbahn.

A. Stamm-Aktien

über je 100 Thlr. = 300 M.

11. Verloosung. Gekündigt zum 1. Januar 1881. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VII. Nr. 5 bis 8 und Anweisung zur Abhebung der Reihe VIII. Nr. 3906.

B. Prioritäts-Obligationen

über je 100 Thlr. = 300 M.

12. Verloosung. Gekündigt zum 1. Januar 1887. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VII. Nr. 3 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe VIII. Nr. 1008 1331 1569.

II. Taunus-Eisenbahn.

Prioritäts-Obligationen von 1862.

13. Verloosung. Gekündigt zum 1. Oktober 1888. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe II. Nr. 13 bis 20 und Anweisung zur Abhebung der Reihe III. Lit. A. zu 1000 fl. Nr. 265.

Lit. A. zu 1000 fl. Nr. 265.

Berlin, den 11. Februar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen

des Königlichen Oberbergamts zu Halle.

2. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. November 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Nutzung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen Dabendorf das Bergwerks-eigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a b c d e a bezeichnet ist, und welches einen Flächeninhalt von 2 187 189 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertfiebenundachtzig Tausend einhundertneunundachtzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Lösslin, Schneide, Jossen, Haus Jossen und Königliche Forst Cummersdorf im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen, urkundlich ausfertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 14. Februar 1890.

Königl. Oberbergamt.

3. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 21. November 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Nutzung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen Jähnsdorf das Berg-

werkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2188 962 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertachtundachtzig Tausend neunhundertzweiundsechzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Töpchin mit der in dieser Gemarkung liegenden Enclave zu Rittergut Haus Zossen, Schöneiche (Haus Zossen), Zehrendorf und Königl. Forst Cummersdorf im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 14. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

4. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. November 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen **Telz** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben a b c d e f g a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzigtausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Töpchin, Schöneiche und Callinchen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 14. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

5. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 21. November 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen **Olienick** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2185 244 qm, ge-

schrieben: Zwei Millionen einhundertfünf und achtzig Tausend zweihundert vier und vierzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Töpchin (Haus Zossen), Schöneiche (Haus Zossen), Zehrendorf, Zossen und Königl. Forst Cummersdorf im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 14. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

6. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 5. Oktober 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Franz Prien zu Berlin NW., Dorotheenstraße Nr. 11, unter dem Namen **Rauen I.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l m n o p q r s t a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neun und achtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in der Gemarkung Rauen im Kreise Osthavelland des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 14. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Neue Personen- und Gepäcksbeförderungspreise.

5. Mit dem 1. April d. J. gelangen im Fernverkehr nach und von Berlin, Schles. und Ostlitzher Bf., Alexanderplatz, Friedrichstraße, Zoologischer Garten und Charlottenburg, sowie im Durchgangsverkehr über Berlin Stadtbahn neu berechnete Personen- und Gepäcksbeförderungspreise zur Einführung, durch welche vielfach Ermäßigungen und nur in einzelnen Fällen geringe Erhöhungen gegen die bisherigen Beförderungspreise eintreten.

Berlin, den 8. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

6. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Ausstellung von Fahrzeugern u. Fahrradgeräthen,	Leipzig,	22. Februar bis 2. März,	netenbezeichnete Gegenstände,	Preussischen Staatsbahnen u. Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen	Ausstellungs-Commission,	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung.
2	Geflügel-Ausstellung,	Saarbrücken,	9 bis 11. März,	Geflügel und Geräthe zur Geflügelzucht,	Preussischen Staatsbahnen,	desgl.	4 Wochen	

Bromberg, den 8. Februar 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausnahmetarif für Düngemittel etc.

7. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 14. Dezember v. J. bringen wir zur Kenntniß, daß der am 1. Januar 1890 eingeführte Ausnahmetarif für bestimmte Düngemittel, Erden, Kartoffeln etc. vom 10. d. M. ab auch auf Schlackensand Anwendung findet.

Bromberg, den 8. Februar 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Communalbezirksveränderung.

7. Auf Grund d. § 25 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemeinden-Verfassungen vom 14. April 1856 genehmigen wir hiermit, daß das von der Stadtgemeinde Berlin als Besitzerin des Rittergutes Blankenburg an den Gutsnereibesitzer Wilhelm Neubauer zu Blankenburg verkaufte, im Grundbuche in Blankenburg Band II Blatt Nr. 63 in einer Größe von 50 ar 42 qm Garre land und 14 ar 98 qm Hofraum verzeichnete Gärtnereigrundstück von dem Gutsbezirke des Rittergutes Blankenburg losgelöst und dem Gemeindbezirk der Dorfgemeinde Blankenburg einverleibt werde.

Berlin, den 7. Februar 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

Personal-Chronik.

Im Kreise Prenzlau sind der Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. von Winterfeldt zu Damerow und der Gutspächer Franz zu Nieden nach Ablauf ihrer bisherigen Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher bezw. Stellvertreter für den 30. Amtsbezirk Damerow ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind der Ritterguts-pächter Balzer zu Groß-Nieß auf's Neue zum Amts-

Vorsteher des Amtsbezirks VIII. Groß-Nieß, der Ritterguts-pächter Schade zu Nieß-Neuendorf auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter der desselben Bezirks und der Gutsbesitzer Schade zu Buchow auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter d. s. Amtsbezirks IXX. Buchow ernannt worden.

Der königliche Regierungs-Vauführer Max Fritsch, z. Z. in Berlin, ist am 3. Februar d. J. als solcher vereidigt worden.

Die unter privatem Patronat stehende und mit dem Pfarramte von Petershagen verbundene Pfarrstelle zu Friedersdorf, Diözese Berlin Land I., kommt durch die nach neuem Räte erfolgende Emeritierung des Pfarrers Jdeler am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Der künftige Stelleninhaber ist verpflichtet, sich die Abtrennung der Pfarre Petershagen mit einem Einkommen von 2131 M. ohne Entschädigung gefallen zu lassen.

Der bisherige Pfarrer Heinrich Max Richard von Lattorf in Saderb. ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarre Lindenbergl, Diözese Pommern, bestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Heyden an der Kaiserlichen Oberrealschule ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Der bisherige Hilfslehrer Gräß II. ist als Gemeindeschullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderung

im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion in Bromberg.

Der Stations-Vorsteher II. Classe Tiegl in Friedersdorf ist pensionirt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. Statistisch angestellt sind die Postassistenten Caffe in Rathenow und Seggelle in Havelberg.

Ernannt sind der Postassistent Michael in Potsdam zum Ober-Postassistenten, der Telegraphenassistent Schimmer in Prenzlau zum Ober-Telegraphenassistenten.

Berufen sind der Postdirector Hertel von Havelberg nach Groß-Strehlitz, der Postsecretair Feist als commun Ober-Postsecretair von Rathenow nach Cöslin, der Postsecretair Rossignol als pr. Postmeister von Schwedt nach Girschhorn und der Postassistent Prager von Angermünde nach Leipzig.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts in den Monaten Dezember 1889 und Januar 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: die Kaufleute Felix Brud, Emil Paz, Emil Jacob und Benzki in Berlin zu stellvertretenden Handelsrichtern in Berlin; der Direktor der Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Dannenbaum in Berlin zum Handelsrichter daselbst; der Gerichtsassessor Zeeben zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte in Muskau, der Gerichtsassessor Möhring zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte Cottbus.

Berufen sind: der Amtsrichter Dr. Hartmann in Guben, als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Jache in Posen als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Grabs von Haugsdorf in Charloiteburg als Landrichter an das Landgericht II. in Berlin.

Pensionirt sind: der Amtsrichterrath Stubenrauch in Zielentz, der Landgerichtsrath Asche in Berlin und der Kammergerichtsrath Dr. Fring.

Verstorben ist: der Landgerichtsrath Juhl in Berlin.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Volze, Loewenhardt, Ferber, Petersen, Dr. Vallien, Wähle, Ludwig, Dr. Baumann, Dr. Eiswaldt, Ruhbaum, Dr. Ascher, von Ullanski, Zuz, von Treschow, Hirsch, Dressel, Wille.

Entlassen sind: Hasselbach zwecks Uebertritts in die allgemeine Staats-Verwaltung, Brandt zwecks Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern, Knitter zwecks Uebertritts in den Kommunaldienst.

Verstorben ist: Zuz.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Wendelsohn bei dem Amtsgerichte in Rixdorf.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Rankiewicz aus Mählfhausen i. Lb., der Gerichtsassessor Dr. Julius Isaac, der Rechtsanwalt Tallert aus Breslau, der Rechtsanwalt Rosenheim aus Danzig und die Gerichtsassessoren Breschner, Dr. Liepschütz und Schwarz bei dem Landgericht I. in Berlin; der

Gerichtsassessor Schönermark bei dem Amtsgerichte in Perleberg, der Amtsrichter a. D. Laue beim Kammergerichte, der Gerichtsassessor Ludwig Lewin beim Landgericht II. in Berlin, der Gerichtsassessor Kayser beim Amtsgerichte II. in Berlin unter Errichtung seines Wohnsitzes in Weissensee, der Gerichtsassessor Hermann Jacobi beim Landgerichte in Frankfurt a. D.

Zum Notar ist ernannt: der Rechtsanwalt Dr. Kessel in Ludau.

Verstorben sind: die Rechtsanwälte und Notare Justizräthe von Kraynicki in Berlin und Ruhlmeier in Brandenburg.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Schönlanf, Raub, Schellong, Büttner, von Tark, Freiherr von Malgahn, Daniel, von Ugedom, Otto, Karßen, Schulz, Lange, Lejins, Boehlau, Hoffmann, Jacobi, Bernhardt, Bartels, Münzer, von Schroeder, Moser, Wegner, Graf von Schwerin-Pusar, Holz, Badewitz, Hirt.

Uebernommen ist: Tolsche aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Berufen ist: Karbe in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Kiel.

Entlassen sind: Bahnschaffe, Dr. Regenborn, Dr. von Doetinchem de Rande, Graf von Pädler, Kreidel, Freiherr Roeder von Diersburg, Bartsch zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst; Dammann auf seinen Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Sudrow beim Amtsgerichte I. in Berlin zum Gerichtsschreiber bei derselben Behörde; der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Adrian beim Amtsgerichte I. in Berlin zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgerichte in Werber; der Gefängnis-Sekretär Teike zu Berlin zum Nebendanten bei dem Strafgefängnis zu Plögensee; der Bureau-Assistent Richter in Plögensee zum Sekretär bei dem Strafgefängnis daselbst; zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: der Aktuar Stoppel bei dem Amtsgerichte in Treuenbriegen, der Aktuar Grell bei dem Amtsgerichte I. in Berlin, der Aktuar Gottschalk bei dem Amtsgerichte in Sonnenburg, die Militärantwörter Haase bei dem Amtsgerichte in Ludenwalde, Böke bei dem Amtsgerichte I. in Berlin, Bleidorn bei dem Amtsgerichte in Havelberg; der Bureau-Diktator Lorenz hiersebst zum Bureau-Assistenten bei dem Untersuchungsgefängnis hiersebst.

Berufen sind: die Gerichtsschreiber Rappengst in Wittstock an das Amtsgerichte in Friedeberg N.-M., Maerten in Friedeberg N.-M. an das Amtsgerichte in Wittstock, Kolbe in Coepenick an das Amtsgerichte in Soldin, Drogolin in Soldin an das Amtsgerichte in Coepenick.

Entlassen sind: der etatsmäßige Gerichtsschreiber-

gehülfe Hiller in Rathenow auf seinen Antrag, der Gerichtsvollzieher Grefsin bei dem Amtsgericht I. zu Berlin.

Verstorben sind: der Gerichtsschreiber Lencer in Brandenburg a. H. und der etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfe Klinge in Rathenow.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Satz.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Adolf Neubauer, Weber,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren im Dezember 1841 zu Schludenan, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	vorsätzliche Brandstiftung (7 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 26. Ja- nuar 1883),	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Dautzen,	15. August 1889.
1	Josef Pöchl, Schmiedegeselle,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 13. April 1863 zu Beserau, Bezirk Tepl, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	Landstreichen und Fä- hrung falscher Legitima- tionspapiere,	Stadtmagistrat Bay- reuth, Bayern,	18. Dezember 1889.
2	Franz Penz, Hufschmied,	geboren am 16. Januar 1858 zu Kleinirndorf, Gem. Kammersdorf, Bezirk Oberhollabrunn, Österreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Lands- berg,	28. Dezember 1889.
3	Eduard Josef Fischer, Handarbeiter,	geboren am 27. Dezem- ber 1869 zu Teplitz, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Dresden,	19. Dezember 1889.
4	Franz Zemanek, Schuhmachergeselle,	geboren im Jahre 1837 zu Primlas, Bezirk Starkenbach, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Dautzen,	desgleichen.
5	Karl Wiery, Fabrikarbeiter,	geboren am 23. Mai 1863 zu Grafenstein, Bezirk Klagenfurt, Österreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	Großherzoglich Babi- scher Landeskommissär zu Konstanz,	1. Dezember 1889.
6	Julius Herrmann, Konditor,	geboren am 3. Januar 1868 zu Chiesch, Österreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
7	Hans Buchmann, Sattler,	geboren am 10. Dezem- ber 1865 zu Aarau, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehörig zu Betsheim, Bezirk Brugg, ebendaselbst,	Landstreichen,	derselbe,	23. Dezember 1889.
8	Marie Madeleine Burgaub, led. Tagelöhnerin,	geboren am 14. Oktober 1836 zu Chateauf, au, Departement Vendée, Frankreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Babi- scher Landeskommissär zu Freiburg,	10. Januar 1890.
9	Ferdinand Anton Brun, Bürstenmacher,	geboren am 4. Dezember 1870 zu Wyhlen, Ba- den, ortsangehörig zu Schupfheim, Kanton Luzern, Schweiz,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	11. Januar 1890.

Auf Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen				
1	2	3	4	5	6
10	Ignaz Siforski, Schuhmacher,	geboren am 14. Juni 1851 zu Kosprza, Gouvernement Petri- kau, Rußland, ortsan- gehörig ebendaselbst, wohnhaft zuletzt in Berlin,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlicher Polizei- Präsident zu Berlin,	18. Dezember 1889.
11	Andreas Halot, Arbeiter,	31 Jahre alt, geboren zu Dschef, Galizien,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	4. Januar 1890.
12	Heinrich Kapucian, Büchsenmacher,	geboren am 24. Juli 1852 zu Bräun, Mäh- ren,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	15. Januar 1890.
13	Andreas Vogel, Schmied,	geboren am 8. Dezember 1823 zu Sattel, Be- zirk Neustadt a. M., Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	16. Januar 1890.
14	Andreas Mihankewitsch, Arbeiter,	geboren am 14. Februar 1834 zu Galis bei Warschau, Russisch- Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	9. Januar 1890.
15	Josef Schwarz, Schlosser,	geboren am 10. August 1836 zu Welhartitz, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadt- amhof,	19. Dezember 1889.
16	Krescenz Hirsch, ledige Dienstmagd,	geboren am 1. Mai 1870 zu Oberthal, Bezirk Braunau, Böh- men, ortsangehörig zu Stadler Antheil, Be- zirk Schüttenhofen, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	26. Dezember 1889.
17	Josef Johann Böhm, Handschuhmachergehilfe,	geboren am 9. Mai 1868 zu Postelberg, Bezirk Saaz, Böhmen, ortsangehörig zu Pene- schitz, Bezirk Laun, ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall und Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Zwickau,	14. Dezember 1889.
18	Franz Christl, Maurergehelfe,	geboren am 8. Januar 1859 zu Scheibentra- bis, Bezirk Tepl, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Dangen,	21. Dezember 1889.
19	Mendel Gorn, Händler,	geboren im Jahre 1819 zu Kopyyce, Kreis Larnow, Galizien, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen,	Großherzoglich Med- lenburg-Schwerin- sches Ministerium des Innern zu Schwerin,	13. Dezember 1889.

Vermischte Nachrichten.

Verzeichniß der Vorlesungen

an der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin, Invalidenstr. Nr. 42,
im Sommer-Semester 1890.

1. Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau.

Professor Dr. Ort: Spezieller Acker- und Pflanzenbau. Bonitirung des Bodens. Praktische Uebungen zur Bodenkunde. Leitung agronomischer und agriculturchemischer Untersuchungen in Verbindung mit Assistent Dr. Berzu. — Landwirthschaftliche Excursionen. — Professor Dr. Werner: Abriß der landwirthschaftlichen Produktionslehre (Betriebslehre) Theil II. Rindviehzucht. Repetitorium der Betriebslehre. Demonstrationen am Rinde und landwirthschaftliche Excursionen. — Professor Dr. Lehmann: Pferdeucht. Vollerziehen. Schweinezucht. Repetitorium der Thierzuchtlehre incl. Fütterungslehre. — Ingenieur Schotte: Landwirthschaftliche Maschinenkunde. Maschinen und bauliche Anlagen für Brauerei, Brennerei, Stärke- und Zuckerfabrikation Feldmessen und Nivelliciren für Landwirthe (Vortrag und Uebungen). Zeichen- und Constructions- Uebungen. — Forstmeister Krieger: Spezielle Holzkenntniß. Forstbenutzung (Hauptausgung). Forstliche Excursionen. — Garteninspector Lindemuth: Gemüsebau.

2. Naturwissenschaften.

a. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Kny: Morphologie der Pflanzen. Botanisch-mikroskopischer Cursus. Arbeiten für Fortgeschrittenere im botanischen Institut. — Professor Dr. Frank: Experimental-Physiologie der Pflanzen. Anleitung zu pflanzenphysiologischen Untersuchungen im Gebiete der Landwirthschaft. Arbeiten für Fortgeschrittenere im pflanzenphysiologischen Institut. — Professor Dr. Wittmack: land- und forstwirthschaftliche Botanik. Ueber Getreidezüchtung. Bestimmen der Gräser und Futterpflanzen. Botanische Excursionen. — Privatdocent Dr. Tschirch: Botanisch-mikroskopische Uebungen, mit specieller Berücksichtigung praktischer Fragen. Angewandte Pflanzen-Anatomie.

b. Chemie und Technologie. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Landolt: Organische Experimentalchemie. Großes chemisches Practicum. Kleines chemisches Practicum. — Professor Dr. Delbrück: Spiritusfabrication nebst Uebungen. — Dr. Herzfeld: Fabrication des Rübenzuckers. — Privatdocent Dr. Hayduk: Gährungs-Chemie. — Privatdocent Dr. Markwald: analytische Chemie.

c. Mineralogie, Geologie und Geognosie.

Prof. Dr. Gruner: Mineralogie und Gesteinslehre. Der Boden Deutschlands Grundzüge der allgemeinen Chemie. Mineralogisch-pedologisches Practicum. Geognostische Excursionen.

d. Physik. Professor Dr. Börnstein: Experimental-Physik, II. Theil. Physikalische Uebungen. Ausgewählte Kapitel der mathematischen Physik.

e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. Nehring: Zoologie und Geschichte der Haustiere. Ueber Fischzucht. Zoologisches Colloquium. — Dr. Karsch: Ueber die der Landwirthschaft nützlichen und schädlichen Insecten, mit besonderer Berücksichtigung von Bienenzucht und Seidenbau. — Professor Dr. Jung: Ueberblick der gesammten Thierphysiologie. Arbeiten im thierphysiologischen Laboratorium.

3. Veterinärkunde.

Prof. Dr. Diederhoff: Die inneren Krankheiten der Haustiere. — Professor Dr. Möller: Äußere Krankheiten der Haustiere. — Professor Müller: Ueber Anatomie der Haustiere (Knochen, Muskeln, Nervensystem, Sinnesorgane), verbunden mit Demonstrationen. — Oberstabsarzt Küttner: Fußbeschlagslehre.

4. Rechts- und Staatswissenschaft.

Professor Dr. Sering: Allgemeine Nationalökonomie. National-ökonomische Uebungen.

5. Culturtechnik und Baukunde.

Meliorations-Bauinspector Gerhardt: Culturtechnik. Entwerfen von Entwässerungs-Anlagen. — Professor Schlichting: Bauconstructionslehre. Erdbau. Wasserbau. Landwirthschaftliche Baulehre. Entwerfen von Bauwerken des Wasser-, Wege- und Brückenbaues.

6. Geodäsie und Mathematik.

Professor Dr. Vogler: Traciren Praktische Geometrie. Zeichenübungen. Geodätische Rechenübungen in zwei Gruppen (mit dem Assistenten Voebeder). Uebungen im Ausgleichen, in zwei Gruppen (mit dem Assistenten Hegemann). Rechenübungen im Freien bei Westend. — Professor Dr. Börnstein: Algebra. Mathematische Uebungen. — Professor Dr. Reichel: Analytische Geometrie der Ebene und Differentialrechnung. Trigonometrie. Mathematische Uebungen. Uebungen zur Analysis (mit den Assistenten Hegemann und Voebeder).

Das Sommer-Semester beginnt am 16. April 1890. — Programme sind durch das Secretariat zu erhalten.

Berlin, den 24. Januar 1890.

Der Rector der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule.

Hierzu Drei Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Haysen'schen Erben (G. Haysen, Hof-Buchdrucker).

präludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der Königl. Institut-Kasse hieselbst deponirte Kapitals-Baluta verwiesen werden.

Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B noch rückständig und bereits präkludirt:

zu 3 1/4 %

aus der 20. Verloosung:

Nr 18581 Hausdorf über 100 Tblr.

zu 4 %

aus der 35. Verloosung:

Nr 82257 Herrschaft Fürststein u. über 25 Tblr.,

aus der 38. Verloosung:

Nr 82226 Herrschaft Groß Stein u. über 25 Tblr.,

aus der 40. Verloosung:

Nr 50376 Herrsch. Gr. Stein u. über 200 Tblr.,

Nr 50904 do. = 200 Tblr.,

Nr 51976 Poln. Krawarn u. Madau = 200 Tblr.,

Nr 52032 do. = 200 Tblr.,

Nr 52034 do. = 200 Tblr.,

Nr 52221 Ned. Herz. Ratibor = 200 Tblr.,

Nr 63515 Herrsch. Gr. Stein u. = 100 Tblr.,

Nr 64342 D. u. N. Niechowiz = 100 Tblr.,

Nr 64842 Poln. Krawarn u. Madau = 100 Tblr.,

Nr 64949 Ned. Herz. Ratibor = 100 Tblr.,

aus der 41. Verloosung:

Nr 51624 D. u. N. Niechowiz über 200 Tblr.,

Nr 52010 Poln. Krawarn u. Madau = 200 Tblr.,

Nr 52257 Ned. Herz. Ratibor = 200 Tblr.,

Nr 64364 D. u. N. Niechowiz = 100 Tblr.,

Nr 64857 Poln. Krawarn u. Madau = 100 Tblr.,

Nr 65004 Ned. Herz. Ratibor = 100 Tblr.,

Nr 79287 Nittsdorf = 50 Tblr.,

Nr 82227 Herrsch. Gr. Stein u. = 25 Tblr.,

Nr 82450 Poln. Krawarn u. Madau = 25 Tblr.,

Nr 82451 do. = 25 Tblr.

Breslau, den 17. Februar 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Den Domänenpächtern Wilhelm Fischer zu Badgingen und Rudolf Böttner zu Lodeffund ist von dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten der Character: „Königlicher Oberamtmann“ verliehen worden.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des Königl. Hegemeisters Neugebauer zu Schönwalde, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Königl. Förster Hahn I. zu Neumühl zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 35 Schönwalde ernannt worden.

Der Amtsgerichts-Sekretär Lohvogel in Brandenburg a. H. ist zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Die Ernennung des Ziegeleibefizers Schulze zu Nittenwalde zum Stellvertreter des Amtsanwalts daselbst ist auf den Antrag des r. Schulze zurückgenommen.

Der bisherige Dompfarrprediger Ludwig August Hermann Max Stolte ist zum Pfarrer der Pfarodie Groß-Beznitz, Diözese Altstadt Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Gottfried Carl Louis Scheele zu Bönsdorf ist zum Diakonus in Belgig und Prediger bei der Filialgemeinde Preusnitz Diözese Belgig, bestellt worden.

Das unter Königlichem Patronat stehende Archidiaconat an der St. Jacobi-Kirche zu Berlin, Diözese Köln Stadt, ist durch das Ableben des Archidiaconus Raade am 7. Januar 1890 zur Erledigung gekommen.

Die unter dem Patronat des Magistrats von Prenzlau stehende Pfarrstelle zu Blindow, Diözese Prenzlau II, ist durch das Ableben des Pfarrers Heinge am 29. Januar 1890 zur Erledigung gekommen.

Der Schulamtskandidat Dr. Riese ist als ordentlicher Lehrer am Lessing-Gymnasium zu Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zarf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Karl Friedrich Schmid, Lagner,	geboren im Jahre 1850 zu Bern, Schweiz, ortsangehörig zu Niggisberg, ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	7. Januar 1890.
2	Friedrich Aneubühl, Gärtner,	geboren am 8. März 1867 zu Aushlen, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	9. Januar 1890.
3	Andreas Moser, Maler,	geboren am 23. Juli 1862 zu Basel, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten.

6. An Stelle des verstorbenen Gutsbesizers, Hauptmanns a. D. Winkler zu Siebenbrunn ist der Rittersgutsbesizer, Ritterschafsrath und Kreisdeputirte Freiherr von Blomberg zu Liebthal zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten des Kreises Grotzen gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.
Potsdam, den 19. Februar 1890.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Fischerei-Aufsicht.

44. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. September 1889 (Amtsbl. S. 352) wird hierdurch

zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an Stelle des verstorbenen Königl. Försters Schröder zu Forsthaus Griflow der Königl. Förster Hübel zum nebenamtlichen Fischerei-Aufsichter für das im nordöstlichen Winkel des Bermügel-See's eingerichtete Laichschon-Revier bestellt worden ist.

Potsdam, den 20. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Schiffahrts-Regre.

45. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachungen vom 31. Oktober und 21. November v. J. — Amtsblatt Stüd 45 beziehentlich Stüd 49 — benachrichtige ich hierdurch die Schiffahrt treibende Bevölkerung, daß die Havel bei der Brandenburger Stadtschleuse nicht wie angegeben war, bis zum 1. März d. J., sondern bis zum 15. März d. J. für die Schiffahrt und Flößerei gesperrt ist.

Potsdam, den 24. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

46. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Mauerbrücke.
	Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.			Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.		
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.			Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		
	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.	Meier.
1	32,37	30,72	2,64	0,90	1,29	0,84	2,20	1,72	1,52	1,22	2,08	2,16
2	32,34	30,70	2,66	0,96	1,28	0,84	2,20	1,74	1,62	1,40	1,90	2,18
3	32,36	30,70	2,64	0,88	1,27	0,83	2,20	1,74	1,62	1,40	1,86	2,18
4	32,38	30,66	2,62	0,86	1,25	0,81	2,20	1,76	1,70	1,48	1,78	2,18
5	32,38	30,63	2,60	0,82	1,24	0,80	2,20	1,76	1,72	1,50	1,74	2,20
6	32,40	30,66	2,62	0,86	1,22	0,78	2,18	1,74	1,72	1,50	1,76	2,20
7	32,42	30,68	2,62	0,88	1,22	0,77	2,18	1,74	1,74	1,52	1,80	2,20
8	32,44	30,70	2,60	0,86	1,21	0,76	2,18	1,72	1,76	1,54	1,86	2,22
9	32,44	30,78	2,56	0,90	1,21	0,75	2,18	1,70	1,76	1,54	1,92	2,22
10	32,44	30,80	2,54	0,96	1,22	0,76	2,18	1,70	1,78	1,56	1,98	2,22
11	32,40	30,77	2,54	0,96	1,24	0,77	2,18	1,70	1,78	1,56	2,08	2,22
12	32,44	30,78	2,54	0,88	1,23	0,77	2,24	1,66	1,78	1,56	2,16	2,20
13	32,48	30,74	2,56	0,92	1,25	0,78	2,20	1,70	1,78	1,56	2,24	2,20
14	32,48	30,80	2,56	1,00	1,26	0,79	2,20	1,70	1,78	1,56	2,30	2,18
15	32,48	30,82	2,54	1,04	1,27	0,80	2,18	1,72	1,78	1,56	2,34	2,18
16	32,48	30,82	2,56	1,04	1,29	0,80	2,22	1,72	1,78	1,56	2,40	2,16
17	32,50	30,80	2,58	1,02	1,29	0,81	2,24	1,72	1,80	1,58	2,44	2,16
18	32,50	30,86	2,60	1,04	1,30	0,81	2,26	1,72	1,80	1,58	2,46	2,16
19	32,50	30,86	2,64	1,04	1,31	0,82	2,28	1,70	1,80	1,58	2,48	2,18
20	32,52	30,86	2,66	1,08	1,31	0,84	2,26	1,74	1,80	1,58	2,54	2,18
21	32,52	30,82	2,60	1,12	1,34	0,85	2,26	1,74	1,76	1,54	2,58	2,20
22	32,54	30,82	2,60	1,14	1,35	0,85	2,24	1,72	1,76	1,54	2,62	2,20
23	32,54	30,84	2,60	1,16	1,37	0,87	2,20	1,76	1,76	1,54	2,68	2,22
24	32,52	30,82	2,64	1,16	1,43	0,89	2,12	1,80	1,78	1,56	2,70	2,22
25	32,54	30,90	2,64	1,24	1,42	0,91	2,28	1,78	1,78	1,56	2,74	2,24
26	32,52	30,96	2,62	1,26	1,43	0,92	2,26	1,82	1,78	1,56	2,78	2,24
27	32,55	30,94	2,66	1,26	1,45	0,94	2,16	1,82	1,78	1,56	2,82	2,26
28	32,52	30,92	2,64	1,28	1,49	0,97	2,16	1,84	1,78	1,56	2,88	2,26
29	32,54	30,98	2,66	1,30	1,49	0,98	2,26	1,88	1,80	1,58	3,02	2,28
30	32,58	31,00	2,64	1,32	1,49	0,98	2,24	1,90	1,80	1,58	3,14	2,28
31	32,60	30,96	2,64	1,30	1,48	0,97	2,26	1,92	1,82	1,60	3,30	2,30

Potsdam, den 24. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung,
betreffend die Abänderung der Bau-Polizei-Ordnung für die Städte
des Regierungsbezirks Potsdam vom
15. Juli 1868

26. Januar 1872.

47. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — Ges.-S. S. 195 — und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 — Ges.-S. S. 265 — wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Potsdam folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Einziger Artikel.

Der vorletzte Satz des § 6 der Bau-Polizei-Ordnung für die Städte des Regierungsbezirks Potsdam vom 15. Juli 1868

26. Januar 1872 beginnend mit „Ist der“ und schließend mit „zu lassen“ und der letzte Satz des § 8 beginnend mit „Handelt es sich“ werden aufgehoben.

Potsdam, den 18. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident Graf Hue de Grais.

Polizei-Verordnung,
betreffend die Abänderung der Bau-Polizei-Ordnung für die Vororte
von Berlin vom 24. Juni 1887.

48. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — Ges.-S. S. 195 — und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 — Ges.-S. S. 265 — wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Einziger Artikel.

Der letzte Satz des § 39 der unterm 24. Juni 1887 — Amtsblatt S. 245 — erlassenen Bau-Polizei-Ordnung für die Vororte von Berlin, beginnend mit „Wo nach dem Ermeßsen“ wird aufgehoben.

Potsdam, den 18. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident Graf Hue de Grais.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

49. Die Fabrikarbeiter Karl Kleinfeldt und Gustav Wendlin zu Dranienburg haben am 5. Januar d. J. den elfjährigen Schulknaben Fritz Fechner aus der „Faulen Havel“ bei Dranienburg vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That wird hiermit belobigend zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 19. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Kunstkaffeebohnen betreffend.

50. Seit einiger Zeit werden sogenannte Kunstkaffeebohnen, welche durch besondere Maschinen hergestellt werden, insbesondere unter dem Namen „Gassen's Kunstkaffee“ in den Handel gebracht, welcher den gebrannten natürlichen Kaffeebohnen so ähnlich ist, daß eine betrügerische Beimengung zu den letzteren stattfinden kann.

Auch gedruckte Anweisungen zur „Fabrikation von

Kunstkaffeebohnen in Form naturgetreuer Kaffeebohnen“ werden ausgegeben.

In jenen Anweisungen wird auf die Täuschung des Publikums noch besonders hingewiesen.

Die Kunstbohnen unterscheiden sich von den echten Bohnen dadurch, daß jene in Aether sofort unter sinken, während die echten Bohnen wegen ihres Fettgehaltes größtentheils zunächst obenauf schwimmen. Werden Kaffeebohnen in eine heiße, stark oxydirende Flüssigkeit (Königswasser oder dergl.) geworfen, so werden die echten Bohnen viel schneller entfärbt, als die künstlichen.

Mit der Fabrikation und dem Vertriebe des Gassen'schen Kunstkaffees ist also lediglich eine Täuschung und Hervortheilung des Kaffee konsumirenden Publikums bezweckt.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniss bringen, warnen wir die interessirten Handel- und Gewerbetreibenden noch besonders vor dem Vertriebe jenes Kunstkaffees mit dem Hinzufügen, daß im Betretungs-falle unnachlässiglich auf Grund der §§ 10 und 11 des Nahrungsmittel-Gesetzes vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 145) strafrechtlich eingeschritten werden wird.

Potsdam und Berlin, den 12. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Equipagen, Pferden u. in Stettin.

51. Die in der Bekanntmachung vom 4. d. M. — Amtsbl. S. 52 — bezeichnete Verloosung von Equipagen, Pferden u. in Stettin findet infolge Verlegung des ursprünglich auf die Tage vom 19. bis 22. April d. J. festgesetzten Pferdemarktes zu Stettin erst in den Tagen vom 17. bis 20. Mai d. J. statt.

Potsdam und Berlin, den 19. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Riesenseuchen.

52. Festgestellt ist der Milchbrand bei einer Kuh des Bauergutsbesizers Liere in Zachow, Kreis Westhavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Vorwerks Gottesgabe, Kreis Oberbarnim;

bei dem Rindvieh- und Schweinebestande des Schiffers Gustav Kunowsky zu Wend. Riez und bei dem Rindviehbestande des Rittergutsbesizers Buchholz zu Cossenblatt, Kreis Oestrow-Storkow.

Das Vorwerk Gottesgabe, Kreis Oberbarnim, und dessen Feldmark ist gegen das Durchtreiben von Wiederkäuern und Schweinen gesperrt worden.

Festgestellt ist ferner die Drusenseuche unter den Pferden der 1. Compagnie des Brandenburgischen Train-Bataillons Nr. 3 in Spandau;

verendet ist an der Influenza (Lungenentzündung) ein Pferd des Kaufmanns Schultemann in Deutsch-Wilmersdorf, Kreis Teltow.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche

No.	State or County	City or Town	Class or Subject	Address	Time
	or Organization		Saturday	with or without Session	Day
1	2	3	4	5	6
15	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.
16	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.
17	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.	St. Louis, Mo.

St. Louis Convention Report

The Convention was held in the city of St. Louis, Mo. on the 1st of October.

Report on the Convention held on the 1st of October.

Report on the Convention held on the 1st of October.

Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Töpschin, Callinchen und Schöneiche im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirk Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen", urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 17. Februar 1890.

Königliches Oberbergamt.

**8. Nachstehende Verleihungsurkunde:
„Im Namen des Königs.“**

Auf Grund der am 16. November 1889 mit Präsentationsvermerk versehenen Nutzung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen **Caalow** das Bergwerkeigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben a b c d e f a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 186 742 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertsechszundachtzig Tausend siebenhundertzweihundvierzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Töpschin, Callinchen und Schöneiche im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirk Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 17. Februar 1890.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

8. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 20. bis 22. d. Mts. in Berlin stattfindenden ersten Deutschen Fachausstellung für Steinstraßen-Baumaterialien, Handwerkzeug und Transportmittel ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staatseisenbahnen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Commission nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 4 Wochen nach Schluß der

Ausstellung stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinbeförderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 17. Februar 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II.

9. Am 1. April 1890 tritt der I. Nachtrag zum Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II. für den Verkehr von Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg nach Stationen der übrigen Königlich Preussischen Staatseisenbahnen vom 1. April 1889 in Kraft.

Derselbe erhält außer bereits veröffentlichten Tarifänderungen ermäßigte Beförderungspreise für den Verkehr von Alexandrowo, sowie Ergänzungen und Berichtigungen des Tarifs.

Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgaben zu erfahren.

Bromberg, den 11. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Beförderung von Getreide in unverpacktem Zustande.

10. Im Lokal- und gegenseitigen Verkehr der preussischen Staatseisenbahnen wird vom 1. März d. J. ab die Beförderung von Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Reis) und Kleie in Wagenladungen auch in unverpacktem Zustande (in loser Schüttung) unter den nachfolgenden Bedingungen bis auf Weiteres versuchsweise gestattet: 1) Die Beförderung erfolgt in gewöhnlichen bedeckten Wagen. 2) Die Verladung und die Sicherung des verladenen Gutes gegen Verstreuen ist Sache des Versenders. 3) Die hierzu verwendeten Geräthschaften werden nach Maßgabe der allgemeinen Tarifvorschriften unter B. III. 9 des deutschen Eisenbahn-Güter-Tarifs, Theil I. frachtfrei an den Versender zurückbefördert. 4) Die unverpackte Aufgabe ist von dem Versender nach der Vorschrift des § 47 (und Anl. A.) des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands besonders zu erklären. 5) Bei bahnsettiger Entladung auf Antrag des Empfängers oder nach Ablauf der Entladefrist wird neben den Kosten für etwa erfolgte Beschaffung oder Anmietung von Säcken eine besondere, aus dem Lokal-Güter-Tarife der in Betracht kommenden Verwaltung zu ersiehende Gebühr erhoben. Die besonderen Bestimmungen, welche für russisches Getreide bezüglich der Umladung an den Grenzübergangstationen bezw. bei Entladung auf den Empfangstationen getroffen sind, bleiben bis auf Weiteres in Kraft.

Bromberg, den 21. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs.

11. Am 1. März d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Straßund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-

Nr. der Liste	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Stand der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1	2	3	4	5	6
4	Florentin Constantin Milonel, Tagner,	geboren am 1. Oktober 1854 zu Bollan, Kan- ton Freiburg, Schweiz, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	17. Januar 1890.
5	Jakob Szaferowicz, Barbier,	18 Jahre alt, geboren zu Warschau, Russisch- Polen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	24. Januar 1890.
6	Franziska Ehler, ledige Kellnerin,	geboren am 24. Januar 1864 zu Kratenau, Kreis Königgrätz, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst, wohnhaft zuletzt in Magdeburg, Preußen,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	desgleichen.
7	Johann Rycklowitz, Arbeiter,	geboren am 19. April 1862 zu Nieder-Stepa- nit, Bezirk Starke- bach, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	20. Januar 1890.
8	Aron Steinberg, Handelsmann,	24 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Ryschenitz, Kreis Ols- tenka, Gouvernemen- tomja, Russisch-Polen,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Brom- berg,	5. Septembr. 1889.
9	Adolf Kramer, Zimmergeselle,	geboren am 2. Februar 1848 zu Budapest, Ungarn, ortsangehörig ebendaselbst,	Beitrag und Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	23. Januar 1890.
10	Franz Heumann, Schuhmacher,	44 Jahre alt, geboren zu Minig, Bezirk Prag, Böhmen, orts- angehörig zu Nieder- grund, Bezirk Leitzen, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traun- stein,	28. Septembr. 1889.
11	Vincenz Sier, Weber,	70 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Marklow, Bezirk Star- kenbach, Böhmen,	desgleichen,	daselbe,	8. Januar 1890.
12	Abraham Malicki, Religionslehrer,	geboren im Jahre 1852 zu Dpatow, Gouver- nement Radom, Ruf- fisch-Polen, ortsange- hörig zu Stopnica, Gouvernement Kielce, ebendaselbst,	Landstreichen, falsche Na- mensangabe und Fäb- rung falscher Papiere,	Königliche Polizei- Direktion zu Mün- chen, Bayern,	3. Januar 1890.
13	Josef Martin Bäst, Ziegler,	geboren am 31. Oktober 1834 zu Rontlingen, Gemeinde Oberriet, Kanton St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	daselbe,	9. Januar 1890.

Nachrichtensblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 10.

Den 7. März

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten.

7. An Stelle des verstorbenen Kaufmanns und Stadtverordneten Parlasca hiersebst ist der Königl. Hoflieferant und Stadtverordnete Schroeder hiersebst zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten der Stadt Potsdam gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 1. März 1890.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Zur Invaliditäts- und Altersversicherung.
(Reichsgesetz vom 22. Juni 1889.)

I.

§ 3. Die durch die nachstehende Verordnung:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.
verordnen auf Grund des § 162, Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) im Namen des Reichs, mit Zustimmung des Bundesraths, was folgt:

Die §§ 18 und 140 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigebrudtem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 30. Dezember 1889.

(Siegel.) gez. Wilhelm.

gez. von Büttcher.

in Kraft gesetzten §§ 18 und 140 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung lauten:

§ 18.

Zum Nachweise einer Krankheit (§ 17) genügt die Bescheinigung des Vorstandes derjenigen Krankenkasse (§ 135), beziehungsweise derjenigen eingeschriebenen oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen, welcher der Versicherte angehört hat, für diejenige Zeit aber, welche über die Dauer der von den betreffenden Kassen zu gewährenden Krankenunterstützung hinausreicht, sowie für diejenigen Personen, welche einer derartigen Kasse nicht angehört haben, die Bescheinigung

der Gemeindebehörde. Die Kassenvorstände sind verpflichtet, diese Bescheinigungen auszustellen und können hierzu von der Aufsichtsbehörde durch Geldstrafe bis zu 100 M. angehalten werden.

Für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen können die vorstehend bezeichneten Bescheinigungen durch die vorgesetzte Dienstbehörde ausgestellt werden.

Der Nachweis geleisteter Militärdienste erfolgt durch Vorlegung der Militärpapiere.

§ 140.

Alle zur Begründung und Abwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen den Versicherungsanstalten einerseits und den Arbeitgebern und Versicherten andererseits erforderlichen schiedsgerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen und Urkunden sind gebühren- und stempelfrei. Dasselbe gilt für privatschriftliche Vollmachten und amtliche Bescheinigungen, welche auf Grund dieses Gesetzes zur Legitimation oder zur Führung von Nachweisen erforderlich werden.

II.

Allgemeine Grundsätze der Invaliditäts- und Altersversicherung.

(Reichsgesetz vom 22. Juni 1889.)

- 1) Der Invaliditäts- und Altersversicherung sind kraft Gesetzes vom vollendeten sechsgehnnten Lebensjahre ab unterworfen:
 - a. die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter (sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft), Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, Seeleute,
 - b. diejenigen Betriebsbeamten, sowie diejenigen Handlungsgehilfen und Lehrlinge (ausschließlich der in Apotheken beschäftigten), deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. nicht übersteigt,
- 2) Betriebsunternehmer, welche nicht wenigstens regelmäßig einen Lohnarbeiter beschäftigen (namentlich kleine Handwerker und Landwirthe) sowie alle Hausindustriellen sind berechtigt, der staatlichen Versicherung beizutreten, sofern sie noch nicht 40 Jahre alt und noch nicht invalide sind.
- 3) Die Versicherten erhalten bei eintretender Invalidität eine Invaliditätsrente, bei einem Alter von 70 Jahren eine Altersrente.
- 4) Voraussetzung der Invaliditätsrente ist
 - a. der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit,
 - b. eine Wartzeit von mindestens 5 Beitragsjahren,

Die Erwerbsunfähigkeit gilt dann als vorhanden, wenn in Folge des körperlichen oder geistigen Zustandes des Versicherten sein Lohn oder Verdienst sich bis etwa $\frac{1}{2}$ vermindert hat.

- 5) Voraussetzung der Altersrente ist außer dem zurückgelegten 70. Lebensjahre eine Wartezeit von 30 Beitragsjahren.
- 6) Als Beitragsjahr gelten 47 Beitragswochen, während deren der Versicherte in einem die Versicherungspflicht begründenden Dienst- oder Arbeitsverhältnisse gestanden hat.
- 7) Als Beitragszeit wird ferner in Anrechnung gebracht
 - a. die Zeit militärischer Dienstleistungen,
 - b. bis zu einem Jahre die Dauer einer bescheinigten mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen, länger als 7 Tage währenden Krankheit.
- 8) Die Höhe der Invaliditäts- und der Altersrente ist abhängig von der Lohnklasse, welcher der Versicherte angehört hat.
- 9) Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes werden 4 Lohnklassen gebildet

Klasse I.	bis 350 M.,
" II.	von 350 bis 550 M.,
" III.	550 bis 850 M.,
" IV.	mehr als 850 M.

Die freiwillig Versicherten (Ziffer 2) gehören der 2. Lohnklasse an.

- 10) Die Altersrente beträgt

für Lohnklasse I.	106,40 M.,
" II.	134,60 "
" III.	162,80 "
" IV.	191,— "
- 11) Die Invaliditätsrente steigt mit der Zahl der Beitragsjahre resp. Beitragswochen. Ihr Mindestbetrag (nach fünfjähriger Wartezeit) stellt sich

in der I. Lohnklasse auf	114,70 M.,
" II.	124,00 "
" III.	131,15 "
" IV.	144,00 "

Die Rente steigt mit jeder weiteren Beitragswoche in Klasse I. um 2 Pf., in Klasse II. um 6 Pf., in Klasse III. um 9 Pf., in Klasse IV. um 13 Pf., beträgt also nach 50 Beitragsjahren:

für die I. Lohnklasse	157,00 M.,
" II.	251,00 "
" III.	321,50 "
" IV.	415,50 "

- 12) Neben der Invaliditätsrente wird eine Altersrente nicht gewährt. Die Letztere kommt in Wegfall, sobald der Empfänger Invaliditätsrente erhält.
- 13) Für jede Rente, die an eine kraft Gesetzes versicherte Person zu zahlen ist, gewährt das Reich einen Zuschuß in Höhe von 50 M. Die ferneren Mittel, welche zur Durchführung der Versicherung erforderlich sind, werden durch Beiträge gedeckt, welche den Arbeitgebern und den Versicherten zu gleichen Theilen zur Last fallen.
- 14) Die Einzahlung der Beiträge erfolgt durch die

Arbeitgeber in der Weise, daß sie Marken in der Höhe des geschuldeten Betrages auf die dem Versicherten gehörende und auf seinen Namen lautende Quittungskarte kleben.

- 15) Die Arbeitgeber sind berechtigt, die Hälfte des Wertes der Marken, die sie in die Quittungskarte eines Arbeiters geklebt haben, diesem bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen.
- 16) Die Beiträge für Arbeitgeber und Versicherten zusammen betragen wöchentlich

für die I. Lohnklasse	14 Pf.,
" II.	20 "
" III.	24 "
" IV.	30 "
- 17) Freiwillig Versicherte (Ziffer 2) haben die in Ziffer 16 aufgeführten Beiträge allein zu tragen und außerdem in ihre Quittungskarte wöchentlich eine Zusatzmarke im Werthe von 8 Pf. einzukleben, letzteres, weil das Reich zu Gunsten der freiwillig Versicherten Zuschüsse nicht gewährt.

- 18) Eine Rückerstattung der Arbeitgeberbeiträge findet statt
 - a. an weibliche Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt sind,
 - b. an Wittwen und Waisen, soweit die letzteren noch nicht 15 Jahre alt sind, falls deren Ehemann resp. Vater (bei vaterlosen Waisen die Mutter) gestorben ist, ohne in den Genuß einer Rente gelangt zu sein.

Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß Beiträge für mindestens fünf Beitragsjahre entrichtet worden sind. Im Falle a. ist außerdem erforderlich, daß der Anspruch binnen drei Monaten nach der Verheirathung geltend gemacht wird.

- 19) Die Inkraftsetzung des Gesetzes erfolgt durch Kaiserliche Verordnung, welche noch aussteht.

III.

Die Uebergangsbestimmungen des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Um die Wohlthaten des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, der arbeitenden Bevölkerung möglichst bald zu Theil werden zu lassen, sind Uebergangsbestimmungen getroffen, welche eine Anrechnung der vor dem Inkrafttreten des Gesetzes liegenden Dienst- und Arbeitszeit ermöglichen.

- 1) Der Anspruch auf Invaliditätsrente entsteht während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes unter der Voraussetzung, daß
 - a. für mindestens ein Jahr (47 Beitragswochen) die gesetzlichen Beiträge entrichtet sind,
 - b. der Versicherte schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes — aber innerhalb 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit — so viele Wochen in einem Arbeits- oder Dienstverhältnisse ge-

standen hat, als nach Abzug der Beitragswochen zu a. an fünf Beitragsjahren fehlen.

- 2) Während der Wartzeit für die Altersrente in der Regel dreißig Beitragsjahre beträgt, verkürzt sie sich für die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes über 40 Jahre alten Versicherten um so viele Jahre, als diese über 40 Jahre alt sind, unter der Voraussetzung, daß solche Personen während der — dem Inkrafttreten des Gesetzes unmittelbar vorausgehenden — drei Kalenderjahre mindestens 141 Wochen hindurch tatsächlich in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse gestanden haben.
- 3) Auf die nach Ziffer 1 und 2 nachzuweisende Arbeitszeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes kommen militärische Dienstleistungen und länger als 7 Tage währenden Krankheiten in gleicher Weise in Anrechnung wie auf die Beitragszeit (s. oben Ziffer 7).
- 4) Die Uebergangsbestimmungen finden nur auf die kraft Gesetzes versicherten, nicht auf die freiwillig versicherten Personen Anwendung.
- 5) Der Nachweis der vor dem Inkrafttreten des Gesetzes liegenden Dienst- oder Arbeitsverhältnisse (Ziffer 1 und 2), sowie der in Anwendung kommenden militärischen Dienstleistungen und der Krankheiten (Ziffer 3) ist Sache des Versicherten. Er wird durch Bescheinigungen geführt, welche gebühren- und stempelfrei erteilt werden.
- 6) Die Bescheinigungen über die Dauer eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (Ziffer 1 und 2) sind von den Arbeitsgebern auszustellen und von einer öffentlichen Behörde (Gemeindevorstand—Dittpolizeibehörde) zu beglaubigen. Auch können diese Bescheinigungen von der unteren Verwaltungsbehörde ausgestellt werden.
- 7) Die Bescheinigung einer Krankheit erfolgt durch den Vorstand derjenigen Krankenkasse beziehungsweise derjenigen eingeschriebenen Hilfskasse, welcher der die Bescheinigung Nachsuchende angehört. Für die Zeit, welche über die Dauer der von den betreffenden Kassen zu gewährenden Krankenunterstützung hinausgeht, sowie für diejenigen Personen, welche einer derartigen Kasse nicht angehören, wird die Bescheinigung durch die Gemeindebehörde ausgestellt.

Für die in Reichs- und Staatsbetrieben be-

schäftigten Personen können Krankheitsbescheinigungen von der vorgesetzten Dienstbehörde erteilt werden.

- 8) Der Nachweis geleisteter Militärdienste erfolgt durch Vorlegung der Militärpapiere.

IV.

Die beteiligten Bevölkerungskreise werden wohlthun, sich die erforderlichen Nachweise und Bescheinigungen über ihre Dienst- und Arbeitsverhältnisse sowie Krankheitsfälle aus den letzten Jahren vor dem Inkrafttreten des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, also etwa seit dem 1. Oktober 1886 bei Zeiten zu beschaffen, und darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß sie bei diesem Vorhaben bei allen Arbeitsgebern bereitwillige Unterstützung finden.

Eine zweckmäßige Anleitung findet Jedermann in der kleinen Schrift von Pfafferoth: „Was muß ein Jeder schon jetzt zur Sicherung seiner Ansprüche auf Invaliden- und Altersrenten thun?“ (Preis 25 Pf.) sowie in der Schrift „die Arbeiterfamilie und die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung“ von Hermann Gebhard und Paul Geibel (Altenburg, Stephan Geibel, Verlagsbuchhandlung, Preis 35 Pf.).

V.

Alle nachgeordneten Beamten werden ersucht, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die beteiligten Bevölkerungskreise mit den für sie maßgebenden Vorschriften des Gesetzes bekannt zu machen.

Potsdam, den 26. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Erteilung von Leichenpässen

SA. Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 1. November v. J. — Amtsblatt S. 395 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nach einem Erlaß der Herren Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 7. Februar d. J. auch die Direktoren der königlichen Universitäts-Kliniken berechtigt sein sollen, bei Leichenpässen die erforderliche Bescheinigung über die Todesursache und darüber, daß gesundheitliche Bedenken gegen die Beförderung der Leiche nicht vorliegen, auszustellen.

Potsdam, den 25. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

55.

Die Namen und Bezirke der Vertrauensmänner

der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft im Regierungsbezirk Potsdam werden hiermit veröffentlicht:

Vertrauensmännerbezirke.	Kreise	Vertrauensmänner.	Wohnort.	Vertrauens-Ersatzmänner.	Wohnort.
VIIa.	Jauch-Belzig,	Fr. Galle.	Lehnin.	A. Gebhardt.	Potsdam.
VIIb.	Potsdam (Stadtkreis).	„Schleusenmeister	Spandau.	J. G. Lange	Spandau.
	Osthavelland.	Borch.		(Firma Leue & Co)	
VIIc.	Westhavelland,	Ferdinand Schoppe.	Havelberg.	Bühnenmeister	Havelberg.
	West- und Ost-Prignitz.			F. Schüge.	

Potsdam, den 3. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Allerhöchste Cabinetsordre.

SS. Aus Ihrem Berichte vom 18. Februar d. J. habe Ich mit Mißfallen entnommen, daß in wiederholten Fällen, namentlich in den Regierungsbezirken Stettin und Köslin, Landbewohner durch falsche Vorpiegelungen zur Auswanderung nach Brasilien verlockt worden sind und heimlich nach Bremen sich begeben haben, in der trügerischen Hoffnung, von dort aus nach Brasilien weiterbefördert zu werden. Ich will, daß dem gemeingefährlichen Treiben der Auswanderungsagenten, durch welches ein Theil Meiner Unterthanen verlockt wird, unter Nichtachtung ihrer Pflichten gegen das Vaterland, unter Schädigung ihrer Angehörigen und unter Bruch ihrer Arbeitsverträge sich dem Elende preiszugeben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten und insbesondere auch in geeigneter Weise auf Belehrung der Betheiligten hingewirkt wird. Ich beauftrage Sie, dementsprechend die Regierungspräsidenten in Stettin und Köslin mit den erforderlichen Weisungen zu versehen. Dieser Erlaß ist durch die Kreisblätter bekannt zu machen.

Berlin, den 19. Februar 1890.

gez. Wilhelm K.

ggz. Herrfurth. Frhr. von Berlepsch.

An die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe.
ad I. B. 1417.

Vorstehende Allerhöchste Cabinetsordre wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Potsdam, den 4. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Mecklenburgische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Neu-Brandenburg betreffend.

57. Der in der General-Versammlung der Mecklenburgischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft vom 4. März d. J. gefaßte, Sektens der beiden Großherzoglich Mecklenburgischen Landesregierungen zu Neustrelitz und Schwerin am 12. bezw. 25. April d. J. bestätigte Beschluß, wonach in Abänderung des Artikels 2 des Gesellschaftsstatuts der Geschäftsbereich der Gesellschaft bis auf eine Entfernung von 400 km (bisher 300 km) von Neu-Brandenburg ausgedehnt wird,

wird hierdurch auch diesseits genehmigt.

Die Concession zum Geschäftsbetriebe in dem hiernach in Betracht kommenden Theile Preußens kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 17. Oktober 1889.

(L. S.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung.

(Unterschrift.)

Genehmigungsurkunde

ad I. 17634.

Vorstehende Genehmigungsurkunde wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 1. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Anlegung einer Apotheke in Franz. Buchholz und einer zweiten Apotheke in Neu-Weissensee bei Berlin.

SS. In Französisch Buchholz im Kreise Niederbarnim und zwar in dem nördlichen Theil des Ortes soll eine Apotheke angelegt werden.

Auch soll eine zweite Apotheke in Neu-Weissensee bei Berlin ungefähr am Treffpunkte der Guts-Aboltsch-straße und des Heinersdorfer Weges errichtet werden.

Bewerbungen um die bezüglichen Concessionen nehme ich bis zum 10. April d. J. entgegen. Die Bewerber haben ihre Approbation, eine kurze aber vollständige Lebensbeschreibung und amtlich bestätigte Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung und Führung einzureichen, auch die Versicherung zu geben, daß sie eine Apotheke bisher nicht besessen haben, oder andernfalls die vorchriftsmäßige Genehmigung zu ihrer Vewertung vorzulegen; ferner den amtlich beglaubigten Nachweis zu führen, daß ihnen die zur Errichtung der Apotheke und zum Ankaufe des dazu erforderlichen Grundstücks notwendigen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Potsdam, den 26. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Auspielung von Handarbeiten, Bäckern u. in Kaiserwerth.

59. Der Herr Minister des Innern hat der Direction der Diakonissen-Anstalt zu Kaiserwerth die Erbauung ertheilt, zum Besten der Anstalt im Laufe dieses Jahres eine Auspielung beweglicher Gegenstände (Handarbeiten, Bäckern, Bilder u.) zu veranstalten und die zu derselben auszugebenden 15000 Loose zu je 50 Pf. im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 28. Februar 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizey-Präsident.

Viehsteuern.

60. Erloschen ist: Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Bauerhofbesitzer Wilhelm Schulz und Christian Grose zu Bergholz, Kreis Prenzlau; unter dem Rindvieh auf dem Rittergut Dyrow, Kreis Osthavelland, und in Liegow, Bagow und Bienenfarm, Kreis Westhavelland.

Potsdam, den 4. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.
Allerhöchster Erlaß.

16. Auf Ihren Bericht vom 26. Januar d. J. verleihe Ich der Stadtgemeinde Berlin das Recht, die zur Freilegung der Straße N° 23 der Abtheilung II. des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins, der Bollinerstraße zwischen der Demminer- und der Bernauerstraße, der Straße N° 15 der Abtheilung XII. des Bebauungsplanes zwischen der Danziger-Straße und der Straße N° 13, und der Straße N° 58 der Abtheilung XIII. des Bebauungsplanes zwischen der Liebig- und der Prossauer-Straße erforderlichen Grund-

Stückstelle im Wege der Enteignung zu erwerben. Die überreichten Uebersichtspläne und Lagepläne erfolgen anbei zurück.

Berlin, den 3. Februar 1890.
gez. **Wilhelm R.**
ggz. von Maybach.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 26. Februar 1890.
Der Polizei-Präsident.

Errichtung von neuen Apotheken in Berlin.

17. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 14. dieses Monats die Errichtung von neuen Apotheken in Berlin an folgenden Punkten genehmigt:

- 1) ungefähr an der Ecke der Lübeder- und Perlebergerstraße,
- 2) ungefähr an der Ecke der Paul-, Melancthon- und Flemmingstraße,
- 3) am Treffpunkte der Anton- und Morstraße,
- 4) ungefähr an der Ecke der Fenn- und Tegelerstraße,
- 5) ungefähr an der Ecke der Rheinsberger- und Strelikerstraße.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung binnen einer **Präklusivfrist von 6 Wochen** mit dem Bemerkten hierdurch aufgefodert, daß **persönliche Vorstellungen zwecklos** sind und **die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich** zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen:

- a. Approbation und sonstige **physikalisch beglaubigte** Zeugnisse,
- b. Lebenslauf,
- c. **amtlich beglaubigter** Nachweis über die zur Uebernahme bezw. Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- d. ein **polizeiliches Führungs-Attest**.

Der Bewerber hat außerdem **pflüchigemäß** zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte — die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Neuanlagen vorzulegen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche 10 und mehr Jahre sich vom Apothekensache abgewandt haben oder welche erst nach dem Jahre 1875 approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibwerkes **ic. am Besten** von der Bewerbung ab.

Berlin, den 22. Februar 1890.
Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Einrichtung einer Postagentur in Lome (Togo-Schutzgebiet).

3. In Lome (Deutsches Togo-Schutzgebiet) wird zum 1. März d. J. eine kaiserliche Postagentur eingerichtet, welche sich mit der Beförderung von Briefsendungen jeder Art und von Postpaketen bis 5 kg befaßt. Für Sendungen aus Deutschland nach Lome beträgt das Porto: für frankirte Briefe 20 Pf. für je 15 g, für Postkarten 10 Pf., für Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere 5 Pf. für je 50 g, mindestens jedoch 10 Pf. für Waarenproben und 20 Pf. für Geschäftspapiere, zu welchen Sätzen gegebenenfalls die Einschreibgebühr von 20 Pf. hinzutritt, für Postpakete bis 5 kg 1 M. 60 Pf.

Berlin W., den 21. Februar 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Gumlosen.

18. In Gumlosen wird am 5. März eine Reichs-Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 2. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

5. Der Gutsbesitzer Seuffert in Tryppheyna bei Mödern, Regierungsbezirk Magd. burg, hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe von 1883 Lit. D. Nr. 454299 über 500 M. angetragen, weil die obere rechte Ecke abgerissen ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 8. September 1890 uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem ic. Seuffert ein neues kuresfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 22. Februar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verloosung von Rentenbriefen.

2. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 18. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoinis gezogen worden:

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 157 Stück
und zwar die Nummern:

12 295 319 1012 1230 1383 1791 1919 2064 2137
2240 2376 2748 2772 2902 2925 2930 3013 3027
3148 3639 3915 3966 4247 4449 4620 4678 5241
5379 5427 5587 5871 5873 5925 6128 6154 6193
6218 6254 6381 6520 6630 6644 6656 6749 6886
6986 7332 7501 7521 7786 7892 8332 8355 8487
8507 8579 8767 8823 8830 8905 9135 9144 9149
9164 9340 9883 9959 10172 10216 10292 10466

10554	10652	10954	11027	11066	11083	11173	6695	6704	6907	6972	7171	7216	7240	7254	7281
11345	11408	11475	11553	11559	11748	11837	7398	7528	7534	7635	7747	7849	7883	7946	7976
12104	12367	12378	12440	12538	12710	12863	8124	8690	9012	9103	9184	9187	9322	9402	9512
12912	12922	13215	13395	13547	13677	13697	9690	9715	10072	10242	10253	10472	10480	10549	
13853	14022	14026	14348	14383	14393	14424	10682	11098	11130	11267	11523	11539	11682		
14668	14743	14829	14865	14882	14922	15067	11727	11806	11828	12179	12212	12321	12420		
15186	15211	15480	15489	15968	16182	16259	12512	12670	12807	13083	13180	13391	13415		
16330	16429	16525	16671	16682	16696	17247	13458	13551	13612	13630	13690	13725	13748		
17281	17409	17458	17471	17722	17788	17825	14015	14468	14698	14701	14884	15152	15175		
17833	17906	17926	17933	17946	17994	18134	15209	15221	15227	15283	15368	15420	15477		
18171	18190	18247	18342	18465	18695	18715	15803	15895	16107	16262	16315	16543	16557		
18746	18835	18872	18893	19000	19090	19113	16581	16734	16788	16890	16916	17137	17214		
19134							17353	17479	17875	17930	18373	18494	18538		

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tplr.) 53 Stück

und zwar die Nummern:

83	215	298	365	414	565	816	853	1580	1603	1607
1662	1695	1817	1947	1978	2240	2241	2378	2567		
3120	3246	3452	3594	3791	3813	3819	3842	4062		
4064	4151	4325	4336	4678	4772	4793	4839	4915		
5125	5378	5379	5451	5504	5859	6189	6255	6494		
6543	6550	6675	6784	6803	6817					

Litt. C. zu 300 M. (100 Tplr.) 206 Stück

und zwar die Nummern:

167	170	263	485	511	546	574	664	921	1123	1153
1203	1373	1379	1471	1472	2314	2632	2669	2712		
2761	2976	3298	3384	3480	3548	3828	4057	4273		
4494	4662	5124	5207	5439	5485	5789	5840	6037		
6227	6539	6700	6884	7105	7262	7408	7795	7825		
7864	7916	8322	8425	8535	8605	9125	9163	9343		
9347	9401	9449	9830	9900	10268	10387	10505			
10565	10621	10652	10682	10723	10884	11022				
11028	11118	11337	11382	11425	11491	11585				
11705	11877	11973	12078	12094	12118	12184				
12301	12308	12342	12417	12509	12528	12754				
13020	13089	13248	13314	13366	13397	13437				
13488	13547	13633	13640	13740	13897	13951				
13996	14098	14131	14406	14519	14565	14628				
14960	15314	15369	15501	15621	15688	16107				
16171	16216	16355	16389	16446	16823	16884				
16895	16949	17251	17260	17293	17313	17558				
17615	17655	17997	18052	18094	18462	18496				
18528	18595	18729	18866	18890	19063	19172				
19224	19228	19235	19248	19300	19346	19430				
19541	19584	19603	19620	19804	19859	19894				
20058	20109	20191	20199	20227	20480	20862				
21025	21062	21274	21373	21469	21495	21530				
22027	22057	22094	22280	22415	22527	22529				
22629	22666	22745	22759	22796	22865	22917				
22971	22980	23097	23152	23197	23368	23477				
23617	23681	23706	23781	23788	23850	23887				
24455	24510									

Litt. D. zu 75 M. (25 Tplr.) 175 Stück

und zwar die Nummern:

37	244	461	786	817	1027	1281	1725	1775	1780
1936	1993	2057	2560	2644	2693	2781	3095	3132	
3208	3295	3302	3542	3702	3762	4037	4083	4122	
4417	4660	4715	4758	4925	5042	5045	5109	5216	
5233	5521	5732	6199	6313	6400	6441	6462	6543	

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit dem dazu gehörigen Coupon Serie V. N^o 16 und Talon bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 l., vom 1. April k. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April k. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1900 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbeitrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zustellung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 14. November 1889.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Einslösung fälliger Zinscheine.

3. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 l. hiersebst, wird a. die am 1. April d. J. fälligen Zinscheine der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 19. bis einschließlich 24. März d. J. und b. die ausgelassenen, am 1. April d. J. fälligen Rentenbriefe der Provinz Brandenburg vom 21. bis einschließlich 26. März d. J. einzulösen und demnachst vom 1. April d. J. ab mit der Einslösung fortzufahren.

Berlin, den 19. Februar 1890.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin.

Zeitungsfahrt-Verkehr auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.

7. Vom 1. März d. J. ab wird der neue Personengeld-Tarif der Stadt- und Ringbahn auf den

Zeitkartenverkehr dieser Strecken derartig übertragen, daß für die noch laufenden Zeitkarten Anträgen auf Aenderung der Strecke, der Wagenklasse, der Geltungsdauer und des Preises für die Zeit von dem Eingangs gedachten Tage ab stattgegeben werden wird. Derartige Anträge sind unter Beifügung der noch gültigen Zeitkarten an die betreffenden Fahrkarten-Ausgabestellen zu richten.

Berlin, den 28. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Vorausbestellung Berliner Droschken in Gäßrin.

12. Reisende nach Berlin über Kreuz-Gäßrin können vom 15. März d. J. ab auf dem Bahnhofe in Gäßrin bei dem diensttunenden Stationsbeamten durch Lösung einer Bestellkarte zum Preise von 25 Pfennig sich eine Droschke auf den Fernstationen der Berliner Stadtbahn telegraphisch vorausbestellen. Nach Ankunft in Berlin erhalten die Reisenden am Ausgange des Bahnhofes von dem Schutzmann gegen Abgabe der Bestellkarte die Marke der bestellten Droschke. Das Fahrgeld ist von dem Reisenden selbst an den Führer der Droschke zu entrichten. Die genannte Gebühr kommt für die telegraphische Uebermittlung der Bestellung zur Erhebung und wird daher auch nicht zurückgezahlt, wenn die Bestellung in Berlin wegen Mangels an Droschken nicht ausgeführt werden kann.

Bromberg, den 21. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Neuer Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II.

13. Am 1. April 1890 tritt ein neuer Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II, zwischen den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg in Kraft. Durch denselben werden außer Kraft gesetzt: 1) Der Lokal-Tarif des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Hunden vom 1. Januar 1886 nebst Nachträgen. 2) Die in dem seit dem 1. April 1889 gültigen Tarife des Eisenbahn-Direktionsbezirks Berlin für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II, betreffs des Verkehrs der Stationen der Bahnstrecke Stargard i. Pm.-Stettin untereinander, sowie die in diesem Tarife für den Verkehr zwischen den Stationen Alt-Damm, Carolinenhorst und Stettin einerseits und Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg andererseits enthaltenen Beförderungspreise. 3) Die in dem seit dem 1. April 1889 gültigen Tarife für die Beförderung von Personen und Reisegepäck, Theil II, von Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg nach Stationen der übrigen Königl. Preussischen Staats-Eisenbahnen für den Verkehr über Stargard i. Pm. nach Alt-Damm, Carolinenhorst und Stettin enthaltenen Beförderungspreise. Mit Ausnahme der durch unsere Bekanntmachung vom 6. Februar d. J. bereits veröffentlichten anderweitigen Berechnungsweise des Personen-Fahrgeldes und der Gepäckfracht im Fern-

Verkehr mit Berlin tritt eine Aenderung der Beförderungspreise durch den neuen Tarif nicht ein. Begisterer kann für 1.40 M. durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgaben des diesseitigen Bezirks bezogen werden.

Bromberg, den 24. Februar 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Allgemeine Vertragsbedingungen

für die Ausführung von Garnisonbauten.

1. Gegenstand des Vertrages.

Den Gegenstand des Unternehmens bildet die im Vertrage bezeichnete Leistung. Im einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen nach den Verbindungsanschlüssen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verbindungsanschlüssen angenommenen Vorberträge unterliegen jedoch denjenigen Aenderungen, welche — ohne wesentliche Abweichung von den dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfen — bei der Ausführung der betreffenden Bauwerke sich ergeben.

Abänderungen der Bauentwürfe selbst anzuordnen, bleibt der Bauleitung vorbehalten. Leistungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen unter Zugrundelegung der vertragsmäßigen Einheitspreise berechnet.

Die Vergütung für Tagelohnarbeiten erfolgt nach den vertragsmäßig vereinbarten Löhnen.

3. Ausschluß einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug, Geräthen, Rüstungen.

Insofern in den Verbindungsanschlüssen für Nebenleistungen sowie für das Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u. s. w. nicht besondere Preisansätze vorgesehen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur planmäßigen Herstellung des Bauwerks gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Heranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau, sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräthen u. s. w.

Auch die Bestellung der zu den Absteckungen, Höhenmessungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

4. Mehrleistung gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des Garnison-Baubeamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verbindungsanschlusse nicht vorgesehene Leistungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist die Bauleitung befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Leistungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage entstanden ist.

5. Minderleistung gegen den Vertrag.

Bleiben die ausgeführten Leistungen zufolge der von dem Garnison-Baubeamten getroffenen Anordnungen unter einer im Vertrage festverordneten Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Erlass des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

Nöthigenfalls entscheidet hierüber das Schiedsgericht (25).

6. Beginn, Fortführung und Vollendung der Leistungen, Versäumnisstrafe.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat nach den in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Leistung in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des bauleitenden Beamten zu beginnen.

Die Leistung muß im Verhältniß zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräte, sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Versäumnisstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Versäumnisstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Anschlag.

7. Hinderungen der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Leistungen durch Anordnungen des Garnison-Baubeamten oder des bauleitenden Beamten oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Leistungen anderer Unternehmer behindert, so hat er bei dem bauleitenden Beamten hiervon schriftliche Anzeige zu erstatten.

Andernfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden, angeblich hindernden Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Leistungen ohne weitere Aufforderung ungesäumt wieder aufzunehmen.

Der Behörde, welche den Vertrag genehmigt hat, bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine

angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeitshinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist, unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen, ein von dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und danach die zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstandnahme von der Bauausführung den Erlass des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die eine Fortsetzung des Baues hindernden Umstände entweder von der Behörde, welche den Vertrag genehmigt hat und deren Organen verschuldet sind, oder, insoweit zufällige, von dem Willen der Behörde unabhängige Umstände in Frage stehen, sich auf Seiten derselben zugetragen haben.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenerlass verpflichtet, wenn die betreffenden, die Fortführung des Baues hindernden Umstände von ihm verschuldet sind, oder auf seiner Seite sich zugetragen haben.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machenden Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Versäumnisstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Versäumnisstrafe, so kommt nur die letztere zur Einziehung.

In Ermangelung gütlicher Einigung entscheidet über die bezüglichen Ansprüche das Schiedsgericht (25).

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung länger als 6 Monate, so steht jeder der beiden Vertragspartei der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktrittserklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener 6 Monate dem anderen Theile zugestellt werden; anderenfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Versäumnisstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungene Vollendungsfrist um die Dauer der Bauunterbrechung verlängert wird.

8. Güte der Leistung.

Die Leistungen müssen den besten Regeln der Baukunst und den besonderen Bestimmungen des Verdingungsanlasses und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Leistungen, welche der Garnison-Baubeamte den gegebenen Bedingungen nicht entsprechend findet, sind so-

fort zu beseitigen und durch untadelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Baufasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile der Bauleitung untüchtig sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch tüchtige ersetzt werden. Personen, welche an gemeingefährlichen Bestrebungen in irgend einer Weise theilhaftig sind, dürfen bei Garnisonbauten nicht beschäftigt werden.

Materialien, welche dem Anschläge bezw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des Garnison-Baubeamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Dem von dem Unternehmer als Bezugsquelle bezeichneten Fabrikanten wird von dem bauleitenden Beamten Mittheilung gemacht, wenn sich Anstände bezüglich der Ausführung der betreffenden Lieferungen ergeben.

Behufs Ueberwachung steht dem Garnison-Baubeamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Arbeiten angefertigt werden.

9. Erfüllung der Verbindlichkeiten, welche dem Unternehmer Handwerkern und Arbeitern gegenüber obliegen.

Der Unternehmer hat dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu ertheilen.

Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so ist die Behörde, welche den Vertrag genehmigt hat, berechtigt, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten u. s. w. dem bauleitenden Beamten zur Verfügung zu stellen.

Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, für die Errichtung einer Baukrankenkasse für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter Sorge zu tragen, resp. Legtere nach Maßgabe des Gesetzes vom 15. Juni 1883 — Reichsgesetzblatt Nr. 9 pro 1883 — betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, bei einer Orts- oder Gemeinde-Krankenkasse zu versichern. Unternehmer haftet der Militär-Verwaltung für Ausführung dieser Bestimmung, sowie auch für alle Nachteile, welche der Militär-Verwaltung etwa durch Unterlassung in Beziehung auf die Krankenversicherung der Arbeiter entstehen, mit der von ihm deponirten Kaution, sowie mit seinem ganzen übrigen Vermögen. Eine besondere Entschädigung wird für die durch Vorstehendes übernommene Verpflichtung Seitens der Militär-Verwaltung nicht gewährt.

10. Entziehung der Leistung.

Die Stelle, welche den Zuschlag ertheilt hat, ist berechtigt, den Vertrag aufzuheben, wenn sich nach Abschluß desselben herausstellt, daß der Unternehmer vorher mit Anderen Beratredungen behufs Enthaltung von der Verbindung oder sonst zum Schaden der Baufasse getroffen hatte; dieselbe Stelle ist befugt, dem Unternehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen, sowie den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. seine Leistungen untüchtig sind oder
- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den gemäß 9 get. offenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Leistung ist der Unternehmer durch eingeschriebenen Brief unter Androhung der Entziehung zur Beseitigung der vorliegenden Mängel, bezw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Entziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenersatz finden die Bestimmungen in 7 gleichmäßige Anwendung.

Nach beendeter Leistung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abschlagszahlungen können im Falle der Entziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

Ueber die insolge der Entziehung etwa zu erhebenden vermögensrechtlichen Ansprüche entscheidet in Ermangelung gütlicher Einigung das Schiedsgericht (25).

11. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des letzteren die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämmtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehälfen und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatz den Anordnungen des bauleitenden Beamten bezw. dessen Stellvertreters unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insoweit dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an den

ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abtritte herstellen, sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfection und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräte, sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

12. Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemeren Benutzung seitens der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

13. Beobachtung polizeilicher Vorschriften, Haftung des Unternehmers für seine Angestellten.

Für die Befolgung der bei Bauausführungen zu beachtenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergehenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, sowie Kosten der Arbeiterversicherung können der Baukasse nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Richtigkeit der Rüstungen. Dieser Verantwortung unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern zur Last fallenden Vernachlässigung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Ueberhaupt haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen und Unterlassungen seiner Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigentum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Baukasse zugefügt wird.

14. Aufmessung während des Baues und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Leistungen von beiderseits Beauftragten während der Ausführung gegenseitig anerkennende Aufzeichnungen gemacht werden, welche demnächst der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollendung der Leistungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, worauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Behändigungschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Ver-

handlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bzw. dem für denselben etwa erscheinenden Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgetheilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst, noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufzeichnungen, als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten finden im Falle der Entziehung (10) diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theilleistungen sofort abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

15. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Räume und Reihenfolge der Ansätze, genau nach dem Verbindungsanschlusse einzurichten ist, hat der Unternehmer den von dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwaige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen sind.

16. Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwaige Ausstellungen dagegen werden dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitgetheilt.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

17. Zahlung.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abschlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem Garnison-Baubeamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Die bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten bestehen, so soll das dem Unternehmer unbefristet zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

18. Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer

alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

19. Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen an der in den besonderen Bedingungen bezeichneten Kasse der Behörde.

20. Haftpflicht.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Haftpflicht für die Güte der Leistung beginnt mit dem Zeitpunkt der Abnahme.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches*) ist nicht statthaft.

21. Sicherheitsstellung, Bürgen.

Bürgen haben nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

22. Sicherheitsstellung (Kautions).

Kauttionen können in barem Gelde, guten Werthpapieren, Sparkassenbüchern oder nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde auch in sicheren — gezogenen — Wechseln bestellt werden.

Kautionsfähige Papiere sind folgende:

- 1) Die Schuldverschreibungen, welche vom deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate mit gesetzlicher Ermächtigung ausgestellt sind,
- 2) die Schuldverschreibungen, deren Verzinsung vom deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate gesetzlich garantirt ist,
- 3) die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenkassen,
- 4) die Schuldverschreibungen, welche von deutschen

*) Art. 347 des Handelsgesetzbuches lautet: „Ist die Waare von einem anderen Orte übersendet, so hat der Käufer ohne Verzug nach der Ablieferung, soweit dies nach dem ordnungsmäßigen Geschäftsgange thunlich ist, die Waare zu untersuchen, und wenn sich dieselbe nicht als vertragsmäßig oder gesetzmäßig (Art. 335) ergibt, dem Verkäufer sofort davon Anzeige zu machen.“

Bersäumt er dies, so gilt die Waare als genehmigt, soweit es sich nicht um Mängel handelt, welche bei der sofortigen Untersuchung nach ordnungsmäßigem Geschäftsgange nicht erkennbar waren.

Ergeben sich später solche Mängel, so muß die Anzeige ohne Verzug nach der Entdeckung gemacht werden, widrigenfalls die Waare auch rückichtlich dieser Mängel als genehmigt gilt.

Die vorstehende Bestimmung findet auch auf den Verkauf auf Besicht oder Probe, oder nach Probe Anwendung, insoweit es sich um Mängel der übersendeten Waare handelt, welche bei ordnungsmäßigem Besicht oder ordnungsmäßiger Prüfung nicht erkennbar waren.“

kommunalen Korporationen (Provinzen, Gemeinden, Kreisen etc.) oder von deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder seitens der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen,

5) die Sparkassenbücher von öffentlichen, obrigkeitlich bestätigten Sparkassen,

6) sichere Hypotheken und Pfandbriefe.

Die Annahme von Wechseln erfolgt nur, wenn die Aufsichtsbehörde solche für ganz zweifellos sicher erachtet.

Baar hinterlegte Kauttionen werden nicht verzinst. Zinstragenden Werthpapieren sind die Anweisungen (Talons) und Zinsscheine, insoweit bezüglich der letzteren in den besonderen Bedingungen nicht etwas Anderes bestimmt wird, beizufügen. Die Zinsscheine werden so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umtausch der Anweisungen (Talons), die Einlösung und den Erlass ausgelosener Werthpapiere, sowie den Erlass abgelaufener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bzw. einkassiren.

Die Rückgabe der Kautions, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat, und insoweit die Kautions zur Sicherung der Haftverpflichtung dient, nachdem die Haftzeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kautions in ganzer Höhe zur Deckung der Haftverbindlichkeit einzubehalten ist.

23. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Zustimmung der Behörde, welche den Vertrag genehmigt hat, darf der Unternehmer seine vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Bersfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist diese Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkurs-Eröffnung aufzuheben.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung, sowie der Erhaltung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen in 10 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältnis mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

24. Gerichtsstand.

Für die aus dem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der in 25 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem für den Ort der Bauausführung zuständigen Gerichte Recht zu nehmen.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Grasen	Speisebohnen	Erbsen	Glutartoffeln	Kartoffeln	Stammholz	Gen	Kornfleisch		
		Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	von der Meile	Donnerstag	
1	Angermünde	18 78	16 85	16 37	15 85	28 —	28 —	35 —	3 75	6 75	4 58	5 —	1 40	1 10	
2	Beeskow	17 50	17 22	—	16 50	27 50	27 50	37 50	2 90	7 —	—	6 80	1 20	1 —	
3	Bernau	18 98	17 46	17 57	17 26	26 —	30 —	44 —	5 —	7 10	—	6 75	1 25	1 10	
4	Brandenburg	19 20	17 83	15 65	17 72	32 50	35 —	45 —	3 10	6 40	—	6 05	1 40	1 20	
5	Dahme	18 82	17 26	16 43	17 —	25 —	32 —	45 —	2 50	6 50	4 —	7 50	1 —	1 —	
6	Eberswalde	18 93	17 30	18 50	16 65	24 —	24 —	32 —	3 20	8 —	—	6 —	1 40	1 10	
7	Fahelberg	19 28	17 40	15 50	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 —	
8	Jüterbog	18 90	18 23	17 —	17 50	28 —	30 —	50 —	3 —	7 —	—	7 —	1 20	1 10	
9	Kudenwalde	18 89	17 79	—	17 64	36 —	36 —	40 —	3 10	6 34	—	6 75	1 20	1 20	
10	Perleberg	18 74	17 13	14 59	16 98	27 —	35 —	50 —	3 50	6 57	—	6 57	1 40	1 20	
11	Potsdam	18 95	17 81	16 69	17 95	28 —	33 —	42 —	3 83	7 13	—	6 —	1 35	1 10	
12	Prenzlau	19 01	16 87	17 65	16 25	22 —	30 —	30 —	3 50	6 50	5 —	5 —	1 30	95	
13	Prignitz	18 67	16 88	16 28	15 98	19 —	30 —	39 —	2 50	6 25	5 25	5 50	1 30	1 —	
14	Rathenow	19 50	17 50	16 50	19 —	30 —	35 —	44 —	2 96	5 91	—	5 10	1 40	1 20	
15	Neu-Ruppin	19 —	17 —	16 32	16 76	30 —	32 —	50 —	2 74	8 —	—	6 —	1 40	1 15	
16	Schwedt	19 —	17 73	17 —	17 18	26 67	31 25	31 25	3 —	6 50	—	6 10	1 20	1 —	
17	Spanbau	18 75	17 25	15 25	17 25	28 —	37 —	46 —	4 —	7 25	—	6 50	1 45	1 20	
18	Strausberg	19 75	17 65	19 25	17 94	19 —	30 50	35 —	3 —	8 32	—	7 97	1 20	1 10	
19	Teltow	19 —	17 36	17 60	17 82	40 —	40 —	55 —	4 25	7 46	6 17	7 46	1 50	1 10	
20	Templin	18 50	17 —	17 —	17 —	17 50	50 —	60 —	3 —	8 —	—	7 —	1 20	1 —	
21	Treuenbriezen	19 90	17 80	15 70	16 50	26 —	24 —	30 —	3 —	6 —	—	5 50	1 20	1 —	
22	Wittstock	18 63	17 19	15 50	16 30	18 —	36 —	44 —	2 57	6 —	4 —	4 53	1 —	90	
23	Wriezen a. D.	18 16	17 56	18 36	16 25	22 —	30 50	34 —	3 —	6 —	4 69	5 50	1 30	1 —	
Durchschnitt		18 91	17 39	15 94	17 07	—	—	—	3 26	6 36	—	6 22	—	—	

Potsdam, den 10. März 1890.

Erledigung einer Kreisbierarztsstelle.

64. Die Stelle des Kreisbierarztes im Kreise Templin ist durch das Ableben des bisherigen Inhabers erledigt.

Bewerber, welche die Prüfung als Kreisbierarzt abgelegt haben, wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufs bis zum 15. April d. J. bei mir melden.

Der bisherige Inhaber der Stelle hat, außer dem Gehalte von 600 M., noch ein Nebeneinkommen von 540 M. jährlich aus Kreis- und aus städtischen Mitteln gehabt.

Potsdam, den 6. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Statut der „Allianz“, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin.

18. Diesem Stück des Amtsblattes ist eine Extrablatt beigelegt, welche das Statut der „Allianz“, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin, nebst dem dazu gehörigen Wechselformular, sowie die darauf be-

zügliche Genehmigungsurkunde vom 13. Januar 1890 enthält. Berlin, den 28. Februar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Errichtung von Apotheken

19. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 26. v. M. die Verlegung der von Jacobowski'schen Apotheke, Mödernerstraße Nr. 117, nach dem Grundstück Yorkstraße Nr. 18, sowie die Errichtung einer neuen Apotheke in der Königgräferstraße südlich von der Grobberrenstraße mit Ausschluß der Ecke der Legation und der derselben gegenüber liegenden Häuser genehmigt. Geeignete Bewerber um die letztgedachte Neuanlage werden zur Meldung binnen einer Präklusivfrist von 6 Wochen mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben. Der Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis über die zur Ueber-

Preise im Monat Februar 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
Kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Sammelfleisch	Speck	Butter	Ein Schod- Gier.	Rehl		Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefleisch	Schweine- schmalz, feing.		
						Steigen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Grande	Größe					mittler gelber in gebr. Bohnen					
Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.		
1 30	— 90	1 05	1 90	2 10	3 40	35	30	55	45	45	60	60	60	3 40	3 60	20	2 —		
1 30	— 75	— 95	1 80	2 —	3 23	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 40	1 26	1 15	2 33	1 75	3 88	30	20	50	50	60	40	50	35	2 60	3 20	20	1 60		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	4 20	40	30	50	40	50	50	50	50	3 60	3 80	20	1 60		
1 40	— 90	1 —	1 80	2 —	2 40	32	26	60	40	50		50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	4 10	32	30	60	60	50		60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 32	1 25	1 05	1 85	2 10	3 42	38	26	50	55	60	60	50	60	2 80	4 —	20	1 80		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	3 40	34	29	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 60	36	24	50	40	40	60	36	60	2 50	3 60	20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 79	3 50	50	36	50	40	50	50	40	50	3 80	3 80	20	2 —		
1 50	1 15	1 25	1 80	2 15	4 08	42	35	50	50	50	50	45	70	3 —	3 80	20	2 —		
1 40	— 90	1 10	1 90	2 20	3 16	32	30	60	40	55	60	55	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 38	1 —	1 10	2 —	1 88	2 80	25	24	40	40	40	50	40	50	3 40	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 20	32	29	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	3 50	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	1 80	4 —	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 60	1 28	1 25	1 80	2 50	3 50	40	30	50	50	50	50	50	65	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 60	2 40	3 72	35	25	55	50	45	50	50	50	3 —	3 80	20	1 40		
1 50	1 30	1 25	1 60	2 30	5 06	40	30	60	60	50	60	50	60	2 40	2 80	20	1 20		
1 40	— 80	1 —	1 80	2 40	3 50	30	25	60	50	60	60	40	50	3 40	3 80	20	1 80		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	4 —	32	26	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 80		
1 28	— 70	1 04	1 80	1 98	2 87	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 15	1 80	2 20	3 30	25	27	50	40	40	60	50	50	3 25	3 50	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

nahme bezw. Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, d. ein polizeiliches Führungs-Attest. Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat oder — falls dies der Fall sein sollte — die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Neuanlagen vorzulegen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche 10 und mehr Jahre sich vom Apothekensache abgewandt haben oder, welche erst nach dem Jahre 1875 approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreib- werkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Berlin, den 3. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

Apotheken-Räumlichkeiten betreffend.

20. Im Verlaufe der letzten Jahre sind mehrfach Apotheken-Räumlichkeiten ohne meine Genehmigung nach Ausdehnung oder Lage verändert worden.

Die für die Anlage einer Apotheke in Aussicht genommenen Räume werden von der Aufsichtsbehörde vor ihrer Einrichtung nicht allein bau- sondern stets auch medizinisch-polizeilich darauf geprüft, ob dieselben ihrer künftigen Bestimmung überhaupt, wie insbesondere nach räumlicher Ausdehnung und Lage zu einander entsprechend gewählt sind. Erst nachdem die Aufsichts- behörde sich mit der getroffenen Wahl einverstanden erklärt hat, darf die Einrichtung der Räume beginnen. Dieses Verfahren hat den Zweck, Unzuträglichkeiten für den Apothekenbesitzer bei der Eröffnungsrevision zu ver- hüten, bei welcher die Offizin wie die Nebenräume auch in Ansehung des Raumes (Instruktion für das Verfahren bei Apotheken-Revisionen vom 21. Oktober 1819 Ziffer 7 und 8) zu besichtigen sind. Jede Ver- änderung jener Räume bedarf daher der Genehmigung der Aufsichtsbehörde d. h. für Berlin und Charlottenburg des Unterzeichneten.

Die Herren Apotheken-Besitzer und Verwalter mache ich hierauf unter Hinweis auf § 132 des Ge- setzes über die allgemeine Landesverwaltung vom

30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) und die daraus eventuell sich ergebenden Folgen ausdrücklich aufmerksam.

Berlin, den 7. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

Verkauf von Obst, Kartoffeln und Torf von Rähnen.

21. Der Verkauf von Obst, Kartoffeln und Torf von Rähnen auf den zum Polizeibezirk von Berlin gehörigen Wasserstraßen ist vom 1. Mai 1890 ab nicht mehr gestattet.

Die strompolizeilichen Bekanntmachungen vom 20. September 1878 und 29. Juli 1884 (Sammlung der Polizei-Berordnungen und polizeilichen Vorschriften für Berlin von 1887 Seite 634 und 635, bezw. Seite 636 und 637) werden zum 1. Mai 1890 aufgehoben. Berlin, den 26. Februar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat Februar 1890.

22. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Mgr. Weizen (gut)	19	Mark	65	Pf.
" " " do. (mittel)	19	"	—	"
" " " do. (gering)	18	"	30	"
" " " Roggen (gut)	17	"	78	"
" " " do. (mittel)	17	"	46	"
" " " do. (gering)	17	"	14	"
" " " Gerste (gut)	20	"	06	"
" " " do. (mittel)	17	"	73	"
" " " do. (gering)	14	"	94	"
" " " Hafer (gut)	17	"	83	"
" " " do. (mittel)	17	"	21	"
" " " do. (gering)	16	"	50	"
" " " Erbsen (gut)	20	"	14	"
" " " do. (mittel)	18	"	19	"
" " " do. (gering)	17	"	27	"
" " " Nichtstroph	7	"	20	"
" " " Heu	6	"	61	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 kg

Hafer Stroh Heu
im Monat Februar 9,47 Mk., 4,02 Mk., 3,94 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Mgr. Erbsen (gelbe & Rother)	26	Mark	83	Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	30	"	04	"
" " " Linzen	43	"	88	"
" " " Kartoffeln	5	"	—	"
" 1 Mgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	25	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	10	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	42	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	26	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	15	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	65	"
" 1 " Eibutter	2	"	31	"
" 60 Stück Eier	3	"	99	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Mgr. Erbsen (gelbe & Rother)	32	Mark	50	Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
" " " Linzen	45	"	—	"
" " " Kartoffeln	4	"	75	"
" 1 Mgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	35	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	—	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	50	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	35	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	10	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	60	"
" 1 " Eibutter	2	"	40	"
" 60 Stück Eier	3	"	75	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Februar 1890:

1) In Berlin:

für 1 Mgr. Weizenmehl N° 1	36	Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	34	"
" 1 " Gerstengraupe	43	"
" 1 " Gerstengröße	40	"
" 1 " Buchweizengröße	45	"
" 1 " Hirse	40	"
" 1 " Reis (Java)	70	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2	Mark 75
" 1 " " (gelb in		
" 1 " gebr. Bohnen)	3	78
" 1 " Speisesalz	20	"
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	40

2) In Charlottenburg:

für 1 Mgr. Weizenmehl N° 1	50	Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	40	"
" 1 " Gerstengraupe	60	"
" 1 " Gerstengröße	50	"
" 1 " Buchweizengröße	50	"
" 1 " Hirse	50	"
" 1 " Reis (Java)	80	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2	80
" 1 " " (gelb in		
" 1 " gebr. Bohnen)	3	60
" 1 " Speisesalz	20	"
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	50

Berlin, den 6. März 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Anlage des 3ten und 4ten Geleises der Berliner Ringbahn vom Bahnhof Wedding bis Bahnhof Westend.

23. Durch den Allerhöchsten Erlass vom 10. April 1889 (G.-S. S. 95) ist verordnet worden, daß für die in dem Gesetze vom 8. April 1889 § 2 I. 2 (G.-S. S. 71) vorgesehenen Anlage des 3ten und 4ten Geleises der Berliner Ringbahn vom Bahnhof Wedding bis Bahnhof Westend das Recht zur Enteignung und dauernden Beschränkung derjenigen Grundstücke Platz greift, welche zur Bauausführung nach den von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgestellten Plänen notwendig sind.

Nachdem der für diese Bauausführung ausgearbeitete Plan für die Strecke von Bahnhof Wedding bis Bahnhof Westend durch den Erlass des Herrn

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 11.

Den 14. März

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Reichstagswahlen im I. Berliner Wahlkreise.

S. Der Rechtsanwalt Träger zu Nordhausen hat die im I. Berliner Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl zum Reichstagsabgeordneten abgelehnt.

In Folge dessen habe ich in Gemäßheit des § 34 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 den Termin zur Neuwahl auf Montag, den 24. März 90., unter Genehmigung des Herrn Ministers des Innern anberaumt und den Stadtrath Rochmann zu Berlin zum Wahlkommissar, sowie den Stadtrath Bail dasselbst zu dessen Stellvertreter ernannt, was gemäß § 8 des Reglements hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 11. März 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten. Stiefseuchen.

61. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer verendeten Kuh des Erbsefers Wille zu Neuholland, Kreis Niederbarnim; die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Aderbürgers Lange zu Bernau, Kreis Niederbarnim; unter dem Rindviehstande des Bauern

Dahms zu Boegow, Kreis Osthavelland; unter dem Rindviehstande des Gutsbesizers Hauße zu Baldau, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; unter dem Rindviehstande des Rittergutsbesizers Bolle zu Rauschenborn, Kreis Ruppín; unter den Rindern des Kaufmanns Göttrich zu Nixdorf, Kreis Teltow;

die Influenza bei einem Pferde des Butterhändlers Herzberg zu Falkenberg, Kreis Osthavelland; die Räude bei einem Pferde des Schlächters Ziemer zu Lichtenberg, Kreuzigerstraße 2, Kreis Niederbarnim.

Erlöschen ist:

der Milzbrand auf dem Dominium Rahlow, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Dorfes Malsow, Kreis Niederbarnim; in Drahenborn und Lauche, Kreis Weesow-Storkow.

Die wegen Rogoverdachts über die in Potsdam in den Ställen zwischen dem Hauener und Jägerthor befindlichen Remonten des 1. Garde-Mulden- und des Regiments der Garde du Corps auf 6 Monate verhängte Stallsperrung ist aufgehoben, da weitere Erkrankungen nicht vorgekommen sind. Der vor dem Hause Brandenburgischer Communication befindliche Straßenbrunnen ist zur Benutzung wieder freigegeben worden.

Potsdam, den 11. März 1890.

Der Regierungspräsident.

62.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Februar 1890 in den Hauptmarkorten der Kreise des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Gauisende Nummer.	Ge- loseten je 50 Kilogramm.	Weesow für Kreis Wees- ow- Storkow.		Brandenburg für Brand- enburg und Kreis West- havelland.		Lucken- walde für Kreis Jüter- bog- Lucken- walde.		Perle- berg für Kreis West- Prignitz.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Bauch- Beizig.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Neu- Ruppín für Kreis Ruppín.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Wittstock für Kreis Ost- Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	893		955,5		931		891		972		866		886		901,5		873,5		Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Osthavelland und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Marktort.
2.	Heu	357		341,5		368		355		369		315		315		321		237		
3.	Richtstroh	368		346,5		351		355		4—		368		420		341		315		

Potsdam, den 10. März 1890.

Der Regierungspräsident.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt =				
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es				
		Weizen	Roggen	Gerste	Fafer	Erbsen	Schneebohnen	Binsen	Ergartoßeln	Rüchstroh	Krummstroh	Hen	Rindfleisch	von der	Seile	Wand-
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	18 78	16 85	16 37	15 85	28 —	28 —	35 —	3 75	6 75	4 58	5 —	1 40	1 10		
2	Beeskow	17 50	17 22	—	16 50	27 50	27 50	37 50	2 90	7 —	—	6 80	1 20	1 —		
3	Bernau	18 98	17 46	17 57	17 26	26 —	30 —	44 —	5 —	7 10	—	6 75	1 25	1 10		
4	Brandenburg	19 20	17 83	15 65	17 72	32 50	35 —	45 —	3 10	6 40	—	6 05	1 40	1 20		
5	Dahme	18 82	17 26	16 43	17 —	25 —	32 —	45 —	2 50	6 50	4 —	7 50	1 —	1 —		
6	Eberswalde	18 93	17 30	18 50	16 65	24 —	24 —	32 —	3 20	8 —	—	6 —	1 40	1 10		
7	Havelberg	19 28	17 40	15 50	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 —		
8	Jüterbog	18 90	18 23	17 —	17 50	28 —	30 —	50 —	3 —	7 —	—	7 —	1 20	1 10		
9	Ludenwalde	18 89	17 79	—	17 64	36 —	36 —	40 —	3 10	6 34	—	6 75	1 20	1 20		
10	Perleberg	18 74	17 13	14 59	16 98	27 —	35 —	50 —	3 50	6 57	—	6 57	1 40	1 20		
11	Potsdam	18 95	17 81	16 69	17 95	28 —	33 —	42 —	3 83	7 13	—	6 —	1 35	1 10		
12	Prenzlau	19 01	16 87	17 65	16 25	22 —	30 —	30 —	3 50	6 50	5 —	5 —	1 30	95		
13	Prigwall	18 67	16 88	16 28	15 98	19 —	30 —	39 —	2 50	6 25	5 25	5 50	1 30	1 —		
14	Rathenow	19 50	17 50	16 50	19 —	30 —	35 —	44 —	2 96	5 91	—	5 10	1 40	1 20		
15	Neu-Muppin	19 —	17 —	16 32	16 76	30 —	32 —	50 —	2 74	8 —	—	6 —	1 40	1 15		
16	Schwedt	19 —	17 73	17 —	17 18	26 67	31 25	31 25	3 —	6 50	—	6 10	1 20	1 —		
17	Spandau	18 75	17 25	15 25	17 25	28 —	37 —	46 —	4 —	7 25	—	6 50	1 45	1 20		
18	Strausberg	19 75	17 65	19 25	17 94	19 —	30 50	35 —	3 —	8 32	—	7 97	1 20	1 10		
19	Teltow	19 —	17 36	17 60	17 82	40 —	40 —	55 —	4 25	7 46	6 17	7 48	1 50	1 10		
20	Templin	18 50	17 —	17 —	17 —	17 50	50 —	60 —	3 —	8 —	—	7 —	1 20	1 —		
21	Treuenbriezen	19 90	17 80	15 70	16 50	26 —	24 —	30 —	3 —	6 —	—	5 50	1 20	1 —		
22	Wittstock	18 63	17 19	15 50	16 30	18 —	36 —	44 —	2 57	6 —	4 —	4 53	1 —	90		
23	Wriezen a. D.	18 16	17 56	18 36	16 25	22 —	30 50	34 —	3 —	6 —	4 69	5 50	1 30	1 —		
Durchschnitt		18 91	17 39	15 94	17 07	—	—	—	3 26	6 85	—	6 22	—	—	—	—
Potsdam, den 10. März 1890.																

Erledigung einer Kreisbierarztsstelle.

64. Die Stelle des Kreisbierarztes im Kreise Templin ist durch das Ableben des bisherigen Inhabers erledigt.

Bewerber, welche die Prüfung als Kreisbierarzt abgelegt haben, wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufs bis zum 15. April d. J. bei mir melden.

Der bisherige Inhaber der Stelle hat, außer dem Gehalte von 600 M., noch ein Nebeneinkommen von 540 M. jährlich aus Kreis- und aus-kädtischen Mitteln gehabt.

Potsdam, den 6. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Statut der „Allianz“, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin.

18. Diesem Stüd des Amtsblattes ist eine Extra-Beilage beigelegt, welche das Statut der „Allianz“, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin, nebst dem dazu gehörigen Wechselformular, sowie die darauf be-

zügliche Genehmigungsurkunde vom 13. Januar 1890 enthält. Berlin, den 28. Februar 1890.

Der Polizei-Präsident.

Errichtung von Apotheken

19. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlaß vom 26. v. M. die Verlegung der von Jacobowski'schen Apotheke, Rüdernstraße Nr. 117, nach dem Grundstück Yorckstraße Nr. 18, sowie die Errichtung einer neuen Apotheke in der Königgräzerstraße südöstlich von der Großbeerstraße mit Ausschluß der Ecke der Letzteren und der derselben gegenüber liegenden Häuser genehmigt. Geeignete Bewerber um die letztgedachte Neuanlage werden zur Meldung binnen einer Befristung von 6 Wochen mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben. Der Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis über die zur Ueber-

Preise im Monat Februar 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Rindfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Ein Schod Bier.	Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Gerste	Grüne	Buchweizen-Grüne	Hafergrüne	Erbsen	Bohnen	Java-Kaffee	mittler gelber in gebr. Bohnen	Speisefalz	Schweinefleisch, stückl.		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 30	— 90	1 05	1 90	2 10	3 40	— 35	— 30	— 55	— 45	— 45	— 60	— 60	— 60	3 40	3 60	— 20	2 —		
1 30	— 75	— 95	1 80	2 —	3 23	— 40	— 26	— 50	— 60	— 50	— 80	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 26	1 15	2 33	1 75	3 88	— 30	— 20	— 50	— 50	— 60	— 40	— 50	— 35	2 60	3 20	— 20	1 60		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	4 20	— 40	— 30	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 60	3 80	— 20	1 60		
1 40	— 90	1 —	1 80	2 —	2 40	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	4 10	— 32	— 30	— 60	— 60	— 50	— 50	— 60	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 32	1 25	1 05	1 85	2 10	3 42	— 38	— 26	— 50	— 55	— 60	— 60	— 50	— 60	2 80	4 —	— 20	1 80		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	3 40	— 34	— 29	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 60	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	2 50	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 79	3 50	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 80	3 80	— 20	2 —		
1 50	1 15	1 25	1 80	2 15	4 08	— 42	— 35	— 50	— 50	— 50	— 50	— 45	— 70	3 —	3 80	— 20	2 —		
1 40	— 90	1 10	1 90	2 20	3 16	— 32	— 30	— 60	— 40	— 55	— 60	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 38	1 —	1 10	2 —	1 88	2 80	— 25	— 24	— 40	— 40	— 40	— 50	— 40	— 50	3 40	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 20	— 32	— 29	— 40	— 44	— 45	— 44	— 40	— 60	3 25	3 50	— 20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	3 50	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	1 80	4 —	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 20	3 40	— 20	2 —		
1 60	1 28	1 25	1 80	2 50	3 50	— 40	— 30	— 50	— 50	— 50	— 50	— 50	— 65	3 40	3 80	— 20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 60	2 40	3 72	— 35	— 25	— 55	— 50	— 45	— 50	— 50	— 50	3 —	3 80	— 20	1 40		
1 50	1 30	1 25	1 60	2 30	5 06	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	2 40	2 80	— 20	1 20		
1 40	— 80	1 —	1 80	2 40	3 50	— 30	— 25	— 60	— 50	— 60	— 60	— 40	— 50	3 40	3 80	— 20	1 80		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	4 —	— 32	— 26	— 50	— 40	— 50	— 50	— 30	— 50	3 30	3 60	— 20	1 80		
1 28	— 70	1 04	1 80	1 98	2 87	— 28	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 30	1 10	1 15	1 80	2 20	3 30	— 25	— 27	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 50	3 25	3 50	— 20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

nahme bezw. Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, d. ein polizeiliches Führungs-Attest. Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat oder — falls dies der Fall sein sollte — die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Renanlagen vorzulegen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche 10 und mehr Jahre sich vom Apothekensache abgewandt haben oder welche erst nach dem Jahre 1875 approbiert sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker sehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Berlin, den 3. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

Apotheken-Räumlichkeiten betreffend.

20. Im Verlaufe der letzten Jahre sind mehrfach Apotheken-Räumlichkeiten ohne meine Genehmigung nach Ausdehnung oder Lage verändert worden.

Die für die Anlage einer Apotheke in Aussicht genommenen Räume werden von der Aufsichtsbehörde vor ihrer Einrichtung nicht allein bau- sondern stets auch medizinisch-polizeilich darauf geprüft, ob dieselben ihrer künftigen Bestimmung überhaupt, wie insbesondere nach räumlicher Ausdehnung und Lage zu einander entsprechend gewählt sind. Erst nachdem die Aufsichtsbehörde sich mit der getroffenen Wahl einverstanden erklärt hat, darf die Einrichtung der Räume beginnen. Dieses Verfahren hat den Zweck, Unzuträglichkeiten für den Apothekenbesitzer bei der Eröffnungsrevision zu verhüten, bei welcher die Offizin wie die Nebenräume auch in Ansehung des Raumes (Instruktion für das Verfahren bei Apotheken-Revisionen vom 21. Oktober 1819 Ziffer 7 und 8) zu besichtigen sind. Jede Veränderung jener Räume bedarf daher der Genehmigung der Aufsichtsbehörde d. h. für Berlin und Charlottenburg des Unterzeichneten.

Die Herren Apotheken-Besitzer und Verwalter mache ich hierauf unter Hinweis auf § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Verichte, welche die Ausweisung begründen hat.	Datum der Ausweisungs- Verfügung.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Wigeneder, Schneider,	geboren am 16. Sep- tember 1862 zu Eim, Defterreich, ortsan- gehörig zu Ebernberg, Bezirk Scharding, eben- daselbst,	schwerer Diebstahl (für Königlich Bayerisches Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 21. Jan- bruar 1885),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Donau- wörth,	25. Januar 1890.
2	Theresa Heinrich, kübige Dienstmagd,	geboren am 28. Novem- ber 1863 zu Weisbach, Bezirk Freimwalbau, Defterreichisch-Schle- sien, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 22. Fe- bruar 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Eirgnitz,	14. Februar 1890.
3	Heinrich Pennissen, Schuhmacher,	geboren am 10. Februar 1857 zu Alimmen, Niederlande, ortsan- gehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl (1 Jahr Königlich Preussischer 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 15. August 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	12. Februar 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Thomas Fischer, Bäcker,	geboren am 24. April 1853 zu Wien, Defter- reich, ortsangehörig zu Pilsen, Böhmen,	Landstreichen, 1853 zu Wien, Defter- reich, ortsangehörig zu Pilsen, Böhmen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bich- tach,	30. Januar 1890.
2	Michael Kofall, Müller,	geboren im Jahre 1846 zu Obernath, Bezirk Oberhollabrunn, Defter- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln, Bezirk Oberhollabrunn, Defter- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Schre- benhausen,	desgleichen.
3	Gustav Wittmann, Maler,	31 Jahre alt, geboren zu Kronstadt, Mähren, ortsangehörig zu Jglau, ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Sadi- scher Landeskommissär zu Mannheim,	11. Februar 1890.
4	Karl Ricot, Tischlergeselle,	geboren im Jahre 1841 zu Clerval, Frankreich, französischer Staats- angehöriger,	Landstreichen u. Betteln, zu Clerval, Frankreich, französischer Staats- angehöriger,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	1. Februar 1890.
5	Karl Javos, Müller,	geboren am 10. No- vember 1850 zu Bel- sowice, Bezirk Olmütz, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln, zu Bel- sowice, Bezirk Olmütz, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Dresden,	14. Februar 1890.
6	Antoni Rosenfeld, Arbeiter,	geboren am 23. März 1840 zu Klatz, Be- zirk Bocknia, Galiz- ien, ortsangehörig zu Krafsau, ebendaselbst,	desgleichen, 1840 zu Klatz, Be- zirk Bocknia, Galiz- ien, ortsangehörig zu Krafsau, ebendaselbst,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	16. Januar 1890.

Hierzu eine Beilage, enthaltend die Statuten der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin,
sowie fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Zeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Hays'schen Erben (E. Hays, Hof-Buchdrucker).

Die Försterstelle Eischeide in der Oberförsterei Nechteich ist vom 1. Mai d. J. ab dem Förster Kamper zu Login, Oberförsterei Gr. Schönebeck, übertragen worden.

Die Försterstelle Canne in der Oberförsterei Eopenitz ist vom 1. April d. J. ab dem Förster Straßburg zu Hohenbinde, Oberförsterei Müdersdorf, übertragen worden.

Die Försterstelle Nieder-Schönhausen in der Oberförsterei Tegel ist vom 1. April d. J. ab dem Hegemeister Lindenbergl zu Tegelgrund, Oberförsterei Tegel, übertragen worden.

Die Försterstelle Hermsdorf zu Tegelgrund in der Oberförsterei Tegel ist vom 1. April d. J. ab dem Förster Monstky zu Briesse, Oberförsterei Dranienburg, übertragen worden.

Die Försterstelle Hohenbinde in der Oberförsterei Müdersdorf ist vom 1. April d. J. ab dem Förster Schulz zu Langendamm, Oberförsterei Cospin, übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Feldwebel Giese, 3. Forstausseher in der Oberförsterei Grimniz, ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Briesse in der Oberförsterei Dranienburg vom 1. April d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, int. Waldwärter Kühne zu Leegebruch in der Oberförsterei Dranienburg ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Zühlisdorf in der Oberförsterei Schönwalde vom 1. April d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher Bodt zu Friedrichswalde in der Oberförsterei Reiersdorf ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Langendamm in der Oberförsterei Cospin vom 1. April d. J. ab übertragen worden.

Die Waldwärterstelle Bärenklau in der Oberförsterei Dranienburg ist vom 1. April d. J. ab dem Forstausseher Greiner zu Wasdorf, Oberförsterei Schönwalde, interimistisch übertragen worden.

Der bisherige Diaconus zu Templin, Johann Julius Berndt, ist zum Pfarrer der Pfarodie Bögow, Diözese Spandau, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Kaltenborn, Diözese Jüterbog, ist durch das am 11. Februar d. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Schirlich zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt für den vorliegenden Fall durch das Kirchenregiment.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Lenzen, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Diaconus Franke zum 1. Mai d. J. zur Erledigung.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Liepe, Diözese Rathenow, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Schmidt in nächster Zeit zur Erledigung.

Dem Oberlehrer Leisering am Sophien-Realgymnasium in Berlin ist der Professortitel verliehen worden.

Personalveränderungen
im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Februar sind:
ernannt: zum Telegraphenamtsassistenten der Ober-Postdirectionssecretair Frischke, zum Ober-Postsecretair der Postsecretair Mohr, zum Bureaualfistenten der Telegraphenamtsassistent von Przybylski,
angestellt: als Postsecretaire die Postpraktikanten Burchardt, Bugmann, Ebert, Haenßler, Krause, Kuppe, Läder, Mehlig, W. A. E. Meyer, Passche, Stöckert und Westphal, als Postassistent der Postassistent Lemme,
versetzt: der Telegraphenssecretair Berndt nach Bochum,
gestorben: der Postsecretair Altermatt.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen

an der königlichen thierärztlichen Hochschule zu Hannover.

Sommersemester 1890.

Beginn am 10. April.

Direktor, Geheimer Regierungsrath, Medizinalrath, Professor Dr. Dammann: Seuchenlehre und Veterinär-Polizei, Diätetik. — Professor Dr. Lustig: Allgemeine Chirurgie, Untersuchungsmethoden, Allgemeine Therapie, Spitalklinik für große Hausthiere. — Professor Dr. Kabe: Allgemeine Pathologie und allgemeine pathologische Anatomie, Spitalklinik für kleine Hausthiere, Obduktionen und pathologisch-anatomische Demonstrationen, Pflanzliche Parasiten, Fleischbeschau mit Uebungen. — Professor Dr. Kaiser: Operationslehre, Geburtshülfe mit Uebungen am Phantom, Geschichte der Thierheilkunde, Ambulatorische Klinik. — Lehrer Tereg: Physiologie I., Arzneimittellehre und Toxikologie. — Lehrer Dr. Arnold: Organische Chemie, Rezeptirkunde, Pharmaceutische Uebungen, Uebungen im chemischen Laboratorium. — Lehrer Boether: Anatomie der Sinnesorgane, Histologie und Embryologie, Histologische Uebungen, Allgemeine Anatomie, Osteologie und Syndesmologie. — Professor Dr. Heß: Botanik. — Lehrer Geiß: Uebungen am Huf. — Sanitätsrath Dr. med. Esberg: Ophthalmoskopischer Cursus.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich.

Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Prüfungen in Deutschland nicht beanspruchen.

Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms

die Direction der thierärztlichen Hochschule.

Dr. Dammann.

§ 7.

Dividendenscheine werden auf den Inhaber gestellt. Ein Aufgebot findet bezüglich derselben nicht statt.

Dividendenscheine verfallen zu Gunsten der Gesellschaft, wenn sie nicht innerhalb vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres ab, in welchem sie zur Auszahlung fällig waren, erhoben worden sind.

Geht ein Dividendenschein verloren und ist hierüber innerhalb vorstehender Frist bei der Gesellschaft Anzeige gemacht, so wird der Betrag hiefür dem Anmelgenden nach Ablauf eines weiteren Kalenderjahres ausbezahlt, sofern nicht der Dividendenschein selbst inzwischen eingehoben worden ist. Durch solche Verlustanzeige wird die Gesellschaft weder zur Prüfung der Legitimation des Präsentanten, noch zur Eistung der Auszahlung verpflichtet.

§ 8.

Beschädigte Aktien, Interimsscheine und Dividendenscheine können, wenn über ihre Echtheit kein Zweifel obwaltet, durch neue Ausfertigungen unter gleicher Nummer auf Kosten des Antragstellers ersetzt werden.

Abchnitt II.

Generalversammlung, Aufsichtsrath, Direktion.

A. Generalversammlung.

§ 9.

Die Anmeldung zur Generalversammlung erfolgt beim Vorstand der Gesellschaft mindestens am zweiten Tage vor der Generalversammlung.

Nur Aktionäre, welche als solche im Aktienbuche der Gesellschaft eingetragen sind, können (in Person oder durch ihre gesetzlichen Vertreter, oder durch einen schriftlich Bevollmächtigten) an der Generalversammlung Theil nehmen, sofern sie sich über den Aktienbesitz durch Vorzeigung der Aktien oder durch Vorlage eines Besigzeugnisses ausweisen, welches gerichtlich oder notariell, oder von einer in der Einladung zur Generalversammlung bezeichneten Anmeldestelle ausgestellt sein muß.

Der Vorstand ertheilt den rechtzeitig Anmelgenden Eintrittskarten und Stimmzettel.

§ 10.

Die Einladungen zu der Generalversammlung erfolgen, unbeschadet der Befugnisse des Vorstandes nach Art. 236 des Handelsgesetzbuches, durch den Aufsichtsrath mittels öffentlicher Bekanntmachung mindestens 3 Wochen vor dem Versammlungstage.

Diese Frist ist dergestalt zu bemessen, daß zwischen dem Datum der Bekanntmachung enthaltenden Blattes und dem Datum der Versammlung selbst, beide Daten nicht mit eingerechnet, ein Zeitraum von mindestens 3 Wochen liegt.

Versammlungsort, Tag und Stunde, sowie die Tagesordnung sind in der Bekanntmachung anzugeben.

§ 11.

Die ordentliche Generalversammlung findet regelmäßig im zweiten Quartale jeden Kalenderjahres statt

und sind die zur Tagesordnung derselben gehörigen Gegenstände folgende:

- 1) Der Geschäftsbericht der Direktion und der Bericht des Aufsichtsrathes über die Prüfung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung;
- 2) Beschlussfassung über die Vertheilung des Gewinnrethes (§ 37);
- 3) Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes;
- 4) Wahl einer aus drei Aktionären bestehenden Kommission zur Revision der Bilanz des laufenden Geschäftsjahres und Entlastung des Vorstandes auf Antrag des Aufsichtsrathes;
- 5) Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Anträge des Vorstandes, des Aufsichtsrathes oder der Aktionäre.

Anträge von Aktionären müssen jedoch nach Maßgabe des Art. 237 des Handelsgesetzbuches eingebracht sein.

Außerordentliche Generalversammlungen können so oft berufen werden, als es die Geschäfte erfordern.

Ist weder ein gehörig constituirter Aufsichtsrath noch ein Vorstand vorhanden, so ist jeder einzelne Aktionär, ohne Rücksicht auf die Höhe eines Aktienbesitzes, berechtigt, sich von dem das Handelsregister führenden Richter ermächtigen zu lassen, seinerseits eine Generalversammlung einzuberufen.

§ 12.

Den Vorsitz in der Generalversammlung, mag dieselbe durch den Vorstand oder durch den Aufsichtsrath berufen sein, führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder dessen Stellvertreter. Ist keiner derselben erschienen, oder ist kein gehörig constituirter Aufsichtsrath vorhanden, so eröffnet derjenige Aktionär, welcher den größten Aktienbesitz angemeldet hat, bei gleich hohem Aktienbesitz Mehrerer, der unter diesen durch das Loos zu bestimmende Aktionär die Versammlung und läßt von dieser einen Vorsitzenden wählen. Ist die Generalversammlung auf Ermächtigung des Gerichts durch einen Aktionär berufen, so gebührt diesem der Vorsitz, der ihn auch alsdann an einen anderen Aktionär abtreten kann; ist dieselbe unter gleicher Voraussetzung durch mehrere Aktionäre berufen, so haben dieselben unter sich einen Vorsitzenden zu wählen.

Abstimmungen müssen, sobald ein stimmberechtigter Aktionär dies verlangt, schriftlich durch Stimmzettel vorgenommen werden.

Außerdem entscheidet die Generalversammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden über Abstimmungsform und Geschäftsordnung.

Die Beschlüsse werden, soweit nicht das Gesetz oder das Statut eine größere Mehrheit erfordert, mit absoluter Mehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit gilt der gestellte Antrag als abgelehnt.

Die über die Beschlüsse und Wahlhandlungen zu errichtende Notariatsurkunde wird vom Vorsitzenden und von zwei weiteren Theilnehmern der Versammlung unterzeichnet. Die Zuziehung von Instrumentszeugen ist nicht erforderlich.

Der Aufsichtsrath kann bestimmen, daß über den

Gang der Verhandlungen noch ein besonderes Protokoll geführt und in gleicher Weise unterzeichnet werde.

§ 13.

Änderung der Statuten ist statthaft, wenn in der hierzu berufenen Generalversammlung mehr als die Hälfte des Aktienkapitals vertreten ist, und wenn mindestens drei Viertel der vertretenen Stimmen sich für die Änderung entscheiden.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Generalversammlung gültig beschließen:

- 1) Auflösung der Gesellschaft,
 - 2) Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens (§ 1),
 - 3) eine Fusion, insbesondere eine solche gegen Gewährung von Aktien einer anderen Gesellschaft,
 - 4) eine Abänderung des Grundkapitals der Gesellschaft.
- Die in Absatz 1 und die in Absatz 2 Ziffer 2 bis 4 bezeichneten Beschlüsse können nur mit Genehmigung der kgl. Staatsregierung in Wirksamkeit treten.

§ 14.

Ist in der zur Beschlussfassung über einen in § 13 bezeichneten Gegenstand berufenen Generalversammlung der erforderliche Aktienbetrag nicht vertreten, so wird unter Einhaltung der in § 10 gegebenen Vorschriften eine weitere Generalversammlung berufen, deren Beschlussfähigkeit hinsichtlich des fraglichen Gegenstandes von der Höhe des vertretenen Aktienbetrages nicht abhängig ist.

Hierauf ist in der ergehenden öffentlichen Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

An das Erforderniß der Dreiviertelmehrheit ist die Beschlussfassung auch in der zweiten Generalversammlung gebunden.

B. Aufsichtsrath.

§ 15.

Der Aufsichtsrath besteht aus fünf bis neun Mitgliedern.

§ 16.

Die Wahl des ersten Aufsichtsrathes gilt für die Zeit bis zum Schlusse der ersten ordentlichen Generalversammlung. In dieser wird der Aufsichtsrath neu gewählt und scheidet alsdann von dessen Mitgliedern in jedem zweiten Jahre beim Schluß der ordentlichen Generalversammlung die Hälfte, bei ungerader Zahl das erste Mal die Mehrzahl aus. Der Austritt wird zunächst durch das Loos, sodann nach der Funktionsdauer bestimmt, dergestalt, daß bei verschiedenem Dienstalter immer derjenige auszuscheiden hat, welcher die längste Zeit dem Aufsichtsrathe angehört.

An Stelle der Ausscheidenden nimmt die ordentliche Generalversammlung Neuwahlen vor. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

§ 17.

Scheiden Aufsichtsrathsmitglieder vor Ablauf ihrer Amtsdauer aus, so findet eine Ersatzwahl in der nächsten ordentlichen Generalversammlung statt. Die Amtsdauer der Ersatzmänner währt so lange, wie das Amt der Ausgeschiedenen, an deren Stelle sie getreten, ge-

währt haben würde. Die Ausscheidenden sind stets wieder wählbar.

§ 18.

Der Aufsichtsrath wählt in jedem zweiten Jahre nach dem Schlusse derjenigen Generalversammlung, in welcher eine Wahl stattgefunden hat, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Bei dieser Verhandlung führt der Vorsitzende des abgelaufenen Jahres, oder in dessen Behinderung sein Stellvertreter, in deren Ermangelung jedoch das den Lebensjahren nach älteste Mitglied den Vorsitz. Die Wahl ist in entsprechender Weise zu wiederholen, sobald in der Zwischenzeit das Amt zur Erledigung kommt, oder sobald nach übereinstimmender Erklärung aller übrigen Mitglieder andauernde Unfähigkeit zur Verwaltung des betreffenden Amtes eingetreten ist. Der Aufsichtsrath faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Wahlen erfolgen ebenfalls nach absoluter Stimmenmehrheit; ist diese bei der ersten Wahlhandlung nicht erreicht, so findet eine engere Wahl über diejenigen statt, welchen die beiden höchsten Stimmenzahlen zugefallen sind; bei gleicher Stimmenzahl in der engeren Wahl entscheidet das von der Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos.

§ 19.

Die Beschlüsse des Aufsichtsrathes sind gültig, wenn die Mehrzahl seiner Mitglieder sich an der betreffenden Abstimmung theilnimmt und sämtliche Mitglieder zur Theilnahme eingeladen waren.

Die erfolgte Einladung wird durch die Absendung eines eingeschriebenen Briefes erwiesen.

§ 20.

Der Vorsitzende erläßt die Einladungen zu Sitzungen des Aufsichtsrathes unter Mittheilung der Tagesordnung, so oft die Angelegenheiten der Gesellschaft dies erfordern, mindestens aber alle 3 Monate, außerdem auf Antrag zweier Mitglieder oder des Direktors.

Der Antrag auf Berufung des Aufsichtsrathes von Seiten der Mitglieder desselben oder der Direktion ist schriftlich zu stellen und zu begründen.

In dringenden Fällen kann der Vorsitzende schriftliche oder telegraphische Abstimmung unter entsprechender Beobachtung der Vorschriften in § 19 veranlassen.

§ 21.

Ueber die in den Sitzungen des Aufsichtsrathes gefaßten Beschlüsse wird ein von den Theilnehmern zu unterzeichnendes Protokoll abgefaßt.

Ueber Wahlhandlungen ist eine Notariatsurkunde aufzunehmen.

§ 22.

Dem Aufsichtsrath liegt außer den ihm vom Gesetz zugewiesenen Aufgaben ob:

- 1) Der Abschluß der Dienstverträge mit der Direktion. Verträge, welche mehr als 5 Jahre bindend sein sollen, unterliegen der Genehmigung der Generalversammlung;

- 2) Die Verwendung, Anlage und Sicherstellung vorhandener Gelder;
- 3) Die Bestimmung über Einforderung weiterer Einzahlungen bis zum Nominalbetrage der Aktien, jedoch nur unter gleichzeitiger Berufung einer Generalversammlung, welcher Bericht hierwegen zu erstatten ist;
- 4) Die Feststellung der erforderlichen Geschäfts-Instruktionen;
- 5) Die Festsetzung der Dotirung des Reservefonds;
- 6) Die Beschlußfassung über Anleihen und über Erwerb und Veräußerung von Grundstücken;
- 7) Die Errichtung und Auflösung von Zweigniederlassungen.

§ 23.

Der Aufsichtsrath ist befugt, zur besonderen fortlaufenden Wahrnehmung seiner Obliegenheiten einzelne seiner Mitglieder für die Dauer eines Jahres zu delegiren.

Die Befugnisse der Delegirten bestimmen sich nach der vom Aufsichtsrath festgesetzten Instruktion und sind jederzeit widerruflich.

§ 24.

Alle Ausfertigungen des Aufsichtsrathes werden vom Vorsitzenden unterzeichnet.

Die Legitimation der Mitglieder des Aufsichtsrathes, sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters wird durch ein auf Grund der eingesehenen Wahlprotokolle ausgestelltes, notarielles Attest erbracht.

Zum Nachweis der Annahme der Wahl genügt die Erklärung in einer Privaturkunde oder zum Protokolle des Aufsichtsrathes.

§ 25.

Die Mitglieder des Aufsichtsrathes erhalten einen Antheil am Reingewinn nach Maßgabe des § 34, über dessen Vertheilung unter die einzelnen Mitglieder der Aufsichtsrath beschließt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrathes hat 10 Aktien der Gesellschaft in deren Hauptkasse als Kaution zu deponiren.

Auf die Mitglieder des ersten Aufsichtsrathes finden die Vorschriften im Art. 192 des Handelsgesetzbuches Anwendung.

C. Direktion.

§ 26.

Vorstand der Gesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuches ist die Direktion. Sie kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Sofern nicht der Aufsichtsrath hinsichtlich einer Kollektivzeichnung besondere Anordnungen trifft, zeichnet jedes Mitglied der Direktion die Firma der Gesellschaft, indem es derselben seinen Namen beifügt, mit rechtlicher Wirksamkeit.

§ 27.

Die Direktion wird vom Aufsichtsrath gewählt und bestellt.

Etwa erforderliche Stellvertretung und die Form für die Zeichnung der Stellvertreter ordnet der Aufsichtsrath an.

Die Legitimation für die Direktion und deren Stellvertreter gegenüber dem Handelsgericht erfolgt durch Vorlage des notariellen Wahlprotokolls.

Die erstmalige Bestellung der Direktion erfolgt durch die Zeichner der Aktien in der konstituierenden Generalversammlung (§ 41.)

§ 28.

Die Direktion ist für ihre Geschäftsführung dem Aufsichtsrathe und der Gesellschaft nach Maßgabe der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen, ihres Dienstvertrages und der ihr vom Aufsichtsrathe besonders erteilten Instruktionen verantwortlich. In gleichem Maße sind der Gesellschaft gegenüber ihre Befugnisse begrenzt.

Kein Mitglied der Direktion darf ohne Genehmigung des Aufsichtsrathes bei einem Konkurrenzunternehmen des In- und Auslandes persönlich oder finanziell theilhaftig sein.

Mindestens ein Theil ihres Einkommens muß von der Höhe der Betriebsergebnisse der Gesellschaft abhängig sein.

Zur Uebernahme jeder anderen Funktion nach ihrem Eintritte bedürfen die Mitglieder der Direktion der Genehmigung des Aufsichtsrathes.

Jedes Mitglied der Direktion hat, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Dienstverträge, 25 Stück Aktien der Gesellschaft in deren Hauptkasse als Kaution zu hinterlegen.

§ 29.

Der Direktion sind alle Beamte, Bedienstete und Agenten der Gesellschaft unmittelbar untergeben. Ihre Legitimation wird durch Zeugnisse der Direktion erbracht.

Die Mitglieder der Direktion wohnen den Sitzungen des Aufsichtsrathes mit beratender Stimme bei.

Abschnitt III.

Rechnungsstellung, Bilanz, Gewinnvertheilung, Reservefond, Kontrolle.

§ 30.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft schließt am 31. Dezember. An diesem Tage, erstmals am 31. Dezember 1890, wird durch den Vorstand vollständige Inventur gemacht und die Bilanz nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften gezogen.

Die Vorlagen hierüber an den Aufsichtsrath müssen so zeitig erfolgen, daß die Mittheilung an die Generalversammlung der Aktionäre, sowie die vorgeschriebenen Veröffentlichungen spätestens bis Ende Juni des nächsten Jahres erfolgen können.

§ 31.

Den baaren Einnahmen des Rechnungs-Jahres treten hinzu:

- a. die aus den Vorjahren für die laufenden Risiken reservirten Prämien;
- b. die im Vorjahre zurückgestellten Reserven für noch nicht regulirte Schäden;
- c. Stückzinsen aus den angelegten Kapitalien, bis zum Jahreschluß berechnet.

§ 32.

Unter die Ausgaben sind außer der gesamten Jahres-Ausgabe einschließlich der Organisations- und Verwaltungskosten, wozu insbesondere die vom Geschäftsumfange zu gewährenden Tantiemen gehören, zu ihrem vollen Betrage einzusetzen:

- a. Die rechnungsmäßige Prämienreserve für die am Schlusse des Rechnungsjahres noch nicht abgelaufenen Versicherungen;
- b. die Reserve zur Deckung angemeldeter, noch nicht berichteter Schäden; soweit bis zur Beendigung des Rechnungsabchlusses die Entschädigungsziffern nicht endgültig feststehen, sind die Schäden in Höhe der angemeldeten Beträge zu reservieren.

§ 33.

Der Ueberschuß der Aktiven über die Passiven wird zunächst, wenn durch Verlust in den Vorjahren der Reservefond aufgezehrt und das Grundkapital angegriffen ist, zur Wiederergänzung des letzteren verwendet.

Insofern dies nicht erforderlich ist, werden nach gesetzlicher Dotirung des Reservefonds 4 % Dividende pro anno für das eingezahlte Aktienkapital zur Vertheilung an die Aktionäre ausgetheilt.

§ 34.

Von dem hiernach bleibenden Gewinn-Ueberschuß werden:

- a. sofern der Aufsichtsrath es beschließt, höchstens 20 % zu einer Spezialreserve zurückgelegt;
- b. an die Mitglieder des Aufsichtsrathes $7\frac{1}{2}$ %;
- c. an die Direktion und die Beamten der Gesellschaft die vertragsmäßig aus dem Reingewinn zu leistenden Tantiemen abgeführt.

Der Rest wird zur Verfügung der Generalversammlung gestellt.

§ 35.

Die Dividende wird vom 1. Juli ab gegen Einlieferung des betreffenden Dividendenscheines bei der Gesellschaftskasse und an den vom Aufsichtsrathe zu bezeichnenden Stellen bezahlt.

§ 36.

Die Zuschüsse zum gesetzlichen Reservefond unterbleiben, wenn und in so lange derselbe eine Höhe von 50 % des eingezahlten Aktienkapitals erreicht hat.

Der gesetzliche Reservefond ist getrennt zu verwalten. Das Zinderträgniß des gesetzlichen Reservefonds fließt diesem zu, bis er die vorbezeichnete Höhe erreicht hat.

§ 37.

Die Generalversammlung kann den ihr zur Verfügung gestellten Gewinnrest (§ 34) ganz oder theilweise zur Vertheilung einer Superdividende an die Aktionäre oder zur Anlegung neuer oder zur Dotirung bestehender Reserven verwenden, oder dessen Vortrag auf neue Rechnung beschließen.

§ 38.

Anlagen aus Beständen des Grundkapitals und der

gesetzlichen Reserve dürfen nur in pupillarisch sicheren Hypotheken, in Schuldverschreibungen des deutschen Reiches oder eines zu demselben gehörigen Staates, in vom deutschen Reich oder von deutschen Bundesstaaten garantirten Papieren, in Communalpapieren, Pfandbriefen oder in Wechseln und Lombardgeschäften, wie letztere beide den Grundsätzen der deutschen Reichsbank entsprechen, erfolgen. Ausländische Papiere dürfen nur in dem Umfange erworben werden, als solche zur Bestellung der in dem betreffenden Staate bei der Concessionirung etwa geforderten Caution nöthig sind.

Die Anlegung von Prämiengeldern darf nur in solcher Weise geschehen, daß dieselben für die rechtzeitige Bezahlung der Schäden jeden Augenblick ungeschmälert verfügbar sind.

Der Erwerb von Grundstücken ist nur soweit gestattet, als es sich um Beschaffung von Geschäftsfakultäten für die Gesellschaft oder um Sicherung ausstehender Forderungen handelt.

§ 39.

Die Hauptkasse der Gesellschaft wird unter gemeinsamem Verschlusse der Direktion und eines vom Aufsichtsrathe hierzu bestimmten Mitgliedes des Aufsichtsrathes gehalten.

Der Generalversammlung bleibt es überlassen, aus der Mitte der Aktionäre zwei Revisoren zur alljährlichen Verifikation der Bücher, Rechnungen und des Kassen- und des Effektenstandes zu wählen.

§ 40.

Die Königl. Staatsregierung kann zur Ausübung des ihr über die Gesellschaft zustehenden Aufsichtsrechtes einen Kommissar für beständig oder für einzelne Fälle ernennen. Letzterer ist berechtigt, sowohl Generalversammlungen der Aktionäre als auch Versammlungen des Aufsichtsrathes auf Kosten der Gesellschaft zu berufen und denselben beizuwohnen, auch jederzeit von den Kassenbeständen, Büchern, Rechnungen, Registern und sonstigen Verhandlungen und Schriftstücken der Gesellschaft Einsicht zu nehmen.

§ 41.

Ist bei der notariellen Errichtung des Gesellschaftsvertrages das gesammte emittirte Aktienkapital durch die persönlich anwesenden Zeichner oder deren Bevollmächtigte vertreten, so können die Erschienenen, ohne daß es einer weiteren Form für die Berufung bedarf, sich sofort als erste statutenmäßige Generalversammlung constituiren, die Wahlen (§§ 16, 27) vornehmen und einzelne Personen ermächtigen, am Gesellschaftsvertrage diejenigen Abänderungen vorzunehmen und rechtswirksam zu beurkunden, welche etwa von Seite der Königl. Staatsregierung vor der Eintragung im Handelsregister gefordert oder von Seite des Gerichtes als Vorbedingungen des Registereintrages aufgestellt werden.

Diese Ermächtigung gilt als Vollmacht für allenfallige Beschwerdeführung gegen solche Verfügungen.

*

*

*

Wechselformular.

..... den .. ten 18 ..

Für M. 750.

Drei Monate nach Wiederzicht zahle in Berlin gegen diesen Solawechsel an die „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft daselbst, nicht an Dritte, die Summe von

Siebenhundertundfünfzig Mark Reichswährung.

Die Baluta bekenne in einer auf Namen eingetragenen Aktie der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft empfangen zu haben und verpflichtet zur Zahlung obiger Summe, wenn dieser Wechsel vor dem 31. Dezember 1919 präsentiert wird.

(Unterschrift.)

*

*

*

Ministerium des Innern.

Dem angehefteten, durch notarielle Verhandlungen vom 17. September, 16. November und 27. Dezember 1889 verlautbarten Statute der

„Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin
wird die staatliche Genehmigung unter der Voraussetzung hierdurch erteilt, daß demnächst die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister auf Grund dieses Statuts erfolgt.

Berlin, den 13. Januar 1890.

(L. S.)

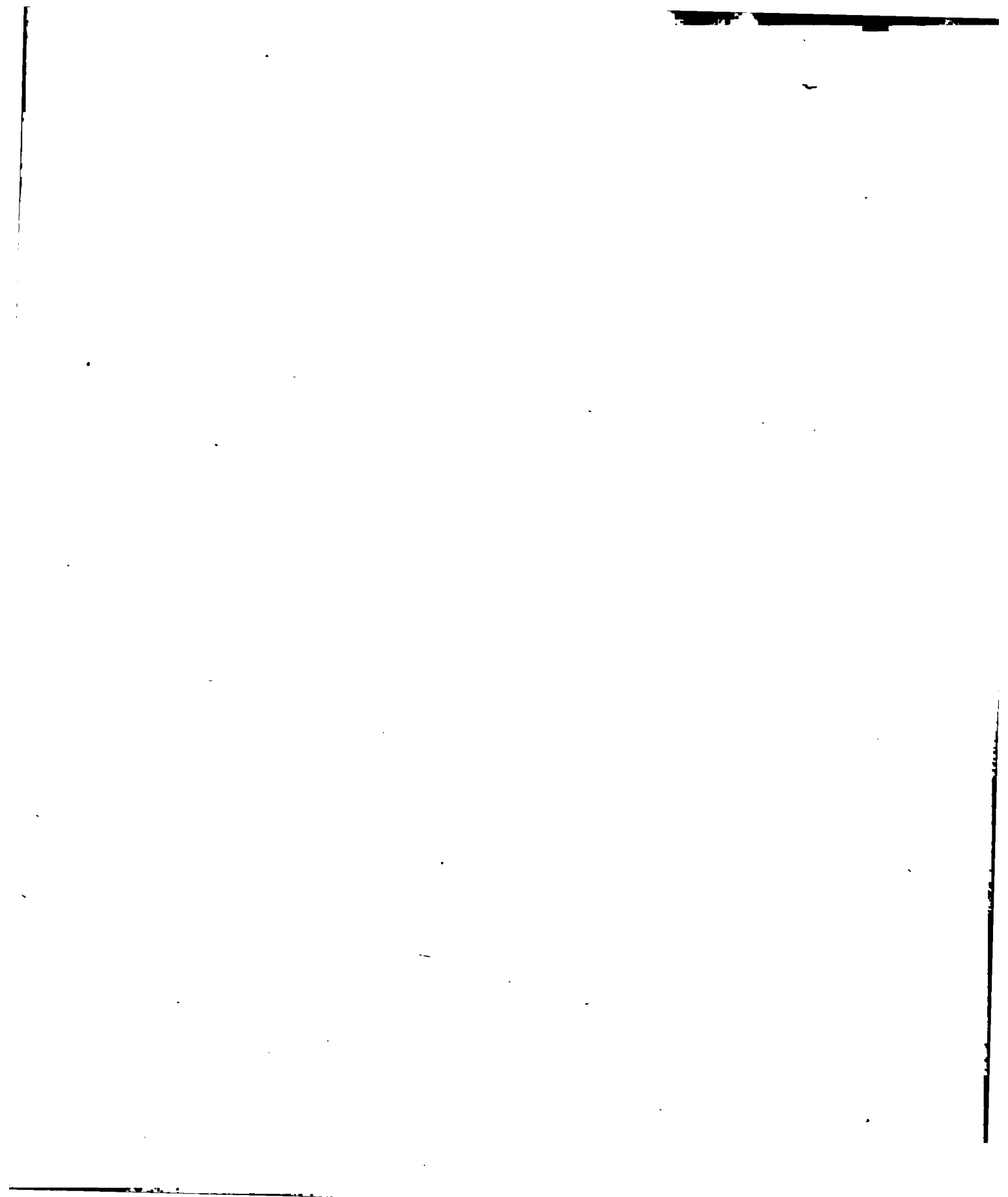
Der Minister des Innern.
gez. Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
In Vertretung gez. Magdeburg.

Genehmigungsurkunde.

M. d. J. L. A. 165/166.

M. f. Hdl. u. A. 114.



Extra-Blatt

zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 17ten März 1890.

Potsdam,
Berlin, den 7. März 1890.

Auf Anweisung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe vom 20. Februar 1890 wird hiermit Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Der Polizei-Präsident.
von Richthofen.

Der Regierungs-Präsident.
Graf Sue de Graaf.

Anweisung

zur Ausführung der §§ 18, 138, 156 bis 161 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889.

Vom 20. Februar 1890.

Zur Ausführung der §§ 18, 138, 156 bis 161 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird unter Hinweisung auf die Kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember 1889 (Reichs-Gesetzbl. 1890 S. 1) und unter Vorbehalt weiterer Anordnungen Folgendes bestimmt:

A. Untere Verwaltungsbehörden und Gemeindebehörden.

1. Untere Verwaltungsbehörden im Sinne des § 161 a. a. D. sind die Ortspolizeibehörden, sowie die Vorstände der Gemeinden und der selbständigen Gutsbezirke.

Gemeindebehörden im Sinne des § 18 a. a. D. sind die Vorstände der Gemeinden und der selbständigen Gutsbezirke.

In denjenigen Gemeinden, welche für die Verwaltung der Ortspolizei oder für die Gemeindeverwaltung in besondere örtliche Bezirke (Polizeireviere, Distrikte etc.) getheilt worden sind, gelten als untere Verwaltungsbehörden und Gemeindebehörden die Vorstände dieser Bezirke.

Bildet der Gemeindevorstand ein Kollegium, so darf er zur Ausstellung der Bescheinigungen und Beglaubigungen (Ziffer 2 ff.) Kommissare bestellen.

B. Nachweise über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Unterbrechungen eines ständigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses.

I. Bescheinigungen.

2. Auf Antrag solcher Personen, welche ein unter § 1 a. a. D. fallendes Arbeits- oder Dienstverhältnis (eine Beschäftigung als Arbeiter, Gehülfe, Geselle, Lehrling, Diensthote, Betriebsbeamter, Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling — ausschließlich der in Apotheken beschäftigten Gehülfe und Lehrlinge —, als Person der Besatzung deutscher Seefahrzeuge oder von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt) nachweisen wollen, haben die unteren Verwaltungsbehörden (Ziffer 1) für die Zeit vor dem völligen Inkrafttreten des Gesetzes Bescheinigungen auszustellen:

a) über das Datum des Beginns und das Datum der Beendigung derjenigen Zeiträume, während welcher der Antragsteller seit dem 1. Januar 1886 in einer Beschäftigung (einem Arbeits- oder Dienstverhältnis) der vorerwähnten Art thatsächlich gestanden hat;

b) bei solchen Personen, welche seit dem 1. Januar 1886 ein mit einem bestimmten Arbeitgeber eingegangenes Arbeits- oder Dienstverhältnis zeitweise unterbrochen haben, um dasselbe später fortzusetzen, über das Datum des Beginns und das Datum der Beendigung desjenigen Zeitraums,

A.

Arbeitsbescheinigung der unteren Verwaltungsbehörde.*)

Auf Grund der §§ 156 bis 161 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird hierdurch bescheinigt, daß

(Vor- und Zuname,
Wohnort.)

Franz Brauer, wohnhaft in *Hofstatt*,
gehoren im Jahre 1830 zu *Neugut*, Kreis *Pless*, Provinz *Schlesien*,
in dem Bezirk der unterzeichneten unteren Verwaltungsbehörde

a) während folgender Zeiträume:

1. vom 1. Oktober 1886 bis einschl. 10. Februar 1888

als *Fabrikarbeiter*,

2. vom 1. März 1888 bis einschl. 30. November 1889

als *Schlossergesell*,

3. vom 15. Dezember 1889 bis einschl. 10. April 1890

als *Strassenarbeiter*,

im Arbeits- (Dienst-) Verhältniß (in Beschäftigung) gestanden hat;

b)**) während des Zeitraums

vom 1. April 1887 bis einschl. 1. November 1889

bei dem *Maurermeister Steinberg*

als *Maurerpolier*

in ständigem Arbeits- (Dienst-) Verhältniß gestanden hat, welches im Laufe dieses Zeitraums unterbrochen worden ist:

vom 15. Dezember 1887 bis einschl. 17. Januar 1888,

vom 1. Dezember 1888 bis einschl. 2. Januar 1889,

vom 7. Januar 1889 bis einschl. 17. Januar 1889;

c)***) während dieser Beschäftigung hat er an Lohn erhalten:

ad 1. täglich _____ wöchentlich 15 Mk. monatlich _____

ad 2. täglich _____ wöchentlich _____ monatlich 50 Mk. (einschl.

freier Station im Durchschnittswerth von monatlich 35 Mk.).

ad 3. täglich 1 Mk. 50 Pf. wöchentlich _____ monatlich _____

Thatsachen, welche nach Ziffer 4 Absatz 2 zu a oder b der Ausführungsanweisung vom 20. Februar 1890†) die Ausstellung der Bescheinigung verhindern, sind nicht zur amtlichen Kenntniß der unterzeichneten Behörde gelangt.

Seeburg, den 19. April 1890.

Der Magistrat.

(L. S.)

(Unterschrift.)

*) Untere Verwaltungsbehörde ist der Gemeinde- (Distrikt- u.) Vorstand oder die Ortspolizeibehörde (Amtsvorsteher, Reviervorsteher u.). Bei Beschäftigung von Seeleuten auf deutschen Seefahrzeugen tritt an die Stelle der unteren Verwaltungsbehörde im Inlande das Seemannsamt des Heimathhafens des betreffenden Schiffs.

**) Nur dann auszufüllen, wenn die Dauer der zeitweisen Unterbrechung eines mit einem bestimmten Arbeitgeber eingegangenen, nach der Unterbrechung wieder aufgenommenen Arbeits- (Dienst-) Verhältnisses bescheinigt werden soll.

***) Nur dann auszufüllen, wenn der betreffende Arbeiter am 1. Januar 1890 das 59. Lebensjahr schon vollendet hat.

†) Siehe Rückseite.

Anmerkungen.

1. Die Bescheinigung erfolgt nur für die Zeit vom 1. Januar 1886 ab und nicht für die Zeit vor vollendetem 16. Lebensjahre.

2. Die Ausstellung der Bescheinigung erfolgt gebühren- und stempelfrei.

Ziffer 4 Absatz 2 zu a und b der Ausführungsanweisung vom 20. Februar 1890 lautet:

(Die Ausstellung der Bescheinigung ist _____ abzulehnen)

- a) soweit es sich um eine Beschäftigung zu einer Zeit handelt, in welcher der Antragsteller Beamter des Reichs oder eines Bundesstaates, oder ein mit Pensionsberechtigung angestellter Beamter eines Kommunalverbandes war, oder in welcher er zu den Personen des Soldatenstandes gehörte und dienstlich als Arbeiter beschäftigt wurde;
- b) soweit sich ergibt, daß für die Beschäftigung kein Lohn oder Gehalt, oder nur freier Unterhalt gewährt worden ist; bei Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen aber auch insoweit, als sich ergibt, daß deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark jährlich überstiegen hat.

B.

Beglaubigte*) Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers.

Auf Grund der §§ 156 bis 161 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird hierdurch bescheinigt, daß

(Vor- und Zuname,
Wohnort.)

Adolph Lange, wohnhaft in *Staden*,
geboren im Jahr 1829 zu *Berlin*, Kreis _____, Provinz _____
während des Zeitraums
vom 27. November 1886
bis einschl. 1. April 1890
als *Ziegelbrenner*

bei dem Unterzeichneten (in festem Arbeits-(Dienst-)Verhältnis) gestanden hat, welches während dieses Zeitraums unterbrochen worden ist,

vom 10. November 1887 bis einschl. 15. Januar 1888,
vom 1. Dezember 1889 bis einschl. 5. Januar 1890**)

beschäftigt gewesen ist.

(Das nicht Zutreffende
zu durchstreichen.)

(An Lohn hat *Lange* bei dem Unterzeichneten täglich _____ wöchentlich _____
monatlich 45 Mk. und für die überschüssenden Tage 1 Mk. 50 Pf. täglich erhalten.)***)
Staden, den 4. April 1890.

(Unterschrift des Arbeitgebers:)

Feurig,
Ziegeleibesitzer.

Vorstehende Unterschrift des Ziegeleibesitzers *Feurig* zu *Staden* wird hierdurch beglaubigt.

Staden, den 4. April 1890.

Der Gemeindevorstand.

(L. S.)

(Unterschrift.)

*) Die Beglaubigung erfolgt durch eine öffentliche Behörde unter Beidrückung des Dienstiegels. Verpflichtet zur Beglaubigung ist die Ortspolizeibehörde und der Gemeinde-(Distrikts-)Vorstand des Beschäftigungsorts.

**) Nur dann auszufüllen, wenn die Dauer der zeitweisen Unterbrechung eines mit einem bestimmten Arbeitgeber eingegangenen, nach der Unterbrechung wieder aufgenommenen Arbeits-(Dienst-)Verhältnisses bescheinigt werden soll.

***) Nur dann auszufüllen, wenn der betreffende Arbeiter am 1. Januar 1890 das 59. Lebensjahr schon vollendet hat.

Anmerkungen.

1. Die Bescheinigung erfolgt nur für die Zeit vom 1. Januar 1886 ab und nicht für die Zeit vor vollendetem 16. Lebensjahre.
2. Die Ausstellung der Bescheinigung und die Beglaubigung der Unterschrift des Ausstellers erfolgt gebühren- und stempelfrei.

Krankheitsbescheinigung von Krankenkassen.*)

Auf Grund der §§ 17, 18, 158 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird hierdurch bescheinigt, daß

(Vor- und Zuname,
Beruf, Wohnort.)

der Schäfer Ernst Krause, wohnhaft in Oberdorf,
geboren im Jahr 1855 zu Stettin, Kreis _____, Provinz Pommern,
während er der unterzeichneten Krankenkasse (Gemeindefrankenversicherung) angehörte,
in der Zeit

vom 10. Juli 1889

bis einschließlich 21. August 1889

an einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit gelitten hat.

Der unterzeichneten Stelle ist amtlich nichts davon**) bekannt geworden, daß der Erkrankte sich die Krankheit vorsätzlich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urtheil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftige Theilnehmung bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Zu der Annahme, daß der Erkrankte vor dem Beginn der Krankheit in eine berufsmäßige Lohnarbeit überhaupt nicht, oder nur lediglich vorübergehend eingetreten gewesen ist, oder daß er nicht durch die Krankheit verhindert worden ist, diese Lohnarbeit fortzusetzen, oder daß diese Lohnarbeit unter Ziffer 4 Absatz 2 zu a oder b der Ausführungsanweisung vom 20. Februar 1890***) gefallen ist, hat die unterzeichnete Stelle (keinen Grund), †) (insofern Grund, als die Thatsache bekannt ist, daß _____).

Braunshof, den 20. Mai 1890.

Die Allgemeine Orts-Krankenkasse.

(L. S.)

(Unterschrift.)

*) Die Krankheitsbescheinigung ist auszustellen

a) für Mitglieder einer Krankenkasse (einschl. Gemeindefrankenversicherung und Hülfsklassen) für die Zeit, in welcher sie von derselben Krankenunterstützung erhalten haben,
von dem Kassenvorstande,

b) für die Zeit, welche über die Dauer der Krankenunterstützung hinausreicht, sowie für Personen, welche einer derartigen Kasse nicht angehört haben,
von der Gemeindebehörde.

**) Wenn Thatsachen der hier bezeichneten Art amtlich bekannt sind, muß die Ausstellung der Bescheinigung abgelehnt werden.

***) Siehe Rückseite.

†) Das nicht Zutreffende ist zu durchstreichen.

Anmerkungen. 1. Die Bescheinigung erfolgt nur für Krankheiten, welche in die Zeit vom 1. Januar 1886 ab fallen, und nicht für die Zeit vor vollendetem 16. Lebensjahre.

2. Die Ausstellung der Bescheinigung erfolgt gebühren- und kempelfrei.

(R ü c k s e i t e.)

Ziffer 4 Absatz 2 zu a und b der Ausführungsanweisung vom 20. Februar 1890 lautet:

(Eine Beschäftigung (Lohnarbeit) ist nicht anzurechnen,)

- a) soweit es sich um eine Beschäftigung zu einer Zeit handelt, in welcher der Antragsteller Beamter des Reichs oder eines Bundesstaates, oder ein mit Pensionsberechtigung angestellter Beamter eines Kommunalverbandes war, oder in welcher er zu den Personen des Soldatenstandes gehörte und dienstlich als Arbeiter beschäftigt wurde;
- b) soweit sich ergibt, daß für die Beschäftigung kein Lohn oder Gehalt, oder nur freier Unterhalt gewährt worden ist, bei Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen aber auch insoweit, als sich ergibt, daß deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 2000 Mark jährlich überstiegen hat.

Krankheitsbescheinigung von Gemeindebehörden.*)**D.**

Auf Grund der §§ 17, 18, 158 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird hierdurch bescheinigt, daß

(Vor- und Zuname,
Beruf, Wohnort.)

der *Lohnkutscher Hermann Binder*, wohnhaft in *Braunshof*,
geboren im Jahr 1855 zu *Feld*, Kreis *Erfurt*, Provinz *Sachsen*,
(welcher einer Krankenkasse nicht angehörte, hierselbst) †) (nachdem er bereits
während der Dauer der von der allgemeinen Orts-Krankenkasse hierselbst, welcher er
angehörte, zu gewährenden Krankenunterstützung krank gewesen war, hierselbst noch
ferner) in der Zeit

vom 15. Dezember 1889

bis einschließlich 20. Januar 1890

an einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit gelitten hat.

Der unterzeichneten Stelle ist amtlich nichts davon**) bekannt geworden, daß
der Erkrankte sich die Krankheit vorsätzlich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches
Urtheil festgestellten Verbrechens, durch schuldhafte Betheiligung bei Schlägereien oder
Kaufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Zu der Annahme, daß der Erkrankte vor dem Beginn der Krankheit in eine
berufsmäßige Lohnarbeit überhaupt nicht, oder nur lediglich vorübergehend eingetreten
gewesen ist, oder daß er nicht durch die Krankheit verhindert worden ist, diese Lohnarbeit
fortzusetzen, oder daß diese Lohnarbeit unter Ziffer 4 Absatz 2 zu a oder b der Aus-
führungsanweisung vom 20. Februar 1890***) gefallen ist, hat die unterzeichnete Stelle
(keinen Grund), †) (insofern Grund, als die Thatsache bekannt ist, daß

Braunshof, den 15. Februar 1890.

Der Gemeindevorstand.

(L. S.)

(Unterschrift.)

*) Die Krankheitsbescheinigung ist auszustellen

a) für Mitglieder einer Krankenkasse (einschl. Gemeindekrankenversicherung und Hülfskassen) für
die Zeit, in welcher sie von derselben Krankenunterstützung erhalten haben,
von dem Kassenvorstande,

b) für die Zeit, welche über die Dauer der Krankenunterstützung hinausreicht, sowie für Personen,
welche einer derartigen Kasse nicht angehört haben,
von der Gemeindebehörde.

**) Wenn Thatsachen der hier bezeichneten Art amtlich bekannt sind, muß die Ausstellung der Be-
scheinigung abgelehnt werden.

***) Siehe Rückseite.

†) Das nicht Zutreffende ist zu durchstreichen.

Anmerkungen. 1. Die Bescheinigung erfolgt nur für Krankheiten, welche in die Zeit vom
1. Januar 1886 ab fallen, und nicht für die Zeit vor vollendetem
16. Lebensjahre.

2. Die Ausstellung der Bescheinigung erfolgt gebühren- und stempelfrei.

(R ü c k s e i t e.)

Ziffer 4 Absatz 2 zu a und b der Ausführungsanweisung vom 20. Februar 1890 lautet:

(Eine Beschäftigung (Lohnarbeit) ist nicht anzurechnen.)

a) soweit es sich um eine Beschäftigung zu einer Zeit handelt, in welcher der Antragsteller Beamter
des Reichs oder eines Bundesstaates, oder ein mit Pensionsberechtigung angestellter Beamter
eines Kommunalverbandes war, oder in welcher er zu den Personen des Soldatenstandes
gehörte und dienstlich als Arbeiter beschäftigt wurde;

b) soweit sich ergiebt, daß für die Beschäftigung kein Lohn oder Gehalt, oder nur freier
Unterhalt gewährt worden ist, bei Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen und Handlungs-
lehrlingen aber auch insoweit, als sich ergiebt, daß deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an
Lohn oder Gehalt den Betrag von 2000 Mark jährlich überstiegen hat.

Auf Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum der Anweisungs- Beschlusses
	des Ausgewiesenen.				
1	2	3	4	5	6
16	Charles Eeverin Morgan, Zimmermann,	geboren am 24. April 1868 zu London, Eng- land, ortsangehörig ebendaselbst,	Betheil im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommis- sär zu Karlsruhe,	17. Januar 1890.
17	Johann Petersen, Färbergeselle,	47 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Zülpfen, Niederlande,	desgleichen,	Großherzoglich Olden- burgisches Staats- ministerium, Depar- tement des Innern zu Oldenburg,	28. Januar 1890.
18	Johann Affholter, Keller,	geboren am 5. August 1833 zu Harburg, Schweiz,	Landstreicherei,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	22. Februar 1890.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 28. März

1890.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 6. Februar d. J. will Ich dem Kreise Templin im Regierungsbezirke Potsdam, welcher den Bau zweier Kreischauffeen: 1) von Templin nach Lyßen und 2) von Voigzenburg u. M. nach dem Fährtrage an der Templin-Frenzlauder Straße unweit Templin beschließen hat, das Enteignungsrecht für die zu diesen Chauffeen erforderlichen Grundstücke verleihen und zugleich genehmigen, daß die dem Chauffeegeleislarise vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chauffee-Polizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück. Zugleich lasse Ich Ihnen das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender, mit vier vom Hundert verzinslicher Kreis-Anleihe-scheine des Kreises Templin im Betrage von 381 400 M., von Mir vollzogen, nebst den dazu gehörigen Formularen zu den Anleihe-scheinen, Zinsscheinen und Anweisungen zur weiteren Veranlassung zugehen.

Berlin, den 17. Februar 1890.

gez. Wilhelm R.

gegengez. von Maybach. von Scholz. Herrfurth.
An den Minister der öffentlichen Arbeiten, den Finanz-
minister und den Minister des Innern.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden

König von Preußen etc.

Nachdem die Vertretung des Kreises Templin auf dem Kreistage am 23. Mai 1888 beschlossen hat, die zur Ausführung von Kreischauffeebauten erforderlichen Mittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der Kreisvertretung, zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Anleihe-scheine im Betrage von 381 400 Mark ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger, noch der Schuldner Etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von Anleihe-scheinen zum Betrage von 381 400 Mark, in Buchstaben: Dreihundertsechshundertachtzig Tausend vier Hundert Mark, welche in folgenden Abschnitten:

100 000 Mark zu 1000 M.,
150 000 Mark zu 500 M.,
131 400 Mark zu 200 M.,

zusammen 381 400 Mark

nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit Vier vom Hundert jährlich zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung jährlich vom 1. April 1890 ab mit wenigstens Eins vom Hundert des Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung erteilen. Dasselbe erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihe-scheine die daraus hervorgegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter erteilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleihe-scheine eine Gewährleistung Seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insignel.

Gegeben Berlin, den 17. Februar 1890.

(L. S.) gez. Wilhelm R.

gegengez. von Maybach. von Scholz. Herrfurth.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Anleihe-scheine des Kreises Templin im Betrage von 381 400 Mark.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

Anleihe-schein

des Kreises Templin

..... de Ausgabe

Buchstabe M

über Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privilegiums vom (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom ten 1890 M Seite und Gesetz-Sammlung für 1890 Seite ... laufende M)

Auf Grund des von dem Bezirksrathe des Regierungsbezirkes Potsdam genehmigten Kreistageschlusses vom 23. Mai 1888 wegen Aufnahme einer Schuld von 381 400 M. bekennt sich der Kreisausschuß des Kreises Templin Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehensschuld von Mark, welche an den Kreis baar gezahlt

worden und mit Vier vom Hundert jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 381 400 M. erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplans mittelst Verloosung der Anleiheſcheine in den Jahren 1890 bis spätestens 1932 einschließlich aus einem Tilgungskode, welcher mit wenigstens Eins vom Hundert des Kapitals jährlich unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen gebildet wird. Die Ausloosung geschieht in dem Monate Mai jeden Jahres. Dem Kreise bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungskode zu verstärken oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleiheſcheine auf einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungskode zu.

Die ausgelooften, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, dem Amtsblatte der königlichen Regierung zu Potsdam und dem Templiner Kreisblatte. Geht eines dieser Blätter ein, so wird an dessen Statt von der Kreisvertretung mit Genehmigung des königlichen Regierungs-Präsidenten in Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. Oktober und am 1. April, von heute an gerechnet, mit Vier vom Hundert jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinsſcheine beziehungsweise dieser Schuldverschreibung bei der Kreis kommunalkasse zu Templin, und zwar auch in der nach dem Eintritte des Fälligkeitstermins folgenden Zeit. Mit der zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinsſcheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinsſcheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verfahren zu Gunsten des Kreises. Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 und ff. der Civilprozeß-Ordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (R.-Ges.-Bl. Seite 83) beziehungsweise nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 — Gef.-S. S. 281. —

Zinsſcheine können weder aufgeboten, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zinsſcheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den statigehabten Besitz der Zinsſcheine durch

Vorgezogen der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinsſcheine gegen Quittung ausbezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinsſcheine bis zum Schlusse des Jahres ausgegeben; die ferneren Zinsſcheine werden für fünfjährige Zeitabschnitte ausgegeben werden. Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinsſcheinen erfolgt bei der Kreis kommunalkasse in Templin gegen Ablieferung der, der älteren Zinsſcheinreihe beigebrachten Anweisung. Beim Verluste der Anweisung erfolgt die Aushändigung der neuen Zinsſcheinreihe an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorgezogen rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen und mit seiner Steuerkraft.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Templin, den ten

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

Anmerkung: Die Anleiheſcheine sind außer mit den Unterschriften des Landrathes und zweier Mitglieder des Kreis-Ausschusses mit dem Siegel des Landrathes zu versehen.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Zinsſchein

. Reihe

zu der Schuldverschreibung des Kreises Templin

. . . te Ausgabe. Buchstabe Nr
über Mark zu Vier vom Hundert Zinsen
über Mark Pfennig.

Der Inhaber dieses Zinsſcheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. Oktober 18 . . (bezw.) 1. April 18 . . ab die Zinsen der vorbenannten Schuldverschreibung für das Halbjahr vom ten bis ten mit Mark Pf. bei der Kreis kommunalkasse zu Templin.

Templin, den ten

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

(Unterschriften).

Dieser Zinsſchein ist ungültig, wenn dessen Gelbbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung: Die Namensunterschriften der Mitglieder des Kreis-Ausschusses können mit Lettern oder Facsimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinsſchein mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Controlbeamten versehen werden.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Anweisung

zum Kreisanzleihschein des Kreises Templin . . . te
Ausgabe. Buchstabe . . . A . . . über . . . Mark.

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen
deren Rückgabe zu der obigen Schuldverschreibung die
. te Reihe von Zinsscheinen für die fünf Jahre
18 . . bis 18 . . bei der Kreiskommunal-Kasse zu
Templin, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen
sich ausweisenden Inhaber der Schuldverschreibung da-
gegen Widerspruch erhoben wird.

Templin, den . . . ten 18 . .

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.
(Unterschriften)

Anmerkung: Die Namensunterschriften der Mit-
glieder des Kreis-Ausschusses können
mit Lettern oder Facsimile-Stempeln
gedruckt werden, doch muß jede An-
weisung mit der eigenhändigen Namens-
unterschrift eines Controlbeamten ver-
sehen werden.

Die Anweisung ist zum Unter-
schiebe auf der ganzen Blattbreite
unter den beiden letzten Zinsscheinen
mit davon abweichenden Lettern in
nachstehender Art abzudrucken:

. ter Zinsschein. ter Zinsschein.
A n w e i s u n g.	

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Die Jahresdurchschnittsmarktpreise für 1890—91 betreffend.

S. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 23. Februar v. J. (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin für 1889 Seite 69) bringe ich hierdurch in Gemäßheit des § 19 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzblatt Seite 129 ff.) die Nachweisung der Durchschnitts-Marktpreise in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam und der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl für das Jahr vom 1. April 1890/91 zu gewähren ist, zur öffentlichen Kenntniß. In den Vergütungssätzen für das etwa zu liefernde Weizen- und Roggenmehl ist bei den Normal-Markttorten Prenzlau, Schwedt, Beeskow, Ludenwalde, Potsdam, Brandenburg a. H., Neu-Ruppin und Verleberg das ortsübliche Mahlohn mitenthalten, während dasselbe bei den Normal-Markttorten Berlin und Wittstock nicht mitberechnet ist, da dort bei den jetzt bestehenden Verhältnissen kein Mahlohn mehr erhoben wird. Potsdam, den 26. Februar 1890.

Der Ober-Präsident. In Vertretung: von Brandenstein.

Nachweisung der Jahresdurchschnittsmarktpreise für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam für die Jahre 1880 bis 1889 mit der Gültigkeitsdauer vom 1. April 1890 bis dahin 1891.

Preise für 100 kg.

Weizen		Roggen		Hafer		Heu		Stroh		Weizenmehl		Roggenmehl	
M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Stadt Berlin, Normalort für die Kreise Ober- und Nieder-Barnim, Teltow und Haveland.													
18	15	14	75	14	50	6	19	5	32	22	33	17	70
ohne Mahlohn.													
Stadt Prenzlau, Normalort für die Kreise Prenzlau und Templin.													
17	61	14	34	13	66	4	76	5	22	21	22	18	71
Stadt Schwedt a. O., Normalort für den Kreis Angermünde.													
18	98	15	40	14	82	6	07	4	92	22	87	19	93
Stadt Beeskow, Normalort für den Kreis Beeskow-Storkow.													
16	95	14	96	15	16	6	66	5	23	20	83	19	77
Stadt Ludenthalde, Normalort für den Kreis Jüterbog-Ludenthalde.													
17	58	15	36	14	42	5	21	4	40	21	15	19	62
Stadt Potsdam, Normalort für den Kreis Zauch-Belzig und den Stadtbezirk Potsdam.													
18	29	15	05	15	28	5	64	5	—	22	03	19	36
Stadt Brandenburg a. H., Normalort für den Kreis Westhavelland und den Stadtbezirk Brandenburg.													
18	38	15	26	15	05	5	69	4	49	22	10	19	76
Stadt Neu-Ruppin, Normalort für den Kreis Ruppin.													
18	71	14	61	14	52	5	58	5	—	22	51	18	98
Stadt Wittstock, Normalort für den Kreis Ost-Prignitz.													
18	07	14	36	13	93	4	41	3	98	20	24	17	23
ohne Mahlohn.													
Stadt Verleberg, Normalort für den Kreis West-Prignitz.													
18	14	14	68	14	36	6	48	5	10	22	07	19	09

Bekanntmachungen des Königl. Reichs-Präsidenten.

68. Tarif
zur Erhebung von Ufer-Anlage-, Krahn- und Wiegegebühren in Charlottenburg für die Benutzung der öffentlichen städtischen Ausladeplätze an der Spree in der Ufer Straße zwischen Schloßbrücke und Spree-Straße. Gültig bis 1. April 1893.

A. Anlagegebühren für Schiffe und Rähne.

	Von der Tragfähigkeit	
	1—45 Tonnen oder 1—45000 kg	über 45 Tonnen oder über 45000 kg
für die 1. Woche	5 Mark	6 Mark,
für die 2. Woche bis 1 Monat	7 Mark	10 Mark.

B. Krähngebühren.

Minimalsatz für Benutzung des Krahnes pro 100 kg 0,02 Mk.

oder

für die Benutzung auf Zeit pro Stunde . . 1,00 Mk

C. Wiegegeld.

- 1) Auf der Schenkwaage für ein Gewicht von 25 kg brutto 0,05 Mk.
- 2) auf der Brückenwaage
 - a. für ein Gewicht von 50 kg brutto (einschließlich Wagen bei Kohlen) 0,01 Mk
 - b. für ein Gewicht von 50 kg brutto (einschließlich Wagen) bei Heu, Stroh, Torf und anderen Gegenständen 0,02 Mk.

Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Der städtische Ausladeplatz, sowie die Krahn- und Wiege-Anlage ist für das Publikum wochentäglich geöffnet und zwar vom 1. April bis einschließlich 30. September von 7 bis 12 Uhr Vormittags und 1 bis 7 Uhr Nachmittags, vom 1. Oktober bis einschließlich 31. März von 8—12 Uhr Vormittags und 1 bis 5 Uhr Nachmittags.
- 2) Den Anordnungen der städtischen Verwaltung über das Anlegen der Fahrzeuge, Ein- und Ausladen, sowie Verwiegen der Güter ist unbedingt Folge zu leisten.
- 3) Die aus- und einzuladenden Güter sind täglich und längstens binnen 24 Stunden vom Ausladeplatz eventl. auf Kosten und Gefahr des Empfängers resp. Versenders zu entfernen.
- 4) Auf der Schenkwaage werden für jede angefangenen 25 kg des Gewichtes 5 Pf. Gebühren entrichtet. Auf der Brückenwaage werden für den jedesmaligen Gebrauch derselben, falls durch das Gewicht 20 Pf. Gebühren nicht erreicht werden, 20 Pf. Gebühren Minimalsatz entrichtet. Jede angefangenen 50 kg des Gewichtes werden für voll gerechnet. Der Wagen, auf welchem die Fracht zur Brückenwaage kommt, oder die Tara, deren Richtigkeit der Controle der Interessenten überlassen bleibt, werden auf Verlangen ohne be-

sondere Vergütung gewogen. Für die Ausfertigung eines Duplikats der zu verabsolgendenden Wiegescheine werden an besonderen Gebühren 10 Pf. erhoben.

- 5) Sämtliche zu erhebende Gebühren sind sofort und vor Fortschaffung der betreffenden Güter zu entrichten.
- 6) Wird der Ausladeplatz und die Erhebung der Gebühren von der Stadtgemeinde verpachtet, so gehen vorstehende Berechtigungen und Verpflichtungen auf den Pächter über.
- 7) Etwaige Streitigkeiten über die Höhe der berechneten Gebühren entscheidet zunächst der Magistrat in Charlottenburg.

Charlottenburg, den 29. Januar 1890.

Der Magistrat.

*

Vorstehender Tarif wird hierdurch von mir im Einverständniß mit dem Herrn Provinzial-Steuer-Direktor für die Zeit vom 1. April 1890 bis dahin 1893 genehmigt.

Potsdam, den 22. März 1890.

Der Reichs-Präsident.

69.

Verordnung,

betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs auf Grund der Bestimmung im § 6 Absatz 2 der Gewerbeordnung (Reichs-Gesetzbl. 1883 S. 177) was folgt:

§ 1. Die in dem anliegenden Verzeichnisse A. aufgeführten Zubereitungen dürfen, ohne Unterschied, ob sie heilkräftige Stoffe enthalten oder nicht, als Heilmittel nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden.

Diese Bestimmung findet auf Verbandstoffe (Binden, Gagen, Watten u. dergl.), auf Zubereitungen zur Herstellung von Bädern, sowie auf Seifen nicht Anwendung. Auf künstliche Mineralwässer findet sie nur dann Anwendung, wenn dieselben in ihrer Zusammensetzung natürlichen Mineralwässern nicht entsprechen und wenn sie zugleich

Antimon, Arsen, Baryum, Chrom, Kupfer, freie Salpetersäure, freie Salzsäure oder freie Schwefelsäure

enthalten.

§ 2. Die in dem anliegenden Verzeichnisse B. aufgeführten Drogen und chemischen Präparate dürfen nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden.

§ 3. Der Großhandel sowie der Verkauf der im Verzeichnisse B. aufgeführten Gegenstände an Apotheken oder an solche Staatsanstalten, welche Untersuchungs- oder Lehrzwecken dienen und nicht gleichzeitig Heilanstalten sind, unterliegen vorstehenden Bestimmungen nicht.

§ 4. Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1890 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkte treten die Verordnungen, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 4. Januar 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 5), betreffend den Verkehr mit künstlichen Mineral-

wässern, vom 9. Februar 1880 (Reichs-Gesetzbl. S. 13) und, betreffend den Verkehr mit Honigpräparaten, vom 3. Januar 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 1) außer Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 27. Januar 1890.

(L. S.)

Wilhelm.

von Boettcher.

Verzeichniß A.

- 1) Abkochungen und Aufgüsse (decocta et infusa);
- 2) Ägztifte (styli caustici);
- 3) Auszüge in fester oder flüssiger Form (extracta et tincturae), ausgenommen:
 - Arnikatinktur,
 - Baldriantinktur,
 - Benzoeintinktur,
 - Eichellaffeeextrakt,
 - Fichtennadelextrakt,
 - Fleischextrakt,
 - Himbeereisig,
 - Kaffeeextrakt,
 - Lactigen (Süßholzsafte), auch mit Anis,
 - Malzerextrakt, auch mit Eisen, Leberthran oder Kalk,
 - Myrrhentinktur,
 - Theeextrakt von Blättern des Theestrauches,
 - Wacholderextrakt;
- 4) Gemenge, trockene, von Salzen oder zerkleinerten Substanzen oder von beiden untereinander (pulveres, salia et species mixta), ausgenommen:
 - Brausepulver, einfache oder mit Zucker und ätherischen Oelen gemischte,
 - Nichsalz,
 - Salicylstreupulver,
 - Salze, welche aus natürlichen Mineralwässern bereitet oder den solchergestalt bereiteten Salzen nachgebildet sind;
- 5) Gemische, flüssige, und Lösungen (mixturae et solutiones) einschließlich gemischte Balsame, Honigpräparate und Sirupe, ausgenommen:
 - Ameisenspiritus,
 - Eukalyptuswasser,
 - Fenchelhonig,

Acetanilidum.

Acida chloracetica.

Acidum benzoicum e resina sublimatum.

- cathartanicum.
- chrysophanicum.
- hydrocyanicum.
- lacticum et ejus salia.
- osmicum et ejus salia.
- sclerotinicum.
- succinicum.
- sulfo-carbolicum.
- valerianicum et ejus salia.

Aconitinum, Aconitini derivata et eorum salia.

Fruchtsäfte mit Zucker eingekocht,

Hoffmanns Tropfen,

Kampferspiritus,

Leberthran mit Pfefferminzöl,

Pfefferminzöl,

Rosenhonig,

Seifenspiritus,

weißer Zuckersirup;

- 6) Kapseln, gefüllte, von Leim (Gelatine) oder Stärkemehl (capsulae gelatinosae et amylaceae repletae), ausgenommen solche Kapseln, welche

Brausepulver, auch mit Zucker und ätherischen

Oelen gemischt,

Copaivabalsam,

Leberthran,

doppeltkohlensaures Natrium,

Ricinusöl oder

Weinsäure

enthalten;

- 7) Latwergen (electuaria);

- 8) Linimente (linimenta), ausgenommen flüchtiges Liniment;

- 9) Pillen (auch Plätschen und Zeltchen), Pillen und Röner (pastilli—rotulae et trochisci —, pilulae et granula), ausgenommen:

aus natürlichen Mineralwässern oder aus künstlichen Mineralquellen salzen bereite Pillen,

einfache Moserpastillen,

Pfefferminzplätschen,

Salmiakpastillen;

- 10) Pflaster und Salben (emplastra et unguenta) ausgenommen:

Gold-Cream,

englisches Pflaster,

Hefpflaster,

Hühneraugenringe,

Lippenpomade,

Pappelpomade,

Pechpflaster,

Salicyltalg,

Seitpapier;

- 11) Suppositorien (suppositoria) in jeder Form Kugeln, Stäbchen, Zäpfchen oder dergl.)

Verzeichniß B.

Antisebrin.

Die Chloressigsäuren.

Aus dem Harze sublimirte Benzoesäure.

Kathartinsäure.

Chrysophansäure.

Cyanwasserstoffsäure (Blausäure).

Milchsäure und deren Salze.

Osmiumsäure und deren Salze.

Sclerotinsäure.

Bernsteinsäure.

Sulfophenolsäure.

Baldriansäure und deren Salze.

Aconitin, die Abkömmlinge des Aconitins und deren Salze.

Adonidinum.
 Aether bromatus.
 — jodatus.
 Aethyleni praeparata.
 Aethylidenum bichloratum.
 Agaricinum.
 Aluminium acetico-tartaricum.
 Ammonium chloratum ferratum.
 Amylenum hydratum
 Amylium nitrosum.
 Antipyrinum.
 Anthrarobinum.
 Apomorphinum et ejus salia.
 Aqua Amygdalarum amararum.
 — Lauro-cerasi.
 — Opii.
 Arsenium jodatum.
 Atropinum et ejus salia.
 Betolum.
 Bismutum bromatum.
 — oxyjodatum.
 — salicylicum.
 — tannicum.
 Blatta orientalis.
 Bromalum hydratum.
 Brucinum et ejus salia.
 Bulbus Scillae siccatus.
 Butyl-chloralum hydratum.
 Camphora monobromata.
 Cannabinon.
 Cannabinum tannicum.
 Cantharides.
 Cantharidinum.
 Cardolum.
 Castoreum canadense.
 — sibiricum.
 Chinidinum et ejus salia.
 Chininum et ejus salia.
 Chinoïdinum.
 Chloralum hydratum crystallisatum.
 Chloroformium.
 Chrysarobinum.
 Cinchonidinum et ejus salia.
 Cinchoninum et ejus salia.
 Cocaïnum et ejus salia.
 Codeïnum et ejus salia.
 Coffeinum et ejus salia.
 Colchicinum.
 Coniinum et ejus salia.
 Convallamarinum.
 Convallarinum.
 Cortex Chinae.
 — Granati.
 — Mezerei.
 Cotoïnum.
 Cubebae.
 Cuprum aluminatum.
 — salicylicum.

Adonidin.
 Aethylbromid.
 Aethyljodid.
 Die Aethylenpräparate.
 Zweifachchloräthyliden.
 Agaricin.
 Essigweinsaures Aluminium.
 Eisensalmiak.
 Amylenhydrat.
 Amylnitrit.
 Antipyrin.
 Anthrarobin.
 Apomorphin und dessen Salze.
 Bittermandelwasser.
 Rirschlorbeerwasser.
 Oplumwasser.
 Jodarsen.
 Atropin und dessen Salze.
 Betol.
 Bromwismut.
 Bismutoxyjodid.
 Salicylsaures Wismut.
 Gerbsaures Wismut.
 Orientalische Schabe.
 Bromalhydrat.
 Brucin und dessen Salze.
 Getrocknete Meerzwiebel.
 Butylchloralhydrat.
 Einfach-Bromcampher.
 Cannabinon.
 Gerbsaures Cannabin.
 Spanische Fliegen.
 Cantharidin.
 Cardol.
 Kanadisches Bittergeil.
 Sibirisches Bittergeil.
 Chinidin und dessen Salze.
 Chinin und dessen Salze.
 Chinoïdin.
 Krystallisirtes Chloralhydrat.
 Chloroform.
 Chrysarobin.
 Cinchonidin und dessen Salze.
 Cinchonin und dessen Salze.
 Cocaïn und dessen Salze.
 Codeïn und dessen Salze.
 Koffein und dessen Salze.
 Colchicin.
 Coniïn und dessen Salze.
 Convallamarin.
 Convallarin.
 Chinarinde.
 Granatrinde.
 Seidelbastrinde.
 Kotoïn.
 Rubeben.
 Kupferalaun.
 Salicylsaures Kupfer.

Cuprum sulfocarbolicum.
 Curare.
 Curarinum et ejus salia.
 Daturinum.
 Delphininum.
 Digitalinum et ejus derivata.
 Duboisinum et ejus salia.
 Emetinum et ejus salia.
 Euphorbium.
 Fel tauri depuratum siccum.
 Ferrum arsenicicum.
 — arsenicosum.
 — carbonicum saccharatum.
 — citricum ammoniatum.
 — jodatum saccharatum.
 — oxydatum dialysatum.
 — oxydatum saccharatum.
 — reductum.
 — sulfuricum oxydatum ammoniatum.
 — sulfuricum siccum.
 Flores Cinae.
 — Koso.
 Folia Belladonnae.
 — Bucco.
 — Cocae.
 — Digitalis.
 — Jaborandi.
 — Rhois toxicodendri.
 — Stramonii.
 Fructus Colocynthis.
 — Papaveris immaturi.
 — Sabadillae.
 Fungus laricis.
 Galbanum.
 Guajacolum.
 Herba Aconiti.
 — Adonidis.
 — Cannabis indicae.
 — Cicutae virosae.
 — Conii.
 — Gratiolae.
 — Hyoscyami.
 — Lobeliae.
 Homatropinum et ejus salia.
 Hydrargyrum aceticum.
 — bijodatum.
 — bromatum.
 — chloratum.
 — cyanatum.
 — formamidatum.
 Hydrargyrum jodatum.
 — oleïnicum.
 — oxydatum via humida paratum.
 — peptonatum.
 — praecipitatum album.
 — salicylicum.
 — tannicum oxydulatum.
 Hydrastis canadensis.

Sulfokarbol'saures Kupfer.
 Curare.
 Curarin und dessen Salze.
 Daturin.
 Delphinin.
 Digitalin und dessen Abkömmlinge.
 Duboisin und dessen Salze.
 Emetin und dessen Salze.
 Euphorbium.
 Gereinigte trockene Ochsen-galle.
 Arsen'saures Eisen.
 Arsenig'saures Eisen.
 Zuckerhaltiges kohlens'aures Eisen.
 Citronen'saures Eisenammonium.
 Zuckerhaltiges Eisensjodür.
 Dialysirtes Eisenoxyd.
 Eisenzucker.
 Reduzirtes Eisen.
 Ammoniakalischer Eisenaun.
 Entwässertes schwefel'saures Eisen.
 Burmsamen.
 Rosoblätthen.
 Belladonnablätter.
 Buccoblätter.
 Cocablätter.
 Fingerhuthblätter.
 Jaborandiblätter.
 Giftsumachblätter.
 Stechapfelblätter.
 Koloquinten.
 Unreife Rohnlöpfe.
 Sabadillamen.
 Lärchenschwamm.
 Galbanum.
 Guajacol.
 Aconitkraut.
 Adoniskraut.
 Kraut des indischen Hanfs.
 Wasserhürling.
 Hürling.
 Gottesgnadenkraut.
 Bilsenkraut.
 Lobelienkraut.
 Homatropin und dessen Salze.
 Essig'saures Quecksilber.
 Quecksilbersjodid.
 Quecksilberbromür.
 Quecksilberchlorür (Kalomel).
 Quecksilbercyanid.
 Quecksilberformamid.
 Quecksilbersjodür.
 Selt'saures Quecksilber.
 Gelbes Quecksilberoxyd.
 Quecksilberpeptonat.
 Weißer Quecksilberpräcipitat.
 Salicyl'saures Quecksilber.
 Gerbs'aures Quecksilberoxydul.
 Kanadisches Wasserkraut.

Hyoscinum et ejus salia.
 Hyoscyaminum et ejus salia.
 Jodoformium.
 Jodolum.
 Kairinum.
 Kaïrolinum.
 Kalium jodatum.
 Kamala.
 Kosinum.
 Kreosotum (e ligno paratum).
 Lactucarium.
 Magnesium citricum effervescens.
 — salicylicum.
 Manna.
 Morphinum et ejus salia.
 Muscarinum.
 Narceinum et ejus salia.
 Narcotinum.
 Natrium aethylatum.
 — benzoicum.
 — pyrophosphoricum ferratum.
 — salicylicum.
 — santonicum.
 — tannicum.
 Oleum Chamomillae aethereum.
 — Crotonis.
 — Cubebarum.
 — Matico.
 — Sabinae.
 — Sinapis aethereum.
 — Valerianae.
 Opium.
 Paracotoinum.
 Paraldehydum.
 Pasta Guarana.
 Pelletierinum et ejus salia.
 Phenacetinum.
 Physostigminum (Eserinum) et ejus salia.
 Picrotoxinum.
 Pilocarpinum et ejus salia.
 Plumbum jodatum.
 — tannicum.
 Podophyllum.
 Propylaminum.
 Radix Belladonnae.
 — Colombo.
 — Gelsemii.
 — Ipecacuanhae.
 — Rheï.
 — Sarsaparillae.
 — Senegae.
 Resina Jalapae.
 — Scammoniae.
 Resorcinum purum.
 Rhizoma Filicis.
 — Veratri.
 Salolum.
 Santoninum.

Hyoscin und dessen Salze.
 Hyoscyamin und dessen Salze.
 Jodoform.
 Jodol.
 Kairin.
 Kaïrolin.
 Kaliumjodid.
 Kamala.
 Kosin.
 Holzkreosot.
 Gistlattichsaft.
 Brausendes citronensaures Magnesium.
 Salicylsaures Magnesium.
 Manna.
 Morphin und dessen Salze.
 Muscarin.
 Narcin und dessen Salze.
 Narcotin.
 Natriumäthylat.
 Benzoesaures Natrium.
 Pyrophosphorsaures Eisenoxyd-Natron.
 Salicylsaures Natrium.
 Santonin-Natron.
 Gerbsaures Natrium.
 Aetherisches Kamillenöl.
 Krotendöl.
 Rubeendöl.
 Maticodöl.
 Sadebaumöl.
 Aetherisches Senföl.
 Baldrianöl.
 Opium.
 Paracotoin.
 Paraldehyd.
 Guarana.
 Pelletierin und dessen Salze.
 Phenacetin.
 Physostigmin (Eserin) und dessen Salze.
 Picrotoxin.
 Pilocarpin und dessen Salze.
 Jodblei.
 Gerbsaures Blei.
 Podophyllin.
 Propylamin.
 Belladonnawurzel.
 Colombowurzel.
 Wurzel des gelben Jasmin.
 Brechwurzel.
 Rhabarberwurzel.
 Sarsaparille.
 Senegawurzel.
 Jalapenharz.
 Scammoniaharz.
 Reines Resorcin.
 Farnwurzel.
 Weiße Nieswurzel.
 Salol.
 Santonin.

Secale cornutum.
Semen Calabar.
— Colchici.
— Hyoscyami.
— St. Ignatii.
— Stramonii.
— Strophanthi.
— Strychni.
Sorojodolum.
Stipites Dulcamarae.
Strychninum et ejus salia.
Sulfonalum.
Sulfur iodatum.
Summitates Sabinae.
Tartarus stibiatus.
Terpinum hydratum.
Thallinum et ejus salia.
Thebainum et ejus salia.
Tubera Aconiti.
— Jalapae.
Urethanum.
Veratrinum et ejus salia.
Zincum aceticum.
— chloratum purum.
— cyanatum.
— permanganicum.
— salicylicum.
— sulfocarbolicum.
— sulfoichthyolicum.
— sulfuricum purum.

Matterforn.
Calabarsamen.
Zeitlosensamen.
Bilsensamen.
Sanct-Ignatiusamen.
Stechpappelsamen.
Strophanthusamen.
Brennholz.
Sorojodol.
Bittersüßkengel.
Strychnin und dessen Salze.
Sulfonal.
Jodschwefel.
Sadebaumpapier.
Brennholzstein.
Terpinhydrat.
Thallin und dessen Salze.
Thebain und dessen Salze.
Aconitknollen.
Jalapenknollen.
Urethan.
Veratrin und dessen Salze.
Essigsaures Zink.
Reines Chlorzink.
Cyan-Zink.
Uebermangansaures Zink.
Salicylsaures Zink.
Sulfophenylsaures Zink.
Schwefelsaures Zink.
Reines schwefelsaures Zink.

Vorstehende im Reichsgesetzblatt Nr. 5 veröffentlichte Allerhöchste Verordnung wird hiermit des Weiteren zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam und Berlin, den 13. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Der Polizei-Präsident.

Frühjahrschönzeit der Fische.

70. Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Verordnung vom 8. August 1887, betr. die Ausführung des Fischerei-Gesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtkreis Berlin (veröffentlicht in der Extra-Beilage zum 42. Stück des Amtsblattes vom 21. Oktober 1887) mache ich mit Rücksicht auf das Herannahen der Frühjahrschönzeit der Fische das betheiligte Publikum, insbesondere die fischereiberechtigten Gemeinden und Privatpersonen darauf aufmerksam,

daß während der Frühjahrschönzeit in allen Gewässern des diesseitigen Bezirkes, soweit sie nicht in § 3 der Verordnung unter Ziffer 2 besonders ausgenommen sind, die Fischerei nur an 3 Tagen jeder in die Schönzeit fallenden Woche, und zwar von Montag Morgen 6 Uhr beginnend und Donnerstag Morgen 6 Uhr schließend, betrieben werden darf; sowie daß während der nicht freigegebenen Zeit, d. h. von Donnerstag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr die durch das Fischerei-Gesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten ständigen Fischerei-

vorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein müssen.

Die Ausübung irgend welcher Art von Fischereibetrieb während der nicht freigegebenen Zeit ist — innerhalb der durch die Verordnung selbst gezogenen Grenzen — nur zulässig auf Grund besonderer von mir ausgestellter, auf die Person lautender Erlaubnißscheine.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften der bezeichneten Verordnung werden, soweit sie nicht den Strafbestimmungen der §§ 49 ff. des Fischerei-Gesetzes vom 30. Mai 1874 oder denjenigen des Reichsstrafgesetzbuches unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft bestraft,

Potsdam, den 22. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefseuchen.

71. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer nothgeschlachteten Kuh des Wädnere Marzlinger zu Knoblauch, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter den Rind-

viehbeständen des Dominiums Alt-Landsberg, des
Büdners Neuenfeldt zu Ralsow, Kreis Niederbarnim;
unter den Rindviehbeständen der Gutbesitzer
Gerike zu Buckermark und Dehnitz zu Johannis-
thal, Kreis Osthavelland;
unter dem Rindvieh und den Schweinen des
Ritterguts Karwe, Kreis Rappin.
Die Ortschaft Buckermark und das Gut Jo-

hannisthal, Kreis Osthavelland, sind gegen das
Durchtreiben von Viehdiebstahlern und Schweinen gesperrt
worden.

Erlöschen ist:
die Influenza unter den Pferden des Fuhrenherrs
Reichle zu Freieswalde a. D., Kreis Oberbarnim.
Potsdam, den 25. März 1890.
Der Regierungs-Präsident.

72. Nachweisung der an den Pegeln der Elbe und Havel im Monat Februar 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Damm- garten- brück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.	Mauer- brücke.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- N. N.	Unter- N. N.			Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- N. N.	Unter- N. N.		
	Reiter.	Reiter.	Reiter.	Reiter.			Reiter.	Reiter.	Reiter.	Reiter.		
1	32,62	31,00	2,66	1,26	1,47	0,97	2,26	1,92	1,82	1,60	3,44	2,30
2	32,60	30,96	2,64	1,26	1,46	0,96	2,24	1,92	1,84	1,62	3,56	2,32
3	32,60	30,96	2,64	1,28	1,46	0,95	2,26	1,92	1,84	1,62	3,68	2,34
4	32,62	31,00	2,64	1,30	1,45	0,94	2,26	1,96	1,86	1,64	3,76	2,36
5	32,64	30,98	2,62	1,30	1,45	0,94	2,24	1,96	1,86	1,64	3,74	2,36
6	32,64	30,96	2,62	1,26	1,45	0,93	2,26	1,98	1,88	1,66	3,72	2,36
7	32,64	30,96	2,62	1,26	1,45	0,93	2,28	1,98	1,88	1,66	3,68	2,36
8	32,64	30,94	2,64	1,22	1,43	0,93	2,26	1,98	1,88	1,66	3,60	2,36
9	32,64	31,02	2,64	1,18	1,43	0,92	2,26	1,96	1,88	1,68	3,52	2,36
10	32,65	31,02	2,66	1,26	1,42	0,92	2,24	1,96	1,88	1,68	3,40	2,36
11	32,65	30,98	2,62	1,26	1,43	0,91	2,26	1,96	1,88	1,68	3,30	2,36
12	32,70	30,98	2,62	1,22	1,42	0,91	2,26	1,98	1,88	1,68	3,20	2,36
13	32,68	30,98	2,66	1,18	1,39	0,91	2,28	1,86	1,88	1,68	3,10	2,36
14	32,68	30,98	2,66	1,18	1,40	0,91	2,30	1,86	1,74	1,52	2,94	2,34
15	32,68	30,98	2,66	1,18	1,41	0,92	2,28	1,86	1,76	1,56	2,88	2,34
16	32,62	31,00	2,64	1,14	1,41	0,92	2,24	1,88	1,78	1,56	2,78	2,32
17	32,64	30,92	2,62	1,22	1,41	0,92	2,22	1,92	1,78	1,56	2,68	2,32
18	32,64	30,92	2,60	1,22	1,41	0,91	2,18	1,90	1,80	1,58	2,64	2,30
19	32,64	30,92	2,62	1,18	1,40	0,91	2,18	1,90	1,82	1,60	2,60	2,30
20	32,64	30,92	2,62	1,16	1,39	0,90	2,20	1,88	1,82	1,60	2,56	2,28
21	32,64	30,94	2,64	1,14	1,38	0,90	2,20	1,90	1,86	1,64	2,52	2,28
22	32,62	30,94	2,64	1,14	1,37	0,89	2,20	1,90	1,86	1,64	2,52	2,28
23	32,64	30,94	2,62	1,10	1,36	0,88	2,18	1,88	1,88	1,68	2,50	2,28
24	32,62	30,88	2,60	1,18	1,35	0,87	2,18	1,90	1,88	1,68	2,50	2,28
25	32,64	30,88	2,60	1,12	1,35	0,86	2,20	1,90	1,88	1,68	2,50	2,28
26	32,62	30,92	2,60	1,12	1,34	0,85	2,18	1,88	1,88	1,68	2,48	2,28
27	32,60	30,90	2,60	1,12	1,34	0,84	2,16	1,88	1,88	1,68	2,46	2,28
28	32,58	30,88	2,60	1,10	1,34	0,84	2,18	1,84	1,88	1,68	2,42	2,28

Potsdam, den 25. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Zahlungen von Pensionen u. für Charlottenburg betreffend.

3. Die in Charlottenburg für Rechnung unserer
Hauptkasse zu leistenden Zahlungen an Civilpensionen,
Wittwen- und Waisengeldern, sowie an laufenden
Unterstützungen u., welche bisher von der Civilpensions-
kasse in Berlin bewirkt worden sind, gehen auf An-
ordnung des Herrn Finanz-Ministers vom 1. April
d. J. ab wieder auf das Königl. Steueramt in
Charlottenburg über. Potsdam, den 22. März 1890.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Errichtung einer neuen Apotheke.

30. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Bran-
denburg hat durch Erlaß vom 14. Februar dieses Jahres
die Errichtung einer neuen Apotheke an der Ecke der
Blücher- und Bärwalddstraße hieselbst genehmigt.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung binnen
einer Präklusivfrist von 6 Wochen mit dem Bemerken
hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen
zwecklos sind und die an mich zu richtenden

Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen:

- a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse,
- b. Lebenslauf,
- c. amtlich beglaubigter Nachweis über die zur Uebernahme bezw. Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- d. ein polizeiliches Führungs-Attest.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat oder — falls dies der Fall sein sollte — die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Neuanlagen vorzulegen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche 10 und mehr Jahre sich vom Apothekensache abgewandt haben oder welche erst nach dem Jahre 1875 approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibwerkes u. am besten von der Bewerbung ab.

Berlin, den 16. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit den Französischen Besitzungen Gabun und Kongo, sowie mit den Seychellen-Inseln.

5. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewichte bis 3 kg nach den Französischen Besitzungen Gabun und Kongo, sowie nach den Seychellen-Inseln versandt werden. Die vom Absender vorauszubehaltende Taxe beträgt 2 M. 80 Pf. für jedes Paket. Ueber die Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., den 15. März 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs.

6. Von der im Kurzbüreau des Reichs-Postamts bearbeiteten neuen Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs sind jetzt die beiden letzten Blätter XVI. und XIX. erschienen. Blatt XVI. enthält den südwestlichen Theil von Württemberg, die Hohenzollernschen Lande, die südlichen Theile von Baden und Elsaß-Lothringen und die angrenzenden Theile von Frankreich und der Schweiz. Blatt XIX. enthält Theile von Oesterreich-Ungarn. Diese Blätter können — wie die übrigen — im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 M. für das unausgemalte Blatt und 2 M. 25 Pf. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen von dem Verleger der Karten, dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W., Potsdamerstraße 110.) bezogen werden. Der Verkaufspreis für die nunmehr fertig vorliegende Karte von

20 Blättern beträgt uncolorirt 35 M., mit Colorit 40 M.

Berlin W., 17. März 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Postverkehr mit der Deutschen Postagentur in Shanghai (China).

7. Vom 1. April ab sind Briefe mit Werthangabe bis zum Reichsbetrage von 8000 M. im Verkehr mit der Deutschen Postagentur in Shanghai (China) zugelassen. Die Taxe setzt sich zusammen aus dem Porto und der festen Gebühr für einen Einschreibbrief von gleichem Gewicht, sowie aus einer Versicherungsgebühr von 28 Pf. für je 160 M.

Berlin W., 18. März 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit dem Dranse-Freistaat und der Südafrikanischen Republik.

8. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewichte bis 3 kg nach dem Dranse-Freistaat und nach der Südafrikanischen Republik (Transvaal) versandt werden. Ueber die Taxen und Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 20. März 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung des Postamts 22 (Rosenthalerstraße).

21. Am 30. März Abends nach Dienstscluß wird das Postamt 22 aus dem Hause Rosenthalerstraße Nr. 53 nach dem Hause Nr. 56 derselben Straße verlegt werden. Berlin C., 22. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Verlegung des Postamts 54 (Lothringerstraße).

22. Am 31. März Abends nach Dienstscluß wird das Postamt 54 von dem Hause Lothringerstraße Nr. 61 nach dem Hause Nr. 62 derselben Straße verlegt. Berlin C., 22. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Landbestellbezirksänderung.

23. Die im Kreise Jüterbog—Ludenwalde belegenen Ortschaften Herbersdorf, Riebersseefeld und Hohenseefeld werden vom 1. April d. J. ab von dem Landbestellbezirk der Kaiserlichen Postagentur in Reinsdorf (Mark) abgezweigt und dem Bestellbezirk des Kaiserlichen Postamtes in Dahme zugetheilt.

Potsdam, den 18. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

9. Verloosung von dreieinhalbprozentigen Staatsschuldscheinen von 1842.

8. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 9. Verloosung von 3 1/2 prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldscheinen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Juli 1890 mit der Aufforderung gekündigt, die in den aus-

geloosten Nummern versprochenen Kapitalbeträge vom 1. Juli 1890 ab gegen Quittung und Rückgabe der Staatsschuldscheine und der nach dem 1. Juli 1890 zahlbar werdenden Zinscheine Reihe XX. Nr. 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29, hier selbst zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 2. Juni d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1890 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Juli 1890 hört die Verzinsung der verloosten Staatsschuldscheine auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Staatsschuldscheine wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den einzelnen Kündigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Staatsschuldscheine über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 4. März 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Auftrag der zur Einlösung noch nicht eingegangenen Schulverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853 und 1862.

9. Die früher noch nicht zur Verlosung gekommenen Schulverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853 und 1862 sind durch unsere öffentlichen Bekanntmachungen vom 5. September 1888 und 21. März 1889 zur baaren Rückzahlung am 1. April 1889 bezw. 1. Oktober 1889 gekündigt worden. Ihre Verzinsung hat mit den betreffenden Kündigungsterminen aufgehört. Gleichwohl ist eine große Zahl dieser Schulverschreibungen noch nicht eingelöst. Die Besitzer derselben, sowie der aus früheren Verlosungen noch rückständigen Schulverschreibungen werden deshalb wiederholt aufgefordert, die Einlösung zur Vermeidung weiterer Zinsverluste alsbald bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier selbst, W. Taubenstraße Nr. 29, zu bewirken. Die Zahlung der Kapitalbeträge geschieht, — wie in unseren bezüglichen Bekanntmachungen hervorgehoben — auch bei den königlichen Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der königlichen Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Schulverschreibungen nebst den dazu gehörigen, nach den einzelnen öffentlichen Bekanntmachungen unentgeltlich abzuliefernden Zinscheinen und Zinscheinanweisungen

bei einer dieser Kassen eingereicht werden, welche die Effekten der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung zu bewirken hat. Berlin, den 15. März 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Abgrenzung von Steuer-Hebebezirken.

1. Mit Genehmigung des Herrn Finanzministers werden vom 1. April d. J. ab die Hebebezirke der königlichen Steuer-Ämter I. Klasse zu Bernau, Cöpenick und Jossen von dem königlichen Haupt-Steuer-Amte für inländische Gegenstände zu Berlin und der Hebebezirk des königlichen Steuer-Amtes I. Klasse zu Dahme von dem königlichen Haupt-Steuer-Amte zu Rübben abgezwiegt.

Von demselben Zeitpunkte ab werden die Hebebezirke der königlichen Steuer-Ämter in Bernau und Cöpenick zu einem neuen Ober-Steuer-Kontrolebezirk Cöpenick vereinigt und dem königlichen Haupt-Steuer-Amte zu Eberswalde zugetheilt, während die Hebebezirke der königlichen Steuer-Ämter zu Jossen und Dahme mit dem königlichen Haupt-Steuer-Amte zu Potsdam verbunden werden. Bei dem letztgedachten Haupt-Amte wird ein neuer Ober-Steuer-Kontrolebezirk Jossen gebildet, welchem die Hebebezirke der königlichen Steuer-Ämter I. Klasse zu Trebbin und Jossen überwiesen werden, während der Ober-Steuer-Kontrolebezirk Eberswalde im Bezirke des königlichen Haupt-Steuer-Amtes zu Potsdam sich fortan aus den Hebebezirken der königlichen Steuer-Ämter I. Klasse zu Eberswalde, Jüterbog und Dahme zusammensetzt.

Im Bezirke des königlichen Haupt-Steuer-Amtes zu Rübben wird der Hebebezirk des königlichen Steuer-Amtes II. Klasse zu Wend.-Buchholz von dem Ober-Steuer-Kontrolebezirk Rübben abgezwiegt und dem Bezirke des königlichen Ober-Steuer-Kontroleurs zu Beeskow zugetheilt.

Dies wird hierdurch mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für das Rechnungsjahr 1889/90 noch zur Anschriftung gelangenden Zoll- und Steuercredite bei demjenigen königlichen Haupt-Steuer-Amte bezw. Steuer-Amte zur Einzahlung gelangen müssen, bei welchem die Anschriftung stattgefunden hat.

Berlin, den 17. März 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderungen.

12. Am 1. April d. J. treten im Berliner Vorortverkehr außer den Erweiterungen, welche in den zur Zeit gültigen Fahrplan bereits aufgenommen sind, noch folgende Änderungen ein;

1) Zug 702: ab Friedrichshagen, Cöpenick, Sadowa, Riez- und Suralau-Nummelsburg wie bisher, jedoch Schepischer Bahnhof an 5⁰⁴ ab 5⁰⁵, Alexanderplatz 5¹¹, Friedrichstraße 5¹⁶, Zoologischer Garten

**Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Maggewurg).**

Personal-Chronik.

Im Kreise Prenzlan ist an Stelle des verstorbenen Schulzen Wendt zu Schmölln der Rittergutspächter Armin Schlang zu Schwaneberg zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 23. Amtsbezirkes Schmölln ernannt worden.

Im Kreise Altbog-Ludenwalde ist der Amtmann Braumüller zu Jagelsdorf nach Ablauf seiner Amtszeit aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 9. Bezirks Rosenthal ernannt worden.

Der königliche Regierungs-Bausführer Max Gossen, zur Zeit in Berlin, ist am 8. März d. J. als solcher vereidigt worden.

Die Försterstelle Logia in der Oberförsterei Gr.-Schoenebeck ist vom 1. Mai d. J. ab dem Förster Peyer zu Hammelsaß, Oberförsterei Neuenborn, übertragen worden.

Dem Pfarrer Hühne zu Jährenwalde ist vom 1. April d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises Prenzlan III. einstweilen unter dem Vorbehalt des Widerrufs übertragen worden.

In Stelle des zum Secretair bei der Stadtvoigtei zu Berlin beförderten Oberaufsehers Valtruschat ist der bisherige Aufseher bei der Strafanstalt zu Brandenburg Albert Berl zum Oberaufseher bei gedachter Anstalt ernannt worden.

An der königlichen Elisabethschule in Berlin ist der Gemeinlehrer Paul Hods als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Jacoby an dem königlichen Gymnasium in Berlin ist der Professortitel verliehen worden.

Der kommissarische Hilfslehrer, Schulamts-Kandidat Brebeck zu Dranienburg ist als ordentlicher Seminarlehrer am königlichen Schullehrer-Seminar daselbst angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Hermann Schröder ist als ordentlicher Lehrer an der 1. städtischen höheren Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Klatt am Lessing-Gymnasium zu Berlin ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Satz. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Befragung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Jakob Weinberger, Hausirer,	50 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Munkacs, Komitat Bereg, Ungarn,	schwerer Diebstahl und Versuch des schweren Diebstahls (6 Jahre Zuchthaus laut Erkennt- niß vom 7. Dezember 1883),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bam- berg II.,	18. Dezember 1889.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Benzel Simon, Kellner,	geboren am 1. Mai 1847 zu Reichenberg, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst, wohnhaft zuletzt in Berlin,	Unterlassung der Be- schaffung eines Unter- kommens,	Königlicher Polizei- Präsident zu Berlin,	3. Februar 1890.
2	Aron Levy, Bäcker,	geboren am 17. März 1860 zu Warschau, Russisch-Polen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	25. Februar 1890.
3	Franz Pros, Arbeiter,	geboren am 12. Oktober 1852 in der Bukowi- na, ortsangehörig zu Koven, Bezirk Reichen- au, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	28. Februar 1890.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 9. Verlosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 4. März 1890 zur baaren Einlösung am 1. Juli 1890 gekündigten 3 1/2 prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldscheine und das Verzeichniß der aus früheren Verlosungen noch rückständigen 3 1/2 prozentigen Staatsschuldscheine von 1842, sowie Vier öffentliche Anzeiger)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Kebigtet von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 14.

Den 4. April

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Kauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

6. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 27. Mai	Strasburg i. Uckermark	8 Uhr,
4. Juni	Briezen a. Oder	8
17. "	Jüterbog	9
18. "	Oranienburg	9
19. "	Nauen	8
20. "	Neustadt a. Dosse	9
1. Juli	Rathenow	8
3. "	Fowlberg	8
4. "	Bilsnack	9
7. "	Repenburg	8
25. "	Freyslau	8
26. "	Angermünde	8
28. "	Lyris	9
29. "	Wittstock	8
30. "	Freyswall	8
31. "	Perleberg	8
1. August	Lenzen a. Elbe	8

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Kripphengste, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abkennung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig

zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Reifung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Öffentliche Bekanntmachung.

73. Der Fischermeister Hermann Schwab und der Geselle August Schwab zu Prenzlau haben am 23. Januar d. J. den Fischermeister Louis Kober den Lehrling Gramette und den Arbeiter Seeger aus dem Uckersee vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit getragene That wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 20. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Öffnungszeiten der Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn bei Potsdam und Werder über die Havel.

74. Nachstehend bringe ich diejenigen Zeiten, während welcher die Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder vom 1. April d. J. ab für den Schiffsahrtsverkehr geöffnet sein werden, zur öffentlichen Kenntniss.

A. Für die Eisenbahn-Drehbrücke bei Potsdam.

1)	Von 4-45 Vorm.	bis 5-23 Vorm.
2)	5-42	6-17
3)	10-12	10-38
4)	10-56	11-24
5)	11-49	12-7 Nachm.
6)	12-26 Nachm.	12-44
7)	1-33	1-49
8)	3-8	3-21
9)	5-35	5-48
10)	6-54	7-15

Die Öffnungszeiten zu 5 bis 9 sind vorzugsweise für Dampfer und deren Anhänger bestimmt. Andere Fahrzeuge dürfen nur in Ausnahmefällen und sofern

die gegebene Zeit dazu ausreichend ist, durchgelassen werden.

B. Für die Eisenbahn-Drehbrücke bei Werder.

1)	Von 4:0	Vorm. bis 4:45	Vorm.
2)	5:30	6:08	
3)	8:15	8:40	
4)	10:15	10:54	
5)	11:40	12:10	Nachm.
6)	1:26	1:46	Nachm.
7)	3:0	3:30	
8)	4:0	4:25	
9)	5:0	6:0	
10)	7:0	7:40	

Verpätungen fahrplanmäßiger Züge oder Sonderzüge, sowie alle sonstigen Betriebszufälle beschränken die vorbezeichneten Öffnungszeiten der Brücken.

Potsdam, den 28. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Errichtung einer Wasserbauinspektorstelle in Coespend betreffend.
76. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten die Errichtung einer neuen Wasserbauinspektorstelle in Coespend in Aussicht genommen hat, werden dieser Wasserbauinspektion demnächst folgende Wasserläufe überwiesen werden:

- die Dahme,
- der Storkower Kanal,
- die Tempiger Gewässer,
- der Rottow-Kanal,
- die Spree vom Wehr bei Gr. Tränke bis zur Berliner Reichsgrenze,
- die Müdersdorfer Gewässer,
- der Cosener Graben und
- die Havel.

Mit der Verwaltung der Wasserbauinspektorstelle

wird der Wasserbauinspector Tollmilt beauftragt werden.
Potsdam, den 30. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

76. Unter Bezugnahme auf die in der Extra-Beilage zum Stück 46 des diesseitigen Regierungs-Amtsblattes vom Jahre 1882 enthaltene Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß vom 1. April 1890 ab für den Bezirk des I. Armee-corps an Stelle des Bezirks-Commandos in Marienburg das Bezirks-Commando in Starnberg und für die Bezirke des XVI. und XVII. Armee-corps die Bezirks-Commandos in Reg. bezw. in Marienburg als Vermittlungsbehörden gemäß § 16 der unter dem 10. September 1882 Allerhöchst. genehmigten Grundzüge für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern bestimmt worden sind.

Potsdam, den 1. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

77. Festgestellt ist: die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Rostäcker Flecker zu Dabergow, Kreis Ruppia.

Erlöschen ist:

die Bruckseuche unter den Pferden des Train-Bataillons zu Spandau,

die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen der Bauern Schütz und Nieder jr. in Rosenthal, Kreis Niederbarnim, unter dem Rindvieh in Bismar, Kreis Osthavelland, und unter den Mähdern des Kaufmanns Gödicke zu Nixdorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 1. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

78. Veröffentlichung der Namen und Bezirke der Vertrauensmänner der Glas-Berufsgenossenschaft betreffend.

a. Name und Sitz der Berufsgenossenschaft. b. Name und Wohnort des Vorsitzenden des Genossenschafts-Vorstandes.	a. Bezeichnung, Sitz und Bezirk der zuständigen Section. b. Name und Wohnort des Vorsitzenden der Section.	Vertrauensmänner und ihre Bezirke.		
		Bezirke.	Vertrauensmänner.	Stellvertreter.
a. Glas-Berufs-Genossenschaft, Berlin, Körnerstraße Nr. 5. b. Generaldirektor Dr. Fr. Rosch, Oranienplan b. Alfeld i. Hannover.	a. Section IV. zu Königs i. Posen, umfassend Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Großp. u. Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz. b. Fabrikbesitzer H. Stöck, Königs i. Posen.	Reg.-Bez. Potsdam, excl. Kreis Teltow. Kreis Teltow.	Consul Eichricht in Swinemünde. Bacat.	Bacat. Diebstahl in Finkenheerd.

Vorsitzend werden die Namen der Vorsitzenden und Vertrauensmänner der Glas-Berufsgenossenschaft, soweit dieselben für den hiesigen Bezirk in Betracht kommen, veröffentlicht.

Potsdam, den 25. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

79. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. September 1890 (Amtsbl. S. 352) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an Stelle des Amtsbieners Kubusch zu Sommerfeld der städtische Förster Dehmel zu Gremmen zum Fischerei-Aufsichter für das im Gremmen'er See eingerichtete Laichschon-Revier nebenamtlich bestellt worden ist. Poissdam, den 27. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Grundbesitz für den Rangirbahnhof Pantow.

2. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigt hat, daß von Seiten der Königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin mit dem Grundbesitz für den Rangirbahnhof Pankow vorgegangen werde, wird hiermit angeordnet, daß Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerstören von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorangegangene Erlaubniß des Bezirks-Ausschusses unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingefrier-
bigen Hof- oder Gartenräumen ist nur mit Einwilligung
des Besitzers, in deren Ermangelung nach erhaltener Er-
laubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 29 März 1890.

Namens des Bezirks-Ausschusses der Vorstehende.

Benachrichtigungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Entziehung eines Hebammen-Prüfungs-Ben.-titels

31. Der unverheiratheten Friederike Johanne Juliane Thielcke, zuletzt Swinemünderstraße Nr. 140 hieselbst wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntniß des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 4. Februar 1890 das Hebammen-Prüfungs-Bzeugniß entzogen worden. Die Genannte ist deshalb als Hebamme nicht mehr anzusehen. Berlin, den 22. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Berlin.**

Änderung in der Gelbbestellung.

24. Vom 1. April ab bis Ende September d. J. wird in Berlin die vierte wochentägliche Geldbesetzung, welche um 5 Uhr Nachmittags beginnt, wie im vorigen Sommerhalbjahre wieder eingerichtet. Gleichzeitig wird die dritte Geldbesetzung von 3½ Uhr auf 2 Uhr Nachmittags verlegt.

Berlin O., den 27. März 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Fahrplan-Änderungen.

11. Vom 1. April d. J. ab werden die nachstehend aufgeführten Totalpersonenzüge der Strecke Berlin-Potsdam-Werder neu eingelegt bzw. in veränderten Fahrplänen gefahren:

[illegible]

Die Zellen von 60 Abends bis 5.30 früh sind durch Unterbreichen der Stromen gefennschaltet.

Berlin, den 18. März 1890.

**Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).**

Beziehungen

Berlin, den 5. Februar 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

நீ அகலிசுந்

der in der Groß-Schönebeck'ser Forst-Abtheilungs-Sache von der Königl.ichen Liebenwalder Forst an die Gemeinde Groß-Schönebeck abgetretenen, bei Zerpenschleuse belegenen Hütungs-Abtheilungs-Ländereien, Wege und Gewässer, welche von dem Gemeinde-Verbande der Gemeinde Groß-Schönebeck abgezweigt und in den Gemeinde-Verband der Gemeinde Berg einverleibt werden.

[illegible]

Laufende Nummer	Nr. des Grundbesitzes	Bezeichnung nach dem Grundbuche.	Name, Vornamen, Stand und Wohnort des Eigentümers.	Nummer		Flächeninhalt.			Jahresbetrag der Grundsteuer.
				des Kartenblattes.	der Parzelle.	ha.	ar.	qm.	
14.	332	VII. 236 Zerpenschleuse	Zieg, Hermann, Colonist und Schiffer daselbst — Colonie Rienitz —	10 10 10 10 10	80 81 82 184/130 191/133	1 1 1 1 1	83 33 33 12 43	90 90 90 91 12	4 06
15.	334	VIII. 286 dto.	Paarmann, August, Schiffer in Zerpenschleuse	10 10	273/62 274/62	— —	50 61	08 26	51
16.	335	IX. 315 dto.	Remnig, Carl Friedrich Ferdinand, Colonist daselbst	10	89	2	06	67	1 05
17.	336	IX. 305 dto.	Rämpfer, Friedrich, Schlächtermeister, jetzt Eigentümer Seehausen daselbst	10 10	57 76	— 1	88 71	60 21	1 80
18.	337	IX. 291 dto.	Rämpfer, Carl, Schlächtermeister daselbst	10 10	66 200/27	— —	95 96	10 58	97
19.	338	X. 330 dto.	Polzehl, Wilhelm, Colonist und Schiffseigner daselbst	10	235/79	—	66	95	34
20.	339	X. 339 dto.	Rippert, August, Fuhrmann daselbst	10 10	25 26	— 2	10 85	74 20	2 37
21.	340	IX. 312 dto.	Futß, August, Schiffer daselbst	10	91	—	67	38	34
22.	341	II. 60 dto.	Räpfer, Carl, Schiffer daselbst	10	90	—	67	37	34
23.	342	IX. 299 dto.	Förder, Wilhelm, Stellmachermeister daselbst	10 10 10	93 213/14 214/14	— — —	65 78 76	96 51 53	1 12
24.	343	IX. 293 dto.	Engel, Carl, Zimmermann daselbst, jetzt Colonist A Buchholz zu Colonie Berg	10	68	—	54	18	28
25.	344	IX. 290 dto.	Dräger, Carl, Seilermeister in Zerpenschleuse	10	65	1	05	68	53
26.	346	IX. 295 dto.	Lamm, Christian Friedrich Wilhelm, Handelsmann daselbst	10	71	—	36	03	18
27.	347	VII. 243 dto.	Jacob, Carl, Stangenfabrikant in Zerpenschleuse	10 10	16 73	— —	81 54	20 18	69
28.	348	III. 101 dto.	Rierich, Carl, Schiffsbauer daselbst	10 10	74 199/27	— —	54 90	19 80	74
29.	349	IX. 296 dto.	Zeldler, August, Amtsbücherer daselbst	10	75	1	31	07	66
30.	350	IX. 311 d.s.	Aschbach, August Julius Friedrich, Handelsmann daselbst	10	83	—	71	70	36
31.	353	VIII. 282 dto.	Lewebag, Georg, Kaufmann daselbst	10 10	43 87	1 —	67 64	80 54	1 18
32.	354	X. 323 dto.	Gemeinde zu Berg	10	52	—	79	20	40
33.	355	VI. 211 dto.	Grambow, Friedrich, Schiffer in Zerpenschleuse, jetzt dessen Wittwe	10	49	—	25	20	13
34.	356	IX. 298 dto.	Erdmann, Julius, Ralkbrennereibesitzer daselbst	10	42	1	67	80	85
35.	357	VIII. 287 dto.	Knebel, Wittwe, Mathilde, geb. Bernikow daselbst	10 10	163/27 60	32 —	22 88	80 37	16 78
36.	358	IX. 310 dto.	Rippert, Julius, Schiffseigner, und Ehefrau Albertine, geb. Paarmann daselbst	10	64	—	98	30	50

die gegebene Zeit dazu ausreichend ist, durchgelassen werden.

B. Für die Eisenbahn-Drehbrücke bei Werder.

1)	Von 4:0 Vorm. bis 4:45 Vorm.
2)	" 5:30 " " 6:08 "
3)	" 8:15 " " 8:40 "
4)	" 10:15 " " 10:54 "
5)	" 11:40 " " 12:10 Nachm.
6)	" 1:26 Nachm. " 1:46 "
7)	" 3:0 " " 3:30 "
8)	" 4:0 " " 4:25 "
9)	" 5:0 " " 6:0 "
10)	" 7:0 " " 7:40 "

Verpätungen fahrplanmäßiger Züge oder Sonderzüge, sowie alle sonstigen Betriebszufälle beschränken die vorbezeichneten Durchlaufzeiten der Brücken.

Potsdam, den 28. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Errichtung einer Wasserbauinspektorstelle in Coepenitz betreffend.

76. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten die Errichtung einer neuen Wasserbauinspektorstelle in Coepenitz in Aussicht genommen hat, werden dieser Wasserbauinspektion demnächst folgende Wasser-Arten überwiesen werden:

- die Dahme;
- der Storkower Kanal,
- die Tempeliger Gewässer,
- der Hottow-Kanal,
- die Spree vom Wehr bei Gr. Tränke bis zur Berliner Reichsbahngrenze,
- die Mühlendörfer Gewässer,
- der Giesener Graben und
- die Havel.

Mit der Verwaltung der Wasserbauinspektorstelle

wird der Wasserbauinspector Tollmilt beauftragt werden.

Potsdam, den 30. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

76. Unter Bezugnahme auf die in der Extra-Beilage zum Stück 46 des diesseitigen Regierungs-Amtsblattes vom Jahre 1882 enthaltene Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Interessenten, daß vom 1. April 1890 ab für den Bezirk des I. Armee-corps an Stelle des Bezirks-Commandos in Marienburg das Bezirks-Commando in Braunsberg und für die Bezirke des XVI. und XVII. Armee-corps die Bezirks-Commandos in Reg. bezw. in Marienburg als Vermittelungsbehörden gemäß § 16 der unter dem 10. September 1882 Allerhöchst. genehmigten Grundzüge für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern bestimmt worden sind.

Potsdam, den 1. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefseuchen.

77. Festgestellt ist: die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Rostäcker Pieper zu Dabergoß, Kreis Ruppin.

Erlöschen ist:

die Bruckseuche unter den Pferden des Train-Bataillons zu Spandau,

die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen der Bauern Schulte und Nieder jr. in Rosenthal, Kreis Niederbarnim, unter dem Rindvieh in Böhlow, Kreis Osthavelland, und unter den Rindern des Kaufmanns Göttsche zu Rixdorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 1. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

78. Veröffentlichung der Namen und Bezirke der Vertrauensmänner der Glas-Berufsgenossenschaft betreffend.

a. Name und Sitz der Berufsgenossenschaft. b. Name und Wohnort des Vorsitzenden des Genossenschafts-Vorstandes.	a. Bezeichnung, Sitz und Bezirk der zuständigen Section. b. Name und Wohnort des Vorsitzenden der Section.	Vertrauensmänner und ihre Bezirke.		
		Bezirke.	Vertrauensmänner.	Stellvertreter.
a. Glas-Berufs-Genossenschaft, Berlin, Körnerstraße Nr. 5. b. Generaldirektor Dr. Fr. Rosh, Grünauplan b. Alfeld i. Hannover.	a. Section IV. zu Königs i. Posen, umfassend Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Großh. Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz. b. Fabrikbesitzer A. Stosch, Königs i. Posen.	Reg.-Bez. Potsdam, excl. Kreis Teltow. Kreis Teltow.	Consul Eichricht in Swinemünde. Bacat.	Bacat. Biedahl in Finkenheerd.

Vorsitzend werden die Namen der Vorsitzenden und Vertrauensmänner der Glas-Berufsgenossenschaft, soweit dieselben für den hiesigen Bezirk in Betracht kommen, veröffentlicht.

Potsdam, den 25. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Satzende Nummer	Nr. titel des Unter-Posters	Bezeichnung		Name, Vorname, Stand und Wohnort des Eigentümers.	Nummer		Stücken-			Jahres- betrag	
		nach dem Grundbuche.			des Satzes blatte	der Parzelle	Inhalt.			Grund- steuer.	Zins.
		Band.	Blatt.				ha	ar	qm		
56	397	X.	322	Ehrentreich, Carl, Schiffbauemeister in Zerpens- schleuse	10	204/88	—	61	25	—	31
57.	398	X.	321	Hübner, Julius, Tischlermeister in Groß- Schönebeck, jetzt Arbeiter Hermann Rosen- feld in Zerpenschleuse	10	205/88	—	73	50	—	37
58	405	X.	331	Wendt, Carl, Scharwerker in Zerpenschleuse	10	238/96	—	56	—	—	28
59.	406	III.	92	Lehmann, August, Colonist und Schiffer daselbst	10	70	—	36	17	—	46
60	407	III.	85	Seefeld, Wilhelm, Schiffseigner daselbst	10	229/47	—	54	70	—	28
61.	410	IV.	132	Sauerwein, Carl, Schlossermeister daselbst	10	230/47	—	54	70	—	28
62.	413	IX.	316	Bracklow, Rudolf, Schiffer in Zerpenschleuse	10	46	1	84	—	—	93
63.	432	IX.	301	Fug, Ludwig, Viehhändler daselbst	10	275/58	—	09	27	—	30
64.	433	VIII.	270	Buchholz, Hermann, Sattlermeister in Pärchen	10	276/58	—	60	31	—	30
65.	434	V.	182	John, Moritz, Schuhmachermeister in Zerpens- schleuse	10	223/14	—	16	80	—	08
66.	435	VIII.	277	Reimer, Wilhelm, Eigentümer daselbst	10	211/14	—	80	60	—	79
67.	436	VIII.	285	Korisch (Kirsch), Carl, Schiffseigner daselbst	10	222/14	—	74	96	—	79
68.	437	VII.	253	Herrmann, August, Schneidermeister daselbst	10	221/14	—	74	69	—	38
69.	438	X.	337	Plage, verw. Handelsmann, geb. Paarmann, jetzt Otto Plage daselbst	10	218/14	—	74	79	—	14
70.	439	III.	93	Röhn, Julius, Eigentümer und Weber daselbst	10	219/14	—	74	51	1	14
71.	440	VIII.	274	Niedandt, August, Bäcker und Regimenter in	10	220/14	—	74	58	—	38
72.	461	X.	324	Schlus, jetzt Eigentümer R. Sommer	10	217/14	—	75	25	—	38
73.	460	X.	343	Steinmann, Joachim August, Schiffer in	10	216/14	—	78	30	—	40
74.	464	X.	346	Zerpenschleuse	10	209/12	1	33	83	—	—
75.		ohne		Grundmann, August, Schneidermeister daselbst	10	210/13	1	62	36	1	88
				Kalbe, August, Schiffbauemeister daselbst	10	212/14	—	74	77	—	37
				Öffentliche Wege	10	215/14	—	73	40	—	37
					10	63	—	98	20	—	50
					10	84	—	71	70	—	36
					10	208/45	—	51	10	—	26
					10	98	1	83	63	—	—
					10	99	—	48	29	1	31
					10	136	4	15	40	—	—
					10	154	—	—	—	—	—
					10	156/157	1	61	70	—	—
					10	224/155	—	20	10	—	—
					10	158	—	—	—	—	—
					10	160	1	01	90	—	—
					10	161	—	—	—	—	—
					10	245/159	—	10	50	—	—
76.		ohne		Öffentliche Gewässer							
Zusammen							181	62	86	101	84

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.
3. Haupt-Etat der Verwaltung des Provinzial-Verbandes von Brandenburg
für das Jahr vom 1. April 1890—1891.

Kapitel	Titel	Einnahme	Betrag für das Etatsjahr 1. April 1890—91.	
			Gr.	Pf.
		A. Laufende Einnahmen.		
I.		Aus der Staatskasse:		
	1.	Deputationsrente (§ 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 und Allerhöchste Verordnung vom 12. September 1877)	1 549 077	—
	2.	Für die Verwaltung und Unterhaltung der früheren Staatschassen (§ 20 des Gesetzes und dies. Verordn.)	1 335 047	—
	3.	Zugusch für die Hebammenlehranstalt zu Frankfurt a. D. (§ 13 des. Ges.)	7 548	—
	4.	Zugusch zur Unterstützung niederer landwirtschaftlicher Lehranstalten (§ 14 das.)	5 400	—
		Summa I.	2 897 072	—
II.		Aus den Kapitalien und Beständen der Provinz:		
	1. 2.	Zinsen	104 360	—
III.		Aus den Nebensfonds der Provinz:		
	1—3.	Zinsen	82 550	—
IV.		Vom Landeshaufe, Miethen:		
V.		Aus der Chausseeverwaltung:		
	1—9.	Beiträge von Reisen zu den Besoldungen der Provinzialbaubeamten, Renten, Miethen, Pächte, Erträge aus den Baumpflanzungen und sonstige Einnahmen	68 200	—
VI.		Aus der Verwaltung des Landarmen-, Korrigenden- und Irrenwesens:		
	1.	Erstattete (nur-) Verpflegungs- und Deputationskosten	824 900	—
	2.	Provinzialsteuern für die Zwecke des Landarmen- u. Wesens (8 1/2 % der Staatssteuern)	1 188 000	—
	3.	Sonstige Einnahmen	20	—
		Summa VI.	1 492 920	—
VII.		Aus der Verwaltung des Taubstummen-, Blinden- und Idiotenwesens:		
	1. 2.	Erstattete Ausbildungs- und Unterhaltungskosten, sowie sonstige Einnahmen	27 970	—
VIII.		Aus der Zwangserziehung verwahrloster Kinder:		
	1. 2.	Erstattete Erziehungs- und Unterhaltungskosten, sowie sonstige Einnahmen	54 460	—
IX.		Aus der Verwaltung des Viehversicherungswesens (Ges. vom 25. Juni 1875):		
X.		Für die Verwaltung von Institutskassen:	9 660	—
XI.		Insgemein:	818	—
		Summa der laufenden Einnahmen	4 739 800	—
		B. Außerordentliche Einnahmen.		
	1.	Aus dem Verkauf von Exemplaren des Inventars der Bau- und Kunstdenkmäler	200	—
	2.	Aus dem Kapitalfonds der Provinz (Abstellung 5) zur Errichtung der Taubstummenanstalt in Guben	106 000	—
		Summa aller Einnahmen	4 846 000	—

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag für das Staatjahr 1. April 1890—91.	
			M.	Pf.
		A. Laufende Ausgaben.		
I.	1. 2.	Kosten des Provinziallandtags und seiner Organe: Reisefkosten und Tagegelber, sowie Büreaufkosten	27 050	—
II.	1.	Kosten anderer Verwaltungsorgane: Reisefkosten und Tagegelber der gewählten 5 Mitglieder des Provinzialraths	300	—
	2.	Kosten der Gewerbekammer der Provinz	8 000	—
		Summa II.	8 300	—
III.	1.	Kosten der Landesdirektion: Gehälter der Provinzialbeamten nebst Miethsentschädigungen bezw. Wohnungsgelbzuschüssen	133 105	—
	2—10.	Andere persönliche und sächliche Ausgaben	56 825	—
		Summa III.	189 930	—
IV.		Beihilfe zur Durchführung der Kreisordnung vom 13. De- zember 1872 (§ 5 Nr 1 des Gef. vom 8. Juli 1875)	289 337	08
V.		Für den Neubau Hauffirter Wege (§ 4 Nr 1 das.)	700 000	—
VI.		Für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial- Chaussees (§ 18 ff. das.):		
	1—14. und 17.	Gehälter der Baubeamten und Chausseeaufseher, sowie andere persönliche und sächliche Ausgaben	178 765	—
	15.	Für die Unterhaltung der Berlin—Frankfurter Chaussee von Station 3,9 + 83,2 bis 5,4 + 26, der Schloßstraße in Charlottenburg und der Berlin—Hamburger Chaussee von Station 13,9 + 80 bis 14,5 + 84 in Spandau	4 735	—
	16.	Kosten der materiellen Unterhaltung der circa 1400 km langen Provinzial- Chaussees	975 000	—
		Summa VI.	1 158 500	—
VII.		Unterstützungen für den Gemeindewegebau (§ 4 Nr 1 das.)	180 000	—
VIII.	1—3.	Zur Beförderung von Landesmeliorationen (§ 4 Nr 2 das.)	109 090	—
IX.		Zur Beförderung des Baues von Sekundärbahnen	—	—
X.		Für die Verwaltung des Landarmen-, Korrigenden- und Irrenwesens (§ 4 Nr 3/4 das. und Verordnung vom 23. Februar 1878):		
	1.	Zuschüsse zur Unterhaltung der 9 Provinzialanstalten	1 262 500	—
	3.	Aufwendungen für Landarme außerhalb der Provinzialanstalten	195 000	—
	4.	Beihilfen an Ortsarmenverbände	10 500	—
	5.	Beihilfe für die Arbeiterkolonie Friedrichswille	6 000	—
	6.	Beihilfe zur Unterhaltung von Verpflegungsstationen	32 000	—
	2 und 7.	Unterstützungen an Anstaltsbeamte und deren Hinterbliebenen, sowie sonstige Ausgaben	4 800	—
		Summa X.	1 510 800	—
XI.		Zur Fürsorge für Taubstumme, Blinde, Idioten und Epilep- tische (§ 4 Nr 4 das.):		
	1—5.	Zur Ausbildung und Verpflegung der Taubstummen, Blinden, Idioten und Epileptischen, sowie für die Ausbildung von Taubstummen- Lehrern und sonstige Ausgaben	172 820	—
XII.		Für die Zwangserziehung verwahrloster Kinder (§ 12 des Gef. v. 13. März 1878):		
	1—3.	Erziehungs- und Verpflegungskosten, sowie Kosten der Fürsorge bei Beendigung der Zwangserziehung und sonstige Ausgaben	108 110	—

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag für das Etatsjahr 1. April 1890—91.	
			ℳ.	ℳf.
XIII.		Zur Unterstützung milder Stiftungen u. (§ 4 Nr 5 des Gef. v. 8. Juli 1875)	15 000	—
XIV.		Zuschüsse für Kunst- und wissenschaftliche Vereine, für Landesbibliotheken und Unterhaltung von Denkmälern (§ 4 Nr 6 das.)	6 000	—
XV.	1—4.	Für Hebammenwesen (§ 4 des Gef. v. 28. Mai 1875 und § 13 des Gef. v. 8. Juli 1875)	18 600	—
XVI.	1—7.	Zur Unterstützung niederer landwirthschaftlicher Lehr-Anstalten (§ 14 d. Gef. v. 8. Juli 1875), nämlich der Ackerbau- und Oekonomenschule zu Wittstock, der Ackerbauwinterschule in Königsberg N.-M. und der Molkereischule in Prenzlau	19 350	—
XVII.	1—8.	Bisher vom Staate geleistete bezw. von der Provinz übernommene fortdauernde Zahlungen	35 748	44
XVIII.	1. 2.	Für die Verwaltung und Unterhaltung des Landeshauses und Abgaben für dasselbe	2 000	—
XIX.		Insgesamt	2 164	48
XX.		Zur Disposition des Provinzialausschusses zur Bestreitung nicht vorhergesehener unvermeidlicher Ausgaben	22 500	—
		Summa der laufenden Ausgaben	4 575 300	—
		B. Außerordentliche Ausgaben.		
	1.	Zur Nachpflanzung auf den Aurither Sandhöfen	1 000	—
	2.	Zur Errichtung der Taubstummenanstalt zu Guben (zweite und letzte Rate)	233 200	—
	3.	Zur Errichtung bezw. Veränderung von Wirtschaftsgebäuden bei der Landbirrenanstalt zu Landsberg a. B.	36 500	—
		Summa aller Ausgaben	4 846 000	—
		Die Einnahmen betragen	4 846 000	—
		Balancirt.		

Vorstehender Etat ist von dem Brandenburgischen Provinziallandtage in den Sitzungen vom 10ten und 11ten d. M. festgestellt worden und wird hierdurch in Gemäßheit des § 101 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 20. März 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg von Levetzow.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.
Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen gegen 3 1/2 %ige Staatsschuldverschreibungen.
13. Die Inhaber der 4 %igen Berlin-Stettiner Eisenbahn-Obligationen II., III. und VI. Emission werden aufgefordert, ihre Obligationen, soweit diese zum Umtausche gegen Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe abgestempelt worden sind, zur Ausführung des nach Maßgabe der Angebote vom 1. April bezw. 15. August 1889 erfolgenden Umtausches vom 1. April d. J. ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkassier, Leipziger Platz Nr. 17, einzureichen.

Neben der genannten Kasse nehmen auch, jedoch nur während der ersten 6 Wochen vom 1. April d. J. ab, die Königl. Eisenbahn-Hauptkassen in Frankfurt a. M. (Sachsenhausen) und die Königl. Eisenbahn-Betriebskassen in Breslau (Direktionsbezirk Berlin), Cottbus, Hamburg, Guben, Görlitz, Stettin und Stralsund die Obligationen zum Umtausche an.

Mit den Obligationen II. und VI. Emission müssen zugleich die am 1. Oktober 1890 und später fällig werdenden Zinscheine nebst Erneuerungs-Anweisung abgegeben werden, bezw. ist der Werth eines jeden fehlenden Zinscheines baar einzuzahlen. Zu den Obligationen III. Emission sind weder Zinscheine noch Erneuerungs-Anweisung ausgegeben.

Ferner ist mit den Obligationen, und zwar für jede Emission besonders, ein Nummern-Verzeichniß in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Vordruckbogen zu derartigen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Die zum Umtausche bestimmten Staatsschuldverschreibungen sind in Stücken zu 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 M. ausgefertigt und mit Zins-scheinen über Zinsen vom 1. April 1890 ab versehen. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, berücksichtigt werden.

Der Umtausch erfolgt nicht Zug um Zug, sondern es erhält der persönlich erscheinende Einlieferer oder dessen Beauftragter vorläufig eine Empfangs-Bescheinigung. Später wird ein Quittungs-Entwurf portopflichtig übersandt werden, den der Obligationen-Einreicher mit seiner Unterschrift zu versehen und unter Beifügung der vorgeordneten Empfangs-Bescheinigung zurückzugeben hat, wogegen die Staatsschuldverschreibungen ausgehändigt werden.

Geschieht die Einreichung der Obligationen durch Vermittelung der Post, so wird der Empfang nur auf Verlangen in dem Begleitschreiben bestätigt; anderenfalls wird nach Verlauf einiger Zeit ein Quittungs-Entwurf zur Unterschrift übersandt, nach dessen Wiedereingang die Absendung der Schuldverschreibungen mit den Zins-scheinen unter voller Werthangabe erfolgt, sofern eine andere Verwerthung nicht ausdrücklich beansprucht ist.

Wollen Inhaber umzutauschender Obligationen die Umwandlung der für die Obligationen zu gewährenden Konsols in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf Ansuchen der Berechtigten die einzutauschenden $3\frac{1}{2}\%$ igen Schuldverschreibungen direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbüro) abgegeben und erhält der Obligationen-Einreicher in solchen Fällen an Stelle des Quittungs-Entwurfes nur entsprechende Nachricht.

Wir benutzen zugleich die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diejenigen 4% igen Prioritäts-Obligationen **La. B. der Berlin-Gör-litzer, II. Emiss. der Berlin-Anhaltischen, Serie VI. der Thüringischen, I. Em. der Berlin-Hamburger und der Schleswig'schen Eisenbahn**, hinsichtlich welcher der f. Z. angebotene Umtausch gegen $3\frac{1}{2}\%$ ige Staatsschuldverschreibungen angenommen worden ist, laut unserer Bekanntmachung vom 24. Dezember 1889 bereits seit dem 2. Januar d. J. bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipziger Platz Nr. 17, umgetauscht werden. Die Besitzer derartiger Obligationen wollen

deshalb den Umtausch nunmehr schleunigst ausführen.

Berlin, den 24. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag III. zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg. 19. Am 1. April 1890 gelangt zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg vom 1. August 1889 der Nachtrag III. zur Einführung. Derselbe enthält: 1) Aenderungen der Besonderen Bestimmungen zu dem Betriebs-Reglement. 2) Aenderungen und Ergänzungen der Besonderen Tarifvorschriften. 3) Aenderungen und Ergänzungen des Kilometerzeigers. — Neue Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen Alt-Damm, Carolinenhorst, Stargard i. Pm. und Jarnefang; und anderweite ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für die Station Alexandrowo. 4) Aenderungen und Ergänzungen der Ausnahmetarife. — Aufhebung des Ausnahmetarifs 8 für Kaliroßsalze zum Düngen und Einführung des Ausnahmetarifs 8 für Düngemittel, Erde, Kartoffeln und Rüben des Spezialtarifs III. Die Nachträge sind durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgaben unseres Direktionsbezirks zu beziehen.

Bromberg, den 18. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag IX. zum Verbands-Gütertarif zwischen Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Bahn.

20. Mit dem 1. April 1890 tritt zum Verbands-Gütertarif zwischen Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Bahn der Nachtrag IX. in Kraft. Derselbe enthält: a. Aenderungen der besonderen Bestimmungen zum Betriebs-Reglement und der speziellen Tarifvorschriften, sowie neue Vorschriften über die Kontrolle der Ausfuhr Güter. b. Neue Frachtsätze für Charlottenwerder der Marienburg-Mlawkaer Bahn und Alexandrowo, Alt-Damm, Carolinenhorst, Drechow und Stargard i. Pm. des Bezirks Bromberg. c. Neue Frachtsätze für Spirit und Spiritus zur überseeischen Ausfuhr und Aufhebung der Frachtsätze des Ausnahmetarifs V. für Getreide. d. Bereits früher veröffentlichte Tarifänderungen. Hierdurch wird der Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Berlin vom 15. Juli 1888 nebst Nachträgen bezüglich des Verkehrs zwischen sämtlichen Stationen der Marienburg-Mlawkaer Bahn und den Stationen Alt-Damm, Carolinenhorst und Stargard i. Pm. des Bezirks Berlin aufgehoben. Abdrücke des Nachtrags IX. können durch die Fahrkarten-Ausgabestellen der Verbandsstationen bezogen werden.

Bromberg, den 25. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ausnahme-Frachtsätze für Torfkreuz und Torfmüll.

21. Die im Verkehr zwischen den Stationen der Preussischen Staatsbahnen bestehenden Ausnahme-Frachtsätze für Torfkreuz und Torfmüll bleiben über den 1. April d. J. hinaus bis Ende August d. J. in Geltung. Bromberg, den 25. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung.

22. Vom 1. April d. J. ab werden die Vorortzüge 29, 30 und 710 nach folgendem Fahrplan verkehren:

Vorortzug 29		Stationen		Vorortzug 30		Vorortzug 710	
3—4 Kl.				3—4 Kl.		2—4 Kl.	
Uhr	Min.			Uhr	Min.	Uhr	Min.
		Charlottenburg	Anf.			Morgens	
		Berlin Zoologischer Garten				7	08
		" Friedrichstraße				7	02
		" Alexanderplatz				6	52
Morgens		" Schlesischer Bhf.	Anf.	Morgens		6	47
5	40	Abf.		5	20	6	39
5	46	Stralau-Mummelsburg		5	15	6	33
5	51	Anf.		5	10	6	28
		Lichtenberg-Friedrichsfelde				6	21
		Biesdorf				6	16
		Raasdorf				6	07
		Hoppegarten				6	00
		Neuenhagen				5	53
		Frederisdorf				5	46
		Strausberg				5	38
		Nehfelde				5	22
		Dahmsdorf-Müncheberg	Abf.				

Bromberg, den 21. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Kreis-Physikus Dr. Passauer in Potsdam und dem praktischen Arzt Dr. Zybelle in Eberswalde den Charakter als „Sanitäts-Rath“ zu verleihen.

Im Kreise Templin ist an Stelle des aus dem Bezirke verzoogenen Königl. Oberförsters Euen zu Reiersdorf der Königl. Oberförster Fischer daselbst zum Amtsvorsteher des 14. Bezirks Reiersdorf ernannt worden.

Der versorgungsberechtigte Feldwebel Forkausseher Liske zu Neu-Gloßow in der Oberförsterei Menz ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Hammelsfall in der Oberförsterei Neuendorf vom 1. Mai d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Predigamt-Candidat Paul Martin Gottschid ist zum Diaconus bei der Evangelischen Ge-

meinde in Wilsnack, Diözese Havelberg-Wilsnack, bestellt worden.

Die unter Königlichem Patronat stehende III. Predigerstelle an der Sophien-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin II, ist durch das Ableben des Predigers Burdhardt am 24. Februar d. J. zur Erledigung gekommen. Die Besetzung steht im vorliegenden Falle dem Kirchenregiment zu.

Die unter dem Patronat der Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter hier selbst stehende Pfarrstelle zu Krausnigt, Diözese Königs-Wusterhausen, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Simon zum 1. April d. J. zur Erledigung.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Wittenberge, Diözese Merseburg, kommt durch die Versetzung des Diaconus Wulkow demnach zur Erledigung.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gahn'schen Erben (G. Gahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 15.

Den 11. April

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 10.) Nr 1892. Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse im Schußgebiete der Marschall-Inseln. Vom 7. Februar 1890.

(Stück 11.) Nr 1893. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Aufnahme einer Anleihe auf Grund der Gesetze vom 16. Februar 1882 (Reichs-Gesetzbl. S. 39), vom 16. März 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 58) und vom 1. Februar 1890 (Reichs-Gesetzbl. S. 49). Vom 17. März 1890.

Nr 1894. Bekanntmachung, betreffend die Gestattung des Festbietens von Bier im Umherziehen. Vom 21. März 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 5.) Nr 9368. Vertrag zwischen Preußen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie wegen Fortdauer des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins. Vom 20. November 1889.

(Stück 6.) Nr 9369. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dären, Bonn, Meisenheim, Stromberg, Simmern, Köln, Baumholder, Saarbrücken und Trier. Vom 6. März 1890.

(Stück 7.) Nr 9370. Allerhöchster Erlaß vom 19. März 1890, betreffend Änderungen in den Geschäftsbezirken der Staats-Eisenbahn-Verwaltungsbehörden.

(Stück 8.) Nr 9371. Allerhöchster Erlaß vom 17ten Februar 1890, betreffend die Abtrennung der Verwaltung der Angelegenheiten des Staats-Berg-, Hütten- und Salinenwesens, einschließlich der polizeilichen Aufsicht über den Bergbau, von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und die Uebertragung dieser Verwaltung auf das Ministerium für Handel und Gewerbe.

(Stück 9.) Nr 9372. Gesetz, betreffend Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Ministers für Handel und Gewerbe. Vom 26. März 1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

9. XIX. Nachtrag

zu dem revidirten Reglement der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg (mit Ausschluß der Altmark), für das Markgrafthum Niederlausitz und die Distrikte Jüterbog und Belgig vom 15. Januar 1855. (Gesetzsammlung von 1855: Seite 73—132.)

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 18. Juli 1856 (Gesetzsammlung Seite 722).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 13. Februar 1865 (Gesetzsammlung Seite 94).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 24. Mai 1869 (Gesetzsammlung Seite 774).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 6. Juli 1870 (Gesetzsammlung Seite 438).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 20. März 1874 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 24. April 1874, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 22. April 1874).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 5. März 1875 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 2. April 1875, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 7. April 1875).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 10. April 1876 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 26. Mai 1876, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 17. Mai 1876).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 9. April 1877 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 11. Mai 1877, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 9. Mai 1877).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 6. Mai 1878 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 31. Mai 1878, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 5. Juni 1878).

Vergleiche Reskript des Ministers des Innern vom 20. Juni 1879 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 1. August 1879, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 30. Juli 1879).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 21. Juli 1879 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 29. August 1879, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 27. August 1879).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 19. März 1880 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 23. April 1880, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom 5. Mai 1880).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 5. April 1882
(Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 5. Mai
1882, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D.
vom 3. Mai 1882).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 23. April 1883
(Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 25. Mai
1883, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D.
vom 23. Mai 1883).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 25. März 1885
(Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 1. Mai
1885, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D.
vom 29. April 1885).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 18. April 1887
(Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 27. Mai
1887, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D.
vom 25. Mai 1887).

Vergleiche Allerhöchsten Erlaß vom 18. März 1889
(Amtsblatt der Regierung zu Potsdam vom 3. Mai
1889, Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D.
vom 25. April 1889).

Vergleiche Oberpräsidial-Erlaß vom 26. Juli 1889

(Extra-Beilage zum Amtsblatt der Regierung zu
Potsdam vom 4. Oktober 1889, Extra-Beilage zum
Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a. D. vom
2. Oktober 1889).

Der § 10 des Reglements wird abgeändert und
lautet fortan wie folgt:

§ 10. Die Wahl des General-Direktors erfolgt
auf dem Kommunal-Landtage, die der Kreis-Direktoren
auf den Kreistagen.

Wahlfähig als Kreis-Direktoren sind nur solche
Großgrundbesitzer, welche hinlänglich begütert und So-
cietäts-Mitglieder sind und zwar mit der Maßgabe,
daß die Kreis-Direktoren in dem Kreise, für welchen sie
gewählt werden, den Großgrundbesitzern angehören
müssen. Nur die Landräthe können auch dann, wenn
sie nicht ansässig sein sollten, für die Dauer ihres Land-
rathsamts zu Kreis-Direktoren gewählt werden.

Die Verhandlungen über die Wahl der Kreis-
Direktoren sind dem General-Direktor einzureichen und

81.

Nachweisung der Markte etc.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt.				
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es				
												Kornschick				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Grüben	Speldebohnen	Erbsen	Urtaroffeln	Kichstroh	Stammstroh	Sen	von der	Reise	Band-	schick
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	18 31	16 23	15 83	15 86	27 25	27 75	35 —	3 75	6 75	4 58	5 —	1 40	1 10		
2	Berckow	—	16 72	—	16 73	27 50	27 50	37 50	2 80	—	—	—	1 20	1 —		
3	Bernau	19 02	17 25	17 54	17 47	28 —	30 —	42 50	5 —	7 38	—	6 65	1 25	1 06		
4	Brandenburg	19 20	17 70	15 65	17 72	35 —	35 —	55 —	3 10	6 38	—	6 02	1 40	1 20		
5	Dahme	18 82	17 26	16 43	17 —	25 —	32 —	45 —	2 50	6 50	4 —	7 50	1 —	1 —		
6	Eberswalde	18 93	17 30	18 50	16 63	24 —	24 —	32 —	3 20	7 44	—	5 44	1 40	1 10		
7	Havelberg	19 30	17 43	16 50	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 —		
8	Jüterbog	18 90	17 25	17 —	18 25	28 —	30 —	50 —	3 —	7 —	—	7 —	1 20	1 10		
9	Ludenwalde	18 89	16 99	16 43	17 32	36 —	36 —	40 —	2 75	5 41	—	6 75	1 20	1 20		
10	Perleberg	18 73	16 79	16 60	16 89	27 —	35 —	50 —	3 50	6 33	—	6 33	1 40	1 20		
11	Potsdam	19 37	17 39	17 67	18 05	26 —	28 —	38 —	3 70	6 98	—	5 56	1 35	1 10		
12	Prenzlau	18 64	16 50	18 03	16 30	22 —	30 —	30 —	3 50	6 50	5 —	5 —	1 30	95		
13	Prignitz	18 67	16 70	16 25	15 97	19 —	30 —	39 —	2 18	6 25	5 25	6 50	1 30	1 —		
14	Rathenow	18 75	17 22	14 42	17 50	30 —	35 —	44 —	2 77	5 50	—	5 —	1 40	1 20		
15	Reu-Muppinn	20 —	17 27	16 40	16 89	30 —	32 —	50 —	2 64	7 42	—	6 —	1 40	1 15		
16	Schwedt	19 —	17 47	17 —	17 09	26 67	31 25	31 25	3 —	6 50	—	6 —	1 20	1 —		
17	Spandau	18 75	16 75	16 25	17 25	29 —	39 —	47 —	4 —	7 25	—	6 50	1 45	1 20		
18	Strausberg	19 50	17 47	19 —	18 —	20 28	30 44	35 44	4 —	8 06	—	7 82	1 20	1 10		
19	Teltow	18 92	17 55	17 72	17 80	40 —	40 —	55 —	4 25	7 25	6 —	7 75	1 50	1 10		
20	Templin	18 40	16 93	17 50	16 50	19 50	40 —	30 —	3 50	7 —	—	6 50	1 20	1 —		
21	Treuenbriezen	19 02	17 08	16 42	17 38	26 —	24 —	30 —	3 —	5 68	—	5 10	1 20	1 —		
22	Wittstock	18 75	16 62	17 —	16 75	16 75	36 —	44 —	2 46	5 38	4 —	4 33	1 —	90		
23	Wriezen a. D.	17 59	17 08	17 35	16 75	22 —	28 —	34 —	3 —	6 17	4 28	5 50	1 30	1 —		
	Durchschnitt	19 02	17 08	16 84	17 16	—	—	—	3 26	6 62	—	6 08	—	—	—	—

Potsdam, den 8. April 1890.

von diesem dem Kommunal-Landtage zur Bestätigung vorzulegen, worauf, wenn diese erfolgt ist, die Vereidigung auf dem der Bestätigung zunächst folgenden Kreistage statifindet.

Die General-Direktion hat die Befugniß, dem Gewählten die Verwaltung des Amts bis zu seiner ev. Bestätigung und Vereidigung zu übertragen.

Dem vorstehenden XIX. Nachtrage zu dem revirten Reglement der Land-Feuer-Societät für die Kurmark und die Niederlausitz vom 15. Januar 1855 (Gel.-S. S. 73) wird hierdurch auf Grund des § 148 in der Fassung des XVII. Nachtrages zu diesem Reglement die erforderliche Genehmigung erteilt.

Potsdam, den 20. März 1890.

(L. S.)

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,

Staatsminister.

gez. von Achenbach.

Genehmigung.

O P. 2789.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Viehseuchen.

80. Festgestellt ist: der Milzbrand bei einer Kuh des Kossäthen Joachim zu Stolpe, Kreis Niederbarnim, bei einer Kuh des Handelsmanns B. Plänke zu Gränesfeld, Kreis Osthavelland, und bei einer Kuh auf dem Rittergute Wagenitz, Kreis Westhavelland; die Brustseuche bei einem Pferde der 1. Compagnie Brandenburgischen Trainbataillons Nr. 3 zu Spandau; die Maul- und Klauenseuche unter den Rindern der Königl. Domaine Dahlem, Kreis Teltow.

Erlöschen ist: die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen des Viehhändlers Gögge zu Weissen-see, Kreis Niederbarnim, in Wendisch-Riez und unter dem Rindviehbestande in Gut Cossenblatt, Kreis Westhavelland-Storkow, unter dem Rindviehbestande des Gutes Waldau, Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

Potsdam, den 8. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat März 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Rindfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Eier	Weizen Nr. 1.	Regen Nr. 1.	Graue	Grüne	Dinkelgrün	Hafergrün	Gerste	Reis, Java	Java-Kaffee	mittler gelber in gebr. Bohnen	Speisefah	Schweinefleisch, fettig.		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 30	— 90	1 05	1 90	2 23	3 20	— 35	— 30	— 55	— 45	— 40	— 55	— 60	— 60	3 40	3 60	— 20	2 —		
1 50	— 98	1 —	2 —	2 05	2 73	— 40	— 26	— 50	— 60	— 50	— 88	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 25	1 15	1 70	2 30	3 38	— 25	— 25	— 45	— 55	— 65	— 45	— 55	— 30	2 70	3 30	— 20	1 50		
1 37	1 15	1 15	1 80	2 30	3 36	— 40	— 30	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 60	4 —	— 20	1 60		
1 40	— 90	1 —	1 80	2 —	2 40	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	3 22	— 30	— 28	— 60	— 60	— 50	— —	— 60	— 60	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 35	1 20	1 11	1 85	2 29	2 92	— 38	— 26	— 50	— 55	— 60	— 60	— 50	— 60	2 80	4 —	— 20	1 80		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	3 20	— 34	— 28	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 60	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	2 20	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 93	3 28	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 80	3 60	— 20	2 —		
1 49	1 26	1 29	1 80	2 16	3 37	— 42	— 30	— 50	— 50	— 50	— 50	— 45	— 60	2 90	3 80	— 20	1 80		
1 40	— 90	1 10	1 90	2 20	3 07	— 32	— 30	— 60	— 40	— 55	— 60	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 40	1 —	1 10	2 —	1 89	2 39	— 25	— 24	— 40	— 40	— 45	— 50	— 40	— 50	3 40	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 —	— 32	— 29	— 40	— 44	— 45	— 44	— 40	— 60	3 25	3 50	— 20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	3 16	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	2 20	2 80	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 50	3 40	— 20	2 —		
1 60	1 28	1 25	1 80	2 50	3 50	— 40	— 30	— 50	— 50	— 55	— 50	— 50	— 65	2 50	3 80	— 20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 71	2 40	3 20	— 35	— 25	— 55	— 50	— 50	— 50	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	1 40		
1 50	1 30	1 25	1 60	2 40	3 60	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	2 40	3 —	— 20	1 20		
1 40	— 80	1 —	2 —	2 40	3 20	— 27	— 24	— 60	— 50	— 60	— 60	— 50	— 55	3 40	3 80	— 20	1 80		
1 40	1 —	1 20	1 80	2 04	3 64	— 32	— 26	— 50	— —	— 40	— 50	— 30	— 50	3 30	3 60	— 20	1 80		
1 28	— 78	— 97	1 80	2 02	2 68	— 28	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 30	1 10	1 15	1 80	2 20	3 —	— 25	— 27	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 50	3 50	3 75	— 20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

82.

R a t h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat März 1890 in den Hauptmarktorien der Kreise des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Was kosten je 50 Kilogramm	Weesow für Kreis Wees- ow- Storkow.		Brandenburg für Brand- enburg und Kreis West- havel- land.		Ludow- walde für Kreis Jüter- bog- Ludow- walde.		Pierle- berg für Kreis West- Prignitz.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Rang- Belzig.		Prenzl- an für die Kreise Prenzl- an und Templin.		Renn- ruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Wittstock für Kreis Dör- Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	8	93	9	55,5	9	41	9	02	9	73	8	72	8	89	8	96,5	8	95,5	Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Oranienburg und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Marktort.
2.	Heu	—	—	3	48	3	68	3	41	3	55	3	15	3	15	3	15	2	27,5	
3.	Richtstroh	—	—	3	48	3	33	3	41	3	92	3	68	3	89,55	3	41	2	88,5	

Potsdam, den 8. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Den Ober-Spree-Kanal betreffend.

83. Mit Bezug auf den gefälligen Bericht vom 25. v. M. will ich, der Minister der öffentlichen Arbeiten, den Ober-Spree-Kanal in seiner demnächstigen ganzen Ausdehnung dem Königl. Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellen.

Ferner wollen wir die Verwaltung der Strom-, Schiffsahrts- und Hafenpolizei auf dem Ober-Spree-Kanale in dessen namlcher Ausdehnung demselben Regierungs-Präsidenten als besonderer Behörde im Sinne des § 138 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 übertragen.

Berlin, den 22. März 1890.

Der Minister der
öffentlichen Arbeiten.Im Auftrage:
gez. Schulz.Der Minister für Handel
und Gewerbe.In Vertretung:
gez. Magdeburg.An den Königl. Regierungs-Präsidenten Herrn
Grafen Hue de Grais Hochgeboren zu Potsdam.

III. 4418 M. d. d. A.

A. 972 M. f. d. r.

Vorstehenden Ministerial-Erlaß bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 2. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Chausseegeld-Erhebung im Kreise Nieder-Barnim betreffend.

84. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten ist die an der Chaussee von Berlin über Alt-Landsberg und Strausberg nach Prözel im Kreise Nieder-Barnim bestehende Chausseegeldhebestelle bei Lichtenberg und Marzahn aufgehoben und dafür in der Gemarkung Hohen-Schönhausen in Station 6,8 + 50 eine neue Hebestelle mit der Befugniß zur Erhebung des tarifmäßigen Chausseegeldes für 1 1/2 Meile unter der

Einschränkung errichtet worden, daß für Fuhrwerke und Thiere der Einwohner von Hohen-Schönhausen nur das Chausseegeld für eine halbe Meile erhoben werden darf.

Potsdam, den 5. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verlosung von Wagen, Pferden, Reit- und Fahrgeräthen betr
85. Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den Luxusperdemarkt zu Inowrazlaw die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit des in diesem Jahre daselbst abzuhaltenden Marktes eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Reit- und Fahrgeräthen zu veranstalten und die zu derselben auszugebenden 90000 Loose zu je 1 Mark im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 8. April 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.**

Gröfßnung einer Apotheke.

82. Die von dem Apotheker Bernhard Grube in dem Hause Alexanderstraße 32 auf Grund der Concession des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 30. Juli 1889 eingerichtete Apotheke ist nach vorchriftsmäßiger Revision heute dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Berlin, den 27. März 1890.

Der Polizei-Präsident.

Gröfßnung einer Apotheke.

83. Der Apotheker Heinrich Schäfer hat die auf Grund der von dem Herrn Oberpräsidenten unter dem 30. Juli 1889 erteilten Genehmigung in dem Hause Kleiststraße 37/38 zu Charlottenburg eingerichtete Apotheke heute nach vorchriftsmäßiger Revision eröffnet.

Berlin, den 1. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat März 1890.

34. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19	Mark	62	Pf.
„ „ „ do. (mittel)	19	„	05	„
„ „ „ do. (gering)	18	„	33	„
„ „ „ Roggen (gut)	17	„	51	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	23	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	96	„
„ „ „ Gerste (gut)	19	„	95	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	77	„
„ „ „ do. (gering)	14	„	88	„
„ „ „ Hafer (gut)	18	„	11	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	49	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	61	„
„ „ „ Erbsen (gut)	20	„	25	„
„ „ „ do. (mittel)	18	„	—	„
„ „ „ do. (gering)	17	„	20	„
„ „ „ Rischstrop	7	„	24	„
„ „ „ Heu	6	„	56	„

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 kg

im Monat März Hafer 9,58 Mk., Stroh 3,98 Mk., Heu 3,94 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	27	Mark	38	Pf.
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	30	„	—	„
„ „ „ Linsen	44	„	50	„
„ „ „ Kartoffeln	5	„	—	„
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	25	„
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	08	„
1 „ „ Schweinefleisch	1	„	40	„
1 „ „ Kalbfleisch	1	„	25	„
1 „ „ Hammelfleisch	1	„	15	„
1 „ „ Speck (geräuchert)	1	„	65	„
1 „ „ Eßbutter	2	„	30	„
60 Stück Eier	3	„	49	„

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32	Mark	50	Pf.
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	—	„
„ „ „ Linsen	45	„	—	„
„ „ „ Kartoffeln	4	„	75	„
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	35	„
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	—	„
1 „ „ Schweinefleisch	1	„	50	„
1 „ „ Kalbfleisch	1	„	35	„
1 „ „ Hammelfleisch	1	„	10	„
1 „ „ Speck (geräuchert)	1	„	60	„
1 „ „ Eßbutter	2	„	40	„
60 Stück Eier	4	„	25	„

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats März 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 36 Pf.,

für 1 Kgr. Roggenmehl N° 1	34	Pf.
1 „ „ Gerstengraupe	43	„
1 „ „ Gerstengröße	40	„
1 „ „ Buchweizengröße	46	„
1 „ „ Hirse	42	„
1 „ „ Reis (Java)	70	„
1 „ „ Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
1 „ „ (gelb in gebr. Bohnen)	3	„
1 „ „ Speisesalz	20	„
1 „ „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	„
2) In Charlottenburg:		
für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50	Pf.
1 „ „ Roggenmehl N° 1	40	„
1 „ „ Gerstengraupe	60	„
1 „ „ Gerstengröße	50	„
1 „ „ Buchweizengröße	50	„
1 „ „ Hirse	50	„
1 „ „ Reis (Java)	80	„
1 „ „ Java-Kaffee (mittler)	2	„
1 „ „ (gelb in gebr. Bohnen)	3	„
1 „ „ Speisesalz	20	„
1 „ „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	„

Berlin, den 5. April 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderung.

14. Vom 15. April d. J. ab wird der Vorortzug 749, bisher Potsdam ab 7¹⁴ Nachm., wie folgt verlegt: Potsdam ab 7⁰⁹ Nachm., Neuentorf an 7¹³, ab 7¹⁴, Neubabelsberg an 7¹⁹, ab 7²⁰, Wannsee an 7²⁷, ab 7²⁸, Brunowald an 7⁴⁵, ab 7⁴⁶, Charlottenburg an 7⁵², ab 7⁵⁵, Zoolog. Garten an 8⁰¹, ab 8⁰², Friedrichstraße an 8¹², ab 8¹⁵, Alexanderplatz an 8²¹, ab 8²², Schlösscher Bhf. an 8²⁸ und weiter nach Eimer wie bisher. Berlin im April 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Beförderung von Saatgetreide nach dem Kreise Ortelsburg.

23. Von sofort werden Saatgetreidesendungen, und zwar: „Roggen, Gerste, Hafer, Lupinen, Erbsen, Wicken“, wenn sie in den Frachtbriefen als „Saatgetreide für den Kreis Ortelsburg“ bezeichnet und an den Landrath von Kitzing zu Ortelsburg gerichtet sind und eine im Kreise Ortelsburg belegene Station der Strecke Posenheim—Puppen (Posen im, Grammen, Ortelsburg, Dischienen, Schwentainen, Puppen) als Bestimmungsstation angegeben ist, auf den Staatsbahnstrecken bis einschließlich den 15. Mai d. J. zu den Frachtsätzen des Specialtarifs III. abgefertigt, wodurch eine Frachtermäßigung um etwa die Hälfte eintritt.

Bromberg, den 30. März 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion,

Namens sammtl. Königl. Preuss. Eisenbahn-Direktionen.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

24. Für diejenigen Thiere, Maschinen und Geräthe, welche auf der Vorsehar für die Berliner Pferde-Ausstellung in Gumbinnen am 2. April d. J., sowie auf den Bezirksfahnen in Gumbinnen am 8. Mai d. J., Stallupönen am 9. Mai d. J., Neukirch am 10. Mai d. J., Insterburg am 12. Mai d. J., Dlegko am 13. Mai d. J., Angerburg am 16. Mai d. J., Sensburg am 17. Mai d. J. ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken des Direktionsbezirks Bromberg eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller d-s der Sendung auf dem Hinwege beigegebenen Frachtbriefes aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage dieses Frachtbriefes und bei Thiersendungen, welche nicht auf Frachtbrief abgefertigt werden, der Duplikat-Transportscheine für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Kommission nachgewiesen wird, daß die Thiere und sonstigen Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 8 Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. Ist von einer Sendung Ausstellungsgut nur ein Theil unverkauft geblieben, so wird die frachtfreie Rücksendung nur für den betreffenden Theil gewährt. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen über die Hinendung sind die betreffenden Sendungen als „Ausstellungsgut“ zu bezeichnen, auch ist darin ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 31. März 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Bei der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind: 1) der Regierungs-

Rath Wendt verstorben, 2) der Regierungs-Assessor Dr. Jungd zum Regierungs-Rathe ernannt, 3) die Militair-Supernumerare Straßmann und Horn behufs Uebertritts zur General-Militair-Kasse, beziehungsweise zur Intendantur des X. Armeekorps ausgeschieden, 4) der Militair-Anwärter Kroessin als Militair-Supernumerar übernommen, 5) der Kanzlei-Diätar Bonigt behufs Uebertritts zur Kanzlei des Reichs-Marine-Ministers entlassen, 6) die Militair-Anwärter Kluth und Stewert als Steuererheber und der Militair-Anwärter Ebel als Kanzlei-Diener angestellt, 7) der Steuererheber Ostwaldt in den Ruhestand versetzt.

Der bisherige Rentenbank-Secretair Pusch ist zum Rentanten der Rentenbank-Kasse in Berlin ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Karl Oskar Ludwig Baldenius in Neustadt a. D., Diöcese Bismarckhausen, ist zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde in Goltberg, Diöcese Neu-Ruppin, bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats März sind: angestellt: als Postassistenten die Postanwärter Heyer und Sens, als Postverwalter der Postassistent Pannewitz in Lichtenberg bei Berlin; versetzt von Berlin: der Postsecretair Dide nach Danzig, der Postassistent Heuel nach Ebn (Mehle), nach Berlin der Postassistent Schanemann von Eyrzburg;

in den Ruhestand versetzt: die Postsecretaire Quass und Quebnow, der Ober-Telegraphen-Assistent Ahlert;

gestorben: der Ober-Postsecretair Kiedel, die Postsecretaire Michael und Stelger, der Telegraphen-Assistent Häußler, der Postverwalter Schleußner in Niederschönhausen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anton Wibrancz, (Wybrancz), Bergmann,	geboren im Jahre 1836 zu Reiten, Bezirk Nei- schenberg, Böhmen, orts- angehörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl (4 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 3. Februar 1886),	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Bautzen,	25. Oktober 1889.
2	Katharina Sagner, ledig,	geboren am 8. Septem- ber 1864 zu Groß- Auerbach, Bez. Sens- tenberg, Böhmen, orts- angehörig ebendasselbst,	einfacher Diebstahl im Häuslich (1 Jahr 6 Mo- nate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 9ten August 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	5. März 1890.
3	Kasper Lonski, früherer Wirtschafts- schreiber,	geboren am 3. Dezember 1842 zu Klein-Grasch bei Slupce, Russisch- Polen,	Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkennt- nis vom 9. Februar 1888),	Königlich Preussische Regierung zu Brom- berg,	22. Mai 1889.

Nr. auf 1	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2	3	4	5	6

b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Margdalena Andel, ledige Dienstmagd,	geboren im Jahre 1867 zu Male, Bezirk Jglau, Mähren, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bilsbi- burg,	29. Januar 1890.
2	Benzel Pavella, Tagelöhner,	17 Jahre alt, geboren zu Neueigen, Bezirk Sternberg, Mähren, ortsan- gehörig zu Seno- schat, Bezirk Deutsch- brod, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traun- stein,	13. Februar 1890.
3	Josef Grabherr, Dienstrecht,	geboren am 14. Mai 1869 zu Lutzenau, Be- zirk Feldkirch, Vorarl- berg (Österreich), ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Badi- scher Landkommis- sär zu Freiburg,	26. Februar 1890.
4	Jean Kleiner, Buchbinder,	geboren am 9. Juni 1846 zu Hedingen Bezirk Affoltern, Kanton Zürich, Schweiz, ortsan- gehörig zu Affoltern,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	3. März 1890.
5	Hirsch Sonnabend, Handelsmann,	geboren im Jahre 1856 zu Wloclawek, Gou- vernement Warschau, Russisch-Polen, ortsan- gehörig zu Wloclawek,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Pless,	28. Februar 1890.
6	Leopold Laessig, Handschuhmacher,	34 Jahre alt, geboren und ortsan- gehörig zu Prag, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Berchtes- gaden,	23. Januar 1890.
7	Michael Trawoeger, Tagelöhner,	27 Jahre alt, geboren zu Wien, Oesterreich, ortsan- gehörig zu Alt- münster, Bezirk Gmun- den, ebendasselbst,	Landstreichen und Betteln und Führen eines ge- fälschten Zeugnisses,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traun- stein,	6. Februar 1890.
8	Jakob Kamutha, Hutmachergehilfe,	70 Jahre alt, geboren und ortsan- gehörig zu Laufen, Bezirk Gmünd, Oesterreich,	Landstreichen und Betteln,	dasselbe,	desgleichen.
9	Josef Kasching, Buchbindergehilfe,	22 Jahre alt, geboren und ortsan- gehörig zu Salzburg, Oesterreich,	Betteln im wiederholten Rückfall,	dasselbe,	desgleichen.
10	Josef Lotusched, Gärtner,	geboren am 10. Ok- tober 1852 zu Paw- lowitz, Bezirk Neustadt, Mähren, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen, Betteln und Fälschung eines Legiti- mationspapiers,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	8. Februar 1890.
11	Georg Oberndorfer, Fleischer,	geboren am 24. April 1869 zu Bernstein, Bezirk Schärding, Oesterreich, ortsan- gehörig zu Ropfsing, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadt- amhof,	10. Februar 1890.

Zur Aufz.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verhaftung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
12	a. Anne Reitsma, Arbeiter,	geboren am 5. Februar 1847 zu Veerwarden, Niederlande, nieder- ländischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	8. März 1890.
13	b. dessen Ehefrau Gertruda geb. Klotz,	geboren am 4. Januar 1846 zu Smilde, Niederlande,			
14	Heinrich Zwickardt (Zwickardt auch Swickardt), Tagelöhner,	geboren am 13. März 1852 zu Roermond, Niederlande, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	7. März 1890.
15	Johann Weicht, Kürschner,	geboren am 2. März 1844 zu Nigen, Oester- reich, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
16	Benzel Horak, Schreinergehülfe,	geboren am 25. April 1844 zu Prag, Bezirk Neuhaus, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Gar- misch,	6. Februar 1890.
17	Franz Raskay, Kunstleider und Tagelöhner,	geboren am 12. Januar 1859 zu Szegedin, Ungarn, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Großherzoglich Bad- ischer Landeskommi- ssär zu Freiburg,	8. März 1890.
18	Michael Heer, Schriftfeger,	geboren am 7. Mai 1839 zu Klingnau, Bezirk Jürgach, Kan- ton Aargau, Schweiz, ortsangehörig ebenda- selbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Hess- isches Kreisamt Gießen,	desgleichen.
19	Johann Baptist Baumgartner, Schlosser und Spengler.	geboren am 27. Juli 1864 zu Rothenburg, Schweiz, ortsangehörig zu Rain, Kanton Lu- zern, ebendasselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	3. März 1890.
20	Karl Schwiggebel, Maler,	geboren am 22. Dezem- ber 1861 zu Biers- felden, Schweiz, orts- angehörig zu Saanen, Kanton Bern, eben- dasselbst,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	desgleichen.
21	Johann Birrer, Dachdecker,	geboren am 24. Oktober 1865 zu Luthern, Kan- ton Luzern, Schweiz, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen,	derselbe,	desgleichen.
22	Friedrich Keschikmann, Tagner,	geboren am 11. Januar 1856 zu Langnau, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	derselbe,	9. März 1890.

Hierzu Zwei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 16.

Den 18. April

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

7. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 27. Mai	Strasburg i. Uckermark	8 Uhr,
4. Juni	Briegen a. Ober	8 "
17. "	Jüterbog	9 "
18. "	Drantsburg	9 "
19. "	Rauen	8 "
20. "	Neustadt a. Dosse	9 "
1. Juli	Rathenow	8 "
3. "	Havelberg	8 "
4. "	Wilsnack	9 "
7. "	Meppenburg	8 "
25. "	Prenzlau	8 "
26. "	Angermünde.	8 "
28. "	Kyritz	9 "
29. "	Wittstock	8 "
30. "	Priestow	8 "
31. "	Perleberg	8 "
1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Klopheughe, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine

mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Befassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wahl eines Provinziallandtags-Abgeordneten.

10. An Stelle des verstorbenen Königl. Landraths von Gerlach auf Rohrbeck ist der Rittergutsbesitzer Dr. jur. von Salbern auf Klein-Mantel zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Kreises Königsberg N. O. gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 11. April 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Ortsbenennung.

86. Dem auf der Feldmark Rathenow 1560 m südlich vom Kirchthurm, 660 m südwestlich vom Kreuzpunkt der Rathenow-Milower Chaussee mit der Berlin-Lehrter Eisenbahn an der „Herrenlanke“ genannten Havelbucht belegenen Ausbau, bestehend aus einer dem Stadtrath Matthes gehörigen Ziegelei nebst Wohnhaus, sowie einer der Firma Fischritze & Matthes gehörigen Leimsfabrik ist der Name

Carlsheim

beigelegt worden.

Potsdam, den 9. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

87. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer geschlachteten Kuh des Bauern Sumpf zu Bredow, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Amtsvorstehers Schilde zu Sommerfeld, Kreis Osthavelland; unter den Kühen auf dem Rittergute Gorg I. Antheils, Kreis Westhavelland; unter den Rindern des Gutes Däppel, unter den Kühen des Rostfischen Wilhelm Schroeder und des Wädnere Rudolf Müller zu Glienic bei Jossen, Kreis Teltow.

Dieselbe Seuche wurde ferner festgestellt in einem von dem Handelsmann Roslowski aus Mogilno am 19. v. M. nach Kummelsburg, Kreis Niederbarnim, gebrachten Transporte von 149 Schweinen.

Erlaßten ist:

die Influenza bei dem Pferde des Butterhändlers Hergberg zu Hakenberg, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Aderbarger Lange und Kramer zu Bernau, und des Dominiums Alt-Landsberg, Kreis Niederbarnim, unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers G. rick zu Wustermark, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 15. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Einrichtung einer Postagentur in Stephansort (Neu-Guinea)

Zu Stephansort im Deutschen Neu-Guinea-Schutzgebiet ist eine Kaiserliche Postagentur eingerichtet worden, deren Thätigkeit sich auf die Beförderung von Briefsendungen aller Art und von Postpaketen bis 5 kg erstreckt. Im Verkehr mit der neuen Postagentur kommen, wie im Verkehr mit den anderen, bereits bestehenden Postagenturen des Schutzgebiets, die Portotaxen des Reichspostvereins zur Anwendung, nämlich:

für frankirte Briefe	20 Pf. für je 15 g.
Postkarten	10 „

Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere 5 „ für je 50 g, mindestens jedoch 10 Pf. für Waarenproben, 20 Pf. für Geschäftspapiere, zu welchen Sätzen gegebenenfalls die Einschreibgebühr von 20 Pf. tritt. Ueber die Taxen für Postpakete, welche sich je nach dem Beförderungswege und dem Gewicht verschieden stellen, ertheilen die Postanstalten auf Befragen Auskunft.

Berlin W., den 4. April 1890.

Reichs-Postamt Abtheilung I.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Das Postamt in Schlachtensee betreffend.

25. In dem an der Wannsee-Bahn belegenen Orte Schlachtensee bei Zehlendorf (Kr. Teltow) tritt am 16. April d. J. für die Dauer der besseren Jahreszeit wieder ein Postamt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit, welches durch die auf der Wannsee-Bahn verkehrenden Schaffnerbahnposten Postverbindungen

erhält. Ein Landbesitzbezirk wird der neuen Verkehrsanstalt nicht zugetheilt.

Potsdam, 6. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Eröffnung einer Telegraphenbetriebsstelle in Jüterbog (Schießplatz).

26. In Jüterbog (Schießplatz) wird am 12. d. M. eine mit der Postanstalt vereinigte Telegraphenbetriebsstelle für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

Potsdam, den 11. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königlich Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Das Preussische Staatsschuldbuch betreffend.

10. Das allen Besitzern Preussischer Konsole zugängliche Staatsschuldbuch, über dessen Benutzung wir unterm 8. April v. J. einen kurzen Bericht erstattet haben, ist auch in dem eben abgelaufenen Geschäftsjahre rege in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug am

1. April 1888: 5929 mit 334 442 700 M.

1889: 6781 „ 387 804 400 M.

Sie ist bis zum 1. April

1890 auf 7871 Konten mit 451 137 600 M. gestiegen.

Von den letztgedachten Konten fallen 84 % auf Kapitalien bis zu 50 000 M. und 16 % auf größere Anlagen, ganz wie im vorigen Jahre.

Für physische Personen waren am 31. März d. J. 5040 Konten über 223 161 150 M., für juristische Personen 1185 Konten über 122 198 000 M.; und für Vermögensmassen ohne juristische Persönlichkeit 1610 Konten über 91 739 700 M. angelegt.

Von den Zinsen ließen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 4156 Posten von der Staatsschulden-Zilgungskasse in Berlin durch Werthbrief oder Postanweisung direkt zusenden, 864 Posten durch Quittung auf Reichsbank-Girokonto berichtigten und 4764 Posten wurden bei den mit der Auszahlung beauftragten königlichen Kassen abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 7038 in Preußen, 755 in anderen Staaten Deutschlands; je 11 in England und Frankreich, 40 in verschiedenen anderen außerdeutschen Staaten Europa's, 16 in außereuropäischen Ländern.

521 Konten sind für bedormundete und unter Pflegschaft stehende Personen angelegt, 105 mehr als vor einem Jahre. Die Vermehrung ist als eine Folge des Hinweises auf § 24 des Gesetzes vom 20. Juli 1883 zu betrachten, welchen der Herr Justizminister durch eine öffentliche Bekanntmachung vom 24. April v. J. (Justiz-Ministerialblatt Seite 114) an die Gerichte erließ. Da das für die Wandel in Preussischen Konsole angelegte Vermögen durch die Eintragung in das Staatsschuldbuch besonders gesichert wird, dürfte eine Benutzung des letzteren Seitens der Bormünder noch in weiterem Umfange zu erhoffen sein.

Das Buch ist überhaupt allen denjenigen Besitzern solcher Konosse von Nutzen, für welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen Besitze der Schuldverschreibungen und der Zinsscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandkommen dieser Urkunden nicht selten entsteht. Laufende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Für jede Einschrift ist ein einmaliger Beitrag, nämlich 25 Pfennig von jedem angefangenen 1000 M. des Kapitalbeitrages, über welchen verfügt wird (mindestens 1 M.) zu zahlen. Die von uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“, welche über Zweck und Einrichtung Genaueres ergeben, können durch jede Buchhandlung zum Preise von 40 Pfennig oder per Post franco für 45 Pfennig bezogen werden.

Berlin, den 5. April 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

10. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (C.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (C.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Rentier Christoph Helfert hier selbst, Tempelherrenstraße 12, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe vom Jahre 1884 Lit. C. Nr. 492268 über 1000 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem zc. Helfert anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Ratifikationsklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 10. April 1890.

: Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Erhebung von Schlenenabgaben.

2. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Erhebung der Schlenenabgaben für die Benutzung der am „Fehrbelliner Canal“ und am „Schwarzen Graben“ liegenden beiden fiskalischen Schlenen, der Grenz- und der Fährdamm-Schleuse 1) für die Fahrtrichtung von Dranienburg nach Fehrbellin dem Königl. Steueramte zu Dranienburg, 2) für die Richtung Fehrbellin—Neu-Ruppin und Fehrbellin—Dranienburg dem Königl. Steueramte in Fehrbellin und 3) für die Richtung Neu-Ruppin—Fehrbellin dem Haupt-Steuer-Amte in Neu-Ruppin übertragen worden ist.

Berlin, den 31. März 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrpreis-Ermäßigungen.

15. Vom 15. d. M. ab treten für den Verkehr der Haltestelle Warschauerstraße und der Station Nirdorf mit Stationen der Stadtbahn zum Theil ermäßigte Fahrpreise in Kraft. Die Ermäßigungen finden von dem gedachten Zeitpunkt ab auch Anwendung auf die allgemeinen Zeitkarten. Nähere Auskunft ertheilen die Fahrkarten-Ausgaben der vorgenannten Stationen.

Berlin, den 9. April 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Frachtsendungen zc. betreffend.

16. Im Bezirke der Preussischen Staatseisenbahnen werden Frachtsendungen mit einmonatlicher Frist für entstehende Frachten und sonstige der Eisenbahn-Verwaltung reglements-, tarif- oder vertragsmäßig zustehende Forderungen gewährt. Druckexemplare der Stundungsbedingungen werden von den Königl. Eisenbahn-Betriebsämtern unentgeltlich verabfolgt. An letztere sind auch Anträge auf Frachtsendungen zu richten.

Berlin, den 10. April 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag IV. zum Südböhmischen Verbands-Gütertarif.

25. Mit dem 10. April 1890 tritt zum Südböhmischen Verbands-Gütertarif der Nachtrag IV. in Kraft. Derselbe enthält: 1) Änderungen der Spezialbestimmungen zum Betriebs-Reglement und der besonderen Tarifvorschriften, sowie neue Vorschriften über die Kontrolle der Ausfuhr Güter. 2) Neue bezw. anderweitige Frachtsätze für Alexandrowo, Alt-Damm, Carolinenhof, Heiligenheil, Orzechowo und Stargard i. Pm. des Bezirks Bromberg und Pillau der Ostpreussischen Südbahn. 3) Änderungen der Ausnahmetarife und Einführung eines neuen Ausnahmetarifs für bestimmte Düngemittel, Erden, Kartoffeln und Rüben. 4) Verichtigungen und bereits früher veröffentlichte Tarifänderungen. Hierdurch wird der Staatseisenbahn-Gütertarif Bromberg-Berlin vom 15. Juli 1888 nebst Nachträgen bezüglich des Verkehrs zwischen den Stationen Orzechowo, Lyda und Protken der Ostpreussischen Südbahn einer- und den Stationen Alt-Damm, Carolinenhof und Stargard i. Pm. des Bezirks Berlin andererseits aufgehoben. Die für den Ausnahmetarif für Baumaterialien eintretende einschränkende Maßregel tritt erst mit dem 15. Mai d. J. in Kraft. Abdrücke des Nachtrages IV. sind bei den Fahrkarten-Ausgabestellen der Verbandsstationen zu beziehen.

Bromberg, den 1. April 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

26. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinbeförderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Ausfertigung der Bescheinigung und Ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der		
1	Gartenbau - Ausstellung,	Berlin,	25. April bis 5. Mai,	Gegenstände des Gartenbaues,	Preussischen Staatsbahnen,	Ausstellungs-Commission, bezgl.	4 Wochen
2	Ausstellung von Rindvieh, Zuchtböden und Ebern,	Berlin,	7. und 8. Mai,	Maschinen, Geräthe u. Erzeugnisse der Viehzucht, Molkerei und des Schlächtergewerbes, sowie für Zuchtböden und Eber,	bezgl.,	bezgl.	14 Tage
3	Rindvieh - Ausstellung,	Königsberg i. Pr.,	10. bis 12. Mai,	Thiere,	Königliche Eisenbahn-Direktion zu Bromberg,	bezgl.	8 Tage
4	Pferde-Ausstellung,	Königsberg i. Pr.,	10. bis 13. Mai,	Exkurs- und Zuchtpferde,	Preussischen Staatsbahnen,	bezgl.	14 Tage
5	Provincial - Thierschau und Geflügel-Ausstellung,	Köln,	14. bis 19. Mai,	Thiere,	bezgl.	bezgl.	4 Wochen
6	Allgemeine land- und forstwirtschaftliche Ausstellung,	Wien,	15. Mai bis 15. Oktbr. event. bis 1. Novbr.,	Thiere, landwirthschaftliche Erzeugnisse, Maschinen und Geräthe,	Preussischen Staatsbahnen u. Eisenbahnen in Elßaß-Lothringen	Ausstellungs-Vorstand,	4 Wochen
7	Ausstellung von Gegenständen des Geschäftswesens,	St. Petersburg.	Juni,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Preussischen Staatsbahnen,	Ausstellungs-Commission, bezgl.	4 Wochen
8	Nordwestdeutsche Gewerbe- u. Industrie-Ausstellung,	Bremen,	Juni, Juli u. August,	Gegenstände des Gewerkes und der Industrie,	bezgl.,	bezgl.	4 Wochen
9	Landwirthschaftliche Ausstellung,	Strasburg i. E.,	5. bis 11. Juni,	Thiere, Geräthe und landwirthschaftliche Erzeugnisse,	Preussischen Staatsbahnen u. Eisenbahnen in Elßaß-Lothringen	Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft, Ausstellungs-Commission,	4 Wochen
10	Internationaler Maschinenmarkt,	Breslau,	9. bis 11. Juni,	Maschinen, Geräthe u. sonstige Gegenstände,	Preussischen Staatsbahnen,	bezgl.	4 Wochen

Bromberg, den 7. April 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Stationsbenennung.

12. Die Station Neuendorf bei Potsdam erhält

am 1. Mai d. J. die Bezeichnung „**Neuendorf**“.

Magdeburg, den 11. April 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

II. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow, auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirken pro I. Quartal 1890.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks.		seitherigen Gemeinde- Bezirks.	künftigen resp. Guts- Bezirks.
1) Die von der königlichen Hofkammer an den Kaiser Wilhelm Krüger zu Gr. Köris veräußerte, im Grundbuche von Gr. Köris Band 4 Nr. 274/152 (jetzt Band IV. Blatt Nr. 133) verzeichnete, 25 ar 70 qm große Parzelle,		Gutsbezirk Rgs.-Busterhausen Forst,	Gemeindebezirk Gr.-Köris.
2) Die sogenannten Neuendorf'ser ehemaligen Köhrens-Wiesen in Neuendorf b. Tr., Eliehow und Kl. Schulzendorf b. Tr. und zwar		Koßgutsbezirk Woltersdorf'ser Forst,	Gemeindebezirk Neuendorf b. Tr., Eliehow und Klein-Schulzendorf.
1) die Parzelle Nr. 54/43 dem Bauern Friedrich Braune zu Neuendorf gebhörig,			
2) die Parzelle Nr. 55/43 dem Bauern Friedrich Zieg zu Neuendorf gebhörig,			
3) die Parzelle Nr. 56/43 dem Bauern Wilhelm Spiesfeld zu Neuendorf gebhörig,			
4) die Parzelle Nr. 57/43 dem Bauern Schmiedecke, früher Heinrich, zu Neuendorf gebhörig,			
5) die Parzelle Nr. 10 der verehel. Büdner Wiesede, geb. Pahn, zu Neuendorf gebhörig,			
6) die Parzelle Nr. 52/18 der Schule in Neuendorf gebhörig,			
7) der Parzelle Nr. 158/7 der Wittwe Pusch, geb. Genz, zu Neuendorf gebhörig,			
mit dem Gemeindebezirk Neuendorf b. Tr.,			
8) die Parzelle Nr. 48/9 dem Kossäthen Wegener zu Eliehow gebhörig,			
9) die Parzelle Nr. 50/18 der Schule			
mit dem Gemeindebezirk Eliehow und			
10) die Parzelle Nr. 51/18 der Schule zu Klein-Schulzendorf gebhörig,			
mit dem Gemeindebezirk Kl. Schulzendorf,			
3) Die dem königlichen Hofbuchhändler Dr. Theodor Toeche-Mittler in Berlin, Kochstr. Nr. 69, gehörige, im Grundbuche von Schönnow Band 7 Blatt 200 Kartenblatt 1 Parzelle 393/116 verzeichnete, 18 ha 49 ar 79 qm große Fläche,		Gemeindebezirk Schönnow,	Gemeindebezirk Zehlendorf.
4) Die dem Schmiedemeister Friedrich Wilhelm Thyme in Lüdersdorf gehörige Parzelle der Dorfaue von Lüdersdorf in einer Größe von 3 ar 29 qm,		domänenfiskalisch,	Gemeindebezirk Lüdersdorf.
5) Die von dem königlichen Domainenfiskus an den Gastwirth Wilhelm Schulze zu Mogen veräußerten, im Grundbuche Band IV. Blatt 130 verzeichneten und in den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen für Mogen unter Kartenblatt 3 Nr. 206/65 und 207/65 eingetragenen 1 ar 74 qm großen Parzellen der fiskalischen Dorfaue von Mogen,		Domainenfiskus,	Mogen.

Berlin, den 5. April 1890.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Rittergutsbesizers Berger-Landefeldt zu Groß-Elfenick der Fabrikbesizer Hey zu

Gatow zum Amtsvorsteher des 20. Bezirke Groß-Elfenick im Kreise Osthavelland ernannt worden.

Im Kreise Ostprignitz ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Stifftssekretärs, Major Helmrich von

Elgott zu Marienfließ der Stiftdirektor, Premier-Lieutenant a. D. von Harg daselbst zum Amtsdirektor des 26. Bezirks Marienfließ im Kreis Ohreignitz ernannt worden.

In Stelle des 1887 auf seinen Antrag aus dem Staatsdienste entlassenen Dr. Weizenmiller ist der pr. Arzt Dr. Carl Johann Wolff unter Belassung seines Wohnsitzes in Joachimsthal zum Kreiswundarzt des Kreises Angermünde bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Glich Diözese Prenzlau I., kommt durch die Ernennung des Superintendenten aus Paretz Engels am 1. Oktober 1890 zur Erledigung.

Dem Oberlehrer an der Margarethenstraße zu Berlin, Dr. Otto Frisch ist das Prädikat: „Professor“ verliehen worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Schulze am Friedrich-Werderschen Gymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer und Adjunkt Dr. Petri am Joachimsthalischen Gymnasium ist als ordentlicher Lehrer an dem königlichen Wilhelm-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Karl Schöner ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Schumacher ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Personalveränderung beim königlichen Oberbergamte zu Halle im 1. Vierteljahre 1890 im Bezirke der königlichen Regierung zu Potsdam.

In dem Ruhestand getreten: der Buchhalter und Kassakontrolleur bei der königlichen Berginspektion in Ralsberge-Rüdersdorf, Bergfaktor Wittmer.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. Stattdessen angestellt sind: die Postassistenten Bercu und Sorge als Bureauassistenten in Potsdam, die Postassistenten Grabschmidt in Potsdam und Gruber in Zehdenitz als Postassistenten, die Postassistenten Kramm in Eberswalde und Bick in Perleberg, sowie die Telegraphenwärter von Pann-

witz in Cöpenick und Reichstein in Jüterbog als Telegraphenassistenten.

Gemindert sind: der Ober-Postdirektionssekretär Mitthoff in Brandenburg (Havel) zum Postassistenten, die Postassistenten Bertholz in Steglitz, Köpfer in Jüterbog und Benzler in Strosburg (Märkisch) zu Ober-Postassistenten, der Telegraphenassistent Thiele in Rathenow zum Ober-Telegraphenassistenten.

Verfetzt sind: der Postath Hübner von Potsdam als comm. Ober-Postdirektor nach Posen, der Postath Hübner von Oppeln nach Potsdam, der Postinspektor Wittke von Potsdam nach Köln (Rhein), der Postassistent Wagner von Frankfurt (Main) als comm. Postinspektor nach Potsdam, der Postdirektor Winter von Eberswalde nach Kosen (Bez. Posen), der Postassistent Hartmann von Deutsch (Oberschl.) als comm. Postdirektor nach Eberswalde, der Ober-Postdirektionssekretär Bähr von Potsdam als comm. Telegraphenassistent nach Berlin, der Ober-Postdirektionssekretär Fittbogen, von Potsdam als comm. Postassistent nach Hagen, der Postsekretär Neumärker von Prignitz als comm. Ober-Postdirektionssekretär nach Halle (Saale), der Telegraphenassistent Rüdiger von Wilhelmshaven als comm. Ober-Postdirektionssekretär nach Potsdam, der Postsekretär Thier von Potsdam als comm. Ober-Postdirektionssekretär nach Minden (Westf.), der Postsekretär Ziermann von Potsdam als comm. Ober-Postassistentenbuchhalter nach Darmstadt, der Postsekretär Bode von Stettin als comm. Ober-Postsekretär nach Jüterbog, der Postsekretär Eberlein von Berlin als comm. Ober-Postsekretär nach Rathenow, der Postsekretär Kleff von Eberswalde als comm. Ober-Postsekretär nach Eichwege, der Postsekretär Rogel von Dessau als comm. Ober-Postsekretär nach Eberswalde, der Postsekretär Rüdiger von Jüterbog nach Eberswalde, der Postsekretär Meier von Eberswalde nach Potsdam, der Ober-Postassistent Michael von Potsdam nach Sieglitz, der Ober-Telegraphenassistent Hoffmann von Wittenberge (Sa. Potsdam) 2 (Vst.) nach Spandau, der Postassistent Brandt von Zehdenitz nach Angermünde. Den Postsekretären Stipp und Jahn in Potsdam sind Bureaubeamtenstellen 1. Klasse probeweise übertragen worden.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Doppelzeile mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 17.

Den 25. April

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Polizei-Verordnung.

88. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam der Geltungsbereich der unter dem 24. Juni 1887 erlassenen Bau-Polizei-Ordnung (Extra-Blatt zum Amtsblatt vom 25. Juni 1887 S. 245 ff.) auf den Amtsbezirk Spandau'er Forst gehörige Villencolonie Brunewald ausged. hnt.

Potsdam, den 16. April 1890.

Der Regierungspräsident.

gez. Graf Hue de Grais.

Sperrung der Klöberei auf der Doffe.

89. Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, daß die Klöberei auf der Doffe bei Spiegelberg in der Zeit vom 28. April bis 25. Mai d. J. gesperrt sein wird.

Potsdam, den 17. April 1890.

Der Regierungspräsident.

Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung betr.
90. Diesem Stücke des Amtsblattes liegt eine Extrabeilage, enthaltend Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung bei.

Potsdam, den 18. April 1890.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890.

91. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

April: 27., 28., 30.
Mai: 4., 5., 7., 11., 14., 15., 18., 19., 21., 25., 26., 28.
Juni: 1., 4., 5., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.
Juli: 2., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.
August: 3., 4., 6., 10., 11., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.
September: 1., 3., 7., 8., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 6., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 18. April 1890.

Der Regierungspräsident.

Polizei-Verordnung

für den Ruche-Schau-Verband.

92. Im Anschlusse an § 26 des Statuts für den Ruche-Schau-Verband vom 8. Oktober 1873 (Amtsblatt-Beilage zu Stück 48) wird auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gef.-S. S. 265), sowie in Gemäßheit des § 137 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gef.-S. S. 195), unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Ruche-Schau-Verband nachstehende Polizei-Verordnung erlassen.

A. Flüsse, Gräben und Anlagen, deren Unterhaltung dem Verbands obliegt. Ufer.

§ 1. Die Ufer dürfen in einer Entfernung von 2 m von der Bordkante mit Bäumen und Sträuchern nicht bepflanzt werden.

Auf beiden Ufern ist Seitens der Uferbesitzer zur Benutzung der zur Aufsicht und Räumung berufenen Personen ein Gang von mindestens 1 m Breite von der Bordkante frei zu lassen.

Die Uferbesitzer sind verpflichtet, Wurzeln und wilden Ausschlag, welche aus den Ufern nach dem Fluß- und Grabenbette zu hervortreten, auf Erfordern des Schau-Direktors zu beseitigen; ebenso haben sie Zweige und Sträucher, welche sich über das Grabenprofil — einschließlich des an der Bordkante frei zu lassenden Streifens von 1 m — ausbreiten, zu entfernen.

Eine Beseitigung der über den 1 m breiten Streifen sich ausbreitenden Baum- und Strauchtheile ist nicht erforderlich, sofern dieselben sich in einer Höhe von 3 m über dem Erdboden befinden.

Auf die vom Verband gepflanzten oder noch zu pflanzenden Bäume und Sträucher finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Schutz der Ufer gegen Weidevieh.

§ 2. Alle an den Verbandsgewässern gelegenen

Grundstücke, welche — wenn auch nur zeitweise — zur Weidenutzung verwendet werden, sind unter Beachtung der Bestimmung des § 1 Absatz 2 so lange und derart mit Räckäunen zu versehen, daß dadurch die Ufer gegen Beschädigungen durch Weidevieh geschützt werden. Verbindung zwischen den gegenüberliegenden Ufern.

§ 3. Das Gehen, Reiten, Fahren, Karren und Viehtreiben von einem Ufer zum anderen ist verboten. Ausnahmen dürfen stattfinden nur über die bereits vorhandenen oder neu anzulegenden (§ 10) Brücken und Stege, oder mittelst Fuhrien, sofern die letzteren sowohl an den Böschungen und in der Normalsohle des Wasserlaufes gepflastert, an den Enden des Pflasters mit Rahmhölzern gehörig befestigt und zu beiden Seiten eingefriedigt sind.

Waschbänke, Tränken und Fischbehälter.

§ 4. Die Anlage von Waschbänken und zwar sowohl feststehenden, als auch solchen, welche über dem Wasserpiegel hängen, ist verboten. Ausnahmen dürfen vom Schau-Direktor gestattet werden.

In den Verbands-Gewässern ist das Tränken von Vieh, das Einlegen von Körpern, welche die Vorfluth hemmen, als Flachs, Thierhäute, Garn, Weiden, Hölzer und dergl., das Einrammen von Pfählen, sowie überhaupt das Hineinbringen fremder Gegenstände (z. B. Fischkästen) verboten.

Die Anlage von Einschnitten und Durchlässen in den Ufern ist verboten.

Ausnahmen dürfen vom Schau-Direktor gestattet werden.

Verbandsanlagen.

§ 5. Die Beschädigung der Verbandsanlagen, sowie das unbefugte Betreten der Bauwerke, der Böschungen und Anpflanzungen des Verbandes ist verboten.

Räumung.

§ 6. Die Uferbesitzer sind verpflichtet, den bei Räumungen der Flüsse und Gräben entstehenden Aufwurf an Wassergräsern, Sand, Moder u. s. w. aufzunehmen und, soweit derselbe nicht zur Befestigung der Böschungen gebraucht wird, innerhalb 4 Wochen nach der Räumung vom Ufer zu entfernen oder derart zu planiren, daß dadurch keine Erhöhungen der Ufer entstehen, welche den Abfluß des Wassers nach den Wasserläufen hindern.

Abgänge u. s. w.

§ 7. Abgänge der Haus- und Landwirtschaft, Abgänge von Gewerbebetrieben, Unrath, Jauche, Farbstoffe und feste Körper dürfen in die Verbandsgewässer weder geworfen oder geleitet, noch an den Ufern derart gelagert werden, daß sie vom Regen oder Bachwasser in dieselben hineingespült werden können.

B. Flüsse und Gräben, welche unter Schau des Verbandes stehen.

§ 8. Die Vorschriften der §§ 1, 3, 4, 5, 6 und 7 finden auch Anwendung auf Flüsse und Gräben, welche unter Schau des Verbandes stehen.

C. Sonstige Anlagen im Verbandsgebiete.

§ 9. Die Errichtung von Ent- und Verdrößerungsanlagen mit Benutzung unter Schau stehender oder vom Verbands unterhaltener Gewässer, sowie die Anlage von Stauwerken in denselben ist verboten. Ausnahmen dürfen vom Schau-Direktor gestattet werden.

D. Genehmigung von Anlagen im Verbandsgebiete.

§ 10. Die Errichtung, Veränderung oder Wiederherstellung von Anlagen der in §§ 3, 4, 9 bezeichneten Art bedarf der Genehmigung des Schau-Direktors.

Bei Ausführung, Unterhaltung und Benutzung der Anlagen sind die bei der Genehmigung gestellten Bedingungen genau zu befolgen.

E. Strafen.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldbuse bis zu dreißig Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 12. Mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung tritt die Polizei-Verordnung vom 11. Mai 1876 (Amtsbl. S. 152) außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 18. März 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Graaf.

Viehseuchen.

Es. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Erbknecht Carl Calles zu Neu-Holland, Kreis Niederbarnim;

der Rog unter den Pferden des Wädnere Wilhelm Cornelius zu Liepe, Kreis Angermünde;

die Drüsen- (Influenza) unter dem Pferdebesitzer des Rittergutsbesizers Jacobs zu Gnewikow, Kreis Ruppiner;

die Maul- und Klauen- (Influenza) unter dem Rindvieh des Gutsbesizers Eickmann zu Herzfelde, Kreis Niederbarnim, unter den Rindviehbesitzern der Bauerngutsbesizers Dettweiler zu Schulzendorf, Kreis Ruppiner, und Wilhelm Wolter zu Glindow, Kreis Zauch-Belzig;

die Räude bei einem Pferde des Topfhändlers Saeger zu Rittenwalde, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauen- (Influenza) unter den Kühen des Molkereibesizers Neuenfeldt zu Malchow, Kreis Niederbarnim, unter den Rindviehbesitzern des Bauerngutsbesizers Gottesgabe und des Dominiums Lüdersdorf, Kreis Oberbarnim.

Die über die diesjährigen Remonten, sowie 26 Diszylinder- und Dienstpferde des Husaren-Regiments von Zieten in Rathenow, Kreis Westhavelland, wegen Rogverdachts unterm 25. September v. J. verhängte Sperre ist aufgehoben worden.

Potsdam, den 22. April 1890.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Post-Direktion zu Potsdam.**

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Kłodz.

27. In Kłodz (Udermark) wird am 21. d. M.

in Bereinigung mit der Posthäufstelle eine Reichs-Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, 19. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung von Postagenturen.

28. Am 15. April sind in folgenden Orten Postagenturen in Wirksamkeit getreten:

N a m e der Postagentur	Bis herige Bestell- Postanstalt	Die Postagentur erhält folgende Postverbindungen	Dem Landbriefbestellbezirk der Postagentur werden zugetheilt
Dergenthin	Perleberg	Bahnposten der Eisenbahnstrecke Berlin—Potsdam.	Dorf Nebelin nebst Abbau und Silge, Dorf, Laastich und Silge, Ruhwinkel, Platenhof, Löffermühle, Bahn- meisteret, Bahnwärter- häuser 155 und 157 und Dergenthiner Ab- bau.
Kröhlendorf	Voigdenburg (Udermark)	* Botenpost 6 0 1 0 8 25 3 15 Voigdenburg Kröhlendorf Ag * mit unbeschränkter Postsachenbeförderung Sonntags nur die erste Botenpost.	Bertholz Dorf und Gut, Forsthaus Jer- welin und Augarten Dorf und Abbauten.
Mellenau	Voigdenburg (Udermark)	* Botenpost 6 0 1 15 8 35 3 45 Voigdenburg Mellenau Ag * mit unbeschränkter Postsachenbeförderung Sonntags nur die erste Botenpost.	Voistferselde, Funken- hagen Dorf und Forst- haus, Arnimshain, Fürstenaue, Weggendorf, Abbau und Forsthaus.
Pawesin	Wichow	Privat- Personen-Fuhrwerk 6 15 3 45 7 0 5 0 7 35 6 0 8 25 — 9 45 — Gr. Gbehnis Wichow Ag Pawesin Ag Weseram Ag Brandenburg	Bawow, Badolsbeu- tel, Vogelgesang Nie- wendt und die Zie- geleien von Kinkel, Natanjon Frank, Bath, Ganger, Meinhäusen und Ribbed.
Rühradt	Wilsnack	Land- post 6 0 9 0 7 30 11 10 Wilsnack Rühradt Ag Sonntags einmalige Botenpost.	Bälrow mit Ziegelei, Sandkrug, Scharlent und Rühradter Zie- gelei.
Wölfsdendorf	Freienwalde (Oder)	Land- post 8 30 2 0 10 0 4 20 Freienwalde Wölfsdendorf Sonntags einmalige Landbriefträger-Verbindung.	Wollenberg mit Vor- werk, Kolonie Tor- gelow, Schäfers Plag, Stern und Stern- schmiede.
Zäseedom	Necklin	Land- post 6 30 12 45 8 0 2 15 Necklin Zäseedom	Neuenfeld und Zäse- domer Ziegelei.

Die Postagenturen in Pawesin und Wölfsdendorf sind bereits mit Telegraphenbetrieb ausgestattet, die Postagenturen in Kröhlendorf, Mellenau und Zäseedom erhalten ihn in nächster Zeit.

Die Posthäufstellen in Dergenthin, Kröhlendorf, Mellenau, Pawesin, Rühradt, Wölfsdendorf und Zäseedom sind vom 15. April ab aufgehoben worden.

Potsdam, 15. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Schönholz nach Gremmen.

B. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigt hat, daß von Seiten der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin mit den Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Schönholz nach Gremmen vorgegangen werde, wird hiermit angeordnet, daß Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerschneiden von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorangegangene Erlaubnis des Bezirks-Ausschusses unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetriedigten Hof- oder Gartenräumen ist nur mit Einwilligung des Besitzers, in deren Ermangelung nach ertheilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 16. April 1890.

Namens des Bezirks-Ausschusses:
Der Vorsitzende.

Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Templin nach Prenzlau betreffend.

A. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten mittelst Erlasses vom 14. d. M. die Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin beauftragt hat, allgemeine Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Templin nach Prenzlau anzufertigen, wird hiermit angeordnet, daß Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerschneiden von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorangegangene Erlaubnis des Bezirks-Ausschusses unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetriedigten Hof- oder Gartenräumen ist nur mit Einwilligung des Besitzers, in deren Ermangelung nach ertheilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 21. April 1890.

Namens des Bezirks-Ausschusses:
Der Vorsitzende.

Vorarbeiten für Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung von Borsow nach Königs-Wusterhausen und nach Labben.

B. Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten mittelst Erlasses vom 12ten d. M. die Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin beauftragt hat, allgemeine Vorarbeiten für Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung von Borsow einerseits über Storkow nach Königs-Wusterhausen, andererseits nach Labben anzufertigen, wird hiermit für den Regierungsbezirk Potsdam angeordnet, daß Handlungen, welche zur Vorbereitung der Unternehmen erforderlich sind, jeder Besitzer auf seinem Grund und Boden geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerschneiden von Baulichkeiten

oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorangegangene Erlaubnis des Bezirks-Ausschusses unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetriedigten Hof- oder Gartenräumen ist nur mit Einwilligung des Besitzers, in deren Ermangelung nach ertheilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 21. April 1890.

Namens des Bezirks-Ausschusses:
Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Warnung vor dem Weißmann'schen s. g. Schlagwasser.

33. Früher schon ist als Warnung für das Publikum zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, daß das von Roman Weißmann in Bilsbolen unter der Bezeichnung „Schlagwasser“ vertriebene Mittel nichts anderes ist, als eine mit etwas Katanhia- oder Knochentinktur versetzte Arnika-Tinktur, deren Verkaufspreis den wahren Werth um das 20—30 fache übersteigt.

Obwohl der Genannte nach amtlichen Feststellungen bereits im Juli 1888, und zwar — soweit bekannt — an Schlagfluß verstorben ist, wird unter dessen Namen noch jetzt in den Zeitungen jenes Mittel bezw. eine Broschüre über Nervenkrankheiten und Schlagfluß angepriesen. Auch daraus dürfte hervorgehen, daß mit der Anpreisung bezw. dem Verkaufe des gedachten Mittels lediglich eine Täuschung und Ueberschreitung des Publikums beabsichtigt wird.

Berlin, den 10. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Geheimmittel.

34. In den Zeitungen, und namentlich in Extrabeilagen zu Provinzialblättern, wird, wie schon früher, so auch neuerdings wieder unter dem Namen *Guaymeriana-Pflanze* (Thee) ein angeblich gegen Brust- und Halskrankheiten (Asthma, Lungen- und Halsleiden etc.) wirksames Heilmittel von der sogenannten Centralen Vertriebsstelle diätetisch-hygienischer Erzeugnisse in Triest angepriesen, welches von dem Agenten Ernst Weidemann in Liebenburg am Harz in Päckchen zu 60 Gramm Inhalt bei einem realen Werthe von 5 bis 6 Pf. früher für den Preis von 2 Mark — jetzt 1 Mark — verkauft wird. Dieses Geheimmittel, welches angeblich aus einer nur in Rußland vorkommenden Knöterichpflanze gewonnen wird, besteht, wie eine sachverständige Untersuchung ergeben hat, aus einfachem Vogelnestrich, der auf allen Wegen und oft auch in wenig verkehrten räumlichen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Eine spezifische Heilwirkung hat das genannte Kraut nicht. Solches wird zur Warnung für das Publikum wiederholt hiermit bekannt gemacht.

Berlin, den 13. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bestimmung, die Steinseher-Innung zu Berlin betreffend.

87. Auf Grund des § 100e. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Steinseher-Innung zu Berlin,

- 1) daß Gewerbetreibenden aus den Lehrverhältnissen der im § 120a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Ansuchen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde (§ 48 des Innungs-Statuts) und zwar, so lange die Innung dem Innungsausschuß der vereinigten Innungen zu Berlin angehört, von dem engeren Ausschuß des Gegenseiten (Schiedsgericht für Lehrlingsstreitigkeiten) auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitsgeber, obwohl er ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in dieselbe fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört;
 - 2) daß die sämtlichen von der Innung über die Regelung des Lehrwesens erlassenen Vorschriften auch dann bindend sind, wenn der Lehrherr zu den unter Ziffer 1 dieser Bestimmung bezeichneten Arbeitgebern gehört;
 - 3) daß Arbeitgeber der unter Ziffer 1 bezeichneten Art Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.
- Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juni 1890 in Kraft.

Berlin, den 18. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses.

88. Der verehelichte Marie Wegner verwitwete Starkoska geborenen Galkowska, zuletzt Fruchtstraße 75 hier wohnhaft gewesen, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 25. Februar 1890 das Hebammen-Prüfungszeugnis sowie die Befähigung als Hebamme entzogen worden. Die Genannte ist deshalb als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 15. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Anderweite Uebertragung einer Stempel-distribution.

3. Die bis zum 31. Dezember 1889 von dem Kaufmann Schamacher, Königsstraße 14a., hieselbst, verwaltete Stempel-distribution ist nunmehr dem Kaufmann R. Reichmann, hieselbst, Poststraße Nr. 31, Ecke der Königsstraße, widerruflich übertragen worden.

Berlin, den 16. April 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

4. **T a r i f,**
nach welchem die Abgabe für die Benutzung des Winterhafens bei Wittenberge zu entrichten ist.

§ 1. Für die Benutzung des Winterhafens ist zu entrichten:

A. von Schraubendampfschiffen, Segelschiffen oder Schleppschiffen für jede volle oder angefangene 25 Tonnen Tragfähigkeit

4 M.

B. für ein Kettenschiff 90 M.

C. für Dampfschiffe ausschließlich der Schraubendampfschiffe und der Kettenschiffe

a bis 100 qm des benutzten Flächenraumes 30

b. über 100 bis 300 qm des Flächenraumes 80

c. über 300 qm des Flächenraumes 100

Anmerkung zu C. Der zu verabgebende Flächenraum wird durch Multiplikation der größten Länge mit der größten Breite des Schiffes, bei Raddampfschiffen unter Hinzurechnung der Breite eines Raddahls zur größten Breite des eigentlichen Schiffes, ermittelt.

D. Für Boote und Handflöße, Kähne, Fähr- und Baggerprahnen, Maschinen- und Brückenpontons, Badeschiffe und ähnliche Fahrzeuge werden für jede volle oder angefangene 10 qm der von ihnen benutzten oder durch sie der Benutzung durch andere Fahrzeuge entzogenen Fläche entrichtet 1,60 M.

§ 2. Die Abgabe wird erhoben für die Benutzung des Winterhafens in dem Zeitraum vom 1. Dezember bis 15. März ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthaltes.

Fahrzeuge jedoch, welche innerhalb dieses Zeitraumes im Winterhafen löschen oder laden, sind abgabefrei, falls sie spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage des Einlaufens mit dem Löschen oder Laden beginnen und spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage der Beendigung des Löschens oder Ladens den Hafen verlassen, sofern sie in letzteren im Ganzen nicht länger als vierzehn Werktage verweilen.

Für Fahrzeuge, welche nach Entrichtung der Abgabe den Hafen verlassen, denselben aber in demselben Winter demnächst wieder benutzen, ist für diese fernere Benutzung keine Abgabe zu entrichten.

Ebenso bleiben Fahrzeuge, welche in demselben Winter in einem der fiskalischen Schutthäfen zu Magdeburg, Wittenberg, Halle a. S. (Coppinshafen) und Alten a. E. bereits gelegen und Hafengeld entrichtet haben, abgabefrei, jedoch mit der Maßgabe, daß der Differenzbetrag nachzuentsrichten, sofern in dem vorher benutzten Hafen die Abgabe weniger betragen hatte.

§ 3. Während der Zeit vom 16. März bis einschließlich den 30. November ist die abgabefreie Benutzung des Winterhafens nach Maßgabe der Bestimmungen der Hafenordnung gestattet.

§ 4. Befreiungen. Befreit von der Abgabe sind:

1) Fahrzeuge, welche dem Könige, dem Preussischen Staate oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für Rechnung des Königs, des Preussischen Staates oder des Deutschen Reichs beladen sind.

2) Handflöße und andere kleine Fahrzeuge, welche zu

größeren Fahrzeugen gehören und mit diesen zusammen im Hafen liegen.

Berlin, den 25. März 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage: g. z. Schulz.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: g. z. Schomer.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: gez. Magdeburg.

*

*

*

Vorstehender Tarif wird auf Anordnung des Herrn Finanzministers hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 14. April 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderung.

17. Vom 1. Mai 1890 ab werden die Schnellzüge Nr. 401 und 402 zwischen Berlin und Stettin nur die I. und II. Wagenklasse führen. Dagegen werden von demselben Zeitpunkt ab folgende neue Schnellzüge mit I. bis III. Wagenklasse zwischen Berlin und Stettin verkehren:

419					420
Bm					Nm.
8 10	ab	Berlin	Stett. Bf.	an	6 28
8 57	an			ab	5 37
8 58	ab		Eterwalde	an	5 35
9 24	an			ab	5 10
9 29	ab		Angermünde	an	5 05
10 31	an		Stettin	ab	4 00
Bm					Nm.

Berlin, im April 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausgabe von Rückfahrkarten nach Badeorten.

27. Rückfahrkarten mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer nach Badeorten werden wie folgt verkauft: a. Zum Besuch von Daseebädern vom 1. Mai bis 30. September 1890: Nach **Colberg** von Bromberg, Königsberg a. B., Rastel, Schneidemühl, Stargard i. Pm., Stettin, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Elbing** (für Rahlberg) von Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleffischer Bahnhof, Bromberg und Inowrazlaw, nach **Neuhäuser** von Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleffischer Bahnhof und Tilsit, nach **Rügenwalde** von Bromberg, Posen, Stargard i. Pm. und Stettin, nach **Stolpmünde** von Bromberg, Posen, Schneidemühl, Stargard i. Pm. und Stettin, nach **Topopot** von Stargard i. Pm. und Stettin über **Edlin**, nach **Topopot** oder **Neufahrewasser** von Allenstein, Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleffischer Bahnhof, Bromberg,

Elstria, Elstiner Vorstadt, Graudenz, Jauerburg, Königsberg i. Pr., Königsberg a. B., Rastel, Posen, Schneidemühl, Thorn Hauptbahnhof, Thorn Stadt, Tilsit und Wehlau, nach **Oranienburg** von Allenstein, Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleffischer Bahnhof, Bromberg, Goldap, Graudenz, Königsberg, Marggrabowa, Marienwerder, Ortelsburg, Osterode i. Ostpr. und Tilsit. Die Inhaber der Rückfahrkarten nach **Elbing** (für Rahlberg) haben beim Antritt der Rückreise der Fahrkarten-Ausgabe eine Bescheinigung des Vorstandes der Aktien-Gesellschaft „Seebad Rahlberg“, daß der Aufenthalt in Rahlberg länger als acht Tage gewährt hat, vorzuzeigen; andernfalls haben die Rückfahrkarten zur Rückreise keine Gültigkeit. Eine Ueberführung der Fahrkarten-Inhaber findet in Königsberg in Preußen i. Pr. von und nach dem Bahnhofe der Königsberg-Oranienburger bzw. Ostpreussischen Südbahn nicht statt. Die Fahrt kann jedoch in Königsberg auch von dem Südbahnhofe auf der diesseitigen Strecke Königsberg-Labiau bis **Rothenstein** i. Ostpr. zurückgelegt werden; ab **Rothenstein** erfolgt die Reise auf der Oranienburger Eisenbahn. Dasselbe gilt für die umgekehrte Richtung. Das abgefertigte Reisegepäck wird in Königsberg stets von dem einen zum andern Bahnhofe verwaltungsmäßig überführt. b. Zum Besuche von **Schlesischen Badeorten**: Vom 1. Mai bis 30. September 1890: Nach **Langenan** Bad von Bromberg, Stettin, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Glas** von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Altwasser**, **Salzbrunn**, **Fellhammer**, **Wüstegiersdorf**, **Charlottenbrunn** und **Halbsadt** (für Bad Lubowa) von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Friedeberg** a. D., **Reibitz**, **Hirschberg**, **Jannowitz** und **Liebau** von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt. Vom 1. Juni bis 31. August 1890: Nach **Landes** Bad von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Reinerz** Bad von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt. Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgaben zu erfahren.

Bromberg, den 12. April 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bezirksveränderung.

12. Der unterzeichnete Kreis-Ausschuß hat genehmigt, daß die im Grundbuche von **Berenklau** Band I. Blatt Nr. 5 Grundsteuerbuch Artikel Nr. 5 eingetragenen und auf der Handzeichnung und in dem Aufzuge aus der Grundsteuer-Mutterrolle bezeichneten Grundstücke der Gemarkung **Wendemark**, bestehend aus den Theilstücken Kartenblatt 1 Nr. 11/5 von 2,5460 ha, Kartenblatt 1 Nr. 13/5 von 2,8095 ha und die von den genannten Grundstücken eingeschlossenen **Begeisterde**, Kartenblatt 1 Nr. 12/9 von 0,0990 ha aus der Gemarkung **Wendemark** ausscheiden und in den Gemeindebezirk **Wendemark** des Kreises aufgenommen werden.

Rauen, den 15. April 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

13.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

Bezeichnung der		
in Betracht kommenden Grundstücke.	seitherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.	künftigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.
Die dem Rittergutsbesitzer Heise zu Witberg gehörige 3 ar 10 qm große Parzelle Nr 95/30 Kartenblatt 2 des Grundstücks Nr 34 der Rittergüter.	Gemeindebezirk Witberg.	Gutsbezirk Witberg III.

Neu-Ruppin, den 28. März 1890.

Der Kreis-Ausschuß.

Personal-Chronik.

Der Stadtsecretär Julius Adolf Nidler aus Havelberg ist der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Plaue in der Sitzung am 13. Januar d. Js. vorgenommenen Wahl gemäß als Bürgermeister der Stadt Plaue für eine zweijährige Amtsdauer bestätigt und am 8. April d. Js. in das Amt eingeführt worden.

Die am Ober-Spree-Kanal neu eingerichtete Bühnenmeisterstelle bei Färstenberg a. D. ist dem Bühnenmeisterantworter Schönsfeld vom 1. d. M. ab vorläufig auf Probe übertragen worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den Konsistorialassessor Friedrich Reinhard zu Berlin zum Konsistorialrath zu ernennen.

Der bisherige Gerichts-Assessor Karl Friedrich Gohner ist zum Konsistorial-Assessor und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Pyrehne, Diözese Landsberg, Karl Rudolf Hugo Schmidt ist zum Diaconus in Rathenow, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der bisherige Diaconus Friedrich August Ebel zu Rathenow ist zum Archidiaconus in Rathenow, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Candidat Johann Simon Achillius Koeniger ist zum Diaconus in Jossen und Pfarrer zu Mozen, Diözese Jossen, bestellt worden.

Der Schulamts-Candidat Schlesinger ist als ordentlicher Lehrer und Adjunkt am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Dem Küster und Lehrer Karl Wilhelm Albert Graßmann zu Gantfow, Diözese Kyritz, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Die Lehrer Edmund Krause XIV., Sprenger, Max Krüger XXIII, August Radke IV., Ploetz, Heide, Paetler, Seemann, Weinbrenner, Schaeffer, Gilbert, Dubrow, Quedensfeld, Sieger, Zanker, Luz, Buchholz sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderung im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direction zu Erfurt.

Versetzungen: Güter-Expedient Meyer von der Güter-Expedition Berlin (D. A.) nach Bitterfeld. Güter-Expedient Alberg von Bitterfeld als Stations-Einnehmer zur Fahrkarten-Ausgabe in Berlin (D. A.)

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bekrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Lina Zissikon, geb. Bloch, Ehefrau,	geboren am 15. August 1850 zu Konstantinopel, wohnhaft zuletzt in Mülhausen, Elßaß,	gewerbsmäßige Kupperei,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	12 März 1890.
2	Anton Soboczynski, Arbeiter,	geboren am 10. November 1847 zu Sadkows, Rußland, orts-angehörig ebendaselbst,	gemeinschaftlicher schwerer Diebstahl und Landstreicherei (1 Jahr 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 11ten Juli 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	19. März 1890.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1	2.	3	4.	5.	6
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Wenzel Mitschka, Tischler,	27 Jahre alt, aus Jamniz, Böhren,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	5. März 1890.
2	Wilhelm Kauer, Schmied,	geboren am 12. August 1848 zu Sisslos, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Bromberg,	8. Januar 1890.
3	Franz Friedrich Nikolaus Riese, Handelsmann,	geboren am 6. Dezember 1833 zu Laibach, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	unterlassene Beschaffung eines Unterkommens,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	15. März 1890.
4	Rasmus Theodor Madsen, Matrose,	geboren am 4. April 1867 zu Ginerup, Bezirk Randers, Dänemark, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	14. März 1890.
5	Eduard Meier, Arbeiter,	geboren im April 1835 zu Enschede, Niederlande,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Minden,	12. März 1890.
6	Josef Runkert Schmidt, Maurergeselle,	geboren am 29. Juli 1859 zu Witten, Provinz Limburg, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln unter Drohungen, grober Unfug und Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	10. März 1890.
7	Maria Blahnitz, Maurer,	geboren am 28. September 1849 zu Melhut, Bezirk Taus, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Friedberg,	8. März 1890.
8	Franz Josef Hudroch, Schmied,	geboren am 14. Dezember 1858 zu Teitschen, Böhmen, ortsangehörig zu Prag, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadtamhof,	21. Februar 1890.
9	Nathias Marschoun, (Marschann), Kellner,	geboren am 28. Dezember 1852 zu Grader, Bezirk Ledetsch, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	dasselbe,	10. Februar 1890.
10	Johann Gruber, Tagelöhner,	geboren am 19. Februar 1871 zu Studenbach, Bezirk Schättenhofen, Böhmen, ortsangehörig zu Neuprennet, Bezirk Taus, ebendaselbst,	desgleichen,	dasselbe,	desgleichen.
11	Gottfried Bidel, Zimmermann,	geboren am 16. Mai 1864 zu St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig zu Raggal, Bezirk Bludenz, Oesterreich,	Vetrug und Landstreichen.	Stadtmagistrat Augsburg, Bayern,	11. Februar 1890.

Nr. Satz.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1	2	3	4	5	6
12	Franz Großmann, Spenglergeselle,	geboren am 3. April 1844 zu Neuchprentberg, Bezirk Schludenan, Böhmen, ortsangehörig zu Altsenehrentberg, eben- daselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kauf- beuren,	28. Februar 1890.
13	Josef Stembera, Schneidergeselle,	geboren am 1. August 1862 zu Kosfalow, Bezirk Gitschin, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Leipzig,	19. Februar 1890.
14	Johann Beitenhansl, Handarbeiter,	geboren am 16. Mai 1851 zu Rysau, Be- zirk Tachau, Böhmen, ortsangehörig ebenda.	desgleichen,	derselbe,	22. Februar 1890.
15	Karl Adalbert Eisenmann, Schlosser und Hand- arbeiter,	geboren am 18. Januar 1867 zu Franken- hammer, Bezirk Eger, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, wohnhaft zuletzt zu Markneu- kirchen, Königreich Sachsen,	Landstreichen,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Zwickau,	20. Februar 1890.
16	Hermann Schier, Fabrikarbeiter,	geboren am 17. Juli 1850 zu Wernsdorf, Bezirk Rumburg, Böh- men, ortsangehörig zu Prichowitz, Bezirk Ga- blitz, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Baugen,	3. Februar 1890.
17	Poly Murin, Goldarbeiter,	geboren am 3. Juli 1871 zu Drel, Ruß- land, ortsangehörig zu Odeffa, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	20. März 1890.
18	Marie Weirych, Wittwe,	geboren am 2. Juli 1837 zu Politz, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	18. März 1890.
19	Theodor Böschinger, Klempnergeselle,	geboren im Jahre 1851 zu Landeskrön, Oester- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Falle,	derselbe,	desgleichen.
20	Josef Handerka, Tagelöhner,	geboren im Jahre 1869 zu Kalnej, Bezirk Bi- ala, Galizien, ortsan- gehörig ebendaselbst,	Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Duppeln,	18. Februar 1890.
21	Franz Typowski, Stellmacher,	geboren am 3. Dezember 1830 zu Zabna, Be- zirk Niktec, Mähren, ortsangehörig zu Wit- towitz, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	21. März 1890.

Zur Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
22	Waldemar Rasmussen, Arbeiter,	geboren am 2. Dezember 1867 zu Horsens, Dänemark, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	17. März 1890.
23	Sufmann Szcydi (Josef Hammerstein), Tapezierergehülfe,	geboren am 20. März 1858 zu Budapest, Ungarn, wohnhaft zuletzt in Kiel, Preußen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	22. Februar 1890.
24	Georg Böhmer, Korbmacher,	geboren am 9. Dezember 1863 zu Wasserbillig, Luxemburg, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	21. März 1890.
25	Karl Schimel, Gärtner,	geboren am 3. Mai 1864 zu Kolín, Bezirk Klattau, Böhmen, ortsangehörig zu Lachrau, Bezirk Klattau,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	20. Februar 1890.
26	Leonhard Wilhelmstätter, Säger,	36 Jahre alt, geboren zu Fieberbrunn, Bezirk Ritzbühl, Tirol, ortsangehörig zu St. Johann, ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	26. Februar 1890.
27	Vincenz Rozberka, Webergehilfe,	geboren am 28. November 1872 zu Reischitz, Böhmen, wohnhaft zuletzt in Hamburg,	desgleichen,	Chef der Polizei in Hamburg,	24. März 1890.
28	Anton Labenski (auch Labinski), Sprachlehrer,	geboren am 27. Juli 1831 zu Latowola, Rußland, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	14. März 1890.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Behrordnung, sowie Vier Deffentliche Anzeiger).

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Auf Ihren Bericht vom 11. März d. J. will Ich die in der Anlage zusammengestellten Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung genehmigen und Sie gleichzeitig ermächtigen, die durch Organisations-Veränderungen erforderlich gewordenen Berichtigungen des Textes der Wehrordnung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 14. März 1890.

Wilhelm.

v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung.

§. 25 Nr. 9.

Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz verlegen, haben dieses behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden (§. 47, s).

§. 29 Nr. 4a und b.

Zurückstellung über das dritte Militärpflichtjahr hinaus ist durch die Ersatzkommission zulässig:

- a) wegen zeitiger Ausschließungsgründe (§. 30, 2), und zwar bis zum fünften Militärpflichtjahre,
- b) behufs unge störter Ausbildung für den Lebensberuf (§. 32, 3), und zwar in ausnahmsweisen Verhältnissen bis zum fünften Militärpflichtjahre (vergl. §§. 33, 7 und 89, 7). Militärpflichtige römisch-katholischer Konfession, welche sich dem Studium der Theologie widmen, sind jedoch während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärpflichtjahres zurückzustellen.

§. 32 Nr. 2f.

Militärpflichtige, welche in der Vorbereitung zu einem bestimmten Lebensberufe oder in der Erlernung einer Kunst oder eines Gewerbes begriffen sind und durch eine Unterbrechung bedeutenden Nach-

theil erleiden würden; Militärpflichtige römisch-katholischer Konfession, welche sich dem Studium der Theologie widmen, sind zurückzustellen.

§. 40 Nr. 3a.

Taugliche Militärpflichtige römisch-katholischer Konfession, welche die Subdiaconatsweihe empfangen haben (§. 29, 4b), sind der Ersatzreserve zu überweisen. Im Uebrigen siehe §. 117, 4.
G. v. 8. 2. 90.

§. 64 Nr. 5a.

Anträge auf Zurückstellung von der Aushebung wegen bürgerlicher Verhältnisse (§§. 32 und 33) mit Ausnahme der Anträge auf Zurückstellung Militärpflichtiger römisch-katholischer Konfession, welche sich dem Studium der Theologie widmen. Ueber Anträge der letzteren Art entscheiden die ständigen Mitglieder der Ersatz-Kommission (§. 29, 4b).

§. 117 Nr. 4.

Der Ersatzreserve überwiesene Personen, welche auf Grund der Ordination dem geistlichen Stande angehören, sollen zu Uebungen nicht herangezogen werden; auch bleiben Ersatzreservisten, welche die Subdiaconatsweihe empfangen haben, von Uebungen befreit.
G. v. 1. 2. 88. Art. II §. 13. G. v. 8. 2. 90.

Anlage 1 zur Behrordnung.

Landwehr-Bezirkseinteilung

für

das Deutsche Reich

(gültig vom 1. April 1890 an).

Armee-corps	Infanterie- brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
I.	1.	Weslau.	Kreis Labiau. • Weslau. • Niederung.	Königreich Preußen. N.-B. Königsberg.
		Tilsit.	Kreis Heydekrug. • Tilsit. • Memel.	N.-B. Gumbinnen. N.-B. Königsberg
	2.	Insterburg.	Kreis Ragnit. • Insterburg. • Darkehmen.	N.-B. Gumbinnen.

Armee-korps	Infanterie- brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
I.	2.	Gumbinnen.	Kreis Stallupönen. • Gumbinnen. • Bilsfallen.	Königreich Preußen. R.-B. Gumbinnen.
		Goldap.	Kreis Angerburg. • Goldap. • Diepho.	
	3.	Bartenstein.	Kreis Pr. Eylau. • Friedland D. Pr. • Heilsberg.	R.-B. Königsberg.
		Rastenburg.	Kreis Rastenburg. • Rößel. • Gerbauern.	
		Allenstein.	Kreis Allenstein. • Ortelsburg.	
		Idzen.	Kreis Sensburg. • Johannisburg. • Idz. • Idzen.	
	4.	Königsberg.	Kreis Fischhausen. Stadt Königsberg. Landkreis Königsberg.	R.-B. Königsberg.
		Braunsberg.	Kreis Braunsberg. • Heiligenbeil. • Pr. Holland. • Mohrunen.	
	5.	Stettin.	Kreis Randow. Stadt Stettin. Kreis Uckermark-Bollin.	R.-B. Stettin.
		Anklam.	Kreis Anklam. • Demmin. • Uckermark-Bollin. • Greifswald.	
		Stralsund.	Kreis Franzburg. • Rügen. Stadt Stralsund. Kreis Grimmen.	
II.	6.	Görlin.	Kreis Görlin. • Goldberg-Görlin. • Publig. • Belgard.	R.-B. Görlin.
		Raugard.	Kreis Cammin. • Raugard. • Greifenberg. • Regenwalde.	R.-B. Stettin.
		Stargard.	Kreis Saarg. • Greifenhagen. • Pyritz.	
		Bromberg.	Stadt Bromberg. Landkreis Bromberg. Kreis Wirß.	R.-B. Bromberg.
	7.	Deutsch-Crone.	Kreis Deutsch-Crone. • Flatow.	R.-B. Marienwerder.
		Dramburg.	Kreis Schivelbein. • Neustettin. • Dramburg.	R.-B. Görlin.

Armee-korps	Infanterie- brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
II.	8.	Gnesen.	Kreis Gnesen. • Mogilno. • Bongrowitz. • Wittkowo. • Bnin.	Königreich Preußen.
		Inowrazlaw.	Kreis Inowrazlaw. • Strelno. • Schubin.	N.-B. Bromberg.
		Schneidemühl.	Kreis Kolmar i. Pos. • Gpurnikau. • Gilehne.	
III.	Berlin (Landwehr- Inspektion)**)	Zeltow. *)	Kreis Zeltow. Stadt Charlottenburg.	
		I. Berlin.		
		II. Berlin.	Hauptstadt Berlin.	
VIII.	29.	Montjoie.	Kreis Eupen. • Montjoie. • Schleiden. • Malmedy.	N.-B. Aachen.
IX.	35.	Schleswig.	Kreis Eiderförde. • Schleswig. • Husum. • Eiderstedt.	Provinz Schleswig-Holstein.
		Flensburg.	Stadt Flensburg. Landkreis Flensburg. Kreis Hadersleben. • Sonderburg. • Apenrade. • Tondern.	
XI.	41.	Oberlahnstein.	Unterlahnkreis. Kreis St. Goarshausen. Unterwesterwaldkreis.	N.-B. Wiesbaden.
		Wiesbaden.	Stadt Wiesbaden. Kreis Hochst. Landkreis Wiesbaden. Rheingaukreis. Untertaunuskreis.	
		Weglar.	Kreis Weglar. Dillkreis.	N.-B. Coblenz.
		Simburg.	Oberlahnkreis. Kreis Westerburg. Oberwesterwaldkreis. Kreis Simburg.	N.-B. Wiesbaden.
	42.	Meßchede.	Kreis Brilon. • Meßchede • Arnsherg. • Wittgenstein.	N.-B. Arnsherg.

*) Das Bezirkskommando Zeltow befindet sich in Steglitz.

**) Im Mobilmachungsfall treten die Landwehrbezirke der Infanterie-Brigade Berlin (Landwehr-Inspektion) unter die stellvertretende 11. Infanterie-Brigade.

Armee-korps	Infanterie- brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
XI.	42.	Siegen.	Kreis Siegen. • Olpe. • Altena.	Königreich Preußen. R.-B. Arnberg.
		Marburg.	Kreis Siebenkopf. • Marburg. • Kirchhain. • Siegenhain.	R.-B. Wiesbaden.
		Fulda.	Kreis Fulda. • Gelnhausen. • Schlüchtern. • Hersfeld.	R.-B. Cassel.
	44.	Hersfeld.	Kreis Rotenburg a. F. • Schmalkalden. • Hünfeld. • Hersfeld.	R.-B. Cassel.
		II. Cassel.	Kreis Mellungen. • Eschwege. • Friedlar. • Homberg.	
XIV.	55.	Mosbach.	Bezirksamt Taubertshofshausen. • Berthelm. • Buchen. • Adelsheim. • Mosbach. • Eberbach.	Großherzogthum Baden.
		Heidelberg.	Bezirksamt Heidelberg. • Wiesloch. • Mannheim. • Weinheim.	
		Bruchsal.	Bezirksamt Sinshausen. • Eppingen. • Bretten. • Schwetzingen. • Bruchsal.	
	56.	Karlsruhe.	Bezirksamt Darlach. • Ettlingen. • Pforzheim. • Karlsruhe.	
		Rastatt.	Bezirksamt Rastatt. • Baden. • Bühl. • Achern. • Oberkirch.	
		Offenburg.	Bezirksamt Offenburg. • Kehl. • Wolfach. • Lahr. • Ettlenheim.	
	57.	Freiburg.	Bezirksamt Emmendingen. • Badkirch. • Breisach. • Freiburg.	

Armee-korps	Infanterie- brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
XIV.	57.	Strassburg.	Bezirksamt Staufeu. • Mühlheim. • Strassburg. • Schönaue. • Schopfheim. • Säckingen.	Großherzogthum Baden.
		Colmar.	Kreis Colmar. • Rappoltsweiler.	Elfaß-Lothringen.
	58.	Donauesschingen.	Bezirksamt Triberg. • Billingen. • Donauesschingen. • Neustadt. • St. Blasien. • Bonndorf. • Waldshut.	Großherzogthum Baden.
		Stodach.	Bezirksamt Engen. • Stodach. • Mchtkirch. • Neberlingen. • Pfullendorf. • Konstanz.	
		Mühlhausen i. G.	Kreis Mühlhausen i. G. • Altkirch.	
		Gebweiler.	Kreis Gebweiler. • Lhann.	
XV.	61.	Strassburg.	Stadt Strassburg. Landkreis Strassburg.	
		Molsheim.	Kreis Molsheim. Kantone Buchs- weiler, Zabern, } des Maursmünster, } Kreises Lüpfenstein } Zabern.	
		Schlettstadt.	Kreis Erstein. • Schlettstadt.	Elfaß-Lothringen.
	62.	Saargemünd.	Kreis Saargemünd. • Saargurg. Kantone Saar- union und Dru- } des lingen } Kreises Zabern.	
		Hagenau.	Kreis Weissenburg. • Hagenau.	
XVI.	66.	Diedenhofen.	Kreis Diedenhofen. • Bolchen.	
		Metz.	Stadt Metz. Landkreis Metz.	
		Forbach.	Kreis Chateau-Salins. • Forbach.	
XVII.	69.	Schlau.	Kreis Schlau. • Bülow. • Rummelsburg.	Königreich Preußen.
		Stolp.	Kreis Stolp. • Rauenburg.	R.-P. Cöslin.

Armee-korps	Infanterie-brigade	Landwehrbezirke	Verwaltungs- (bezw. Aushebungs-) bezirke	Bundesstaat (im Königreich Preußen auch Provinz, bezw. Regierungs- bezirk)
XVII.	69.	Contz.	Kreis Contz. • Tuchel. • Schlochau.	Königreich Preußen.
	70.	Thorn.	Kreis Thorn. • Culm. • Briesen.	R.-B. Marienwerder.
		Graudenz.	Kreis Schweg. • Marienwerder. • Graudenz.	
	71.	Danzig.	Stadt Danzig. Kreis Danziger Höhe. • Danziger Niederung. • Dirschau.	R.-B. Danzig.
		Pr. Stargardt.	Kreis Pr. Stargardt. • Berent.	
		Neustadt.	Kreis Neustadt i. B. • Puzig. • Garthaus.	
	72.	Osterohe.	Kreis Osterohe. • Neidenburg.	R.-B. Königsberg.
		Deutsch Eylau.	Kreis Rosenberg. • Ebbau. • Strasburg.	R.-B. Marienwerder.
		Marienburg.	Kreis Stuhm. Stadt Elbing. Landkreis Elbing. Kreis Marienburg.	R.-B. Danzig.
II. Königlich bayerisches.	5. Königlich bayerische.	Bayreuth.	Bezirksamt Leuschnitz. • Kronach. • Stadtsteinach. • Kulmbach. • Bayreuth. • Pegnitz. Magistrat Kulmbach. • Bayreuth.	Königreich Bayern R.-B. Oberfranken.

B e k a n n t m a c h u n g.

Auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 14. März d. J., betreffend Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehrordnung, werden die nachstehenden Berichtigungen des Textes der Wehrordnung zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

I.

An die Stelle der „Admiralität“ tritt
in den §§. 2, 2; 52, 6; 53, 8 und 5; 74, 2; 76, 10; 97, 6; 103, 11
das „Reichs-Marine-Amt“
in den §§. 75, 6; 97, 7; 104, 2
das „Oberkommando der Marine“.

II.

An die Stelle des „Chefs der Admiralität“ tritt
in den §§. 82, 2; 83, 3 und 4; 93, 3 und 5
der „kommandirende Admiral“
in §. 83, 7
das „Reichs-Marine-Amt“.

III.

An die Stelle des „Generalkommando der Marine“ tritt
in §. 99, 3
das „Reichs-Marine-Amt“.

IV.

In §. 2 ist
unter Nr. 2 am Schluß hinzuzufügen:
„bezw. aus der Marineordnung“.
unter Nr. 3 als vorletzter Absatz einzuschalten
„Die Mitwirkung des Oberkommandos der Marine hinsichtlich der Ersatzangelegenheiten
der Marine in der dritten Instanz ergibt sich aus dem Inhalt dieser Verordnung bezw.
aus der Marineordnung“.

V.

In der Anlage 4 Nr. 6 ist hinter „Werftdivision“ einzuschalten
„bezw. Torpedo-Abtheilung“
In dem zugehörigen Muster a ist auf der ersten Seite
unter
„ten Werftdivision“ zu setzen
„ten Torpedo-Abtheilung“.

VI.

Es ist zu setzen
in §. 1, 1
statt „17“: „19“
in §§. 53, 5; 103, 7; 121, 2b
statt „I., II., IX. und X. Armeekorps“ „I., II., IX., X. und XVII. Armeekorps“,
in §. 128, 7
statt „des Eisenbahn-Regiments“
„der Eisenbahn-Brigade“.

VII.

Das Citat unter §§. 29, 4c; 32, 2 und 3 ist zu vervollständigen durch
„G. v. 8. 2. 90.“
In §. 40, 4, Abs. 1 ist statt „und 2“ zu setzen:
„2 und 3.“.

Berlin, den 20. März 1890.

Der Reichskanzler.
v. Bismarck.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 18.

Den 2. Mai

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

8. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 27. Mai	Strasburg i. Udermark	8 Uhr,
4. Juni	Wriezen a. Oder	8 "
17. "	Altterfog	9 "
18. "	Drantsenburg	9 "
19. "	Nauen	8 "
20. "	Neustadt a. Dosse	9 "
1. Juli	Rathenow	8 "
3. "	Havelberg	8 "
4. "	Wilsnack	9 "
7. "	Weyenburg	8 "
25. "	Prenzlau	8 "
26. "	Angermünde	8 "
28. "	Kyritz	9 "
29. "	Wittstock	8 "
30. "	Prigwall	8 "
31. "	Perleberg	8 "
1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Klopheingisse, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schwelche der Pferde nicht zu kuppieren oder übermäßig

zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

4. **Z i t e**
der im Laufe des Etatsjahres 1889/90 der Kontrolle der Staatspapiere als ausgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichsschuldburkunden.

I. Staatsschuldcheine von 1842.

Lit. F. N ^o	14889	über	100	Thlr.
- G. "	37903	"	50	"
- H. "	38688	"	25	"

II. Staatsanleihe von 1850.

Lit. D. N ^o	19903	über	100	Thlr.
------------------------	-------	------	-----	-------

III. Staats-Prämienanleihe von 1855.

Serie	66	N ^o	6574	über	100	Thlr.
"	145	"	14484	"	100	"
"	277	"	27618	"	100	"
"	577	"	57667	"	100	"
"	984	"	98312	"	100	"
"	1269	"	126845	"	100	"
"	1301	"	130004	"	100	"
"	1322	"	132172	"	100	"
"	1428	"	142737	"	100	"
"	1428	"	142738	"	100	"
"	1428	"	142739	"	100	"
"	1444	"	144324	"	100	"

IV. Stammaktie der

Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

N^o 51078 über 100 Thlr.

V. Konsolidirte 4 1/2 prozentige Staatsanleihe.

Lit. L. N^o 26386 über 300 Mark.

VI. Konsolidirte 4 prozentige Staatsanleihe.

Lit. F. N^o 61715 über 200 Mark.

VII. Bormal's Rurheffische Prämien: Anleihe von 1848.

Serie	195	N ^o	4852	über	40	Lthr.
"	895	"	22355	"	40	"
"	1853	"	46308	"	40	"
"	3454	"	86328	"	40	"
"	6067	"	151660	"	40	"
"	6264	"	156593	"	40	"

VIII. Bormal's Nassauische Prämien: Anleihe von 1837.

N^o 80153 über 25 Gr.

IX. Reichsanleihe von 1878.

Lit. C. N^o 19721 über 1000 Mark.

- C.	20247.	1000	"
- D.	16205	500	"
- D.	16381	500	"
- D.	18453	500	"

X. Reichsanleihe von 1879.

Lit. D. N^o 195 über 500 Mark.

- D. 196 500 "

Berlin, den 3. April 1890.

Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere.

Die vorstehende Liste wird nach § 22 der Ver-
ordnung vom 16. Juni 1819 (Ges.-S. 157) zur
öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 29. April 1890.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Regierungs-Präsidenten.

Militärische Fourage-Verabreichungsstellen betreffend.

94. Es wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht,
dass sich vom 1. April d. J. bis 31. März 1891 in
den Städten Neuruppin und Havelberg militärische
Verabreichungsstellen für Fourage befinden.

Potsdam, den 23. April 1890.

Der Regierung-Präsident.

Stiefenchen.

95. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter den
Rühen des Bauergutsbesizers Albert Noack zu Heiners-
dorf, Kreis Niederbarnim, unter dem Rindviehbestande
des Ziegelmeyers Müller, des Rittergutsbesizers Brede
und der Bauergutsbesizer Otto Dunkel und Hübner
zu Schönefeld, unter den Rindern des Gastwirts
Henneberg zu Johannisthal, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

der Milzbrand unter dem Rindvieh des Wädners
Marzinger zu Knoblauch, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rind-
viehbestande des Kossäthen Pieper zu Dabergos,
Kreis Ruppin;

die Räude unter den Schafen des Gutspächters
Eis zu Esin, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 29. April 1890.

Der Regierung-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königl.ichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Rückgabe der Kaution eines Auswanderungs-Unternehmers.

39. Der Auswanderungs-Unternehmer Carl Messing
zu Enge Zürich hat, nachdem die ihm diesseits unter
dem 30. Juni 1873 zum Betriebe des Geschäfts der
Beförderung von Auswanderern aus der Preussischen
Monarchie mit Ausnahme der Provinz Hannover er-
theilte Concession erloschen ist, die Rückgabe der zur
Sicherstellung seines Geschäftsbetriebs seiner Zeit von
ihm bei der Königl.ichen Polizei-Haupt-Kasse hieselbst
hinterlegten Caution von 30000 M. beantragt.

In Gemässheit des § 14 des Reglements vom
6. September 1853, betreffend die Geschäftsführung
der zur Beförderung von Auswanderern co. c. ssimierten
Personen und die von denselben zu bestellenden Cautionen
wird solches hierdurch mit dem Bemerken zur öffent-
lichen Kenntniss gebracht, dass etwaige aus der Geschäfts-
führung des Carl Messing herzuresultierende Ansprüche an
die bestellte Caution binnen einer dreimonatlichen
Frist vom heutigen Tage an bei dem Polizei-Präsidenten
angemeldet werden müssen, widrigenfalls nach Ablauf
dieser Frist die Caution an den Empfangsberechtigten
zurückgegeben werden wird.

Berlin, den 23. April 1890

Der Polizei-Präsident.

Straßenbenennung.

40. Seine Majestät der Kaiser und König haben
Allergnädigst geruht, der Straße 23 Abtheilung II. des
Bebauungsplans der Umgebungen Berlin's den Namen
Fridrichstraße, der Straße 21f. den Namen Kopisch-
straße, dem von der Ar. d. Straße, der Straße 21c., der
Billibald-Alexisstraße und der Straße 21d. um-
schlossenen Plage den Namen Chamissoplatz und den
Straßen 21c und 21d die Bezeichnung „Am Chamisso-
platz“, der Straße 29 in Abtheilung VII. des Be-
bauungsplans den Namen Jagowstraße, der Straße
N^o 25 den Namen Zwinglistraße, der Straße N^o 17a.
der Abtheilung VIII. des Bebauungsplans bis zum
Plage A. 1 den Namen Siemensstraße, der Straße 5
derselben Abtheilung den Namen Emdenerstraße, der
Straße 5 in Abtheilung XV. des Bebauungsplans den
Namen Lebuserstraße, der am Polizei-Präsidenten-Gebäude
vorbeiführenden neuen Verbindungsstraße zwischen dem
Alexanderplatz und der Neuen Friedrichstraße den
Namen Grunerstraße, der Straße C. in Abtheilung XII.
des Bebauungsplans den Namen Jostystraße, der neuen
Verbindungsstraße zwischen der Danziger- und Frank-
seckstraße in derselben Abtheilung den Namen Haage-
nauerstraße und der Straße 26 in Abtheilung XIII.
des Bebauungsplans den Namen Coseniussstraße be-
zulegen.

Berlin, den 24. April 1890.

Der Polizei-Präsident.

Verbot einer Druckschrift.

41. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen
die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemo-
kratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffent-

ihren Kenntniß gebracht, daß die nicht periodische Druckschrift: „Sozialdemokratisches Liederbuch. Sammlung revolutionärer Gesänge. Zwölfte Auflage. London. German Printing and Publishing Co. 1889“ nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 23. April 1890.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Einrichtung des Telegraphenbetriebes bei dem Postamte Nr 78 (Alexanderstraße).

29. Bei dem Postamte 78 (Alexanderstraße) hierseits wird am 1. Mai der Telegraphenbetrieb eingerichtet. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden für diese Geschäftsstelle wie folgt festgesetzt: **A. an Wochentagen:** von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, **B. an Sonn- und Feiertagen:** von 8 bis 9 Uhr Morgens und von 5 bis 7 Uhr Abends. Berlin C., den 26. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unbestätigte Einschreibbriefe.

30. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin liegen folgende, an den angegebenen Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe: A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin: 1) an Dr. Droske 23. Oktober 1889, 2) an v. Dirichau 8. November 1889, 3) an Rob Jung 21. November 1889, 4) an Herrn. Neumann 23. November 1889, 5) an Carl Meier 25. November 1889, 6) an Frau Sasse 29. November 1889, 7) an Paul Lehmann 2. Dezember 1889, 8) an Wittwe Frig 5. Dezember 1889, 9) an Olga Hoffmann 7. Dezember 1889, 10) an Hilfsfeldt 9. Dezember 1889, 11) an Beyer 17. Dezember 1889, 12) an Frä. Ella Blum 19. Dezember 1889, 13) an Elmke 27. Dezember 1889, 14) an Labide 27. Dezember 1889, 15) an Weiß 27. Dezember 1889, 16) an Adolf Zieger 27. Dezember 1889, 17) an Frig Hedendorff 27. Dezember 1889, 18) an Herm. Hermisdorf 28. Dezember 1889, 19) an Frau Sonneckburg 28. Dezember 1889, 20) an Eppen & Wiewert 28. Dezember 1889, 21) an A. Potoliki 28. Dezember 1889, 22) an Frau Wittwe Wöjnhof 28. Dezember 1889, 23) an Palm 28. Dezember 1889, 24) an Schwerjens 29. Dezember 1889, 25) an Frau Raemel 30. Dezember 1889, 26) an Frau Baumeister Eichwald 31. Dezember 1889, 27) an Theob. Hirte 2. Januar 1890, 28) an Ida Friedländer 6. Januar 1890, 29) an Frä. A. Schwaiger 18. Januar 1890, 30) an Schröder & Sohn 18. Januar 1890, 31) an Machowski 25. Januar 1890, 32) an Schwenbig 31. Januar 1890, 33) an Frau Wilh. Fiedler 1. Februar 1890, 34) an Frä. Ottilie Riegnier 1. Februar 1890, 35) an Frä. Klara Beende 5. Februar 1890, 36) an Frä. Martha Brösche 6. Februar 1890, 37) an Frä. Anna Schwarz 7. Februar 1890, 38) an Frä. Anna Jonas 8. Februar 1890, 39) an Theob. Busch 9. Februar

1890, 40) an Hugo v. Rosenthal 18. Februar 1890, 41) an H. Pesch 21. Februar 1890, 42) an Franz Klittner 20. Februar 1890, 43) an Frau Anna Schulz 22. Februar 1890.

B. aufgeliefert in Berlin mit anderen Bestimmungsorten. 1) an Raue in New-York 15. Mai 1879, 2) an Rob. Gillam in Biala (Rußl.) 24. Juli 1889, 3) an Carl Schulz in New-York 17. August 1889, 4) an Mary. Hermisdorf in Malta (Rußl.) 23. August 1889, 5) an Don Frig Langfriz in Conception (Chile) 15. September 1889, 6) an A. de Fedoloff in Paris 18. September 1889, 7) E. Starkmann in St. Petersburg 10. Oktober 1889, 8) an Turyn Schirmsabrik in Warschau 10. Oktober 1889, 9) an J. Turyn Warschau 17. Oktober 1889, 10) an A. Dalz in Wollstein (Psn.) 20. November 1889, 11) an Mattes in Rehlbe b. Strausberg 25. November 1889, 12) an Turley u. Frau in Wittbrüggen b. Beelitz 25. November 1889, 13) an Frä. Bertha Rohn aus Wien in Königsberg Pr. 29. November 1889, 14) an W. Lengrow p. Siemens & Halske in Charlottenburg 30. November 1889, 15) an Frau Lehrer Seidel in Zürich-Höttingen 30. November 1889, 16) an Aug. Gerlach in Spandau 1. Dezember 1889, 17) an Wilh. Rinse in Hamburg 9. Dezember 1889, 18) an Zahrs in Fürstenberg (Medlb.) 11. Dezember 1889, 19) an C. Böttger in Chemnitz 12. Dezember 1889, 20) an E. Zapel in Biege 12. Dezember 1889, 21) an v. Bismarck in Friedrichstrub 13. Dezember 1889, 22) an P. Wegner in Bundeis b. Baidorf 16. Dezember 1889, 23) an Carl Brüggenmann in Chile 17. Dezember 1889, 24) an Mührke in Prenglau 19. Dezember 1889, 25) an Kähne in Eichsfeld bei Spandau 24. Dezember 1889, 26) an Wittwe Garke in Guben 27. Dezember 1889, 27) an Rönne in Neulübsa b. Ratow 27. Dezember 1889, 28) an D. P. Blumengeschäft in St. Gallen 29. Dezember 1889, 29) an Tima Piel in Steinamanger 1. Januar 1890, 30) an Rud. v. Eberlein in Romagen b. Sangerhausen 3. Januar 1890, 31) an Segolowitsch in St. Petersburg 4. Januar 1890, 32) an H. Röschke in Budapest 6. Januar 1890, 33) an Jul. Henningsen in Hlensburg 7. Januar 1890, 34) an Präsident der Freimaurer-Loge in Lübeck 7. Januar 1890, 35) an A. Fröblich in Offenbach (M.) 12. Januar 1890, 36) an Savary in Hamburg 15. Januar 1890, 37) an Ph. Gliedinski in Margonin, Kr. Gnesen, 16. Januar 1890, 38) an Gottl. Gebauer in Senkowo b. Pobjewie (Posen) 27. Januar 1890, 39) an Sachs in Striegau 31. Januar 1890, 40) an E. Bernaudat in Paris 3. Februar 1890, 41) an O. A. 30 in Usttrin postl. 5. Februar 1890, 42) an Heinrich Brunotte in Hildesheim 10. Februar 1890, 43) an Max Freuder in Szegedin 11. Februar 1890, 44) an P. Gafner in Königsberg (Pr.) 15. Februar 1890, 45) an W. Schießinger & Co. in Charlottenburg 17. Februar 1890.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben

Nr. der Anzeige	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat	Datum der Anweisung Beschlußes
	des Ausgewiesenen				
10	Nathias Smaha, Büdergeselle,	geboren im Jahre 1846 zu Bacovech, Bezirk Olattau, Böhmen, ortsangehörig zu Eigen, ebendasselbst,	Landstreichern und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Biech- tach,	20. März 1890.
11	Johann Strachota, Märker,	geboren am 9. Mai 1836 zu Darsau, Be- zirk Freistadt, Oester- reich, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichern und falsche Namensangabe,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kaufen,	22. März 1890.
12	Franz Mayer, Müller und Tagelöhner,	geboren am 6. März 1862 zu Salzburg, Oesterreich, ortsange- hörig zu Gernwalden, Bezirk Bozslatrad, ebendasselbst,	Landstreichern, Führung falscher Legitimations- papiere und falsche Namensangabe,	Königliche Polizei- Direktion zu Mün- chen, Bayern,	24. März 1890.
13	Louis Gangfried, Handelsmann,	geboren am 20. Mai 1855 zu Ungvar, Ko- mitat Ung, Ungarn, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichern,	dieselbe,	28. März 1890.
14	Maria Boes, ledige Tagelöhnerin,	geboren im Jahre 1860 zu Kitzn, Bezirk Rohr- bach, Oesterreich, orts- angehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	31. März 1890.
15	Johann Mandelicek, Glaserarbeiter,	41 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Skovice, Bezirk Pilsen, Böhmen,	Landstreichern u. Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	3. April 1890.
16	Josef Goll, Müllergeselle,	geboren am 14. April 1851 zu Littitzsch, Be- zirk Königshof, Böh- men, ortsangehörig zu Haag-Obergrund, ebendasselbst,	Widerstand, Beamten- beleidigung, Landstreichern und Betteln,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft Dautzen,	31. Dezember 1889.
17	Franz Tschermager, Weber,	46 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Budapest, Ungarn,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Olden- burgisches Staats- ministerium, Depar- tement des Innern zu Oldenburg,	7. März 1890.
18	Eddie (Eduard) Simpson, Schneider,	geboren am 20. August 1870 zu Liverpool, England, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Landstreichern,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg,	29. März 1890.
19	Josef Stoffel, Schneider,	geboren am 23. Novem- ber 1857 zu Baffers- suppen, Bezirk Laus, Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	dieselbe,	31. März 1890.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bozen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Anstalt zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 20.

Den 16. Mai

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 12.) Nr. 1895. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 8. April 1890.
(Stück 13.) Nr. 1896. Gesetz, betreffend die Abänderung der Militär-Strafgerichtsdordnung. Vom 3. Mai 1890.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 10.) Nr. 9373. Gesetz über den Ankauf der Zinsen von den aus dem vormaligen Stadtbuch von Altona in das Grundbuch übertragene Hypotheken im Zwangsvollstreckungsverfahren. Vom 24. März 1890.
(Stück 11.) Nr. 9374. Gesetz, betreffend die Erweiterung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Altona. Vom 31. März 1890.
(Stück 12.) Nr. 9375. Gesetz, betreffend die Abänderung des § 19 Absatz 1 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Vom 20. März 1890.
(Stück 13.) Nr. 9376. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Baldbroel, Elver, St. Goar, Coblenz, Coblenz, Simmern, Castellana, Eöln, Düsseldorf, Uerdingen und Saarbrücken. Vom 5. April 1890.
(Stück 14.) Nr. 9377. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1889/90. Vom 9. April 1890.
Nr. 9378. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Sieboldshausen und Göttingen. Vom 15. April 1890.
(Stück 15.) Nr. 9379. Gesetz, betreffend die Vereinigung der Gemeinde Sieboldshausen mit der Gemeinde Kirchspiel Döttrup. Vom 14. April 1890.
(Stück 16.) Nr. 9380. Haubergordnung für den Kreis Altentirchen. Vom 9. April 1890.
(Stück 17.) Nr. 9381. Gesetz behufs Abänderung des Gesetzes vom 6. Juni 1888, betreffend die Verbesserung der Ober- und der Spree. Vom 14. April 1890.
Nr. 9382. Gesetz, die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken betreffend. Vom 21. April 1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

9. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 27. Mai	Strasburg i. Uckermark	8 Uhr,
4. Juni	Wriezen a. Oder	8
17. "	Altterpog	8
18. "	Dranienburg	8
19. "	Nauen	8
20. "	Neustadt a. Dosse	8
1. Juli	Rathenow	8
3. "	Havelberg	8
4. "	Bilsnau	9
7. "	Regensburg	8
25. "	Prenzlau	8
26. "	Angermünde	8
28. "	Kröitz	9
29. "	Wittstock	8
30. "	Prigwall	8
31. "	Perleberg	8
1. August	Lenzen a. Elbe	8

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippensieger und Klopfbengel, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die

Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Wohl eines Provinziallandtags-Abgeordneten.

11. In Stelle des verstorbenen Stadtrathes Rärenbach hieselbst ist der Kemmer und Stadtrath

Wolff hieselbst zum Provinziallandtags-Abgeordneten der Stadt Potsdam gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 5. Mai 1890.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verlosung von Wagen, Pferden, Reit-, Fahr- und Jagdgeräthen. 98. Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Herzogthümern zu Quedlinburg am 21. April d. J. die Erlaubniß erteilt, im Laufe dieses Jahres eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Reit-, Fahr- und Jagdgeräthen u. zu veranstalten und die in Aussicht genommenen 15000 Lothe zu je 3 M. im ganzen Reichthum der Monarchie zu vertheilen.

Potsdam und Berlin, den 7. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

98.

Nachweisung der Markte.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt:				
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Speisebohnen	Erbsen	Erbsenstreu	Kartoffeln	Strunkbohnen	Erbsen	Rindfleisch		Schaf- fleisch	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der Hälfte	von der Hälfte	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	18 11	15 97	16 25	16 30	27 —	27 —	35 —	3 75	6 75	4 58	5 —	1 40	1 10		
2	Berckow	— —	16 70	— —	16 20	27 50	27 50	37 50	2 53	— —	— —	— —	1 20	1 —		
3	Bernau	19 03	16 67	17 42	17 58	30 —	30 25	42 50	4 38	7 40	— —	6 95	1 29	1 11		
4	Brandenburg	19 20	17 63	15 65	17 70	27 50	35 —	50 —	3 03	5 48	— —	5 55	1 35	1 20		
5	Dahme	18 82	16 67	16 43	17 50	25 —	32 —	45 —	2 —	6 —	4 —	7 50	1 —	1 —		
6	Eberwalde	18 79	16 58	18 36	16 63	24 —	24 —	32 —	3 11	7 —	— —	5 —	1 40	1 10		
7	Fahelberg	19 30	16 93	16 50	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 10		
8	Jüterbog	19 20	17 —	17 —	19 —	28 —	30 —	50 —	3 —	6 50	— —	6 50	1 25	1 15		
9	Luderswalde	18 33	16 71	15 71	18 07	36 —	36 —	40 —	2 90	4 83	— —	6 25	1 20	1 20		
10	Perleberg	19 44	16 54	15 81	16 78	27 —	35 —	50 —	3 25	— —	6 —	5 44	1 40	1 20		
11	Potsdam	19 17	17 02	17 17	18 18	25 —	27 —	38 —	3 47	6 50	— —	5 32	1 35	1 10		
12	Prenzlau	18 40	16 26	17 40	16 51	22 —	30 —	30 —	3 50	6 25	5 —	5 —	1 30	— 95		
13	Prignitz	18 67	16 10	16 25	16 18	19 —	30 —	39 —	1 88	5 38	4 36	4 56	1 23	1 —		
14	Rathenow	18 50	16 75	13 72	17 50	30 —	35 —	44 —	2 72	5 33	— —	4 75	1 40	1 20		
15	Neu-Ruppin	20 —	16 65	16 60	17 29	30 —	32 —	50 —	2 59	7 —	— —	6 —	1 40	1 15		
16	Schwedt	19 20	16 88	17 —	16 94	26 67	31 25	31 25	3 —	6 40	— —	5 83	1 20	1 —		
17	Spandau	18 75	16 65	15 13	17 —	27 50	37 —	45 —	4 —	7 25	— —	6 50	1 45	1 20		
18	Strasberg	19 50	17 —	18 69	18 —	21 50	30 —	35 —	4 —	8 50	— —	7 95	1 20	1 10		
19	Teltow	19 03	17 15	17 38	18 33	40 —	40 —	55 —	4 38	6 88	6 —	7 25	1 50	1 10		
20	Templin	19 —	16 50	18 50	18 50	18 —	44 —	30 —	3 —	7 —	— —	6 50	1 20	1 —		
21	Treuenbriezen	18 90	16 41	17 —	17 50	26 —	24 —	30 —	3 —	5 —	— —	5 —	1 20	1 —		
22	Wittstock	19 —	16 39	17 —	17 29	18 —	36 —	44 —	1 92	5 —	4 —	4 —	1 06	— 93		
23	Briezen a. D.	17 53	16 46	17 59	17 50	22 —	28 —	34 —	3 04	6 25	4 25	5 50	1 30	1 —		
Durchschnitt		18 45	16 68	16 75	17 43	— —	— —	— —	3 13	6 34	— —	5 86	— —	— —		

Potsdam, den 13. Mai 1890.

97.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat April 1890
in den Hauptmarktorien des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Es kostet je 50 Kilogramm	Breslau für Kreis	Brandenburg für Kreis	Ludewalde für Kreis	Perleberg für Kreis	Potsdam für Kreis	Prenzlau für die Kreise	Neuruppin für Kreis	Schwedt für Kreis	Wittstock für Kreis	Bemerkungen.
		Breslau-Storffow.	Brandenburg und Kreis Westhaveland.	Züterbog-Ludewalde.	West-Prignitz.	Potsdam und Zauch-Belzig.	Prenzlau und Templin.	Neuruppin.	Angermünde.	Ost-Prignitz.	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1.	Hafer	8 61	9 55,5	9 69	8 93	10 05	8 79	9 12,45	8 89	9 29	Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Dönhavelland und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Markort.
2.	Heu	—	3 19,5	3 41	3 15	3 42	3 15	3 15	3 05,5	2 10	
3.	Richtstroh	—	3 07,5	2 63	3 29	3 68	3 41	3 67,5	3 36	2 62,5	

Potsdam, den 13. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat April 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats															
Es kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.															
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter	Eier Gier.	Weizen		Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speiseöl	Schweine- schmalz, fertig-				
						Roten Nr. 1.	Regen Nr. 1.	Orange	Grüne					mittler gelber in geb. Bohnen							
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.			
1 30	— 90	1 05	1 86	2 30	3 10	— 30	— 25	— 55	— 45	— 40	— 50	— 60	— 60	3 40	3 60	— 20	2 —				
1 50	— 95	1 —	2 —	2 21	2 60	— 40	— 20	— 50	— 60	— 50	— 80	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60				
1 40	1 36	1 19	2 30	1 70	3 18	— 20	— 20	— 50	— 50	— 70	— 50	— 50	— 25	2 80	3 20	— 20	1 60				
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	3 75	— 40	— 30	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 60	4 —	— 20	1 60				
1 40	1 —	1 20	1 80	2 20	2 40	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	—	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 40				
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	2 96	— 30	— 28	— 60	— 60	— 50	—	— 60	— 60	3 20	3 60	— 20	1 80				
1 40	1 35	1 15	1 95	2 48	2 69	— 35	— 26	— 50	— 60	— 60	— 60	— 60	— 60	2 80	4 —	— 20	1 80				
1 40	1 —	1 20	1 70	2 20	3 —	— 34	— 26	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 60				
1 40	1 —	1 20	1 60	2 30	3 20	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	3 20	3 60	— 20	1 60				
1 40	1 30	1 15	1 95	2 03	2 81	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 80	3 60	— 20	2 —				
1 50	1 30	1 31	1 80	2 16	3 13	— 42	— 30	— 50	— 50	— 50	— 50	— 50	— 70	3 —	3 80	— 20	1 80				
1 40	90	1 10	1 90	2 30	2 76	— 32	— 30	— 60	— 40	— 55	— 60	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —				
1 40	1 05	1 10	2 —	1 90	2 33	— 25	— 24	— 40	— 45	— 50	— 50	— 40	— 50	3 20	3 60	— 20	1 60				
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	2 63	— 32	— 29	— 40	— 44	— 45	— 44	— 40	— 60	3 25	3 60	— 20	1 60				
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	2 92	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60				
1 20	90	1 20	1 90	2 —	2 80	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 50	3 40	— 20	2 —				
1 60	1 30	1 28	1 80	2 40	3 —	— 40	— 30	— 50	— 50	— 55	— 50	— 50	— 65	3 40	3 80	— 20	1 40				
1 40	1 10	1 20	1 80	2 40	3 05	— 35	— 25	— 55	— 50	— 50	— 50	— 55	— 60	2 20	3 60	— 20	1 40				
1 50	1 30	1 25	1 60	2 30	3 60	— 40	— 35	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 60	3 60	— 20	1 20				
1 40	80	1 —	2 —	2 40	3 —	— 27	— 24	— 60	— 50	— 60	— 60	— 50	— 55	3 40	3 80	— 20	1 80				
1 40	1 —	1 20	1 80	2 —	3 26	— 32	— 26	— 50	—	— 40	— 50	— 30	— 50	3 30	3 60	— 20	1 80				
1 24	78	99	1 80	2 03	2 43	— 28	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	1 80				
1 30	1 13	1 15	1 80	2 20	2 80	— 25	— 27	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 50	3 25	3 50	— 20	1 40				

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

20. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Gutes Giersdorf, Kreis Oberbarnim, unter den Rindern des Dominiums Rangsdorf, des Häubners Wilhelm Weisandt zu Rehagen, des Ritterguts Schulzendorf, des Adersbärgers Fritz Dagen zu Jossen und unter den Rassen des Steinwegmüllers Carl Ludwig zu Lankwitz, Kreis Teltow; die Mäde bei zwei Pferden des Adersbärgers Hof zu Neu-Entterow, Kreis Ostprignitz;

der Bläschenausschlag bei einem Bullen des Bauerngutsbesizers Adolf Seeger zu Betsow und bei einer von einem Bullen des Bauerngutsbesizers Heller zu Schönermark bedeckten Kuh des Handelsmanns Dietrich ebendaselbst, Kreis Ostprignitz.

Der Bull des Heller ist nach Dreddin und von hier an einen unbekannten Besitzer in der Friesack'er Gegend verkauft worden.

Das wegen Verdachtes der Befallung mit der Kopfkrankheit unter Beobachtung gestellte Pferd des Handelsmanns Hoeffer zu Gremmen, Kreis Osthavelland, ist gesund befunden und sind die getroffenen Schutzmaßregeln demzufolge aufgehoben worden.

Potsdam, den 12. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Eröffnung der Jagd auf wilde Gänse.

6. Die Jagd auf wilde Gänse in dem Regierungsbezirk Potsdam wird im laufenden Jahre mit dem 1. Juli eröffnet.

Potsdam, den 8. Mai 1890.

Der Bezirks-Ausschuss.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat April 1890.

24. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Rgr.	Weizen (gut)	19	Mark	65	Pf.
" "	do. (mittel)	19	"	10	"
" "	do. (gering)	18	"	38	"
" "	Roggen (gut)	16	"	79	"
" "	do. (mittel)	16	"	60	"
" "	do. (gering)	16	"	38	"
" "	Gerste (gut)	19	"	30	"
" "	do. (mittel)	17	"	79	"
" "	do. (gering)	14	"	70	"
" "	Hafer (gut)	18	"	24	"
" "	do. (mittel)	17	"	60	"
" "	do. (gering)	16	"	77	"
" "	Erbisen (gut)	19	"	94	"
" "	do. (mittel)	18	"	—	"
" "	do. (gering)	17	"	20	"
" "	Nichtstroh	7	"	01	"
" "	Heu	6	"	35	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 kg

im Monat April Hafer Stroh Heu
9,69 M., 3,85 M., 3,76 M.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Rgr.	Erbisen (gelber, Kochen)	27	Mark	17	Pf.
" "	Speisebohnen (weiße)	30	"	09	"
" "	Linzen	42	"	43	"
" "	Kartoffeln	5	"	—	"
" 1 Rgr.	Rindfleisch v. d. Aule	1	"	29	"
" 1 "	(Bauchfleisch)	1	"	12	"
" 1 "	Schweinefleisch	1	"	40	"
" 1 "	Rohfleisch	1	"	35	"
" 1 "	Lammfleisch	1	"	18	"
" 1 "	Speck (geräucher)	1	"	70	"
" 1 "	Eibutter	2	"	30	"
" 60 Stck	Eier	3	"	12	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Rgr.	Erbisen (gelber, Kochen)	32	Mark	50	Pf.
" "	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
" "	Linzen	45	"	—	"
" "	Kartoffeln	4	"	25	"
" 1 Rgr.	Rindfleisch v. d. Aule	1	"	37	"
" 1 "	(Bauchfleisch)	1	"	—	"
" 1 "	Schweinefleisch	1	"	50	"
" 1 "	Rohfleisch	1	"	39	"
" 1 "	Lammfleisch	1	"	32	"
" 1 "	Speck (geräucher)	1	"	60	"
" 1 "	Eibutter	2	"	40	"
" 60 Stck	Eier	3	"	75	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats April 1890:

1) In Berlin:

für 1 Rgr.	Weizenmehl N° 1	35	Pf.
für 1 Rgr.	Roggenmehl N° 1	32	Pf.
" 1 "	Gerstengraupe	43	"
" 1 "	Gerstengröße	40	"
" 1 "	Dachweizengraupe	46	"
" 1 "	Hirse	40	"
" 1 "	Reis (Java)	70	"
" 1 "	Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
" 1 "	(gelb in	75	"
" 1 "	gebr. Bohnen)	3	"
" 1 "	Speisesalz	20	"
" 1 "	Schweinefleisch (hiefiges)	1	"

2) In Charlottenburg:

für 1 Rgr.	Weizenmehl N° 1	50	Pf.
" 1 "	Roggenmehl N° 1	40	"
" 1 "	Gerstengraupe	60	"
" 1 "	Gerstengröße	50	"
" 1 "	Dachweizengraupe	50	"
" 1 "	Hirse	50	"
" 1 "	Reis (Java)	80	"

für 1 Mgr. Java-Kaffee (mittler)	2 Maß 80 Pf.
1 (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 . . . 60 .
1 . . . Speisefalz	20 .
1 . . . Schweinefett (hiefiges)	1 . . . 40 .

Berlin, den 6. Mai 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Zulassung von Postaufträgen im Verkehr mit dem Deutschen Postamt in Konstantinopel.

10. Im Verkehr mit dem Deutschen Postamt in Konstantinopel können vom 15. Mai d. J. ab Gelder bis zum Reissbetrage von 800 Mark im Wege des Postauftrages unter den für den Vereinsverkehr gültigen Bedingungen eingezogen werden. Wechselproteste werden nicht vermittelt. Ueber das Nähere ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin, W., 2. Mai 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Errichtung öffentlicher Fernsprechkabel.

40. Bei den Kaiserlichen Postämtern in Friedrichsberg bei Berlin, in Niederschönweide und in Bockenheim am 16. Mai öffentliche Fernsprechkabel in Wirksamkeit. Für die Benutzung dieser Stellen kommen die für solche Einrichtungen allgemein gültigen Bedingungen in Anwendung.

Berlin C, 9 Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Wandlitz (Potsd.).

41. In Wandlitz (Potsd.) wird am 10. Mai eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 8. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Kröhlendorf.

42. In Kröhlendorf wird am 12. Mai eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, 10. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der Dorotheenstädtischen Kirche in Berlin.

1. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der Dorotheenstädtischen Kirche in Berlin vom 18. November und 9. Dezember 1889, sowie un-er Zustimmung des Magistrats hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt, als Patronats dieser Kirche, wird in deren Parochie eine neue (dritte) geistliche Stelle mit dem Sitz in Berlin errichtet und mit

einem Jahresgehalt von 3600 M., so lange eine Amtswohnung nicht gewährt werden kann, auch mit einem jährlichen Wohnungsgeldzuschusse von 1200 M., aus der Dorotheenstädtischen Kirchenkasse ausgestattet.

Die Besetzung steht gemäß §§ 327 ff. 587 A. gemeinen Landrechts Theil II. Titel 11 dem hiesigen Mag. Rat als Patron zu.

Dem neu anzustellenden Geistlichen wird die Verpflichtung auferlegt, in dem sogenannten Tiergartenfelde zu wohnen, und, wenn der eben bezeichnete Gebietsheil in noch näher zu bestimmenden Grenzen, von dem Dorotheenstädtischen Kirchsprangel abgezwängt sein wird, sich die Versetzung an die neu zu begründende Kirchengemeinde gefallen zu lassen.

Berlin, den 13. März 1890.

Das Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.
gez. Hegel.

Berlin, den 27. März 1890.

Der Königl. Polizei-Präsident.

gez. Frhr. v. Richthofen.

Errichtungsdekret. C. Nr. 6071. - I. B. 969.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Johannis-Evangelist.-Kirche in Berlin.

2. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Johannis-Evangelist.-Kirche in Berlin vom 2. und 13. Dezember 1889 wird in der Parochie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetze, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom 28. Juli 1876 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 13. März 1890.

Das Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.
gez. Hegel.

Berlin, den 26. März 1890.

Der Königl. Polizei-Präsident.

gez. Frhr. v. Richthofen.

Errichtungsdekret. C. Nr. 5829. - I. B. 968.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Golgatha-Kirche in Berlin.

3. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Golgatha-Kirche vom 5. resp. 16. Dezember 1889 wird in der Parochie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetze, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom

28. Juli 1876 vorgegebene Pfarrwahlrecht, vom 15. März 1886.

Berlin, den 13. März 1890.
Das Königl. Konf. der Provinz Brandenburg.
(L. S.) gez. Hegel.

Berlin, den 25. März 1890.
Der Königl. Polizei-Präsident.

ge. Fehr. v. Richthofen.
Erektionsdekret. C. Nr. 5826. I. B. 966.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der St. Lukas-Kirche in Berlin.

4. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund des Beschlusses der Gemeindeorgane der St. Lukas-Kirche vom 26. August 1889 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetz, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlass vom 28. Juli 1876 vorgegebene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 19. März 1890.
Das Königl. Konf. der Provinz Brandenburg.
(L. S.) gez. Hegel.

Berlin, den 30. März 1890.
Der Königl. Polizei-Präsident.

(L. S.) gez. Fehr. v. Richthofen.
Erektionsdekret. C. Nr. 7078. I. B. 1058.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Bartholomäus-Kirche in Berlin.

5. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Bartholomäus-Kirche in Berlin vom 9. resp. 24. Dezember v. J. wird in der Pfarodie dieser Kirche eine dritte geistliche Stelle, welche als zweites Diaconat neben das Diaconat tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung dieses zweiten Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetz, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlass vom 28. Juli 1876 vorgegebene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 19. März 1890.
Das Königl. Konf. der Provinz Brandenburg.
(L. S.) gez. Hegel.

Berlin, den 10. April 1890.
Der Königl. Polizei-Präsident.

(L. S.) gez. Fehr. v. Richthofen.
Erektionsdekret. C. Nr. 7077. I. B. 1199.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Nikolai-Kirche in Berlin.

6. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-An-

gelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Nikolai-Kirche in Berlin vom 2. und 16. Dezember 1889 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine neue geistliche Stelle, welche als drittes Diaconat neben die beiden bestehenden Diaconate tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung dieses dritten Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetz, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlass vom 28. Juli 1876 vorgegebene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 9. April 1890.
Das Königl. Konf. der Provinz Brandenburg.
(L. S.) gez. Hegel.

Berlin, den 16. April 1890.
(L. S.) Der Königl. Polizei-Präsident.

ge. Fehr. v. Richthofen.
Erektionsdekret. C. Nr. 8884. I. B. 1364.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Heilig Kreuz-Kirche in Berlin.

7. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund des Beschlusses der Gemeindeorgane der Heilig Kreuz-Kirche in Berlin vom 13. Januar 1890 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine dritte geistliche Stelle, welche als II. Diaconat neben das bereits bestehende Diaconat tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung dieses II. Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetz, betreffend das in § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlass vom 28. Juli 1876 vorgegebene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 10. April 1890.
Das Königl. Konf. der Provinz Brandenburg.
(L. S.) gez. Hegel.

Berlin, den 20. April 1890.
Der Königl. Polizei-Präsident.

(L. S.) gez. Fehr. v. Richthofen.
Erektionsdekret. C. Nr. 8883. I. B. 1387.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Sonder-Personenzüge.

20. Während des bevorstehenden Sommers, beginnend mit dem 15ten d. Mts. (Himmelfahrtstag) werden an den Sonn- und Festtagen auf der Nordbahn zwischen Berlin, Hermdorf und Oranienburg folgende Sonder-Personenzüge regelmäßig verkehren:
1) Abf. von Berlin-Stettiner Bahnhof Nachmittags 1 Uhr 30 Min., Ankunft in Oranienburg 2 Uhr 49 Min., 2) Abf. von Oranienburg Abends 8 Uhr 33 Min., Ankunft in Berlin-Stettiner Bahnhof 9 Uhr 49 Min., 3) Abf. von Hermdorf Abends 10 Uhr 15 Min., Ankunft in Berlin-Stettiner Bahnhof 10 Uhr 50 Min. Auf sämtlichen zwischengelegenen Stationen

und Haltpunkten wird nach Bedarf zur Aufnahme und Abführung von Personen gehalten.

Stralund, den 8. Mai 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Die Gattestelle Sehlen betreffend.

28. Mit dem 10. Mai d. J. wird die zwischen Frankenhagen und Tüchel gelegene Gattestelle Sehlen für den beschränkten Wagenladungs-Güterverkehr eröffnet. Der Frachtberechnung werden im Lokals- und Wechselverkehr der Preussischen Staatsbahnen bis auf Weiteres die Entfernungen für Frankenhagen bzw. Tüchel unter Zuschlag von 7 bzw. 8 km zu Grunde gelegt. Sendungen nach Sehlen werden nur frankirt, von Sehlen nur unfrankirt und in beiden Richtungen nur ohne Nachnahmebelastung angenommen.

Bromberg, den 3. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Beförderung von Getreide.

29. Im Südostpreussischen Verbande wird vom 15. Mai d. J. ab die Beförderung von Getreide

(Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais) und Mele in Wagenladungen auch in unverpacktem Zustande (in loser Schüttung) unter den nachfolgenden Bedingungen bis auf Weiteres versuchsweise gestattet:

- 1) Die Beförderung erfolgt in gewöhnlichen bedeckten Wagen.
- 2) Die Verladung und die Sicherung des verladenen Gutes gegen Verstreuen ist Sache des Versenders. Die hierzu verwendeten Gerätschaften werden nach Maßgabe der allgemeinen Tarifvorschriften unter B. Hl. 9 des deutschen Eisenbahn-Tarif-Lexikons, Teil I, freischief an den Versender zurückbefördert.
- 3) Die unverpackte Abgabe ist von dem Versender nach der Vorschrift des § 47 (und Anl. A) des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands besonders zu erklären.
- 4) Bei beiderseitiger Entlastung auf Antrag des Empfängers oder nach Ablauf der Entlastungsfrist wird neben den Kosten für etwa erfolgte Beschaffung oder Annahme von Säcken eine besondere, aus dem Lokals-Tarife der in Betracht kommenden Verwaltung zu erhaltende Gebühr erhoben.

Bromberg, den 7. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

30. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den dazwischen erwähnten Ausstellungen ausgestellt worden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Beförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber freischief erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Transportcheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Transportcheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für		Die Auf- fertigung der Belastung aus ermöglicht	Die Rückbeförderung auf erfolgen innerhalb
1	Geflügel-Ausstellung,	Hagenburg,	19. April bis 2. Mai,	Geflügel und Ge- rathen zur Ge- flügelzucht,	Preussischen Staatsbahnen,	Aus- stellungs- Commission, besgl.	10 Tage
2	Internationale Aus- stellung für Geflü- gel, Geräthschaften und Schriften,	Nachau,	4. bis 6. Mai,	nebenbezeichnete Thiere u. Gegen- stände,	besgl.,	besgl.	14 Tage
3	Pferde-Ausstellung,	Stettin,	17. bis 20. Mai,	Pferde,	Direktions-Be- sitzthiere in Berlin, Breslau und Bromberg,	besgl.	14 Tage
4	Thierchau,	Delitzsch,	30. u. 31. Mai,	Thiere und land- wirthschaftliche Gegenstände,	Preussischen Staatsbahnen,	Aus- stellungs- Vorstand, besgl.	14 Tage
5	Ausstellung von Kunstwerken aller Nationen,	München,	1. Juli bis 15. Okto- ber,	Kunstgegenstände,	Preussischen Staatsbahnen u. Eisenbahnen in Elsass-Lothringen	besgl.	6 Wochen

Ferner bringen wir mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 7. April d. J. zur Kenntniss, daß die Nordwestdeutsche Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Bremen voraussichtlich am 30. September d. J. geschlossen werden wird.

Bromberg, den 5. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Viehseuchen.

99. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem
Kindviehstande des Gutes Gielsdorf, Kreis Ober-
barnim, unter den Kindern des Dominiums Rang-
dorf, des Büdnere Wilhelm Weilandt zu Rehagen,
des Ritterguts Schulzendorf, des Aderbürgers Fris-
Hagen zu Zossen und unter den Kühen des Stein-
megemeisters Carl Ludwig zu Lankwitz, Kreis Teltow;
die Räude bei zwei Pferden des Aderbürgers
Kosin zu Neu-Lutterow, Kreis Märkisch;

der Bläschenauschlag bei einem Bullen des
Bauergutsbesizers Adolf Seeger zu Beblow und bei
einer von einem Bullen des Bauergutsbesizers Heller zu
Schönermark bedachten Kuh des Handelsmanns Vief-
holz ebenfals, Kreis Ostprignitz.

Der Bulle des Heller ist nach Dredbin und von
hier an einen unbekannten Besitzer in der Friesack'er
Gegend verkauft worden.

Das wegen Verdachtes der Befastung mit der
Kopfrankheit unter Beobachtung gestellte Pferd des
Handelsmanns Heßler zu Gremmen, Kreis Ost-
havelland, ist gesund befunden und sind die getroffenen
Schutzmaßregeln demzufolge aufgehoben worden.

Potsdam, den 13. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Eröffnung der Jagd auf wilde Enten.

6. Die Jagd auf wilde Enten in dem Re-
gierungsbezirk Potsdam wird im laufenden Jahre mit
dem 1. Juli eröffnet.

Potsdam, den 8. Mai 1890.

Der Bezirks-Ausschuß.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.**

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat April 1890.

44. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Rgr. Weizen (gut)	19	Mark	65	Pf.,
„ „ „ do. (mittel)	19	„	10	„
„ „ „ do. (gering)	18	„	38	„
„ „ „ Roggen (gut)	16	„	79	„
„ „ „ do. (mittel)	16	„	60	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	38	„
„ „ „ Gerste (gut)	19	„	30	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	79	„
„ „ „ do. (gering)	14	„	70	„
„ „ „ Hafer (gut)	18	„	24	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	60	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	77	„
„ „ „ Erbsen (gut)	19	„	94	„
„ „ „ do. (mittel)	18	„	—	„
„ „ „ do. (gering)	17	„	20	„
„ „ „ Röststroh	7	„	01	„
„ „ „ Heu	6	„	35	„

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 kg

im Monat April Hafer Stroh Heu
9,69 Mk., 3,85 Mk., 3,76 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Rgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	27	Mark	17	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	30	„	09	„
„ „ „ Linsen	42	„	43	„
„ „ „ Kartoffeln	5	„	—	„
„ 1 Rgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	29	„
„ 1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	12	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	40	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	35	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	18	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	70	„
„ 1 „ Eßbutter	2	„	30	„
„ 60 Stück Eier	3	„	12	„

2) In Charlottenburg:

für 100 Rgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32	Mark	50	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	—	„
„ „ „ Linsen	45	„	—	„
„ „ „ Kartoffeln	4	„	25	„
„ 1 Rgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	37	„
„ 1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	—	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	50	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	39	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	32	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	60	„
„ 1 „ Eßbutter	2	„	40	„
„ 60 Stück Eier	3	„	75	„

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats April 1890:

1) In Berlin:

für 1 Rgr. Weizenmehl N ^o 1	35	Pf.,
für 1 Rgr. Roggenmehl N ^o 1	32	Pf.,
„ 1 „ Gerstengraupe	43	„
„ 1 „ Gerstengröße	40	„
„ 1 „ Buchweizengröße	46	„
„ 1 „ Hirse	40	„
„ 1 „ Reis (Java)	70	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
„ 1 „ „ (gelb in	75	„
„ „ „ gebr. Bohnen)	3	„
„ 1 „ Speisesalz	20	„
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	„

2) In Charlottenburg:

für 1 Rgr. Weizenmehl N ^o 1	50	Pf.,
„ 1 „ Roggenmehl N ^o 1	40	„
„ 1 „ Gerstengraupe	60	„
„ 1 „ Gerstengröße	50	„
„ 1 „ Buchweizengröße	50	„
„ 1 „ Hirse	50	„
„ 1 „ Reis (Java)	80	„

versetzt: von Berlin der Postassistent Liebe nach Königsberg (Pr.), der Telegraphenamtassistent Schröder nach Minden (Westf.), die Ober-Postdirektionssekretäre Jahn und Rittner nach Arnberg, die Postsekretäre Bormet nach Köln (Rhein), Brandes nach Oldenburg (Gr.), Durbitz nach Oberweißbach, Eberlein nach Rathenow, Eichner nach Hamburg, Fürneisen nach Bromberg, W. G. F. C. Hoffmann nach Liegnitz, Jacobs nach Oppeln, Lühr nach Riet, A. D. Meyer nach Liegnitz, Willkau nach Trier, Münchgeisang nach Kiel, Obenans nach Darmstadt, F. W. E. Polkehn nach Königsberg (Pr.), R. H. J. Polkehn nach Bochum, Puche nach Oldenburg (Gr.), Sachsse nach Frankfurt (Oder), Schlaun nach Posen, A. P. A. Schmidt nach Posen, von Stachelski nach Cassel, Stör nach Magdeburg, Stolpner nach Halle (Saale), Stufenberg nach Frankfurt (Main), Trompke nach Rastat, Wapler nach Königsberg (Pr.), Weise nach Stettin, Westphal nach Bremen,

der Telegraphensekretär Heingo nach Hannover, der Postassistent Krieken nach Breslau, nach Berlin die Ober-Postdirektionssekretäre Beyer von Potsdam, Heilmüller von Halle (Saale), die Ober-Postsekretäre Wegdorf von Straßburg (Elz.), Meyer von Rastat, der Ober-Telegraphensekretär Hottenroth von Halberstadt, die Telegraphensekretäre Felsheim und Rüppel von Magdeburg, Reichelt von Posen, Urban von Dresden, in den Ruhestand versetzt: die Ober-Telegraphenassistenten Bernsdorff, Dödenborff, W. G. Schulz, der Rohrpostmaschinenführer Brähs, gestorben: Postsekretär Gräfe.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. Statistisch angestellt sind: die Regierungsbaumeister Struve und Wals als Postbaupraktoren in Spandau bez. Niederwalde.

Versetzt ist: der Postsekretär Müller von Dortmund nach Ludenthalde.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Alois Veranek, Schreiner,	geboren am 16. Dezember 1848 zu Pilsen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 3. Oktober 1887),	Königlich Böhmisches bergische Regierung des Donaufreises zu Ulm,	27. März 1890.
2	Josef Crolla, Musiker,	20 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu P. cinisco, Provinz Caserta, Italien,	Rupperei und Hehlerei (8 Monate Gefängnis laut Erkenntnis vom 23. August 1889),	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Mannheim,	18. April 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Die Zigeuner, Eheleute		Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	31. März 1890.
	a. Anton Popus,	48 Jahre alt, geboren zu Altdorf, Bezirk Odrau, Mähren,			
	b. Barbara Popus,	50 Jahre alt, geboren zu Altdorf, ohne Wohnsitz,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	3. April 1890.
2	Josef Machauf, Handelsmann,	geboren im Jahre 1811 zu Krakau, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst,			
3	Israel Leib Krieger, Handelsmann,	geboren im Jahre 1853 zu Krakau, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
4	Johann Wendel, Schlichter,	geboren am 25. September 1862 zu Gaudersdorf bei Wien, Oesterreich, ortsangehörig zu Klein-Bilfersdorf, Bezirk Korneuburg, ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	11. April 1890.

Nr.	Name und Stand	Vater und Heimat	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen				
5	Johann Friedrich Wechler, Schmiedegeselle,	geboren am 13. März 1854 zu Kirchzell, Bayern, ortsangehörig zu Harderswyl, Nieder- lande,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	14. April 1890.
6	Rudolf Johann Schär, Tagelöhner,	geboren am 6. Mai 1870 zu Rapperswyl, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig ebenda.	Landstreichen u. Betteln,	derselbe,	15. April 1890.
7	Mois Berkmann, Arbeiter,	geboren im Oktober 1855 zu Barmthal, Bezirk Bozen, Tirol, ortsan- gehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Pfarr- kirchen,	3. April 1890.
8	Anton Bauhof, Kaminkehrer,	geboren am 13. März 1858 zu Stoderan, Bezirk Korneuburg, Österreich, ortsange- hörig zu Neuhaus, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebers- berg,	5. April 1890.
9	Adalbert Formanek, Maurer und Schiefer- decker,	geboren am 23. April 1858 zu Budweis Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Erding,	8. April 1890.
10	Anna Heintz, verwitwete Näherin,	geboren im November 1838 zu Budau, Böh- men, ortsangehörig zu Ust, Bezirk Laßau, ebenda selbst,	Landstreichen, Betteln und Gebrauch einer gefälsch- ten Legitimation,	derselbe,	14. April 1890.
11	Jakob Hopp, Bierbrauer,	geboren am 10. August 1845 zu Reutte, Tirol, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	Königlich Württem- bergische Regierung für den Donaufreis Ulm,	15. März 1890.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.,
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 21.

Den 23. Mai

1890.

Bekanntmachung des Reichskanzlers.

Änderung der Postordnung vom 8. März 1879.

Auf Grund der Vorschrift im §. 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28.ten Oktober 1871 wird mit Zustimmung des Bundesraths die Postordnung vom 8. März 1879 bezüglich des Tarifs für Nachnahmeforderungen wie folgt abgeändert:

Im §. 18 erhält der Absatz I. folgende Fassung:

Nachnahmen sind im Betrage bis zu vierhundert Mark einschließlich bei Briefen und Paketen zulässig.

Ebenso sind im Absatz V. die Worte „ohne Abzug übermitteln“ zu streichen und an deren Stelle nachzutragen:

nach Abzug der Geldübermittlungsgebühr zugesandt.

Die folgenden Absätze VII. und VIII. sind zu streichen. Dafür ist zu setzen:

VII. Für Nachnahmeforderungen kommen an Porto und Gebühren zur Erhebung:

1) Das Porto für Briefe und Pakete ohne Nachnahme.

Falls eine Werthangabe oder Einschreibung nachgefunden hat, tritt dem Porto die Versicherunggebühr bez. Einschreibgebühr hinzu.

2) Eine Vorzeigegeldgebühr von 10 Pf.

3) Die Gebühren für Übermittlung des eingezogenen Betrages an den Absender, und zwar:

bis 5 Mark	10 Pf.
über 5 „ 100 „	20 „
100 „ 200 „	30 „
200 „ 400 „	40 „

VIII. Die Vorzeigegeldgebühr wird zugleich mit dem Porto erhoben und ist auch dann zu entrichten, wenn die Sendung nicht eingelöst wird.

Vorstehende Änderungen treten mit dem 1. Juni 1890 in Kraft.

Berlin W., 30. April 1890.

Der Reichskanzler.
von Caprivi.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung

über die Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889.

Vom 17. März 1890.

10. Zur Ausführung der §§ 41, 43, 138 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Alters-

versicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird im Anschluß an die Anweisung vom 20. Februar 1890 und unter Vorbehalt weiterer Anordnungen folgendes bestimmt:

A. Weitere Kommunalverbände.

Als „weitere Kommunalverbände“ im Sinne des Gesetzes vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzblatt S. 97) sind anzusehen

1) in den Fällen des §. 13, der §§ 41, 44, 45, 47, 66, 67, 69, 129 sowie der §§ 112 und 113 a. a. D.

sämmliche Provinzial- und Kreisverbände, in den Hohenzollernschen Ländern der Landes-Kommunalverband und die Oberamtsbezirke;

2) in den Fällen des §. 48 Absatz 2 a. a. D. die Kreisverbände und Oberamtsbezirke, vertreten durch die Kreis- (Stadt-) Ausschüsse beziehungsweise die Amtsausschüsse.

B. Höhere Verwaltungsbehörden.

Als „höhere Verwaltungsbehörden“ im Sinne des angezogenen Gesetzes sind in den Fällen der §§ 13, 22 Absatz 2 Ziffer 1, 112 a. a. D. anzusehen

die Regierungs-Präsidenten, für Berlin der Ober-Präsident; soweit es sich aber um die Genehmigung statutarischer Bestimmungen der Provinzialverbände handelt, die Ober-Präsidenten.

Die Bestimmung darüber, welche Behörden als höhere Verwaltungsbehörden in den Fällen des §. 122 a. a. D. anzusehen sind, bleibt vorbehalten.

C. Versicherungsanstalten.

Mit Genehmigung des Bundesraths und nach Vereinbarung mit den Regierungen der betheiligten Bundesstaaten sind für das Gebiet des Königreichs Preußen 13 Versicherungsanstalten errichtet worden und zwar:

a. je eine Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband

der Provinz Ostpreußen,	
„ „ Westpreußen,	
„ „ Brandenburg,	
„ „ Pommern,	
„ „ Posen,	
„ „ Schlesien,	
„ „ Westfalen,	
des Stadtkreises Berlin;	

b. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt;

- c. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstenthum Lübeck;
 - d. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Hannover und die Fürstenthümer Pyrmont, Schaumburg-Lippe und Lippe;
 - e. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Westfalen und das Fürstenthum Waldeck;
 - f. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für die weiteren Kommunalverbände der Rheinprovinz und der Hohenzollernschen Lande, sowie das Fürstenthum Bielefeld.
- Der Sitz der sieben zuerst aufgeführten Versicherungsanstalten ist die betreffende Provinzialhauptstadt. Der Sitz der Versicherungsanstalt für den Stadtkreis Berlin ist die Stadt Berlin. Die Bestimmung über den Sitz der fünf zuletzt aufgeführten Versicherungsanstalten bleibt vorbehalten.

Berlin, den 17. März 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

H. v. Maybach.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Dr. Rich. v. Dallhausen.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Rich. v. Berlepsch.

B. 956 M. f. S. I. A. 2209 M. d. J. III. 4442
IV. 2614 M. d. S. A. I. 3866 II. 1414 III.
2936 M. f. S.

Bekanntmachung

über die Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889.

Vom 28. April 1890.

II. Zur Ausführung der §§ 48 und 138 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichsgesetzbl. S. 97) wird im Einvernehmen mit den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1890 Folgendes bestimmt.

Für diejenigen Versicherten, welche einer der in § 48 Abs. 2 a. a. D. aufgeführten Rassen und Vereinigungen nicht angehören, wird die Theilnahme an der Wahl der Ausschußmitglieder den Beiträgen der weiteren Kommunalverbände, also gemäß A. 2 der Bekanntmachung vom 17. März d. J. den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen, in den Hohenzollernschen Landen den Amtsausschüssen, übertragen.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Rich. v. Berlepsch.

B. 2314 M. f. S. Id. 4280 M. d. J.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten. Polizei-Verordnung.

betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

100. Auf Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordnre vom 7. Februar 1837 (G. S. S. 19), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 (gd.)) wird unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses hiedurch Folgendes verordnet:

Die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 3. April 1866 (Amtsblatt Seite 127), betr. das Verbot des Ausstellens von Waaren an den Ladenthüren und Schaufenstern während der Stunden des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen, erhält zusätzlich folgende Bestimmung:

§ 3.

Welche Stunden als Zeit des Gottesdienstes anzusehen sind, ist von der Ortspolizei-Behörde im Einverständniß mit der Gemeindebehörde ortsüblich bekannt zu machen.

Potsdam, den 16. Mai 1890

Der Regierungs-Präsident. Graf Sue de Grais.

Die wöchentliche Schonzeit der Fische.

101. Gemäß der durch § 7 Nr. 1 der Verordnung betr. die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Brandenburg und in dem Stadtkreise Berlin, vom 8. August 1887, dem Regierungs-Präsidenten erteilten Ermächtigung verlege ich hiermit für die Havel und die dazu gehörigen Seen vom Trebel-See aufwärts bis zur Hennigsdorfer Brücke die wöchentliche Schonzeit der Fische auf die Zeit vom Sonntag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr.

Potsdam, den 14. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Schlächter-Innung in Teltow

102. Auf Grund des § 100 e. zu Nr. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und der Ausführungs-Anweisung hierzu vom 9. März 1882 Nr. 1. 1a 2 bestimme ich hiedurch für den Bezirk der Schlächter-Innung in Teltow, daß diejenigen Arbeitgeber, welche das Schlächter-Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Oktober 1890 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. Die Innung ist für das Schlächtergewerbe errichtet und der Bezirk derselben erstreckt sich auf die Stadt Teltow, die Amtsbezirke Zehlendorf, Stahnsdorf, Großbeeren und Marienfelde, sowie die Gemeinden Steglitz, Groß-Lichterfelde, Schöneberg, Dt. Wilmersdorf, Friedenau, Schmargendorf, Mariendorf und Tempelhof.

Potsdam, den 13. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verleihung des Verdienst-Ordens für Rettung aus Gefahr.

103. Des Königs Majestät haben dem Schüler der Ritterakademie zu Brandenburg a. S. Nikolaus Frei-

Herrn von Oyker das Verdienst-Engelzeichen für Rettung aus Gefahr zu verleihen geruht.

Potsdam, den 20. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend die Doffnungszeiten der Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder.

104. Nachstehend werden diejenigen Zeiten, während welcher die Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder vom 1. Juni d. J. ab für die ganze Gältigkeitsdauer des neuen Sommersfahrplans in der Regel für die Durchfahrt der Schiffe geöffnet sein werden, zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

A. Für die Drehbrücken bei Potsdam.

- | | |
|----|-------------------------------|
| 1) | Von 3:45 Vorm. bis 4:26 Vorm. |
| 2) | " 4:45 " " 5:23 " |
| 3) | " 10:12 " " 10:38 " |
| 4) | " 10:56 " " 11:24 " |
| 5) | " 11:49 " " 12:07 Nachm. |
| 6) | " 12:26 Nachm. " 12:44 " |
| 7) | " 3:10 " " 3:21 " |
| 8) | " 5:35 " " 5:47 " |
| 9) | " 6:54 " " 7:15 " |

Die Doffnungszeiten zu 5 bis 8 sind vorzugsweise für Dampfer und deren Anhänge bestimmt. Andere Fahrzeuge dürfen nur in Ausnahmefällen und sofern die angegebene Zeit dazu ausreichend ist, durchgelassen werden.

B. Für die Drehbrücke bei Werder.

- | | |
|----|-------------------------------|
| 1) | Von 4:00 Vorm. bis 4:45 Vorm. |
| 2) | " 5:30 " " 6:00 " |
| 3) | " 10:15 " " 10:54 " |
| 4) | " 11:40 " " 12:10 Nachm. |
| 5) | " 3:00 Nachm. " 3:30 " |
| 6) | " 4:00 " " 4:25 " |
| 7) | " 5:25 " " 6:00 " |
| 8) | " 7:00 " " 7:40 " |
| 9) | " 9:00 " " 9:40 " |

Verpätungen fahrplanmäßiger Züge oder Sonderzüge, sowie alle sonstigen Betriebszufälle beschränken die vorbezeichneten Doffnungszeiten.

Potsdam, den 21. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Diebstehen.

105. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einem auf dem Felde der Udermarkischen Zuckersabrik zu Prenzlau, Kreis Prenzlau, gefallenem Ochsen;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Wilhelm Lehmann zu Lindenberg, Kreis Niederbarnim.

Erlöschten in:

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen auf dem Rittergute Gory I. Antheils, Kreis Westhavelland, unter den Rindern des Gutes Düppel, Kreis Teltow, und unter dem Rindviehbestande des

Bauergutsbesizers Wilhelm Boker in Glindow, Kreis Rauh-Strig.

Die an Bläschenauschlag erkrankte Kuh des Handelsmanns Viskholz zu Schönermark, Kreis Prignitz, ist geheilt.

Potsdam, den 20. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Glaszer-Innung zu Berlin.

45. Nachstehende Bestimmung.

Auf Grund des § 100e. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Glaszer-Innung zu Berlin das

- 1) Streuigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der stehenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde und zwar, so lange die Innung dem Innungsausschuss der vereinigten Innungen zu Berlin angehört, von dem engeren Ausschuss desselben (Schlichtergericht für Lehrlingsstreitigkeiten), auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das Glasergewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die gedachte Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört;
- 2) die sämtlichen von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Ziffer 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juli 1888

in Kraft.

Berlin, den 28. April 1888.

Der Königl. Polizei-Präsident.

wird mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, dass durch den heute genehmigten Statutenantrag der Bezirks der Glaszer-Innung zu Berlin auf die nachbenannten Amtsbezirke des Regierungsbezirks Potsdam ausgedehnt worden ist: Reinickendorf, Tegel, Dalldorf (mit Ausschluss von Hermisdorf), Pankow, Hohen-Schönhausen, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Stralau, Treptow, Nixdorf, Tempelhof, Mariendorf, Schöneberg und Steglitz.

Berlin, den 14. Mai 1890.

Der Polizei-Präsident.

Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.

46. Gemäß § 7 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass der Schornsteinfegermeister Herr Richard Kaster, Straußbergerstraße 18, vom 1. Januar 1890 ab als Bezirks-Schornsteinfegermeister angesetzt ist. Berlin, den 25. April 1890.

Königliches Magistrat hiesiger Königl. Polizei-Präsidentium. Haupt- und Residenzstadt.

Polizei-Verordnung.

47. Auf Grund der §§ 37 und 76 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 1. Juli 1883 (Reichsgesetzblatt S. 177), der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 285) und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) wird unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für den Stadtkreis Berlin verordnet, was folgt:

Der Tarif für die Dienstmansschaft in Berlin zur Polizei-Verordnung vom 3. Dezember 1875, betreffend den Betrieb des Dienstmannsgewerbes, wird aufgehoben. An seine Stelle tritt nachstehender

T a r i f**für die Dienstmansschaft in Berlin.**

Die Ermittlung der Entfernungen und Berechnung der Vergütung für die Botengänge erfolgt nach Maßgabe des Preußischen Regiments, auf welchem jeder Farben-Abschnitt eine Entfernung von 160 Metern oder 2 Minuten darstellt. Es ist somit anzulegen eine Entfernung von 1 Farben-Abschnitt oder 160 Metern in 2 Minuten, eine Entfernung von 5 Farben-Abschnitten oder 800 Metern in 10 Minuten u. s. w. Der Farben-Abschnitt, in welchem der Gang begonnen hat und der, in welchem er beendet ist, werden zusammen nur als „einer“ gezählt.

Bei allen Botengängen, welche in der Zeit von 11 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens begonnen werden, ist zu den unter I. festgesetzten Tariffätzen ein einmaliger Zuschlag von 20 Pfennigen in Rechnung zu stellen.

I. Für Botengänge innerhalb der Stadt:

Litt.	Botengänge mit	bis zu 20 Minuten oder 10 Farben-Abschnitten Entfernung	für jede fernere angefangene 10 Minuten oder 5 Farben-Abschnitte Entfernung
a.	mündlichen Aufträgen, Briefen oder Paketen bis zu 5 Kg. Gewicht	30 Pf.	10 Pf.
b.	Paketen von mehr als 5 bis zu 25 Kg. Gewicht	50 Pf.	15 Pf.
c.	Paketen von mehr als 25 bis zu 50 Kg. Gewicht, sofern sie ihrem Umfange nach getragen werden können	70 Pf.	20 Pf.

II. Für Barten auf Bestellung oder auf Rückantwort:

- a. bis zu 5 Minuten frei,
b. von 5 Minuten bis zu 1/4 Stunde . . . 15 Pf.,

- c. für jede fernere angefangene 1/4 Stunde 10 Pf.,
d. wird der zur Empfangnahme eines Auftrages bestellte Dienstmann vor Ablauf von 5 Minuten ohne Auftrag wieder entlassen 15 Pf.

III. Für Beförderung von Gepäcksstücken aus dem Hause nach einem vor dem Hause stehenden Wagen und umgekehrt:

- 1) aus beziehungsweise nach dem Erdgeschosse, Keller und 1sten Stock
a. für Stüde bis zu 25 Kg. 10 Pf.,
b. von 25 bis zu 50 Kg. 20 Pf.,
2) aus beziehungsweise nach höheren Stöcken
a. für Stüde bis zu 25 Kg. 15 Pf.,
b. von 25 bis zu 50 Kg. 30 Pf.

IV. Für Arbeit nach der Zeit:

- a. für 1/4 Stunde 40 Pf.,
b. für jede angefangene folgende 1/4 Stunde 20 Pf.,
c. für einen halben Tag, gleich 5 Stunden 3 M. — Pf.,
d. für einen ganzen Tag, gleich 10 Stunden 5 M. — Pf.

Wenn der Dienstmann Transportmittel und Geräthe zu stellen hat, so beträgt der Zuschlag zu den vorstehend festgesetzten Arbeitslöhnen:

- a. für 1/2 Stunde 20 Pf.,
b. für jede angefangene folgende 1/2 Stunde 10 Pf.

V. Die Uebernahme und Bezahlung aller nicht ausgeführten Dienstleistungen unterliegt der freien Vereinbarung.

Vor Ausführung einer solchen Dienstleistung muß der Dienstmann jedoch den Auftraggeber auf diese Bestimmung wohnöglich unter Angabe des zu fordernden Lohnes ausdrücklich aufmerksam machen.

Bei Streitigkeiten über den zu zahlenden Preis entscheidet das königliche Polizei-Präsidium, doch bleibt den Beteiligten hierbei die Beförderung des Rechtsweges vorbehalten.

Berlin, den 12. Mai 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Danzig.

43. In Danzig wird am 15. Mai eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, den 12. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Riga.

44. In Riga wird am 17. Mai eine mit der Ortspostanstalt verbundene Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, den 14. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Konvikts der Provinz Brandenburg.

Generalkonvikts-Inspektion.

B. In der Zeit vom 10. bis 18. Juni d. J. findet in der Diözese Stresburg Wm. unter der Leitung

des Herrn Generalinspektors D. Roegel eine Generalkonvikts-Inspektion statt, über deren Plan die Geistlichen und Gemeindeführer der Diözese Auskunft erteilen können.

Berlin, den 12. Mai 1890.

Königliches Konvikts der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

A. In Gemäßheit des § 5 des in Kraft gebliebenen Reglements vom 25. Februar 1876 — Amtsblatt Städt 10 (Potsdam Seite 91, Frankfurt Seite 65) — betreffend die Vorschriften zur Ausführung des § 58 des Reichs-Viehsteuergesetzes vom 23. Juni 1880 — R.-G.-Bl. Seite 153 — und der §§ 15 und 16 des Gesetzes vom 12. März 1881 — G.-G. S. 128 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß die am 1. November v. J. stattgefundene Zählung der abgabepflichtigen Pferde und Rinder der Provinz 249356 bzw. 688032 Stück ergeben hat; letztere beträgt vervielfältigt 1154578.

Die im Jahre 1889 gezahlte Entschädigung beträgt insgesamt
wovon auf Pferde
und auf Rinder
entfallen.

Hingzu treten als Verwaltungskosten 3 % mit

Dagegen kommen von diesen
in Abzug die aus dem Jahre 1888 zu berücksichtigenden 5871,71 M.,
welche durch Abgänge anderweit festgestellt sind auf

so daß verbleiben
welchen die den Ortsbehörden u. bewilligten 3 % Hebegebühren
hinzutreten mit

so daß zusammen
aufzubringen sind

Zur Deckung dieser Summe sollen für das Pferd 6 Pf. oder
und für das Rind 1 Pf., nach der in Gemäßheit der Nummer 3

des Nachtrags zum Reglement vom 10. März 1885 zur Ausführung
der Vorschriften in § 60 des Viehsteuergesetzes vom
25. Juni 1875 — Amtsblatt Potsdam Städt 22 Seite 217,
Frankfurt Städt 21 Seite 149/150 — vervielfältigten Stück-
zahl, oder

zusammen also
erhoben werden, was gegen die obige Bedarfssumme einen
Mehrbetrag von

ergibt, welcher bei dem Aufschreiben für 1890 Berücksichtigung
finden wird.

Berlin, den 12. Mai 1890.

Nr 1339 C.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Den Eisenbahn-Güterpunkt Baumtschulenweg betreffend.

21. Am 20. Mai d. J. wird der an der Eisen-
bahnstraße Berlin-Goerlig in Kilometerstation 5,15 be-
legene Güterpunkt Baumtschulenweg für den Personen-
verkehr eröffnet. Die auf dem genannten Güterpunkte
anhaltenden Züge ergeben sich aus dem gegenwärtig
gültigen Fahrplan des Direktionsbezirks Berlin.

Berlin, im Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Beförderung der Wollsendungen nach dem Berliner Wollmarkt.

22. Für den diesjährigen, in der Zeit vom 19. bis
21. Juni auf dem hiesigen Lagerhofe der Berliner
Lagerhof-Aktien-Gesellschaft abzuhaltenden Wollmarkt
wird die Beförderung der Wollsendungen von den
hiesigen Bahnhöfen nach dem Lagerhofe und in um-
gekehrter Richtung mittelst der Berliner Ringbahn und
des Seletts-Anschlusses der Lagerhof-Aktien-Gesellschaft
unter folgenden Bedingungen bewirkt werden: 1) die
auf den hier mündenden Eisenbahnen eingehenden Woll-
sendungen werden über die Ringbahn nach dem Lager-

M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
12857	50	14427	84	27285	34
385	72	432	84	818	56
13243	22	14860	68	28.03	90
883	18	4786	94	5670	12
12360	04	10073	74	22433	78
370	80	302	21	673	01
12730	84	10375	95	23106	79
14961	36				
		11545	78	26507	14
2230	52	1169	83	3400	85
3400,35 M.					

- c. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstenthum Lauenburg;
 - d. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Hannover und die Fürstenthümer Pyrmont, Schaumburg-Lippe und Lippe;
 - e. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für den weiteren Kommunalverband der Provinz Hessen-Nassau und das Fürstenthum Waldeck;
 - f. eine gemeinsame Versicherungsanstalt für die weiteren Kommunalverbände der Rheinprovinz und der Hohenzollernschen Lande, sowie das Fürstenthum Bielefeld.
- Der Sitz der sieben zuerst aufgeführten Versicherungsanstalten ist die betreffende Provinzialhauptstadt. Der Sitz der Versicherungsanstalt für den Stadtkreis Berlin ist die Stadt Berlin. Die Bestimmung über den Sitz der fünf zuletzt aufgeführten Versicherungsanstalten bleibt vorbehalten.

Berlin, den 17. März 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
v. Maybach.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.

Dr. Frh. Lucius v. Dallhausen.

Der Minister des Innern.
Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Frh. v. Berlepsch.

B. 956 M. f. S. I. A 2209 M. d. J. III. 4442
IV. 2614 M. d. S. A. I 3866 II. 1414 III.
2936 M. f. S.

Bekanntmachung

über die Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889.

Vom 28. April 1890.

11. Zur Ausführung der §§ 48 und 138 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird im Einvernehmen mit den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1890 folgendes bestimmt.

Für diejenigen Versicherten, welche einer der in § 48 Abs. 2 a. a. D. aufgeführten Rassen und Vereinigungen nicht angehören, wird die Betheiligung an der Wahl der Ausschußmitglieder den Vertretungen der weiteren Kommunalverbände, also gemäß A. 2 der Bekanntmachung vom 17. März d. J. den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen, in den Hohenzollernschen Landen den Amtsausschüssen, übertragen.

Der Minister des Innern.
Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Frh. v. Berlepsch.

B. 2314 M. f. S. Id. 4280 M. d. J.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten. Polizei-Verordnung.

betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

100. Auf Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 7. Februar 1837 (G.-S. S. 19), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 fgd.) wird unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses hiedurch folgendes verordnet:

Die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 3. April 1866 (Amtsblatt Seite 127), betr. das Verbot des Ausstellens von Waaren an den Ladenthüren und Schaufenstern während der Stunden des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen, erhält zugleich folgende Bestimmung:

§ 3.

Welche Stunden als Zeit des Gottesdienstes anzusehen sind, ist von der Ortspolizei-Behörde im Einverständnis mit der Gemeindebehörde ortsüblich bekannt zu machen.

Potsdam, den 16. Mai 1890

Der Regierungs-Präsident. Graf Hue de Grais.

Die wöchentliche Schonzeit der Fische.

101. Gemäß der durch § 7 Nr. 1 der Verordnung betr. die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Brandenburg und in dem Stadtkreise Berlin, vom 8. August 1887, dem Regierungs-Präsidenten erteilten Ermächtigung verlege ich hiermit für die Havel und die dazu gehörigen Seen vom Trebel-See aufwärts bis zur Hennigsdorfer Brücke die wöchentliche Schonzeit der Fische auf die Zeit vom Sonntag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr.

Potsdam, den 14. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Schlächter-Innung in Teltow

102. Auf Grund des § 100 e. zu Nr. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und der Ausführungs-Anweisung hierzu vom 9. März 1882 Nr. 1. 1a 2 bestimme ich hiedurch für den Bezirk der Schlächter-Innung in Teltow, daß diejenigen Arbeitgeber, welche das Schlächter-Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Oktober 1890 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. Die Innung ist für das Schlächtergewerbe errichtet und der Bezirk derselben erstreckt sich auf die Stadt Teltow, die Amtsbezirke Zehlendorf, Stahnsdorf, Großbeeren und Marienfelde, sowie die Gemeinden Steglitz, Groß-Lichterfelde, Schöneberg, Dt. Wilmersdorf, Friedenau, Schmargendorf, Mariendorf und Tempelhof.

Potsdam, den 13. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verleihung des Verdienst-Ehrenzeichens für Rettung aus Gefahr.

103. Des Königs Majestät haben dem Schüler der Ritterakademie zu Brandenburg a. d. Havel aus Fre-

Herrn von Lyncker das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr zu verleihen geruht.

Potsdam, den 20. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend die Offnungszeiten der Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder.

104. Nachstehend werden diejenigen Zeiten, während welcher die Drehbrücken der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Potsdam und Werder vom 1. Juni d. J. ab für die ganze Galtigkeitsdauer des neuen Sommerfahrplans in der Regel für die Durchfahrt der Schiffe geöffnet sein werden, zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

A. Für die Drehbrücken bei Potsdam.

- | | |
|----|-------------------------------|
| 1) | Von 3:45 Vorm. bis 4:26 Vorm. |
| 2) | " 4:45 " " 5:23 " |
| 3) | " 10:12 " " 10:38 " |
| 4) | " 10:56 " " 11:24 " |
| 5) | " 11:49 " " 12:07 Nachm. |
| 6) | " 12:26 Nachm. " 12:44 " |
| 7) | " 3:10 " " 3:21 " |
| 8) | " 5:35 " " 5:47 " |
| 9) | " 6:54 " " 7:15 " |

Die Offnungszeiten zu 5 bis 8 sind vorzugsweise für Dampfer und deren Anhänge bestimmt. Andere Fahrzeuge dürfen nur in Ausnahmefällen und sofern die angegebene Zeit dazu ausreichend ist, durchgelassen werden.

B. Für die Drehbrücke bei Werder.

- | | |
|----|-------------------------------|
| 1) | Von 4:00 Vorm. bis 4:45 Vorm. |
| 2) | " 5:30 " " 6:00 " |
| 3) | " 10:15 " " 10:54 " |
| 4) | " 11:40 " " 12:10 Nachm. |
| 5) | " 3:00 Nachm. " 3:30 " |
| 6) | " 4:00 " " 4:25 " |
| 7) | " 5:25 " " 6:00 " |
| 8) | " 7:00 " " 7:40 " |
| 9) | " 9:00 " " 9:40 " |

Verpätungen fahrplanmäßiger Züge oder Sonderzüge, sowie alle sonstigen Betriebszufälle beschränken die vorbezeichneten Offnungszeiten.

Potsdam, den 21. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefenchens.

105. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einem auf dem Felde der Udermärkischen Zuckersabrik zu Prenzlau, Kreis Prenzlau, gefallenem Hsen;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Wilhelm Schmann zu Lindenberg, Kreis Niederbarnim.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen auf dem Rittergute Gory I. Antheils, Kreis Westhavelland, unter den Rindern des Gutes Däppel, Kreis Teltow, und unter dem Rindviehbestande des

Bauergutsbesizers Wilhelm Bolter in Glindow, Kreis Zouch-Bezig.

Die an Bläschenauschlag erkrankte Kuh des Handelsmanns Virchow zu Schönermark, Kreis Däprignitz, ist geheilt.

Potsdam, den 20. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Glasler-Innung zu Berlin.

45. Nachstehende Bestimmung

Auf Grund des § 100a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Glasler-Innung zu Berlin das

- 1) Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde und zwar, so lange die Innung dem Innungsausschuß der vereinigten Innungen zu Berlin angehört, von dem engeren Ausschuß desselben (Schiedsgericht für Lehrlingsstreitigkeiten), auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das Glasergewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die gedachte Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört;
- 2) die sämtlichen von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Ziffer 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juli 1888 in Kraft.

Berlin, den 28. April 1888.

Der Königliche Polizei-Präsident.

wird mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß durch den heute genehmigten Statutenantrag der **Bezirk der Glasler-Innung zu Berlin** auf die nachbenannten Amtsbezirke des Regierungsbezirks Potsdam ausgedehnt worden ist: Reinickendorf, Tegel, Dalldorf (mit Auschluss von Hermendorf), Pantow, Hohen-Schönhausen, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Stralau, Treptow, Nixdorf, Tempelhof, Mariendorf, Schöneberg und Steglitz.

Berlin, den 14. Mai 1890.

Der Polizei-Präsident.

Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.

46. Gemäß § 7 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Schornsteinfegermeister Herr Richard Kaster, Straußbergerstraße 18, vom 1. Januar 1890 ab als Bezirks-Schornsteinfegermeister angestellt ist. Berlin, den 25. April 1890.

Königliches Magistrat hiesiger Königlichen Polizei-Präsidium. Haupt- und Residenzstadt.

werden, daß über die zum Ausgebot kommenden Häuser in den, den Terminen vorhergehenden Tagen auf hiesiger Oberförsterei Auskunft gegeben wird.

Rehborn, den 19. Mai 1890.

Der Königl. Oberförster.

Bekanntmachung.

129. Am Donnerstag, den 28. Mai 1890, Mitttags 10 Uhr, sollen auf dem Postpalasthof Oranienburgerstr. 35/36 hierselbst 33 im Postfuhrdienst nicht mehr verwendbare Pferde, sowie 5 Fohlen öffentlich meistbietend versteigert werden.

Berlin N., 10 Mai 1890.

Kaiserliches Postamt.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Gefunden.

130. Ein kleines Boot mit zwei Rikmen (Kudern) und ein schwarzer Flibut sind am 7. Mai d. J. auf dem Großen Müggel-See gefunden. Das Boot hat einen eisernen Anstrich und befindet sich am Steuerende der Name „Paul“. Das Boot befindet sich in Mahndorf. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, seine Ansprüche binnen drei Monaten bei dem Unterzeichneten geltend zu machen.

Oberförsterei Coepenick, den 10. Mai 1890.

Der Amtsvorsteher Krieger.

Belmont & Stettin.

140. Der diesjährige Wollmarkt findet am

16. und 17. Juni

auf dem Central-Güterbahnhofe hiersebst statt. In Lagerung der Wolle daselbst sind die Schuppen 3, 10 und die Hälfte des Schuppens 11 sowie die Kamm zwischen Schuppen 10 u. d. 11 seitens des Königl. Eisenbahn-Betriebsamts Berlin-Stettin gegen eine Lagergebühr von 25 Pfennigen pro Tag und für 100 kg zur Verfügung gestellt.

Um die Lagerräume zweckmäßig vertheilen und anzuweisen zu können, ist eine vorherige Anmeldung der zu Markte kommenden Warenmengen durch die einzelnen Interessenten bei der Güterverwaltung auf dem Central-Güterbahnhofe hieselbst dringend erforderlich.

Die Sendungen dürfen nicht an die genannte Dienststelle; sondern müssen an den Eigenthümer der Balle oder an eine Mittelsperson adressirt werden. Die Anfuhr der Sendungen hat innerhalb der öffentlichen Geschäftsstunden von Morgens 7 Uhr bis Abends 7 Uhr stattzufinden, jedoch wird am Tage vor dem Bollmarkt, sowie an den Bollmarkttagen selbst von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends der *Dauhof* bezw. die Böden zur Anfuhr geöffnet sein. Die auf der Rampe einzulagernden Sendungen sind seitens der Auslieferer zu bedecken.

Stettin, den 16. Mai 1890.

Königliche Polizei-Direktion.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königl. Regierung in Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 24. Mai 1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Reichstags-Erfolgswahl im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks Potsdam.

106. Nachdem durch die Niederlegung des Mandats Seitens des Reichstags-Abgeordneten Landraths Dr. von Bethmann-Hollweg zu Freienwalde als Mitglied des Reichstags für den fünften diesseitigen Wahlkreis (Kreis Oberbarnim) eine Erfolgswahl nach Maßgabe des 3. Abzuges im § 34 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 nöthig geworden ist, habe ich zur Vornahme dieser Erfolgswahl einen Termin auf

Dienstag, den 3. Juni d. J.

anberaumt und Herrn Rittergutsbesitzer Freiherrn von Edarstein auf Prözel zum Wahlkommissar ernannt, was ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss bringe.

Potsdam, den 23. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Graaf.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Ministerium des Innern.



Stempelmark.

Dem eingestellten, in Folge der Beschlüsse der General-Versammlung vom 16. Mai 1889 aufgestellten, Seitens des Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Ministeriums des Innern unter dem 17. Januar d. Js. genehmigten

Anhang II

zu den neuen Statuten des

„Janus“

Wechselseitige Lebensversicherungs-Anstalt in Wien

wird die unter Nr. 1 der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 21. September 1887 vorbehaltene Genehmigung hierdurch erteilt.

Berlin, den 19. März 1890.

(L. S.)

Der Königlich Preussische Minister des Innern.

Im Auftrage.

ca. Lobemann.

Genehmigungs-Urkunde.

L. A. 2685.

Anhang II

zu den Neuen Statuten des

„Janus“

Wechselseitige Lebensversicherungs-Anstalt in Wien,

womit einzelne Bestimmungen der §§. 12, 16, 60 und 63 abgeändert werden:

§ 12 Reservefond.

Die nachstehende Bestimmung des 3. Absatzes:

„Aus dem Reservefond kann ferner bei einem Bonus-Rückgange, der voraussichtlich kein andauernder ist, die Ergänzung des Bonus auf die Höhe seines zehnjährigen Durchschnittes in dem Falle erfolgen (§ 16), als dadurch der Anteil der betreffenden Abtheilung an dem Reservefond nicht unter die Hälfte des Standes dieser Abtheilung zur Zeit der Genehmigung dieser Statuten herabsinkt“
tritt außer Kraft.

§ 16.

Auftheilung der Betriebs-Netto-Überschüsse und Betriebs-Abgänge. Bonus-Ausfolgung.

Im ersten Theile dieses Paragraphen mit der Aufschrift:

„A. Auftheilung“

tritt die Bestimmung des 4. Absatzes:

„In Fällen, in welchen die Brutto-Rücksätze zeitweilig unter denjenigen Percentual-Betrag sinken, welcher an die Mitglieder im Durchschnitte der letzten zehn Jahre ausgefolgt worden ist, kann eine Ergänzung derselben auf die Höhe des zehnjährigen Durchschnittes der Hinausfolgung durch Entnahme aus dem Reservefond bis zu der im §. 12 festgesetzten Grenze stattfinden“
außer Kraft.

Der mit der Aufschrift:

„B. Bonus-Ausfolgung“.

versehene zweite Theil dieses Paragraphen hat nunmehr wie folgt zu lauten:

Der solcherart geformte, reine Rücksatz, Bonus genannt, wird in nachstehender Weise ausgefolgt, beziehungsweise gutgerechnet:

1. Bei Versicherungen gegen Entrichtung von Jahresbeiträgen: a) der I. Abtheilung, welche bis 31. December 1888 abgeschlossen waren, und b) der II. Abtheilung, welche bis 31. December 1889 abgeschlossen werden, gelangt der fällige Bonus in der Art zur Ausfolgung, daß die zunächst zu entrichtenden Jahresbeiträge um den jeweiligen Bonus gekürzt werden; bei sämtlichen Versicherungen der III. Abtheilung aber wird der Bonus durch Zuschlag des jeweiligen Bonus-Betrages zu den von der Anstalt hinauszuhaltenden Jahresrenten ausgefolgt. (Bonus-Liquidations-Robus A.)

2. Bei den seit 1. Jänner 1889 abgeschlossenen Versicherungen der I. Abtheilung, gleichviel ob gegen Entrichtung einer einmaligen Prämie, oder von Jahresbeiträgen, oder erst im Verlaufe der Versicherungsbauer beitragsfrei geworden, wird der fällige Bonus jeweilig als einmalige Prämien-Entrichtung zur Begründung einer Nachtragsversicherung verwendet, und werden die damit begründeten Nachtragsversicherungen gleichzeitig mit der Hauptversicherung ausbezahlt, beziehungsweise in die III. Abtheilung überführt. (Bonus-Liquidations-Robus B.)

Dieser Liquidations-Robus findet auch auf diejenigen älteren Mitglieder der I. Abtheilung Anwendung, welche seiner Zeit von dem ihnen innerhalb der drei Jahre vom 1. Jänner 1886 bis 31. December 1888 laut des § 16 B, Absatz 3 der Statuten vom 1. October 1885 offen gestandenen Wahlrechte Gebrauch gemacht haben.

Ueber die durch den fälligen Bonus begründeten Nachtrags-Versicherungen ist den Mitgliedern zeitweilig eine Bescheinigung auszuhandigen.

3. Bei den bis 31. December 1888 abgeschlossenen Versicherungen der I., und den bis 31. December 1889 abzuschließenden Versicherungen der II. Abtheilung, bei welchen eine einmalige Prämie entrichtet wurde, oder welche nachträglich durch Reduction des Versicherungscapitales oder durch Ablauf des für die Entrichtung der Jahresbeiträge bedungenen Termines beitragsfrei geworden sind, endlich bei allen vom 1. Jänner 1890 angefangen neu abgeschlossenen Versicherungen der II. Abtheilung wird der fällige Bonus angesammelt, zu dem jeweiligen rechnungsmäßigen Zinsfuße der Anstalt fructificirt und der angesammelte Bonus bei Eintritt des Versicherungsfalles gleichzeitig mit dem versicherten Capitale liquidirt und ausbezahlt, eventuell in die III. Abtheilung überführt, bei den bis 31. December 1888 abgeschlossenen und beitragsfrei gewordenen Versicherungen der I. Abtheilung und bei den temporären Versicherungen der II. Abtheilung, wenn der Versicherungsfall nicht eintritt, aber eine im Sinne des §. 69 binnen drei Jahren nach Ablauf der Versicherungsdauer einzubringenden Anmeldung an den Bezugsberechtigten ausgefolgt; wenn im letzteren Falle der angesammelte Bonus nicht rechtzeitig reclamirt wird, verfällt derselbe zu Gunsten des Sicherheitsfondes der I., beziehungsweise der II. Abtheilung. (Bonus-Liquidations-Modus C.)

(Für diejenigen Mitglieder, welche bei dem Inkrafttreten der Statuten vom 1. October 1885 bezüglich ihrer beitragsfreien oder noch nicht auszahlbaren Versicherungen gemäß des §. 19 der Statuten vom 6. November 1878 bereits im Bezugsrechte unverzinslicher Zuschläge zu den Renten-Versicherungs-Capitalien ge-

standen haben, hat die Verzinslichkeit dieser Zuschläge mit dem innerhalb des Jahres 1886 eingetretenen Beginn der künftigen Versicherungsjahrgänge anzufangen.)

§ 60. Reduction des Versicherungsbetrages.

Dieser Paragraph erhält den Zusatz:

Bei den seit 1. Jänner 1889 abgeschlossenen Versicherungen der I. Abtheilung, und den vom 1. Jänner 1890 angefangen neu abzuschließenden Versicherungen der II. Abtheilung tritt für den Fall der nicht binnen längstens dreißig Tagen nach Fälligkeit erfolgten Prämien-Entrichtung, respective für den Fall der nicht rechtzeitigen Entrichtung der Polizen-Vorschuß-Zinsen (§. 59, Abs. 4) nicht der Verfall der Versicherung, sondern die Reduction des Versicherungsbetrages ohne Zuthun des Versicherungsnehmers nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen ein; es muß aber die Polize vor Ablauf des für die Entrichtung der Jahresbeiträge ursprünglich vereinbarten Zeitraumes (bei Versicherungen der II. Abtheilung jedenfalls aber noch zu Lebzeiten der Versicherten) zur Auszeichnung der erfolgten Reduction der Anstalt vorgelegt werden, widrigens die inzwischen in den Büchern der Anstalt im reducirten Maßstabe als aufrecht bestehend, fortgeführte Versicherung nachträglich als erloschen anzusehen ist. (§. 63 d.)

§ 63. Erlöschen des Versicherungsbetrages.

Dieser Paragraph erhält den Zusatz:

Die Bestimmungen der litera c) finden künftig nur mit der durch den neuen Zusatz ad §. 60 normirten Einschränkung sinngemäße Anwendung.

209.

Vorstehender Anhang II zu den unterm 1. October 1885 Gl. 14973 bestätigten Statuten wird genehmigt.

Wien, am 17. Jänner 1890.

(L. S.)

Laaffe m. p.

zu 400 R. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 Mark handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. Mai 1890.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Verzeichniß der Eisenbahn-Stationen mit gleichlautender oder ähnlicher Namensbezeichnung.

25. Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß ein vom Vereine Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen seiner Zeit zum ausschließlichen Dienst-

gebrauch der Eisenbahndienststellen herausgegebenes „Verzeichniß der Eisenbahn-Stationen mit gleichlautender oder ähnlicher Namensbezeichnung“ von jetzt ab Seitens der preussischen Staatseisenbahnen auf Verlangen auch an das Publikum käuflich zum Selbstkostenpreise von 0,50 R. für ein Exemplar (nebst dazu bis jetzt erschienenen Nachtrag I.) abgegeben wird. Bestellungen auf das Verzeichniß sind bei den Güter-Abfertigungsstellen sämtlicher preussischer Staatseisenbahn-Direktionen, sowie deren Verkehrs- und Auskurts-Bureaus anzubringen.

Berlin, den 16. Mai 1890

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

32. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinföndung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

N.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	nach Schluß der Ausstellung.
				für	auf den Strecken der			
1	Internationale Ausstellung für Kriegskunst und Armeebedarf, verbunden mit einer Patent-Ausstellung.	Köln,	13. Mai bis 1. Oktober,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Preussischen Staatsbahnen,	Ausstellungs-Commission,	4 Wochen	
2	Allgemeine Ausstellung für Landwirtschaft,	Köln,	13. Mai bis 1. Oktober,	Thiere u. Gegenstände,	desgl.,	desgl.	4 Wochen	
3	Allgemeine Deutsche Pferde-Ausstellung,	Berlin,	12. bis 22. Juni,	desgl.,	desgl. *)	desgl.	4 Wochen	

*) Die gleiche Frachtbegünstigung wird von den Königlich Bayerischen und Sächsischen Staatseisenbahnen, den Großherzoglich Badischen und Oldenburgischen Staatseisenbahnen, der Oberösterreichischen, Mecklenburgischen Friedrich-Franz-, Eutin-Lübeck-, Lübeck-Eugener, Main-Adlar-, Weimar-Geraer, Weimar-Rastenberg, Saal- und Werra-Eisenbahn, der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn, der Hessischen Ludwigsbahn, der Pfälzischen Eisenbahn und dem Deutsch-Norddeutschen Lloyd gewährt.

Ferner bringen wir mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 31. März d. J. zur Kenntniß, daß die Bezirkskammer in Angerburg auf den 19. Mai d. J., in Dirschau auf den 22. Mai d. J. und in Insterburg auf den 23. Mai d. J. verlegt worden ist.

Bromberg, den 10. Mai 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden..

Bekanntmachung.

Zur Entschreibung über die in Folge des von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unter dem 1. Oktober 1889 erlassenen Preisausschreibens eingegangenen Entwürfe und Modelle für ein am meisten geeignetes Segel- oder Lastschiff zum Befahren der Oder, des

Ober-Spree-Kanals und der Spree innerhalb der Stadt Berlin, sind zu Preisrichtern ernannt: Geheimrath Dr. zu Berlin, Regierungsrath Berner zu Berlin, Regierungsrath Dierhoff zu Potsdam, Wasserbauinspektor Hamel zu Breslau, Schiffbaumeister Stuger zu Havelberg, Fabrikbesitzer und Schiffbauingenieur Hofmann zu Breslau, Schiffsehrer Rothendächer zu Berlin,

Öffentlicher Anzeiger (N^o 3)

zum 22ten Stck des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 30. Mai 1890.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

119. Nachstehende Personen: 1) Der Schriftfeger **Max Theodor Paul Krause**, geboren am 28. Juli 1865 zu Berlin, letzter Aufenthaltsort Jülichow, 2) der Commis **Georg Adelf Eugen Rothe**, geboren am 2. April 1867 zu Berlin, letzter Aufenthaltsort Stettin, 3) der Julius Heinrich Hermann **Karow**, geboren am 31. August 1868 zu Berlin, letzter Aufenthaltsort Stettin, 4) der Arthur Max Oskar **Dziembowsky**, geboren am 16. Oktober 1867 zu Berlin, letzter Aufenthaltsort Stettin, werden beschuldigt: im Inlande in nicht rechtsverfährter Zeit als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verlassen zu haben oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufzuhalten, Vergehen gegen §. 140¹ Str.-G.-B. Dieselben werden auf den **18. September 1890 Vormittags 9 Uhr**, vor die III. Strafkammer des Königl. Landgerichts hierelbst zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach §. 472 der Strafproceßordnung von den Civilvorstehenden der Ersatzkommissionen zu Berlin I.B. und I.A. über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgesprochenen Erklärungen verurtheilt werden. M. II. 70/90, Stettin, den 3. Mai 1890.

Der Erste Staatsanwalt.

A u f g e b o t.

120. Die unbekannten Erben des am 16. September 1880 verstorbenen, hier Hustenstraße 79 wohnhaft gewesenen Milchwärendlers **Ludwig Carl Steffen** werden auf Antrag des Nachlasspflegers Rechtsanwalt **Graßbower**, Heiligegeiststraße 21, aufgefordert, spätestens in dem auf den **8. Mai 1891, Mittags 12 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte, Neue Friedrichstraße Nr. 13, Hof, Flügel B., parterre, Saal 32, anberaumten Aufgebotsstermine sich zu melden, widrigenfalls der Nachlaß dem sich legitimirenden Erben zur freien Disposition verabsolgt werden wird, und der nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldende nähere oder gleich nahe Erbe alle Handlungen und Dispositionen jenes Erben anzuerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihm weder Rechnungslegung nach Erlass der gehobenen Zugungen zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von der Erbschaft vorhanden sein wird, zu begnügen verbunden sein soll.

Berlin, den 16. Mai 1890.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 49.

Aufgebot von Nachlassgläubigern und Vermächtnisnehmern.

121. Der Kaufmann **Eduard Constein** zu Berlin als Pfleger hat das Aufgebot der Nachlassgläubiger und Vermächtnisnehmer des hier Georgenkieholz Nr. 11 wohnhaft gewesenen, am 20. Februar 1889 verstorbenen Kaufmanns **Emil Hermann Brühl** beantragt. Sammtliche Nachlassgläubiger und Vermächtnisnehmer des Verstorbenen werden demnach aufgefordert, spätestens in dem auf den **18. September 1890 Vormittags 11 Uhr**, an Gerichtsstelle, Neue Friedrichstr. 13, Hof, Flügel B. parterre, Saal 32, anberaumten Aufgebotsstermine ihre Ansprüche anzumelden, widrigenfalls sie dieselben gegen die Beneficialerben nur noch in so weit geltend machen können, als der Nachlaß, mit Ausschluß aller seit dem Tode des Erblassers aufgetretenen Zugungen, durch Befriedigung der angemeldeten Gläubiger nicht erschöpft wird. Das Nachlassverzeichnis kann in der Gerichtsschreiberei, Zimmer 24, von 11 bis 1 Uhr Nachmittags eingesehen werden.

Berlin, den 14. Mai 1890.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 48.

A u f g e b o t.

122. Des Wäulenmaister **Hermann Schölze** und seine Ehefrau, Bertha geb. Junker, zu Papitz, haben das Aufgebot des Hypothekenscheines vom 17. November 1857 über die im Grundbuch von Papitz Band II. Blatt 585 N^o 21 Abtheilung III. N^o 2 für die Anna Christiane **Brumm** zu Papitz eingetragenen 64 Thaler Manneserbe, bestehend aus der Verhandlung vom 20. Februar 1846, einem Hypothekensbuchauszug vom 17. November 1857 und einem Umschreibungsvermerk vom 18. November 1857 beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **20. September 1890 Vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Baruth, den 20. Mai 1890.

Königliches Amtsgericht.

Konkursverfahren.

123. Ueber das Vermögen der Kaufmann **Therese Röhl** zu Perleberg wird, da dieselbe ihre Zahlungsunfähigkeit und ihre Zahlungseinstellung dargezogen hat, letztere ist gerichtsnotorisch, auf ihren Antrag heute am **28. Mai 1890 Mittags 12,40 Uhr**, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann **Louis Graßhoff** wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum **1. Juli 1890** bei

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tplr.) 53 Stück
und zwar die Nummern:

587 604 625 727 764 1167 1341 1488 1843
2071 2080 2506 2557 2673 2916 3319 3347 3610
3641 3698 3798 3904 4032 4071 4117 4447 4489
4873 4888 4938 4955 4991 5014 5106 5123 5179
5365 5516 5583 5685 5738 5820 5833 6127 6308
6336 6438 6462 6608 6763 6766 6779 6806

Litt. C. zu 300 M. (100 Tplr.) 205 Stück
und zwar die Nummern:

194 245 383 604 833 909 926 1091 1304
1493 1659 1970 2060 2199 2311 2323 2517 2607
2766 3074 3259 3376 3652 3674 3676 3762 3952
4036 4289 4497 4509 4621 4850 5008 5069 5254
5389 5562 5624 5639 5673 5751 5793 5918 6163
6165 6168 6361 6719 7506 7565 7945 8057 8193
8317 8371 8385 8446 8455 8456 8529 8747 8819
8940 9017 9210 9235 9374 9809 9903 9908 9930
10043 10159 10359 10763 10923 11011 11014
11160 11181 11407 11589 11686 11709 11723
11786 12268 12329 12450 12495 12529 12683
13106 13138 13323 13336 13757 13766 13769
13826 13847 13941 13982 13991 14035 14128
14653 15074 15110 15436 15528 15654 16038
16158 16169 16183 16262 16285 16359 16868
16919 16997 17044 17076 17085 17134 17296
17378 17461 17982 18012 18025 18147 18173
18175 18205 18214 18812 18837 18868 18975
18963 19100 19255 19266 19272 19408 19412
19495 19668 19698 19742 19824 19865 19916
20038 20072 20121 20321 20359 20363 20453
20565 20591 20635 20642 21011 21040 21118
21184 21547 21804 21954 22067 22203 22224
22386 22505 22610 22622 22645 23048 23145
23177 23395 23444 23488 23512 23701 23756
23765 23778 23804 23894 23955 24012 24054
24089 24203 24210 24271 24382 24620 24624.

Litt. D. zu 75 M. (25 Tplr.) 170 Stück
und zwar die Nummern:

42 92 117 451 479 618 813 869 948 1085
1122 1134 1567 1966 2153 2687 2920 2924 3213
3254 3478 3886 4205 4412 4422 4505 4622 4622
4833 4960 4979 5033 5245 5415 5435 5475 5637
6002 6027 6088 6090 6125 6260 6369 6503 6558
6580 6785 6801 6847 6935 7053 7062 7354 7515
7546 7564 7659 7911 8074 8108 8408 8691 8742
8784 8851 9018 9024 9164 9414 9877 9901 10075
10138 10270 10370 10432 10449 10637 10961
10975 11021 11077 11273 11381 11421 11435
11599 11823 11904 11921 12000 12011 12040
12060 12079 12231 12383 12407 12486 12541
12581 12879 13090 13212 13272 13405 13502
13650 13672 13792 13925 14070 14174 14367
14398 14433 14576 14595 14602 14904 14911
14950 15162 15215 15354 15411 15423 15521
15655 15673 15764 16144 16393 16413 16417
16464 16871 16992 17062 17131 17249 17507
17559 17664 17782 17848 17891 18084 18203

18308 18440 18477 18502 18517 18625 19194
19218 19579 19914 20078 20133 20169 20176
20247 20256 20261 20329 20409 20462.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. October d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. October d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf. Von den früher verloofenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Eirlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloffen sind.

Vom 1. October 1882 Litt. C. Nr. 2124.

Vom 1. April 1883 Litt. C. Nr. 185.

Vom 1. October 1883 Litt. A. Nr. 5689.
Litt. C. Nr. 8068. Litt. D. Nr. 25 1038 6743.

Vom 1. April 1884 Litt. C. Nr. 6431 19129.
Litt. D. Nr. 2504.

Vom 1. October 1884 Litt. B. Nr. 3754.
Litt. C. Nr. 1229 2410 13626. Litt. D. Nr. 3276
5183 6741 8623 8638.

Vom 1. April 1885 Litt. A. Nr. 6437. Litt. C.
Nr. 5166 5876 6196. Litt. D. Nr. 12065 13382.

Vom 1. October 1885 Litt. A. Nr. 557.
Litt. C. Nr. 541 10171 19186. Litt. D. Nr. 4416
9719 18119

Vom 1. April 1886 Litt. B. Nr. 1500.
Litt. C. Nr. 4610. Litt. D. Nr. 3082 7404 8261
17269.

Vom 1. October 1886 Litt. A. Nr. 3075.
Litt. B. Nr. 1495. Litt. C. Nr. 5617 10469.
Litt. D. Nr. 1983 9137 9203 14276.

Vom 1. April 1887 Litt. A. Nr. 4377.
Litt. C. Nr. 3663 5578 22732 22783. Litt. D.
Nr. 1722 3973 4988 7645 8886 13887.

Vom 1. October 1887 Litt. C. Nr. 413 2591
6367 6811 7608 17416. Litt. D. Nr. 617 7259
12636 16337 16360 16818.

Vom 1. April 1888 Litt. C. Nr. 958 22350.
Litt. D. Nr. 3343 4689 4704 5003 9784 10373.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der ausgelooften Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldebetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 23.

Den 6. Juni

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten. Polizei-Verordnung

betreffend Ergänzung der Bau-Polizei-Ordnung für die Städte vom 26. Januar 1872 — Amtsblatt Stück 6 Beilage 2 — und der Bau-Polizei-Ordnung für das plattdeutsche Land vom 15. März 1872 — Amtsblatt Stück 13 Beilage 1 — hinsichtlich der Höhe der Gebäude

110. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses nachstehende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1. An Straßen, welche nicht mehr als 10 m breit sind, dürfen Gebäude bis auf 10,0 m aufgeführt werden.

An Straßen, welche mehr als 10 m Breite haben, ist eine Höhe der Gebäude gleich der Straßenbreite, jedoch in keinem Falle über 19,0 m zulässig.

§ 2. Als Straßenbreite gilt die Entfernung der beiderseitig sich gegenüberliegenden Baufluchtlinien von einander.

Bei Grundstücken an Straßen von verschiedener Breite sind bei Berechnung der zulässigen Höhe in der engen Straße die Maße der breiten Straße bestimmend, jedoch nur bis zu einer Frontlänge von 18 m.

§ 3. Für Gebäude, vor welchen die Straßenbreite wechsell, gilt die von der Mitte des Grundstücks aus gemessene Straßenbreite.

§ 4. Für Vorbergebäude, welche ganz oder mit ihren Theilen hinter der Baufucht zurückbleiben, kann ausnahmsweise ein entsprechend gesteigertes Höhenmaß, jedoch nicht über 19 m zugelassen werden.

§ 5. Bei Gebäuden, welche außer dem Erdgeschoss noch zwei Stockwerke haben, dürfen im Dachgeschoss nur Anlagen zu Wohn- oder gewerblichen Zwecken nicht hergestellt werden.

§ 6. In Straßen, welche nur von einer Seite zum Anbau bestimmt sind, darf die Höhe in jedem Falle bis 19 m betragen.

§ 7. Beim Anbau an einer Straße, welche nur vorläufig auf einer Seite bebaut wird, aber auf beiden Seiten bebaut werden darf, wird die Höhe der Gebäude nach Anhörung des Gemeindevorstandes von der Polizei-Verwaltung festgestellt.

§ 8. Die Höhe wird von der Straßenebene bis zur Oberkante des Dachgesimses, bei Giebelhäusern

bis zum Schwerepunkt, bezw. bis zu einem Drittel der Höhe des Giebel-Dreiecks, bei Mansardendächern bis zum Punkte, wo dieselben gebrochen sind, und bei abfallendem Terrain im Mittel gemessen.

§ 9. Hinterfronten der Vorbergebäude, Hinter- und Seitengebäude dürfen nur bis zu derselben Höhe, wie die Vorbergebäude aufgeführt werden. Uebertrifft jedoch der Hof in seiner geringsten Ausdehnung die Breite der Straße, in welcher das Grundstück liegt, so können die Gebäude auf dem Hofe diejenige Höhe erhalten, welche sich bei sinngemäßer Anwendung des § 1 ergibt.

§ 10. Das Aufsetzen von höheren Thürmen, sofern solche nicht zu Wohnzwecken benutzt werden und nur der architektonischen Ausbildung dienen, ist gestattet.

§ 11. Für Kirchen und andere öffentliche Gebäude kann die Polizei-Verwaltung ein höheres Bauen, als in den vorstehenden Vorschriften bestimmt ist, zulassen.

Alle sonstigen Ausnahmen sind nur unter Genehmigung des Bezirks-Ausschusses zulässig.

Potsdam, den 29. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

gez. Graf Hue de Grais.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

111. Der Obersekundaner Reinhard Grothe zu Perleberg hat am 2. Mai d. J. die neunjährige Tochter des Eisenhändlers Köhl aus dem sog. Koll der Stepenitz vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 24. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Den Personenverkehr auf der im Zuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn gelegenen Drehbrücke über die Havel bei Spandau betr.

112. Am 1. Juni d. J., Vormittags 4 Uhr, wird der Hamburger Bahnhof in Spandau bis auf Weiteres für den durchgehenden Durchgang geschlossen und werden von diesem Zeitpunkt ab sämtliche Personen- und Güterzüge der Hamburger Bahn, soweit dieselben in der Richtung nach Hamburg über Spandau hinaus verkehren, über den letzteren Bahnhof in Spandau geleitet werden.

Da jedoch die im Bau begriffene Fußgängerbrücke über die Havel bei Spandau dem Verkehr noch nicht übergeben werden kann, so wird einweisen die im

Juge der Hamburger Bahn liegende Drehbrücke dem Publikum zeitweise zur Benutzung frei stehen. Die Zeiten, während welcher die Drehbrücke dem Schiffsverkehrsverkehr geöffnet, für das Publikum also gesperrt sein wird, sind im 22. Stück des diesseitigen Amtsblatts veröffentlicht worden.

Potsdam, den 30. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Öffnungszeiten der im Juge der Berlin-Lehrter Eisenbahn belegenen Drehbrücke über die Havel bei Spandau betr.

118. Nachstehend werden diejenigen Zeiten, während welcher die im Juge der Berlin-Lehrter Bahn belegene Drehbrücke über die Havel bei Spandau für den Schiffsverkehrsverkehr vom 1. Juni d. J. ab in der Regel geöffnet sein wird, zur öffentlichen Kenntniss gebracht:

A. beim Verkehren sämtlicher Züge einschließlich der Bedarfzüge

Von 2-8 Vm.	bis 2-57 Vm.
" 3-25 "	" 4-20 "
" 6-10 "	" 6-22 "
" 6-38 "	" 6-57 "
" 7-15 "	" 8-02 "
" 8-48 "	" 9-05 "
" 10-37 "	" 11-23 "
" 3-23 Nm.	" 3-39 Nm.
" 4-39 "	" 5-12 "
" 8-5 "	" 8-20 "
" 9-45 "	" 9-58 "
" 10-59 "	" 11-15 "

B. beim Nichtverkehren der Bedarfzüge außerdem

Von 3-12 Vm.	bis 3-25 Vm.
" 4-20 "	" 4-40 "
" 10-27 "	" 10-37 "
" 2-35 Nm.	" 2-50 Nm.
" 5-43 "	" 5-53 "
" 6-47 "	" 6-57 "
" 8-47 "	" 8-59 "
" 9-36 "	" 9-45 "
" 10-13 "	" 10-30 "
" 10-48 "	" 10-59 "

Potsdam, den 30. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte für land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung betr.

114. Die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der Finanzen, des Innern und für Handel und Gewerbe haben mittelst Erlasses vom 11. Mai l. J. an Stelle des Königl. Regierungsraths Heibfeld den Königl. Regierungsrath Freiherrn von Speßhardt zum Vorsitzenden der in den Kreisen Angermünde, Ober-Barnim, Ost- und West-Pommern, Prenzlau, Ost- und West-Prignitz, Ruppiner und Templin, sowie im Stadtkreise Spandau für land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung bestehenden Schiedsgerichte ernannt. In den gleichen Schiedsgerichten der Kreise Westow-Storkow, Zauch-Belzig, Märkisch-Buchow, Teltow und Niederbarnim, sowie der Stadtkreise Potsdam, Charlottenburg und Branden-

burg behält der Königl. Regierungsrath Heibfeld den Vorsitz.

Potsdam, den 31. Mai 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Biehstehlen.

115. Festgestellt ist:

der Diebstahl in dem Rindviehbestande des Ortsschulzen Wendt zu Krielow, Kreis Zauch-Belzig; die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh zweier Besitzer in Linum, Kreis Osthavelland, unter den Rindern des Wirtsgutes Gethow, des Gutsbauern Gohl und bei dem Gemeindevieh zu Rangsdorf, Kreis Teltow.

Die Ortschaft Linum, Kreis Osthavelland, ist gegen das Durchtreiben von Rindern und Schweinen gesperrt worden.

Festgestellt ist ferner der Blasenausschlag bei einem 2-jährigen Bullen des Bauern Jander und bei einer dreijährigen Kuh der Wittwe Höger in Wendorf, Kreis Westprignitz.

Erlöschen ist:

der Diebstahl unter dem Rindvieh in Dredow, Kreis Osthavelland, auf der Zuckerfabrik in Prenzlau, Kreis Prenzlau;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauerngutsherrn Wilhelm Görn zu Bachow, Kreis Westhavelland;

die Räube bei dem Pferde des Schlächtermeyers Ziemer zu Friedrichsberg, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 3. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Errichtung eines neuen Katasteramts in Brandenburg a. H.

5. Vom 1. Juni d. J. ist in Brandenburg a. H. ein Katasteramt eingerichtet und die Verwaltung dem Katasterkontrollor Hamann daselbst St. Annenstraße 33 übertragen.

Dieses Katasteramt wird gebildet aus den im nachstehenden Verzeichniss A. aufgeführten Steuerbezirken der Kreise Brandenburg (Stadtkreis) Westhavelland und Zauch-Belzig, welche bisher zu den Katasterämtern Potsdam und Rathenow gehört haben.

Sämtliche unter A. N^o 1 bis 99 und 101 aufgeführten Steuerbezirke liegen im Amtsgerichtsbezirk Brandenburg, nur der unter N^o 100 dieses Verzeichnisses aufgeführte Steuerbezirk Wollin mit Bräckermark liegt im Amtsgerichtsbezirk Jüterbog.

Die in nachstehendem Verzeichniss B. unter N^o 1 bis 31 aufgeführten Steuerbezirke des Amtsgerichtsbezirks Potsdam, welche bisher zum Katasteramtsbezirk Rauen (Kreis Osthavelland) gehörten, sind vom 1. Juni d. J. ab in den Katasteramtsbezirk Potsdam (Stadt) übernommen worden.

Potsdam, den 29. Mai 1890.

Königl. Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

V e r z e i c h n i s A.
 derjenigen Steuerbezirke der Kreise Westhavelland, Juch-
 Belgig und Stadtkreis Brandenburg, welche bisher zu
 den Katasteramtsbezirken Rathenow und Potsdam ge-
 hörten und jetzt das neue Katasteramt Brandenburg
 a. S. bilden.

Des Steuerbezirktes		
Nr.	Name	Qualität
I. Stadtkreis Brandenburg		
Bisheriger Katasteramtsbezirk Potsdam.		
1	Brandenburg Stadt	Gemeinde
2	Klein-Kreuz Weinberg	do.
II. Kreis Westhavelland.		
a. Bisheriger		
Katasteramtsbezirk Rathenow		
3	Bagow	Gemeinde
4	Bagow	Gut
5	Brielow	Gemeinde
6	Brist	do.
7	Bugow	do.
8	Fischerhau bei Brandenburg	do.
9	Fährde	do.
10	Gohlis	do.
11	Gors	do.
12	Gors I. Theil	Gut
13	Gors II. Theil	do.
14	Grabow	do.
15	Gutenpaaren	Gemeinde
16	Gutenpaaren	Gut
17	Regär	Gemeinde
18	Regär	Gut
19	Klein-Kreuz	Gemeinde
20	Klein-Kreuz	Gut
21	Pänow	Gemeinde
22	Pänow	Gut
23	Marjahne	Gemeinde
24	Möggow	Gut
25	Neuendorf	Gemeinde
26	Pärwiesin	do.
27	Plane (Stadt)	Gemeinde
28	Plane	Gut
29	Plauerhof	do.
30	Prigeler (Stadt)	Gemeinde
31	Radewege	do.
32	Riewend	do.
33	Roskow	do.
34	Roskow	Gut
35	Saaringen	Gemeinde
36	Seelendorf mit Capel	Gut
37	Tiedow	Gemeinde
38	Wachow	do.
39	Weiseram	do.
40	Zachow	do.
b. Bisheriger		
Katasteramtsbezirk Potsdam.		
41	Brandenburg Burg	Gut
42	Brandenburg Dom	Gemeinde

Des Steuerbezirktes		
Nr.	Name	Qualität
III. Kreis Juch-Belzig.		
Bisheriger		
Katasteramtsbezirk Potsdam.		
43	Bochow	Gemeinde
44	Brandenburg—Neustadt Forst	do.
45	Busendorf	do.
46	Cammer	do.
47	Cammer	Gut
48	Canin	Gemeinde
49	Claißow	do.
50	Dahmsdorf	do.
51	Dahmsdorf	Gut
52	Damelang	Gemeinde
53	Deeg	do.
54	Derwig	do.
55	Freienthal	do.
56	Görtsgraben	do.
57	Göttin bei Brandenburg	do.
58	Göttin bei Brandenburg	Gut
59	Gög	Gemeinde
60	Gollwig	do.
61	Gollwig	Gut
62	Golzow	Gemeinde
63	Golzow	Gut
64	Grebs	Gemeinde
65	Grebs	Gut
66	Grärsche	Gemeinde
67	Gränsche	Gut
68	Grünungen	Gemeinde
69	Haafenhaus	Gut
70	Haafenheide	do.
71	Jeferig bei Brandenburg	Gemeinde
72	Jeferig bei Brandenburg	Gut
73	Krahne	Gemeinde
74	Krahne	Gut
75	Groß-Kreuz	Gemeinde
76	Groß-Kreuz	Gut
77	Krielow	Gemeinde
78	Lehnin	do.
79	Lehnin	Gut
80	Lehnin Rgl. Forst	do.
81	Ludßerß	Gemeinde
82	Mischelsdorf	do.
83	Nahmig	do.
84	Nege	do.
85	Nernig	do.
86	Prügke	do.
87	Rädel	do.
88	Redahne	do.
89	Redahne	Gut
90	Riez bei Brandenburg	Gemeinde
91	Roscherlinde	Gut
92	Schmergow	Gemeinde
93	Schmergle	do.
94	Schwina	do.

Des Steuerbezirks		
Nr.	Name	Qualität
95	Tornow bei Lehnin	Gut
96	Trechow	Gemeinde
97	Trechow	Gut
98	Wendgast	Gemeinde
99	Wilhelmsdorf	do.
100	Wollin mit Brüdermark	do.
101	Wuß	do.

Der unter Nr. 100 dieses Verzeichnisses aufgeführte Gemeindebezirk Wollin mit Brüdermark liegt im Amtsgerichtsbezirk Ziesar, sämtliche übrigen unter Nr. 1 bis 99 und Nr. 101 aufgeführten Steuerbezirke liegen im Amtsgerichtsbezirk Brandenburg.

Verzeichnis B.

derjenigen Steuerbezirke des Kreises, Osthavelland, welche aus dem Katastralamtsbezirk Nauen aufscheiden und in den Katastralamtsbezirk Potsdam übergehen. Sämtliche nachbenannte Bezirke sind im Amtsgerichtsbezirk Potsdam belegen.

Des Steuerbezirks		
Nr.	Name	Qualität
1	Bornim	Gemeinde
2	Bornim	Gut
3	Bornim-Wildpark Rgl. Forst	do.
4	Bornstedt	Gemeinde
5	Bornstedt	Gut
6	Camptz	Gemeinde
7	Eiche	do.
8	Fahrland	do.
9	Fahrland	Gut
10	Falkenrehde	Gemeinde
11	Falkenrehde	Gut
12	Alt-Geltow	Gemeinde
13	Alt-Geltow	Gut
14	Neu-Geltow	Gemeinde
15	Golm	do.
16	Grube	do.
17	Grube	Gut
18	Kegeln	Gemeinde
19	Marquardt	do.
20	Marquardt	Gut
21	Mittwerder	Gemeinde
22	Nedlig	do.
23	Paaren an der Wublig	do.
24	Paaren an der Wublig	Gut
25	Pareß	Gemeinde
26	Pareß	Gut
27	Sagrow	Gemeinde
28	Sagrow	do.
29	Sagrow	Gut
30	Ueg	Gemeinde
31	Ueg	Gut.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin

Anhang II zu den neuen Statuten des „Janus“ Waisen- und Lebensversicherungsinstituts in Wien.

50. Die dem Stadt von Amtsblatts 1890 Nr. 100 beilage beigefügt, welche den Anhang H. zu den neuen Statuten des „Janus“ Waisen- und Lebensversicherungsinstituts in Wien und die darauf bezügliche kaiserliche Genehmigungsurkunde vom 19. März 1890 enthält.

Es wird darauf mit dem Bemerkten hingewiesen, daß die Concession und die Statuten der Anstalt in der Extra-Beilage zum Stadt 49 des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 9. Dezember 1887 und der Statuten-Anhang I in der Extra-Beilage zum Stadt 8 dieses Blattes vom 22. Februar 1888 veröffentlicht worden sind.

Berlin, den 2. Mai 1890.

Der Polizei-Präsident.

Verbot einer Druckschrift.

51. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Druckschrift: „Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. II. Die Opfer des Sozialistengesetzes. London. German Cooperative Publishing Co. 1890“ nach § 11 des genannten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 29. Mai 1890.
Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

52. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß:

- von dem Grundstücke der Graeberich'schen Erben Band 3 Nr. 124 des Grundbuchs von Nichtenburg eine Fläche von 3302 qm,
- von dem Grundstücke des Gutbesizers Herrmann Band 17 Nr. 579 desselben Grundbuchs eine Fläche von 2445 qm,
- von dem Grundstücke des Gutbesizers Carl Roeper Band 1 Nr. 37 desselben Grundbuchs eine Fläche von 4768 qm,
- von dem Grundstücke der Sonntag'schen Erben Band 1 Nr. 4 des Grundbuchs von Berghagen drei Flächen von 3723 qm und 8628 qm und 1438 qm,
- von dem Grundstücke des Gärtners Carl Rudolf Bouché Band 21 Nr. 1408 des Grundbuchs von den Umgebungen (Berlins) zwei Flächen von 1560 qm und 44 qm,
- von dem Grundstücke desselben Eigentümers Band 36 Nr. 2195 desselben Grundbuchs zwei Flächen von 196 qm und 228 qm,
- von dem Grundstücke des Kunst- und Handelsgärtners Johann Gottfried George Band 3

Nr 172 desselben Grundbuchs eine Fläche von 44 qm,

h. von dem Grundstücke der verwitweten Oberamtmann Anna Christiane Karoline Griebenow, geborenen Kießer, Band 3 Nr 1 des Grundbuchs von dem Niederischbauener Vorwerk, Parzellen zwei Flächen von 42 qm und 374 qm,

i. von dem Grundstücke der Frau Dr. Agnes Amalie Ferdinandine Henriette Spieckermann, geborenen Böttcher — ohne Grundbuchnummer — eine Fläche von 709 qm,

k. von dem Grundstücke des Kaufmanns und Mit-eigenstümers Meyer Band 78 Nr 3980 des Grundbuchs von den Umgebungen (Berlins) eine Fläche von 210 qm,

l. von dem Grundstücke des Nathan Wolff und Sohn Band 5 Nr 381 des Grundbuchs von Berlin eine Fläche von 199 qm,

m. von dem Wittwenhaus des Collegiums des Berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster Band 78 Nr 3990 von den Umgebungen Berlins eine Fläche von 75 qm,

n. von dem Grundstücke der Frau Dr. Seemann Band 5 Nr 369 des Grundbuchs von Berlin eine Fläche von 171 qm,

o. von dem Grundstücke der Witwe Louise Göbe, geborenen Wolff, und der August Wolff Band 36 Nr 2194 des Grundbuchs von den Umgebungen (Berlins) eine Fläche von 201 qm,

p. von dem Grundstücke des Paul Eduard Leopold Engel Band 36 Nr 2192 desselben Grundbuchs eine Fläche von 196 qm,

q. von dem Grundstück der verwitweten Gärtner Marie Belig, geborenen Kopsch Band 36 Nr 2193 desselben Grundbuchs eine Fläche von 114 qm,

r. von dem Grundstück des Gärtners Eduard Gottlieb Ludwig Rewes Band 36 Nr 2196 desselben Grundbuchs eine Fläche von 66 qm,

zusammen diejenigen Grundstücksflächen darstellen hinsichtlich welcher der Stadtgemeinde Berlin zum Zwecke der Einlegung eines Druckrohrs des Radialsystems XII. der allgemeinen Kanalisation von Berlin durch die Allerhöchsten Rabinets-Ordres vom 17. September 1888 und 27. Januar 1889 das Enteignungsrecht verliehen worden ist.

Unter Bezugnahme auf die diesseitige Bekanntmachung vom 12. August 1889 bringe ich hierdurch zur allgemeinen Kenntniss, daß der in Folge erhobener Ausstellungen vorworfändigte Plan nebst Erläuterung vom 22. März d. J. gemäß § 18 fg. a. a. D. vom 15ten Juni bis 29. Juni 1890 einschließlich im Bureau des Herrn Gemeinde-Vorstehers zu Lichtenberg während der täglichen Dienststunden zu Jedermanns Einsicht ausliegen wird.

Einwendungen gegen diesen Plan bezüglich der im Gemeindebezirke Lichtenberg belegenen Grundstücke sind bis zum Ablaufe des bestimmten Frist bei der höherer

Anordnung zu Folge hierfür zuständigen Ersten Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin schriftlich einzureichen.

Berlin, den 28. Mai 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Unanbringliche Postsendungen.

48. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen, welche den Absendern bez. den Empfängern nicht haben zurückgegeben werden können:

A. Pakete:

an Gärtners A. Pisece in Cumnertow bei Dörsow, 1/2 kg schwer, ausgeliefert am 14. März d. J. in Dörsow von Tischlermeister Stord in Köhlisdorf bei Dörsow.

B. Postanweisungen:

an die Berliner Allgemeine Dreifrankenkasse in Berlin über 1 M., ausgeliefert am 23. November 1889 in Reglin (Davel) von Heinrich Kerkow in Gr. Käthen; an Unteroffizier Hellmann in Gärtners über 5 M., ausgeliefert in Spandau am 7. Februar d. J. von L. Peters; an Kesser in Berlin über 4 M., ausgeliefert in Wittstock (Mark) am 17. Dezember 1889; an Eban in Berlin über 10 M. 10 Pf., ausgeliefert am 11. September 1889 in Jüterbog Schickelberg.

C. Eingeschriebene Briefe mit Werthinhalt: an Fräulein J. Herold bei Frau Roslin in Charlottenburg, Pfingststraße 7, ausgeliefert am 5. Dezember 1889 in Potsdam mit 10 M. Inhalt.

Die unbekannten Absender bez. Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 23. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Errichtung einer Postagentur in Marienthal

49. In dem zum Kreise Templin gehörenden Orte Marienthal wird am 1. Juni eine die Bezeichnung Marienthal (Mark) führende Postagentur in Wirksamkeit treten. Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem Kaiserlichen Postamt in Fischerwall durch zwei Botenposten, von denen die erste täglich verkehren und zur unbeschränkten Postfachbeförderung benutzt werden, die zweite dagegen werktäglich verkehren und in beschränkter Weise zur Postfachbeförderung benutzt werden soll. Die Botenposten erhalten folgenden Gang:

I.	II.	I.	II.
8 45 B.	12 30 N.	ab Fischerwall	
		an	8 00 N.
10 10 B.	2 35 N.	an Marienthal	7 55 N.
		(Mark)	
		ab	1 40 N.
			6 10 N.

Dem Landtellsbezirke von Marienthal werden folgende Ortschaften an f. w. zugewiesen: Tornow, Forsthaus Marienthal, Marienthaler Wäldchen, Marien-

thaler Ziegelstein, Marienpaler Schiefer, Ribbder Abban und Jabelsdorf. Die Postämter in Marienpale tritt mit dem 31. Mai außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 27. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schulverschreibung.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn F. O. Koch in Belgig die Schulverschreibung der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ igen Staatsanleihe von 1887/1888 Lit. D. Nr. 168483 über 500 Mark angeblich gestohlen worden ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn F. O. Koch anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Krassklarerklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 23. Mai 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Vernichtung ausgelosener Rentenbriefe.

6. Die nachstehende Verhandlung

Geschehen, Berlin, den 17. Mai 1890.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden von ausgelosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

154 Stück Litt. A. zu 3000 M. = 462000 M.
60 " " B. zu 1500 M. = 90000 M.
227 " " C. zu 300 M. = 68100 M.
193 " " D. zu 75 M. = 14475 M.

zusammen 634 Stück über 634575 M.

nebst den dazu gehörigen, im vorgedachten Verzeichnisse aufgeführten 742 Coupons und 634 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

B. g. u.

Lazarus, Abgeordneter des Provinzial-Landtages. Witte, Abgeordneter des Provinzial-Landtages.

Carl Bernhard Gesche, Notar im Bezirk des Königl. Kammergerichts.

a. u. s.

Schreiber, Provinzial-Rentmeister. Behrens, Buchhalter.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 20. Mai 1890.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Herstellung eines Branntwein-Denaturierungsmittels.

5. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der bisher zur Zusammensetzung des allgemeinen Branntwein-Denaturierungsmittels ermächtigte Fabrikbesitzer Dr. Schuchardt in Obelitz vom 1. März d. J. ab die Herstellung des fraglichen Denaturierungsmittels eingestellt hat.

Berlin, den 20. Mai 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Karobuchs.

33. Am 1. Juni d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Karobuchs, enthaltend die Sommer-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffs-Verbindungen, Angaben über Rundreise- und Sommerkarten u. s. w. Das Karobuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks an der Fahrkarten-Ausgabe, den Bahnhofs-büchtern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 27. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Fahrplan-Änderung.

18. Die im Sommerfahrplan vom 1. Juni d. J. ab vorgezeichnete Beförderung des Zuges P. 28 um 1140 Uhr von Berlin bis Potsdam kommt nicht zur Ausführung. Dieser Zug fährt, wie bisher, nur bis Zehlendorf.

Der zur Zeit um 120 Mittags von Berlin abfahrende Zug wird, um 7 Minuten später, wie folgt bis Potsdam befördert:

Berlin	Abfahrt	1207	Am.
Sieglitz	"	1217	"
Lichterfelde	"	1222	"
Zehlendorf	"	1228	"
Schlachtensee	"	1235	"
Bannsee	"	1242	"
Neu-Babelsberg	"	1250	"
Neuendorf	"	1256	"
Potsdam	Ankunft	1 ⁰⁰	"

Berlin, den 29. Mai 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt.

(Berlin—Magdeburg)

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Zur Entscheidung über die in Folge des von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unter dem 1. Oktober 1889 erlassenen Preisausschreibens eingegangenen Entwürfe und Modelle für ein am meisten geeignetes

Segel- oder Fackelschiff zum Befahren der Oder, des Oder-Spree-Kanals und der Spree innerhalb der Stadt Berlin, hat zu Preisrichtern ernannt: Geheimen Admiralitätsrath Briz zu Berlin, Regierungs- und Bau- rath Berner zu Berlin, Regierungs- und Bau- rath Dierhoff zu Potsdam, Wasser-Bauinspektor Hamel zu Breslau, Schiffbaumeister Stüger zu Havelberg, Fabrikbesitzer und Schiffbauingenieur Hofmann zu Breslau, Schiffseher Rothenkäper zu Berlin, Schiff- fahrts-Direktor Ströhler zu Berlin, Schiff- seher Krause zu Breslau, Schiffseher Nagel zu Breslau. Das Preisgericht wird am 1. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr, in dem Sitzungssaal des König- lichen Ober-Präsidenten zu Breslau (Albrechtstraße 32) mit der Prüfung der eingegangenen Entwürfe und Modelle beginnen.

Breslau, den 17. Mai 1890.

Der Ober-Präsident.

Bekanntmachung.

Der bisherige Stromausseher Luche in Witten- berge ist vom 1. April d. J. ab als Lagerhof-Ver- walter daselbst angestellt.

Magdeburg, den 24. Mai 1890.

Der Chef der Strom-Verwaltung,

Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Personal-Chronik.

Der Militär-Anwärter Friedrich Remeß ist zum Regierungs-Militär-Superintendenten ernannt worden.

Der bei dem Neubau des Oder-Spree-Kanals

beschäftigte königliche Regierungs-Baumeister Richel- mann zu Fürstentum ist zum königlichen Wasserbau- Inspicior ernannt worden.

Die am Oder-Spree-Kanal belegene Bahnmeister- stelle zu Müllrose ist vom 1. April d. J. an dem An- wärter Adolf Gargle vorläufig auf Probe übertragen worden.

Der bisherige Pfarrers-Beauftragte bei der 1. Division zu Königsberg i. P., Dr. Gustav Friedrich Waple, ist zum Pfarrer der Pfarre Neuhäde, Diocese Luden- walde, bestellt worden.

Die unter Privatpatronat stehende Pfarrstelle zu Papendorf, Diocese Strasburg N.-M., ist durch das Ableben des Pfarrers Hapff am 16. April 1890 zur Erledigung gekommen.

Dem Oberlehrer Schullze am Dortheimschädtischen Realgymnasium in Berlin ist der Titel „Professor“ verliehen worden.

Dem Oberlehrer Dr. Rüchardt an der Ritter- Akademie zu Brandenburg a. H. ist der Professortitel verliehen worden.

Den Oberlehrern Dr. Wolff und Dr. Brosien an der Luisenstädtischen Oberrealschule in Berlin ist der Professortitel verliehen worden.

An der Friedrichs-Werderschen Oberrealschule in Berlin sind der ordentliche Lehrer Dr. Fieberg zum Oberlehrer befördert und die Schulanfänger-Kandidaten Richter und Dr. Biolet als ordentliche Lehrer angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf- Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Hermann Samuel Edelstein, Bühnen- Schauspieler,	geboren am 23. August 1849 zu Lützen, Kreis Potsdam, Preussischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl (zehn Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 11ten November 1879 und 24. April 1880),	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Köln,	1. Mai 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Georg Richeller, Gärtner,	geboren am 12. April 1837 zu Bielefeld, Ungarn, österreichisch ebendaselbst,	Landstreicherei und Betteln,	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. April 1890.
2	Franz Leichter, Arbeiter,	geboren am 1. Novem- ber 1849 zu Neufeld, Böhmen, österreichisch ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	derselbe,	23. April 1890.
3	Alexander Schnee, Handelsmann,	geboren am 26. Juni 1866 zu Solingen, Rußland,	Landstreicherei,	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	11. April 1890.
4	Julius Rosenzweig, ohne Stand,	Alter unbekannt, geboren zu Riga, Rußland,	Landstreicherei u. Betteln,	Großherzoglich Hessi- sches Kreisamt Friedberg,	26. Februar 1890.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Beförde- rungs- beifugung hat.	Datum des Verurtheilungs- Beschlusses.
	des Angeklagten.				
5	Delarich Rauffmann, Eisen gießer,	geboren am 3. Mai 1868 zu Schlieren, Kanton Zürich, Schweiz, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Gebrauch eines gefälschten Führungszeugnisses und Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg,	26. April 1890.
6	Maria Hans Wood, ohne Stand,	geboren am 5. März 1871 zu Durlinger, Buxemburg, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Wiederholte Sittenpolizei- Uebertretung.	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg.,	24. April 1890.
7	Josef Franz Schwarzbach, Lachmagergefelle,	geboren am 10. Oktober 1850 zu Markowitz, Mähren,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. D.,	21. März 1890.
8	Ferdinand Rucera, Schürmergehülfe,	geboren am 20. Sep- tember 1858 zu Ladics, Bezirk Rechnitz, Un- garn, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	3. Mai 1890.
9	Joachim Zegelsky, Schlosser,	geboren am 17. August 1856 zu Kralau, Ga- lizen, Österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Wiesbaden,	25. April 1890.
10	Josef Trilkyt, Fabrikarbeiter,	geboren im Jahre 1870 zu Unterhaid, Bezirk Freistadt, Oesterreich, ortsan- gehörig zu Bösch, Bez. Brünn, Mähren,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ober- dorf,	10. April 1890.
11	Karl Reßmann, Kellner,	17 Jahre alt, geboren und ortsan- gehörig zu Wien, Oesterreich,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Sa- chsischer Landes- kommissär zu Rannheim,	3. Mai 1890.
12	Josef Blum, Barbier,	geboren am 8. April 1850 zu Colmar, Elsass- Lothringen, durch Op- tion französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	29. April 1890.

(Hierzu der Fahrplan der königlichen Eisenbahn-Direktion Altona, gültig vom 1. Juni 1890 ab,
eine Extra-Beilage, enthaltend den Anhang II. zu den neuen Statuten des „Janus“ Gesellschaft für Lebens-
versicherung-Anstalt in Wien,
sowie drei öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.)

Belagblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Rebirt von der Königliden Regierung in Potsdam.

Polstern, Buchbinderrei der H. H. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchbinder).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 24.

Den 13. Juni

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Notizung von Terminpreisen.

14. In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 5. Oktober 1885 bringen wir zur öffentlichen Kenntniss, daß an der Börse zu Leipzig für Kamming Terminpreise notirt werden.

Berlin, den 24. Mai 1890.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage gez. Schomer.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung gez. Magdeburg.

S. R. III. 6333.

R. f. S. 10. C. 2529.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

15. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 17. Juni	Jüterbog	9 Uhr,
18. "	Drantsburg	9 "
19. "	Nauen	8 "
20. "	Neustadt a. Dosse	9 "
1. Juli	Rathenow	8 "
3. "	Havelberg	8 "
4. "	Bilzow	9 "
7. "	Meppen	8 "
25. "	Prenzlau	8 "
26. "	Angermünde	8 "
28. "	Pyritz	9 "
29. "	Wittstock	8 "
30. "	Prigwall	8 "
31. "	Perleberg	8 "
1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Klopshengste, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Ver-

käufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgeführt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Strichen ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mässiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht statifindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Einlösung der am 1. Juli 1890 fälligen Zinsheine der Preussischen Staatsschulden 10.

12. Die am 1. Juli 1890 fälligen Zinsheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, W. Taubenstraße 29 hieselbst, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten Königl. Kassen und Reichsbankanstalten vom 24. ten d. M. ab eingelöst.

Die Zinsheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Juli fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post, sowie ihre Quittung auf den Reichsbank-Giroconten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. Juni und 8. Juli er-

folgt; die Baarzahlung aber bei der Staats-schulden-Eilungskasse am 17. Juni, bei den Regierungs-Hauptkassen am 24ten Juni und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 1. Juli beginnt.

Die Staatsschulden-Eilungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Auschluss des vorletzten Tages in jedem Monat, am letzten Monatstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer 4prozentiger und 3½prozentiger Konfols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für 40 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag (D. Collin) in Berlin durch die Post für 45 Pfennig franko zu beziehen sind.

Berlin, den 3. Juni 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen

des Königlich-Regierungs-Präsidenten.

Abhaltung von Schießversuchen auf dem Schießplatze bei Gummersdorf.

116. Unter Hinweis auf meine Amtsblatts-Bekanntmachung vom 28. Dezember 1889 — Stück 1, 8 und 17 des Amtsblattes von 1890 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass am 16. Juni d. J. auf dem Schießplatze bei Gummersdorf Schießversuche stattfinden werden. Dafür bleibe der 17. Juni d. J. schiessfrei.

Potsdam, den 7. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Thierärztliche Untersuchung der nach den Nordseehafenstädten zu versendenden Niederländer und Schweine.

117. Behufs kostenfreier Ausführung der zusage des Bundesrats vom 3. November 1887 angeordneten thierärztlichen Untersuchung der nach den Nordseehafenstädten zu versendenden Niederländer und Schweine wird der Kreisarzt des Kreises Ostpreignitz bis auf Weiteres an jedem Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr auf dem Bahnhofe Prignitz anwesend sein, um die Untersuchung der abgehenden Transporte in der

120.

Nachweisung der Markte.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrig Markt.					
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es					
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gerste	Obstweizen	Hafer	Obstweizen	Hafer	Obstweizen	Obstweizen	Obstweizen	Obstweizen	Obstweizen	Obstweizen	Obstweizen
		Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.	Mr. Pf.
1	Angermünde	18 83	15 89	16 62	16 79	26 88	30 —	35 —	3 75	6 61	4 31	5 25	1 40	1 10			
2	Berckow	—	16 78	—	16 85	25 —	27 50	37 50	2 30	—	—	—	1 20	1 —			
3	Bernau	19 33	16 57	16 97	17 50	27 88	32 50	41 —	4 19	6 51	—	5 45	1 28	1 10			
4	Brandenburg	19 05	16 88	15 59	17 62	35 —	40 —	45 —	2 60	5 03	—	5 32	1 40	1 20			
5	Dahme	18 82	16 67	16 43	18 —	25 —	32 —	45 —	2 —	6 —	4 —	7 50	1 —	1 —			
6	Eberswalde	19 24	16 21	18 —	17 06	24 —	24 —	32 —	3 —	6 33	—	4 67	1 40	1 10			
7	Havelberg	19 60	16 12	16 17	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	6 50	3 25	6 50	1 30	1 10			
8	Jüterbog	19 20	16 73	17 —	19 —	28 —	30 —	50 —	2 60	6 —	—	6 50	1 25	1 10			
9	Luderswalde	18 99	15 89	—	18 69	36 —	36 —	40 —	2 80	4 75	—	5 25	1 20	1 20			
10	Perleberg	19 22	16 33	17 —	16 99	27 —	35 —	50 —	3 —	6 24	—	5 58	1 40	1 20			
11	Potsdam	18 50	16 03	16 67	18 24	29 —	31 —	38 50	3 35	6 35	—	5 01	1 35	1 10			
12	Prenzlau	18 45	16 08	17 25	16 84	22 —	30 —	30 —	3 50	5 75	4 50	5 —	1 30	—	95		
13	Prignitz	18 54	15 94	16 13	16 31	19 —	30 —	39 —	1 69	4 85	3 95	4 20	1 20	1 —			
14	Rathenow	19 37	16 32	13 75	17 50	30 —	35 —	44 —	2 74	5 16	—	3 75	1 40	1 20			
15	Neu-Ruppin	20 —	16 60	16 60	17 59	30 —	32 —	50 —	2 41	7 —	—	6 —	1 40	1 15			
16	Schwedt	19 —	16 44	17 —	16 80	26 67	31 25	31 25	3 —	6 10	—	5 36	1 20	1 —			
17	Spandau	18 75	15 90	15 13	17 —	27 50	37 —	45 —	4 —	7 25	—	6 50	1 45	1 20			
18	Strausberg	19 16	16 50	17 94	17 84	21 50	30 —	35 —	4 —	8 17	—	7 60	1 20	1 10			
19	Teltow	19 32	16 20	17 05	18 —	40 —	40 —	55 —	4 43	6 72	5 78	6 60	1 50	1 10			
20	Templin	19 33	16 50	18 50	17 83	17 —	50 —	40 —	2 50	6 —	—	5 —	1 20	1 —			
21	Treuenbriezen	19 —	16 25	17 —	17 62	26 —	24 —	30 —	2 76	5 —	—	5 —	1 20	1 —			
22	Wittstock	19 —	16 19	17 —	17 26	18 —	36 —	44 —	1 77	5 —	4 —	4 17	1 10	—	98		
23	Briezen a. D.	18 32	15 95	17 61	16 85	22 —	28 —	34 —	3 —	6 —	4 25	5 50	1 30	1 —			
Durchschnitt		19 04	16 56	16 73	17 73	—	—	—	3 —	6 06	—	5 53	—	—			

Potsdam, den 9. Juni 1890.

Regel in der Zeit von 2 bis 4 Uhr vorzunehmen. Zu anderen Zeiten findet eine für die Versender kostenfreie Untersuchung nicht statt.

Potsdam, den 4. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Auspielung von Herden, etc. in Herbst.

118. Des Königs Majestät haben dem Vorstande des landwirthschaftlichen Vereines zu Jersb im Herzogthum Anhalt mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 15ten Mai d. J. die Erlaubniß zu ertheilen geruht, zu der von ihm mit Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung in diesem Jahre wiederum zu veranstaltenden Auspielung von Fiedeln, Wägen, landwirthschaftlichen und gewerblichen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar in den Kreisen Jerichow I., Calbe, Wanzleben, Wittenberg, Döbeln, Halberstadt, Bernburg und im Stadtkreise Magdeburg (Regierungsbezirk Magdeburg), sowie im Kreise Juchow-Belzig (Regierungsbezirk Potsdam) Loose zu vertreiben.

Potsdam, den 5. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

119. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. April 1889 und in Abänderung des derselben beigefügten Verzeichnisses der Fischerei-Aufsicht und der ihnen unterstellten Gewässerströden (Amtsbl. 1889, S. 111 ff.) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß

a. dem Buhnenmeister Görtz zu Grafenbrück (Nr. 6 des Verzeichnisses) die Fischerei-Aufsicht auf dem Werbellinsanal und dem Werbellensee, dem Finowkanal von den Heegermühlern Schleusen bis einschl. der Ruhlsdorfer Schleusen nebst den zugehörigen Freigräben;

b. dem Buhnenmeister Kleemann zu Eberswalde (Nr. 8 des Verzeichnisses) die Fischerei-Aufsicht auf dem Finowkanal von den Stöckerschleusen bis einschl. der Heegermühlern Schleusen nebst den zugehörigen Freigräben übertragen worden ist.

Potsdam, den 4. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Mai 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Rathfleisch	Hammerfleisch	Speck	Butter	Ein Schod. Eier.	Weizen		Gerste		Buchweizen- grüße	Hafergrüße	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefahlg	Schweine- schmalz, tiefgef.		
						Nr. 1.	Noggen Nr. 1.	Braune	Grüne					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 30	— 90	1 05	1 80	2 35	3 25	— 30	— 25	— 55	— 50	— 40	— 55	— 55	— 60	3 40	3 60	— 20	1 70		
1 50	— 90	1 —	2 —	2 52	—	— 40	— 26	— 50	— 60	— 50	— 80	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60		
1 39	1 35	1 20	2 30	1 70	2 85	— 25	— 20	— 45	— 45	— 65	— 55	— 45	— 20	2 70	3 30	— 20	1 50		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	3 —	— 35	— 30	— 60	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 50	3 80	— 20	1 60		
1 20	1 —	1 —	1 20	2 20	2 40	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	—	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	3 02	— 30	— 28	— 60	— 60	— 50	—	— 60	— 60	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 35	1 30	1 15	1 75	2 30	2 71	— 38	— 26	— 50	— 60	— 60	— 60	— 60	— 60	2 80	4 —	— 20	1 80		
1 20	1 —	1 20	1 70	2 40	3 —	— 33	— 26	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 50		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 —	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	3 20	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 95	2 50	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 80	3 60	— 20	2 —		
1 47	1 30	1 32	1 80	2 16	2 86	— 40	— 30	— 50	— 50	— 50	— 50	— 50	— 50	3 —	3 80	— 20	2 —		
1 40	— 90	1 10	1 90	2 30	2 60	— 32	— 30	— 60	— 40	— 55	— 60	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 40	1 05	1 12	2 —	1 89	2 33	— 25	— 24	— 40	— 45	— 50	— 50	— 40	— 50	3 20	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 —	— 32	— 28	— 40	— 44	— 45	— 44	— 40	— 60	3 25	3 50	— 20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	2 93	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	2 40	3 20	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 20	3 40	— 20	2 —		
1 60	1 30	1 30	1 80	2 40	2 40	— 40	— 30	— 50	— 50	— 55	— 50	— 50	— 65	3 40	3 80	— 20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 40	2 80	— 35	— 25	— 55	— 50	— 50	— 50	— 35	— 60	3 20	3 60	— 20	1 40		
1 50	1 30	1 25	1 60	2 40	3 60	— 40	— 35	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	2 60	3 60	— 20	1 20		
1 20	1 —	1 20	2 —	2 40	3 20	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 20	3 80	— 20	1 20		
1 40	1 —	1 20	1 80	2 —	2 93	— 32	— 26	— 50	—	— 40	— 50	— 30	— 50	3 30	3 60	— 20	1 80		
1 16	— 82	1 03	1 80	1 99	2 45	— 28	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	1 80		
1 30	1 15	1 15	1 80	2 20	2 80	— 25	— 26	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 50	3 25	3 50	— 20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

121.

Rechtswertung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Mai 1890
in den Hauptmarktplätzen des Regierungs-Bereichs Potsdam.

Leistende Nummer.	Ge- kosteten je 50 Kilogramm	Breslau für Kreis Bres- lau- Strehow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis Rhein- harden- land.		Eudenburg für Kreis Jüter- bog- Eudenburg- wald.		Havelberg für Kreis Havel- berg- Prignitz.		Potsdam für Potsdam und Kreis Barnim- Belzig.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Ruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Angermünde.		Wittstock für Kreis Dachau- Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	M.	Pl.	
1.	Hager	17 85		9 52,5		10 03		9 07		9 00		9 16		9 25		8 62		9 12		Für die Kreise Ober-Barnim,
2.	Heu	—		8 10		2 89		3 07		3 16		3 15		3 15		2 81		2 18		Nieder-Barnim, Osthavelland
3.	Wasserkraut	—		2 89		2 60		3 38		3 59		3 15		3 67,5		3 20		2 62,5		und Teltow, und für Stadt Spanbau gilt Berlin als Gauß-Verfahren.

Boisdam, den 9. Juni, 1890.

Der Regierungs-Präsident.

122.

Nachweisung der an den Pegeln der Elbe und Havel im Monat April 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Hof- dam.	Baum- garten- brück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.	Plasser Brück.
	Ober- N. N. Baffer.	Unter- N. N. Baffer.	Ober- Baffer.	Unter- Baffer.			Ober- Baffer.	Unter- Baffer.	Ober- Baffer.	Unter- Baffer.		
1	32,52	31,00	2,64	1,10	1,33	0,84	2,18	1,84	1,86	1,54	2,84	2,26
2	32,54	31,00	2,64	1,08	1,33	0,83	2,14	1,86	1,86	1,54	2,88	2,26
3	32,57	31,06	2,58	1,06	1,32	0,82	2,18	1,88	1,82	1,50	2,84	2,26
4	32,54	31,12	2,60	1,04	1,31	0,82	2,16	1,88	1,82	1,50	2,78	2,26
5	32,53	31,04	2,62	1,02	1,29	0,81	2,12	1,86	1,82	1,50	2,72	2,26
6	32,51	31,04	2,60	1,02	1,28	0,81	2,10	1,84	1,82	1,50	2,66	2,26
7	32,51	31,04	2,64	1,00	1,28	0,81	2,10	1,82	1,82	1,50	2,60	2,26
8	32,51	31,04	2,66	1,02	1,28	0,80	2,08	1,80	1,82	1,50	2,54	2,24
9	32,54	30,88	2,62	1,00	1,28	0,79	2,10	1,82	1,82	1,50	2,50	2,24
10	32,58	30,78	2,60	1,00	1,27	0,78	2,08	1,80	1,82	1,50	2,44	2,22
11	32,58	30,78	2,54	0,98	1,26	0,77	2,08	1,78	1,80	1,48	2,40	2,22
12	32,58	30,82	2,52	0,96	1,25	0,76	2,08	1,76	1,80	1,48	2,38	2,22
13	32,58	30,80	2,52	0,88	1,23	0,75	2,10	1,78	1,80	1,48	2,36	2,22
14	32,56	30,78	2,56	0,90	1,21	0,74	2,08	1,76	1,80	1,48	2,32	2,20
15	32,58	30,78	2,56	0,88	1,19	0,73	2,08	1,78	1,80	1,48	2,30	2,20
16	32,60	30,84	2,56	0,88	1,18	0,71	2,10	1,78	1,78	1,46	2,30	2,18
17	32,60	30,84	2,54	0,86	1,17	0,70	2,08	1,76	1,78	1,46	2,28	2,18
18	32,62	30,82	2,56	0,86	1,15	0,68	2,06	1,76	1,78	1,46	2,28	2,18
19	32,62	30,86	2,54	0,90	1,15	0,67	2,04	1,74	1,78	1,46	2,24	2,18
20	32,60	30,82	2,54	0,84	1,15	0,65	2,04	1,72	1,78	1,46	2,24	2,18
21	32,58	30,80	2,58	0,82	1,14	0,65	2,02	1,70	1,78	1,46	2,26	2,18
22	32,62	30,82	2,56	0,84	1,13	0,64	2,02	1,68	1,78	1,46	2,30	2,16
23	32,58	30,80	2,50	0,92	1,14	0,63	2,02	1,66	1,78	1,46	2,30	2,16
24	32,60	30,82	2,52	0,88	1,15	0,63	2,06	1,66	1,76	1,44	2,32	2,14
25	32,56	30,80	2,46	0,92	1,15	0,65	2,06	1,66	1,76	1,44	2,34	2,14
26	32,60	30,82	2,50	0,90	1,16	0,66	2,08	1,64	1,74	1,42	2,34	2,12
27	32,60	30,78	2,44	0,82	1,16	0,66	2,10	1,64	1,74	1,42	2,34	2,12
28	32,60	30,80	2,46	0,90	1,16	0,66	2,10	1,64	1,74	1,42	2,32	2,10
29	32,58	30,76	2,46	0,90	1,16	0,66	2,08	1,64	1,70	1,38	2,30	2,10
30	32,58	30,76	2,44	0,80	1,15	0,66	2,08	1,64	1,70	1,38	2,28	2,08

Notdham, den 4. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

123.

Fischerei-Aufsichtsdienst.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 2. April 1889 (Amtsblatt Seite 111 ff.) und in Abänderung bezw. Ergänzung des derselben beigefügten Verzeichnisses der Fischerei-Aufsicher bringe ich in Nachstehendem das Verzeichnis derjenigen Unterbeamten der Königl. Wasserbauverwaltung zur öffentlichen Kenntniß, welche fortan auf den bezeichneten Gewässerrevieren den Fischerei-Aufsichtsdienst ausüben werden.

Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß hinsichtlich der Stellung dieser Beamten als Polizei-Organ die §§ 46 ff. des Fischerei-Ges. vom 30. Mai 1874 Anwendung finden und daß gemäß dem Circular-Erlaß der Herren Minister des Innern und der Justiz vom 27. Februar 1886 (R.-Circ. 1886 S. 49) diese Beamten hinsichtlich der in ihren Revieren vorkommenden Fischerei-Vergehen und Fischerei-Übertretungen als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft gelten. Potsdam, den 10. Juni 1890. Der Regierungs-Präsident.

Rfd. Nr.	Name und Dienststellung	Wohnort	Aufsichtspreze
Wasserbauinspektion Cöpenick.			
1.	Runde, Buhnenmeister	Prieros	Scharmügel-See, Storkower Kanal mit Großem Storkower See, Wolliger See und Langem See bis zur Dahme, Dahme vom Streganger See einschl. Dollgen-See, Kräzel-See, Zernsdorfer Panken-See bis zur Schleuse Neue Mühle. (Amtsbl. 1889 S. 113 Nr. 30 früher.)
2.	Dochhaus, Buhnenmeister	Cöpenick	Dahme von Neue Mühle bis zur Einmündung in die Spree bei Cöpenick einschl. Zaubtener See, Seddin-See, G.-Klampe, Lange See, Spree von der Mündung des Rieg-Grabens bis zur Berliner Weichbildsgrenze. (Amtsbl. 1889 S. 113 Nr. 32 früher.)
3.	Hildebrandt, Buhnenmeister	Woltersdorf	Spree von Gr. Tränke bis zum Rieg-Graben bei Cöpenick einschl. Müggel-See, Damerig-See. — Die sog. Müdersdorfer Gewässer einschl. Klafen-See, Kall-See, Krien-See, Stienitz-See, Weil-See, Pegg-See, Möllen-See, Eisen-See, Bauern-See, Lebenberger See, sowie Könnig-Kanal, Gofener Graben und Kap-Strom bis zum Seddin-See. (Amtsbl. 1889 S. 113 Nr. 29.)
Wasserbauinspektion Fürstenwalde.			
4.	Schubert, Buhnenmeister	Alt-Hartmannsdorf	Spree und Ober-Spree-Kanal von Fürstenwalde bis Gr. Tränke — Ober-Spree-Kanal von Gr. Tränke bis zum Seddin-See.
5.	Nowakki, Buhnenmeister	Neuhaus	Spree von Leitsch einschl. Prabh-See, Gr. und Kl. Gossnblatter See — Nördlicher Teil des Schwieloch-See's — Goret-See — Leignitz-See — Kersdorfer See bis Fürstenwalde, Friedrich-Wilhelms-Kanal von Neuhauser Schleuse bis Busch-Schleuse. (Amtsbl. 1889 S. 113 Nr. 26.)
6.	Gargle, Buhnenmeister	Mühlrose	Ober-Spree-Kanal von Kersdorfer Schleuse bis Busch-Schleuse — Friedrich-Wilhelms-Kanal von Busch-Schleuse bis Driesdower Schleuse und Driesdower See bis zur Ober.
7.	Schönfeld, Buhnenmeister	Fürstenberg	Ober-Spree-Kanal von Schaubehammer bis Fürstenberg.

Viehstehen.

124. Festgestellt ist:

der Mißbrand bei 3 Kühen des Wäckermeisters Wymann zu Buchholz, Kreis Niederbarnim, bei

2 Kühen auf dem Rittergut Krüge, Kreis Oberbarnim, unter dem Rindviehbestande des Halbbauern Friedrich Kultus zu Rauen, Kreis Werchow-Storkow;

der Rog bei 2 Pferden, welche der Pferdeschlächter Wäner zu Rauen von der Domäne Hertefeld, Kreis

Dithavelland, gekauft hat und bei 2 Pferden des Fuhr-
herrn Wähling zu Dt. Wilmersdorf, Kreis Teltow,
erloschen ist.

Der Stitzbrand unter dem Hindwies des Frei-
gutsbesizers Sumpf zu Egin, Kreis Dithavelland;
des Rog unter den Pferden des Fuhrherrn Weide
zu Dt. Wilmersdorf Kreis Teltow;

die Markt- und Klausenwiese unter dem
Hindwies in Johannisthal und Sommerfeld,
Kreis Dithavelland, unter den Rindern des Wädners
Wilhelm Weiland zu Rehagen, des Domänen
Rangsdorf und der Domaine Dahlen, Kreis Teltow,
sowie im ganzen Kreise Ruppin.

Potsdam, den 10. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam.

7. Der Bezirks-Ausschuss hält Ferien vom 21. Juli
bis 1. September d. J. — § 5 des Regulativs für
den Geschäftsgang bei den Bezirks-Ausschüssen vom
28. Februar 1884. Dies wird hierdurch bekannt gemacht.

Schleunige Gesuche sind als solche zu begründen
und als „Feriensache“ zu bezeichnen
Potsdam, den 9. Juni 1890.

Der Bezirks-Ausschuss.

B e k a n n t m a c h u n g.

8. Dem Königl. Bau-Rath Sched in Freien-
walde a. D. ist die Genehmigung zur Vornahme der
allgemeinen Vorarbeiten für die Herstellung eines für
Seeschiffe fahrbaren Kanals von der Däje (Settim)
nach Berlin und von Berlin nach der Nordsee (Ham-
burg) auf Grund des § 5 des Entleerungsgesetzes vom
11. Juni 1874 in Verbindung mit § 150 des Zukunfts-
gesetzes vom 1. August 1883 erteilt worden, was
hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Handlungen, welche das Zerschneiden von Bau-
stätten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande
haben, sind indes ohne vorangegangene Erlaubnis des
Bezirks-Ausschusses unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von einge-
friedigten Hof- oder Gartengräben ist nur mit Ein-
willigung des Besitzers, in deren Ermangelung nach
ertheilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 4. Juni 1890.

Namens des Bezirks-Ausschusses der Vorsitzende.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Anstellung von Bezirks-Schornsteinfegermeistern.

58. Gemäß § 7 des Regulativs für den Betrieb
des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin
vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffent-
lichen Kenntnis gebracht, daß die Schornsteinfegermeister
Carl Strauß, Schwedterstraße 35, und Adolf Gustav
Kölling, Bernauerstraße 37, vom 1. November 1889
ab als Bezirks-Schornsteinfegermeister angestellt sind.

Berlin, den 28. Mai 1890.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat Mai 1890.

A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Mgr.	Weizen (gut)	19	91	Wf.
"	do. (mittel)	19	25	"
"	do. (gering)	18	70	"
"	Roggen (gut)	18	40	"
"	do. (mittel)	18	15	"
"	do. (gering)	15	86	"
"	Gerste (gut)	19	06	"
"	do. (mittel)	17	36	"
"	do. (gering)	14	36	"
"	Hafer (gut)	18	21	"
"	do. (mittel)	17	52	"
"	do. (gering)	16	75	"
"	Erbsen (gut)	19	60	"
"	do. (mittel)	18	—	"
"	do. (gering)	17	20	"
"	Nichtstroh	6	43	"
"	Heu	5	84	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 kg

Hafer Stroh Heu
im Monat Mai 9,69 Mt., 3,59 Mt., 3,56 Mt.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Mgr.	Erbsen (gelbe, Rothen)	27	84	Wf.
"	Speisebohnen (weiße)	31	28	"
"	Linzen	40	94	"
"	Kartoffeln	5	—	"
" 1 Mgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	27	"
" 1 "	(Bauchfleisch)	1	09	"
" 1 "	Schweinefleisch	1	28	"
" 1 "	Kalbfleisch	1	34	"
" 1 "	Lammfleisch	1	20	"
" 1 "	Speck (geräuchert)	1	71	"
" 1 "	Ebutter	2	30	"
" 60 Stück Eier		2	88	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Mgr.	Erbsen (gelbe, Rothen)	32	50	Wf.
"	Speisebohnen (weiße)	35	—	"
"	Linzen	45	—	"
"	Kartoffeln	4	75	"
" 1 Mgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	35	"
" 1 "	(Bauchfleisch)	1	—	"
" 1 "	Schweinefleisch	1	50	"
" 1 "	Kalbfleisch	1	35	"
" 1 "	Lammfleisch	1	30	"
" 1 "	Speck (geräuchert)	1	60	"
" 1 "	Ebutter	2	40	"
" 60 Stück Eier		4	25	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats Mai 1890:

1) In Berlin:

für 1 Mgr. Weizenmehl Nr 1 35 Wf.,

Blätter, Bachkleinwandproben, 1 Tüchnadel, Wein-
flaschen-Étiquettes „Braunahberger“, 1 Obstmesser,
1 Werkzeuggriff, 1 Gläschen mit alkalifirtm Eisen-
oxydhydrat, 1 Vogelkloppfeste, 1 Komplimentirtuch,
Druckfaden in türkischer Sprache, 1 Forst- und Jagd-
Kalender 1890, 1 Buch: „Noblesse oblige“, Brief-
umschläge, Zigarettenproben, 1 Taschenspiegel, verschiedene
Notenstücke, 1 Buch: „Roman Olga“, 1 besgl. „Mili-
tons poetische Werke“, Messinghüllen, Flaschenkapfeln
aus Metall, 1 Mundharmonika, 1 Buch: „Skirnis“,
Gravattennadeln, Biblische Spruchkarten, Schreibfedern,
1 Kalender (Damenstiderei), Photographien, Metall-
kapfeln, 2 Bücher (Kaufm. Anleit.), 1 seidenes Tuch,
1 goldenes Portepée, 1 Lampenring, 1 Buch über Thier-
bestimmungsmethode, 2 Theaterstücke: „Die Kunstreiterin“,
Schirmquasten, Lesefessel in franz. Sprache, Geschäfts-
Étiquettes, 1 Karton Briefbogen und Briefumschläge,
1 Buch in hebräischer Schrift, Schreibpfeife, Lampen-
theile, Krügen, Knöpfe, Nähgarn, Schirmspitzen aus
Borstseide, 1 Brille, 1 Tüchnadel, mehrere Broches,
1 Taschenthermometer, chinesische Luise, 1 Broche
(Brieftaube), Essentzelle, rohe Seide, 1 Museum-
führer, Kleiderstoff, Stoff zu einer Weste, 1 Vorlage
zu einer Stiderei, 1 Buch „Erwin“, Messingtheile,
Maschinen Schlüssel, 1 Rechenbuch, 1 Messingbahn,
1 Buch „Odette“, 1 Ledertasche, 1 Buch: „Unglaube
und Offenbarung“, 4 Hefen: „Der Ring der Rie-
lungen“, 1 Buch: „Androgynik“, 1 Militair-Gesang-
buch, 1 Brett-Spiel, Karte, Ansichten vom Rumberg,
1 Buch: „Bilder und Klänge aus Rudolfsstadt“, 1 Stod-
knopf, 1 goldenes Kreuz, 1 Trauring, 1 Kalender,
Glückwunschkarten, 1 Ring, Bücher verschiedenen In-
halts, Landolt's Ophthalmoscope, 1 Schlittschuhbestand-
theil, 1 H. Straußfeder, 1 Schachtel „Brand's Pflaster“.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Ge-
sendungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen
— vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekannt-
machung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion
schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Gegen-
stände zum Besten des Post-Armensfonds werden ver-
steigert werden.

Berlin C., den 2. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

(Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend.)

52. Diejenigen Personen, welche Anschluss
an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen
in Potsdam, Spandau, Cöpenick, Stargitz, Groß-Lichter-
felde, Dranienburg, Grünau, Wannsee und Ludwig-
felde wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht
bald, spätestens bis Ende Juni, an das Post-
amt in dem betreffenden Orte zu richten. Bei den be-
zeichneten Postämtern können die Bedingungen für den
Anschluss eingesehen und Formulare für die Anmeldung
in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 17. Mai 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Kon- sistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle in der Kirchengemeinde
Stralau, Diözese Berlin I.

9. Nachdem Ihre Majestät die Kaiserin und
Königin ein Kapital von 150000 M. zur Dotation
einer Pfarrstelle für die Kirchengemeinde Stralau mit
dem Sitz in Rummelsburg allergnädigst zu bewilligen
geruht und die kirchlichen Gemeindeorgane in Stralau
unter Annahme dieser Allerhöchsten Gnadenbewilligung
beschlossen haben, das Besetzungsrecht der Pfarrstelle
Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Auguste
Victoria und der von ihr zu bestimmenden Nachfolge
zu überlassen, wird mit der im Einverständnisse des
Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten er-
theilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchen-
raths in der Kirchengemeinde Stralau, Diözese
Berlin I., eine Pfarrstelle mit dem Sitz in Rummels-
burg hiedurch errichtet.

Berlin, den 6. Mai 1890.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

(L. S.) gez. Hegel.

Potsdam, den 16. Mai 1890.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(L. S.) gez. Lucanus.

Erktionsdekret C. 12098. — II. 939/5.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums zu Berlin.

Prüfung für Handarbeits-Lehrerinnen in Berlin.

1. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen
Handarbeiten wird in Berlin in der Elisabeth-
Schule, Kochstraße Nr. 65 daselbst, vom 3. Sep-
tember 1890 ab stattfinden. Zur Prüfung werden
zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Be-
fähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorchrifts-
mäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen,
wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und
wenn sie am Tage der Prüfung das 18. Lebensjahr
vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind
spätestens bis zum 2. August 1890 an uns einzureichen
und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche
bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben:
1) das Zeugniß über diese Prüfung, 2) ein amtliches
Zeugniß über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin;
b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein
selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebens-
lauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der
Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der
Bewerberin und die Art der gewöhnlichen Prüfung (ob
für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volks-
schulen) anzugeben ist; 2) ein Tauf- bzw. ein Geburts-
schein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem
Arzte, der zur Führung eines Dienstfiegers berechtigt ist;
4) ein Zeugniß über die von der Bewerberin erworbene
Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon
abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin
u. s. w.; 5) ein Zeugniß über die erlangte Ausbildung

als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugniß, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug, b. ein Häfelstuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Rante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herren-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstoppe, sowie eine Strickstoppe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 Ctm. groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesezten Kladen; eine weiße und eine bunt karrirte Gitterstoppe, eine Körperstoppe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor Allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungs-Kommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgesetzt werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probesektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichtes in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welsch letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden. Berlin, den 16. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Rectorats-Prüfung in Berlin.

2. Die Rectorats-Prüfung wird hier am 11. und 12. November, 9. und 10. Dezember d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 30. August d. J. einzureichen, und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein

amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rectorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Befähigungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht.

Berlin, den 14. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin.

3. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier vom 1. bis 8. November und 2. bis 6. Dezember d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (sfr. Allg. Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns bis zum 30. August d. J. von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen, und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 14. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Ausführung für Sprachlehrerinnen in Berlin.

4. Die Prüfung zur Erlangung der Lehr-Befähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin im Locale der königlichen Augusta-Schule, Kleinschloßstraße 16/19, am 26. November 1890 stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramts nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 25. Oktober 1890 an uns einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung ist beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist; 2) ein Tauf- beziehungsweise Geburtschein; 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen; 4) ein amtliches Führungszeugniß; 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestellttes Zeugniß über den Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 Mark Prüfungsgebühren und 1,50 Mark Stempelgebühren zu ent-

richten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden. Berlin, den 16. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin.

5. Die Schulvorsteherinnen-Prüfung wird hier am **20. event. 21. November d. J.** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 20. August d. J. einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsfiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Berlin, den 16. Mai 1890.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Zweite Lehrerprüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

6. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird vom **26. bis 29. August 1890** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum 25. Juli 1890 durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugnis über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugnis des Lokalschulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 18. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

7. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird am **10. bis 12. September 1890** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 15. August 1890 an den Herrn Seminar-Direktor Mühlmann einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegels berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während

der Dauer des Seminarstudiums gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 18. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen

des **Königlichen Oberbergamts zu Halle.**

10. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. März 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße Nr. 29, unter dem Namen **Wellen** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Lösslin, Callinchen und Schöneiche im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 5. Juni 1890.

Königliches Oberbergamt.

11. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. März 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin W., Leipzigerstraße 29, unter dem Namen **Fritz Glück** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l m n o a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Lösslin, Schöneiche und Callinchen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 5. Juni 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

34. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Einsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben angegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Aus- fertigung der Bescheinigung hier ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Thierschau und land- wirtschaftliche Aus- stellung,	Spiellohau,	9. und 10. Juni,	Thiere, landwirth- schaftliche Ma- schinen, Geräte und gewerbliche Erzeugnisse,	Königlichen Eisen- bahn - Direktion Bromberg,	Aus- stellungs- Commission,	14 Tage	nach Schluß der Ausstellung.
2	Provincial - Geflügel- Ausstellung,	Leobschütz,	15. bis 17. August,	Geflügel und Ge- räthe zur Ge- flügelzucht,	Preussischen Staatsbahnen,	desgl.	10 Tage	
3	Districtschau,	Marienturg	30. August,	Thiere, landwirth- schaftliche Ma- schinen, Geräte und Erzeugnisse,	Königlichen Eisen- bahn - Direktion Bromberg,	desgl.	8 Tage	

Bromberg, den 2. Juni 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Frachtsundungen.

26. Im Bereich der Königl. Preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung werden die für Eisenbahntransporte von und nach einer und derselben Eisenbahn-Station erwachsenden Forderungen an Fracht, Nebengebühren, Nachnahmen und dergleichen unter nachstehenden Bedingungen auf die Dauer eines Monats gestundet:

- 1) Die zu stundende Summe muß monatlich wenigstens 300 Mark betragen.
- 2) Der Stundungsnehmer hat Sicherheit mindestens für den 1 1/2fachen Betrag der monatlichen Stundungssumme zu bestellen. Als Sicherheit werden angenommen:
 - a. Die von dem Deutschen Reich oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder garantierten Schuldverschreibungen zum vollen Kurswerth, sowie andere bei der Deutschen Reichsbank beilehbare Wertpapiere zu dem dort beilehbaren Bruchtheile des Kurswerthes;
 - b. ein an die stundende Behörde bei Sicht zahlbarer, gezogener und acceptirter oder ein eigener avalirter Wechsel;
 - c. ein nach bestimmtem Muster auszustellender Bürgschein eines der Eisenbahnverwaltung genehmigten größeren, im Deutschen Reiche ansässigen Bankhauses.

Die Eisenbahnverwaltung behält sich das

Recht vor, jederzeit und ohne Angabe von Gründen an Stelle einer in Wechseln oder Bürgscheinen bestellten Sicherheit anderweite Sicherheit zu fordern.

- 3) Die Stundungs-Konten werden allmonatlich abgeschlossen.

Die Saldobeträge zu Gunsten der Stundungsnehmer werden nach dem Abschlusse sofort durch die Güterkasse beglichen, während die Zahlung der Saldobeträge zu Lasten der Stundungsnehmer durch letztere bis zum 10ten, und wenn der 10te ein Sonn- oder Festtag ist, bis zum 9ten des auf den Stundungsmonat folgenden Monats erfolgen muß und zwar:

- a. ausschließlich bei der betreffenden Güterkasse, wenn der ein für allemal bewilligte Stundungsbetrag 3000 M. oder weniger beträgt und die Zahlung in der vorstehend festgesetzten Zahlungsfrist erfolgt,
- b. ausschließlich bei der Betriebskasse (bezw. der Hauptkasse), wenn der monatliche Stundungsbetrag mehr als 3000 M. beträgt, sowie, wenn er zwar 3000 M. nicht übersteigt, die vorstehend auf den 10ten bezw. 9ten des dem Stundungsmonat folgenden Monats festgesetzte Zahlungsfrist aber bereits abgelaufen ist.

Abzlagszahlungen sind zulässig; dieselben müssen im Falle zu a. bei der Güterkasse, zu b. bei der Betriebskasse erfolgen. An Stelle der Barzahlungen kann in den Fällen zu a. und b. die Ausgleichung des

Saldos durch Bankvermittlung zugelassen werden. Anträge auf Frachtkundung sind an die Königlichen Eisenbahn-Betriebsämter zu richten, von welchen auch die ausführlichen Bedingungen bezogen werden können.

Berlin, den 30. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Abfertigung von Reisegepäck nach Heringdorf.

27. Zur Erleichterung des Reiseverkehrs von Berlin nach dem Badeorte Heringdorf wird vom 15. Juni bis 15. September d. J. das zu den Personenzügen 821/861 (ab Berlin Stettiner Bahnhof 850 Borm.), sowie das zu dem Schnellzuge 851 (ab Berlin Stettiner Bahnhof 1000 Borm.) auf Fahrkarten Berlin-Swinemünde über Duxerow aufgebene Reisegepäck auf Verlangen direkt nach Heringdorf abgefertigt und hierbei, neben der etwa zur Erhebung kommenden Gepäckerfracht bis Swinemünde, für die Beförderung von Swinemünde bis Heringdorf eine Gebühr von 2 Pfg. für das kg ohne Anrechnung von Freigewicht, mindestens aber 50 Pfg. und außerdem ein fester Zuschlag von 20 Pfg. für jeden Gepäckschein seitens der Abfertigungsstelle erhoben. In gleicher Weise wird während des vorgedachten Zeitraumes direkte Gepäckerabfertigung auch in umgekehrter Richtung von Heringdorf nach Berlin mit den Zügen 864/822 (ab Swinemünde Bahnhof 114 Nachm.), sowie dem Schnellzuge 852 (ab Swinemünde Bahnhof 430 Nachm.) stattfinden. Ferner sind für die Dauer der Badesaison zur Bequemlichkeit des das gedachte Bad besuchenden Publikums in Heringdorf, Hotel Lindemann, direkte Fahrkarten I., II. und III. Klasse ab Swinemünde nach Berlin zu den tarifmäßigen Preisen zum Verkauf aufgelegt.

Berlin, den 29. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g .

5. Nachstehender

Zweiter Nachtrag

zum

revidirten Reglement der Städte-Feuersozietät der Provinz Brandenburg vom ^{6. März} 23. April 1885

[Erster Nachtrag vom ^{11. März} 12. April 1887 (Amtsblatt der Königlichen Regierungen zu Potsdam bezw. Frankfurt a. Oder, Extrabeilage zu Stüd 20 1887)].

Art. II.

Die nachstehenden Paragraphen des revidirten Reglements von 1885 bezw. des ersten Nachtrages zu demselben von 1887 erhalten folgende Fassung:

§ 2.

Zweck der Sozietät ist die gegenseitige Versicherung von Gebäuden gegen Feuergefahr in der Weise, daß jedes Mitglied sich zugleich in dem Verhältniß eines Versicherers und eines Versicherten befindet, als Versicherer jedoch nur mit den ihm nach seiner Versicherungssumme obliegenden Beiträgen verpflichtet ist.

Die als Pertinenzien von Gebäuden zu betrachtenden beweglichen Sachen, sofern sie nicht zum Gewerbebetriebe dienen, dürfen zur Versicherung mit angenommen werden.

Dasselbe darf geschehen mit Einfriedigungen aller Art. § 39.

Kein Gebäude, welches bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert ist, darf bei der Sozietät aufgenommen, und kein Gebäude, welches bei der Sozietät versichert ist, bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert werden.

Findet sich, daß ein bei der Sozietät versichertes Gebäude anderweit versichert ist, so hat der Versicherte aus der Versicherung bei der Sozietät gegen diese keine Rechte, ist jedoch verpflichtet zur Zahlung der Beiträge bis zum Ablaufe des Halbjahres, in welchem die Bedingungen für den freiwilligen Austritt eines Versicherten nach § 72 ff. erfüllt sind. Sobald dies geschieht, erlischt das Recht der Realgläubiger (§ 84).

Auch darf ohne Genehmigung des Direktors kein Gebäude innerhalb eines Gehöfts, von welchem ein anderes Gebäude bei der Sozietät versichert ist, bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert werden. Ist dies dennoch geschehen, so tritt die Befugniß der Sozietät ein, die Versicherung gemäß § 75 aufzuheben.

Ist in diesen Fällen der Verdacht eines versuchten Betruges nicht ausgeschlossen, so hat der Direktor der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen.

§ 60.

Der Direktor stellt die Versicherungssumme und die Classe für die zu versichernden Gebäude fest.

§ 61.

Rechtzeitig für den regelmäßigen Eintrittstermin beantragte Versicherungen (§ 59 Abs. 1) gelten zu diesem Termine nach dem Antrage als angenommen, falls bis dahin nicht die Ortskommission gegen den Antrag Bedenken erhoben (§ 58 Abs. 2), oder der Direktor eine Revision der Abschätzung angeordnet (§ 58 Abs. 4), oder den Antrag abgelehnt hat.

Für einen anderen Termin beantragte Versicherungen gelten für angenommen, mit dem Ablaufe des Tages, an welchem die Ortskommission den Antrag geprüft und keine oder nur solche Einwendungen gemacht hat, denen sich der Eigentümer unterworfen (§ 58 Abs. 1), derart, daß die Versicherung zu diesem Termine, bezw. zu dem beantragten späteren Termine in Kraft tritt.

In beiden Fällen wird jedoch die Versicherung aufgehoben, bezw. abgeändert mit der Zustimmung der die beantragte Versicherung ablehnenden oder abändernden Versammlung des Direktors.

Im Uebrigen tritt die Versicherung mit der Mittagsstunde des Tages, an welchem die Benachrichtigung (§ 61 a.) ausgestellt ist, bezw. mit dem in der letzteren angegebenen späteren Termine in Kraft.

§ 61 a.

Ueber die festgestellte bezw. in Kraft getretene Versicherung erhält der Gebäudebesitzer kostenfrei eine Benachrichtigung.

§ 113.

Der Direktor ist befugt, Personen, welche sich zum Vortheil der Societät die Entdeckung von Brandstiftern zur Aufgabe gestellt haben, aus Mitteln der Societät für ihre Bemühungen zu entschädigen und für diesen Zweck einen Betrag bis zu 3000 M. jährlich zu verwenden, auf Prämien bis zu 1000 M. für die Entdeckung eines Brandstifters auszusprechen und zur Zahlung anzuweisen, sobald der Letztere wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung rechtskräftig verurtheilt worden ist.

Auch Personen, welche sich im Interesse der Societät bei einem Brande durch Hülfeleistung mit Gefahr für Leib und Leben auszeichnen, können Prämien bis zu 150 M. bewilligt werden.

Art. II.

In den Paragraphen 82, 83, 85 und 86 fällt die Bezugnahme auf § 39 weg; dagegen wird dieselbe im § 84 Abs. 1 hinzugefügt.

Art. III.

Dem Reglement treten folgende Bestimmungen, betreffend

Versicherung beweglicher Sachen

hinz.

§ 122.

Die Societät versichert innerhalb ihres Gebietes auch bewegliche Sachen

Eine Verpflichtung hierzu besteht indessen für die Societät nicht, sondern der Direktor entscheidet über die Annahme nach freiem Ermessen.

Ausgeschlossen sind: Urkunden, Wertpapiere, bares Geld, ungefaßte Edelsteine und Perlen, unverarbeitetes Gold und Silber.

Die an der Versicherung beweglicher Sachen Theilhaftigen bilden mit den an der Versicherung unbeweglicher Sachen Theilhaftigen eine Gemeinschaft zur gegenseitigen Uebertragung des Schadens.

§ 123.

Die der Societät für die Gebäudeversicherung zustehenden im § 3 aufgezählten Vorrechte finden auf die Versicherung beweglicher Sachen keine Anwendung.

§ 124.

Die näheren Bedingungen, unter welchen die Societät bewegliche Sachen versichert, werden unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 8. Mai 1837 (G.-S. S. 102) vom Provinzialausschuß auf Antrag des Direktorialraths festgesetzt und durch die Amtsblätter der Provinz bekannt gemacht.

Der Direktor ist befugt, neben diesen allgemeinen Bedingungen noch besondere Bedingungen in jedem einzelnen Falle, insbesondere für landwirtschaftliche, Fabrik- und Mühlenversicherungen, mit dem Versicherungsnehmer zu vereinbaren.

§ 125.

Der Zeitpunkt, mit welchem der Art. III. dieses Nachtrags in Kraft tritt, ist auf den Antrag des Direktors durch den Ober-Präsidenten zu bestimmen und durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen.

§ 126.

Die Vermittelung der Versicherung beweglicher Sachen geschieht durch Geschäftsführer, über deren Anstellung und Besoldung auf Antrag des Direktorialraths der Provinzialausschuß eine Anweisung erläßt.

§ 127.

Soweit für die Versicherung beweglicher Sachen keine besonderen Bestimmungen getroffen sind, finden auf dieselbe die für die Gebäudeversicherung gegebenen Vorschriften des Reglements sinngemäße Anwendung.

Dies gilt auch von der im § 119 den Versicherten zugestandenen Austrittsbefugniß.

Vorstehender zweiter Reglements-nachtrag ist vom Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung vom 6. März 1890 — vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers des Innern — beschloffen worden.

Berlin, den 13. März 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
(L. S.) von Levetzow.

J. Nr 1303 C.

Der vorstehende zweite Nachtrag zu dem revidirten Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg de conf. 23. April 1885 wird hierdurch genehmigt.

Berlin, den 21. Mai 1890.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage gez. Eodemann.

Genehmigung

Ia. 5051.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 30. Mai 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

J. Nr 1504 C.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

18. Auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes in der Fassung vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes vom 14. April 1856 genehmigen wir hiermit, daß die bisher zum Forstgutsbezirk Woltersdorf gehörende Bädnerstelle Blatt III. Parzelle 225 der Gemarkung Cottow dem Forstgutsbezirk Woltersdorf abgezeigt und dem Gemeindebezirk Cottow einverleibt wird.

Jüterbog, den 29. Mai 1890.

Der Kreis-Ausschuß Jüterbog-Luderswalder Kreises.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Zur Entscheidung über die in Folge des von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unter dem 1. Oktober 1889 erlassenen Preisausschreibens eingegangenen Entwürfe und Modelle für ein am meisten geeignetes Segel- oder Lastschiff zum Befahren der Oder, des

Ober-Spree-Kanals und der Spree innerhalb der Stadt Berlin, sind zu Preisdichtern ernannt: Geheimer-Admiral-Rath Brir zu Berlin, Regierungs- und Bau-rath Werner zu Berlin, Regierungs- und Bau-rath Dieckhoff zu Potsdam, Wasser-Bauinspektor Hamel zu Breslau, Schiffbaumeister Stuger zu Havelberg, Fabrikbesitzer und Schiffbauingenieur Hofmann zu Breslau, Schiffsrheder Rothenbacher zu Berlin, Schiffahrts-Direktor Ströbler zu Berlin, Schiffsrheder Krause zu Breslau, Schiffsrheder Nagel zu Breslau. Das Preisdicht wird am 1. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr, in der Sitzungssaale des Königl. Ober-Präsidiums zu Breslau (Albrechtstr. 32) mit der Prüfung der eingegangenen Entwürfe und Modelle beginnen.

Breslau, den 17. Mai 1890.

Der Ober-Präsident.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben mittelst A. E. O. vom 15. Mai d. J. dem Regierungs-Rath Zimmerl. den Charakter als „Geheimer Regierungs-Rath“ zu verleihen geruht.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Gemeindevorstehers Pahl zu Friedrichsfelde der Gemeindevorsteher Diege daselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den 3. Bezirk Friedrichsfelde ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Schiffs-Streu zu Neu-Weißensee der Fabrikbesitzer, Lieutenant der Reserve Henniger daselbst, zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 24. Bezirks Weißensee ernannt worden.

Der Katasteramts-Gehilfe Karl Brummad ist zum Kataster-Zeichner bei dem Katasteramte Berlin II. ernannt worden.

Der Vermessungsgehilfe Otto Lieg ist zum Kataster-Zeichner bei dem Katasteramte Berlin III. ernannt worden.

Der Katasteramts-Gehilfe Wilhelm Ewald ist zum Kataster-Zeichner bei dem Katasteramte Jüterbog ernannt worden.

Dem Ober-Regierungsrath Bohnstedt ist vom 1. Juni d. J. ab die Ober-Regierungsraths-Stelle bei der Königl. General-Kommission für die Provinzen

Brandenburg und Pommern in Frankfurt a. O. übertragen.

Die unter Königl. Kollatur stehende Oberpfarrstelle zu Gransee, Diözese Lindow-Gransee, ist durch das am 15. d. M. erfolgte Ableben des Superintenden und Oberpfarrers Hollefreund zur Erledigung gekommen.

Die unter Königl. Patronat stehende Pfarrstelle zu Haseloff, Diözese Belgig, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Cunert, zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Kirchengesetzes, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886 — Kirchl. Ges. und Verordn. Bl. d. 1886 S. 39. — Bewerbungen um diese Stelle sind schriftlich bei dem Königl. Konfiskatorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. O.

Der kommissarische Hilfslehrer, Schulamts-Kandidat Soenneken ist als Hilfslehrer am Schullehrerseminar in Neu-Ruppin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Fräulein Anna Arnhold und Elfriede Seyger sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Mai sind
angestellt: als Postassistenten die Postanwärter Friesede, Hoffmann, Uchdorff und Wille, als Telegraphenassistenten die Telegraphenanwärter Bausch, Breitkopf, Dahl, Dennhardt, Frank, Franz, Rasch, Kleine, Krüger, O. A. Müller, Riemann, Ritsche, Pfaff, Podzun, Siefarth, Sitte, Stache, Wendt, Wunisch,
versetzt: der Telegraphenassistent Vertman von Berlin nach Cassel, der Postassistent Köhne von Bielefeld nach Berlin,
in den Ruhestand versetzt: der Postkommissarius Groth, der Telegraphensecretair Mattemeyer, der Ober-Telegraphenassistent Laubien,
gestorben: der Ober-Postsecretair J. E. J. Schmidt.

(Hierzu der Fahrplan der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin, gültig vom 1. Juni 1890 ab, eine Extra-Beilage, enthaltend die Wahlordnung, betreffend die Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt d. s. Stadtkreises Berlin, vom 4. Juni 1890, und die Wahlordnung, betreffend die Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg, vom 4. Juni 1890,

sowie Fünf Öffentliche Anzeiger)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Rebirt von der Königl. Regierung in Potsdam

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben (A. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum 24. ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 13. Juni 1890.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidenten von Berlin,

betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889.

12. Auf Grund des § 49 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 (R.-G.-Bl. S. 97) haben die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimmt, daß die Wahlordnung in Betreff der Wahl der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin von dem unterzeichneten Oberpräsidenten zu erlassen sei, und hierbei zugleich auf Grund des § 48 a. a. D. festgesetzt, daß bis zur Genehmigung des Statutes der Versicherungsanstalt für den Stadtkreis Berlin die Zahl der den Ausschuß derselben bildenden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten je zehn betragen solle. Demzufolge bringe ich nachstehende Wahlordnung zur öffentlichen Kenntnis.

Wahlordnung,
betreffend die Wahlen der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin.

Vom 4. Juni 1890.

Auf Grund der §§ 48 fg. des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird im Auftrage der Landes-Centralbehörde für die Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin behufs Wahl der Ausschußmitglieder folgende

Wahlordnung

erlassen.

- 1) Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt unter Leitung eines Beauftragten mittelst schriftlicher Abstimmung der wahlberechtigten Körperschaften (Ziffer 4) nach Wahlbezirken. Die Einteilung der Wahlbezirke und die Festsetzung der Zahl der in jedem Wahlbezirke zu wählenden Mitglieder des Ausschusses erfolgt unter Berücksichtigung der Gesamtzahl derjenigen Personen, welche nach den hierüber erlassenen Bestimmungen den Ausschuß bilden sollen.

In jedem Wahlbezirke werden Vertreter der Arbeitgeber und Vertreter der Versicherten je in gleicher Zahl und außerdem für jeden Vertreter je

ein erster und ein zweiter Ersatzmann gewählt. Der Beginn der erstmaligen fünfjährigen Wahlperiode der Ausschußmitglieder (§ 49 Abs. 3 a. a. D.) wird auf den 1. Juli 1890 festgesetzt.

Die Wahlbezirke, ihre Reihenfolge (Ziffer 15) und die Zahl der in jedem derselben zu wählenden Vertreter werden durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin bekannt gemacht.

- 2) Die einzelnen wahlberechtigten Körperschaften (Ziffer 4) vollziehen die Wahlen durch Abgabe der ihnen zugetheilten Anzahl von Stimmen. Diese Zuteilung erfolgt unter Berücksichtigung der Zahl derjenigen nach dem Gesetz vom 22. Juni 1889 versicherungspflichtigen Personen, welche nach den angestellten Ermittlungen auf die betreffende Körperschaft entfallen.

Hierbei werden denjenigen Körperschaften, für welche weniger als 50 Versicherungspflichtige in Betracht zu ziehen sind, je eine Stimme, denjenigen Körperschaften, für welche mindestens 50 aber weniger als 100 Versicherungspflichtige in Betracht kommen, je zwei Stimmen, solchen Körperschaften aber, für welche 100 oder mehr Versicherungspflichtige ermittelt sind, für je 100 weitere Personen je eine Stimme mehr beigelegt.

- 3) Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Bestimmung über die Zahl der in jedem Wahlbezirke zu wählenden Personen und die Bestimmung über die Zahl der den einzelnen wahlberechtigten Körperschaften zustehenden Stimmen bleiben auch für die Folge maßgebend, soweit nicht wegen anderweiter Festsetzung der Gesamtzahl der zu wählenden Ausschußmitglieder eine anderweite Verteilung erforderlich wird oder aus sonstigen Gründen ausnahmsweise einzelne Veränderungen vorgenommen werden. Eine Vermehrung oder Verminderung der wahlberechtigten Körperschaften oder der Zahl der in denselben in Betracht zu ziehenden Personen bleibt in der Regel ohne Einfluß.

Der unterzeichnete Ober-Präsident bestimmt endgültig, inwieweit etwaige Veränderungen bei künftigen Wahlen vorgenommen werden sollen.

- 4) Wahlberechtigte Körperschaften sind innerhalb eines jeden Wahlbezirks:

a. die Vorstände (vergl. Ziffer 5) derjenigen Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungs-, Krankenkassen und Knappschaftskassen, welche in dem Wahlbezirk ihren Sitz haben (Ziffer 7 fg.)

- b. für diejenigen Versicherten, welcher eine der vor-
bezeichneten Klassen nicht angehören, der Stadt-
Ausschuß von Berlin (Ziffer 9).
- 5) In denjenigen Klassen (Ziffer 4a.), in welchen der
Vorstand aus Vertretern der Arbeitgeber und aus
Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt ist,
haben an den Wahlen nicht alle Vorstandsmitglieder,
sondern nur diejenigen Theil zu nehmen, welche
für diejenige Kategorie, für welche die Wahlen
erfolgen, in den Vorstand berufen sind. In solchen
Körperschaften werden daher gewählt:
- a. die aus den Arbeitgebern zu entnehmenden
Mitglieder des Ausschusses und ihre Ersatz-
männer lediglich von denjenigen Mitgliedern
des Vorstandes, welche in den letzteren von
den Arbeitgebern berufen worden sind;
 - b. die aus den Versicherten zu entnehmenden Mit-
glieder des Ausschusses und deren Ersatzmänner
lediglich von denjenigen Mitgliedern des Vor-
standes, welche in den letzteren von den ver-
sicherten Mitgliedern gewählt worden sind.
- Bei denjenigen Körperschaften dagegen
(Ziffer 4a.), in welchen eine solche Unterscheidung
verschiedener Arten von Vorstandsmitgliedern nicht
statfindet, nehmen die sämtlichen Mitglieder des
Vorstandes an den Wahlen beider Klassen von
Ausschußmitgliedern Theil. Dasselbe gilt bei der
von dem Stadt-Ausschuß zu vollziehenden Wahl
(Ziffer 4b).
- 6) Die Wahlen werden durch Ausfüllung von Stimm-
zetteln vollzogen. Für die zu wählenden Vertreter
der Arbeitgeber nebst Ersatzmännern einerseits und
die zu wählenden Vertreter der Versicherten nebst
Ersatzmännern andererseits werden besondere Stimm-
zettel ausgefüllt. Die Stimmzettel werden den
Vorsitzenden der wahlberechtigten Körperschaften
vor der Wahl zugestellt; sie enthalten im Vordruck
die Angabe, in welchem Wahlbezirk die Wahl zu
vollziehen ist, wieviel Personen zu wählen sind,
wieviel Stimmen der betreffenden Körperschaft für
die Ermittlung des Wahlergebnisses zugetheilt
sind, wie der Beauftragte (Ziffer 1) heißt und wo
derselbe wohnt.
- 7) Bei wahlberechtigten Klassen (Ziffer 4a) beruft
der Vorsitzende des Vorstandes gleich nach Em-
pfang der Stimmzettel diejenigen Mitglieder des
Vorstandes, welche gemäß Ziffer 5 zur Vollziehung
der Wahlen befugt sind. Der Vorsitzende ist jedoch
berechtigt, die Wahlen durch die hierzu befugten
Mitglieder des Vorstandes schon vor Empfang der
Stimmzettel im Voraus vollziehen zu lassen, sofern
eine besondere Zusammenberufung in der Zeit nach
Empfang der Stimmzettel (vergl. Ziffer 11) un-
zweckmäßig erscheinen sollte. Von dem Tage, an
welchem die Wahlen vollzogen werden sollen,
müssen jedoch die wahlberechtigten Mitglieder unter
Angabe des Zwecks der Berufung in allen Fällen
rechtzeitig benachrichtigt werden.

Die Leitung den Wahlen liegt dem Vor-
sitzenden ob.

Die wahlberechtigten Mitglieder des Klassen-
vorstandes (Ziffer 5) bezeichnen mit einfacher
Stimmenmehrheit soviel wählbare Perso-
nen, wie zu Vertretern der Arbeitgeber bzw. zu Vertretern
der Versicherten im Wahlbezirk zu wählen sind,
außerdem für jede dieser Personen je einen ersten
und einen zweiten Ersatzmann.

Wählbar zu Vertretern der Arbeitgeber sind
gemäß §§ 50, 52 a. a. D. nur deutsche, männliche,
großjährige, im Bezirke der Versicherungsanstalt
wohnende Personen, welche als Arbeitgeber oder
als bevollmächtigte Leiter von Betrieben anderer
Arbeitgeber Lohnarbeiter (oder Dienstboten, Be-
triebsbeamte, Handlungsgehilfen etc.) von mehr als
16 Jahren nicht bloß vorübergehend beschäftigen,
sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden
und nicht durch richterliche Anordnung in der Ver-
fügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Wählbar zu Vertretern der Versicherten sind
gemäß §§ 50, 52 a. a. D. nur deutsche, männ-
liche, großjährige, im Bezirke der Versicherungs-
anstalt wohnende Personen, welche nach den Vor-
schriften des Gesetzes versichert, nicht durch richter-
liche Anordnung in der Verfügung über ihr Ver-
mögen beschränkt sind und sich im Besitze der bür-
gerlichen Ehrenrechte befinden, auch wenn sie selbst als
Arbeitgeber andere versicherungspflichtige Personen
vorübergehend beschäftigen.

Der wählenden Körperschaft brauchen die zu
wählenden Personen nicht anzugehören. Zur Ver-
meidung einer Zersplitterung der Stimmen wird
den wahlberechtigten Körperschaften empfohlen, vor
Vollziehung der Wahlen behufs Verständigung über
die zu wählenden Personen mit einander in Ver-
bindung zu treten.

- 8) Name und Wohnort der Gewählten sowie deren
Beruf sind für die Vertreter der Arbeitgeber einer-
seits und für die Vertreter der Versicherten anderer-
seits in den für die betreffende Kategorie bestimmten
besonderen Stimmzettel einzutragen. Unter der
Eintragung ist zu bescheinigen:

- a. daß die zur Vollziehung der Wahl berechtigten
Mitglieder des Vorstandes ordnungsmäßig
geladen worden sind;
- b. daß an der Wahl nur solche Mitglieder des
Vorstandes Theil genommen haben, welche zur
Theilnahme berechtigt waren;
- c. daß mehr als die Hälfte der Wählenden den-
jenigen Personen, deren Namen vorstehend ein-
getragen seien, ihre Stimme gegeben hat;
- d. daß die Gewählten den gesetzlichen Vorschriften
über die Wählbarkeit (vergl. Ziffer 7) genügen.

Die Bescheinigung erfolgt am Fuße des
Stimmzettels durch Namensunterschrift der
Wählenden, oder durch die Unterschrift des Vor-
sitzenden unter Bezeichnung seiner Dienststellung.

und Beibringung des Siegels der wählenden Körperschaft.

- 9) Auf die Wahlen durch den Stadt-Ausschuß finden die Bestimmungen der Ziffern 7 und 8 entsprechende Anwendung. Jedoch beschränkt sich die Bescheinigung (Ziffer 8) darauf, daß
- a. die Wahl durch den Stadt-Ausschuß mit Stimmenmehrheit ordnungsmäßig vollzogen sei;
 - b. daß die Gewählten den gesetzlichen Vorschriften über die Wählbarkeit (vergl. Ziffer 7) genügen.
- 10) Stimmzettel, welche nicht ordnungsmäßig unterschrieben sind oder nicht den richtigen Vordruck tragen, sind ungültig. Dasselbe gilt von solchen Stimmzetteln, in welchen Berichtigungen anders als durch Ausstreichen und Zusetzen bewirkt worden sind.

Stimmzettel, welche den Gewählten nicht deutlich bezeichnen oder welche auf Personen lauten, deren Wählbarkeit sich als bedenklich herausstellt, bleiben, soweit dies der Fall ist, unberücksichtigt.

Befinden sich auf einem Stimmzettel die Namen von mehr Personen eingetragen, als zu wählen sind, so sind nur die Stimmen gültig, welche auf die zuerst und bis zur Erfüllung der Zahl der zu Wählenden eingetragenen Namen entfallen.

- 11) Der Vorsitzende der wahlberechtigten Körperschaft hat die Stimmzettel binnen zweier Wochen nach deren Empfang ausgefüllt und portofrei an den Beauftragten (Ziffer 1) einzusenden.

Stimmzettel, welche dem Beauftragten erst zugehen, nachdem derselbe mit der Ermittlung des Wahlergebnisses begonnen hat, bleiben bei der betreffenden Wahl unberücksichtigt. Solche verspäteten Stimmzettel werden jedoch, sofern eine Nachwahl (Ziffer 18) vorzunehmen sein sollte, als für die letztere bestimmt angesehen und bei dieser berücksichtigt, sofern nicht die wahlberechtigte Körperschaft dem Beauftragten rechtzeitig die Erklärung zukommen läßt, daß der Stimmzettel für diese Nachwahl nicht gelten soll.

- 12) Der Beauftragte wird mit dem erforderlichen Listenmaterial versehen und von dem Tage, an welchem die einzelnen Stimmzettel den wahlberechtigten Körperschaften zugestellt sind, in Kenntnis gesetzt. Er stellt binnen zweier Wochen nach Ablauf der Einlieferungsfrist (Ziffer 11) die Wahlergebnisse wahlbezirksweise zusammen und ermittelt für jeden Wahlbezirk diejenigen Personen, auf welche gültige (Ziffer 10) Stimmen entfallen sind, sowie die Zahl der auf dieselben entfallenen Stimmen. Dabei ist der für die einzelnen wahlberechtigten Körperschaften festgestellte Geltungswert ihrer Stimmzettel (Ziffer 2) zu Grunde zu legen.
- 13) Ueber die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen sowie über etwaige wegen der Wahlen entstehende Streitigkeiten entscheidet vorbehaltlich

der Beschwerde an den unterzeichneten Ober-Präsidenten (§ 49 Abs. 4. a. a. D.) der Beauftragte. Derselbe ist befugt, über die Wählbarkeit der gewählten Personen Ermittlungen anzustellen und, wenn sich dabei Bedenken herausstellen, die auf die betreffenden Personen entfallenen Stimmen bei der Ermittlung des Wahlergebnisses unberücksichtigt zu lassen.

Die Beschwerde an den Ober-Präsidenten hat keine aufschiebende Wirkung. Weitere Rechtsmittel finden nicht statt. Wird in der Beschwerdeinstanz eine Wahl für ungültig erklärt, so ist sie nach den Vorschriften dieser Wahlordnung zu wiederholen.

- 14) Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt getrennt für die Vertreter der Arbeiter und für die Vertreter der Versicherten, für die ersten und für die zweiten Ersatzmänner.

Als gewählt gilt derjenige, welcher die einfache (relative) Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat.

Ist dieselbe Person mehrfach als Vertreter oder mehrfach als Ersatzmann gewählt, so entscheidet darüber, für welche Stelle er als gewählt zu betrachten ist, die Reihenfolge der Wahlbezirke bezw. der Vertreter (Ziffer 15). Ist dieselbe Person mehrfach und zwar sowohl als Vertreter wie als Ersatzmann gewählt, so gilt seine Wahl für die Stelle als Vertreter, oder sofern er theils als erster, theils als zweiter Ersatzmann gewählt ist, für die Stelle als erster Ersatzmann. Die auf mehrfach gewählte Personen anderweit entfallenen Stimmen kommen nicht in Betracht, vielmehr ist für diese anderen Stellen diejenige Person als gewählt zu betrachten, welche für die betreffende Stelle die nächstgrößte Anzahl gültiger Stimmen erhalten hat.

- 15) Die Reihenfolge der gewählten Vertreter der Arbeitgeber einerseits und Vertreter der Versicherten andererseits, sowie ihrer Ersatzmänner richtet sich, für jede Kategorie gesondert, innerhalb des Bezirks der Versicherungsanstalt nach der Reihenfolge der Wahlbezirke, innerhalb der einzelnen Wahlbezirke aber nach folgenden Bestimmungen:

a. Ist in einem Wahlbezirk nur ein Vertreter nebst Ersatzmännern zu wählen, so gelten die in dem Wahlbezirk gewählten Ersatzmänner in der Reihenfolge ihrer Wahl als erster beziehungsweise zweiter Ersatzmann des in demselben Wahlbezirk gewählten Vertreters.

b. Sind dagegen in dem Wahlbezirk mehrere Vertreter nebst Ersatzmännern zu wählen, so gilt innerhalb dieses Wahlbezirks derjenige, welcher die meisten Stimmen als Vertreter erhalten hat, als erster, derjenige, welcher die nächstgrößte Zahl von Stimmen erhalten hat, als zweiter, derjenige, welcher die drittgrößte Zahl von Stimmen hat, als dritter Vertreter und so fort; derjenige, welcher die meisten Stimmen als erster

Ersatzmann erhalten hat, als erster Ersatzmann des ersten, derjenige, welcher die nächstmeisten Stimmen als erster Ersatzmann erhalten hat, als erster Ersatzmann des zweiten, derjenige, welcher danach die meisten Stimmen erhalten hat, als erster Ersatzmann des dritten Vertreters und so fort. Endlich gilt derjenige, welcher die meisten Stimmen als zweiter Ersatzmann erhalten hat, als zweiter Ersatzmann des ersten, derjenige, welcher die nächstmeisten Stimmen erhalten hat, als zweiter Ersatzmann des zweiten, derjenige, welcher danach die meisten Stimmen erhalten hat, als zweiter Ersatzmann des dritten Vertreters und so fort.

Bei Stimmengleichheit entscheidet über die Wahl und die Reihenfolge der Gewählten das vom Beauftragten zu ziehende Loos.

- 16) Der Beauftragte hat über die Ermittlung des Wahlergebnisses unter Zugiehung eines vereideten Protokollführers ein Protokoll aufzurechnen. Aus demselben müssen die Namen und Wohnorte der Personen, auf welche Stimmen gefallen sind, die Zahl der auf die einzelnen Personen entfallenen gültigen und ungültigen Stimmen, die Namen der gewählten Vertreter und Ersatzmänner, sowie der Grund der Ungültigkeit von Stimmzetteln oder Stimmen zu ersehen sein.

- 17) Die gewählten Personen hat der Beauftragte von der Wahl schriftlich in Kenntniß zu setzen. Dabei sind dieselben unter Hinweis auf die Vorschriften des § 60 a. a. D. aufzufordern, dem Beauftragten binnen einer Frist von einer Woche über die Annahme oder Ablehnung der Wahl eine Erklärung abzugeben.

Wird binnen dieser Frist ein gesetzlicher oder statutarischer Ablehnungsgrund nachgewiesen, so gilt Derjenige, welcher für die betreffende Stelle die nächstgrößte Zahl gültiger Stimmen erhalten hat, an Stelle des Ablehnenden als gewählt. Beide Personen sind von dem Beauftragten hiervon in Kenntniß zu setzen.

Nach Ablauf der einwöchentlichen Frist (Absatz 1) hat der Beauftragte ein Verzeichnis der gewählten Personen und der über die Annahme oder Ablehnung der Wahlen eingegangenen Erklärungen dem Vorstände der Versicherungsanstalt einzureichen. Von dem Abschluß etwaiger weiteren Verhandlungen ist die Einreichung nicht abhängig zu machen. Ueber etwaige später eingehende Ablehnungserklärungen und darüber, ob in solchen Fällen nach den vorstehenden Bestimmungen (Absatz 2) zu verfahren, oder eine Nachwahl (Ziffer 18) vorzunehmen ist, hat der Vorstand der Versicherungsanstalt zu befinden.

- 18) Wird bei der ersten Wahl die vorgeschriebene Zahl der Vertreter oder Ersatzmänner nicht erreicht, so sind Nachwahlen vorzunehmen. Auf dieselben

finden die Vorschriften dieser Wahlordnung gleichfalls Anwendung.

- 19) Alle die Wahlen betreffenden Zustellungen an die wahlberechtigten Körperschaften oder die Gewählten erfolgen, sofern sie den Lauf von Fristen bedingen, gegen Zustellungsurkunde oder durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes.

- 20) Dem Beauftragten wird die zur Durchführung des Wahlgeschäfts erforderliche Schreib- und sonstige Hilfe von der für seinen Wohnsitz zuständigen königlichen Regierung bezw. dem königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Diese Beförderung hat die dem Beauftragten in Folge der Wahlen erwachsenden Porto- oder sonstigen Kosten zu erstatten.

Potsdam, den 4. Juni 1890.

Der Ober-Präsident von Berlin.

Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg,

betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889.

13. Auf Grund des § 49 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 (R.-G.-Bl. S. 97) haben die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimmt, daß die Wahlordnung in Betreff der Wahl der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg von dem unterzeichneten Oberpräsidenten zu erlassen sei, und hierbei zugleich auf Grund des § 48 a. a. D. festgesetzt, daß bis zur Genehmigung des Statutes der Versicherungsanstalt für die Provinz Brandenburg die Zahl der den Ausschuß derselben bildenden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten je fünfzehn betragen solle.

Demzufolge bringe ich nachstehende Wahlordnung zur öffentlichen Kenntniß:

Wahlordnung,
betreffend die Wahlen der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg.

Vom 4. Juni 1890.

Auf Grund der §§ 48 fg. des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird im Auftrage der Landes-Centralbehörde für die Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg behufs Wahl der Ausschußmitglieder folgende

Wahlordnung

erlassen:

- 1) Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt unter Leitung eines Beauftragten mittels schriftlicher

Bestimmung der wahlberechtigten Körperschaften (Ziffer 4) nach Wahlbezirken. Die Einteilung der Wahlbezirke und die Festlegung der Zahl der in jedem Wahlbezirk zu wählenden Mitglieder des Ausschusses erfolgt unter Berücksichtigung der Gesamtzahl derjenigen Personen, welche nach den hierüber erlassenen Bestimmungen den Ausschuss bilden sollen.

In jedem Wahlbezirk werden Vertreter der Arbeitgeber und Vertreter der Versicherten je in gleicher Zahl und außerdem für jeden Vertreter je ein erster und ein zweiter Ersatzmann gewählt. Der Beginn der erstmaligen fünfjährigen Wahlperiode der Ausschussmitglieder (§ 49. Abs. 3 a. a. O.) wird auf den 1. Juli 1890 festgesetzt.

Die Wahlbezirke, ihre Reihenfolge (Ziffer 15) und die Zahl der in jedem derselben zu wählenden Vertreter werden durch die Regierungsamtsblätter der Provinz bekannt gemacht.

- 2) Die einzelnen wahlberechtigten Körperschaften (Ziffer 4) vollziehen die Wahlen durch Abgabe der ihnen zugesendeten Anzahl von Stimmen. Diese Zuteilung erfolgt unter Berücksichtigung der Zahl derjenigen nach dem Gesetz vom 22. Juni 1889 versicherungspflichtigen Personen, welche nach den angestellten Ermittlungen auf die betreffende Körperschaft entfallen.

Hierbei werden denjenigen Körperschaften, für welche weniger als 50 Versicherungspflichtige in Betracht zu ziehen sind, je eine Stimme, denjenigen Körperschaften, für welche mindestens 50 aber weniger als 100 Versicherungspflichtige in Betracht kommen, je zwei Stimmen, solchen Körperschaften aber, für welche 100 oder mehr Versicherungspflichtige ermittelt sind, für je 100 weitere Personen je eine Stimme mehr beigelegt.

- 3) Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Bestimmung über die Zahl der in jedem Wahlbezirk zu wählenden Personen und die Bestimmung über die Zahl der den einzelnen wahlberechtigten Körperschaften zustehenden Stimmen bleiben auch für die Folge maßgebend, soweit nicht wegen anderweiter Festlegung der Gesamtzahl der zu wählenden Ausschussmitglieder eine anderweite Vertheilung erforderlich wird oder aus sonstigen Gründen ausnahmsweise einzelne Veränderungen vorgenommen werden. Eine Vermehrung oder Verminderung der wahlberechtigten Körperschaften oder der Zahl der in denselben in Betracht zu ziehenden Personen bleibt in der Regel ohne Einfluß.

Der unterzeichnete Ober-Präsident bestimmt endgültig, wie weit etwaige Veränderungen bei künftigen Wahlen vorgenommen werden sollen.

- 4) Wahlberechtigte Körperschaften sind innerhalb eines jeden Wahlbezirks:
 - a. die Vorstände (vergl. Ziffer 5) derjenigen Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungs-, Krankenkassen und Knappschaftskassen, welche

in dem Wahlbezirk ihren Sitz haben (Ziffer 7 fg.);

- b. für diejenigen Versicherten, welche einer der vorbezeichneten Klassen nicht angehören, die Kreis- (Stadt-) Ausschüsse derjenigen Kreise (Stadtkreise), deren Kreisstädte in dem Wahlbezirk belegen sind (Ziffer 9).

- 5) In denjenigen Klassen (Ziffer 4a.), in welchen der Vorstand aus Vertretern der Arbeitgeber und aus Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt ist, haben an den Wahlen nicht alle Vorstandsmitglieder, sondern nur diejenigen Theil zu nehmen, welche für diejenige Kategorie, für welche die Wahlen erfolgen, in den Vorstand berufen sind. In solchen Körperschaften werden daher gewählt:

- a. die aus den Arbeitgebern zu entnehmenden Mitglieder des Ausschusses und ihre Ersatzmänner lediglich von denjenigen Mitgliedern des Vorstandes, welche in den letzteren von den Arbeitgebern berufen worden sind;
- b. die aus den Versicherten zu entnehmenden Mitglieder des Ausschusses und deren Ersatzmänner lediglich von denjenigen Mitgliedern des Vorstandes, welche in den letzteren von den versicherten Mitgliedern gewählt worden sind.

Bei denjenigen Körperschaften dagegen (Ziffer 4a.), in welchen eine solche Unterscheidung verschiedener Arten von Vorstandsmitgliedern nicht statifindet, nehmen die sämtlichen Mitglieder des Vorstandes an den Wahlen beider Klassen von Ausschussmitgliedern Theil. Dasselbe gilt bei den von Kreis- (Stadt-) Ausschüssen zu vollziehenden Wahlen (Ziffer 4b.).

- 6) Die Wahlen werden durch Ausfüllung von Stimmzetteln vollzogen: Für die zu wählenden Vertreter der Arbeitgeber nebst Ersatzmännern einerseits und die zu wählenden Vertreter der Versicherten nebst Ersatzmännern andererseits werden besondere Stimmzettel ausgefüllt. Die Stimmzettel werden den Vorsitzenden der wahlberechtigten Körperschaften vor der Wahl zugestellt; sie enthalten im Vordruck die Angabe, in welchem Wahlbezirk die Wahl zu vollziehen ist, wieviel Personen zu wählen sind, wieviel Stimmen der betreffenden Körperschaft für die Ermittlung des Wahlergebnisses zugetheilt sind, wie der Beauftragte (Ziffer 1) heißt und wo derselbe wohnt.

- 7) Bei wahlberechtigten Klassen (Ziffer 4a.) beruft der Vorsitzende des Vorstandes gleich nach Empfang der Stimmzettel diejenigen Mitglieder des Vorstandes, welche gemäß Ziffer 5 zur Vollziehung der Wahlen befugt sind. Der Vorsitzende ist jedoch berechtigt, die Wahlen durch die hierzu befugten Mitglieder des Vorstandes schon vor Empfang der Stimmzettel im Voraus vollziehen zu lassen, sofern eine besondere Zusammenberufung in der Zeit nach Empfang des Stimmzettels (vergl. Ziffer 11) ungewandmäßig erscheinen sollte. Von

dem Tage, an welchem die Wahlen vollzogen werden sollen, müssen jedoch die wahlberechtigten Mitglieder unter Angabe des Zwecks der Berufung in allen Fällen rechtzeitig benachrichtigt werden.

Die Leitung der Wahlen liegt dem Vorsitzenden ob.

Die wahlberechtigten Mitglieder des Rassenvorstandes (Ziffer 5) bezeichnen mit einfacher Stimmenmehrheit soviel wählbare Personen, wie zu Vertretern der Arbeitgeber bzw. zu Vertretern der Versicherten im Wahlbezirk zu wählen sind, außerdem für jede dieser Personen je einen ersten und einen zweiten Ersatzmann.

Wählbar zu Vertretern der Arbeitgeber sind gemäß §§ 50, 52 a. a. D. nur deutsche, männliche, großjährige, im Bezirke der Versicherungsanstalt wohnende Personen, welche als Arbeitgeber oder als bevollmächtigte Leiter von Betrieben anderer Arbeitgeber Lohnarbeiter (oder Dienstboten, Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen etc.) von mehr als 16 Jahren nicht bloß vorübergehend beschäftigen, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und nicht durch richterliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Wählbar zu Vertretern der Versicherten sind gemäß §§ 50, 52 a. a. D. nur deutsche, männliche, großjährige, im Bezirk der Versicherungsanstalt wohnende Personen, welche nach den Vorschriften des Gesetzes versichert, nicht durch richterliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, auch wenn sie selbst als Arbeitgeber andere versicherungspflichtige Personen vorübergehend beschäftigen.

Der wählenden Körperschaft brauchen die zu wählenden Personen nicht anzugehören. Zur Vermeidung einer Zersplitterung der Stimmen wird den wahlberechtigten Körperschaften empfohlen, vor Vollziehung der Wahlen behufs Verständigung über die zu wählenden Personen mit einander in Verbindung zu treten.

- 8) Name und Wohnort der Gewählten, sowie deren Beruf sind für die Vertreter der Arbeitgeber einerseits und für die Vertreter der Versicherten andererseits in den für die betreffende Kategorie bestimmten besonderen Stimmzetteln einzutragen. Unter der Eintragung ist zu bescheinigen:

- a. daß die zur Vollziehung der Wahl berechtigten Mitglieder des Vorstandes ordnungsmäßig geladen worden sind;
- b. daß an der Wahl nur solche Mitglieder des Vorstandes Theil genommen haben, welche zur Theilnahme berechtigt waren;
- c. daß mehr als die Hälfte der Wählenden denjenigen Personen, deren Namen vorstehend eingetragen seien, ihre Stimme gegeben hat;

d. daß die Gewählten den gesetzlichen Vorschriften über die Wählbarkeit (vergl. Ziffer 7) genügen.

Die Bescheinigung erfolgt am Fuße des Stimmzettels durch Namensunterschrift der Wählenden, oder durch die Unterschrift des Vorsitzenden unter Bezeichnung seiner Dienststellung und Beibringung des Siegels der wählenden Körperschaft.

- 9) Auf die Wahlen durch Kreis- (Stadt-) Ausschüsse finden die Bestimmungen der Ziffern 7 und 8 entsprechende Anwendung. Jedoch beschränkt sich die Bescheinigung (Ziffer 8) darauf, daß
- a die Wahl durch den Kreis- (Stadt-) Ausschuss mit Stimmenmehrheit ordnungsmäßig vollzogen sei;
 - b daß die Gewählten den gesetzlichen Vorschriften über die Wählbarkeit (vergl. Ziffer 7) genügen.

- 10) Stimmzettel, welche nicht ordnungsmäßig unterschrieben sind oder nicht den richtigen Vorbrudr tragen, sind ungültig. Dasselbe gilt von solchen Stimmzetteln in welchen Verächtigungen anders als durch Ausstreichen und Zusetzen bewirkt worden sind

Stimmzettel, welche den Gewählten nicht deutlich bezeichnen oder welche auf Personen lauten, deren Wählbarkeit sich als bedenklich herausstellt, bleiben, soweit dies der Fall ist, unberücksichtigt.

Befinden sich auf einem Stimmzettel die Namen von mehr Personen eingetragen, als zu wählen sind, so sind nur die Stimmen gültig, welche auf die zuerst und bis zur Erfüllung der Zahl der zu Wählenden eingetragenen Namen entfallen.

- 11) Der Vorsitzende der wahlberechtigten Körperschaft hat die Stimmzettel binnen zweier Wochen nach deren Empfang ausgefüllt und kostenlos an den Beauftragten (Ziffer 1) einzuliefern.

Stimmzettel, welche dem Beauftragten erst zu gehen, nachdem derselbe mit der Ermittlung des Wahlergebnisses begonnen hat, bleiben bei der betreffenden Wahl unberücksichtigt. Solche verspäteten Stimmzettel werden jedoch, sofern eine Nachwahl (Ziffer 18) vorzunehmen sein sollte, als für die letztere bestimmt angesehen und bei dieser berücksichtigt, sofern nicht die wahlberechtigte Körperschaft dem Beauftragten rechtzeitig die Erklärung zukommen läßt, daß der Stimmzettel für diese Nachwahl nicht gelten soll.

- 12) Der Beauftragte wird mit dem erforderlichen Rissenmaterial versehen und von dem Tage, an welchem die einzelnen Stimmzettel den wahlberechtigten Körperschaften zugestellt sind, in Kenntnis gesetzt. Er stellt binnen zweier Wochen nach Ablauf der Einlieferungsfrist (Ziffer 11) die Wahlergebnisse wahlbezirksweise zusammen und ermittelt für jeden Wahlbezirk diejenigen Personen, auf welche gültige (Ziffer 10) Stimmen entfallen sind, sowie die Zahl der auf dieselben entfallenen Stimmen. Dabei ist der für die einzelnen wahl-

berechtigten Körperschaften festgestellte Geltungswert ihrer Stimmzetteln (Ziffer 2) zu Grunde zu legen.

- 13) Ueber die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen sowie über etwaige wegen der Wahlen entstehende Streitigkeiten entscheidet vorbehaltlich der Beschwerde an den unterzeichneten Ober-Präsidenten (§ 49 Abs. 4 a. a. D.) der Beauftragte. Derselbe ist befugt, über die Wählbarkeit der gewählten Personen Ermittlungen anzustellen und, wenn sich dabei Bedenken herausstellen, die auf die betreffenden Personen entfallenen Stimmen bei der Ermittlung des Wahlergebnisses unberücksichtigt zu lassen.

Die Beschwerde an den Ober-Präsidenten hat keine aufschiebende Wirkung. Weitere Rechtsmittel finden nicht Statt. Wird in der Beschwerdeinstanz eine Wahl für ungültig erklärt, so ist sie nach den Vorschriften dieser Wahlordnung zu wiederholen.

- 14) Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt getrennt für die Vertreter der Arbeitgeber und für die Vertreter der Versicherten, für die ersten und für die zweiten Ersagmänner.

Als gewählt gilt derjenige, welcher die einfache (relative) Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat.

Ist dieselbe Person mehrfach als Vertreter oder mehrfach als Ersagmann gewählt, so entscheidet darüber, für welche Stelle er als gewählt zu betrachten ist, die Reihenfolge der Wahlbezirke bezw. der Vertreter (Ziffer 15). Ist dieselbe Person mehrfach und zwar sowohl als Vertreter wie als Ersagmann gewählt, so gilt seine Wahl für die Stelle als Vertreter, oder sofern er theils als erster theils als zweiter Ersagmann gewählt ist, für die Stelle als erster Ersagmann. Die auf mehrfach gewählte Personen anderweit entfallenen Stimmen kommen nicht in Betracht, vielmehr ist für diese anderen Stellen dieselbe Person als gewählt zu betrachten, welche für die betreffende Stelle die nächstgrößte Anzahl gültiger Stimmen erhalten hat.

- 15) Die Reihenfolge der gewählten Vertreter der Arbeitgeber einerseits und Vertreter der Versicherten andererseits, sowie ihrer Ersagmänner richtet sich, für jede Kategorie gesondert, innerhalb des Bezirks der Versicherungsanstalt nach der Reihenfolge der Wahlbezirke, innerhalb der einzelnen Wahlbezirke aber nach folgenden Bestimmungen:

- a. Ist in einem Wahlbezirk nur ein Vertreter nebst Ersagmännern zu wählen, so gelten die in dem Wahlbezirk gewählten Ersagmänner in der Reihenfolge ihrer Wahl als erster beziehungsweise zweiter Ersagmann des in demselben Wahlbezirk gewählten Vertreters.
- b. Sind dagegen in dem Wahlbezirk mehrere Vertreter nebst Ersagmännern zu wählen, so

gilt innerhalb dieses Wahlbezirks derjenige, welcher die meisten Stimmen als Vertreter erhalten hat, als erster, derjenige, welcher die nächstgrößte Zahl von Stimmen erhalten hat, als zweiter, derjenige, welcher die drittgrößte Zahl von Stimmen hat, als dritter Vertreter und so fort; derjenige, welcher die meisten Stimmen als erster Ersagmann erhalten hat, als erster Ersagmann des ersten, derjenige, welcher die nächstmeisten Stimmen als erster Ersagmann erhalten hat, als erster Ersagmann des zweiten, derjenige, welcher danach die meisten Stimmen erhalten hat, als erster Ersagmann des dritten Vertreters und so fort. Endlich gilt derjenige, welcher die meisten Stimmen als zweiter Ersagmann erhalten hat, als zweiter Ersagmann des ersten, derjenige, welcher die nächstmeisten Stimmen erhalten hat, als zweiter Ersagmann des zweiten, derjenige, welcher danach die meisten Stimmen erhalten hat, als zweiter Ersagmann des dritten Vertreters und so fort.

Bei Stimmengleichheit entscheidet über die Wahl und die Reihenfolge der Gewählten das vom Beauftragten zu ziehende Loos.

- 16) Der Beauftragte hat über die Ermittlung des Wahlergebnisses unter Zuziehung eines vereideten Protokollführers ein Protokoll aufzunehmen. Aus demselben müssen die Namen und Wohnorte der Personen, auf welche Stimmen gefallen sind, die Zahl der auf die einzelnen Personen entfallenen gültigen und ungültigen Stimmen, die Namen der gewählten Vertreter und Ersagmänner, sowie der Grund der Ungültigkeit von Stimmzetteln oder Stimmen zu ersehen sein.

- 17) Die gewählten Personen hat der Beauftragte von der Wahl schriftlich in Kenntniß zu setzen. Dabei sind dieselben unter Hinweis auf die Vorschriften des § 60 a. a. D. aufzufordern, dem Beauftragten binnen einer Frist von einer Woche über die Annahme oder Ablehnung der Wahl eine Erklärung abzugeben.

Wird binnen dieser Frist ein gesetzlicher oder statutarischer Ablehnungsgrund nachgewiesen, so gilt derjenige, welcher für die betreffende Stelle die nächstgrößte Zahl gültiger Stimmen erhalten hat, an Stelle des Ablehnenden als gewählt. Beide Personen sind von dem Beauftragten hiervon in Kenntniß zu setzen.

Nach Ablauf der einwöchentlichen Frist (Absatz 1) hat der Beauftragte ein Verzeichniß der gewählten Personen und der über die Annahme oder Ablehnung der Wahlen eingegangenen Erklärungen dem Vorstande der Versicherungsanstalt einzureichen. Von dem Abschluß etwaiger weiteren Verhandlungen ist die Einreichung nicht abhängig zu machen. Ueber etwaige später eingehende Ab-

Lehnungsverhältnisse und darüber, ob in solchen Fällen nach den vorstehenden Bestimmungen (Absatz 2) zu verfahren, oder eine Nachwahl (Ziffer 18) vorzunehmen ist, hat der Vorstand der Versicherungsgesellschaft zu bestimmen.

- 18) Wird bei der ersten Wahl die vorgeschriebene Zahl der Vertreter oder Erbsamänner nicht erreicht, so sind Nachwahlen vorzunehmen. Auf dieselben finden die Vorschriften dieser Wahlordnung gleichfalls Anwendung.
- 19) Alle die Wahlen betreffenden Anordnungen an die wahlberechtigten Körperschaften oder die Gewählten erfolgen, sofern sie den Lauf von Fristen bedingen,

gegen Zustellungsurkunde oder durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes.

- 20) Dem Beauftragten wird die zur Durchführung des Wahlgeschäfts erforderliche Schreib- und sonstige Hülfe von der für seinen Wohnsitz zuständigen königlichen Regierung bezw. von dem königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die letztere hat die dem Beauftragten in Folge der Wahlen erwachsenden Porto- oder sonstigen Kosten zu erstatten.

Potsdam, den 4. Juni 1890.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Arnim.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 25.

Den 20. Juni

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 16.) Nr. 1900. Bekanntmachung, betreffend die Uebergangsabgabe für geschrotetes Malz und die Steuer rückvergütung für ausgeführtes Bier in Bayern. Vom 29. Mai 1890.

(Stück 17.) Nr. 1901. Verordnung, betreffend Ergänzung des § 35 der Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden (Friedens-Transport-Ordnung). Vom 26. Mai 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 20.) Nr. 9387. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1890/91. Vom 14. Mai 1890.

(Stück 21.) Nr. 9388. Gesetz über die Aufhebung des Königl. Bayerischen Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Einrichtung des die Kunststraßen im Königreich Bayern befahrenden Fuhrwerks betreffend (Bayer. Gesetzbl. S. 321), nebst der zusätzlichen Bestimmung vom 1. Juli 1856 (Bayer. Gesetzbl. S. 136) für den Bereich der vormalig Bayerischen Gebietsheile des Regierungsbezirks Cassel. Vom 21. April 1890.

Nr. 9389. Allerhöchster Erlaß vom 14. Mai 1890, betreffend Bestimmung der Behörden für die Verwaltung der auf Grund des Gesetzes vom 9. Mai 1890 in das Eigenthum des Staats übergehenden Privat-Eisenbahnen.

(Stück 22.) Nr. 9390. Allerhöchster Erlaß vom 14. Mai 1890, betreffend den Bau und Betrieb der in dem Gesetz vom 10. Mai 1890 vorgegebenen neuen Eisenbahnlinien.

(Stück 23.) Nr. 9391. Allerhöchster Erlaß vom 3. Mai 1890, betreffend die Aufnahme der bei den Regierungen etatsmäßig angestellten Bauinspektoren (beziehungsweise Titulatur-Bauräthe) unter die Zahl der bautechnischen Mitglieder der Regierungen.

Bekanntmachung des Reichskanzlers.

Abänderung der Postordnung vom 8. März 1879.

Auf Grund der Vorschrift im § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 wird mit Zustimmung des Bundesraths die Postordnung vom 8. März 1879 bezüglich des Tarifs für Drucksachensendungen, wie folgt, abgeändert:

Im § 13 erhält der Absatz VIII. folgende anderweitige Fassung:

VIII. Drucksachen müssen frankirt sein. Das Porto beträgt auf alle Entfernungen:

bis 50 Gramm einschließlich	3 Pf.
über 50 " 100 " "	5 "
" 100 " 250 " "	10 "
" 250 " 500 " "	20 "
" 500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich	30 "

Vorstehende Abänderung tritt mit dem 1. Juni 1890 in Kraft. Berlin, den 23. Mai 1890.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Stephan.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Zusatzbestimmungen

zu dem Gebührentarif vom 31. März 1877 zur Bezahlung der nach den Vorschriften in den §§ 35 bis 42 der Geschäftsanweisung für die Katasterkontrolleure von demselben Tage auszufertigenden Katasterauszüge, Abschriften und Handzeichnungen.

16. Die Bestimmungen des Gebührentarifs vom 31. März 1877 zur Bezahlung der nach den Vorschriften in den §§ 35 bis 42 der Geschäftsanweisung für die Katasterkontrolleure von demselben Tage auszufertigenden Katasterauszüge, Abschriften und Handzeichnungen werden abgeändert wie folgt:

Artikel 1.

Die Gebührenbeträge für jeden einzelnen Katasterauszug oder für jede einzelne Abschrift, Handzeichnung u. s. w. sind auf Beträge abzurunden, welche stufenweise um je fünfzig Pfennige aufsteigen, dergestalt, daß die bei unmittelbarer Anwendung der Gebührenbestimmungen sich ergebenden, die nächst niedrigere Stufe übersteigenden Theilbeträge, wenn sie fünfundsiebzig Pfennige oder weniger betragen, außer Ansatz gelassen, wenn sie mehr als fünfundsiebzig Pfennige betragen, für volle fünfzig Pfennige gerechnet werden.

Artikel 2.

Für die Anfertigung von Handzeichnungen ganzer Blätter der Gemarkungskarte oder ganzer Gemarkungen oder größerer Theile von Kartenblättern bezw. Gemarkungen ist neben den im Tarif vorgesehenen sonstigen Ansätzen ein Drittel der Gebühren im Artikel 2 des Gebührentarifs I. vom 10. März 1886 bezw. für die Rheinprovinz vom 28. März 1888 zu berechnen.

Artikel 3.

Für den Geltungsbereich des rheinischen Rechts gelten die unterm heutigen Tage erlassenen besonderen Zusatzbestimmungen.

Berlin, den 15. März 1890.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage. gez. B.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Ernennung eines Oberschmeißers der Provinz Brandenburg.

14. Mittels Erlasses vom 24. Mai d. J. hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Königl. Meliorations-Bauinspec. or Gerhardt, wohnhaft zu Charlottenburg, Joachimsthalerstraße 38, zum Oberschmeißer der Provinz Brandenburg im Nebenamte ernannt. Vorstehendes wird hiermit unter dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Oberschmeißer der Aufsicht des Oberpräsidenten untersteht.

Potsdam, den 5. Juni 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Stättgebiets-Tarif.

125. Der durch Stad 16 des diesseitigen Amtsblatts vom Jahre 1886 zur Veröffentlichung gelangte Tarif zur Erhebung von Stättgebiets bei Benutzung der von der Stadtgemeinde Lyßen am Großen Lyßen See errichteten öffentlichen Abgabe ist auf fünf Jahre, also bis zum 1. Januar 1895, verlängert worden.

Potsdam, den 12. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Staatsstipendium zum Besuche der Königl. technischen Hochschule betreffend.

126. Das für den Regierungsbezirk bestimmte Staats-Stipendium von jährlich 600 Mark zum Besuche der Königl. technischen Hochschule zu Berlin wird am 1. Oktober d. J. wieder verfügbar. Bewerber, welche die in der Bekanntmachung vom 10. April 1885 (Amtsblatt Seite 173) vorgeschriebenen Nachweise beizubringen im Stande sind, haben ihre Gesuche bis spätestens zum 1. August d. J. an mich einzureichen.

Potsdam, den 17. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

127. Festgestellt ist:

der Rog in dem Pferdebestande des Domainenpächters Dackstein zu Hertefeld, Kreis Ophavelland; der Bläshenausschlag bei je einer Kuh der Eigentümer Nuhs, Turban und Heinrichs und bei der Kuh des Tagelöhners Schnell zu Däprow, Kreis Westprignitz.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche bei den beiden Kühen des Wädners Weilandt zu Rehagen, unter den Kindern des Rittergutes Schulzendorf, der Adersbarger Fiedrich und Hagen zu Jossen, des Ziegelmeisters Müller und der Bauergutsbesitzer Dunkel und Wäbner zu Schönefeld, des Wädners Schreiber zu Callinchen, des Rittergutsbesizers Neuhaus zu Selchow, des Halbbauern Gohl und bei dem Gemeindefüllen zu Rangsdorf, Kreis Teltow.

Die wegen Verdachts der Befastung mit der Rogkrankheit unter Beobachtung gestellten Pferde des Wädners

Cornelius zu Klepe, Kreis Angermünde, sind getödtet und die Sperr- und Schutzmaßregeln aufgehoben worden.

Potsdam, den 17. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam.

9. Der Bezirksauschuß hält Ferien vom 21. Juli bis 1. September d. J. — § 5 des Regulativs für den Geschäftsgang bei den Bezirksauschüssen vom 28. Februar 1884. Dies wird hierdurch bekannt gemacht.

Schleunige Besuche sind als solche zu begründen und als „Ferien sache“ zu bezeichnen.

Potsdam, den 9. Juni 1890.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

55. Bekanntmachung.

Durch die Allerhöchsten Erlasse vom 6. April 1887 (G.-S. S. 109) und vom 10. April 1889 (G.-S. S. 95) ist verordnet worden, daß für die in dem Gesetze vom 1. April 1887 § 1 III² (G.-S. S. 100) vorgesehene Verlegung der Stettiner Bahn zwischen Berlin und Pankow, sowie für die in dem Gesetze vom 8. April 1889 § 2 II⁴ (G.-S. S. 72) vorgesehene Anlage eines Rangirbahnhofs bei Pankow im Zusammenhange mit der Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn nebst Anschlußgeleisen das Recht zur Enteignung und dauernden Beschränkung derjenigen Grundstücke Platz greift, welche zur Vornahme nach den von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellenden Plänen notwendig sind. Nachdem durch den Erlass des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom

24. Juni 1889 II a (b) 10379 der Plan für die III. 1201

Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn und die Herstellung der Güteranschlüsse nach dem Rangirbahnhof Pankow auf der Theilstrasse von der Wiesenstrasse bezw. Schönhauser-Allee ausschließlich bis zur Gemeindegrenze vorläufig festgestellt worden ist, wird ein Auszug aus demselben und zwar für das Berliner Reichbild, bestehend aus: a) 2 Lageplänen, b) 1 Flächenplan, c) einem Verzeichnisse der Wege- und Vorfluth-Anlagen (Anlage A.), d) einer Nachweisung der zu erwerbenden Grundstücke (Anlage B.) in Gemäßheit des § 19 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 in der Zeit vom Montag, den 16. Juni, bis Montag, den 30. Juni d. J., einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums, Eingang IV. an der Stadtbahn 2 Tr. Zimmer Nr. 339, während der täglichen Dienststunden zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen den ausgelegten Plan-Auszug sind bis zum Ablaufe der bezeichneten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin schriftlich einzureichen.

Berlin, den 7. Juni 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

56. Der Hebamme Frau Auguste Wilhelmine Agnes Haselau, geborene Schwedelsky, Obdenstraße Nr. 6 hierselbst, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 1. April dieses Jahres die ihr für Preußen ertheilte Erlaubnis zur Ausübung des Hebammen-Gewerbes entzogen worden. Die H. Haselau ist daher als Hebamme in Preußen nicht mehr anzusehen. Berlin, den 6. Juni 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

57. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Heilgehilfen Christian August Fröblich, Colontiefstraße 11 hierselbst, durch Beschluß des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin vom 20. Januar 1890, bestätigt durch Entscheidung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 27. Mai 1890, die Befugniß, sich als geprüfter Heilbediener zu bezeichnen, rechtskräftig entzogen worden ist. Berlin, den 8. Juni 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Postamt auf dem Ausstellungsplatze der I. allgemeinen Deutschen Pferde-Ausstellung Berlin.

58. Für die Zeit vom 12. bis einschließlich 24. Juni wird auf dem Ausstellungsplatze der I. allgemeinen Deutschen Pferde-Ausstellung eine Postanstalt mit öffentlicher Fernsprechstelle in Wirksamkeit sein. Dieselbe erhält die Bezeichnung: „Postamt auf dem Ausstellungsplatze der I. allgemeinen Deutschen Pferde-Ausstellung Berlin“, und wird für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein: a. an **Wochentagen**: von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags; b. an **Sonntagen**: von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags, für den Post- und Telegramm- bez. Fernsprechdienst, außerdem von 12 Uhr Mittags bis 1 Uhr Nachmittags nur für den Telegramm- und Fernsprechdienst. Die Geschäfte der neuen Verkehrsanstalt werden sich erstrecken: a. auf den Verkauf von Postwerthzeichen jeder Art, von Wechselstempelmarken und Wechselvordruckblättern, sowie von unbeflehten Formularen zu Postkarten, Postanweisungen u.; b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefpostsendungen, Postanweisungen, Telegrammen und Rohrpostsendungen; c. auf die Ausgabe von postlagernden Sendungen der unter b. bezeichneten Gattungen, sofern dieselben an Theilnehmer u. der Ausstellung eingehen und nach dem Ausstellungsplatze gerichtet sind. Die Bestellung der erwähnten, nicht mit postlagernd bezeichneten Sendungen wird durch das Kaiserliche Postamt 2 (Gdthstr.) in Charlottenburg erfolgen. Im Weiteren kann von dem Publikum die öffentliche Fernsprechstelle gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr benutzt werden. Berlin O., 11. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Errichtung des Postamts des X. Deutschen Bundes-schießens Berlin N. betreffend.

59. Für die Zeit vom 1. bis einschließlich 14. Juli wird aus Anlaß des in Berlin stattfindenden X. Deutschen Bundes-schießens auf dem Festplatze eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle in Wirksamkeit treten. Dieselbe erhält die Bezeichnung: „Postamt des X. Deutschen Bundes-schießens Berlin N.“, und wird für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein: a. an **Wochentagen**: von 8 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags für den Postverkehr und von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags für den Telegraphenverkehr. b. an **Sonntagen**: von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 6 Uhr Nachmittags für den Post- und Telegraphenverkehr und außerdem von 12 Uhr Mittags bis 1 Uhr Nachmittags für den Telegraphenverkehr. Die Geschäfte der neuen Verkehrsanstalt werden sich erstrecken: a. auf den Verkauf von Postwerthzeichen jeder Art, von Wechselstempelmarken und Wechselvordruckblättern, sowie von unbeflehten Formularen zu Postkarten, Postanweisungen u.; b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefpostsendungen, Postanweisungen, Telegrammen und Rohrpostsendungen, c. auf die Bestellung von Briefpostgegenständen, Postanweisungen nebst den zugehörigen Gelddeträgen und von Telegrammen, welche an Theilnehmer u. eingehen und nach dem Ausstellungsplatze gerichtet sind, d. auf die Ausgabe von postlagernden Sendungen der bezeichneten Art und von postlagernden Rohrpostsendungen. Im Weiteren kann die bei dem Postamte eingerichtete öffentliche Fernsprechstelle von dem Publikum gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr benutzt werden.

Berlin O., 9. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Anmeldung von Fernsprech-Anschlüssen.

60. Diejenigen Personen, welche noch im laufenden Rechnungsjahre d. i. bis zum 31. März 1891 Anschluß an das hiesige Fernsprechnetz oder an die Fernsprechneze der zum diesseitigen Verwaltungsbereich gehörenden Vororte zu erhalten wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis zum 1. August an die hiesige Kaiserliche Ober-Postdirection einzusenden oder dieselben in dem Auskunftsbureau (Spandauerstraße 19/22, Zimmer Nr. 109) mündlich anzubringen. Spätere Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1891 berücksichtigt werden.

Berlin O., 11. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Anschluß an Stadt-Fernsprech-Einrichtungen betreffend.

61. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Etatsjahre Anschluß an eine der Stadt-Fernsprech-Einrichtungen in Potsdam, Spandau, Cöpenick, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Dranienburg, Oranien-

(Marf), Baanfee und Labwigsfelde wünfchen, werden erfuht, ihre Anmeldungen recht bald, fpäteftens aber bis zum 1. Auguft an das Poftamt in dem betreffenden Drie zu richten. Spätere Anmeldungen können erft nach dem 1. April 1891 berückfichtigt werden. Bei den bezeichneten Poftämtern können die Bedingungen für den Anſchluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1890.

Der Kaiſerliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums zu Berlin.

Lehrerinnen-Prüfung in Berlin.

8. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier vom 20. Oktober 1890 an abgehalten werden. Zu dieſer Prüfung werden nur ſolche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben iſt, ob die Prüfung für Volkſchulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, ſind ſpäteſtens bis zum 20. September d. J. an uns einzureichen und ſind denſelben beizufügen: 1) ein ſelbſtgefertiger Lebenslauf, auf deſſen Titelblatte der vollſtändige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confeſſion und der Wohnort der Bewerberin anzugeben iſt, 2) der Geburtsſchein, 3) die Zeugniſſe über die biſher empfangene Schulbildung und die etwa ſchon beſtandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienſtſiegels berechtigten Arzte ausgeſtelltes Atteſt über normalen Geſundheitszuſtand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutſchen und lateiniſchen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben. Berlin, den 16. Mai 1890.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Entlaſſungsprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

9. Die Entlaſſungsprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird vom 4. bis 10. September 1890 abgehalten werden und zwar ſo, daß am 8. und 9. September die mündliche Prüfung ſtattfindet. Zu dieſer Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Randibaten, welche das zwanzigſte Lebensjahr zurüdgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen ſind bis zum 9. Auguſt 1890 an uns einzureichen und denſelben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtsſchein, 3) das Zeugniſſ eines zur Führung eines Dienſtſiegels berechtigten Arztes über normalen Geſundheitszuſtand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutſchen und lateiniſchen Lettern und 6) eine Probezeichnung. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Beſcheid, ſo haben ſich die betreffenden Schulamtsaspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzuſtellen. Berlin, den 18. Mai 1890.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

10. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird am 24. und 25. September d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen ſind bis zum 1. September d. J. an den Herrn Seminar-Direktor Scheibner einzureichen und denſelben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtsſchein, 3) der Impffchein, der Revaccinationsſchein und ein Geſundheitsattest, ausgeſtellt von einem zur Führung eines Dienſtſiegels berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an deſſen Stelle des nächſtverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminars gewähren werde, mit der Beſcheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 24. Mai 1890.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

11. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom 28. Oktober bis 1. November d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen nur ſolcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte ſtehen, ſind bis zum 30. September d. J. durch die bezüglichen Kreisſchulinspektoren an uns einzureichen und denſelben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniſſ über die beſtandene erſte Prüfung, 2) ein Zeugniſſ des Lokalſchulinspektors, 3) eine von dem Examinanden ſelbſtändig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm ſelbſt gewähltes Thema, mit der Verſicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Verſicherung, daß ſie der Einſender ſelbſtändig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Beſcheid, ſo haben ſich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der ſchriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzuſtellen. Berlin, den 24. Mai 1890.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Entlaſſungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

12. Die Entlaſſungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom 18ten bis 23. September d. J. abgehalten werden. Zu dieſer Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Randibaten, welche das zwanzigſte Lebensjahr zurüdgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen ſind bis zum 20. Auguſt d. J. an uns einzureichen und denſelben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtsſchein, 3) das Zeugniſſ eines zur Führung eines Dienſtſiegels berechtigten Arztes über normalen Geſundheitszuſtand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutſchen und lateiniſchen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Verſicherung, daß ſie der Einſender ſelbſtändig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Beſcheid, ſo haben ſich die betreffenden Schulamts-

Abspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen. Berlin, den 24. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Berlin.

13. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom 1. bis 5. September d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in Berlin im Lehramte stehen, sind bis zum 4. August 1890 durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen. Berlin, den 24. Mai 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen.

14. Die diesjährige Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen findet in Gemäßheit der Prüfungsordnung vom 23. April 1885 am Montag, den 21. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, und an den folgenden Tagen in der Königl. Kunstschule in der Klosterstraße zu Berlin statt. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind bis zum 5. Juli d. J. an uns einzureichen.

Berlin, den 9. Juni 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

19. Verloosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staatsanleihe von 1868 A.

13. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 19. Verloosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staatsanleihe von 1868 A. sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Januar 1891 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelooften Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 2. Januar 1891 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der noch dem 2. Januar 1891 zahlbar werdenden Zinscheine Reihe VI. Nr. 7 und 8 nebst Anweisungen zur Reihe VII. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierseits, Taubenstraße Nr. 29, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse.

Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember 1890 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. Januar 1891 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Januar 1891 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelooften, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit dem Tage ihrer Kündigung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Schließlich: benutzen wir diese Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 1/2 prozentigen Staatsanleihe, welche gemäß §. 2. des Gesetzes vom 4. März 1885 (G. S. S. 55) und der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. September 1885 in Verschreibungen der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe umzutauschen waren, die in der Anlage unter III. aufgeführten Nummern bisher nicht eingereicht worden sind. Die Inhaber dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den bezügten Umtausch zur Vermeidung von weiteren Zinsverlusten alsbald zu bewirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß die zu den neuen vierprozentigen Verschreibungen von 1885 gehörigen Zinscheine Reihe I. Nr. 3 bis 20, von welchen die Scheine Nr. 3 bis 11 bereits fällig geworden sind, bestimmungsgemäß vier Jahre nach ihrer Fälligkeit zu Gunsten der Staatskasse verjähren. Der erste dieser Zinscheine, Nr. 3, am 1. April 1886 fällig geworden, ist demnach schon am 31. März 1890 verjährt.

Berlin, den 3. Juni 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eisenbahn-Verkehr mit den Levante-Häfen.

28. Am 15. Juni d. J. tritt für den Verkehr von Stationen der Preussischen und Sächsischen Staatsbahnen ein direkter Tarif mit den Levante-Häfen: Syra, Piräus, Saloniki, Smyrna, Konstantinopel, Galatz-Braila (im Sommer), Rustendje (im Winter) über Hamburg, seawärts, in Kraft. Die Beförderung der Güter erfolgt mit der Eisenbahn bis Hamburg und von dort nach dem Bestimmungshafen durch die „Deutsche Levante-Linie“. Der Tarif enthält Gesamt-Frachtsätze bis zu den genannten überseeischen Häfen für Stückgüter aller Art in Mengen unter, von und über 1000 kg, sowie für Wagenladungsgüter in Mengen von 5000 und

10000 kg und zwar hauptsächlich für Eisen und Stahl (auch Maschinen), Glas, Thonwaren, Zucker, Papier, Garne, Gewebe u. s. w. Der erste Dampfer „Elios“ der Deutschen Levante-Linie wird am 28. Juni d. J. von Hamburg abgehen. Exemplare des Tariffs sind vom 15. d. M. ab im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz zum Preise von 0,35 M. für das Stück zu haben. Zur näheren Auskunftsertheilung ist die Direktion der Deutschen Levante-Linie in Hamburg bereit. Pr. Lth, den 13. Juni 1890.
Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

29. Die nachstehend den Nummern nach bezeichneten Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Privilegien-Obligationen Litt. O. sind bisher zur Empfangnahme der Zahlung bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipzigerplatz Nr. 17, nicht vorgelegt worden und werden daher hiermit öffentlich aufgerufen:

Zahlfällig seit 1. Juli 1886.

Abzuliefern mit Kupons Serie III. Nr. 2/10 und Talon. Städte zu 500 M. Nr. 6435.

Zahlfällig seit 1. Juli 1887.

Abzuliefern mit Kupons Serie III. Nr. 4/10 und Talon. Städte zu 500 M. Nr. 11071.

Zahlfällig seit 1. Juli 1888.

Abzuliefern mit Kupons Serie III. Nr. 6/10 und Talon. Städte zu 500 M. Nr. 9300 25060.

Zahlfällig seit 1. Juli 1889.

Abzuliefern mit Kupons Serie III. Nr. 8/10 und Talon. Städte zu 500 M. Nr. 1066 17850.

Berlin, den 24. Mai 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Die Eisenbahn-Haltestelle Wilkieten betreffend.

33. Mit dem 1. Juli 1890 wird die zwischen Preßlau und Kuloreiten belegene Haltestelle Wilkieten für den St.- und Eilzugverkehr eröffnet.

Bromberg, den 3. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Total-Güterverkehr.

14. Am 1. Juli d. J. kommt der Nachtrag 1 zu dem Total-Gütertarif der unterzeichneten Direktion zur Einführung. Derselbe enthält: a. neue bezw. geänderte Bestimmungen über die Berechnung und Erhebung von Gebühren für die Umstellung von Wagenladungsgütern von einer nach der anderen Ladestelle zc. auf derselben Station, b. Entfernungen für den Verkehr der Berliner Bahnhöfe, Ringbahnhöfe und Anschlußstellen untereinander, c. Entfernungen für die Stationen Annerstedt, Baderleben, Dedelsleben, Dingelsleben bei Halberstadt, Ellenstedt, Meine, Nienburg a. d. Saale, Rötgesbüttel, Schwanebeck und Vogelssdorf der Neubaustrecken Elsborn—Meine, Bernburg—Salze a. S. und Jerxheim—Nienhagen, d. anderweitige abgekürzte Entfernungen im Verkehr zwischen mehreren Stationen der alten Bahn-

strecken. Die Entfernungen unter c. und d. treten erst mit dem Tage der Betriebseröffnung auf den vorbezeichneten Neubaustrecken in Kraft. Der Zeitpunkt der Betriebseröffnung wird seiner Zeit besonders bekannt gemacht werden. Ferner wird durch den Tarif nachtrag die Station Stumsdorf in den Ausnahmetarif für Braunkohlen, Braunkohlen-Koks und Braunkohlen-Darrschmelze im Verkehr mit denjenigen Stationen aufgenommen, nach welchen die Tarifenfernungen nicht mehr als 50 km betragen. Außerdem enthält der Nachtrag einige Brichtigungen des Haupttariffs. Exemplare des Nachtrags sind vom 25. d. M. ab bei den hiesigen Güter-Abfertigungsstellen zu haben.

Magdeburg, den 5. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

6. Nachstehender Beschluß des Brandenburgischen Provinzial-Landtags vom 4. März d. J.:

„Das Reglement für das Wilhelm-Augusta-Stift, „Leubstücken-Anstalt der Provinz Brandenburg

zu Briesen, vom 9. März 1881 (Amtsblatt, Er-

trabellage 23) gilt auch für die Leubstücken-

Anstalt der Provinz Brandenburg zu Guben mit

„der Maßgabe, daß für diejenigen Zöglinge, welche

„von der Anstalt zu Berlin in die neue Anstalt

„eintreten, der Jahresbetrag für die Unterhaltung

„in Kleidung, Wäsche und Bett (§ 8 des Regle-

„ments) auch weiterhin nur 36 M. beträgt,

welchem von den Herren Ministern des Innern und

der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegen-

heiten unterm 23. Mai d. J. die Genehmigung er-

theilt worden ist,

wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 6. Juni 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

von Levesow.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

19. Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die

Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 und

des § 25 Abs. 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom

1. August 1883 genehmigen wir, daß die nachfolgenden,

dem Rittergutsbesitzer Roeder gehörigen Grundstücke

A. nördlich der Chaussee von Berlin nach Alt-Lands-

berg, Kartenblatt 2, Parzellen-Nummer 393 c. von

10,70 ar und Nummer 2785/393 von 15,4924 ha, zu-

sammen von 15,5994 ha aus dem Gutsbezirk Richten-

berg ausscheiden und dem Gemeindebezirk Richten-

berg einverleibt werden und B. östlich von dem nördlichen

Thelle der Dorfstraße, Kartenblatt 1, Parzellen-

Nummer 161/94 von 9,7460 ha, Nummer 108 von

40,30 ar, Nummer 109 von 40,10 ar und Nummer

110 von 39,80 ar, zusammen von 10,9480 ha aus

dem Gemeindebezirk Richtenberg ausscheiden und dem

Gutsbezirk Richtenberg einverleibt werden.

Berlin, den 10. Juni 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

20.

Nachweisung

der auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und des § 1 Abs. 4 des Gesetzes vom 14. April 1856, betreffend die Landgemeindevorstellung im Kreise Templin, genehmigten Communalbezirksveränderungen.

Ffd. Nr	Name des Eigenthümers.	Grundbuch		Artikel der Mutterrolle.	N u m m e r		Flächeninhalt.			seitheriger Gemeinde- bezw. Ortsbezirk.	zukünftiger Gemeinde- bezw. Ortsbezirk.
		Bd.	Nr		des Kartens- blattes.	der Parzelle.	ha	ar	qm		
Wesendorf											
1.	Königl. Forst-Jesuf.	I.	21	20	3	9, 10, 11	9	41	30	Gemeindebezirk Wesendorf.	Gutsbezirk Forst Jesuid.
2.		I.	16	15	3	4	4	34	80		
3.		I.	2	1	3	3	1	50	40		
4.		I.	17	16	3	7	1	09	—		
5.		I.	18	17	3	5 und 16	6	53	—		
6.		II.	27	24	3	2	1	69	30		
7.		III.	95	ganze Grundstück		5	73	20			
8.		III.	94	72	2 und 3	$\frac{286}{193}, \frac{287}{195}, \frac{291}{195}, \frac{24}{22}, \frac{25}{23}$	22	17	60		
Jehdenid Forst											
9.	Kossäth Schlawide	I.	3	—	2	$\frac{32}{1}, \frac{33}{5}$	5	36	20	Gutsbezirk Forst Jehdenid.	Gemeindebezirk Wesendorf.
10.	" Raab	I.	3	—	2	$\frac{36}{4}$	4	34	80		
11.	" Pieper	I.	3	—	2	$\frac{37}{4}$	1	50	40		
12.	" Fr. Well	I.	3	—	2	$\frac{31}{1}$	1	09	—		
13.	" Aug. Conrad	I.	3	—	2	$\frac{34}{4}, \frac{35}{5}$	6	53	—		
14.	Bäbner Ludw. Templiner	I.	3	—	8	$\frac{38}{9}$	3	06	40		
15.	Kossäth Carl Schulz	I.	4	ganze Grundstück		6	88	72			
16.	Schlächtermesser Ferdinand Geride	I.	3	—	2	$\frac{38}{3}$	26	99	30		

In polizeilicher Beziehung soll jedoch der 3,0640 ha große Flächenabschnitt $\frac{38}{9}$ von dem im Grundbuche der Königl. Jehdenid'er Forst unter Band I. Nr. 3 und in der Grundsteuer-Mutterrolle des Ortsbezirks Jehdenid Forst auf Blatt 8 verzeichneten Grundstücke auch fernerhin zu dem Amtsbezirk Forst Jehdenid gehören. Templin, den 15. Mai 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Verlosung der vormals hannoverschen 4prozentigen Staatsschuldverschreibungen Litera S. für das Jahr vom 1. April 1890/91

Bei der am 2. d. M. in Gegenwart von Notar und Zeugen stattgehabten Auslosung der vormals hannoverschen Staatsschuldverschreibungen Litera S. zur Tilgung für das Jahr vom 1. April 1890/1891 sind die nachfolgend verzeichneten Nummern gezogen worden:

Nr. 149, 153, 232, 267, 397, 461, 656, 723, 818, 994, 1022, 1072, 1180, 1271, 1275, 1324, 1415, 1504, 1537, 1821, 1990.

Dieselben werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1891 zur baaren Rückzahlung gekündigt.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen lauten auf Gold, und wird deren Rückzahlung in Reichswährung nach den Bestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Außerkurssetzung der Landes-Geldmünzen u. (Reichsanzeiger Nr. 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanz-Ministers vom 17. März 1874 (Reichsanzeiger Nr. 68, Section 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 15. De-

zember d. J. ab gegen Quittung und Einkieferung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen an den Geschäftstagen bei der Regierungshauptkasse hierseits, von 9 bis 12 Uhr Vormittags, ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämtlichen übrigen Regierungshauptkassen, bei der Staatsschuldentilgungskasse in Berlin, sowie bei der Kreiskasse zu Frankfurt a. M. bewirkt werden.

Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer der letztgedachten Kassen einzureichen, welche dieselben der hiesigen Regierungshauptkasse übersenden und, nach erfolgter Feststellung, die Auszahlung besorgen wird.

Bemerkt wird:

- 1) Die Einlösung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen mit oder ohne Wertangabe muß portofrei geschehen.
- 2) Sollte die Abforderung des gekündigten Kapitals bis zum Fälligkeitstermine nicht erfolgen, so tritt dasselbe von dem gedachten Zeitpunkt ab zum Nachtheile der Gläubiger außer Verzinsung.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle übrigen 3 1/2- und 4prozentigen vormals Hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen bereits früher gekündigt sind, und werden deshalb die Inhaber der unten verzeichneten, noch nicht eingelieferten, mit dem Kündigungstermine außer Verzinsung getretenen, hannoverschen Staatsschuldverschreibungen an die Erhebung der Kapitalien derselben bei der hiesigen Regierungshauptkasse hierdurch nochmals erinnert.

Hannover, den 4. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verzeichnis

der bereits früher gekündigten und bis jetzt nicht eingelieferten, nicht mehr verzinslichen vormals hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen.

Lit. H. 3 1/2 %

auf 2. Januar 1874 gekündigt:

Nr. 830 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. N. 3 1/2 %

auf 2. Januar 1873 gekündigt:

Nr. 4163 über 100 Thlr. Gold,

auf 1. Dezember 1874 gekündigt:

Nr. 4162 über 100 Thlr. Gold.

Lit. Hl. 4 %

auf 1. Dezember 1874 gekündigt:

Nr. 2880 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. Fl. 4 %

auf 1. Dezember 1874 gekündigt:

Nr. 14110 über 500 Thlr. Gold,
" 13934 " 100 " Kurant.

Lit. Gl. 4 %

auf 1. Dezember 1874 gekündigt:

Nr. 1464, 1465, 5421 über je 100 Thlr. Kurant.

Lit. Hl. 4 %

auf 1. Dezember 1874 gekündigt:

Nr. 4580 über 200 Thlr. Kurant,
" 1320 " 100 " "

Lit. S. 4 %

auf 2. Januar 1889 gekündigt:

Nr. 825 über 500 Thlr. Gold.

Personal-Chronik.

Es sind ernannt: die Regierungs-Sekretariats-Assistenten Spieth, Lange I. und Berger zu Regierungs-Sekretären, — der Regierungshaupt-Kassen-Assistent Vertuch und die Regierungs-Supernumerare Lehmann, Lemaire, Saaran und Perlberg zu Regierungs-Sekretariats-Assistenten, — der Regierungs-Supernumerar Krüger II. zum Regierungshaupt-Kassen-Assistenten und der Kanzlei-Diätar Klehn zum Regierungs-Kanzlisten.

Dem Superintendenten Krüger zu Storkow ist vom 1. Juli d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schule des Inspektionskreises „Storkow I.“ übertragen worden.

Der bisherige Oberpfarrer zu Buckow, Diözese Müncheberg, Franz Eduard Gottlieb Kiemer, ist zum Diaconus an der St. Simeons-Kirche in Berlin, Diözese Köln-Stadt, bestellt worden.

Die unter dem Patronate der Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter stehende Pfarrstelle zu Rheinsberg, Diözese Neu-Magden, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Raud zum 15. Juli d. J. zur Erledigung.

Die eine der unter magistratualischem Patronat stehenden beiden Pfarrstellen an der hiesigen St. Georgen-Kirche, Diözese Berlin Stadt I., ist durch die Emeritierung des Predigers Dahms I. zur Erledigung gekommen.

Die unter privatem Patronat stehende, aber gegenwärtig durch das Kirchenregiment zu besetzende Pfarrstelle zu Vietmannsdorf, Diözese Templin, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Böhm demnächst zur Erledigung.

Personalveränderungen
im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Ernannt ist: der Postsecretair Albinus in Potsdam zum Ober-Postdirectionssecretair.

Versetzt sind: der Postmeister Gaedke von Templin nach Bernau (Mark), der Postsecretair D. A. Schmidt von Ludenwalde nach Leipzig und der Postverwalter Gauger von Trebbin (Kr. Teltow) als Postassistent nach Brandenburg (Havel).

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Satz. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	a. Bertha Balsam, geb. Hirschfowig, Korbmacherswitwe, b. Sarah Balsam, Korbmachers-Tochter, c. Rahel Hirschfowig, geb. Ruben, Dreh- orgelspielerswitwe, d. Jette Hlodnicki, geb. Rothmann, Glaserswitwe,	29 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Alexander, Kreis Lody, Gouvernement Pies- kow, Russisch-Polen, 14 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Alexander, 72 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Alexander, 40 Jahre alt, geboren zu Kalispol, Kreis Lody, ortsangehörig zu Alexander,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	2. April 1890.
2	Johann Möller, Tuchmacherer,	geboren am 1. Novem- ber 1851 zu Neupauls- dorf, Bezirk Reichen- berg, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,			
3	Mathias Jawadil, Nezger,	geboren am 14. Februar 1847 zu Desna, Be- zirk Pilgram, Böhmen, ortsangehörig ebenda.,			
4	Josef Pesta, Ziegelerbeiter,	geboren im Jahre 1842 zu Lator, Böhmen, ortsangehörig ebenda.,			
5	Ludwig Hurka, Handlungskommiss,	geboren am 18. Novem- ber 1859 zu Agram, ortsangehörig zu Se- bastiansberg, Bezirk Komotan, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft Zwickau,	8. April 1890.
6	Josef Franz Blahout, ohne Stand,	geboren am 19. März 1875 zu Nová-Bes, Bezirk Starý-Bes, Böhmen, ortsangehörig zu Hochstadt in Böhmen,			
7	Moris Kalkopf, Kaufmann,	geboren am 15. Mai 1860 zu Ezenstokau, Russisch-Polen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommis- sär zu Freiburg,	10. Mai 1890.
8	Peter Barbier, Tapezierer und Tagner,	geboren am 11. Novem- ber 1844 zu Marseille, Frankreich, ortsange- hörig ebendaselbst,			
9	Andreas Barfert, Tagelöhner,	geboren am 5. Sep- tember 1828 zu Part- schendorf, Bezirk Neu- titschein, Mähren, ortsangehörig ebenda.,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	17. Mai 1890.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungsgeschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
10	Andreas Zawicki, Arbeiter,	geboren im Jahre 1862 zu Dombrowo, Kreis Nieschawa, Rußland,	Landstreicherei,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	18. März 1890.
11	Die Eheleute: a. Leon Petras, Arbeiter, b. Agneska Petras, geb. Nowak,	geboren am 4. April 1842 zu Sor bei Wo- leslawicz, Kreis Wo- linskoe, Rußland, 32 Jahre alt, geboren zu Woloslawicz,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	28. Februar 1890.
12	Josef Anselm Zürcher, Schreiner,	geboren am 8. Novem- ber 1849 zu Mengin- gen, Schweiz,			
13	Benzel Firk (Fürch) Kutscher,	24 Jahre alt, geboren zu Prag, Böhmen, ortsangehörig zu Wel- hartitz, Bezirk Schüt- tenhofen, ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Wiesbaden,	16. Mai 1890.
14	Johann Rubner, Tagelöhner,	24 Jahre alt, geboren zu Prag, Böhmen, ortsangehörig zu Wel- hartitz, Bezirk Schüt- tenhofen, ebendaselbst,	Landstreicherei und Betteln,	Stadtmagistrat Deggendorf, Bayern,	8. April 1890.
15	Johann Rubner, Tagelöhner,	58 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Pernattitz, Bez. Tschau, Böhmen,	desgleichen,	derselbe,	23. April 1890.
16	Maria Weniger, ledige Tagelöhnerin,	48 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Pernattitz,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
17	Eduard Sandner, Bäcker,	geboren am 13. Februar 1873 zu Lauterbach, Gemeinde Ritschberg, Bezirk Graßlig, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Viech- tach,	5. Mai 1890.
18	Josef Nicht, Dienstbote,	geboren am 19. März 1873 zu Lusdorf, Be- zirk Friedland, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Baugen,	10. Mai 1890.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend 1) das Verzeichniß der in der 19ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königlich Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 3. Juni 1890 zur baaren Einlösung am 2. Januar 1891 gekündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A., 2) das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A., 3) das Verzeichniß derjenigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½ prozentigen Staatsanleihe, welche noch nicht zum Umtausch gegen Verschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe eingereicht worden sind, sowie Drei Oeffentliche Anzeiger).

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 20. Juni 1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Ersatzwahl eines Reichstags-Abgeordneten im vierten Wahlkreise.

Nachdem der Reichstags-Abgeordnete für den vierten diesseitigen Wahlkreis, Ritterschafts-Direktor von Wedell-Malchow, verstorben, ist eine Ersatzwahl erforderlich.

In Folge dessen habe ich nach § 34 des Reglements vom 28. Mai 1870 den Tag der Ersatzwahl auf
Mittwoch, den 2. Juli d. J.

anberaumt und zufolge § 24 desselben Reglements den Herrn Landrath von Nisselmann zu Angermünde zum Wahlkommissar ernannt, was ich gemäß § 8 des Reglements hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Potsdam, den 19. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident. Graf Hue de Grais.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 26.

Den 27. Juni

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

17. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am	1. Juli	Rathenow	8 Uhr,
	3. "	Favelberg	8 "
	4. "	Wilsnack	9 "
	7. "	Neuenburg	8 "
	25. "	Prenzlau	8 "
	26. "	Angermünde	8 "
	28. "	Kyritz	9 "
	29. "	Wittstock	8 "
	30. "	Prigwitz	8 "
	31. "	Perleberg	8 "
	1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Klopheingisse, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgesehnten Pferde feststellen zu können, sind die Deckheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vor-

zustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Befugnisse der Dampffessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampffesseln.

128. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat mittelst Erlass vom 16. Mai d. J. genehmigt, daß dem Ingenieur Jacob Robinson beim Märktischen Verein zur Ueberwachung von Dampffesseln zu Frankfurt a. O. die nachgesuchte Berechtigung zur Vornahme

1) der Wasserdruckprobe nach Hauptreparaturen (§ 12 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesraths vom 29. Mai 1871) bei allen für und von Vereinsmitgliedern reparirten Kesseln; sowie

2) der ersten Wasserdruckprobe und Constructionsprüfung (§§ 1 und 11 a. a. O.) bei allen für und von Vereinsmitgliedern erbauten Kesseln widerruflich unter den üblichen Bedingungen ertheilt werde. Potsdam, den 14. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1890.

129. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

Juni: 29., 30.

Juli: 2., 6., 7., 9., 13., 14., 16., 20., 21., 23., 27., 28., 30.

August: 3., 4., 6., 10., 11., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

September: 1., 3., 7., 8., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 6., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 20. Juni 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Einrichtung von Reichs-Telegraphenanstalten.

59. In den Orten Liegow (Westhavelland), Berge (Mark) und Ribbed (Westhavelland) werden am 21. d. M. mit den Distriktsanstalten verbundene Reichs-Telegraphenanstalten eröffnet werden.

Potsdam, 19. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt.

60. In Dohna wird am 25. Juni eine mit der Distriktsanstalt vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, den 23. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger.

61. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Besellsungen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Besellsunge ein Annahmeprotokoll mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Berthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Paketen und Nachnahmeleistungen dient.

Will ein Einlieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Annahmeprotokolls die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmeprotokoll das Mittel zur Sicherstellung des Auslieferers bietet.

Potsdam, den 19. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums zu Berlin.

Gründung des Gymnasiums zu Schöneberg.

13. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das Gymnasium zu Schöneberg zu Michaelis d. J. mit den drei Klassen der Vorschule und mit drei Gymnasialklassen (Sexta, Quinta und Quarta) eröffnet werden wird. Anmeldungen von Schülern nimmt der zum Direktor der Anstalt ernannte Professor Dr. Richter hier, Steglitzerstraße 48, an den Wochentagen von 4—5 Uhr Nachmittags entgegen.

Berlin, den 20. Juni 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

14. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verwitweten Frau Geheimsekretär Bild, Minna geb. Prehn hier selbst, Ansbacherstraße 56, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staats-

anleihe von 1876/79 Lit. F. Nr. 63248 über 200 Mark angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der 1c Bild anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Juni 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kgl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Verlosung von Rentenbriefen.

7. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 23. April d. J. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 153 Stück

und zwar die Nummern:

48	55	431	776	906	954	999	1294	1420	2271
2393	2556	2585	2802	2891	2932	3170	3194	3233	
3409	3432	3500	3858	3933	4084	4208	4238	4308	
4348	4559	4685	4692	5026	5725	5852	6365	6403	
6449	6482	6504	6527	6954	6965	7321	7360	7363	
7522	7697	7701	7905	7985	8185	8420	8478	8486	
8587	8737	8768	8835	9082	9087	9236	9248	9460	
9557	9700	9854	9895	9926	10079	10191	10307		
10396	10481	10635	10727	10814	10960	10961			
10972	11069	11085	11246	11338	11422	11846			
11937	11979	12062	12120	12234	12531	12565			
12589	12807	12889	13051	13123	13151	13157			
13235	13363	13436	13564	13750	13931	13959			
14073	14241	14317	14524	14570	14728	14858			
14981	15014	15045	15050	15079	15093	15135			
15642	15813	15861	16045	16052	16071	16214			
16272	16311	16421	16449	16506	16652	16702			
16777	16849	16871	16920	17133	17330	17838			
17961	18140	18216	18291	18351	18447	18556			
18563	18727	19169	19238.						

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 53 Stück

und zwar die Nummern:

587	604	625	727	764	1167	1341	1488	1843	
2071	2080	2506	2557	2673	2916	3319	3347	3610	
3641	3698	3798	3904	4032	4071	4117	4447	4489	
4873	4888	4938	4955	4991	5014	5106	5123	5179	
5365	5516	5583	5685	5738	5820	5833	6127	6308	
6336	6438	6462	6608	6763	6766	6779	6806.		

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 205 Stück

und zwar die Nummern:

194	245	383	604	833	909	926	1091	1304	
1493	1659	1970	2060	2199	2311	2323	2517	2607	
2766	3074	3259	3376	3652	3674	3676	3762	3952	
4036	4289	4497	4509	4621	4850	5008	5069	5254	
5389	5562	5624	5639	5673	5751	5793	5918	6163	
6165	6168	6361	6719	7506	7565	7945	8057	8193	
8317	8371	8385	8446	8455	8456	8529	8747	8819	
8940	9017	9210	9235	9374	9809	9903	9908	9930	
10043	10159	10359	10763	10923	11011	11014			
11160	11181	11407	11589	11686	11709	11723			

11786	12268	12329	12450	12495	12529	12683
13106	13138	13323	13336	13757	13766	13769
13826	13847	13941	13982	13991	14035	14128
14653	15074	15110	15436	15528	15654	16038
16158	16169	16183	16262	16285	16359	16868
16919	16997	17044	17076	17085	17134	17296
17378	17461	17982	18012	18025	18147	18173
18175	18205	18214	18812	18837	18868	18875
18963	19100	19255	19266	19272	19408	19412
19495	19668	19698	19742	19824	19865	19916
20038	20072	20121	20321	20359	20363	20453
20565	20591	20635	20642	21011	21040	21118
21184	21547	21804	21954	22067	22203	22224
22386	22505	22610	22622	22645	23048	23145
23177	23395	23444	23488	23512	23701	23756
23765	23778	23804	23894	23955	24012	24054
24089	24203	24210	24271	24382	24620	24624.

Litt. D. zu 75 R. (25 Tblr.) 170 Stüd

und zwar die Nummern:

42	92	117	451	479	618	813	869	948	1085
1122	1134	1567	1966	2153	2687	2920	2924	3213	
3254	3478	3886	4205	4412	4422	4505	4622	4822	
4833	4960	4979	5033	5245	5415	5435	5475	5637	
6002	6027	6088	6090	6125	6260	6369	6503	6558	
6580	6785	6801	6847	6935	7053	7062	7354	7515	
7546	7564	7659	7911	8074	8108	8408	8691	8742	
8784	8851	9018	9024	9164	9414	9877	9901	10075	
10138	10270	10370	10432	10449	10637	10961			
10975	11021	11077	11273	11381	11421	11435			
11599	11823	11904	11921	12000	12011	12040			
12060	12079	12231	12383	12407	12486	12541			
12581	12879	13090	13212	13272	13405	13502			
13650	13672	13792	13925	14070	14174	14367			
14398	14433	14576	14595	14602	14904	14911			
14950	15162	15215	15354	15411	15423	15521			
15655	15673	15764	16144	16393	16413	16417			
16464	16871	16992	17062	17131	17249	17507			
17559	17664	17782	17848	17891	18084	18203			
18308	18440	18477	18502	18517	18625	19194			
19218	19579	19914	20078	20133	20169	20176			
20247	20256	20261	20329	20409	20462.				

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. Oktober d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf. Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.

Vom 1. Oktober 1882 Litt. C. № 2124.

Vom 1. April 1883 Litt. C. № 185.

Vom 1. Oktober 1883 Litt. A. № 5689.
Litt. C. № 8068. Litt. D. № 25 1038 6743.

Vom 1. April 1884 Litt. C. № 6431 19129.
Litt. D. № 2504.

Vom 1. Oktober 1884 Litt. B. № 3754.
Litt. C. № 1229 2410 13626. Litt. D. № 3276 5183 6741 8623 8638.

Vom 1. April 1885 Litt. A. № 6437. Litt. C. № 5166 5876 6196. Litt. D. № 12065 13382.

Vom 1. Oktober 1885 Litt. A. № 557.
Litt. C. № 541 10171 19186. Litt. D. № 4416 9719 18119.

Vom 1. April 1886 Litt. B. № 1500.
Litt. C. № 4610. Litt. D. № 3082 7404 8261 17269.

Vom 1. Oktober 1886 Litt. A. № 3075.
Litt. B. № 1495. Litt. C. № 5617 10469.
Litt. D. № 1983 9137 9203 14276.

Vom 1. April 1887 Litt. A. № 4377.
Litt. C. № 3663 5578 22732 22783. Litt. D. № 1722 3973 4988 7645 8886 13887.

Vom 1. Oktober 1887 Litt. C. № 413 2591 6367 6811 7608 17416. Litt. D. № 617 7259 12636 16337 16360 16818.

Vom 1. April 1888 Litt. C. № 958 22350.
Litt. D. № 3343 4689 4704 5003 9784 10373.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgelostener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelddbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 Mark handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. Mai 1890.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

S. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 31. März d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgearbeiteten Entloosungsquittungen den betreffenden Kreis-Rassen zugesandt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten beauftragt der kostenfreien Lösung des Vermerks der Rentenpflicht im Grundbuche zu stellen.

Berlin, den 29. Mai 1890.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

36. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinführung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Geflügel-Ausstellung,	Biesbaden,	27. bis 30. Juni,	Geflügel und Geräthe zur Geflügelzucht,	Preussischen Staatsbahnen,	Ausstellungs-Commission, desgl.	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung.
2	Ausstellung von Gegenständen aus dem Gebiete des Feuerlösch- u. Rettungswesens,	Schleswig,	5. bis 7. Juli,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	desgl.	desgl.	14 Tage	

Gleichzeitig bringen wir unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 2. Juni d. J. zur Kenntniß, daß die Provinzial-Geflügel-Ausstellung in Leobsdorf auf die Zeit vom 12. bis 14. Juli d. J. verlegt worden ist.

Bromberg, den 15. Juni 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bestellungen zusammenstellbarer Fahrtscheine.

37. Erfahrungsmäßig gehen bei Beginn der Schul- und Gerichtsferien die Anträge auf Ausfertigung zusammenstellbarer Fahrtscheine in gesteigerter Anzahl ein. Die betreffenden Bestellungen müssen zunächst von der Station, bei welcher sie eingereicht worden sind, einer der Ausgabestellen übermittleit werden, welche das Fahrtscheinheft zusammenstellt und demnachst der Bestell-Station zur Aushändigung an den Besteller zurücksendet. Da mithin zur Erledigung der Anträge ein längerer Zeitraum erforderlich ist, so ersuchen wir, die Bestellungen zeitig und jedenfalls einige Tage vor dem Antritte der Reise zu bewirken.

Bromberg, den 11. Juni 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

38. Mit Gültigkeit vom 15. Juni 1890 ist für den direkten Güterverkehr von Stationen der preussischen und sächsischen Staatsbahnen nach den Häfen Piraeus, Syra, Smyrna, Salonik, Konstantinopel, ^{Galatz} ^{Braila} (im Sommer) Rüstendje (im Winter) ein Tarif über Hamburg seewärts in Kraft getreten.

Dieser Tarif, an welchem die preussischen und sächsischen Staatsbahnen, sowie die deutsche Levante-Linie in Hamburg beteiligt sind, enthält Gesamtfrachtsätze von den Eisenbahnverbandsstationen bis zu den genannten überseeischen Häfen für Stückgut in Mengen unter 1000 kg und in Mengen über 1000 kg, sowie für eine Reihe wichtiger Ausfuhrartikel in Wagenladungen von 5000 und 10000 kg bezw. 50000 kg.

Für den Verkehr mit Stationen unseres Bezirks sind Frachtsätze für Stärke, Dextrin u., Spiritus (gleichzeitig auch für Garne und Gewebe von Baumwolle u. gütig), sowie für Zucker (auch für Glas, Glaswaren, Porzellanwaren gütig) vorgesehen.

Der erste Dampfer Erios wird am 28. Juni d. J. abgefertigt werden.

Nähere Auskunft über diesen Tarif, die Verbandsstationen, Transportbedingungen u. s. w. erteilt unser Verkehrs-Bureau, Abteilung für Tariffachen hierseits.

Druckstücke des Tarifs können durch Vermittelung der sämtlichen Fahrarten-Ausgabestellen unseres Bezirks zum Preise von 0,35 M. bezogen werden.

Die für diesen Verkehr zu verwendenden Frachtbriefe werden von den Verbandsstationen zu dem üblichen Preise abgegeben.

Bromberg, den 19. Juni 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

15. Die zum Umtausch gegen Schulverschreibungen der 3 1/2 % igen konsolidierten Preussischen Staatsanleihe abgestempelten 4 % igen Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft Litt. A. und B., sowie die 4 % igen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1873 sind vom 1. Juli 1890 ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der

Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhofe), welche den Umtausch bewirken, oder bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Berlin, Leipzigerplatz 17, der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Frankfurt a. M., den Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Braunschweig und Halberstadt — bei den Kassen zu Frankfurt a. M. und Hamburg jedoch nur innerhalb der ersten 6 Wochen des Umtauschgeschäftes — welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinscheinen über die vom **1. Juli 1890 ab** laufenden Zinsen einzuliefern. Für fehlende Zinscheine ist deren Werthbetrag, da beim Umtausch die Staatsschuldverschreibungen mit Zinscheinen vom 1. Juli 1890 ab laufend ausgehändigt werden, baar einzuzahlen, oder bei Einsendung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat nach den Gattungen: Litt. A., Litt. B. und 1873er, mittels je eines besonderen Verzeichnisses, in welches die Obligationen in aufsteigender Nummernfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummernfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinscheine je für sich geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers anzugeben ist. **Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.**

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbefcheinigungen ausgestellt, welche bei

der durch dieselbe Kasse gegen Quittung erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldverschreibungen zurückzugeben sind. Sobald letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer, eventl. unter Beifügung eines Quittungsentwurfs, portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbefcheinigungen nur auf Verlangen ertheilt. Die Uebersendung der für diese Obligationen auszugebenden Staatsschuldverschreibungen erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe, sofern ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Quittung zu ertheilen, falls letztere nicht bereits vorher gefordert worden ist.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldverschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, Berücksichtigung finden.

Sollen Empfänger von Staatsschuldverschreibungen die Umwandlung derselben in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf ihren Antrag die Staatsschuldverschreibungen zu diesem Zwecke direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und sie nur mit entsprechender Nachricht versehen werden.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der obengedachten Gattungen, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind, und daher als gekündigt gelten, vom 1. Juli 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und Zinscheinen über die Zinsen vom 1. Juli 1890 ab laufend bei den **Königlichen Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg und Berlin (Leipzigerplatz 17) zum Neuwerth eingelöst werden.**

Magdeburg, den 20. Juni 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

21.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Zauch-Belzig genehmigten Communalbezirksveränderungen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Seitheriger Guts- resp. Gemeindebezirk	Künftiger Guts- resp. Gemeindebezirk
1) Parzelle der forstfiscalischen Ablage zu Caputh von 0,1801 ha Flächeninhalt (Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Caputh Artikel 256, Kartenblatt 1 Flächenabschnitt 1702/92), jetzt dem Amtsbezirke Caputh gehörig,	Gutsbezirk Königlich-forstrevier Tünersdorf,	Gemeindebezirk Caputh
2) Parzelle derselben Ablage zu Caputh von 3 a 60 qm Flächeninhalt, jetzt dem Schiffbauer Wilhelm Schulze zu Caputh gehörig,	do.	do.
Belzig, den 10. Mai 1890.		

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig.

Genehmigung.

22. Auf Grund des § 25 Absatz 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemein-

Verfassungen vom 14. April 1856 genehmigen wir, daß die von dem Kaufmann Emil Hoffmann, dem pensionirten Lehrer Bernhard Ritter, dem Kössäthen Hermann Blanke und dem Bädner August Jden erwor-

benen Grundstücksstelle der fiskalischen Dorfstraße zu
Birkenwerder Karte: Blatt 3, Parzellennummer 544/325,
545/325, 546/325 547/325, von 0,16 ar bzw.
0,50 ar, 1,59 ar, 2,77 ar Größe unter Abtrennung

von dem Gutsbezirke des Königl. Domainenamtes
Dranienburg in den Gemeindeverband Birkenwerder
aufgenommen werden.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

7. Die Brandenburgische Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt hat in dem Rechnungsjahre 1889/90
an Wittwen- und Waisengeld-Beiträgen vereinnahmt 98 833 M. 79 Pf.
und an Zinsen von den Beständen des laufenden Fonds 1 372 „ 35 „

zusammen 100 206 M. 14 Pf.

Dagegen an Wittwen- und Waisengeldern gezahlt 19 893 „ 65 „
so daß als Ueberschuß 80 312 M. 49 Pf.

dem „Eisernen Fonds“ zu überweisen waren. Diesem sind zu seinem Bestande am
31. März 1889 von 769 241 „ 48 „
außerdem zugefloßen:

an Zinsen von seinen Beständen 29 569 M. 05 Pf.
„ Eintrittsgeldern 20 162 „ 40 „

weitere — Eintrittsgelder von
4 Stadtgemeinden im Gesamt-
betrage von 6442 M. 57 Pf. ge-
langen erst im folgenden Jahre zur
Einzahlung — an nacherhobenen
Beiträgen 5 052 M. 63 Pf.

nach Abzug von wieder erstatteten 179 „ 77 „

noch 4 872 „ 86 „

an Kursgewinn für ausgeloopte Effekten 98 „ 68 „

im Ganzen 54 702 „ 99 „

er erreichte daher am 31. März 1890 eine Höhe von 904 256 M. 96 Pf.

Die Vermehrung des Fonds im Rechnungsjahre 1889/90 stellt sich darnach auf
135 018 M. 48 Pf.

Sein rechnungsmäßiger Bestand ist folgender:

401 900 M.	4 % Preussische consolidirte Staatsanleihe (davon 400 000 M. ein- getragen in das Staatsschuldbuch) zum Ankaufswerte von	413 836 M. 50 Pf.
250 000 „	3 1/2 % Hypothek der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft	250 000 „ — „
195 700 „	3 1/2 % Landschaftliche Central-Pfandbriefe zum Ankaufswerte von	194 617 „ 36 „
31 700 „	Köpenicker Stadtoobligationen zum Ankaufswerte von	31 703 „ 60 „
13 700 „	Sossener desgl.	13 701 „ 50 „
893 000 M.		903 885 „ 96 „
und baar		398 „ — „
		Sa. 904 256 „ 96 „

Dies wird gemäß § 27 des Reglements der Anstalt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 12. Juni 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

43. Verloosung von Schleßischen Pfandbriefen Lit. B.

In der 43. Verloosung von

4 % Schleßischen Pfandbriefen Lit. B.

sind nachbezeichnete Stücke gezogen worden und zwar

über 1000 Thaler (3000 Mark)

Nr 40713 Fürstentum zc.; Nr 40741 Gr. Stein zc.;

Nr 41180 41182 und 41202 Ratibor; —

über 500 Thaler (1500 Mark)

Nr 43582 43593 43606 Pogarell und Algenau;

43814 43834 43911 und 43915 Gr. Stein zc.;

44285 44305 44324 44328 und 44344 Für-
stentum zc.; Nr 45042 Poln. Krawara und
Madau; Nr 45134 45210 45253 und 45263
Ratibor; —

über 200 Thaler (600 Mark)

Nr 49174 Elend; Nr 49283 und 49289 Nieder-
Schöna; Nr 50044 50046 50048 und 50049
Pogarell und Algenau; Nr 50369 und 50433
Gr. Stein zc.; Nr 50802 50803 50808 50826
50829 50836 und 50843 Fürstentum zc.;

Nr 50911 Gr. Stein zc.; Nr 51957 51989

52013 Poln. Krawarn und Radau; № 52086
52091 52141 52170 52198 52209 52223
52232 52270 und 52303 Ratibor; —

über 100 Thaler (300 Mark)

№ 61231 Elend; № 61398 61401 und 61412
Nieder-Schönan; № 62322 62374 62375
62376 62380 62388 und 62390 Pogarell und
Algenau; № 62747 62775 62777 62785
62812 62816 62819 62835 62853 62855
62905 und 62929 Gr. Stein u.; № 63356
63359 63395 63414 63421 63448 63457 und
63459 Fürstenstein u.; № 63527 Gr. Stein u.;
№ 63562 Niclasdorf; № 63567 und 63575
Ober-Schreibendorf; № 64771 64849 und
64873 Poln. Krawarn und Radau; № 64887
64907 64912 64915 64923 64934 64945
64982 64985 65023 65026 65031 65039
65051 65066 und 65079 Ratibor; —

über 50 Thaler (150 Mark)

№ 79235 79238 79244 79247 79253 und 79255
Gr. Stein u.; № 79278 Fürstenstein u.;
№ 79289 Ober-Schreibendorf; № 79458 und
79459 Poln. Krawarn und Radau; № 79463
79466 79467 und 79468 Ratibor; —

über 25 Thaler (75 Mark)

№ 82067 Elend; № 82081 und 82082 Nieder-
Schönan; № 82213 82221 und 82229 Gr.
Stein u.; № 82263 Fürstenstein; № 82285
und 82286 Niclasdorf; № 82449 und 82455
Poln. Krawarn und Radau; № 82459 82460
82461 und 82464 Ratibor.

Diese Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 25 975
Thaler oder 77 925 Mark werden ihren Inhabern mit
dem Bemerken gekündigt, daß die Auszahlung des Nenn-
werthes derselben

vom 2. Januar 1891 ab

bei der königlichen Institute-Kasse hieselbst (am Lessing-
platz im Regierungsgebäude) gegen Rückgabe der ge-
kündigten Stücke erfolgen wird, so wie daß die weitere
Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe vom genannten
Tage ab aufhört.

Breslau, den 14. Juni 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westhavelland ist an Stelle des Dom-
Sekretärs Behrendts zu Burg Brandenburg, welcher
sein Amt niedergelegt hat, der Feuerversicherungs-
Direktor Müller zu Dom Brandenburg zum Amts-
vorsteher-Stellvertreter des 22. Bezirks Dom Branden-
burg ernannt worden.

Der Förster Schilling zu Beerenbusch ist zum
Revierförster ernannt und demselben die bereits probe-
weise von ihm verwaltete Revierförsterstelle Beerenbusch
in der Oberförsterei Reng fest übertragen worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Aller-
gnädigst geruht, dem Kreisbauinspektor von Nieder-
pötte in Perleberg den Charakter als „Baurath“ zu
verleihen.

Den Domänenpächtern Adolf Kirchner zu Dahlem
und Wilhelm Faber zu Buchholz bei Chorin ist von
dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten der Charakter: „Königlicher Oberamtmann“
verliehen worden.

In Rixdorf, Hermannstraße 107, ist die von dem
Apotheker Weiskam neu angelegte Apotheke eröffnet
worden.

Der bisherige Diaconats-Verweiser, Prediger Emil
Schaumann, ist zum 1. Diaconus der Pfarodie der
Stadtkirche zu Köpenick, Diözese Köln-Land II., mit
dem Wohnsitz in Friedrichshagen bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle
zu Einum, Diözese Gehrbellin, wovon aber bis zum
1. Oktober 1898 eine Pfandenabgabe von jährlich
2354 M. an den landeskirchlichen Pensionsfonds zu
entrichten ist, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers
Nagel zum 1. Oktober 1890 zur Erledigung. Die
Wiederbesetzung der Stelle erfolgt im vorliegenden Falle
durch das Kirchenregiment.

Die Predigerstelle an der Französischen Kirche auf
der Luisenstadt in Berlin ist durch das Ableben des
Konfistorial-Raths, Predigers Tournier zur Erledigung
gekommen.

Bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-
Kommission sind

Allerhöchst verliehen: dem Regierungs- und Bau-
rath Emmerich der rothe Adler-Orden III. Kl. mit
der Schleife, dem Baurath Thiede und dem Bau-
inspektor Kleinwächter der rothe Adler-Orden
IV. Kl. dem Schleusenmeister Bässinger und dem
Bauaufseher Garchow das Allgemeine Ehrenzeichen;
überwiesen: der Bauinspektor und Baurath Küster
von dem königlichen Ministerium der öffentlichen
Arbeiten, der Bauinspektor Kleinau von der könig-
lichen Regierung in Königsberg, der Registrator und
Kanzlist Staske und der expeditende Sekretär und
Kalkulator Formanowicz von der General-Direktion
der königlichen Preussischen allgemeinen Wittwen-
Versorgungs-Anstalt;

ernannt: die Regierungs-Affessoren Dr. Spieß und
von Wilnowski zu Regierungsräthen, der bis-
herige Registrator und Kanzlist Staske zum expe-
dierenden Sekretär, der bisherige expeditende Sekretär
und Kalkulator Formanowicz zum Buchhalter, die
Sekretariats-Assistenten Quilling, Dibriß und
van Lamoën zu expeditenden Sekretären und Kal-
kulatoren;

angestellt: die Bureau-Diätare Klemm, Freise
und Ziede als Sekretariats-Assistenten, der Bureau-
Diätar Fietz als Kassen-Assistent und die bis-
herigen Kanzlei-Diätare Lindner, Demelt und
Blum als Kanzlisten;

angenommen: der stud. jur. Nitz, der Abiturient
Domke, die Primaner Haltermann und Hegeler,
der Privatsekretär Mantel und der bisherige Civil-
Supernumerar beim königlichen Provinzial-Schul-
kollegium hieselbst Benke als Civil-Supernumerare,

die Sergeanten Rohmann und Bof als Kanglei-Diätare, der Häßler Pohl und der Sergeant Hurdorf als Häßsboten;

ausgeschieden: der Bauinspektor Kleinwächter, sowie der Regierungsrath Dr. Spieß in Folge ihrer Versetzung an die königliche Regierung in Erfurt bezw. Gumbinnen, der Bureau-Diätar Reißig in Folge seiner Anstellung im Bureau des Herrenhauses, der Bureau-Diätar Boneß in Folge Uebernahme in den Hofstaatsdienst, der Häßsbote Hurdorf auf seinen Antrag;

verstorben: der expeditende Sekretär und Kalkulator, Kangleirath Andreae und der Plankammer-Inspektor de Grain.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts in den Monaten April und Mai 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Schüg, Mantey, Fraenkel, Bode, Wegner bei den Amtsgerichten zu Schwedt beziehungsweise Heinrichswalde D.-Pr., Buserhausen a. D., Halbau und Trachenberg, der Landgerichtsrath Bardt in Frankfurt a. D. zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht daselbst, der Landgerichtsrath Schulze in Berlin zum Landgerichts-Direktor beim Landgericht I. in Berlin, der Staatsanwalt Dr. Menge in Berlin zum Kammergerichtsrath, der Landgerichtsrath Eood in Potsdam zum Oberlandesgerichtsrath in Raumburg a. Saale, der Staatsanwalt Krobizsch in Berlin zum Ersten Staatsanwalt beim Landgericht in Hirschberg.

Versetzt sind: der Landgerichtsrath Eichhorn in Landsberg a. W. an das Landgericht zu Frankfurt a. D., der Amtsrichter Dr. Holt in Berlin als Landrichter und der Landrichter Dr. Freiherr von Giseke in Lüneburg an das Landgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Büniger in Rixdorf, Poewe in Lippehne, Busch in Seelow, Dr. Felisch in Carolath und der Landrichter Petersen in Cottbus als Amtsrichter an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter von Hamm in Rathenow an das Amtsgericht in Potsdam, der Amtsrichter Wachsmann in Landsberg a. W. als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Dyckerhoff in Frankfurt a. D. als Landrichter an das Landgericht daselbst, der Amtsrichter Blumenfeld in Forst an das Amtsgericht in Rixdorf, der Amtsrichter Dr. Nibel in Beuthen D.-Schl. an das Amtsgericht in Görden.

Der Amtsrichter Isenbart in Potsdam ist in Folge seiner Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath und ständigen Mitgliede des Reichsversicherungsamts aus dem Preussischen Justizdienste geschieden, der Kammergerichtsrath Dr. Olshausen scheidet in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath am 15. September dieses Jahres aus dem Preussischen Justizdienste.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare

Dr. Rosenthal, Krens, Dr. Sachs, Arnim, Schломann, Stolz, Hansch, Rubale, Weber, Burm, Dr. Platho, Nimbach, Appelbaum, Gebhard, Dr. Leschinsky.

Entlassen sind: Euno Zwecks Uebertritts in die Kommunalverwaltung, von König und Schmiele Zwecks Uebertritts in das Ressort des Auswärtigen Amtes, Mehlhorn Zwecks Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern, Reuscher und Sehring in Folge ihrer Ernennung zu Auditeuren.

Verstorben ist: Dr. Behmer, von Raumer.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst sind in der Liste der Rechtsanwälte: die Rechtsanwälte, Justizrath Robert und Fröhlich beim Landgericht I. in Berlin, Wagenknecht beim Amtsgericht in Jüterbog; Demler beim Amtsgericht in Cästrin, Paul Meyer beim Amtsgericht in Cöpenick, Heilborn beim Landgericht in Frankfurt a. D. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Gerichtsassessor Wähle beim Amtsgericht Baerwalde N.-M., der Gerichtsassessor Leo Hamburger beim Landgerichte II. in Berlin, der Gerichtsassessor Herber beim Amtsgericht in Senftenberg, die Gerichtsassessoren, Leonhard Hirsch, Rattenbusch, Dr. Hartogensian Nasur und der Rechtsanwalt Demler aus Cästrin beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Heilborn aus Frankfurt a. D. beim Amtsgericht in Finsterwalde.

Zu Notaren sind ernannt: die Rechtsanwälte Schulze in Storkow, Janusch in Sommerfeld und Hering in Prigwall. Dem Notar, Justizrath Robert in Berlin, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte als Notar ertheilt.

Verstorben sind: der Rechtsanwalt und Notar Hadra in Charlottenburg, der Rechtsanwalt Bense beim Landgericht II. in Berlin, der Rechtsanwalt und Notar Paul Müller in Landsberg a. W.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Heiborn, Schwenterley, Koch, Zummeley, Kaiser, von Schulzendorff, Stachow, Freiherr von Spigemberg, Beneke, Großmann, Max Schulz, Felix Lewin.

Beisetzt ist: von Behr in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin.

Uebernommen sind: Stranz aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M., von Moers und Roedenbeck aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S.

Entlassen sind: Reimer Zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Dr. Engel auf seinen Antrag, Ort und Rembe.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Bureau-Assistent Dorn in Plögnsee zum Gefängniß-Sekretär beim Untersuchungs-Gefängniß in Berlin, der Bureau-Assistent Bösenberg in Berlin zum Gefängniß-Sekretär bei dem

Stadtvoigteigefängniß in Berlin, zu Gefängnißbureau-Assistenten die Bureau-Diktarien Prell bei dem Strafgefängniß am Plögensee, Stein bei dem Untersuchungsgefängniß in Berlin.

Pensionirt sind: der Gerichtsschreiber Ernst August Carl Schmidt bei dem Amtsgericht I. in Berlin und

der Gefängniß-Sekretär Szczesniak bei dem Untersuchungs-Gefängniß in Berlin.

Verstorben sind: der Erste Gerichtsschreiber Barz bei dem Amtsgericht in Guben, der Kanzlist Rantke bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. D., der Gerichtsschreiber Hildebrandt beim Kammergericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang-Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:			
1	Johann Gabon, Tagearbeiter,	geboren am 11. Dezember 1851 zu Jasztzemb, Kreis Bendzin, Russisch-Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	Raub und einfacher Diebstahl (6 Jahre 3 Wochen Zuchthaus laut Erkenntniß vom 25. April 1884),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	22. Februar 1890.
2	Alexander Runz, Schrifsteller,	geboren zu Kornolunze, Oesterreich, heimatlos-berechtigt in Wien (Klein-Bukowin),	Betteln, Landstreichen und einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 15ten März 1888),	Königlich Preussische Regierung zu Bromberg,	25. Januar 1890.
		b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
1	Leopold Lucka, Handlungsdiener,	geboren am 21. April 1851 zu Prag, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlicher Polizeipräsident zu Berlin,	6. Mai 1890.
2	Stephan Szabó, Tagelöhner,	27 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Verbenye, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	19. Mai 1890.
3	Stanislaus Bettewsky, Russe,	22 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bumpelsky, Gouvernement Ploß, Russisch-Polen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. Dezember 1889.
4	Die Zigeuner:				
	a. Joseph Schittke, Schmied,	38 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielig, Oesterreich,	desgleichen,		
	b. dessen Ehefrau Pauline,	31 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielig,			
	c. Karoline Ferra, unverheirathet,	50 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielig,			
	d. Johanna Rukla, unverheirathet,	20 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Skotschow, Galizien,			
	e. Mathilde Rukla, unverheirathet,	18 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Skotschow,			
5	Alois Stiegler, Tagelöhner,	geboren am 11. Februar 1873 zu Weharts, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Stadtmagistrat Nürnberg, Bayern,	27. April 1890.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
6	Alb. Choulis, Zimmermann,	27 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Rosel, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	5. Mai 1890.
7	Maria Moser, Dienstmagd,	geboren am 4. November 1870 zu Steg, Bezirk Reutte, Tirol, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen, gewerbmäßige Unzucht und Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	Stadtmagistrat Rempten, Bayern,	desgleichen.
8	Anton Friedrich (auch Wandraschek genannt), Conditor,	geboren am 9. Mai 1861 zu Lausfirchen, ortsangehörig zu Souctich, Bezirk Beneschau, Böhmen,	Landstreichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommis-sär zu Freiburg,	17. Mai 1890.
9	Anton Guschl, Schneider,	geboren am 31. März 1859 zu Rofotill, Kreis Saaz, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Fürstlich reuß-plauisches Landrathsamt zu Greiz,	28. März 1890.
10	Franzisko Franchi (Franzi), Harmonikaspieler,	geboren am 7. Oktober 1862 zu Barde, Italien, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	23. Mai 1890.
11	Josef Ratke, Schreiner,	geboren am 13. Februar 1870 zu Enns, Oesterreich, ortsangehörig ebenda selbst,	desgleichen,	derselbe,	24. Mai 1890.
12	Otto Bandy, Sattlergehilfe,	19 Jahre alt, geboren zu Ramberk, Bezirk Tabor, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Deggen-dorf,	21. Mai 1890.
13	Johanna Cytron, alias Rostol, ledige Zigeunerin,	23 Jahre alt, geboren zu Jährzeg, Bezirk Bielitz, Oesterreich, ortsangehörig ebenda selbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	14. Mai 1890.
14	Ernst Weipel, Strumpfwirker,	geboren am 4. August 1873 zu Aisch, Böhmen, ortsangehörig zu Gottmannsgrün, Bezirk Aisch,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	24. Mai 1890.
15	Rudolph Grögler, Zimmermaler,	geboren am 7. Mai 1872 zu Seelowitz Mähren, ortsangehörig zu Bergstadt, Bezirk Römerstadt, Mähren,	desgleichen,	Stadtmagistrat zu Nürnberg,	20. Mai 1890.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidenten von Berlin, betreffend die Wahlbezirks-Eintheilung für die Wahl des Ausschusses der Versicherungsanstalt der Invaliditäts- und Altersversicherung des Stadtkreises Berlin, sowie vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum 26 ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 27. Juni 1890.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidenten von Berlin.

15. Gemäß Nr 1 Abs. 3 der in der Extra-Beilage des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 13. Juni d. Js. erschienenen „Wahlordnung betreffend die Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin. Vom 4. Juni 1890.“ bringe ich nachstehend die Wahlbezirks-Einteilung für die Wahl des Ausschusses der Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin zur öffentlichen Kenntniß.

Der erste Ausschuss zählt je 10 Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten. Hierzu werden acht Wahlbezirke, wie folgt, gebildet.

Wahlbezirk	Wahlbezirk wählt Ausschussmitglieder aus dem Stande der		Name der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen u.	Sitz	Zahl der Kassen- mit- glieder u.	Zahl der auf die Kasse ent- fallenden Stimmen
	Arbeit- geber	Versicherten				
I.	2	2	Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter u.	Berlin Michael- kirchstr. 40	62299	624
			1. Ortskrankenkasse der Buchdrucker	Ritterstr. 94 I.	3687	38
			2. " der Gelbgießer	Ritterstr. 114	497	6
			3. " für das Goldschmiedgewerbe	Holzmarktstr. 8.	1315	15
			4. " der Graveure, Eiseleur u.	Wassertorstr. Nr. 14 II.	1495	16
			5. " Klempner	Brückenstr. 10 b.	3998	41
			6. " Kupferschmiede	Friedenstr. 79	399	5
			7. " Lackirer	Alte Jacobstr. 50	251	4
			8. " Maschinenbauarbeiter und verw. Berufsgenossen	Neue Schönhau- serstr. 16	15839	160
			9. Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker u.	Potsd. 10/11	1942	21
			10. " der Messerschmiede, Schwertfeger u.	Adlerstr. 159 Quergeb. II.	107	3
			11. Ortskrankenkasse der Radler und Siebmacher	Dresdenerstr. 29.	163	3
			12. " der Schlosser und Berufs- genossen	Neue Friedrichstr. Nr. 35	5918	61
			13. Ortskrankenkasse der Schmiede und verwandten Gewerbe	Landwehrstr. 11 I.	352	5
II.	2	2	14. Ortskrankenkasse der Silberpresser und Berufs- genossen	Brangelstr. 96 II.	169	3
			15. Ortskrankenkasse der Uhrmacher	Neue Jacobstr. 7	378	5
			16. " der Gürtler	Wassertorstr. Nr. 46 I.	3297	34
			17. " der Zeugschmiede	Junferstr. 20	99	2
			18. " der Zinngießer	Krausenstr. 22	51	2
			19. Fabrikkrankenkasse Ludwig Loewe & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Hollmannstr. 35	2314	25
			20. Neue Maschinenbauers (Fabrik-) Krankenkasse	Hirtenstr. 16 I.	14186	143
			21. Betriebskrankenkasse der Actiengesellschaft für Eisen- und Metallbau-Construktionen vorm Drees & Co.	Schönhäuser Allee Nr. 66/67	137	3
			22. Innungskrankenkasse der Schmiede	Mulackstr. 9	931	11
			23. Betriebskrankenkasse des Königl. Eisen- bahn-Betriebsamtes Stadt- und Ringbahn und der Büreaus der Eisenbahn-Direction	Berlin	2404	26

Wahl- bezirk	Wahlbezirk wählt Ausfluß- mitglieder aus dem Stande der Arbeit- geber	Ver- sicherten	N a m e der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen u.	S i ß	Zahl der Kassen- mit- glieder u.	auf die Kasse ent- fallenden Stimmen
noch II.	2	2	24. Werkstättenkrankenkasse der Hauptwerkstatt Berlin und Betriebswerkstatt Rummelsburg	Berlin	703	9
			25. Werkstättenkrankenkasse für die Eisenbahn-Hauptwerkstätte zu Berlin (Berlin—Lehrte) und die Betriebswerkstätte daselbst (Eisenbahn-Directions-Bezirk Magdeburg)	dto.	240	4
			26. Eisenbahn-Betriebskrankenkasse für den Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts Berlin (Eisenbahn-Directionsbezirk Altona)	dto.	1290	14
			27. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts zu Berlin (Eisenbahn-Directionsbezirk Bromberg)	dto.	2168	23
			28. Werkstättenkrankenkasse für die Eisenbahn-Hauptwerkstatt zu Berlin und die Neben- bzw. Betriebswerkstätten zu Berlin, Rastin und Landsberg (Eisenbahn-Directionsbezirk Bromberg)	dto.	877	10
			III.	1	1	1. Ortskrankenkasse der Böttcher
2. " der Buchbinder und verwandten Gewerbe	Adalbertstr. 72	3518				37
3. Ortskrankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe	Kl. Stralauerstr. Nr. 12/13	3249				34
4. Ortskrankenkasse der Bergolber und Berufs-genossen	Mariannenstr. 2	1342				15
5. Ortskrankenkasse der Korbmacher und verwandten Gewerbe	Deffauerstr. 31	333				5
6. Ortskrankenkasse der Möbelpolirer	Dranienstr. 169	641				8
7. " für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten	Grenadierstr. 3	188				3
8. Ortskrankenkasse der Photographen	Neue Köpfer 16 II.	558				7
9. " der Sattler und verwandten Gewerbe	Neumannsgasse Nr. 11	921				11
10. Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen	Breslauerstr. 5 I.	1962				21
11. Ortskrankenkasse der Stellmacher	Veteranenstr. 22	404				6
12. " der Tapezierer	Christinenstr. 9	1911				21
13. " der Tischler und Pianofortearbeiter	Fischerbrücke 22	16592				167
14. Ortskrankenkasse der Weißgerber	Prinzen-Allee 59	50				1
15. Fabrikkrankenkasse der Berliner Musikinstrumentenfabrik Actiengesellschaft vorm. Ch. F. Pletschmann & Söhne	Brunnenstr. 28 a.	380				5
IV.	1	1			32371	346
			1. Ortskrankenkasse der Barbieri	Wassertorstr. 62	329	5
			2. " der Friseure	Rollenmarkt 10	136	3
			3. " der Handschuhmacher und verw. Gewerbe	Fehrbellinerstr. 81	302	5
			4. Ortskrankenkasse der Hutmacher und Filzwarenfertiger	Chorinerstr. 84 I.	1982	21

Wahl- bezirk	Wahlbezirk wählt Aus- scheidung mitglieder aus dem Stande der Arbeit- geber		N a m e der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen u.	S i t z	Zahl der auf die Kasse ent- fallenden Stimmen	
	Arbeit- geber	Ver- sicherten			Kassen- mit- glieder u.	Rasse ent- fallenden
VII.	1	1	1. Ortskrankenkasse der Bäcker	Brunnenstr. 5	1504	17
			2. " für das Bierbrauer-Gewerbe	Schönh. Allee 163 I	1088	12
			3. " der Cigarrenmacher, Tabak- spinner u.	Brunnenstr. 18	964	11
			4. Ortskrankenkasse d. Conditoren u. Pfefferkühler	Dranienstr. 123	787	9
			5. Ortskrankenkasse der Posamentierer, Seiler u.	Seidelstr. 27	481	6
			6. " des Schlächtergewerbes	Neue Grünstr. 13	2136	23
			7. " der Strumpfwirker	Klieberstr. 11	201	4
			8. " der Tabakfabrikarbeiter	Peiligerstr. 21	166	3
			9. " der Töpfer	Streligerstr. 7. pt.	1435	16
			10. " der Weber u. verw. Gewerbe	Fruchtstr. 45	2850	30
			11. Betriebskrankenkasse der Meierei von E. Dölle	A. Noackstr. 99/103	296	4
			12. Fabrikkrankenkasse der Chemischen Fabrik auf Actien, vorm. E. Schering	Fennstr. 11/12	368	5
			13. Fabrikkrankenkasse der Firma B. und O. Kegler, Posamenten-Schneidfabrik, Köppelei	Elisabeth-Ufer 19	209	4
			14. Fabrikkrankenkasse der Firma R. Eise mann, Spiritusfabrik	Mühlenstr. 6/7	36	1
			15. Betriebskrankenk. d. R. Porzellan-Manufactur	Begelystr.	360	5
			16. Innungskrankenk. d. Pfefferkühler u. Conditoren	Dyngasse 1	158	3
			17. Innungskrankenkasse der Weber	Andreasstr. 39	797	9
			18. Innungskrankenkasse der Glaser	Brandenburgstr. 29	398	5
			19. Innungskrankenkasse der Strumpfwirker	Pallisaadenstr. 17	187	3
			20. Betriebskrankenkasse des Königl. Eisen- bahn-Betriebsamts Berlin-Sommerfeld	Berlin	2627	28
			21. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kö- nigl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Lehrte (Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg)	dto.	2100	23
			22. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kgl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Magdeburg (Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg)	dto.	1247	14
			23. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kö- nigl. Eisenbahnbetriebsamts zu Berlin (Eisenbahn-Direktionsbezirk Erfurt)	dto.	2698	28
			24. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kgl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Blankenheim	dto.	759	9
			25. Zahl derjenigen Versicherten, welche einer wahlberechtigten Krankenkasse u. nicht an- gehören (vgl. Wahlbezirk VIII.)		11000	110
VIII.	1	1			34852	382
					34000	342

*) Die Zahl der einer Krankenkasse u. angehörigen Wahlberechtigten beträgt . . . 282 817 Personen.
 Nach der Statistik über die Volkszählung im Jahre 1885 betrug die Zahl der Ein-
 wohner in Berlin 1 315 287. Die Zahl der auf Grund des Alters- und Invaliditäts-
 Gesetzes zu Versicherten (etwa 250 von 1000 Einwohnern) . . . 328 822
 Hiervon ab die zuerst angegebene Zahl der den Krankenkassen u. angehörigen Wahl-
 berechtigten bleiben . . . 46 005
 welche auf 45 000 abgerundet aufzuführen waren.

Potsdam, den 19. Juni 1890.

Der Ober-Präsident von Berlin, Staatsminister von Achenbach.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Stück 27.

Den 4. Juli

Anfang von Remonten für 1890.

18. Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der königlichen Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am	4.	Juli	Wilsnack	9 Uhr,
	7.	"	Meppenb urg	8 "
	25.	"	Prenzlau	8 "
	26.	"	Angermünde	8 "
	28.	"	Ryritz	9 "
	29.	"	Wittstock	8 "
	30.	"	Prign wall	8 "
	31.	"	Perleberg	8 "

1. Hauptstadt Senzen a. Elbe

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission er-
kauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und so-
fort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Struppenfeger und Klopfbengste, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorge stellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu koupiren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Ver-

Anschluß an Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend D.

Anschluß an Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend

Diesem Personen, welche noch in
Anschluß an eine der Stadt-
richtungen in Potsdam, Spandau,
Groß-Lichterfelde, Dranienburg,
und Ludwigsfelde wünschen, werden

1. August an das Postamt in dem
nach dem 1. April 1891
Bei den bezeichneten Pos-
Anmeldung in Empfang

Bekanntmachungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten

16. Auf Grund des § 49 des Reichsgesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 in Verbindung mit dem Preussischen Gesetz vom 17. März 1890 über die Ausführung dieses Gesetzes ist eine mit der Anwartschaft verbundenen Pension zu bewilligen.

22. Juni 1889 in Verbindung mit meiner
machung vom 4. Juni d. J. (Nr. 13) Er-
zum Amtsblatte Stüd 24 der Königl. Regierung
Potsdam) habe ich den Königl. Regierungsrat
Lewald, hiersebst, Priesterstraße 12, zum Beauftragten
für die Leitung der Wahlen der Ausschussmitglieder für
die zur Durchführung der Invaliditäts- und Alters-
versicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz
Brandenburg bestellt.

Potsdam, den 21. Juni 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

17. Gemäß № 1 Absatz 3 der in der Extra-Beilage zum Amtsblatt Stück 24 der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 13ten Juni 1890 erschienenen Wahlordnung vom 4. d. Mts., betreffend die Wahlen der Ausschußmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg, bringe ich nachstehend die Eintheilung der Wahlbezirke, ihre Reihenfolge und die Zahl der in jedem derselben zu wählenden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zur öffentlichen Kenntniß:

Wahlbezirk I. umfasst die Kreise Weßprignitz, Nupprignitz, Nuppin, Weßfaveland, Nupfaveland (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von 952

Wahlbezirk II. umfasst die Stadtfreie Spanbau, Potsdam und Charlottenburg (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von . . . 446 wählt je 1 Vertreter.

Wahlbezirk III. umfaßt den Stadtkreis Branden-
burg, sowie die Kreise Zauch-
Belzig und Jüterbog (Reg.-Bez.
Potsdam), Ludau, Kalau und

- Wahlbezirk IV.** Lübben (Reg.-Bez. Frankfurt) mit einer Gesamtstimmenzahl von 926 wählt je 2 Vertreter.
- Wahlbezirk V.** umfaßt den Kreis Teltow (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von 456 wählt je 1 Vertreter.
- Wahlbezirk VI.** umfaßt den Kreis Niederbarnim (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von . . . 468 wählt je 1 Vertreter.
- Wahlbezirk VII.** umfaßt die Kreise Oberbarnim und Beeskow-Storkow (Reg.-Bez. Potsdam), sowie die Kreise Königsberg Nmkt. und Lebus (Reg.-Bez. Frankfurt) mit einer Gesamtstimmenzahl von . . . 900 wählt je 2 Vertreter.
- Wahlbezirk VIII.** umfaßt die Kreise Angermünde, Templin und Prenzlau (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von 464 wählt je 1 Vertreter.
- Wahlbezirk IX.** umfaßt die Kreise Solbin, Arnswalde, Friedeberg Nmkt. und die wahlberechtigten Krankenkassen des Kreises Landsberg a. W. (Reg.-Bez. Frankfurt) mit einer Gesamtstimmenzahl von . . . 465 wählt je 1 Vertreter.
- Wahlbezirk X.** umfaßt den Kreisaußschuß des Kreises Landsberg (für die einer wahlberechtigten Krankenkasse dieses Kreises nicht angehörenden versicherungspflichtigen Personen und deren Arbeitgeber), sowie die Kreise Ost-Sternberg, West-Sternberg, Stadtkreis Frankfurt, Züllichau und Kroßen (Reg.-Bez. Frankfurt) mit einer Gesamtstimmenzahl von 912 wählt je 2 Vertreter.
- Wahlbezirk X.** umfaßt die Kreise Guben Stadt, Guben Land, Sorau, Spremberg, Cottbus Stadt und Cottbus Land (Reg.-Bez. Frankfurt) mit einer Gesamtstimmenzahl von 915 wählt je 2 Vertreter.

Potsdam, den 26. Juni 1890.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.
**Bekanntmachungen des Königlichen
 Regierungs-Präsidenten.**

Beschluß.

133. Die von dem Amtsvorsteher zu Deutsch-Wilmersdorf erlassene, die Gemeinden Deutsch Wilmersdorf, Friedenau und Schmargendorf umfassende Polizei-Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Tage vom 18. April 1890 wird, weil der Zustän-

digkeit der Ortspolizeibehörde nicht unterliegend, hierdurch unter Zustimmung des Bezirksausschusses in Gemäßheit des § 145 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 außer Kraft gesetzt.

Potsdam, den 1. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Biefseuchen.

134. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Gutes Sputendorf, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande des Rittergutes Eischädt und des Bauer-
 gutsbefigers August Reich zu Einum, Kreis Osthavel-
 land, und unter den Kühen des Rittergutes Klein-
 Beeren, Kreis Teltow.

Die Ortschaft und die Feldmark Einum, Kreis Osthaveland, sind gegen das Durchtreiben von Wieder-
 käuern und Schweinen gesperrt worden.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter den
 Schweinen des Bädermeisters Plage zu Rowawes,
 Kreis Teltow.

Potsdam, den 1. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

11. Der unterzeichnete Bezirksausschuß zu Berlin hält Ferien während der Zeit vom 21. Juli bis zum 1. September dieses Jahres. Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß. Dies wird hierdurch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen im § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirksausschüssen vom 28. Februar 1884 (Potsdamer Amtsblatt von 1884 I. Extra-Beilage zum 13. Stück Seite 3 fgd.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 20. Juni 1890.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.

**Bekanntmachungen des
 Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Bekanntmachung.

61. Der bekannte Wandmurmalkünstler Richard Mohrmann, vor dessen Treiben bereits wiederholtlich gewarnt worden ist, empfiehlt neuerdings in den Zeitungen seine Bücher „Der Friedensbote“ und „Johannistrieb“, welche im Wesentlichen mit dem von ihm früher herausgegebenen „goldenen Buch für Männer“ übereinstimmen. Der Inhalt soll durch Ausschweifungen heruntergekommene Menschen in Angst versetzen und zu Ausgaben verleiten, welche dem Verfasser zu Gute kommen. Das Publikum wird vor diesem Treiben und vor der Kuppelerei des Richard Mohrmann ernstlich gewarnt. Berlin, den 20. Juni 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Werbhriefverkehr mit Kamerun.

12. Vom 1. Juli ab sind Briefe mit Werthangabe bis zum Werthbetrage von 8000 M. im Verkehr mit der Deutschen Postagentur in Kamerun zugelassen. Die Taxe setzt sich zusammen aus dem Porto und der festen Gebühr für einen Einschreibbrief von gleichem Gewicht, sowie aus einer Versicherungsgebühr von 16 Pf. für je 160 M.

Berlin W., 20. Juni 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Postpaketverkehr mit Kamerun.

13. Vom 1. Juli ab ist bei Postpaketen im Verkehr mit der Deutschen Postagentur in Kamerun Werthangabe bis 8000 M. (= 10000 Franken) zugelassen. Für Postpakete mit Werthangabe nach Kamerun kommt, neben dem Porto von 1 M. 60 Pf. für das Paket, eine Versicherungsgebühr von 16 Pf. für je 160 M. zur Erhebung.

Berlin W., 21. Juni 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Anmeldung von Fernsprech-Anschlüssen.

62. Diejenigen Personen, welche noch im laufenden Rechnungsjahre d. i. bis zum 31. März 1891 Anschluss an das hiesige Fernsprechnetz oder an die Fernsprechnetze der zum hiesigen Verwaltungsbereich gehörenden Vororte zu erhalten wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis zum 1. August an die hiesige Kaiserliche Ober-Postdirection einzusenden oder dieselben in dem Auskunftsbureau (Spandauerstraße 19/22, Zimmer N° 109) mündlich anzubringen. Spätere Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1891 berücksichtigt werden.

Berlin C., 11. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung von Postagenturen in Blankenfelde und in Schilbow (Kreis Niederbarnim).

63. Am 1. Juli treten in den im Kreise Niederbarnim belegenen Orten Blankenfelde und Schilbow Postagenturen in Wirksamkeit, welche sich mit der Annahme und Ausgabe von Postsendungen aller Art, sowie von Telegrammen befassen werden. Die Dienststunden der neuen Postagenturen werden für den Verkehr mit dem Publikum wie folgt festgesetzt: 1) an den Wochentagen von 7 (im Winter 8) bis 11 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags, 2) an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 7 (im Winter 8) bis 9 Uhr Vormittags, 4 bis 5 Uhr Nachmittags, außerdem von 12 Uhr Mittags bis 1 Uhr Nachmittags nur für den Telegraphenverkehr. Die Verwaltung der Postagenturen wird den Inhabern der Postfilialstellen in den genannten Orten, Lehrer Reich und Kaufmann Schroeder, übertragen.

Berlin C., den 27. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

Anschluss an Stadt-Fernsprecheinrichtungen betreffend.

64. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Etatsjahre Anschluss an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Spandau, Cöpenick, Stieglitz, Groß-Lichterfelde, Dranienburg, Grünau (Markt), Wannsee und Ludwigsfelde wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis zum 1. August an das Postamt in dem betreffenden Orte zu richten. Spätere Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1891 berücksichtigt werden. Bei den bezeichneten Postämtern können die Bedingungen für den Anschluss eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 12. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Einrichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt.

65. In Mesendorf wird am 1. Juli eine mit der Distriktpostanstalt verbundene Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, den 27. Juni 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

10. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Reskript des Königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union beigetretene Kirchengemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten Verordnung, in Folge des Beitritts der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Bezugung der allgemeinen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden, hieselbst in der Weise Anwendung, daß die von auswärts zuziehenden Personen zuziehende Wahl getroffen werden kann zwischen einerseits der betreffenden, mit einem örtlich abgegrenzten Kirchsprengel versehenen Gemeinde und andererseits der Dom- oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen Feststellung der Gemeindeangehörigkeit erwachsenden Uebelständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath aus ertheilten Ermächtigung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden evangelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht

auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Lokalparodie, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.

- 2) Diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet, durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Vorstande der gewählten Kirche zu erkennen gegeben werden.
- 3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelischen Einwohner als pflichtige Glieder derjenigen Lokalparodie, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der letzteren in diejenige Parodie als Mitglieder über, in welcher die neugewählte Wohnung belegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg.

* * *

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 18. Juni 1890.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

14. Der Gutsbesitzer Seuffert in Erppegna bei Mödern, Regierungsbezirk Magdeburg, hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der 4prozentigen konsolidierten Staatsanleihe von 1883 Lit. D. Nr. 454299 über 500 M. angetragen, weil die obere rechte Ecke abgerissen ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 8. September 1890 uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem r. Seuffert ein neues kassfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 22. Februar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen gegen dreieinhalbprozentige Staatsschuldverschreibungen und Zinsenzahlung.

20. Die Inhaber der 4%igen Prioritäts-Obligationen Ia. C. der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn und III. Emission der Berlin-Hamburger Eisenbahn werden aufgefordert, ihre Obligationen, soweit diese zum Umtausche gegen Schuld-

verschreibungen der konsolidierten 3½%igen Staatsanleihe abgestempelt worden sind, zur Ausführung des nach Maßgabe der Angebote vom 15. August 1889 erfolgten Umtausches vom 1. Juli d. J. ab bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipzigerplatz Nr. 17, einzureichen.

Neben der genannten Kasse nehmen auch, jedoch nur während der ersten 6 Wochen vom 1. Juli d. J. ab, die Königliche Eisenbahn-Hauptkasse in Frankfurt a. M. (Sachsenhausen) und die Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen in Breslau (Direktionsbezirk Berlin), Cottbus, Guben, Görlitz, Hamburg, Sietlin und Stralsund die Obligationen zum Umtausche an.

Mit den Obligationen müssen zugleich die am 2. Januar 1891 und später fällig werdenden Zinscheine nebst Erneuerungs-Anweisung (Talon) abgegeben werden, beziehungsweise ist der Betrag eines jeden fehlenden Zinscheines baar einzuzahlen.

Ferner ist mit den Obligationen, und zwar für jede Anleihe besonders, ein Nummern-Verzeichnis in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Vordruckbogen zu derartigen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt, Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Zum Umtausche der Obligationen beider Anleihen sind Staatsschuldverschreibungen zu 5000 M., 2000 M., 1000 M. und 500 M., außerdem zum Umtausche der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Obligationen auch noch Staatsschuldverschreibungen zu 300 M. und 200 M. vorhanden und solche mit Zinscheinen über Zinsen vom 1. Juli 1890 ab versehen. Wünsche auf Zurheilung von Stücken einer bestimmten Werthgattung werden thunlichst berücksichtigt werden.

Der Umtausch erfolgt in der ersten Zeit nicht Zug um Zug, sondern es erhält der persönlich erscheinende Einlieferer oder dessen Beauftragter vorläufig eine Empfangs-Bescheinigung. Demnach wird ein Quittungs-Entwurf portopflichtig übersandt werden, den der Obligationseinsender mit seiner Unterschrift zu versehen und unter Beifügung der vorgerichteten Empfangs-Bescheinigung zurückzugeben hat, wogegen die Staatsschuldverschreibungen ausgehändigt werden.

Geschieht die Einreichung der Obligationen durch Vermittelung der Post, so wird nur der Empfang auf Verlangen in dem Begleitschreiben bekräftigt; andernfalls wird alsbald ein Quittungs-Entwurf zur Unterschrift übersandt, nach dessen Wiedereingang die Absendung der Schuldverschreibungen mit den Zinscheinen unter voller Werthangabe erfolgt, sofern eine andere Bewertung nicht ausdrücklich beansprucht ist.

Sollen Inhaber umzutauschender Obligationen die Umwandlung der für die Obligationen zu gewährenden Konsols in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf Ansuchen der Berechtigten die einzutauschenden 3½%igen Schuldverschrei-

lungen direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und erhält der Obligationen-Einreicher in solchen Fällen an Stelle des Quittungs-Entwurfs nur entsprechende Nachricht.

Wir benutzen zugleich die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diejenigen 4 % igen Prioritäts-Obligationen La. B. der Berlin-Anhalter, II. Emission der Berlin-Anhaltischen, Serie VI. der Thüringischen, I. Em. der Berlin-Hamburger und der Schleswig'schen Eisenbahn, sowie II., III. und VI. Emission der Berlin-Stettiner Eisenbahn, hinsichtlich welcher der f. z. angebotene Umtausch gegen 3 1/2 % ige Staatsschuldverschreibungen angenommen worden ist, laut unserer Bekanntmachungen vom 24. Dezember 1889 und 24. März d. J. bereits seit dem 2. Januar bezw. 1. April d. J. bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipzigerplatz 17, umgetauscht werden. Die Besitzer derartiger Obligationen wollen deshalb den Umtausch nunmehr schleunigst ausführen.

Schließlich bringen wir noch zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsscheine Serie III. Nr. 9 bezw. Serie IV. Nr. 9 zu den von diesem Zeitpunkte ab umzutauschenden Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen La. C. bezw. Berlin-Hamburger, Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen III. Emiss., sowie die ebenfalls am 1. Juli d. J. fälligen Zinsscheine Serie IV. Nr. 8 zu den zu demselben Zeitpunkte gekündigten Schleswig'schen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom 24. Juni d. J. ab bei den Königl. Eisenbahn-Hauptkassen zu Berlin, Leipzigerplatz Nr. 17, Altona, Breslau, Frankfurt a. M. und Köln (rechtsrheinische) eingelöst werden. Außerdem erfolgt die Einlösung der Zinsscheine:

- a. zu den Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen La. C. bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse in Erfurt, der Königl. Eisenbahn-Betriebskasse in Dessau, der Filiale der Bank für Handel und Industrie, sowie dem Bankhause R. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. und in der Zeit bis zum 15. Juli d. J. werktäglich von 9—12 Uhr bei der Stationskasse auf dem Thüringer Bahnhofe in Leipzig;
- b. zu den Berlin-Hamburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen III. Emission bei den Königl. Eisenbahn-Betriebskassen in Flensburg, Hamburg und Kiel und der Mecklenburgischen Sparbank in Schwerin i. M.;
- c. zu den Schleswig'schen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen bei den unter b. genannten Betriebskassen und dem Bankhause von Erlanger & Söhne in Frankfurt a. M.

Die Zinsscheine sind mit einem von dem Einlieferer unterschriebenen Verzeichnisse vorzulegen, welches

für jede Anleihe die Stückzahl der Zinsscheine und deren Betrag im Einzelnen und im Ganzen ergeben muß.

Berlin, den 21. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Güterverkehr im Herbst.

39. Für die erfahrungsmäßig im Herbst eintretende erhebliche Steigerung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen sind zwar seitens der Eisenbahn-Verwaltung Vorkehrungen getroffen, um erhöhten Anforderungen an den Wagenpark nach Möglichkeit genügen zu können, der gewünschte Erfolg wird jedoch nur zu erreichen sein, wenn auch das verkehrtreibende Publikum seinerseits dazu mitwirkt, indem es frühzeitig mit der Anfuhr des Herbst- und Winterbedarfs beginnt.

Wir ersuchen daher alle Beteiligten, namentlich die Inhaber von Fabriken u. s. w., im eigenen Interesse, die Eisenbahn-Verwaltung in dem Bestreben, dem Mangel an Wagen vorzubeugen, dadurch zu unterstützen, daß, wenn irgend möglich, mit dem Bezuge der für den Winter erforderlichen Materialien, wie Kohlen, Kokes u. s. w. bereits in den Monaten Juli und August begonnen wird.

Bromberg, den 19. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ferien-Sonderzüge.

40. Die Ferien-Sonderzüge werden in diesem Jahre wie folgt von Berlin abgelaufen werden: I. Nach München bezw. Lindau, Rastatt und ^{Salzburg} ^{Reichenhall} am 4. Juli, am 14. Juli und am 2. August vom Anhaltischen Bahnhofe um 5 Uhr 35 Min. Nachmittags. II. Nach Frankfurt a. M. und Basel am 4. und 14. Juli vom Potsdamer Bahnhofe um 5 Uhr 27 Min. Nachmittags sowie am 5. Juli und 9. August vom Anhaltischen Bahnhofe um 6 Uhr 20 Min. Nachmittags. III. Nach Stuttgart und Friedrichshafen (Bodensee, Schweiz) am 15. Juli vom Anhaltischen Bahnhofe um 6 Uhr Nachmittags. Der Verkauf der um etwa 50 Prozent ermäßigten Sonderzug-Rückfahrkarten I., II. und III. Wagenklasse mit 45tägiger Geltungsdauer wird am Tage vor der Abfahrt des betreffenden Sonderzuges geschlossen und zwar auf den Stadtbahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz sowie bei dem internationalen Reisebureau U. v. Lintde Nr. 67 um 12 Uhr Mittags, auf dem Anhaltischen und Potsdamer Bahnhofe um 6 Uhr Nachmittags. Für die Fahrt nach Berlin können die auf den größeren diesseitigen Stationen verkauften Rückfahrkarten mit Gutscheinen benutzt werden. Die Gutscheinebeträge werden bei der Lösung der Sonderzug-Rückfahrkarten in Anrechnung gebracht. Näheres über die Ferien-Sonderzüge ist bei dem Auskunfts-bureau zu Berlin, Bhf. Alexanderplatz, bei den übrigen oben genannten Berliner Stationen sowie bei den größeren Stationen des diesseitigen Bezirks zu erfahren.

Bromberg, den 22. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

21. Für diejenigen Gegenstände, welche für die vom 15. bis 29. Juni neuen Stils d. J. in St. Petersburg stattfindende internationale Ausstellung für Gefängnißwesen bestimmt sind, auf derselben ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staats-Eisenbahnen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Transportheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Ausschusses nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb vier Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Bei Wiederaufgabe von unverkauft gebliebenen Gegenständen, welche von Staatsanstalten zur Ausstellung gesandt waren, wird für den Fall, daß die Anstalten die ursprünglichen Frachtbriefe für die Hinbeförderung zum Zweck der Rechnungslegung zurückbehalten müssen, seitens der Verwaltung der St. Petersburg-Warschau'er Eisenbahn von der Beibringung der fraglichen Frachtpapiere abgesehen werden, und genügt es alsdann, wenn von dem Ausstellungs-Ausschuß besondere Zeugnisse erteilt werden, welche den Bahnweg für die Hinbeförderung und die volle Frachtpahlung für die letztere beglaubigen.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Transportheinen für die Hinbeförderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 23. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

16. Die zum Umtausch gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 % igen konsolidirten Preussischen Staats-Anleihe abgestempelten 4 % igen Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft Litt. A. und B., sowie die 4 % igen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1873 sind vom 1. Juli 1890 ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königl. Eisenbahn-Betriebskasse zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhofe), welche den Umtausch betreiben, oder bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Berlin, Leipzigerplatz 17, der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Frankfurt a. M., den Königl. Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Braunschweig und Halberstadt — bei den Kassen zu Frankfurt a. M. und

Hamburg jedoch nur innerhalb der ersten 6 Wochen des Umtauschgeschäftes — welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinsscheinen über die vom 1. Juli 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern. Für fehlende Zinsscheine ist deren Werthbeitrag, da beim Umtausch die Staatsschuldverschreibungen mit Zinsscheinen vom 1. Juli 1890 ab laufend ausgehändigt werden, baar einzuzahlen, oder bei Einlieferung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat nach den Gattungen: Litt. A., Litt. B. und 1873er, mittels je eines besondern Verzeichnisses, in welches die Obligationen in aufsteigender Nummernfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummernfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinsscheine je für sich geordnet und je mit einem Papierkreisen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers anzugeben ist. Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinsscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbefcheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse gegen Quittung erfolgenden Ausbändigung der Staatsschuldverschreibungen zurückzugeben sind. Sobald letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer, evtl. unter Beifügung eines Quittungsentwurfs, portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbefcheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Die Ueberföndung der für diese Obligationen auszugebenden Staatsschuldverschreibungen erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe, sofern ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Quittung zu erteilen, falls letztere nicht bereits vorher gefordert worden ist.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldverschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, Berücksichtigung finden.

Wollen Empfänger von Staatsschuldverschreibungen die Umwandlung derselben in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf ihren Antrag die Staatsschuldverschreibungen zu diesem Zwecke direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und sie nur mit entsprechender Nachsicht versehen werden.

Stadtvoigteigefängniß in Berlin, zu Gefängnißbureau-
Assistenten die Bureau-Diätarien Prell bei dem Straf-
gefängniß am Plönssee, Stein bei dem Untersuchungs-
Gefängniß in Berlin.

Pensionirt sind: der Gerichtsschreiber Ernst August
Carl Schmidt bei dem Amtsgericht I. in Berlin und
der Gefängniß-Sekretär Szczesniak bei dem Unter-
suchungs-Gefängniß in Berlin.

Verstorben sind: der Erste Gerichtsschreiber Barz
bei dem Amtsgericht in Guben, der Kanzlist Kantke
bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O., der
Gerichtsschreiber Hildebrandt beim Kammergericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Kauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Gabon, Tagearbeiter,	geboren am 11. De- zember 1851 zu Jastr- zemb, Kreis Bendzin, Russisch-Polen, orts- angehörig ebendaselbst,	Raub und einfacher Dieb- stahl (6 Jahre 3 Wochen Zuchthaus laut Erkennt- niß vom 25. April 1884),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	22. Februar 1890.
2	Alexander Kunz, Schriftf. her,	geboren zu Kornolunze, Oesterreich, heimatlos- berechtigt in Wien (Klein-Bukowin),	Betteln, Landstreichen und einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 15ten März 1888),	Königlich Preussische Regierung zu Brom- berg,	25. Januar 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Leopold Luda, Handlungsdienner,	geboren am 21. April 1851 zu Prag, Böh- men,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlicher Polizei- Präsident zu Berlin,	6. Mai 1890.
2	Stephan Szabó, Tagelöhner,	27 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Perbeny, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	19. Mai 1890.
3	Stanislaus Betlewsky, Russischer,	22 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bumpelsky, Gouver- nement Plock, Russisch- Polen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. December 1889.
4	Die Zigeuner: a. Joseph Schittel, Schmied, b. dessen Ehefrau Pauline, c. Karoline Ferra, unverheirathet, d. Johanna Rukla, unverheirathet, e. Mathilde Rukla, unverheirathet,	38 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielitz, Oesterreich, 31 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielitz, 50 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bielitz, 20 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Skotschow, Galizien, 18 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Skotschow,	desgleichen, Landstreichen u. Betteln,	 Königlich Preussi- scher Regierungs- Präsident zu Op- peln,	 2. Mai 1890.
5	Alois Stiegler, Tagelöhner,	geboren am 11. Februar 1873 zu Weharts, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Stadtmagistrat München, Bayern,	27. April 1890.

Wahlbezirk	Wahlbezirk wählt Ausführungs- mitglieder aus dem Stande der Arbeitgeber Arbeitnehmer		Name der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen etc.	Sitz	Zahl der Kassen- mit- glieder etc.		Zahl der auf die Kasse ent- fallenden Stimmen
noch II.	2	2	24. Werkstättenkrankenkasse der Hauptwerkstatt Berlin und Betriebswerkstatt Rummelsburg	Berlin	703		9
			25. Werkstättenkrankenkasse für die Eisenbahn-Hauptwerkstätte zu Berlin (Berlin—Lehrte) und die Betriebswerkstätte daselbst (Eisenbahn-Directions-Bezirk Magdeburg)	dto.	240		4
			26. Eisenbahn-Betriebskrankenkasse für den Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts Berlin (Eisenbahn-Directionsbezirk Altona)	dto.	1290		14
			27. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamts zu Berlin (Eisenbahn-Directionsbezirk Bromberg)	dto.	2168		23
			28. Werkstättenkrankenkasse für die Eisenbahn-Hauptwerkstatt zu Berlin und die Neben- bzw. Betriebswerkstätten zu Berlin, Rixdorf und Landsberg (Eisenbahn-Directionsbezirk Bromberg)	dto.	877		10
					65207		692
			1. Ortskrankenkasse der Böttcher	Fürstenerwalderstr. Nr. 21	322		5
			2. " der Buchbinder und verwandten Gewerbe	Abalbertstr. 72	3518		37
III.	1	1	3. Ortskrankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe	Kl. Stralauerstr. Nr. 12/13	3249		34
			4. Ortskrankenkasse der Vergolder und Berufs- genossen	Mariannenstr. 2	1342		15
			5. Ortskrankenkasse der Korbmacher und verwandten Gewerbe	Deffauerstr. 31	333		5
			6. Ortskrankenkasse der Möbelpolierer	Dranienstr. 169	641		8
			7. " für das Gewerbe der Ver- fertigung von Musikinstrumenten	Grenadierstr. 3	188		3
			8. Ortskrankenkasse der Photographen	Neue Köpfer 16 II.	558		7
			9. " der Sattler und verwandten Gewerbe	Neumannsgasse Nr. 11	921		11
			10. Ortskrankenkasse der Steindrucker und Litho- graphen	Breslauerstr. 5 I.	1962		21
			11. Ortskrankenkasse der Stellmacher	Veteranenstr. 22	404		6
			12. " der Tapezierer	Christinenstr. 9	1911		21
			13. " der Tischler und Pianoforte- arbeiter	Fischerbrücke 22	16592		167
			14. Ortskrankenkasse der Weißgerber	Prinzen-Allee 59	50		1
			15. Fabrikkrankenkasse der Berliner Musikinstru- mentenfabrik Actiengesellschaft vorm. Ch. F. Pietzschmann & Söhne	Brunnenstr. 28a.	380		5
					32371		346
IV.	1	1	1. Ortskrankenkasse der Barbier	Wassertorstr. 62	329		5
			2. " der Friseur	Rollenmarkt 10	136		3
			3. " der Handschuhmacher und verw. Gewerbe	Fehrbellinerstr. 81	302		5
			4. Ortskrankenkasse der Hutmacher und Filz- warenverfertiger	Chorinerstr. 84 I.	1982		21

Wahl- bezirk	Wahlbezirk wählt Ausſchuß- mitglieder aus dem Stande der Arbeit- geber		Ber- sicherten	N a m e der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen u.	S i ß .	Zahl der Kassen- mit- glieder u.		auf die Kasse ent- fallenden Stimmen		
noch IV.	1	1	5.	Ortskrankenkasse der Kürschner und Berufs- genossen	Commandanten- straße 60 III. Hof I. II. Eing.	554	7			
			6.	Ortskrankenkasse der Schneider	Stallschreiberstr. Nr. 36	14586	147			
			7.	Ortskrankenkasse der Schuhmacher	Markgrafenstr. 83 Hof part.	3762	39			
			8.	= der Tuchmacher	Heinersdorferstr. 13	61	2			
			9.	= der Tuchscherer und Tuch- bereiter	Mühlenstr. 60a.	55	2			
			10.	Ortskrankenkasse für die Wäſchefabrikation	Georgenkirchstr. 1	4808	50			
			11.	Innungskrankenkasse der Barbier und Fri- seure	Alexanderstr. 69	1144	13			
			12.	Innungskrankenkasse der Damenmäntel- Schneider	Staligerstr. 29a	2914	31			
			13.	Innungskrankenkasse der Schneider	Drantsenstr. 17	525	7			
									31158	332
			1.	Ortskrankenkasse der Bildhauer, Stuckateure u.	Langestr. 109	2321	25			
			2.	= der Brunnenmacher	Louisenplatz 10	270	4			
			3.	= der Dachbeder	Brangelstr. 88 Quergeb. I.	621	8			
V.	1	1	4.	= der Maler	Ritterstr. 116	2689	28			
			5.	= der Maurer	Holzmarktstr. 48a.	19902	201			
			6.	= der Schornsteinfeger	Heimstr. 26	45	1			
			7.	= des Zimmerergewerbes	Reibestr. 12	4818	50			
			8.	Betriebskrankenkasse von F. Hirt, Bau- Unternehmer	Alexanderstr. Pl. 3	1	1			
			9.	Betriebskrankenkasse H. Schneider, Eisen- bahnbau-Unternehmer	Potsdamerstr. 71	296	4			
			10.	Betriebskrankenkasse Louis Pohn & Günther, Tiefbau-Ausführung	Weissenburgerstr. Nr. 17	137	3			
			11.	Betriebskrankenkasse des Bauunternehmers Ph. Walke	Königin Augusta- straße 26. I.	356	5			
			12.	Innungskrankenkasse der Schornsteinfeger	Swinemünderstr. 139	165	3			
			13.	= der Steinseger	Chausseestr. 2b.	625	8			
									32246	341
			1.	Ortskrankenkasse der Gastwirthe und ver- wandten Gewerbe	Französischestr. 10	12793	129			
			VI.	1	1	2.	Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker	Neue Schönhof- str. 2 I.	16627	168
3.	Betriebskrankenkasse der neuen Berliner Om- nibus- und Padesfahrts-Aktiengesellschaft	Alexandrinenstr. Nr. 93				841	10			
4.	Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Pferdebahn-Aktiengesellschaft	Friedrichstr. 218				2933	31			
5.	Betriebskrankenkasse der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft	Al. Frankfurterstr. Nr. 1				524	7			
6.	Betriebskrankenkasse der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft	Kurfürstenstr. 143				560	7			
7.	Postkrankenkasse für den Bezirk der Kaiser- lichen Oberpostdirection Berlin					1660	18			
8.	Innungskrankenkasse der Fuhrherrn	Alexanderstr. 22				1406	16			
						37344	386			

Wahl- bezirk	Wahlbezirk wählt Aus- schuß- mitglieder aus dem Stande der Arbeit- geber		N a m e der in dem Wahlbezirk wahlberechtigten Krankenkassen u.	S i t z	Zahl der auf die Kasse ent- fallenden Stimmen		
	Ver- sicherten	Kassen- mit- glieder u.			Kasse mit- glieder u.	Stimmen	
VII.	1	1	1. Ortskrankenkasse der Bäcker	Brunnenstr. 5	1504	17	
			2. " für das Bierbrauer-Gewerbe	Schönh. Allee 163 I	1088	12	
			3. " der Cigarrenmacher, Tabak- spinner u.	Brunnenstr. 18	964	11	
			4. Ortskrankenkasse d. Conditoren u. Pfefferkühler	Dranienstr. 123	787	9	
			5. Ortskrankenkasse der Posamentierer, Seiler u.	Seidelstr. 27	481	6	
			6. " des Schlächtergewerbes	Neue Grünstr. 13	2136	23	
			7. " der Strumpfwirker	Fließerstr. 11	201	4	
			8. " der Tabakfabrikarbeiter	Heiligegeiststr. 21	166	3	
			9. " der Töpfer	Strelitzerstr. 7. pt.	1435	16	
			10. " der Weber u. verw. Gewerbe	Fruchtstr. 45	2850	30	
			11. Betriebskrankenkasse der Meierei von E. Dölle	A. Noackstr. 99/103	296	4	
			12. Fabrikkrankenkasse der Chemischen Fabrik auf Actien, vorm. E. Schering	Fennstr. 11/12	368	5	
			13. Fabrikkrankenkasse der Firma W. und G. Rehler, Posamenten-Schnurfabrik, Köppelei	Elisabeth-Platz 19	209	4	
			14. Fabrikkrankenkasse der Firma R. Eise mann, Spritzfabrik	Mühlenstr. 6/7	36	1	
			15. Betriebskrankenk. d. R. Porzellan-Manufactur	Wegelystr.	360	5	
			16. Innungskrankenk. d. Pfefferkühler u. Conditoren	Dymgasse 1	158	3	
			17. Innungskrankenkasse der Weber	Andreasstr. 39	797	9	
			18. Innungskrankenkasse der Glaser	Brandenburgstr. 29	398	5	
			19. Innungskrankenkasse der Strumpfwirker	Pallisaadenstr. 17	187	3	
			20. Betriebskrankenkasse des Königl. Eisen- bahn-Betriebsamts Berlin-Sommerfeld	Berlin	2627	28	
			21. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kö- nigl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Lehrte (Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg)	dto.	2100	23	
			22. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kgl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Magdeburg (Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg)	dto.	1247	14	
			23. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kö- nigl. Eisenbahnbetriebsamts zu Berlin (Eisenbahn-Direktionsbezirk Erfurt)	dto.	2698	28	
			24. Betriebskrankenkasse für den Bezirk des Kgl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Blankenheim	dto.	759	9	
			25. Zahl derjenigen Versicherten, welche einer wahlberechtigten Krankenkasse u. nicht an- gehören (vgl. Wahlbezirk VIII.)		11000	110	
VIII.	1	1	*) Zahl derjenigen Versicherten, welche einer wahlberechtigten Krankenkasse u. nicht angehören (vergl. Wahlbezirk VIII.)			34852	382
						34000	342

*) Die Zahl der einer Krankenkasse u. angehörigen Wahlberechtigten beträgt . . . 282 817 Personen.
 Nach der Statistik über die Volkszählung im Jahre 1885 betrug die Zahl der Ein-
 wohner in Berlin 1 315 287. Die Zahl der auf Grund des Alters- und Invaliditäts-
 Gesetzes zu Versicherten (etwa 250 von 1000 Einwohnern) . . . 328 822
 Hiervon ab die zuerst angegebene Zahl der den Krankenkassen u. angehörigen Wahl-
 berechtigten bleiben . . . 46 005
 welche auf 45 000 abgerundet aufzuführen waren.

Potsdam, den 19. Juni 1890. Der Ober-Präsident von Berlin, Staatsminister von Achenbach.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 27.

Den 4. Juli

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

18. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 4. Juli	Witsnack	9 Uhr,
7. "	Meppenburg	8 "
25. "	Prenzlau	8 "
26. "	Angermünde	8 "
28. "	Ryris	9 "
29. "	Wittstock	8 "
30. "	Prigwall	8 "
31. "	Perleberg	8 "
1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger und Klopshengste, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgeführt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppieren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Ver-

fassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

16. Auf Grund des § 49 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 in Verbindung mit meiner Bekanntmachung vom 4. Juni d. J. (N^o 13 Extra-Beilage zum Amtsblatt Stück 24 der Königl. Regierung zu Potsdam) habe ich den Königl. Regierungs-Assessor Le wald, hieselbst, Priesterstraße 12, zum Beauftragten für die Leitung der Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg bestellt.

Potsdam, den 21. Juni 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

17. Gemäß N^o 1 Absatz 3 der in der Extra-Beilage zum Amtsblatt Stück 24 der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 13ten Juni 1890 erschienenen Wahlordnung vom 4. d. Mts., betreffend die Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg, bringe ich nachstehend die Einteilung der Wahlbezirke, ihre Reihenfolge und die Zahl der in jedem derselben zu wählenden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zur öffentlichen Kenntniß:

- Wahlbezirk I. umfaßt die Kreise Westprignitz, Ostprignitz, Ruppin, Westhavelland, Osthavelland (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von 952 wählt je 2 Vertreter.
- Wahlbezirk II. umfaßt die Stadtkreise Spandau, Potsdam und Charlottenburg (Reg.-Bez. Potsdam) mit einer Gesamtstimmenzahl von . . . 446 wählt je 1 Vertreter.
- Wahlbezirk III. umfaßt den Stadtkreis Brandenburg, sowie die Kreise Zauch-Belzig und Jüterbog (Reg.-Bez. Potsdam), Luckau, Kalau und

auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Lokalparodie, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.

- 2) Diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet, durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Vorstande der gewählten Kirche zu erkennen gegeben werden.
- 3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelischen Einwohner als pflichtige Glieder derjenigen Lokalparodie, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der letzteren in diejenige Parodie als Mitglieder über, in welcher die neugewählte Wohnung gelegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 18. Juni 1890.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Aufgebot einer Schulverschreibung.

14. Der Gutsbesitzer Seuffert in Tryppelna bei Mödern, Regierungsbezirk Magdeburg, hat auf Umschreibung der Schulverschreibung der 4prozentigen konsolidierten Staatsanleihe von 1883 Lit. D. Nr. 454299 über 500 M. angetragen, weil die obere rechte Ecke abgerissen ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 8. September 1890 uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem zc. Seuffert ein neues kursfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 22. Februar 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Umtausch von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen gegen dreieinhalbprozentige Staatsschulverschreibungen und Zinsenzahlung.

30. Die Inhaber der 4%igen Prioritäts-Obligationen I. a. C. der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn und III. Emission der Berlin-Hamburger Eisenbahn werden aufgefordert, ihre Obligationen, soweit diese zum Umtausche gegen Schuld-

verschreibungen der konsolidierten 3 1/2 %igen Staatsanleihe abgestempelt worden sind, zur Ausführung des nach Maßgabe der Angebote vom 15. August 1889 erfolgten Umtausches vom 1. Juli d. J. ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipzigerplatz Nr. 17, einzureichen.

Neben der genannten Kasse nehmen auch, jedoch nur während der ersten 6 Wochen vom 1. Juli d. J. ab, die Königl. Eisenbahn-Hauptkasse in Frankfurt a. M. (Sachsenhausen) und die Königl. Eisenbahn-Betriebskassen in Breslau (Direktionsbezirk Berlin), Cottbus, Guben, Görtz, Hamburg, Stettin und Stralsund die Obligationen zum Umtausche an.

Mit den Obligationen müssen zugleich die am 2. Januar 1891 und später fällig werdenden Zinscheine nebst Erneuerungs-Anweisung (Zalon) abgegeben werden, beziehungsweise ist der Werth eines jeden fehlenden Zinscheines bar einzuzahlen.

Ferner ist mit den Obligationen, und zwar für jede Anleihe besonders, ein Nummern-Verzeichnis in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Vordruckbogen zu derartigen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt, Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Zum Umtausche der Obligationen beider Anleihen sind Staatsschulverschreibungen zu 5000 M., 2000 M., 1000 M. und 500 M., außerdem zum Umtausche der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Obligationen auch noch Staatsschulverschreibungen zu 300 M. und 200 M. vorhanden und solche mit Zinscheinen über Zinsen vom 1. Juli 1890 ab versehen. Wünsche auf Zurtheilung von Stücken einer bestimmten Werthgattung werden thunlichst berücksichtigt werden.

Der Umtausch erfolgt in der ersten Zeit nicht Zug um Zug, sondern es erhält der persönlich erscheinende Einlieferer oder dessen Beauftragter vorläufig eine Empfangs-Bescheinigung. Demnächst wird ein Quittungs-Entwurf portopflichtig übersandt werden, den der Obligationseinreicher mit seiner Unterschrift zu versehen und unter Beifügung der vorgedachten Empfangs-Bescheinigung zurückzugeben hat, wogegen die Staatsschulverschreibungen ausgehändigt werden.

Geschieht die Einreichung der Obligationen durch Vermittelung der Post, so wird nur der Empfang auf Verlangen in dem Begleitschreiben bestätigt; andernfalls wird alsbald ein Quittungs-Entwurf zur Unterschrift übersandt, nach dessen Wiedereingang die Absendung der Schulverschreibungen mit den Zinscheinen unter voller Werthangabe erfolgt, sofern eine andere Bewertung nicht ausdrücklich beansprucht ist.

Wollen Inhaber umzutauschender Obligationen die Umwandlung der für die Obligationen zu gewährenden Konsols in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf Ansuchen der Berechtigten die einzutauschenden 3 1/2 %igen Schulverschrei-

lungen direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und erhält der Obligationen-Einreicher in solchen Fällen an Stelle des Quittungs-Entwurfs nur entsprechende Nachricht.

Wir benutzen zugleich die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diejenigen 4 % igen Prioritäts-Obligationen La. B. der Berlin-Görlitzer, II. Emission der Berlin-Anhaltischen, Serie VI. der Thüringischen, I. Em. der Berlin-Hamburger und der Schleswig'schen Eisenbahn, sowie II., III. und VI. Emission der Berlin-Stettiner Eisenbahn, hinsichtlich welcher der f. Z. angebotene Umtausch gegen 3 1/2 % ige Staatsschuldverschreibungen angenommen worden ist, laut unserer Bekanntmachungen vom 24. Dezember 1889 und 24. März d. J. bereits seit dem 2. Januar bezw. 1. April d. J. bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse hier, Leipzigerplatz 17, umgetauscht werden. Die Besitzer derartiger Obligationen wollen deshalb den Umtausch nunmehr schleunigst ausführen.

Schlüsslich bringen wir noch zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 1. Juli d. J. fälligen Zinscheine Serie III. Nr. 9 bezw. Serie IV. Nr. 9 zu den von diesem Zeitpunkte ab umzutauschenden Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen La. C. bezw. Berlin-Hamburger, Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen III. Emiss., sowie die ebenfalls am 1. Juli d. J. fälligen Zinscheine Serie IV. Nr. 8 zu den zu demselben Zeitpunkte gekündigten Schleswig'schen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom 24. Juni d. J. ab bei den Königl. Eisenbahn-Hauptkassen zu Berlin, Leipzigerplatz Nr. 17, Altona, Dresden, Frankfurt a. M. und Köln (rechtsrheinische) eingelöst werden. Außerdem erfolgt die Einlösung der Zinscheine:

- a. zu den Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen La. C. bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse in Erfurt, der Königl. Eisenbahn-Betriebskasse in Dessau, der Filiale der Bank für Handel und Industrie, sowie dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. und in der Zeit bis zum 15. Juli d. J. werktäglich von 9—12 Uhr bei der Stationskasse auf dem Thüringer Bahnhofe in Leipzig;
- b. zu den Berlin-Hamburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen III. Emission bei den Königl. Eisenbahn-Betriebskassen in Hainsburg, Hamburg und Kiel und der Mecklenburgischen Sparbank in Schwerin i. M.;
- c. zu den Schleswig'schen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen bei den unter b. genannten Betriebskassen und dem Bankhause von Erlanger & Söhne in Frankfurt a. M.

Die Zinscheine sind mit einem von dem Einlieferer unterschriebenen Verzeichnisse vorzulegen, welches

für jede Anleihe die Stückzahl der Zinscheine und deren Betrag im Einzelnen und im Ganzen ergeben muß.

Berlin, den 21. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Güterverkehr im Herbst.

39. Für die erfahrungsmäßig im Herbst eintretende erhebliche Steigerung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen sind zwar seitens der Eisenbahn-Verwaltung Vorkehrungen getroffen, um erhöhten Anforderungen an den Wagenpark nach Möglichkeit genügen zu können, der gewünschte Erfolg wird jedoch nur zu erreichen sein, wenn auch das verkehrtreibende Publikum seinerseits dazu mitwirkt, indem es frühzeitig mit der Anfuhr des Herbst- und Winterbedarfs beginnt.

Wir ersuchen daher alle Beteiligten, namentlich die Inhaber von Fabriken u. s. w., im eigenen Interesse, die Eisenbahn-Verwaltung in dem Bestreben, dem Mangel an Wagen vorzubeugen, dadurch zu unterstützen, daß, wenn irgend möglich, mit dem Bezuge der für den Winter erforderlichen Materialien, wie Kohlen, Kokes u. s. w. bereits in den Monaten Juli und August begonnen wird.

Bromberg, den 19. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ferien-Sonderzüge.

40. Die Ferien-Sonderzüge werden in diesem Jahre wie folgt von Berlin abgelassen werden: I. Nach München bezw. Lindau, Kufstein und ^{Salzburg} ^{Reichenhall} am 4. Juli, am

14. Juli und am 2. August vom Anhaltischen Bahnhofe um 5 Uhr 35 Min. Nachmittags. II. Nach Frankfurt a. M. und Basel am 4. und 14. Juli vom Potsdamer Bahnhofe um 5 Uhr 27 Min. Nachmittags sowie am 5. Juli und 9. August vom Anhaltischen Bahnhofe um 6 Uhr 20 Min. Nachmittags. III. Nach Stuttgart und Friedrichshafen (Bodensee, Schwyz) am 15. Juli vom Anhaltischen Bahnhofe um 6 Uhr Nachmittags. Der Verkauf der um etwa 50 Prozent ermäßigten Sonderzug-Rückfahrkarten I., II. und III. Wagenklasse mit 45tägiger Geltungsdauer wird am Tage vor der Abfahrt des betreffenden Sonderzuges geschlossen und zwar auf den Stadtbahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz sowie bei dem internationalen Reisebüro U. d. Linden Nr. 67 um 12 Uhr Mittags, auf dem Anhaltischen und Potsdamer Bahnhofe um 6 Uhr Nachmittags. Für die Fahrt nach Berlin können die auf den größeren diesseitigen Stationen verkauften Rückfahrkarten mit Gutscheinen benutzt werden. Die Gutscheinebeträge werden bei der Lösung der Sonderzug-Rückfahrkarten in Anrechnung gebracht. Näheres über die Ferien-Sonderzüge ist bei dem Auskunftsbüro zu Berlin, Hof. Alexanderplatz, bei den übrigen oben genannten Berliner Stationen sowie bei den größeren Stationen des diesseitigen Bezirks zu erfahren.

Bromberg, den 22. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

41. Für diejenigen Gegenstände, welche für die vom 15. bis 29. Juni neuen Stils d. J. in St. Petersburg stattfindende internationale Ausstellung für Gefängnißwesen bestimmt sind, auf derselben ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staats-Eisenbahnen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Ausschusses nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb vier Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Bei Wiederaufgabe von unverkauft gebliebenen Gegenständen, welche von Staatsanstalten zur Ausstellung gesandt waren, wird für den Fall, daß die Anstalten die ursprünglichen Frachtbriefe für die Hinbeförderung zum Zweck der Rechnungslegung zurückbehalten müssen, seitens der Verwaltung der St. Petersburg-Warschau'er Eisenbahn von der Beibringung der fraglichen Frachtpapiere abgesehen werden, und gerügt es alsdann, wenn von dem Ausstellungs-Ausschuß besondere Zeugnisse erteilt werden, welche den Bahnweg für die Hinbeförderung und die volle Frachtzahlung für die letztere beglaubigen.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Einsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 23. Juni 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

16. Die zum Umtausch gegen Schuldschreibungen der 3½ % igen konsolidirten Preussischen Staats-Anleihe abgestempelten 4 % igen Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft Litt. A. und B., sowie die 4 % igen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1873 sind vom 1. Juli 1890 ab bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königl. Eisenbahn-Betriebskasse zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhofe), welche den Umtausch bewirken, oder bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Berlin, Leipzigerplatz 17, der Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Frankfurt a. M., den Königl. Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Braunschweig und Halberstadt — bei den Kassen zu Frankfurt a. M. und

Hamburg jedoch nur innerhalb der ersten 6 Wochen des Umtauschgeschäftes — welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinscheinen über die vom 1. Juli 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern. Für fehlende Zinscheine ist deren Werthbetrag, da beim Umtausch die Staatsschuldschreibungen mit Zinscheinen vom 1. Juli 1890 ab laufend ausgehändigt werden, baar einzuzahlen, oder bei Einsendung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat nach den Gattungen: Litt. A., Litt. B. und 1873er, mittels je eines besonderen Verzeichnisses, in welches die Obligationen in aufsteigender Nummernfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummernfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinscheine je für sich geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers anzugeben ist. Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbefcheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse gegen Duitung erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldschreibungen zurückzugeben sind. Sobald letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer, ev. n. l. unter Beifügung eines Duitungsentwurfs, portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbefcheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Die Uebersendung der für diese Obligationen auszugebenden Staatsschuldschreibungen erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe, sofern ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Duitung zu erteilen, falls letztere nicht bereits vorher gefordert worden ist.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldschreibungen in Stücken zu 5000, 2000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, Berücksichtigung finden.

Wollen Empfänger von Staatsschuldschreibungen die Umwandlung derselben in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf ihren Antrag die Staatsschuldschreibungen zu diesem Zwecke direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und sie nur mit entsprechender Nachsicht versehen werden.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der obengedachten Gattungen, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind, und daher als gekündigt gelten, vom 1. Juli 1890 ab gegen Einlieferung der Stübe nebst Talons und Zinsscheinen über die Zinsen vom 1. Juli 1890 ab laufend bei den Königlich Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg und Berlin (Leipzigerplatz 17) zum Newerth eingelöst werden.

Magdeburg, den 20. Juni 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Communalbezirksveränderung.

23. Auf Antrag der Vertheiligten genehmigen wir auf Grund des § 25 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 die Auscheidung der Kataster-Parzellen 245/2 und 246/2 Kartenblatt I. des Gutsbezirks Eichen-Dannenb.-rg aus dem Verbande des Gutsbezirks Eichen und die Vereinigung desselben mit dem Gemeindebezirk Breichsdorf.

Freienwalde a. O., den 19. Juni 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ober-Barnim.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Ausruf verloofter Pfandbriefe Lit. B.

Die Inhaber der nachbezeichneten, in der 42ten Verloosung gezogenen und in Folge dessen durch die öffentliche Bekanntmachung vom 7. Juni 1889 zur Baarzahlung gekündigten 4 % Schleffischen Pfandbriefe Lit. B. und zwar:

à 500 Thaler:

Nr 49842 Herrsch. Groß-Stein u.

Nr 45078 Poln. Krawarn u. Madau.

à 200 Thaler:

Nr 50796 Maj. u. Erbl. Herrschaft Fürstenstein u.

Nr 50902 Herrschaft Gr. Stein u.

Nr 50907 do.

Nr 51626 D. und R. Michowig,

Nr 52006 Poln. Krawarn u. Madau,

Nr 52109 Med. Herz. Ratibor.

à 100 Thaler:

Nr 62776 Herrschaft Gr. Stein u.

Nr 62836 do.

Nr 62884 do.

Nr 62926 do.

Nr 63345 Maj. u. Erbl. Herrsch. Fürstenstein,

Nr 63375 do.

Nr 63412 do.

Nr 64283 D. und R. Michowig,

Nr 64295 do.

Nr 64893 Med. Herz. Ratibor,

Nr 64932 do.

Nr 64939 do.

Nr 64950 do.

Nr 65089 do.

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe bei der Königl. Institut-Kasse hiersebst (am Lessingplatz im Regierungsgebäude) zu präsentiren und dagegen die Baluta derselben in Empfang zu nehmen.

Sollte die Präsentation nicht bis zum 15ten August 1890 erfolgen, so werden die Inhaber der fraglichen Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1885 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezial-Hypothek präcludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der Königl. Institut-Kasse hiersebst deponirte Kapitals-Baluta verwiesen werden.

Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B. noch rückständig und bereits präcludirt:

à 3 1/2 %

aus der 20. Verloosung:

Nr 18581 Hausdorf über 100 Thlr.

à 4 %

aus der 35. Verloosung:

Nr 82257 Herrschaft Fürstenstein u. über 25 Thlr.,

aus der 38. Verloosung:

Nr 82226 Herrschaft Groß-Stein u. über 25 Thlr.,

aus der 40. Verloosung:

Nr 50376 Herrsch. Gr. Stein u. über 200 Thlr.,

Nr 50904 do. = 200 Thlr.,

Nr 51976 Poln. Krawarn u. Madau = 200 Thlr.,

Nr 52032 do. = 200 Thlr.,

Nr 52034 do. = 200 Thlr.,

Nr 52221 Med. Herz. Ratibor = 200 Thlr.,

Nr 63515 Herrsch. Gr. Stein u. = 100 Thlr.,

Nr 64342 D. u. R. Michowig = 100 Thlr.,

Nr 64842 Poln. Krawarn u. Madau = 100 Thlr.,

Nr 64949 Med. Herz. Ratibor = 100 Thlr.,

aus der 41. Verloosung:

Nr 51624 D. u. R. Michowig über 200 Thlr.,

Nr 52010 Poln. Krawarn u. Madau = 200 Thlr.,

Nr 52257 Med. Herz. Ratibor = 200 Thlr.,

Nr 64364 D. u. R. Michowig = 100 Thlr.,

Nr 64857 Poln. Krawarn u. Madau = 100 Thlr.,

Nr 65004 Med. Herz. Ratibor = 100 Thlr.,

Nr 79287 Niklasdorf = 50 Thlr.,

Nr 82227 Herrsch. Gr. Stein u. = 25 Thlr.,

Nr 82450 Poln. Krawarn u. Madau = 25 Thlr.,

Nr 82451 do. = 25 Thlr.

Dreslau, den 17. Februar 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlessen.

Umtausch gekündigter Pfandbriefe Lit. B.

Die Inhaber der nachbezeichneten, von dem Königl. Kredit-Institute für Schlessen ausgefertigten 4 % Pfandbriefe Lit. B., haltend auf dem in Schlessen im Beuthener Kreise gelegenen Rittergute Ober- und Nieder-Michowig

Nr 40971 über 1000 Thaler;

Nr 44791 44796 44815 44816 44820 44821

über je 500 Thaler;

Nr 51566 51575 51633 51636 51637 51638

51642 51652 51653 über je 200 Thaler;

Nr 64272 64274 64281 64285 64286 64300

64319 64328 64330 64332 64346 64358

64368 64384 64394 64399 über je 100 Thaler;

Nr 82321 und 82322 über je 25 Thaler.

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfand-

briefe in kunsfähigem Zustande mit den Zinscheinen Ser. XI. Nr. 9 und 10 an die königliche Institutens-Kasse hierselbst (im Regierungsgebäude am Lessingplatz) zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. vom gleichen Betrage und mit gleichen Zinscheinen versehen einzureichen.

Sollte die Präsentation nicht

bis zum 15. August 1890

erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgebrachte Special-Hypothek präkludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unserem Register, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Dreslau, den 15. Februar 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Stahlberg zu Fehrbellin ist zum Amts-Anwalt bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt.

Im Kreise Rügenland ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Rogge auf Doeberitz der Rittergutspächter Deufel zu Fehrbellin zum Amtsvorsteher des 19. Bezirks Doeberitz ernannt worden.

Im Kreise Templin ist der Rittergutsbesizer Reiche zu Annenwalde nach Ablauf seiner Dienstzeit aufs Neue zum Amtsvorsteher des XIII. Bezirks Annenwalde ernannt worden.

Der Oberpfarrer Karl Gustav Hobohm in Treuenbriegen ist zum Superintendenten der Diözese Treuenbriegen ernannt und am 24. Februar d. J. in sein Ephoral-Amt eingeführt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Lüdersdorf, Diözese Lindow-Gransee, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Peters am 1. Juli 1890 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung steht im vorliegenden Falle dem Kirchenregiment zu.

Die unter dem Patronat des Dom-Kapitels zu Brandenburg a. S. stehende Pfarrstelle zu Garlitz, Diözese Dom Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Dr. Lindemann demnächst zur Erledigung.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang-Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath.	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anton Hurm, Schuhmacher,	geboren am 23. März 1840 zu Neuern, Bezirk Klattau, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Sankt-hofen,	17. Mai 1890.
2	Mathias Kasik, Schneider,	geboren am 3. März 1821 zu Drossau, Bezirk Klattau, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Regensburg,	16. Mai 1890.
3	Joseph Lukesch, Kaufmann,	geboren im Jahre 1840 zu Ruppertsdorf, Bezirk Starkenbach, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	3. Mai 1890.
4	Anna Rigulis, ledige Zigeunerin,	21 Jahre alt, geboren zu Altdorf, Galizien, ortsangehörig ebenda,	Landstreifen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	16. Mai 1890.
5	Marianna Rigulis, ledige Zigeunerin,	15 Jahre alt, geboren zu Altdorf, Galizien, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
6	Franz Milde, Maler,	geboren am 9. Dezember 1852 zu Dur, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Chef der Polizei in Hamburg,	23. April 1890.
7	Maria Moser, Dienstmagd,	geboren am 4. November 1870 in Steg, Bezirk Neutte, Tirol, ortsangehörig ebenda,	Landstreifen, gewerbsmäßige Unzucht und Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	Stadtmagistrat Rempten,	5. Mai 1890.

Nr. Satz.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
8	Vinzenz Kemec, Dreschler,	geboren am 8. Februar 1863 zu Wien, orts- angehörig zu Groß- Hycie, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadt- amhof,	12. Mai 1890.
9	Josef Roua, Eisendreher,	geboren am 23. Dezem- ber 1846 zu Charleroi, Belgien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	27. Mai 1890.
10	Raspey Rozewicz, Arbeiter,	27 Jahre alt, aus Splawie, Kreis Ko- nin, Russisch-Polen,	Betteln und Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	1. April 1890.
11	Anna Rozewicz, dessen Ehefrau,	30 Jahre alt, aus Splawie, Kreis Ko- nin, Russisch-Polen,	Landstreichen,	derselbe,	desgleichen.
12	Franz Schobert, Webergeselle,	geboren am 31. Januar 1831 zu Ransperg, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Bayrisches Bezirksamt Bils- hofen,	22. Mai 1890.
13	Ferdinand Johann Friedrich Ura, Formergeselle,	geboren am 5. April 1856 zu Kades, Oester- reich,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Chef der Polizei in Hamburg,	9. Mai 1890.
14	Josef Zalewsky, Kaufmann,	geboren im Februar 1831 zu Wilna, Rus- sisch-Polen, ortsange- hörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königliche Polizei- Direktion München,	17. Mai 1890.
15	Franz Batke, Maschinenpuger,	geboren am 17. Juni 1859 zu Jägerndorf, Oesterreichisch-Schlesien, ohne Wohnsitz,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	12. Mai 1890.
16	Franz Berger, Schlossergeselle,	geboren am 3. Dezember 1856 zu Nixdorf, Be- zirk Schludena in Böhmen, ortsangehörig zu Warnsdorf, Bezirk Rumburg in Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft zu Bautzen,	13. Mai 1890.
17	Wilhelm Effenberger, Fleischergeselle,	geboren am 18. Februar 1845 zu Weißbach, Bezirk Friedland in Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	7. Juni 1890.
18	Anna Theresie Endler, Dienstmagd,	geboren am 29. Juni (Juli) 1864 zu Warns- dorf, Bezirk Rumburg in Böhmen, ortsange- hörig zu Wolfsberg, Bezirk Rumburg in Böhmen,	gewerbmäßige Unzucht	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft zu Bautzen,	22. Mai 1890.
19	Ferdinand Gottwald, Arbeiter,	geboren am 16. De- zember 1844 in Nie- fersberg, Gemeinde Gursdorf in Oester- reich, ohne Wohnsitz,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Olden- burgisches Staats- ministerium,	16. Mai 1890.

1. Satz. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		4. Grund der Bestrafung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
20	Johanna Lapatsch, Zigeunerin,	etwa 26 Jahre alt, ge- boren zu Klogsdorf, Bezirk Freiberg in Mähren, ortsangehörig zu Altdorf in Oester- reich,	Betteln u. Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	20. Mai 1890.
21	Pietro Menegos, Bauernknecht und Ziegelarbeiter,	geboren am 3. Oktober 1868 zu Aviano, Di- strik Prodenone, Pro- vinz Udine, Italien, ortsangehörig eben- da,	Landstreichen,	Königlich Bayerische Polizei-Direktion zu München,	27. Mai 1890.
22	Josef Murzin, Bergmann, u. Arbeiter,	geboren am 19. März 1831 zu Dombrowa, Bezirk Chyzanow in Galizien, ortsangehö- rig zu Wisniow, Bezirk Dopzyce in Galizien,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	19. Mai 1890.
23	Eugen Peltre, Tagner,	35 Jahre alt, geboren zu Barenne, Frank- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	4. Juni 1890.
24	Johann August Richter, Weber,	geboren am 31. De- zember 1850 zu Ge- orgsvalde, Bezirk Schludener in Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Bautzen,	21. Mai 1890.
25	Johann Lott, Tagelöhner,	geboren am 12. August 1841 zu Lobnig, Be- zirk Römerstadt in Mähren, ohne Wohnsitz,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	12. Mai 1890.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gahn'schen Erben (E. Gahn, Hof-Buchdrucker).

261
Amtsblatt
der Königl. Regierung
und der Stadt Berlin.

Stück 28.

Den 11. Juli

Portozuschlag von 10 Pf. wird jedoch für
nicht erhoben. Für andere Gegen-
stände Anschlag nicht statt. Einreich-
ung von Antrags-Gebühren, sowie die
Versendungen werden bei der
Angelegenheit.
bei Personengeld-
arten Sätze des
Zwei

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber
lautender Kreisleihscheine des Kreises
Teltow im Betrage von 2830 000 Mark.

Wir Wilhelm

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem die Vertretung des Kreises Teltow auf
dem Kreistage am 10. Juli 1889 beschlossen hat, die
erforderlichen Mittel zur Abklopfung der zur Anlegung
und Pflasterung mehrerer Kunststraßen gegen Schuld-
scheine aufgenommenen vierprozentigen Darlehne, ferner
zum Ankauf der Grundstücke Victoriastraße 17, 17a, 18
in Berlin und zur Erbauung eines neuen Kreishauses
im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen wir auf
den Antrag der Kreisvertretung,

zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit
Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger
unkündbare Anleihescheine im Betrage von
2 830 000 Mark ausstellen zu dürfen,

da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger,
noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in
Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur
Ausstellung von Anleihescheinen zum Betrage von
2 830 000 Mark, in Buchstaben: „Zwei Millionen
Achtshundert und dreißig Tausend Mark“, welche in
folgenden Abschnitten:

1 500 000 Mark zu 1000 Mark,
1 330 000 Mark zu 500 Mark,

zusammen: 2 830 000 Mark

nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit drei
und einhalb Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem
festgestellten Tilgungsplane mittelst Verlosung jährlich
vom Jahre 1891 ab mit wenigstens einem Prozent des
Kapitales, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten
Schuldbeträgen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges
Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung er-
theilen. Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen
Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihescheine
die daraus hervorgegangenen Rechte geltend zu machen
befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des
Eigentums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vor-
behaltnis der Rechte Dritter ertheilen, wird für die
Befriedigung der Inhaber der Anleihescheine eine Ge-
währleistung Seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserem
Schrift und beigedrucktem
Gegeben im Schloß zu Berlin,
den 11. Juni 1890.
(L. S.) **Wilhelm**
König von Preußen.

erhält
ng:
igung
acht
if=

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

VIII. Ausgabe.

Anleihe-Schein.

Buchstabe
des Kreises Teltow
über Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privi-
legiums vom (Amtsblatt der Königl. Regie-
rung zu Potsdam vom 189
Seite . . . und Gesetz-Sammlung für 189
laufende Nr)

Auf Grund des von dem Bezirksausschusse des
Regierungsbezirk Potsdam genehmigten Kreistags-
beschlusses vom 10. Juli 1889 wegen Aufnahme einer
Schuld von 2 830 000 Mark bekennt sich der Kreis-
ausschuß des Kreises Teltow Namens des Kreises durch
diesen, für jeden Inhaber gültigen, seitens des Gläu-
bigers unkündbaren Anleiheschein zu einer Darlehens-
schuld von Mark, welche an den Kreis baar
gezahlt worden und mit drei und einem halben Pro-
zent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von
2 830 000 Mark erfolgt nach Maßgabe des genehmigten
Tilgungsplans mittelst Verlosung der Anleihescheine
in den Jahren 1891 bis spätestens 1931 einschließlich
aus einem Tilgungskode, welcher mit wenigstens Einem
Prozent des Kapitals jährlich unter Zuwachs der
Zinsen von den getilgten Schuldbeträgen gebildet wird.
Die Auslosung geschieht in dem Monate März jeden
Jahres. Dem Kreise bleibt jedoch das Recht vor-
behalten, den Tilgungskode zu verstärken oder auch
sämmliche noch im Umlauf befindliche Anleihescheine auf
einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen
werden ebenfalls dem Tilgungskode zu.

Die ausgelooften, sowie die gekündigten Anleihe-
scheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben,

Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht.

Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und dem Teltow'er Kreisblatt. Geht eines dieser Blätter ein, so wird an dessen Statt von der Kreisvertretung mit Genehmigung des Königl. Regierungspräsidenten in Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. Oktober, von heute an gerechnet, mit drei und einem halben Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinscheine, beziehungsweise dieser Anleihscheine bei der Kreis-Communal-Kasse zu Berlin, und zwar, auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitsstermins folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihscheine sind auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitsstermine zu überreichen. Für die fehlenden Zinscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verfahren zu Gunsten des Kreises. Das Aufgebot und die Kraftlos-erklärung verlorener und vernichteter Anleihscheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 ff. der Civilprozeß-Ordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (R.-Gef.-Bl. S. 83) beziehungsweise nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 — G.-S. S. 281 —. Zinscheine können weder aufgeboten, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinscheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den statgehabten Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung des Anleihscheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit diesem Anleihscheine sind halbjährliche Zinscheine bis zum 1. Oktober 1899 ausgegeben, die ferneren Zinscheine werden für zehnjährige Zeiträume ausgegeben werden.

Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinscheinen erfolgt bei der Kreis-Communal-Kasse in Berlin gegen Ablieferung der der älteren Zinscheinreihe beigebrachten Anweisung. Beim Verluste der Anweisung erfolgt die Ausgäbgebung der neuen Zinscheinreihe an den Inhaber des Anleihscheines, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherung der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen und seiner Steuerkraft.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Berlin, den

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Anmerkung. Die Anleihscheine sind außer mit den Unterschriften des Landraths und zweier Mitglieder des Kreis-Ausschusses mit dem Siegel des Landraths zu versehen.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Z i n s - S c h e i n

zu dem Anleihscheine des Kreises Teltow
VIII. Ausgabe, Buchstabe . . . N^o . . .
über Mark zu 3½ Prozent Zinsen über
. Mark . . Pf.

Der Inhaber dieses Zinscheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. April bezw. 1. Oktober 18 . . . ab die Zinsen des vorbenannten Anleihscheines für das Halbjahr vom bis mit Mark . . Pf. bei der Kreis-Communal-Kasse zu Berlin.

Berlin, den

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

(Unterschriften)

Dieser Zinschein ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung. Die Namensunterschriften der Mitglieder des Kreis-Ausschusses können mit Lettern oder Facsimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Controlbeamten versehen werden.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

A n w e i s u n g

zum Kreis-Anleihscheine des Kreises Teltow
VIII. Ausgabe, Buchstabe . . . N^o . . .
über Mark.

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem obigen Anleihscheine die . . . te Reihe von Zinscheinen für die zehn Jahre 1. Oktober 18 . . . bis 1. Oktober 18 . . . bei der Kreis-Communal-Kasse zu Berlin, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihscheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Berlin, den 18 . . .

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

(Unterschriften)

Anmerkung: Die Namensunterschriften der Mitglieder des Kreis-Ausschusses können mit Lettern oder Facsimilestempeln gedruckt werden, doch muß jede Anweisung mit der eigenhändigen Namensunter-

schrift eines Controlbeamten versehen werden. Die Anweisung ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinsstempeln mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzufrucken.

...ter Zinsstempel	...ter Zinsstempel
Anweisung	

Bekanntmachung des Reichskanzlers.

Abänderungen der Postordnung vom 8. März 1879.

Auf Grund der Vorschrift im § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 wird die Postordnung vom 8. März 1879 in folgenden Punkten abgeändert:

1) Im § 11 „Zur Postbeförderung bedingt zugelassene Gegenstände“ erhält der Absatz III. folgende anderweite Fassung:

III. Zur Verwahrung für Hand-Schusswaffen bestimmte Zündhütchen, Zündspiegel und Metallpatronen, sowie Patronen aus harter Pappe mit einem zum Schutze der Pulverladung dienenden Blechmantel müssen in Kisten oder Kästen fest von außen und innen verpackt und als solche, sowohl auf der Begleitadresse, als auch auf der Sendung selbst, bezeichnet sein. Die Patronen müssen für Centraalfeder bestimmt und außerdem derart beschaffen sein, daß weder ein Abdrücken der Kugel oder ein Herausfallen der Schrote, noch ein Ausstreuen des Pulvers stattfinden kann. Der Absender ist, wenn er diese Bedingungen nicht eingehalten hat, für den etwaiger Entzündung entstandenen Schaden haftbar.

2) Im § 13 „Drucksachen“ tritt zwischen dem zweiten und dritten Absatz im Absatz IV. folgender neue Satz hinzu:

Offene Karten, aus deren Inhalt die Absicht der Beleidigung oder einer sonst strafbaren Handlung sich ergibt, sind von der Postbeförderung ausgeschlossen.

3) Im § 38, „Nachsendung der Postsendungen“ betreffend, erhalten die Absätze II. und III. folgende Fassung:

II. Bei Paketen und bei Briefen mit Wertangabe erfolgt die Nachsendung nur auf Verlangen des Absenders oder, bei vorhandener Sicherheit für das Porto, auch des Empfängers.

III. Für Pakete und für Briefe mit Wertangabe wird im Falle der Nachsendung das Porto und die Versicherunggebühr von Bestimmungsort zu Bestimmungsort zugeschlagen; der Portozuschlag von 10 Pf. wird jedoch für die Nachsendung nicht erhoben. Für andere Sendungen findet ein neuer Ansat nicht statt. Einschreib-, Postanweisungs- und Postauftrags-Gebühren, sowie die Vorzeigegeld für Nachnahmeseudungen werden bei der Nachsendung nicht noch einmal angelegt.

4) Im § 39, „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Bestimmungsorte“ betreffend, erhält der Absatz VII. folgende Fassung:

VII. Für zurückzusendende Pakete und für Briefe mit Wertangabe ist das Porto und die Versicherungsgebühr für die Hin- und für die Rücksendung zu ent-

richten; der Portozuschlag von 10 Pf. wird jedoch für die Rücksendung nicht erhoben. Für andere Gegenstände findet ein neuer Ansat nicht statt. Einschreib-, Postanweisungs- und Postauftrags-Gebühren, sowie die Vorzeigegeld für Nachnahmeseudungen werden bei der Rücksendung nicht noch einmal angelegt.

5) Im § 49, „Grundsätze bei Personengeld-Erhebung“ betreffend, ist im zweiten Satz des Absatzes VIII. hinter den Worten „Zwei Kinder“ einzufügen:

bis zu diesem Alter

6) Im § 53, „Reisegepäck“ betreffend, erhält der Absatz II. folgende anderweite Fassung:

II. Kleine Gegenstände, welche ohne Belästigung der anderen Reisenden im Personerraum untergebracht werden können, dürfen die Reisenden unter eigener Aufsicht bei sich führen.

Vorstehende Änderungen treten mit dem 1. Juli 1890 in Kraft.

Berlin, den 16. Juni 1890.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Stephan.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidenten von Berlin.

18. Auf Grund des § 49 des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 in Verbindung mit meiner Bekanntmachung vom 4. Juni d. J. (Extra-Beilage zum 24. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 13. Juni 1890 Nr. 12) habe ich den Stadtsyndikus Ebertz zu Berlin, Rathhaus, zum Beauftragten für die Leitung der Wahlen der Ausschussmitglieder für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt des Stadtkreises Berlin bestellt und genehmigt, daß der Genannte in dieser Eigenschaft erforderlichen Falls durch die Magistrats-Mitglieder Rugdan und Dr. Freund zu Berlin vertreten werde.

Potsdam, den 29. Juni 1890.

Der Ober-Präsident von Berlin,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Verpflegung mittelloser bulgarischer Staatsangehöriger betr. 188. Es wird beabsichtigt, die Erhaltung der durch die Verpflegung mittelloser bulgarischer Staatsangehöriger in Deutschen Kranken- u. Anstalten erwachsenden Kosten durch die bulgarische Regierung herbeizuführen. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, ersuche ich die Vorstände dieser Anstalten, mir vorkommenden Falls die Rechnung über die denselben für die Verpflegung bulgarischer Staatsangehöriger erwachsenden Kosten in bescheinigter Form zur weiteren Veranlassung einzureichen.

Potsdam, den 4. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

136. Auf Anweisung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe wird hiermit Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 5. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g

über die Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889.

Vom 26. Juni 1890.

Zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) wird im Anschluß an die Anweisung vom 20. Februar 1890 und an die Bekanntmachung vom 17. März 1890 vorbehaltlich weiterer Anordnungen Folgendes bestimmt:

A. Untere Verwaltungsbehörden.

- 1) Als „untere Verwaltungsbehörden“ im Sinne des Gesetzes vom 22. Juni 1889 sind; unbeschadet der für die Fälle des § 161 a. a. D. durch die Anweisung vom 20. Februar 1890 getroffenen abweichenden Vorschrift, folgende Behörden anzusehen:
 - a. in Städten von mehr als 10000 Einwohnern, sowie in denjenigen Städten der Provinz Hannover, für welche die revidierte Städteordnung vom 24. Juni 1858 gilt, mit Ausnahme der im § 27 Absatz 2 der Kreisordnung vom 6. Mai 1884 bezeichneten Städte, — die Gemeindevorstände;
 - b. im Uebrigen die Landräthe, in den Hohenzollernschen Ländern die Oberamtmänner.

B. Höhere Verwaltungsbehörden.

- 2) Als „höhere Verwaltungsbehörden“ im Sinne des angezogenen Gesetzes sind auch in den Fällen des § 122 a. a. D. die Regierungspräsidenten, für Berlin der Oberpräsident anzusehen.

C. Stellen für die Ausstellung, den Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarten, sowie für die Entwerthung von Marken.

- 3) Die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten (§ 103 a. a. D.), die Ersetzung verlorener, unbrauchbar gewordener oder zerstörter Quittungskarten durch neue Quittungskarten (§ 105 a. a. D.), sowie die Entwerthung von Marken, soweit diese durch das Gesetz oder die vom Bundesrath erlassenen Vorschriften vorgeschrieben ist*), erfolgt durch die Ortspolizeibehörden. In solchen Ortspolizeibezirken, welche mehrere Gemeinden oder selbständige Gutsbezirke umfassen, sind die Orts-

polizeibehörden befugt, die Wahrnehmung der bezeichneten Obliegenheiten für einzelne Gemeinden (Gutsbezirke) den Vorständen der letzteren zu übertragen. Die Uebertragung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde (Regierungs-Präsident).

Eosern für die Verwaltung der Ortspolizei besondere örtliche Bezirke (Polizeireviere u. s. w.) eingerichtet worden sind, sind zu den bezeichneten Handlungen auch die Vorstände dieser Bezirke insoweit verpflichtet, als ihre örtliche Zuständigkeit reicht.

Bildet der Gemeindevorstand ein Kollegium, so hat er, wenn ihm die Wahrnehmung der bezeichneten Obliegenheiten übertragen ist, für dieselbe aus seiner Mitte einen Kommissar zu bestellen. Auf Gemeinden, für deren Verwaltung besondere örtliche Bezirke (Distrikte u. s. w.) errichtet sind, findet bei Uebertragung jener Obliegenheiten die Bestimmung des vorstehenden Absatzes entsprechende Anwendung.

- 4) Unbeschadet der Bestimmungen der §§ 112 ff. a. a. D.**) sind die Gemeinden (Gutsbezirke) sowie die Kreisverbände (Oberamtsbezirke) befugt, für ihre Bezirke auf ihre Kosten, an Stelle der in

**) Nach §§ 112 ff. a. a. D. darf durch die Landes-Zentralbehörde, das Statut der Versicherungsanstalt, oder durch statutarische Bestimmung von Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden bestimmt werden, daß die Beibringung der Marken nicht dem Arbeitgeber obliegen soll, sondern

- a. soweit es sich um Mitglieder einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungs-Krankenkasse, einer Knappschaftskasse oder der Gemeindekrankenversicherung handelt, den Organen dieser Krankenkassen bezw. Gemeindekrankenversicherung für ihre Mitglieder,
- b. für andere Personen dagegen der Gemeindebehörde oder besonderen auf Kosten der Versicherungsanstalt errichteten örtlichen Hebestellen.

Diese Organe der Krankenkassen, Gemeindebehörden oder Hebestellen sind dann verpflichtet, den Betrag der zu verwendenden Marken von den Arbeitgebern einzuziehen und die Marken, soweit dies vorgeschrieben ist, zu entwerthen (§§ 112, 135 a. a. D.).

Für den Fall, daß eine solche (behördliche) Einziehung der Beiträge angeordnet wird, darf in gleicher Weise ferner bestimmt werden, daß den mit der Einziehung der Beiträge betrauten Stellen auch die Ausstellung, der Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarten obliegen soll (§ 113 a. a. D.).

Das Gleiche kann für Mitglieder einer Krankenkasse; auch durch das Kassensatut, und für diejenigen Versicherer, welche einer für Reichs- oder Staatsbetriebe errichteten Krankenkasse angehören, auch durch die den Verwaltungen dieser Betriebe vorgesetzte Dienstbehörde angeordnet werden (§ 114 a. a. D.).

*) Einweilen ist eine Entwerthung von Marken nur bei Selbstversicherung oder freiwilliger Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses vorgeschrieben (§§ 117, 120 a. a. D.).

Ziffer 3 bezeichneten Behörden oder neben denselben, für die Wahrnehmung der daselbst bezeichneten Obliegenheiten besondere Beamte zu bestellen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident); dieselbe bestimmt in solchem Falle die Zahl der zu ernennenden Beamten. Die Bestellung der letzteren bedarf der Bestätigung durch diejenige Behörde, welche zur Bestätigung anderer Beamten des betreffenden Kommunalverbandes zuständig ist.

- 5) In jeder Gemeinde ist durch dauernden Aushang im Gemeindehause und auf andere ortsübliche Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, welche Stellen für die betreffende Gemeinde zur Ausstellung, zum Umtausch und zur Erneuerung der Quittungskarten sowie zur Entwerthung von Marken berufen sind, wo die Diensträume dieser Stellen sich befinden und welche Dienststunden etwa festgesetzt worden sind. Veränderungen sind in gleicher Weise bekannt zu machen. Die mit diesen Obliegenheiten betrauten Stellen sind durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörde dem Vorstände der Versicherungsanstalt mitzuteilen.

- 6) Ueber das bei der Ausstellung, dem Umtausch und der Erneuerung der Quittungskarten sowie bei der Entwerthung von Marken zu beobachtende Verfahren bleiben besondere Anweisungen vorbehalten.

D. Errichtung und Sitz der Schiedsgerichte.

- 7) Für die Versicherungsanstalten der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Westfalen ist, sofern nicht für einzelne Kreise noch besondere abweichende Bestimmungen getroffen werden, für jeden Kreis ein Schiedsgericht zu errichten.

Der Sitz des Schiedsgerichts ist, sofern nicht für einzelne Fälle noch besondere Anordnungen getroffen werden, die Kreisstadt.

Begen der Schiedsgerichte für die übrigen Versicherungsanstalten bleiben weitere Bestimmungen vorbehalten.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

v. Maybach.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Frh. Lucius v. Ballhausen.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Frh. v. Berlepsch.

B. 3574 M. f. S.

P. IV. 6408 M. d. d. A.

III. 11907

I. 11177

II. 3883 M. f. Landw. u.

III. 8037

I. A. 4976 M. d. J.

Viehseuchen.

137. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einem Bullen des Bauergutsbesizers Marzuger zu Knoblauch und bei einer Kuh des Rittergutsbesizers Sommer zu Schwante, Kreis Osthavelland;

der Rog bei 4 Pferden des Fuhrherin Raabe zu Tempelhof, Kreis Teltow.

Erloschen ist:

der Milzbrand unter dem Rindviehbestande des Gemeindevorsehers Wendt zu Krielow, Kreis Zauch-Belzig;

der Rog in der Stallung des Handelsmanns Mehlig zu Jüterbog, Kreis Jüterbog-Luckenwalde;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gutsbesizers Erblamm zu Herxfelde, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 8 Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

138.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Juni 1890 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Es kosten je 50 Kilogramm	Beeskow für Kreis Beeskow- Storkow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havelland.		Luckenwalde für Kreis Jüterbog- Luckenwalde.		Perleberg für Kreis West- Prignitz.		Potsdam für Potsdam und Kreis Zauch- Belzig.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Neuruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Angermünde.		Wittstock für Kreis Dachau- Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	17	85	9	50,5	9	84	9	19	9	91	9	45	9	49,2	8	67	9	20,5	Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Osthavelland und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Markttort.
2.	Heu	—	—	3	06	2	72	2	72	3	29	2	63	2	62,5	2	73	2	10	
3.	Richtstroh	—	—	2	68	2	36	3	41	3	59	3	15	3	41,25	2	97	2	62,5	

Potsdam, den 8. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

139.

Nachweisung der Markte 12.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt =				
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Speisebohnen	Linsen	Erdnüsse	Kartoffeln	Kartoffelstroh	Stroh	Heu	Rindfleisch		Schaf- fleisch
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der Steile	von der Steile	M. Pf.
1	Angermünde	18 99	15 58	15 64	16 81	27 —	30 —	34 50	4 60	5 25	3 —	3 69	1 40	1 10		
2	Breskow	17 85	16 28	—	16 80	25 —	27 50	35 —	3 31	—	—	—	1 20	1 —		
3	Bernau	19 34	15 69	16 33	17 36	28 50	30 —	40 38	4 45	6 10	—	5 25	1 35	1 13		
4	Brandenburg	18 95	16 70	15 43	17 57	27 50	35 —	45 —	3 43	4 65	—	5 02	1 40	1 20		
5	Dahme	18 82	16 07	16 43	18 —	25 —	32 —	45 —	2 —	5 —	4 —	6 —	1 20	1 —		
6	Eberswalde	19 43	15 66	16 69	17 02	23 —	23 —	30 —	4 13	6 —	—	5 —	1 40	1 10		
7	Havelberg	19 40	15 56	15 50	18 50	25 —	45 —	55 —	3 50	5 28	3 06	5 33	1 30	1 10		
8	Jüterbog	19 80	17 —	17 —	19 —	28 —	30 —	50 —	4 —	6 —	—	6 —	1 25	1 10		
9	Kudenwalde	—	15 50	—	18 15	36 —	36 —	40 —	3 63	4 34	—	4 79	1 20	1 20		
10	Perleberg	19 80	15 96	16 94	17 21	27 —	35 —	50 —	3 31	6 25	—	4 94	1 40	1 20		
11	Potsdam	19 95	16 03	16 75	18 19	27 —	28 50	37 50	4 04	6 33	—	5 25	1 43	1 21		
12	Prenzlau	19 07	15 65	17 43	17 48	18 —	22 50	25 —	3 50	5 75	4 —	4 50	1 36	97		
13	Prignitz	18 38	15 60	15 90	16 29	19 —	30 —	39 —	1 88	4 63	4 —	4 25	1 20	1 —		
14	Rathenow	19 60	15 47	15 50	17 50	30 —	35 —	44 —	3 24	4 75	—	3 75	1 40	1 20		
15	Neu-Ruppin	20 —	17 —	16 —	18 —	30 —	32 —	50 —	3 51	6 50	—	5 —	1 40	1 15		
16	Schwedt	19 40	15 99	17 —	16 52	26 67	31 25	31 25	5 —	5 66	—	5 20	1 20	1 —		
17	Spandau	19 —	16 20	15 —	17 50	27 50	33 —	41 —	5 —	6 25	—	6 50	1 50	1 20		
18	Strasberg	18 42	16 05	16 87	17 50	21 50	30 —	35 —	4 09	8 09	—	7 59	1 20	1 10		
19	Teltow	19 29	15 53	16 14	17 40	40 —	40 —	50 —	3 75	5 91	4 90	5 22	1 50	1 10		
20	Templin	19 50	16 75	18 25	18 25	19 —	45 —	40 —	3 25	5 —	—	4 —	1 20	1 —		
21	Treuenbriezen	19 20	15 90	17 —	18 —	26 —	24 —	30 —	2 50	4 80	—	4 50	1 20	1 —		
22	Wittstock	19 23	16 15	15 33	17 26	18 —	36 —	44 —	2 14	5 —	4 —	4 —	1 14	1 —		
23	Wriezen a. D.	18 93	15 48	17 32	17 50	22 —	28 —	34 —	4 28	5 36	4 25	5 —	1 30	1 03		
Durchschnitt		19 20	15 99	16 40	17 56	—	—	—	3 59	5 58	—	5 04	—	—	—	—
Potsdam, den 8. Juli 1890.																

150 Mark Belohnung.

140. Ende Mai d. J. haben in der Nähe von Alt-Placht, Kreis Templin, wiederholte Waldbrände stattgefunden, deren Entstehung auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Hiermit eine Belohnung von 150 Mark ausgesetzt.

Etwaige Anzeigen sind an den Herrn Ersten Staatsanwalt beim königlichen Landgericht zu Prenzlau zu erstatten.

Potsdam, den 5. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Einführung der Postanweisungen im Verkehr mit den Deutschen Schutzgebieten von Kamerun und Togo.

14. Vom 1. Juli 1890 ab können im Verkehr mit den Deutschen Schutzgebieten von Kamerun und Togo Zahlungen bis zum Betrage von 400 M. im Wege der Postanweisung durch die Deutschen Postanstalten vermittelt werden.

Auf den Postanweisungen, zu deren Ausstellung Formulare der für den internationalen Postanweisungsverkehr vorgeschriebenen Art zu verwenden sind, ist der dem Empfänger zu zahlende Betrag vom Absender in Mark und Pfennig anzugeben. Die Postanweisungsgebühr beträgt 10 Pf. für je 20 M. oder einen Theil von 20 M., mindestens jedoch 40 Pf. Der Abschnitt der Postanweisung kann zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art benutzt werden.

Berlin W., den 26. Juni 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

15. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozessordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die am 23. April d. J. von dem Bankhause J. H. Stein zu Köln a. Rh. bei der Post daselbst

Preise im Monat Juni 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter	Ein Schaf Gier.	Wehl		Gerste		Buchweizen- grüße	Hafergrüße	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefalz	Schweine- schmalz, bielig.		
						Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Graupe	Grüße					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 30	— 90	1 05	1 70	2 30	3 43	30	25	55	50	40	55	55	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 50	— 90	1 —	1 90	1 98	2 90	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 38	1 33	1 35	1 60	2 25	3 10	20	20	40	40	70	50	40	25	2 80	3 40	20	1 60		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	3 45	40	30	50	40	50	50	50	50	3 60	4 —	20	1 60		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	2 40	32	26	60	40	50	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 —	1 —	2 —	2 40	3 38	30	28	60	60	50	—	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 35	1 30	1 20	1 70	2 25	3 10	38	26	50	60	60	60	60	60	2 80	4 —	20	1 80		
1 20	1 —	1 20	1 70	2 20	3 —	33	26	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 50		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 60	36	24	50	40	40	60	36	60	3 60	3 60	20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	1 78	2 50	50	36	50	40	50	50	40	50	4 —	3 80	20	2 —		
1 50	1 28	1 34	1 80	2 24	3 29	40	30	50	50	50	50	50	65	3 20	3 80	20	1 80		
1 40	— 95	1 21	1 90	2 24	3 30	32	28	50	40	50	60	50	60	3 40	3 80	20	2 —		
1 40	1 05	1 15	2 —	1 73	2 58	25	24	40	45	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 38	32	27	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	3 30	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	2 40	3 60	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 60	1 30	1 30	1 80	2 40	3 20	40	30	50	50	55	50	50	65	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 40	2 80	35	25	55	50	50	50	55	60	3 20	3 60	20	1 40		
1 50	1 50	1 50	1 60	2 24	3 34	40	—	60	60	45	60	50	60	2 80	3 60	20	1 20		
1 20	— 80	1 10	2 —	2 20	3 60	40	30	60	50	50	50	60	60	3 20	3 80	20	1 20		
1 40	1 —	1 20	1 80	2 —	2 85	32	26	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 80		
1 15	— 87	1 06	1 78	1 86	2 91	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	1 80		
1 30	1 15	1 15	1 76	2 20	3 10	25	24	50	40	40	50	50	60	3 25	3 50	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

behuß Beförderung an den Kaufmann Heinrich Heep in Monjoie (Rheinpreußen) in einem Werthbriefe eingelieferten $3\frac{1}{2}\%$ igen Konsols von 1889 lit. E. Nr. 296484, 296485, 297365 und 297366 über je 300 M. während der Postbeförderung in Verlust gerathen sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert,

solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Rechtsanwälten Schtewind & Jassen zu Köln a. Rh., Hohenzollernring Nr. 47, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Angebotsverfahren behuß Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 2. Juli 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

42. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung, an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinföderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben ausgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für auf den Strecken der		Zur Aus- fertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Hilfsförderung muss erfolgen innerhalb	nach Schluss der Ausstellung.
1	Ausstellung von Ma- schinen, Werkzeugen und Geräthen der Fleischeret, Fleisch- waren- und Wurst- fabrikation,	Schwertin i. M.,	2. bis 4. Juli,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Preussischen Staatsbahnen,	Aus- stellungs- Commission,	4 Wochen	
2	Ausstellung von Ge- räthen und Gegen- ständen aus dem Gebiete des Feuer- lösch- und Rettungs- wesens,	Eisenach,	1. bis 4. August,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	desgl.	desgl.	4 Wochen	
3	Ausstellung von Ma- schinen und Ge- räthen, welche zur Seifenfabrikation dienen,	Stuttgart,	16. bis 18. Juli,	Maschinen u. Ge- räthe der neben- bezeichneten Art,	Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elsass-Loth- ringen,	desgl.	4 Wochen	
Dromberg, den 1. Juli 1890.				Königl. Eisenbahn-Direktion.				

Bekanntmachung.

43. Mit sofortiger Gültigkeit treten im Verkehr von Station Gerbahren des diesseitigen Bezirks nach sämtlichen Stationen der Direktionsbezirke Berlin, Breslau, Dromberg und nach denselben Stationen des Direktionsbezirks Erfurt, welche östlich der Linie Ruhland-Calan liegen, Ausnahmefrachtsätze für Torf, Streu und Torfmüll in Wagenladungen von mindestens 10000 kg auf einen Frachtbrief und Wagen oder oder bei Frachtablung für dieses Gewicht in Kraft. Diese Ausnahmefrachtsätze gelten für die Zeit bis zum 31. August d. Js. und gewähren eine Frachtermäßigung von 25 % gegenüber den Sätzen des Spezial-Tarifs III. Näheres ist bei sämtlichen Stationen unseres Bezirks in Erfahrung zu bringen.

Dromberg, den 3. Juli 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

17. Die zum Umtausch gegen Schulverschreibungen der 3 1/2 % igen konsolidierten Preussischen Staats-Anleihe abgestempelten 4 % igen Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft Litt. A. und B., sowie die 4 % igen Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen vom Jahre 1873 sind vom 1. Juli 1890 ab bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg und bei der Königlichen Eisenbahn-Betriebskasse zu Berlin (auf dem Potsdamer Bahnhofe), welche den Umtausch bewirken, oder bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse zu Berlin, Leipzigerplatz 17, der Königlichen Eisen-

bahn-Hauptkasse zu Frankfurt a. M., den Königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Braunschweig und Halberstadt — bei den Kassen zu Frankfurt a. M. und Hamburg jedoch nur innerhalb der ersten 6 Wochen des Umtauschgeschäftes — welche den Umtausch vermitteln, einzureichen.

Die umzutauschenden Obligationen sind mit den Talons und mit den Zinscheinen über die vom 1. Juli 1890 ab laufenden Zinsen einzuliefern. Für fehlende Zinscheine ist deren Wertbetrag, da beim Umtausch die Staatsschuldverschreibungen mit Zinscheinen vom 1. Juli 1890 ab laufend ausgehändigt werden, baar einzuzahlen, oder bei Einlieferung der Obligationen durch die Post der Postsendung beizufügen.

Außer Kurs gesetzte Obligationen müssen vor der Einlieferung wieder in Kurs gesetzt sein.

Die Einreichung der Obligationen hat nach den Gattungen: Litt. A., Litt. B. und 1873er, mittels je eines besonderen Verzeichnisses, in welches die Obligationen in aufsteigender Nummernfolge einzutragen sind, zu erfolgen. Dieser Nummernfolge entsprechend müssen die Obligationen und Zinscheine je für sich geordnet und je mit einem Papierstreifen umschlossen sein, auf welchem die Anzahl der Stücke und der Name des Einlieferers anzugeben ist. Formulare zu diesen Verzeichnissen werden von den vorgenannten Kassen unentgeltlich verabfolgt; Verzeichnisse anderer Art können nicht angenommen werden.

Ueber die eingereichten umzutauschenden Obligationen und Zinscheine werden, falls der Umtausch nicht Zug um Zug erfolgen kann, von den annehmenden Kassen Empfangsbcheinigungen ausgestellt, welche bei der durch dieselbe Kasse gegen Quittung erfolgenden Aushändigung der Staatsschuldverschreibungen zurück-

zugeben sind. Sobald letztere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer, eventl. unter Beifügung eines Quittungsentwurfs, portopflichtig davon benachrichtigt.

Ueber die durch die Post eingehenden umzutauschenden Obligationen werden Empfangsbefcheinigungen nur auf Verlangen erteilt. Die Ueberendung der für diese Obligationen auszugebenden Staatsschuldschreibungen erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Verhaftung, sofern ein Anderes nicht bestimmt wird. Der Empfänger hat umgehend Quittung zu erteilen, falls letztere nicht bereits vorher gefordert worden ist.

Für den Umtausch stehen Staatsschuldschreibungen in Städten zu 5000, 2000, 500, 300 und 200 Mark in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Wünsche auf Zuteilung von Stücken einer bestimmten Gattung werden, soweit möglich, Berücksichtigung finden.

Sollen Empfänger von Staatsschuldschreibungen die Umwandlung derselben in eine Buchschuld des Staates herbeiführen, so werden auf ihren Antrag die Staatsschuldschreibungen zu diesem Zwecke direkt an die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Schuldbuchbureau) abgegeben und sie nur mit entsprechender Nachricht versehen werden.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Obligationen der obengedachten Gattungen, welche nicht zum Umtausch abgestempelt sind, und daher als gekündigt gelten, vom 1. Juli 1890 ab gegen Einlieferung der Stücke nebst Talons und Zinsscheinen über die Zinsen vom 1. Juli 1890 ab laufend bei den **Königlichen Eisenbahn-Hauptkassen zu Magdeburg und Berlin (Leipzigerplatz 17) zum Neuwerth eingelöst werden.**

Magdeburg, den 20. Juni 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung.

18. Vom 1. Juli d. J. ab hält der Lokalpersonen-zug P. 14 auch in Gr.-Lichterfelde.

Der Fahrplan für diesen Zug ändert sich daher in folgender Weise:

Abfahrt Berlin	7 53	Bm.
„ Lichterfelde	8 06	„
„ Zehlendorf	8 11	„
„ Schlachtensee	8 17	„
„ Wannsee	8 23	„
„ Neubabelsberg	8 31	„
„ Nowawes-Neuendorf	8 37	„
Ankunft Potsdam	8 41	„

Weiterfahrt wie bisher.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt

(Berlin—Magdeburg).

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

8. Nach dem Hauptetat der Verwaltung des Brandenburg'schen Provinzialverbandes sind in dem Etats-

jahre 1890/91 für die Zwecke des Landarmenwesens 8 1/2 % der in den einzelnen Land- und Stadtkreisen aufkommenden direkten Staatssteuern nach Maßgabe der §§ 106 bis 108 der Provinzialordnung als Provinzialabgaben aufzubringen und zwar zur Hälfte am 1. Juli d. J. und zur andern Hälfte am 2. Januar 1891, vorbehaltlich definitiver Regelung.

Demgemäß sind die aufzubringenden Provinzialabgaben auf die einzelnen Land- und Stadtkreise folgendermaßen verteilt:

Nr.	Kreis	Gesamt-Steuer-aufkommen		8 1/2 pSt. als Provinzial-abgabe.	
		M.	Pf.	M.	Pf.
1	Angermünde	436820	23	37129	71
2	Oberbarnim	563047	78	47859	06
3	Niederbarnim *	918967	11	78112	20
4	Beeskow-Storkow	197163	23	16758	87
5	Ost-Havelland	391880	77	33309	86
6	West-Havelland	359307	34	30541	12
7	Jüterbog-Luckenwalde	343334	42	29183	42
8	Rebus	578894	34	49206	01
9	Prenzlau	470668	04	40066	78
10	Ost-Prignitz *	371463	85	31574	42
11	West-Prignitz	473535	91	40250	55
12	Ruppin *	435388	36	37008	01
13	Teltow *	1232842	29	104791	59
14	Templin	266158	72	22623	49
15	Jauch-Belzig	400722	97	34061	45
16	Brandenburg a. H.	250682	86	21308	04
17	Charlottenburg	946033	07	80412	81
18	Frankfurt a. D.	460678	—	39157	63
19	Potsdam	552863	96	46993	43
20	Spandau	296973	94	25242	88
21	Arnswalde	191689	30	16293	59
22	Cottbus-Land	184549	24	15686	69
23	Crossen	221776	95	18851	04
24	Friedeberg	265484	63	22566	19
25	Königsberg	571255	12	48556	69
26	Landberg	475661	48	40431	23
27	Solbin	274004	87	23290	41
28	Ost-Sternberg	209844	94	17836	82
29	West-Sternberg	209833	98	17835	89
30	Jülichau-Schwiebus	222392	65	18903	38
31	Cottbus-Stadt	230523	60	19594	51
32	Calau	239982	90	20398	54
33	Guben-Land *	182242	52	15490	61
34	Luckau	276966	38	23542	14
35	Lützen	117589	99	9995	14
36	Sorau	493881	43	41979	92
37	Spremberg	113873	90	9679	28
38	Guben-Stadt	186248	51	15831	12
Summa		14615229	58	1242294	52

Berlin, den 28. Juni 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
von Levetzow.

Bei den mit einem * versehenen Kreisen sind wegen

der nicht eingegangenen Nachweisungen des Gesamt-
Steueraufkommens die Beträge des Vorjahres aufge-
nommen worden.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bezirksveränderung.

24. Der unterzeichnete Kreis-Ausschuß hat die Auf-
nahme einer in der Grundsteuer Mutterrolle des Gemeinde-

bezirks Deutschhof, Kartenblatt 1 Parzelle Nr. 138/127
verzeichneten, zur Zeit der Wittwe Reglin in Tietzow
gehörigen Wiese von 1 ha 23 ar 60 qm Größe in
den Gemeindebezirk Deutschhof genehmigt.

Rauen, den 26. Juni 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

25.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im II. Quartal 1890 genehmigten Gemeinde- und
Gutsbezirks-Veränderungen.

Bezeichnung des Grundstücks.	Name des Erwerbers.	Künftiger Gemeinde- oder Guts-Verband.
Parzelle 2 294/19 der fideicommissarischen Dorf- straße zu Herzprung von 49 qm Größe. Angermünde, den 28. Juni 1890.	Bauerhofsbesitzer Albert Samain zu Herzprung.	Gemeindeverband Herzprung. Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Durch Abtrennung der dem Fabrikbesitzer
Ludwig Polborn und Dr. Förster zu Berlin in der
Gemarkung Havelstrom gehörigen Parzellen von resp.
10 a 38 qm und 9 a 48 qm Flächeninhalt von dem
Gemeindebezirk Gladow im Kreise Ost-Havelland und
deren Vereinigung mit dem Gemeindebezirk Stolpe im
Kreise Teltow sind die Grenzen der Kreise Ost-Havel-
land und Teltow verändert worden, was wir gemäß
§ 3 der Kreisordnung hierdurch bekannt machen.

Spandau, den 25. Juni 1890.

Der Stadtausschuß.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober d. J. geht die Führung
der Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register auf
das unterzeichnete Amtsgericht für den Bezirk desselben
über. Die öffentlichen Bekanntmachungen der bewirkten
Eintragungen erfolgen im Laufe des Geschäftsjahres
1890 für das Zeichen- und Muster-Register nur durch
den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-
anzeiger, für die Handels- und Genossenschafts-Register
außer dem Reichs- und Staatsanzeiger durch a. die
Berliner Börsenzeitung, b. das Regierungsamtsblatt zu
Potsdam, c. das Teltow'er bzw. Jüterbog'er Kreis-
blatt, d. Trebbiner Wochenblatt, für kleinere Genossen-
schaften nur durch den Reichs- und Staatsanzeiger und
das Teltower bzw. Jüterbog'er Kreisblatt.

Trebbin, den 3. Juli 1890.

Königliches Amtsgericht.

Personal-Chronik.

Der Forstmeister Boruttau ist vom 1. Juli d. J.
ab an die königliche Regierung in Marienwerder versetzt.

Der an die königliche Regierung in Potsdam ver-
setzte Forstmeister Priem, bisher in Marienwerder,
hat die Geschäfte der Forst-Inspektion Potsdam-Edenied
übernommen.

Der Regierungsbaumeister Hoffmann ist zum
Wasser-Bauinspektor ernannt, demselben ist die Bau-
inspektorstelle bei der königlichen Regierung zu Pots-
dam verliehen.

Der Bürgermeister Rabenhorst zu Angermünde
ist der von der Stadtverordneten-Versammlung daselbst
am 15. November 1889 getroffenen Wiederwahl gemäß
als Bürgermeister der Stadt Angermünde für die ge-
setzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt und in das
ihm von Neuem übertragene Amt eingeführt worden.

Der Bürgermeister Ulrich zu Gremmen ist der
von der Stadtverordneten-Versammlung daselbst ge-
troffenen Wiederwahl gemäß als Bürgermeister der
Stadt Gremmen für eine fernere Amtsdauer von
12 Jahren bestätigt und am 24. Juni d. J. in das
ihm von Neuem übertragene Amt eingeführt worden.

Der Bürgermeister Stahlberg aus Friedland
N.-L. ist gemäß der von der Stadtverordneten-Ver-
sammlung zu Fehrbellin getroffenen Wahl als Bürger-
meister der Stadt Fehrbellin für die gesetzliche zwölf-
jährige Amtsdauer bestätigt und am 30. Juni d. J.
in das Amt eingeführt worden.

Der Lehrerin Fräulein Helene Tegeler aus
Karlsruhe ist die Erlaubnis zur Fortführung der fünf-
klassigen höheren Privat-Mädchenschule von Fräulein
Messert zu Eberswalde erteilt worden.

Dem Fräulein Johanna Hohagen, zur Zeit in
Schwedt a. O., ist die Erlaubnis zur Anlegung, Leitung
und Verwaltung einer höheren Privat-Mädchenschule
zu Lützenwalde erteilt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Bockholt in Westfalen
Anton Wilhelm Arnold Johanning ist zum Pfarrer
der Pfarodie Kottbus, Diözese Belgis, bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende
Diakonat zu Strausberg, Diözese gleichen Namens,
kommt durch die Versetzung des Diakonus Lamprecht
zum 1. Juli 1890 zur Erledigung.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Gustav Oppen-
heim ist als ordentlicher Lehrer an der 2. höheren
Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Färth
in Berlin ist als ordentlicher Lehrer am Fall-Reals-
gymnasium ebenda angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Juni sind:

ernannt zum Ober-Postsecretair der Postsecretair Baars, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Dombrowsky und Klein,

zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Dannaß, Eifert, Zetzgemböski, Liebenow, Müller, Kewölbt und Seifert, angestellt als Postsecretair der Postpraktikant Merk-

witz, als Postassistenten die Postassistenten Balde-
wein, Berner, Göken, Wegner, Kolsberger,
Phil. Müller, Jos. Neumann, Pfarrer, Ruffer,
Schallehn, Joh. Schmidt, Thelitz, Weege,
die Postanwärter Hamling und Säß,

als Telegraphenassistenten die Postassistenten
Ergenzinger, Hänsch, Paul,

die Telegraphenanwärter Bodelmann, Dür-
heim, Drangosch, Ebeling, Hempf, Hönike,
Klingbeil, Knabe, Kühnast, Kumm, Quaas-
dorf, Regling, Stamm, Träger, Wender,

als Rohrpostmaschinenist der Rohrpost-Maschi-
nisten Haude,

versetzt der Ober-Postdirectionssecretair Wegener

von Königsberg (Pr.) nach Berlin, der Postassistent
Herbert von Berlin nach Darmstadt,

in den Ruhestand versetzt der Ober-Telegraphen-
secretair Dyhrer, der Ober-Telegraphenassistent
Bollmann,

gestorben die Ober-Postsecretaire Buttendorf und
Holsthiem, der Postsecretair Höpner.

Personalveränderungen
im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection
in Potsdam.

Versetzt sind: der Postsecretair Bollmann als c.
Ober-Postsecretair von Leipzig nach Potsdam, der
Postsecretair Karisch als Postamtsvorsteher von
Angermünde nach Templin, der Postsecretair Red
von Steglitz nach Rathenow und die Postverwalter
Glasewald von Seehausen (Uckermark) nach Trebbin-
(Kr. Teltow), Schmidt von Rarstädt nach Paulinen-
aue und Schulze von Paulinenaue nach Rarstädt.

Staatssmäßig angestellt ist: der Postanwärter
Herrmann in Spandau als Postassistent.

Gestorben ist: der Postverwalter Wilde in Neu-
stadt (Dosse) Stadt.

In den Ruhestand versetzt ist: der Ober-Post-
secretair Richter in Potsdam.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Malorz, Arbeiter,	geboren im Jahre 1833 zu Bohnia, ortsange- hörig zu Roschynica, Bezirk Bohnia, Gal- izien,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus, Ver- lust der Ehrenrechte laut Erkenntnis vom 24.ten Juli 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	10. Juni 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anton Dittrich, Schuhmacher,	geboren am 29. März 1850 zu Ramme- grün, ortsangehörig zu Joachimsthal, Bezirk Joachimsthal in Böh- men,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Cassel,	3. Juni 1890.
2	Anna Maria Eicher, geb. Rufer,	geboren am 20. Dezem- ber 1844 zu Sarnen, Schweiz, ortsangehör- ig zu Gomiswald, Schweiz,	Betteln u. Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	7. Juni 1890.
3	Johann Garstner, Maurer,	geboren am 19. Mai 1866 zu Rizzo, orts- angehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	7. Juni 1890.
4	Franz Pobleisak, Müller,	geboren im Dezember 1838 zu Krasnowice, Bez. Strakonitz, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayrisches Bezirksamt zu Bils- hofen,	22. Mai 1890.

Satz. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
5	Josef Pokorny, Kaufmann,	geboren am 1. Januar 1866 zu Warschau, ortsangehörig zu Grod- no, Gouvernement Grodno,	Landstreichen,	Großherzoglich Hessi- sches Kreisamt zu Worms,	13. Juni 1890.
6	Heinrich Renz (Renz), Schmied,	29 Jahre alt, geboren zu Windisch-Grätz, Böhmen, ortsangehörig zu Pürgles, Bezirk Falkenau, Böhmen,	Betteln und Landstreichen,	Stadtmagistrat zu Deggendorf, Bayern,	14. Mai 1890.
7	Ferdinand Seitz, Schneidergeselle,	70 Jahre alt, geboren zu Schützenhofen, orts- angehörig zu Welhar- tis, Bezirk Schützen- hofen, Oesterreich,	desgleichen,	derselbe,	20. Mai 1890.
8	Bartholomäus Walter, Schweizer,	geboren am 18. August 1843 zu Weßendorf, Bezirk Kitzbichl Oester- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt zu Sont- hofen,	30. Mai 1890.
9	Johann Wendl, Schuhmachergeselle,	geboren am 30. Mai 1850 zu Drahozubie, Bezirk Kollin, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt zu Bils- hofen,	22. Mai 1890.
10	Johann Wiesner, Weißgerber,	geboren am 24. Juni 1857 in Niederhauzen- thal, Bezirk Steierau in Mähren, ortsange- hörig in Nebes, Bezirk Hohenstadt in Mähren,	Landstreichen u. Betteln,	Großherzoglich Meck- lenburg-Schwerin- sches Ministerium des Innern,	22. Mai 1890.
11	Johann Wurzer (alias Banko), Steindrucker,	geboren am 12. August 1855 in Wien, orts- angehörig zu Luggau, Bezirk Hermagor, Kärnten,	Betteln u. Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt zu Gar- misch,	29. Mai 1890.
12	Alotisa Zmolef,	geboren am 20. Dezem- ber 1865 zu Wien, Bezirk Wien, ortsan- gehörig zu Voretic, Be- zirk Pragau, Böhmen,	gewerbmäßige Unzucht	Königlich Preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	14. Mai 1890.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Bezugsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 18. Juli

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 18.) **N^o 1902.** Gesetz, betreffend die Ergänzung des § 14 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Vom 11. Juni 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 24.) **N^o 9392.** Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Belbert. Vom 2. Juni 1890.

N^o 9393. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Wegberg, Rheinbach, Eifel, Esch, Kanten, Meisenheim, Simmern, Stromberg, Bensberg, Eßn, Rülheim am Rhein, München-Gladbach, Solingen, Baumholder, St. Wendel und Saarbrücken. Vom 7. Juni 1890.

(Stück 25.) **N^o 9394.** Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 28. Mai 1890.

(Stück 26.) **N^o 9395.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1890/91. Vom 17. Juni 1890.

N^o 9396. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1890/91. Vom 17. Juni 1890.

(Stück 27.) **N^o 9397.** Gesetz, betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen in der Provinz Hessen-Nassau. Vom 11. Juni 1890.

(Stück 28.) **N^o 9398.** Gesetz über die Termine bei Verträgen über Wohnungsmiethe in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau. Vom 4. Juni 1890.

N^o 9399. Statuten über die Stiftung eines „Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold“. Vom 17. Juni 1890.

(Stück 29.) **N^o 9400.** Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 28. Mai 1890.

(Stück 30.) **N^o 9401.** Gesetz, betreffend die Kirchengemeindenordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Bornheim, Oberrad, Niederrad, Bonames, Niederursel und Hausen. Vom 2. Juni 1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

19. Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bezirke der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 25. Juli	Prenzlau	8 Uhr,
26. „	Angermünde	8 „
28. „	Kröitz	9 „
29. „	Wittstock	8 „
30. „	Prigwall	8 „
31. „	Perleberg	8 „
1. August	Lenzen a. Elbe	8 „

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Kruppenfehler und Klopfbengel, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einkieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhälfte von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schwelle der Pferde nicht zu klopfern oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht

gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Schneider-, Kürschner- und Rügenmacher-Innung zu Havelberg.
141. Auf Grund der §§ 100 e. und 100 f. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Schneider-, Kürschner- und Rügenmacher-Innung in Havelberg,

- 1) daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120 a. der Reichs-Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört;
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlings-Verhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört;
- 3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1891 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen;
- 4) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art nebst deren Gesellen von demselben Zeitpunkt ab zu den Kosten

a. der von der Innung für das Herbergswesen und den Nachweis für Gesellenarbeit getroffenen bezw. unternommenen Einrichtungen — § 97 2 der Gew.-Ordn.,

b. derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge getroffen sind bezw. unternommen werden — § 97 3 und 97 a 1 und 2 a. a. D.,

c. des von der Innung zu errichtenden Schiedsgerichts — § 97 a. 6 a. a. D.

in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsmitglieder und deren Gesellen.

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß der Bezirk der genannten Innung die Ortschaften Havelberg, Toppeln, Nizow und Jedaritz umfaßt.

Potsdam, den 10. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Maler-Innung in Rauen.

142. Auf Grund des § 100 e. der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit Nr. 1. 1 a. 2 der Ausführungsanweisung vom 9. März 1882 bestimme ich für den Bezirk der Maler-Innung in Rauen

- 1) daß Streitigkeiten der im § 120 a. der Reichs-

gewerbeordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das Maler-Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört,

- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlings-Verhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn der Lehrherr zu den unter 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört,
- 3) daß Arbeitgeber der unter 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1891 an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß der Bezirk der gedachten Innung die Städte Rauen, Friesack, Fehrbellin und Regin umfaßt.
Potsdam, den 14. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Sperre der Neuhauser Schleuse betreffend.

143. Dem schiffahrttreibenden Publikum bringe ich hierdurch zur Kenntniß, daß die Neuhauser Schleuse für die Zeit vom 20. Juli bis 1. September d. J. gesperrt und der Weg deshalb von Neuhaus über Kersdorf durch den Ober-Spre-kanal zu nehmen ist.

Potsdam, den 15. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

144. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Bauergutsbesizers Proß zu Buschow, Kreis Wehrawelland;
der Rog bei 2 Pferden des Kossäthen August Haase zu Ahrensfelde, Kreis Niederbarnim;
die Influenza (als Brusseuche) unter dem Pferdebestande des Bauergutsbesizers Radt und (als Stalma) unter dem Pferdebestande des Brauereibesizers Bänger zu Gnewickow, Kreis Ruppin;
die Maul- und Klauenseuche unter den Kindern der verwittweten Bauer Puadt und des Kossäthen Heinrich zu Schöneiche, Kreis Teltow.

Erloschen ist:

der Milzbrand in der Ortschaft Rauen, Kreis Weeslow-Storkow, und auf dem Gute Sputendorf, Kreis Teltow;

die Influenza unter den Pferden des Rittergutes Falkenberg, Kreis Niederbarnim, und unter dem Pferdebestande des Rittergutsbesizers Jacobs zu Gnewickow, Kreis Ruppin;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Gutes Gieselsdorf, Kreis Oberbarnim.

Wegen Verdachtes der Befastung mit der Rogkrankheit sind unter Beobachtung gestellt 2 Pferde des Kossäthen Wilhelm Haase zu Ahrensfelde, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 15. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat Juni 1890.

62. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19 Mark 86 Pf.
" " " do. (mittel)	19 " 21 "
" " " do. (gering)	18 " 81 "
" " " Roggen (gut)	16 " 16 "
" " " do. (mittel)	15 " 64 "
" " " do. (gering)	15 " 15 "
" " " Gerste (gut)	17 " 75 "
" " " do. (mittel)	16 " 63 "
" " " do. (gering)	14 " 04 "
" " " Hafer (gut)	18 " 02 "
" " " do. (mittel)	17 " 46 "
" " " do. (gering)	16 " 65 "
" " " Erbsen (gut)	19 " 60 "
" " " do. (mittel)	18 " — "
" " " do. (gering)	17 " 20 "
" " " Nichtstroh	6 " 20 "
" " " Heu	5 " 39 "

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag
für 50 kg

Hafer Stroh Heu
im Monat Juni 9,59 Mt., 3,41 Mt., 3,35 Mt.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	28 Mark 46 Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	30 " — "
" " " Linsen	40 " 48 "
" " " Kartoffeln	5 " 47 "
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 34 "
" 1 " " (Bauchfleisch)	1 " 13 "
" 1 " Schweinefleisch	1 " 38 "
" 1 " Kalbfleisch	1 " 33 "
" 1 " Hammelfleisch	1 " 34 "
" 1 " Speck (geräuchert)	1 " 60 "
" 1 " Eibutter	2 " 25 "
" 60 Stück Eier	3 " 05 "

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32 Mark 50 Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	35 " — "
" " " Linsen	45 " — "
" " " Kartoffeln	4 " 94 "
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 50 "
" 1 " " (Bauchfleisch)	1 " 20 "
" 1 " Schweinefleisch	1 " 50 "
" 1 " Kalbfleisch	1 " 35 "
" 1 " Hammelfleisch	1 " 30 "
" 1 " Speck (geräuchert)	1 " 60 "
" 1 " Eibutter	2 " 20 "
" 60 Stück Eier	3 " 20 "

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Juni 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	35 Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	32 " "
" 1 " Gerstengraupe	43 " "
" 1 " Gerstengröße	40 " "
" 1 " Buchweizengröße	45 " "
" 1 " Hirse	40 " "
" 1 " Reis (Java)	70 " "
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 75 " "
" 1 " " (gelb in gebr. Bohnen)	3 " 78 " "
" 1 " Speisesalz	20 " "
" 1 " Schweineeschmalz (hiefiges)	1 " 60 " "
2) In Charlottenburg:	
für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50 Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	40 " "
" 1 " Gerstengraupe	60 " "
" 1 " Gerstengröße	50 " "
" 1 " Buchweizengröße	50 " "
" 1 " Hirse	50 " "
" 1 " Reis (Java)	80 " "
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 " 80 " "
" 1 " " (gelb in gebr. Bohnen)	3 " 60 " "
" 1 " Speisesalz	20 " "
" 1 " Schweineeschmalz (hiefiges)	1 " 30 " "

Berlin, den 7. Juli 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.
Bekanntmachung.

63. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes
vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vor-
läufig festgestellt worden, daß:

- von dem Grundstücke der Fraederich'schen Erben
Band 3 N° 124 des Grundbuchs von Lichtenberg
eine Fläche von 3302 qm,
- von dem Grundstücke des Gutsbesizers Herrmann
Band 17 N° 579 desselben Grundbuchs eine
Fläche von 2445 qm,
- von dem Grundstücke des Gutsbesizers Karl
Loeper Band 1 N° 37 desselben Grundbuchs
eine Fläche von 4768 qm,
- von dem Grundstücke der Sonntag'schen Erben
Band 1 N° 4 des Grundbuchs von Vorpagen
drei Flächen von 3723 qm und 8628 qm und
1433 qm,
- von dem Grundstücke des Gärtners Carl Rudolf
Bouché Band 21 N° 1408 des Grundbuchs
von den Umgebungen (Berlins) zwei Flächen von
1560 qm und 44 qm,
- von dem Grundstücke desselben Eigentümers
Band 36 N° 2195 desselben Grundbuchs zwei
Flächen von 196 qm und 228 qm,
- von dem Grundstücke des Kunst- und Handels-
gärtners Johann Gottfried George Band 3
N° 172 desselben Grundbuchs eine Fläche von
44 qm,

- h. von dem Grundstücke der verwitweten Oberamtmann Anna Christiane Karoline Griebenow geb. Kleber Band 3 Nr. 1 des Grundbuchs von den Niederschönhausener Vorwerk-Parzellen zwei Flächen von 42 qm und 374 qm,
- i. von dem Grundstücke der Frau Dr. Agnes Amalie Ferdinandine Henriette Spieckermann, geb. Büttner, — ohne Grundbuchnummer — eine Fläche von 709 qm,
- k. von dem Grundstücke des Kaufmanns und Mit-eigenstümers Meyer Band 78 Nr. 3980 des Grundbuchs von den Umgebungen (Berlins) eine Fläche von 210 qm,
- l. von dem Grundstücke des Nathan Wolff und Sohn Band 5 Nr. 381 des Grundbuchs von Berlin eine Fläche von 199 qm,
- m. von dem Wittwenhaus des Kollegiums des Berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster Band 78 Nr. 3990 von den Umgebungen Berlins eine Fläche von 75 qm,
- n. von dem Grundstücke der Frau Seemann Band 5 Nr. 369 des Grundbuchs von Berlin eine Fläche von 171 qm,
- o. von dem Grundstücke der Wittve Louise Göze, geb. Wolff, und der Auguste Wolff Band 36 Nr. 2194 des Grundbuchs von den Umgebungen (Berlins) eine Fläche von 201 qm,
- p. von dem Grundstücke des Paul Eduard Leopold Engel Band 36 Nr. 2192 desselben Grundbuchs eine Fläche von 196 qm,
- q. von dem Grundstücke der verwitweten Gärtner Marie Bellig, geb. Köpisch, Band 36 Nr. 2193 desselben Grundbuchs eine Fläche von 114 qm,
- r. von dem Grundstücke des Gärtners Eduard Gottlieb Ludwig Mewes Band 36 Nr. 2196 desselben Grundbuchs eine Fläche von 66 qm,
- zusammen diejenigen Grundstücksflächen darstellen, hinsichtlich welcher der Stadtgemeinde Berlin zum Zwecke der Einlegung eines Druckrohrs des Radial-Systems XII. der allgemeinen Kanalisation von Berlin durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 17. September 1888 und 27. Januar 1889 das Enteignungsrecht verliehen worden ist.

Der vorläufig festgestellte Plan nebst Erläuterung vom 22. März d. J. wird gemäß § 18 fgl. a. a. O. vom 21. Juli bis 4. August 1890 einschließlich im Bureau des Herrn Gemeinde-Vorsehers zu Vorpagen-Nummelsburg während der täglichen Dienststunden zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan bezüglich der im Gemeindebezirk Vorpagen-Nummelsburg belegenen Grundstücke sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der höheren Anordnung zu Folge hierfür zuständigen Ersten Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin schriftlich einzureichen.

Berlin, den 10. Juli 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

15. Nach einer Mittheilung der Portugiesischen Postverwaltung dürfen Postpakete (colis postaux) nach Portugal bis auf Bittres auf dem Wege über Spanien nicht eingeführt werden. Derartige Sendungen werden daher einmessen nur zur Beförderung auf dem Seewege (ab Hamburg oder Bordeaux) angenommen. Berlin W., 7. Juli 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

66. Die im Kreise Niederbarnim gelegene Ortschaft Hennickendorf nebst Ziegelei, Mühle und Torfhaus wird vom 15. Juli 1890 ab von dem Landbestellbezirke des Kaiserlichen Postamts in Herzfelde abgezwiegt und dem Bezirke des Kaiserlichen Postamtes in Strausberg 2 (Bf.) zugetheilt.

Potsdam, den 8. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

67. In den Orten Döberow, Melln und Zapel werden am 16. d. M. mit den Ortspostanstalten verbundene Reichs-Telegraphenanstalten eröffnet werden.

Potsdam, den 12. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

68. In dem Orte Waplsdorf wird am 15. Juli eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, den 12. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

69. In Jplow, Reichenberg bei Baglow und Prigagenermühle werden am 16. d. M. mit den Ortspostanstalten vereinigte Reichs-Telegraphenanstalten in Wirksamkeit treten. Potsdam, den 12. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen

der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

16. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem Circulardirector Wenzel Drerler zu Altona, Schulterblatt 75, gehörige Schuldverschreibung der consolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885 lit. D. Nr. 701822 über 500 M. angeblich versehentlich verbrannt ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Rechtsanwälten H. A. Smith und Dr. M. Leo zu Hamburg, Große Theaterstraße 40 I., anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird. Berlin, den 8. Juli 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

31. Da auch für den nächsten Herbst und Winter eine bedeutende Steigerung des Güterverkehrs und somit eine außerordentliche Inanspruchnahme des Wagerparks trotz der eingetretenen erheblichen Vermehrung desselben zu erwarten ist, so empfiehlt es sich, daß die Empfänger größerer Mengen von Kohlen und sonstigen Kohleprodukten möglichst frühzeitig mit der Anfuhr dieser

Materialien beginnen und genügende Vorräthe für die Herbst- und Winterzeit ansammeln. Wir rechnen in dieser Hinsicht auf die wirksame Unterstützung aller Theilhaber in den verkehrstreibenden Kreisen, in deren eigenem Interesse es liegt, dahin zu wirken, daß von beschränkenden Maßregeln hinsichtlich der Wagengestellung und Bemessung der Ladefristen Abstand genommen werden kann. Berlin, den 4. Juli 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

44. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Ausfertigung der Bescheinigung hat ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	nach Schluß der Ausstellung.
				für	auf den Strecken der			
1	Vienawirtschaftliche Ausstellung,	Vienastadt,	27. bis 29. Juli,	Vien, sowie Österreichische u. Erzeugnisse der Viehzucht,	Preussischen Staatsbahnen,	Ausstellungs-Commission,	4 Wochen	
2	Ausstellung von Feuerlöschgeräthschaften und Feuerwehrtruffen,	Schönebeck,	30. August bis 1. September,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	desgl.	desgl.	14 Tage	
3	Allgemeine landwirtschaftliche Ausstellung,	Cureghem-Anderlecht les Bruxelles,	24. August bis 8. September,	landwirtschaftliche Erzeugnisse, Maschinen und Geräthe,	Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elsass-Lothringen,	desgl.	4 Wochen	

Bromberg, den 7. Juli 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

26. der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirks Grenzen.

Bezeichnung der

in Betracht kommenden Grundstücke.	seitherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.	künftigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.
1) Die von der königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter zu Berlin von dem Major von Werder zu Breslau erworbene 5,280 ha große Wiese am Bietow-See.	Gutsbezirk Schladorra	Gutsbezirk Amt Rheinsberg.
2) Die von dem Bauergutsbesitzer Carl Schley zu Buberow von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 0,0103 ha.	Fiskalische Dorfaue zu Buberow.	Gemeindebezirk Buberow.
3) Die von dem Lehnshuldengutsbesitzer Albert Julius Dittmann zu Buberow von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 0,0069 ha.	Desgleichen.	Desgleichen.

Neu-Ruppin, den 7. Juli 1890.

Der Kreis-Ausschuß.

**Bekanntmachungen anderer Behörden.
Polizei-Berordnung
betreffend das Meldewesen.**

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Ges. über die Polizei-Verwaltung vom 11. 3. 1850 (G.-S. S. 263) bezw. der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (G.-S. S. 232), sowie der Polizei-Berordnungen des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 16. 12. 76 — A.-Bl. S. 457 und vom 21. 6. 79 — A.-Bl. S. 276 — verordnet die Königl. Polizei-Direktion unter Zustimmung des Magistrats für den Polizei-Bezirk von Charlottenburg was folgt:

Meldungen in Bezug auf Wohnungs-Veränderungen innerhalb Charlottenburgs.

§ 1. Die nach § 3 der Polizei-Berordnung vom 16. 12. 76 (A.-Bl. S. 457) der Polizei-Direktion zu machende Meldung über den Wohnungswechsel innerhalb Charlottenburgs ist vom 1. Juli d. J. ab schriftlich einzureichen.

§ 2. Zu melden sind das Beziehen einer Wohnung und das Ausziehen aus einer Wohnung. Bezieht jemand eine Wohnung, ohne seine bisherige aufzugeben, so ist zwar nur das Beziehen der neuen Wohnung, jedoch mit der ausdrücklichen Angabe zu melden, daß die alte Wohnung nicht aufgegeben wird.

§ 3. Die Meldung muß geschehen, sowohl bei dem Bureau des Polizei-Reviers, in welchem die neu bezogene, als auch bei dem Bureau des Polizei-Reviers, in welchem die aufgegebenen Wohnung liegt.

§ 4. Jede Meldung muß innerhalb dreier Tage nach Eintritt der Wohnungsveränderung von dem Umziehenden erstattet werden. Dabei wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet.

§ 5. Zu der in dem § 2 vorgeschriebenen Meldung sind auch diejenigen, welche die betreffenden Personen als Mieter, Diensthoten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, innerhalb eines achtstägigen Zeitraumes nach dem Umzuge verpflichtet, sofern sie sich nicht durch Einsicht der bezgl. polizeilichen Bescheinigung von der bereits erfolgten Meldung Ueberzeugung verschafft haben.

§ 6. Die Meldung muß genau nach Maßgabe der Anlage-Muster unter vollständiger und deutlicher Ausfüllung sämtlicher Spalten derselben erstattet werden, und zwar bei Anmeldungen nach Muster I, bei Abmeldungen nach Muster II.

Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte gehört: bei Frauen die Angabe des Namens, welchen sie bei ihrer Geburt, und diejenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben, bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern bezw. der Mutter.

Der Familienstand in der zweiten Spalte wird durch die Angabe bezeichnet, ob jemand verheiratet, verwitwet oder ledig ist. In Spalte 7 ist bei den zur Klassensteuer veranlagten Personen die Klassensteuer-Nummer des laufenden Jahres einzutragen. Erfolgt

der Umzug eines Klassensteuerpflichtigen vor Aufstellung der Klassensteuer-Veranlagungsbenachrichtigung oder einer Klassensteuer-Quittung des laufenden Jahres, so ist statt der Klassensteuer-Nummer des laufenden Jahres diejenige aus dem Vorjahre unter Beifügung der Jahreszahl einzutragen.

Es sind deshalb die zur Klassensteuer veranlagten Personen verpflichtet, ihre Klassensteuer-Veranlagungsbenachrichtigung oder eine Klassensteuer-Quittung des Vorjahres so lange aufzubewahren, bis ihnen die Klassensteuer-Veranlagungsbenachrichtigung oder eine Klassensteuer-Quittung für das laufende Jahr zugegangen ist. Bei nicht besteuerten Personen ist in Spalte 7 D., bei Staats-Einkommensteuerpflichtigen E. einzutragen.

Bei Wohnungsveränderungen, welche von Familien vorgenommen werden, hat die Anmeldung des Ehemannes, der Ehefrau und der Kinder auf einem und demselben Blatte zu erfolgen; in die Abmeldung sind dagegen die Namen der Ehefrau und der Kinder nicht aufzunehmen, sondern nur das Familienhaupt (Ehemann, Wittwe) mit dem Zusatz „nebst Familie“. Abgesehen von diesem Falle ist es nicht gestattet, mehrere Personen auf einem und demselben Blatte zu melden.

Meldungen, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, gelten als nicht erstattet.

§ 7. Die Meldungen sind in 2 Exemplaren bei der Meldestelle (§ 3) einzureichen.

Der Meldende kann verlangen, daß ihm ein drittes Exemplar behufs des Nachweises der geschehenen Meldung abgestempelt zurückgegeben wird.

Meldungen in Bezug auf Reisende.

§ 8. Zu melden sind die Ankunft und Abreise von Reisenden. Personen, welche in einem Verwandtschafts- oder Schwägerchafts-Verhältnis zu demjenigen stehen, bei welchem sie abgestiegen sind, brauchen, sofern ihr Aufenthalt nicht über 3 Monate währt, nicht gemeldet zu werden.

§ 9. Die Meldung (§ 8) muß geschehen bei dem Bureau desjenigen Polizei-Reviers, in welchem der Reisende abgestiegen ist.

§ 10. Die An- und Abmeldung eines Reisenden muß innerhalb 24 Stunden nach der Ankunft bezw. der Abreise desselben, erfolgen. Gastwirthe und Vermiether von Fremdenstuben haben jedoch über Ankunft und Abreise von Reisenden zweimal an jedem Tage Meldung zu machen, in der Art, daß diejenigen Reisenden, welche zwischen 6 Uhr Morgens und 5 Uhr Nachmittags zu- oder abgereist sind, bis 6 Uhr desselben Tages, diejenigen Reisenden, welche zwischen 5 Uhr Nachmittags des einen und 6 Uhr Morgens des nächstfolgenden Tages zu- oder abgereist sind, bis 9 Uhr Morgens, des letzteren Tages zu melden sind.

§ 11. Zur Meldung ist derjenige verpflichtet, welcher dem Reisenden über Nacht, sei es entgeltlich oder unentgeltlich Obdach gewährt.

§ 12. Die Meldung der Ankunft erfolgt nach dem Muster III, die Meldung der Abreise nach dem Muster IV. Hinsichtlich der Benutzung der Muster

gellen die in § 6 enthaltenen Bestimmungen, jedoch bedarf es hier der Angabe des Familienstandes sowie des Steuerzeichens (sfr. Spalte 2 und 7 in Muster I. und II.) nicht.

Die Meldung mehrerer Reisenden kann auf dem nämlichen Blatte erfolgen.

§ 13. Jeder Gastwirth oder Vermiether von Fremdenzimmern ist verpflichtet, ein Fremdenbuch zu führen, in welches er gleich nach der Ankunft des Reisenden dessen Vor- und Zunamen, Stand oder Gewerbe, Wohnort, den Ort woher er gekommen ist und wohin er geht, sowie den Tag der Ankunft und Abreise einträgt. Das Fremdenbuch muß mit Blätter- oder Seiten-Zahlen versehen und polizeilich abgestempelt sein. Die Abstempelung erfolgt auf dem Bureau desselbigen Polizei-Reviers, in welchem der Gasthof bezw. die Fremdenwohnung belegen ist.

Die Fremdenbücher sind nach der Schließung noch ein Jahr lang aufzubewahren.

§ 14. Das Fremdenbuch muß den Beamten der Polizei auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt werden. Meldungen in Bezug auf Schiffer und solche Personen, welche sich auf Schiffsgesäßen und Flößen aufhalten.

§ 15. Die Führer von Schiffsgesäßen und Flößen,

welche innerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg anlegen, sind zur Anmeldung und, sobald sie die Anlagestelle verlassen, zur Abmeldung aller Personen verpflichtet, welche mit dem Fahrzeuge ankommen, bezw. mit demselben abfahren.

§ 16. Die Meldung muß bei der Königl. Polizei-Direktion geschehen.

§ 17. Die An- und Abmeldung ist sofort nach der Ankunft, bezw. unmittelbar vor der Abreise zu erstatten.

§ 18. Die Anmeldung erfolgt nach dem Muster V. die Abmeldung nach dem Muster VI. Hinsichtlich der Benutzung der Muster gelten die in § 6 enthaltenen Bestimmungen, jedoch bedarf es hier der Angabe des Familienstandes, sowie des Steuerzeichens (sfr. Spalte 2 und 7 Muster I. und II.) nicht.

§ 19. Außer den Personen, welche mit dem Schiffsgesäße oder Floße angekommen sind, oder mit demselben abreisen, darf Niemandem der Aufenthalt über Nacht dort gestattet werden.

§ 20. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldbuße bis zu 30 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

Charlottenburg, den 24. Juni 1890.

Königliche Polizei-Direktion. v. Salbern.

H.

Polizeiliche Anmeldung.

Am ten 18 sind nachstehend verzeichnete Personen:

von der Straße Nr.
dem Platz Nr.
nach der Straße Nr.
dem Platz Nr.

(Bem.: Hier ist das Datum einzurücken, an welchem der Umzug begonnen hat.)

(Bem.: Beim Umzuge nach außerhalb ist der zukünftige, beim Anzuge von außerhalb der aufgegeben Wohnort genau zu bezeichnen.)

Vor- und Zuname.	Familienstand.	Stand oder Gewerbe.	Geburts-			Geburtsort und Kreis.	Religion.	Steuer-No.	Angabe, ob die neu bezogene Wohnung im eigenen Hause liegt, ob sie vom Hauseigentümer gemiethet oder von einem Miether, und welchem, in Miethmiete genommen ist, oder ob sie in einer Schlafstelle besteht.
			Tag	Mon.	Jahr				

Charlottenburg, den 18
(Datum der Abgabe der Meldung an den betreffenden Beamten.)

(Name und Standesbezeichnung des zur Meldung Verpflichteten.)

Bemerkungen. Die Meldungen sind in zwei Exemplaren bei dem Polizei-Revier-Bureau einzureichen. Sie müssen innerhalb drei Tage nach dem Eintritt der Wohnungs-Veränderung erstattet werden, dabei wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet. Bei Wohnungs-Veränderungen, welche von Familien vorgenommen werden, hat die Anmeldung des Ehemannes, der Ehefrau und der Kinder auf einem und demselben Blatte zu erfolgen. Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte der Anmeldung gehört: Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben; bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern, beziehungsweise der Mutter. Der Familienstand Spalte 2 wird durch die Angabe bezeichnet, ob Jemand verheirathet, Wittwer (Wittve) oder ledig ist. In die Spalte 7 ist bei den zur Klassensteuer ver-

Weißes Papier.

anlagten Personen die Klassenfeuer-Nummer des laufenden Jahres einzutragen. Erfolgt der Umzug eines Klassenfeuerpflichtigen vor Zustellung der Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder einer Klassenfeuer-Quittung des laufenden Jahres, so ist statt der Klassenfeuer-Nummer des laufenden Jahres diejenige aus dem Vorjahre unter Beifügung der Jahreszahl einzutragen. Zu diesem Zwecke sind die zur Klassenfeuer veranlagten Personen verpflichtet, ihre Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder eine Klassenfeuer-Quittung des Vorjahres so lange aufzubewahren, bis ihnen die Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder eine Klassenfeuer-Quittung für das laufende Jahr zugegangen ist. Bei gar nicht besteuerten Personen in Spalte 7 O., bei Staatseinkommensteuerpflichtigen E. einzutragen. Bei Eintragung aus einem anderen Gemeindebezirke neu anziehender Personen bedarf es der Aufnahme eines Vermerks in Spalte 7 nicht. Die Eintragungen geschehen nach der Reihenfolge. Die Namen der im Hause mitwohnenden Ehefrau und Kinder folgen unmittelbar auf denjenigen des Ehemannes, bezw. des Vaters oder der Mutter.

II.

Grünes Papier.

Vollzeilliche Abmeldung.

Am 18 sind nachstehend verzeichnete Personen:

von { der Straße Nr.
 dem Platz Nr.
 nach { der Straße Nr.
 dem Platz Nr.

verzogen.

(Dem: Hier ist das Datum einzurücken, an welchem der Umzug begonnen hat.)

(Dem: Beim Umzuge nach außerhalb ist der zukünftige, beim Auszuge von außerhalb der aufgegebene Wohnort genau zu bezeichnen.)

Vor- und Name.	Familienstand.	Stand oder Gewerbe	Geburts-			Geburtsort und Kreis	Religion.	Steuer-No.	Angabe, ob die neu bezogene Wohnung im eigenen Hause liegt, ob sie vom Hauseigentümer gemietet oder von einem Miether, und welchem, in Mithierthe genommen ist, oder ob sie in einer Schlafstelle besteht.
			Tag	Mon.	Jahr				

Charlottenburg, den 18

(Datum der Abgabe der Meldung an den betreffenden Beamten.)

(Name und Standesbezeichnung des zur Meldung Verpflichteten.)

Bemerkungen. Die Meldungen sind in zwei Exemplaren bei dem Polizei-Revier-Bureau einzureichen. Sie müssen innerhalb drei Tagen nach Eintritt der Wohnungs-Veränderungen erstattet werden, dabei wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet. Bei Wohnungs-Veränderungen, welche von Familien vorgenommen werden, sind in die Abmeldung die Namen der Ehefrau und der Kinder nicht mit aufzunehmen, sondern nur das Familienhaupt mit dem Zusatz: „nebst Familie“. Zur Vollständigkeit der Namensbezeichnung in der ersten Spalte der Abmeldung gehört: Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben; bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern, beziehungsweise der Mutter. Der Familienstand Spalte 2 wird durch die Angabe bezeichnet, ob jemand verheiratet, Wittwer (Wittve) oder ledig ist. In die Spalte 7 ist bei den zur Klassenfeuer veranlagten Personen die Klassenfeuer-Nummer des laufenden Jahres einzutragen. Erfolgt der Umzug eines Klassenfeuerpflichtigen vor Zustellung der Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder einer Steuerklassen-Quittung des laufenden Jahres, so ist statt der Klassenfeuer-Nummer des laufenden Jahres diejenige aus dem Vorjahre unter Beifügung der Jahreszahl einzutragen. Zu diesem Zwecke sind die zur Klassenfeuer veranlagten Personen verpflichtet, ihre Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder eine Klassenfeuer-Quittung des Vorjahres so lange aufzubewahren, bis ihnen die Klassenfeuer-Berantlagungs-Benachrichtigung oder eine Klassenfeuer-Quittung für das laufende Jahr zugegangen ist. Bei gar nicht besteuerten Personen ist in Spalte 7 O., bei Staatseinkommensteuerpflichtigen E. einzutragen. Bei Eintragung der aus einem anderen Gemeindebezirke neu anziehenden Personen bedarf es der Aufnahme eines Vermerks in Spalte 7 nicht. Die Eintragungen geschehen nach der Reihenfolge. Die Namen der im Hause mitwohnenden Ehefrau und Kinder folgen unmittelbar auf denjenigen des Ehemannes bezw. des Vaters oder der Mutter.

III.

Weißes Papier.

Polizeiliche Anmeldung von Reisenden.

Am ten 18 sind nachstehend verzeichnete Reisende bei dem Unterzeichneten abgestiegen:

Vor- und Name.	Stand oder Gewerbe.	Geburts-			Genauere Bezeichnung des Wohnortes.	Genauere Bezeichnung des Orts, von woher der Reisende gekommen ist.
		Tag	Mon.	Jahr		

Charlottenburg, den 18 . . .
(Datum der Abgabe der Meldung an den betreffenden Beamten.) (Name und Standesbezeichnung des zur Meldung Verpflichteten.)
Bemerkungen. Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte der Anmeldung gehört:
Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben.
Bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern, beziehungsweise der Mutter.

IV.

Grünes Papier.

Polizeiliche Abmeldung von Reisenden.

Am ten 18 sind nachstehend verzeichnete Reisende abgereist:

Vor- und Name.	Stand oder Gewerbe.	Geburts-			Genauere Bezeichnung des Wohnortes.	Genauere Bezeichnung des Orts, nach wohin der Reisende abgereist ist.
		Tag	Mon.	Jahr		

Charlottenburg, den 18 . . .
(Datum der Abgabe der Meldung an den betreffenden Beamten.) (Name und Standesbezeichnung des zur Meldung Verpflichteten.)
Bemerkungen. Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte der Abmeldung gehört:
Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben.
Bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern beziehungsweise der Mutter.

V.

Weißes Papier.

Polizeiliche Anmeldung von Personen, welche zu Schiffsgesäßen und Flößen gehören:

Am ten 18 Vor- Nach- mittags Uhr sind nachstehend verzeichnete Personen mit dem Fahrzeuge des Schiffseigners bezeichnet mit dem Namen und der Nr. von kommend, vor dem Grundstücke in angekommen.

Vor- und Name.	Stand oder Gewerbe.	Geburts-			Wohnort.	Kreis	Bei Schiffsknechten Name und Wohnort des letzten Herrn.
		Tag	Mon.	Jahr			

Charlottenburg, den 18 . . .
(Datum der Abgabe der Meldung an den betreffenden Beamten.) (Name und Standesbezeichnung des zur Meldung Verpflichteten.)

Bemerkungen. Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte der Anmeldung gehört:

Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben.

Bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern beziehungsweise der Mutter.

VI.

Grünes Papier.

Polizeiliche Abmeldung von Personen, welche zu Schiffsgesäßen oder Flößen gehören:

Am ten 18 Vor- } mittags Uhr sind nachstehend verzeichnete Personen mit dem
Nach- }
Fahrzeuge des Schiffseigners bezeichnet mit dem Namen und der Nr. nach
von dem Grundstück wieder abgefahren.

Vor- und Zuname.	Stand oder Gewerbe.	Geburts-			Wohnort.	Kreis.	Bei Schiffsknechten Name und Wohnort des letzten Herrn.
		Tag	Mon.	Jahr			

Charlottenburg, den 18
(Datum der Abgabe der Meldung an den
betreffenden Beamten.)

(Name und Standesbezeichnung des zur
Meldung Verpflichteten)

Bemerkungen. Zur Vollständigkeit der Namenbezeichnung in der ersten Spalte der Abmeldung gehört:

Bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben.

Bei Minderjährigen die Angabe der Namen, sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern, beziehungsweise der Mutter.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarrim ist der königliche Forst-Assessor Graf Franz Korff, genannt Schmiesing-Kerßenbrock zu Oberförsterei Ephenid zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 5. Bezirks Ober-Schönweide ernannt worden.

Der Bürgermeister Stosberg aus Burgbach ist gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Neustadt a. D. getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Neustadt a. D. für die gesetzlich zwölfjährige Amtsdauer bestätigt und am 2. Juli d. J. in das Amt eingeführt worden.

Dem Förster Lauterbach ist vom 1. Juli d. J. ab die Verwaltung der Forstassen-Revantenstelle zu Gransee endgültig übertragen worden.

In Stelle des pensionirten Forstassen-Revanten, Rechnungs-raths Willud in Gransee ist dessen Amtsnachfolger, Forstassen-Revant Lauterbach zu Gransee vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs vom 1. August 1890 ab nebenamtlich mit der Besorgung der domänen- und fiskalischen Kirchen- u. Patronats-Geschäfte in den Ortschaften: a. vom ehemaligen Amt Zehdenick — Kreis Ruppın — Graß, Buberow, Neu-Übersdorf mit Fischerwall, Alt-Übersdorf mit Bentow, Neu-Lögow, Woltersdorf, b. vom ehemaligen Amt Alt-Ruppın — Kreis Ruppın — Schulzendorf, Könnebeck, Klosterheide, Keller, Strubecker, Seebek, Groß-Ruß, Glambek,

Linde mit Grundmühle, Bielig, Barzenborn, Dierberg, Hindenberg mit Grünhoff, Königsbühl, Lindow, Zechow und außerdem bezüglich der fiskalischen Gewässer: Gublack- und Bug-See bei Lindow, Bielig-See bei Bielig, Fließ zwischen Bielig- und Gublack-See beauftragt worden.

In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 6. November 1880 — Amtsblatt von 1880 Beilage zum 46. Stück — wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Domainenpächter Adolf Kortens bettel zu Zehdenick die Geschäfte seines Vorgängers in der Pachtung, Oberamtmanns Vessel — Nr 44 — übertragen worden sind.

Der bisherige Pfarrer zu Groß-Krausnigk, Diözese Sonnenwalde, Johann Max Adolf Schöne, ist zum dritten Diaconus an der St. Nicolai-Kirche zu Spandau, Diözese Spandau, bestellt worden.

Der bisherige Provinzialvikar Walter Stämmler ist zum Pfarrer der Pfarodie Milbenberg, Diözese Zehdenick, bestellt worden.

Der bisherige Provinzialvikar Gottlob Konrad Hermann Schlunk ist zum Pfarrer der Pfarodie Voigsenburg, Diözese Prenzlaui, bestellt worden.

Der bisherige Prediger zu Walb a. Rh. Gustav Robert Alexander Brufenhaus ist zum zweiten Prediger bei der Evangelischen St. Thoma-Kirchengemeinde in der Diözese Elna Stadt bestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Beran, Schuhmachergeselle,	geboren am 17. Juni 1859 zu Kruslow, Bezirk Strakonitz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln und Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt zu Bils- hofen,	11. Juni 1890.
2	Norbert Brunner, Schlosser,	geboren am 10. Januar 1861 zu Rejamsitz, ortsangehörig zu Belhartitz, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen,	desgleichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Freiburg,	17. Juni 1890.
3	Carlo Godi, Koch,	geboren am 3. Februar 1863 zu Turin, Italien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg i. E.,	18. Juni 1890.
4	Benzel Hauda, Bräulnrecht,	39 Jahre alt, geboren zu Wrbitschan, Bezirk Leitmeritz, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	29. Mai 1890.
5	Josef Jacob Holecek, Goldbramenarbeiter,	66 Jahre alt, geboren zu Neuhaus, Bezirk Budweis, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Betteln u. Landstreichen,	Großherzoglich Ba- discher Landes- kommissär zu Mannheim,	16. Juni 1890.
6	Mathias Karlischek, Raminkehrergehülfe,	geboren am 25. Novem- ber 1870 zu Wolfsegg, Bezirk Böcklabruck, Österreich, ortsange- hörig zu Diet, Bezirk Pilsen, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Landau a. Har,	9. Juni 1890.
7	Anton Karpf, Fabrikarbeiter,	geboren am 26. Novem- ber 1872 zu Wittis- lingen, Bezirk Dilling- en, Bayern, ortsan- gehörig zu Goffau, Kanton Zürich, Schweiz,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Stadtmagistrat zu Augsburg,	7. Juni 1890.
8	Johanna Papatsch, verwitwete Robert Winter, Zigeunerin,	etwa 50 Jahre alt, ge- boren zu Kłodzborf, Bezirk Neutitschein, Mähren,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	4. Juni 1890.
9	Dominik Moser, Erdarbeiter,	geboren im April 1869 in Faiba, Provinz Trient, Italien, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	19. Juni 1890.
10	Eugen Scarton, Erdarbeiter,	geboren am 9. Januar 1864 zu Beluno, Ita- lien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	desgleichen.
11	Johann Sterkela, Erdarbeiter,	geboren am 11. Mai 1857 zu Casotto, Provinz Trient, Ita- lien, ortsang. ebenda- selbst,	Landstreichen,	derselbe,	desgleichen.

1. Zur. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		4. Grund der Verurtheilung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
12	Patère Berdet (auch Berbert), Kommiss,	geboren am 4. April 1870 zu Paris, Frank- reich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg i. E.,	17. Juni 1890.
13	Johann Heinrich, Regenschirmmacher und Musiker,	41 Jahre alt, geboren zu Barstorf, Nieder- österreich, ortsangehö- rig zu Neu-Dietmans, Bezirk Waldhofen a d. Thaya, Niederöster- reich,	Landstreicherei und Betteln,	Stadtmagistrat zu Deggendorf,	24. Mai 1890.
14	Anna Heinrich, Ehefrau des Vorigen,	42 Jahre alt, geboren zu Dreihachen bei Eger, ortsangehörig zu Neu- Dietmans (s. Nr. 13),	Landstreicherei,	derselbe,	desgleichen.
15	Maria Heinrich, Tochter der Vorigen,	16 Jahre alt, geboren zu Kühberg, Oesterreich, ortsangehörig zu Neu- Dietmans (s. Nr. 13),	Betteln u. Landstreicherei,	derselbe,	desgleichen.
16	Karl Boldrich, Tagelöhner,	geboren am 29. April 1865 zu Stachau, Bezirk Schättelhofen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei u. Betteln,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommis- sär zu Freiburg,	17. Juni 1890.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 25. Juli

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 19.) **Nr 1903.** Verordnung zur Ergänzung der Verordnung vom 14. April 1888, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Kriegisleistungen. Vom 27. Juni 1890.

Nr 1904. Bekanntmachung, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Fünfhundertmarknoten des Leipziger Kassenvereins in Leipzig. Vom 4. Juli 1890.

(Stück 20.) **Nr 1905.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1890/91. Vom 5. Juli 1890.

Nr 1906. Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1890/91. Vom 5. Juli 1890.

Nr 1907. Gesetz, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1890/91. Vom 5. Juli 1890.

Nr 1908. Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsbeeres und der Post und Telegraphen. Vom 5. Juli 1890.

(Stück 21.) **Nr 1909.** Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Vom 31. Mai 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 31.) **Nr 9402.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen Herstellung einer Eisenbahn von Ilseburg nach Harzburg. Vom 18. Oktober 1889.

Nr 9403. Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Gesehmünde nach Cuxhaven. Vom 23/24. Januar 1890.

(Stück 32.) **Nr 9404.** Gesetz über Neuengüter. Vom 27. Juni 1890.

Nr 9405. Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen. Vom 27. Juni 1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1890.

Regierungs-Bezirk Potsdam.

20. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 25. Juli	Prenzlau	8 Uhr,
26. "	Angermünde	8 "
28. "	Kyritz	9 "
29. "	Wittstock	8 "
30. "	Prigwall	8 "
31. "	Perleberg	8 "
1. August	Lenzen a. Elbe	8 "

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenreiter und Klop-hengste, welche sich in den ersten zehn beziehungsweise acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeschriebenen Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu massiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 21. März 1890.

Kriegs-Ministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Communalbezirks-Veränderung.

145. Auf Antrag des Gärtners Otto Thiedemann zu Heinersdorf bei Schwedt hat der Bezirksauschuß zu Potsdam in der Sitzung vom 9. Mai 1890 nach

Anhörung des Kreistags des Kreises Angermünde und nach erteilter Einwilligung

- a. der städtischen Behörden zu Schwedt,
- b. der Königl. Hofkammer der Königl. Kammergüter zu Berlin, —
- c. des bezeichneten Grundeigentümers Gärtners Thiedemann,

I. die Abtrennung folgender zum Forstgutsbezirk Heinersdorf gehörigen, bisher das Förstergehöft Monplaisir bildenden Grundstücke und zwar der früher im Grundbuch von Schwedt (herrschaftlich) Band XI. Nr. 13, jetzt im Grundbuch von Schwedt Band XV. Nr. 15 verzeichneten, auf dem Blatte 7 der Gemarkungskarte von Heinersdorf Königl. Forst eingetragenen Trennstücke, nämlich:

a. Nr. 127

mit einem Flächeninhalt von 1 ar 00 qm,

b. Nr. 1208/128a.

mit einem Flächeninhalt von 7 ar 20 qm,

c. Nr. 1209/128a.

mit einem Flächeninhalt von 30 ar 60 qm,

d. Nr. 1352/129

mit einem Flächeninhalt von 12 ar 00 qm,

e. Nr. 1354/132

mit einem Flächeninhalt von 28 ar 10 qm,

aus dem Forstgutsbezirk Heinersdorf,

II. die Einverleibung eben derselben Grundstücke in den Gemeindebezirk der Stadt Schwedt beßlossen.

Potsdam, den 19. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefenchen.

146. Festgestellt ist:

der Rog bei einem Pferde des Fuhrherrn Schöneberg zu Rixdorf, Kreis Teltow;

die Maulseuche unter dem Rindvieh mehrerer Dorfbewohner von Dornswalde, Kreis Jüterbog-Luckenwalde;

die Maul- und Klauenseuche unter den Rühn des Gemeindevorsehers Giese zu Blankenburg, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 22. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Eröffnung der kleinen Jagd

12. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird als Tag der Eröffnung der diesjährigen Jagd auf Rebhühner und Wachteln Montag, der 18. August auf Gans, Auer-, Wild- und Fasanenhennen, sowie Faselwild Montag, der 18. September, festgesetzt. Potsdam, den 17. Juli 1890.

Der Bezirks-Ausschuß zu Potsdam.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

B e k a n n t m a c h u n g .

70. Am 1. August wird die Postagentur in Adlershof in ein Postamt III. umgewandelt.

Die Dienststunden dieses Postamts für den Verkehr mit dem Publikum sind festgesetzt: für die Werktage

von 7 (im Winterhalbjahre von 8) Uhr Vormittags bis 12 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags; für die Sonn- und gesetzlichen Feiertage von 7 (bz. 8) bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 6 Uhr Nachmittags; außerdem von 12 bis 1 Uhr Mittags für den Telegraphenbetrieb.

Außerhalb der vorbezeichneten Dienststunden werden Telegramme angenommen und befördert, auch solche am Apparat aufgenommen, sofern ein Beamter ohnehin in den Diensträumen anwesend ist.

Berlin C., den 14. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

71. Am 1. August werden das Dorf und Schloß Schönholz, sowie die Abbauten Graeben und Prigle von dem Landbestellbezirk der Postagentur in Rosenhöl bei Berlin abgezweigt. Von demselben Tage ab treten Dorf und Schloß Schönholz dem Ortsbestellbezirk des Postamts in Reinickendorf hinzu und bilden die Abbauten Graeben und Prigle den Landbestellbezirk bei dem Postamt in Reinickendorf.

Berlin C., den 15. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

72. Diesenigen Personen, welche noch in diesem Eratsjahre Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Spandau, Edenried, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Oranienburg, Grünau (Markt), Wannsee und Ludwigfelde wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis zum 1. August an das Postamt in dem betreffenden Orte zu richten. Spätere Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1891 berücksichtigt werden. Bei den bezeichneten Postämtern können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden. Potsdam, 14. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

15. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 11. Verlosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. November 1890 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. November d. J. fällig werdenden Zinsscheine Reihe XIII. Nr. 7 und 8 mit Zinsscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Eilgungskasse, Taubenstraße 29 hier selbst, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den

Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zweck können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Oktober d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. November 1890 ab bewirkt. Der Betrag der etwa fehlenden Zinsscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. November 1890 hört die Verzinsung der verloosten Kurmärkischen Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Kurmärkischen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den Kündigungssterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 2. Juli 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

16. Der Kaufmann H. Schlegel hierselbst, Ziegelftr. 18/19, hat im Auftrage des Kaufmanns Albert Schlegel in Altleben a. S. auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen

Staatsanleihe von 1880 Lit. D. Nr. 149382 über 500 M. angetragen, weil sich auf der Rückseite derselben ein Außerlursetzungsvermerk des Königlich Amtsgerichts in Altleben a. S. vom 18. Oktober 1881 befindet.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens

am 5. Februar 1891

urs anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem Antragsteller ein neues lursfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 19. Juli 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen

des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

6. Nachstehender Bundesrathsbeschuß vom 22. Mai d. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Für Branntwein, welcher behufs der Ausfuhr oder der steuerfreien Verwendung zu gewerblichen u. s. w. Zwecken zur Abfertigung gestellt wird, ist die Steuervergütung beziehungsweise die Abgabefreiheit nur dann zu gewähren, wenn der Branntwein keinen größeren Fuselölgehalt als 2 Gewichtsprozente der in ihm enthaltenen Menge reinen Alkohols besitzt.

Berlin, den 14. Juli 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

27. der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow im I. Halbjahr 1890 genehmigten Communal-Bezirks-Veränderungen.

Datum der Genehmigung.	Bezeichnung des				Bemerkungen.		
	Grundstücks	Besizers	jetzigen Gemeinde-Verbandes	künftigen	des Grundstücks:	Größe	
					ha	a	qm
28. April 1890.	Forst.	Kgl. Forstfiscus.	Gemeinde Ketschendorf.	Gutsbezirk Colpin.	—	6	98
dgl.	dgl.	dgl.	Gemeinde Rauen.	dgl.	—	8	61
dgl.	Erft.	Gutsbes. Vogel, Ketschendorf.	Gutsbezirk Colpin.	Gemeinde Rauen.	—	15	60
dgl.	Forst und Weg.	Stadtgemeinde Fürstenwalde.	dgl.	Forstgutsbez. Fürstenwalde.	4	22	67
dgl.	dgl.	Kgl. Forstfiscus.	Forstgutsbez. Fürstenwalde.	Gutsbezirk Colpin.	4	39	10

Beeskow, den 8. Juli 1890.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

28. Genehmigung.

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 genehmigen wir unter Zustimmung aller Theilnehmenden hiermit, daß die in der anliegenden Nachweisung bezeichneten, in der Groß-Schönebeck'schen Forst-Abfindungsache von der Königl. Liebenwalde'schen Forst an die Gemeinde Groß-Schönebeck abgetretenen, an der Grenze mit der Gemeinde Klandorf belegenden Hütungs-Abfindungsländereien mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 14 ha 18 ar 14 qm von dem Gemeinde-Verbande der Gemeinde Groß-Schönebeck abgezweigt und in den Gemeinde-Verband der Gemeinde Klandorf einverleibt werden.

Berlin, den 27. Juni 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

Nachweisung

derjenigen Planstücke, welche von dem Gemeinde-Verbande Groß-Schönebeck abgetrennt und dem Gemeinde-Verbande Klandorf einverleibt werden sollen, und deren Besitzer ihre Einwilligung zu dieser Bezirks-Änderung erteilen:

Artikel der Mutter- rolle	Grundbuch		Namen der Eigenthümer	N u m m e r		Flächen- Inhalt	
	Band	Blatt		des Karten- blatts	der Parzelle	Hec.	dec.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
379	X.	333	Polzepl, Friedrich, Kossäth	10	167/27	—	9500
381	X.	332	Trill, Ferdinand, Tischlermeister	10	169/27	—	9700
		dto.					
449	X.	327	Futh, Carl, Bädner	10	18 19 20	5	1052
		dto.					
450	II.	60	Seisfert, Carl, Bädner	10	186/130	1	6738
		Klandorf					
452	III.	90	Weber, Wilhelm, Bädner	10	250/21 251/22 252/22 253/21 254/21 255/22 256/22 257/21 258/21 259/22 260/22 261/22	5	4824
		dto.					

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Feuerkassengelder-Ausschreiben
für die Land-Feuer-Societät der Kurmark Brandenburg, des Markgrafthums Nieder-
lausitz und der Distrikte Jüterbog und Belzig für das I. Halbjahr 1890.

Für das I. Halbjahr 1890 sind von Societäts-Mitgliedern überhaupt aufzubringen:

a. Vergütungsgelder für Immobilial-Brandschäden inkl. Abschätzungskosten	500 464 M. 20 Pf.
b. desgl. " Mobiliar- " " " "	89 328 " 30 "
c. Spritzen-Prämien	5 877 " — "
d. Wasserwagen-Prämien	1 776 " — "
e. Pertinenzschaden-Vergütungen	4 027 " 93 "
f. Verwaltungskosten	52 325 " 55 "
g. Extraordinarien	8 206 " 82 "

Summa 662 005 M. 80 Pf.

Hievon kommen in Abzug:

a. das nach dem Ausschreiben pro II. Semester 1889 verbliebene Guthaben von	57 512 M. 44 Pf.
b. die Beiträge der Mobiliar-Versicherten pro I. Semester 1890	48 881 " 66 "
c. an Zinsen	7 578 " 80 "
d. " extraordinären Einnahmen	1 924 " — "
e. " zu erstattenden Vorschüssen	15 " — "

zusammen 115 911 " 90 "

so daß noch aufzubringen bleiben

546 093 M. 90 Pf.

Zur Deckung dieser Summe werden für Gebäude der I. Klasse 6 Pf., der II. Klasse 12 Pf., der III. Klasse 42 Pf., der IV. Klasse 72 Pf. für 100 M. Versicherung ausgeschrieben und sind demnach aufzubringen für Gebäude der

I. Klasse von 288 934 500 M. Versicherungskapital	173 360 M. 70 Pf.
II. " " 130 963 375 " " "	157 156 " 05 "
III. " " 69 747 800 " " "	292 940 " 76 "
IV. " " 278 550 " " "	2 005 " 56 "

Zusammen von 489 924 225 M. Versicherungskapital 625 463 M. 07 Pf.

also gegen obige Bedarfssumme von

546 093 " 90 "

mehr

79 369 M. 17 Pf.

welcher Betrag den Societätsgenossen bei Erlaß des Feuerkassengelder-Ausschreiben pro II. Semester 1890 zu

Gute gerechnet werden wird. Die Societätsmitglieder werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der Kreis-Feuer-Societäts-Direktionen, beziehungsweise Ortsheber ungesäumt zu entrichten. Berlin, den 15. Juli 1890.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des Oberförsters Rauffmann zu Ranke, dessen Amtszeit abgelaufen ist, der bisherige Stellvertreter, Gemeindevorsteher Springer zu Ruhlsdorf zum Amtsvorsteher, und an dessen Stelle der Lehngutsbesitzer Kalbe zu Ruhlsdorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den 43. Bezirk Ranke ernannt worden.

Der Gemeindevorsteher Karl Günther in Petersdorf ist zum Kreisverordneten für den Kreis Templin gewählt. Die Wahl ist bestätigt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Doyzenburg, Diözese Prenzlau I., Johann Wilhelm Krüger, ist zum Oberpfarrer zu Storkow, Diözese Storkow, bestellt worden.

Der bisherige Diakon zu Kenzen, Heinrich Moritz Wilhelm Franke, ist zum Pfarrer der Parodie Zauchwitz, Diözese Beelitz, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Friedrich Wilhelm Ferdinand Hausig ist zum Diakon bei der Evangelischen Gemeinde der St. Lukas-Parodie in Berlin, Diözese Friedrichswerder, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Karl Hermann Friedrich Dabitz ist zum Diakon bei der evangelischen Gemeinde zu Beelitz, Diözese Beelitz, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Karl Gustav Eduard Johannes Baldeus ist zum Pfarrer der Parodie Ringenwalde, Diözese Templin, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Viktor Friedrich Wilhelm Franz Liebich ist zum Pfarrer der Parodie Krausnick, Diözese Königs-Wusterhausen, bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Drenow, Diözese Kyritz, ist durch das Ableben des Pfarrers Erang am 16. Juni d. J. zur Erledigung gekommen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Nobel am Luisenstädtischen Realgymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Der bisherige Schulamts-Kandidat Albert Baerthel in Berlin ist als ordentlicher Lehrer an der zweiten höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Die Schulamtskandidaten Dr. Franz und Dr. Färber sind als ordentliche Lehrer an der Luisenstädtischen Ober-Realschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer Densit am Dortheenstädtischen Realgymnasium in Berlin ist als Oberlehrer an derselben Anstalt angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Reuter ist als ordentlicher Lehrer am Luisenstädtischen Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Müller ist als Gemeindefchul-Rektor in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Abloff, Heyn, Raun, Sangkohl, Blum, Hadbart, Kunze, Merien, Cumberow, Goltz, Aug. Krüger, Große, Hallwachs, Bartram, Schröder, Hentschel, Engler sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer an der ersten höheren Bürgerschule in Berlin Dr. Dubislaw ist als Oberlehrer an derselben Anstalt angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer am Königsstädtischen Realgymnasium in Berlin Dr. Kroll ist als Oberlehrer an der fünften höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Der bisherige Gemeindefchullehrer Hermann Riebe ist als Gemeindefschulrektor in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juni 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Kaufmann Hermann Rauff sen. in Berlin zum Handelsrichter, der Fabrikant Mundt in Berlin und der Fabrikbesitzer Kühne daselbst zu stellvertretenden Handelsrichtern in Berlin; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Koesler, Dr. Kanold und Schädel bei den Amtsgerichten zu Seelow bezw. Lippehne und Frankfurt a. Main.

Versetzt sind: die Staatsanwälte Dr. von Rheinbaben bei dem Oberlandesgericht in Breslau, Richard Müller in Posen, Hagen in Altona an das Landgericht I. in Berlin und Dr. Loose in Hagen Westf. an das Landgericht II. in Berlin; der Amtsrichter Dr. Rheinius in Halberstadt als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin.

Pensionirt sind: der Kammergerichtsrath, Geheimen Justizrath von Bergen, der Landgerichtsdirektor Lessing in Berlin.

Verstorben ist der Amtsrichter Kersandt in Landsberg a. W.

II. Assessoren.

Zum Gerichtsassessor ist ernannt: der Referendar Dr. von Alvensleben.

Entlassen sind: Dr. Behrens, Dr. Ranzki und Kessel zwecks Uebertritts in die Militärverwaltung; Dr. Piutti zwecks Uebertritts in die allgemeine Staatsverwaltung.

Verstorben ist: Hoburg.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Rödenbeck beim Kammergericht, der Rechtsanwalt Heinig beim Amtsgericht II. in Berlin.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Henry Richter aus Plön bei dem Amtsgericht in Dahme, die Gerichtsassessoren Wurm und Jarecki bei dem Landgericht I. in Berlin, der

Rechtsanwalt Mödenbeck aus Berlin bei dem Amtsgericht in Cöpenick, der Rechtsanwalt Heinig vom Amtsgericht II. in Berlin beim Kammergericht.

Verstorben ist der Rechtsanwalt Schroeder beim Kammergericht.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Lbb, Kohn, Stölzel, Goshmann, Alfred Mellien, Scherinaer, Unger, Rige, Hier, Spener, Hagen, Wunderlich, Schulze, Berger, Ulrich, Heyl.

Uebernommen ist: Gerstner aus dem Bezirke des Oberlandesgericht Naumburg.

Entlassen sind: Grättersen, Tapper, von Tschirscky und Bögendorf zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Klein zwecks Uebertritts in den Polizeidienst, Dreißer und Rinder auf ihren Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zum Rechnungsrevisor beim Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreiber Klein vom Amtsgericht I. in Berlin, zu Gerichtsschreibern die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Boldt und Neuendorff beim Kammergericht, die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Dittberner, Hegner, Stambke, Stodt, Kruppa, Dobraz, Sommer, Voigt, Wäsch und Steffen, der etatsmäßige Assistent Kayser, der Referendar Rothnagel, sämmtlich aus Berlin, und der Gerichtsvollzieher Kerken aus Freienwalde a. D. beim Amtsgericht I. in Berlin, der Referendar Krenn aus Berlin beim Landgericht I. in Berlin, die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Schulz aus Oranienburg bei dem Amtsgericht in Forst, Hübner aus Trebbin bei dem Amtsgericht in Zehdenick, Linkersdorf aus Cöpenick bei dem Amtsgericht in Guben, Rahgel aus Lübbenau bei dem Amtsgericht in Breskow, Schulz aus Dobrilugk bei dem Amtsgericht in Triebel, Granzow aus Neu-Ruppin bei dem Amtsgericht in Mittenwalde, Winneg aus Kyritz bei dem Amtsgericht in Cöpenick, Sackewitz aus Jüterbog bei dem Amtsgericht in Belgig, Deter aus Wusterhausen a. D. bei dem Amtsgericht in Gransee, Köbel aus Rauen bei dem Amtsgericht in Bräffow, Koch aus Straßburg N.-M. bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg, zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin der etatsmäßige Assistent Werner daselbst, zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: der Referendar Michaelis und der Aktuar Borgisly bei dem

Kammergericht, die Aktuare Labewald, Jülich, Freise, Dallwig, Griebenow und die Militär-anwärter Freytag, Heidemann, Koppow, Jettich, Kollin, Hahlweg, Domnick bei dem Amtsgericht I. in Berlin, die Aktuare Cossath bei dem Amtsgericht in Dobrilugk, Dreißig bei dem Amtsgericht in Jüterbog, Klein bei dem Amtsgericht in Kyritz, Preßel bei dem Amtsgericht in Lübbenau, Kellermann bei dem Amtsgericht in Rauen, Bollmuth bei dem Amtsgericht in Straßburg N.-M., Heydrich bei dem Amtsgericht in Trebbin, Neufke bei dem Amtsgericht in Rathenow, die Militär-anwärter Meining bei dem Amtsgericht in Cottbus, Seiffart bei dem Amtsgericht in Neu-Ruppin, Boed bei dem Amtsgericht in Oranienburg, Friedenstein bei dem Amtsgericht in Wusterhausen a. D., Sienang bei dem Amtsgericht in Ludau, Krause bei dem Amtsgericht in Fürstenberg a. D., Bassin bei dem Amtsgericht in Seelow, zum etatsmäßigen Assistenten bei der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I. in Berlin der Aktuar Kufse daselbst.

Verstet sind: die Gerichtsschreiber Kühn in Beeskow, Krakewitz in Triebel, Janowski in Mittenwalde, Präz in Cöpenick, Düring in Belgig, an das Amtsgericht I. in Berlin, Zitscher in Rauen an das Amtsgericht in Charlottenburg, Bode in Oberberg i. M. an das Amtsgericht in Brandenburg a. S., Beder in Gransee an das Amtsgericht in Brandenburg a. S., Krämer in Landsberg a. W. als Sekretär an die Staatsanwaltschaft in Guben, Galle bei dem Landgericht zu Landsberg a. W. an das Amtsgericht daselbst, Fischer beim Amtsgericht I. in Berlin an das Amtsgericht in Rauen, Grunow in Alt-Landsberg nach Oberberg i. M., Haupt in Bräffow an das Landgericht in Landsberg a. W. Die Sekretäre Engelmann von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin und Tiege von der Staatsanwaltschaft in Guben als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht I. in Berlin; die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Heuer in Ludau, Bernhagen in Fürstenberg a. D. und Hartmann in Seelow an das Amtsgericht I. in Berlin.

Pensionirt sind: der Gerichtsvollzieher Haberlandt in Guben, der Gefängniß-Inspektor Werner bei dem Amtsgericht in Landsberg a. W., die Kanzlisten Rüger und Sieber bei dem Landgericht in Landsberg a. W.

Verstorben sind: der Gerichtsschreiber und Nebendant Meier in Jülichau und der Gerichtsvollzieher Grünwald bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 11ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 2 Juli 1890 zur baaren Einlösung am 1. November 1890 gekündigten Kurmärktischen Schuldverschreibungen und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Kurmärktischen Schuldverschreibungen, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 1. August

1890.

Allerhöchstes Privilegium

vom 27. Juni d. J. zur Ausgabe auf jeden Inhaber lauternder
Anleihscheine der Stadt Berlin zum Betrage von 55 Millionen
Mark Reichswährung

Wir Wilhelm

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem der Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin im Einverständnisse mit der Stadtverordneten-Versammlung daselbst darauf angetragen hat, für die Fortführung der Kanalisation, für Vollenbung der Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke und Anlage einer neuen Wassergewinnungsstation, für die Fortsetzung des Baues von Markthallen, für Neu- und Erweiterungsbauten der städtischen Gasanstalten, sowie des Central-Biehmarktes und des Schlachthofes, für Erbauung von Brücken, für die Vollenbung des Baues des Dienstgebäudes für das königliche Polizei-Präsidium, für den Neubau eines Krankenhauses, eines Hospitals und einer Sicheenanstalt, für den Bau höherer Schulen, für die Anlage der Kaiser Wilhelmstraße, für die Errichtung einer zweiten Irren-Anstalt und einer Anstalt für Epileptische, für Straßenregulirungen aus Veranlassung der Errichtung der Stadtbahn, für Umgestaltung des Mühlendammes und Kanalisirung der Untersee, für den Ausbau der Dammwählengebäude, die Anlage eines Hafens am Urban, für Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn innerhalb des Berliner Reichbildes und für die verstärkte Tilgung des beim Reichs-Invalidentfonds aufgenommenen Darlehens eine Anleihe von 55 000 000 M., in Buchstaben: fünf und fünfzig Millionen Mark, aufzunehmen und zu diesem Ende auf jeden Inhaber lauternde, mit Zinsscheinen versehene Anleihscheine ausgehen zu dürfen, ertheilen wir in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 wegen Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsverbindlichkeit gegen jeden Inhaber enthalten, durch gegenwärtiges Privilegium zur Ausstellung von 55 000 000 M. Reichswährung Berliner Stadt-Anleihscheine nach beiliegendem Schema und nach Maßgabe der ebenfalls beigefügten Bedingungen, mit Vorbehalt der Rechte Dritter, Unsere landesherrliche Genehmigung, ohne jedoch dadurch den Inhabern der Anleihscheine in Ansehung ihrer Befriedigung eine Gewährleistung Seitens des Staates zu bewilligen.

Urkundlich: unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Inseel.

Gegeben im Schloß zu Kiel, den 27. Juni 1890.

(L. S.) gez. Wilhelm R.

gez. von Scholz. Herrfurth.

Litt. (Stadtwappen) N°
Anleihschein der Stadt Berlin

über

. M. Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privilegiums vom 27. Juni 1890 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom 1890
Stück)

Der Magistrat der Stadt Berlin beurkundet und bekant hiermit, daß der Inhaber dieses Anleihscheines den Betrag von M. Reichswährung, dessen Empfang hiermit bescheinigt wird, von der hiesigen Stadtgemeinde als ein Darlehn zu fordern hat.

Dieses Kapital bildet einen Theil der in Höhe von 55 000 000 M. Reichswährung aufgenommenen Anleihe.

Die Verzinsung dieses Kapitals erfolgt mit drei und einhalb vom Hundert und die Tilgung der Anleihe mit einem Prozent der Kapitalschuld unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen nach Maßgabe der Allerhöchst genehmigten, nachstehend abgedruckten Bedingungen.

Für die Sicherheit des Kapitals und der Zinsen haftet die Stadt Berlin mit ihrem gesammten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Berlin, den 1890.

(Stadtsiegel)

Magistrat

hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt.
(Unterschrift des Magistrats-Vorsitzenden und eines Magistratsmitgliedes unter Beifügung des Amtsstempels.)

Hierzu sind Zinsscheine N°

nebst Anweisung ausgereicht.

Kontrollbuch Seite

Kontrollbeamter.

Bedingungen

zu einer von der Stadtgemeinde Berlin aufzunehmenden Anleihe von 55 000 000 Mark Reichswährung.

Die Anleihe ist mit 3½ Prozent jährlich verzinslich, von Seiten des Gläubigers unkündbar und vom 1. April 1894 ab regelmäßig mit Einem vom Hundert des ursprünglichen nominellen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen nach einem von der Staatsbehörde genehmigten Amortisationsplane

mittels Verlosung oder Ankaufs der Anleihscheine zu tilgen.

Der Stadtgemeinde steht jederzeit das Recht zu, die ganze Anleihe oder einen beliebig großen Theil derselben aufzukündigen und zurückzuzahlen.

Die Ausfertigung der Anleihscheine erfolgt in Abschnitten von 100, 200, 500, 1000, 2000 und 5000 M. Reichswährung.

Die Zinsen werden mit jährlich drei einhalb vom Hundert am 1. April und 1. Oktober gegen Rückgabe der ausfertigten halbjährlichen Zinscheine durch die Stadthauptkasse in Berlin gezahlt.

Den Anleihscheinen werden Zinscheine für einen vierjährigen Zeitraum und eine Anweisung zur Erneuerung der Zinscheine beigegeben.

Die Ausfertigung neuer Zinscheine erfolgt bei der Stadthauptkasse zu Berlin gegen Ablieferung der den älteren Zinscheinen beigegebenen Anweisung.

Beim Verlust der Anweisung erfolgt die Aushändigung der neuen Zinscheine auf rechtzeitige Vorzeigung an den Inhaber des Anleihscheines. Die ausgelassen, sowie die gekündigten Anleihscheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Terms, in welchem die Rückzahlung erfolgen soll, wiederholt öffentlich bekannt gemacht. Alle Bekanntmachungen, welche die Anleihe betreffen, geschehen durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“ oder das an dessen Stelle tretende Organ, durch das „Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam“ oder das an dessen Stelle tretende Blatt und durch zwei Berliner Zeitungen. Die Namen der letzteren und etwaige Veränderungen werden im Reichsanzeiger bekannt gemacht.

Mit dem Tage, an welchem nach diesen Bekanntmachungen unter Einhaltung der gesetzlichen dreimonatlichen Kündigungsfrist das Kapital zurückzuzahlen ist, hört die Verzinsung desselben auf.

Gegen Auszahlung des Kapitals sind mit den Stadtanleihscheinen auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern; für die fehlenden Zinscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen.

Der Kapitalbetrag der ausgelassenen Stadtanleihscheine verfällt zu Gunsten der Stadt, wenn die Einlösung nicht binnen dreißig Jahren nach dem Fälligkeitstermine erfolgt.

Die Zinscheine verfahren mit Ablauf vierten Kalenderjahres nach dem Jahre ihrer Fälligkeit. Dieselben können weder aufgebieten, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll für den Fall, daß der Verlust der Zinscheine vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist beim Magistrat angemeldet und der statgehabte Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung der Anleihscheine oder sonst in glaubhafter Weise dargethan wird, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine gegen Quittung ausbezahlt werden.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verloren: oder vernichteter Anleihscheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (Reichsgesetzblatt p. 83) beziehungsweise nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civil-Prozeßordnung vom 24. März 1879 (Gesetz-Sammlung Seite 281).

Für die Sicherheit der Anleihscheine, wie für die pünktliche und unverzügliche Zahlung der Zinsen haftet die Stadtgemeinde mit ihrem ganzen gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen und ihrer ganzen Steuerkraft.

Berlin, den 1890.

Magistrat

hieriger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Berliner Stadt-Anleihe von 1890.

Reihe . . . Zinschein Nr. . . .

über . . . M. . . Pf., Nr. . . .

(Trockener Stempel.)

Stadtwappen

zum

Anleihschein der Stadt Berlin,

Litt. . . Nr. . . über . . . M. Reichswährung.

Inhaber empfängt am . . . ten . . . 18 . . an halbjährlichen Zinsen aus der Stadt-Hauptkasse zu Berlin . . . M. . . Pf. Reichswährung.

Berlin, den . . . ten . . . 18 . .

Magistrat

hieriger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

(Unterschrift des Magistratsvorsitzenden und eines Magistratsmitgliedes.)

(Stadtwappen.)

Kontrollbeamter.

Verfährt nach dem Gesetze vom 31. März 1838 am

Ungültig, wenn die Vorderseite durchkreuzt ist.

Ungültig, wenn eine Ecke abgetrennt oder der Zinschein durchlocht ist.

A n w e i s u n g

zum

Anleihschein der Stadt Berlin

Litt. . . Nr. . . über . . . M. Reichswährung

Inhaber empfängt gegen diese Anweisung die . . . te Reihe Zinscheine für die vier Jahre vom . . . bis . . . bei der Stadthauptkasse zu Berlin, sofern von dem Inhaber des Anleihscheines nicht rechtzeitig Widerspruch erhoben worden ist.

Berlin, den . . . ten . . . 18 . .

Magistrat

hieriger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

(Unterschrift des Magistratsvorsitzenden und eines Magistratsmitgliedes.)

(Stadtwappen.)

Kontrollbeamter.

Anmerkung zu den Schemas für die Zinscheine und Anweisungen:

Die Namensunterschriften des Magistratsvorsitzenden und des zweiten Magistratsmitgliedes können mit Lettern oder Facsimilestücken gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein oder jede Anweisung mit der Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

21. Tarif.
nach welchem das Bohlwerk-, das Ein- und Auslade-, sowie das Stätttegeld für die Benutzung der von dem Wäghelfer Schumacher zu Doerberg i. M. am Finow-Kanal errichteten Ablage bis auf Weiteres zu erheben ist.

I. Bohlwerksgeld.

§ 1. Für jedes an der vorbezeichneten Ablage anliegende Fahrzeug ist ein Bohlwerksgeld zu entrichten. Dasselbe beträgt sowohl für Dampfer als für jedes andere Fahrzeug 0,50 M.

Bothhalten bleibt, für Dampfer, welche einem regelmäßigen Personen- und Güterverkehr dienen, durch freiwillige Vereinbarung zwischen den Beteiligten einen Jahresbeitrag festzusetzen.

§ 2. Liegt das Fahrzeug länger als 3 Tage an der Ablage, so sind für jeden weiteren, auch nur angefangenen Zeitraum von 3 Tagen 0,50 M. zu zahlen.

II. Ein- und Ausladegeld.

§ 3. Für das Ein- und Ausladen von Gegenständen ist eine Abgabe nach Maßgabe der vermessenen Tragfähigkeit des Fahrzeugs zu entrichten und zwar:

- a. wenn die Ladung in Bühnenbusch, Rohr, Heu und Stroh besteht,

für ein Fahrzeug bis zu 25 Tonnen	1,00 M.
von über 25 bis zu 50 Tonnen	2,00
von über 50 Tonnen	3,00
- b. wenn die Ladung in anderen als den unter a. bezeichneten Gegenständen besteht,

für ein Fahrzeug bis zu 25 Tonnen	0,75 M.
von über 25 bis zu 50 Tonnen	1,50
von über 50 Tonnen	2,00

III. Stätttegeld.

§ 4. Für Schiffsfrachtgut und Floßholz beträgt die Abgabe bei einer Lagerung von über 24 Stunden:

- 1) für jedes Stück Bauholz:
 - a. sofern es nicht länger als 48 Stunden lagert 0,10 M.
 - b. bei längerer Lagerung für jede Woche 0,20
- 2) für ein Schoß (60 Stück) Bretter oder Bohlen für jede Woche 0,20
- 3) für ein Schoß (60 Stück) Latten und Stangen für jede Woche 0,15
- 4) für je Tausend Mauersteine für jede Woche 0,15
- 5) „ „ „ Dachsteine „ „ „ 0,10

6) für alle vorstehend nicht genannten Gegenstände für jedes Quadratmeter der Lagerfläche und für jede Woche 0,05 M.
Die Lagerung von Bauholz darf auf dem Stättteplatz nur nach Anweisung des Besitzers des Platzes bzw. seines Stellvertreters stattfinden.

§ 5.

- a. Bruchtheile der Erhebungseinheit oder der für die Abgabenerrechnung maßgebenden Zeitabschnitte werden voll gerechnet.
- b. Der Tag der Lagerung der Güter gelangt zur Anrechnung, nicht aber der Tag der Entnahme derselben.
- c. Das Stätttegeld ist vor der Abfahrt der Güter zu entrichten.
- d. Wer die Ablage länger als 2 Wochen benutzen will, bedarf dazu der besonderen Erlaubnis des Besitzers.

IV. Befreiungen.

- 1) Befreit von den Abgaben zu I. und II. sind: Fahrzeuge, welche königliches, Staats- oder Reichs-Eigenthum sind, und Fahrzeuge, welche lediglich für königliche, Staats- oder Reichs-Rechnung Gegenstände befördern.
- 2) Befreit von der Abgabe zu III. sind: Gegenstände, welche königliches, Staats- oder Reichs-Eigenthum sind, und Gegenstände, welche lediglich für königliche, Staats- oder Reichs-Rechnung lagern.

Berlin, den 8. Juli 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage: A. Biehe.

Der Finanzminister.

Im Auftrage: Schomer.

Tarif.

III. 12233 M. d. b. A.

III. 8974 Fin.-Min.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidenten von Berlin.

Bekanntmachung.

19. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 in Verbindung mit § 107 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 und § 43 Abs. 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für das laufende Jahr der Beginn der Jagd auf Rebhühner im Stadtkreise Berlin auf

Montag, den 18. August,

festgesetzt. Die Jagdzeit dauert bis Sonntag, den 14. Dezember, einschließlich.

Potsdam, den 24. Juli 1890.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung v. Brandenstein.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Ordnungsbekanntmachung.

147. Der Rittergutsbesitzer Sommer auf Schwante, Kreis Osthavelland, hat in der Gegend des im Jagen 16

der Schwanter Gutsforst abgebrochenen alten Forsthauses
westlich des Beges von Schwante nach Hohenbruch und
nördlich des Beges von Cremmen nach Daaden-
Germendorf eine Ansiedelung von fünf Wohngehöften
begründet, welche von ihm selbst, seinen Hausbeamten
und vier Arbeiterfamilien bewohnt werden.

Dieser zum Amtsbezirk Schwante gehörigen,

6 km O von Cremmen, 4 km W von Germendorf,
3 km NO von Schwante und 7 km S von Hohen-
bruch begründeten Ansiedelung ist der Name
Commerzwalde

beigelegt worden.

Potsdam, den 28 Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

148. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Baum- garten- brück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.	Plauer Brücke.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.			Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.			Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		
1	32,35	30,64	2,18	0,52	0,95	0,49	1,94	1,08	1,36	1,04	1,80	1,60
2	32,35	30,66	2,20	0,54	0,94	0,48	1,98	1,08	1,32	0,90	1,78	1,58
3	32,35	30,64	2,16	0,52	0,94	0,48	1,94	1,08	1,32	0,88	1,74	1,56
4	32,36	30,66	2,14	0,52	0,93	0,48	1,96	1,08	1,32	0,84	1,70	1,54
5	32,36	30,64	2,12	0,50	0,93	0,48	1,98	1,06	1,32	0,82	1,68	1,54
6	32,35	30,66	2,10	0,50	0,93	0,48	1,98	1,08	1,32	0,82	1,68	1,54
7	32,35	30,66	2,10	0,50	0,93	0,48	1,98	1,06	1,32	0,82	1,70	1,54
8	32,32	30,66	2,10	0,54	0,97	0,48	1,90	1,06	1,32	0,80	1,74	1,54
9	32,32	30,66	2,12	0,54	0,96	0,47	1,92	1,04	1,32	0,78	1,70	1,52
10	32,36	30,66	2,12	0,52	0,95	0,47	1,98	1,06	1,32	0,78	1,66	1,52
11	32,36	30,66	2,12	0,56	0,93	0,47	1,98	0,98	1,32	0,78	1,62	1,52
12	32,36	30,66	2,12	0,52	0,94	0,47	1,98	0,98	1,32	0,74	1,60	1,54
13	32,35	30,68	2,10	0,54	0,95	0,48	1,98	1,06	1,32	0,74	1,60	1,56
14	32,35	30,66	2,10	0,54	0,96	0,48	1,98	1,08	1,32	0,72	1,60	1,58
15	32,38	30,68	2,10	0,54	0,96	0,49	1,96	1,08	1,32	0,76	1,60	1,60
16	32,38	30,72	2,14	0,56	0,96	0,50	1,96	1,10	1,32	0,78	1,60	1,60
17	32,38	30,66	2,12	0,56	0,96	0,50	1,96	1,12	1,32	0,80	1,60	1,62
18	32,36	30,66	2,12	0,62	0,97	0,51	1,94	1,12	1,32	0,80	1,66	1,62
19	32,42	30,66	2,12	0,58	0,98	0,52	1,98	1,12	1,32	0,80	1,68	1,62
20	32,44	30,66	2,14	0,60	0,99	0,53	1,98	1,14	1,32	0,84	1,70	1,64
21	32,45	30,66	2,16	0,58	0,99	0,54	1,98	1,16	1,32	0,88	1,78	1,66
22	32,48	30,66	2,18	0,54	0,99	0,54	2,00	1,16	1,32	0,90	1,88	1,66
23	32,48	30,67	2,20	0,60	0,98	0,55	2,02	1,16	1,32	0,92	1,96	1,66
24	32,48	30,66	2,22	0,58	0,99	0,55	2,00	1,16	1,32	0,92	2,00	1,66
25	32,50	30,68	2,22	0,62	1,00	0,55	2,00	1,18	1,32	0,92	2,04	1,66
26	32,50	30,70	2,22	0,62	1,01	0,56	2,02	1,18	1,32	0,94	2,06	1,66
27	32,50	30,70	2,22	0,66	1,03	0,56	2,02	1,18	1,32	0,94	2,10	1,66
28	32,48	30,70	2,24	0,66	1,04	0,57	2,04	1,18	1,32	0,92	2,12	1,66
29	32,50	30,70	2,24	0,64	1,04	0,57	2,04	1,16	1,32	0,92	2,08	1,66
30	32,49	30,70	2,26	0,64	1,04	0,58	2,04	1,16	1,32	0,92	2,04	1,64

Potsdam, den 24. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Ergänzung der Verordnung über den Betrieb der
Personendampfschiffahrt vom 31. März 1884 (Amtsblatt 1884
S. 128), sowie der Verordnung über das Befahren der Wasser-
straßen mit Frachtdampfschiffen und Dampfschleppzügen vom
31. März 1885 (Amtsblatt 1885 S. 177).

149. Auf Grund der §§ 138 und 139 des Landes-
verwaltungs-gesetzes vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.)
verordne ich unter Zustimmung des Bezirksaus-schusses
hiersebst, was folgt:

I. Der § 10 der Polizei-Verordnung, betreffend
den Betrieb der Personendampfschiffahrt vom 31. März
1884 (Amtsblatt 1884 S. 128) erhält folgende Fassung:

A. Mit der Schiffsfahle ist zu lauten:

- bei der Abfahrt,
- bei der Annäherung an Brücken, Schleusen,
Fährankerten und Anlegeplätze,
- bei der Annäherung an Fahrzeuge und Fische
im Fahrwasser,
- mindestens von 5 zu 5 Minuten in der
Dunkelheit und bei nebligem Wetter.

B. Mit der Dampfpfeife sind Zeichen zu geben bei
Annäherung an die Fähr zu Sacrow mindestens
600 m vor derselben in 3 lang gezogenen Tönen
mit kurzen Zwischenräumen. Auch ist bei dem

Vorüberfahren an dieser Fährstelle die Geschwindigkeit auf dasjenige Maß herabzumindern, bei welchem die Steuerfähigkeit des Fahrzeugs noch erhalten bleibt.

Das Signalgeben mittelst der Dampfpfeife in geringerer Entfernung als 400 m von Eisenbahnen ist untersagt.

II. Der Polizei-Verordnung, betreffend das Befahren der Wasserstraßen mit Frachtdampfbooten und mit Dampfschleppzügen vom 31. März 1885 (Amtsblatt 1885 S. 177) wird hinter § 8 folgender § 8a. hinzugefügt:

Bei Annäherung an die Fährankast zu Sacrow haben Schlep- und Frachtdampfboote mindestens 600 m vor derselben mit der Dampfpfeife drei lang gezogene Töne mit kurzen Zwischenräumen zu geben. Auch ist bei dem Vorüberfahren an dieser Fährstelle die Geschwindigkeit auf dasjenige Maß herabzumindern, bei welchem die Steuerfähigkeit des Fahrzeugs noch erhalten bleibt.

Potsdam, den 4. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Grais.

Polizei-Verordnung,

betreffend Abänderung der Verordnung über den Personentransport auf Böden und Gondeln innerhalb der Havelstrecke vom Dorfe Gladow bis zum Dorfe Tegel vom 4. März 1876 (Amtsblatt 1876 S. 97).

150. Auf Grund der §§ 138 und 139 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (Ges. S. S. 195 ff.) verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses hierselbst was folgt:

Die in der Polizei-Verordnung vom 4. März 1876 betreffend den Personentransport auf Böden und Gondeln innerhalb der Havelstrecke vom Dorfe Gladow bis zum Dorfe Tegel (Amtsbl. S. 97) im § 3 Nr. 6 enthaltene Bestimmung, wonach das Havelufer bei Saatwinkel als öffentlicher Stand- und Landungsplatz für Gondeln und Böde benutzt werden darf, wird aufgehoben. Potsdam, den 5. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung: Frhr. v. Riehtsosen.

Communalbezirksveränderung betreffend.

151. Auf Antrag des Magistrats zu Liebenwalde hat der Bezirks-Ausschuss zu Potsdam in seiner Sitzung am 26. Juni 1890 nach Anhörung des Kreisraths und nach ertheilter Einwilligung der Königl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten hierselbst und der Eigenthümer der in Betracht kommenden Grundstücke

I. die Abtrennung der zum domainenfiscalischen Gutsbezirke Hammer gehörenden, im Grundbuche der Stadt Liebenwalde verzeichneten Trennstücke:

a. Band IX. Blatt 369 Kartenblatt 5 Nr. 138 in der Grundsteuer Mutterrolle des Gutsbezirks Liebenwalde III. unter Artikel 7 eingetragen, mit einem Flächeninhalte von 12 ar 30 qm dem Königl. Preussischen Fiskus (Steuerverwaltung) gehörig und

b. Band X. Blatt 420 Kartenblatt 5 Nr. 137, in vorbezeichneter Grundsteuer Mutterrolle unter Artikel 9 eingetragen, mit einem Flächeninhalte von 18 ar 40 qm, der Wittwe Henriette Altmann, geborene Schöning, zu Liebenwalde gehörig,

aus dem domainenfiscalischen Gutsbezirke Hammer und

II. die Einverleibung ebenderselben Trennstücke in dem Gemeindebezirke Liebenwalde beschloßen, was hiermit gemäß § 2 Absatz 9 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 24. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

152. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei mehreren Schweinen und bei 15 Lämmern auf dem Rittergute Laaske, Kreis Ostprignitz;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Landwirths Jürgen zu Neu-Weissensee, unter dem Rindvieh des Rossäthen Schulze zu Dalldorf, Kreis Niederbarnim. und unter den auf Vorwerk Berlowshof befindlichen Schafen des Rittergutspächters A. Stölze zu Dechow, Kreis Osthavelland. Die Feldmark von Berlowshof ist gegen das Durchtreiben von Wiederkäuern und Schweinen gesperrt worden;

der Bläschenauschlag bei dem Gemeindevieh in Sechzehnichen und je einer Kuh der Kolonisten Hoffmann, Granzow, Pärde und Koch zu Sechzehnichen, Kreis Ostprignitz.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehstande des Bauergutsbesizers August Reich zu Linum, Kreis Osthavelland, und unter dem Rindviehstande des Rittergutspächters Ritter zu Krahne, Kreis Zauch-Balzig;

die Räude bei den beiden Pferden des Adersbürgers Rosin zu Neu-Lutterow, Kreis Ostprignitz. Potsdam, den 29. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit den Fidji-Inseln.

16. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewicht bis zu 3 kg nach den Fidji-Inseln versandt werden. Die Pakete müssen frankirt werden. Ueber die Taxen und Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 18. Juli 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Berlin.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

73. Bei der Ober-Postdirection lagern folgende an den angegebenen Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin,

mit dem Bestimmungsort Berlin:

an Paul Schmidt 17. Februar 1890, an Paul Schmidt 19. Februar 1890, an Anna Wolf 27. Februar 1890, an Gertrud Maul 4. März 1890, an Bertha Naas 3. März 1890, an Habbenbruch 4. März 1890, an Behrendt 10. März 1890, an Rose 14. März 1890, an Berg 14. März 1890, an Lowsky & Red 14. März 1890, an Fürst von Bismarck 17. März 1890, an Clara Beende 18. März 1890, an Flügel 21. März 1890, an J. Lindemann 22. März 1890, an Müller 25. März 1890, an Herm. Kuhl 28. März 1890, an Frau Emma Schoppe 31. März 1890, an G. Hankimig 1. April 1890, an Hans Kautenberg 1. April 1890, an Paul Schneider 1. April 1890, an E. Singer 3. April 1890, an Fürst zu Putbus 5. April 1890, an Heiser & Co. 9. April 1890, an Ihre Kgl. Hoheit Prinz. Victoria von Preußen 11. April 1890, an Frau Rief 22. April 1890, an Neumann 27. April 1890, an Redlig 28. April 1890, an F. I. Estario 29. April 1890, an Frau Schalm 2. Mai 1890, an Dr. de Graf 7. Mai 1890, an Hönink 14. Mai 1890, an Reut 17. Mai 1890.

B. Aufgeliefert in Berlin,

mit anderen Bestimmungsorten:

an Georg Scherz, Lissabon, 3. Oktober 1889, an Rübiger, Chicago, 23. Oktober 1889, an Reverenz Franz, Portland Oregon, 10. Dezember 1889, an Neumann, Warschau, 18. Dezember 1889, an Therese Meyerhof, San Francisco, 29. Dezember 1889, an Jul. Girad (Givat), New-York, 7. Januar 1890, an Conciara, Pernambuco, 29. Januar 1890, an Kotos, Wien, 8. Februar 1890, an Wlth. Krause, Charlottenburg, 24. Februar 1890, an Frl. J. Schmidt, Straßburg Elß., 25. Februar 1890, an E. Gebriede, Neichenberg (Schlef.), 24. Februar 1890, an E. Delfs, Königsberg (Pr.), 27. Februar 1890, an W. Raetke, Bromberg, 3. März 1890, an Georges Appert, Warschau, 8. März 1890, an P. Gafner, Königsberg (Pr.), 12. März 1890, an Erner, Leipzig, 14. März 1890, an Bwe. Huwe, Schönfeld bei Deyersdorf, 22. März 1890, an Herrn Hauptmann, A. tl.-Regt. 6, Schweidnitz, 24. März 1890, an Tiemann, Braunschweig, 24. März 1890, an H. Schickert, Spandau, 24. März 1890, an A. Hajchke, Hüttenwalde, 26. März 1890, an Dr. Jacoby, Göttau, 29. März 1890, an Frau Judel, Potsdam, 3. April 1890, an Bargmann, Hamburg, 13. April 1890, an Laß, Braila, 15. April 1890, an Dr. Marquardt, Friedenau, 16. April 1890, an Kollschini, Eignitz, 21. April 1890, an G. Elke, Jachst bei Artern, 22. April 1890, an Tralandt, Rheinsberg, 22. April 1890, an Kliskowsky, Stettin, 23. April 1890, an Caise de Reconnerement, Paris, 24. April 1890, an Gieselmann, Giffhorn, 29. April 1890, an E. S. C., Breslau, 30. April 1890, an Königsdorf, Braunschweig, 1. Mai 1890, an Frl. Müller, Saal-

feld bei Magdeburg, 2. Mai 1890, an R. Kertel, Erfner, 2. Mai 1890, an Knorr, St. Petersburg, 5. Mai 1890, an Wabelsberg, Warschau, 14. Mai 1890, an Peters, Jordensdorf, 16. Mai 1890, an Geyer, Mariaschein bei Leipzig, 17. Mai 1890, an Gropp, Braunschweig, 28. Mai 1890.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen, — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet, — bei der hiesigen Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden, widrigenfalls mit den Sendungen nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden wird.

Berlin C., 21. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Unanbringliche Postanweisungen.

74. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgeliessene, unanbringliche Postanweisungen: an Helbing in Hamburg über 181 M. 70 Pf., 20. Dezember 1889, an Meyer in Mülhausen Elß. über 4 M., 21. Dezember 1889, an Vereinszeitung in Berlin über 5 M., 28. Dezember 1889, an Graetz in Berlin über 10 M. 5 Pf., 3. Januar 1890, an E. Müller in Braunschweig über 4 M. 20 Pf., 9. Januar 1890, an Robinski in Lindenberg über 1 M. 90 Pf., 24. Januar 1890, an Gafner in Königsberg (Preußen) über 20 Pf., 13. Februar 1890, an Marquardt in Berlin über 11 M. 52 Pf., 17. Februar 1890, an Emilie Schmidt in Berlin über 15 M., 28. Februar 1890, an Vereinsbureau Berliner Ärzte über 3 M., 7. März 1890, an Frau Hancz in Berlin über 5 M., 11. März 1890, an Graubner in Berlin über 3 M., 18. März 1890, an Freude in Berlin über 20 M., 25. März 1890, an Sonnleithner in Wien über 10 M., 30. März 1890, an Elsner in Berlin über 11 Pf., 3. April 1890, an Elsner in Berlin über 11 Pf., 3. April 1890, an Disfrankenasse in Jeddedia über 3 M., 3. April 1890, an Frau Erff in Berlin über 20 M., 12. April 1890, an Jäger in Hirschberg Schl. über 50 Pf., 15. April 1890, an Sast in Berlin über 1 M., 15. April 1890, an Frau Blant in Frankfurt (Main) über 100 M., 1. Mai 1890, an Kächner in Berlin über 10 M., 1. Mai 1890, an Gerichtskasse in Elberfeld über 60 Pf., 3. Mai 1890, an Elsner in Berlin über 4 Pf., 8. Mai 1890, an Elsner in Berlin über 4 Pf., 8. Mai 1890, an Amtsgericht II. in Berlin über 4 M. 75 Pf., 10. Mai 1890, an Gerichtsschreiberei 82 in Berlin über 2 M., 17. Mai 1890.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen, vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet, bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Beträge der Postamentkasse überwiesen werden.

Berlin C., 22. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Unanbringliche Postsendungen.

75. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Pakete (in Berlin zur Post gegeben):

an Frangler, Leipzig-Gohlis, $\frac{1}{2}$ kg, 8. Februar 1890, an Gränder, Pöschel bei Wehlen, 4 kg, 28. Februar 1890, an Herrn Walter, Großbeeren, 1 kg, 8. März 1890, an Stäblich, Berlin, Krautstraße 36, $1\frac{1}{2}$ kg, 12. März 1890, an Schmidt, Alsenkirch, Bieserwald, $2\frac{1}{2}$ kg, 17. März 1890, an Charbeven, Gr. Lichtersfelde, 1 kg, 24. März 1890, an Fröblich, Berlin, Reichenbergerstr. 62, $\frac{1}{2}$ kg, 5. April 1890, an Frieße, Berlin, Dresdenerstraße 38, $\frac{1}{2}$ kg, 23. April 1890.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen bz. Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten herrenlos aufgefunden worden sind:

Nähmaschinen-Nadeln, Krögen, Albumschlösser, Plätzzeug, Nähmaschinen-Nadeln, Visamasse, schwarze Schnur, Noten, 1 Stirnband zu Pferdegeschirr, 1 Stammbuch, 1 Buch: Friedl. u. Nissa, 1 Knabenwintermütze, Bilder, 1 Federkasten, Halsstücher, Serviettenhalter, 1 Börse, alte Schlüssle, Schlösser, Schrauben, Bücher verschiedenen Inhalts, 1 Schlafrockquaste, 1 Album mit englischer Schrift, Sammet, 1 Märchenbuch, Tuschkästen mit eingestrichenem Anker, Wollstoff, Wolle, 1 leinener Kittel, 1 Gläschen Krongopillen, Schirmzwinge, 1 Knabenhose, Radfahrer-Medaillen, Glasgeschmuck, Etiquettes, Drahtgewebe, Koffhaare, 1 Signal-Pfeife, Glaspulver, Elisée's, Zwirn, 1 Paar zugeschnittene Schuhe, Pflanzen-Saamen, 1 Bohrer, Scheren, Schokolade, Strümpfe, 1 Fächergeßel, Blumenkörbchen, 1 Cigarrentasche mit Cigaretten, Nägel, Kupferdraht, Taschenmesser, 1 Uhrkette, Perlenkette, Schlüsselschlüssel, Borde, Haken, Messingbeschläge, 1 Korb, Hasergräte, mehrere Ringe, Seifensäber, Seife, 1 Stockknopf, Holzbeine, Metallkugeln, Getreideprober, Blechgefäße, Körbe, Schnallen, Näschen, 1 Holzleiste, Bouillonkapseln, Conserven, Schmuckfächer, 1 Erinnerungskreuz, 1 Mantel, Maschinenteile, Knöpfe, Gelatine, Bügel zu Cigarrentaschen, Buchdruckertypen, Haarwasser, Baumleerzen, 1 Zahnbürste, 1 Nähmaschinenschieber, Cacao, 1 Lederriemen, Haiskhalen, 1 Stiefel, Stantol, Zinkbeschläge, 1 Ramm, 1 Feile, Glückwunschkarten, 1 Büchse Stiefelwische, Tuschproben, 1 eiserner Durchlochungssapparat, 1 Blechbüchse Naturlab, Krammen.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Gegenstände zum Vorrat des Post-Armenfonds werden veräußert werden.

Berlin C., den 22. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

76. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten

Tagen aufgelieferte Briefe, in welchen bei der Eröffnung die daneben vermerkten Beträge vorgefunden worden sind: an Frau Bäschel in Hamburg 40 Pf., 21. Februar 1890, Stadler in Rummelsburg b. Berlin 1 M 50 Pf., 4. März 1890, ohne Aufschrift 2 M., 10. März 1890, Valentin Littmann in Krotoschin 1 M. 50 Pf., 10. März 1890, Day in Leichen (Böhmen) 40 M., 11. März 1890, Grassmann in Sagan 1 M., 18. März 1890, Thiele in Berlin 20 M., 27. März 1890, Wieser in Stuttgart 10 M., 24. April 1890, Lindemann in Berlin 10 M., 1. Mai 1890, Wittwe Behrendt in Marienburg Bstpr. 6 M., 7. Mai 1890.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb 4 Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen vorgefundenen Beträge der Postarmenklasse überwiesen werden.

Berlin C., 22. Juli 1890

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

77. In nachbezeichneten Landorten sind Postfilialstellen eingerichtet worden: Am Stolz, Bestellbezirk Rallberge Rüdersdorf, Borgisdorf, Bestellbezirk Jüterbog, Drobowin, Bestellbezirk Chorin (Markt), Dackow, Bestellbezirk Barnowitz, Haage, Bestellbezirk Friesack (Markt), Harneslop, Bestellbezirk Haselberg (Markt), Jblow, Bestellbezirk Baglow, Keryendorf, Bestellbezirk Ludwigsfelde, Kłodow, Bestellbezirk Nechlin, Knoblauch, Bestellbezirk Buschmarkt, Königsberg, Bestellbezirk Hergsprung, Ruhz, Bestellbezirk Dahlen (Ud. rm.), Lübars, Bestellbezirk Hermsdorf (Markt), Moirich, Bestellbezirk Wittenberge (Bz. Pdm.) 1 (Stadt), Neuhof, Bestellbezirk Zehdenick, Postlin, Bestellbezirk Rarshadt, Preddow, Bestellbezirk Prögel, Reichenberg, Bestellbezirk Baglow, Rogitz, Bestellbezirk Waltersdorf (Kr. Teltow), Siegrothsbuch, Bestellbezirk Dreeß, Seegels, Bestellbezirk Wilmersdorf (Kr. Angermünde), Wahrenberg, Bestellbezirk Wittenberge (Bz. Pdm.) 1 (Stadt), Werbig, Bestellbezirk Reinsdorf (Markt), Jeyernick, Bestellbezirk Bernau (Markt)

Potsdam, den 18. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

7. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Fabrikbesitzer E. A. F. Rahlbaum, welchem durch den Herrn Finanz-Minister gestattet ist, das allgemeine Branntwein-denaturierungsmittel und unvermischte Pyridinbasen als besonderes Denaturierungsmittel in steueramtlich verschlossenen und mit einer entsprechenden Bezeichnung versehenen Gefäßen zu verkaufen, seine chemische Fabrik von der Schleifischen Straße

Nr 16—19 in Berlin nach Adlershof bei Edenstedt verlegt hat.

Berlin, den 23. Juli 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königlich Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Befanntmachung.

45. Mit sofortiger Gültigkeit treten im Verkehr von Station Matheninken des diesseitigen Bezirks nach sämmtlichen Stationen des Direktionsbezirks Berlin, Breslau, Bromberg und nach denselben Stationen des Direktionsbezirks Erfurt, welche hieselbst

der Linie Ruhlant-Galan liegen, **Ausnahmefrachtsätze für Torfstreu und Torfmüll** in Wagenladungen von mindestens 10000 kg auf einen Frachtbrief und Wagen oder bei Frachtzahlung für dieses Gewicht in Kraft. Diese Ausnahme-Frachtsätze gelten für die Zeit bis zum 31. August d. Js. und gewähren eine Frachtermäßigung von 25.% gegenüber den Sätzen des Specialtarifs III. Näheres ist bei sämtlichen Stationen unseres Bezirks in Erfahrung zu bringen.

Bromberg, den 21. Juli 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der betheiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Ausschreiben der von den Mitgliedern der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg für das I. Halbjahr 1890 zu entrichtenden Feuer-Societätsbeiträge.

Der Direktorialrath der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Mitglieder der Societät für das I. Halbjahr 1890 für 100 M. Versicherungssumme festgesetzt:

[illegible]

Demzufolge werden nunmehr ausgeschrieben:

von	42 103 650	Pr. Versicherungssumme in Klasse	I A.	8 841	Pr. 77	Pl.
=	327 502 200	=	I.	98 250	= 66	=
=	22 805 100	=	IB.	8 893	= 99	=
=	5 487 400	=	II A.	3 292	= 44	=
=	144 209 050	=	II.	129 788	= 14	=
=	18 339 875	=	II B.	22 007	= 85	=
=	18 985 450	=	III.	39 869	= 45	=
=	6 308 525	=	III B.	18 925	= 57	=
=	1 552 625	=	IV.	6 521	= 03	=
=	1 391 350	=	IV B.	9 182	= 91	=

überhaupt von 588 685 225 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme 345 573 M. 81 Pf.

Dazu von 398 325 M. Explosionsversicherungssumme zu 1 Pf.	39	=	83	¢
---	----	---	----	---

148 700 = 2 = 29 = 74 =

345 643 Dr. 38 Pf.

Den Mitgliedern in 26 Städten sind wegen der guten Vörschickungen der letzteren auf Grund des § 65. des Reglements 20 bezw. 15, 12 und 10 % ihrer Beiträge erlassen mit

16 838 = 80 =

328 804 Dr. 58 Pf.

Dagegen wird von den Mitgliedern in 8 Städten auf Grund des § 65 Abs. 2 des Reglements ein Zuschlag von 20 bzw. 10 % der Beiträge erhoben mit

1 379 = 05 =

330 183 M. 63 Vf.

16 509 **18**

313 674 Dr. 45 Pf.

Hiervon stehen den Magisträten 5 % zu mit

so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind

Dieser Bedarf beläuft sich für die in den Monaten Januar bis Juni 1890 stattgehabten, von der

Societät zu vergütenden 103 Brand- und 12 Bligschäden, einschließlich der Spritzen- und Wasserpumpen-Preise und Abschätzungskosten auf 251 305 M. 08 Pf.
und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postporto, 10 837 „ 07 „
Zuschüsse an die Feuerwehren zc. erforderlich 66 314 „ 80 „
Dazu treten die Beiträge für die bei dem Verbands der öffentlichen Feuer-
versicherungs-Anstalten Deutschlands genommene Rückversicherung mit 328 456 M. 95 Pf.
63 280 „ 30 „

Durch diese Rückversicherung sind gedeckt

Das obige Ausschreiben ergibt

mithin zur Ergänzung des Betriebsfonds mehr

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 70 des Reglements — an die Brandenburgische Landes-Hauptkasse hieselbst abführen lassen.

Berlin, den 18. Juli 1890.

Der Direktor der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ruppin ist der Administrator Klingen-berg zu Gartow nach Ablauf seiner Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 8. Bezirks Dessow ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind der Lehnguts-besitzer Wulff zu Neu-Colm, der Gemeindevorsteher Gliese zu Neubrück und der Amtspächter Bernau zu Münchhofe zu Amtsvorsteher-Stellvertretern der Amts-bezirke 6 Pfaffendorf, 7 Sauen und 13 Münchhofe ernannt worden.

Zu den Verwaltungen zc. des ehemaligen Amtsbezirks Jossen im Kreise Teltow, in welchen dem Bürgermeister Regener in Jossen die Beforgung der domainenfiscalischen und der fiskalischen Kirchen- zc. Patronats-Geschäfte nach unseren Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 6. November 1880 (Nr 30) — Extrabeilage zum 46ten Stück des Amtsblatts für 1880 — und vom 15. März 1883 — Amtsblatt für 1883 Stück 13 — widerruflich übertragen worden ist, gehören auch: Neuhof, Borkwerk Gerlachshof, zum Gute Haus Jossen gehörig, Colonie Jossen, zum Stadtbezirk Jossen gehörig, und Gut Werben b. Rumborf.

Der geschiedenen Ehefrau Pawlowsky, Henriette geb. Geweke zu Rathenow ist das ihr im Jahre 1881 erteilte Hebammenprüfungszeugniß durch rechtskräftiges Erkenntniß des Bezirksausschusses zu Potsdam vom 10. April 1890 entzogen worden und ist dieselbe daher nicht mehr als Hebamme anzusehen.

An Stelle des am 1. August d. J. in den Ruhe-stand tretenden Kreisbauinspektors Baurath Brunner ist der Kreisbauinspektor Pohl, bisher zu Rangard t. Pom., mit dem genannten Tage in die Kreisbau-inspektorstelle zu Neu-Ruppin versetzt.

Der königliche Regierungs-Bauführer Max Köpfer, zur Zeit in Charlottenburg, ist am 10. Juli d. J. als solcher vereidigt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Richard Eugen Georg Pohl in Herzfelde ist zum Diaconus in Meyenburg und zum Pfarrer von Penzlin, Diözese Pommern, bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Oberpfarr-stelle zu Griesack, Diözese Rathenow, kommt durch die Emeritirung des Oberpfarrers Beuß zum 1. Oktober 1890 zur Erledigung.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Sternhagen, Diözese Prenzlan I., kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritirung des Pfarrers Everth zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Der ordentliche Lehrer, Titular-Oberlehrer Engel am Viktoria-Gymnasium zu Potsdam, ist zum Ober-lehrer befördert worden.

Der Lehrer Gallasch in Potsdam ist als Ele-mentarlehrer an der dortigen Realschule angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direction zu Erfurt.
Ernennung. Stations-Assistent Wendt 1 in Berlin zum Güter-Expediten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
		des Ausgewiesenen.				
1.		2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:				
1		Emil Heuberger, Dienstknecht,	geboren am 8. Februar 1864 zu Freiburg, Baden, ortsangehörig zu Dorfen, Kanton Aargau, Schweiz,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 5ten Juli 1888),	kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	20. Juni 1890.

Nr. Satz.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Franz Alois Amon, Weber,	geboren am 3. Dezem- ber 1857 zu Jägern- dorf, Oesterreichisch- Schlesien, ortsangehö- rig zu Groß-Ebersdorf, Bezirk Kornenburg, Nieder-Oesterreich,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	24. Juni 1890.
2	Wenzel Baier, Schuhmachergehelfe,	geboren am 31. Dezem- ber 1863 zu Arnsdorf, Bezirk Hohenelbe, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	26. Juni 1890.
3	Edwig Barbieri, Erbarbeiter,	40 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Salutia, Italien,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Regs,	24. Juni 1890.
4	Karl Guillemaux, Togner,	geboren am 9. Mai 1859 zu Pont à Mousson, Departement Meurthe et Moselle, Frankreich, ortsangehörig ebenda,	Landstreichen u. Betteln,	derselbe,	26. Juni 1890.
5	Johann Henke, Bückergehe,	geboren am 4. April 1869 zu Schönbörn, Bezirk Rumburg, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft zu Dautzen,	3. Juni 1890.
6	Leibusz Lewel Zyackski, Lehrer a. D.,	geboren im Jahre 1813 zu Prydec-Bloclawek, Gouvernement War- schau, Russisch-Polen, ortsangehörig zu Rad- ziewa, Gouvernement Warschau,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	23. Juni 1890.
7	Ignaz Kaltenbrunner, Schuhmacher,	geboren im Jahre 1855 zu Kolínez, Bezirk Klattau, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft zu Dautzen,	3. Juni 1890.
8	Berthine Marie Villeggraven, Kassirerin,	geboren am 2. Februar 1865 zu Wang, Amt Bergen, Norwegen,	gewerbsmäßige Unzucht	Chef der Polizei in Hamburg,	23. Juni 1890.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Auf das unterzeichnete Gericht geht vom 1. Oktober
d. J. die Führung der Handels-, Genossenschafts-,
Zeichen- und Musterregister für den diesseitigen Gerichts-
bezirk über. Die Bekanntmachungen in Handelsregister-
sachen werden erfolgen durch den Deutschen Reichs- und

Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner
Vörsenzeitung, die Vossische Zeitung und das Zeltower
Kreisblatt, dagegen die Bekanntmachungen in Zeichen-
und Musterregister-sachen nur durch den Deutschen Reichs-
und Königlich Preussischen Staatsanzeiger.

Potsdam, den 18. Juli 1890.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Zwei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 32.

Den 8. August

1890.

Allerhöchster Erlass

wegen Herabsetzung des Zinsfußes der Westhavelländischen Kreis-
anleihe vom 29. Juni 1890.

Auf den Bericht vom 22. Juni d. J. will Ich
hiermit genehmigen, daß der zufolge Allerhöchsten Er-
lasses vom 14. September 1881 von $4\frac{1}{2}$ auf 4 Pro-
zent ermäßigte Zinsfuß derjenigen Anleihe, zu deren
Aufnahme der Kreis Westhavelland durch die Privile-
gien vom 30. August 1875 bezw. 24. Oktober 1877
ermächtigt worden ist, gemäß dem Kreistagsbeschlusse
gedachten Kreises vom 18. Dezember v. J. anderweit
und zwar von 4 auf $3\frac{1}{2}$ Prozent ermäßigt werde.
Alle sonstigen Bestimmungen der vorbezeichneten Privi-
legien, insbesondere auch hinsichtlich der Tilgungsfristen
bleiben unberührt. Dieser Erlass ist nach Vorschrift
des Gesetzes vom 10. April 1872 (G.-S. S. 357) zu
veröffentlichen.

Kopenhagen, den 29. Juni 1890.

gez. Wilhelm R.

Zugleich für den Finanz-Minister gez. Herrfurth.
An den Finanz-Minister und den Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Thierärztliche Untersuchung der nach den Nordseehafenstädten zu
versendenden Wiederkäuer und Schweine.

147. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß
gebracht, daß von jetzt ab die durch meine Bekannt-
machung vom 23. März 1889 (Amtsblatt Stück 14
Seite 122) angeordneten regelmäßigen kostenfreien thier-
ärztlichen Untersuchungen der vom Eisenbahnhof Kar-
städt, Kreis Westprignitz, nach den Nordseehafenstädten
zu versendenden Wiederkäuer und Schweine an jedem
Mittwoch Nachmittags 2 Uhr wieder stattfinden werden.

Potsdam, den 30. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Sperre der Potsdamer Eisenbahn-Drehbrücke über die Havel
für den Schiffsverkehr.

148. Zum Zwecke des Abhebens der eisernen Ueber-
bauten der alten Eisenbahn-Drehbrücke über die Havel
bei Potsdam wird diese Brücke für den gesamten
Schiffsverkehr vom 7. August d. J. ab auf 4 Tage
gesperrt. Potsdam, den 31. Juli 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Generalkonsulat des Oranje-Freistaats.

149. Zum Generalkonsul des Oranje-Freistaats für
das Deutsche Reich ist der Geschäftsinhaber der Berliner
Handelsgesellschaft, Herr Hermann Rosenberg zu
Berlin, ernannt worden. Potsdam, den 1. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Marktpreise betreffend.

150. In den Stücken 24 und 28 des diesseitigen
Amtsblattes vom laufenden Jahre ist auf den Seiten 121
bezw. 265 der Preis des Hafers in Beeskow für
100 kg statt für 50 kg angegeben worden, was hier-
mit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 5. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

151. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Bauern C.
Forep zu Blumenthal, bei einer Kuh des Eigen-
thümers Köppen zu Bantkow, Kreis Ostprignitz, bei
einem Ochsen auf dem Rittergute Haus Zossen,
Kreis Teltow;

der Rog unter den Pferden des Fuhrherrn
Winger zu Neu-Weißensee, Waldemarstraße 32,
Kreis Niederbarnim;

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen
des Gemeindevorsehers Schindler zu Schwanebeck,
des Bauern A. Doffin und des Kossäthen August
Schulze zu Dalldorf, Kreis Niederbarnim.

Erlöschen ist:

die Maulseuche unter dem Rindvieh zu Dorns-
walde, Kreis Jüterbog-Luckenwalde;

die Maul- und Klauenseuche auf dem Ritter-
gute Klein-Deeren, Kreis Teltow.

Potsdam, den 5. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung,

betreffend die Desinfektion der Wohnungen nach ansteckenden
Krankheiten durch städtische Beamte.

64. Die durch die Polizei-Verordnung vom 7. Fe-
bruar 1887, betreffend Desinfektion bei ansteckenden
Krankheiten erstrebte vollständige Unschädlichmachung der
Ansteckungstoffe ist bisher in ihrer Zuverlässigkeit da-
durch häufig beeinträchtigt worden, daß die Desinfektion
der infizierten Gebrauchsgegenstände und der Kranken-
räume nicht gleichzeitig stattfand, indem die in der städti-
schen Desinfektionsanstalt gereinigten Gebrauchsgegen-
stände oft in nicht vollständig desinfizierte Räume zurück-
gebracht werden mußten.

Um die für den erstrebten Erfolg unerlässlich er-
forderliche Gleichzeitigkeit der Desinfektion nach
beiden Richtungen sicher zu stellen, haben die städtischen
Behörden eine ausreichende Anzahl zuverlässiger Per-

sonen, nach vorheriger praktischer Ausbildung in der Ausführung der Desinfektion von Wohnungen und staatlicher Prüfung auf ihre Leistungsfähigkeit, als städtische Desinfektoren angestellt.

In Folge dessen bestimme ich hierdurch unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 8. Februar 1887, betreffend die Ausführung der Desinfektion durch geprüfte Heilbediener u. s. w.,

daß die im § 1 der Polizei-Verordnung vom 7. Februar 1887, betreffend Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten (Amtsblatt 1887 Städt 7 Seite 69) vorgeschriebene Desinfektion nach Ablauf von Erkrankungen an asiatischer Cholera, Pocken, Fleck- und Rückfall-Typhus, Diphtherie und eventuell Darm-Typhus, bösartigem Scharlachfieber und bösartiger Ruhr nach Maßgabe der unter demselben Tage erlassenen Anweisung zum Desinfektionsverfahren bei Volkskrankheiten

vom 1. August laufenden Jahres ab lediglich von den beamteten städtischen Desinfektoren auszuführen ist.

Eine von anderen Personen bewirkte Desinfektion kann vom bezeichneten Tage ab als gesundheitspolizeilich ausreichend meinerseits nicht anerkannt werden.

Die städtischen Desinfektoren sind zugleich mit dem Wagen zur Abholung von Gebrauchsgegenständen aus der städtischen Desinfektionsanstalt, Reichensbergerstraße 66, durch Vermittelung des zuständigen Polizei-Revisors telegraphisch herbeizurufen.

Berlin, den 24. Juli 1890.

Der Polizei-Präsident. Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Berlin.

Bekanntmachung.

78. Für die Zeit vom 4. bis einschließlich 9ten August wird aus Anlaß des in Berlin stattfindenden X. internationalen medicinischen Congresses im Landes-Ausstellungspark eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechkabine, sowie im Hause Karlstraße Nr. 19 eine Postannahmestelle in Wirksamkeit treten.

Die Postanstalt erhält die Bezeichnung „Postamt des X. internationalen medicinischen Congresses“. Dieselbe, sowie die Postannahmestelle in der Karlstraße werden für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags. Die Geschäfte der neuen Postanstalt werden sich erstrecken:

- a. auf den Verlauf von Postwerthzeichen jeder Art, sowie von Formularen zu Postarten, Postanweisungen u.
- b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefpostsendungen, Postanweisungen, Telegrammen und Rohrpostsendungen,
- c. auf die Bestellung von Briefpostgegenständen, Postanweisungen nebst den zugehörigen Geldebeträgen und von Telegrammen, welche an Theilnehmer des

Congresses u. eingehen und nach dem Landesausstellungspark gerichtet sind,

- d. auf die Ausgabe von postlagernden Sendungen der bezeichneten Art und von postlagernden Rohrpostsendungen.

Die bei dem Postamt eingerichtete öffentliche Fernsprechkabine kann gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr benutzt werden.

Die Geschäfte der Postannahmestelle in der Karlstraße erstrecken sich lediglich auf die Annahme von Postsendungen jeder Art, ausgenommen Werthsendungen und gewöhnliche Pakete, auf die Annahme von Telegrammen und Rohrpostsendungen und auf den Verkauf von Postwerthzeichen jeder Art, sowie von Formularen zu Postarten u. s. w.

Berlin C., 31. Juli 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen

der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

17. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Rentner Wilh. Rösch zu Watenstedt bei Zerheim im Herzogthum Braunschweig die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 % igen Staatsanleihe von 1881 lit. D. Nr. 212364 über 500 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Herren R. S. Rathalion Nachfolger zu Braunschweig anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Juli 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Privatmann Karl Radebeck zu Harzburg, angeblich am 1. Juli d. Js. auf dem Wege zwischen Rothbütte im Regierungsbezirk Hildesheim bis Blankenburg am Harz im Herzogthum Braunschweig die Schuldverschreibung der konsolidirten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1889 lit. C. Nr. 202730 über 1000 M. verloren gegangen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Pauli in Wernigerode am Harz anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 2. August 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung, betreffend die Veranlagung der Brennereien zum Kontingent.

8. d. J. erfolgt die Neubemessung der Jahresmenge Branntwein, welche die einzelnen Brennerereien während der nächsten Kontingenzierungsperiode zu dem niedrigeren Satze der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, in der Weise, daß

I. für das erste Betriebsjahr: (1890/91)

- a. für die bestehenden Brennerereien die zeitberigen Kontingentmengen provisorisch zu vier Fünftheilen in Kraft bleiben,
- b. für die neu entstandenen landwirthschaftlichen Brennerereien provisorisch entstehende Kontingentmengen ausgeworfen werden;

II. im zweiten Betriebsjahre (1891/92) zugleich die Abweichungen zwischen den provisorischen und den endgültig festgestellten Kontingentmengen ausgeglichen werden, dergestalt, daß die im ersten Betriebsjahre zu dem niedrigeren Verbrauchsabgabensatze etwa zuviel abgebrannten Branntweinemengen von dem Jahreskontingent in Abzug gebracht, die zu wenig abgebrannten Jahresmengen aber zu diesem Kontingent zum Zweck des nachträglichen Ab Brennens hinzugeschlagen, beziehungsweise durch Ertheilung von Berechtigungscheinen ausgeglichen werden;

III. im Uebrigen nach besonderen Vorschriften verfahren wird, welche von den Theilnehmern in den Geschäftsjahren der Steuerbesteuerten während der Dienstreisen eingesehen werden können.

Um Mißverständnissen, welche bereits wiederholt geäußert worden sind, für die Folge vorzubeugen, wird auf nachstehendes aufmerksam gemacht:

- 1) Nach § 2 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 24. Juni 1887, erfolgt die Bemessung der neu zu gewährenden Kontingente nach Maßgabe der in den drei letzten Jahren, also seit dem 1. Oktober 1887, durchschnittlich zum niedrigeren Abgabensatze hergestellten Jahresmengen;
- 2) die seitdem neu entstandenen, sowie diejenigen landwirthschaftlichen Brennerereien, welche während der letzten drei Jahre einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben, sind nach dem Umfange ihrer Betriebsanlagen und unter Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Verhältnisse zum Kontingent zu veranlagern;
- 3) die Anträge auf Zuweisung eines Kontingents seitens der bisher daran noch nicht theilgenommenen landwirthschaftlichen Brennerereien oder derjenigen am Kontingent bereits theilgenommenen Brennerereien, welche während der ganzen Dauer der Kontingenzierungsperiode geruht haben, jedoch nicht gänzlich abgemeldet worden sind, sowie die Anträge der am Kontingent bereits theilgenommenen Brennerereien auf Behandlung ihres Betriebes während der abgelaufenen Kontingenzierungsperiode als

eines unregelmäßigen, müssen schriftlich gestellt werden und dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie bei der Steuerbehörde, in deren Hebezirk die Brennererei belegen ist, vor dem 1. November 1890 eingegangen sind.

Für Brennerereien, welche bis zum 31. Oktober 1890 noch nicht betriebsfähig hergestellt worden sind, ist der Antrag auf Zuweisung eines Kontingents für die nächste Kontingenzierungsperiode unzulässig.

Bei der Prüfung der vorstehend unter 3 gedachten Anträge erfolgt die Vornahme der örtlichen Ermittlungen durch eine für den betreffenden Bezirk niedergesetzte Kommission, welche aus dem Ober-Inspektor oder dessen Stellvertreter und zwei von der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks ernannten vereideten Sachverständigen der Brennererei-Vereinsgenossenschaft besteht. Die Entscheidung über diese Anträge erfolgt durch den unterzeichneten Provinzial-Steuer-Direktor; gegen dieselbe ist die schriftliche Beschwerde an den Herrn Finanz-Minister zulässig, doch darf letztere nur dann berücksichtigt werden, wenn sie binnen 14 Tagen von der Zustellung der angesuchten Entscheidung bei dem unterzeichneten Provinzial-Steuer-Direktor eingegangen ist. Die Entscheidung des Herrn Finanz-Ministers ist sodann eine endgültige.

Im Uebrigen wird darauf hingewiesen, daß es sich im Interesse der Theilnehmern empfohlen wird, die unter 3 erwähnten Anträge thunlichst bald der zuständigen Amtsstelle einzureichen.

Berlin, den 24. Juli 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachung.

9. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 8. d. M. mehrfache Änderungen und Ergänzungen des Amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarife, des Statistischen Waarenverzeichnisses und des Verzeichnisses der Massengüter, auf welche die Bestimmung im § 11 (Absatz 2 Ziffer 3) des Gesetzes vom 20. Juli 1879 über die Statistik des Waarenverkehrs Anwendung findet, beschlossen und angeordnet, daß die neuen Bestimmungen vom 1. September d. J. ab in Kraft zu treten haben. Eine Zusammenstellung der Abänderungen und Ergänzungen kann bei den Zollabfertigungsstellen eingesehen werden.

Berlin den 29. Juli 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Norddeutscher Güterverkehr nach den unteren Donauländern.

32. Am 1. August dieses Jahres tritt zum Tarife für den Verkehr von Stationen der preussischen und sächsischen Staatsbahnen, der Berrabahn u. nach Bodenbach, Tetschen, Eger, Halbstadt, Myslowitz, Oberberg, Oswiecim und Passau transito für Güter zur Ausfuhr nach den unteren Donauländern vom 1. November 1889 der II. Nachtrag in Kraft. Durch denselben werden die für die Anwendung des Tarifs jetzt bestehenden Kontrollvorschriften aufgehoben und

die Frachtsätze desselben bereits im Kartirungswege und zwar für alle diejenigen Sendungen gewährt, welche mit direkter Frachtbriefadresse, sowie mit den für direkte Sendungen vorgeschriebenen Zolldokumenten nach den unteren Donauländern und darüber hinaus zur Auslieferung gelangen, sofern

- a. für diese Sendungen direkte Tariffsätze entweder überhaupt nicht zur Verfügung stehen oder diese direkten Tariffsätze sich höher stellen, als die Abfertigung im gebrochenen Verkehr,
- b. solche Sendungen auf Grund einer vorgeschriebenen Verzollungsstelle in einer bestimmten Grenzstation oder wegen Unterlassung bezw. Nichtbeachtung der für die Erlangung der direkten Tarife bestehenden Vorschriften nicht direkt abgefertigt werden können.

Der Nachtrag enthält weiter Berichtigungen bezw. Änderungen und Ergänzungen des Vorworts, der besonderen Bestimmungen zum Betriebs-Reglement, anderweite besondere Tarifvorschriften, Frachtsätze für eine größere Anzahl neu in den Tarif aufgenommener Stationen, Erweiterung des Waarenverzeichnisses des Ausnahmetarifs N^o 1 für Eisen und Stahl durch Aufnahme der Artikel „Messingwaaren, sowie andere Halb- und Ganzfabrikate aus unedlen Metallen.“

Die Frachtsätze für den Verkehr mit den Stationen der Hessischen Ludwigsbahn, der Main-Neckarbahn, der Badischen Staatsbahnen und einer größeren Anzahl

Stationen der Direktionsbezirke Frankfurt a. M. und Köln (linksrh.) scheiden nunmehr vom 1. August aus dem oben bezeichneten Tariffest aus und werden in den an demselben Tage in Kraft tretenden Tarif für den süddeutschen Güterverkehr nach den unteren Donauländern übernommen. Exemplare des Nachtrags sind zum Preise von 21 Pf. von der Güterklasse Stettin und dem Auskunfts-Bureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz hier selbst zu beziehen.

Berlin, den 29. Juli 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

46. Am 1. August d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Süddeutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Straßburg—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffs-Verbindungen, Angaben über Rundreise- und Sommerkarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks an der Fahrkarten-Ausgabestelle, den Bahnhofs-Buchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 27. Juli 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

47. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den baselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

N ^o	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für	auf den Straßen der	Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	nach Schluß der Ausstellung.
1	Ausstellung von Gegenständen medizinisch-wissenschaftlicher Art,	Berlin,	2. bis 11. August,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen,	Ausstellungs-Kommission,	4 Wochen	
2	Fach-Ausstellung für die gesamte Papier-Industrie,	Köln,	9. bis 25. August,	Maschinen, Geräte und Erzeugnisse der Papier-Industrie,	desgl.	desgl.	4 Wochen	
3	Geflügel-Ausstellung	Karlsruhe,	7. bis 9. September,	Geflügel, sowie Geräte und Erzeugnisse der Geflügelzucht,	desgl.	desgl.	4 Wochen	

Bromberg, den 28. Juli 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der Militär-Anwärter Carl Hamann ist zum Regierungs-Ränkelei-Diätar ernannt worden.

Die Regierungs-Affessoren von Kamelt aus Posen und Moser aus Pommern sind der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin zur dienstlichen Verwendung überwiesen, und dem Regierungs-Affessor Dombois ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Prüm im Regierungs-Bezirk Trier übertragen worden.

Ferner sind bei der genannten Direktion 1) der Sekretariats-Assistent Ragonath zum Regierungs-Sekretair bestellt, 2) der Militär-Supernumerar Thalmann als Sekretariats-Assistent angestellt, 3) der Regierungs-Sekretair Reishaus in Folge Ernennung zum Geheimen expedirenden Sekretair und Calculator im Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten und der Civil-Supernumerar Fleischmann behufs Uebertritts in den Communaldienst ausgeschieden, 4) die Militäranwärter Reims und von Nuttkamer als Militär-Supernumerare angenommen und 5) der Regierungs-Sekretair Nagel versetzt.

Bei der Königl. Ministerial-Bau-Kommission zu Berlin sind im Laufe des 2. Kalenderquartals die Königl. Regierungs-Bauführer Felix Louis Hentschel, Karl Adolf Georg Login, Wilhelm Bernhardt August Werdelmann und August Max Hermann Voigt vereidigt worden.

Das unter Königl. Patronat stehende Diaconat zu Rallberge-Rüdersdorf, Parochie Rüdersdorf, Diocese Strausberg, kommt durch die Beisetzung seines bisherigen Inhabers, des Diaconus Raufsch, zum 1. October 1890 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Kirchengesetzes, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 vorgesehene Pfarrwahlrecht, vom 15. März 1886 — Kirchl. Ges. und Verordn.-Bl. de 1886 S. 39. — Bewerbungen um diese Stelle sind schriftlich bei dem Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

Der bisherige Hilfslehrer am Königl. Gymnasium in Spandau Karl Schwarz ist als ordentlicher Lehrer an dieser Anstalt angestellt worden.

Der Lehrer Bröcker ist als Vorschullehrer an dem Realprogymnasium in Rudow ange stellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen an der Königl. thierärztlichen Hochschule zu Hannover.

Wintersemester 1890/91.

Begonnen 6. October 1890.

Director, Geh. Minister Regierungs-Rath Dr. Dammann: Encyclopädie und Methodologie der Thierheilkunde; Specielle Chirurgie; Gerichtliche Thierheilkunde; Uebungen im Aufertigen von schriftlichen Gutachten und Berichten. — Professor Dr. Eustig: Specielle Pathologie und Therapie; Prophädeutische Klinik; Spitalklinik für große Hausthiere. — Professor Dr. Rabe: Specielle pathologische Anatomie; Pathologisch-histologischer Course; Pathologisch-anatomische Uebungen und Dissectionen; Spitalklinik für kleine Hausthiere. — Professor Dr. Kaiser: Erkrankung des Pferdes und der übrigen Arbeitsthiere; Thierzuchtlehre und Geflügelkunde; Operationsübungen; Ambulatorische Klinik. — Professor Tereg: Physiologie, II. Theil. — Professor Dr. Arnold: Anorganische Chemie; Pharmacognosie; Pharmacologische Uebungen. — Lehrer Boetzer: Anatomie der Hausthiere; Anatomische Uebungen; Zoologie. — Oberlehrer Ehlenholz: Physik. — Beschlaglehrer Geiß: Theorie des Fußschlages. — Repetitor Arens: Anatomisch-physiologische Repetitorien. — Repetitor Bedemeyer: Physikalisch-chemische Repetitorien. — Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Central-Behörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich. Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Prüfungen in Deutschland nicht beanspruchen. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage

die Direction der thierärztlichen Hochschule.

Bekanntmachung der Direction der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

U e b e r s i c h t

von den Ergebnissen der Verwaltung der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg im Jahre 1889.

I. Versicherungssummen.

Am Schlusse des Jahres 1889 betrug die beitragspflichtige

Versicherungssumme

Gegen

590 586 050 M. für 181 837 Gebäude,
586 377 600 „ „ 182 890 „

am Schlusse des Jahres 1888

hat sich daher die Versicherungssumme im

Jahre 1889 vermehrt um

4 208 450 M.,

dagegen die Zahl der versicherten Gebäude vermindert um

1 053 Gebäude.

Wird der beitragspflichtigen Versicherungssumme von

590 586 050 M.

die beitragsfreie Hälfte der Versicherungssumme für Kirchen und Thürme mit

7 743 200 „

hinzugerechnet, so ergibt sich eine Gesamt-Versicherungssumme bei der Societät von

598 329 250 M.

Gegen Explosionsgefahr waren am Schlusse des Jahres 1889 überhaupt 58 Gebäude mit 547 025 versichert.

II. Brand- und Blitzschäden.

Die Zahl der von der Societät zu vergütenden Brandschäden belief sich auf 236 (107 im I. Halbjahr, 129 im II. Halbjahr). Durch dieselben wurden in 84 Städten 429 Gebäude betroffen. Durch Einschlagen des Blitzes, ohne daß derselbe gezündet, fanden in 33 Fällen Beschädigungen an 40 Gebäuden statt.

Von den 236 Schadensfeuern sind 8 durch Explosion, 3 durch Gewitter, 4 durch Fahrlässigkeit, 8 durch unzurechnungsfähige Personen, 1 durch vorschriftswidrige Feuerungsanlagen, 1 durch Selbstentzündung und 4 durch Zufall nachweislich verursacht worden. In 194 Fällen sind die Entstehungsursachen der Brände unaufgeklärt und in 13 Fällen fehlen noch die Nachrichten vom Ergebnis der Untersuchung.

III. Schadensvergütungen, Prämien und Kosten.

Aus Anlaß der vorausgeführten Brand- und Blitzschäden (mit Einschluß von sieben Brandschäden aus dem Jahre 1888) sind festgesetzt:

A. Schadensvergütungen	467 100 M. 97 Pf.
B. Spritzen- und Wasserwagen-Prämien	1 533 „ 75 „
C. Schadensabschätzungskosten	5 947 „ 47 „

zusammen 474 582 M. 19 Pf.

IV. Beiträge der Mitglieder der Societät:

An Beiträgen wurden ausgeschrieben vom Hundert der Versicherungssumme in Klasse

	kl. IA.	kl. I.	kl. IB.	kl. IIA.	kl. II.	kl. IIB.	kl. III.	kl. IIIB.	kl. IV.	kl. IVB.
für das I. Halbjahr 1888 Pf.	2,1	3	3,9	6	9	12	21	30	42	66
„ „ II. „ „	2,1	3	3,9	6	9	12	21	30	42	66
zusammen	4,2	6	7,8	12	18	24	42	60	84	132

V. Ergebnisse der Jahres-Rechnungen.

A. Auszug aus der Rechnung vom laufenden Verwaltungsfonds für das Jahr 1889.

E i n n a h m e.		SoH.		Pr.	
		M.	Pf.	M.	Pf.
A. Bestand aus voriger Rechnung		493 310	31	493 310	31
B. Einnahme-Reste		1 238	48		425 78
C. Aus dem laufenden Rechnungsjahre:					
1. Beiträge für das Jahr 1889		632 959	19	629 539	67
2. Wiedererstattungen			611 65		611 65
3. Zinsen von Kassenbeständen		12 086	90	12 086	90
4. Außerordentliche Einnahmen			9 68		9 68
Summe		1 140 216	21	1 135 983	99
A u s g a b e.					
A. Ausgabe-Rückstände am Schlusse des Jahres 1888		125 711	M. 16 Pf.		
Abgang		62	„ 14 „	125 649	02
B. Aus dem laufenden Rechnungsjahre:					
1. Prüfungs- und Targebühren		13 572	14	13 572	14
2. Vergütungen: a. für Brand- und Blitzschäden		474 582	19	370 312	98
b. für Schäden an unversicherten Gegenständen		3 563	24	3 510	24
3. Belohnung für Löschhülfe		360	—	360	—
4. Kur- und Versäumnißkosten		343	54	343	54
5. Zuschüsse zu den Kosten militärisch organisirter Feuerwehren		8 363	32	8 363	32
6. Postporto		1 248	47	1 248	47
7. Prozeßkosten		18	60	18	60
8. Zurückzahlung überhöbener Beiträge		25	39	25	39
9. Außerordentliche Ausgaben, einschließlich 14 285 M. Stempel und 7240 M. Zuschuß an den eisernen Fonds		21 685	78	21 685	78
Summe		649 411	69	536 425	82
Die Einnahme beträgt					1 135 983 99
mithin bleibt Bestand					599 558 17
und zwar: in Werthpapieren 50 000 M. — Pf.,					
baar 549 558 „ 17 „					

**B. Auszug aus der Rechnung vom eisernen Fonds
für das Jahr vom 1. April 1889 bis 31. März 1890.**

E i n n a h m e.

	M.	Pf.
A. Bestand aus voriger Rechnung	750 237	65
B. Erlös für ausgegebene Werthpapiere	72 100	—
C. Erworbene Werthpapiere	67 500	—
D. Zinsen von Werthpapieren und Hypotheken-Kapitalien	29 322	90
E. Sonstige Einnahmen	88	40
F. Zuschuß aus dem laufenden Verwaltungsfonds	7 240	—
Summe	926 488	95

A u s g a b e.

A. Ausgegebene Werthpapiere	72 100	—
B. Für erworbene Werthpapiere	72 003	10
C. Laufende Ausgaben:		
1. Reisekosten und Tagegelder der Mitglieder des Direktorialraths der Societät	695	60
2. Besoldungen und Remunerationen der Beamten	29 460	—
3. Für Bureau- und Kasfenbedürfnisse	5 737	58
4. Sonstige Ausgaben	3 238	69
D. Außerordentliche Ausgaben	400	—
Summe	183 634	97

Die Einnahme beträgt

mithin bleibt Bestand

und zwar in Werthpapieren 135 000 M. — Pf.,

in Hypotheken 610 400 — — bei 2546 M. 02 Pf. Vorschuß.

Berlin, den 30. Juli 1890. Der Direktor der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloß.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Michael Kaminski, Arbeiter,	geboren am 17. Mai 1855 (oder 1856) zu Granat, Kreis Rypin, Russisch-Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Straßentrab (9 Jahre) Zuchthaus, laut Erkennniß vom 11. Juli 1881),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	28. Juni 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Rieht, Arbeiter,	geboren am 19. März 1873 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig zu Lusdorf, Bezirk Reichenberg, ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Pless,	24. Juni 1890.
2	Wilhelm Pignard, Weber,	geboren am 29. Dezember 1856 zu Pouilly les Feurs, Departement Loire, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz,	desgleichen.
3	Jean Prochaska, Bäckergehilfe,	geboren am 25. Dezember 1871 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	23. Juni 1890.
4	Heinrich Seidel, Schuhmachergehilfe,	geboren am 19. Januar 1851 zu Alt-Seelowitz, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Pless,	27. Juni 1890.

Zugl. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
5	Josef Beranek, Arbeiter,	geboren am 28. Januar 1859 zu Mladotic, Bezirk Lauslau, Böh- men, ortsangeh. eben- daselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Rauenburg,	28. Juni 1890.
6	Karl Faderer, Sammetweber,	geboren am 28. Fe- bruar 1869 zu Wien, Oesterreich, ortsangeh ebendaselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Stade,	14. Mai 1890.
7	Cyprian Eiset, Müller,	geboren am 15. Juli 1849 zu Fontaine- Fourches, Departemen- Seine et Maine, Frankreich, ortsangeh. ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	4. Juli 1890.
8	Josef Ppervak, Schmiedegeselle,	geboren am 1. Oktober 1850 zu Böhmisch- Rothwasser, Bezirk Landkron, Böhmen, ortsangehörig eben- daselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft zu Bautzen,	14. Juni 1890.
9	Nikolaus Junic, (Sunisch), Handelsmann,	geboren am 6. Dezember 1833 zu Junice, Be- zirk Tschermember, Krain, Oesterreich, ortsangeh. zu Weinitz, ebendaselbst,	Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	4. Juli 1890.
10	Moris Bonnand, Mechaniker,	geboren am 2. März 1871 zu Billesagnan, Departement Charente, Frankreich, ortsan- gehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	10. Juli 1890.
11	Jakob Bruneder, Müller,	33 Jahre alt, geboren zu Suben, Bezirk Schärding, Ober- Oesterreich, ortsan- gehörig zu Ort, Bezirk Kiech, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Fried- berg,	30. Juni 1890.
12	Anton Hoffmann, Tagelöhner,	18 Jahre alt, geboren zu Badweis, Böhmen, ortsangehörig zu Pisek, ebendaselbst,	desgleichen,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	21. Juni 1890.
13	Johann Falger, Händler,	33 Jahre alt, geboren zu Innsbruck, Tirol, ortsangehörig zu Nies- ming, Bezirk Imst, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Lands- berg,	3. Juli 1890.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 33.

Den 15. August

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

(Städ 22.) Nr 1910. Verordnung, betreffend die Ausdehnung der Zollermäßigungen in den Tarifen A. zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsverträge. Vom 9. Juli 1890.

(Städ 23.) Nr 1911. Gesetz, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Samoa und die Uebernahme einer Bürgerschaft seitens des Reichs für die durch Einrichtung einer anderweitigen Rechtspflege dortselbst erwachsenden antheilmäßigen Kosten. Vom 6. Juli 1890.

Nr 1912. Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Vom 15. Juli 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königlichen Preussischen Staaten.
(Städ 33.) Nr 9406. Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden in den Landkreisen der Rheinprovinz zur Bullenhaltung. Vom 27. Juni 1890.

Nr 9407. Gesetz, betreffend das zulässige Ladungsgewicht der Fuhrwerke im Verkehr auf den Haupt- und Nebenlandstraßen, sowie auf den wichtigeren Nebenwegen der Provinz Schleswig-Holstein, mit Ausnahme des Kreises Herzogthum Lauenburg. Vom 27. Juni 1890.

Nr 9408. Gesetz, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere. Vom 29. Juni 1890.

Nr 9409. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Gemünd, Aachen, Stolberg, Bonn, Waldbroel, Xanten, Cochem, Stromberg, Simmern, St. Goar, Eöln, Rülheim am Rhein, Bensberg, Neuß, Düsseldorf, Uerdingen, Gerresheim, Erfeld, Lemmer, Grumbach, Saarlouis, Merzig, Trier, Wittburg, Wittlich, Prüm, Saarburg und Hermeskeil. Vom 11. Juli 1890.

(Städ 34.) Nr 9410. Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Wegegesetze im Regierungsbereich Wiesbaden. Vom 27. Juni 1890.

Nr 9411. Gesetz, betreffend die Erleichterung unentgeltlicher Abtretungen einzelner Gutstheile oder Zuechthöfchen zu öffentlichen Zwecken. Vom 15. Juli 1890.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 2. Juni d. J., dessen Anlagen anbei zurückschicken, will Ich der Stadtgemeinde Berlin auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) hiermit das Recht verleihen, die zur Ausführung der projektierten Regulierung des Zinger-

grabens in der Gemarkung Nieder-Schönbäumen erforderlichen Flächen im Wege der Enteignung zu erwerben.
Neues Palais, den 17. Juni 1890.

gez. Wilhelm. R.

ggz. v. Maybach. Frhr. Lucius v. Ballhausen.
v. Götter. Herrfurth.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, Domainen und Forsten, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 17. Juni d. J. will Ich auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) der Stadtgemeinde Charlottenburg das Enteignungsrecht zu Zwecken der Verlegung eines Druckrohrs für die Kanalisation von Charlottenburg behufs Erwerbung bezw. Benutzung der für diese Zwecke erforderlichen, in den Gemeinde- bezw. Ortsbezirken von Charlottenburg, Spandau'er Forst, Ruhleben, Spandau und Pichelsdorf belegenen Flächenabschnitte und Theile in der vollen Längenausdehnung der Druckrohrspur, wie solche auf dem anbei zurückschickenden Abschnitte der Generalstabskarte „Section Spandau“ (15) und auf dem in vier Blättern wieder anliegenden Lage- und Höhenplane (in rother Farbe) ersichtlich gemacht ist, hierdurch in Gnaden verleihen.

Christiania, den 4. Juli 1890.

gez. Wilhelm R.

ggz. v. Maybach. Frhr. Lucius v. Ballhausen.
Herrfurth.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, Domainen und Forsten sowie des Innern.
Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

20. Zufolge der von dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Finanz-Minister gemäß § 3 des Gesetzes, betreffend die Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirthschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, vom 14. Mai 1885 (G.-S. S. 128) festgestellten Berechnung ist der Stadt Berlin aus dem den Kommunalverbänden zustehenden Theile der Getreide- und Viehzölle des Etatsjahres 1889/90 die Summe von 3364579 Mark überwiesen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 8. August 1890.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung: von Brandenstein.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Markt-Verlegungen der Stadt Wendisch-Buchholz betreffend.

152. Vom Jahre 1891 ab werden die bisher an einem und demselben Tage abgehaltenen **Oster- und Weihnachts-Vieh- und Krammärkte** der Stadt **Wendisch-Buchholz** im Kreise **Potsdam-Storkow** an zwei verschiedenen Tagen stattfinden.

Für das Jahr 1891 ist

der **Oster-Viehmarkt** auf den **14. März**,

der **Krammarkt** „ „ **16. „**

der **Weihnachts-Viehmarkt** auf den **12. Dezember**,
der **Krammarkt** „ „ **14. „**

anberaumt worden.

Potsdam, den 7. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft den Vorstoß für das Schiedsgericht für Regiebauern in Jüterbog.

153. Zum Vorsitzenden des in der Stadt **Jüterbog** für die Regiebauern des Kreiscommunalverbandes

Jüterbog-Ludenwalde errichteten Schiedsgerichtes ist der **Regierungs-Rath Heidsfeld** ernannt.

Potsdam, den 8. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehfeuchen.

154. Festgestellt ist:

der **Milchbrand** bei einer Kuh des **Rittergutsbesizers Kemmer zu Lengle, Kreis Osthavelland**.

Erloschen ist:

der **Milchbrand** unter dem **Kindvieh** des **Bauer- gutsbesizers Marzinger zu Knoblauch, Kreis Ost- havelland**;

die **Maul- und Klauenseuche** unter dem **Kindviehstande** des **Ritterguts Eichstädt, Kreis Ost- havelland**;

die **Käude** bei dem **Pferde** des **Topfhändlers Saeger zu Rittenwalde, Kreis Teltow**.

Potsdam, den 12. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

156.

Nachweisung der Märkte etc.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrigc Markt.									
		Es kosten je 100 Kilogramm												Es							
														Rindfleisch							
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gries	Speisebohnen	Linsen	Gerstefleis	Milchstroh	Krautstroh	Fett	von der Stelle	Wandfleisch							
Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.	Mark.	Pre.						
1	Angermünde	20 13	16 77	14 77	17 58	27 60	30 —	33 75	6 60	5 25	3 —	3 50	1 44	1 10							
2	Beesow	19 20	16 10	—	17 50	25 —	27 50	35 —	4 13	4 —	3 —	4 —	1 36	1 16							
3	Bernau	20 44	16 88	15 65	17 75	27 75	30 —	40 38	6 63	7 10	—	5 58	1 34	1 15							
4	Brandenburg	19 50	17 10	15 05	17 57	27 50	35 —	55 —	4 65	5 —	—	4 19	1 40	1 20							
5	Dahme	18 82	16 07	16 43	18 —	25 —	32 —	45 —	2 50	5 —	4 —	6 —	1 20	1 —							
6	Eberswalde	20 01	16 53	16 50	16 95	23 —	23 —	30 —	5 50	6 —	—	4 56	1 40	1 18							
7	Havelberg	20 19	16 22	15 50	18 78	25 —	45 —	55 —	3 67	5 —	3 —	4 50	1 35	1 20							
8	Jüterbog	20 10	17 53	17 —	19 —	28 —	30 —	50 —	5 —	6 —	—	6 —	1 25	1 10							
9	Ludenwalde	—	16 51	—	18 08	36 —	36 —	40 —	4 20	4 09	—	4 50	1 20	1 20							
10	Perleberg	20 82	16 89	17 —	17 89	27 —	35 —	50 —	4 61	5 67	—	5 28	1 40	1 20							
11	Potsdam	18 12	16 36	18 —	18 25	25 —	26 —	33 —	5 81	6 09	—	5 03	1 45	1 25							
12	Prenzlau	20 02	16 95	15 50	17 13	18 —	22 50	25 —	4 50	5 66	4 —	5 —	1 30	1 —							
13	Prigwall	18 30	15 61	15 75	16 34	19 —	30 —	39 —	5 51	4 31	3 38	3 75	1 20	1 —							
14	Rathenow	20 69	16 11	15 06	17 50	30 —	35 —	44 —	4 64	4 75	—	4 14	1 80	1 40							
15	Neu-Ruppin	20 —	16 40	16 —	18 31	30 —	32 —	50 —	4 04	6 50	—	5 50	1 40	1 15							
16	Schwebt	20 —	15 92	16 80	16 48	26 67	31 25	31 25	4 —	4 80	—	5 15	1 20	1 —							
17	Spandau	19 25	16 75	15 —	18 —	29 —	33 —	41 —	—	5 75	—	5 13	1 55	1 23							
18	Strausberg	19 44	16 68	17 22	18 47	21 50	30 —	35 —	4 —	7 98	—	7 88	1 20	1 10							
19	Teltow	20 39	16 79	15 64	17 62	40 —	40 —	50 —	4 25	6 —	2 88	3 —	1 60	1 20							
20	Templin	21 —	17 —	18 25	19 —	20 —	50 —	40 —	3 25	6 —	4 —	6 —	1 20	—							
21	Treuenbriezen	20 53	16 23	17 —	18 —	26 —	24 —	30 —	2 50	4 60	—	4 40	1 20	1 —							
22	Wittstock	19 23	16 04	16 —	17 64	18 —	36 —	44 —	3 27	5 —	4 —	4 —	1 21	1 04							
23	Wriezen a. D.	18 83	15 99	12 40	17 50	22 —	28 —	34 —	5 05	4 75	4 07	4 50	1 30	1 10							
Durchschnitt		19 77	16 49	16 02	17 79	—	—	—	4 47	5 45	—	4 85	—	—							

Potsdam, den 12. August 1890.

188.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Juli 1890
in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Kaufende Nummer.	Es kosten je 50 Kilogramm	Beeskow für Kreis Bees- kow- Storkow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havel- land.		Ludow. für Kreis Jüter- bog- Ludow. walde.		Perle- berg für Kreis West- Prignitz		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Zauch- Belzig.		Prenzlau für die Kreis- Prenzlau und Templin.		Neu- Ruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Wittstock für Kreis Df.- Prignitz.		Bemerkungen.
		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	9	45	9	50,5	9	69	9	39	9	98	9	27	9	68,1	8	65	9	33	Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Osthavelland und Teltow, und für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Markort.
2.	Heu	2	31	2	40,5	2	63	3	03	3	18	3	15	2	88,75	2	70,5	2	10	
3.	Richtstroh	2	10	2	89	2	19	3	23	3	52	3	12	3	41,25	2	52	2	62,5	

Potsdam, den 12. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Juli 1890.

A r t i k e l						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter	Ein Schod. Gier.	Wehl		Gerste		Buchweizen- grübe	Fahrgrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefalg	Schweine- schmalz, hiesig.		
						Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Granne	Grübe					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 30	1 —	1 13	1 77	2 30	3 80	30	25	50	45	40	55	55	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 50	— 94	1 16	1 90	2 10	2 90	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 45	1 30	1 35	1 60	2 25	3 18	20	25	35	45	65	45	35	25	2 90	3 10	20	1 70		
1 35	1 15	1 15	1 80	2 30	3 60	40	30	50	40	50	50	50	50	2 80	4 —	20	1 60		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	2 40	32	26	60	40	50	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 16	1 16	2 —	2 40	3 47	32	30	60	60	50	—	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 35	1 30	1 25	1 70	2 22	3 19	38	26	50	60	60	60	60	60	2 80	4 —	20	1 80		
1 20	1 —	1 20	1 70	2 20	3 60	34	26	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 50		
1 40	1 —	1 30	1 60	2 05	3 60	36	24	50	40	40	60	36	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 40	1 30	1 15	1 95	2 —	3 —	50	36	50	40	50	50	40	50	4 —	3 80	20	2 —		
1 50	1 27	1 37	1 80	2 24	3 39	40	30	50	50	50	50	50	65	3 30	3 80	20	1 80		
1 42	— 97	1 25	1 90	2 21	3 53	32	28	50	40	50	60	50	60	3 40	3 80	20	2 —		
1 40	1 05	1 15	2 —	2 03	2 76	25	24	40	45	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 38	32	27	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 10	1 70	2 20	3 60	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 20	— 90	1 20	1 90	2 40	3 60	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 60	1 30	1 40	1 80	2 20	3 17	40	39	50	50	55	50	50	65	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 40	2 80	35	25	55	50	50	50	55	60	3 20	3 60	20	1 40		
1 60	1 60	1 40	1 60	2 10	3 26	40	35	55	55	45	60	50	55	2 80	3 60	20	1 20		
1 20	— 80	1 20	2 —	2 40	3 80	40	30	60	50	50	60	50	60	3 20	3 80	20	1 20		
1 40	1 —	1 20	1 80	2 —	3 09	36	28	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 80		
1 17	— 89	1 10	1 80	2 02	3 08	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	1 80		
1 30	1 15	1 15	1 70	2 20	3 24	25	25	50	40	40	50	50	50	3 50	3 75	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Uebersicht des Zustandes der Elementarlehrer-Wittwenkasse für das Rechnungsjahr 1. April 1888/89.

7. In Verfolg der früheren Bekanntmachungen, insbesondere derjenigen vom 9. September v. J. — Amtsblatt Stadt 37 Seite 333 — wird in Betreff der Verwaltung der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse für das Rechnungsjahr 1. April 1888/89 gemäß § 19 der revidirten Statuten vom 7. Dezember 1871 hierdurch nachstehende Uebersicht, welche auch durch die Kreisblätter zu veröffentlichen ist, zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Nr. Rg.	Näherer Nachweis.	Kapitalvermögen einschließlich der Werthpapiere.		B a a r.	
		M.	Pf.	M.	Pf.
	E i n n a h m e.				
	A. Bestand aus dem Rechnungsjahre 1887/88.	1 076 138	90	2 230	11
	B. An laufenden Einnahmen.				
1.	Antrittsgelder	—	—	2 640	—
2.	Gehaltsverbesserungsgelder	—	—	26 085	09
3.	Kapitalzinsen	—	—	46 492	33
4.	Jahresbeiträge der Kassenmitglieder	—	—	50 029	66
5.	Gemeindebeiträge	—	—	36 654	—
6.	Neubelegungen bezw. zurückgezahlte Kapitalien	92 250	—	98 230	—
7.	Sonstige Einnahmen	—	—	5	80
	Summa der Einnahme	1 168 388	90	262 366	99
	A u s g a b e.				
1.	Verwaltungskosten	—	—	47	06
2.	Pensionen für Wittwen und Waisen	—	—	142 308	78
3.	Neubelegungen bezw. zurückgezahlte Kapitalien	98 230	—	100 891	95
4.	Sonstige Ausgaben	—	—	393	22
	Summa der Ausgabe	98 230	—	243 641	01
	W i e d e r h o l u n g.				
	Die Einnahme für das Rechnungsjahr 1888/89 beträgt	1 168 388	90	262 366	99
	Die Ausgabe für das Rechnungsjahr 1888/89 beträgt	98 230	—	243 641	01
	Bestand am 1. April 1889	1 070 158	90	18 725	98

Potsdam, den 5. August 1890.

Königliche Regierung. Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat Juli 1890.

65.

A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	21	Markt	28	Pf.,
„ „ „ do. (mittel)	20	„	39	„
„ „ „ do. (gering)	19	„	66	„
„ „ „ Roggen (gut)	17	„	23	„
„ „ „ do. (mittel)	16	„	83	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	40	„
„ „ „ Gerste (gut)	17	„	50	„
„ „ „ do. (mittel)	15	„	67	„
„ „ „ do. (gering)	13	„	51	„
„ „ „ Hafer (gut)	18	„	47	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	71	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	87	„
„ „ „ Erbsen (gut)	19	„	60	„
„ „ „ do. (mittel)	18	„	—	„
„ „ „ do. (gering)	17	„	20	„
„ „ „ Nichtstroh	6	„	76	„
„ „ „ Heu	5	„	74	„

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag
für 50 kg

im Monat Juli Hafer Stroh Heu
9,85 Mt., 3,78 Mt., 3,61 Mt.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	27	Markt	85	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	30	„	—	„
„ „ „ Linsen	40	„	17	„
„ „ „ Kartoffeln	7	„	68	„
„ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	37	„
„ 1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	16	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	44	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	33	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	35	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	60	„
„ 1 „ Eßbutter	2	„	23	„
„ 60 Stück Eier	3	„	18	„

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32	Markt	50	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	—	„
„ „ „ Linsen	45	„	—	„

für 100 Kgr. Kartoffeln	4 Mark 75 Pf.
= 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 50 "
= 1 " " (Bauchfleisch)	1 " 20 "
= 1 " Schweinefleisch	1 " 50 "
= 1 " Kalbfleisch	1 " 36 "
= 1 " Hammelfleisch	1 " 30 "
= 1 " Speck (geräuchert)	1 " 60 "
= 1 " Eßbutter	2 " 20 "
= 60 Stück Eier	3 " 24 "

O. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats Juli 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	36 Pf.
= 1 " Roggenmehl N° 1	33 "
= 1 " Gerstengraupe	43 "
= 1 " Gerstengröße	40 "
= 1 " Buchweizengröße	44 "
= 1 " Hirse	40 "
= 1 " Reis (Java)	70 "
= 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 75 "
= 1 " " (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 " 78 "
= 1 " Speisesalz	20 "
= 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1 " 60 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50 Pf.
= 1 " Roggenmehl N° 1	40 "
= 1 " Gerstengraupe	60 "
= 1 " Gerstengröße	50 "
= 1 " Buchweizengröße	50 "
= 1 " Hirse	50 "
= 1 " Reis (Java)	80 "
= 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 " 80 "
= 1 " " (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 " 60 "
= 1 " Speisesalz	20 "
= 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1 " 30 "

Berlin, den 7. August 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen des Staatssekretärs
des Reichs-Postamts.**

Bekanntmachung.

17. Auf der Insel Helgoland ist für den Post- und Telegraphenverkehr mit dem heutigen Tage ein Kaiserlich-Deutsches Postamt in Wirksamkeit getreten. Von demselben Zeitpunkt ab finden auf den Post- und Telegraphenverkehr Helgolands die in Deutschland gültigen Tarife Anwendung; insbesondere unterliegen Postsendungen und Telegramme zwischen Helgoland und Deutschland den inneren Deutschen Taxen. Die Frankierung der auf der Insel Helgoland zur Auslieferung kommenden Postsendungen erfolgt durch Werthezeichen der Deutschen Reichs-Postverwaltung.

Berlin W., 10. August 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Post-Direktion zu Berlin.**

Verlegung des Postamts 64 (Unter den Linden).

79. Am 14. August Abends nach Dienstschluss wird das Postamt 64 aus dem Hause Unter den Linden N° 5 nach dem Hause Unter den Linden N° 12 (Hofgebäude) verlegt werden.

Berlin O., 5. August 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Potsdam.**

Bekanntmachung.

80. In Schenkendorf wird am 11. August eine mit der dortigen Postanstalt verbundene Reichs-Telegraphenanstalt eröffnet werden.

Potsdam, 9. August 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

**Bekanntmachungen des Königlich
Konistoriums der Provinz Brandenburg.**

Errichtungs-Befugung.

11. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths wird die in der Pfarche D.-Krborf, Diözese Esla-Land II., bestehende Hilfspredigerstelle in ein Diaconat umgewandelt, welches am 1. Juli d. J. ins Leben tritt.

Personal-Chronik.

Von des Kaisers und Königs Majestät ist dem Domänenpächter, Oberamtmann Otto Müller in Königsborn die Charac er als „Amirath“ Allergrüdig verliehen worden.

Dem Pächter des Joachimsthal'schen Schulamts-guts zu Neuendorf im Kreise Angermünde Herrn Siegmund Meyer ist der Charakter als „Königlicher Ober-Amtmann“ verliehen worden.

Die Ober-Försterstelle Zinna ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Ober-Förster Lehnpsuhl zu Grünhof übertragen worden.

Der Civil-Anwärter Paul Müller ist zum Regierungs-Civil-Supernumerarius ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer in Rheinsberg Johann Christoph Gottlob Karl Naud ist zum 11. Diaconus an der St. Bartholomäus-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin-Stadt I., bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Juli sind:

ernannt: zum Telegraphenamtskassier der Ober-Postdirectionssekretair Bollmer,
angestellt: als Telegraphenmechaniker die Telegraphen-Hilfsmechaniker Bremer und Krause,
versetzt: von Berlin. Ober-Postdirectionssekretair Pusch nach Hamburg, Ober-Postsekretair Klotz nach Danzig, Postsekretair Bräse nach Bromberg, Postsekretair Bundschuh nach Karlsruhe (Baden), Postsekretair Williger nach Frankfurt (Oder), Ober-Telegraphenassistent Frömmchen nach Grünberg

(Schl.), nach Berlin Telegraphendirektor Jaitte von Edin (Rhein), Ober-Postsekretär Severin von Inowrazlaw, Postsekretär Kade von Liegnitz, Postsekretär Prochnow von Greifenhagen, in den Ruhestand versetzt: Telegraphendirektor Hane, Ober-Postsekretär von Wexerhagen, die Postsekretäre Brieße, Hensel und Thiele, gestorben: Telegraphenassistent Kählewind.

Personalveränderungen
im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Staatwäufig angestellt ist: der Postassistent Linden-berg als Postverwalter in Wiesenburg (Mark), der Telegraphenanwärter Grardt als Telegraphen-assistent in Wittenberge (Bez. Potsdam) 2. Bst.

Ernannt ist: der Telegraphensekretär Thienel in Potsdam zum Ober-Telegraphensekretär.

Versetzt ist: der Postverwalter Glasewald von Gerhausen (Uckermark) nach Trebbin (Kr. Teltow)

In den Ruhestand getreten ist: der Postsekretär Spielberger in Neu-Ruppin.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen

für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Wintersemester beginnt am 15. Oktober.

Von den für das Wintersemester 1890/91 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studierenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche Bildung. Einleitung in das Studium der Landwirtschaft: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. Allgemeine Ackerbaulehre: Derselbe. Allgemeine Thierzuchtlehre: Derselbe. — Spezielle Thierzuchtlehre: Prof. Dr. Freytag. — Landwirtschaftliche Buchführung und Abrechnungslehre: Derselbe. — Mollereiwesen: Dr. Albert. — Rindviehhaltung: Derselbe. — Landwirtschaftliches Repetitorium: Dr. Heyer. — Obstbaulehre: Derselbe. — Die Kultur der exotischen Nutzpflanzen: Derselbe. — Forstwissenschaft (Laubhölzer und Forsteinrichtung): Prof. Dr. Ewald. — Landwirtschaftliche Handelswissenschaft: Deconomierath von Mendel-Steinfels. — Grundzüge der Anatomie und Physiologie der Hausäugethiere: Prof. Dr. Püg. — Ueber die wichtigsten Krankheiten unserer Haus-thiere mit besonderer Berücksichtigung der Seuchen und Pferdekrankheiten, sowie der auf den Menschen übertragbaren Thierkrankheiten: Derselbe. — Elemente der Mechanik und Maschinenlehre: Prof. Dr. Cornelius. — Landwirtschaftliche Maschinen- und Geräthekunde: Prof. Dr. Büß. — Drainage und Biesenbau: Derselbe. — Landwirtschaftliche Baulehre: Regierungsbaumeister Knoh. — Experimental-Chemie: Prof. Dr. Bolhard. — Grundzüge der organischen Chemie: Prof. Dr. Döbner. — Analytische Chemie: Dr. Erdmann. — Agrikultur-Chemie, 1. Theil (die Naturgesetze der Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen): Prof. Dr. Märker. — Technologie der Kohlenhydrate (Landwirtschaftliche Nebengewerbe): Derselbe. — Gesteins-

lehre als Grundlage der Bodenkunde: Prof. Dr. von Fritsch. — Elemente der Geologie: Prof. Dr. Brauns. — Technische Geologie: Derselbe. — Anatomie und Physiologie der Pflanzen: Prof. Dr. Kraus. — Pflanzenfamilien: Derselbe. — Bakteriologie: Prof. Dr. Jopf. — Elemente der Zoologie: Prof. Dr. Grenacher. — Ausgewählte Kapitel aus der thierischen Morphologie: Derselbe. — Naturgeschichte der Säugethiere: Prof. Dr. D. Taschenberg. — Ueber thierische Parasiten: Derselbe. — Physiologie der vegetativen Prozesse: Prof. Dr. Bern-stein. — Ausgewählte Kapitel der Hygiene für Land-wirthe: Prof. Dr. Reul. — Ueber die deutschen Colo-nien: Dr. Schenzl. — Nationalökonomie, 1. theoretischer Theil: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — Geschichte der Nationalökonomie: Ders. — Geschichte und Theorie der Statistik und deren 1. Theil: Bevölkerungsstatistik: Derselbe. — Finanzwissenschaft: Prof. Dr. Friedberg. — Theorie der Steuern: Prof. Dr. Eilenhart. — Nationalökonomisches Repetitorium: Prof. Dr. Fried-berg. — Handelsrecht und Wechselrecht: Prof. Dr. Laatz. — Landwirtschaftsrecht: Prof. Dr. Kämelin. b. In Rücksicht auf staatswissenschaftliche und allgemeine Bildung, insbesondere für Studierende höherer Semester. Vorlesungen aus dem Gebiete der Staatswissenschaften, der Philosophie, Geschichte, Literatur und ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Loening, Huber, Erdmann, Haym, Drossen, Lindner, Ewald, Baßinger, Hufferl, Uppes, Diehl u. a. Theoretische und praktische Uebungen. Staats-wissenschaftliches Seminar: Geh. R.-R. Prof. Dr. Con-rad. — Statistische Uebungen: Derselbe. — Praktische Uebungen im chemischen Laboratorium: Prof. Dr. Bol-hard und Prof. Dr. Döbner. — Mineralogische und geologische Uebungen: Prof. Dr. v. Fritsch und Prof. Dr. Lübeck. — Mikroskopische und physiologische Praktikum und Pflanzendemonstrationen: Prof. Dr. Kraus. — Untersuchungen im kryptogamischen Labo-ratorium: Prof. Dr. Jopf. — Zoologische Uebungen: Prof. Dr. Grenacher. — Klinische Demonstrationen in der Thierklinik und mikroskopische Uebungen: Prof. Dr. Püg. — Uebungen im landwirtschaftlich-physio-logischen Laboratorium: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Uebungen im Untersuchen und Beurtheilen der Wolle: Prof. Dr. Freytag. — Uebungen im Be-stimmen der Obstsorten: Prof. Dr. Heyer. — Tech-nische Excursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Büß. — Technologische Excursionen: Prof. Dr. Märker. — Unterricht im Zeichnen und Malen: Zeichenlehrer Schenk.

Nähere Auskunft ertheilt die durch jede Buchband-lung zu beziehende Schrift: Das Studium der Land-wirtschaft an der Universität Halle, Coburg, E. Kühn's Verlagsbuchhandlung 1888. Dieselbige Anzeigen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Halle (Saale), im Juli 1890.

Dr. Julius Kühn, Geh. Reg.-Rath, ordentl. öffentl. Professor und Direktor des landwirtschaftlichen Instituts an der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. auf 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Adalbert Mayer, Geschirrhändler,	geboren 1870 zu Salz- burg, Oesterreich, orts- angehörig zu Raubers, Bezirk Lander, Tirol.	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Lands- berg,	3. Juli 1890.
2	Georg Pellin, Geschirrhändler,	geboren im April 1870 zu Fischen, Bezirk Sont- hofen, Bayern, orts- angehörig zu Telfs, Bezirk Innsbruck, Tirol.	desgleichen,	daselbe,	desgleichen.
3	Mathäus Polauf, Bäckergehilfe,	29 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Schüttenhofen, Böh- men,	desgleichen,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	28. Juni 1890.
4	Thomas Seifert, Metzger und Bräuer,	geboren am 26. De- cember 1859 zu Nepic, Bezirk Strakonitz, Oesterreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	Stadtmagistrat Straubing, Bayern,	30. Juni 1890.
5	Anton Blach, Eisengießer,	geboren am 15. Mai 1852 zu Chalouspel, Bezirk Horowitz, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	daselbe,	desgleichen.
6	Adalbert Bobrazka, Kommis,	geboren am 17. Mai (März?) 1841 zu Neudittling, Bezirk Pil- gram, Böhmen,	Betteln im wiederholten Mißfall,	Stadtmagistrat Reamten, Bayern,	20. Juni 1890.
7	Anton Zinedner, Tischlergehilfe,	geboren am 20. August 1873 zu Marienthal, Bezirk Zwidau, Kö- nigreich Sachsen, orts- angehörig zu Arnau, Kreis Zittau, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	28. Juni 1890.
8	Joseph Gafner, Steinmetzgehilfe,	geboren am 18. März 1866 zu Pressburg, Ungarn, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Gungen- hausen,	1. Juli 1890.
9	Josef Patzyl, Schlosserlehrling,	geboren am 3. Juni 1872 zu Wozlau, Be- zirk Passau, Bayern, ortsangehörig zu Bern- hardsschlag, Bezirk Freistadt, Ober-Oester- reich,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Passau,	11. Juli 1890.
10	Josef Seyl, Schuhmacher,	geboren am 15. Oktober 1842 zu Bystra, Bezirk Politischka, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	Betteln im wiederholten Mißfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Eriognitz,	15. Juli 1890.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
11	Leon Louis Leblanc, Bierfer,	geboren am 26. Januar 1865 zu Tournan, Departement Seine et Marne, Frankreich, ortsangehörig ebendas.,	Landstreicherei,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg.,	10. Juli 1890.
12	Adwig Rusp, Tagner,	geboren am 9. Oktober 1849 zu Challe à Mon- tagne, Frankreich,	Landstreicherei u. Betteln,	derselbe,	13. Juli 1890.
13	Margaretha Peiffer, unverehelicht,	geboren am 1. Oktober 1863 zu Schengen, Luxemburg, ortsange- hörig ebendaselbst,	Übertretung sittenpolizei- licher Vorschriften,	derselbe,	17. Juli 1890.
14	Anton Pietsch, Kommis,	40 Jahre alt, geboren zu Komotau und orts- angehörig zu Märzdorf, Bezirk Komotau, Böh- men,	Landstreicherei,	Stadtmagistrat Deg- gendorf, Bayern,	19. Juni 1890.
15	Andreas Rojetti, ohne Stand,	14 Jahre alt, geboren zu Horni-Babicevow, Komitat Trencsin, Un- garn,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	11. Juni 1890.
16	Josef Scheithauer, ohne Stand,	geboren im Jahre 1876 zu Gurschdorf, Bezirk Weidenau, Oesterreich- Schlesien, ortsangehö- rig ebendaselbst,	Landstreicherei und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. Juni 1890.
17	Johann Stephan, Arbeiter,	geboren am 5. Januar 1870 zu Lischewitz, Bezirk Teitschen, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	16. Juli 1890.
18	Josef Weber, Bräuer,	21 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Thayern, Bezirk St. Pölten, Oesterreich, ortsangehörig ebendas.,	desgleichen,	Königlich Bayrisches Bezirksamt zu Bils- biburg,	9. Juni 1890.
19	Josef Wisniewski, Arbeiter,	etwa 44 Jahre alt, ge- boren zu Rokre, Kreis Gyntoschau, Gouverne- ment Petrikau, Ruf- sch-Polen,	Landstreicherei,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	desgleichen.
20	Friedrich Zimmer, Arbeiter,	geboren am 20. Januar 1842 zu Niederbartau, Bezirk Libau, Rußland, ortsangehörig ebendas.,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	16. Juli 1890.

Hierzu Zwei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 34.

Den 22. August

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungsraths.

Vorsth. in den Schiedsgerichten für land- und forstwirtschaftliche Unfall-Versicherung.

187. Nachdem Seitens der zuständigen Herren Minister der Regierungsrath Freiherr von Speßhardt zum Vorsitzenden der Schiedsgerichte für land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung in den Kreisen Angermünde, Oberbarnim, Ost- und Westhavelland, Prenzlau, Ost- und Westprignitz, Rupp. und Templin, sowie in dem Stadtkreise Spandau ernannt worden, ist nunmehr der Regierungssassessor Hedemann zum St. Vertreter der beiden Vorsitzenden für die erwähnten Schiedsgerichte, nämlich des Regierungsraths Heidsfeld und des Regierungsraths Freiherrn von Speßhardt bestellt.

Potsdam, den 9. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisung

der den Communal-Verbänden aus den landwirtschaftlichen Böllen des Rechnungsjahres 1889/90 überwiesenen Beträge.

188. In Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Mai 1885 (Gef.-S. S. 128) sind aus den Erträgen der Getreide- und Viehzölle des Rechnungsjahres 1889/90 an die Communal-Verbände folgende Beträge überwiesen:

1)	dem Kreise Prenzlau	142 412	Mart,
2)	" " Templin	74 120	"
3)	" " Angermünde	132 118	"
4)	" " Oberbarnim	147 650	"
5)	" " Niederbarnim	225 589	"
6)	" Stadtkreise Charlottenburg . . .	78 634	"
7)	" Kreise Teltow	237 071	"
8)	" " Beeskow-Storkow	62 969	"
9)	" " Jüterbog-Luckenwalde	90 567	"
10)	" " Zauch-Belzig	117 123	"
11)	" Stadtkreise Potsdam	81 990	"
12)	" Kreise Osthavelland	106 956	"
13)	" Stadtkreise Spandau	34 056	"
14)	" " Brandenburg	43 648	"
15)	" Kreise Westhavelland	90 118	"
16)	" " Rupp.	135 047	"
17)	" " Ostprignitz	116 167	"
18)	" " Westprignitz	143 999	"

zusammen 2 060 234 Mart,

was hierdurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.

Potsdam, den 14. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Sperrung der Aufzugsöffnung an der Langen Brücke über die Dahme in Cöpenick.

189. Dem Schiffahrttreibenden Publikum wird hierdurch zur Kenntniss gebracht, daß der Neubau der festen Brücke über die Dahme bei Cöpenick soweit vorgeschritten ist, daß vom 13. September d. J. ab Schiffe durch dieselbe nur noch mit niedergelegtem Rasse fahren können.

Potsdam, den 13. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten.

190. Nachdem das Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den hiesigen Wahlbezirk, Landrath Dr. Kellch in Folge seiner Ernennung zum ständigen Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern ausgeschieden ist, hat eine Ersatzwahl stattzufinden.

Zu diesem Zwecke habe ich den Herrn Oberbürgermeister Bode hieselbst zum Wahlkommissar ernannt und den Tag der Wahlmänner-Ersatzwahlen auf den 18. September d. J., den Tag zur Wahl des Abgeordneten auf den 23. September d. J. festgesetzt.

Potsdam, den 14. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehsenken.

191. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Mehrow, unter den Kühen der Erbsigergewitwe Kemnitz und des Erbsigers Saland zu Neuhausen, Kreis Niederbarnim, unter den Zugochsen des Rittergutes Brigg, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

der Milzbrand auf dem Rittergute Haus Jossen, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gemeindevorstehers Griefe zu Blankenburg, Kreis Niederbarnim, unter den Schafen des dem Rittergutsbesitzer A. Stölze zu Döbrow gehörigen Bornwerks Werlowshof, Kreis Osthavelland;

die Influenza unter dem Pferdebestande des Bauerntumsbesizers Andri zu Gnewidow und des Brauereibesizers Wäcker zu Neu-Rupp. Kreis Rupp. .

Potsdam, den 19. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

S. Nachdem die Einnahmen und Ausgaben der Königl. Preussischen Allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt auf die Regierungshauptkassen über-

gegangen sind, ertheilen die Quittungsformulare zu den Wittwenpensionen folgende Abänderungen:

Zunächst sind zu den Quittungen die bisher üblichen Formulare anzuwenden, indessen ist statt des Sages:

„habe ich aus der Königlich Preussischen General-Wittwenkasse baar gezahlt erhalten“

zu setzen:

„habe ich als Angehörige der Preussischen Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt aus der Regierungshauptkasse zu Potsdam baar gezahlt erhalten.“

Hat ein Vormund oder Pfleger der Empfangsberechtigten zu quittiren, so muß der letztere Satz lauten:

„habe ich als bestellter Vormund (Pfleger) der vorbezeichneten Angehörigen der Preussischen Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt aus u. s. w.“

Die Zahlung der Wittwen-Pensionen erfolgt am 1. April und 1. Oktober jeden Etatsjahres in Halbjahres-Raten im Voraus. Es ist daher zu quittiren:

- a. bei den Zahlungen der April-Rate für das erste Halbjahr des Etatsjahres,
- b. bei den Zahlungen der Oktober-Rate in den Fällen, in welchen auch die April-Rate bereits gezahlt ist,

über den Gesamtbetrag der Pensionen für das betreffende Etatsjahr, also abweichend von dem bisher üblich gewesenen Verfahren, durch Jahresquittung,

in solchen Fällen dagegen, in welchen, die Pensionszahlung erst vom 1. Oktober des betreffenden Etatsjahres ab begonnen hat,

für das zweite Halbjahr des Etatsjahres,

Die oben bereits erwähnte Abänderung des Quittungs-Formulars besteht also darin, daß an Stelle der Worte:

„am 1ten 18. . . für ein halbes Jahr praenumerando gebührende“

gesetzt wird, in den Halbjahrs-Quittungen:

„für das (erste) (zweite) Halbjahr des Etatsjahres 18. . . gebührende“

und in den Jahresquittungen:

„für das Etatsjahr 18. . . gebührende“.

Potsdam, den 16. August 1890.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

18. Der am 25. Juni von Hamburg und am 2ten Juli von Lissabon abgegangene Dampfer „Buenos Aires“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft ist auf der Reise nach Brasilien am 24. Juli bei Jeparara auf Raza Islands bei der Einfahrt in die Bucht von Rio de Janeiro gestrandet. Die

zur Zeit des Unfalls an Bord gewesene Post hat nicht gerettet werden können und ist als verloren zu betrachten.

Berlin W., 11. August 1890.

Reichs-Postamt, 1. Abtheilung.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

10. Nachstehende Vorschriften des Bundesraths, betreffend die Aenderung und Ergänzung des Regulativs für Gewerbsanstalten, in denen unter steuerlicher Kontrolle stehender Branntwein gereinigt werden darf, werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 19. Juli 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

* * *

Unter § 9 sind unter Streichung der jetzigen §§ 10 und 11 beziehungsweise der Anlage T 3 folgende Paragraphen einzuschalten:

§ 9a. Ungereinigter Branntwein darf aus der Gewerbsanstalt nicht ausgeführt werden.

Besitzer von unter steuerlicher Kontrolle stehenden Branntwein-Reinigungsanstalten, welche mit ungereinigtem Branntwein handeln wollen, haben denselben unter steuerlichem Mitverschluß zu lagern. Ob ausnahmsweise die Entnahme einer Post ungereinigten Branntweins aus der Reinigungsanstalt aus besonderen Gründen erfolgen darf, bleibt von der Bestimmung der Direktivbehörde abhängig.

Branntwein, welcher in der Reinigungsanstalt nur einen Filtrations-, keinen Destillationsprozeß durchgemacht hat, ist als ungereinigter zu behandeln.

Ausnahmsweise darf jedoch Branntwein, welcher nur der Filtration unterzogen worden ist, in solchen Reinigungsanstalten als gereinigter behandelt werden, welche schon früher Branntwein im Wege der Filtration ohne Destillation gereinigt haben. Die näheren Bestimmungen hierüber sind für jede einzelne betheiligte Gewerbsanstalt von der obersten Landes-Finanzbehörde zu treffen. Auf nur filtrirten Branntwein finden die Vorschriften im § 11a. keine Anwendung.

In den Anmeldungen und Abmeldungen ist seitens des Inhabers der Gewerbsanstalt stets ausdrücklich anzugeben, ob der angemeldete Branntwein „ungereinigter“, beziehungsweise der abgemeldete „gereinigter“ ist.

§ 9b. Die Bestimmung, daß Branntwein, welcher behufs der Ausfuhr oder der steuerfreien Verabfolgung zu gewerblichen u. s. w. Zwecken unter Inanspruchnahme einer Steuervergütung oder eines Verbrauchs-Abgabenerlasses zur steuerlichen Abfertigung gestellt wird, einen Fuselölgehalt von nicht mehr als 2 Gewichtsprozent der in dem Branntwein enthaltenen Menge reinen Alkohols besitzen darf, findet auf Reinigungsanstalten gleichfalls Anwendung.

Die Einfuhrung von Fuselölen in die Reinigungsanstalten ist verboten.

§ 9c. Auch alle Nebenerzeugnisse des Reinigungsverfahrens (Fuselöle u.), welche behufs steuerfreien

Uebergangs in den freien Verkehr aus der Reinigungsanstalt entfernt werden sollen, sind zuvor zum Ausgang abzumelden und amtlich abzufertigen.

Die Abmeldungen erfolgen nach Anlage T 3, über dieselben ist ein Notizregister nach Anlage T 4 zu führen.

Der Gehalt dieser steuerfrei zu lassenden Nebenerzeugnisse an eigentlichen Delen hat mindestens 75 Prozent zu betragen. Die Prüfung hat nach der anliegenden Anleitung zu erfolgen.

Ergibt die Prüfung Bedenken gegen die vorschriftsmäßige Beschaffenheit, so ist, unter Entnahme einer Probe von mindestens 1 Liter, eine Untersuchung durch einen amtlich bestellten Chemiker herbeizuführen und die Ausgangsfertigung, vorbehaltlich des etwa einzuleitenden Strafverfahrens, vorläufig zu versagen.

Die in den steuerfrei lassenden Nebenerzeugnissen enthaltene Alkoholvermenge wird vom Konto der Reinigungsanstalt nicht abgeschrieben.

Auf Antrag des Anstaltsinhabers kann die Verrechnung der Nebenerzeugnisse unter amtlicher Aufsicht und unter Eintragung der verbleibenden Menge in das Notizregister erfolgen. Der Antrag ist ohne Rücksicht auf den Methylnalkoholgehalt der Nebenerzeugnisse zulässig.

§ 9d. Der Inhaber der Reinigungsanstalt hat sich für jeden Einzelfall, in dem nachgewiesen werden sollte,

- 1) daß Branntwein, Fuselöl oder sonstige Erzeugnisse des Reinigungsverfahrens ohne Abmeldung oder ohne amtliche Abfertigung aus der Anstalt entfernt, oder daß Fuselöl in die Anstalt eingebracht worden, oder
- 2) daß gereinigter Branntwein als ungereinigter zur Anstalt angemeldet oder ungereinigter oder lediglich der Filtration unterworfen als gereinigter Branntwein aus der Anstalt abgemeldet worden, oder
- 3) daß der aus der Anstalt beziehe der Ausfuhr oder der Verwendung zu gewerblichen u. s. w. Zwecken unter Inanspruchnahme einer Steuervergütung oder eines Verbrauchsabgabenerlasses abgemeldete Branntwein einen Gehalt an Fuselölen von zusammen mehr als 2 Gewichtsprozent der in dem Branntwein enthaltenen Menge reinen Alkohols oder die abgemeldeten Nebenerzeugnisse einen Gehalt an eigentlichen Delen von weniger als 75 Prozent gehabt, oder
- 4) daß die zur Aufbewahrung des Branntweins in der Anstalt dienenden Sammelgefäße, Bassins, Bottiche u., oder die an denselben zur Feststellung ihres Raumgehaltes oder Inhaltes an Flüssigkeit angebrachten Zahlenangaben, Skalen, Schwimmervorrichtungen und dergleichen in einer die Steuerbehörde über den wahren Raumgehalt oder Inhalt zu täuschen geeigneten Weise abgeändert worden,

einer von der Direktivbehörde endgültig festzusetzenden Konventionalstrafe bis zu 10,000 Mark protokolllarisch

zu unterwerfen, unbeschadet des daneben etwa einzuleitenden Strafverfahrens.

Neben der Konventionalstrafe tritt die Entziehung der Vergünstigung ein, unter steuerlicher Kontrolle stehenden Branntwein nach Maßgabe dieses Regulativs weiterhin reinigen zu dürfen, sofern nicht die oberste Landes-Finanzbehörde glaubt, ausnahmsweise von der letzteren Maßregel absehen zu können.

§ 9e. Die Bestimmungen im § 9 Absatz 5 und Absatz 6 erster Satz, im § 9a. Absatz 1 und 3, § 9b. Absatz 2, § 9c. Absatz 1 und § 9d. sind durch dauernden Ausgang an einer oder mehreren von der Steuerbehörde zu bestimmenden Stellen der Anstalt zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

V. Bestandsaufnahme.

§ 10. Alljährlich zweimal, und zwar, sofern nicht mit Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse der Gewerbsanstalt seitens der Direktivbehörde ein anderer Termin zugelassen wird, in den Monaten Juni und Dezember finden amtliche Bestandsaufnahmen des in der Gewerbsanstalt befindlichen, zur Reinigung abgelassenen Branntweins statt, und zwar an einem von der Steuerbehörde 8 Tage vorher zu bestimmenden Tage. Der Inhaber der Gewerbsanstalt ist verpflichtet, deren Verrieb so einzurichten, daß an dem festgesetzten Tage Borräthe von stark fuselhaltigem Branntwein in erheblichen Mengen nicht vorhanden sind, sowie daß die amtliche Aufnahme der Bestände ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten ermöglicht wird. Insbesondere hat er dafür Sorge zu tragen, daß der vorhandene Branntwein durch thunlichste Vollfüllung der Sammelgefäße (Bassins, Bottiche u.) möglichst konzentriert und dadurch die Ermittlung des Bestandes vereinfacht und sicherer gestaltet wird.

Zum Zwecke dieser Bestandsaufnahme ist spätestens am Tage vor dem bestimmten Termine von dem Inhaber oder bevollmächtigten Vertreter der Anstalt eine Bestands-Markation nach Anlage T 6 bei der Steuerstelle abzugeben.

§ 11. Die Bestandsaufnahme hat durch 2 Beamte, darunter einen Oberbeamten, zu erfolgen und ist auf Feststellung der vorhandenen Litermenge reinen Alkohols zu richten.

Zur Herbeiführung einer möglichst genauen Feststellung des Istbestandes ist seitens der Steuerbehörde darauf hinzuwirken, daß die in der Gewerbsanstalt vorhandenen Branntweinbestände thunlichst der Verwiegung zugänglich gemacht werden. Insoweit die letztere, z. B. wegen der Größe der Borräthe, nicht zugänglich erscheint, erfolgt die Feststellung der in den einzelnen Sammelgefäßen u. vorhandenen Litermenge reinen Alkohols nach Maßgabe des § 18 der Anleitung zur Ermittlung des Alkoholgehalts im Branntwein.

Hierauf ist der Sollbestand durch Abzug der seit der letzten Bestandsaufnahme nach dem Kontorregister aus der Anstalt zum Ausgange abgefertigten Litermenge reinen Alkohols von der Summe des bei der letzten Bestandsaufnahme ermittelten Istbestandes zugänglich der

seitdem nach dem Kontoregister in die Anstalt eingebrachten Litermenge reinen Alkohols zu berechnen.

Ergiebt hiernach der Istbestand eine Fehlmenge gegenüber dem Sollbestande, so kann die wirkliche Fehlmenge bis zur Höhe von 1 Prozent der seit der letzten Bestandsaufnahme zur Verarbeitung in der Reinigungsanstalt gelangten Alkoholmenge steuerfrei abgeschrieben werden; ein den Satz von 1 Prozent übersteigendes Risiko ist zur Besteuerung zu ziehen. Als verarbeitete Menge ist hierbei die Differenz zwischen dem bei der gegenwärtigen Bestandsaufnahme ermittelten Istbestande an ungereinigtem Branntwein und der Summe des bei der letzten Bestandsaufnahme vorgefundenen Istbestandes an ungereinigtem Branntwein zuzüglich der seitdem nach dem Kontoregister in die Anstalt eingebrachten Litermenge reinen Alkohols anzusehen (vergl. Anlage T 6). Ist ausnahmsweise ungereinigter Branntwein aus der Anstalt wieder ausgeführt worden, so ist derselbe von der letzteren Summe abzuziehen.

§ 11a. Der 1 Prozent übersteigende wirkliche Schwund, bis zu $2\frac{1}{2}$ Prozent der seit der letzten Bestandsaufnahme zur Verarbeitung gelangten Alkoholmenge, ist in denselben Gewerbsanstalten steuerfrei abzuschreiben, welche sich den nachstehenden fernerer Bedingungen unterwerfen:

- 1) Branntwein und sonstige Erzeugnisse des Reinigungsverfahrens, welche sich bereits im freien Verkehr

befinden, dürfen innerhalb des Bereichs der Reinigungsanstalt und des zugehörigen Areals nicht gelagert, sämtliche zum Ausgang amtlich abgefertigte Erzeugnisse müssen möglichst bald nach der Abfertigung, und zwar unter den Augen des Abfertigungsbeamten, aus dem Bereiche der Reinigungsanstalt entfernt werden. Im Bedarfsfalle können Ausnahmen seitens der Direktivbehörden unter Anordnung anderweiter Sicherungsmaßregeln zugelassen werden.

- 2) Der Inhaber der Anstalt hat sich protokollarisch der im § 9 d. bezeichneten Konventionalstrafe, neben welcher die sonstigen dortbezeichneten Folgen gleichfalls eintreten, auch für jeden Einzelfall zu unterwerfen, in dem nachgewiesen werden sollte, daß dem in Nr. 1 enthaltenen Verbote entgegen Erzeugnisse des Reinigungsverfahrens ohne Zuziehung von Beamten bei dem Ausgange aus der Anstalt entfernt, oder, bei der ausnahmsweisen Befreiung von dem gedachten Verbote, den angeordneten Sicherungsmaßregeln zuwider gehandelt worden.
- 3) Die nach Maßgabe der vorstehenden Nr. 1 für die einzelne Reinigungsanstalt geltenden Bestimmungen sowie die Vorschrift zu Nr. 2 sind durch dauernden Aushang an einer oder mehreren von der Steuerbehörde zu bestimmenden Stellen der Anstalt zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Nr. des Rotizregisters.

Anlage T 3.

A b m e l d u n g

von

Nebenerzeugnissen des Reinigungsverfahrens (Kusföle u. s. w.), welche aus der Branntwein-Reinigungsanstalt des zu Straße Nr. behufs steuerfreien Uebergangs in den freien Verkehr ausgeführt werden sollen.

Angabe des Abmelders.				Revisionsbefund.			
Zahl und Art der Umschließungen.	Zeichen und Nummer	Bezeichnung des Inhalts.	Bruttogewicht.	Zahl und Art der Umschließungen.	Zeichen und Nummer	Bezeichnung des Inhalts.	Bruttogewicht.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.

Datum und Unterschrift
des Abmelders.

Datum und Unterschrift
der Abfertigungsbeamten.

Notizregister

über

die aus der Branntwein-Reinigungsanstalt des zu
 Straße Nr. . . . beaufs Uebergangs in den freien Verkehr ausgeführten Nebenzeugnisse des Reinigungs-
 verfahrens (Fuselöl u. s. w.).

Dieses Register enthält Blätter, welche
 mit einer mit dem Dienstiegel hier angefügten Schnur
 durchzogen sind.

Geführt von

., den . . . ten 18 . .

Laufende Nummer	Zahl und Art der Umschließungen	Bezeichnung des Inhalts.	Brutto- gewicht.	T a g der Ausgangs-Abfertigung.	Bemerkungen.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Anweisung

zur

Prüfung des Fuselöls (§ 9c.).

In ein reines und trockenes Probirglas wird bis zu einem dem Volumen von 30 ccm entsprechenden Striche Chlorcalciumlösung des specifischen Gewichts 1,225 gebracht; sodann wird bis zu einem das Volumen von 40 ccm anzeigenden Striche das zu untersuchende Fuselöl aufgefällt. Hierauf wird das Glas mit einem gut passenden Kork verschlossen und eine Minute lang kräftig durchgeschüttelt. Man stellt alsdann das Gefäß senkrecht auf und löst die beiden Schichten sich sondern. Etwa an den Wänden sitzende Deliröpschen entfernt man durch sanftes senkrecht Klopfen auf die Handfläche oder durch Drehen der Röhre zwischen den Fingern. Haben sich nunmehr die beiden Schichten gesondert, so soll die

obere Schicht nach unten hin wenigstens noch bis zu dem mit 32,5 ccm bezeichneten Striche reichen, also wenigstens dem Volumen von 7,5 ccm entsprechen.

Demnachst werden in ein zweites trockenes Glas 100 ccm des zu untersuchenden Fuselöls gefüllt und demselben 5 ccm reines Wasser (destillirtes oder allenfalls Regenwasser) hinzugefügt. Wiederum wird das Glas mit einem gut passenden Kork verschlossen und eine Minute lang kräftig geschüttelt. Hierauf soll das Gemisch trübe erscheinen.

Die bei diesem Verfahren zu verwendende Chlorcalciumlösung wird entweder fertig aus Apotheken bezogen und mit einem amtlich beglaubigten Aräometer bei einer Temperatur von nahezu 15° geprüft oder selbst hergestellt, indem man 25 gr wasserfreies Chlorcalcium in 100 ccm Wasser löst und die Lösung, falls sie nicht klar sein sollte, filtrirt. Die einmal richtig bereitete Lösung kann in gut verschlossenen Gläsern beliebig lange aufbewahrt werden, ohne Veränderungen zu erleiden.

der Branntweinbrennende zum
am
in der Branntwein-Reinigungs
zu

- 1) Die Spalten 1 bis 6 und 16 bis 21 sind vom Anmelder, die übrigen von den Revisionsbeamten
- 2) In jeder der Abtheilungen A und B sind die Gefäße, welche bereits in der Anstalt verarbeitete aufzuführen.
- 3) Bei jeder Feststellung des Brutto- und Nettogewichts eines Gefäßes sind Bruchtheile eines Kilogramm, oder mehr beizugeben, als ein halbes Kilogramm anzunehmen.
- 4) Welche von den in Spalte 8 bezeichneten beiden Arten der Taraermittelung zur Anwendung gekommen, ersichtlich zu machen.
- 5) Bei jeder Feststellung einer Utermenge sind in der Schlußsumme sich ergebende Bruchtheile des Lit.

A. Bestände, welche durch Verwiegung ermittelt werden können.														
Laufende Nummer.	Anmeldung					Revisionsbefund.								
	Der Gefäße (einzeln aufzuführen)			Des Branntweins		Der Gefäße				Des Branntweins				
	Ver- zeich- nung.	Num- mer.	Brutto- gewicht nach Abzug etwaiger Koll- bänder kg	wahre Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten Pro- zent.	Liter- menge reinen Alko- hols l	Brutto- gewicht nach Abzug etwaiger Koll- bänder kg	a. durch Feuer- amtliche Verwie- gung; b. auch amtlich er- mittelte Tara kg	Nettogewicht nach Abzug der amtlich ermit- telten Tara (Spalte 8) kg	R-r- mal- Tara kg	Schein- bare Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten Pro- zent.	Tempe- ratur- grade nach Celsius	wahre Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten Pro- zent.	Liter- menge reinen Alkohols l	Bemer- kungen.
1	2	3	4	5.	6.	7.	8	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.

I. Gefäße, welche bereits in der Anstalt verarbeitete Bestände enthalten:

[illegible]

II. Gefäße, welche in der Anstalt noch nicht verarbeitete Bestände enthalten.

[illegible]

Abgegeben, den . . . ten 189 . .

U n g

Zweck der Bestandsaufnahme

. 189 . .

Anstalt d

. Straße Nr.

t u n g

auszufüllen.

Bestände enthalten, unter I., diejenigen, welche noch nicht verarbeitete Bestände enthalten, unter II. gesondert wenn sie unter einem halben Kilogramm bleiben, außer Betracht zu lassen, wenn sie aber ein halbes Kilogramm ist von den Revisionsbeamten durch Vorsetzen des Buchstabens a oder b vor das ermittelte Taragewicht wenn sie unter einem halben Liter bleiben, unberücksichtigt zu lassen, andernfalls auf ein ganzes Liter abzurunden.

B. Bestände, welche nicht durch Verwiegung ermittelt werden können

Laufende Nummer.	Anmeldung.					Revisionsbefund.							Bemer- kungen.
	Der Gefäße (einzeln aufzuführen)		Inhalt.			Des Branntweins				Die Litermenge des Branntweins in Spalte 22 von der in Spalte 24 angegebenen Temperatur und der in Spalte 25 angegebenen wahren Stärke entspricht einer Gewichtsmenge von	Aus Spalten 25 und 26 ergibt sich als vorhandene Litermenge reinen Alkohols		
	Be- zeich- nung.	Num- mer.	an Brannt- wein	wahre Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten	an reinem Alkohol	vor- gefun- dene Liter- menge	schein- bare Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten	Tempe- ratur- grade nach Celsius	wahre Stärke in Ge- wichts- Pro- zenten				
												Pro- zent	
16	17.	18.	19.	20	21.	22.	23.	24	25.	26.	27.	28.	

I. Gefäße, welche bereits in der Anstalt verarbeitete Bestände enthalten.

II. Gefäße, welche in der Anstalt noch nicht verarbeitete Bestände enthalten.

Datum und Unterschrift
des Anmelders.Datum und Unterschrift
der Revisionsbeamten.

A b f c h l u ß.

Ißbestand bei der letzten Bestandsaufnahme am 15. Juni d. J.:

a. an ungereinigtem Branntwein . . . 7 790 l reinen Alkohols
b. an gereinigtem Branntwein . . . 1 000 " "

8 790 l reinen Alkohols.

Neue Anschreibung seit der letzten Bestandsaufnahme . . . 130 005 " "

zusammen . . . 138 795 l reinen Alkohols.

Abschreibung seit der letzten Bestandsaufnahme . . . 117 813 " "

Sollbestand . . . 20 982 l reinen Alkohols.

Bei der gegenwärtigen Bestandsaufnahme vorgefundener Ißbestand:

a. an ungereinigtem Branntwein . . . 10 790 l reinen Alkohols
b. an gereinigtem Branntwein . . . 7 014 " "

17 804 " "

mithin Fehlmenge . . . 3 178 l reinen Alkohols.

Der steuerfrei abzuschreibende Schwund berechnet sich wie folgt:

Ißbestand an ungereinigtem Branntwein bei der letzten Bestandsaufnahme . . . 7 790 l reinen Alkohols.

Neue Anschreibung seit der letzten

Bestandsaufnahme . . . 130 005 " "

zusammen . . . 137 795 l reinen Alkohols.

Bei der gegenwärtigen Bestandsaufnahme vorgefundener Ißbestand an unge-

reinigtem Branntwein . . . 10 790 " "

also seit der letzten Bestandsaufnahme

verarbeitet . . . 127 005 l reinen Alkohols.

Hervon beträgt der nach § 11 des Regulativs für die Reinigungsanstalten zulässige höchste Schwund — 1 Prozent — . . . 1 270 " "

Darnach bleibt zu versteuernde Fehlmenge . . . 1 905 l reinen Alkohols.

(Zusatz für die nach den Bestimmungen des § 11a des Regulativs für die Reinigungsanstalten zu behandelnden Betriebe:

Da die Reinigungsanstalt des N. N. aber den Kontrollen des § 11a. des Regulativs unterliegt, beträgt der höchste steuerfreie Schwund noch weitere 1 1/2 Prozent = . . . 1 905 " "

mithin bleiben zu versteuern . . . 3 l reinen Alkohols)

und zwar erfolgt die Abschreibung und Besteuerung bei demjenigen auf dem Lager befindlichen Branntwein, welcher dem niedrigsten Abgabesatz unterliegt, also bei dem zu 0,50 Mk. zu versteuernden Branntwein.

Demnach sind zu zahlen:

954 (1,50 Mk.).

Dagegen ist die steuerfrei bleibende Fehlmenge von 1270 (3175) l reinen Alkohols bei dem nach dem Konto vorhandenen Branntwein, auf welchem der höchste Abgabesatz ruht, also bei dem zu 0,74 Mk. abzuschreiben.

Nach den Eintragungen im Betriebsbuche sind seit der letzten Bestandsaufnahme verarbeitet worden:

durch Destillation . . . 100 481 l reinen Alkohols,

durch Destillation und Filtration . . . 26 018 " "

zusammen . . . 126 499 l reinen Alkohols.

Die Differenz zwischen der im Betriebsbuche als verarbeitet nachgewiesenen und der in dem vorstehenden Abluß als verarbeitet berechneten Branntweinmenge (127 005 l reinen Alkohols) giebt zu Bedenken keinen Anlaß.

. , den . . . ten . . . 189 .

(Unterschriften)

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

B e k a n n t m a c h u n g.

66. Nachdem auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden ist, daß von dem Grundstücke des Hofmaurermeisters Braun hier selbst Band 81 Nr. 4261 des Grundbuchs von der Königsstadt eine Fläche von 120 qm eine derjenigen Grundstücksflächen darstellt, hinsichtlich welcher der Königl. Staatsbauverwaltung zur Verbesserung des Spreelaufs innerhalb der Stadt Berlin durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 17. September 1888 das Enteignungsrecht verliehen worden ist, wird der bezügliche Plan in Gemäßheit der §§ 18 f. a. a. D. vom Montag, den 25. August bis Montag, den 8. September d. J. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums im neuen Polizei-Präsidialgebäude am Alexanderplatz hier selbst, Eingang IV. 2. Tr., Zimmer 339, zu Jedermanns Einsicht ausliegen. Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der Ersten Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 11. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

67. Nachdem bereits durch Erlass des Herrn Justiz-Ministers und des Herrn Ministers des Innern vom 15. September 1879 die bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin angestellten Kriminal-Polizei-Kommissarien, die mit der Führung der Revier-polizei-Verwaltung beauftragten Polizei-Lieutenants und deren Stellvertreter, sowie die mit der Handhabung der Marktpolizei beauftragten Polizei-Lieutenants und Polizei-Wachmeister zu Hülfbeamten der Staatsanwaltschaft bestimmt worden sind, haben die genannten Herren Minister durch Erlass vom 10. Juli dieses Jahres bestimmt, daß auch die bei dieser Behörde inzwischen neu angestellten und weiterhin zur Anstellung gelangenden Kriminal-Inspektoren als Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft zu fungiren haben.

Berlin, den 12. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

68. Nachdem auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden ist, daß von dem Grundstücke des Banquiers Basse hier selbst Band 1 Nr. 36 des Grundbuchs von Alt-Cölln eine Fläche von 39 qm diejenige Grundstücksfläche darstellt, hinsichtlich welcher der Stadtgemeinde Berlin zum Zwecke des Umbaus der Kurfürsten- (Langen) Brücke durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. Mai 1890 das Enteignungsrecht verliehen worden ist, wird der bezügliche Plan in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. vom Montag, den 25. August, bis Montag, den 8. September dieses Jahres einschließlich in der Planammer des hiesigen Magistrats während der täglichen Dienst-

stunden zu Jedermanns Einsicht ausliegen. Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der Ersten Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 13. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Oberbergamts zu Halle.

17. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen Zernsdorf I. das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 186 284 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert sechs und Achtzig Tausend zweihundert vier und achtzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf, Senzig und Gussow im Kreise Teltow und Cablow im Kreise Beeslow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

18. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen Zernsdorf II. das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 188 958 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert achtundachtzig Tausend neunhundert achtundfünfzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf, Senzig und Jersien im Kreise Teltow und Cablow im Kreise Beeslow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes

24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

19. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Jernsdorf III.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 188 170 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert acht und achtzig Tausend einhundert siebenzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Jernsdorf und Senzig im Kreise Teltow, sowie Cäblow im Kreise Bieskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen“,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

20. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Jernsdorf V.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l m n a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Jernsdorf, Senzig und Jeesen im Kreise Teltow und Cäblow im Kreise Bieskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen“,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

21. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Jernsdorf VII.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Jernsdorf, Neue Mühle, Hohenlöbme (Gemeinde und Gut) und Königs-Busterhausen im Kreise Teltow und Niederlöbme im Kreise Bieskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen“,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

22. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Jernsdorf VIII.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 188 800 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert achtundachtzig Tausend achthundert Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Jernsdorf, Hohenlöbme (Gemeinde und Gut) und Königs-Busterhausen im Kreise Teltow und Niederlöbme im Kreise Bieskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen“,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

23. Nachstehende Verleihungsurkunde:**„Im Namen des Königs.“**

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsentationvermerk versehenen Rührung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görliger Eisenbahn, unter dem Namen Zernsdorf das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l m a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf, Sempig, Gäßow und Königlich Forst Königs-Bukerhausen im

Kreise Zeltow, ferner Cablow im Kreise Beeskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 13. August 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

18. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinföndung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der		
1	Bienenwirthschaftliche Ausstellung.	Landsberg a. B.	15. bis 17. August.	Bienen, sowie Geräthe und Zeugnisse der Bienenzucht,	Direktionsbezirk Berlin, Breslau und Bromberg,	Ausstellungs-Commission,	14 Tage
2	desgl.	Rirn a. d. Hafe,	17. bis 31. August.	desgl.,	Preussischen Staatsbahnen,	desgl.	4 Wochen

Bromberg, den 11. August 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die neu begründete, mit einem Gehalte von 600 Mk. verbundene Kreisveterinärstelle des Kreises Schubin mit dem Amtswohnsitz in der gleichnamigen Kreisstadt soll sogleich besetzt werden. Dem anzustellenden Kreisveterinär wird aus Kreiskommunalfonds ein jährlicher Zuschuß von 1000 Mk., vorläufig auf die Dauer von 2 Jahren, gewährt werden. Auch dürfte dem betreffenden Veterinär die Ueberwachung und Controlle des öffentlichen Schlachthauses in Schubin, dessen Errichtung beabsichtigt wird, übertragen werden. Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes binnen 4 Wochen bei mir melden. Bromberg, den 11. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Personal-Chronik.

An Stelle des ausgeschiedenen Polizei-Präsidenten Wolffgramm ist der bisherige Königl. Landrath Dr. von Roserig zum Polizei-Direktor in Potsdam ernannt und demselben die Stelle endgültig übertragen worden.

Die Försterstelle Steinfäden in der Oberförsterei Potsdam ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Ballot zu Briesenluch, Oberförsterei Colpin, übertragen worden.

Die Försterstelle Rassenheide in der Oberförsterei Neuhausen ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Scheuermann zu Neuendorf, Oberförsterei Lehnin, übertragen worden.

Die Försterstelle Neuendorf in der Oberförsterei Lehnin ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Hoffmann zu Neu-Ollendie, Oberförsterei Neu-Ollendie, übertragen worden.

Die Försterstelle Sternschanze in der Oberförsterei Potsdam ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Regling zu Dollgow, Oberförsterei Menn, übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forsthausföher Benzke zu Pichelsberg in der Oberförsterei Grunewald ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Dollgow in der Oberförsterei Menn vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Reserveoberjäger Forst-aufscher Zinger zu Saugarten in der Oberförsterei Cunnorsdorf ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Neu-Ollendie in der Oberförsterei Neu-Ollendie vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Forstausfcher Wolff zu Niemegk in der Oberförsterei Dippmannsdorf ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle zu Alt-Thymen in der Oberförsterei Neu-Thymen vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Forstausfcher Schwanzenstein zu Rehbrücke in der Oberförsterei Potsdam ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Briesen in der Oberförsterei Golpin vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der Thierarzt Hermann Fielitz zu Neu-Stuppin ist als Kreis-Thierarzt des Kreises Stuppin endgültig angestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Paul Martin Karl Keller ist zum Pfarrer der Pfarodie Petrus, Diözese Danzig, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer der Französisch-reformirten Gemeinde zu Friedrichsdorf (i. Taunus) Henri Frédéric Kleinhaus ist zum Prediger an der Französischen Klosterkirche zu Berlin berufen worden.

Der bisherige Hülfsprediger Christian Daniel Verthold Trapp ist zum Pfarrer der Pfarodie Alt-Trebbin, Diözese Briesen a. O., bestellt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Bentwisch, Diözese Verleberg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Hirsch zum 1. Oktober 1890 zur Erledigung.

Die unter magistratualischem Patronat stehende, aber diesmal vom Kirchenregiment zu besetzende Ober-Pfarrstelle zu Wittstock, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Oberpfarrers Trappe demnächst zur Erledigung.

Der Gemeindefchullehrer Adolf Luers ist als ordentlicher Lehrer an der Margarethenschule zu Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Kemmin, Lehmann, Herzog, Kraemer und Ladowig sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Zust.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bekrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Carlo Baratti, Erdbarbeiter,	geboren am 14. April 1854 zu Cerana, Provinz Novara, Italien, ortsbahgehörig ebendas,	Landstreichern,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	22. Juni 1890.
2	Anton Gachse, Tischlergeselle,	geboren im Jahre 1858 zu Wien, Oesterreich, ortsbahgehörig zu Prag, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	30. Juni 1890.
3	Josef Simed, Kaminkehrergehülfe,	geboren am 13. März 1864 zu St. Agathon, Frankreich, ortsbahgehörig zu Aupiais, Bezirk Klattau, Böhmen,	Landstreichern und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggenfelden,	18. Juli 1890.
4	Anton Thume, Kaufmann,	geboren am 9. September 1840 zu Georgswalde, Kreis Leitmeritz, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	26. Juni 1890.
5	Johann Ullmann, Handarbeiter,	geboren am 6. Juni 1861 zu Hirschensland, Bezirk Grasslig, Böhmen, ortsbahgehörig ebendaselbst,	ebenselben,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	30. Juni 1890.

Hierzu Zwei Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. B. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 29. August

1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

162. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Baum- garten- brück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.	Plauer Brücke.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.			Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.			Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		
1	32,48	30,70	2,24	0,64	1,04	—	2,02	1,16	1,32	0,92	2,00	—
2	32,46	30,70	2,24	0,70	1,04	—	2,00	1,18	1,32	0,90	1,98	—
3	32,47	30,68	2,24	0,64	1,05	—	2,00	1,18	1,32	0,90	1,96	—
4	32,47	30,70	2,24	0,70	1,05	—	2,00	1,18	1,32	0,90	1,94	—
5	32,46	30,70	2,22	0,68	1,05	—	2,02	1,18	1,32	0,90	1,92	—
6	32,48	30,70	2,20	0,70	1,05	—	1,98	1,18	1,32	0,90	1,90	—
7	32,42	30,66	2,24	0,68	1,05	—	2,00	1,18	1,32	0,90	1,88	—
8	32,44	30,70	2,22	0,68	1,05	—	2,02	1,18	1,32	0,86	1,90	—
9	32,43	30,68	2,22	0,68	1,04	—	2,00	1,20	1,32	0,86	1,94	—
10	32,44	30,68	2,22	0,66	1,05	—	2,00	1,18	1,32	0,90	1,94	—
11	32,44	30,68	2,22	0,70	1,05	—	2,00	1,20	1,32	0,88	1,90	—
12	32,40	30,68	2,22	0,68	1,05	—	2,00	1,20	1,32	0,88	1,88	—
13	32,42	30,68	2,22	0,60	1,04	—	2,00	1,20	1,32	0,88	1,84	—
14	32,44	30,68	2,22	0,68	1,03	—	2,00	1,20	1,32	0,86	1,80	—
15	32,44	30,70	2,22	0,66	1,03	—	2,00	1,20	1,32	0,86	1,78	—
16	32,44	30,72	2,22	0,62	1,03	—	2,00	1,22	1,32	0,86	1,76	—
17	32,44	30,68	2,22	0,60	1,02	—	1,98	1,18	1,32	0,86	1,74	—
18	32,44	30,70	2,20	0,62	1,01	—	1,98	1,20	1,32	0,86	1,72	—
19	32,44	30,70	2,16	0,60	1,01	—	1,98	1,18	1,32	0,86	1,70	—
20	32,44	30,70	2,16	0,58	1,00	—	1,98	1,16	1,32	0,86	1,72	—
21	32,42	30,70	2,16	0,60	0,99	—	1,98	1,14	1,32	0,84	1,78	—
22	32,42	30,72	2,16	0,64	0,99	—	1,96	1,14	1,32	0,84	1,78	—
23	32,42	30,70	2,16	0,64	1,00	—	1,98	1,10	1,32	0,82	1,80	—
24	32,42	30,68	2,14	0,66	1,01	—	1,96	1,10	1,32	0,80	1,78	—
25	32,42	30,68	2,14	0,64	1,03	—	1,96	1,08	1,32	0,80	1,76	—
26	32,44	30,68	2,12	0,68	1,03	—	2,00	1,08	1,32	0,78	1,74	—
27	32,46	30,68	2,12	0,60	1,03	—	2,06	1,08	1,32	0,78	1,74	—
28	32,45	30,70	2,12	0,64	1,02	—	2,04	1,10	1,32	0,78	1,72	—
29	32,44	30,70	2,16	0,66	1,03	—	2,02	1,08	1,32	0,78	1,70	—
30	32,44	30,70	2,16	0,64	1,03	—	2,00	1,08	1,32	0,76	1,70	—
31	32,44	30,70	2,14	0,66	1,02	—	1,98	1,08	1,32	0,76	1,68	—

Potsdam, den 25. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

163. Zu Beauftragten der Berufsgeoffenheit der Bekleidungsindustrie für die Kreise Teltow, Verckow, Storkow, Jüterbog-Ludenwalde und Zauch-Belzig sind Karl Goldschmidt, Bollhusf. bris, und Felix Heilmann in Firma Förster & Comp., beide zu Ludenwalde, ernannt.

Potsdam, den 22. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

164. Diesem Stück des Amtsblatts ist die Concession und ein Statutenauszug zum Geschäftsbetrieb in Preußen für die zu Wien domicilirte Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phoenix in einem Druckeremplar beigelegt worden, worauf noch besonders hierdurch aufmerksam gemacht wird.

Potsdam, den 22. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890.

165. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

August: 31.

September: 1., 3., 7., 8., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Oktober: 1., 5., 6., 8., 12., 13., 15., 19., 20., 22., 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 19. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Hebammen-Lehrkurse des Jahres 1890/91.

166. Der diesjährige Lehrkursus in der königlichen Hebammen-Lehranstalt in Berlin beginnt am 1. Oktober und in der Hebammen-Lehranstalt zu Frankfurt a. D. am 2. Oktober d. J.

Schülerinnen, welche zur Theilnahme an einem der Lehrkurse berufen, jedoch an jenen Tagen bis 9 Uhr Morgens in der Lehranstalt nicht eingetroffen sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen werden.

Bezüglich der Dauer der Lehrkurse und der Höhe der Kostenbeträge verweise ich auf meine den Hebammen-Unterricht betreffende Bekanntmachung vom 28. Juli 1885 (Stück 32 Seite 307 des Amtsblattes für 1885).

Potsdam, den 20. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verständigung ortspolizeilicher Verordnungen in der Stadt Rittenwalde.

167. Auf Grund des § 144 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bestimme ich hierdurch unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, daß die von der Polizei-Verwaltung zu Rittenwalde in Gemäßheit des § 5 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 zu erlassenden ortspolizeilichen Vorschriften ihrem ganzen Inhalte nach in die in Rittenwalde erscheinende „Rittenwalder Zeitung“ aufzunehmen sind, und daß hiervon ihre Gültigkeit abhängen soll.

Im Uebrigen verbleibt es bei den Bestimmungen meiner Verordnung vom 25. Juni 1886 — Beilage zum 28. Stück des Amtsblattes.

Potsdam, den 19. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmen-Patrouillen.

168. Der von der Stellung und den Befugnissen der Gendarmen-Patrouillen bei größeren Truppenübungen handelnde § 4 des Anhangs zu der durch Allerhöchste Ordre vom 10. Juni 1890 genehmigten Feldgendarmen-Ordnung, welcher lautet:

§ 4. Stellung und Befugnisse.

Landgendarmenrie.

1) In den Befugnissen der zu den Manövern herangezogenen Landgendarmen tritt durch das Kommando eine Aenderung nicht ein.

Mannschaften.

2) Den von den Truppen kommandirten Begleitmannschaften wird die Befugniß beigelegt, in Ausübung ihres Dienstes, wie die Wachen, Zivilpersonen vorläufig festzunehmen, welche

a. den Anordnungen der Mitglieder der Gendarmen-Patrouille thätlich sich widersetzen oder sonst keine Folge leisten,

b. sich der Beleidigung gegen die Mitglieder der Gendarmen-Patrouille schuldig machen, falls die Persönlichkeit des Beleidigers nicht sofort festgestellt werden kann.

3) Militärpersonen gegenüber haben die Begleitmannschaften in Ausübung des Dienstes die Befugnisse eines Wachthabenden.

4) Machen marschirende Truppenbagagen (§ 3) das Einschreiten der Gendarmen-Patrouille zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich, so ist dies dem Führer der Bagage bezw. dessen Stellvertreter anzuzeigen.

Stellt derselbe die ihm kundgegebenen Unregelmäßigkeiten nicht ab, so darf die Patrouille doch ihre Disziplin gegen die ersterem unterstellten Personen nicht geltend machen, und übernimmt dann der Führer die Verantwortung. Die Patrouille macht alsdann dem etwa vorhandenen Gendarmen-Offizier oder Oberwachmeister, andernfalls unmittelbar dem Leitenden des Manövers über den Vorfall Meldung.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Derselbe ist an die Stelle des § 9 der Instruktion vom 8. Mai 1883 — vergl. Amtsblatt von 1883 Seite 266 — getreten.

Potsdam, den 25. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

169. Im Anknüpfung an meine Bekanntmachung vom 20. September 1889 — Amtsbl. S. 352 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der königliche Forstaußseher Schneider zu Deerenbusch, Obersförsterei Renz, zum Fischerei-Aufsicht im Nebesamte für

a. die nordöstlich vom Forsthaus Stechlin belegene Bucht des Gr. Stechliner See's,

b. die östlich der vorigen belegene kleinere Bucht desselben See's,

c. die dem Bulwig-See gegenüber belegene nördliche Bucht des Rehmig-See's,

d. den Breugen-See;

und zwar neben dem unter Nr. 14 der Eingangs bezeichneten Bekanntmachung aufgeführten königlichen Förster Boas zu Forsthaus Stechlin ernannt worden ist.

Potsdam, den 22. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Diebstehen.**170. Festgestellt ist:**

der Mißbrand bei einem Diebstahl des Rittersgutsbesizers Balger zu Groß-Ries, Kreis Beeskow-Storkow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Rittersguts Beeskow I., Kreis Ostpreußen.

Potsdam, den 26. August 1890

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.**

Bekanntmachung.

70. Diesem Stüd des Amtsblattes ist eine Beilage, enthaltend die Concession und die Statuten der Bremer Lebensversicherungs-Bank, beigelegt, worauf ich mit dem Bemerkten hierdurch hinweise, daß der Subdirektor Karl Ulrich in Berlin, Friedrichstraße Nr. 123, zum Generalbevollmächtigten der Bank für Preußen mit dem Domicil in Berlin bestellt worden ist.

Berlin, den 4. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Bekanntmachung

71. Eine Prämie von Drei Mark erhält Jeder, welcher zuerst ein Feuer meldet, falls derselbe nicht selbst vom Feuer betroffen ist, oder zu dem Hausstande bezw. den nächsten Angehörigen des vom Feuer Betroffenen gehört.

Erfolgt die Feuermeldung auf einem Polizei-Notier oder einer Feuerwache, so erhält der Meldende hierüber gleich eine Legitimationskarte dafelbst ausgestellt. Wird ein Feuer dagegen durch einen öffentlichen oder privaten Feuermelder oder durch Telephon gemeldet, so muß der Meldende die Auskunft der Feuerwehr an dem Ort, von wo die Meldung ergangen ist, erwarten, um die Legitimationskarte über die erfolgte Meldung in Empfang zu nehmen.

Die Meldeprämie kann unter Rückgabe der Legitimationskarte gegen Quittung auf jeder Feuerwache erhoben werden; wird dieselbe nicht innerhalb 8 Tagen in Empfang genommen, so geht das Anrecht auf Zahlung verloren.

Berlin, den 22. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

**Bekanntmachungen des Staatssekretärs
des Reichs-Postamts.**

Postpaketverkehr mit Griechenland.

19. Nachdem Griechenland dem Uebereinkommen des Weltpostvereins in Betreff des Austausches von Postpaketen beigetreten ist, können fortan durch Vermittelung der Griechischen Postverwaltung Postpakete ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 3 kg nach Meghlon (Befiza), Argostoli, Arta, Athen, Calamata, Chalcis, Corfu, Korinth, Lamia, Larissa, Missolonghi, Nauplia, Patras, Piräus, Pyrgos, Sparta, Syra, Tricala, Tripolizza, Volo und Zante befördert werden. Für solche Postpakete hat der Absender an Porto zu

entrichten: a. bei der Leitung über Triest 1 M. 80 Pf., b. bei der Leitung über Italien (Brindisi) 2 M.

Berlin W., 16. August 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Potsdam.**

81. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postendwagen und Gegenstände, welche den Absendern bez. den Eigentümern nicht haben zurückgegeben werden können.

A. Eine Postanweisung an Fräulein Catharina Maschlack in Goczyszewo bei Deutsch-Berlin über 1 Mark, ausgestellt am 10. April d. J. in Reglin (Pavel).

B. Ein gewöhnlicher Zollpost aufgefunden am 15. September 1889 nach beendeter Fahrt der Personenpost von Halle nach Leipzig im Innern des Postwagens.

Die unbekannten Absender bez. Eigentümer der vorstehend bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 18. August 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

**Bekanntmachungen der Königl. Direktion der
Rentenbank für die Provinz Brandenburg.**

9. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 78. 1 hier selbst, wird a. die am 1. Oktober d. J. fälligen Zinscheine der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 18. bis einschließlich 24. September d. J. und b. die ausgelassen, am 1. Oktober d. J. fälligen Rentenbriefe der Provinz Brandenburg vom 22. bis einschließlich 25. September d. J. einlösen und demnachst vom 1. Oktober d. J. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 16. August 1890.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Berlin.**

33. Auf der Berliner Stadt- und Ringbahn wird die für die Beförderung von Kindern in den für die Reisenden bestimmten Wagenabteilungen sowohl in der II. als in der III. Klasse fortan auf kleine Hunde, welche auf dem Schoße getragen werden, beschränkt. Andere Hunde werden bis auf Weiteres versuchsweise zur Beförderung in dem Dienstsaal des Zugführers zugelassen, falls deren Begleiter dort Platz nehmen.

Berlin, den 20. August 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ostdeutsch-Deutscherischer Verband, Theil II.

34. Am 1. Oktober 1890 tritt ein neues Tarif-Heft 1 mit direkten Frachtsätzen zwischen Stationen der Böhmischen Nordbahn, Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Mährisch-Schlesischen Centralbahn, L. f. Deutscher Reichs-Eisenbahnen, Deutscher Reichs-Nordwestbahn und Deutscher Reichs-Ungarischer Staats-Eisenbahn-Gesellschaft einerseits und den Stationen des Direktionsbezirks Breslau sowie Station Breslau Freiburger und Märkischer Bahnhof andererseits in Kraft. Durch dieses

Heft, welches theils Verkehrs-Erweiterungen und Tarifiermächtigungen, theils Verkehrs-Beschränkungen und Tarifierhöchungen enthält, wird der bisherige österreichisch-berhandtarif Theil II., Heft 1 vom 15. April 1885 nebst den Nachträgen I.—XII. und die zu diesem Tarifheft nach Erscheinen des Nachtrags XII. im Wege der Bekanntmachung eingeführten Maßnahmen aufgehoben. Druckabzüge des Tarifheftes sind bei dem hiesigen Auskunftsbureau, Rathhof Alexanderplatz, zum Preise von 2,15 M. das Stück zu beziehen.

Berlin, den 15. August 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Deutscher Levante-Verkehr über Hamburg fernwärts.

35. Am 15. August d. J. ist der Nachtrag I. zum Tarif für den obenbezeichneten Verkehr in Kraft getreten. Derselbe enthält neben Verichtigungen und Ergänzungen der Beförderungsbestimmungen der Güterklassifikation und des Tarifs neue Frachtsätze für verschiedene diesseitige, sowie Stationen anderer theilweiser Bahnen. Die bei Station Seidenberg verrichtigten höheren Frachtsätze treten erst am 26. September d. J. in Wirksamkeit. Berlin, den 18. August 1890

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

49. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 23. bis 25. August d. J. in Leipzig stattfindenden Ausstellung für das Drechslergewerbe und die damit verwandten Gewerbe ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staatsbahnen, sowie der thüringischen Privatbahnen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß für die Hinbeförderung die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller des der Sendung auf dem Hinwege beigegebenen Frachtbriefes aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage dieses Frachtbriefes, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungsvorstandes nachgewiesen wird, daß die fraglichen Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 4 Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. Ist von einer Sendung Ausstellungsgut nur ein Theil unverkauft geblieben, so wird die frachtfreie Rücksendung nur für den betreffenden Theil gewährt.

In den ursprünglichen Frachtbriefen über die Hin- und Rücksendung sind die betreffenden Sendungen als „Ausstellungsgut“ zu bezeichnen, auch ist darin ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Werden bei der Hin- und Rücksendung Ausstellungsgüter mit anderen Gütern zu einer Frachtbriefsendung vereinigt, so ist die frachtfreie Rückbeförderung für eine Theilsendung ausgeschlossen.

Die Rückbeförderung darf nur in einer Sendung an den Aussteller des Frachtbriefes über die Hin- und Rückbeförderung erfolgen. Die frachtfreie Rücksendung in mehreren Theilsendungen unter wiederholter Vorlage des Frachtbriefes über die Hin- und Rückbeförderung ist nicht statthaft.

Für die als Gepäc aufgegebenen Gegenstände ist frachtfreie Rückbeförderung ausgeschlossen.

Das auf dem Heimwege eilgutmäßig beförderte Gut wird auf dem Rückwege nur auf besonderes Verlangen (bei Aufgabe mit rothem Frachtbriefe) als Eilgut, sonst aber als Frachtgut befördert.

Bei der Rückbeförderung ist Werthebeklaration zulässig, soweit nicht reglementarische Bestimmungen entgegenstehen, Interessendecklaration dagegen ausgeschlossen.

Für die Beförderung von Begleitern wird keine Vergünstigung gewährt.

Für die bei der frachtfreien Rückbeförderung eintretenden besonderen Leistungen (Verwiegen, Verladen, Verfrachten u. s. w.) werden die in den Tarifen oder durch besondere Bestimmungen festgesetzten Nebengebühren erhoben.

Bromberg, den 21. August 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben mittelst A. E. D. vom 10. August 1890 geruht, den Regierungsrath Joachim zu Potsdam zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Bezirks-Ausschuß baselst auf die Dauer seines Haupt-Amtes am Eise des letzteren zu ernennen.

Im Kreise Ruppin ist an Stelle des aus dem Bezirke gezogenen Amtsvorstehers Troll zu Walsleben der bisherige Stellvertreter, Amtsvorsteher Knoop zu Walsleben zum Amtsvorsteher, und für diesen der Schulze Papendroch zu Mädelin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 15. Amtsbezirks Walsleben ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Ortsvorsteher Ranne zu Pessin nach Ablauf seiner Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 14. Bezirks Pessin ernannt worden.

Im Kreise Angermünde sind der Ortsvorsteher Bölle zu Warnitz und der Amtmann Graef zu Vertilow, deren Dienstzeit mit dem 6. und 15. September d. J. abläuft, auf's Neue zum Amtsvorsteher bezw. dessen Stellvertreter für den 1. Bezirk Seehausen ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des aus dem Dienste geschiedenen Amtsvorstehers Fried zu Beerbaum der Lieutenant der Reserve Gravenstein zu Sydow zum Amtsvorsteher des 8. Bezirks Oranienburg ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist der Ortsvorsteher Kraas zu Markte nach Ablauf seiner Amtszeit von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den 29. Bezirk Bredow ernannt worden.

Der Landmesser Otto Voebeder ist zum Kataster-Landmesser ernannt worden.

Die commissarische Verwaltung der durch das Ableben des Kreisphysicus Hermann Krüger erledigten Kreisphysikarstelle des Kreises Templin ist dem Thierarzt Otto Müller in Templin, früher in Quedlinburg, übertragen worden.

Die Versetzung des Försters **Scheuermann** von Neuendorf nach Rassenheide, des Försters **Hoffmann** von Neu-Ollienide nach Neuendorf und des Forstaufsehers **Zinger** nach Neu-Ollienide ist aufgehoben worden.

Der versorgungsberechtigte Reserve-Obersäger **Foß-ausscher Zinger** zu Saugarten in der Oberförsterei Eunersdorf ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Rassenheide in der Oberförsterei Neuhoßand vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige II. Prediger an dem Evangelischen Johannisstift in Berlin, **Diocese Berlin II.**, **Emil Ferdinand August Dumrese** ist zum Vorsteher und Pfarrer an dem genannten Stift bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Randibat **Otto Adolf Karl Johannes Zander** ist zum Diaconus in Penzen, Diocese gleichen Namens, bestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Verzeichniß der Vorlesungen
an der königlichen Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin, Invalidenstrasse Nr. 42,
im Winter-Semester 1890/91.

1. Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau.

Professor Dr. **Orth**: Allgemeine Acker- und Pflanzenbaulehre (Bodenkunde, Ent- und Bewässerung incl. Wiesenbau, Düngerlehre). Repetitorium der Ackerbaulehre. Practicum im agronomisch-pedologischen Laboratorium, in Verbindung mit Dr. **Bersu**. — Professor Dr. **Berner**: Landwirthschaftliche Betriebslehre. Landwirthschaftliche Buchführung. Geschichtlicher Umriss der deutschen Landwirthschaft. Abriss der landwirthschaftlichen Produktionslehre, Theil I.: Acker- und Pflanzenbau. Landwirthschaftliche Taxationslehre. — Professor Dr. **Lehmann**: Allgemeine Thierzuchtlehre. Schafzucht und Wollkunde. Landwirthschaftliche Fütterungslehre. — Ingenieur **Schotte**: Landwirthschaftliche Maschinenkunde. Prinzipien der Mechanik und Maschinenlehre. Zeichenübungen. — Forstmeister **Krieger**: Waldbau. Forstbenutzung, und zwar Gewinnung und Zugutemachung der Forstnebennutzungen. — Garten-Inspector **Lindemuth**: Obstbau.

2. Naturwissenschaften.

a. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. **Rny**: Anatomie und Entwicklungsgegeschichte der Pflanzen, in Verbindung mit mikroskopischen Demonstrationen. Einführung in den Gebrauch des Mikroskops. Arbeiten für Fortgeschrittenere im botanischen Institut. — Professor Dr. **Frank**: Ernährung der Pflanzen. Krankheiten der Culturpflanzen. Pflanzenpathologisches Practicum. Arbeiten für Fortgeschrittenere im pflanzenphysiologischen Institut. — Professor Dr. **Wittmaß**: Samenkunde. Verfälschung der Nahrungs- und Futtermittel. Anleitung zu eigenen Arbeiten in der botanischen Abtheilung des Museums.

b. Chemie und Technologie. Geheimen Regierungs-Rath, Professor Dr. **Landolt**: Anorganische

Experimentalchemie. Großes chemisches Practicum. Kleines chemisches Practicum. — Professor Dr. **Delbrück**: Spiritus-, Presshefe- und Stärkefabrication nebst Uebungen. — Privatdocent Dr. **Haydud**: Gährungs-Chemie. — Privatdocent Dr. **Markwald**: chemische Untersuchung landwirthschaftlicher Producte.

c. Mineralogie, Geologie und Geognosie. Prof. Dr. **Gruner**: Geognosie und Geologie. Bodenkunde und Bonitirung. Uebungen zur Bodenkunde.

d. Physik. Professor Dr. **Börnstein**: Experimental-Physik, I. Theil. Ausgewählte Kapitel der mathematischen Physik. Physikalische Uebungen. Wetterkunde.

e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. **Nehring**: Zoologie und vergleichende Anatomie, mit besonderer Berücksichtigung der Wirbelthiere. Die jagdbaren Säugethiere und Vögel Deutschlands. Zoologisches Colloquium. — Dr. **Karsch**: Ueber die der Landwirthschaft nützlichen und schädlichen Insecten, mit besonderer Berücksichtigung der Bienenzucht und des Seidenbaues. — Professor Dr. **Jung**: Physiologie des thierischen Stoffwechsels. Gesundheitspflege der Hausthiere. Arbeiten im thierphysiologischen Laboratorium.

3. Veterinärkunde.

Prof. Dr. **Diederhoff**: Seuchen und parasitische Krankheiten der Hausthiere. — Professor **Müller**: Anatomie der Hausthiere (Eingeweide), verbunden mit Demonstrationen. — Oberrosarzt **Rüttner**: Aufbeschlagslehre.

4. Rechts- und Staatswissenschaft.

Professor Dr. **Sering**: Agrarwesen, Agrarpolitik und Landesculurgefetzgebung in Deutschland. National-ökonomische Uebungen im staatswissenschaftlichen Seminar. Reichs- und preussisches Recht, mit besonderer Rücksicht auf die für den Landwirth, Landmesser und Culturatechniker wichtigen Rechtsverhältnisse; I. Theil: Staats- und Verwaltungsrecht.

5. Culturatechnik und Baukunde.

Religations-Bauinspector **Gerhardt**: Culturatechnik. Entwerfen culturatechnischer Anlagen. Culturatechnisches Seminar. — Professor **Schlichting**: Wasserbau. Brücken- und Wegebau. Entwerfen wasserbaulicher Anlagen.

6. Geodäsie und Mathematik.

Professor Dr. **Bogler**: Ausgleichungsrechnung. Landesvermessung. Praktische Geometrie. Messübungen. Geodätisches Seminar. Zeichenübungen. Uebungen zur Landesvermessung — mit dem Assistenten **Hegemann**. Geodätische Rechenübungen — mit dem Assistenten **Fricke**. — Professor Dr. **Börnstein**: Darstellende Geometrie. Uebungen zur Algebra und darstellenden Geometrie — mit den Assistenten **Friebe** und **Seiffert**. — Professor Dr. **Reichel**: Analytische Geometrie und Analysis. Mathematische Uebungen.

Das Winter-Semester beginnt am 15. Oktober 1890. — Programme sind durch das Secretariat zu erhalten. Berlin, den 12. Juli 1890.

Der Rector der königl. Landwirthschaftlichen Hochschule.
Wittmaß.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Josef Käppeli, Dienstknecht,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 8. Januar 1860 zu Mühlau, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	wiederholter schwerer Diebstahl (1 Jahr sechs Monat Zuchthaus laut Erkenntniß vom 25. Februar 1889),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	30. Juli 1890.
2	Louis Fekini, Erbarbeiter,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: 26 Jahre alt, ortsangehörig zu Comelico, Provinz Vercelli, Italien,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. Juli 1890.
3	Wolfs Frank, Schreiber,	geboren am 2. Mai 1860 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	9. April 1890.
4	Josef Häfliger, Müllerknecht,	38 Jahre alt, ortsangehörig zu Langnau, Schweiz,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. Juli 1890.
5	Christian von Herzog, Schauspieler,	26 Jahre alt, aus Rotterdam, Niederlande, ohne Wohnsitz,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	26. Juli 1890.
6	Karl Simon Kolasch, Bahnarbeiter,	geboren am 2. Februar 1845 zu Moldauten, Bezirk Budweis, Böhmen, Oesterreichischer Staatsangehöriger,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	desgleichen.
7	Alfonso Menia, Tagelöhner,	geboren am 14. September 1871 zu Belluno, Italien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Freiburg,	29. Juli 1890.
8	Heinrich Müller, Kellner,	38 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Starckenbach, Böhmen,	Landstreichen,	Stadtmagistrat Degendorf, Bayern,	17. Juli 1890.
9	Józef Duniewski (Józef Dinnowski), Handelsmann,	geboren am 28. Februar (oder 26. März) 1828 zu Nowogrod, Gouvernement Komja, Russisch-Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	30. Juli 1890.

Hierzu

- 1) eine Beilage, enthaltend die Concession und einen Statutenauszug der zu Wien domicilirten Versicherungsgesellschaft Oesterreichischer Phoenix,
- 2) eine Beilage, enthaltend die Concession und die Statuten der Bremer Lebensversicherungsbank,
- 3) eine Extra-Beilage, enthaltend die Concession und einen Auszug des Gesellschaftsvertrages der Aktien-Gesellschaft The Porous Waterproofing Company, Limited zu Liverpool, sowie Drei öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Sahn'schen Erben (E. Sahn, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum 35ten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 29. August 1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

69. Der zu Liverpool unter der Firma The Porous Waterproofing Company, Limited bestehende Aktiengesellschaft ist vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe am 5. April 1890 die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen erteilt worden.

Nachstehend bringe ich diese Erlaubnis, sowie im Auszug den Gesellschaftsvertrag und die Gesellschaftsartikeln mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß der Kaufmann Fris Doller, Hindersstraße Nr. 14 in Berlin zum Generalbevollmächtigten der genannten Gesellschaft für das Königreich Preußen ernannt worden ist.

Berlin, den 15. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

Original hat ein eine halbe Mark
Stempel.

Der zu Liverpool unter der Firma The Porous Waterproofing Company, Limited bestehende Aktiengesellschaft wird die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 1) Die Erlaubnis und ein von dem Königlischen Polizei-Präsidenten zu Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatt der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntnis zu bringen.
- 2) Für jede Änderung oder Ergänzung des Statuts ist die Zustimmung des Königlisch Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zu erwirken.
- 3) In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezeichnete Aktienkapital aufzuführen.
- 4) Die Gesellschaft ist verpflichtet, in Berlin eine Zweigniederlassung mit einem Geschäftsfokale und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen

abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Ortes als Beklagte Recht zu nehmen.

- 5) Dem Königlischen Polizei-Präsidenten zu Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahrs
 - a. die General-Bilanz der Gesellschaft,
 - b. eine Special-Bilanz der Preussischen Geschäfts-Niederlassung, in welcher das in Preußen bestehende Aktivum abgeordnet von den übrigen Aktivis nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem genannten Königlischen Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung der Special-Bilanz festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Positionen zu verlangen.

- 6) Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königlischen Polizei-Präsidenten zu Berlin zum Vortheile sämtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zureichender Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Special-Bilanz einzustehen.
- 7) Die Erlaubnis kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königlisch Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.
- 8) Die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigentum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubnis, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Erlaubnis erlangt.

Berlin, den 5. April 1890.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage

gez. von Wendt.

Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Aktiengesellschaft The Porous Waterproofing Company, Limited zu Liverpool. B. 1972.

Auszug.

Gesellschaftsvertrag

der Imprägnations-Aktiengesellschaft.

- 1) Der Name der Gesellschaft ist, die Imprägnations-Aktiengesellschaft (Porous Waterproofing Company Limited).

- 2) Der eingetragene Geschäftssitz der Gesellschaft wird in England belegen sein.
- 3) Die Zwecke, zu welchen die Gesellschaft begründet ist, sind folgende:
 - (1) Einen vom 7. Juni 1889 datirten Vertrag zwischen Fris Doller und Eduard Daus auf der einen Seite, James George Smith auf der Stadt Liverpool auf der andern Seite und schließlich Martin Luther Hall für diese Gesellschaft zu übernehmen und mit oder ohne Abänderungen auszuführen.
 - (2) Zu kaufen oder anderweitig von den Herren Doller und Daus aus Hamburg oder von irgend welcher andern Person, beziehungsweise Personen, das Geheimniß ihres Verfahrens zu erwerben, um Textilstoffe irgend welcher Art und andere Materialien zu imprägniren und das Verfahren in Betrieb zu setzen, sowie das bisher von den Herren Doller und Daus in Hamburg im Kaiserreiche Deutschland betriebene Geschäft zu kaufen, ebenso wie das Geschäftsvermögen, einschließlich der Ländereien, Banlieues, Pflanzungen, Maschinen, Geschäftsinventarien, Lager, angefertigte, sowie in der Herstellung begriffene Waaren, sowie ferner die mit Bezug auf das gedachte Geschäft abgeschlossenen Verträge, die Buch- und anderen Schulden und alle oder einzelne Activa des gedachten Geschäfts zu übernehmen, sowie ferner in Verbindung hiermit alle Patente, brevets d'invention, Lizenzen, Concessionen und Aehnliches, wodurch irgend ein ausschließliches oder nicht ausschließliches oder beschränktes Recht gewährt wird, eine Erfindung zu benutzen, welche den Zwecken der Gesellschaft dienlich sein, oder deren Erwerb direkt oder indirekt für die Zwecke der Gesellschaft berechnet sein kann, zu kaufen oder anderweitig zu erwerben, sowie ferner, das so erworbene Eigenthum resp. die Rechte in Benutzung zu nehmen, auszuüben und weiter zu entwickeln, oder Lizenzen mit Bezug hierauf zu bewilligen oder in anderer Weise zu verwerthen.
 - (3) Geschäfte als Ingenieure, Fabrikanten und Händler von jeder Art Imprägnirungsmittel, als Gerber, Lederhändler, Papierfabrikanten, Spinner, Färber, Weber und Fabrikanten jeder Art der Textilbranche, als Tuchmacher, Segel- und Zeltfabrikanten, als Seil- und Netzmacher, Filz- und Hutmacher zu betreiben, sowie jedes andere Geschäft in Betrieb zu nehmen, welches in Verbindung mit dem vorstehenden, möglicherweise zweckmäßig für die Gesellschaft ausgeübt werden kann, oder welches direkt oder indirekt dazu bestimmt sein mag, den Werth des Eigenthums und und der Rechte der Gesellschaft zu vergrößern oder nutzbar zu machen.
 - (4) Zu kaufen oder anderweitig zu erwerben und zu übernehmen die Gesamtheit oder einen Theil

- von Geschäften, Eigenthum und Verbindlichkeiten von irgend einer Person oder Gesellschaft, welche irgend ein Geschäft betreibt, welches diese Gesellschaft zu betreiben befugt ist, oder welche Eigenthum besitzt, welches für die Zwecke der Gesellschaft geeignet ist.
- (5) Irgend welche Fabriken, Waarenhäuser und andere Betriebe, welche irgend welchen Zwecken der Gesellschaft förderlich sein können; herzustellen, zu betreiben, in Betrieb zu erhalten, zu verbessern, zu leiten, zu bearbeiten, kontrolliren und beaufsichtigen, sowie zu solchen Operationen beizutreten, sie zu unterstützen, ihnen aufzuhelfen oder daran Theil zu nehmen.
 - (6) Die Gesellschaft in irgend einem fremden Lande oder Orte eintragen oder anerkennen zu lassen.
 - (7) Mit irgend welchen Regierungen oder Behörden, sei es städtischen, localen oder anderen, irgend welche Vereinbarungen zu treffen und von solchen Regierungen oder Behörden alle Rechte, Concessionen und Privilegien, welche den Zwecken der Gesellschaft oder einigen derselben förderlich sein dürften, zu erwerben.
 - (8) Mit Personen oder Gesellschaften, welche irgend ein Geschäft betreiben oder betreiben wollen, zu dessen Betrieb diese Gesellschaft befugt ist, oder welche ein Geschäft oder eine Transaction in die Hand nehmen, welches direkt oder indirekt so ausgeführt werden kann, daß es dieser Gesellschaft von Vortheil sein kann, einen Gesellschaftsvertrag abzuschließen oder ein Abkommen auf Theilung des Gewinns auf Interessen-Gemeinschaft, auf wechselseitige Concessionen oder Mitwirkung einzugehen, sowie Aktien, Geschäftsvermögen, Pfandsicherheiten solcher Person oder Gesellschaft zu nehmen, oder anderweit zu erwerben und zu besitzen, sowie solcher Gesellschaft Subsidien zu geben, oder anderweit zu unterstützen und derartige Aktien und Pfandsicherheiten zu verkaufen, zu behalten, wieder in Umlauf zu setzen oder andere Geschäfte darin zu machen.
 - (9) Irgend welches dingliches oder persönliches Eigenthum, sowie anderweite Rechte oder Privilegien, welche die Gesellschaft für erforderlich oder für diese Zwecke dienlich erachten sollte, oder welche möglicherweise mit Bezug auf das Eigenthum und die Rechte dormalig vortheilhaft verwerthet werden können, ins Besondere Ländereien, Banlieues, Servituten, Lizenzen, Patente, Maschinen, Triebwerke, Schiffe, Lichter, Betriebsmaterialien, Pflanzenmaterial und Geschäftsvermögen, generell zu kaufen, zu pachten oder einzutauschen, zu mieten oder anderweitig zu erwerben.
 - (10) Bei der Errichtung und Unterstützung von Gesellschaften oder Instituten Beihilfe zu leisten, welche möglicherweise von der Gesellschaft ange-

- stehen Personen oder solchen, die mit ihr in Verbindung stehen, förderlich sein können.
- (11) Das Unternehmen der Gesellschaft oder irgend einen Theil daran für eine Summe, welche der Gesellschaft genügend erscheint, zu verkaufen, insbesondere für Aktien, Schuldscheine oder Pfandsicherheiten irgend einer anderen Gesellschaft, deren Zwecke ganz oder zum Theil ähnlich denen dieser Gesellschaft sind.
 - (12) Irgend eine andere Gesellschaft zu dem Zwecke zu gründen, das ganze oder einen Theil des Eigenthums, der Rechte und Verbindlichkeiten dieser Gesellschaft zu erwerben oder um einen andern Zweck, welcher direkt oder indirekt dem Vortheil dieser Gesellschaft förderlich sein kann, zu erreichen.
 - (13) Die nicht unmittelbar gebrauchten Gelder der Gesellschaft in solchen Sicherheiten oder solcher Weise anzulegen und damit zu verfahren, wie von Zeit zu Zeit beschlossen werden mag.
 - (14) Gezogene und eigene Wechsel sowie andere negotiirbare Papiere zu ziehen, zu acceptiren, zu giriren und auszustellen.
 - (15) An solche Personen und unter solchen Bedingungen Gelder auszuleihen, wie es vereinbart werden mag, insbesondere an Kunden und solche Personen, die mit der Gesellschaft in Geschäftsverbindung stehen, sowie ferner die Ausführung von Contracten durch Mitglieder der Gesellschaft und Personen, die mit ihr in Geschäftsverbindung stehen, zu garantiren.
 - (16) Alle die oben bezeichneten Sachen entweder als Principal oder Vermittler, als Contrahent oder in anderer Weise auszuführen und zwar entweder allein oder in Verbindung mit Anderen und entweder durch oder mit Vermittelung von Agenten, Unterkontrahenten, Bevollmächtigten oder in anderer Weise.
 - (17) Geld durch Ausgabe von Schuldscheinen oder in anderer Weise, die die Gesellschaft für geeignet erachtet, zu erheben.
 - (18) Die Gesamtheit oder Theile des Eigenthums und die Rechte der Gesellschaft zu verkaufen, zu verbessern, zu cultiviren und zu bebauen, zu verpachten, zu verpfänden, zu veräußern und darüber zu verfügen, nutzbar zu machen oder in anderer Weise damit zu verfahren.
 - (19) Alle anderen Sachen, welche mit den oben gedachten Zwecken in Verbindung stehen, oder ihrer Erreichung förderlich sind, auszuführen und zwar soll das Wort „Gesellschaft“ in diesem Artikel jedwede Gesellschaft oder Personengemeinschaft, ob incorporirt oder nicht, ob im Vereinigten Königreich oder anderwärts domicillirt, mit einschließen.
- 4) Die Verbindlichkeit der Mitglieder ist eine beschränkte.
 - 5) Das Kapital der Gesellschaft beträgt £fr. 30000,

eingetheilt in 3000 Aktien à £fr. 10, von denen 1000 Verkaufersaktien sind und 2000 gewöhnliche, mit der Befugniß, das Grundkapital zu erhöhen und zwar soll das Kapital, gleichgiltig ob Grundkapital oder nachträgliches Kapital, in verschiedene Klassen getheilt werden, mit oder ohne Vorzugs- oder Spezialrechten, Privilegien oder Bedingungen, welche ihnen durch oder in Uebereinstimmung mit den dormaligen Satzungen der Gesellschaft beigelegt sein sollen.

Gesellschaftsartikel der Imprägnirungsaktiengesellschaft.

Vorwort:

- 1) Keine der in Tabelle A. in dem ersten Schema zu dem Gesellschaftsgesetz von 1862 enthaltenen Bestimmungen soll auf diese Gesellschaft Anwendung finden.
- 2) Die folgenden Worte und Ausdrücke in diesen Gesellschaftsartikeln sollen die ihnen hierdurch beigelegten, respektiven Bedeutungen haben, es sei denn, daß irgend Etwas in der Sache selbst oder im Text einer derartigen Auslegung widersprechen sollte, nämlich:

Worte, welche nur die Singularzahl enthalten, sollen auch die Pluralzahl mit einschließen, und Worte, welche nur die Pluralzahl enthalten, sollen auch die Singularzahl einschließen. Worte, welche nur das männliche Geschlecht bezeichnen, sollen auch das weibliche mit einschließen.

Worte, welche nur Personen bezeichnen, sollen auch Korporationen einschließen und umgekehrt.

Unter „Gesellschaft“ soll die Imprägnirungs-Aktiengesellschaft verstanden sein.

„Die Gesetze“ sollen bedeuten und einschließen die Gesellschaftsgesetzgebung von 1862—1886 und etwaige anderweitige Gesetze über Aktiengesellschaften, die dormalig in Kraft stehen und auf die Gesellschaft Anwendung finden sollen.

„Die Artikel“ oder „Diese Artikel“ sollen bedeuten und einschließen die Gesellschaftsartikel und die dormalig in Kraft stehenden Bestimmungen der Gesellschaft.

„Mitglied“ soll bedeuten ein Mitglied der Gesellschaft, das Aktien irgend welcher Art in Besitz hält.

„Eingetragenes Mitglied“ soll bedeuten ein Mitglied der Gesellschaft, dessen Name im Register der Gesellschaftsmitglieder eingetragen ist.

„Direktoren“ sollen bedeuten die dormaligen Gesellschaftsdirektoren (einschließlich des geschäftsführenden Direktors, wenn ein solcher vorhanden ist) es sei denn, daß derselbe ausdrücklich angenommen ist.

„Sekretair“ soll den dormaligen Sekretair der Gesellschaft bedeuten.

„Geschäftsführer“ soll den dormaligen, eingetragenen Geschäftsführer dieser Gesellschaft bedeuten.

„Monat“ soll einen Kalendermonat bedeuten.

„Spezialabschluß“ soll einen Spezialabschluß der Gesellschaft in Gemäßheit von § 51 des Gesellschaftsgesetzes von 1862 bedeuten.

„Außerordentlicher Beschluß“ soll einen außerordentlichen Beschluß der Gesellschaft in Gemäßheit des § 129 des Gesellschaftsgesetzes von 1862 bedeuten.

„Siegel“ soll das gewöhnliche Gesellschaftssiegel bedeuten.

Geschäfte.

- 3) Die Geschäfte der Gesellschaft können begonnen werden, sobald nach Konstituierung der Gesellschaft die Direktoren in unbeschränkter Nachvollkommenheit dies für geeignet erachten sollten.
- 4) Der Geschäftsführer soll in Liverpool sein.
- 5) Die Direktoren sollen sofort namens der Gesellschaft einen zwischen Frig Doller und Eduard Daus auf der einen Seite, James George Smith auf der zweiten Seite und Martin Luther Hall auf Seiten der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag vom 7. Juni 1889 übernehmen.

Kapital und Vergrößerung des Kapitals.

- 6) Das Kapital der Gesellschaft beträgt £fr. 30000, eingetheilt in 3000 Aktien à £fr. 10, von denen 1000 Verkaufsstücken und 2000 gewöhnliche Aktien sind.
- 7) Die Gesellschaft darf durch Spezialbeschluß das Kapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien vermehren, und zwar soll diese Vermehrung von solchem Betrage sein und in Aktien von solchen Beträgen eingetheilt werden, wie die Gesellschaft in einer Generalversammlung bestimmen mag.
- 8) Die Direktoren dürfen, sofern dies vorher durch einen Spezialbeschluß der Gesellschaft entweder in der Versammlung, welche eine Kapitalvermehrung genehmigt oder in einer anderen Versammlung genehmigt ist, entweder neue Aktien ausgeben, oder solche alte, welche nicht in Verkehr gekommen sein sollten, oder welche verfallen oder aufgegeben sein sollten und zwar mit Spezialprivilegien oder Vorzugsrechten über alle oder einen Theil der anderen Aktien, der Gesellschaft bezüglich der Zahlung von Zinsen oder Dividenden, Rückzahlung des Kapitals und Vertheilung von Aktiven oder in anderer Weise; die Direktoren dürfen ferner solche neue Aktien oder vorgegebene alte Aktien ausstellen, bei denen ein solcher Betrag creditirt wird, wie darauf eingezahlt ist und die solchen Bedingungen und Einschränkungen bezüglich der Zeiträume, in denen Nachforderungen geltend gemacht werden dürfen und bezüglich der Höhe der Nachforderungen

unterworfen sein sollen, wie die Direktoren für zweckmäßig erachten sollten.

- 9) Die Direktoren dürfen, sofern vorher, wie im letztvorhergehenden Paragraphen bestimmt ist, durch einen Spezialbeschluß die Genehmigung dazu ertheilt ist, von Zeit zu Zeit über neue Aktien oder solche alte, welche unausgegeben geblieben, oder verfallen, oder aufgegeben sein sollten, zu Gunsten solcher Personen und unter solchen Bedingungen und Bestimmungen und in solcher Art und Weise verfügen, wie die Direktoren es für die Gesellschaft als vorthellhaft erachten sollten.
- 10) Alles Kapital, welches durch die Schaffung neuer Aktien erhoben ist, soll als ein Theil des ursprünglichen Kapitals angesehen werden und solche Privilegien oder Vorrechte, welche ihnen beigelegt sind, genießen, und in jeder Beziehung denselben Bestimmungen unterworfen sein, als ob es ein Theil des ursprünglichen Kapitals gewesen wäre; es sei denn, daß durch die Beschlüsse, welche die Erhöhung des Kapitals anordnen, in anderer Weise Vorsorge getroffen ist, und zwar so, wie in dem betreffenden Abkommen festgesetzt ist.
- 11) Die Gesellschaft darf durch Spezialbeschluß die Zahl der Aktien, in welche das Gesellschaftskapital getheilt ist, vergrößern oder verkleinern, dadurch, daß die Aktien in kleinere Nominalbeträge getheilt werden, oder dadurch, daß sie in größere Nominalbeträge vereinigt werden, und darf das Kapital in irgend einer gesetzlich zulässigen Weise reduciren.

Aktien.

- 12) Wenn zwei oder mehr Personen als Correalinhaber einer Aktie eingetragen sind, kann eine jede dieser Personen wirksame Quittung für Dividenden oder Geld, das auf die Aktie zahlbar ist, ausstellen.

Um die Zahl der Mitglieder für die Zwecke eines der nachfolgenden Artikel zu berechnen, sollen Correalinhaber als nur eine Person berechnet werden.

- 13) Niemand soll von der Gesellschaft als zu einem Bruchtheil einer Aktie berechtigt oder in anderer Weise außer als Alleininhaber oder Correalinhaber der Gesamtheit einer Aktie anerkannt werden und die Gesellschaft soll durch keinerlei Benachrichtigung von irgend welchen Verpflichtungen bezüglich der Aktien tangirt werden. Jede Aktie soll immer durch die ihr ursprünglich angewiesene Zahl kenntlich sein.
- 14) Jedes Mitglied soll zu einer mit dem Siegel der Gesellschaft versehenen Bescheinigung befugt sein, in welcher die Aktie, oder die Aktien, deren Besitzer er ist, und der darauf eingezahlte Betrag anzugeben ist.
- 15) Wenn solche Bescheinigung zerrissen oder verloren ist, kann sie auf Grund des Vorbringens

solchen bona fide Beweises und nach Stellung einer solchen Sicherheitsleistung, wie sie die Direktoren anordnen, erneuert werden.

- 16) Kein Mitglied soll befugt sein, Dividenden in Empfang zu nehmen, oder in einer Versammlung zu stimmen, bis es der Gesellschaft Details seines Namens, seiner Adresse, seines Geschäfts und Charakters zum Zwecke der Eintragung angegeben hat, und kein Mitglied, welches seinen Namen, Aufenthalt oder Wohnsitz ändern sollte, oder falls es eine Frau ist, heirathen sollte, soll zum Empfang von Dividenden oder Stimmen befugt sein, bis es zum Zwecke der Eintragung der Gesellschaft Nachricht über die Aenderung des Namens, des Aufenthaltes oder der Verheirathung gegeben hat.

Nachforderungen auf Aktien.

- 17) Die Direktoren dürfen — abgesehen von etwaigen Einschränkungen, die in einem Prospekt oder einer Urkunde enthalten sind, nach deren Bestimmungen Aktien mit Rücksicht auf Nachforderungen auf solche Aktien ausgelost werden dürfen — von Zeit zu Zeit von den Mitgliedern solche Nachforderungen, die ihnen zweckdienlich erscheinen, bezüglich der auf die Aktien noch nicht einbezahlten Beträge, machen, vorausgesetzt, daß ein Notifikatorium von mindestens drei Wochen für jede Nachforderung gegeben ist; ein jedes Mitglied soll verbunden sein, den Betrag der so ausgeschriebenen Nachzahlungen an die von den Direktoren festgesetzten Personen, zu den angegebenen Zeiten und an den angeordneten Stellen zu leisten. Um jedes Mitglied, für das Aktien auf Grund der Bestimmungen eines Prospekts, oder einer Urkunde, welcher die Beträge und die Termine zur Einzahlung mit Rücksicht auf diese Aktie spezialisiert, ausgelost sind, soll gehalten sein, solche Einzahlungen zu der so spezialisirten Zeit zu leisten und solche Einzahlungen sollen nach Maßgabe der nachfolgenden Artikel als Nachforderungen angesehen werden, die von solchen Mitgliedern zu den betreffenden Zeiten zu leisten sind.

- 18) Eine Nachforderung (womit nicht die vorgebachte Einzahlung gemeint ist) soll als zu der Zeit gesehen erachtet werden, zu der der Beschluß der Direktoren, durch welchen solche Nachforderung erlaubt wird, gefaßt wird.

- 19) Wenn eine auf eine Aktie zu leistende Nachzahlung nicht vor oder an dem zur Zahlung bestimmten Tage geleistet wird, so soll der damalige Inhaber der Aktie verpflichtet sein, Zinsen hierauf zu einem 10 % pro Jahr nicht übersteigenden Zinssatz, den die Direktoren von Zeit zu Zeit festsetzen, zu bezahlen und zwar von dem zur Zahlung bestimmten Tage bis zur Zeit der tatsächlichen Zahlung.

- 20) Die Direktoren dürfen, wenn sie es für zweck-

dienlich erachten, von Mitgliedern, von einem Mitgliede, das im Voraus bezahlen will, die Gesammtheit oder einen Theil der auf die von ihm innegehaltenen Aktien noch geschuldeten Beträge in Empfang nehmen und zwar über die thatsächlich nachgeforderten Beträge hinaus, und sofern das so im Voraus bezahlende Mitglied und die Direktoren nicht andere Bestimmungen treffen, sollen Dividenden auf solche im Voraus bezahlte Gelder oder den betreffenden Betrag, der über die Summe, der zur Zeit auf die Aktien, bezüglich deren die Nachzahlung festgefunden hat, gemachten Nachforderungen hinausgeht, geleistet werden, und zwar in demselben Verhältniß, wie für den thatsächlich auf die Aktie verlangten Betrag der Nachforderung, für den Fall indessen das Mitglied, das solche Summe im Voraus bezahlt und die Direktoren dahin übereinkommen, soll die Gesellschaft Zinsen auf die überschüssenden Beträge solcher im Voraus bezahlten Summen, entrichten und zwar zu dem vereinbarten Zinssatz; in diesem Falle soll aber der so im Voraus bezahlte Betrag bei der Zahlung von Dividenden, Theildividenden oder Vergütungen nicht mit eingeschlossen oder in Rechnung gestellt werden.

Uebertragung und Abtretung von Aktien.

- 21) Abgesehen von den in diesen Artikeln enthaltenen Einschränkungen, darf jedes Mitglied alle oder einen Theil seiner Aktien durch schriftliche Urkunde übertragen und zwar in der gewöhnlichen, bei den königlichen Stempelämtern gebräuchlichen Form oder in den von den Mitgliedern der Liverpooler Bourse geübten Formen. Eine Uebertragung braucht aber nicht unter Siegel zu geschehen.

- 22) Die Gesellschaft soll ein Buch oder Bücher führen, in denen die Einzelheiten jeder Uebertragung und Abtretung einer Aktie eingetragen werden sollen.

- 23) Die Uebertragungs-Urkunde einer Gesellschafts-Aktie soll in Gegenwart eines oder mehrerer Zeugen sowohl durch den Uebertragenden, wie den Erwerber vollzogen werden und die Gesellschaft soll berechtigt sein, solche Uebertragungs-Urkunde in ihrem Besitz und Gewahrsam zu behalten, der Uebertragende soll so lange als Inhaber der Aktie angesehen werden, bis der Name des Erwerbers in dem Eintragungsbuche mit Bezug hierauf notirt ist.

- 24) Die Direktoren dürfen die Uebertragung einer Aktie in den nachfolgenden Fällen ablehnen.

- (1) Wenn Rasuren oder Unregelmäßigkeiten in der Uebertragungs-Urkunde enthalten sind, oder wenn dieselbe nicht mit dem Aktiencertificate verbunden ist.
- (2) Wenn die Uebertragung nicht den Bestimmungen der Gesellschaft entsprechend erfolgt ist.

- (3) Wenn die Direktoren der Ansicht sind, daß der Erwerber keine zahlungsfähige Person ist, oder eine Person, die als Aktionär nicht wünschenswert erscheint, und zwar sind sie nicht verpflichtet, einen Grund für ihre Ansicht anzugeben.
- (4) Wenn die Gesellschaft ein Pfandrecht an der Aktie hat.
- 25) Das Uebertragungs-Register darf während vierzehn Tage vor der jährlichen Generalversammlung geschlossen werden.
- 26) Die Testamentsexekutoren oder Nachlassverwalter eines verstorbenen Mitglieds sollen als einzige Personen, die ein Anrecht auf die Aktie des Verstorbenen haben, erachtet werden.
- 27) Eine Person, die ein Anrecht auf eine Aktie in Folge des Todes, Konkurses oder der Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedes erwirbt, kann mit Zustimmung der Direktoren selbst als Mitglied sich eintragen lassen und zwar auf Grund solcher von ihm erbrachten Beweise, wie die Direktoren zur Zeit anordnen, sie kann auch nach Erbringung solchen Beweises, statt sich selbst eintragen zu lassen, solche Aktien durch eine gewöhnliche gekempelte Uebertragungs-Urkunde auf irgend eine andere Person übertragen und diese als Erwerber der Aktie eintragen lassen; die Gesellschaft hat indessen dieselben Befugnisse die Eintragung eines derartigen Erwerbes abzulehnen, wie dies bei anderen Uebertragungen geschehen kann.
- 28) Die Gesellschaft darf Gebühren belassen, die für die Registrierung und Eintragung einer Abtretung in die Bücher, für die Ausfertigung, Declaration oder eine andere Urkunde, die sich auf das Eigentum von Aktien oder den Verlust des darüber ausgestellten Certifikats bezieht, nicht mehr als 2 sh 6 d betragen darf.
- Verfall von Aktien.
- 29) Wenn ein Mitglied säumig ist, an oder vor den zur Zahlung bestimmten Tagen einer Nachforderung nachzukommen, so kann jederzeit einem solchen Mitgliede durch oder Namens der Direktoren eine Warnung erteilt werden, in der der schuldige Betrag zu specificiren ist und in der zur Zahlung der Summe nebst Zinsen innerhalb einer von den Direktoren für angemessen erachteten Frist — die nicht weniger als drei Wochen vom Tage der Warnung betragen darf, — bei Strafe des Verfalls aufgefordert wird, und wenn innerhalb der festgesetzten Zeit ein solcher Betrag (einschließlich der Zinsen) unbezahlt bleibt, so dürfen die Direktoren die Aktie, oder die Aktien, bezüglich deren eine solche Nachforderung oder ein Theil davon unbezahlt geblieben ist, für verfallen erklären und sollen demgemäß eine derartige Aktie, respective Aktien zum Nutzen der Gesellschaft verfallen sein.
- 30) Wenn eine Aktie für verfallen erklärt ist, soll dem

- Inhaber derselben eine Nachricht hiervon zugehen und eine Eintragung des Verfalls mit dem Datum desselben soll sofort in dem Register erfolgen.
- 31) Jede verfallene Aktie soll als Eigentum der Gesellschaft angesehen werden und darf verkauft, zugeweiht oder in anderer Weise vergeben werden, wie im Nachstehenden vorgesehen ist, oder in anderer Weise, die die Direktoren für zweckmäßig erachten.
- 32) Jedes Mitglied, dessen Aktie oder dessen Aktien verfallen sein sollten, soll nichtsdestoweniger verbunden sein, die der Gesellschaft auf solche Aktie oder Aktien zur Zeit des Verfalls geschuldeten Nachforderungen mit den Zinsen hiervon zu leisten, ebenso wie alle auf Grund der Nichtannahme der Nachforderung entstandenen Auslagen.
- 33) Abgesehen von den vorangehenden Artikeln soll der Verfall von Aktien das Erlöschen aller Ansprüche und Forderungen gegen die Gesellschaft zur Zeit des Verfalls in sich schließen, ebenso wie alle andern hiermit im Zusammenhange stehenden Rechte, einschließlich des Anspruchs auf bereits erklärte Dividenden oder Vergütungen.
- 34) Die Direktoren dürfen jederzeit, bevor eine so verfallene Aktie verkauft, zugeweiht oder anderweitig vergeben ist, den Verfall unter den ihnen geeignet erscheinenden Bedingungen annulliren.
- 35) Die Gesellschaft soll ein Pfandrecht und erstes Pfandrecht auf alle Aktien, die auf den Namen eines Mitgliedes eingetragen sind (gleichgültig ob allein oder correaliter mit Andern) für die Schuldverbindlichkeiten und Vertragsstipulationen, die derselbe allein oder correaliter mit Andern mit der Gesellschaft eingegangen ist, haben und zwar gleichgültig, ob die Zeit zur Zahlung, Erfüllung oder Erledigung theilweise, bereits eingetreten ist oder nicht und dieses Pfandrecht soll sich auf alle auf solche Aktien erklärte Dividenden mit erstrecken.
- 36) Um dieses Pfandrecht auszuüben, dürfen die Direktoren die denselben unterworfenen Aktien verkaufen, aber kein Verkauf darf stattfinden, bis die vorgedachte Zeit eingetroffen ist und bis eine schriftliche Benachrichtigung von der Absicht des Verkaufes dem betreffenden Mitgliede, seinem Testamentsexekutor oder Nachlassverwalter zugeht und er oder sie 8 Tage nach der Benachrichtigung mit der Zahlung, Erfüllung, Erledigung der Schulden, Verbindlichkeiten oder Vertragsstipulationen säumig ist.
- 37) Der Nettobetrag eines solchen Verkaufs soll zur Berichtigung der Schulden, Verbindlichkeiten, Vertragsstipulationen verwandt werden, und der Rest (wenn ein solcher vorhanden) an das Mitglied, seinen Testamentsexekutoren oder Nachlassverwalter ausbezahlt werden.
- 38) Auf Grund eines Verkaufs nach Maßgabe der in den §§ 31 und 36 bestimmten Nachbefug-

nisse dürfen die Direktoren den Namen des Käufers bezüglich der verkauften Aktien eintragen lassen und der Käufer soll nicht gehalten sein, auf die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens oder die Verwendung des Kaufgeldes zu achten. Nach der Eintragung seines Namens in das Register bezüglich solcher Aktien, soll der Verkauf ihm gegenüber von dem bisherigen Inhaber der Aktien oder des Kapitalanteils oder von einer andern Person nicht angefochten werden dürfen; das Rechtsmittel eines Mitgliedes oder einer anderen, durch einen derartigen Verkauf verletzten Person soll vielmehr ausschließlich in einem Schadenersatzanspruch gegen die Gesellschaft bestehen.

Befugniß zur Gelddaufnahme.

- 39) Die Direktoren dürfen von Zeit zu Zeit von den Direktoren oder anderen Personen eine Summe oder Summen Geldes zu den Zwecken der Gesellschaft leihen.
- 40) Die Direktoren dürfen Geld erheben oder die Zahlung solcher Gelder sicher stellen in einer Weise und unter solchen Bedingungen und Festlegungen in jeder Beziehung, wie sie es für zweckdienlich erachten und im Besonderen durch Ausstellung von Schuldscheinen der Gesellschaft, belastet mit dem Eigenthum und den Rechten der Gesellschaft (sowohl gegenwärtigen wie zukünftigen) einschließlich dem noch nachgeforderten Kapital, oder durch Acceptiren, Giriren von trockenen oder gezogenen Wechseln Namens der Gesellschaft.
- 41) Jeder Schuldschein oder andere Urkunde, um die Zahlung des von der Gesellschaft aufgenommenen Geldes zu sichern, darf so abgefaßt sein, daß die so gesicherten Gelder überweisbar sein sollen und zwar frei von Willigkeitsverbindlichkeiten zwischen der Gesellschaft und der Person, für welche die Dokumente ausgestellt sind. Schuldscheine, Verschreibungen oder andere Dokumente oder Sicherungen dürfen mit einem Discount, einer Prämie oder in anderer Weise ausgegeben werden und auch mit etwaigen Specialprivilegien bezüglich der Amortisation, der Ueberlassung, dem Zeichnen und Auslosen von Aktien oder in anderer Weise.
- 42) Die Direktoren sollen ein besonderes Register führen lassen in Gemäßheit des § 43 des Gesellschaftsgesetzes von 1862, für alle Pfänder und Befassungen, die das Gesellschaftseigenthum betreffen.

Aufgehen von Aktien.

- 43) Die Direktoren dürfen Namens der Gesellschaft das Ueberlassen von Aktien acceptiren, bezüglich deren alle zur Zeit des Ueberlassens gemachten Nachforderungen berichtigt sind, vorausgesetzt, daß keine auf die Aktien bezahltes oder creditirtes Geld von der Gesellschaft bezahlt oder erstattet ist.

Generalversammlungen.

- 44) Eine Generalversammlung der Gesellschaft soll 4 Monate nach Eintragung der Gesellschaft abgehalten werden und demnach soll eine Generalversammlung jedes Jahr stattfinden. Die Generalversammlungen sollen zu den Zeiten und an den Orten stattfinden, welche die Direktoren festsetzen.
- 45) Die oben erwähnten Generalversammlungen sollen ordentliche Generalversammlungen genannt werden, alle übrigen außerordentliche. —
- 46) Die Direktoren dürfen, wenn sie es für zweckdienlich halten, eine außerordentliche Generalversammlung berufen und sie sollen Dies thun auf Grund eines schriftlichen Antrages von mindestens einem Fünftel der eingetragenen Mitglieder der Gesellschaft, welche Aktien irgend einer Klasse zum Nominalbetrage von mindestens $\frac{1}{10}$ des seiner Zeit gezeichneten Aktienkapitals besitzen. Hierbei wird vorausgesetzt, daß, wenn die Zahl der eingetragenen Mitglieder 250 übersteigt, die Direktoren dem vorgedachten Antrage nachkommen sollen, wenn derselbe von mindestens 50 Mitgliedern unterschrieben ist. Jeder von Mitgliedern gestellte Antrag soll den Gegenstand, der auf der Versammlung behandelt werden soll, bezeichnen und soll in den Bureau niedergelegt werden. — Nach Empfang solchen Antrages sollen die Direktoren ohne Verzug mit der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung vorgehen. Wenn innerhalb 14 Tagen nach der Niederlegung sie nicht die Versammlung zum Zusammentritt innerhalb 3 Wochen nach der Niederlegung berufen, so können entweder die Antragsteller oder eingetragenen Mitglieder, sofern die vorgeschriebene Zeit und der vorgeschriebene Kapitalsbetrag erreicht wird, selbst eine außerordentliche Generalversammlung zu dem in dem Antrage niedergelegten Zwecken zusammenberufen.

Verfahren

auf den Generalversammlungen.

- 47) Mindestens 7 Tage zuvor soll eine Benachrichtigung an die Mitglieder in der weiter unten geschilderten Art erlassen werden, in welcher der Ort, die Zeit und die Gründe der Versammlung und sofern es sich um ein Specialgeschäft handelt, der allgemeine Charakter dieser Geschäfte specialisirt wird, der Nichtempfang solcher Benachrichtigung durch irgend ein Mitglied soll indessen die Verhandlungen auf der Generalversammlung nicht ungültig machen.
- 48) Alle Geschäfte sollen als Specialgeschäfte erachtet werden, die auf einer außerordentlichen Generalversammlung verhandelt werden, ebenso alle, die auf einer ordentlichen Generalversammlung zur Verhandlung kommen, mit Ausnahme der Wiederwahl abgehender Direktoren, der Erneuerung von Revisoren, der Genehmigung einer von den Di-

rektoren empfohlenen Dividende, und der Prüfung der Rechnungen, Bilanzen und des gewöhnlichen Berichts der Direktoren.

- 49) Kein Gegenstand soll auf irgend einer Generalversammlung zur Verhandlung kommen, wenn nicht eine hinlängliche Anzahl von Mitgliedern entweder in Person oder in Vertretung zur Zeit, wenn die Versammlung ihr Geschäft beginnt, anwesend sind. Die hinlängliche Anzahl soll folgendermaßen festgesetzt werden.

Wenn die Zahl der eingetragenen Mitglieder zur Zeit der Generalversammlung zehn nicht überschreiten sollte, soll die genügende Anzahl drei betragen; wenn die Zahl 10 übersteigt, dann soll zu der obigen genügenden Anzahl einer für je weitere fünf Mitglieder hinzugefügt werden, 15 genügen jedenfalls, um die genügende Anzahl auszumachen. Hierbei wird festgesetzt, daß fünf Mitglieder, die entweder in Person oder in Vertretung gegenwärtig sind, unter allen Umständen eine genügende Anzahl zur Wahl eines Präsidenten, zur Festsetzung einer von den Direktoren empfohlenen Dividende und zur Vertagung der Versammlung (sofern dieselbe nicht auf Veranlassung oder durch einen Antrag von Mitgliedern berufen ist) bilden sollen.

- 50) Wenn eine halbe Stunde nach der für die Versammlung festgesetzten Zeit eine beschlußfähige Anzahl nicht versammelt ist, so soll die Versammlung, wenn sie durch oder auf Veranlassung von Mitgliedern einberufen ist, aufgelöst werden. In jedem anderen Falle soll sie auf denselben Tag in der folgenden Woche auf dieselbe Zeit und den nämlichen Ort als vertagt gelten, oder auf irgend einen andern Tag, Zeit und Ort, wie die zur Zeit anwesenden Mitglieder bestimmen sollten. Auf solchen vertagten Generalversammlungen sollen die anwesenden Mitglieder, gleichgiltig wie groß ihre Zahl ist, eine beschlußfähige Zahl bilden und sollen befugt sein, über alle Angelegenheiten Disposition zu treffen, aber welche die vertagte Versammlung hätte Disposition treffen können, wenn die beschlußfähige Zahl versammelt gewesen wäre.

- 51) Der Präsident — wenn ein solcher vorhanden ist — des Direktorenraths soll als Präsident jeder Generalversammlung der Gesellschaft vorsitzen. Wenn kein solcher Präsident vorhanden ist, oder wenn er nicht innerhalb einer Viertelstunde nach der zur Abhaltung der Versammlung festgesetzten Zeit da sein sollte, sollen die Direktoren einen aus ihrer Zahl zum Vorsitzenden erwählen und im Falle der Abwesenheit der sämtlichen Direktoren sollen die anwesenden Mitglieder einen aus ihrer Zahl zum Vorsitzenden wählen.

- 52) Der Vorsitzende darf mit Zustimmung der Versammlung eine Versammlung auf eine andere

Zeit und auf einen andern Ort vertagen, aber auf solchen vertagten Versammlungen darf kein anderes Geschäft zur Verhandlung gebracht werden, als was unbenutzt von der früheren Versammlung übrig geblieben ist.

- 53) Auf jeder Generalversammlung soll eine Erklärung des Vorsitzenden, daß ein Beschluß gefaßt ist, oder daß er durch eine besondere Majorität gefaßt ist, oder daß er abgelehnt ist, oder durch eine besondere Majorität nicht gefaßt ist und eine diesbezügliche Eintragung in dem über die Verhandlungen der Gesellschaft geführten Buche einen genügenden Beweis für diese Thatsache bilden, ohne daß ein Beweis über die Zahl und das Verhältniß der Stimmen, die für oder gegen den Beschluß abgegeben sind, zulässig wäre, es sei denn, daß eine Abstimmung von einem Drittel der persönlich anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder verlangt wird. Hierbei wird bestimmt, daß immer fünf so anwesende und stimmberechtigte Mitglieder unter allen Umständen eine Abstimmung verlangen dürfen. Jede rechtmäßig verlangte Abstimmung über Fragen, betreffend die Vertagung der Versammlung oder die Wahl eines Vorsitzenden soll auf der Versammlung ohne Vertagung stattfinden.

- 54) Wenn eine Abstimmung verlangt wird, wie sie in den jetzt vorhergehenden Paragraphen vorgeesehen ist, so soll sie entweder sofort oder innerhalb von 8 Tagen zu der Zeit, an dem Ort und in der Weise stattfinden, wie der Vorsitzende bestimmen sollte und das Resultat solcher Abstimmung soll als der Beschluß der Gesellschaft durch die Generalversammlung erachtet werden. Der Vorsitzende darf die Versammlung auf eine Zeit und an einen Ort vertagen, den er für die Feststellung des Resultats der Abstimmung festsetzen sollte und die Abstimmung darf während dieser Vertagung zu der von dem Vorsitzenden bestimmten Zeit vor sich gehen. Im Falle von Stimmengleichheit auf einer Generalversammlung soll der Vorsitzende zu einer zusätzlichen oder Ausschlag gebenden Stimme befugt sein.

- 55) Die Vorgänge auf jeder Generalversammlung sollen in einem zu diesem Zwecke geführten Buche eingetragen werden und sollen nach der Eintragung durch den Vorsitzenden dieser Versammlung unterzeichnet werden und sollen dieselben nach ihrer Eintragung und Vollziehung unter den Mitgliedern vollen Beweis für die Vorgänge und von der Thatsache, daß die als Vorsitzender unterzeichnende Persönlichkeit dazu durch Wahl oder in anderer Weise legitimiert war, bilden.

Stimmen von Mitgliedern.

- 56) Jedes Mitglied soll eine Stimme auf jede von ihm innegehaltene Gesellschaftsaktie haben, mit Ausnahme der Verkäuferaktien; jeder Inhaber von Verkäuferaktien soll zwei Stimmen auf je fünf von ihm innegehabten derartigen Aktien haben.

- 57) Niemand, der einen Anspruch auf eine Aktie als Cessionar, Bevollmächtigter oder Konkursverwalter eines bankrotten Mitglieds, oder als Vater, Vormund, Pfleger, Vertreter, Executor oder Verwalter eines Kindes, Wahn- oder Blödsinnigen oder verstorbenen Mitglieds, oder in anderer Weise geltend macht, soll befugt sein, eine Generalversammlung zu besuchen oder mit Rücksicht auf die Aktie eines solchen Mitglieds zu stimmen, es sei denn, daß er ein eingetragenes Mitglied der Gesellschaft bezüglich der Aktien geworden wäre.
- 58) Wenn zwei oder mehrere Personen correaliter auf eine oder mehrere Aktien berechtigt sind, so soll nur dasjenige Mitglied, dessen Name als der erste in dem Mitgliederverzeichnis der Inhaber der einen oder mehrerer Aktien verzeichnet ist — und kein anderer — befugt sein, bezüglich derselben Generalversammlungen wahrzunehmen und zu stimmen.
- 59) Kein Mitglied soll befugt sein, auf einer Generalversammlung zu stimmen, wenn nicht alle fälligen Nachforderungen von ihm bezahlt sind.
- 60) Stimmen können persönlich oder in Stellvertretung abgegeben werden. Die einen Stellvertreter ernennende Urkunde soll schriftlich sein und muß von dem Vollmachtgeber oder dessen Stellvertreter ordnungsmäßig unterzeichnet oder, wenn der Vollmachtgeber eine Korporation ist, mit dem gewöhnlichen Siegel versehen sein. Niemand soll zum Stellvertreter ernannt werden, der nicht ein zur Wahrung der Generalversammlung befugtes Mitglied ist.
- 61) Die einen Stellvertreter ernennende Urkunde soll mindestens 48 Stunden vor der für die Abhaltung der Versammlung, in welcher die in der Urkunde benannte Person zu stimmen beabsichtigt, festgesetzten Zeit auf dem Bureau niedergelegt werden, aber keine einen Stellvertreter ernennende Urkunde soll nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Vollziehung Gültigkeit haben, es sei denn zu dem Zwecke, um auf einer vor der ursprünglich abgehaltenen, vertagten Versammlung zu stimmen, oder auf einer solchen, die innerhalb von drei Monaten nach solcher Vollmacht abgehalten werden sollte.
- 62) Jede einen Stellvertreter ernennende Urkunde soll in der nachfolgenden Form, oder so ähnlich wie möglich gehalten sein.
- Ich aus in der Gesellschaft bin ein Mitglied der Imprägnierungsactiengesellschaft und ernenne hierdurch aus oder in seiner Abwesenheit aus als meinen Bevollmächtigten mit der Befugnis für mich und in meinem Namen auf der (ordentlichen oder außerordentlichen, wie der Fall sein mag) Generalversammlung der Gesellschaft die am . . . Tage

des abgehalten werden soll und auf jeder Vertagung derselben (oder auf jeder Versammlung der Gesellschaft, die im Jahre stattfinden sollte) zu stimmen.

Zum Zeugnis dessen meine Handzeichen,
heute am 18 . . .

Direktoren.

- 63) Die Zahl der Direktoren soll nicht weniger als drei betragen und nicht sieben übersteigen, abgesehen von dem leitenden Direktor (wenn ein solcher vorhanden ist).
- 64) Die Qualifikation eines Direktors soll darin bestehen, daß derselbe Aktien der Gesellschaft im Nominalbetrage von £sr. 250 innehat.
- 65) Die ersten Direktoren der Gesellschaft sollen sein James George Smith, Unionbankgebäude in Liverpool, welcher Vorsitzender sein soll, Major William Inglis le Breton von dem Armeecorps in Bombay, James Parter Smith im Temple London und Frig Doller zu Hamburg. Die ersten Direktoren sollen befugt sein, einen oder mehrere Personen zum Direktor oder zu Direktoren jederzeit vor der ordentlichen im Jahre 1890 abzuhaltenden Generalversammlung zu ernennen, jedoch mit der Beschränkung, daß die Gesamtzahl der Direktoren niemals die vorgeschriebene Maximalzahl übersteigen darf.
- Befugnisse der Direktoren.
- 66) Die Geschäfte der Gesellschaft sollen durch die Direktoren geleitet werden, welche die Geschäfte beginnen dürfen, wenn sie es für zweckentsprechend erachten, wenn auch noch nicht die Gesamtheit des Kapitals gezeichnet sein sollte und welche alle Kosten, Lasten und Ausgaben bezahlen dürfen, welche bei und in Anbetracht der Gründung der Gesellschaft und der hiermit in Verbindung stehenden Vorverhandlungen entstanden sein sollten. Die Direktoren dürfen alle Nachbefugnisse der Gesellschaft, welche nicht durch die Gesetze oder diese Artikel durch die Gesellschaft in einer Generalversammlung ausgeübt werden sollen, ausüben, wenn sie auch der Kontrolle der Gesellschaft in den Generalversammlungen unterworfen sind; aber keine Festsetzung durch die Gesellschaft in einer Generalversammlung soll vorgängige Handlungen der Direktoren ungültig machen und die in diesen Artikeln enthaltenen Vorschriften über spezielle Befugnisse der Direktoren sollen nicht die allgemeinen ihnen hierdurch beigelegten Machtbefugnisse verkürzen.
- 67) Im Besonderen sollen die Direktoren befugt sein, jeweilig für die auswärtige Leitung der Gesellschaftsgeschäfte in der ihnen zweckmäßig erscheinenden Art und Weise Vorsee zu treffen, und insbesondere Personen als ihre Vertreter und Gesellschaftsagenten zu ernennen mit solchen Machtbefugnissen (einschließlich des Rechts auf Sub-

stitution) und unter solchen Bedingungen, wie sie es für geeignet erachten; sie dürfen jeden Beamten oder in anderer Weise von der Gesellschaft beschäftigten Personen eine Provision aus dem Gewinne eines besonderen Geschäfts der Abmachung oder einen Antheil aus dem Generalgewinne der Gesellschaft bewilligen und eine derartige Provision oder Gewinnantheil soll als ein Theil der Geschäftsausgabe der Gesellschaft erachtet werden.

- 68) Die Direktoren sollen indessen kein Geld der Gesellschaft, gleichgiltig ob dasselbe im Reservefond angelegt ist, oder nicht, zu dem Ankauf von Aktien für die Gesellschaft anlegen oder ausgeben.

69) 2c.

Unfähigkeit der Direktoren.

- 70) Mit einstimmiger Genehmigung der Direktoren darf ein Direktor ein Amt oder eine Stellung oder einen Gewinn bei der Gesellschaft in Verbindung mit seinem Amte als Direktor haben.

- 71) Das Amt eines Direktors mit Ausnahme des leitenden Direktors soll (unter den unten erwähnten Beschränkungen) frei werden:

I. Wenn er der Gesellschaft eine schriftliche Benachrichtigung von seiner Abdankung von dem Amte als Direktor zustellen läßt;

II. wenn er aufhört als eingetragenes Mitglied mit eigenem Rechte denselben Betrag von Aktien, der für seine Qualifikation erforderlich ist, zu besitzen, oder wenn er den Betrag nicht innerhalb eines Monats nach seiner Wahl oder Ernennung erwirbt;

III. wenn er unterläßt, der Gesellschaft einen Betrag von Fr. 50 oder mehr, welchen er der Gesellschaft schuldet, binnen 14 Tagen zu zahlen, nachdem Zahlung von ihm durch eine schriftliche, von zwei Direktoren unterschriebene und an seine eingetragene Adresse, durch die Post aufgebundene Benachrichtigung verlangt ist;

IV. wenn er in Konkurs verfällt, eine Insolvenzserklärung abgibt, Zahlungen einstellt, oder außergerichtlich mit seinen Gläubigern accorbert;

V. wenn er geisteskrank wird;

VI. wenn er es unterläßt die Versammlungen der Direktoren während 12 auf einander folgenden Monaten zu besuchen, es sei denn, daß er durch Krankheit, unvermeidliche Zufälle oder aus andern Gründen, welche den Direktoren genügend sind, daran verhindert ist;

VII. wenn er theilhaftig ist oder Theil nimmt an dem Gewinne aus einem Vertrage mit der Gesellschaft, ohne die Natur und Ausdehnung seines Interesses zu erklären, wenn und soweit er gemäß der nächsten Nummer dazu aufgefordert wird,

VIII. wenn eine Generalversammlung, nachdem die vorgeschriebene Benachrichtigung in dem die Versammlung einberufenden Circular ergangen ist, dahin beschließt, daß es für die Gesellschaft vortheilhaft ist, daß er aufhört als Direktor zu fungiren.

- 72) Jeder Direktor (gleichgiltig ob er ein gewöhnlicher oder leitender Direktor ist) der in anderer Eigenschaft wie als Mitglied oder Direktor einer incorporirten Gesellschaft an dem Gewinne eines mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages theilhaftig ist oder Theil nimmt, oder der bei irgend einem Besitztume interessirt ist, das von der Gesellschaft verkauft oder verpachtet werden soll, soll zu oder vor der Zeit, wenn ein derartiger Vertrag, Verkauf, Verpachtung für die Gesellschaft eingegangen oder abgeschlossen wird, die Natur und die Ausdehnung seines Interesses an dem solchermassen beabsichtigten Vertrage oder solchem Besitztume offen legen und es soll diesbezüglich in dem Direktorial-Protokolle auch eine Eintragung gemacht werden. Wenn solche Offenlegung nicht ordnungsmäßig gemacht wird, sobald und soweit sie verlangt wird (nicht auch in anderen Fällen), so soll ein Direktor als Bevollmächtigter der Gesellschaft bis zum Betrage irgend eines Vortheils oder Nutzens, welchen er auf Grund oder Veranlassung solchen Kontrakts oder solchen Verkaufs oder Pachtvertrages haben oder erzielen könnte, angesehen werden, und wenn ein solcher Direktor der einzige Interessent bei solchem Vertrage oder bei dem Verkaufe oder der Verpachtung solchen Besitztums ist, so soll auf Erfordern der Gesellschaft der Vertrag oder Verkauf oder Verpachtung außer Kraft gesetzt werden.

Ein Direktor, der an dem Gewinne eines solchen Kontrakts oder solcher Unternehmung Theil nimmt und theilhaftig ist, soll mit Bezug hierauf nicht stimmen, wenn auch sein Interesse lediglich das eines Mitgliedes oder Direktors einer incorporirten Gesellschaft ist oder wenn er auch sein Interesse pflichtgemäß angegeben hat. Wenn er trotzdem seine Stimme abgibt, soll dieselbe nicht gezählt werden.

Turnus der Direktoren.

- 73) Die erwähnten ersten Direktoren der Gesellschaft und die Direktoren, welche nach den vorkommenden Bestimmungen ernannt sein mögen, sollen, sofern sie nicht sterben, abtanken oder ihre Qualifikation verlieren bis zu der im Jahre 1890 abzuhaltenden ordentlichen Generalversammlung im Amte bleiben und auf dieser ordentlichen Generalversammlung, sowie auf den ordentlichen Generalversammlungen jeden folgenden Jahres soll ein Direktor ausscheiden. Der Turnus der ersten Direktoren, die auszuscheiden haben, soll durch das Loos bestimmt werden, aber nach dem Ausscheiden aller solcher

Direktoren, sollen diejenigen Direktoren, welche am längsten im Amte sind, ausscheiden. Die Länge der Zeit, welche ein Direktor im Amte gewesen ist, soll von seiner letzten Wahl oder Ernennung gerechnet werden, und wenn zwei oder mehr die gleiche Zeit im Amte gewesen sind, sollen in Ermangelung eines Uebereinkommens unter ihnen, die Direktoren, die auszuschcheiden haben, durch das Loos bestimmt werden.

74) Ein ausscheidender Direktor soll wieder wählbar sein.

75) Niemand außer einem ausscheidenden Direktor soll zum Direktor erwählt werden, wenn nicht mindestens 8 Tage vor der Versammlung, an welcher die Wahl stattfinden soll, eine schriftliche Benachrichtigung an den Sekretair eingesandt wird, in der der Name Desjenigen, der sich als Kandidat anbietet oder vorgeschlagen wird, angegeben ist.

76) Die Gesellschaft darf auf der Generalversammlung jeweilig durch einen Spezialbeschluss die Zahl der Direktoren vergrößern oder verringern und darf auch festsetzen, in welchem Turnus eine derartige vermehrte oder verminderte Zahl aus dem Amte auszuschcheiden hat.

77) Jede zufällige Vakanz in der Reihe der Direktoren darf durch die Direktoren ausgefüllt werden, aber jede so erwählte Person darf ihr Amt nur so lange inne halten, wie dieselbige Person, welche aufgehört haben sollte, Direktor zu sein, das Amt inne gehalten hätte, wenn sie nicht aufgehört hätte, Direktor zu sein. Sollte die Gesellschaft auf der Generalversammlung es aus irgend einem Grunde versäumen, einem Direktor an der Stelle eines ausscheidenden zu erwählen, so sollen die Direktoren selbst befugt sein, einen solchen zu erwählen und der so Gewählte soll in diesem Falle das Amt so lange inne halten, wie wenn er von der Gesellschaft auf der Generalversammlung gewählt worden wäre.

78) Die Gesellschaft darf auf der Generalversammlung einen Direktor vor Ablauf seiner Amtsperiode entlassen und einen anderen an seiner Stelle ernennen. Der so Ernannte soll sein Amt so lange innehalten, wie der Direktor, an dessen Stelle er ernannt ist, das Amt ohne seine Entlassung innegehalten hätte.

79) Die übrig bleibenden Direktoren dürfen ohne Rücksicht auf eine Vakanz in ihrer Gesamtheit handeln. —

Verfahren der Direktoren und Kommissionen.

80) Die Direktoren dürfen nach Gutdünken zur Erledigung der Geschäfte zusammen kommen, sich vertagen oder in anderer Weise ihre Zusammenkünfte regeln und dürfen die zur Geschäftsführung beschlussfähige Anzahl festsetzen. Auf irgend einer Versammlung entstehende Fragen sollen durch

Stimmenmehrheit entschieden werden, bei Stimmengleichheit soll der Vorsitzende eine zweite oder ausschlaggebende Stimme haben. Der Vorsitzende oder 2 andere Direktoren können jederzeit eine Versammlung der Direktoren zusammenberufen. Eine Versammlung der Direktoren, bei der eine abschlussfähige Zahl gegenwärtig ist, solle alle Nachbefugnisse, Vollmachten und Ermächtigungen haben, wie sie den Direktoren allgemein übertragen sind.

81) Die Direktoren sollen auf der ersten Versammlung nach Begründung der Gesellschaft und ebenso nach jeder ordentlichen Generalversammlung einen Vorsitzenden erwählen und wenn derselbe nicht freiwillig entsagt oder einstimmig von seinen Kollegen um seinen Rücktritt ersucht wird, soll er dies Amt bis zur nächstfolgenden ordentlichen Generalversammlung bekleiden. Wenn bei irgend einer Versammlung der Vorsitzende zu der für die Versammlung festgesetzten Zeit nicht anwesend ist, sollen die gegenwärtigen Direktoren einen aus ihrer Zahl zum Vorsitzenden der betreffenden Versammlung erwählen. —

82) Die Direktoren dürfen ihre Nachbefugnisse auf Kommissionen übertragen, welche aus solchen Mitglieder oder solchen Mitgliedern der Gesellschaft, — gleichgültig ob das oder dieselben ein Direktor oder Direktoren sind — bestehen, wie sie es für zweckdienlich erachten. Eine so gebildete Kommission soll bei der Ausübung der so übertragenen Nachbefugnisse etwaige Vorschriften, die ihr von den Direktoren gegeben werden, berücksichtigen.

83) Eine Kommission kann einen Vorsitzenden ihrer Versammlungen erwählen; wenn kein Präsident erwählt ist, oder wenn derselbe zu der für die Versammlung festgesetzten Zeit nicht anwesend ist, so sollen die Mitglieder Einen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden der betreffenden Versammlung erwählen.

84) Eine Kommission kann sich versammeln und vertragen, wie sie es für angebracht hält. Fragen, die auf irgend einer Versammlung entstehen, sollen durch Mehrheit der Stimmen der gegenwärtigen Mitglieder entschieden werden, und im Falle von Stimmengleichheit soll der Vorsitzende eine zweite oder ausschlaggebende Stimme haben.

85) Die Direktoren sollen in dazu bestimmten Büchern über die nachfolgenden Angelegenheiten Protokoll führen lassen, nämlich:

- A. Ueber Ernennungen und Entlassungen von Beamten, Dienern und durch die Direktoren ernannte Kommissionen.
- B. Ueber die Namen der bei jeder Versammlung des Direktorialrathes gegenwärtigen Direktoren.
- C. Ueber alle Anordnungen, Beschlüsse und das Verfahren aller Generalversammlungen, der Direktoren und der Kommissionen von Direktoren.

86) Alle Handlungen, welche von einer Versammlung der Direktoren oder einer Kommission von Direktoren oder von irgend Jemand, der als Direktor auftritt, ausgehen, sollen, auch wenn nachträglich sich herausstellt, daß bei der Ernennung solcher Direktoren, oder wie vorgebracht auftretender Personen, irgend ein Fehler mit untergelaufen ist, oder daß sie, oder Einer von ihnen nicht qualifiziert waren, beziehungsweise war, oder aus irgend einem Grunde ihr oder sein Amt verwirkt hatten — ebenso gültig sein, als wenn solche Person ordnungsmäßig ernannt worden wäre, und sie ein ordnungsmäßig qualifizierter Direktor wäre.

87) 1c.

Dividenden und Reservefonds.

88) Die Gesellschaft darf auf einer Generalversammlung — mit den vorbeprochenen Einschränkungen bezüglich der Dividenden auf die verschiedenen Klassen von Aktien — anordnen, daß Dividenden an die Mitglieder im Verhältnisse zu den eingezahlten, oder auf die von ihnen innegehabten Aktien, als eingezahlt creditirten Beträgen, vertheilt werden, allerdings mit den vorbeprochenen Einschränkungen bezüglich der Zahlung von Zinsen auf Gelder, welche vor den Nachforderungen nach Abrede vorausbezahlt sind.

89) Keine Dividende soll zahlbar sein, außer aus dem aus den Geschäften der Gesellschaft erzielten Gewinne, und keine größere Dividende soll gezahlt werden, als die von den Direktoren nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen festgesetzt; aber die Aktionäre dürfen durch einen auf der Generalversammlung gefaßten Beschluß festsetzen, daß eine niedrigere Dividende als die von den Direktoren empfohlene ausgezahlt werde und solche niedrigere Dividende soll dementsprechend nur ausgezahlt werden.

90) Die Direktoren dürfen, bevor sie eine Dividende in Vorschlag bringen, jeweilig aus dem Gewinne der Gesellschaft solche Summen bei Seite legen, welche sie für notwendig oder zweckdienlich erachten, um einen oder mehrere Reserve- oder Verminderungsfonds zu bilden, welche nach dem Gutdünken der Direktoren dazu verwendet werden sollen, die Dividende auszugleichen oder um neue Werke zu errichten, um die Maschinen, Anlagen oder das Eigenthum der Gesellschaft zu erhalten, zu repariren, zu ersetzen, zu verbessern, auszu dehnen oder zu vergrößern, oder um bestimmte oder ungewisse Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu decken, oder zu anderen Zwecken der Gesellschaft, allerdings mit den in den §§ 12 und 13 des vorerwähnten Abkommens enthaltenen Beschränkungen.

91) Alle Gelder, die zu einem Reserve- oder Verminderungsfond der Gesellschaft gebracht werden,

sowie alle andern Gelder der Gesellschaft, welche nicht unmittelbar zur Benutzung verwandt werden, dürfen nach Gutdünken der Direktoren in das Depositum gelegt werden oder in solchen Pfandsicherheiten oder Anlagepapieren vorgelegt werden, wie die Direktoren jeweilig für zweckentsprechend erachten, und in Fällen, in denen die Direktoren dies für geeignet erachten, soll solches Depot oder Anlage auf den Namen der Bevollmächtigten erfolgen.

92) Die Direktoren dürfen bei dem Bankier solches Saldo haben, wie sie es jeweilig für geeignet erachten und wenn auch der oder die Bankiers Direktor oder Direktoren sind.

93) Die Direktoren dürfen, wenn sie glauben, daß der Gewinn der Gesellschaft dazu ausreicht, solche einstweilige Dividende vertheilen, als sie für zweckentsprechend erachten.

94) Die Direktoren dürfen von den Dividenden, die an die einzelnen Mitglieder zu zahlen sind, diejenigen Summen in Abzug bringen, welche dieselben auf Grund von Nachforderungen oder aus anderen Gründen der Gesellschaft verschulden.

95) Keine Dividende soll Zinsen gegenüber der Gesellschaft tragen.

Konten.

96) Die Direktoren sollen wahrheitsgemäße Konten halten lassen:

(A.) über das Eigenthum, die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft,

(B.) über die Gelbbeträge, die von der Gesellschaft in Empfang genommen und verausgabt sind und den Gegenstand, in Bezug auf den solche Einnahmen und Ausgaben erfolgt sind,

(C.) über den Gewinn und Verlust, der aus den Operationen der Gesellschaft sich ergibt.

97) Die Direktoren sollen jeweilig bestimmen, ob und in welcher Art und zu welchen Zeiten und an welchen Orten, sowie unter welchen Bedingungen und Anordnungen die Konten und Bücher der Gesellschaft oder ein Theil davon, der Einsichtnahme der Mitglieder offen stehen soll, und kein Mitglied soll ein Recht haben, irgend ein Konto oder Geschäftsbuch oder Dokument der Gesellschaft einzusehen, es sei denn, wie es durch die Gesetze, die Bewilligung der Direktoren, oder einen Beschluß der Gesellschaft auf der Generalversammlung bestimmt ist.

98) Mindestens einmal im Jahre sollen die Direktoren der Gesellschaft in der Generalversammlung eine Bilanz und einen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben für das vergangene Jahr und mit einem so nahe als möglich vor der Generalversammlung liegenden Tage abschließend, vorlegen. Der so abgefaßte Bericht soll in möglichst übersichtlichen Kapiteln geordnet,

den Betrag der Einnahmen und Ausgaben in Pausch und Bogen zeigen, soll die Ausgaben für Einrichtung, Gehälter und andere ähnliche An-
 gelegenheiten trennen, jeder Ausgabenposten, der mit Fug und Recht dem Jahreseinkommen gegen-
 über debittirt werden kann, soll in Rechnung
 gestellt werden, so daß eine richtige Bilanz von
 Gewinn und Verlust der Gesellschaft vorgelegt
 werden kann; und in Fällen, wo irgend ein
 Ausgabenposten, der mit Fug und Recht über
 mehrere Jahre vertheilt werden könnte, in einem
 Jahre entstanden ist, soll der Gesamtbetrag
 solchen Postens aufgeführt werden, mit Hinzufügen der Gründe, warum nur ein Theil dieser
 Ausgabe auf das Einkommen des Jahres debittirt
 ist. Die Bilanz soll eine Uebersicht des Eigen-
 thums und der Verbindlichkeiten der Gesellschaft
 enthalten und mit dem Tage des erwähnten Be-
 richts abschließen und mit geeigneten Ueberschriften
 geordnet sein.

- 99) Jedes Konto der Gesellschaft soll, wenn revidirt und durch eine Generalversammlung bestätigt, vollen Beweis bilden, außer mit Bezug auf einen innerhalb von 3 Monaten nach der Beschäftigung gefundenen Irrthum. Wenn ein solcher Irrthum innerhalb dieser Periode gefunden wird, soll das Konto sofort verbessert werden und alsdann vollen Beweis bilden.

Allgemeines Siegel.

- 100) Die Direktoren sollen sofort ein allgemeines Siegel für die Gesellschaft beschaffen und sie sollen jeweilig befugt sein, dasselbe zu vernichten und ein neues Siegel an seine Stelle zu substituiren. Das allgemeine Siegel der Gesellschaft soll während der Dauer der Gesellschaft an dem eingetragenen Geschäftsfige der Gesellschaft aufbewahrt werden.
- 101) Das allgemeine Siegel soll keiner Bescheinigung, Urkunde oder Dokument, außer auf einer Direktorialversammlung beigebrückt werden und in keiner anderen Weise als durch einen Direktor, der mit Genehmigung des Direktorialraths handelt, das ordnungsmäßige Beifügen des Siegels soll auf alle Fälle durch die Unterschriften eines Direktors und des Sekretairs bescheinigt werden und eine Eintragung hierüber soll in dem von der Gesellschaft geführten Buche gemacht werden.

Revision.

- 102) Mindestens einmal im Jahre sollen die Konten der Gesellschaft geprüft und die Richtigkeit der Bilanz durch einen oder mehrere Revisoren untersucht werden.
- 103) Die ersten Revisoren sollen durch die Direktoren ernannt werden und es soll kein Hinderungsgrund für ihre Thätigkeit sein, daß der Sekretair der Gesellschaft ein Mitglied ihrer Firma ist. Die

späteren Revisoren sollen von der Gesellschaft auf der Generalversammlung ernannt werden.

- 104) Wenn nur ein Revisor ernannt ist, sollen alle hierin enthaltenen Vorschriften auf ihn Anwendung haben.

- 105) Die Revisoren dürfen Mitglieder der Gesellschaft sein, aber kein Direktor oder anderer Beamter soll während der Dauer seines Amtes wählbar sein, und Niemand, der in anderer Weise außer als Mitglied bei einem Geschäfte der Gesellschaft interessiert ist, soll während der Dauer solchen Interesses wählbar sein.

- 106) Die Wahl der Revisoren soll jährlich auf der ordentlichen Generalversammlung durch die Gesellschaft erfolgen.

- 107) Die Vergütung der ersten Revisoren soll durch die Direktoren festgesetzt werden; die der späteren durch die Gesellschaft auf der Generalversammlung.

- 108) Jeder Revisor soll bei Aufgabe seines Amtes wieder wählbar sein, Niemand — mit Ausnahme eines ausscheidenden Revisors — soll gewählt werden dürfen, wenn nicht in der früher mit Bezug auf die Wahl von Direktoren angegebenen Art und Weise eine Benachrichtigung über die Person der sich anbietenden oder vorgeschlagenen Kandidaten erfolgt ist.

- 109) Wenn eine zufällige Vakanz in dem Amte eines von der Gesellschaft ernannten Revisors entsteht, so sollen die Direktoren dieselbe ausfüllen.

- 110) Wenn keine Wahl von Revisoren in der vorgedachten Art geschehen ist, so kann das Handelsamt auf Antrag von mindestens 5 eingetragenen Mitgliedern der Gesellschaft einen Revisor für das laufende Jahr ernennen und die von der Gesellschaft für seine Dienste zu leistende Vergütung festsetzen.

- 111) Jeder Revisor soll eine Abschrift der Bilanz erhalten und es soll seine Aufgabe sein, dieselbe mit den hierauf bezüglichen Konten und Geschäftsbüchern zu prüfen.

- 112) Jeder Revisor soll eine Liste aller von der Gesellschaft geführten Bücher ausgehändig erhalten und soll zu zweckmäßigen Zeiten Zugang zu den Büchern und Konten der Gesellschaft haben. Er kann auf Kosten der Gesellschaft Buchhalter oder andere Personen, die ihn bei der Prüfung der Konten unterstützen, anstellen, und er kann bezüglich der Konten die Direktoren oder andere Beamte der Gesellschaft ausfragen.

- 113) Die Revisoren sollen über die Bilanz und die Konten einen Bericht an die Mitglieder erstatten und in jedem solcher Berichte sollen sie angeben, ob ihrer Ansicht nach, die Bilanz und Konten vollständige, richtige Berichte sind, welche die durch die Artikel verlangten Details enthalten und ob sie in geeigneter Weise entworfen sind, um eine klare und genaue Uebersicht über die

Auszug aus den revidirten Statuten

der

kaiserl. königl. privilegirten

Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien.

I.

Zweck, Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft.

§ 1.

Zweck der Gesellschaft.

Die kaiserl. königl. privilegirte Versicherungs-Gesellschaft

Oesterreichischer Phönix in Wien

ist eine mit staatlicher Genehmigung gegründete Actiengesellschaft. Zweck derselben ist die Uebernahme von Versicherungen und Rückversicherungen:

I. Gegen allen Schaden,

- a) welcher durch Brand oder Blitzschlag sowie durch das Löschen, Niederreißen und Ausräumen, ferner durch Dampf- und Gasexplosion an Immobilien und Mobilien herbeigeführt wird;
- b) welcher durch zufälligen Bruch an Spiegeln und anderen Glastafeln entsteht;
- c) welchem Transportgüter und Transportmittel zu Land und zu Wasser ausgesetzt sind;
- d) welchen Bodenerzeugnisse durch Hagelschaden erleiden können.

II. gegen Unfälle aller Art unter den von der Staatsverwaltung speciell zu genehmigenden, beziehungsweise festzusetzenden Modalitäten, und zwar:

- a) durch einzelne Unfall-Versicherungen;
- b) durch Seereise-Versicherungen;
- c) durch Collectiv-Versicherungen;
- d) durch Haftpflicht-Versicherungen;

III. zum Betriebe von Versicherungsgeschäften auf das Leben des Menschen, und zwar von Kapital-Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall sowie von Leibrenten-Versicherungen jeder Art ist die Gesellschaft nur in sofern berechtigt, als dies zur Abwicklung der von ihr auf Grund der früheren Statuten abgeschlossenen derlei Geschäften erforderlich ist.

§ 2.

Firma der Gesellschaft.

Die Gesellschaft führt die Firma: Kaiserl. königl. privilegirte Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien und wurde unter derselben nach Vorschrift der Gesetze registrirt.

Für die Gesellschaft zeichnen rechtsverbindlich ein Mitglied des Verwaltungsrathes in Gemeinschaft mit dem Director oder dessen mit der Procura versehenen Stellvertreter, indem dieselben den mit Stampiglie versehenen gedruckten oder von wem immer geschriebenen Worten Kaiserl. königl. privilegirte Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien ihre eigenhändige Unterfertigung — der Director-Stellvertreter mit einem die Procura andeutenden Zufaze — beisetzen.

§ 3.

Sitz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Wien und ist berechtigt, allenthalben im In- und Auslande gegen Beobachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften Zweigniederlassungen und Agenturen zum Betriebe eines, mehrerer oder aller der in diesen Statuten bezeichneten Geschäftszweige zu errichten.

§ 4.

Dauer der Gesellschaft.

Die Dauer der Gesellschaft ist eine unbestimmte.

II.

Stammcapital und Actien.

§ 5.

Stammcapital.

Das Actiencapital der Gesellschaft war ursprünglich auf drei Millionen Gulden österr. Währung, ge-

Abdruck.

Zum Original ist ein Stempel
von 1,50 M. verwendet.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Versicherung und Rückversicherung gegen Schäden durch den Transport zu Wasser und zu Lande für die Kaiserliche Königl. privilegierte Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien. [A. 986.]

Der Kaiserlichen Königl. privilegierten Versicherungs-Gesellschaft Oesterreichischer Phönix in Wien wird auf Grund der vorgelegten Statuten die Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Versicherung und Rückversicherung gegen Schäden durch den Transport zu Wasser und zu Lande unter nachstehenden Bedingungen erteilt:

1. Jede Veränderung der Gesellschafts-Statuten ist anzuzeigen und bei Verlust der erteilten Concession der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe zu unterbreiten.

2. Die Concession, ein von der Landespolizeibehörde (Nr. 6) festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Aenderungen des Statuts sind in den Amtsblättern derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft durch Agenten Geschäfte betreiben will, auf Kosten der Gesellschaft zu veröffentlichen.

3. In allen Prospecten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundcapital nur das wirklich gezeichnete Antheilschein-Capital aufzuführen.

4. Die Gesellschaft hat wenigstens in einem der Preussischen Orte, in welchen sie Geschäfte betreibt, einen dort ansässigen, zur Haltung eines Geschäftslokals verpflichteten General-Bevollmächtigten zu bestellen und wegen aller aus ihren Geschäften mit Preussischen Staatsangehörigen entstehenden Verbindlichkeiten, je nach der Wahl der Versicherten, entweder bei dem Gerichte jenes Ortes oder im Gerichtsstande des die Versicherung vermittelnden Agenten Recht zu nehmen. Die diesbezügliche Verpflichtung ist in jede für Preussische Staatsangehörige auszustellende Police aufzunehmen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren mit Einschluß des Obmanns Preussische Staatsangehörige sein.

5. Alle Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen sind von dem Wohnorte des in Preußen bestellten General-Bevollmächtigten oder eines der Preussischen Unter-Agenten aus abzuschließen.

6. Der Königl. Landespolizeibehörde, in deren Bezirk die Geschäfts-Niederlassung sich befindet, ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahres von dem General-Bevollmächtigten außer dem allgemeinen Rechnungsabluß der Gesellschaft ein besonderer Rechnungs-

abluß der bezüglichen Geschäfts-Niederlassung für das verfloßene Jahr einzureichen und in dieser das in Preußen befindliche Vermögen von dem übrigen Vermögen gesondert aufzuführen. Der zuständigen Behörde bleibt überlassen, über die Aufstellung dieses Rechnungsabchlusses besondere Bestimmung zu treffen. Der allgemeine Rechnungsabluß muß eine Gegenüberstellung sämtlicher Forderungen und sämtlicher Schulden, letzterer einschließlich des Grundcapitals enthalten, unter den Vermögen dürfen die vorhandenen Werthpapiere höchstens zu dem Tagespreise erscheinen, welchen dieselben zur Zeit der Rechnungsaufstellung haben, sofern dieser Preis jedoch den Anschaffungswert übersteigt, höchstens zu letzterem angesetzt werden; bloße Gründungs- oder Verwaltungskosten dürfen nicht als Guthaben aufgenommen werden.

7. Der General-Bevollmächtigte hat sich zum Vortheile sämtlicher Gläubiger der Gesellschaft in Preußen persönlich und erforderlichenfalls unter Stellung hinlänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten Rechnungsabchlusses einzustehen.

8. Der General-Bevollmächtigte ist verpflichtet, die von der Gesellschaft ausgehenden oder bereits ausgegangenen, auf den Geschäftsbetrieb sich beziehenden Schriftstücke, namentlich Instructionen, Tarife, Geschäftsanweisungen auf Erfordern des Ministers für Handel und Gewerbe oder der Landespolizeibehörde vorzulegen, auch alle in Bezug auf die Gesellschaft und die Niederlassung zu gebende sonstige Auskunft zu beschaffen und die betreffenden Papiere vorzulegen.

9. Die Concession wird nur für den Transportversicherungszweig und auch für diesen nur auf so lange erteilt, als die Gesellschaft sich auf den Betrieb dieses Zweiges beschränkt. Sollte sie zum Betriebe anderer Geschäftszweige übergehen, so ist dies zur Kenntniß des Ministers für Handel und Gewerbe zu bringen und die Verlängerung der Concession nachzusuchen. Letztere kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen des Ministers für Handel und Gewerbe zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

10. Durch diese Concession wird die Befugniß zum Erwerbe von Grundstücken in Preußen nicht erteilt, vielmehr bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der besonders nachzuforschenden landesherrlichen Genehmigung.

Berlin, den 24. März 1890.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: **gez. Magdeburg.**

VI.

Verwaltung der Gesellschaft.

§ 14.

Gliederung der Verwaltung.

Die Verwaltungsorgane der Gesellschaft sind:

- a) die Generalversammlung der Actionäre,
- b) der Verwaltungsrath,
- c) der Director.

§ 15.

Vorstand der Gesellschaft.

Der Verwaltungsrath und der Director zusammen bilden den Vorstand der Gesellschaft im Sinne der Artikel 237—241 H.-G.-B. und vertreten dieselbe gerichtlich und außergerichtlich mit den ihnen daselbst eingeräumten Befugnissen und auferlegten Verpflichtungen.

VII.

Auflösung der Gesellschaft.

§ 42.

Liquidatoren.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft ernennt die Generalversammlung aus der Mitte der Actionäre ein Liquidations-Comité, welches aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern zu bestehen hat.

Die Liquidatoren haben alle zur Abwicklung der Geschäfte erforderlichen Vollmachten und können alle Rechte und Pflichten der Gesellschaft auf andere übertragen.

Mit ihrer Ernennung erlischt die Wirksamkeit des Verwaltungsrathes, während die Befugnisse der Generalversammlung und der Revisionscommission bis zur Beendigung der Liquidation fortbestehen.

Dieselbe ist während der Dauer der Liquidation von den Liquidatoren einzuberufen.

VIII.

Rundmachungen.

§ 43.

Die Verlautbarungen der Gesellschaft erfolgen rechtswirksam durch die amtliche Wiener Zeitung.

Für den Geschäftsbetrieb im Auslande finden die Verlautbarungen durch die betreffenden Amtsblätter statt.

IX.

Staatsaufsicht.

§ 44.

Versicherungs-Bedingungen.

Die Versicherungs-Bedingungen der Gesellschaft wurden vor der Eröffnung des Geschäftsbetriebes der Staatsregierung vorgelegt, ohne deren Genehmigung eine Abänderung derselben nicht erfolgen darf.

§ 45.

Aufsicht.

Die Staatsverwaltung übt ihr gesetzliches Aufsichtsrecht dahin aus, daß die Statuten, die bestehenden Gesetze und Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen des Versicherungs-Regulativs vom 18. August 1880, R.-G.-Bl. 110, beobachtet werden. Dem zur unmittelbaren Ausübung dieses Aufsichtsrechtes bestellten landesfürstlichen Commissär steht insbesondere das Recht zu, an den Sitzungen der Generalversammlungen und des Verwaltungsrathes theilzunehmen und gegen jeden Beschluß, durch welchen er die Gesetze oder Statuten verletzt erachtet, Einspruch zu erheben. Inso lange die vorgesetzte Behörde diesen Einspruch nicht aufgehoben hat, bleibt die Ausführung des bezüglichen Beschlusses sistirt.

§ 46.

Vergütung.

Mit Rücksicht auf die der Staatsverwaltung durch die Ausübung ihres Aufsichtsrechtes erwachsende Geschäftslast wird seitens der Gesellschaft eine von der Regierung zu bestimmende Pauschalvergütung alljährlich an den Staatschatz entrichtet.

X.

Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Gesellschafts-Verhältniffe.

§ 47.

Streitigkeiten aus dem Gesellschafts-Verhältniffe unter den Actionären oder zwischen denselben und dem Gesellschaftsvorstande werden bei dem ordentlichen competenten Gerichte in Wien ausgetragen.

Z. 17.109.

Vorstehende Statuten, welche an die Stelle der unterm 8. Juli 1887, Z. 11.041 bestätigten Statuten treten, werden genehmigt.

Wien, am 14. September 1889.

L. S.
(Stempel.)

Laaffe m. p.

Den H.-G. vorgelegenen mit 2 fl. 50 kr. Stempel versehenen Original-Statuten gleichlautend!

Rom I. f. Handelsgerichte

Wien, am 21. September 1889.

(L. S.)

Buhl.

Der unter der Firma:

„Bremer Lebensversicherungs-Bank“

errichteten, in **Bremen** domicilirten Versicherungs-Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in dem Königlich Preussischen Staate, auf Grund der vorgelegten Statuten hiermit unter folgenden Bedingungen ertheilt:

1. Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt und ehe nach denselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staats-Regierung genehmigt werden.
2. Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Aenderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern resp. amtlichen Publicationsorganen derjenigen Bezirke, in welchen die Bank Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Bank.
3. Die Bank hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäftslokale und einem dort domicilirten Generalbevollmächtigten zu begründen.

Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte, Rechnungsabschlüsse und der Generalbilanz der Bank eine ausführliche Uebersicht der im verflossenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert aufzuführen.

Die Bilanz, der Rechnungsabschluß und die gedachte Uebersicht sind alljährlich durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger auf Kosten der Bank bekannt zu machen.

Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht des Rechnungsabschlusses (Gewinn- und Verlust-Konto) sowie der von ihm geführten Bücher, einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämtlicher Preussischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Bank oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen pp. zur Einsicht vorlegen.

4. Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Bank mit den Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen.

Die Bank hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Preussischen Staatsangehörigen entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Preussischen Staatsangehörigen auszustellenden Versicherungspolice ausdrücklich auszusprechen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren mit Einschluß des Obmanns, Preussische Unterthanen sein.

5. Alle statutenmäßigen Bekanntmachungen der Bank sind auch durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger zu veröffentlichen.

Die vorliegende Concession — welche übrigens die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in dem Preussischen Staate, wozu es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchenden Erlaubniß bedarf, nicht in sich schließt — kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 28ten Juni 1890.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage

geb. **Lodemann.**

Concession

zum Geschäftsbetriebe in dem Königl. Preussischen Staate für die **Bremer Lebensversicherungs-Bank zu Bremen.**

Ia 5975.

Statuten der Bremer Lebensversicherungs-Bank in Bremen.

Lebens-, Aussteuer- und Militärdienst-Versicherungen.

A. Verfassung.

I. Grundlagen.

1. Name, Gerichtsstand, Zweck.

§ 1. Der am 9. August 1867 unter dem Namen **Bremer Lebensversicherungs-Bank** gegründete Verein ist eine auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsgesellschaft. Dieselbe hat ihren Sitz in Bremen und ihren Gerichtsstand vor den bremischen Gerichten, unbeschadet des Rechts der Gesellschaft, vor anderen Gerichten Recht zu nehmen.

Eosern die Regierung eines anderen Staates die Concession zum Geschäftsbetriebe an die Bedingung knüpft, daß die Bank bei Streitigkeiten mit dortigen Staatsangehörigen wegen der Ansprüche aus Versicherungsverträgen auch vor den dortigen Gerichten Recht zu nehmen habe, ist die Gesellschaft befugt, eine derartige Verpflichtung einzugehen.

§ 2. Die Bank hat den Zweck, Lebens-, Aussteuer- und Militärdienst-Versicherungen zu übernehmen. Jede dieser Versicherungsarten bildet eine besondere Abtheilung der Bank.

Die erste Abtheilung umfaßt Lebensversicherungen, die zweite Aussteuerversicherungen und Versicherungen auf den Erlebensfall, die dritte Militärdienstversicherungen.

2. Haftung und Gewinnbetheiligung.

§ 3. Die gegenseitige Haftung und Gewinnbetheiligung erstreckt sich lediglich auf diejenigen Mitglieder, welche der betreffenden Abtheilung angehören.

§ 4. Wird eine Versicherung mit allen Rechten und Pflichten während der Versicherungsdauer auf eine andere Person mit Genehmigung der Direction übertragen, so geht damit die Mitgliedschaft auf den neuen Inhaber der Police über.

3. Vermögensverwaltung.

§ 5. Die sämmtlichen Activa der Bank werden einheitlich verwaltet, eine Sonderung der Activen der einzelnen Abtheilungen findet nicht statt.

Die Prämieeneinnahmen fließen den einzelnen Abtheilungen zu; die Kosten der Activen werden den einzelnen Abtheilungen nach Verhältniß der bei Schluß des Rechnungsjahres angesammelten Prämienreserve und Ueberschüsse zugeschrieben.

Nach Maßgabe des durch die Verwaltung der einzelnen Abtheilungen entstandenen Aufwandes werden die allgemeinen Betriebskosten verhältnißmäßig auf die einzelnen Abtheilungen vertheilt, eintretende Kapitalverluste werden nach Verhältniß der angesammelten Prämienreserven den einzelnen Abtheilungen belastet. Das Rechnungsjahr der Bank ist das Kalenderjahr.

§ 6. Die Gelder der Bank sind, soweit sie nicht zur Bestreitung notwendiger Ausgaben flüssig zu halten sind, verzinslich anzulegen.

Diese Belegung erfolgt:

- a. in pupillarisch sicheren Hypotheken,
- b. in Inhaberpapieren, welche vom Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgegeben sind, oder welche unter Autorität eines der vorgedachten Staaten von Corporationen oder Communen ausgestellt und zu einem unabänderlichen Zinssatz verzinslich sind. Die Belegung von Geldern der Bank in Papieren eines anderen Staates ist nur in soweit gestattet, als von dem betreffenden Staate für die Zulassung zum Geschäftsbetriebe in demselben Cautionen in dessen Papieren gefordert, oder bei Stellung von Dienstcautionen die Hinterlegung in solchen Papieren verlangt wird.
- c. durch Belegung der von der Bank selbst ausgestellten Policen und durch Gewährung von Dienstcautionen an ihre Versicherten. Der Ankauf von Grundstücken ist nur soweit zulässig, als es sich um Beschaffung von Geschäftslocalitäten oder um Deckung einer Forderung handelt.

4. Bekanntmachungen.

§ 7. Alle öffentlichen Einladungen und Aufforderungen der Bank haben im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, in den in Bremen erscheinenden „Bremser Zeitung“, „Bremer Nachrichten“, „Bremer Courier“ und der in Berlin erscheinenden „Deutschen Versicherungszeitung“ zu erfolgen. Der Verwaltungsrath ist berechtigt, unter Vorbehalt der Zustimmung der nächsten Generalversammlung, an Stelle eines der vier letzteren Blätter vorläufig ein anderes zu bestimmen, doch ist eine bezügliche Veränderung sofort in den übrigen Gesellschaftsblättern bekannt zu machen.

5. Statutenänderung.

§ 8. Eine Abänderung der Statuten ist nur zulässig, wenn einer Generalversammlung mit 2/3 Majorität beschloffen, und der Beschluß von einer längstens innerhalb 4 Monaten

berufenen zweiten Generalversammlung genehmigt wird. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Statuten bestimmt der Verwaltungsrath, nachdem die Bestätigung von denjenigen Regierungen, welche sich bei der Concessionsertheilung dieselbe vorbehalten haben, eingeholt ist.

II. Organe der Gesellschaft.

§ 9. Die Organe der Gesellschaft sind: 1) Die Generalversammlung. 2) Der Verwaltungsrath. 3) Die Direction. 4) Die Revisionscommission.

1. Generalversammlung.

§ 10. Die Generalversammlungen sind entweder ordentliche oder außerordentliche. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten 6 Monate statt. Außerordentliche Generalversammlungen werden anberaumt:

1) Sobald der Verwaltungsrath es für erforderlich erachtet.

2) Auf Antrag der Direction.

3) Auf schriftlichen, durch Beifügung der für die Tagesordnung bestimmten Gegenstände begründeten Antrag von wenigstens fünfzig stimmberechtigten Mitgliedern.

Die Generalversammlungen werden vom Verwaltungsrathe anberaumt und am Orte der Gesellschaft abgehalten.

Wird die Berufung einer Generalversammlung seitens der Direction oder seitens einer genügenden Anzahl Mitglieder beantragt, so ist der Verwaltungsrath verpflichtet, innerhalb 2 Monaten nach Eingang des Antrages eine Generalversammlung stattfinden zu lassen.

§ 11. Eine Generalversammlung ist ordnungsmäßig berufen, wenn die Einladung zu derselben wenigstens zweimal in jedem der Gesellschaftsblätter und zwar zuletzt spätestens 5 Tage vor der Generalversammlung erfolgt ist. Soweit thunlich, sind in der Einladung die zur Verhandlung stehenden Gegenstände namhaft zu machen.

Eine ordnungsmäßig berufene Generalversammlung ist beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.

§ 12. Stimmberechtigt in der Generalversammlung ist jedes Mitglied der Bank.

Mitglieder, welche mit der Prämienzahlung im Rückstande oder deren Versicherungen in beitragsfreie Policen umgewandelt sind, sind zur Theilnahme an der Generalversammlung nicht berechtigt.

Jedes Mitglied hat für sich nur eine Stimme, ist jedoch berechtigt, auf Grund notariell oder gerichtlich beglaubigter schriftlicher Vollmacht andere Mitglieder zu vertreten, jedoch kann ein Mitglied in solcher Weise nicht mehr als drei Mitglieder vertreten. Eine Ehefrau kann durch ihren Ehemann, eine minderjährige Person durch ihren gesetzlichen Vertreter vertreten werden.

§ 13. Die Zulassung zur Generalversammlung findet statt auf Grund einer Eintrittskarte, welche spätestens am Tage vor der Generalversammlung am Bureau der Gesellschaft zu lösen ist, oder gegen Vorzeigung der letzten noch gültigen Prämienquittung.

§ 14. Die Beschlüsse der Generalversammlung werden, abgesehen von dem Fall der Statutenänderung und der Auflösung, mit absoluter Majorität gefaßt, bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei Wahlen entscheidet bei Stimmengleichheit das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos. Die statutenmäßig gefaßten Beschlüsse sind für alle Mitglieder der Gesellschaft bindend.

§ 15. Die zur Berathung und Beschlußfassung der Generalversammlung gehörigen Gegenstände sind:

- 1) Der Jahresbericht.
- 2) Der Bericht der Revisionscommission.
- 3) Die Entlastung des Verwaltungsrathes und der Direction.
- 4) Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes und der Revisionscommission.
- 5) Die Entlassung der Mitglieder der Direction, des Verwaltungsrathes und der Revisionscommission auf Grund der §§ 19, 20, 21 und 24.
- 6) Der Erwerb von Grundstücken zu Geschäftszwecken.
- 7) Die Abänderung der Statuten.
- 8) Sonstige Gegenstände, welche vom Verwaltungsrathe auf die Tagesordnung gesetzt sind.

§ 16. Der Vorsitzende, in dessen Verhinderung ein anderes Mitglied des Verwaltungsrathes, leitet die Generalversammlung; das Protocoll wird, wenn nicht eine notarielle Protocollführung erfolgt, von dem Schriftführer, in dessen Verhinderung von einem anderen Mitgliede des Verwaltungsrathes geführt und in das Protocollbuch der Bank eingetragen. Das Protocoll muß in der Generalversammlung vorgelesen und genehmigt werden; daß solches geschehen, ist von dem protocollierenden Notar oder dem Vorsitzenden und Protocollführer zu bescheinigen.

§ 17. Die Abstimmung erfolgt, sofern die Generalversammlung nicht anders beschließt, bei Wahlen durch Stimmzettel, in anderen Fällen ohne Stimmzettel.

2. Verwaltungsrath.

§ 18. Der Verwaltungsrath besteht aus 5 Mitgliedern der Bank, welche Zahl auf Antrag des Verwaltungsrathes von der Generalversammlung auf 7 erhöht werden kann. Die Mitglieder desselben werden von der Generalversammlung gewählt und zwar auf die Dauer von 4 Jahren. Alle 2 Jahre treten, je nach der Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes, das erste Mal 3 bzw. 4, das folgende Mal 2 bez. 3 Mitglieder und zwar stets die dem Amtsalter nach ältesten aus dem Verwaltungsrathe aus, doch sind Wiedervahlen gestattet. Wählbar sind nur Personen, welche sich im Besitze der vollen bürgerlichen Ehrenrechte befinden und in ihrer Vermögensfähigkeit keiner Beschränkung unterliegen. Mitglieder des Verwaltungsrathes, welche während ihrer Amtsdauer den Besitz der vollen bürgerlichen Ehrenrechte verlieren oder in ihrer Vermögensfähigkeit beschränkt werden, scheiden damit aus dem Verwaltungsrathe aus. Bei eintretender Vacanz hat der Verwaltungsrath bis zur nächsten Generalversammlung eine vorläufige Besetzung der Stelle vorzunehmen. Die in der nächsten ordentlichen Generalversammlung vorzunehmende Neuwahl erfolgt für die Zeit der noch nicht abgelaufenen Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 19. Mitglieder des Verwaltungsrathes, welche sich in Ausübung ihres Amtes nachweislich unehrenhafter Handlungen oder grober Pflichtverletzungen schuldig gemacht haben, können durch Beschluß der Generalversammlung ihres Amtes enthoben werden. Für den durch ihre Handlung entstandenen Schaden bleiben dieselben der Bank haftbar.

§ 20. Dem Verwaltungsrathe liegt die allseitige Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft ob; er faßt im Namen der Gesellschaft rechtsverbindliche Beschlüsse über alle Gegenstände, welche nicht ausdrücklich einem anderen Gesellschaftsorgane vorbehalten sind. In Fällen, in denen diese Statuten zweifelhafte oder unzureichende Bestimmungen enthalten sollten, ist der Verwaltungsrath berechtigt, unter Hinzuziehung des Rechtsconsulten der Bank das Nähere bis zur nächsten Generalversammlung, welche alsdann darüber entscheidet, zu bestimmen.

Insbefondere steht dem Verwaltungsrathe zu:

- 1) Die Wahl der Directionsmitglieder, jedoch unter Hinzuziehung der Revisoren, sowie einer von der Generalversammlung zu wählenden Commission, deren Mitgliederzahl diejenige des Verwaltungsrathes und der Revisionscommission um eins übersteigen muß; ferner die Ertheilung der Instruction für die Directionsmitglieder, sowie die Ueberwachung der Geschäftsführung der Direction.
- 2) Die vorläufige Enthebung eines Directors aus seinem Amte bei groben Dienstvergehen oder grober Fahrlässigkeit in Amtsverrichtungen. Ueber den Antrag sind sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrathes zu hören. Die Beschlußfassung erfolgt mit drei Viertel Majorität.
- 3) Die Wahl eines oder mehrerer Bankärzte, welche mit Begutachtung der bei der Direction zum Abschluß von Lebensversicherungen ein laufenden Antragspapiere beauftragt werden, sowie die Genehmigung der Anstellung und Entlassung der Bankbeamten, soweit dieselben ein Jahresgehalt von mehr als 2000 Mk. beziehen.
- 4) Die Aufsicht über die Leitung der Vermögensverwaltung der Gesellschaft, insbesondere die Genehmigung der von der Direction gestellten Anträge auf Ausleihung von Geldern auf Pfandfesten und Hypotheken sowie auf Belegung von Capitalien in Werthpapieren, auf Ankauf, Verkauf und Verpfändung von Grundstücken. Werthpapiere, welche für das laufende Geschäft nicht gebraucht werden, hat ein Mitglied des Verwaltungsrathes unter Mitverschluß zu halten.
- 5) Die Controllirung und Revision der Bücher, Cassa, sowie der Correspondenzen und sonstigen Urkunden.
- 6) Die Prüfung der Jahresrechnungen, sowie die Festsetzung von Dividenden und etwaigen Nachschüssen.
- 7) Die Beschlußfassung über Abänderung der bestehenden und Einführung neuer Versicherungstabellen und Tarife der Gesellschaft.
- 8) Die Berufung der Generalversammlung und deren Leitung, sowie die Festsetzung der Tagesordnung.
- 9) Die Prüfung der von der Direction abgeschlossenen Verträge.

§ 21. Die Mitglieder der Direction nehmen auf Einladung des Verwaltungsrathes an den Sitzungen desselben mit beratender Stimme Theil. Der Verwaltungsrath wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, sowie einen Schriftführer. Die über die Sitzungen des Verwaltungsrathes zu führenden Protocolle sind in das Protocollbuch der Bank einzutragen und vom Vorsitzenden und Schriftführer zu unterzeichnen. Im Uebrigen kann der Verwaltungsrath einzelne der ihm obliegenden Funktionen nach seinem Ermessen auf einzelne seiner Mitglieder übertragen.

§ 22. Der Verwaltungsrath ist beschlußfähig bei Anwesenheit von wenigstens 3 Mitgliedern bzw. 5 Mitgliedern, wenn der Ver-

waltungsrath aus 7 Personen besteht; bei Beschlüssen entscheidet einfache Majorität, bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

3. Direction.

§ 23. Die Leitung der Bank liegt in den Händen der Direction, welche aus dem Director und einem stellvertretenden Director besteht, von denen jeder allein, soweit diese Statuten nicht ein Anderes bestimmen, die Bank rechtsverbindlich zu zeichnen berechtigt ist. Die Generalversammlung ist berechtigt auf Antrag des Verwaltungsrathes, falls die Erweiterung des Geschäfts es erforderlich macht, die Ernennung weiterer stellvertretender Directoren zu beschließen. Den Umfang der Befugnisse der stellvertretenden Mitglieder der Direction bestimmt der Verwaltungsrath.

§ 24. Directionsmitglieder, welche während ihrer Amtsdauer den Besitz der vollen bürgerlichen Ehrenrechte oder ihre volle Vermögensfähigkeit verlieren, scheiden damit aus ihrem Amte aus.

§ 25. Den Mitgliedern der Direction ist unterfagt, ohne ausdrückliche Genehmigung des Verwaltungsrathes Nebengeschäfte zu betreiben oder dem Vorstande oder Aufsichtsrathe einer Actien- oder sonstigen Erwerbsgesellschaft anzugehören.

§ 26. Die Direction leitet die geschäftlichen Angelegenheiten der Gesellschaft nach Maßgabe des Statuts und der vom Verwaltungsrathe erteilten Instruction, sowie der von demselben gefaßten Beschlüsse. Ihr liegt insbesondere ob die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Bank, der Abschluß von Versicherungs- und anderen Verträgen, die Bestellung und Entlassung von Vertretern und Agenten und des Bankpersonals, soweit deren Anstellung und Entlassung nicht der Genehmigung des Verwaltungsrathes unterliegt, sowie die Buch- und Cassaführung.

Verträge mit Agenten und Angestellten dürfen ohne vorgängige Genehmigung des Verwaltungsrathes nur mit längstens jederzeitiger dreimonatlicher Kündigung abgeschlossen werden.

§ 27. Von der Direction vorgenommene Rechtsgeschäfte sind mit Ausnahme von Versicherungsanträgen Dritten gegenüber gültig, auch wenn die statutenmäßig erforderliche Genehmigung des Verwaltungsrathes nicht erteilt ist. Versicherungsverträge sind gültig nachdem die von einem Mitgliede der Direction unterzeichnete Police von einem Mitgliede des Verwaltungsrathes gegengezeichnet ist.

§ 28. Bei Ausübung ihrer Functionen sind die Mitglieder der Direction für diejenigen Handlungen verantwortlich, welche gegen die Statuten und gegen die von dem Verwaltungsrathe erteilten Instructionen verstoßen, sowie für solche Versehen, welche bei Anwendung geschäftstüblicher Vorsicht hätten vermieden werden können. Die Rechtsgültigkeit der betreffenden Handlungen Dritten gegenüber wird hierdurch nicht berührt.

§ 29. Für Verhinderungsfälle eines Directors kann der Verwaltungsrath aus seinen Mitgliedern oder aus den Beamten der Bank einen Stellvertreter bestellen, der für die Zeit seiner Amtsdauer dieselben Rechte und Pflichten hat, wie ein Director.

§ 30. Zur Legitimation der Directoren sowie eines Stellvertreters dient das Protocoll der betreffenden Verwaltungsrathsitzung.

4. Die Revisions-Commission.

§ 31. Die Revisionscommission besteht aus 2 Mitgliedern der Bank, welche in der ordentlichen Generalversammlung auf 2 Jahre gewählt werden. Alljährlich scheidet das dem Dienstalter nach ältere Mitglied aus.

In Beziehung auf die Wahl und Entlassung der Mitglieder der Revisionscommission finden die Bestimmungen der §§ 18 und 19 entsprechende Anwendung.

Bei eintretender Vacanz hat der Verwaltungsrath für die Zeit der noch nicht abgelaufenen Amtsdauer des Betreffenden eine Neuwahl vorzunehmen.

§ 32. Die Revisionscommission hat über Monita, welche Seitens der Direction bzw. des Verwaltungsrathes nicht erledigt werden, in der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu berichten. Die Revisoren haben in geeigneten Zwischenräumen Einsicht von dem Rechnungswesen und der Buchführung der Bank zu nehmen.

Die Revisionscommission hat den Rechnungsabscluß an Hand der Bücher zu prüfen und über den Befund dem Verwaltungsrathe zu berichten. Die Höhe der Vergütung für die Revisionscommission bestimmt der Verwaltungsrath.

III. Agenten.

§ 33. Zur Vermittelung des Abschlusses von Versicherungsverträgen stellt die Bank Agenten an; dieselben sind zur Vertretung der Bank nur kraft besonderen Auftrages berechtigt.

IV. Höhe der Versicherung.

§ 34. Die Bank ist berechtigt, Versicherungen bis zur Höhe von 80 000 Mark zu übernehmen, wovon jedoch mindestens der 30 000 Mark übersteigende Betrag in Mitversicherung zu nehmen ist.

V. Prämienreserve, Cantième, Nachschuß.

§ 35. Aus den Einnahmen jeder Abtheilung werden die Ausgaben, als Verwaltungskosten, Provisionen, Versicherungsgelder und Verluste gedeckt, sowie die Prämienreserve zurückgestellt.

Der Prämienreservefond soll diejenige Summe enthalten, welche rechnermäßig erforderlich ist, um in Verbindung mit den von den Versicherungsnehmern fernerhin zu erwartenden Prämienzahlungen den eingegangenen Verpflichtungen zu genügen. Die Berechnung der Prämien-Reserve erfolgt unter Zugrundelegung eines dreieinhalbsprocentigen Zinsfußes nach der Sterblichkeitslase der siebenzehn englischen Gesellschaften und einer Einstellungsquote von fünfzig Procent bei Militärdienst-Versicherungen.

Für jede abgeschlossene Versicherung wird auf Grund der Reservetabellen die Prämienreserve zurückgestellt, so lange die Versicherung fortbesteht.

§ 36. Von dem nach Dotirung der Prämienreserve verbleibenden Ueberschusse werden 5% als Cantième für die Direction, und weitere 5% als Cantième für den Verwaltungsrath abgesetzt, doch wird dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths eine jährliche Cantième von 1200 Mark, den übrigen Mitgliedern eine solche von je 800 Mark garantirt.

Weitere 2% des Ueberschusses werden zur Bildung eines Kriegesreservefonds verwandt, in denselben sind auch die nach § 65 der Statuten im Falle der Versicherung gegen Kriegsgefahr zu zahlenden Zusatzprämien einzustellen; dem Kriegesreservefonds sind, vom Jahreschlusse ab, jährlich 3 1/2% Zinsen zuzuschreiben. Der Kriegesreservefonds dient im Falle eines Krieges zunächst zur Deckung der in Folge desselben entstehenden Ansprüche.

Der Verwaltungsrath ist berechtigt, unter Zustimmung der Generalversammlung, einen Theil des Ueberschusses zur Bildung eines Beamten-Unterstützungs- und Pensionsfonds zu verwenden.

Der verbleibende Rest wird gemäß den §§ 56—58, 92, 93, 115—117 als Dividende vertheilt.

§ 37. Sollten bei Abschluß eines Geschäftsjahres die Einnahmen einer Abtheilung der Bank zur Deckung der Ausgaben und zur Dotirung der Prämienreserve derselben nicht hinreichend sein, so sind zur Deckung des Ausfalles die zurückbehaltenen Ueberschüsse der früheren Jahre zu verwenden; ein dann etwa noch bleibender Fehlbetrag ist, soweit der Verwaltungsrath dies für erforderlich erachtet, durch einen Prämiennachschuß zu decken, der procentmäßig nach der Höhe ihrer Prämienzahlung von den Mitgliedern einzuziehen ist; der Beschluß, daß und in welcher Höhe ein Prämiennachschuß einzufordern sei, erfolgt durch den Verwaltungsrath nach eingeholten Berichten der Direction und der Revisionscommission; der Beschluß des Verwaltungsraths ist für alle Mitglieder verbindlich und unanfechtbar.

VI. Auflösung.

§ 38. Die Zeitdauer der Bank ist unbestimmt.

Die Auflösung kann, abgesehen von Fällen, wo dieselbe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erfolgt, lediglich geschehen, wenn dieselbe vom Verwaltungsrathe und der Direction einstimmig beantragt und in einer zu diesem Zwecke besonders berufenen Generalversammlung 2/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder diesem Antrage zugestimmt und in einer zweiten frühesten innerhalb 2 Monaten und längstens innerhalb 3 Monaten berufenen Generalversammlung wiederum 2/3 der erschienenen Mitglieder sich für den Antrag erklärt haben.

§ 39. In der die definitive Auflösung aussprechenden Generalversammlung sind gleichzeitig die erforderlichen Bestimmungen wegen Übernahme der Liquidation zu treffen.

Die Vertheilung des vorhandenen Vermögens erfolgt nach Verhältniß der für jeden einzelnen Versicherten zurückgestellten Reserve, nachdem zuvor sämtliche Schulden und Verbindlichkeiten der Bank geordnet sind.

B. Lebens-Versicherungs-Bedingungen.

I. Antrag auf Versicherung.

§ 40. Wer eine Lebensversicherung abzuschließen beabsichtigt, hat bei der Bank einen schriftlichen Versicherungsantrag unter Beifügung des Geburtscheines oder eines sonstigen Altersnachweises, sowie eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses der zu versichernden Person einzureichen.

Die Nachlieferung des Altersnachweises ist statthaft. Der Versicherungsantrag ist auf einem gedruckten Antragsformular der Bank zu stellen und sind die in demselben enthaltenen Fragen von dem Antragsteller, bezw. von dem Antragsteller und der zu versichernden Person, gewissenhaft unter Beifügung der eigenhändigen Unterschrift zu beantworten.

§ 41. Die Versicherung schwächlicher oder kränklicher Personen ist statthaft; in zweifelhaften Fällen ist die Direction berechtigt, Versicherungen gegen höhere als die tarifmäßige Prämie abzuschließen,

oder eine Carrenzzeit zu vereinbaren; bei Sterbefällen innerhalb der Carrenzzeit wird die Versicherungssumme nicht gezahlt, hingegen die gezahlte Prämie zurückvergütet. Im Uebrigen ist die Direction berechtigt, auch sonstige besondere Bedingungen nach ihrem Ermessen zu vereinbaren.

Versicherungen, welche von der Direction unter Vorbehalt einer erhöhten Prämienzahlung, einer Carrenzzeit oder mit sonstigen besonderen Bedingungen angenommen werden, gelten, wenn seitens des Antragstellers diese Bedingungen nicht schon vorher genehmigt sind, als abgeschlossen, wenn die darüber ausgefertigte Police von dem Antragsteller eingelöst wird.

§ 42. Corporationsversicherungen seitens Behörden oder Personenvereinen und Versicherungen von Personen, welche ein Gewerbe betreiben, welches nachtheilig einwirkend auf die Gesundheit, oder welches für das Leben der zu versichernden Person mit größeren Gefahren verknüpft erscheint, sind unter vom Verwaltungsrathe und der Direction näher festzustellenden besonderen Prämienätzen und Bedingungen zulässig.

§ 43. Die Direction ist nicht verpflichtet, bei Ablehnung von Versicherungsanträgen Gründe anzugeben; die eingereichten Antragspapiere, mit Ausnahme des Geburtscheines oder des Altersnachweises, bleiben unter allen Umständen Eigenthum der Bank.

§ 44. Das Alter der zu versichernden Person wird stets nach vollen Jahren berechnet und kommt das laufende Lebensjahr mit in Rechnung. Die Prämienberechnung erfolgt, abgesehen von Fällen besonderer Vereinbarung, nach den von der Bank aufgestellten Prämientabellen.

II. Versicherungsurkunden.

§ 45. Ueber die Annahme der Versicherung wird eine Urkunde (Police) ausgefertigt und gegen Zahlung der erstmaligen Prämie, sowie der von der Bank etwa vorausgelegten Stempelgebühren ausgehändigt. Die Police enthält insbesondere die Angabe der Versicherungssumme, sowie der Höhe und der Verfallszeit der Prämie.

In der Regel wird bei Ausfertigung einer Police eine Policengebühr berechnet, die bei Aushändigung der Police mit erhoben wird.

§ 46. Ueber die Zahlung der Prämien werden Prämienquittungen ausgestellt.

III. Prämienzahlung.

§ 47. Durch die Annahme des Versicherungsantrages seitens der Bank wird der Antragsteller verpflichtet, die Prämie für das erste Versicherungsjahr sowie die Policengebühr und die Stempelauslagen für die Police zu zahlen; die ausgefertigte Police muß von dem Antragsteller innerhalb 30 Tagen, nachdem er von der Ausfertigung Kenntniß erhalten hat, eingelöst werden. Erfolgt die Zahlung nicht rechtzeitig, so kann die Direction die Prämie und Gebühren gerichtlich eingehen und bei nachträglich erfolgter Zahlung in die Fortsetzung der Versicherung willigen.

§ 48. Die Prämie ist jährlich im Voraus zu bezahlen, wenn nicht die Zahlung für einen längeren Zeitraum als ein Jahr vereinbart ist. Die Direction ist berechtigt, halb- und vierteljährliche Prämienzahlung zu gestatten, doch wird in diesem Falle in Rücksicht auf vermehrten Kostenaufwand und Zinsverlust eine besondere Vergütung erhoben in Höhe von 5% der Jahresprämie bei vierteljährlicher, und von 3% bei halbjährlicher Prämienzahlung.

§ 49. Die Prämie kann innerhalb 30 Tagen nach Verfall rechtzeitig gezahlt werden. Bei Versicherungen, welche über 1 Jahr in Kraft sind, kann die Direction diese Frist verlängern, jedoch, abgesehen von den Bestimmungen des § 70, nicht über den Zeitraum von zwölf Monaten hinaus. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb der statutenmäßigen oder vereinbarten Frist, so erlischt die Versicherung und damit jeder Anspruch gegen die Bank, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 51. Die Versicherung tritt jedoch wieder in Kraft, wenn innerhalb der nächsten 6 Monate nach Ablauf dieser Frist die Versicherungsprämie bei der Bank eingeht, vorausgesetzt, daß der Versicherte zur Zeit des Eingangs der Zahlung noch am Leben und gesund ist, worüber die Direction die Einlieferung eines ärztlichen Attestes verlangen kann. Erscheint der Direction der Gesundheitszustand nicht vollständig genügend, so kann dieselbe die Erneuerung der Versicherung ablehnen. Bei Versicherungen, welche über 5 Jahre bestanden, behält es in diesem Falle mit der im § 51 vorgesehenen Umwandlung sein Bewenden.

§ 50. Stirbt ein Versicherter, welcher die Zahlung der Prämie in terminlichen Raten vereinbart hatte, zu einer Zeit, wo die volle Jahresprämie des in Frage kommenden Versicherungsjahres noch nicht bezahlt ist, so werden die noch rückständigen Raten der Jahresprämie von der Versicherungssumme gekürzt.

§ 51. Versicherungen, welche länger als 5 Jahre in Kraft sind, werden im Falle des Erlöschens in Folge nicht rechtzeitiger Prämienzahlung oder auf Antrag in beitragsfreie Versicherungen umgewandelt, deren Versicherungssumme nach den für Versicherungen mit einmaligen

Zahlung gestehenden Prämienfögen in der Weise berechnet wird, daß die auf diese Versicherung beim letzten Jahresabschlusse zurückgestellte Prämienreserve, unter Verrechnung eines etwa noch rückständigen Theiles der Jahresprämie und unter Abzug eines etwa darauf entnommenen Vorschusses als einmalige Capitalzahlung gilt. Diese Umwandlung tritt jedoch nur ein, wenn die auf diese Weise sich ergebende Versicherungssumme wenigstens Dreihundert Mark beträgt. Für die Berechnung wird dasjenige Alter angenommen, welches der Versicherte zur Zeit der Umwandlung erreicht hat, jedoch unter Berücksichtigung einer bei Abschluß der Versicherung zu Grunde gelegten Alterserhöhung.

Wird innerhalb zwei Jahren nach Umwandlung der Versicherung die Police bei der Direction nicht zur Umschreibung eingereicht, so erlöschen alle Ansprüche an die Bank.

§ 52. Die Bank ist berechtigt, beitragsfreie Versicherungen auf Antrag wieder in die ursprünglichen Versicherungen umzuwandeln, wenn die Versicherten den Nachweis voller Gesundheit bringen, und die inzwischen fällig gewordenen Prämien mit Zinsen zu 5% p. a. nachzahlen.

§ 53. Bewilligt die Bank eine Verlängerung der Zahlungsfrist oder nimmt sie verspätete Prämienzahlungen an, so ist sie berechtigt, für jeden angefangenen Monat der verspäteten Zahlung $\frac{1}{2}$ % Verzugszinsen nebst Portoauslagen und eine Agenturgebühr, die indeß für eine Prämienrate 1 Mark nicht übersteigen soll, sich vergüten zu lassen.

§ 54. Die fälligen Prämien müssen ohne besondere Aufforderung gezahlt werden. Erlischt eine Versicherung in Folge nicht rechtzeitiger Prämienzahlung, so steht dem Betreffenden nicht der Einwand zu, daß die Bank regelmäßig die Prämien einziehe oder eine Zahlungsanforderung erlasse.

An Orten, wo sich Vankagenturen befinden, geschieht die Zahlung in der Regel bei den Agenturen und bedarf in diesem Falle die von der Bank ausgestellte Prämienquittung zu ihrer Rechtsgültigkeit der Mitunterzeichnung des die Zahlung in Empfang nehmenden Agenten.

§ 55. Die Zahlung der vollen Jahresprämie hat, wenn nichts anderes festgesetzt ist, mit Vollendung des achtzigsten Lebensjahres oder beim Sterbefalle ihr Ende erreicht. Die Versicherungssumme wird in Ermangelung anderer Vereinbarung ausbezahlt, wenn der Versicherte das 85. Lebensjahr vollendet.

IV. Gewinnvertheilung.

§ 56. Der für die Lebensversicherungsabtheilung verbleibende Ueberschuß wird zunächst 5 Jahre lang von der Bank zurückbehalten und kommt im sechsten Jahre auf die dann noch in Kraft befindlichen Versicherungen als Dividende des ersten Jahres zur Vertheilung; um eine größere Gleichmäßigkeit der Dividende herbeizuführen, ist der Verwaltungsrath jedoch berechtigt, eine den Ueberschüssen der letzten fünf Jahre entsprechende Durchschnittsdividende festzusetzen. Die Festsetzung der Dividende erfolgt durch den Verwaltungsrath nach eingeholtem Berichte der Direction und Revisionscommission. Der Beschluß des Verwaltungsrathes ist für alle Mitglieder rechtsverbindlich und unanfechtbar.

§ 57. Die Dividende wird, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf die nächstfällige Jahresprämie des Versicherten abgerechnet, der die betreffende Quittung an den gewöhnlichen Terminen seiner Prämienzahlung bei dem Agenten in Empfang zu nehmen hat. Verzichtet ein Mitglied auf Anrechnung der Dividende, so kann die letztere nach näher zu treffender Vereinbarung mit der Direction von der Bank verzinslich bis zum Erlöschen der Versicherung, jedoch unter Vorbehalt einer kurzen Kündigungsfrist weiter verwaltet werden.

§ 58. Bei abgeklärten Lebensversicherungen entfällt die Dividende nur auf eine Prämie in der Höhe, wie solche auf lebenslängliche Versicherungen zu zahlen sein würde. In Fällen, in welchen die Prämie durch einmalige Zahlung für die ganze Lebensdauer entrichtet ist, wird die Dividende nach Verhältniß der entsprechenden Jahresprämie berechnet. Auf Versicherungen, welche in beitragsfreie umgewandelt sind, entfällt keine Dividende.

V. Beginn und Erlöschen der Versicherung.

§ 59. Die Versicherung tritt in Kraft mit Einlösung der Versicherungspolice. Die Versicherung tritt nicht in Kraft, wenn bei Aushändigung der Police der Versicherte nicht mehr lebt oder die Gesundheitsverhältnisse desselben seit Stellung des Antrages in wesentlich ungünstiger Weise sich verändert haben, er insbesondere an einer inzwischen hervorgetretenen Krankheit leidet.

§ 60. Die abgeschlossene Versicherung wird, abgesehen von dem Falle des Erlöschens in Folge nicht rechtzeitiger Prämienzahlung, in folgenden Fällen ungültig, so daß alle Ansprüche an die Bank erlöschen:

- 1) Wenn sich herausstellt, daß in dem Versicherungsantrage von dem Antragsteller oder dem Versicherten eine unrichtige Angabe

gemacht, oder in den eingereichten ärztlichen Zeugnissen eine unrichtige Angabe, welche mit Wissen des Antragstellers oder des Versicherten aufgenommen ist, sich findet, welche für die Beurtheilung des Gesundheitszustandes des Versicherten von Erheblichkeit hätte sein können; doch findet diese Bestimmung keine Anwendung auf Versicherungen, welche länger als fünf Jahre in Kraft sind, wenn die Gesellschaft nicht innerhalb dieser fünf Jahre die Ungültigkeit geltend gemacht hat. Die Bank bleibt jedoch berechtigt, auch bei Versicherungen, welche länger als fünf Jahre in Kraft sind, die Ungültigkeit geltend zu machen, wenn die unrichtigen Angaben von dem Antragsteller oder dem Versicherten in betrügerischer Absicht gemacht oder veranlaßt sind.

- 2) Wenn der Versicherte innerhalb der ersten fünf Jahre nach Ausfertigung der Police in Folge Veränderung seines Berufes oder seiner Beschäftigung sich höheren Gefahren aussetzt. Die Versicherung wird insbesondere auch nach Ablauf von fünf Jahren ungültig, wenn der Versicherte in Seedenst tritt. Die Bank ist jedoch berechtigt, in diesen Fällen gegen Vereinbarung eines höheren Prämienföges die Versicherung in Kraft zu erhalten.

- 3) Wenn das Leben der versicherten Person absichtlich von demjenigen gefährdet oder der Tod des Versicherten von demjenigen herbeigeführt wurde, welchem die Versicherungssumme ausfallen würde; hatte der Schuldige nur auf einen Theil der Versicherungssumme Anspruch so findet diese Bestimmung nur auf diesen Theil der Versicherung Anwendung.

§ 61. Die abgeschlossene Versicherung wird suspendirt:

- 1) Wenn der Versicherte in Kriegszeiten bei einem mobilen Truppenkörper steht oder in denselben eintritt, und zwar vom Zeitpunkte der Mobilmachung bezw. des Eintritts ab, jedoch ist der Versicherte in diesem Falle auch berechtigt, die Aufhebung des Versicherungsvertrages zu verlangen, wenn die Versicherung über drei Jahre in Kraft war, und werden ihm in diesem Falle drei Viertel der auf die betr. Versicherung zurückgestellten Prämienreserve zurückerstattet.

- 2) Wenn der Versicherte als Passagier eine außeruropäische Reise antritt und solange er sich außer Europa aufhält. Ohne Einfluß auf den Bestand der Versicherung bleibt jedoch die Reise als Passagier auf Dampfschiffen in directer Linie zwischen den Häfen Europas und den Häfen an der Ostküste von Nordamerika innerhalb des 33. und 60. Grades nördlicher Breite, sowie der Aufenthalt in den bewohnten Theilen von Nordamerika innerhalb der nördlichen Breitengrade.

§ 62. Während der Zeit der Suspension ist der Versicherte zur Zahlung von Prämien nicht verpflichtet; durch Zahlung von Prämien während der Zeit der Suspension und durch Annahme derselben seitens der Bank wird die Suspension nicht aufgehoben.

§ 63. Stirbt der Versicherte während der Suspension, so wird nicht die Versicherungssumme, sondern die volle auf die betr. Versicherung zurückgestellte Prämienreserve gezahlt. Stirbt der Versicherte während des Kriegsdienstes, so werden die gezahlten Prämien abzüglich einer halben Jahresprämie zurückgezahlt. Der Versicherte ist berechtigt, nach Wegfall des die Suspension bewirkenden Grundes einen neuen Versicherungsantrag nebst Gesundheitszeugniß einzureichen; wird der Versicherte von der Bank wieder aufgenommen, so hat er den Prämienbetrag, welcher während der Zeit der Suspension hätte entrichtet werden müssen, mit fünf Procent Zinsen nachzahlen. Mit erfolgter Nachzahlung tritt die frühere Police wieder in Kraft. Lehnt die Bank die Wiederaufnahme ab, so ist dem Versicherten, bezw. dem Antragsteller die volle auf die betr. Versicherung zurückgestellte Prämienreserve zurückzuerstatten.

§ 64. Die Versicherung erlischt, so daß alle Ansprüche an die Bank verloren gehen, wenn innerhalb zwei Jahren nach Eintritt der Suspension weder die Aufhebung der Versicherung verlangt (§ 61), noch ein neuer Versicherungsantrag (§ 63) gestellt ist. Die Direction der Bank ist jedoch berechtigt, die Dauer der Suspension durch Vereinbarung zu verlängern.

§ 65. In den die Suspension der Versicherung bewirkenden Fällen ist die Bank berechtigt, gegen Vereinbarung besonderer Prämienföge die Versicherung auch während der Dauer des die Suspension bewirkenden Umstandes in Kraft zu lassen.

§ 66. Liegt der dringende Verdacht vor, daß der Versicherte seinen Tod durch Selbstmord gefunden hat, so wird, wenn die Versicherung ein Jahr in Kraft gewesen, zwar nicht die in der Police vereinbarte Versicherungssumme, sondern diejenige Summe gezahlt, welche sich nach den für einmalige Capitalzahlung bestehenden Prämienfögen als Versicherungssumme ergibt, wenn die auf die betr. Versicherung zurückgestellte Prämienreserve als einmalige Capitalzahlung betrachtet wird. Bei Policen, welche weniger als ein Jahr in Kraft gewesen, erlischt in den Fällen dieses Paragraphen jeder Anspruch gegen die Bank.

§ 67. Wird der Nachweis erbracht, daß der Selbstmord in Folge

peinvoller, unheilbarer Krankheit oder bei gestörtem geistigen Zustande erfolgt ist, so wird stets die volle Versicherungssumme gezahlt.

§ 68. Die Bank ist berechtigt, bei Versicherungen, welche weniger als fünf Jahre bestehen, die Versicherung unter Rückstattung der auf dieselbe zurückgestellten Prämienreserve aufzuheben, wenn der Versicherte zu einer Freiheitsstrafe von länger als drei Jahren verurtheilt ist, oder sich dem Trunke, der Morphinumsucht, oder einem ausschweifenden Lebenswandel ergiebt.

§ 69. Bei Versicherungen, welche länger als fünf Jahre in Kraft sind, ist der Versicherte zu einer Kündigung des Versicherungsvertrages berechtigt und werden in diesem Falle drei Viertel der auf die betr. Versicherung zurückgestellten Prämienreserve zurückvergütet, unter Verrechnung eines etwa noch rückständigen Theiles der Jahresprämie.

VI. Vorschüsse und Cautionsdarlehen.

§ 70. Die Bank ist berechtigt, auf Versicherungen, welche länger als fünf Jahre in Kraft sind, Vorschüsse bis zur Höhe von zwei Drittel der für die betr. Versicherung zurückgestellten Prämienreserve unter Verrechnung eines etwa noch rückständigen Theiles der Jahresprämie gegen Zinsvergütung und unter näher zu vereinbarenden Bedingungen zu gewähren; ebenso kann sie bei solchen Versicherungen Prämienbeträge bis zu dieser Höhe gegen Zinsvergütung stunden. In diesen Fällen bleiben die Versicherungen in Kraft, sofern die vereinbarten Bedingungen erfüllt werden.

Die Bank ist berechtigt, den bei ihr Versicherten unter näher zu vereinbarenden Bedingungen Dienstcautionen zu gewähren.

VII. Fälligkeit der Versicherung.

§ 71. Beim Todesfall eines Versicherten hat der Inhaber der Police bezw. der aus der Police Berechtigte dem zunächst wohnenden Bankagenten oder der Bankdirection sobald als möglich, spätestens innerhalb 4 Wochen, Anzeige zu machen, und dabei die bekannte oder vermuthete Todesursache anzugeben, auch einen amtlichen Todesschein und, soweit möglich, einen ausführlichen Bericht des Arztes über die letzte Krankheit oder die sonstige Todesursache des Verstorbenen auf seine Kosten beizubringen.

Werden wissentlich von dem Empfangsberechtigten falsche oder gefälschte Documente eingeliefert, so erlöschen alle Ansprüche an die Bank.

§ 72. Die Bank ist berechtigt in zweifelhaften Fällen die auf ihre Kosten vorzunehmende Section der Leiche der versicherten Person zu verlangen oder anderweitige Nachforschungen anzustellen, ehe sie die Versicherungssumme auszahlt. Im Fall der Weigerung der Section seitens der Angehörigen ist die Bank zur Zahlung der vollen Versicherungssumme nicht verpflichtet, sondern nur zur Zahlung der Prämienreserve dieser Versicherung.

§ 73. Wird der Altersnachweis erst nach dem Versicherungsabschlusse oder nach erfolgtem Todesfalle eingeliefert, und ergiebt sich, daß in dem Versicherungsantrage und der Police ein zu geringes Alter angegeben ist, so ist die Differenz zwischen der gezahlten Prämie und derjenigen Prämie, welche nach Maßgabe des wirklichen Alters nach den Bestimmungen der Bank zu zahlen gewesen wäre, mit Zinsszinsen zu 5 % p. a. nachzugewähren.

§ 74. Erachtet die Direction die beigebrachten Sterbefall-Documente als genügend, so zahlt sie die Versicherungssumme an die Empfangsberechtigten aus.

Die Auszahlung der Versicherungssumme geschieht, wenn die Police zahlbar an den Inhaber lautet, gegen Rückgabe derselben in Bremen am Bureau der Bank, an Orten, wo sich Bankagenturen befinden, durch diese oder durch Baarforderung auf Kosten der Bank. Wird Forderung nach Plätzen gewünscht, wo sich Bankagenturen nicht befinden, so geschieht dieselbe auf Kosten und Gefahr der Empfangsberechtigten. Erfolgt die Auszahlung durch Baarforderung, so ist, wenn erforderlich, die Police, und auf Verlangen auch die zuletzt bezahlte Prämienquittung der Bank vorher einzusenden. Lautet die Versicherung zu Gunsten dritter Personen, so kann die Zahlung ohne Rücklieferung der Police an die Empfangsberechtigten geschehen.

§ 75. Wird der Bank nicht innerhalb zwei Jahren vom Tage des Sterbefalles an gerechnet Anzeige von demselben gemacht, oder werden ihr nicht innerhalb fünf Jahren die erforderlichen Documente (§ 71) eingeliefert, so erlöschen alle Ansprüche an die Bank. Ebenso erlöschen alle Ansprüche, wenn die Bank die Auszahlung der Versicherungssumme weigert, und nicht innerhalb zwei Jahren nach der Zahlungsweigerung Klage gegen dieselbe erhoben wird.

§ 76. Die Bank ist berechtigt, bei auf den Inhaber lautenden Policen die Legitimation des Inhabers zu prüfen, jedoch nicht dazu verpflichtet.

VIII. Abhanden gekommene Policen.

§ 77. Ist eine zu Gunsten einer bestimmten Person lautende Police abhanden gekommen, so ist die Bank berechtigt, an deren Stelle

ein Duplicat auszustellen; mit Ausschändigung des Duplicates tritt die früher ausgefertigte Police außer Kraft.

Ist eine auf den Inhaber lautende Police abhanden gekommen, so ist die Bank berechtigt, die Außerkräftsetzung der Police durch ein gerichtliches Aufgebotsverfahren zu verlangen und nach Beendigung desselben eine neue Police zu Gunsten des Berechtigten auf dessen Kosten auszustellen.

Wird eine auf den Inhaber lautende Police der Bank als abhanden gekommen angemeldet, so ist die letztere auf Antrag berechtigt, wenn in den nächsten zwei Jahren Prämienzahlungen von einer anderen Person auf diese Police nicht erfolgen, dem früheren Inhaber der Police ein Duplicat derselben auszustellen.

C. Aussteuer-Versicherungs-Bedingungen.

§ 78. Die Aussteuer-Versicherung bildet eine Zweigabtheilung der Bremer Lebens-Versicherungs-Bank in der Weise, daß sich die Haftung und Gewinnbetheiligung auf die Mitglieder dieser Zweigabtheilung beschränkt. Die Abtheilung Aussteuer-Versicherung umfaßt auch solche Versicherungen, welche sich auf den Erlebensfall beziehen.

§ 79. Die Prämienberechnung erfolgt, abgesehen von Fällen besonderer Vereinbarung, nach den von der Bank aufgestellten Prämientabellen.

Bei Versicherungen, bei denen die Prämienzahlung im Fall des Todes des Versicherungsnehmers aufhört, kann die Bank sich von dem Versicherungsnehmer (Vater, Verjorger) ein ärztliches Attest über dessen Gesundheitszustand einliefern lassen und ist auch berechtigt, die Versicherung abzulehnen. Wenn bezüglich des Gesundheitszustandes seitens des Versicherungsnehmers unwahre Angaben gemacht sind, so kann die Bank die Versicherung wieder außer Kraft setzen. Bei Versicherungen, welche länger als 5 Jahre in Kraft sind, ist die Bank zur Aufhebung nur dann berechtigt, wenn die unwahren Angaben in betrügerischer Absicht gemacht sind.

§ 80. Die Prämie ist jährlich im Voraus zu bezahlen, wenn nicht die Zahlung für einen längeren Zeitraum vereinbart ist. Die Direction ist berechtigt, halb- und vierteljährliche Prämienzahlung zu gestatten, doch wird in diesem Falle in Rücksicht auf vermehrten Kostenaufwand und Zinsverlust eine besondere Vergütung erhoben in Höhe von 5 % der Jahresprämie bei vierteljährlicher und von 3 % bei halbjährlicher Zahlung. Außer der Prämie und etwaigen Stempelabgaben werden als Beitrag zu den Betriebskosten einmalige Policengebühren erhoben.

§ 81. Zur Beurkundung des richtigen Alters ist der Bank ein amtlicher Altersnachweis (Geburtschein) einzuliefern. Sollte der Altersnachweis nicht sofort beim Abschlusse der Versicherung eingereicht werden, dann ist derselbe jedenfalls vor Auszahlung der Versicherungssumme einzuliefern. Falls dann in der Police ein damit nicht übereinstimmendes Alter angegeben ist, so ist die Differenz zwischen der gezahlten Prämie und derjenigen Prämie, welche nach Maßgabe des wirklichen Alters nach den Bestimmungen der Bank zu zahlen gewesen wäre, mit Zinsszinsen zu 5 % p. a. nachzugewähren, wogegen etwa zu viel gezahlte Prämien ohne Zinsen zurückvergütet werden.

§ 82. Der zum Zwecke der Befreiung von der Prämienzahlung bezw. Rückforderung von Prämieinzahlungen zu bringende Nachweis über das Ableben des Versicherungsnehmers oder des versicherten Kindes ist durch eine Sterbeurkunde zu führen.

§ 83. Ueber die stipulirte Versicherungssumme wird von der Bank eine Urkunde (Police) ausgefertigt und gegen Zahlung der erstmaligen Prämie und Gebühren ausgehändigt. In dieser Police ist Zeit und Höhe der zu zahlenden Prämie bemerkt. Wird die Prämie nicht durch einmalige Zahlung für die ganze Versicherungsbauer berichtigt, so werden über die einzelnen Zahlungen Prämienquittungen ausgestellt, von denen die letzte bei Fälligkeit der Versicherungssumme auf Verlangen vorzulegen ist.

§ 84. Die Einlösung ausgefertigter Policen muß seitens der Antragsteller innerhalb dreißig Tagen geschehen, nachdem dieselben von der Ausfertigung in Kenntniß gesetzt sind. Bei später fällig werdenden Prämienzahlungen ist vom Fälligkeitstage an eine Zahlungsfrist von dreißig Tagen gestattet. Für Prämienzahlungen, welche nicht innerhalb der dreißigtägigen Frist erfolgen, kann die Bank für jeden angefallenen Monat $\frac{1}{2}$ % des Prämienbetrags als Verzugszinsen, nebst Vorloauslagen und eine Agenturgebühr, welche letztere indeß für eine Prämienrate 1 Mark nicht übersteigen soll, sich vergüten lassen. — Die Versicherung erlischt, wenn die Prämie einschließlich etwaiger Verzugszinsen nicht innerhalb sechs Monaten nach dem Fälligkeitstage oder innerhalb der etwa vereinbarten längeren Zahlungsfrist gezahlt ist. Die erste Jahresprämie ist dessenungeachtet voll zu zahlen.

§ 85. Bei Versicherungen, die über drei Jahre in Kraft sind, kann die Bank, wenn es beantragt wird, die bis dahin eingezahlten Prämien unter Wegfall einer Jahresprämie, als einmalige Bezahlung in Anrechnung bringen und die Police in eine beitragsfreie umwandeln. Diese

Umwandlung tritt bei Policen, welche über fünf Jahre in Kraft sind, von selbst ein, wenn die Prämienzahlung nicht innerhalb der zulässigen Zahlungsfrist erfolgt ist (§ 84); wird jedoch in diesem Falle die Police nicht innerhalb zwei Jahren nach der Umwandlung bei der Bank zur Umschreibung in die beitragsfreie Police eingereicht, so erlöschen alle Ansprüche an die Bank.

§ 86. Bei der Umwandlung in eine beitragsfreie Police (§ 85) wird die einmalige Prämie nach dem Alter berechnet, welches das versicherte Kind zur Zeit der Umwandlung erreicht hat; falls das versicherte Kind dann über 10 resp. 12 Jahre alt ist, so ist das Alter von 10 resp. 12 Jahren der Berechnung zu Grunde zu legen und mittelst Zinszurechnung von 5 % p. a. zu der Prämie die Versicherungssumme festzustellen. Bei Versicherungen, welche in der Weise abgeschlossen sind, daß die Prämienzahlungen in Folge Ablebens der Versicherungsnehmer aufhören, kommt nur derjenige Theil der Prämie, welcher nach der entsprechenden Tabelle ohne Befreiung von Prämienzahlung im Fall Ablebens der Versicherungsnehmer zu zahlen gewesen wäre, in Anrechnung. Ein Rückkauf der Police oder Gewährung von Darlehen findet nicht statt.

§ 87. Die fälligen Prämien müssen ohne besondere Aufforderung bezahlt werden. Erlischt eine Versicherung in Folge nicht rechtzeitiger Zahlung der Prämie, so steht dem Betreffenden nicht der Einwand zu, daß die Bank regelmäßig die Prämien einziehe, oder eine Zahlungsaufforderung erlasse.

An Orten, wo sich Bankagenturen befinden, geschieht die Zahlung in der Regel bei den Agenturen, und bedarf in diesem Falle die von der Bank ausgestellte Prämienquittung zu ihrer Rechtsgültigkeit der Mitunterzeichnung des die Zahlung in Empfang nehmenden Agenten.

§ 88. Mit dem Ableben eines versicherten Kindes erlischt die Versicherung. Etwa zurückzugewährende Prämien werden abzüglich einer halben Jahresprämie innerhalb eines Monats nach dem Ableben zurückgezahlt.

§ 89. Die Auszahlung der Aussteuer-Versicherungssumme erfolgt, wenn die versicherte Person das für die Versicherung zu Grunde gelegte Alter vollendet hat und ist dieses der Bank glaubhaft nachzuweisen. Das Alter wird als erreicht angenommen, wenn das versicherte Kind vier Wochen vor dem in Frage kommenden Geburtstage noch am Leben war. Die Auszahlung erfolgt in der Regel am Geburtstage der versicherten Person.

Wenn von Jahresprämien zur Zeit der Auszahlung der Versicherungssumme noch Ratenzahlungen rückständig sind, so müssen diese von der Versicherungssumme gekürzt werden. Gelangt die Versicherungssumme vor Beendigung des vollen Versicherungsjahres zur Auszahlung, dadurch, daß sie an dem Geburtstage der versicherten Person zu zahlen ist, so werden 5 % Discont p. a. von der solchergergestalt erfolgten früheren Zahlung berechnet.

§ 90. Falsche Angaben oder Einlieferung falscher oder gefälschter Papiere zwecks Erhebung der Versicherungssumme oder der Prämienfelder ziehen Verlust aller Ansprüche nach sich und wird die Versicherungspolice dadurch ungültig. Die Bank ist berechtigt, die Versicherungssumme an die in der Police benannte Person auch ohne Vorlage der Police auszusahlen.

§ 91. Die Auszahlung der Versicherungssumme geschieht in Bremen am Bureau der Bank, an Orten, wo sich Bankagenturen befinden, durch diese, oder durch Baarzahlung auf Kosten der Bank. Wird Zufendung nach Plätzen gewünscht, wo sich Bankagenturen nicht befinden, so geschieht dieselbe auf Kosten und Gefahr der Empfangsberechtigten.

§ 92. Der für die Aussteuer-Versicherung verbleibende Ueberschuß wird als Dividende den einzelnen Versicherungen in procentmäßiger Höhe der Jahresprämie, bezw. bei Versicherungen, bei denen die Zahlung für einen längeren Zeitraum als ein Jahr erfolgt, in entsprechender Höhe ausgeschrieben.

§ 93. Der Ueberschuß (Dividende) (§ 92) entfällt nur auf Versicherungen, bei denen die Versicherten zur Zeit der Fälligkeit der Versicherungssumme noch am Leben waren; wogegen solche Versicherungen, deren Versicherte früher verstorben sind, keinen Antheil an dem Ueberschuße (Dividende) haben.

§ 94. Ist eine Police abhanden gekommen, so ist die Direction berechtigt, an deren Stelle ein Duplicat auszustellen. Mit Ausbändigung des Duplicats tritt die früher ausgefertigte Police außer Kraft.

D. Militärdienst-Versicherungs-Bedingungen.

§ 95. Die Militärdienst-Versicherung bildet eine Zweigabtheilung der Bremer Lebensversicherungs-Bank in der Weise, daß sich die Haftung und Gewinnvertheilung auf die Mitglieder dieser Zweigabtheilung beschränkt.

§ 96. Die Prämienberechnung erfolgt, abgesehen von Fällen besonderer Vereinbarung, nach den von der Bank aufgestellten Prämientabellen.

Bei Versicherungen, bei denen die Prämienzahlung im Falle des Todes des Versicherungsnehmers aufhört, kann die Bank sich von dem Versicherungsnehmer (Vater, Verfolger) ein ärztliches Attest über dessen Gesundheitszustand einliefern lassen und ist auch berechtigt, die Versicherung abzulehnen. Wenn bezüglich des Gesundheitszustandes seitens des Versicherungsnehmers unwahre Angaben gemacht sind, so kann die Bank die Versicherung wieder außer Kraft setzen. Bei Versicherungen, welche länger als fünf Jahre in Kraft sind, ist die Bank zur Aufhebung nur dann berechtigt, wenn die unwahren Angaben in betrügerischer Absicht gemacht sind.

§ 97. Die Prämie ist jährlich im Voraus zu bezahlen, wenn nicht die Zahlung für einen längeren Zeitraum vereinbart ist. Die Direction ist berechtigt, halb- und vierteljährliche Prämienzahlungen zu gestatten, doch wird in diesem Falle in Rücksicht auf vermehrten Kostenaufwand und Zinsverlust eine besondere Vergütung erhoben in Höhe von 5 % der Jahresprämie bei vierteljährlicher und 3 % bei halbjährlicher Zahlung. Außer der Prämie und etwaigen Stempelabgaben werden als Beitrag zu den Betriebskosten einmalige Policengebühren erhoben.

§ 98. Zur Beurkundung des richtigen Alters ist der Bank ein amtlicher Altersnachweis (Geburtschein) einzuliefern. Sollte der Altersnachweis nicht sofort beim Abschlusse der Versicherung eingereicht werden, dann ist derselbe jedenfalls vor Auszahlung der Versicherungssumme einzuliefern. Falls dann in der Police ein damit nicht übereinstimmendes Alter angegeben ist, so ist die Differenz zwischen der gezahlten Prämie und derjenigen Prämie, welche nach Maßgabe des wirklichen Alters nach den Bestimmungen der Bank zu zahlen gewesen wäre, mit Zinseszins zu 5 % p. a. nachzugewähren, wogegen etwa zu viel gezahlte Prämien ohne Zinsen zurückvergütet werden.

§ 99. Der zum Zwecke der Befreiung von der Prämienzahlung, bezw. Rückforderung von Prämienzahlungen zu bringende Nachweis über das Ableben des Versicherungsnehmers oder des versicherten Kindes ist durch eine Sterbeurkunde zu führen.

§ 100. Ueber die stipulirte Versicherungssumme wird von der Bank eine Urkunde (Police) ausgefertigt und gegen Zahlung der erstmaligen Prämie und Gebühren ausgehändigt. In dieser Police ist Zeit und Höhe der zu zahlenden Prämie bemerkt. Wird die Prämie nicht durch einmalige Zahlung für die ganze Versicherungsdauer berichtigt, so werden über die einzelnen Zahlungen Prämienquittungen ausgestellt, von denen die letzte bei Fälligkeit der Versicherungssumme auf Verlangen vorzuliegen ist.

§ 101. Die Einlösung ausgefertigter Policen muß seitens der Antragsteller innerhalb dreißig Tagen geschehen, nachdem dieselben von der Ausfertigung in Kenntniß gesetzt sind. Bei später fällig werdenden Prämienzahlungen ist vom Fälligkeitstage an eine Zahlungsfrist von dreißig Tagen gestattet. Für Prämienzahlungen, welche nicht innerhalb der dreißigtägigen Frist erfolgen, kann die Bank für jeden angefangenen Monat $\frac{1}{4}$ % des Prämienbetrags als Verzugszinsen neben Portoauslagen und einer Agenturgebühr, welche letztere indeß für eine Prämienrate 1 Mark nicht übersteigen soll, sich vergüten lassen. Die Versicherung erlischt, wenn die Prämie, einschließlich etwaiger Verzugszinsen, nicht innerhalb sechs Monaten nach dem Fälligkeitstage oder innerhalb der etwa vereinbarten längeren Zahlungsfrist gezahlt ist. Die erste Jahresprämie ist dessenungeachtet voll zu zahlen.

§ 102. Bei Versicherungen, die über drei Jahre in Kraft sind, kann die Bank, wenn es beantragt wird, die bis dahin eingezahlten Prämien, unter Wegfall einer Jahresprämie, als einmalige Zahlung in Anrechnung bringen und die Police in eine beitragsfreie umwandeln. Diese Umwandlung tritt bei Policen, welche über fünf Jahre in Kraft sind, von selbst ein, wenn die Prämienzahlung nicht innerhalb der zulässigen Zahlungsfrist erfolgt ist (§ 101), wird jedoch in diesem Falle die Police nicht innerhalb zwei Jahren nach der Umwandlung bei der Bank zur Umschreibung in die beitragsfreie Police eingereicht, so erlöschen alle Ansprüche an die Bank.

§ 103. Bei der Umwandlung in eine beitragsfreie Police (§ 102) wird die einmalige Prämie nach dem Alter berechnet, welches der versicherte Knabe zur Zeit der Umwandlung erreicht hat; falls der versicherte Knabe dann über 12 Jahre alt ist, so ist das letztere Alter der Berechnung zu Grunde zu legen und mittelst Zinszurechnung von 5 % p. a. zu der Prämie die Versicherungssumme festzustellen. Bei Versicherungen, welche in der Weise abgeschlossen sind, daß die Prämienzahlungen in Folge Ablebens des Versicherungsnehmers aufhören, kommt nur derjenige Theil der Prämie, welcher nach der entsprechenden Tabelle ohne Befreiung von Prämienzahlung im Fall Ablebens der Versicherungsnehmer zu zahlen gewesen wäre, in Anrechnung. Ein Rückkauf der Police oder Gewährung von Darlehen findet nicht statt.

§ 104. Die fälligen Prämien müssen ohne besondere Aufforderung bezahlt werden. Erlischt eine Versicherung in Folge nicht rechtzeitiger Zahlung der Prämie, so steht dem Betreffenden nicht der Einwand zu, daß die Bank regelmäßig die Prämien einziehe, oder eine Zahlungsaufforderung erlasse.

An Orten, wo sich Bankagenturen befinden, geschieht die Zahlung in der Regel bei den Agenturen und bedarf in diesem Falle die von der

Bank ausgestellte Prämienquittung zu ihrer Rechtsgültigkeit der Mitunterzeichnung des die Zahlung in Empfang nehmenden Agenten.

§ 105. Die letzte Jahresprämie ist in dem laufenden 20. Lebensjahre der Versicherten zu zahlen. Treten Militäirpflichtige vor dem 1. October desjenigen Jahres, in welchem dieselben das 20. Lebensjahr vollenden, in den Militäirdienst, so werden 5 % Discout p. a. von jeder früheren Zahlung berechnet. Wenn alsdann den obigen Bestimmungen gemäß noch Prämienzahlungen zu machen sind, so können solche von der zu zahlenden Versicherungssumme gekürzt werden.

§ 106. Um die Versicherungssumme erheben zu können, ist die erfolgte Einstellung durch eine entsprechende Bescheinigung der vorgesetzten Dienstbehörde nachzuweisen, falls aber eine solche von der vorgesetzten Behörde verweigert werden sollte, ist die erfolgte Einstellung auf andere Art glaubhaft nachzuweisen. Falsche Angaben oder Einfälschung solcher oder gefälschter Papiere zwecks Erhebung der Versicherungsgelder ziehen Verlust aller Ansprüche nach sich, und wird die Versicherungspolice dadurch ungültig.

§ 107. Die Auszahlungen geschehen, wenn in der Police nicht andere Zahlungsstermine angegeben sind, der Regel nach ratenweise und zwar:

- a) acht Tage nach Beibringung der Bescheinigung über den erfolgten Eintritt in das stehende Heer oder in die Flotte, mit vier Zehntel, 18 Monate später mit vier Zehntel und bei der Entlassung der Rest mit zwei Zehntel;
- b) bei Versicherten, welche ihrer Dienstzeit als Einjährig-Freiwillige genügen, acht Tage nach Beibringung der Eintrittsbescheinigung mit fünf Zehntel, 6 Monate später mit vier Zehntel und bei der Entlassung mit einem Zehntel;
- c) erhalten Versicherte, welche sich ganz dem militärischen Berufe widmen, die Hälfte der Versicherungssumme acht Tage nach erfolgtem Nachweise ihrer Einstellung und die andere Hälfte 12 Monate später;
- d) erhalten Versicherte, deren Dienstzeit in Folge ihres Berufs als Mediciner, Lehrer, Theologen u. v. d. gewöhnlichen Dienstzeit abweicht, die Hälfte der Versicherungssumme acht Tage nach erfolgtem Nachweise ihrer Einstellung und die andere Hälfte im Laufe der Dienstzeit;
- e) werden diejenigen Versicherungen bei denen die Auszahlung der Versicherungssumme, ohne Rücksicht auf den Eintritt in den Militäirdienst erfolgt, im Monate December desjenigen Jahres, in welchem die Versicherten das einundzwanzigste Lebensjahr vollenden, ausbezahlt, sofern dieselben bis zum 1. December dieses Jahres in das stehende Heer oder in die Flotte nicht eingestellt wurden und am 31. December desjenigen Jahres, in welchem sie das dienstpflichtige Alter von 20 Jahren erreicht haben, noch am Leben waren, welche letzteres der Bankdirection durch eine entsprechende Bescheinigung glaubhaft nachzuweisen ist, andernfalls nur die eingezahlte Prämie, unter Kürzung einer Jahresprämie rückzahlbar ist. Ist die Einstellung vor obenbenanntem Zeitpunkte erfolgt, dann geschehen die Zahlungen den Bedingungen, sub a—d gemäß.

Die Bank ist berechtigt, die Versicherungssumme an die in der Police benannte Person auch ohne Vorlage der Police auszuzahlen.

§ 108. Die Auszahlung der Versicherungssumme geschieht in Bremen am Bureau der Bank, an Orten, wo sich Bantagenturen befinden, durch diese oder durch Baarsendung auf Kosten der Bank. Wird Zusendung nach Plätzen gewünscht, wo sich Bantagenturen nicht befinden, so geschieht dieselbe auf Kosten und Gefahr der Empfangsberechtigten.

§ 109. Die Bank ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, auf Antrag von Versicherten das Capital in einer Summe statt in Raten auszuzahlen, gegen Abzug von 5 % Discout p. a.

§ 110. Sofern die Versicherungspolice nicht anders lautet, erlischt die Verpflichtung zur Zahlung der Versicherungssumme:

- a) durch gänzliche Befreiung des Versicherten vom Militäirdienst;

b) durch Ueberweisung des Versicherten in die Ersatzreserve unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 111;

c) durch Ableben des Versicherten, wenn solches vor der Einstellung und vor dem 31. December desjenigen Jahres erfolgt, in welchem derselbe das dienstpflichtige Alter von 20 Jahren erreicht hat.

Trifft einer der sub a, b, c erwähnten Fälle ein, so werden auf solche Versicherungen, welche mit ovent. Prämienrückgewähr abgeschlossen sind, die eingezahlten Prämien, abzüglich einer dem Eintrittsalter entsprechenden Jahresprämie, nach Beibringung der betreffenden Bescheinigung ausbezahlt.

§ 111. Wenn Versicherte der Ersatzreserve überwiesen und zur Uebung eingezogen werden, so ist denjenigen Versicherten, deren Versicherungen ohne Prämienrückgewähr abgeschlossen sind, ein Fünftel der Versicherungssumme auszuzahlen. Die Zahlung ist fällig bei der ersten Uebung und erfolgt acht Tage nach Beibringung der Einstellungsbescheinigung.

§ 112. Wenn Versicherte, welche in das stehende Heer oder die Flotte eingestellt waren, vor Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit entlassen werden, oder während der Dienstzeit sterben, so werden die bis dahin noch nicht bezahlten Raten der Versicherungssumme an den Versicherten bezw. dessen Erben in derselben Weise weitergezahlt, als wenn der Versicherte im Dienste verblieben wäre.

§ 113. Die zu zahlende erste Rate der Versicherungssumme muß innerhalb zwei Jahren vom Tage der Einstellung des Versicherten an gerechnet, abgefordert werden, widrigenfalls ein Anspruch wegen dieser Ratenzahlung nicht mehr erhoben werden kann. Ebenso erlischt der Anspruch auf jede weitere Ratenzahlung und auf die im § 111 erwähnte Summe, wenn dieselbe nicht innerhalb zwei Jahren, vom Fälligkeitstage an gerechnet, abgefordert ist.

§ 114. Nach jeder stattgehabten Musterung ist der Direction oder einem Vertreter der Bank das Original oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des dem Versicherten über das Resultat der Musterung erteilten Certificats einzuliefern. Ist ein derartiges Certificat bis zum 1. December desjenigen Jahres, in welchem der Versicherte das 25. Lebensjahr vollendet, nicht eingeliefert, und der Direction auch nicht angezeigt, daß der Versicherte Ausland vom Militäirdienst nachgesucht und erhalten hat, so ist die Versicherung erloschen und können aus dem Versicherungsvertrage keine Ansprüche mehr erhoben werden; doch können unter Umständen Direction und Verwaltungsrath verspätet geltend gemachte Ansprüche berücksichtigen.

§ 115. Der für die Militäirdienst-Versicherungs-Abtheilung verbleibende Ueberschuß wird als Dividende den einzelnen Versicherungen in procentmäßiger Höhe der Versicherungssummen zugeschrieben.

§ 116. Die Dividende wird unter die Versicherten, welche in das stehende Heer oder die Flotte, oder als Ersatzreservisten zur Uebung eingestellt worden sind, resp. an deren Erben im Verhältnis zur Höhe der Versicherungssumme vertheilt. Die Nichteingestellten participiren an der Dividende nicht.

§ 117. Die auf die Versicherung zugeschriebene Dividende wird mit der letzten Ratenzahlung ausbezahlt. Ist die Auszahlung der Versicherung in einer Summe erfolgt, so wird die Dividende mit Ende des Jahres in welchem die Zahlung erfolgte, oder zu Anfang des darauf folgenden Jahres nachbezahlt.

§ 118. Die Feststellung der Prämien ist auf Grundlage § 1 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874, der Gesetze vom 6. Mai 1880 und vom 11. März 1887 für den Procentsatz der Friedens-Präsenzstärke des deutschen Heeres erfolgt.

Wenn eine erhebliche Mehrereinstellung erfolgen sollte, als bei Feststellung der Prämienfätze angenommen wurde, oder während der Versicherungsdauer der Procentsatz der Friedens-Präsenzstärke durch Gesetz erhöht werden sollte, so kann eine dementsprechende Ermäßigung der auszuzahlenden Summe stattfinden.

§ 119. Ist eine Police abhanden gekommen, so ist die Direction berechtigt, an deren Stelle ein Duplicat auszustellen. Mit Aushändigung des Duplicats tritt die früher ausfertigte Police außer Kraft.

Uebergangsbestimmungen.

§ 1. Die auf Grund der bisherigen Statuten der Bremer Lebensversicherungsbedingungen abgeschlossenen Verträge über Begräbnisversicherungen berechtigen zur Theilnahme an den Generalversammlungen, gewähren jedoch kein Stimmrecht.

§ 2. Für die auf Grund der bisherigen Versicherungsbedingungen abgeschlossenen Versicherungsverträge bleiben die bisherigen Versicherungsbedingungen in Kraft, soweit nicht von den Versicherten unter Zustimmung der Bank beantragt wird, die neuen Versicherungsbedingungen anzunehmen; die betreffende Versicherung in Anwendung zu bringen.

Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 36.

Den 5. September

1890.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 24.) **Nr 1913.** Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890.
(Stück 25.) **Nr 1914.** Bekanntmachung, betreffend allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlage von Dampfkesseln. Vom 5. August 1890.
(Stück 26.) **Nr 1915.** Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem südwestafrikanischen Schutzgebiete. Vom 10. August 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königlichen Preussischen Staaten.

- (Stück 35.) **Nr 9412.** Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat und über die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen. Vom 15. Juli 1890.
Nr 9413. Staatsvertrag zwischen Preußen und Lippe wegen Herstellung von Eisenbahnen von Detmold nach Sandebeck und von Lage nach Hameln. Vom 22. September 1889.
Nr 9414. Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Zeitz nach Lamburg. Vom 24. Oktober 1889.
Nr 9415. Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg-Gotha wegen Herstellung mehrerer, gothaisches Gebiet berührender Eisenbahnen. Vom 16. Januar 1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Dampfkesselrevisionen innerhalb des Baureffes Kuppen.

171. In Gemäßheit zu Nr 3 des Regulativs über die Revision der Dampfkessel vom 24. Juni 1872 (A.-Bl. S. 207 ff) und im Anschlusse an meine Verordnung vom 20. September 1872 (A.-Bl. S. 379) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der mit der Verwaltung der Kreisbauinspektion Kuppen beauftragte Königl. Kreisbauinspektor Jöhl in Kuppen mit der Revision der Dampfkessel innerhalb des gedachten Baureffes betraut worden ist.

Potsdam, den 26. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Befugnisse der Dampfkessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampfkesseln

172. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat durch Erlaß vom 13. August d. Js. genehmigt, daß dem Ingenieur von Schedlin-Charlinski beim Dampfkessel-Revisionsverein zu Berlin die nachgesuchte Berechtigung zur Vornahme der regelmäßigen Revisionen

und Wasserdruck oben bei allen für Vereinsmitglieder erbauten Kesseln widerruflich unter den üblichen Bedingungen erteilt werde.

Potsdam, den 28. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Veränderung im Sektionsvorstande und im Bestande der Vertrauensmänner der Sektion I. der Bergsgenossenschaft der chemischen Industrie, welche am 1. Oktober 1890 eintritt

173. a. Aus dem Sektionsvorstande ist geschieden: Herr Commerzienrath G. Heyl in Charlottenburg. An dessen Stelle ist der bisherige Stellvertreter Herr Dr. Schäffer in Charlottenburg und an Stelle des letzten Herrn F. Sponnagel i. F. van Baerle & Sponnagel in Berlin, Hermsdorferstraße 8 gewählt.
b. Aus dem Bestande der Vertrauensmänner ist geschieden: im Bezirk II., umfassend den Regierungsbezirk Potsdam, mit Ausfluß der Kreise Berlin, Charlottenburg, Niederbarnim und Teltow: Herr Julius Nörrenbach i. F. Gebr. Nörrenbach in Potsdam. An dessen Stelle ist Herr A. Grubitz in Potsdam gewählt. Zum II. und III. Ersatzmann für den Vertrauensmann des II. Bezirks sind gewählt die Herren F. Sponnagel in Freienwalde a. D., wohnhaft in Berlin, Hermsdorferstraße 8, und Dr. Tesmer in Fritzenberge.
Potsdam, den 27. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Baugewerks-Innung in Potsdam.

174. Für den Bezirk der Baugewerks-Innung in Potsdam wird gemäß § 100 e. der Reichsgewerbeordnung unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bestimmt,

- 1) daß Streitigkeiten aus den Rechtsverhältnissen der im § 120 a. der Gewerbeordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört,
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr 1 bezeichneten Arbeitgebern gehören,
- 3) daß Arbeitgeber der unter Nr 1 bezeichneten Art vom 1. März 1891 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Innung die Gewerke der Maurer und Zimmerer vertreten sind und daß der Bezirk der Innung die Städte Potsdam und Berlin, sowie die Amtsbezirke Fahrland, Sanssouci, Bornim und Bornstedt des Kreises Osthavelland, Neuendorf mit Neuhofelsberg, Nowawes, Stahnsdorf und Drewnitz des Kreises Teltow und endlich Potsdamer Forst, Caputh, Saarmund, Phöben und Alt-Löplitz des Kreises Zauch-Belzig umfaßt. Potsdam, den 29. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Ehrensiegelverheißung auf der Eberswalde-Oberberg'er Kreis-Ehrensiegel.

175. Dem Kreise Angermünde ist seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 18. Juli 1889 — III. 12980 — die Genehmigung erteilt worden, auf der Eberswalde-Oberberg'er Kreis-Ehrensiegel in Station 14,4 nach Aufhebung der bisherigen Hebestelle in Station 10,3 eine neue Hebestelle zu errichten und an derselben das tarifmäßige Ehrensiegelgeld für eine Melle zu erheben.

Mit der Erhebung des Ehrensiegelgeldes an der neuen Hebestelle wird am 1. Oktober d. J. begonnen werden. Potsdam, den 30. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

176. Der Zimmergeselle Hermann Otto Kolrep zu Eberswalde hat am 20. Mai d. J. das einjährige Kind des Arbeiters Lohesäger bei der Kolonie Kupferhammer aus dem Finow-Kanal vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 30. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Stiefseuchen.

177. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh auf dem Rittergute Tornow, Kreis Ostprignitz;

die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen der Bauergutsbesitzer Siedow und Reinicke zu Tremmen, Kreis Westhavelland.

Erlöschen ist:

der Milzbrand unter dem Rindvieh des Rittergutsbesitzers Sommer zu Schwante, Kreis Osthavelland;

die Influenza unter den Pferden des Superintendents Hofmann zu Mahlsdorf, Kreis Niederbarnim;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gemeindevorstehers Schindler zu Schwanebed, Kreis Niederbarnim, unter den Rindern der Bauernwitwe Pundt und des Kossäthen Heinrich zu Schöneiche, Kreis Teltow;

der Bläschenauschlag bei dem Gemeindevorsten und den Kühen der Colonisten Hoffmann, Granzow, Ebede und Koch zu Sechszehnichen, Kreis Ostprignitz. Potsdam, den 2. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bemerkung forstverorgungsberechtigter Jäger betreffend.

9. Auf Grund des § 26 des Regulativs über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägerkorps, vom 1. Februar 1887, werden bei den königlichen Regierungen zu Gumbinnen, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt a. O., Göttingen, Goellin, Soralund, Posen, Breslau, Magdeburg, Merseburg, Schlewig, Lüneburg, Wiesbaden und Köln sowie im Bereiche der Postämter der königlichen Familien-güter neue Notirungen forstverorgungsberechtigter Jäger der Klasse A. bis auf Weiteres dergestalt ausgeschlossen, daß bei den genannten Depd. den nur Meldungen solcher Jäger angenommen werden dürfen, welche zur Zeit der Ausstellung des Forstverorgungsscheins mindestens 2 Jahre im königlichen Forstdienste des Bezirkes beschäftigt sind. Die Zahl der Anwärter ist gegenwärtig verhältnismäßig am günstigsten in den Regierungsbezirken Hildesheim, Stade, Osnabrück (incl. Aurich), Minden, Cassel, Danzig und Brandenburg.

Berlin, den 18. August 1890.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage. Donner.

Vorstehende Bestimmung wird h. mit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 28. August 1890.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

B e k a n n t m a c h u n g.

72. Der bekannte Wandwurmheilskünstler Richard Mohrmann, vor dessen Treiben bereits wiederholtlich gewarnt worden ist, empfiehlt neuerdings in den Zeitungen seine Bücher „Der Friedensbote“ und „Johannisstriebe“, welche im Wesentlichen mit dem von ihm früher herausgegebenen „goldenen Buch für Männer“ übereinstimmen. Der Inhalt soll durch Ausschweifungen heruntergekommene Menschen in Angst versetzen und zu Ausgaben verleiten, welche dem Verfasser zu Gute kommen. Das Publikum wird vor diesem Treiben und vor der Kurpfuscherei des Richard Mohrmann ernstlich gewarnt.

Berlin, den 28. August 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

B e k a n n t m a c h u n g.

82. Vom 1. September 1890 ab wird der im Kreise Ostprignitz belegene Ort R a n n s f e l d e vom Postbezirk der Kaiserlichen Postagentur in Laaske abgeleitet und dem Bezirke des Kaiserlichen Postamts in Pustitz zugetheilt.

Potsdam, den 28. August 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Reichsschuldenverwaltung.

Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1882 und 1886.

17. Die Zinscheine Reihe III. N^o 1 bis 8 zu den Schuldverschreibungen der Deutschen 4 prozentigen Reichsanleihe von 1882 und Reihe II. N^o 1 bis 8 zu den Schuldverschreibungen der Deutschen 3½ prozentigen Reichsanleihe von 1886 über die Zinsen für die vier Jahre vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1894 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden von der Königl. Preussischen Kontrolle der Staatspapiere hiersebst, Dranienstraße 92/94 unten links, vom 13. September d. J. ab Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Ressort-einrichtung versehenen Reichsbankniederstellen, sowie durch diejenigen Kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalt nicht befindet, bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinschein-Anweisungen für jede Anleihe mit einem besonderen Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Zinscheinanweisungen eine numerierte Marke als Empfangsbefcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Befcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbefcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen.

Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die nächsten Zinscheinreihen zu den Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsanleihen von 1882 und 1886 die Zinscheine für die zehn Jahre vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1904 umfassen werden und daß die mit den Zinscheinreihen III. bezw. II. ausgegebenen Anweisungen eine dementsprechende Fassung erhalten haben. Berlin, den 27. August 1890.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

19. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Anna Krause, geb. Wersel, zu Halle a. d. S. — Medelsstraße 3 I. — die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1881 Lit. F. N^o 134168 über 200 Mark angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Krause anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 23. August 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verloosung von Rentenbriefen.

10. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 23. April d. J. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 153 Stück und zwar die Nummern:

48	55	431	776	906	954	999	1294	1420	2271
2393	2556	2585	2802	2891	2932	3170	3194	3233	
3409	3432	3500	3858	3933	4084	4208	4238	4308	
4348	4559	4685	4692	5026	5725	5852	6365	6403	
6449	6482	6504	6527	6954	6965	7321	7360	7363	
7522	7697	7701	7905	7985	8185	8420	8478	8486	
8587	8737	8768	8835	9082	9087	9236	9248	9460	
9557	9700	9854	9895	9926	10079	10191	10307		
10396	10481	10635	10727	10814	10960	10961			
10972	11069	11085	11246	11338	11422	11846			
11937	11979	12062	12120	12234	12531	12565			
12589	12807	12889	13051	13123	13151	13157			
13235	13363	13436	13564	13750	13931	13959			
14073	14241	14317	14524	14570	14728	14858			
14981	15014	15045	15050	15079	15093	15135			
15642	15813	15861	16045	16052	16071	16214			
16272	16311	16421	16449	16506	16652	16702			
16777	16849	16871	16920	17133	17330	17838			
17961	18140	18216	18291	18351	18447	18556			
18563	18727	19169	19238						

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 53 Stück
und zwar die Nummern:

587 604 625 727 764 1167 1341 1488 1843
2071 2080 2506 2557 2673 2916 3319 3347 3610
3641 3698 3798 3904 4032 4071 4117 4447 4489
4873 4888 4938 4955 4991 5014 5106 5123 5179
5365 5516 5583 5685 5738 5820 5833 6127 6308
6336 6438 6462 6608 6763 6766 6779 6806.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 205 Stück
und zwar die Nummern:

194 245 383 604 833 909 926 1091 1304
1493 1659 1970 2060 2199 2311 2323 2517 2607
2766 3074 3259 3376 3652 3674 3676 3762 3952
4036 4289 4497 4509 4621 4850 5008 5069 5254
5389 5562 5624 5639 5673 5751 5793 5918 6163
6165 6168 6361 6719 7506 7565 7945 8057 8193
8317 8371 8385 8446 8455 8456 8529 8747 8819
8940 9017 9210 9235 9374 9609 9903 9908 9930
10043 10159 10359 10763 10923 11011 11014
11160 11181 11407 11589 11686 11709 11723
11786 12268 12329 12450 12495 12529 12683
13106 13138 13323 13336 13757 13766 13769
13826 13847 13941 13982 13991 14035 14128
14653 15074 15110 15436 15528 15654 16038
16158 16169 16183 16262 16285 16359 16868
16919 16997 17044 17076 17085 17134 17296
17378 17461 17982 18012 18025 18147 18173
18175 18205 18214 18812 18837 18868 18875
18963 19100 19255 19266 19272 19408 19412
19495 19668 19698 19742 19824 19865 19916
20038 20072 20121 20321 20359 20363 20453
20565 20591 20635 20642 21011 21040 21118
21184 21547 21804 21954 22067 22203 22224
22386 22505 22610 22622 22645 23048 23145
23177 23395 23444 23488 23512 23701 23756
23765 23778 23804 23894 23955 24012 24054
24089 24203 24210 24271 24382 24620 24624.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 170 Stück
und zwar die Nummern:

42 92 117 451 479 618 813 869 948 1085
1122 1134 1567 1966 2153 2687 2920 2924 3213
3254 3478 3886 4205 4412 4422 4505 4622 4822
4833 4960 4979 5033 5245 5415 5435 5475 5637
6002 6027 6088 6090 6125 6260 6369 6503 6558
6580 6785 6801 6847 6935 7053 7062 7354 7515
7546 7564 7659 7911 8074 8108 8408 8691 8742
8784 8851 9018 9024 9164 9414 9877 9901 10075
10138 10270 10370 10432 10449 10637 10961
10975 11021 11077 11273 11381 11421 11435
11599 11823 11904 11921 12000 12011 12040
12060 12079 12231 12383 12407 12486 12541
12581 12879 13090 13212 13272 13405 13502
13650 13672 13792 13925 14070 14174 14367
14398 14433 14576 14595 14602 14904 14911
14950 15162 15215 15354 15411 15423 15521
15655 15673 15764 16144 16393 16413 16417
16464 16871 16992 17062 17131 17249 17507

17559 17664 17782 17848 17891 18084 18203
18308 18440 18477 18502 18517 18625 19194
19218 19579 19914 20078 20133 20169 20176
20247 20256 20261 20329 20409 20462.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. Oktober d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf. Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.

Vom 1. Oktober 1882 Litt. C. Nr. 2124.

Vom 1. April 1883 Litt. C. Nr. 185.

Vom 1. Oktober 1883 Litt. A. Nr. 5689.
Litt. C. Nr. 8068. Litt. D. Nr. 25 1038 6743.

Vom 1. April 1884 Litt. C. Nr. 6431 19129.
Litt. D. Nr. 2504.

Vom 1. Oktober 1884 Litt. B. Nr. 3754.
Litt. C. Nr. 1229 2410 13626. Litt. D. Nr. 3276
5183 6741 8623 8638.

Vom 1. April 1885 Litt. A. Nr. 6437. Litt. C.
Nr. 5166 5876 6196. Litt. D. Nr. 12065 13382.

Vom 1. Oktober 1885 Litt. A. Nr. 557.
Litt. C. Nr. 541 10171 19186. Litt. D. Nr. 4416
9719 18119.

Vom 1. April 1886 Litt. B. Nr. 1500.
Litt. C. Nr. 4610. Litt. D. Nr. 3082 7404 8261
17269.

Vom 1. Oktober 1886 Litt. A. Nr. 3075.
Litt. B. Nr. 1495. Litt. C. Nr. 5617 10469.
Litt. D. Nr. 1983 9137 9203 14276.

Vom 1. April 1887 Litt. A. Nr. 4377.
Litt. C. Nr. 3663 5578 22732 22783. Litt. D.
Nr. 1722 3973 4988 7645 8886 13887.

Vom 1. Oktober 1887 Litt. C. Nr. 413 2591
6367 6811 7608 17416. Litt. D. Nr. 617 7259
12636 16337 16360 16818.

Vom 1. April 1888 Litt. C. Nr. 958 22350-
Litt. D. Nr. 3343 4689 4704 5003 9784 10373.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei

und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um

Summen über 400 Mark handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. Mai 1890.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

50. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der		
1	Ausstellung von Geräthen und sonstigen Gegenständen für den Weinbau und die Weinbehandlung,	Worms,	6. bis 10. September,	Geräthe u. sonstige Gegenstände für den Weinbau und die Weinbehandlung,	Preussischen Staatsbahnen, der Rhein-Niederrhein-Eisenbahn und den Reichs-Eisenbahnen in Elsass-Lothringen,	Ausstellungs-Commission,	4 Wochen
2	Allgemeine Kunstausstellung,	Brüssel,	15. September bis 15. November,	Kunstgegenstände,	Preussischen Staatsbahnen und Reichs-Eisenbahnen in Elsass-Lothringen, desgl.	desgl.	6 Wochen
3	Bauversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine,	Hamburg,	24. bis 28. August,	Baupläne u. Bauzeichnungen aller Art, sowie Modelle ausgeführter oder beabsichtigter Bauten u. Bauconstructionen oder andere Ausstellungsgegenstände,	desgl.	desgl.	4 Wochen

nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 23. August 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1.	Peter Polad, Bädergehilfe,	24 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Schützenhofen, Böhmen,	Landstreichen,	Stadtmagistrat Deggenedorf, Bayern,	17. Juli 1890.
2.	Adolf Schön, Handelsmann,	36 Jahre alt, ortsangehörig zu Budapest, Ungarn,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	31. Juli 1890.

Nr. Zahl.	Name und Stand - des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung, Beschlußes
1.	2.	3.	4.	5.	6.
3	Florian Schrei, Schuhmacher,	geboren am 1. Februar 1868 zu Fähring, Steiermark, ortsange- hörig in Wallerdorf, Bezirk St. Gotthard, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	2. August 1890.
4	Michel Simon, Arbeiter,	geboren am 25. Juni 1850 zu Villersur, Departement Moselle, wohnschaft zuletzt in Bellevaux, Departement Haute-Savoie, Frankreich,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	29. Juli 1890.
5	Die Zigeuner: Johann Szegyrbot	42 Jahre alt, geboren zu Grabin, Oesterrei- chisch-Schlesien,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	16. Juli 1890.
	und dessen Ehefrau Anna Szegyrbot,	48 Jahre alt, geboren zu Grabin,			
6	Franz Josef Litz, Schneidergeselle,	geboren am 7. Mai 1871 zu Braunsdorf, Oester- reich,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Chef der Polizei in Hamburg,	desgleichen.
7	Nicolaus Bednork, Arbeiter,	geboren im Jahre 1840 zu Konstancien, Oester- reich,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	5. August 1890.
8	Marie Hardy, Tagnerin,	geboren am 3. Mai 1864 zu Le Havre, Departement Seine inférieure, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	18. Juli 1890.
9	Nikolaus Florimond Huart, Küfer,	geboren am 13. Sep- tember 1865 zu Gromont, Departement Ardennes, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
10	Israel Moldauer, Chorsänger,	geboren am 20. Dezem- ber 1853 zu Warschau, Russisch-Polen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	9. August 1890.
11	Johann Strnadel (Stirnadel), Messerschmied,	geboren am 1. März 1869 zu Usti, Bezirk Weissen, Böhmen,	desgleichen,	derselbe,	18. Juli 1890.
12	Anton Motruba, Hofner,	41 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Laud, Böhmen,	Landstreichen,	Stadtmagistrat Straubing, Bayern,	desgleichen.

Personal-Chronik.

Der Königlich-Preussische Regierungsführer Curt Bachmann, z. Z. in Berlin, ist am 27. August 1890 als solcher verabschiedet worden.

Die unser Privatparsonat stehende Oberpfarstelle zu Wilsnack, Diocese Havelberg-Wilsnack, kommt durch die Verlegung des Oberpfarrers Resemann im September d. J. zur Erledigung.

Hierzu Drei Offizielle Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Zwangsversteigerung.

124. Auf Antrag der Benefizialerben des am 25. Februar 1890 zu Caputh verstorbenen Dachbedeckers Hermann Schlotthauer soll das zum Nachlasse des Letzteren gehörige, im Grundbuche von Caputh Band XI. Blatt Nr 466 auf den Namen des Dachbedeckers Hermann Schlotthauer eingetragene, zu Caputh belegene Grundstück am **24. Oktober 1890 Vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, im Terminszimmer der Abtheilung I. zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück hat eine Fläche von 0,0282 Hektar und ist mit 102 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei der Abtheilung I. eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erben übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der Benefizialerbe widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **25. Oktober 1890 Vormittags 11 Uhr**, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Potsdam, den 16. August 1890.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

Veröffentl.: Roffot, als Gerichtsschreiber.

Zwangsversteigerung.

125. Das im Grundbuche von Hennigsdorf Band XXB. Blatt Nr 51 auf den Namen des Wädners Martin Friedrich Schröder, der verstorbenen Hanne Luise Rosin, verwitweten Lehmann, geb. Viesegang, und des Wädners Friedrich Ferdinand Richter in Hennigsdorf eingetragene, in Hennigsdorf belegene Grundstück soll auf Antrag der Erben der Frau Hanne Luise Rosin, nämlich ihres Ehemannes, des Wädners Friedrich Wilhelm Rosin zu Hennigsdorf und ihrer drei Kinder, der verheiratheten Wädnin Caroline Bringe, geb. Lehmann, zu Zauchwitz bei Beelitz, des Wädnersohnes Friedrich Wilhelm Rosin in Hennigsdorf und der unverheiratheten Auguste Rosin ebenda, sämmtlich vertreten durch den Rechtsanwalt

Schramme in Ludenwalde, zum Zwecke der Auktionen- und Versteigerung unter den Mitberechtigten am **5. November 1890 Vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 24 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **8. November 1890 Vormittags 10 Uhr**, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Ludenwalde, den 26. August 1890.

Königliches Amtsgericht.

Auktionen und Auktionen.

126. Auf dem am **Freitag, den 12. September d. J.** im Gasthose zum Deutschen Hause in Eberswalde von **Vormittags 10 Uhr** ab stattfindenden **Brennholz-Versteigerungstermin** kommen aus der Oberförsterei Ehorin zum Ausbeore: Ca. 176 Rm. Buch.-Klob. gesund, 1259 Rm. Kiefern.-Klob. ges. u. 261 Rm. Kiefern.-Klob. andrücklich. Das Holz steht auf der fiskalischen Ablage zu Rahlberg am Finow-Kanale.

Ehorin, den 30. August 1890.

Der Oberförster.

Oberförsterei Neubrück/Spree.

127. Holzverkauf im Wege des schriftlichen Aufgebots. Die in nachstehenden Schlägen: Jagd 128 Loos-Nr 1 von 4 ha mit ca. 1140 Rm. Kiefern mit einzelnen Eichen und Birken, Jagd 179 Loos-Nr 2 und 3 von je 2,5 ha mit je 780 Rm. Kiefern aufstehenden Hölzer mit Ausschluß des Reifig- und Stodholzes sollen im Wege des schriftlichen Aufgebots auf dem Stode verkauft werden. Für die vorstehend angegebenen Flächengrößen und den superficiell geschätzten Massengehalt wird Gewährleistung nicht übernommen. Die Offerten sind getrennt für jedes Loos pro 1 Rm. der nach erfolgtem Einschlage durch Aufmessung zu ermittelnden Derbholzmasse, ohne Unterschied der Holzarten abzugeben. Die Taxe pro 1 Rm. dieser Derbholzmasse beträgt: Loos-Nr 1 14 M., Loos-Nr 2 und 3 10,50 M. Das 8 Tage nach dem Zuschlage zu zahlende Angebot ist bei Loos-Nr 1 auf 3000 M., bei Loos-Nr 2 und 3 auf je 1500 M. festgesetzt. Die sonstigen Verkaufsbedingungen können bei dem Oberförster eingesehen, auch von demselben gegen Copialien von 1 M. bezogen werden. Die mit der Erklärung, daß Offerant sich diesen Bedingungen unterwirft, abzugebenden Offerten sind bis zum **14. Sep-**

tember d. J. dem unterzeichneten Oberförster unter-
schrieben und versiegelt und mit der äußerlichen Auf-
schrift „Holzabmißion“ versehen, einzureichen. Die Offen-
nung dieser Officien erfolgt am 16. September
d. J., Vormittags 10 Uhr, im Zebler'schen
Caféhaus hietelbst. Die die einzelnen Schläge bildenden
Loose, welche an Ort und Stelle deutlich abgegrenzt
und mit den betreffenden Losnummern bezeichnet sind,
werden auf Erfordern von den betreffenden Beamten,
und zwar Los-Nr. 1 Förster Hennig zu Spreckhorst
bei Neubrück/Spree, Los-Nr. 2 und 3 Forstausseher
Gummert zu Frankfurter Niederlage bei Driesen i. M.
brüsk vorgezeigt werden.

Neubrück/Spree, den 30. August 1890.

Der Oberförster Krumhaar.

Pferdeverkauf.

128. Montag, den 18. September d. J.,
Vormittags 9 Uhr, sollen an der bedachten alt-
preussischen Reithahn in Brandenburg ca. 20 auszu-
rangirende Pferde des Regiments öffentlich meistbietend
gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Kürassier-Regiment Kaiser Nicolaus I. (6).

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

129. Bei den Unteroffizierschulen können im Oktober
d. J. noch Freiwillige zur Einstellung gelangen. An-
meldungen von jungen Leuten, welche in der Stadt
Potsdam und dem Kreise Zauch-Belzig ihren Wohnsitz
haben, nimmt das unterzeichnete Bezirks-Commando
entgegen. Potsdam, den 30. August 1890.

Königliches Bezirks-Commando.

Bekanntmachung.

130. Durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom
3. Februar 1890 ist der hiesigen Stadtgemeinde das
Recht verliehen worden, die zur Freilegung der Bolliner-
straße erforderlichen Grundstücksflächen im Wege der
Enteignung zu erwerben.

Hierzu gehört auch eine Grundstücksparzelle von
159 qm Größe des den Kaufleuten Max und Johann
Reyke, Bernauerstraße Nr. 45/46 bezw. Oberberger-
straße Nr. 3 wohnhaft, gehörigen, im Grundbuche von
den Umgebungen Band 125 Nr. 5950 verzeichneten
Grundstücks. Auf den am 15. August eingegangenen
Antrag des Magistrats hietelbst vom 10. Mai 1890
ist in Gemäßheit der §§ 24 f. des Enteignungsgesetzes
vom 11. Juni 1874 das Enteignungsverfahren behufs
Feststellung der Entschädigung der Eigentümer für die
Abtretung des Eigenthums an der gedachten Grund-
stücksparzelle eingeleitet worden.

Zur commissarischen Verhandlung über die Ent-
schädigung habe ich einen Termin auf **Mittwoch,**
den 17. September d. J., Mittags 12 Uhr,
in meinem Dienstsitz im Polizei-Direktionsgebäude am
Alexa. derplatz, Eingang IV., 1 Treppe, Zimmer Nr. 140,
hier selbst anberaumt, zu welchem diejenigen Betheiligten,
welche nicht bereits persönliche Vorladung erhalten
haben, in Gemäßheit des § 25 des Enteignungsgesetzes
hierdurch unter der Verwarnung vorgeladen werden,
daß im Falle ihres Ausbleibens ohne ihr Zuthun die
Entschädigung festgestellt bezw. Entscheidung getroffen
werden wird.

Berlin, den 26. August 1890.

Der Commissar des Königl. Polizei-Präsidenten
Steinmeister, Regierungs-Assessor.

Offene Küster- und Lehrerstelle.

131. Die hiesige Küster- und Lehrerstelle mit einem
Jahres-Einkommen von 900 M. außer freier Wohnung
und Feuerung soll schnellstens besetzt werden. Quali-
ficirte Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer
Zeugnisse bei dem Unterzeichneten melden.

Hohen-Steinow, den 1. September 1890.

Der Patron.

von Bethmann-Hollweg,
Königlicher Landrath a. D.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 37.

Den 12. September

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Völkzählung am 1. Dezember 1890.

22. Bei der am 1. Dezember 1890 stattfindenden Völkzählung werden die Militärpersonen in derselben Weise aufgenommen, wie die Civilpersonen. Für die militärischen Anstalten — Kasernen, Militär-Bazarethe etc. — liegt die Eintheilung der Zählbezirke den Kommandanten bz. den Garnison-Aeltesten ob, welchen seitens der Lokal-Civilbehörden die erforderlichen Formulare und sonstigen Mittheilungen rechtzeitig zugehen werden. Den von diesen Behörden bezüglich der Völkzählung eingehenden Requisitionen ist thunlichst zu entsprechen.

Berlin, den 13. August 1890.

Kriegsministerium.

gez. von Berdy.

N^o 149/8 90 A. 2.

23. Bekanntmachung,
betreffend den Ankauf volljähriger
Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferde.
Berlin, den 20. August 1890.

Regierungsbezirk Potsdam.

Zum Ankauf von Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren ist im Bereich der Königl. Regierung zu Potsdam ein Morgens 8 Uhr beginnender Markt

„am 13. Oktober in Bilsnack“
anberaumt worden.

Bemerkt wird hierbei, daß die Kommission nur gesohnte gut gebaute und für die betreffende Waffengattung hinreichend fundamentirte, dabei aber vor allem gängige Pferde mit hinreichendem Blute gebrauchen kann. Auch dürfen sich die Pferde nicht in dürftigem Zustande befinden.

Die von der Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.

Krippenseger sind vom Ankauf ausgeschlossen und wird verlangt, daß die Schwelke der Pferde nicht übermäßig verkürzt werden.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem glatten Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue starke

Kopfhälfte von Leder oder Hans mit zwei mindestens zwei Meter langen Strängen von Hans ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Kriegsministerium.

Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

Anbringung von Blechtaseln mit aufgedruckter Anweisung zur Wiederbelebung Ertrunkener.

21. Um die Kenntniß der zur Wiederbelebung Ertrunkener geeigneten Maßregeln in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten, hat der Vorstand des Deutschen Samariter-Vereins eine durch Zeichnungen erläuterte Anweisung zusammenstellen und auf Blechtaseln überdrucken lassen, die er unentgeltlich an die Eigenthümer und Führer aller Preussischen See-, Fluß- und Binnenschiffe abzugeben bereit ist, welche in der Empfangs-Bescheinigung sich zur Anheftung der Taseln auf ihren Schiffen verpflichten.

Indem ich Vorstehendes zur Kenntniß der Betheiligten bringe, bemerke ich, daß die nachstehenden Behörden zur Vertheilung dieser Taseln ausersuchen sind:

- 1) das Polizei-Schiffahrts-Bureau zu Berlin, Probststraße N^o 8,
- 2) die Königl. Polizei-Direktion zu Charlottenburg,
- 3) die sämmtlichen Königl. Landraths-Ämter der Provinz,
- 4) die Königl. Polizei-Direktion zu Potsdam,
- 5) sowie die Polizei-Verwaltungen zu Brandenburg, Spandau, Cöpen, Frankfurt a. O., Göttrin und Landsberg a. B.

Potsdam, den 3. September 1890.

Der Ober-Präsident,

Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

22. Auf Grund von § 22 2 Ziffer 1 des Invaliditäts und Alters-Versicherungs-Gesetzes vom 22. Juni 1889 und der Bekanntmachung über die Ausführung desselben vom 26. Juni 1890 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 11. Juli 1890 S. 264) setze ich hierdurch nach Anhörung des Magistrates von Berlin für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten, bei der Versicherungsanstalt für den Stadtkreis Berlin versicherungspflichtigen Personen, soweit dieselben nicht Mitglieder einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungs-Krankenkasse sind, den Jahresarbeitsverdienst, wie folgt, fest:

- 1) für erwachsene, d. h. mehr als 16 Jahre alte männliche Arbeiter auf 720 M.,
- 2) für erwachsene, weibliche Arbeiter auf . . . 450 M.,
- 3) für männliche Lehrlinge über 16 Jahre auf 390 M.,
- 4) für weibliche Lehrlinge über 16 Jahre auf 300 M.

Potsdam, den 1. September 1890.

Der Oberpräsident von Berlin,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten.

178. In Folge des Ablebens des Mitgliedes des Abgeordneten-Hauses für den Wahlbezirk III. (Prenzlau-Angermünde) Ritterschafis-Directors von Wedell-Ralsow hat eine Ersatzwahl stattzufinden.

Zu diesem Zwecke habe ich den Herrn Landrath, Geh. Regierungsrath v. Winterfeld zu Prenzlau zum Wahlkommissar ernannt und den Tag der Wahl-

männer-Ersatzwahlen auf den 27. September, den Tag zur Wahl des Abgeordneten auf den 4. October festgesetzt.

Potsdam, den 5. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Diebstählen.

179. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh auf dem Bornwer Seegefeld, Kreis Dönhavelland;

die Influenza unter den Pferden des Ritterguts Blankensee, Kreis Templin, und bei einem Pferde des Aderbürgers Ernst Hübner in Spandau, Seeburgerstraße Nr. 4.

Wegen Verdachtes der Ansteckung mit der Roggenkrankheit ist unter Beobachtung gestellt das Pferd des Handelsmanns Schleusener zu Alt-Landsberg, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 9 September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

181.

Nachweisung der Markte.

Tausende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt:			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gerste	Speisebohnen	Linse	Erbsen	Kartoffeln	Kichstroh	Stammstroh	Sen	Rindfleisch	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	18 89	15 55	14 47	15 —	27 —	28 80	35 —	—	2 80	3 63	1 71	3 50	1 56	1 20
2	Beeskow	17 50	15 60	15 —	12 50	25 —	27 50	35 —	—	3 90	2 75	—	3 75	1 40	1 20
3	Bernau	19 27	16 08	15 38	15 57	28 38	31 25	42 —	—	4 47	4 50	—	5 20	1 50	1 20
4	Brandenburg	19 50	16 50	14 84	15 69	27 50	35 —	55 —	—	4 20	3 50	—	4 20	1 46	1 20
5	Dahme	18 82	16 07	16 43	18 —	25 —	32 —	45 —	—	3 —	4 67	3 67	5 67	1 20	1 —
6	Eberswalde	19 37	15 96	15 05	15 98	23 —	30 —	30 —	—	4 29	3 78	—	4 06	1 40	1 20
7	Havelberg	19 11	16 28	15 —	15 50	25 —	45 —	55 —	—	4 02	5 —	3 —	3 75	3 —	1 20
8	Jüterbog	18 83	15 83	15 83	13 83	28 —	30 —	50 —	—	4 —	4 —	—	5 —	1 30	1 20
9	Ludenwalde	17 33	15 30	13 14	14 21	36 —	36 —	40 —	—	4 01	3 16	—	4 50	1 40	1 40
10	Perleberg	18 78	14 98	15 75	16 85	27 —	35 —	50 —	—	4 67	3 75	—	5 25	1 40	1 20
11	Potsdam	18 33	15 41	15 92	15 82	26 50	26 —	35 —	—	4 70	4 48	—	4 97	1 51	1 26
12	Prenzlau	18 17	15 12	14 50	16 33	18 —	22 50	25 —	—	4 39	4 11	2 61	4 67	1 39	1 14
13	Prigwall	17 70	15 07	15 75	14 46	17 20	30 —	39 —	—	5 71	3 45	2 63	3 55	1 32	1 12
14	Rathenow	18 22	15 11	15 03	15 —	30 —	35 —	44 —	—	3 54	3 75	—	3 75	1 80	1 40
15	Neu-Ruppin	19 50	16 76	14 52	12 92	30 —	32 —	50 —	—	4 13	5 —	—	5 50	1 46	1 21
16	Schwebt	19 50	16 50	16 —	15 —	26 67	31 25	31 25	—	4 —	3 93	—	5 11	1 40	1 20
17	Spandau	19 75	15 75	15 —	13 50	29 —	33 —	41 —	—	5 —	3 25	—	5 —	1 60	1 23
18	Stralsberg	19 89	16 71	17 74	16 73	21 50	33 —	35 —	—	4 —	6 91	—	7 03	1 29	1 14
19	Teltow	19 81	16 37	14 92	17 03	40 —	40 —	50 —	—	4 25	4 40	3 50	4 53	1 70	1 30
20	Templin	20 —	16 —	16 —	17 —	19 50	45 —	38 —	—	4 —	5 —	—	5 —	1 60	1 40
21	Treuenbriezen	21 53	16 23	15 83	16 34	26 —	24 —	30 —	—	3 01	4 16	—	4 16	1 23	1 04
22	Wittstock	17 85	14 65	14 50	13 54	17 —	36 —	44 —	—	4 38	3 50	2 67	5 —	1 28	1 08
23	Wriezen a. D.	18 28	15 37	13 81	14 82	22 —	28 —	34 —	—	4 20	2 93	1 93	4 36	1 50	1 20
Durchschnitt		18 95	15 79	15 23	15 29	—	—	—	—	4 12	4 50	—	4 68	—	—

Potsdam, den 8. September 1890.

180.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat August 1890
in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Es kosten je 50 Kilogramm	Deeskow für Kreis Dees- kow- Storkow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis Weß- havel- land.		Eudenburg für Kreis Jüter- bog- Eudenburg.		Perleberg für Kreis Weß- Prignitz.		Potsdam für Potsdam und Kreis Zauche- Belzig.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Renn- schanz für Kreis Renn- schanz.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Bittorf für Kreis Dietrichshagen.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	683		876		77		901		893		927		767,5		787,5		725,5		Für die Kreise Ober-Barnim, Nieder-Barnim, Osthavelland und Teltow, sowie für Stadt Spandau gilt Berlin als Haupt-Marktort.
2.	Gerste	210		252		263		289		305		315		288,7		268,5		262,5		
3.	Richtstroh	158		210		175		210		258		243		262,5		206,5		183,5		

Potsdam, den 8. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat August 1890.

A r t i k e l						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Schmalzfleisch	Speck	Butter	Eier	Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefisch	Schweine- schmalz, bleich-		
								Grüne	Größe					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 45	1 —	1 28	1 91	2 40	3 92	30	25	50	40	40	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 30	— 95	1 20	1 80	2 46	3 03	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 50	1 48	1 44	1 70	2 20	3 23	20	20	40	40	70	40	30	30	2 80	2 40	20	1 60		
1 35	1 21	1 24	1 80	2 30	3 80	35	30	50	40	50	50	50	50	3 60	4 —	20	1 60		
1 40	— 90	1 20	1 80	2 20	2 40	32	26	60	40	50	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 20	1 20	2 —	2 40	3 78	32	30	60	60	50	—	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 45	1 30	1 26	1 90	2 04	3 30	40	26	50	60	60	60	60	60	2 80	4 —	20	1 80		
1 30	1 10	1 40	1 70	2 20	3 60	34	26	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 60		
1 60	1 —	1 40	1 80	2 15	3 80	36	24	50	40	40	60	36	60	2 30	3 60	20	1 80		
1 50	1 50	1 30	2 10	2 24	3 33	50	36	50	40	50	50	40	50	4 —	3 80	20	2 20		
1 50	1 30	1 50	1 80	2 26	3 59	40	30	50	50	50	50	45	70	3 30	3 80	20	1 80		
1 45	1 —	1 29	1 90	2 35	3 80	32	28	50	40	50	60	50	60	3 40	3 80	20	2 —		
1 42	1 14	1 15	2 —	2 08	3 02	25	24	40	45	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 75	32	27	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 16	1 70	2 40	3 82	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	2 —	2 40	4 —	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 55	1 40	1 50	1 80	2 30	3 35	40	30	50	50	55	50	50	55	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 20	1 40	1 80	2 40	2 80	35	25	55	50	50	50	55	60	3 20	3 60	20	1 40		
1 70	1 50	1 50	1 60	2 10	3 20	40	35	55	55	45	60	50	55	2 80	3 80	20	1 20		
1 40	1 —	1 20	2 —	2 60	4 —	40	30	60	50	50	60	50	60	3 20	3 80	20	1 40		
1 40	1 02	1 20	1 80	2 16	3 20	36	28	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 80		
1 28	— 99	1 25	1 93	2 15	3 24	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	2 —		
1 33	1 30	1 20	1 73	2 20	3 40	25	24	50	40	40	50	50	60	3 50	3 75	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend die Winterschonzeit, das Verbot des Lachsfanges mit Zug- und Treib-Regen, sowie das Verbot des Krebsfanges.

182. Auf die folgenden Bestimmungen der Allerhöchsten Verordnung zur Ausführung des Fischereigesetzes vom 8. August 1887 wird hierdurch hingewiesen.

In den nachbenannten Gewässern: a. in der Ruche von Saarmund an aufwärts, b. in der Rieplitz von Buchholz bei Treuenbrietzen an aufwärts, c. in der Plane von Golzow an aufwärts, d. in dem Belziger, Baizer und Freetersdorfer Bach im Kreise Zauch-Belzig, e. in dem Boyzenburger Strom, der Quillow und der Berde in den Kreisen Templin und Prenzlau ist der Betrieb der Fischerei während der Zeit vom 15. Oktober Morgens 6 Uhr bis 14. Dezember Abends 6 Uhr (Winterschonzeit) nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Unterzeichneten gestattet (§ 3 Nr. 2).

Die Lachs-Fischerei mit Zug- und Treib-Regen ist in der Elbe a. auf der Strecke unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember einschließlich, b. auf der Strecke oberhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember einschließlich verboten (§ 3 Nr. 4).

Während der Dauer der Winterschonzeit müssen in den benannten nicht geschlossenen Gewässern die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten ständigen Fischerei-Vorrichtungen hinweggeräumt oder abgestellt sein (§ 9).

In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai einschließlich ist der Fang von Krebsen in allen nicht geschlossenen Gewässern verboten.

Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen (§ 10).

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, soweit dieselben nicht den Bestimmungen des Fischereigesetzes oder des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft.

Potsdam, den 3. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

183. Der Bühner August Reinecke zu Gadow hat wiederholt, zuletzt am 23. April d. J., Menschen vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese von Entschlossenheit und Selbstaufopferung zeugenden Thaten werden hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 5. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

184. Der Schneidergeselle Julius Jahnke zu Neuer Zoll bei Hohensaaten hat am 7. Juni d. J. das Kind des Schneidermeisters Lehmann daselbst vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese von Muth und Entschlossen-

heit zeugende That des Jahnke wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 5. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlich-Preussischen Regierung.

Bekanntmachung.

10. Es sind uns in neuerer Zeit vielfach Entwürfe zu Schul-Neu- oder Erweiterungsbauten zur Prüfung von Obergewerkswegen vorgelegt worden, welche den an sie in bautechnischer Beziehung zu stellenden Anforderungen in keiner Weise entsprachen und zur Umarbeitung zurückgegeben werden mußten.

Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Bauausführung machen wir die theilhaftigen Behörden und Beamten darauf aufmerksam, daß die unserer Prüfung und Genehmigung unterliegenden Entwürfe zu Schulgebäuden folgende Unterlagen umfassen müssen:

1) Die Zeichnungen.

Diese müssen enthalten:

- die Grundrisse sämtlicher Geschosse, in welche die Bestimmung der einzelnen Räume eingetragen, die wichtigsten Lichtmaße eingetragen und die Maßstäbe verzeichnet sind;
- mindestens zwei Durchschnitte, welche die lichten Höhenmaße, die wichtigsten Dach- und Decken-Constructionen und den höchsten Grundwasserstand zu enthalten haben;
- eine bis zwei Ansichten des Gebäudes;
- den Lageplan des ganzen Grundstücks einschließlich der bebauten Nachbargrundstücke an den Grenzen und den Straßen; die Abstände der Nachbargebäude und der gegenüber liegenden Baufluchten müssen mit Sicherheit zu erkennen sein. —

2) Den Erläuterungs-Bericht.

In diesem soll die Zahl der Schüler beiderlei Geschlechtes, die Vertheilung derselben auf die einzelnen Klassen kurz nachgewiesen und die Wahl der Gesamtordnung der Zugänge, Treppen, Klassengrößen, Aborte u. s. w. näher begründet sein. Die Einzelanordnungen der Beleuchtung, Heizung und Lüftung müssen in den Hauptzügen klar gestellt sein. Endlich sind auch die wichtigsten Constructionen soweit zu erläutern, daß daraus die Tragfähigkeit der Decken etc. und die Feuer-sicherheit des Hauses beurtheilt werden kann. —

Bauentwürfe, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, werden von uns nach wie vor zur Umarbeitung zurückgegeben werden.

Die Vorlage von Kostenaufschlägen wird bei solchen Entwürfen, zu denen der Staat keine Beihilfe gewährt, in der Regel nicht erfordert.

Potsdam, den 5. September 1890:

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise für Monat August 1890.

73. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19 Mark 68 Pf.
" " " do. (mittel)	19 " 22 "
" " " do. (gering)	18 " 78 "
" " " Roggen (gut)	16 " 59 "
" " " do. (mittel)	16 " 04 "
" " " do. (gering)	15 " 46 "
" " " Gerste (gut)	17 " 06 "
" " " do. (mittel)	15 " 32 "
" " " do. (gering)	13 " 67 "
" " " Hafer (gut)	16 " 61 "
" " " do. (mittel)	15 " 85 "
" " " do. (gering)	14 " 95 "
" " " Erbsen (gut)	19 " 60 "
" " " do. (mittel)	18 " 11 "
" " " do. (gering)	17 " 21 "
" " " Nichtstroh	4 " 46 "
" " " Heu	5 " 23 "

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 kg

Hafer Stroh Heu
im Monat August 8,94 Mt., 2,61 Mt., 3,40 Mt.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	28 Mark 02 Pf.
" " " Speckbohnen (weiße)	30 " 38 "
" " " Linen	40 " 96 "
" " " Kartoffeln	5 " 53 "
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 50 "
" 1 " " (Bauchfleisch)	1 " 20 "
" 1 " Schweinefleisch	1 " 50 "
" 1 " Kalbfleisch	1 " 48 "
" 1 " Hammelfleisch	1 " 43 "
" 1 " Speck (geräuchert)	1 " 62 "
" 1 " Eßbutter	2 " 20 "
" 60 Stück Eier	3 " 20 "

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32 Mark 50 Pf.
" " " Speckbohnen (weiße)	35 " — "
" " " Linen	45 " — "
" " " Kartoffeln	4 " 50 "
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 50 "
" 1 " " (Bauchfleisch)	1 " 20 "
" 1 " Schweinefleisch	1 " 55 "
" 1 " Kalbfleisch	1 " 45 "
" 1 " Hammelfleisch	1 " 40 "
" 1 " Speck (geräuchert)	1 " 60 "
" 1 " Eßbutter	2 " 20 "
" 60 Stück Eier	3 " 25 "

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats August 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	34 Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	30 "
" 1 " Gerstengraupe	42 "
" 1 " Gerstengröße	39 "
" 1 " Buchweizengröße	44 "
" 1 " Hirse	40 "
" 1 " Reis (Java)	68 "
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 75 "
" 1 " " (gelb in gebr. Bohnen)	3 " 78 "
" 1 " Speisesalz	20 "
" 1 " Schweinefleisch (hiefiges)	1 " 60 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50 Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	40 "
" 1 " Gerstengraupe	60 "
" 1 " Gerstengröße	50 "
" 1 " Buchweizengröße	50 "
" 1 " Hirse	50 "
" 1 " Reis (Java)	80 "
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2 " 80 "
" 1 " " (gelb in gebr. Bohnen)	3 " 80 "
" 1 " Speisesalz	20 "
" 1 " Schweinefleisch (hiefiges)	1 " 30 "

Berlin, den 5. September 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postanweisungen nach Britisch-Deutschland.

20. Von jetzt ab sind nach Britisch-Deutschland
Postanweisungen bis zum Betrage von
10 Pfd. Sterling zulässig.

Ueber die näheren Bedingungen ertheilen die Post-
anstalten Auskunft.

Berlin W, 29. August 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

18. Die am 1. Oktober 1890 fälligen Zins-
scheine der Preussischen Staatsschulden
werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, W. Tauben-
straße 29 hier selbst, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie
bei den früher zur Einlösung benutzten königlichen
Kassen und Reichsbankanstalten vom 24. ten d. M.
ab eingelöst.

Die Zinscheine sind, nach den einzelnen Schuld-
gattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungs-
stellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die
Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt
angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen
und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Oktober fälligen Zinsen
für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen

Forderungen bemerken wir, daß die **Zusendung** dieser Zinsen mittels der **Post**, sowie ihre **Entscheidung** auf den Reichsbank-Giroconten der Empfangsberechtigten zwischen dem **17. September** und **8. Oktober** erfolgt; die **Baanzahlung** aber bei der **Staats-schulden-Tilgungskasse** am **17. September**, bei den **Regierungs-Hauptkassen** am **24ten September** und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am **1. Oktober** beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die **Zinszahlungen** werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit **Ausschluss** des vorletzten Tages in jedem Monat, am letzten Monatsstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die **Inhaber Preussischer 4prozentiger und 3½prozentiger Konsols** machen wir **wiederholt** auf die durch uns veröffentlichten „**Ämtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch**“ aufmerksam, welche durch jede **Buchhandlung** für **40 Pfennig** oder von dem **Verleger J. Guttentag (D. Collin)** in **Berlin** durch die **Post** für **45 Pfennig** **franko** zu beziehen sind.

Berlin, den 4. September 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

51. Mit dem 5. September 1890 tritt zum **Verbands-Gütertarif** zwischen Stationen des Bezirks **Bromberg** und der **Warienturg-Mlawkaer Bahn** der **Nachtrag X.** in Kraft. Derselbe enthält: a. **Änderungen** und **Ergänzungen** der speziellen **Tarvorchriften**; b. **Neue Frachtsätze** für **Alexandrowo, Bartischin, Jadowitz, Janowiz i. P., Lichterberg-Friedrichsfelde, Nakel, Ostrowitz, Pasosch, Wapno, Worgrowitz** und **Znin des Bezirks Bromberg**; c. **Ausnahmefrachtsätze** für **getrocknetes Obst**. **Abdrücke** des **Nachtrages X.** können durch die **Fahrscheinen-Ausgabe** bei den **Verbandsstationen** bezogen werden **Bromberg, den 30. August 1890.**

Königliche Eisenbahn-Direktion

Bekanntmachung.

52. Vom 1. Oktober d. J. ab führt die an der **Strecke Posen-Straßkows** gelegene **Haltestelle Gutowo** die **Bezeichnung Rieparz.**

Bromberg, den 1. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im **Kreise Niederbarnim** sind der **Niturgutsbesitzer Schrobbsdorf** zu **Mahlsdorf** und der **Administrateur** **Boigt** zu **Kaulsdorf** nach Ablauf ihrer Amtszeit auf's **Neue** zum **Amtsversteher** bzw. **Stellvertreter** für den **4. Bezirk Biesdorf** ernannt worden.

Die durch **Tod** ihres bisherigen **Inhabers** erledigte **Inspektorstelle** am **Königlichen Waisenhause** zu **Dranienburg** ist vom 1. Oktober d. J. ab dem **Lehrer Arendsee** zu **Dranienburg** übertragen worden.

Der bisherige **Pfarrer** zu **Frankensförde** **Paul Karl Ernst Sprockhoff** ist zum **Pfarrer** der **Parodie Felgentreu, Diöcese Lützenwalde**, bestellt worden.

Der bisherige **Diakonus** zu **Wittenberge**, **Franz Hugo Wulkow**, ist zum **Oberpfarrer** in **Wittenberge, Diöcese Perleberg**, bestellt worden.

Der **wissenschaftliche Hilfslehrer** **Dr. Gerhardt** ist als **ordentlicher Lehrer** am **Gymnasium** in **Potsdam** an **estellt** worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats **August** sind:

ernannt: zum **Postrath** der **Sehime** **exp. Sekr. ar. Babner**, zum **Ober-Postdirektionssekretär** der **Postsekretär** **Gerken**, zu **Ober-Telegraphensekretären** die **Telegraphensekretäre** **Feldheim, Knäppel, Lange-mann** und **Ottmann**, zu **Ober-Postassistenten** die **Postassistenten** **Borchmann, Gornitzig, Günther, Veitke, Payer, Reinecke** und **Das Runge**, zu **Ober-Telegraphenassistenten** die **Telegraphenassistenten** **Hartmann** und **Rege**;

angestellt: als **Postsekretäre** die **Postassistenten** **Bufes, Hartung, Janßen, Theil, Thomas**, als **Postassistenten** die **Postassistenten** **Hababidi, Kionowski, Kunze, Palm, Weiland**, als **Telegraphenassistenten** die **Telegraphenassistenten** **Braun** und **Zillmann**, der **Postassistent** **Gruffke**, als **Poste walter** der **Postassistent** **Wahlstedt** in **Stralsund**; in den **Muhestand** **versetzt:** der **Ober-Telegraphen-assistent** **Köblert**;

gestorben: **Ober-Postdirektor, Geheimrath** **Schiffmann.**

Personalveränderungen

im **Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam**

Versetzt sind: die **Postdirektoren** **Hülscamp** von **Spanbau** nach **Myssowitz** und **Wessel** von **Myssowitz** nach **Spanbau.**

Personalveränderungen

im **Bezirk des Kammergerichts in den Monaten** **Juli** und **August 1890.**

II. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zu **Kammergerichtsräthen** die **Landgerichts-räthe** **Hellweg** in **Hannover** und **Dr. Scholz** in **Berlin**; zu **Landgerichtsdirektoren** bei dem **Landgericht 1.** in **Berlin** die **Landgerichtsräthe** **Haack** in **Berlin** und **Ried** in **Frankfurt a. D.**; zu **Amte Richtern** die **Gerihtsaffessoren** **Hamel** bei dem **Amtegericht** in **Nathenow** und **Rüttner** bei dem **Amtegericht** in **Forst.**

Beisitz sind: der **Landgerichtsrath** **Albrecht** in **Prenzlau** an das **Landgericht** in **Potsdam**; der **Oberlandesgerichtsrath** **Kewes** in **Hamm** als **Kammergerichtsrath** an das **Kammergericht**; die **Amte Richter** **Dr. Berg** in **Forst** als **Landrichter** an das **Landgericht** in **Ueckhus**; **Brandt** in **Dobrilug** an das **Amtegericht** in **Land-sberg a. H.**, **Dr. Geppert** in **Calau** an das **Amte-gericht** in **Frankfurt a. D.**, **Haberstroß** in **Sonnen-burg** als **Landrichter** an das **Landgericht** in **Prenzlau.**

Pensionirt ist der Landgerichtsrath Klog beim Landgericht II. in Berlin.

Entlassen ist aus dem Justizdienste der Amtsgerichtsrath Seidler in Grossen a. D.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare von Kochl, Appel, Bleyberg, Silberstein, Lieber, Sternsdorff, Grimm, Dr. Klein, Traeger, Dr. Rudolphi, Hempel, Schallehn, Hennigson, Franc, von Arnim, Reimer, Mommsen.

Uebernommen ist Meyer aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Marienwerder. Verlegt ist Birkenfeld in den Bezirk des Oberlandesgerichts Cöln.

Entlassen ist Dr. Piutti zwecks Uebertritts in die allgemeine Staatsverwaltung.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst sind in der Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Justizrath Wenzig bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Rudolph bei dem Amtsgericht in Schwedt a. D.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Paul Meyer aus Cöpenick bei dem Landgericht II. in Berlin, der Rechtsanwalt Dr. Krause aus Königsberg i. Pr. und die Gerichtsassessoren Dr. Rosenthal, Preibisch, Dr. Emil Sachs und Dr. Mor Gelpke bei dem Landgericht I. in Berlin; der Rechtsanwalt Lewin aus Rogilno bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, der Rechtsanwalt Rudolph aus Schwedt bei dem Landgericht in Prenzlau, der Gerichtsassessor Silberstein bei dem Amtsgericht in Schwibus, der frühere Amtsgerichtsrath Seidler in Grossen a. D. bei dem Landgericht in Landsberg a. W.

Zu Notaren sind ernannt: die Rechtsanwälte Richter in Dahme, Roedenbeck in Cöpenick, Abraham in Arndorf, Justizrath Frommer in Charlottenburg.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtsabw. Hellwig, Schumacher, Baas, Freytag, Zahn, Hirschberg, Bräuner, Freiherr von Stengel, Schmidt, Hopfen, Nürnberg, Kehr, Randolf, Schneider, Jauernik, Bresges, Lehmann, Holländer, Raettig, Schulz, Griebel, Roscholl, Hartmann, von Simson, Landsberger, Pabel, Freiherr von Bülow, Schacht, Gisevius, Grobel, Eckardt, Coler, Czarnikow.

Uebernommen sind von Bussow aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin, Ruhn aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Königsberg, Müller-Dany aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Raumburg a. S., Henrici aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen.

Verlegt sind: Prollius in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Marienwerder, Schiff in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Kiel, Präfer in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. Main.

Entlassen sind: Schliack zwecks Uebertritts in

die Verwaltung des Johanniter-Ordens, Kurt Wolf, Graf Clairon d'Haussonville, Dr. Groos, von Mindwig, Heinrich Schulz, Dr. Max Reuscher zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Eigmann zwecks Uebertritts in den Militärverwaltungsdienst, Kinder, Appelbaum und Stolzenberg auf ihren Antrag und Rönne.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen Hasselmann in Finsterwalde bei dem Amtsgericht in Havelberg, Goegke vom Amtsgericht II. in Berlin bei dem Amtsgericht in Cüstrin, zum Gerichtsvollzieher der Gerichtsdieners Beyer bei dem Amtsgericht I. in Berlin, zu Kanzlisten die Kammerdiätare Koffe bei der Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. D., Gohlke und Böcker bei dem Landgericht zu Landsberg a. W.

Beisetzt sind: die Gerichtsschreiber Lüdtke in Havelberg und Isenberg in Cüstrin an das Amtsgericht I. zu Berlin, die Gerichtsvollzieher Herrmann in Dahme an das Amtsgericht I. in Berlin, Nilsch in Ludow an das Amtsgericht in Guben, Reimann in Neudamm an das Amtsgericht in Freienwalde a. D.

Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Kanzleirath Rosenbaum beim Kammergericht, Kanzleirath Kriesen und Weyergang beim Amtsgericht I. zu Berlin.

Verstorben sind: der Gerichtsschreiber Meier in Züllichau und der Kanzlist Kluge bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. zu Berlin.

Entlassen sind: die Gerichtsvollzieher Pohl und Matthens bei dem Amtsgericht I. zu Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Nach der Bekanntmachung des Herrn Justizministers vom 11. Februar 1890 (Justiz-Ministerial-Blatt Seite 74) geht die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Musterregister vom 1. Oktober 1890 ab auf das unterzeichnete Amtsgericht für dessen Bezirk über. Von diesem Tage ab werden im Laufe des Geschäftsjahres 1890 die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen in Firmen-, Gesellschafts- und Prokuren-Register durch a. den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Volksche Zeitung, c. die Berliner Börsenzeitung, d. je nach dem Orte der Niederlassung durch das Teltower, bezw. Niederbarnimer, bezw. Bieskow-Storkower Kreisblatt, der Eintragungen in das Genossenschafts-Register durch dieselben Blätter und ausserdem durch den Öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam; für kleinere Genossenschaften jedoch ausser durch den Deutschen Reichsanzeiger nur durch das betreffende Kreisblatt, der Eintragungen in Zeichen- und Musterregister dagegen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. Anmeldungen und Anträge in Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register-Sachen werden an jedem Montag Vorm. von 10 bis 12 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle entgegengenommen.

Cöpenick, den 3. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:			
1	Emil Marti, Bärbenmacher und Kellereiarbeiter,	geboren am 15. Februar 1860 zu Cappel bei Aulberg, Stiermark, ortsangehörig zu Rög- gisberg, Kanton Bern, Schweiz,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 1sten August 1888),	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Leipzig,	18. Juli 1890.
2	Abraham (Abel) Silberberg, Kürschner,	geboren im Jahre 1831 zu Kutno, Gouverne- ment Warschau, Auf- sisch-Polen, ortsange- hörig zu Dorskow, Gouvernement Kalisch, ebendasselbst,	Mährverbrechen (6 Jahre Zuchthaus laut Erkennt- nis vom 12. Oktober 1883),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Posen,	14. August 1890.
		b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
3	Julianus Henricus Buissint, Kellner,	geboren am 23 April 1865 zu Gemert, Pro- vinc Nordbrabant, Niederland, ortsange- hörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommiss- sár zu Constanz,	3. August 1890.
4	Julius Candiani, Schriftfeger,	geboren am 18. De- zember 1866 zu Mail- land, Italien,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg,	16. August 1890.
5	Ignaz Fabian, Schneidergehilfe,	43 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Molbauten, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Stadt- amhof,	28. Juli 1890.
6	Leopold Ferry, Arbeiter,	geboren am 14. Novem- ber 1849 zu Raiwei- ler, Elßoß-Lothringen, französischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Reg.	14. August 1890.
7	Joseph Rozisch, Schmiedegeselle,	geboren am 11. Januar 1837 zu Sypraviß, Bezirk Pilgram, Böh- men,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Pfarr- kirchen,	2. August 1890.
8	Franz Putnar, Schneider,	geboren am 17. Novem- ber 1845 zu Sireniß, Bezirk Leitomischl, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	8. August 1890.
9	David Rosenfeld, Zehngebotschreiber,	geboren am 24 April 1824 zu Lublin, Ruß- land, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	16. August 1890.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. B. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 38.

Den 19. September

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien. Polizei-Verordnung.

24. Meire. im Stück 11 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom Jahre 1879 veröffentlichte Polizei-Verordnung vom 21. Januar 1879, betreffend die Zweigbahn vom Personenbahnhofe Berlin der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn nach den Gasanstalten in der Gitschinerstraße hieselbst, wird dahin abgeändert, daß der dritte Absatz der Verordnung — Ziffer 1 der 1c. anderen Anordnungen für die bezeichnete Bahnstrecke — die nachstehende Fassung erhält:

„Zu §§ 43 und 44:

- 1) Die zwischen dem Bahnhofe der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn (dem jetzigen Schlesiens Bahnhof) und der Koepenickerstraße belegene Strecke der Zweigbahn darf mit Ausnahme des in die Mühlenstraße selbst fallenden Theiles derselben von Reitern und Fuhrwerken nicht benutzt werden. Fußgängern ist die Benutzung der Strecke von der Mühlenstraße bis zur Koepenickerstraße in den Zeiten gestattet, welche seitens des Magistrats hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt im Einverständniß mit der Eisenbahn-Behörde an den vor und hinter der Spreebrücke aufgestellten Tafeln bekannt gegeben werden. Der Uebergang über die Drehbrücke über den Louisestädter Kanal ist für Reiter und Fuhrwerk überhaupt, für Fußgänger aber nur bei der Annäherung und während der Durchfahrt eines Zuges verboten.“

Unter Bezugnahme auf § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 30. August 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

25. **B e k a n n t m a c h u n g,**
betreffend den Ankauf volljähriger
Kavallerie-Reit- und Artillerie-Angebörte.
Berlin, den 20. August 1890.

Regierungsbezirk Potsdam.

Zum Ankauf von Kavallerie-Reit- und Artillerie-Angebörten im Alter von 5 bis 8 Jahren ist im Bereich der Königl. Regierung zu Potsdam ein Morgen 8 Uhr beginnender Markt

„am 13. Oktober in Bilsnack“

anberaumt worden.

Bemerkt wird hierbei, daß die Kommission nur

geschönte gut gebaute und für die betreffende Waffengattung hinreichend fundamentirte, dabei aber vor allem gängige Pferde mit hinreichendem Blute gebrauchen kann. Auch dürfen sich die Pferde nicht in häßlichem Zustande befinden.

Die von der Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen.

Krippenfehler sind vom Ankauf ausgeschlossen und wird verlangt, daß die Schweife der Pferde nicht übermäßig verkürzt werden.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem glatten Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue starke Kopfhalter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens zwei Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Kriegsministerium.

Remontrungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Viehseuchen.

185. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer verendeten Kuh des Kossäthen Gläser zu Klobbide, Kreis Ober-Barnim; die Influenza — in Form eines seuchenartigen Katarrhs der Luftwege — unter den Pferden des Gemeindevorsteher's Stolz zu Dallgow, Kreis Osthavelland; ferner in Form der Pferde-Staupe unter den Pferden des Dominium Buskow, Kreis Rappin;

die Maulseuche bei einer Kuh des Gemeindevorsteher's Poffelt zu Zesch, Kreis Jüterbog-Ludowalde; die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Bauerngutbesizers Jahn zu Busermark, des Viehhändlers Stolz zu Nauen, des Bauern Eichstädt zu Markee, Kreis Osthavelland, und des Bauerngutbesizers Graßow zu Berge, Kreis Westhavelland.

Die Ortschaft Busermark, Kreis Osthavelland, ist gegen das Durchtreiben von Wiederläuern und Schweinen gesperrt worden.

Potsdam, den 16. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Plauer See.
	Ober-N. N. Pegel.	Unter-N. N. Pegel.	Ober-N. N. Pegel.	Unter-N. N. Pegel.			Ober-N. N. Pegel.	Unter-N. N. Pegel.	Ober-N. N. Pegel.	Unter-N. N. Pegel.		
1	32,44	30,70	2,14	0,64	1,02	—	2,00	1,08	1,32	0,72	1,66	—
2	32,46	30,70	2,14	0,64	1,01	—	2,00	1,10	1,32	0,72	1,64	—
3	32,46	30,72	2,14	0,64	1,02	—	2,00	1,10	1,32	0,72	1,64	—
4	32,46	30,70	2,16	0,64	1,02	—	2,00	1,10	1,32	0,72	1,60	—
5	32,46	30,70	2,16	0,62	1,02	—	2,00	1,10	1,32	0,72	1,56	—
6	32,46	30,72	2,14	0,62	1,01	—	2,00	1,12	1,32	0,72	1,54	—
7	32,44	30,70	2,14	0,62	1,01	—	2,00	1,12	1,32	0,76	1,52	—
8	32,45	30,74	2,12	0,66	1,01	—	1,98	1,10	1,32	0,76	1,50	—
9	32,44	30,68	2,10	0,62	1,00	—	2,00	1,10	1,32	0,76	1,48	—
10	32,46	30,64	2,10	0,54	0,99	—	2,00	1,08	1,32	0,76	1,48	—
11	32,45	30,68	2,10	0,62	0,99	—	2,00	1,08	1,32	0,76	1,48	—
12	32,44	30,68	2,08	0,62	0,99	—	1,98	1,06	1,32	0,74	1,60	—
13	32,44	30,64	2,06	0,60	0,99	—	2,02	1,06	1,32	0,74	1,98	—
14	32,44	30,64	2,06	0,62	0,99	—	2,02	1,06	1,32	0,74	2,26	—
15	32,44	30,62	2,04	0,58	0,99	—	2,00	1,04	1,32	0,74	2,48	—
16	32,45	30,68	2,00	0,62	0,98	—	2,00	1,04	1,32	0,74	2,64	—
17	32,44	30,68	2,02	0,60	0,98	—	2,00	1,02	1,32	0,70	2,78	—
18	32,42	30,66	2,06	0,60	0,97	—	2,00	1,02	1,32	0,70	2,78	—
19	32,41	30,66	2,02	0,62	0,97	—	1,98	1,00	1,32	0,68	2,62	—
20	32,38	30,60	2,00	0,62	0,98	—	1,98	1,00	1,32	0,68	2,42	—
21	32,38	30,62	2,00	0,60	0,98	—	1,96	0,98	1,32	0,66	2,24	—
22	32,40	30,60	1,98	0,62	0,97	—	1,94	0,96	1,32	0,66	2,12	—
23	32,48	30,60	1,98	0,64	0,96	—	1,98	0,94	1,32	0,64	2,00	—
24	32,40	30,64	2,00	0,52	0,95	—	1,98	0,94	1,32	0,64	1,92	—
25	32,40	30,60	2,00	0,52	0,95	—	2,00	0,94	1,32	0,64	1,82	—
26	32,40	30,66	2,00	0,56	0,95	—	2,02	0,94	1,32	0,64	1,72	—
27	32,40	30,64	1,98	0,58	0,95	—	2,00	0,92	1,32	0,64	1,66	—
28	32,34	30,62	1,98	0,60	0,98	—	1,90	0,90	1,32	0,60	1,64	—
29	32,35	30,64	2,00	0,58	0,98	—	2,00	0,94	1,32	0,60	1,60	—
30	32,38	30,62	2,00	0,56	0,97	—	2,02	0,94	1,32	0,60	1,56	—
31	32,40	30,60	2,02	0,52	0,97	—	2,00	0,94	1,32	0,60	1,54	—

Potsdam, den 16. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Beschluß.

betr. Erhöhung der Vergütungsätze für den zu den diesjährigen Herbstschätzungen gestellten Vorspann.

187. Die von dem Bundesrath festgestellten Vergütungsätze für geleisteten Vorspann werden gemäß § 4 Art. II. des Gesetzes vom 21. Juni 1887 (R.-G.-Bl. S. 245) und § 9. der dazu erlassenen Instruction vom 30. August 1887 (R.-G.-Bl. S. 433 ff.) hierdurch für die Landkreise Prenzlau, Ruppin und Teltow, sowie für den Stadtkreis Potsdam um ein Fünftel erhöht.

Potsdam, den 12. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

188. Auf Antrag der königlichen Intendantur 3. Armee-Corps zu Berlin ist das Enteignungsverfahren behufs Feststellung der Entschädigung für die zur Anlage des 2. Artillerie-Schießplatzes bei Jüterbog erforderliche, dem Kaiser Friedrich Schutze zu Jüna gehörige, im Grundbuche von Jüna Band I. Nr. 2 eingetragene

Grundstücksfläche von 12,8360 ha und für einen Theil des den Separations-Interessenten zu Jüna gehörigen Weges Nr. 76 mit 14,90 a eingeleitet worden und hat bereits eine Abschätzung durch die ernannten Sachverständigen, Ortsbesitzer Bohnerdt aus Rastenhäusen, Rentier Buchholz aus Berlin, Oberförster Doffow aus Jüna und Oberförster Liebel aus Jüna unter Leitung meines Kommissars, Regierungs-Rath Joachimi, unter Zustimmung und in Gegenwart der Eigentümer stattgefunden.

Die übrigen, an den enteigneten Grundstücken etwa Berechtigten werden hierdurch aufgefordert, ihr Interesse an der Feststellung der Entschädigung oder ihre sonstigen Ansprüche innerhalb einer Woche bei mir anzumelden, widrigenfalls wegen Auszahlung oder Hinterlegung der Entschädigungssumme ohne Anberaumung eines Termins an Ort und Stelle verfügt werden wird.

Potsdam, den 13. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Ernennung von Sachverständigen der Preuss.-Verufsgenossenschaft. 189. Auf Grund des § 10 der Vorschriften für die Veranlagung der Brennereien zum Contingent sind zu Sachverständigen der Brennerei-Verufsgenossenschaft zur Prüfung der von den Brennerei-Besitzern erhobenen Ansprüche:

- 1) der Königl. Amtrath Schmidt zu Köhne bei Bernau,
- 2) der Königl. Amtrath Schrader zu Alt-Landsberg

ernannt werden. Potsdam, den 15. September 1890

Der Regierungs-Präsident.

Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten. 190. In Abänderung einer Beschl. vom 5. d. M. 1. 1899/8 (A. Bl. St. 37 S. 342) bestimme ich für die bevorstehende Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten an Stelle des verstorbenen Vertreters des Wahlbezirks III. (Prenzlau-Angermünde), Ritterschafsdirektors v. Wedell-Matthow als Termine:

- 1) für die Wahlmänner-Ersatzwahl den 11. Oktober d. J. und
- 2) für die Abgeordneten-Wahl den 18. desselben Monats.

Potsdam, den 16. September 1890

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Zahlungen aus Domänen- und Forstveräußerungen und Ablösungen betreffend.

11. Unter Bezugnahme auf die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 9. September 1885 bezw. 10. September 1889 — Amtsblatt St. 38 S. 348 bezw. St. 38 S. 344 — wird im Interesse des bestellbaren Publikums wiederholt darauf hingewiesen, daß die Einzahlungen aus Domänen- und Forst-Veräußerungs- sowie Ablösungsgeschäften ohne Unterschied des Betrages an die Regierungs-Haupt-Kasse hier selbst unmittelbar zu erfolgen haben und derartige Zahlungen ausnahmsweise nur dann bei einer Spezialkasse stattfinden dürfen, wenn dies auf den besonderen Antrag des Zahlungspflichtigen von der unterzeichneten Regierung ausdrücklich genehmigt worden ist.

Potsdam, den 8. September 1890.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin. Bekanntmachung.

74. Nachdem auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden ist, daß von dem Banquier Karl Heine hier selbst abhängen, Band 1 Nr. 69 des Grundbuchs von Alt-Cölln verzeichneten Grundstücke, hier, Breitestraße 24, eine Fläche von 9 qm Größe eine derjenigen Grundstücksflächen darstellt, hinsichtlich welcher der Staatsbauverwaltung behufs der zur Verbesserung des Spreemufs innerhalb der Stadt Berlin auszuführenden Bauten durch die

Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. September 1888 das Enteignungsrecht verliehen worden ist, wird der bezügliche Plan in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. vom Montag, den 29. September bis Montag, den 18. Oktober dieses Jahres einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums im neuen Polizei-Präsidialgebäude am Alexanderplatz hier selbst, Eingang IV., 2. Treppen, Zimmer Nr. 339, zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einsendungen, gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der Ersten Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen. Berlin, den 10. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthausen.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit Siam.

21. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewicht bis zu 3 kg nach Siam (vorher jedoch nur nach Bangkok) versandt werden. Die Pakete müssen frankirt werden. Ueber die Taxen und Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 10. September 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg. Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Johannis-Kirche in Noabit.

12. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der St. Johannis-Kirche in Noabit vom 12. März resp. 8. Mai d. J. wird in der Pfarodie dieser Kirche eine vierte geistliche Stelle, welche als II. Diaconat neben das bereits bestehende Diaconat tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung dieses II. Diaconats erfolgt gemäß § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873, sowie dem dazu ergangenen Kirchengesetz vom 15. März 1886.

Berlin, den 15. August 1890.

(L. S.) Der Königl. Polizei-Präsident.

Berlin, den 4. August 1890.

(L. S.)

Das Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg. Bekanntmachung.

20. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1890 lit. D. Nr. 485226 und

486958 über je 500 M., welche angeblich in einem am 24. Juli d. J. von der Firma Albert Samson zu Berlin, Behrenstraße 54, zur Post (Postamt 49) gegebenen, nach Dels i. Schl. adressirten Einschreibbrief enthalten waren, bei Beförderung mit der Post abhandeln gekommen sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Generalbevollmächtigten der Kaiser Transport-Versicherungs-Gesellschaft, der Firma Felix Leo Meyer (Inhaber: Kaufmann Richard Schmid) zu Berlin W., Französischestr. 17, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird. Berlin, den 8. September 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

36. Vom 17. September d. J. ab werden für den Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau die Ver- und Entladefristen bezüglich derjenigen Interessenten, welche innerhalb eines Umkreises von 5 km von der Station entfernt wohnen, bis auf Weiteres auf 8 Tagesstunden (einschließlich der Mittagsstunden) herabgesetzt.

Berlin, den 14. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

19.

Sonderzüge

zur Magdeburger Messe.

am Sonntag, den 21. und 28. September d. J.

- | | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1) Abfahrt Berlin, Potsdamer Bahnhof | 5 20 Vorm. |
| " Potsdam | 6 02 " |
| Ankunft Magdeburg | 8 39 " |
| 2) Abfahrt Magdeburg | 10 00 Abds. |
| Ankunft Berlin, Potsdamer Bahnhof | 1 26 Nachts. |

Der Zug hält im Bedarfsfalle auch in Steglitz und Zehlendorf.

Fahrtkarten, welche zur Rückfahrt innerhalb 2 Tagen, den Abgangstag mitgerechnet, für alle fahrplanmäßigen Personenzüge — ausschließlich der Schnellzüge — ab Magdeburg berechtigen, sowie auch für den am Tage der Hinfahrt 10 00 Abends von Magdeburg abgehenden Sonderzug gelten, können von jetzt ab bis zum Abgang der Züge in Berlin, Steglitz, Zehlendorf und Potsdam für 6,00 M. in II. und 4,00 M. in III. Wagenklasse gelöst werden.

Fahrtunterbrechung ist weder auf der Hinfahrt noch auf der Rückfahrt gestattet. Freigeпад wird nicht gewährt. Berlin, den 6. September 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

33. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Transportcheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Transportcheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	nach Schluß der Ausstellung.
				für	auf den Strecken der			
1	Ausstellung von Gegenständen des Baugewerbes und der verwandten Gewerbe,	Marien- burg,	11. bis 17. September,	Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Königl. Eisenbahn-Direktion Bromberg,	Ausstellungs-Commission,	14 Tage	
2	Ausstellung für Gartenbau, Vienen-, Geflügel- und Fischzucht,	Eßlin,	12. bis 14. September,	Thiere und Gegenstände der nebenbezeichneten Art,	Königl. Eisenbahn-Direktionen Berlin, Breslau und Bromberg,	desgl.	14 Tage	
3	Gartenbau-Ausstellung,	Essen,	13. bis 22. September,	Gegenstände des Gartenbaues,	Preussischen Staatsbahnen,	desgl.	4 Wochen	

Bromberg, den 7. September 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Die unter Magistratlichem Patronat stehende Predigerstelle an der Waisen-erziehungsanstalt des großen

Friedrichs-Waisenhauses zu Rummelsburg, Diözese Berlin I., kommt durch die Verlegung ihres Inhabers zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Im Kreise Rappin ist der Lieutenant Koblach zu Büschfeld zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 11 Bezirks Büschfeld ernannt worden.

Der bisherige königliche Regierungs-Baumeister Coqui in Prenzlau ist zum königlichen Kreisbau-inspector ernannt und demselben die von ihm seit dem 1. April d. J. auftragsweise verwaltete Kreisbau-inspectorstelle in Prenzlau vom 1. September d. J. ab endgültig verliehen worden.

Der Oberpfarrer Karl Adolf Klügel in Prigwall ist zum Superintendenten der Diözese Prigwall ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Kiebnisch, Georg Wilhelm Heinrich Albrecht Richter, ist zum Pfarrer der Pfarodie Waltersdorf, Diözese Königs-Bukerhausen, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger der evangelischen Landessynode Bernhard Paulus Schmidt ist zum II. Diakonus an der Heilig-Kreuz-Kirche hiersebst, Diözese Cöln-Stadt, bestellt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Dobberzin, Diözese Angermünde, ist durch das Ableben des Pfarrers Deutsch am 18. August 1890 zur Erledigung gekommen.

Der Schulanwilsanditat Max Benedek ist als ordentlicher Lehrer am Friedrich-Werderschen Gymnasium in Berlin und der Gemeindefchullehrer Spletthöfer ist an dem Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin als Vorschullehrer angestellt worden.

Der bisherige Oberlehrer an der Charlottenschule in Berlin Dr. Michaelis ist als Rektor der 7ten hōheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Heinrich am Französischen Gymnasium in Berlin ist als ordentlicher Lehrer am königlichen Gymnasium in Schöneberg angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer Dr. Cose am Afkanischen Gymnasium in Berlin ist als Oberlehrer an dem in Schöneberg zu eröffnenden Gymnasium angestellt worden.

Die Lehrer Kähle, Grumbach, Thiem, Herzog, Zeßiger, Krüger sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Fräulein Schottmüller ist als Gemeindefchullehrerin in Berlin angestellt worden.

Der Lehrerin Frau Borth geborenen von Döheim in Berlin ist die Erlaubnis zur Einrichtung und Leitung einer höheren Mädchenschule in dem Stadttheile Moabit der Stadt Berlin ertheilt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Emil Demonte, Händler,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren im Jahre 1853 zu Chambers, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl (vier Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 21. Januar und 27. Juli 1887),	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	18. August 1890.
2.	Nathan Weiß, Handelsmann,	geboren am 3. Juni 1859 zu Neu-Sandez, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl (sieben Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 4ten März 1884),	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Posen	16. August 1890.
3.	Salomon Schatz, Metzgerknecht,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 1. Mai 1850 zu Frauenburg, Rußland, ortsangehörig ebendaselbst,	Randstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	16. August 1890.
4.	Benzel Reinhold, Arbeiter und Maurer,	geboren im Jahre 1832 zu Belsow bei Josephstadt, Böhmen, ortsangehörig zu Belsow, Bezirk Königshof ebendaselbst,	desgleichen,	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	14. August 1890.
5.	Franz Zebračowski, Knecht,	geboren am 6. Januar 1867 zu Strazisk, Bezirk Pisek, Böhmen, ortsangehörig zu Mphlin, ebendaselbst,	Randstreichen u. Betteln,	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Duppeln,	1. August 1890.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Anweisung beschloffen hat	Datum des Anweisungs-Beschlusses
	des Angeklagten				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
6	Gustav Zimmermann, Arbeiter,	geboren am 2. Juli 1868 zu Genf, Schweiz.	Landstreicherei,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg., derselbe,	18. August 1890.
7	Georg Zimmermann, Dreher,	geboren am 22. April 1870 zu Genf, Schweiz.	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
8	Karl Augustin, Bäcker,	27 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Bräun, Mähren,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich oldenburgisches Staatsministerium zu Oldenburg,	11. August 1890.
9	Lorenz Dostkocil, Fohrgewerke,	geboren am 8. Februar 1851 zu Beraun, Bezirk Prag, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	19. August 1890.
10	Johann Josef Grandry, Tuchweber,	geboren am 10. Januar 1843 zu Berniers, Belgien, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreicherei,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	21. August 1890.
11	Richard Herzberg, Handelsmann,	geboren am 25. März 1835 zu Tschum, Curland, Rußland, wohnhaft zuletzt in Berlin,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	22. Juli 1890.
12	Martin Radler, Tagelöhner,	32 Jahre alt, geboren zu Graz, Steiermark, ortsangehörig zu Preßelschen, Bezirk Mies, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebersberg,	19. August 1890.
13	Karoline Nilsson, Näherin,	geboren am 25. Januar 1870 zu Blekinge-Biac, Schweden,	gewerbmäßige Unzucht,	Chef der Polizei in Hamburg,	23. August 1890.
14	Luigi Piani, Bäcker und Tagelöhner,	geboren am 22. Februar 1841 zu Rocca-Piccola, Provinz Velletri, Italien,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Constanz,	14. August 1890.
15	Georg Wachal, Fabrikarbeiter,	22 Jahre alt, geboren zu Domazlice, Bezirk Taus, Böhmen, ortsangehörig zu Taus,	Landstreicherei,	Stadtmagistrat Regensburg, Bayern,	desgleichen.
16	Josef Banitschek, Gelbgießergeselle,	geboren am 26. Januar 1851 zu Ehlumetz, Bezirk Gitschin, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Leipzig,	5. August 1890.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend den Fahrplan der Königl. Eisenbahn-Direktion Bromberg, gültig vom 1. Oktober 1890 ab, sowie drei öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 39.

Den 26. September

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

26. Bekanntmachung,
betreffend den Ankauf volljähriger
Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferde.
Berlin, den 20. August 1890.
Regierungsbezirk Potsdam.

Zum Ankauf von Kavallerie-Reit- und Artillerie-
Zugpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren ist im Bereich
der Königl. Regierung zu Potsdam ein Morgens
8 Uhr beginnender Markt

„am 13. Oktober in Wilsnack“
anberaumt worden.

Bemerkt wird hierbei, daß die Kommission nur
geschonte gut gebaute und für die betreffende Waffen-
gattung hinreichend fundamentirte, dabei aber vor allem
gängige Pferde mit hinreichendem Blute gebrauchen kann.
Auch dürfen sich die Pferde nicht in dürftigem Zustande
befinden.

Die von der Kommission erkauften Pferde werden
zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung
baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landes-
gesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer
gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten
zurückzunehmen.

Krippenfüßer sind vom Ankauf ausgeschlossen und
wird verlangt, daß die Schweife der Pferde nicht über-
mäßig verkürzt werden.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften
Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem
glatten Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue starke
Kopfhalter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens
zwei Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere
Vergütung mitzugeben.

Kriegsministerium.

Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Oberpräsidenten.

Bekanntmachung.

23. Dem Königl. Oberpräsidium beehrt sich das
General-Kommando hierdurch seinen ergebensten Dank
zu sagen für die auch in diesem Jahre vortreffliche Auf-
nahme der Truppen des Gardekorps gelegentlich der
Herbstübungen, sowie das an allen Orten bethätigte
Entgegenkommen der Behörden und gesammten Ein-
wohnerschaft.

Der kommandirende General
(gez.) Frhr. von Hüllessem.

Vorstehendes Schreiben bringe ich hierdurch zur
öffentlichen Kenntnissnahme.

Potsdam, den 15. September 1890.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Einfuhr von Schweine-Magen, -Lebern und -Därmen.

191. Es wird hierdurch zur Kenntniss der Bethei-
ligten gebracht, daß bei der Einfuhr von Schweine-Därmen
aus dem Auslande — soweit dieselbe überhaupt erlaubt
ist — fortan von der Einforderung von Ursprungs-
zeugnissen gänzlich Abstand genommen, auch die Ein-
fuhr von Schweine-Magen, -Lebern und -Därmen dä-
nischer Herkunft fortan ohne die Beibringung dieser
Zeugnisse zugelassen wird.

Potsdam, den 16. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verfendung von Wiederkäuern und Schweinen
nach den Nordseehafenstädten.

192. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom
3. Oktober 1888 — Amtsbl. Stück 41 Seite 394 —
wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß
nunmehr, nachdem die Kreisthierarztstelle des Kreises
Ruppin endgültig besetzt worden ist, die dem Geflüs-
rosarzt Mickle zu Friedrich-Wilhelms-Gestüt und
dem Thierarzt E. Schmidt zu Wildberg erteilte Er-
mächtigung zur Vornahme der zufolge Beschlusses des
Bundesraths vom 3. November 1887 angeordneten
Untersuchungen der nach den Nordseehafenstädten zu be-
fördernden Wiederkäuer und Schweine zurückgezogen
worden ist, und daß zur Vornahme der angeordneten
Untersuchungen sowie zur Ausstellung gültiger Befunds-
scheine für den Kreis Ruppin fortan nur der Kreis-
thierarzt Fielitz zu Neu-Ruppin berechtigt ist.

Potsdam, den 17. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Chausseegelberhebung auf der Teltower Kreis-Chaussee von Rums-
dorf über Schünow bis zur Jossen-Sietheuer-Chaussee vor Rächst-
Neuendorf mit Abzweigung nach Dergischow.

193. Dem Kreise Teltow ist Seitens des Herrn
Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom
13. Februar 1890 — III. 2402 — die Genehmigung
erteilt worden, für die Benutzung der Chaussee von
Rumsdorf über Schünow bis zur Jossen-Sietheuer
Chaussee vor Rächst-Neuendorf einschließlich der Ab-
zweigung nach Dergischow an der auf der Jossen-
Sietheuer Chaussee zwischen Station 26 und 27 bei
Rächst-Neuendorf bereits vorhandenen Hebestelle das
tarifmäßige Chausseegeld für eine Meile mit erheben zu

lassen, jedoch mit der Maßgabe, daß für Fuhrwerke und Thiere der Einwohner von Dergischow beim Verkehr in der Richtung auf Jossen nach wie vor das Chausseegeld für anderthalb Meilen nur für die Hinfahrt erhoben werden darf, die für Fuhrwerke und Thiere der Einwohner von Schönau früher gewährte gleiche Vergünstigung aber in Wegfall kommt.

Mit der Erhebung des Chausseegeldes wird am 1. Oktober d. J. begonnen werden.

Potsdam, den 18. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preis-Verzeichniß der Königl. Landes-Baumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam für 1. Oktober 1890/91.

194. Das Preis-Verzeichniß der Königl. Landes-Baumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam für 1890/91 liegt zur Einsicht auf sämtlichen königl. Landrathsämtern des Bezirks, sowie bei den Magistraten zu Brandenburg a. H., Charlottenburg, Spandau, Luckenwalde, Schwedt a. D. und Briezen a. D. aus.

Potsdam, den 19. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend die Öffnungszeiten der Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder.

195. Nachstehend werden diejenigen Zeiten, während welcher die Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder vom 1. Oktober d. J. ab bis auf Weiteres für den Schiffsverkehrs-Verkehr in der Regel geöffnet sein werden, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Für die Brücke bei Potsdam.

1)	Von 5:42 Vm. bis 6:15 Vm.
2)	= 6:45 = = 7:00 =
3)	= 8:8 = = 8:32 =
4)	= 11:10 = = 11:26 =
5)	= 5:35 Nm. = 5:50 Nm.

Für die Brücke bei Werder.

1)	Von 5:30 Vm. bis 6:00 Vm.
2)	= 8:15 = = 8:40 =
3)	= 10:15 = = 10:54 =
4)	= 11:40 = = 12:10 Nm.
5)	= 3:00 Nm. = 3:30 =
6)	= 4:00 = = 4:25 =
7)	= 5:25 = = 6:00 =
8)	= 7:00 = = 7:40 =

Potsdam, den 20. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Einstellung der Beiträge zum II. Kurmärkischen Kriegsschuldensteuer-Verbande.

196. Die höheren Erträge der Braumalzsteuer haben auch einen vermehrten Ertrag des Zuschlages herbeigeführt, der von dieser Steuer gemäß Beschluß des Kommunallandtages der Kurmark vom 13. Februar 1882⁷¹ wegen Aufbringung der Kurmärkischen Kriegsschulden in der 7. Amortisationsperiode, mit 50 Pfg. für den Centner Braumalz zu erheben ist. Die Kapitalbestände des II. Kriegsschuldensteuer-Verbandes sind infolgedessen dergestalt angewachsen, daß aus denselben die nach Nr. 1 des Beschlusses dieses Landtages vom 20. Februar 1882 auf 30 000 M. jährlich festgesetzten

Contingente auf die Dauer der laufenden letzten Amortisationsperiode werden bestritten werden können.

Mit Rücksicht hierauf wird meine Bekanntmachung vom 6. Juni 1882, soweit dieselbe die Einhebung der Beiträge des II. Verbandes betrifft, hiermit dahin abgeändert, daß

- 1) die monatliche Einhebung der von den Städten der Kurmark und dem Flecken Fürstenwerder mit jährlich 36671 M. 40 Pf. zu leistenden Beiträge mit Ende des Etatsjahres 1889/90 aufhört;
- 2) das auf Beschluß des Kommunallandtages vom 20. Februar 1882 zum Tilgungsfonds abzuführende jährliche Contingent von 30 000 M., sowie die Kosten des Kommunallandtages aus den angesammelten Capitalbeständen entnommen werden.

Die Verfügung über den am Schlusse der 7. Tilgungsperiode verbleibenden Capitalbestand bleibt dem weiteren Beschlusse des Kommunallandtages vorbehalten.

Die für das Kriegsschuldenwesen der Kurmark bisher ergangenen Bestimmungen und Verordnungen bleiben auch ferner gültig, soweit sie nicht durch die vorstehende Bekanntmachung abgeändert oder aufgehoben worden sind.

Nach vorstehenden, durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 13. August 1890 genehmigten Bestimmungen haben sich die Steuerpflichtigen, die Ortsbehörden, die Herren Landräthe, die Kreisassen und die Steuerämter zu achten.

Potsdam, den 22. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Jahrmarkt-Verlegung in Preißeber.

197. Der für die Stadt Priegerbe auf den 15. Oktober d. J. angelegte Jahrmarkt ist auf den 29. Oktober verlegt worden.

Potsdam, den 22. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Marktpreise für August d. J.

198. In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 8. d. M. (Amtsblatt Stück 37 S. 342/43) bringe ich zur allgemeinen Kenntniß, daß in Havelberg der Durchschnittsmarktpreis für Hammelfleisch 1 M. 25 Pf. und für Rindfleisch von der Keule 1 M. 50 Pf. pro Kilogramm beträgt.

Potsdam, den 20. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

199. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Gemeindevorstehers Bree zu Ueg, Kreis Osthavelland;
die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Oberamtmanns Wanger auf Grabow, Kreis Westhavelland.

Die Ortschaften Tremmen und Berge, Kreis Westhavelland, und deren Feldmarken sind wegen der allgemeineren Ausbreitung derselben Seuche unter Sperre gestellt.

Erloschen ist:

der Milzbrand in Groß-Riez, Kreis Beeskow-Storkow;

die Influenza (Pferdestaupe) unter dem Pferdebestande des Dominiums Buskow, Kreis Ruppin;

die Maulseuche unter den Zugochsen des Rittergutes Brig, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Landwirths Jürgen zu Neu-Weißensee und des Kossäthen Schulze zu Dalldorf, Kreis Niederbarnim.

Wegen Verdachtes der Befastung mit dem Hautrothe ist unter Stallperre gestellt ein Pferd der Domaine Liegow, Kreis Westhavelland. Das, als der Ansteckung durch Rog verdächtig, unter Beobachtung gestellte Pferd des Handelsmanns Heiseler zu Linum, Kreis Osthavelland, ist getödtet worden, und ist nunmehr nach Tödtung aller rothverdächtigere Thiere die Seuche im Gemeinde- und Gutsbezirk Linum als erloschen anzusehen.

Potsdam, den 23. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Anlegung von Dampfkesseln.

75. Auf Grund der Bestimmung im § 24 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende Allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln erlassen.

I. Bau der Dampfkessel.

§ 1. Die vom Feuer berührten Wandungen der Dampfkessel, der Feuerrohren und der Siederöhren dürfen nicht aus Gußeisen hergestellt werden, sofern deren lichte Weite bei cylindrischer Gestalt fünf und zwanzig Centimeter, bei Kugelgestalt dreißig Centimeter übersteigt.

Die Verwendung von Messingblech ist nur für Feuerrohren, deren lichte Weite zehn Centimeter nicht übersteigt, gestattet.

§ 2. Die um oder durch einen Dampfkessel gehenden Feuerzüge müssen an ihrer höchsten Stelle in einem Abstand von mindestens zehn Centimeter unter dem festgesetzten niedrigsten Wasserspiegel des Kessels liegen. Dieser Minimalabstand muß für Kessel auf Fluß- und Landseeschiffen bei einem Neigungswinkel der Schiffsbreite gegen die Horizontalebene von vier Grad, für Kessel auf Seeschiffen bei einem Neigungswinkel von acht Grad noch gewahrt sein.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Dampfkessel, welche aus Siederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen, sowie auf solche Feuerzüge, in welchen ein Erglühen des mit dem Dampfraum in Berührung stehenden Theiles der Wandungen nicht zu befürchten ist. Die Gefahr des Erglühens ist in der Regel als ausgeschlossen zu betrachten, wenn die vom Wasser bespülte Kesselfläche, welche von dem Feuer vor Erreichung der vom Dampf bespülten Kessel-

fläche bestrichen wird, bei natürlichem Luftzug mindestens zwanzigmal, bei künstlichem Luftzug mindestens vierzigmal so groß ist, als die Fläche des Feuerroßes.

II. Ausrüstung der Dampfkessel.

§ 3. An jedem Dampfkessel muß ein Speiseventil angebracht sein, welches bei Abstellung der Speisevorrichtung durch den Druck des Kesselwassers geschlossen wird.

§ 4. Jeder Dampfkessel muß mit zwei zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung versehen sein, welche nicht von derselben Betriebsvorrichtung abhängig sind, und von denen jede für sich im Stande ist, dem Kessel die zur Speisung erforderliche Wassermenge zuzuführen. Mehrere zu einem Betriebe vereinigte Dampfkessel werden hierbei als ein Kessel angesehen.

§ 5. Jeder Dampfkessel muß mit einem Wasserstandsgläse und mit einer zweiten geeigneten Vorrichtung zur Erkennung seines Wasserstandes versehen sein. Jede dieser Vorrichtungen muß eine gesonderte Verbindung mit dem Innern des Kessels haben, es sei denn, daß die gemeinschaftliche Verbindung durch ein Rohr von mindestens sechzig Quadratcentimeter lichtigem Querschnitt hergestellt ist.

§ 6. Werden Probirhähne zur Anwendung gebracht, so ist der unterste derselben in der Ebene des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes anzubringen. Alle Probirhähne müssen so eingerichtet sein, daß man behufs Entfernung von Kesselstein in gerader Richtung hindurchstoßen kann.

§ 7. Der für den Dampfkessel festgesetzte niedrigste Wasserstand ist an dem Wasserstandsgläse, sowie an der Kesselwandung oder dem Kesselmauerwerk durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen.

An der Außenwand jedes Dampfschiffskessels ist die Lage der höchsten Feuerzüge nach der Richtung der Schiffsbreite in leicht erkennbarer dauerhafter Weise kenntlich zu machen; ferner sind an derselben zwei Wasserstandsgläser in einer zur Längsrichtung des Schiffes normalen Ebene, in gleicher Höhe, symmetrisch zur Kesselmitte und möglichst weit von ihr nach rechts und links absteigend anzubringen. Durch das hierdurch bei Dampfschiffskesseln geforderte zweite Wasserstandsglas wird die im § 5 angeordnete zweite Vorrichtung zur Erkennung des Wasserstandes nicht entbehrlich gemacht.

§ 8. Jeder Dampfkessel muß mit wenigstens einem zuverlässigen Sicherheitsventil versehen sein.

Wenn mehrere Kessel einen gemeinsamen Dampfsammler haben, von welchem sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügen für dieselben zwei Sicherheitsventile.

Dampfschiffs-, Lokomobil- und Lokomotivkessel müssen immer mindestens zwei Sicherheitsventile haben. Bei Dampfschiffskesseln, mit Ausschluß derjenigen auf Seeschiffen, ist dem einen Ventil eine solche Stellung zu geben, daß die vorgeschriebene Belastung vom Verdeck aus mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

Die Sicherheitsventile müssen jederzeit gelüftet werden können. Sie sind höchstens so zu belasten, daß

sie bei Eintritt der für den Kessel festgesetzten Dampfspannung den Dampf entweichen lassen.

§ 9. An jedem Dampfkessel muß ein zuverlässiges Manometer angebracht sein, an welchem die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen ist. An Dampfschiffskesseln müssen zwei dergleichen Manometer angebracht werden, von denen sich das eine im Gesichtskreise des Kesselwärters, das andere mit Ausnahme der Seeschiffe auf dem Verdeck an einer für die Beobachtung bequemen Stelle befindet. Sind auf einem Dampfschiffe mehrere Kessel vorhanden, deren Dampf Räume mit einander in Verbindung stehen, so genügt es, wenn außer den an den einzelnen Kesseln befindlichen Manometern auf dem Verdeck ein Manometer angebracht ist.

§ 10. An jedem Dampfkessel muß die festgesetzte höchste Dampfspannung, der Name des Fabrikanten, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung, bei Dampfschiffskesseln außerdem die Maassziffer des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes auf eine leicht erkennbare und dauerhafte Weise angegeben sein.

Diese Angaben sind auf einem metallenen Schilde (Fabrik Schild) anzubringen, welches mit Kupfermieten so am Kessel befestigt ist, daß es auch nach der Ummantelung oder Einmauerung des letzteren sichtbar bleibt.

III. Prüfung der Dampfkessel.

§ 11. Jeder neu aufzustellende Dampfkessel muß nach seiner letzten Zusammensetzung vor der Einmauerung oder Ummantelung unter Verschluss sämtlicher Oeffnungen mit Wasserdruck geprüft werden.

Die Prüfung erfolgt bei Dampfkesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als fünf Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem zweifachen Betrage des beabsichtigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Dampfkesseln mit einem Druck, welcher den beabsichtigten Ueberdruck um fünf Atmosphären übersteigt. Unter Atmosphären Druck wird ein Druck von einem Kilogramm auf das Quadratcentimeter verstanden. Die Kesselwandungen müssen dem Probedruck widerstehen, ohne eine bleibende Veränderung ihrer Form zu zeigen und ohne undicht zu werden. Sie sind für undicht zu achten, wenn das Wasser bei dem höchsten Druck in anderer Form als der von Nebel oder feinen Perlen durch die Fugen dringt. Nachdem die Prüfung mit befriedigendem Erfolge stattgefunden hat, sind von dem Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen, welcher dieselbe vorgenommen hat, die Riete, mit welchen das Fabrik Schild am Kessel befestigt ist (§ 10), mit einem Stempel zu versehen. Dieser ist in der über die Prüfung aufzunehmenden Verhandlung (Prüfungszeugniß) zum Abdruck zu bringen.

§ 12. Wenn Dampfkessel eine Ausbesserung in der Kesselfabrik erfahren haben, oder wenn sie behufs der Ausbesserung an der Betriebsstätte ganz bloß gelegt worden sind, so müssen sie in gleicher Weise, wie neu aufzustellende Kessel, der Prüfung mittelst Wasserdrucks unterworfen werden.

Wenn bei Kesseln mit innerem Feuerrohr ein

solches Rohr und bei den nach Art der Lokomotivkessel gebauten Kesseln die Feuerbüchse behufs Ausbesserung oder Erneuerung herausgenommen, oder wenn bei cylindrischen und Siedekesseln eine oder mehrere Platten neu eingezogen werden, so ist nach der Ausbesserung oder Erneuerung ebenfalls die Prüfung mittelst Wasserdrucks vorzunehmen. Der völligen Blosslegung des Kessels bedarf es hier nicht.

§ 13. Der bei der Prüfung ausgeübte Druck darf nur durch ein genügend hohes offenes Quecksilbermanometer oder durch das von dem prüfenden Beamten geführte amtliche Manometer festgestellt werden.

An jedem Dampfkessel muß sich eine Einrichtung befinden, welche dem prüfenden Beamten die Anbringung des amtlichen Manometers gestattet.

IV. Aufstellung der Dampfkessel.

§ 14. Dampfkessel, welche für mehr als sechs Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind und solche, bei welchen das Product aus der feuerberührten Fläche in Quadratmetern und der Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck mehr als dreißig beträgt, dürfen unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, nicht aufgestellt werden. Innerhalb solcher Räume ist ihre Aufstellung unzulässig, wenn dieselben überwölbt oder mit fester Balkendecke versehen sind.

An jedem Dampfkessel, welcher unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, aufgestellt wird, muß die Feuerung so eingerichtet sein, daß die Einwirkung des Feuers auf den Kessel sofort gehemmt werden kann. Dampfkessel, welche aus Siederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen und solche, welche in Bergwerken unterirdisch oder in Schiffen aufgestellt werden, unterliegen diesen Bestimmungen nicht.

§ 15. Zwischen dem Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerzüge feststehender Dampfkessel einschließt und den dasselbe umgebenden Wänden muß ein Zwischenraum von mindestens acht Centimeter verbleiben, welcher oben abgedeckt und an den Enden verschlossen werden darf.

V. Bewegliche Dampfkessel (Lokomobilen.)

§ 16. Bei jedem Dampfentwickler, welcher als beweglicher Dampfkessel (Lokomobile) zum Betriebe an wechselnden Betriebsstätten benutzt werden soll, müssen sich befinden:

- 1) Eine Anfertigung der Urkunde über seine Genehmigung, welche die Angaben des Fabrik Schildes (§ 10) enthält und mit einer Beschreibung und maassstäblichen Zeichnung, dem Prüfungszeugniß (§ 11 Absatz 4), der im § 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Bescheinigung und einem Vermerk über die zulässige Belastung der Sicherheitsventile verbunden ist.
- 2) Ein Revisionsbuch, welches die Angaben des Fabrik Schildes (§ 10) enthält. Die Bescheinigungen über die Vornahme der im § 12 vorgeschriebenen Prüfungen und der periodischen Untersuchungen müssen in das Revisionsbuch eingetragen oder demselben beigelegt sein.

Die Genehmigungsurkunde und das Revisionsbuch sind an der Betriebsstätte des Kessels aufzubewahren und jedem zur Aufsicht zuständigen Beamten oder Sachverständigen auf Verlangen vorzulegen.

§ 17. Als bewegliche Dampfkessel dürfen nur solche Dampfentwickler betrieben werden, zu deren Aufstellung und Inbetriebnahme die Herstellung von Mauerwerk, welches den Kessel umgibt, nicht erforderlich ist.

§ 18. Die Bestimmungen der §§ 16 und 17 treten außer Anwendung, wenn ein beweglicher Dampfkessel an einem Betriebsorte zu dauernder Benutzung aufgestellt wird.

VI. Dampfschiffskessel.

§ 19. Die Bestimmungen des § 16 finden auf jeden mit einem Schiffe dauernd verbundenen Dampfkessel (Dampfschiffskessel) mit der Maßgabe Anwendung, daß die vorgeschriebene maßstäbliche Zeichnung sich auch auf den Schiffstheil, an welchem der Kessel eingebaut oder aufgestellt ist, zu erstrecken hat.

VII. Allgemeine Bestimmungen.

§ 20. Wenn Dampfkesselanlagen, die sich zur Zeit bereits im Betriebe befinden, den vorstehenden Bestimmungen aber nicht entsprechen, eine Veränderung der Betriebsstätte erfahren sollen, so kann bei deren Genehmigung eine Abänderung in dem Bau der Kessel nach Maßgabe der §§ 1 und 2 nicht gefordert werden. Im Uebrigen finden die vorstehenden Bestimmungen auch für solche Fälle Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß für Lokomobile und Dampfschiffskessel den Vorschriften in den §§ 10, 11, 16 bis zum 1. Januar 1892 zu entsprechen ist.

§ 21. Die Zentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sind befugt, in einzelnen Fällen von der Beachtung der vorstehenden Bestimmungen zu entbinden.

§ 22. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- 1) auf Kochgefäße, in welchen mittelst Dampfes, der einem anderweitigen Dampfentwickler entnommen ist, gekocht wird;
- 2) auf Dampfüberhitzer oder Behälter, in welchen Dampf, der einem anderweitigen Dampfentwickler entnommen ist, durch Einwirkung von Feuer besonders erhitzt wird;
- 3) auf Kochkessel, in welchen Dampf aus Wasser durch Einwirkung von Feuer erzeugt wird, wofür dieselben mit der Atmosphäre durch ein unverschießbares, in den Wasserraum hinabreichendes Standrohr von nicht über fünf Meter Höhe und mindestens acht Centimeter Weite oder durch eine andere von der Zentralbehörde des Bundesstaates genehmigte Sicherheitsvorrichtung verbunden sind.

§ 23. In Bezug auf die Kessel in Eisenbahnlokomotiven bleiben die Bestimmungen des Bahnpolizeireglements für die Eisenbahnen Deutschlands in der Fassung vom 30. November 1885 und der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni 1878 in Geltung.

§ 24. Die Bekanntmachung, betreffend allgemeine

polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln, vom 29. Mai 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 122) und die diese Bekanntmachung abändernden Bekanntmachungen vom 18. Juli 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 245) und vom 27. Juli 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 173) werden aufgehoben.

Berlin, den 5. August 1890.

Der Reichskanzler.

In Vertretung. gez. von Boetticher.

Obige Bestimmungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

76. In dem in der Extrabeilage zum 35. Stüd des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 29. vorigen Monats abgedruckten Auszuge aus dem Gesellschaftsvertrage und den Gesellschaftsartikeln der Aktien-Gesellschaft The Porous Waterproofing Company Limited zu Liverpool sind folgende Druckfehler enthalten: Seite 3, rechte Hälfte, Zeile 6 „Verzugs-“ statt „Vorzugs-“ (rechten), Zeile 10 „sollen“ statt „sollten“, (Vornwort) sub 2 Absatz 4 Zeile 2 „die“ statt „diese“, Seite 5 sub 16 Zeile 9, zwischen „oder“ und „Stimmen“ fehlt das Wort „zum“, sub 17 Zeile 16 „Um“ statt „Und“, sub 19 Zeile 3 „damalige“ statt „dermalige“, Seite 6 sub 27 Zeile 6 „erbrachten“ statt „erbrachter“, sub 28 Zeile 2 Original und Abdruck „Registrierung“ statt „Registrierung“, sub 32 letzte Zeile „Nachforderung“ statt „Nachforderungen“, sub 35 Zeile 5 „Schuldverbindlichkeiten“ statt „Schuldenverbindlichkeiten“, Seite 7 Ueberschrift zu 39 „Befugniß“ statt „Befugnisse“, sub 43 Zeile 5 „keine“ statt „kein“, sub 44 Zeile 4 „Generalralvers.“ statt „Generalvers.“, Seite 9 sub 60 vorletzte Zeile, „Wahrung“ statt „Wahrnehmung“, sub 67 Zeile 5 „und“ statt „oder“, Seite 11 sub 82 Zeile 4, fehlt hinter „das“ ein Theilungszeichen. Dies wird zur Ergänzung beziehungsweise Richtigstellung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 18. September 1890.

Der königliche Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Telegraphische Verbindung mit Ostafrika.

22. Zwischen Zanzibar einerseits und Bagamoyo bz. Dar-es-Salaam an der Ostküste von Afrika andererseits ist eine telegraphische Kabelverbindung hergestellt und in Bagamoyo am 18. September eine kaiserlich Deutsche Telegraphenanstalt eingerichtet worden; in Dar-es-Salaam wird die Eröffnung einer gleichen Verkehrsanstalt in den nächsten Tagen erfolgen. Die Wortgebühr für Telegramme aus Deutschland nach Bagamoyo bz. Dar-es-Salaam beträgt 7 M. 85 Pf. Für den inneren Telegraphenverkehr zwischen Bagamoyo und Dar-es-Salaam gelten die Bestimmungen der Tele-

graphenordnung für das Deutsche Reich und der Deutsche Tarif: 6 Pf. für das Wort, Mindestgebühr 60 Pf.
Berlin W., 19. September 1890.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

Bekanntmachung.

83. In Alexanderhof wird am 20. September eine mit der Posthülfsstelle dortselbst vereinigte Telegraphenhülfsstelle in Wirksamkeit treten.

Potsdam, 18. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Hauptverwaltung der Staatsschulden.**

Bekanntmachung.

19. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 10. Verloosung von $3\frac{1}{2}$ prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausgesetzten Staatsschuldscheinen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Januar 1891 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 2. Januar 1891 ab gegen Quittung und Rückgabe der Staatsschuldscheine und der dazu gehörigen Anweisungen zur Abgabe der Zinscheinreihe XXI. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29, hier selbst zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungshauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember 1890 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. Januar 1891 ab bewirkt.

Mit dem 1. Januar 1891 hört die Verzinsung der verloosten Staatsschuldscheine auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Staatsschuldscheine wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den einzelnen Ründigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Staatsschuldscheine über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 3. September 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

20. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 36. Verloosung der Staatsprämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind die 58 Serien N° 23 58 64 76 133 236 251 285 292 356 372 384 385 386 397 407 451 501 512 568 598 635 655 691

779 785 786 802 827 839 844 866 893 902 920 923 941 980 997 1072 1092 1145 1146 1164 1169 1186 1224 1241 1247 1262 1268 1304 1350 1391 1394 1400 1458 1466 gezogen worden.

Die zu diesen 58 Serien gehörigen 5800 Stück Schuldverschreibungen werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, den Prämienbetrag von 366 M. für jede Schuldverschreibung vom 1. April 1891 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen Zinscheine Reihe V. N° 4 bis 7 über die Zinsen vom 1. April 1890 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier selbst, Taubenstraße Nr. 29, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungshauptkassen und zu Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen einer dieser Kassen schon vom 2. März 1891 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. April 1891 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird von dem zu zahlenden Prämienbetrage zurückbehalten.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen nicht einlassen.

Von den bereits früher verloosten und gekündigten Serien und zwar: aus der 10. Verloosung (1865) von Serie 870, aus der 11. Verloosung (1866) von Serie 1114, aus der 17. Verloosung (1872) von Serie 1433, aus der 18. Verloosung (1873) von Serie 320, aus der 19. Verloosung (1874) von Serie 232, aus der 22. Verloosung (1877) von Serie 34, 615, aus der 24. Verloosung (1879) von Serie 1443, aus der 25. Verloosung (1880) von Serie 596, aus der 27. Verloosung (1882) von Serie 897, aus der 28. Verloosung (1883) von Serie 333 876 1144 1256 1384, aus der 30. Verloosung (1885) von Serie 365 682 1034 1349, aus der 31. Verloosung (1886) von Serie 26, 193, 1359, 1427, aus der 32. Verloosung (1887) von Serie 289 845 984 1017 1358, aus der 33. Verloosung (1888) von Serie 85 163 176 330 335 358 519 526 548 574 605 626 628 731 758 874 963 1022 1052 1123 1154 1190 1232 1252 1316 1373 1390 1447, aus der 34. Verloosung (1889) von Serie 14 33 80 130 141 147 192 235 238 244 247 262 273 367 405 456 464 537 552 611 616 651 667 670 673 705 712 717 753 755 757 821 836 879 900 906 953 1015 1041 1105 1119 1230 1235 1255 1318 1332 1354 1365 1396 1401 1428 1440 1442 1493, aus der 35. Verloosung (1890) von Serie 7 32 65

83 116 118 121 161 173 210 243 255 272 310
323 412 480 533 539 541 619 723 754 772 856
905 955 1027 1058 1061 1079 1167 1185 1212
1233 1253 1265 1278 1312 1319 1340 1363 1389
1398 sind viele Schulverschreibungen bis jetzt nicht
realisirt; es werden daher die Inhaber derselben zur
Vermeidung weiterer Zinsverluste an die baldige Er-
hebung ihrer Kapitalien hierdurch von Neuem erinnert.

Berlin, den 15. September 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

21. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß dem Rentner Peter Hegner (Hegener) zu
Wehlen im Regierungsbezirk Trier die Schulverschrei-
bungen der konsolidirten 4 % gen Staatsanleihe
von 1885:

Lit. J. Nr. 46439, 46440 über je 3000 M.,

- C. Nr. 695780 über 1000 M. und

- D. Nr. 753593 über 500 M.

angeblich im August d. J. abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser
Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der
unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem
Rechtsanwalt Kraß zu Berncastel a. d. Mosel anzu-
zeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren
behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden
wird.

Berlin, den 16. September 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

22. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß dem Fräulein Emilie Schniewind in Godesberg,
Regierungsbezirk Köln, die Schulverschreibung der
konsolidirten 3½ %igen Staatsanleihe von 1886
Lit. A. Nr. 13194 über 5000 M. angeblich abhanden
ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser
Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unter-
zeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein
Schniewind in Godesberg anzuzeigen, widrigenfalls
das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftlos-
erklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 20. September 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

9. In der Extrabeilage zu diesem Stücke des
Amtsblatts wird das Allerhöchst unter dem 29. Juli
d. J. genehmigte, von dem Brandenburgischen Pro-
vinziallandtage in der Sitzung vom 10. März 1890

beschlossene Statut der Brandenburgischen Feuerweh-
runfallkasse mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die
Kasse nach der Bestimmung des Herrn Oberpräsidenten
der Provinz (§ 27 St.) mit dem 1. Oktober d. J. ihre
Thätigkeit zu beginnen hat.

Berlin, den 13. September 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
von Leseow.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

11. Die Inhaber von **Rentenbriefen der
Provinz Brandenburg**, zu denen der letzte der
ausgegebenen Coupons am 1. Oktober d. J. fällig
wird, werden hierdurch aufgefordert, **vom 1. No-
vember d. J. ab die Abhebung der neuen
Zinscoupons Ser. VI. Nr. 1-16 nebst
Talons auf Grund der mit den Zinscoupons
Ser. V. ausgegebenen Talons** zu bewirken
und dabei Folgendes zu beachten:

1) Zu den bis **einschließlich zum 1. Oktober
1890 ausgelooften Rentenbriefen** werden
neue Coupons **nicht** verabreicht, vielmehr sind
bei der Realisirung der ausgelooften Rentenbriefe
die Talons nach unserer Bekanntmachung vom
17. Mai d. J. und den bei früheren Ausloosungen
ergangenen Bekanntmachungen **an die Renten-
bank-Kasse** mit abzuliefern.

2) Die **Einlieferung der Talons behufs
Empfangnahme neuer Coupons und Talons**
ist zu bewirken:

a. **in Berlin selbst** in dem Lokale der Renten-
bank-Kasse **Klosterstraße Nr. 76 I.** an
den Wochentagen **Vormittags von 9 bis
12 Uhr,**

b. **von auswärts mit der Post** portofrei
unter der Adresse der unterzeichneten Renten-
bank-Direction.

3) Den Talons ist **bei der Einreichung eine
spezielle Nachweisung nach dem unten-
stehenden Schema in nur Einem Exem-
plar** beizufügen. In derselben sind **die Talons
nach Klassen** — die höhern der niederen vor-
angehend — sowie **innerhalb jeder Klasse
nach der laufenden Nummerfolge** zu
ordnen und es muß **auf der Nachweisung,**
gleichviel ob die Einreichung in Berlin selbst oder
von auswärts mit der Post erfolgt, **die vom
Einliefernden ausgefertigte und voll-
zogene Quittung über die neuen Cou-
pons und Talons gleich mit befindlich
sein.** Die sorgfältige und richtige Aufstellung
der Nachweisung nebst Empfangsbescheinigung
wird zur Vermeidung von Weiterungen dringend
empfohlen; bei wesentlichen Mängeln werden die
Talons ohne die neuen Coupons zurüdgegeben.
Formulare zu den Nachweisungen werden
vom **20. Oktober d. J. ab** von der Renten-

bank-Kasse in Berlin, sowie von sämtlichen Kreis-Kassen der Provinz auf Ersuchen unentgeltlich verabreicht.

- 4) Werden die Talons im Locale der Rentenbank-Kasse abgegeben (zu 2a.), so erhält der Einliefernde entweder sofort die neuen Coupons und Talons oder eine Gegenbescheinigung, worin ein bestimmter Tag angegeben wird, an welchem die Empfangnahme der neuen Coupons und Talons gegen Rückgabe der Gegenbescheinigung zu bewirken ist.
- 5) Werden die Talons mit der Post eingereicht (zu 2b.), so erfolgt innerhalb 14 Tagen nach der Absendung entweder die Zusendung der neuen Coupons und Talons oder eine Benachrichtigung über die obwaltenden Hindernisse. Sollte weder das Eine noch das Andere geschehen, so ist davon gleich nach Ablauf der 14 Tage der unterzeichneten Rentenbank-Direktion mittelst eingeschriebenen Briefes Anzeige zu erstatten. Die Uebermittlung der neuen Coupons erfolgt unter Declaration des vollen Nennwerths, wenn nicht bei der Einreichung der Talons beantragt wird, daß die Sendung unter Declaration eines geringeren Werths oder unter der Bezeichnung: „Einschreiben!“ zur Post gegeben werde.
- 6) Sind Talons abhanden gekommen, so müssen beynß Ausreichung der neuen Coupons und Talons die Rentenbriefe selbst der unterzeichneten Rentenbank-Direktion mit besonderer Eingabe eingereicht werden, und es ist in solchem Falle Inhabern der Rentenbriefe anzurathen, die Einreichung vor dem 1. November d. J. zu bewirken, damit nicht etwa vorher die Ausreichung der neuen Coupons an einen Anderen gegen Vorlegung der Talons erfolgt.

Berlin, den 17. September 1890.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Des Einreichers Namen und Stand

Wohnort
nächste Poststation des Wohnorts
in Städten Wohnung

Gegen Ablieferung der zu untenstehend verzeichneten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg gehörigen Talons der Coupon-Serie V., nämlich zu

... Stück Lit. A. zu 3000 M. über ... M. Capital,
... " " B. zu 1500 M. " " " "
... " " C. zu 300 M. " " " "
... " " D. zu 75 M. " " " "

zus. ... Stück über ... M. Capital,
geschrieben ... sind die Zinscoupons Ser. VI. Nr. 1—16 über die Zinsen vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1898 nebst Talons von der Königlichen Direction der Rentenbank für die

Provinz Brandenburg zu Berlin an den Unterzeichneten ausgereicht worden.

... den ... ten ... 189 ...

Nachweisung

über ... Stück Talons Serie V. vom 1. Juni 1882 zu Rentenbriefen der Provinz Brandenburg.

Kfb.	Der Rentenbriefe			
	Nr.	Lit.	Nr.	Betrag Mark
1	A.	10	3000	6000
2	-	6416	3000	
3	B.	415	1500	1500
4	C.	1491	300	
5	-	1492	300	900
6	-	1493	300	
7	D.	910	75	75
Summa				8475

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Station Rummelsburg-Rangirbahnhof für den unbeschränkten Eil- und Fracht-Stückgut-Verkehr.

37. Am 1. Oktober d. J. wird die Station Rummelsburg-Rangirbahnhof für den unbeschränkten Eil- und Fracht-Stückgut-Verkehr eröffnet.

Berlin, im September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

54. Am 1. Oktober wird die zwischen Tuchel und Frankenhagen gelegene Haltestelle Sehlen für den unbeschränkten Personen- und Gepäckverkehr eröffnet.

Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund der im Nachtrage 12 zum Kilometerzeiger, gültig vom 1. Oktober d. J., enthaltenen Entfernungen sowie der Preistafel des Lokal-Personenstarifs für den Direktionsbezirk Bromberg.

Die Abfahrtszeiten der Züge von Sehlen sind in dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Winterfahrplan angegeben.

Näheres ist auf allen Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 18. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

20. Sonderzüge

zur Magdeburger Messe .

am Sonntag, den 21. und 28. September d. J.

- 1) Abfahrt Berlin, Potsdamer Bahnhof 5 20 Vorm.
" Potsdam 6 02 "
Ankunft Magdeburg 8 39 "
2) Abfahrt Magdeburg 10 00 Abds.
Ankunft Berlin, Potsdamer Bahnhof 1 28 Nachts.

Der Zug hält im Bedarfsfalle auch in Steglitz und Zehlendorf.

Fahrtarten, welche zur Rückfahrt innerhalb 2 Tagen, den Lösungstag mitgerechnet, für alle fahrplanmäßigen Personenzüge — ausschließlich der Schnellzüge — ab Magdeburg berechnen, sowie auch für den am Tage der Hinfahrt 10⁰⁰ Abends von Magdeburg abgehenden Sonderzug gelten, können von jetzt ab bis zum Abgang der Züge in Berlin, Steglitz, Zehlendorf und Potsdam für 6,00 M. in II. und 4,00 M. in III. Wagenklasse gelöst werden.

Fahrtunterbrechung ist weder auf der Hinfahrt noch auf der Rückfahrt gestattet. Freigepäck wird nicht gewährt. Berlin, den 6. September 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).

Personal-Chronik.

Im Kreise Westhavelland ist der Gemeindevorsteher Buge zu Rebow nach Ablauf seiner Dienstzeit auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 15. Bezirks Selbelang ernannt worden.

An Stelle des verstorbenen Kreiswundarztes Börner ist der pr. Arzt Dr. med. Richard Giese zum Kreiswundarzt des Kreises Prenzlau mit dem Amtesitze in Prenzlau ernannt worden.

Der versorgungsberechtigte Feldwebel Forstausseher Theulieres zu Heidehaus in der Oberförsterei Potsdam, ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Hegermühle in der Oberförsterei Biesenthal vom 1. November d. J. ab übertragen worden.

Der Archidiaconus Robert Casar Kiegel in Perleberg ist zum Superintendenten der Diözese Perleberg ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Ludwig Friedrich Wilhelm Crolow ist zum Diaconus an der Stadtkirche zu Wittenberge, Diözese Perleberg, bestellt worden.

Der Lehrer Eschierke ist als Gemeindevorsteher in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Beförderungen: die Stationsvorsteher 2. Klasse Sauerteig von Jüterbog nach Delitzsch und Erdmann von Elsterwerda nach Jüterbog ab 1. September d. J.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Musterregister geht vom 1. Oktober 1890 ab auf die Amtsgerichte zu Cöpenick, Königs-Wusterhausen, Mittenwalde, Nixdorf, Trebbin und Jossen für deren Bezirke über. Berlin, den 22. September 1890.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung VIII.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober 1890 geht nach der Bekanntmachung des Herrn Justizministers vom 11. Februar 1890 (Justiz-Ministerial-Blatt Seite 74) die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Musterregister auf das unterzeichnete Amtsgericht für dessen Geschäftsbezirk über. Für das laufende Geschäftsjahr wird die öffent-

liche Bekanntmachung der Eintragungen: I. in das Firmen-, Gesellschafts- und Proccuren-Register durch: a. den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Niederbarnimer Kreisblatt, d. die Liebenwalder Zeitung, II. in das Genossenschafts-Register durch die ad a. b. d. bezeichneten Blätter und durch den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Potsdam; für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch die Liebenwalder Zeitung, III. in das Zeichen- und Musterregister nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. Die Aufnahme von Anträgen in Handels-, Genossenschafts- und Musterregister-Sachen findet an jedem Mittwoch Vormittags von 10 bis 1 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle statt. Liebenwalde, den 20. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Nach Anordnung des Herrn Justiz-Ministers vom 11. Februar 1890 (Justiz-Ministerial-Blatt Seite 74) geht die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register vom 1. Oktober 1890 ab auf das unterzeichnete Amtsgericht für dessen Bezirk über.

Von diesem Tage ab werden im Laufe des Geschäftsjahres 1890 die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen in den Firmen-, Gesellschafts-, Proccuren-, Zeichen- und Muster-Registern durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und das Wochenblatt zu Strausberg erfolgen. Anmeldungen und Anträge in Handels-, Genossenschafts- und Muster-Registersachen werden an jedem **Wittwoch Vormittags von 10 bis 12 Uhr** an hiesiger Gerichtsstelle entgegen genommen. Strausberg, den 15. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober 1890 ab geht die Führung der Handels-, Gesellschafts-, Zeichen- und Musterregister für den Bezirk des königlichen Amtsgerichts zu Liebenwalde auf letzteres Gericht über. Es sind deshalb von dem gedachten Tage ab alle Anträge in derartigen Sachen nicht mehr an uns, sondern an das königliche Amtsgericht zu Liebenwalde zu richten.

Dranienburg, den 10. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Handels-, Genossenschafts- und Muster-Registersachen werden für den Amtsgerichtsbezirk Zehdenick vom 1. Oktober 1890 ab bei dem unterzeichneten Amtsgerichte bearbeitet und die Eintragungen im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, in der Berliner Börsen-Zeitung und im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, die Eintragungen in das Genossenschafts-Register außerdem im Zehdenicker Anzeiger bekannt gemacht werden.

Zehdenick, den 17. September 1890.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 1.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Laut Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:			
1	Josef Janetschek, Dienstknecht,	geboren am 9. Juli 1863, ortsangehörig zu Kaladei, Bezirk Mollbauern, Böhmen,	Diebstahl (1 Jahr drei Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 18ten Mai 1889),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	18. Juli 1890.
		b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
2	Reinhold Blach, Musiker,	geboren im Jahre 1865 zu Schwarz, Tirol, ortsangehörig zu Buchkirchen, Oberösterreich,	Landstreichern,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Garmsisch,	1. Juli 1890.
3	Ursula Blach, ledig,	geboren im Jahre 1867 zu Gills, Kärnten, ortsangehörig zu Buchkirchen,	desgleichen,	daselbe,	desgleichen.
4	Josef Englbrecht, Tagelöhner,	geboren am 2. oder 4. April 1849 zu Eger, Böhmen, ortsangehör. ebenda selbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neustadt a./B. N.,	25. August 1890.
5	Conrad Hamp, Schuhmacher,	geboren am 8. Dezember 1859 zu Irmsdorf, Bezirk Römerstadt, Mähren, ortsangehörig ebenda selbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	18. August 1890.
6	Peter Koneczny, Zimmermacher,	geboren am 28. Januar 1864 zu Komupisch, Bez. Schönberg, Mähren, ortsangehörig zu Blanda, Bez. Schönberg,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	8. August 1890.
6	Karl Pfeifer, Metzger,	geboren am 10. Juni 1864 zu Schaglar, Bez. Trautenau, Böhmen,	Landstreichern u. Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bruck,	22. August 1890.
7	Anton Kostagni, Sänger,	geboren am 17. März 1872 zu Nic, Departement Finistère, Frankreich,	Landstreichern,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz,	29. August 1890.

Hierzu

- 1) eine Beilage, enthaltend das Statut der Brandenburgischen Feuerwehrunfallkasse,
 2) eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 10. Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 3. September 1890 zur baaren Einlösung am 2. Januar 1891 gekündigten 3 1/2 prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausfertigten Staatsschuldscheine, und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen 3 1/2 prozentigen Staatsschuldscheine von 1842, sowie Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
 Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Statut

der

Brandenburgischen Feuerwehrunfallkasse.

Zweck.

§ 1.

Von dem Provinzialverbande von Brandenburg wird, mit Zustimmung des Kommunallandtags der Kurmark für die Landfeuersocietät der Kurmark und der Niederlausitz, für den Bezirk der Provinz Brandenburg im Anschluß an

- a) die Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg,
- b) die Landfeuersocietät der Kurmark und der Niederlausitz,
- c) die Landfeuersocietät der Neumark,

eine Feuerwehrunfallkasse errichtet zu dem Zweck, im Dienste verunglückten Mitgliedern von Feuerwehren und ihren Hinterbliebenen, nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statutes, Entschädigung zu gewähren.

Die Kasse führt den Namen „Brandenburgische Feuerwehrunfallkasse“ und hat ihren Sitz in Berlin.

Mittel.

§ 2.

Als Stammkapital werden der Kasse vom Provinzialverbande von Brandenburg 30 000 Mark überwiesen. Dem Stammkapital treten hinzu die Beträge, welche der Kasse von den vorgenannten öffentlichen Feuersocietäten und dem Verbande freiwilliger Feuerwehren der Provinz (§ 28) überwiesen werden, ferner die Eintrittsgelder, welche von den für ihre Feuerwehren der Kasse beitretenden Gemeinden nach § 7 zu entrichten sind.

Die Zinsen des Stammkapitals und die nach § 7 zu leistenden Beiträge bilden die ordentlichen Jahreseinnahmen der Kasse. Reichen diese zur Bestreitung ihrer Ausgaben nicht aus, so wird das Fehlende durch Zuschüsse der drei Feuersocietäten ergänzt.

§ 3.

Die erforderlichen Zuschüsse (§ 2) werden auf die drei Societäten in der Weise vertheilt, daß die Hälfte davon aufgebracht wird nach Verhältniß der Gesamtversicherungssumme jeder Societät innerhalb derjenigen Orte, welche durch ihre Feuerwehren an der Kasse theilhaftig sind (§ 5a, b), und die andere Hälfte nach der Zahl der Mitglieder derselben Feuerwehren.

§ 4.

Jahresüberschüsse fließen dem Stammkapital zu.

Mitgliedschaft.

§ 5.

Mitglieder der Kasse sind

- a) die dem Verbande freiwilliger Feuerwehren der Provinz Brandenburg angehörigen Wehren, sofern sie sich bei der Kasse angemeldet haben,
- b) diejenigen städtischen oder ländlichen Gemeinden der Provinz Brandenburg, welche, um ihren Feuerwehren die nach diesem Statut zu gewährenden Entschädigungen zu sichern, unter Uebernahme der Beitragspflicht (§ 7) der Kasse beigetreten sind.

§ 6.

Als Feuerwehren (§ 5a, b) gelten nur solche freiwillige, Berufs- und Pflichtwehren, welche eine geschlossene und gegliederte, durch bestimmte Abzeichen erkennbare Truppe bilden, die zur Hülfsleistung bei Bränden verpflichtet, mit den nöthigen Geräthen dazu ausgerüstet ist und zu ihrer Ausbildung regelmäßige Uebungen hält.

Beiträge.

§ 7.

Die dem Verbande freiwilliger Feuerwehren der Provinz Brandenburg angehörigen Wehren (§ 5a) haben keinerlei Beiträge zur Kasse zu zahlen. Diejenigen Gemeinden, welche ihre Feuerwehren an der

Kasse theilnehmen wollen, (§ 5b) haben ein Eintrittsgeld und jährliche Beiträge zu entrichten. Das Eintrittsgeld beträgt 1 M. für jedes Mitglied der zu theilnehmenden Wehr. Die jährlichen Beiträge sind mit 60 Pf. für jedes Mitglied der Wehr im Voraus für das ganze Geschäftsjahr zu zahlen. Eine Vermehrung oder Verminderung der Mitgliederzahl einer Wehr im Laufe des Geschäftsjahres ändert die für das Jahr zu entrichtende Beitragssumme nicht. Solchen Gemeinden, die im Laufe des Geschäftsjahres der Kasse beitreten, kann für das Jahr des Beitritts ein verhältnismäßiger Theil der Beiträge erlassen werden. Wenn aus der Verwaltung der Kasse sich Ueberschüsse ergeben (§ 4), können die jährlichen Beiträge mit Zustimmung des Provinzialausschusses vorübergehend ermäßigt oder auch erlassen werden.

Unterstützungspflicht.

§ 8.

Die Unterstützungspflicht der Kasse tritt ein, wenn ein Mitglied einer an ihr theilnehmenden Feuerwehr in Ausübung des Feuerlöschdienstes innerhalb der Provinz oder in den Grenzorten, oder bei den angeordneten Uebungen sich eine Verletzung oder Erkrankung zuzieht und dadurch, zeitweise oder dauernd, ganz oder theilweise, erwerbsunfähig wird, oder um's Leben kommt.

Dasselbe gilt, wenn die Feuerwehr bei gemeiner Gefahr anderer Art (Ueberschwemmung und dergl.) auf Anrufen öffentlicher Behörden in Thätigkeit getreten ist.

§ 9.

Ausnahmsweise können Unterstützungen aus der Kasse auch solchen Personen gewährt werden, welche, ohne der Feuerwehr anzugehören, dieselbe beim Brande thätig unterstützt haben.

Umfang der Unterstützung.

§ 10.

An Entschädigungen gewährt die Kasse

- a) bei zeitweiser Erwerbsunfähigkeit, falls dieselbe länger als 3 Tage gedauert hat, ein tägliches Krankengeld von 60 Pf. bis zu 3 M. Dauert die zeitweise Erwerbsunfähigkeit länger als 3 Monate, so wird für die fernere Zeit eine Rente nach den Sätzen zu b gewährt; —
- b) bei dauernder Erwerbsunfähigkeit eine lebenslängliche Rente, welche wenn die Erwerbsunfähigkeit eine vollständige ist, bis zu 60 M. monatlich, wenn sie dagegen nur eine theilweise ist, bis zu 40 M. monatlich beträgt;
- c) im Todesfalle eine Rente bis zu 25 M. monatlich an die Wittve des Verunglückten, so lange sie im Wittwenstande bleibt; ferner für jedes hinterlassene Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre desselben eine Unterstützung bis zu 9 M. monatlich.

War der Verunglückte unverheirathet, aber der einzige Ernährer hilfsbedürftiger Eltern oder von Geschwistern unter 15 Jahren, so kann für diese die gleiche Unterstützung, wie für die Wittve und Kinder bewilligt werden.

- d) die Kosten der Heilung und der Beerdigung bis zur Höhe von je 50 M.

An Stelle des Krankengeldes zu a kann die Unterbringung zur Heilung und Verpflegung in einem Krankenhause treten und daneben kann ein Theil des Krankengeldes der Familie des Verunglückten gewährt werden.

§ 11.

Bei der Abmessung der Unterstützung kommt die wirthschaftliche Lage des Verunglückten, bezw. seiner Hinterbliebenen sowie dasjenige in Betracht, was aus öffentlicher oder privater Versicherung in Anlaß des Unfalls gewährt wird.

Treten in den Verhältnissen, nach denen die Unterstützung bemessen worden, wesentliche Veränderungen ein, so können die bewilligten Beträge den neuen Verhältnissen entsprechend bis zu den angegebenen Höchstbeträgen erhöht oder auch herabgesetzt werden.

In besonderen Fällen können ausnahmsweise auch höhere Sätze, als vorstehend festgesetzt, gewährt werden.

Fortfall der Unterstützung.

§ 12.

Der Unterstützungsanspruch fällt fort:

- a) wenn der Unfall eine Folge von Ungehorsam, Trunkenheit oder grober Fahrlässigkeit des Verunglückten war;
- b) wenn der Letztere seine Genesung durch Fahrlässigkeit oder Nichtbefolgung ärztlicher Vorschriften verhindert, oder wenn er durch unwahre Angaben über die Veranlassung und Art seiner Verletzung oder Erkrankung die Kasse zu hintergehen versucht.

§ 13.

War der Verunglückte schon vor dem Unfalle leidend oder gebrechlich und ist durch diesen Umstand der Unfall veranlaßt oder mit herbeigeführt oder in seinen Folgen verschlimmert worden, so kann die sonst zu gewährende Entschädigung je nach den Umständen entsprechend ermäßigt oder auch ganz versagt werden.

§ 14.

In besonders bringenden Fällen kann eine Unterstützung auch gewährt werden, wenn nach §§ 12/13 der Anspruch darauf fortgefallen ist.

Beendigung der Mitgliedschaft.

§ 15.

Für die dem Verbanne freiwilliger Feuerwehren der Provinz Brandenburg angehörigen Wehren (§ 5a) endet die Rassenmitgliedschaft mit ihrem Ausscheiden aus jenem Verbanne.

Jedem anderen Mitgliede (§ 5 b) steht mit dem Ablaufe des Geschäftsjahres nach vorausgegangener dreimonatlicher Kündigung der Austritt aus der Kasse frei.

In gleicher Weise kann von Seiten der Verwaltung jedem Mitgliede (§ 5a und b) die Mitgliedschaft gekündigt werden, wenn diejenigen Eigenschaften der Feuerwehr, die nach § 6 zur Theilnahme an der Kasse berechtigigen, nicht mehr vorhanden sind, oder das Mitglied die ihm nach diesem Statut und der Verwaltungsordnung obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen verweigert oder in unentschuldbarer Weise unterläßt.

§ 16.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn ein Mitglied länger als 3 Monate mit der Zahlung der Beiträge (§ 7) im Rückstande bleibt. Jedoch kann in diesem Falle das ausgeschlossene Mitglied, wenn nachträglich noch im Laufe des Geschäftsjahres die Entrichtung der Beiträge erfolgt, ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes wieder zugelassen werden.

§ 17.

Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben auf das Vermögen der Kasse keinerlei Anspruch.

Verwaltung.

§ 18.

Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg führt, unter Aufsicht des Provinzialausschusses und unter Mitwirkung eines Beirathes (§ 19), nach Maßgabe der von dem Provinzialausschuß zu erlassenden Verwaltungsordnung die laufende Verwaltung und vertritt die Kasse nach Außen. Er führt den Titel „Direktor der Brandenburgischen Feuerwehrunfallkasse“.

§ 19.

Der Beirath besteht, unter dem Vorsitz des Direktors, aus je einem von den beiden anderen Societäten (§ 1) abzuordnenden Vertreter derselben und aus drei von dem Provinzialausschuß auf eine dreijährige Amtsdauer zu wählenden Vertretern der Feuerwehren; zwei von diesen sind aus dem Vorstande des Verbandes freiwilliger Feuerwehren der Provinz Brandenburg zu entnehmen, solange als ein solcher Verband besteht.

§ 20.

Die gewählten Mitglieder des Beirathes erhalten für die Theilnahme an den außerhalb ihres Wohnortes abgehaltenen Sitzungen Entschädigung nach Maßgabe der Verwaltungsordnung.

§ 21.

Der Beirath wird vom Vorsitzenden berufen und faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Beirath ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden zwei Mitglieder anwesend sind. In eiligen Sachen kann die Beschlusfassung auf schriftlichem Wege herbeigeführt werden.

Im Uebrigen regelt der Beirath seinen Geschäftsgang durch eine von dem Provinzialausschuß zu bestätigende Geschäftsordnung.

§ 22.

Der Beirath hat zu beschließen

- a) über Beschwerden gegen Verfügungen des Direktors,
- b) über die Höhe des von den Societäten zu leistenden Jahreszuschusses (§ 3),
- c) über die Ermäßigung und den Erlaß der Jahresbeiträge (§ 7),
- d) über die ausnahmsweise Gewährung einer Unterstützung (§ 9),

- e) über Gewährung der Unterstützung im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit und im Todesfalle (§ 10b und c),
- f) über die Gewährung einer höheren Entschädigung in besonderen Fällen (§ 11 Absatz 3),
- g) über den theilweisen oder gänzlichen Fortfall der Unterstützung und die ausnahmsweise Gewährung einer solchen (§§ 12, 13, 14),
- h) über den Ausschluß eines Mitgliedes aus der Kasse (§ 15, Abs. 3),
- i) über andere ihm vom Direktor überwiesene Kassenangelegenheiten.

Er hat die Jahresrechnung zu begutachten und ist befugt, von dem Stande der Verwaltung durch Einsicht der Akten und Bücher der Kasse Kenntniß zu nehmen.

§ 23.

Die Beschlüsse des Beirathes über ausnahmsweise Gewährung der Unterstützung in den Fällen der §§ 9 und 14 (§ 22 zu d u. g) sind endgültig; im Uebrigen steht den Betheiligten innerhalb 4 Wochen ausschließender Frist die Berufung an den Provinzialausschuß offen. Die Entscheidung des Letzteren ist endgültig.

Der Rechtsweg ist überall ausgeschlossen.

§ 24.

Jährlich hat der Direktor über die geführte Verwaltung ordnungsmäßig Rechnung zu legen. Diese ist mit dem Gutachten des Beirathes (§ 22 a. E.) dem Provinziallandtage zur Prüfung und Entlastung vorzulegen.

Änderung des Statutes.

§ 25.

Änderungen des vorstehenden Statutes können durch den Provinzialausschuß in Uebereinstimmung mit dem Kassenbeirath, beim Mangel dieser Uebereinstimmung aber nur durch den Provinziallandtag beschlossen werden und bedürfen, soweit sie den Sitz, den Zweck, die äußere Vertretung und die Auflösung der Kasse betreffen, der Allerhöchsten Genehmigung, im Uebrigen derjenigen des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Dieselben treten mit dem nächsten Geschäftsjahre in Kraft, nachdem sie vorher durch die Amtsblätter der Provinz bekannt gemacht worden sind.

Auflösung der Kasse.

§ 26.

Die Kasse kann durch Beschluß des Provinziallandtags aufgelöst werden.

Alsdann sind die vorhandenen Mittel derselben zur Deckung der noch zu erfüllenden Verpflichtungen zu verwenden. Ueber die Verwendung des alsdann noch verbleibenden Bestandes der Kasse bestimmt der Provinziallandtag.

Übergangsbestimmungen.

§ 27.

Der Zeitpunkt, mit welchem die Kasse ihre Thätigkeit zu beginnen hat, wird, auf Antrag des Direktors, von dem Oberpräsidenten bestimmt und durch die Amtsblätter der Provinz bekannt gemacht.

§ 28.

Die Kasse übernimmt in dem durch die §§ 10 und 11 bestimmten Umfange diejenigen Verpflichtungen, welche die zur Zeit bestehende Unterstützungskasse des Verbandes der freiwilligen Feuerwehren der Provinz Brandenburg ihren Mitgliedern gegenüber eingegangen ist unter der Bedingung, daß die der Kasse zu überweisenden Bestände dieser Unterstützungskasse (§ 2) vom Beirath unter Zustimmung des Provinzialausschusses zur Erfüllung der zu berechnenden Verpflichtungen für ausreichend erachtet worden.

Vorliegendes Statut der Brandenburgischen Feuerwehrunfallkasse ist vom Brandenburgischen Provinzial-
landtage in seiner Sitzung vom 10. März 1890 beschlossen worden.

Berlin, den 25. März 1890.

(L. S.)

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

gez. von **Sebekow.**

ad J.-Nr. 727 C.

Beglaubigte Abschrift.

Auf den Bericht vom 17. Juli d. J. will Ich der „Brandenburgischen Feuerwehr-Unfallkasse“ in Berlin
auf Grund des zurückfolgenden Statuts vom 25. März 1890 unter der Voraussetzung hierdurch die Rechte
einer juristischen Person verleihen, daß der § 2 Absatz 2 dieses Statuts eine durch den Provinzial-Ausschuß
zu bewirkende Aenderung dahin erfährt, daß zwischen den Worten „des“ und „Stammkapitals“ der Passus:
„gemäß § 39 der Vormundschaftsordnung zinsbar zu belegenden“ eingeschaltet wird.

Wilhelmshaven, den 29. Juli 1890.

gez. **Wilhelm R.**

Zugleich für den Justizminister:

gez. **Herrfurth.**

An .

die Minister des Innern und der Justiz.

Für richtige Abschrift:

(L. S.)

gez. **Langner,**
Geheimer Kanzlei-Sekretair.

ad I. A. 7449.

Auf Grund der Ermächtigung des Provinziallandtags durch den Beschluß vom 10. März 1890 hat
der Brandenburgische Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 1. September 1890 beschlossen:

In § 2 Absatz 2 des Statuts der „Brandenburgischen Feuerwehrunfallkasse“ sind zwischen
den Worten „des“ und „Stammkapitals“ die Worte:
„gemäß § 39 der Vormundschaftsordnung zinsbar zu belegenden“
einzuschalten.

Berlin, den 6. September 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

gez. von **Sebekow.**

ad J.-Nr. 2602. C.

Nr 3 Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 40.

Den 3. Oktober

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Konsulat der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

200. Zum Konsular-Agenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Guben ist Herr Wilhelm Kempe ernannt worden. Potsdam, den 25. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Dampffessel-Revisionen innerhalb des Baulreises Prenzlau.

201. In Gemäßheit zu Nr. 3 des Regulativs über die Revision der Dampffessel vom 24. Juni 1872 (A.-Bl. S. 207 ff.) und im Anschlusse an meine Verordnung vom 20. September 1882 (A.-Bl. S. 379) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der mit der Verwaltung der Kreisbauinspektion Prenzlau beauftragte Kreisbauinspektor Coqui zu Prenzlau mit der Revision der Dampffessel innerhalb des gedachten Baulreises betraut worden ist.

Potsdam, den 26. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Wahl des Grabeninspektors für den Havelländischen Luchgraben-Schau-Verband betreffend.

202. Nachdem durch die General-Versammlung der Luch-Interessenten der Königl. Kreisbauinspektor Bau-
rath von Lancizolle zu Nauen vom 1. Oktober d. J. ab zum Grabeninspektor des Havelländischen Luchgraben-Schauverbandes gewählt worden, ist diese Wahl von mir gemäß § 7 der Grabenschau-Ordnung für das Havelländische Luch vom 4. April 1842 (Amtsbl. Beilage zum 21. Stück) bestätigt worden.

Potsdam, den 1. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

203. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Büdnere Wilhelms Kühne zu Wensickendorf, Kreis Niederbarnim;
der Rog bei einem Pferde des Steinsehmeyers Becker zu Neu-Ruppin, Kreis Ruppin;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Ritterguts Markau, Kreis Osthavelland.

Erlöschen ist:

die Maulseuche bei der erkrankten Kuh des Gemeindevorsehers Poffelt zu Jesch, Kreis Jüterbog-Ludenwalde, und die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Wittwe A. Kemnis und des Erbbesizers Ferdinand Saland zu Neu-Holland, Kreis Niederbarnim.

Potsdam, den 30. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

77. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlaß vom 13. d. M. folgenden Personen zur Anlegung neuer Apotheken in Berlin Concessionen erteilt:

- 1) ungefähr an der Ecke der Paul-, Melancthon- und Flemmingstraße dem Apotheker Herrmann Wismann zu Berlin,
- 2) ungefähr an der Ecke der Blücher- und Bärwaldfstraße dem Apotheker Paul Reimer zu Groß-Lichterfelde,
- 3) ungefähr an der Ecke der Fenn- und Tegelerstraße dem Apotheker Herrmann Reineke zu Obernkirchen und
- 4) ungefähr an der Ecke der Lübeder- und Perlebergerstraße dem Apotheker Herrmann Keller zu Berlin.

Berlin, den 19. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung des Postamts in Reinickendorf.

84. Am 27. September Abends nach Dienstschlus wird das Postamt in Reinickendorf aus dem Hause Residenzstraße Nr. 99 nach dem Hause Residenzstraße Nr. 100 verlegt werden.

Berlin C., 22. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Aufhebung des Kaiserlichen Postamts Nr. 50 (Kaiserhof).

85. Das Kaiserliche Postamt Nr. 50 (Kaiserhof) wird am 30. September mit dem Schlusse der Dienststunden außer Wirksamkeit treten.

Berlin C., 24. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Verlegung des Postamts in Weissensee bei Berlin.

86. Am 27. September Abends nach Dienstschlus wird das Postamt in Weissensee bei Berlin aus dem Hause Königshaussee Nr. 31 nach dem Hause Königshaussee Nr. 14 verlegt. Berlin C., 24. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Verlegung des Postamts Nr. 90 (Brunnenstraße).

87. Am 30. September Abends nach Dienstschlus wird das Postamt Nr. 90 aus dem Hause Brunnenstraße Nr. 129 b. nach dem Hause Veteranenstraße Nr. 24 verlegt. Das Postamt führt künftig die Bezeichnung Postamt Nr. 90 (Veteranenstraße).

Berlin C., 28. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Veränderung in der Gelbbestellung.

88. Vom 1. Oktober ab bis Ende März nächsten Jahres kommt in Berlin die vierte wochentägliche, um 5 Uhr Nachmittags beginnende Gelbbestellung, wie in früheren Winterbestellungen in Fortfall. Der Beginn der dritten Gelbbestellung wird für diese Zeit von 2 Uhr auf 3½ Uhr Nachmittags verlegt.

Berlin C., 23. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Post-Direktor.

Verlegung der Postagentur in der Urbanstraße.

89. Am 1. Oktober wird die Postagentur aus dem Hause Urbanstraße 82 nach dem Hause Kottbuserdamm Nr. 42 verlegt und dem Kaufmann Hugo Wolter daselbst übertragen. Die Postagentur führt künftig die Bezeichnung: Postagentur 32 (Kottbuserdamm).

Berlin C., 25. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

90. Am 27. September Abends nach Dienstschluss wird das Kaiserliche Postamt Nr. 45 aus dem Hause Scharrenstraße Nr. 10 nach dem Hause Scharrenstraße Nr. 12/13 verlegt werden.

Berlin C., 24. Dezember 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

91. In dem zum Kreise Westprignitz gehörenden Kirchdorfe Kleinow wird am 1. Oktober eine Postagentur in Wirksamkeit treten.

Die Postagentur erhält Verbindung mit dem Kaiserlichen Postamt in Perleberg durch zwei Botenposten, von denen die eine werktäglich mit beschränkter Postfachbeförderung, die andere täglich mit unbeschränkter Postfachbeförderung verkehren soll. Die Botenposten erhalten folgenden Gang:

Werktag	Sonnt.	Werktag	Sonnt.
730	1215	730	515
820	105	820	435
925	225	925	330
beschränkt	unbeschränkt	beschränkt	unbeschränkt
Perleberg	Düpow	Perleberg	Düpow
	(Posthülfsstelle)		
Kleinow		Kleinow	

Dem Landbestellbezirke von Kleinow werden folgende Ortschaften u. s. w. zugetheilt: Neukleinow; Uenze mit Abbauten und Mühle, Ponitz, Rambow mit Abbauten, Burghagen Dorf, Abbau und Mühle, Groß-Gottschow mit Abbau, Kahlhorst mit Mühle, Krampfer Dorf, Ziegelei und Abbau, Kleinow Ziegelei.

Die Posthülfsstelle in Kleinow tritt mit dem 30sten September außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 27. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

21. Der Kaufmann H. Schlegel hieselbst, Ziegelstraße 18/19, hat im Auftrage des Kaufmanns Albert Schlegel in Alsfeld a. S. auf Umschreibung

der Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880 Lit. D. Nr. 149382 über 500 M. angetragen, weil sich auf der Rückseite derselben ein Außersetzungsvermerk des königlichen Amtsgerichts in Alsfeld a. S. vom 18. Oktober 1881 befindet.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermag, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens

am 3. Februar 1901

uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier faßirt und dem Antragsteller ein neues fursfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 19. Juli 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen

des **Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.**

24. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 25. Juli 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Mitteilung wird dem Gutsbesitzer Rudolph Richter in Mahlow unter dem Namen **Mahlow** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Gut und Gemeinde Mahlow im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 22. September 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Haltestelle Alt-Ranst für den Stückgut- und Vieh-Verkehr.

38. Am 1. Oktober d. J. wird die Haltestelle Alt-Ranst für den unbeschränkten Eil- und Frachtstückgut-Verkehr und für den Vieh-Verkehr eröffnet.

Berlin, im September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

35. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 2. bis 11. Oktober d. J. in **Schrimm** stattfindenden bienenwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin,

Breslau und Bromberg eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Kommission nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt getreuen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 8 Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen über die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben ausgegebenen Sendungen **durchweg aus Ausstellungs-gut** bestehen.

Bromberg, den 20. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

36. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der in der Zeit vom 4. bis 30. September d. J. in Stuttgart stattfindenden Ausstellung für volksoverständliche Gesundheits- und Krankenpflege ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staatsbahnen und der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Kommission nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 4 Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für den Hinweg ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben ausgegebenen Sendungen **durchweg aus Ausstellungsgut** bestehen.

Bromberg, den 25. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

37. Am 1. Oktober d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die Winter-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffsverbindungen, Angaben über Rundreise- und Sommerkarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks an der Fahrkarten-Ausgabestelle, bei den Bahnhofsbuchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 25. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

38. Vom 1. Oktober berechnen Schülerzeitkarten, soweit dieselben zur Hin- und Rückfahrt gültig ausgestellt sind, an den zulässigen Benutzungstagen zur beliebigen Fahrt auf den in Frage kommenden Bahnstrecken ohne Fahrpreiserhöhung.

Bromberg, den 24. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

39. Am 1. Oktober 1890 kommen für den Direktionsbezirk Bromberg zur Einführung: 1) Der Nachtrag 12 zum Kilometerzeiger vom 1. April 1888, enthaltend Entfernungen für Posen P. K. und Schlen, sowie einzelne Berichtigungen. Die durch letztere in einem Falle herbeigeführten Erhöhungen treten erst mit dem 15. November 1890 in Kraft. 2) Besondere Ausnahmefrachtsätze für Getreide und Holz, im Verkehr zwischen Alt-Damm, Carolinenhorst und Stettin einer- und Schlen andererseits, welche bei den Stationen unseres Bezirks zu erfahren sind.

Bromberg, den 24. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

40. Am 1. Oktober d. J. wird die zwischen Posen (Werberdamm) und ^{Schweren}_{Kobelnig} gelegene bisherige Güterladestelle Głowno auch für den Personen- und Gepäcksverkehr eröffnet. Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund des Kilometerzeigers und der Preistafel des Lokal-Personen-Tarifs für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg. Die Abfahrtszeiten der Züge von Głowno sind in dem vom 1. Oktober d. J. gültigen Fahrplan enthalten. Näheres ist auf den Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 27. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

41. Vom 1. Oktober d. J. ab werden außer den in den Anhang-Fahrplänen bekannt gegebenen Personenzügen zwischen Berlin, Potsdamer Bahnhof und Wildpark noch die folgenden Localpersonenzüge täglich bis auf Weiteres gefahren:

a. Localzug P. 20a.

von Berlin nach Wildpark.

Berlin, Potsdamer Bahnhof, ab 9:55 Vm.

Potsdam von 10:23—10:24 Vm.

Wildpark an 10:31 Vm.

b. Localzug P. 48.

von Berlin nach Wildpark.

Berlin, Potsdamer Bahnhof, ab 4:0 Nm.

Potsdam von 4:27—4:28 Nm.

Wildpark an 4:35 Nm.

c. Localzug P. 47a.

von Wildpark nach Berlin.

Wildpark ab 4:50 Nm.

Potsdam von 4:57—4:58 Nm.

Berlin, Potsdamer Bahnhof, an 5:28 Nm.

Die Züge führen alle 4. Wagenklasse.

Berlin, den 22. September 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt

(Berlin—Magdeburg).

Personal-Chronik.

Der Civil-Anwärter Eugen Wendelson ist zum Regierungs-Civil-Supernumerarius ernannt worden.

Ernannt sind: der Bürgermeister Sudau zum Amts-Anwalt bei dem königlichen Amts-Gericht in Lindow, — der Hauptmann a. D. Lau zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem königlichen Amts-Gericht in Spandau und der Oberförster Lehnpsuhl zum Forst-Amts-Anwalt für den königlichen Forstbezirk Zinna.

Der Erste Kataster-Inspektor, Steuer-Rath Schälge, ist vom 1. Oktober 1890 ab auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand übergetreten.

Seitens des Herrn Finanz-Ministers ist der bisherige Zweite Kataster-Inspektor Mahler zum Ersten Kataster-Inspektor und der bisherige Kataster-Kontroleur Stöcker in Berlin zum Zweiten Kataster-Inspektor bei der königlichen Regierung in Potsdam ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist der Rittergutsbesitzer Baron Arnold von Eckardstein zu Klosterdorf nach Ablauf seiner Dienstzeit aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 15. Bezirks Garzau ernannt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Pröttlin, Diözese Lenzen, kommt durch die Verlegung des Pfarrers Richter am 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Der bisherige Oberlehrer an dem Leibniz-Gymnasium in Berlin, Dr. Max Marcuse, ist als Rektor der 8. städtischen höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das Bureau des königlichen Bergreviers Frankfurt a. D. befindet sich vom 1. Oktober d. J. ab Oberstraße 30 I. Treppe hoch, und ist nach wie vor Vormittags von 9 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Frankfurt a. D., im September 1890.

Der königliche Bergrevierbeamte Humpertind.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die bezüglichen Publicationen, betreffend Eintragung von Firmen, Handelsgesellschaften, Proccuren, Genossenschaften, soweit vom 1. Oktober 1890 ab diese Register bei hiesigem Gericht geführt werden, in folgenden Blättern: a. Reichs- und Staatsanzeiger, b. Börsische Zeitung, c. Berliner Börsenzeitung, d. Rixdorfer Zeitung, für Genossenschaften außerdem im Amtsblatt der Regierung zu Potsdam, für Zeichen- und Muster-Register allein im Reichsanzeiger erfolgen werden; die auf die gedachten Register bezüglichen Geschäfte werden vom 1. Oktober d. J. ab vom Herrn Amtsrichter Lampe unter Mitwirkung des Herrn Sekretär Thielmann bearbeitet.

Rixdorf, den 29. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 11. Februar d. J. ist den königlichen Amtsgerichten zu Jehdeni und zu Lyden vom 1. Oktober d. J. ab die Führung der Handels-, Genossenschafts- und

Musterregister je für ihren Bezirk übertragen worden. Es werden daher von diesem Tage ab die bisher zur Zuständigkeit des unterzeichneten Gerichts gehörig gewesene Register-Sachen a. aus dem Stadtbezirke Jehdeni und den Amtsbezirken Badingen, Forsthaus Jehdeni, Liebenberg, Reiersdorf, Ribbeck und Jehdeni, sowie Storkow, mit Ausschluß des Gemeindebezirks Hindenburg-Reinsfeld vom königlichen Amtsgerichte Jehdeni und b. aus dem Stadtbezirke Lyden, den Amtsbezirken Lyden, Himmelfort Ost und West und Voigdenburg — mit Ausschluß der Gemeinde- bzw. Gutsbezirke Voigdenburg, Verholz, Clausenhagen, Raugarten, Wichmannsdorf, Grewis, Vichtenhain und Lindense, — sowie aus den Gemeinde- bzw. Gutsbezirken Densow und Annenwalde vom königlichen Amtsgerichte Lyden bearbeitet werden.

Templin, den 23. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Nach der Bekanntmachung des Herrn Justiz-Ministers vom 11. Februar 1890 — J.-M.-Bl. S. 74 — geht die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register vom 1. Oktober 1890 an auf das unterzeichnete Amtsgericht für dessen Bezirk über. Im Geschäftsjahr 1890 erfolgt die Bekanntmachung der Eintragungen des Firmen-, Gesellschafts- und Proccuren-Registers durch: a. den Reichsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Teltower Kreisblatt, der Eintragungen des Genossenschafts-Registers auch durch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, derjenigen des Zeichen- und Muster-Registers allein durch den Reichsanzeiger. Anmeldungen, einschließlich der Zeichnung von Firmen und Unterschriften, werden an jedem Mittwoch Vormittags von 9—12 Uhr vom Gerichtsschreiber, Sekretär Jenne, entgegengenommen.

Königs-Wusterhausen, den 25. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Nach Anordnung des Herrn Justiz-Ministers vom 11. Februar 1890 (Justizministerial-Blatt Seite 74) geht die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register vom 1. Oktober 1890 ab auf das unterzeichnete Amtsgericht für dessen Bezirk über. Von diesem Tage ab werden im Laufe des Geschäftsjahres 1890 die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen in das Firmen-, Gesellschafts-, Proccuren-, Zeichen- und Muster-Register durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staats-Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, das Kreisblatt zu Naun und das Gremmener Wochenblatt erfolgen. Anmeldungen und Anträge in Handels-, Genossenschafts- und Muster-Registersachen werden an jedem Mittwoch Vormittags von 10 bis 12 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle entgegen genommen.

Gremmen, den 27. September 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Lauf.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Comrad Baumgarten, Friseur,	geboren am 16. März 1857 zu Jägerndorf, Oesterreich-Schlesien,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	12. August 1890.
2	Jacob Berg, Deutelmacher,	13 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Warschau, Russisch-Polen,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	3. September 1890.
3	Johann Giraud, Blumengärtner,	geboren am 3. März 1860 zu Moulins, Departement Allier, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	31. August 1890.
4	Peris Glückmann, Cigarrenmacher,	aus Ploß, Russisch-Polen, russischer Unterthan,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	19. Juni 1890.
5	Saja Goldmann, Samaschenarbeiter,	15 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Warschau, Russisch-Polen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	3. September 1890.
6	Josef Havlicek, Schneidergeselle,	geboren am 9. März 1867 zu Lüby, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	5. September 1890.
7	Bernhard Horowitz, Weber,	aus Lody, Russisch-Polen, russischer Unterthan,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	19. Juni 1890.
8	Josepha (Maria) Kalny, geborene Kretschy, verw. Tagelöhnerin,	50 Jahre alt, geboren zu Grasselau, Bezirk Strakonitz, Böhmen, ortsangehörig zu Bukovitz, Bezirk Schüttenhofen, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Mühlendorf,	29. August 1890.
9	Die Zigeunerinnen:				
a.	Peppi Kolemrot, Wittwe,	48 Jahre alt,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	20. August 1890.
b.	Eusefine Kolemrot,	34 Jahre alt,			
c.	Birba Kolemrot,	28 Jahre alt,			
d.	Ludwina Kolemrot,	16 Jahre alt,			
e.	Baleska Kolemrot,	16 Jahre alt, sämtlich geboren und ortsangehörig zu Kosobenz, Bezirk Teschen, Böhmen,			
10	Adalbert Phorien, Goldarbeiter,	geboren am 28. Oktober 1871 zu Neuchâtel, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	31. August 1890.
11	Franz Pospischil, Tagelöhner,	geb. im Dezember 1858 zu Landstron, Böhmen, ortsangehörig ebenda-	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	1. September 1890.

1. Rang.	2. Name und Stand.	3. Alter und Heimath.	4. Grund der Bestrafung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschloß.	6. Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
		des Ausgewiesenen.			
1	Susanne (Pauline) Durianski, ledige Zigeunerin,	b. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren im Jahre 1867 oder 1868 zu Zablocie bei Strumien, Oesterreich, ortsangehörig zu Nieder-Kurzwalb, Bezirk Bielitz, Mähren,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 6. September 1888),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz,	3. September 1890.
2	Karl Klier, Fabrikarbeiter,	geboren am 10. April 1869 zu Linz, Oesterreich, ortsangehörig zu Hartmannsgrün, Bezirk Lubitz, Böhmen,	Diebstahl im wiederholten Rückfall (1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 20. Februar 1889),	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig,	18. Juli 1890.

(Hierzu die Fahrpläne der Königlichen Eisenbahn-Direktionen zu Berlin und Altona, gültig vom 1. Oktober 1890 ab, sowie Drei Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 41.

Den 10. Oktober

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

27. Bekanntmachung,
betreffend den Ankauf volljähriger
Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferde.
Berlin, den 20. August 1890.

Regierungsbezirk Potsdam.

Zum Ankauf von Kavallerie-Reit- und Artillerie-Zugpferden im Alter von 5 bis 8 Jahren ist im Bereich der Königl. Regierung zu Potsdam ein Morgens 8 Uhr beginnender Markt

am 18. Oktober in Bismarck
anberaumt worden.

Bemerkt wird hierbei, daß die Kommission nur gesohnte gut gebaute und für die betreffende Waffengattung hinreichend fundamentirte, dabei aber vor allem gängige Pferde mit hinreichendem Blute gebrauchen kann. Auch dürfen sich die Pferde nicht in dürrigem Zustande befinden.

Die von der Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurüdzunehmen.

Krippenreiter sind vom Ankauf ausgeschlossen und wird verlangt, daß die Schweife der Pferde nicht übermäßig verkürzt werden.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem glatten Gebiß (keine Knebeltrense) und eine neue starke Stoppkappe von Leder oder Hanf mit zwei mindestens zwei Meter langen Strängen von Hanf ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Kriegsministerium.

Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachung.

28. Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 (R.-G.-Bl. S. 141) wird auf Grund des § 83 desselben bestimmt:

1. Unter der Bezeichnung „weiterer Communalverband“ sind die Provinzial-Verbände und auch die communalständischen Verbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden, sowie die Kreisverbände, in den Hohenzollernschen Ländern der Landescommunalverband und die Oberamtsbezirksverbände zu verstehen.

II. Die Beschlußfassung über die Statuten der zu errichtenden Gewerbegerichte steht zu:

- a. in den Stadtgemeinden:
dem Gemeindevorstande und der Stadtverordnetenversammlung (Bürgerchaftscollegium u. s. w.) gemeinsam,
- b. in den Landgemeinden:
der Gemeindeversammlung bzw. den die Befugnisse einer solchen wahrnehmenden anderen Gemeindevertretungskörpern,
- c. in den Kreisen:
dem Kreistage,
- d. in den Oberamtsbezirken:
der Amtsversammlung,
- e. in den Provinzen:
dem Provinziallandtage,
- f. in den communalständischen Verbänden der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden und in dem Hohenzollernschen Landescommunalverbände:
dem Communalandtage.

III. Unter der Bezeichnung „höhere Verwaltungsbehörde“ sind zu verstehen:

- a. die Bezirksausschüsse in Bezug auf die Genehmigung der Ortsstatuten von Gemeinden (§ 1 Abs. 2 und 3), die Entscheidung über Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen zu Gewerbegerichten, welche von einer oder mehreren Gemeinden oder einem Kreis bzw. Oberamtsbezirksverbände errichtet sind (§ 15 Abs. 1), und die Enthebung von Mitgliedern solcher Gewerbegerichte (§ 19 Abs. 1);
- b. die Provinzialräthe in Bezug auf die Entscheidung über Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit von Wahlen zu Gewerbegerichten (§ 15 Abs. 1) und die Enthebung von Mitgliedern derselben (§ 19 Abs. 1) — sofern die in Frage kommenden Gewerbegerichte von einem Provinzialverbande oder von den communalständischen Verbänden der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden errichtet sind —;
- c. die Regierungs-Präsidenten in Bezug auf die Bestätigung der Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter (§ 15 Abs. 2), die Anordnung zur Vornahme von Wahlen nach Maßgabe des § 16 Abs. a., die Ernennung von Mitgliedern der Gewerbegerichte im Falle des § 16 Abs. b., die Zuständigkeit zu dem

Antrage auf Erhebung der Klage auf Amtsentsetzung von Mitgliedern der Gewerbegerichte (§ 19 Abs. 2), die Bestellung desjenigen Beamten, welcher den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter vor ihrem Amtsantritte eidlich zu verpflichten hat (§ 20) — sofern die in Betracht kommenden Gewerbegerichte von Gemeinden oder Kreis- bezw. Oberamtsbezirksverbänden errichtet sind —, und endlich die Ertheilung der Genehmigung zur Uebertragung der dem Gemeindevorsteher nach § 71 bis 73 obliegenden Geschäfte auf einen Stellvertreter;

- d. die Ober-Präsidenten in Bezug auf die Befähigung der Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter (§ 15 Abs. 2), die Anordnung zur Vornahme der Wahlen nach Maßgabe des § 16 Abs. a., die Ernennung der Mitglieder von Gewerbegerichten im Falle des § 16 Abs. b., die Zuständigkeit zu dem Antrage auf Erhebung

der Klage auf Amtsentsetzung von Mitgliedern der Gewerbegerichte (§ 19 Abs. 2), die Bestellung desjenigen Beamten, welcher den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter vor ihrem Amtsantritte eidlich zu verpflichten hat (§ 20) — sofern die in Frage kommenden Gewerbegerichte von einem Provinzialverbande oder von einem der Communalverbände der Regierungs-Bezirke Cassel und Wiesbaden errichtet sind.

Für die Hohenzollernschen Lande tritt an die Stelle des Ober-Präsidenten und des Provinzialrathes der Minister des Innern.

Für den Stadtkreis Berlin werden alle durch das Gesetz der höheren Verwaltungsbehörde übertragenen Befugnisse von dem Ober-Präsidenten wahrgenommen.

IV. Die Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter erfolgt

für Gewerbegerichte, welche von Kreisen be-

206.

Nachweisung der Markte.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt									
		Es kosten je 100 Kilogramm															Gd				
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gehlen	Speisebohnen	Linsen	Ergleisseln	Kiststroh	Krummstroh	Heu	Hindfleisch								
													von der Seile	Bauchfleisch							
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.				
1	Angermünde	18 50	15 82	14 50	13 05	27	30	35	3 60	3	1 33	3 50	1 60	1 20							
2	Beeskow	18 51	16 47	15 10	13	25	32	50	40	3 90	3 25	4 25	1 40	1 20							
3	Bernau	19 06	16 65	16 73	14 34	27 88	31 88	43 25	4 63	4 50	5 40	1 50	1 20								
4	Brandenburg	19 50	16 55	14 70	14 72	27 50	35	50	4 85	3 50	4 20	1 50	1 20								
5	Dahme	18 24	16 30	15 27	13	25	32	45	4	4	3	5	1 20	1 20							
6	Eberswalde	19 02	16 04	16 44	14 44	23	23	30	4 75	3 89	4 50	1 40	1 20								
7	Favelberg	18 64	16 36	14 63	12 50	25	45	55	5 25	5 25	3	4 13	1 50	1 20							
8	Jüterbog	19	17 50	16 25	14 57	28	30	50	6	4	5	1 30	1 20								
9	Kudenwalde		15 80		12 31	36	36	40	4 79	3 17	4 50	1 40	1 40								
10	Perleberg	18 99	15 86	15 06	14 64	27	35	50	5	3 81	4 81	1 40	1 20								
11	Potsdam	19 95	16 73	17 67	15 06	25	25	50	6 53	4 22	4 76	1 55	1 35								
12	Prenzlau	18 30	15 64	15 03	12 81	18	22	50	4 50	3 50	2	4 50	1 40	1 18							
13	Prignitz	17 89	15 09	15 75	12 28	17	30	35	4 65	2 75	2 13	3 25	1 40	1 20							
14	Rathenow	18	15 41	14 72	12 47	30	35	44	4 72	3 17	3 25	1 80	1 40								
15	Neu-Ruppin	19 50	16 70	15	12 37	30	32	50	4 63	4 60	5	1 50	1 15								
16	Schwedt	19 60	16 88	16	14 15	26 67	31 25	31 25	4 50	3 60	4 69	1 40	1 20								
17	Spandau	18 50	16 05	15 50	14 50	25	30	39	5	3 50	5	1 60	1 25								
18	Strausberg	19 45	16 35	18	16 22	21 50	33	35	4 50	4 95	6 79	1 40	1 20								
19	Teltow	19 07	16 42	16 17	14 70	40	40	45	4 25	5 75	3 75	6 50	1 50	1 25							
20	Templin	18 50	16	14 50	14	19	45	36	4	4	3	5	1 30								
21	Treuenbriezen	19 20	15 38	11 50	12 62	26	24	30	4	3 10	4	1 40	1 21								
22	Wittstock	18 44	15 10	14 50	11 82	17	36	44	4 11	3 50	2 67	5	1 40	1 21							
23	Wriezen a. D.	18 30	15 88	15 99	13 44	23 25	27 75	34	4 71	2 75	1 75	4 25	1 50	1 20							
Durchschnitt		18 83	16 13	15 41	13 61				4 65	3 82	4 66										

Potsdam, den 7. Oktober 1890.

Potsdam, den 7. Oktober 1890.

Oberramtsbezirken errichtet sind, durch die Kreis- bzw. Amtsausschüsse,

für Gewerbegerichte, welche von Provinzen oder von einem der communalständischen Verbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden oder dem Hohenzollernschen Landescommunalverbände errichtet sind, durch die Provinzialausschüsse, bzw. die Landesausschüsse, falls nicht durch das Statut die Mitwirkung der Kreistage, der Amtsversammlungen, der Provinziallandtage oder in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden, sowie in den Hohenzollernschen Landen die Mitwirkung des Communallandtages vorgesehen ist.

Berlin, den 23. September 1890.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Frh. v. Berlepsch.

Der Minister des Innern.

In Vertretung. Braunbehrens.

B. 5620. M. f. S. II. 12141. M. d. J.

Bekanntmachungen des Königlich Regierungs-Präsidenten.

204. Der Ingenieur Eugen Schindler = Berlin, Elisabeth-Ufer 27, ist zum II. Beauftragten der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft ernannt.

Potsdam, den 30. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

205. Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 20. September 1889 (Amtsbl. S. 352) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an Stelle des Fischereipächters Emil Gläfer zu Neubrück den Fischerei-Aufsichtern Wilhelm Ruden zu Teupitz und Johann Groggert zu Blossin die Fischerei-Aufsicht auf dem Klein-Röhrer, Hölzernen, Huchte, Schmälde- und Manint-See im Königlich Hammer'schen Forst-Revier übertragen worden ist.

Potsdam, den 4. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat September 1890.

A r t i k e l						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Geflü- gel	Butter	Eier. Gier.	Mehl		Gerste		Buchweizen- grüße	Hafergrüße	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Spezial	Schweine- schmalz, hiesig.		
						Weizen Nr. 1.	Reggen Nr. 1.	Graupe	Grüße					mittler gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 50	1 —	1 28	2 —	2 36	4 —	35	25	50	40	45	55	50	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 30	1 —	1 20	2 —	2 21	3 10	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 53	1 50	1 39	1 70	2 30	3 54	25	25	35	35	65	45	35	35	2 90	3 —	20	1 50		
1 35	1 25	1 30	1 80	2 30	4 —	35	30	60	40	50	50	50	50	3 60	3 80	20	1 60		
1 60	1 —	1 20	1 80	2 20	2 40	32	26	60	40	50	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 20	1 20	2 —	2 40	4 13	32	30	60	60	50	—	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 48	1 30	1 25	1 90	2 35	3 60	40	26	50	60	60	60	60	60	2 80	4 —	20	1 80		
1 30	1 10	1 40	1 70	2 20	3 60	34	28	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 60		
1 60	1 —	1 40	1 80	2 10	3 60	36	24	50	40	40	60	36	60	2 50	3 60	20	1 80		
1 50	1 50	1 30	2 10	2 15	3 50	50	36	50	40	50	50	40	50	4 —	3 80	20	2 20		
1 50	1 30	1 50	1 80	2 28	4 09	40	33	50	50	50	50	45	60	3 30	3 90	20	1 80		
1 49	1 —	1 30	1 90	2 40	3 80	32	28	50	40	50	60	50	60	3 40	3 80	20	2 —		
1 40	1 20	1 15	2 —	1 99	3 06	27	25	40	40	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 75	30	26	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 20	1 70	2 40	4 —	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	2 —	2 40	4 —	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 50	1 40	1 50	1 80	2 20	3 70	40	30	50	50	55	50	50	55	3 40	3 80	20	1 40		
1 40	1 20	1 40	1 80	2 40	2 80	35	25	55	50	50	50	55	60	3 20	3 60	20	1 40		
1 60	1 50	1 50	1 60	2 30	3 20	40	35	60	50	50	60	50	60	2 80	3 20	20	1 20		
1 40	1 20	1 30	2 —	2 40	4 —	40	30	60	50	50	60	50	60	3 60	3 80	20	1 20		
1 20	1 10	1 20	1 80	2 20	3 44	35	28	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 60		
1 33	1 02	1 27	1 90	2 11	3 31	28	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	2 —		
1 40	1 30	1 20	1 80	2 20	3 76	25	26	50	40	40	50	50	60	3 50	3 75	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

207.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat September 1890 in den Hauptmarktorien des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Ge- kosteten je 50 Kilogramm.	Potsdam für Kreis Dess- low- Storkow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havelland.		Ludow- walde für Kreis Jüter- bog- Ludow- walde.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Jüter- bog- Ludow- walde.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Rhein- land für Kreis Rhein- land.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Bittkau für Kreis Bittkau.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1.	Hafer	708	819	607	792	828	607	681	743	632								Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Osthavelland und Teltow, sowie für Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarktorien.
2.	Heu	236	252	263	266	290	315	262,5	245,5	262,5								
3.	Richtstroh	183	210	175	213	233	210	242,5	189	183,5								

Potsdam, den 7. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Urtheilung von Wandergewerbescheinen.

208. Aus Anlaß eines Spezialfalles veranlasse ich die Amtsvorsteher und Polizeiverwaltungen, die Verhältnisse derjenigen Personen, welche die Ausstellung von Wandergewerbescheinen oder ihre Erneuerung beantragen, strengstens zu prüfen und, falls Bedenken obwalten sollten, dieselben bei Ueberreichung der Gesuchsnachweisungen näher zu erörtern.

Potsdam, den 1. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Dampfkeßel-Revisionen innerhalb des Baukreises Zehdenick.

209. In Gemäßheit zu Nr. 3 des Regulativs über die Revision der Dampfkeßel vom 24. Juni 1872 (M.-Bl. S. 207 ff.) und im Anschlusse an meine Verordnung vom 20. September 1882 (M.-Bl. S. 379) wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der mit der Verwaltung der Wasserbauinspektion Zehdenick beauftragte königliche Wasserbauinspektor Schmidt in Zehdenick mit der Revision der Dampfkeßel innerhalb des gedachten Baukreises betraut ist.

Potsdam, den 4. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.**210.** Festgestellt ist:

der Rog bei einem Pferde des Fuhrherrn Wilhelm Tau zu Brandenburg a. H., bei einem Pferde des Kosschläckers Stolzenburg zu Prenzlau, Kreis Prenzlau; bei drei Pferden des Fuhrherrn Schöneberg zu Rixdorf, Kreis Teltow; bei einem Pferde des Domänenpächters Stölze in Liepzig, Kreis Westhavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers Wilhelm Schmidt zu Schmergow, Kreis Jüterbog, der Bauergutsbesizer Liepe, Marzahn und Giese sowie des Gutsbesizers Eis zu Egin und des Bauergutsbesizers Gutschmidt zu Uetz, Kreis Osthavelland. Beide Districten sind gegen das Durchstreifen von Wiederkäufern und Schweinen gesperrt worden.

Festgestellt ist ferner:

der Bläschenauschlag bei einem Bullen des Bauergutsbesizers Adolf Marzahn und je einer Kuh des Bauergutsbesizers Johann Scheel und des Bauergutsbesizers Wilhelm Scheel zu Görke, Kreis Ostprignitz.

Erlöschen ist:

der Milzbrand in Lengke, Kreis Osthavelland; die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Gutes Grabow, Kreis Westhavelland.

Potsdam, den 7. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten von Berlin.**Bekanntmachung.**

79. Die, durch die Bekanntmachung vom 18. Juni d. J. auf 14 Tage ausgebehrte Liegefrist der Obsthändlerfahrzeuge auf den Wasserstraßen des hiesigen Polizeibezirks findet auch für die, mit Kartoffeln beladenen Fahrzeuge Anwendung.

Berlin, den 27. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.**Bekanntmachung.**

23. In Dar-es-Salaam ist eine Kaiserlich Deutsche Telegraphenanstalt für den allgemeinen Verkehr eröffnet worden. Die Vorigebühr für Telegramme aus Deutschland nach Dar-es-Salaam beträgt 7 M. 85 Pf.

Berlin W., 1. Oktober 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit Schowa (Zululand) und mit Borneo.

24. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewicht bis 3 kg nach Schowa (Zululand), nach den Stationen Giza, Kudat, Nempahol, Sandakan und Silam der British-Nord-Borneo-Gesellschaft, sowie nach Sarawak (Borneo) versandt werden. Die Pakete müssen frankirt werden.

Ueber die Taren und Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 18. September 1890.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

92. Das für die Dauer der Sommermonate in Schlachtensee bei Zehlendorf (Kr. Teltow) eingerichtete Postamt mit Telegraphenbetrieb tritt mit dem 30. September außer Wirksamkeit.

Potsdam, 30. September 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Bergamts zu Halle. Bergpolizeiverordnung.

betreffend die Sicherung der Salzlagerstätten vor Wassergefahr. 25. Auf Grund der §§ 196 und 197 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 wird hierdurch für den Bezirk des unterzeichneten Oberbergamts verordnet:

§ 1. Wer im freien oder verliehenen Felde zur Auffindung von Steinsalz oder mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen Bohrungen unternimmt, hat vor dem Beginn der Bohrarbeit den Anzagspunkt derselben bei der Bergbehörde derartig anzuzeigen, daß derselbe auf der Muthungsübersichtskarte bez. auf dem Grubenbilde aufgetragen werden kann.

§ 2. Von der Einstellung der Bohrarbeit ist der Bergbehörde sofort Anzeige zu machen.

Das Bohrloch ist vor dem Verlassen von der Bohrlochssohle aus 100 m hoch, wenn aber eine oder mehrere Salzlagerstätten erbohrt worden sind, von der Sohle aus bis zu einem 100 m über der obersten Salzlagerstätte gelegenen Punkte nach der Anordnung der Bergbehörde mit wasserabdämmenden Stoffen (Ketten, Thon, Cement u. dergl.) so dicht auszufüllen, daß dadurch das Einbringen der Wasser des Deckgebirges in die Salzlagerstätten verhütet wird.

Erreicht das Bohrloch nicht die Tiefe von 100 m, so ist dasselbe bis zur Tagesoberfläche auszufüllen.

Auf Anordnung der Bergbehörde muß das Bohrloch auch über 100 m aufwärts bis zu der von derselben bezeichneten Höhe ausgefüllt werden.

§ 3. Von der wasserabdämmenden Ausfüllung der Bohrlöcher kann ausnahmsweise mit Genehmigung des Oberbergamtes Abstand genommen werden.

§ 4. Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. November 1890 in Kraft.

§ 5. Uebertretungen dieser Verordnung werden nach § 208 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit Geldstrafe bis zu Einhundert und fünfzig Mark bestraft.

Halle, den 1. Oktober 1890.

Königliches Oberbergamt.

v. Rynsch. v. Kohr. Pinno. Stein. Broja. Täglichsbed. Arndt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

61. Mit dem 1. Oktober 1890 wird die zwischen Kornatowo und Stolno belegene Haltestelle Kamlarfen für den beschränkten Wagenladungs-Güterverkehr eröffnet. Sendungen nach Kamlarfen werden nur frankirt, von Kamlarfen nur unfrankirt und in beiden Richtungen nur ohne Nachnahmebelastung angenommen, auch können Fahrzeuge daselbst nicht verladen werden. Der Frachtberechnung werden bis auf Weiteres die Entfernungen für Kornatowo und Stolno unter Zuschlag von 5 bezw. 7 km zu Grunde gelegt.

Bromberg, den 29. September 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

10. In der Beilage werden die gemäß § 124 des zweiten Nachtrags zu dem revivirten Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg von dem Provinzial-Ausschuß festgesetzten allgemeinen Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß die Bekanntmachung des Zeitpunkts, mit welchem diese Versicherung in Kraft tritt, demnächst erfolgen wird.

Berlin, den 1. Oktober 1890.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

29. Auf Antrag der Vertheiligten haben wir die Ausscheidung der zum Gutsbezirk Haselberg gehörigen Biese N. 1 und 2 der Grundsteuer-Bücher von Platz, Artikel 4 der Grundsteuermutterrolle, Grundbuch von Platz Band I. Bl. 2 in Größe von 13,0700 ha, deren Eigentümer der Gutsbesitzer Gabbe in Alt-Ranst ist, aus dem Gutsbezirk Haselberg und deren Einverleibung in den Gemeindebezirk Alt-Ranst, genehmigt.

Freienwalde a. O., den 29. Juli 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ober-Barnim.

Personal-Chronik.

1) An Stelle des zum zweiten Katasterinspektor bei der Königl. Regierung zu Köln ernannten Katasterkontroleur Schmidt II. ist der seitherige Katasterassistent Voigt unter Ernennung zum Katasterkontroleur mit der Verwaltung des Katasteramtes Berlin II. zunächst widerruflich beauftragt. 2) Der Katasterkontroleur Wiemer zu Neu-Ruppin ist endgiltig zum Katasterkontroleur ernannt und demselben die Verwaltung des Katasteramtes Ruppin fernerhin übertragen. 3) Der Katasterlandmesser Degner ist zum Katasterassistenten hieselbst berufen.

Der Katasterzeichner August Heine ist, zunächst widerruflich, zum etatsmäßigen Katasterzeichner bei dem Katasteramte Döhrigis ernannt worden.

Der Katasterzeichner Karl Herrmann, genannt Menzel ist, zunächst widerruflich, zum etatsmäßigen

Katasterzeichner bei dem Katasteramte Potsdam ernannt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer in Berlin Richard Köhler ist als ordentlicher Lehrer an der 1. höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Kleinede am Französischen Gymnasium in Berlin ist als ordentlicher Lehrer am Königlichen Gymnasium in Schöneberg angestellt worden.

Der Elementarlehrer Blohmer ist als Vorschul-lehrer an dem Königlichen Gymnasium in Charlotten-burg angestellt worden.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection
in Potsdam.

Stetsmässig angestellt ist: der Postassistent
Desterreich in Fischenwall als Postverwalter eben-
dasselbst.

Ernannt sind: der Postassistent Wegner in Potsdam
zum Postinspector, der Ober-Postdirectionssecretair
Eybow in Potsdam zum Telegrapheninspector, die
Postsecretaire Stip und Zahn, sowie die Tele-
graphensecretaire Rud und Schiche in Potsdam zu
Ober-Postdirectionssecretairen, die Postsecretaire Bader
in Jüterbog, Eberstein in Rathenow und Rogel
in Rudenwalde zu Ober-Postsecretairen.

Versetzt sind: der Postsecretair Pigulla von Witten-
berge (Bz. Pdm.) nach Schwedt, der Ober-Tele-

graphenassistent Oberüber von Potsdam nach Königs-
berg (Preußen), die Postverwalter Buchholz von
Greiffenberg (Udarm.) nach Biesenthal 2 (Bzf.) und
Gain von Biesenthal 2 (Bzf.) nach Neustadt
(Dosse) 2 (Stadt).

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Nach Anordnung des Herrn Justiz-Ministers vom
11. Februar 1890 (J.-M.-Bl. S. 74) geht die Führung
der Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register
vom 1. Oktober 1890 ab auf das unterzeichnete Amts-
gericht für dessen Bezirk über. Von diesem Tage ab
werden im Laufe des Geschäftsjahres 1890 die öffent-
lichen Bekanntmachungen der Eintragungen in das
Firmen-, Gesellschafts- und Prokuren-Register durch den
Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-
Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amtsblatt
der Königlichen Regierung zu Potsdam, das Osthavel-
ländische Kreisblatt zu Rauen und die Fehrbelliner
Zeitung, der Eintragungen in das Genossenschafts-
Register und in das Zeichen- und Muster-Register nur
durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen
Staats-Anzeiger und das Osthavelländische Kreisblatt
zu Rauen erfolgen. Anmeldungen und Anträge in
Handels-, Genossenschafts- und Muster-Registerachen
werden an jedem Mittwoch Vormittag von 10 bis
12 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle entgegengenommen.

Fehrbellin, den 4. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1	Anton Diebl, Glasarbeiter,	46 Jahre alt, geboren zu Ragelberg, Bezirk Ratibhofen, Nieder- Oesterreich, ortsange- hörig zu Brand-Na- gelberg, ebendasselbst,	Wetteln im wiederholten Rückfall,	Stadtmagistrat Re- gensburg, Bayern,	21. August 1890.
2	Josef Deibl, Maurergehelle,	geboren am 25. Februar 1840 zu Schwan, Be- zirk Ries, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	2. August 1890.

Hierzu

- 1) eine Extra-Beilage, enthaltend das Statut des Feuerversicherungs-Verbandes Deutscher Fabriken zu Berlin,
- 2) eine Beilage, enthaltend die Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg, sowie Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Zeichnungsschein.

Von den zu begebenden 2000 Stück Obligationen des
„Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken“ zu Berlin,
 lautend über je Fünfhundert Mark, verpflichte ich mich hiermit dem Gründungs-Comité gegenüber auf
 Grund des von demselben entworfenen, mir behändigten Statuts de dato Berlin, den 24. Januar 1890

..... Stück über zusammen Mark
 zu übernehmen, und, insoweit mir solche durch Beschluß des Comité's bezw. des Aufsichtsrathes (§ 50 des
 Statuts) zugetheilt werden, die statutenmäßige Baareinzahlung mit einhundert fünfundsiebzig Mark pro Stück,
 zuzüglich fünf Prozent Zinsen vom 1. Januar 1890 ab, innerhalb 14 Tagen nach erhaltener desfalliger Auf-
 forderung des Aufsichtsrathes (§ 50 des Statuts) an die aufgebene Zahlstelle prompt abzuführen und an die
 letztere gleichzeitig die Solawechsel à 375 Mark einzulenden.

Ich bevollmächtige inzwischen den Aufsichtsrath, gemäß § 51 des Statutenentwurfes alle Abänderungen
 des Statuts vorzunehmen, welche etwa Seitens der Staatsregierung vorgeschrieben werden sollten, wie auch
 alles dasjenige zu thun, was derselbe behufs Organisation des Verbandes für erforderlich erachten sollte. Indem
 ich mich den Handlungen des Aufsichtsrathes nach diesen beiden Richtungen hin im Voraus unterwerfe, gewärtige
 ich seiner Zeit Aushändigung der Obligationen.

(Ort und Datum:)

(Unterschrift:)

Schema A.

..... den 18

Für Mark 375.

Vier Wochen nach Vorzeigung, welche spätestens am erfolgen muß, zahle
 in Berlin bei gegen diesen Wechsel an
 die Ordre des „Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken“ daselbst die Summe von Dreihundert fünf-
 undsiebzig Mark.

Unterschrift:

Zur Obligation N^o

Schema B.

Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken zu Berlin.

Obligation N^o

Inhaber dieser Obligation hat an die Kasse des Feuerver-
 sicherungs-Verbandes deutscher Fabriken zu Berlin

Einhundert fünfundsiebzig Mark

baar eingezahlt und ferner einen Solawechsel über Dreihundert fünfundsiebzig Mark bei der genannten Kasse
 deponirt.

Der Verband ist verpflichtet, den auf diese Obligation baar eingezahlten Betrag von 125 Mark
 jährlich mit fünf Prozent zu verzinzen, zahlbar am 31. Dezember jeden Jahres gegen Rückgabe des be-
 treffenden Coupons.

Die Obligation ist gegen Rückzahlung von 125 Mark baar nebst den einfallenden Zinsen, sowie gegen
 Rückgabe des hinterlegten Solawechsels über 375 Mark, an die Kasse des Feuerversicherungs-Verbandes deutscher
 Fabriken auszuliefern, sobald diese gemäß § 42 des Statuts ausgelooft wird.

Für diese Obligation haften gemäß §§ 42 und 47 des Statuts das gesammte Vermögen bezw. die
 sämtlichen Mitglieder des Verbandes.

Berlin, den

Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken.

Für den Aufsichtsrath:

Der Vorsitzende:

R. R.

Der Vorstand

R. R.

Eingetragen in das Obligationenbuch Fol. Nr.

(Unterschrift des Kontrolbeamten:)

Rückseite: § 42 des Statuts und Uebertragungs-Bemerk.

Schema C.N^o =====**Zins-Coupon**für
Obligation N^o =====
des**Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken zu Berlin.**Am 31. Dezember 18 . . empfängt der Inhaber dieses Scheines gegen Einlieferung desselben Sechs
Mark und 25 Pfennig Zinsen für das Jahr 18 . . an unserer Kasse baar ausgezahlt.**Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken.**

Für den Aufsichtsrath:

Der Vorstand:

(Faksimilirte Unterschriften.)

Rückseite.

Coupons, welche innerhalb vier Jahren nach dem 31. Dezember des Fälligkeitjahres nicht erhoben
werden, verfallen zu Gunsten des Reservefonds des Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken (§ 41
des Statuts).

Eine Mortifikation verloren gegangener Zins-Coupons findet nicht statt.

Schema D.

Vorderseite.

Talonzur
Obligation N^o =====
des**Feuerversicherungs-Verbandes deutscher Fabriken zu Berlin.**

(Stempel.)

Eingetragen sub Fol. des Registers.

(Unterschrift des Kontrolbeamten.)

Rückseite.

Inhaber dieses Talons empfängt gegen Einlieferung desselben am 18 . .
die Serie des Zinscoupons zu der umstehend bezeichneten Obligation.**Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken.**

Für den Aufsichtsrath:

Der Vorstand:

(Faksimilirte Unterschriften.)

Eine Mortifikation verloren gegangener Talons findet nicht statt.

Auf den Bericht vom 6. August d. J. will Ich
dem mit dem G^e in Berlin zu errichtenden „Feuer-
versicherungs-Verbande deutscher Fabriken“ unter Ge-
nehmigung des anliegenden Statuts vom 10. Juli 1890
hierdurch die Rechte einer juristischen Person verleihen.
Diese Verleihung erfolgt jedoch nur unter dem aus-
drücklichen Vorbehalte, daß die Gesellschaft ihre Ge-
schäftstätigkeit nicht eher beginnen darf, bis die in
§ 42 des Statuts vorgesehenen baaren Einzahlungen
auf den Betriebs-Fonds und die Belegung des Restes
durch Solawechsel der Aufsichtsbehörde nachgewiesen
worden sind, und daß die erteilte Concession erlischt,

wenn der gedachte Nachweis nicht binnen sechs Mo-
naten — von der Beendigung der gegenwärtigen
Statutsgenehmigung ab gerechnet — geführt wird.

Narwa, den 18. August 1890:

gez. Wilhelm R.

Zugleich für den Justiz-Minister.

gez. Herrfurth.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.
von Boetticher.An die Minister des Innern, der Justiz und für Handel
und Gewerbe.

Extra-Beilage

zum 41 sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 10. Oktober 1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bekanntmachung.

78. Nachstehend bringe ich das durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. August dieses Jahres genehmigte Statut des in Berlin zu errichtenden Feuerversicherungs-Verbandes Deutscher Fabriken nebst dem Allerhöchsten Erlasse selbst zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 9. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

* * *

Statut

des

Feuerversicherungs-Verbandes
Deutscher Fabriken

zu

Berlin.

I. Firma, Sitz, Gerichtsstand, Zweck und Dauer.

§ 1. Unter der Firma:

„Feuerversicherungs-Verband
Deutscher Fabriken“

wird auf Grund des gegenwärtigen Statuts ein Verein von nicht geschlossener Mitgliederzahl gebildet.

Der Zweck des Verbandes besteht in der Versicherung von Fabriken und gewerblichen Anlagen — nebst zugehörigen Wohn-, Wirthschafts- und Lagergebäuden und deren Inhalt — innerhalb Preussens und — soweit die betreffenden Staatsbehörden dies genehmigen — innerhalb der übrigen deutschen Staaten gegen die Gefahren des Feuers, des Blieschlages und der Explosion, und zwar nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der genossenschaftlichen, auf Oeffentlichkeit beruhenden Selbstverwaltung. (§ 4.)

§ 2. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

Sofern die Staatsregierung eines außerpreussischen Landes die Konzession zum Geschäftsbetriebe an die Verbindung knüpft, daß der Verband bei Streitigkeiten mit dortigen Staatsangehörigen wegen der Ansprüche aus Versicherungsverträgen auch vor den dortigen Gerichten Recht zu nehmen habe, ist der Verband befugt, eine derartige Verpflichtung einzugehen.

§ 3. Die Dauer des Verbandes wird auf eine bestimmte Zeit nicht beschränkt.

II. Eintritt und Ausscheiden, Rechte und Pflichten der Mitglieder.

§ 4. Mitglied des Verbandes ist jede Person bezw. jede Firma, welche gegen die in § 2 aufgeführten Gefahren bei dem Verbande Versicherung in Gemäßheit der Statuten desselben nimmt.

Die Mitglieder sind in ihrer Gesamtheit die alleinigen Eigenthümer des Vermögens des Verbandes; sie haben nach Maßgabe der Bestimmungen in § 40 Anspruch auf die jährlichen Gewinnüberschüsse des Verbandes, dagegen haften sie für die Verbindlichkeiten des Verbandes gemäß den Bestimmungen in den §§ 7, 37, 42 und 47.

§ 5. Die Aufnahme als Mitglied wird auf Grund einer schriftlichen Anmeldung durch Unterzeichnung eines Versicherungsantrages nachgesucht und erfolgt nach Entrichtung der Prämienfelder durch Aushändigung einer vom Vorstande oder dem dazu ermächtigten Generalagenten vollzogenen Aufnahmeurkunde (Police) nebst Mitgliedskarte.

§ 6. Das Ausscheiden aus dem Verbande erfolgt:

- a. mit dem Ablauf, bezw. der Aufhebung, des Versicherungsvertrages;
- b. durch Auflösung der bei dem Verbande versicherten Firma;
- c. im Falle des Besitzwechsels eines bei dem Verbande versicherten Etablissements, abgesehen von Erbschaftsfällen.

§ 7. Ausgeschiedene Mitglieder, ingleichen die Erben verstorbener Mitglieder, bleiben dem Verbande in Bezug auf alle den Mitgliedern zur Zeit des Ausscheidens obliegenden Verpflichtungen innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfristen haftbar.

Den ausgeschiedenen Mitgliedern, bezw. deren Erben, steht kein Recht an dem Vermögen des Verbandes zu.

Dagegen bleiben die bis zum Erlöschen der Mitgliedschaft gegen den Verband erworbenen Rechte, einschließlich des Dividendenbezuges (§ 40), unberührt.

§ 8. Die Mitglieder des Verbandes sind berechtigt:

- a. Anträge und Beschwerden an den Vorstand, den Aufsichtsrath und die General-Versammlung zu bringen;
- b. an den Verhandlungen und Beschlüssen der General-Versammlung, einschließlich der Wahlen, theilzunehmen;
- c. Anträge auf Einberufung außerordentlicher General-Versammlungen zu stellen (§§ 12 und 14).

Die Namen sämtlicher Mitglieder des Aufsichtsrathes sind nach jeder Wahl im Deutschen Reichsanzeiger öffentlich bekannt zu machen.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths führen den Nachweis ihrer Vertretungsbefugniß durch ein von dem Polizeipräsidenten zu Berlin auf Grund der betreffenden Wahlprotokolle auszustellendes Zeugniß.

§ 23. Beschlußfähig ist der Aufsichtsrath, wenn die Hälfte, mindestens aber fünf Mitglieder und unter diesen der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter anwesend sind.

Bei Abstimmung entscheidet einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das von letzterem zu ziehende Loos.

§ 24. In dringenden Fällen ist es dem Vorstande gestattet, eine schriftliche Abstimmung der Aufsichtsraths-Mitglieder einzuholen, wobei ebenfalls die Stimmenmehrheit und event. bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

§ 25. Der Aufsichtsrath versammelt sich, so oft es die Geschäfte erheischen, gewöhnlich aber alle drei Monate einmal. Die Einladungen zu den Versammlungen erfolgen auf Anordnung des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters, schriftlich durch den Vorstand, unter Angabe der Tagesordnung.

Eine Zusammenberufung des Aufsichtsraths muß längstens innerhalb vier Wochen erfolgen, wenn zwei Aufsichtsraths-Mitglieder, oder der Vorstand, unter schriftlicher Begründung darauf antragen.

§ 26. Die Geschäfte des Aufsichtsraths sind im Allgemeinen:

- a. die Wahl und bezw. Entlassung der Vorstandsmitglieder, sowie die eventuelle Anstellung technischer oder juristischer Beiräthe und Revisoren, und die Vereinbarung der Anstellungsbedingungen mit denselben;
- b. die Festsetzung der allgemeinen Versicherungsbedingungen, sowie die Ertheilung der Instruktionen für den Vorstand, insbesondere hinsichtlich der Festsetzung des in Rückversicherung zu gebenden Antheils der Risiken;
- c. die Prüfung und Feststellung der vom Vorstande zu übernehmenden Jahresrechnung und Bilanz;
- d. die Bestimmung über die Verwendung bezw. zinsbare Anlegung der disponiblen Gelder, sowie über die Erwerbung und Veräußerung von Immobilien, nach Maßgabe der Bestimmungen in § 28;
- e. die Festsetzung der etwa erforderlich werdenden Nachzahlungen (§ 37);
- f. die Entscheidung über die Zulässigkeit der von den Mitgliedern für die Generalversammlung gestellten Anträge (§ 14);
- g. die Festsetzung der Tagesordnung für die Generalversammlungen.

§ 27. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsraths sind Protokolle abzufassen, welche

von den anwesenden Aufsichtsraths-Mitgliedern vollzogen und mit den sonstigen Akten, Urkunden und Schriften des Aufsichtsraths im Archive des Verbandes aufbewahrt werden.

Es steht jedem Mitgliede des Aufsichtsraths, sowie dem Vorstande, das Recht zu, seine vom Beschluß abweichende Ansicht motivirt zu Protokoll zu geben.

Die Verträge, Ausfertigungen und Bekanntmachungen des Aufsichtsraths sind für diesen, bezw. den Verband, verbindlich, wenn sie von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter unterzeichnet sind.

§ 28. Der Aufsichtsrath kann nach seinem Ermessen Vertrauensmänner (Bezirksausschüsse) für einzelne, oder für sämtliche, geographisch abzugrenzende, Geschäftsdistrikte des Verbandes ernennen, welche über die Annahme oder Ablehnung der Versicherungen, sowie über Maßnahmen behufs Verhütung oder Verminderung der Feuergefährden in den einzelnen Fabriken bezw. gewerblichen Anlagen sich gutachtlich zu äußern und bei der Regulirung von Brandschäden mitzuwirken haben.

Befürchtet ein Verbandsmitglied durch die Zuziehung des betreffenden Vertrauensmannes die Schädigung seiner Geschäftsinteressen, so kann es denselben ablehnen und Zuziehung eines anderen geeigneten, auf seinen Vorschlag vom Vorstand zu ernennenden, Vertrauensmannes verlangen.

§ 29. Der Aufsichtsrath bezieht außer dem Ersatze der behufs Ausführung seines Amtes erforderlichen baaren Auslagen eine Entschädigung, welche jährlich von der Generalversammlung festgesetzt wird.

C. Von dem Vorstande.

§ 30. Die Ausführung der Beschlüsse des Aufsichtsraths und der General-Versammlung, die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes und die unmittelbare Leitung der Geschäfte ist dem Vorstande übertragen. Seine Befugniß zur Vertretung des Verbandes erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechts-handlungen, für welche nach Gesetz eine Spezialvollmacht erforderlich ist. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Direktoren. Die Wahl der Vorstands-Mitglieder erfolgt zu notariellem Protokoll vom Aufsichtsrathe, und es sind die Namen der gewählten Vorstands-Mitglieder im Deutschen Reichsanzeiger (§ 43) bekannt zu machen. Als Legitimation derselben gilt ein von dem Polizeipräsidenten zu Berlin auf Grund der betreffenden Wahlprotokolle ausgestelltes Zeugniß.

§ 31. Die Anstellungsbedingungen werden vom Aufsichtsrath mit dem Vorstande vereinbart und kontractlich festgestellt.

Für Verhinderungsfälle des Vorstandes werden Stellvertreter für denselben aus dem höheren Beamtenpersonal des Verbandes vom Aufsichtsrathe, auf Vorschlag des Vorstandes, ernannt.

Die Wahl der Stellvertreter erfolgt ebenfalls zu notariellem Protokoll, und es sind deren Namen im Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen. Als Legitimation gilt ein von dem Polizeipräsidenten zu Berlin

auf Grund des betreffenden Wahlprotokolls ausgestelltes Zeugniß.

Dritten Personen gegenüber darf, wenn ein Stellvertreter fungirt hat, niemals der Einwand erhoben werden, es habe der Fall der Stellvertretung nicht vorgelegen.

§ 32. Der Vorstand ist, unter Beachtung der ihm vom Aufsichtsrathe erteilten Geschäftsinstruktion, berechtigt, bezw. verpflichtet:

- a. Beamte, General-, Haupt- und Spezialagenten anzustellen und zu entlassen, sowie deren Remuneration zu bestimmen. Jedoch darf er Beamte, welche über 3000 Mark Jahresgehalt beziehen, nur mit Genehmigung des Aufsichtsrathes anstellen;
- b. Rückversicherungsverträge abzuschließen, vorbehaltlich der Genehmigung des Aufsichtsrathes;
- c. Versicherungen anzunehmen, abzuschließen oder abzulehnen und aufzukündigen;
- d. Schadenersatz-Ansprüche anzuerkennen oder abzulehnen, bezw. deren Auszahlung zu verfügen;
- e. vierteljährlich kurze Rechnungsübersichten und Berichte zur Beurtheilung des Standes der Geschäfte, sodann alljährlich nach dem 31. Dezember die Hauptabschlüsse der Rechnungen und Bilanzen dem Aufsichtsrathe zur Prüfung und Feststellung vorzulegen;
- f. den Geschäftsbericht für die Generalversammlungen abzufassen.

In den Sitzungen des Aufsichtsrathes, welchen der Vorstand mit beratender Stimme beizuwohnen berechtigt und verpflichtet ist, hat derselbe den Vortrag in allen Angelegenheiten der administrativen Geschäftsführung.

Der Vorstand zeichnet die Firma des Verbandes wie folgt:

Feuerversicherungs-Verband deutscher Fabriken.

Der Vorstand:

R. R.

Die Stellvertreter zeichnen wie oben:

J. B. (In Vertretung:)

Der Vorstand ist an die Statuten, wie an die Beschlüsse der Generalversammlung und des Aufsichtsrathes, welche ihm abschriftlich mitzutheilen sind, ferner an die von letzterem ihm erteilte Geschäftsinstruktion gebunden. Dritten Personen gegenüber ist jedoch diese Geschäftsinstruktion ohne Wirkung und darf diesen niemals entgegengezeigt werden.

IV. Betriebs- und Garantiemittel des Verbandes.

§ 33. Die Betriebs- und Garantiemittel des Verbandes bestehen in:

- a. den fortlaufenden, pränumerando zu entrichtenden Beiträgen der Mitglieder (§ 10);
- b. dem Betriebsfond (§ 42);
- c. dem Reservefond (§ 41);
- d. der Nachschußverbindlichkeit der Mitglieder (§§ 4 und 37).

§ 34. Die disponibeln Gelder und Fonds des Verbandes werden nach der Bestimmung des Aufsichtsrathes zinstragend angelegt, und zwar:

- a. durch Ausleihung auf pupillarisch sichere Hypotheken;
- b. durch Ankauf von pupillarisch sicheren Inhaberpapieren, welche von dem Deutschen Reiche, oder von einem zu demselben gehörigen Staate, emittirt oder garantirt, oder welche unter Autorität eines der vorgedachten Staaten von Korporationen oder Kommunen ausgestellt und mit einem ein für alle Male bestimmten Satze verzinslich sind;
- c. durch Ankauf von pupillarisch sicheren Effekten mit realer Sicherheit, insbesondere von deutschen Eisenbahnprioritäten und Pfandbriefen.

Die Vorschriften über die Anlegung der Gelder des Verbandes finden keine Anwendung auf die durch den Geschäftsverkehr entstehenden Außenstände bei Bankhäusern und Agenten.

Die Erwerbung von Grundstücken ist nur soweit gestattet, als es sich um Beschaffung von Geschäftsfakten für den Verband oder um Abwendung von Verlusten an ausstehenden Forderungen handelt.

Die Vermögensbestände des Verbandes — Werthpapiere, Hypotheken u. — werden im Tresor eines eisernen Geldschrankes unter dreifachem Verschlusse aufbewahrt, oder bei der Reichsbank deponirt. Je einen Schlüssel zu dem Tresor führen die Vorstandsmitglieder, der Kassirer und der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, bezw. deren Stellvertreter.

V. Von der Jahresrechnung und Bilanz.

§ 35. Das Rechnungsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr.

Die Inventur des Vermögens des Verbandes erfolgt am 31. Dezember jeden Jahres.

Der Aufsichtsrath hat zu bestimmen, wie viel auf den Kostenwerth der im Besitze des Verbandes befindlichen Mobilien und Immobilien abzuschreiben ist; jedoch darf die Abschreibung für Immobilien nicht unter 1 %, für jede andere Kategorie nicht unter 5 % jährlich betragen, wobei dem Aufsichtsrathe zur Pflicht gemacht wird, einen höheren Satz zu bestimmen, wenn dies nach Maßgabe der Abnutzung und der sonstigen Verhältnisse angemessen scheint.

§ 36. Die Bücher werden nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchhaltung geführt und am 31. Dezember jeden Jahres abgeschlossen. Auf Grund derselben wird die Jahresrechnung und Bilanz über das Vermögen des Verbandes auf diesen Tag von dem Vorstande bis spätestens ultimo März des nächstfolgenden Jahres aufgestellt, zunächst von dem Aufsichtsrathe und dann von der Revisionskommission (§ 18) speziell geprüft und von der Generalversammlung begutachtet.

Die Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben ergibt den Ueberschuß, oder das Defizit, des Rech-

nungsjahres, welche am Schlusse der Bilanz besonders auszuwerfen sind.

Die Abrechnung wird wie folgt aufgestellt:

Zu den Einnahmen gehören:

- a. die erhobenen Prämien;
- b. die im Vorjahr zurückgestellten Prämien- und Schädenreserven;
- c. alle sonstigen Einnahmen, sowie das Guthaben auf Zinsen, welche im nächsten Rechnungsjahr zahlbar werden, bis zum Jahreschlusse berechnet (Stückzinsen).

Unter den Ausgaben sind aufzuführen:

- 1) die bezahlten Schäden;
- 2) die Rückversicherungsprämien;
- 3) die Reserve für die bis zum Schlusse des Jahres zwar angemeldeten, aber noch nicht abgewickelten, Schäden in Höhe der angemeldeten Beträge;
- 4) die Prämienreserve für die am Schlusse des Rechnungsjahres noch nicht abgelaufenen Versicherungen;
- 5) die Zinsen und Amortisationsquoten der Obligationen (§ 42);
- 6) die Verwaltungskosten zuzüglich der Gründungs- und Organisationskosten.

Die dem Verbande bis zu seiner Konzeffionierung erwachsenen Kosten — Gründungskosten — müssen in der Abrechnung für das erste Geschäftsjahr in Ausgabe erscheinen.

Die von der Konzeffionierung des Verbandes ab bis zum Schlusse des ersten Geschäftsjahres für Organisation aufgewendeten Kosten bis zum Höchstbetrage von 50 000 M. dürfen in der Abrechnung für diesen Zeitraum mit $\frac{1}{3}$ in Ausgabe erscheinen. Der Rest muß in den Abrechnungen der nächsten 4 Jahre je mit $\frac{1}{4}$ in Ausgabe gestellt werden.

Uebersieigen im ersten Geschäftsjahre die Organisationskosten den Betrag von 50 000 M., so ist der desfallige Mehrbetrag außer der Rate von 10 000 M. in der Abrechnung für diesen Zeitraum ebenfalls in Ausgabe aufzuführen.

Weitere, nach Schluß des ersten Geschäftsjahres nothwendig werdende Organisationskosten dürfen den bis dahin erwachsenen nicht zugeschrieben und mit diesen amortisirt werden, sondern müssen jedesmal in der Abrechnung des Jahres, in welchem sie entstanden sind, in Ausgabe erscheinen;

- 7) die Abschreibungen auf die dem Verbande gehörenden Grundstücke, oder anderes Besitzthum (§ 36);
- 8) gemeinnützige und sonstige Ausgaben.

Von dem sich hiernach ergebenden Ueberschusse fließen 10 % in den Reservefond (§ 41); ferner kommen die statutarischen und vertragmäßigen Tantiemen, bezw. Entschädigungen und Vergütungen in Abzug. Aus dem Restbetrage wird die Dividende an die Verbandsmitglieder gezahlt (§ 40).

Bei Ziehung der Bilanz sind aufzunehmen:

- I. Unter die Aktiva:
 - a. der baare Kassenbestand am Jahreschlusse;

b. der Bestand an Effekten und Werthpapieren; dieselben müssen nach Gattungen spezifizirt und dürfen höchstens zum Tagescourse am 31. Dezember, jedoch nicht höher als zum Anschaffungswerthe, in Ansatz gebracht werden;

c. in den ersten 5 Geschäftsjahren die von der Konzeffionierung des Verbandes ab bis zum Schlusse des ersten Geschäftsjahres entstandenen Organisationskosten bis zum Höchstbetrage von 50 000 M., soweit sie nicht amortisirt sind;

d. die Ausstände und Forderungen aller Art, unter Berücksichtigung des Wertes, welchen sie nach den erforderlichen Fällen stattgehabten Abschreibungen am Schlusse des Jahres haben;

e. die Werthe der Immobilien, Mobilien u., soweit dieselben nicht bis zum Schlusse des betreffenden Jahres bereits amortisirt sind;

f. das Guthaben auf Zinsen, welche erst im nächsten Rechnungsjahr zahlbar werden, bis zum Jahreschlusse berechnet (Stückzinsen);

g. alles andere Eigenthum zu demjenigen Werthe, welchen dasselbe nach sorgfältiger Ermägung am Jahreschlusse hat.

II. Unter die Passiva:

1) die Reserve für die angemeldeten, aber am Schlusse des Jahres noch nicht berichtigten, Schäden in Höhe der angemeldeten Beträge;

2) die Prämienreserve für die am Schlusse des Jahres noch nicht abgelaufenen Versicherungen;

3) der auf den Betriebsfond baar eingezahlte Betrag, insoweit derselbe noch nicht amortisirt ist;

4) die im Voraus vereinnahmten Zinsen, soweit dieselben in das nächste Rechnungsjahr gehören;

5) die Schulden des Verbandes aller Art.

Die den vorstehenden Bestimmungen gemäß aufzustellende jährliche Bilanz muß durch den Deutschen Reichsanzeiger nach Dechargirung durch die Generalversammlung öffentlich bekannt gemacht werden.

VI. Nachzahlungen und Dividenden.

§ 37. Falls die im Voraus zur Erhebung gelangenden Prämien zur Deckung der Schäden und Lasten am Schlusse eines Rechnungsjahres nicht ausreichend sein sollten, so wird zunächst der Reservefond (§ 41) zur Deckung des Ausfalles verwendet. Sollte letzterer hierzu nicht ausreichen, so werden die Mitglieder zu Nachzahlungen herangezogen. Die Höhe der Nachzahlungen wird vom Aufsichtsrathe festgesetzt, und es werden dieselben nur in vollen Prozenten der entfallenden Jahresprämie von sämmtlichen Mitgliedern erhoben und zwar in der Weise, daß die in dem betreffenden Jahre nach dem 1. Juli neu eingetretenen Mitglieder nur die Hälfte, und die nach dem 1. Oktober neu eingetretenen Mitglieder nur ein Viertel des prozentualen Nachschusses zu zahlen haben.

Die Nachschußverbindlichkeit der Mitglieder beschränkt sich in einem Jahre auf den dreifachen Betrag der für das betreffende Jahr entfallenden Prämienbei-

träge. Sollte die Erhebung einer dreifachen Nachschußzahlung zur Deckung der entstandenen Verluste in einem Jahre nicht ausreichen, so haften diejenigen Verbandsmitglieder, welche in dem betreffenden Verlustjahre versichert waren — ohne Rücksicht darauf, ob dieselben dem Verbande derzeit noch als Mitglieder angehören oder nicht — auch für den weiteren Fehlbetrag je mit einer dreifachen Nachschußverbindlichkeit ihrer auf das Verlustjahr entfallenen Prämienbeiträge, und zwar für jedes der folgenden Jahre, so lange, bis die gesammten Verbindlichkeiten des Verbandes aus jenem Verlustjahre gänzlich getilgt sind. Dem Aufsichtsrathe ist in einem solchen Falle gestattet, behufs sofortiger Tilgung der Verbindlichkeiten des Verbandes eine Anleihe für den letzteren aufzunehmen, für welche die in den Verlustjahren versichert gewesenen Mitglieder nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen aufzukommen haben.

§ 38. Jedes Mitglied empfängt mittelst eingeschriebenen Briefes eine Aufforderung des Vorstandes zur Entrichtung der etwaigen Nachschußzahlungen. Kein Mitglied kann bezüglich einer Zahlungssäumniß den Nichtempfang einer brieflichen Zahlungsaufforderung als Entschuldigung vorschützen, auch steht keinem Mitgliede das Recht zu, gegen die Feststellung und Höhe dieser Nachzahlungen Einwendungen zu erheben.

§ 39. Kommt ein Mitglied der Zahlungsaufforderung (§ 38) binnen vier Wochen nach der im Ausschreiben angegebenen Frist nicht nach, so verfällt dasselbe in eine Konventionalstrafe im Betrage von 100 Prozent der ausgeschriebenen schuldigen Nachschußquote.

§ 40. Ergeben die Einnahmen am Schlusse eines Jahres einen Ueberschuß, so wird derselbe nach Maßnahme der Beschlüsse der Generalversammlung als Dividende an die Mitglieder zurückerstattet.

Die Dividenden gelangen nur in vollen Prozenten — nicht unter 10 Prozent — der Jahresprämien zur Auszahlung. Erreicht der Jahresüberschuß das Minimum von 10 Prozent der Prämieinnahmen nicht, so fließt derselbe dem Reservefond (§ 41) zu, falls die Generalversammlung nichts Anderes beschließt.

Die innerhalb 4 Jahren nach dem festgesetzten Auszahlungstermine nicht erhobenen Dividenden sind zu Gunsten der Verbandskasse verfallen und fließen in den Reservefond (§ 41).

VII. Reservefond.

§ 41. Der Reservefond wird gebildet:

- aus 10 % der jährlichen Ueberschüsse, bis zu einem von der Generalversammlung festzusetzenden Maximum;
- aus den nicht zur Vertheilung gelangten Jahresüberschüssen (§ 40);
- aus den erlegten Konventionalstrafen und verfallenen Dividenden der Mitglieder (§§ 39 und 40), sowie aus den nicht erhobenen Zinsen aus den Obligationen.

Die Gelder des Reservefonds werden zinstragend angelegt und fließen die Zinseneinnahmen aus demselben diesem selbst wieder zu.

VIII. Betriebsfond.

§ 42. Zum Geschäftsbetriebe des Verbandes wird ein Betriebsfond in Höhe von Einer Million Mark gebildet, welcher in zweitausend Obligationen zu je fünfhundert Mark zerlegt wird. Auf jede Obligation sind fünfundzwanzig Prozent, also Einhundert fünfundzwanzig Mark, baar einzuzahlen. Für den Rest von fünfundsiebzig Prozent werden Solawechsel nach Schema A. ausgestellt und bei der Verbandskasse deponirt, deren Bezahlung jedoch nur auf Beschluß des Aufsichtsraths gefordert werden kann.

Der auf die Obligationen baar eingezahlte Betrag wird jährlich mit fünf Prozent fest verzinst.

Die Obligationen werden auf Namen lautend unter fortlaufenden Nummern nach dem Schema B. ausgestellt, und die Zinscoupons und Talon nach dem Schema C. und D. ausgegeben. Die Aushängigung einer neuen Serie von Zinscoupons erfolgt gegen Einreichung der betreffenden Talons.

Die Obligationen, welche unter genauer Bezeichnung des Inhabers nach Namen, Stand und Wohnort in das Obligationenbuch des Verbandes eingetragen werden, können nur mit Genehmigung des Aufsichtsraths auf Andere übertragen werden; diese Genehmigung kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

Der Rechtsnachfolger im Besitze einer Obligation hat einen Wechsel nach dem Schema A. auszustellen, wogegen der Wechsel des Vorbesizers zurückgegeben wird.

Der Betriebsfond bildet ein Seitens der Obligationen gläubiger und kündbares Darlehen, für welches die sämmtlichen Mitglieder des Verbandes gemäß den §§ 2, 4, 7, 37 und 47 des Statuts, sowie das gesammte Vermögen, des Verbandes haften.

Spätestens nach Ablauf der ersten drei Rechnungsjahre beginnt, soweit es der Reservefond gestattet, die Amortisation des Betriebsfonds durch jährliche Auslösung von mindestens 60 Stück Obligationen. Ueber event. höhere Jahresraten beschließt die Generalversammlung. Die Nummern der vom Aufsichtsrathe nach stattgehabter Generalversammlung ausgelassenen Obligationen werden durch den Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht und die Inhaber derselben von der erfolgten Auslösung mittelst eingeschriebener Briefe benachrichtigt. Die Verzinsung der ausgelassenen Obligationen hört mit dem 31. Dezember desjenigen Jahres, in welchem die Auslösung stattfindet, auf.

Der Betriebsfond kann nöthigenfalls zur prompten Bezahlung der Schäden voranschüssweise mit herangezogen werden.

IX. Öffentliche Bekanntmachungen.

§ 43. Alle öffentlichen Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen, welche entweder von dem Vorsitzenden des Aufsichtsraths, oder von dem Vorstande, zu unterzeichnen sind, haben für die Mitglieder Rechtswirkung und die Kraft besonders behändigter Vorladungen, wenn sie durch den Deutschen Reichsanzeiger publizirt worden sind.

X. Von der Auflösung und Liquidation.

§ 44. Die Auflösung des Verbandes findet statt:

- a. sobald eine gehörig berufene Generalversammlung die Auflösung beschließt;
- b. durch Eröffnung des Konkurses.

Die Auflösung und Liquidation des Verbandes kann nur in einer außerordentlichen Generalversammlung mit einer Dreiviertel-Majorität der abgegebenen Stimmen beschlossen werden und bedarf der landesherrlichen Genehmigung.

Die Auflösung des Verbandes muß, wenn sie nicht eine Folge des eröffneten Konkurses ist, durch den Vorstand zu drei verschiedenen Malen in Zwischenräumen von je acht Tagen durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht werden.

Durch diese Bekanntmachungen müssen zugleich die Gläubiger des Verbandes aufgefordert werden, sich beim Vorstande bezw. der Liquidationskommission des Verbandes zu melden.

§ 45. Die Liquidation des Geschäftes geschieht, sofern nicht ein gerichtliches Konkursverfahren eröffnet worden ist, oder die Generalversammlung nichts anderes beschließt, durch den Vorstand unter Mitwirkung des Aufsichtsrathes.

Ordentliche Generalversammlungen finden, nachdem die Auflösung und Liquidation beschlossen ist, nicht mehr statt.

§ 46. Vom Tage der beschlossenen Auflösung an dürfen neue Mitglieder nicht mehr aufgenommen werden, und es erlöschen die sämtlichen laufenden Versicherungen sechs Wochen nach dem Auflösungsbeschlusse, bezw. dem Tage der gerichtlichen Konkursöffnung, jedoch unbeschadet aller statutarischen Verpflichtungen der Verbandsmitglieder für die Vergangenheit (§ 47).

§ 47. Die sämtlichen Aktiva des Verbandes werden sofort eingezogen bezw. realisirt. Reichen die Aktiva zur Deckung der Passiva nicht aus, so sind die Mitglieder bis zur gänzlichen Tilgung der Schulverbindlichkeiten des Verbandes, einschließlich des noch nicht amortisirten Betrages des Betriebsfonds, sowie der Verwaltungs- und Liquidationskosten, zu weiteren Beitragszahlungen verpflichtet, deren Höhe der Aufsichtsrath und event. die Liquidationskommission gemäß § 37 festsetzt. Diese Beiträge werden in derselben Weise und mit gleichen Folgen eingefordert und erhoben, wie dies in den §§ 37 ff. festgesetzt ist.

§ 48. Die Ueberschüsse werden an diejenigen Mitglieder, welche dem Verbande am Tage der beschlossenen Auflösung noch angehört haben, nach Verhältniß ihrer gesammten geleisteten Beiträge vertheilt.

§ 49. Nachdem alle Verbindlichkeiten des Verbandes erfüllt sind, hat der Vorstand, bezw. die Liquidationskommission, eine Schlußrechnung anzufertigen und solche einer demnächst zu berufenden letzten Generalversammlung zur Genehmigung, bezw. zur Entlastung der Liquidatoren, vorzulegen.

Die Generalversammlung beschließt über die Vertheilung bezw. Verwendung der etwa verbleibenden Aktivüberschüsse.

XI. Uebergangsbestimmungen.

§ 50. Nachdem der Betriebsfond vollständig gezeichnet ist, fordert der in der konstituierenden Generalversammlung erwählte Aufsichtsrath die Zeichner mittelst „eingeschriebener“ Briefe, in welchen die Zahlstelle zu bezeichnen ist, zur Baareinzahlung von 25 Procent des gezeichneten Nominalbetrages auf. Der Aufsichtsrath wählt den Vorstand und event. die technischen und juristischen Beiräthe und schließt mit denselben die Engagementsverträge ab, vorbehaltlich des Inkrafttretens der letzteren nach erfolgter staatlicher Konzessionierung des Verbandes.

§ 51. Sollte das gegenwärtige Statut behufs Erlangung der staatlichen Konzession irgend welcher Abänderungen bedürfen, so ist der von der konstituierenden Generalversammlung gewählte Aufsichtsrath ermächtigt, diese Abänderungen mittelst notarieller oder gerichtlicher Erklärung vorzunehmen.

§ 52. Das erste Geschäftsjahr soll ausnahmsweise die Zeit vom Geschäftsbeginn bis 31. Dezember des nächstfolgenden Jahres umfassen, so daß die erste Inventur und Bilanz erst zu letzterem Zeitpunkte aufgemacht, und der Gewinn oder Verlust des Verbandes bis dahin seit dem Entstehen derselben ermittelt und festgestellt wird.

XII. Staatsaufsicht.

§ 53. Die königlich Preussische Staatsregierung ist befugt, zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechtes über den Verband für beständig oder für einzelne Fälle, einen Kommissar zu bestellen, welcher das Recht hat, die Verbandsorgane einschließlich der Generalversammlung auf Kosten des Verbandes gütig zu berufen, ihren Beratungen beizuwohnen und jeder Zeit von den Kassen, Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken des Verbandes Einsicht zu nehmen.

Berlin, den 10. Juli 1890.

Der Aufsichtsrath:

Dr. J. F. Holz.	Rudolf Roopp.
Eduard Dehler.	Julius Rütgers.
Hermann Käsemacher.	Dr. Julius Schenkel.

*

*

*

Allgemeine Bedingungen

für die

Versicherung beweglicher Sachen

bei der

Städte-Feuer-Societät

der

Provinz Brandenburg.

(§ 124 des Regl.)

A. Versicherungsfähigkeit.

§ 1.

Von der Versicherung sind ausgeschlossen: Urkunden, Werthpapiere, baares Geld, ungefaßte Edelsteine und Perlen, sowie unverarbeitetes Gold und Silber.

§ 2.

Besonders werthvolle Schmucksachen, ferner Gold- und Silbergeräthe, Bildwerke, Gemälde, Uhren, Spitzen und andere Gegenstände, welche einen besonderen wissenschaftlichen, Kunst- oder Liebhabereiwert haben, gelten nur dann als versichert, wenn sie in dem Versicherungsantrage (§ 9) und dem Versicherungsbrief (§ 10) mit ihren Versicherungssummen besonders aufgeführt sind.

Im Uebrigen werden die versicherten Gegenstände nur nach Gattungen benannt, und es sind alle unter die verschiedenen Gattungen gehörigen, in dem Versicherungsraume (§ 3) befindlichen Gegenstände in der Versicherung einbegriffen, sofern nicht einzelne, näher zu bezeichnende, Gegenstände hiervon ausdrücklich ausgenommen worden sind.

Fremdes Eigenthum ist als solches im Versicherungsantrage zu bezeichnen, jedoch gilt der Versicherungsnehmer, der Societät gegenüber, als der allein Berechtigte und Verpflichtete.

Potsdam, den 8. October 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Potsdam

1890.

dieser Markt am

).

dent.

densogefähr.

llstein zu Halen-
bekannte Frau vom
erettet. Diese von
That des Holl-
gemeinen Kenntniß

dent.

orddeutschen Edel-
nossenschaft ist der
, Wandelstraße 20,

ent.

bei Spandau.

Eisenbahn belegene
wird, zur öffent-

12:35

1:08

1:40

2:57

4:40

5:25

5:55

6:23

7:00

8:31

9:05

9:45

11:40

1:47

2:54

4:24

5:30

7:01

8:19

9:30

11:30

IX. Oeffe

§ 43. Alle
dungen und Be-
dem Vorstehenden
stande, zu unterz
Rechtswirkung u
Vorladungen, w
anzeiger publizirt

X. Von der

§ 44. Die

- a. sobald eine
- b. durch Eröffn

Die Auflös
kann nur in ei
lung mit einer
Stimmen beschl
herrlichen Geneh

Die Auflös
eine Folge des
stand zu drei r
von je acht Tag
bekannt gemacht

Durch diese
Gläubiger des
Vorstande bezw.
bandes zu melde

§ 45. Di
sofern nicht ein
worden ist, oder
beschließt, durch
Aufsichtsrathes.

Ordentliche
dem die Auflös
mehr statt.

§ 46. Wo
dürfen neue Mit
und es erlösch
rungen - sechs
bezw. dem Tag
jedoch unbesch
der Verbandsmit

§ 47. Di
werden sofort
Aktiva zur De
Mitglieder bis
verbindlichkeiten
nicht amortisirt
der Verwaltung
Beitragszahlung
sichtsrath und
§ 37 festsetzt.
Weise und mi
hoben, wie dies

— 2 —

§ 3.

Zum Versicherungsraume gehören die in dem Versicherungsbrieft
bezeichneten Gebäude und Räume mit den dazu gehörigen Höfen und
Gärten. Innerhalb derselben ist dem Versicherten während der Dauer
der Versicherung ein Wechsel im Aufbewahrungsorte der versicherten
Gegenstände gestattet.

Ausnahmsweise bleibt die Versicherung bestehen bei vorübergehender
Entfernung der versicherten Gegenstände aus den Versicherungsräumen zu
Zwecken des gewöhnlichen Gebrauchs oder des wirtschaftlichen Betriebes
oder der Vergung vor Gefahr. Weitere Ausnahmen können mit dem
Versicherungsnehmer vereinbart werden.

B. Werthsermittlung, Versicherungssumme und Klasseneintheilung.

§ 4.

Als Maßstab für den Werth der zu versichernden Gegenstände gilt
bei Hausgeräth und bei Maschinen der Anschaffungspreis abzüglich der
durch Gebrauch, Alter und bezw. verändertes Betriebswesen verursachten
Werthverminderung, — bei marktgängigen Waaren deren Markt- oder
Börsenpreis, bei anderen Waaren oder eigenen Fabrikaten deren Einkaufs-
bezw. Herstellungspreis.

Regel ist, daß die Versicherungssumme den gemeinen Werth der
Gegenstände niemals übersteigen darf. Eine Ausnahme gilt, abgesehen
von den im § 2 Abs. 1 aufgeführten Gegenständen, auch bei Waaren-
lagern, Erntevorräthen und dergleichen, einem steten Wechsel des Be-
standes und Werthes unterworfenen Gesamtheiten, insofern als sie zu
dem höchsten Werthe, welcher innerhalb der Versicherungsdauer muth-
maßlich sich ergeben kann, versichert werden dürfen.

§ 5.

Im Uebrigen hängt die Bestimmung der Summe, zu welcher ver-
sichert werden soll, von dem Versicherungsnehmer ab, jedoch muß die-
selbe in Beträgen, welche durch die Zahl 100 theilbar sind, ab-
gerundet sein.

In allen Fällen kann dem Versicherungsnehmer ein Selbst-
versicherungsantheil auferlegt werden.

festgesetzt ist.

|

*

*

*

§ 6.

Der Direktor ist befugt, während der Versicherungsdauer jederzeit eine Prüfung des Versicherungsbefandes und der Richtigkeit der zum Zwecke der Versicherung gemachten Angaben vorzunehmen und von dem Versicherten alle diejenigen Angaben und Nachweise zu verlangen, welche zu dieser Prüfung nothwendig sind.

Den Bestand versicherter Gesamtheiten (§ 4 Abs. 2) muß der Versicherte jeder Zeit durch Wirtschaftsverzeichnisse oder Handlungsbücher nachzuweisen im Stande sein.

§ 7.

Die beweglichen Sachen gehören, der Regel nach, in dieselbe Gefahrenklasse wie die Gebäude, in denen sie sich befinden. Nach dem Grade der Gefahr jedoch, welche sie, abgesehen von ihrem Aufbewahrungsraume, durch den Stoff, aus dem sie bestehen, durch die Art ihres Gebrauchs, durch die größere oder geringere Schwierigkeit ihrer Rettung beim Brande, durch die persönlichen Eigenschaften ihres Besitzers oder durch andere Umstände darbieten, ist eine abweichende Einordnung zulässig. Zu diesem Behufe werden für die Versicherung beweglicher Sachen 25 besondere (Mobiliar)-Abtheilungen innerhalb der Gebäudeversicherungs-Klassen hergestellt, nach welchen die von dem Versicherten zu leistenden Beiträge sich richten. (§ 14 ff.)

Sind die Gegenstände in mehreren Gebäuden verschiedener Klassen untergebracht, so wird die Abtheilung, in welche sie insgesammt gehören, mittelst durchschnittlicher Berechnung ermittelt.

§ 8.

Gegenstände, welche entweder niemals oder nur zeitweise in Gebäuden untergebracht zu werden pflegen, oder welche thatsächlich im Freien sich befinden, z. B. Bauholz, Brennstoffe, Ackergeräth, Holzbestände, Obstpflanzungen, Getreide, Heu- und Strohballen, ordnet der Direktor nach freiem Ermessen in die Klassen ein, jedoch mit der Maßgabe, daß Ballen nicht günstiger als Gebäude mit feuerunsicherer Bedachung angesehen werden dürfen.

Auch bezüglich aller anderen Sachen gilt der Grundsatz, daß dieselben, wenn besondere, die Gefahr erhöhende oder vermindernde Um-

Potsdam

1890.

dieser Markt am

).

dent.

iensofah.

11ste in zu Halen-
bekannte Frau vom
rettet. Diese von
That des Holl-
gemeinen Kenntniß

dent.

orddeutschen Edel-
mossenschaft ist der
, Wandelstraße 20;

ent.

rei Spandan.

Eisenbahn belegene
wird, zur öffent-

12:35

1:08

1:40

2:57

4:40

5:25

5:55

6:23

7:00

8:31

9:05

9:45

11:40

1:47

2:54

4:24

5:30

7:01

8:19

9:30

11:30

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

IX. Sesse

§ 43. Alle-
dungen und Bei-
dem Vorsitzenden
stände, zu unterz
Rechtswirkung u
Vorladungen, w
anzeiger publizirt

X. Von der

§ 44. Die

- a. sobald eine
- b. durch Eröffn

Die Auflös-
fann nur in ei
lung mit einer
Stimmen beschl
herrlichen Geneh

Die Auflös-
eine Folge des
stand zu drei
von je acht Tag
bekannt gemacht

Durch diese
Gläubiger des
Vorstande bezw
bandes zu melde

§ 45. Di
sofern nicht ein
worden ist, oder
beschließt, durch
Aufsichtsrathes.

Ordentliche
dem die Auflös
mehr statt.

§ 46. Wo
dürfen neue Mit
und es erlösch
rungen sechs
bezw. dem Ta
jedoch unbesch
der Verbandsmi

§ 47. Di
werden sofort
Aktiva zur De
Mitglieder bis
verbindlichkeiten
nicht amortisirt
der Verwaltung
Beitragszahlung
sichtsrath und
§ 37 festsetzt.
Weise und mi
hoben, wie die

stände vorliegen, abweichend von obigen Regeln ungünstiger oder günstiger eingeordnet werden dürfen.

C. Abschluß der Versicherung.

§ 9.

Die Versicherung beweglicher Sachen bei der Societät ist jeder Zeit zulässig.

Der Versicherungsantrag, sowohl für Neuversicherung als auch für Erhöhung einer bestehenden Versicherung muß schriftlich, unter Angabe der zu versichernden Gegenstände, ihres Werthes und der sonst noch für die Entscheidung über den Antrag nothwendigen Grundlagen, nach einem von der Societät zu liefernden Musterblatte, bei dem Geschäftsführer (§ 126 des Regl.) angebracht werden. Der Versicherungsnehmer ist der Societät zur größten Gewissenhaftigkeit bei diesen Angaben verpflichtet. Falsche Angaben oder solchen gleich zu achtendes Verschweigen machen die Versicherung ungültig, ohne daß eine Rückerstattung der gezahlten Beiträge erfolgt.

Unter dem Antrage muß in Gemäßheit des § 14 des Gesetzes vom 8. Mai 1837 von der Ortspolizeibehörde bescheinigt sein:

Daß der Annahme des Versicherungsantrages in polizeilicher Hinsicht kein Bedenken entgegensteht.

Die Societät ist befugt, die Angaben, nöthigenfalls unter Zuziehung Sachverständiger, zu prüfen. Die Kosten dieser Prüfung trägt der Versicherungsnehmer, wenn dieselbe die Unrichtigkeiten in wesentlichen Punkten herausstellt.

§ 10.

Der Direktor entscheidet über die Feststellung und Annahme der Versicherung und ertheilt dem Versicherten einen Versicherungsbrief, welcher über den Gegenstand, den Beginn und die Dauer der Versicherung, die Versicherungssumme und den Beitragsatz Auskunft giebt.

Die Versicherung beginnt, falls in dem Versicherungsbriefe kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, mit dem Beginn des Tages, an welchem jener ausgestellt worden.

§ 11.

Wird nicht innerhalb 2 Wochen, nachdem der Versicherungsantrag von dem Geschäftsführer an den Direktor abgesandt worden, dem Antrag-

steller die die Versicherung beanstehende, abändernde oder ablehnende Entscheidung des Direktors zugestellt, so gilt die Versicherung als am Tage der Absendung nach dem Antrage abgeschlossen. In diesem Falle wird jedoch die Versicherung abgeändert bezw. aufgehoben mit der Zustellung der bezüglichen Entscheidung.

§ 12.

Hat der Direktor die Versicherung beanstandet oder unter Abänderung des Antrages angenommen, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, binnen 3 Tagen nach dem Tage der Zustellung der Entscheidung seinen Antrag auf Versicherung bezw. Erhöhung der bestehenden Versicherung zurückzunehmen.

§ 13.

Wer in die Societät eintreten will, zahlt bei der Stellung seines Versicherungs-Antrages einen Vorschuß von 1 M. 50 Pf. für je 1000 M. der beantragten Versicherungssumme (das angefangene Tausend für voll gerechnet). Daraus werden bestritten:

- a) die Gebühren des Geschäftsführers,
- b) die Kosten für Postgeld, Stempel und dergl.,
- c) die den Versicherungsnehmer etwa nach § 9 treffenden Prüfungs-kosten,
- d) der Beitrag für das laufende Jahr bezw. die verabredete kürzere Versicherungszeit (§ 16, 18).

Für jeden Versicherungsantrag, sowohl für Neuversicherung als für Abänderung einer bestehenden Versicherung, ist an den Geschäftsführer eine Gebühr nach dem festgestellten Gebührenverzeichnis zu zahlen. Diese Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn der Versicherungsantrag nach § 12 zurückgenommen wird.

Reicht der eingezahlte Vorschuß zur Deckung der Beträge zu a bis c nicht aus, so hat der Versicherte bei Empfang des Versicherungsbriefes das Fehlende zu ergänzen, während ein Ueberschuß ihm dabei zurückgezahlt wird.

D. Beitragsleistung der Versicherten.

§ 14.

Die Beiträge, welche die Versicherten zu zahlen haben (§ 7), werden nach folgenden festen Sätzen erhoben:

Potsdam

1890.

dieser Markt am

).
dent.
densogefahr.
llstein zu Halen=
bekannte Frau vom
rettet. Diese von
That des Holl=
gemeinen Kenntniß

dent.
orddeutschen Edel=
mossenschaft ist der
, Bantelstraße 20,

ent.

bei Erandau.
Eisenbahn belegene
wird, zur öffent=

12:35
1:08
1:40
2:57
4:40
5:25
5:55
6:23
7:00
8:31
9:05
9:45
11:40
1:47
2:54
4:24
5:30
7:01
8:19
9:30
11:30

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

IX. Offen

§ 43. Alle
dungen und Be
dem Vorfigenden
stande, zu unterz
Rechtswirkung s
Vorladungen, w
anzeiger publizirt

X. Von der

§ 44. Die
a. sobald eine
die Auflösung
b. durch Eröff
Die Auflös
kann nur in e
lung mit einer
Stimmen beschl
herrlichen Gene
Die Auflös
eine Folge des
stand zu drei
von je acht La
bekannt gemacht

Durch diese
Gläubiger des
Vorstande bezw
bandes zu melde

§ 45. Di
sofern nicht ein
worden ist, oder
beschließt, durch
Aufsichtsrathes.

Ordentliche
dem die Auflös
mehr statt.

§ 46. Be
dürfen neue Mit
und es erlösch
rungen sechs
bezw. dem Te
jedoch unbesch
der Verbandsm

§ 47. D
werden sofort
Aktiva zur De
Mitglieder die
verbindlichkeiter
nicht amortisirt
der Verwaltung
Beitragszahlun
sichtsrath und
§ 37 festsetzt
Weise und
haben, wie

Es zerfällt

die Klasse der Gebäude- versicherung	in Abtheilung der Versicherung beweglicher Sachen	Die Abtheilung zahlt halbjährlich für 100 M. Versicherungs- summe Pfennig
I A.	1	2,1
I	2	2,6
I B.	3	3
	4	3,9
	5	5
	6	6
II A.	7	7
	8	8
	9	9
II.	10	10
	11	11
	12	12
	13	14
II B.	14	16
	15	18
	16	21
III.	17	24
	18	27
	19	30
III B.	20	34
	21	38
	22	42
IV.	23	50
	24	58
IV B.	25	66

§ 15.

Dieses Beitragsverhältniß unterliegt von fünf zu fünf Jahren er-
neuerter Prüfung und erforderlichenfalls der Abänderung. Eine solche
Abänderung bleibt jedoch während der Dauer des Versicherungszeitraumes
(§ 18) ohne Einfluß auf die Beitragspflicht des Versicherten.

§ 16.

Die Beiträge werden bei Eingehung der Versicherung, bezw. im Januar und Juli jeden Jahres, im Voraus für das laufende Kalenderhalbjahr erhoben. Sie werden berechnet vom Anfange des Monats ab, in welchem die Versicherung begonnen hat.

Die Beiträge sind kostenfrei an den Geschäftsführer der Societät zu zahlen. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb 2 Wochen nach geschener Aufforderung, so ruht die Versicherung bis zum Ablaufe des Tages, an welchem die Zahlung erfolgt. Werden die versicherten Gegenstände während des Ruhens der Versicherung von einem Brandschaden betroffen, so wird eine Schadensvergütung von der Societät nicht gewährt, dagegen bleibt die Pflicht des Versicherten zur Zahlung der Beiträge unberührt.

§ 17.

Treten während der Dauer der Versicherung Veränderungen ein, welche eine Klassenversetzung der versicherten Gegenstände zur Folge haben, so kommt eine dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge vom Beginne des Monats, in welchem die Veränderung erfolgt ist, eine solche Verminderung der Beiträge dagegen vom Beginne des nächstfolgenden Monats ab zur Berechnung.

E. Dauer und Aufhebung der Versicherung.

§ 18.

Die Versicherung dauert, wenn nichts Anderes verabrebet ist, bis zum Ablauf desjenigen Kalenderjahres, welches auf das Kalenderjahr, in dem sie begonnen hat, folgt, kann aber auch auf mehrere Jahre geschlossen werden. Sie gilt, wenn sie nicht rechtzeitig schriftlich gekündigt worden, (§§ 19, 20) in allen Fällen als auf ein ferneres Kalenderjahr verlängert.

Versicherungen, die auf kürzere Dauer verabrebet sind, erlöschen mit dem Ablauf des letzten Tages der verabrebeten Versicherungszeit.

Bei Versicherungen, die auf mehrere Jahre unter Vorausbezahlung der gesamten Beiträge genommen werden, ist der Direktor befugt, einen Beitragserlaß bis zu 20 Prozent zu bewilligen.

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Potsdam

1890.

dieser Markt am

0.
dent.
benogetfahr.
11stein zu Halen=
bekannte Frau vom
erettet. Diese von
That des Holl=
lgemeinen Kenntniß

1.
dent.
Norddeutschen Edel=
enossenschaft ist der
1, Wandelstraße 20,

1.
dent.

bei Eyandau.
Eisenbahn besegene
1 wird, zur öffent=

n

12:35
1:08
1:40
2:57
4:40
5:25
5:55
6:23
7:00
8:31
9:05
9:45
11:40
1:47
2:54
4:24
5:30
7:01
8:19
9:30
11:30

Der Regierungs-Präsident.

IX. Offen-

§ 43. Alle
dungen und Be-
dem Vorstehen-
stande, zu unter-
Rechtswirkung
Vorladungen, w-
anzeiger publizirt.

X. Von der

§ 44. Die
a. sobald eine
die Auflösung
b. durch Eröff-
Die Auflösung
kann nur in e-
lung mit einer
Stimmen beschl-
herrlichen Genel.

Die Auflösung
eine Folge des
stand zu drei
von je acht Ta-
bekannt gemacht

Durch diese
Gläubiger des
Vorstande bezw
bandes zu meld-

§ 45. Di-
sofern nicht ein-
worden ist, oder
beschließt, durch
Aufsichtsrathes.

Ordentliche
dem die Auflösung
mehr statt.

§ 46. Be-
dürfen neue Mit-
und es erlösch-
rungen sechs
bezw. dem Te-
jedoch unbescha-
der Verbandsam-

§ 47. D-
werden sofort
Aktiva zur De-
Mitglieder die
verbindlichkeiter
nicht amortisirt
der Verwaltung
Beitragszahlun-
sichtsrath und
§ 37 festsetzt.
Weise und n-
haben, wie di-

§ 19.

Die Kündigung von Seiten des Versicherungsnehmers muß, um
wirksam zu sein, spätestens am 30. November desjenigen Jahres, mit
welchem die Versicherung abläuft, (§ 18 Abs. 1) bei dem Geschäftsführer
oder dem Direktor angebracht werden.

Aus besonderen Gründen kann der Direktor von dieser Vorschrift
entbinden.

§ 20.

Der Direktor ist befugt, jede Versicherung nach seinem Ermessen
mit einer Frist von 4 Wochen zu kündigen. In diesem Falle werden
die Beiträge nur bis zum Ablaufe desjenigen Monats berechnet, in
welchem die Versicherung erlischt, der hiernach zu viel erhobene Betrag
aber dem Versicherten zurückgezahlt.

§ 21.

Die Versicherung erlischt während des Versicherungszeitraumes von
selbst, wenn ohne Genehmigung des Direktors versicherte Gegenstände aus
den Versicherungsräumen entfernt werden, so weit dies nicht ausnahms-
weise zulässig ist (§ 3.) Das Erlöschen der Versicherung betrifft nur die
entfernten, nicht aber auch die zurückgebliebenen Gegenstände.

Ebenso erlischt die Versicherung wenn auf die versicherten Gegen-
stände oder auf Gegenstände, welche sich zugleich mit den versicherten in
den Versicherungsräumen befinden, ohne Genehmigung des Direktors
anderweit Versicherung genommen worden ist.

Durch spätere Genehmigung des Direktors tritt in beiden Fällen
die erloschene Versicherung wieder in Kraft. Im Falle des Erlöschens
der Versicherung sind die Beiträge nur bis zum Schlusse des laufenden
Monats zu zahlen.

§ 22.

In Erb- und Konkursfällen gehen die Rechte und Pflichten aus
der Versicherung ohne Weiteres auf die Erben bezw. die Gläubigerschaft
über.

Andere Eigenthumswechsel müssen binnen 2 Wochen dem Geschäfts-
führer oder dem Direktor angezeigt werden. Vom Ablaufe dieser Frist

ruht die Versicherung, (vergl. § 16) bis die Anzeige erfolgt ist. Der bisherige Eigenthümer bleibt der Societät für die Erfüllung aller Verbindlichkeiten aus der Versicherung bis zur ordnungsmäßigen Uebertragung derselben auf seinen Rechtsnachfolger bezw. bis zur Auflösung der Versicherung verhaftet.

F. Schadenvergütung.

§ 23.

Die §§ 88 bis 90 des Reglements bestimmen den Umfang der Ersatzverbindlichkeit der Societät auch für die beweglichen Sachen. Auch derjenige Schaden, welcher durch das nothwendige Ausräumen oder durch Abhandenkommen der letzteren entsteht, wird vergütet.

Nicht vergütet wird dagegen ein Schaden, welcher versicherte Gegenstände dadurch getroffen hat, daß dieselben zu einem gewerblichen oder wirtschaftlichen Zwecke (Darren, Trocknen, Sieben, Räuchern u. dergl.) der Einwirkung des Feuers oder der Wärme ausgesetzt worden sind.

§ 24.

Bei der Vergütung gilt als Grundsatz, daß die Versicherung nicht zu einem Gewinn führen soll. Daher kommt, wenn nicht ein außerordentlicher Werth besonders versichert ist (§ 2 Abs. 1) nur der gemeine Werth der versicherten Gegenstände, wie sie am Tage des Brandes vorhanden und beschaffen sind, in Betracht. Nach dem Verhältniß dieses Werthes zur Versicherungssumme wird die Vergütung berechnet.

§ 25.

Der Versicherte hat längstens innerhalb 3 Tagen nach Lösung des Brandes von demselben dem Geschäftsführer Anzeige zu machen. Behufs Ermittlung des durch den Brand entstandenen Schadens hat der Versicherte auf Verlangen der Societät ein Verzeichniß aller zur Zeit des Brandes vorhanden gewesenen, der davon verbrannten oder abhanden gekommenen, sowie aller beschädigt oder unbeschädigt geretteten Gegenstände, unter Beifügung ihres Werthes (§ 24) anzufertigen und dasselbe binnen 2 Wochen nach dem Brande dem Geschäftsführer einzureichen.

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Potsdam

1890.

dieser Markt am

10.

ident.

ebensogefahr.

ollstein zu Halen-
bekannte Frau vom
gerettet. Diese von
e That des Holl-
Ugemeinen Kenntniß

).

ident.

Norddeutschen Edel-
genossenschaft ist der
n, Bandelstraße 20,

).

dent.

bei Erandaun.

Eisenbahn belegene
n wird, zur öffent-

m

12:35

1:08

1:40

2:57

4:40

5:25

5:55

6:23

7:00

8:31

9:05

9:45

11:40

1:47

2:54

4:24

5:30

7:01

8:19

9:30

11:30

IX. Offe

§ 43. Alle dungen und Be dem Vorsitzenden stande, zu unterz Rechtswirkung i Vorladungen, w anzeiger publizirt

X. Von der

§ 44. Die

- a. sobald eine die Auflösung
- b. durch Eröff

Die Auflös kann nur in e lung mit einer Stimmen beschl herrlichen Genes

Die Auflös eine Folge des stand zu drei von je acht Ta bekannt gemacht

Durch diese Gläubiger des 2 Vorstande bezw bandes zu melde

§ 45. Di sofern nicht ein worden ist, oder beschließt, durch Aufsichtsrathes.

Orbentliche dem die Auflösu mehr statt.

§ 46. Be dürfen neue Mit und es erlösch rungen sechs bezw. dem 2c jedoch unbescha der Verbandsm

§ 47. D werden sofort Aktiva zur De Mitglieder die verbindlichsteiter nicht amortisirt der Verwaltung Beitragszahlun sichts Rath und § 37 festset Weise und haben, wie

Beansprucht der Versicherte für Gegenstände, die entwendet oder sonst abhanden gekommen sind, Vergütung, so muß er binnen 3 Tagen nach dem Brande der Ortspolizeibehörde ein Verzeichniß dieser Gegenstände einreichen und auf Verfolgung des Diebstahls antragen.

Der Versicherte ist verpflichtet, jede zur Ermittlung der Entstehung und des Anfanges des Schadens verlangte Auskunft getreulich zu erteilen und die zum Nachweise seines Verlustes dienenden Bücher, Schriftstücke u. dergl. vorzulegen.

§ 26.

Mangels einer gütlichen Einigung über den Werth der zu vergütenden Gegenstände und den an denselben entstandenen Schaden findet eine Ermittlung durch zwei sachverständige Vertrauensmänner statt, von denen jeder Theil (die Societät und der Versicherte) Einen auf seine Kosten stellt. Können diese sich nicht einigen, so entscheidet ein von der Societät ernannter Obmann.

Auf diese 3 Personen findet § 22 Abs. 2 des Reglements Anwendung.

§ 27.

Die Societät ist berechtigt, die beschädigten Gegenstände ganz oder theilweise zum abgeschätzten Werthe zu übernehmen.

§ 28.

Auf Grund der über die Ermittlung des Schadens gepflogenen Verhandlungen wird die zu gewährende Entschädigung durch den Direktor festgesetzt. Um den Betrag derselben, falls dieser 300 M. übersteigt, vermindert sich die Versicherung von selbst.

Innerhalb 4 Wochen nach der Festsetzung wird die Entschädigungssumme gezahlt, vorbehaltlich der Bestimmung im § 94 des Reglements.

§ 29.

Abgesehen von den Fällen der §§ 92, 93, 97 und 110 des Reglements geht der Entschädigungsanspruch verloren, wenn der Versicherte die

im § 25 vorgeschriebenen Verzeichnisse falsch anfertigt oder auf andere Weise bei Ermittlung des Schadens die Societät zu betrügen versucht, oder die von ihm verlangte Auskunft und Vorlegung von Beweisstücken verweigert (§ 25 Abs. 4), oder die Anzeige von dem Brande in der vorgeschriebenen Zeit ohne zwingenden Grund zu erstatten unterläßt (§ 25 Abs. 1).

Berlin, den 1. September 1890.

Der Brandenburgische Provinzial-Ausschuß.

gez. **H. von Rochow.**

Nr. 2546 C.

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Potsdam

1890.

dieser Markt am

10.
ident.
ebensogefahr.
ollstein zu Halen-
bekannte Frau vom
gerettet. Diese von
e That des Holl-
Ugemeinen Kenntniß

ident.
Norddeutschen Edel-
genossenschaft ist der
n, Wandelfstraße 20,

ident.
bei Spandau.
Eisenbahn belegene
n wird, zur öffent-

m

12:35
1:08
1:40
2:57
4:40
5:25
5:55
6:23
7:00
8:31
9:05
9:45
11:40
1:47
2:54
4:24
5:30

ern

IX. Offen

§ 43. Alle
dungen und Be
dem Vorsitzenden
stande, zu unterz
Rechtswirkung
Vorladungen, w
anzeiger publizirt

X. Von der

§ 44. Die
a. sobald eine
die Auflösung
b. durch Eröff
Die Auflös
kann nur in e
lung mit einer
Stimmen beschl
herrlichen Genel

Die Auflös
eine Folge des
stand zu drei
von je acht Ta
bekannt gemacht

Durch diese
Gläubiger des
Vorstande bezw
bandes zu melde

§ 45. Di
sofern nicht ein
worden ist, oder
beschließt, durch
Aufsichtsrathes.

Ordentliche
dem die Auflös
mehr statt.

§ 46. Be
dürfen neue Mit
und es erlösch
rungen sechs
bezw. dem Te
jedoch unbescha
der Verbandsm

§ 47. D
werden sofort
Aktiva zur De
Mitglieder die
verbindlichkeiter
nicht amortisirt
der Verwaltung
Beitragszahlun
sichtsrath und
§ 37 festlegt
Weise und
haben, wie d

Deutsche Verlags- und Buchdruckerei-Aktien-Gesellschaft, Berlin SW. 01390

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 42.

Den 17. Oktober

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung, betreffend die Märkte in der Stadt Lenzen.

211. Seitens des Provinzialraths der Provinz Brandenburg ist die Einrichtung von alljährlich vier neuen Schweinemärkten in Lenzen a. E. zunächst vorläufig auf die Dauer von fünf Jahren genehmigt worden. Im Jahre 1891 finden diese Märkte am

Montag, den 12. Januar,

Freitag, den 20. März,

Montag, den 14. September und

Montag, den 16. November

statt. Potsdam, den 11. Oktober 1890.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung, betreffend die Errichtung eines neuen Vieh- und Pferdemarktes in der Stadt Jüterbog.

212. Seitens des Provinzialraths der Provinz Brandenburg ist die Errichtung eines neuen Vieh- und Pferdemarktes in Jüterbog von 1891 ab genehmigt

worden. Im Jahre 1891 findet dieser Markt am 9. April statt.

Potsdam, den 11. Oktober 1890.

Der Regierungspräsident.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

213. Der Bootsmann Georg Hollstein zu Halensee hat am 24. Juli d. J. eine unbekannte Frau vom Tode des Ertrinkens im Halensee gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That des Hollstein wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 6. Oktober 1890.

Der Regierungspräsident.

214. Für die Sektion II. der Norddeutschen Edel- und Uedel-Metall-Industrie-Vereinsgenossenschaft ist der Ingenieur Paul Hofemann-Berlin, Wandelfstraße 20, als Beauftragter bestellt.

Potsdam, den 7. Oktober 1890.

Der Regierungspräsident.

B e k a n n t m a c h u n g,

betreffend die Öffnungszeiten der Drehbrücke im Zuge der Berlin-Lehrter Eisenbahn über die Havel bei Spandau.

215. Nachstehend werden die Zeiten, während welcher die im Zuge der Berlin-Lehrter Eisenbahn belegene Drehbrücke über die Havel bei Spandau vom 1. Oktober d. J. ab in der Regel geöffnet sein wird, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Beim Verkehren sämtlicher Züge
einschließlich der Bedarfszüge.

Vormittags von 12:25 bis 12:35

= 12:50 = 1:08

= 1:24 = 1:40

= 1:55 = 2:57

= 3:45 = 4:40

= 4:55 = 5:25

= 6:10 = 6:23

= 6:38 = 7:00

= 7:15 = 8:31

= 8:50 = 9:05

= 9:20 = 9:45

= 10:37 = 11:40

Nachmittags 12:15 = 1:47

= 2:17 = 2:54

= 3:25 = 4:05

= 4:39 = 5:30

= 6:42 = 7:01

= 7:35 = 8:19

= 8:58 = 9:12

= 9:45 = 10:21

= 10:59 = 11:30

Potsdam, den 8. Oktober 1890.

Beim Nichtverkehren
der Bedarfszüge.

Vormittags von 12:25 bis 12:35

= 12:50 = 1:08

= 1:24 = 1:40

= 1:55 = 2:57

= 3:12 = 4:40

= 4:55 = 5:25

= 5:40 = 5:55

= 6:10 = 6:23

= 6:38 = 7:00

= 7:15 = 8:31

= 8:50 = 9:05

= 9:20 = 9:45

= 10:37 = 11:40

Nachmittags 12:15 = 1:47

= 2:17 = 2:54

= 3:25 = 4:24

= 4:39 = 5:30

= 6:42 = 7:01

= 7:35 = 8:19

= 8:34 = 9:30

= 9:45 = 11:30

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung, betreffend die Märkte in der Stadt Wittenberge.
216. Seitens des Provinzialrathes der Provinz Brandenburg ist genehmigt worden, daß in der Stadt Wittenberge vom Jahre 1891 an in jedem Monat ein Vieh- und Pferdemarkt stattfindet, die Zahl der Krammärkte in dieser Stadt dagegen auf zwei vermindert werden.

Demgemäß werden in der Stadt Wittenberge im Jahre 1891. folgende Märkte abgehalten werden:

- 1) Sonnabend, den 10. Januar, Vieh- u. Pferdemarkt,
- 2) Freitag, den 27. Februar, do.
- 3) Freitag, den 20. März, do.
- 4) Freitag, den 24. April, do.
- 5) Montag, den 11. Mai, do.
- 6) Dienstag, den 12. Mai, Krammarkt,
- 7) Freitag, den 26. Juni, Vieh- u. Pferdemarkt,
- 8) Freitag, den 31. Juli, do.
- 9) Freitag, den 21. August, do.
- 10) Freitag, den 25. September, do.
- 11) Sonnabend, den 26. September, Krammarkt,
- 12) Freitag, den 23. Oktober, Vieh- u. Pferdemarkt,
- 13) Freitag, den 27. November, do.
- 14) Sonnabend, den 19. Dezember, do.

Potsdam, den 10. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

217. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Bauern Kiepe zu Markau, Kreis Osthavelland;

der Rog bei einem Pferde in der Brauerei von A. F. Thöns Nachfolger zu Spandau, Breitestraße 33; die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Bauern Schrobbsdorf zu Markau, Kreis Osthavelland, und des Bauergutsbesizers Gromann zu Wagenitz, Kreis Westhavelland.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche in Nauen, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 14. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1890.

80.

A. Engros-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Klg.	Weizen (gut)	19	Mark	42	Pf.,
"	do. (mittel)	19	"	05	"
"	do. (gering)	18	"	69	"
"	Roggen (gut)	17	"	04	"
"	do. (mittel)	16	"	73	"
"	do. (gering)	16	"	44	"
"	Gerste (gut)	19	"	05	"
"	do. (mittel)	16	"	42	"
"	do. (gering)	14	"	79	"
"	Hafer (gut)	15	"	13	"
"	do. (mittel)	14	"	28	"
"	do. (gering)	13	"	60	"

für 100 Klg.	Erbisen (gut)	19	Mark	58	Pf.,
"	do. (mittel)	18	"	14	"
"	do. (gering)	17	"	27	"
"	Nichtstroh	4	"	41	"
"	Heu	5	"	14	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag für 50 Klg.

	Hafer	Stroh	Heu
im Monat September	8,15 Mt.	2,53 Mt.	3,37 Mt.

B. Detail-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Klg.	Erbisen (gelbez. Kochen)	26	Mark	87	Pf.,
"	Speisebohnen (weiße)	30	"	87	"
"	Linzen	42	"	04	"
"	Kartoffeln	5	"	66	"
"	1 Klg. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	50	"
"	" (Bauchfleisch)	1	"	20	"
"	Schweinefleisch	1	"	51	"
"	Kalbfleisch	1	"	50	"
"	Hammelfleisch	1	"	39	"
"	Speck (geräuchert)	1	"	73	"
"	Eßbutter	2	"	30	"
"	60 Stück Eier	3	"	55	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Klg.	Erbisen (gelbez. Kochen)	32	Mark	50	Pf.,
"	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
"	Linzen	45	"	—	"
"	Kartoffeln	4	"	75	"
"	1 Klg. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	50	"
"	" (Bauchfleisch)	1	"	20	"
"	Schweinefleisch	1	"	55	"
"	Kalbfleisch	1	"	45	"
"	Hammelfleisch	1	"	50	"
"	Speck (geräuchert)	1	"	60	"
"	Eßbutter	2	"	20	"
"	60 Stück Eier	3	"	81	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats September 1890:

1) In Berlin:

für 1 Klg.	Weizenmehl N° 1	36	Pf.,
"	Roggenmehl N° 1	33	"
"	Gerstengraupe	48	"
"	Gerstengröße	40	"
"	Buchweizengröße	42	"
"	Hirse	40	"
"	Reis (Java)	70	"
"	Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
"	" (gelb in gebr. Bohnen)	3	"
"	Speisesalz	20	"
"	Schweineschmalz (hiefiges)	1	"
"	2) In Charlottenburg:		
für 1 Klg.	Weizenmehl N° 1	50	"
"	Roggenmehl N° 1	40	"
"	Gerstengraupe	60	"
"	Gerstengröße	50	"

für 1 Kgr. Buchweizengröße	50 Pf.,
= 1 = Hirse	50 =
= 1 = Reis (Java)	70 =
= 1 = Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 80 =
= 1 = (gelb in	
gebr. Bohnen)	3 = 60 =
= 1 = Speisesalz	20, =
= 1 = Schweineschmalz (bießiges)	1 = 30 =

Berlin, den 8. Oktober 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung der Post-Zollabfertigungsstelle III.

93. Am 15. Oktober wird die Post-Zollabfertigungsstelle III. von dem Postgrundstücke in der Dranienburgerstraße Nr. 70 nach dem Grundstücke Schiffbauerdamm Nr. 22 verlegt, woselbst der Betrieb am 16. Oktober 8 Uhr früh eröffnet werden wird. Gleichzeitig findet eine anderweite Vertheilung der Postbezirke auf die hiesigen 3 Post-Zollabfertigungsstellen in der Weise statt, daß künftig 1) die Bezirke SW., S. und SO. zur Post-Zollabfertigungsstelle I. (Ritterstraße Nr. 7), 2) die Bezirke C., O., NO. und von N. die Bestellbezirke der Postämter Nr. 28, 37, 54 und 58 zur Post-Zollabfertigungsstelle II. (Klosterstraße Nr. 76), 3) die Bezirke W., NW. und von N. die Bestellbezirke der Postämter Nr. 4, 20, 24, 31, 39 und 65 zur Post-Zollabfertigungsstelle III. (Schiffbauerdamm Nr. 22) gehören werden. Bei welcher der 3 Zollabfertigungsstellen die Verzollung der Postsendungen stattzufinden hat, werden die auf den Packetadressen aufgeklebten Hinweiszettel erkennen lassen. Bezüglich der auf dem Packhose zu verzollenden Packerisendungen tritt eine Aenderung nicht ein. Berlin C., den 9. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

13. In der Zeit vom 30. Oktober bis 7. November d. J. findet in der Diözese Potsdam II. unter der Leitung des General-Superintendenten Oberhofpredigers D. Kögel eine General-Kirchenvisitation statt, über deren Plan die Geistlichen und Gemeinde-Kirchenräthe der Diözese Auskunft ertheilen können.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

23. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 % igen Staatsanleihe von 1887/88 Lit. E. Nr. 156080, 164102 und 164103 über je 300 M., welche in einem von der Union Bank of London Limited zu London am 6. Dezember 1889 der Londoner Postbehörde übergebenen, an Herrn Joseph Roth zu Freiburg im Breisgau (Baden) adressirten Packet mit Werthpapieren ent-

halten waren, bei der Beförderung mit der Post angeblich verloren gegangen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Friedrich Ernst in Berlin W., Behrenstraße 3, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 4. Oktober 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen

des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

26. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 17. April 1890 mit Präsenztationsvermerk versehenen Mithung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn unter dem Namen **Zernsdorf VI.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 140 339 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertvierzig Tausend dreihundertneunddreißig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf, Neue Mühle, Königs-Wusterhausen (Amt, Forst und Gemeinde) und Hoberlöbme im Kreise Teltow und Niederlöbme und Cablow im Kreise Beeskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirk Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen“.

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Halle a. S., den 6. Oktober 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

39. Die laut unserer Bekanntmachung vom 14ten September d. J. auf 8 Tagesstunden herabgesetzte Frist für die Be- und Entladung der Wagen in Wilmerdors-Friedenau wird vom 10. d. M. ab wieder auf 12 Tagesstunden verlängert.

Berlin, den 9. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

40. Am 5. Oktober d. J. ist zum Tarif für den Deutschen Levante-Verkehr über Hamburg seewärts der Nachtrag 2 in Kraft getreten. Derselbe enthält neben Ergänzungen der Güterklassifikation und Berichtigungen eine Abänderung des Artikels 11, eine Er-

höhung der Seefracht für sperrige Güter und die Aufnahme der diesseitigen Stationen Anclam, Frankenstein, Gräben, Grube, Vaterland, Merzdorf, Sorau, Spremberg sowie verschiedener Stationen anderer Direktionsbezirke. Abzüge des Nachtrags sind bei der Güterkasse Stettin sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 6. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

62. Mit dem 15. Oktober 1890 wird die bisher nur für den Personen-Verkehr eingerichtete Haltestelle Bisкупig auch für den Wagenladungs-Güterverkehr eröffnet. Schwerwiegende Fahrzeuge können daselbst nicht ver- bzw. entladen werden.

Bromberg den 10. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Tarif, nach welchem die Abgabe für die Benutzung des Winterhafens bei Wittenberge zu erheben ist.

11. § 1. Für die Benutzung des Winterhafens ist zu entrichten:

	Für die ganze Winter-liegezeit		Für die tageweise Vergungsbauer.							
			Bis zum 15ten Tage für jeden Tag		Vom 16ten bis zum 30ten Tage für jeden Tag		Vom 31ten bis zum 45ten Tage für jeden Tag		Vom 46ten Tage an für jeden Tag	
			M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
A. Von Schraubendampfschiffen, Segelschiffen oder Schleppschiffen für jede volle oder angefangene 25 Tonnen Tragfähigkeit	4	—	—	10	—	8	—	5	—	4
B. Für ein Kettenschiff	90	—	2	25	1	80	1	13	—	90
C. Für Dampfschiffe ausschließlich der Schraubendampfschiffe und der Kettenschiffe:										
a. bis 100 qm des benutzten Flächenraumes	30	—	—	75	—	60	—	37	—	30
b. über 100 bis 300 qm des benutzten Flächenraumes	80	—	2	—	1	60	1	—	—	80
c. über 300 qm des benutzten Flächenraumes	100	—	2	50	2	—	1	25	1	—
D. Für Boote und Handflöße, Fähr- und Baggerprahme, Maschinen und Brückenpontons, Ladeschiffe und ähnliche Fahrzeuge für jede volle oder angefangene 10 qm der von ihnen benutzten oder durch sie der Benutzung durch andere Fahrzeuge entzogenen Fläche	1	60	—	4	—	3	—	2	—	2

Anmerkung zu C.

Der zu verabgebende Flächenraum wird durch Multiplikation der größten Länge mit der größten Breite des Schiffes, bei Räderdampfschiffen unter Hinzurechnung der Breite eines Radkastens zur größten Breite des eigentlichen Schiffes ermittelt.

§ 2. Die Abgabe wird erhoben für die Benutzung des Winterhafens in dem Zeitraum vom 1. Dezember bis 15. März.

Fahrzeuge jedoch, welche innerhalb dieses Zeitraumes im Winterhafen löschen oder laden, sind abgabefrei, falls sie spätestens binnen 3 Tagen nach dem Tage des Einlaufens mit dem Löschen oder Laden beginnen und spätestens binnen 3 Tagen nach dem Tage der Beendigung des Löschens oder Ladens den Hafen verlassen, sofern sie daselbst im Ganzen nicht länger als 14 Werktage verweilen.

Die Abgabe kann nach Wahl des Schiffsführers entweder für die ganze Winterliegezeit im Voraus ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts, oder nachträglich, jedoch vor dem Verlassen des Hafens nach der Anzahl der im Hafen zugebrachten Tage, einschließlich der Tage des Einlaufens und des Auslaufens

entrichtet werden. Für die Berechnung der letzteren Abgabe ist die im § 1 aufgestellte Tabelle maßgebend.

Die Erklärung, welche Art der Abgabentrichtung gewählt wird, ist sofort beim Einlaufen in den Hafen bei der Hebestelle abzugeben. Die bei der erstmaligen Benutzung eines Hafens in einer Winterperiode getroffene Wahl der Abgaben-Entrichtung schließt die Wahl der anderen Entrichtungsart bei der späteren Benutzung desselben Hafens nicht aber bei der späteren Benutzung anderer Häfen aus.

Für Fahrzeuge, welche nach Entrichtung der Abgabe für die ganze Winterlagerzeit den Hafen verlassen, aber in demselben Winter demnächst wieder benutzen, ist für diese fernere Benutzung keine Abgabe zu entrichten.

Ebenso bleiben Fahrzeuge, welche in demselben Winter in einem der fiskalischen Schutzhäfen zu Magdeburg, Mühlberg, Wittenberg, Halle a. S. (Sophienhafen) und Alten a. E. bereits gelegen, und Hafengeld für die ganze Winterlagerzeit im Voraus entrichtet haben, abgabefrei, jedoch mit der Maßgabe, daß der Differenzbetrag nachzuentsrichten, sofern in dem vorher benutzten Hafen die Abgabe weniger betragen hatte.

Dagegen findet diese Anrechnung auf die nach Tagen zu entrichtende Abgabe nicht statt.

Bei der Berechnung des Abgabebetrages sind Pfennigbeträge nur soweit sie durch 5 ohne Rest theilbar sind, unter Weglassung der überschießenden Pfennige zur Erhebung zu stellen.

§ 3. Während der Zeit vom 16. März bis einschließlich 30. November ist die abgabenfreie Benutzung des Winterhafens nach Maßgabe der Bestimmungen der Hafenordnung gestattet.

§ 4. Befreiungen.

Befreit von der Abgabe sind:

- 1) Fahrzeuge, welche dem Könige, dem Preussischen Staate oder dem Deutschen Reiche gehören oder ausschließlich für Rechnung des Königs, des Preussischen Staates oder des Deutschen Reiches beladen sind.
- 2) Handfahne und andere kleine Fahrzeuge, welche zu größeren Fahrzeugen gehören und mit diesen zusammen im Hafen liegen.

Berlin, den 29. September 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage gez. Schulz.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung gez. Magdeburg.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage gez. Schomer.

Berlin, den 10. Oktober 1890.

Vorstehender Tarif wird auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Der in Stück 17 des Amtsblatts vom 25. April d. J. veröffentlichte Tarif vom 25. März 1890 ist aufgehoben.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

30. Auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit dem § 1 Absatz 4 des Landgemeindeverfassungsgesetzes vom 14. April 1856 sind im Kreise Templin folgende Communalbezirks-Veränderungen genehmigt:

- 1) die dem Königlichen Forstfiskus gehörenden, im Grundbuche von Wesendorf Band I. Blatt 11 eingetragen, in der Grundsteuermutterrolle des Gemeindebezirks Wesendorf auf Artikel 10 Kartenblatt 4 als Flächenabschnitte 27/17 und 28/20 verzeichneten Wiefengrundstücke von 19,1356 ha Größe werden von dem Gemeindebezirk Wesendorf abgetrennt und mit dem Gutsbezirk Forst Jehdenick vereinigt, und
- 2) die dem Bauer Friedrich Wilhelm August Maas zu Wesendorf gehörenden, im Grundbuche von Jehdenick, Königliche Forst Band I. Blatt 3 eingetragen, in der Grundsteuermutterrolle des Gutsbezirks Jehdenick Forst auf Artikel 2 Kartenblatt 2 als Flächenabschnitte 66/1, 67/4 und 68/5 verzeichneten Holzungs- und Wiefengrundstücke von 6,6466 ha Größe werden von dem Gutsbezirk Forst Jehdenick abgetrennt und mit dem Gemeindebezirk Wesendorf vereinigt.

Templin, den 2. Oktober 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

31. Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit dem § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen pro III. Quartal 1890.

Bezeichnung des Grundstücks.	D a t u m der Genehmigung.	N a m e des neuen Besitzers.	Künftiger Gemeinde- oder Gutsbezirk.
Die 90 qm große, bisher dem Domainenfiskus gehörige Dorfaueparzelle Nr 186/47 in Wollschow.	5. Juli 1890.	Bauerhofsbefitzer Heinrich Duckwitz in Wollschow.	Gemeindebezirk Wollschow.
Prenzlau, den 4. Oktober 1890.		Der Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau.	

32. Zusammenstellung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ost-Prignitz im III. Vierteljahr 1890 genehmigten Kommunalbezirks-Veränderungen.

D a t u m der Genehmigung	Bezeichnung der Grundstücke.	bisheriger	zukünftiger	G r ö ß e der Grundstücke		
		Kommunalbezirk.		ha	ar	qm
5. August 1890.	Die in das Eigenthum des Königlichen Forstfiskus übergegangenen Grundstücke Blatt 3 Parzellen-Nummer 340/89, 341/92, 343/92 und Kartenblatt 4 Parzellen-Nummer 66/2, 67/2, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 16 der Gemarkungskarte von Gadow.	Gemeinde Gadow.	Forstfiskalischer Gutsbezirk Neudorf bei Wittstock.	94	81	81

Krütz, den 4. Oktober 1890.

Namens des Kreis-Ausschusses, der Vorsitzende.

Personal-Chronik.

Im Kreise Stuprignitz ist der Rittergutsbesitzer von Freier zu Hoppenrade nach Ablauf seiner bisherigen Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher des 36. Bezirks Hoppenrade ernannt worden.

Im Verwaltungsbezirke der königlichen Hofkammer ist der Förster Weber zu Lubolz, Oberförsterei Klein-Wasserburg, in den Ruhestand getreten und der bisherige Forstausseher Müßell zum königlichen Förster in Lubolz ernannt.

Der bisherige Diakonus Hans Heinrich Lamprecht an der St. Marien-Kirche zu Strausberg ist zum evangelischen Prediger und Hausgeistlichen an der Stadtvoigtei-Gefangenenanstalt zu Berlin berufen worden.

Die unter dem Patronat der königlichen Hofkammer der königlichen Familiengüter stehende Pfarrstelle an der Friedenskirche in Potsdam, Diözese Potsdam I., ist durch das Ableben des Hofpredigers, Pfarrers Dr. Bindel, am 9. September d. J. zu Erledigung gekommen.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Niederwerbig, Diözese Belzig, deren Einkommen außer freier Wohnung auf 1801 M. jährlich veranschlagt wird, ist durch die Versetzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Rupprecht, zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Kirchengesetzes, betreffend das im § 32 Nr 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886 — Kirchl. Ges. und Verordn.-Bl. d. 1886 S. 39. — Bewerbungen um diese Stelle sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

Der Lehrer Hermann Vogt an der St. Hedwigs-Schule zu Berlin ist als Rektor an derselben Anstalt angestellt worden.

Die Lehrerin Hedwig Hauser ist als Lehrerin an der St. Hedwigs-Schule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts im Monat
September 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Eichler bei dem Amtsgericht in Grotzen a. D., Ganz bei dem Amtsgericht in Forst, Dr. Albrecht bei dem Amtsgericht in Dohrslug und Großmann bei dem Amtsgericht in Calau; zu Handelsrichtern der Kaufmann und Direktor der Berliner Brodfabrik-Aktiengesellschaft Reinhold Lehmann, die Kaufleute Wilhelm Titel, Hermann Jacoby, Rudolf Molenaar, Sigmund Samuel, Hugo Heymann, Bernhard Croner, der Fabrikant Otto Mundt und der Fabrikbesitzer Gustav Boerner, sämtlich in Berlin; zu stellvertretenden Handelsrichtern die Kaufleute Heimann Auerbach, Salomon Mosse, Paul Gause, Paul Zabel, Franz Gaedike, Hermann Lehmann, Konrad Lehmann, Adolph Philipsthal, George Joachimsthal, Ro-

bert Hirsch, Julius Rosenheim, Richard Boehme und der Direktor Oscar Grunow, sämtlich in Berlin.

Berufen sind: der Amtsgerichtsrath Hauschildt in Angermünde an das Amtsgericht in Bielefeld; der Landrichter Engelmann in Gleiwitz und der Amtsrichter Berner in Goepenitz als Landrichter an das Landgericht II. in Berlin; der Amtsgerichtsrath Nehse in Sorau als Landgerichtsrath an das Landgericht in Frankfurt a. D.; der Amtsrichter Stubenrauch in Goepenitz als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin; der Staatsanwalt Schöniar in Neu-Muppin an das Landgericht in Hildesheim.

Pensionirt sind: der Amtsgerichtsrath Ebel in Berlin I.; der Landgerichtsrath von Albrecht in Potsdam; der Landgerichtsdirektor Martens beim Landgericht I. in Berlin.

Der Amtsrichter Havenstein in Arnswalde ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath aus dem Justizdienst geschieden.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Sillies, Tiedge, Grunow, Schneider.

Entlassen ist: Dr. jur. Friedrich Schmidt Zwecks Uebertritts in die allgemeine Staatsverwaltung.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Marcuse beim Landgericht in Prenzlau, der Rechtsanwalt Liepschütz beim Landgericht I. in Berlin.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Gerichtsassessor Prochnow beim Amtsgericht in Zielenzig, der Landrichter a. D. von Dechen und der Rechtsanwalt Liepschütz aus Berlin beim Kammergericht.

Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Müller in Brandenburg a. S.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Peiser, Schüler, Treichel, Rittler, von Verponcher und von Falkenhäusen.

Uebernommen ist: Salinger aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder.

Entlassen sind: Stechow Zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Dr. Anton, Paul Fischer und Wellmann.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: die Militärantenräter Guldner und Riedler zu Gerichtsvollziehern bei den Amtsgerichten I. in Berlin bezw. in Ludau; der Aktuar Kiese zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen beim Amtsgericht in Finsterwalde, der Kanzleidiätar Rudolf bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II. in Berlin zum Kanzlisten bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin.

Pensionirt ist der Gerichtsschreiber, Kanzleirath Burmeister bei dem Amtsgericht in Potsdam.

Verstorben sind: die Gerichtsschreiber von der Burg und Körner beim Amtsgericht I. in Berlin,

Meister in Sorau; der etatsmäßige Gerichtsschreiber-
gehülfe Bleiborn in Havelberg.

Entlassen ist der Sekretär Bombe bei der Staats-
anwaltschaft in Prenzlau.

Personalveränderungen im Bezirk der
Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats September sind
versetzt: von Berlin der Telegraphenamtskassirer
Frische nach Strassburg (El.), der Postsecretair
Kroelich nach Stralsund; nach Berlin der Ober-
Postdirektionssecretair Wiegmann von Breslau;
in den Ruhestand versetzt: der Postsecretair
Wöhe, der Ober-Telegraphenassistent Jädicke;
gestorben: der Postassistent Georg Becker.

Personal-Veränderungen im Bezirk der
Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg.
Pensionirt: Güter-Expedient Schmidt zu Lichten-
berg-Friedrichsfelde.

Versetzt: die Stations-Vorsteher I. Klasse Olms von
Berlin nach Danzig und Kublank von Landsberg
a. W. nach Berlin, Güter-Expedient Pufas von
Güstrin als Güter-Kassirer nach Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Gemäß Anordnung des Herrn Justizministers vom
11. Februar 1890 (Justizministerial-Blatt Seite 74)
ist die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-
und Muster-Register vom 1. Oktober 1890 an auf das
unterzeichnete Amtsgericht für dessen Bezirk übergegangen.
Im Geschäftsjahr 1890 erfolgt die Bekanntmachung der
Eintragungen: I. des Handelsregisters durch a. den
Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-
Anzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. die Mär-
kische Zeitung; II. des Genossenschaftsregisters durch
a. den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen
Staats-Anzeiger, b. die Märkische Zeitung; III. des
Zeichen- und Muster-Registers durch den Deutschen Reichs-
und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger. Anmel-
dungen und Anträge in Handels-, Genossenschafts- und
Musterregisterfachen werden an jedem Sonnabend Vor-
mittags von 10 bis 12 Uhr an Gerichtsstelle entgegen
genommen.

Lindow, den 13. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. auf. 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 262 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Heinrich Gned, Fleischergeselle,	geboren am 10. Januar 1859 zu Komotau, Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zur Erfurt,	15. September 1890.
2.	Therese Resniczek, ledige Tagelöhnerin,	38 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Hafelbach, Bez. Taus, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traun- stein,	29. August 1890.
3.	Moses Scheps, genannt Skowiritsch, Kürschnergeselle,	29 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Warschau, Russisch- Polen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	15. September 1890.
4.	Karl Scholl, Erdarbeiter,	31 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Billeneuve, Arrondisse- ment St. Quentin, Departement St. Oa- ronne, Frankreich,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar,	8. September 1890.
5.	Isig Schrösky, Schneider,	geboren im Jahre 1872 zu Malawi, Russisch- Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	12. September 1890.
6.	Franz Stibor, Maurer,	geboren am 2. April 1851 zu Wien, Wp- den, Bezirk Groß- Mezeritsch, Mähren, ortsangeh. zu Smilkau, Bez. Wotitz, Böhmen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Zwickau,	2. August 1890.

1. Zauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		4. Grund der Verurteilung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
7	Karl Emil Frago, Handarbeiter,	geboren am 12. Dezem- ber 1848 zu Malmö, Schweden,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Osnabrück,	6. September 1890.
8	Wenzel Blaha (Plager), Strumpfwirker,	38 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Wälschbirken, Bezirk Prachatis, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bils- biburg,	11. September 1890.
9	Stephan Böhm, Schleifergeselle,	geboren am 8. Novem- ber 1860 zu Groß- wöhlen, Bezirk Tet- schen, Böhmen, orts- angehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	14. August 1890.
10	Elias Gronner, Kellner,	geboren am 5. Januar 1870 zu Matow, Ga- lizien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Karstadt,	2. September 1890.
11	Josef Isakowiz, Schneider,	geboren im Jahre 1872 zu Munkacs, Komitat Bereg, Ungarn,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	14. August 1890.
12	Franz Simel, Sattler,	geboren im Mai 1857 zu Deschna, Bezirk Pilgram, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	Stadtmagistrat Straubing, Bayern,	7. März 1890.
13	Franz Springer, Bäckergehilfe,	geboren am 2. Novem- ber 1861 zu Leitmeritz, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Sächsischer Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	8. August 1890.
14	Adolf Baglawski, Müllergehilfe,	geboren im Mai 1867 zu Mühlendorf, Bezirk Bielitz, Oesterreichisch- Schlesien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	6. September 1890.
15	Israel Weisengrün, Arbeiter,	geboren im Jahre 1871 zu Rudky, Galizien,	desgleichen,	derselbe,	14. August 1890.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).

A m t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 43.

Den 24. Oktober

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

24. Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) sowie der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Provinzialrathes für die Provinz Brandenburg hierdurch verordnet, was folgt:

An Stelle des § 3 Abs. 1 der Polizei-Verordnung für die Provinz Brandenburg, betreffend die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen vom 17. März 1886 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 145 ff., Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D., Außerordentliche Beilage zum Stück 14) tritt vom 1. Januar 1891 ab folgende Vorschrift:

Zur Untersuchung frisch geschlachteter Schweine sind aus den Muskeln am Kehlkopf und am Halse, den Raummuskeln, aus der Zungenwurzel, den Bauchmuskeln und ganz besonders aus dem s. g. Zwerchfellsteifer (pars lumbalis diaphragmatis) stets und ausnahmslos Probestücke zu entnehmen. Aus jedem dieser Probestücke sind mindestens fünf angemessene Präparate zu fertigen und mikroskopisch zu untersuchen.

Potsdam, den 2. Oktober 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister
von Achenbach.

Polizei-Verordnung

über die Benutzung der Hunde als Zugthiere.

25. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 263) und der §§ 137 und 139 bezw. 43 Abs. 1 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird für den Umfang der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin, in Betreff der ersteren unter Zustimmung des Provinzialrathes, folgende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1. Jeder vor ein Fuhrwerk gespannte Hund muß einen sichern, zweckmäßig eingerichteten Maulkorb tragen, welcher dem Hunde das freie Athmen und Abfühlen der Zunge gestattet, das Beißen aber unmöglich macht.

§ 2. Hunde, welche wegen Krankheit, äußerer Schäden oder wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit im Allgemeinen zum Ziehen nicht geeignet sind, dürfen nicht angespannt werden.

Das Gleiche gilt von Hunden, welche vorübergehend zum Ziehen untauglich sind, z. B. hitzigen, hochträchtigen oder säugenden Hündinnen während der Dauer dieses Zustandes.

§ 3. Hunde, welche nach den vorstehenden Merkmalen als zum Ziehen ungeeignet oder zeitweise untauglich anzusehen sind, können von der Polizei sofort von der Straße bezw. aus dem Fuhrwerke entfernt werden.

§ 4. Das Gewicht des Wagens und der Ladung darf nicht so groß sein, daß die Kräfte des Hundes überanstrengt werden.

Die Überlastung eines Hundefuhrwerks ist strafbar und giebt der Polizei das Recht, die sofortige Unterbrechung der Fahrt anzuordnen und deren Fortsetzung so lange zu unterjagen, bis eine angemessene Verminderung der Last stattgefunden hat.

§ 5. Auf dem Fuhrwerke muß sich ein zum Tränken des Hundes geeignetes Gefäß, sowie, während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April, für jeden Hund eine Unterlage und eine Decke zum Auflegen befinden, welche während des Stillhaltens zu benutzen sind.

§ 6. Der Führer eines Hundefuhrwerks darf sich während der Fahrt niemals auf dem Wagen befinden, muß vielmehr neben dem Hunde gehen und denselben an einer Leine führen, auf städtischen und anderen verkehrsreichen Straßen aber die Deichsel des Wagens beständig in der Hand halten.

Will der Führer das Fuhrwerk während des Haltens verlassen, so ist der Hund abzusträngen und in solcher Weise am Wagen zu befestigen, daß er sich weder losmachen noch den letzteren fortbewegen kann.

§ 7. Hundefuhrwerke müssen allen anderen ihnen begegnenden oder sie einholenden Wagen und Reitern bis zum äußersten Rande des Weges ausweichen.

§ 8. Mit Hunden bespannte Wagen dürfen nicht an andere in der Fahrt begriffene Fuhrwerke angehängt werden.

§ 9. Die Benutzung zweirädriger Hundekarren ist nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde lediglich zum Ziehen dienen und nicht durch das Gewicht des Karrens im Rücken belastet werden können.

§ 10. Die über die Bezeichnung und Beleuchtung der Fuhrwerke, sowie die über das Befahren der Gräben, Böschungen und Banquets der Chaussees erlassenen Bestimmungen finden auch auf Hundefuhrwerke sinngemäße Anwendung.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden, sofern nicht nach den allgemeinen

Strafgesetzen härtere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

§ 12. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1891 in Kraft.

Potsdam, den 3. Oktober 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister
von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1890.

218. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt Seite 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die **schussfreien** Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:

Oktober: 26., 27., 29.

November: 2., 3., 5., 9., 10., 12., 16., 17., 19., 23., 24., 26., 30.

Dezember: 3., 4., 7., 10., 11., 14., 17., 18., 21., 24., 25., 26., 28., 31.

Potsdam, den 18. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Chausseegelb-Erhebung auf der Königs- Wusterhausen- Ragow'er Kreis-Chaussee.

219. Dem Kreise Teltow ist seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 9. Mai d. J. — III. 9108 — die Genehmigung erteilt worden, die an der Einmündung der Ragow-Königs-wusterhausen'er Kreis-Chaussee in die Mittenwalde-Klein-Zietzen'er Kreis-Chaussee bei der Müllermühle bestehende Chausseegelbhebestelle zwischen Station 0,5 und 0,6 der Mittenwalde-Klein-Zietzen'er Kreis-Chaussee zu verlegen. Mit der Erhebung des Chausseegelbes an der zuletzt bezeichneten Stelle wird am 15. November d. J. begonnen werden. Durch die Verlegung wird eine Aenderung in der Hebe-Befugnis nicht bedingt.

Potsdam, den 17. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

220. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh auf dem Rittergut Mötlow, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh- und Schafbestande des Ritterguts Mötlow, Kreis Angermünde, und unter dem Rindviehbestande des Bauern Boettcher zu Uez, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 21. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluss der Jagd auf Rebhühner.

13. Die diesjährige Jagd auf **Rebhühner** im diesseitigen Regierungsbezirk wird mit Ablauf des **Sonnabends, des 15. November 1890**, geschlossen.

Potsdam, den 16. Oktober 1890.

Der Bezirksauschuss zu Potsdam.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin. Bestimmungen über die Genehmigung, Prüfung und Revision der Dampfkessel.

(Nach einer Vereinbarung der verbündeten Regierungen des Reichs in der Bundesrathssitzung vom 3. Juli 1890.)

§1. I. Dampfkessel im Allgemeinen.

1) Dampfkessel aus dem Auslande müssen der Druckprobe nach den Vorschriften im § 11 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 im Inlande unterworfen werden.

Dampfkessel, welche in einem Bundesstaate am Verfertigungsort von einem hiermit beauftragten Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen nach den §§ 11 und 13 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 oder nach Vornahme einer Ausbesserung in Gemäßheit des § 12 a. a. O. geprüft und den Vorschriften unter § 11 Absatz 4 a. a. O. entsprechend abgestempelt worden sind, unterliegen, sobald sie im Ganzen nach ihrem Aufstellungsort transportirt werden, auch wenn dieser in einem anderen Bundesstaate belegen ist, einer weiteren Wasserdruckprobe vor ihrer Einmauerung beziehungsweise vor ihrer Wiederinbetriebsetzung nur dann, wenn sie durch den Transport oder aus anderer Veranlassung Beschädigungen erlitten haben, welche die Wiederholung der Probe geboten erscheinen lassen.

II. Bewegliche Kessel

(Lokomobilen, §§ 16 ff. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890).

2) Bewegliche Kessel, deren Inbetriebnahme in einem Bundesstaate auf Grund des § 24 der Gewerbeordnung und der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen genehmigt worden ist, können in allen anderen Bundesstaaten ohne nochmalige vorgängige Genehmigung in Betrieb gesetzt werden, sofern seit ihrer letzten Untersuchung (Ziffer 5) nicht mehr als ein Jahr verflossen ist.

Hinsichtlich der örtlichen Aufstellung und des Betriebes kommen die polizeilichen Vorschriften desjenigen Bundesstaates zur Anwendung, in welchem der Kessel benutzt wird.

3) Die Genehmigung kann für mehrere bewegliche Kessel von übereinstimmender Bauart, Ausrüstung und Größe, welche in einer Fabrik im Laufe eines Kalenderjahres hergestellt werden, gemeinsam im Voraus beantragt und durch eine Urkunde erteilt werden.

Für jeden auf Grund dieser Genehmigungsurkunde hergestellten beweglichen Kessel ist eine mit der Fabriknummer zu versehenende beglaubigte Abschrift der Genehmigungsurkunde und ihrer Zubehörungen anzufertigen. Dieselbe gilt als Genehmigungsurkunde für den Kessel, dessen Fabriknummer sie trägt.

Die Beglaubigung der Abschrift kann durch den Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen

digen, welcher die im § 11 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vorgesehene Untersuchung vornimmt, geschehen.

- 4) Bevor ein beweglicher Kessel in dem Bezirke einer Ortspolizeibehörde in Betrieb genommen wird, ist der letzteren von dem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter unter Angabe der Stelle, an welcher der Betrieb stattfinden soll, Anzeige zu erstatten.
- 5) Jeder bewegliche Kessel ist mindestens alljährlich einer äußeren Revision, und alle drei Jahre einer inneren Revision oder Wasserdruckprobe zu unterwerfen. Die innere Revision kann der Revisor nach seinem Ermessen durch eine Wasserdruckprobe ergänzen. Die äußere Revision kommt jedoch in demjenigen Jahre in Fortfall, in welchem eine innere Revision oder Wasserdruckprobe vorgenommen wird.

Die Wasserdruckprobe erfolgt bei Kesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als 10 Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem anderthalbfachen Betrage des genehmigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Kesseln mit einem Drucke, welcher den genehmigten Ueberdruck um 5 Atmosphären übersteigt. Bei der Probe ist, soweit dies vom Revisor verlangt wird, die Ummantelung des Kessels zu beseitigen.

- 6) Der Betriebsunternehmer oder dessen Vertreter hat dem zuständigen Revisor zu der Zeit, zu welcher die innere Revision oder Wasserdruckprobe auszuführen ist, davon Anzeige zu erstatten, wann und wo der Kessel zur Untersuchung bereit steht.
- 7) Die nach Maßgabe des § 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung von einem hierzu ermächtigten Beamten oder Sachverständigen eines Bundesstaates ausgestellten Bescheinigungen, die Bescheinigungen über die in Gemäßheit des § 12 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 vorgenommenen Wasserdruckproben und die Bescheinigungen über die Vornahme periodischer Untersuchungen werden in allen anderen Bundesstaaten anerkannt.

III. Dampfschiffskessel

(§ 19 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890).

- 8) Die in Gemäßheit des § 24 der Gewerbeordnung erforderliche Genehmigung zur Anlegung eines Dampfschiffskessels hat die nach den Landesgesetzen zuständige Behörde desjenigen Bundesstaates zu erteilen, in welchem sich der Heimathshafen des Schiffes, in Ermangelung eines solchen der Wohnsitz des Schiffseigners befindet.
- 9) Die technische Untersuchung einer Dampfschiffskesselanlage, welche nach Maßgabe des § 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung vor Inbetriebnahme des Kessels auszuführen ist, kann in dem Heimathshafen des Schiffes oder in dem ersten deutschen Anlaufshafen oder auch an dem Orte vorgenommen werden, an

welchem der Kessel in das Schiff eingebaut oder mit demselben verbunden worden ist.

Ist dieser Ort in einem anderen Bundesstaate gelegen als der Heimathshafen des Schiffes, und erfolgt diese Untersuchung nicht in dem Heimathshafen, so ist bei derselben gleichzeitig festzustellen, ob denjenigen Konzessionsbedingungen, welche nach Maßgabe der im Staate des Heimathshafens über die Anlegung von Dampfschiffskesseln geltenden besonderen polizeilichen Bestimmungen vorgeschrieben wurden, entsprochen worden ist.

- 10) Dampfschiffskessel, deren Inbetriebnahme in einem Bundesstaate auf Grund des § 24 der Gewerbeordnung und nach den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen genehmigt worden ist, können, wenn sie sich auf Schiffen befinden, welche Gewässer verschiedener Bundesstaaten befahren, innerhalb des Gebietes der letzteren ohne nochmalige vorgängige Genehmigung betrieben werden, sofern seit ihrer letzten Untersuchung nicht mehr als ein Jahr verfloßen ist.

- 11) Jeder Dampfschiffskessel ist mindestens alljährlich einer äußeren Revision und alle zwei Jahre einer inneren Revision oder Wasserdruckprobe zu unterwerfen. Die innere Revision kann der Revisor nach seinem Ermessen durch eine Wasserdruckprobe ergänzen.

Diese Wasserdruckprobe erfolgt bei Kesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als 10 Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem anderthalbfachen Betrage des genehmigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Kesseln mit einem Drucke, welcher den genehmigten Ueberdruck um 5 Atmosphären übersteigt. Bei der Probe ist, soweit dies vom Revisor verlangt wird, die Ummantelung des Kessels zu beseitigen.

- 12) Die Bestimmungen der Ziffern 6 und 7 finden auf Dampfschiffskessel gleichmäßig Anwendung. Obige Bestimmungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 14. Oktober 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

25. In Zanzibar, Bagamoyo und Dar-es-Salaam sind Kaiserlich Deutsche Postagenturen eingerichtet worden. Dieselben vermitteln den Austausch von Briefsendungen jeder Art unter den Bedingungen des Weltpostvereins. In Deutschland werden erhoben: für frankirte Briefe 20 Pf. für je 15 g, für unfrankirte Briefe 40 Pf. für je 15 g, für Postkarten 10 Pf., für Postkarten mit Antwort 20 Pf., für Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere 5 Pf. für je 50 g, mindestens jedoch 10 Pf. für Waarenproben und 20 Pf. für Geschäftspapiere, an Einschreibgebühr 20 Pf.

Berlin W., 10. Oktober 1890.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

33.

N a c h w e i s u n g

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirken für das III. Quartal 1890.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks.	des bisherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirks.	des künftigen Gemeindebezirks.
1) Das dem Fräulein Marie Meyerhoff zu Groß-Beeren gehörige, im Grundbuch von Groß-Beeren Band I. Blatt 13 Kartenblatt 2 Parzelle $\frac{403, 404}{32}$ verzeichnete Grundstück.	Gutsbezirk Groß-Beeren.	Gemeindebezirk Groß-Beeren.
2) Das der Kirche zu Groß-Beeren gehörige, im Grundbuch von Groß-Beeren Band VII. Blatt 156 Kartenblatt 2 Parzelle 399/31, 467/31, 468/31 verzeichnete Grundstück.	Desgl.	Desgl.
3) Das der Pfarre zu Groß-Beeren gehörige, im Grundbuche von Groß-Beeren Band VII. Blatt 157 Kartenblatt 2 Parzelle $\frac{405, 406}{33}$ verzeichnete Grundstück.	Desgl.	Desgl.
4) Das der verehelichten Tagelöhner Johanna Christiane Stuck, geb. Richter, zu Staakow gehörige, Kartenblatt 1 Parzelle 143/57 verzeichnete Grundstück in einer Größe von 6 ar 10 qm.	Gutsbezirk Staakow.	Gemeindebezirk Staakow.
5) Das dem Arbeiter August Münchow zu Staakow gehörige, Kartenblatt 1 Parzelle 147/40 verzeichnete Grundstück in einer Größe von 19 ar 62 qm.	Desgl.	Desgl.
6) Die Seitens der königlichen Hofkammer an die Berlin-Görlig'er Eisenbahn veräußerten Parzellen von 10 hect 71 ar 66 qm Größe und zwar:		
Kartenblatt 1 Parzelle 354 in einer Größe von — h 70 ar 70 qm.		
Kartenblatt 1 Parzelle 493/247 in einer Größe von — - 30 - 90 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 918/308 in einer Größe von — - 5 - 25 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 1034/342 in einer Größe von — - 1 - 24 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 1034/342 in einer Größe von — - — - 09 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 1267/308 in einer Größe von 6 - 79 - 26 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 801/249 in einer Größe von — - 68 - 10 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 802/96 in einer Größe von — - 94 - 86 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 803/96 in einer Größe von — - 35 - 80 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 961/261 in einer Größe von — - 47 - 50 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 1278/54 in einer Größe von — - 2 - 66 -		
Kartenblatt 1 Parzelle 1278/54 in einer Größe von — - 5 - 80 -		
Kartenblatt 4 Parzelle 53/31 in einer Größe von — - 26 - — -		
Kartenblatt 4 Parzelle 54/38 in einer Größe von — - 3 - 50 -		
auf. 10 h 71 ar 66 qm.		

Berlin, den 6. Oktober 1890.

Der Landrath des Kreises Teltow.

34.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im III. Quartal 1890 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.

Bezeichnung des Grundstücks.					Name des Erwerbers.	Künftiger Gemeinde- oder Guts-Verband.
Parzellen von den sog. Sandländereien der Gemarkung Nieder-Finow und zwar:					Königl. Forstfiskus.	Guts-Verband, Königl. Forst Chorin.
a. Parzelle des Adermanns August Dühring das. verzeichnet unter	2,87 ha	Artikel der Rutterrolle.	Grundbuch-Bezeichnung.	Nummer des Kartenblatts.	Nummer der Parzelle.	
mit einem Flächeninhalte von		5	I.	7	5	123/1
b. Parzelle des Büdnere August Grewe das. verzeichnet unter	5,50 -	72	II.	90	6	4/6
mit einem Flächeninhalte von		6	I.	8	6	7/8
c. Parzelle der Wittve Caroline Siwert das. verzeichnet unter	6,5470 -	4	I.	5	6	1/3
d. Parzelle der Wittve Martha Grewe das. verzeichnet unter	22,0590 -					
mit einem Flächeninhalte von 22,0590 -						
Summa der Flächen 36,9760 ha						
Angermünde, den 8. Oktober 1890.					Der Landrath.	

35.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Nieder-Barnim auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 im II. Vierteljahr 1890/91 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- bezw. Gutsbezirks-grenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.
1	Parzelle, verzeichnet im Grundbuch von den Rittergütern des Kreises Nieder-Barnim, Band I. Blatt Nr. 337, Kartenblatt 1, Parzellen Nr. 491/8, 492/196, 493/198, von 8 ar 45 qm Größe.	Gutsbezirk Hermsdorf.	Gemeindebezirk Hermsdorf.
2	Chausseehausgrundstück an der Berlin-Bernau'er Chaussee von 62 1/2 □ R. Größe.	Gutsbezirk Malchow.	Gemeindebezirk Malchow.
	Berlin, den 9. Oktober 1890.	Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.	

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Dankeskirche in Berlin.

14. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ertheilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeindeorgane der Dankeskirche in Berlin vom 12. resp. 16. Dezember 1889 wird in der Pfarodie dieser Kirche eine neue geistliche Stelle, welche als dritte Predigerstelle neben die beiden bestehenden Predigerstellen tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung dieser dritten Predigerstelle erfolgt durch Gemeindevwahl. Berlin, den 8. Oktober 1890.

Königlicher Polizei-Präsident.

Berlin, den 27. September 1890.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

24. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von der vermittelten Frau Konsistorialrath Unger zu Dessau die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1876/79 Lit. C. Nr. 66636 über 1000 M. angeblich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Konsistorial-Rendanten Spieler zu Dessau anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 13. Oktober 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Bekanntmachung.

41. Im Bezirke der Preussischen Staats-Eisenbahnen werden Frachtfundungen mit einmonatlicher Frist für entstehende Frachten und sonstige der Eisenbahn-Verwaltung reglement-, tarif- oder vertragsmäßig zustehende Forderungen gewährt. Druckeremplare der Stundungsbedingungen werden von den königlichen Eisenbahn-Betriebsämtern unentgeltlich verabfolgt. An letztere sind auch Anträge auf Frachtfundungen zu richten. Berlin, den 12. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

In Gemäßheit des § 4 des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten directen Kommunalabgaben (Gesetz-Samml. S. 327) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das im laufenden Steuerjahre kommunal-abgabepflichtige Reineinkommen aus dem Betriebsjahre 1889/90 bei der Paulinenaue-Neu-Huppiner Eisenbahn auf 85 000,00 M., bei der Wittenberge-Perleberger Eisenbahn auf 22 163,86 M., bei der Prignitzer Eisenbahn auf 81 000,00 M., bei der Dahme-Märkter Eisenbahn auf 10 500,00 M. festgestellt worden ist.

Berlin, den 15. Oktober 1890.

Königliches Eisenbahn-Commissariat.

Bekanntmachung.

Die Ausreichung der Zinscheine Serie XII. über die Zinsen vom 1. Januar 1891 bis ult. Dezember 1895 zu den Schlesischen 4% Pfandbriefen Litt. B. wird in der Zeit vom **27. Oktober bis incl. 6. Dezember d. J.** an den Wochentagen Vormittags bei der königlichen Instituten-Kasse hier selbst, im Regierungsgebäude am Lessing-Platz, dergestalt stattfinden, daß von 9 bis 11 Uhr die Annahme der Pfandbriefe gegen Quittung der gedachten Kasse und nach einigen Tagen von 11 bis 1 Uhr deren Rückgabe erfolgt. Bei Vorlegung der Pfandbriefe behufs Abstempelung der Zinscheine ist ein Verzeichniß der Pfandbriefe, wozu Formulare in der Kasse unentgeltlich verabfolgt werden, abzugeben. Die Wiederausgabe der Pfandbriefe mit den Zinscheinen erfolgt nur gegen Rückgabe der von der königlichen Instituten-Kasse erteilten Quittung ohne Prüfung der Legitimation des Empfängers. Auf einen Schriftwechsel mit Privatpersonen behufs Uebersendung der Zinscheine können wir uns nicht einlassen, vielmehr muß die Einreichung und der Rückempfang der Pfandbriefe persönlich beziehungsweise durch einen Beauftragten erfolgen. Die Ausgabe der Zinscheine zu den in der obenbezeichneten

Zeit nicht eingereichten Pfandbriefen kann erst in einigen Monaten stattfinden, worüber besondere Bekanntmachung erfolgen wird.

Breslau, den 14. Oktober 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Oberförster Mechow in Dranienburger Mühle ist zum Forst-Amts-Anwalt für den königlichen Forstbezirk Dranienburg ernannt worden.

Der Stadtsekretär Weber in Dahme ist zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem königlichen Amts-Gericht daselbst ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist an Stelle des Schulzen a. D. Holz zu Schönermark, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Gemeindevorsteher Carl Holz zu Schönermark zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des XIII. Bezirks Arendsee ernannt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Hammer ist als ordentlicher Lehrer an der 4. höheren Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Der bisherige Gemeindefullehrer Dr. von Hanstein in Berlin ist als ordentlicher Lehrer an der 6. höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Die bisherige Gemeindelehrerin Fräulein Elise Bahn ist als ordentliche Lehrerin an der Kuisschule zu Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Ernst Trampe ist als ordentlicher Lehrer am Lessing-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.
Ernennungen: Stationsassistent Strelow in Berlin zum Güter-Expedienten, Stationsaufseher Illmer in Ludwigsfelde zum Stationsvorsteher 2. Klasse unter Veretzung nach Jossen.

Verseetzungen: Güter-Expedient Büchner von Berlin nach Leipzig, Stationsvorsteher 2. Klasse Walther von Trebbin nach Kossleben, Stationsvorsteher 2. Klasse Pasewald von Jossen nach Trebbin.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Vom 1. d. M. ab haben wir die Führung der Handels-, Genossenschafts- und Musterregister für unseren Bezirk übernommen. - Im Jahre 1890 wird die vorgeschriebene Bekanntmachung der Eintragungen a. in die Zeichen- und Musterregister durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, b. in die übrigen Register durch letzteren und das Templiner Kreisblatt erfolgen.

Lychn, den 15. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 44.

Den 31. Oktober

1890.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

20. Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 21. d. Mts., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 12. November d. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 11. November d. J. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 12. November d. J. in den Morgenstunden von 8 Uhr ab offen liegen wird. In diesen Büreaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 22. Oktober 1890.

Der Minister des Innern. Herrfurth.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

221. Es ist der Fall vorgekommen, daß bei der Schätzung der dem Besitzer eines wegen Rossheuenverdachts getödteten, bei der Section aber gesund befundenen Pferdes (§ 17 des Preussischen Gesetzes vom 12. März 1881, betreffend die Ausführung des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880) der Werth der nugharen Cadavertheile zum Schaden der Staatskasse nicht gemäß § 59 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 abgerechnet worden ist.

Die Bekanntmachung vom 5. März 1861 (Amtsblatt Seite 87/88) bestimmt zwar, daß das außer der Viehseuche abgestandene, d. h. alles zum ferneren Gebrauch der Menschen untüchtig gewordene, also auch das deshalb getödtete, ingleichen das beim Schlachten unrein befundene Vieh dem Abbeder anzufügen ist; hieraus ergibt sich indessen keine Berechtigung des Abbeders, in Fällen der polizeilich angeordneten Tödtung von Thieren, welche später gesund befunden werden, dem Besitzer die volle Ausnutzung des Cadavers vorzu-enthalten. Vielmehr ist in diesen Fällen der Besitzer verpflichtet, von dem amtlich abgeschätzten Werthe des Cadavers sich den Werth der nugharen Theile anrechnen zu lassen.

Hiernach haben sich die Ortsbehörden, die bei der

Tödtung theilhaftigen Beamten und Viehbesitzer, sowie die Abbeder zu richten.

Potsdam, den 18. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die anderweite Abgrenzung der Baukreise Perleberg und Rauen.

222. Die in der zweiten Extra-Beilage zum 39. Stück des diesseitigen Amtsblattes vom 29. September 1882 veröffentlichte Nachweisung der Geschäftskreise der Baubeamten im Regierungsbezirk Potsdam wird dahin abgeändert, daß die im Kreise Westhavelland belegenen Amtsbezirke Berge und Treumen von dem Baukreise Perleberg abgezweigt und dem Baukreise Rauen vom 25. Oktober d. J. ab zugelegt werden.

Potsdam, den 22. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Beauftragter der Tiefbau-Berufsgenossenschaft.

223. Als Vertrauensmann bezw. Beauftragter im Sinne der §§ 82 ff. des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 ist Seitens der Tiefbauberufsgenossenschaft für den hiesigen Regierungsbezirk für das Jahr 1. Oktober 1890/1891 der Bauunternehmer Gottl. Lange zu Charlottenburg, Spreestraße 19, und als dessen Stellvertreter der Tiefbauunternehmer Herm. Frosch in Berlin, Handelsstraße 9, bestellt worden.

Potsdam, den 23. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Beauftragter der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik.

224. Als Beauftragter im Sinne der §§ 82 ff. des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 ist Seitens der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik für den hiesigen Regierungsbezirk vom 1. Oktober 1890 ab der Ingenieur P. Hofemann zu Berlin, Bantelstraße 20, bestellt worden.

Potsdam, den 23. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Erhebung einer Abgabe am Lieper See.

225. Der im 37. Stück des Amtsblattes von 1887 Seite 350 ff. zum Abdruck gelangte Bollwerks- und Stättelgebsditarif der Ablage am Lieper See ist auf drei Jahre verlängert worden.

Potsdam, den 25. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

226. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Bauergutsbesizers Werdermann zu Gutenpaaren, Kreis Westhavelland, und bei einer Kuh des Gastwirts Schmidt zu Michelsdorf, Kreis Zauch-Belzig;

die Influenza (Brustseuche) unter den Remonten des zum königlichen Remontedepot zu Barenth gehörigen Vorwerks Behlesanz, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen des ~~Hofes~~ ~~Forst~~ zu Bagenitz, Kreis Westhavelland, des Rittergutes Selchow, Kreis Teltow, unter dem Rindvieh der Rittergüter Gnewekow und Langen, Kreis Ruppín, und unter den Rindviehbesitzern der Gutsbesitzer Gottlieb Wäger, Friedrich Bockhorn und Wilhelm Jonas zu Schmergow, Kreis Zauch-Belzig.

Erloschen ist:

der Milzbrand unter den Rindern des Wägners Kühne zu Wensickendorf, Kreis Niederbarnim;

die Influenza unter den Pferden des Gemeindevorstehers Stolp zu Dallgow, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche in Buxtehmarkt, Kreis Osthavelland, in Berge, Kreis Westhavelland und unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers Wilhelm Schmidt zu Schmergow, Kreis Zauch-Belzig;

der Bläschenausschlag unter den Kühen der Bauerngutsbesitzer Johann Scheel und Wilhelm Scheel zu Görsche, Kreis Ostprignitz.

Wegen Verdachts der Behaftung mit der Pockkrankheit ist unter Beobachtung gestellt je ein Pferd des Hotelbesizers Bergschmidt zu Jüterbog und des Schlächtermeisters Are zu Luckenwalde, Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

Potsdam, den 28. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der königlichen Regierung.

Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainen-Fiskus haften, gegen Feuersgefahr.

12. Die den Besitzern von domainenrentenpflichtigen Grundstücken obliegende Verbindlichkeit, ihre Gebäude gegen Feuersgefahr zu versichern, kann nunmehr auch bei der „Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft“ zu Oldenburg bis zu dem nach den Grundsätzen derselben zulässigen Werthe erfüllt werden.

Dies bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 14. Oktober 1890.

Königliche Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten von Berlin.

Vorschriften für die öffentlich anzustellenden Metall-Probierer.
82. Auf Grund des § 36 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 und einer von Seiten des Ministers für Handel u. ertheilten Ermächtigung werden hiermit in Beziehung auf die öffentliche Anstellung und Vereidigung von Personen, welche die Feststellung des Feingehaltes edler Metalle als Gewerbe betreiben (Metallprobirern), sowie in Beziehung auf den Geschäftsbetrieb der angestellten Metallprobierer für den Bezirk des königlichen Polizei-Präsidiums unter Aufhebung der

Vorschriften vom 3. Juni 1874 folgende Vorschriften ertheilt:

§ 1. Die Vereidigung und öffentliche Anstellung von Metallprobirern erfolgt durch das Polizei-Präsidium nach Maßgabe des Bedarfs.

§ 2. Als Metallprobierer werden nur Personen angestellt, von deren Befähigung, Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit sich das Polizei-Präsidium überzeugt hat.

§ 3. Wer als Metallprobierer angestellt wird, hat folgenden Eid zu leisten:

„Ich u. schwöre, daß ich, nachdem ich zum Metallprobierer bestellt worden bin, alle mir obliegenden Berufspflichten, insbesondere die Vorschriften für die öffentlich anzustellenden Metallprobierer nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will. So wahr u.“

und erhält durch das Polizei-Präsidium eine Befallung über seine Anstellung.

§ 4. Die Metallprobierer führen ein Siegel, welches — außer der Angabe ihres Namens und Wohnorts — die Umschrift „vereideter Metallprobierer“ enthält. Zur Abstempelung der Barren bedienen sie sich eines kleineren, mit ihrem Namen versehenen Stempels.

§ 5. Die Metallprobierer sind der Aufsicht des Polizei-Präsidiums unterworfen. Letzteres ist befugt, Pflichtwidrigkeiten der Metallprobierer — unbeschadet der etwa verurtheilten gerichtlichen Strafe — mittelst Verweises oder Ordnungsstrafe bis zum Betrage von 15 Mark zu ahnden.

Die Zurücknahme der Befallung erfolgt eintretenden Falles nach Maßgabe der §§ 53, 54 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869.

§ 6. Zur Bestimmung des Feingehalts des Goldes ist das durch die Wiener Münzconvention vom Jahre 1857 vorgeschriebene Goldprobirverfahren, dagegen zur Bestimmung des Feingehalts des Silbers das von Gay-Lussac erfundene Verfahren, auf nassem Wege, bei geringen Feingehalten die Couppellation maßgebend und erfolgt die Feingehaltsangabe des Goldes, wie des Silbers in den zum Probiren eingebrachten Metallen nach Tausendtheilen der Probirgewichtseinheit. Der zur Gehaltsangabe dienende kleinste Gewichtstheil ist demnach in der Regel ein Tausendtheil und kann eine Gehaltsangabe unter einem Tausendtheil nicht verlangt werden.

§ 7. Von jedem Metallbarren bezw. König, der dem Metallprobierer zur Bestimmung des Feingehalts übergeben wird, kann bezw. muß derselbe, wenn solches der Gestalt nach zulässig ist, von der oberen und unteren Fläche einen Auszieß zum Probiren entnehmen und möglichst gleiche Theile der beiden Parteien zur Probe-einwägung verwenden. Es ist ihm aber gestattet, die Probe mittelst Bohrer aus dem Innern des Barrens bezw. Königs zu entnehmen. Ebenso ist ihm gestattet, eingelieferte Stücke oder Körnerproben auf ihren Feingehalt zu untersuchen. Sämmtliche Probemetalle sind, bevor sie zur Wägung verwendet werden, mit einem Magneten zu durchziehen, um etwa vorhandene Eisen-

theilchen zu entfernen. Auf den Barren hat er eine Nummer und seinen Stempel, wenn Platz dazu vorhanden ist, andernfalls wenigstens seine Namen-Chiffre einzuschlagen.

§ 8. Für das Ausbauen eines Barrens bezw. Königs, das Aufschlagen einer Nummer und des Namens des Probirers, kann derselbe 15 Pfennige für das Stück vergütigen lassen.

§ 9. Bei Gehaltsunterschieden einer zum Probiren eingelieferten Probe oder zweier Ausziehproben eines Barrens oder Königs muß stets der niedrigste Feingehalt angegeben und der gefundene Gehaltsunterschied auf dem Probirschein bemerkt werden.

§ 10. Das für eine Gehaltsprüfung einzubringende, dem Probirer verbleibende Probemetall soll im Gewicht nicht mehr betragen als höchstens:

- a. für eine Goldprobe 1,5 Gramm,
- b. für eine Goldsch-Silberprobe 5 Gramm,
- c. für eine Silberprobe 5 Gramm.

§ 11. An für die Feingehalts-Ermittlung und Feststellung zu zahlenden Probirgebühren darf der Metallprobirer nicht mehr verlangen, als höchstens:

- a. für eine Goldprobe einschl. Silbergehaltsangabe 2 Mark,
- b. für eine Goldsch-Silberprobe oder goldhaltige Kupferprobe 1,25 Mark,
- c. für eine Silberprobe 0,75 Mark,
- d. für eine Krätzprobe mit Gold- und Silberbestimmung mittelst Ansieden oder Schmelzen im Tiegel oder Tute 6 Mark.

§ 12. Proben, die im Laufe des Vormittags bis 11 Uhr dem Metallprobirer Beaufs Ermittlung des Feingehalts übergeben werden, müssen, insofern nicht besondere Hindernisse entgegenstehen, noch an demselben Tage angefertigt und auch die Probirscheine darüber verabsolgt werden. — Für Proben, die von 11 Uhr Vormittags ab eingehen und einer sofortigen Prüfung unterzogen werden sollen, können erhöhte Probirgebühren verlangt werden. —

§ 13. Der Metallprobirer stellt gegen Bezahlung der Probirgebühren über den Feingehaltsbefund einen Probirschein aus, auf welchem die Nummer der Probe beziehungsweise des Barrens angegeben und der Feingehalt in Zahlen und Buchstaben ausgedrückt ist. Dem Probegeber muß eine Abschrift des Probirscheins unentgeltlich auf Verlangen verabsolgt werden; ist dieses Verlangen auf mehrere Ausfertigungen gerichtet, so kann der Probirer dafür eine Vergütung bis zu 20 Pfennigen für das Stück fordern.

§ 14. Der Metallprobirer ist für die auf dem Probirschein gemachte Gehaltsangabe verantwortlich und bleibt für den durch eine falsche Gehaltsangabe, — gleichviel ob solche aus einem mangelhaften Probirverfahren, Irrthum oder Schreibfehler hervorgegangen ist — entstehenden Schaden civilrechtlich haftbar.

Soweit es bei der über die Geschäftsführung des Probirers zu übenden Aufsicht auf eine technische Beurtheilung ankommt, namentlich bezüglich der zu ge-

staltenden Fehlergrenze und der wegen etwaiger Ungleichheiten im Metall als unvermeidlich zu dußenden Abweichungen in den Gehaltsangaben, ist für den Metallprobirer das darüber einzuholende Gutachten des königlichen Ober-Münzwardeins maßgebend.

§ 15. Ueber die angefertigten Proben hat der Probirer ein Journal zu führen, in welches die einzelnen Proben der Reihe nach, wie sie eingehen, täglich in der Art eingetragen werden, daß darin Monat und Datum, der Name des Probegebers, die Nummer der Probe bezw. des Barrens, Königs u., der Feingehalt derselben, sowie die eingezahlten Probirgebühren leicht zu übersehen sind. Das Journal muß ordnungsmäßig zur Einsicht der Polizei-Behörde stets bereit liegen.

§ 16. Der Ein- und Verkauf von edlen Metallen ist dem Metallprobirer gänzlich untersagt. Der Metallprobirer darf in keinerlei Zusammenhang, selbst nicht in einem räumlichen, mit Scheideanstalten, Edelmetallhandlungen, Fabriken, welche Edelmetall verwenden u. s. w., stehen.

Berlin, den 8. Oktober 1890.

Königliches Polizei-Präsidium. von Richthofen.

Bekanntmachung.

§ 3. Diesem Stücke des Amtsblattes ist eine Extrablattlage beigelegt, welche die in der General-Versammlung vom 28. Mai d. J. beschlossenen Aenderungen der Revidirten Statuten der Lebensversicherungs- und Ersparnis-Bank in Stuttgart sowie die darauf bezügliche Genehmigungs-Urkunde vom 23. August d. J. enthält.

Ich weise darauf mit dem Bemerken hin, daß die Konzeption für diese Bank zum Geschäftsbetriebe in Preußen im Stück 32 des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 9. August 1861 und die Revidirten Statuten nebst Aenderungen u. im Stück 25 desselben Blattes vom 24. Juni 1887 bezw. in der Extrablattlage zum Stück 11 vom 15. März 1889 veröffentlicht worden sind.

Berlin, den 19. September 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

§ 4. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgeliessene Briefe, in welchen bei der Eröffnung die daneben vermerkten Beträge vorgefunden worden sind: an Madame Acquaviva in Neapel 100 Mark, 10. Februar 1890, an Pohl in Hamburg 1 Mark, 2. Juni 1890, an Emmy Fischer in Berlin 50 Mark, 3. Juni 1890, an Frau Agnes Schwaner in Hirschberg (Schles.) 60 Mark, 12. Juni 1890, an Lemmer, Düsseldorf, 1 Mark, 23. Juni 1890, an Matthias, Berlin, Charité, 2 M. 90 Pf., 16. August 1890, an Müller, Straßburg (Westpr.) 50 Pf., 21. August 1890. Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb 4 Wochen

— vom Tage der Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen vorgefundnen Beträge der Post-Armenkasse überwiesen werden.

Berlin C., den 23. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unanbringliche Postanweisungen.

95. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgelieferte, unanbringliche Postanweisungen an: Schrader & Co. in Bremen über 17 M., 23. Dezember 1889, Birkendorf in Cassel über 3 M., 8. März 1890, Husemann in Hörter über 50 Pf., 11. März 1890, Pagentopf in Rathenow über 2 M. 50 Pf., 11. März 1890, Gerichtskasse in Straßberg über 80 Pf., 12. März 1890, Dristrankenliste der Zimmerer in Berlin über 30 Pf., 26. März 1890, Chemische Laboratorium von Dr. Pittsche Berlin über 2 M. 90 Pf., 31. März 1890, Siedner, Berlin, Klosterstraße 42, über 1 M. 20 Pf., 11. April 1890, Dristrankenliste der Maler in Berlin über 1 M. 45 Pf., 17. April 1890, Böhm, Neustadt, Kirchstraße 11, über 15 M., 19. April 1890, Bühr in Bergen über 4 M., 12. Mai 1890, Kirchhofs-Inspektion in Berlin über 5 M., 13. Mai 1890, Fied in Berlin, u. d. Linden, über 6 M. 53 Pf., 13. Mai 1890, Mohland in Berlin, Potsdamerstraße 134, über 15 M., 22. Mai 1890, Amtsgericht I. in Berlin über 95 Pf., 31. Mai 1890, Horstmann in Bünde (Westf.) über 6 M., 4. Juni 1890, Gerichtskasse in Bialla über 20 Pf., 4. Juni 1890, Brauer in Kummelsburg (Hln.) über 6 M. 60 Pf., 10. Juni 1890, Stahl in Bredow b. Stettin über 15 M., 10. Juni 1890, Schimpf in Leipzig über 20 M., 1. Juli 1890, Leibusch Rosenberg in Dt. Krone über 20 M. 50 Pf., 2. Juli 1890, Ferd. Klinghardt in Seifersdorf (Schles.) über 12 M., 12. Juli 1890, Golis in Berlin, Belle-Alliancestraße 107, über 20 Pf., 13. Juli 1890, Gerichtskasse in Köln über 4 M. 60 Pf., 15. Juli 1890, Hannes in Dresden über 4 M., 24. Juli 1890, Gerolla in Meibenburg über 6 M., 21. August 1890, Staatsanwaltschaft beim Landgericht I. in Berlin über 4 M., 1. September 1890, Meerges in Schmölln über 5 M., 9. September 1890.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Beträge der Postarmenkasse überwiesen werden.

Berlin C., den 23. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

96. Bei der Ober-Postdirektion lagern folgende an den angegebenen Tagen im Jahre 1890 zur Post gegebene Einschreibbriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin,

mit dem Bestimmungsort Berlin.

An le comte du Chastel de la Howadris 14. Januar, an M. Bolter 24. Mai, an Regensburger 2. Juni, an Majert 2. Juni, an Krause 4. Juni, an Richter 4. Juni, an v. Forkenbe 4. Juni, an Ritsche 6. Juni, an Roak 9. Juni, an Albrecht 12. Juni, an Körker 13. Juni, an Holz 14. Juni, an Lotti 18. Juni, an Aschenbrenner 20. Juni, an Käsebier 21. Juni, an Gotthardt'sche Verlag 23. Juni, an Müller 24. Juni, an Bertle 25. Juni, an Meier 26. Juni, an Boldt 27. Juni, an Hade 27. Juni, an Micholowsky 27. Juni, an Goldfeder 28. Juni, an Nowka 28. Juni, an Zöllner 28. Juni, an Pribbenow 28. Juni, an E. L. Schmidt 30. Juni, an Meier 30. Juni, an Jentsch 30. Juni, an Spahr 1. Juli, an Stiefler 3. Juli, an Cohn 3. Juli, an Junge 7. Juli, an Köhl 8. Juli, an Breyer 8. Juli, an Krüger 12. Juli, an Kaufmann 14. Juli, an Senff 20. Juli, an A. Baumann 28. Juli, an P. Klenke 1. August, an E. Mattuschek 1. August, an Tilsner 5. August, an Klaus 7. August, an Broda 9. August, an O. Reubed 12. August, an Krause 14. August, an Henr. Arnold 14. August, an Wittwe Rende 20. August.

B. Aufgeliefert in Berlin,

mit anderen Bestimmungsorten.

An Stanke, Rosario, 5. Januar, an v. Krause, Halle (S.), 7. Januar, an Müller, Charkow, 7ten März, an The Bank of the State, Chicago, 5. April, an Anna Scheer, Friedrichshagen, 15. April, an John Mangold in Omaha, Nebraska (Amerika), 24. April, an Joh. Spöhr, Moskau, 2. Mai, an M. D. Wolff, Moskau, 2. Mai, an Marie Debicka, Menton, 7. Mai, an Stefanowicz, B. Baden, 22. Mai, an Rendant Koch, Genthin, 29. Mai, an Helene Cohn, Warschau, 30. Mai, an Taubert, Hamburg, 2. Juni, an Wartyzka, Leipzig, 3. Juni, an Gerwien, Mannheim, 3. Juni, an Roker, Neu-Weißensee, 4. Juni, an Palecek, Moste (Böhmen), 12. Juni, an Gropp, Braunschweig, 13. Juni, an Hübner, Strassburg Amst., 13. Juni, an Geyer, Mariaschein bei Tepliz, 16. Juni, an Krajewski, Rjoge, 17. Juni, an Lichtenkaedt, Karlsbad, 24. Juni, an Bronna, Charlottenburg, 26. Juni, an Scholwien & Peters, Hamburg, 26. Juni, an E. P. Magnus, Frankfurt (M.), 26. Juni, an Mahlow, Friedrichsberg, 27. Juni, an Cappel, Köln (Rhein), 27. Juni, an Totalisator-Verwalter, Hamburg, 27. Juni, an Seidel, Schweidnitz, 28ten Juni, an Streblow, Friedrichsberg, 30. Juni, an Raabe, Friedrichsberg, 30. Juni, an E. Herrmann, Lemberg, 2. Juli, an Bernede, Pfaffenborn, 9. Juli, an A. Schulze, Herzfelde, 11. Juli, an Diesler, Worfelbe, 13. Juli, an Beeken, Martinidensfelde, 14. Juli, an Magdeb. Hagel-Versicherung, Magdeburg,

14. Juli, an Haferstroh, Schöneberg, 14. Juli, an E. Maier, Magdeburg, 14. Juli, an Grafnid, Spreenhagen, 16. Juli, an Friedrich, Brielow bei Brandenburg a. H., 23. Juli, an Harryers, Stettin (2 Briefe), 28. Juli, an Fr. Träbert, Charlottenburg, 30. Juli, an Hoppe, Königsberg (Preußen), 1. August, an Ratan, Hamburg, 5. August, an Hepprich, Nordjansen bei Jaroschin (Pm.), 5. August, an v. Alten, Frauenfeld (Schweiz), 5. August, an Hirschberg, Rogowo (Bez. Vbg.), 5. August, an R. Ratan, Hamburg, 8. August, an Eichholz, Bremen, 12. August, an Aug. Brandt, Gelfeld bei Bergfriede Dkpr., 12. August, an Hirschberg, Rogowo (Bez. Vbg.), 30. August, an Willkau in Straußhausen (Bhf.), 31. August, 1 Postauftrag nach Nordhausen, 29. April, 1 Postauftrag nach Berlin (Invalidenstr.), 17. Mai, 1 Postauftrag nach Arnstadt, 11. Juni, 1 Postauftrag nach Nordhausen, 11. Juni, 1 Postauftrag nach Leipzig, 11. Juni.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der hiesigen Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigensfalls mit den Sendungen nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden wird.

Berlin C., 23. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

97. Bei dem Postamt 90 (Veteranenstraße) wird am 1. November der Telegraphenbetrieb eingerichtet. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden für die betreffende Geschäftsstelle an den Wochentagen von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends und an den Sonn- und Feiertagen von 8 bis 9 Uhr Morgens und von 5 bis 7 Uhr Abends festgesetzt.

Berlin C., den 23. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Verlegung des Postamts 48 (Friedrichstraße).

98. Am 31. Oktober Abends nach Dienstschluß wird das Postamt 48 von dem Hause Friedrichstraße Nr. 231 nach dem Hause Nr. 227 derselben Straße verlegt.

Berlin C., den 25. Oktober 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

23. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Fräulein Koncordia Blumner zu Baugen, Kasernenstr. 7 II. die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ igen Staatsanleihe a. von 1885 Lit. D. Nr. 15612, 15613, 15614 über je 500 M., b. von 1886 Lit. E. Nr. 40343 über 300 M., c. von 1887/1888

Lit. C. Nr. 141582 bis 141586 über je 1000 M. und Lit. D. Nr. 169139 über 500 M. beim Umzuge von Altenburg nach Baugen angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Blumner anzuzeigen, widrigensfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 20. Oktober 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

12. Nach Vorschrift der §§ 39, 41, 46 und 47 des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung von Rentenbanken (Ges.-S. 1850 S. 119) wird am 18. November d. J. Vormittags 10 Uhr, in unserem Geschäftslokale, Klosterstraße Nr. 76 hiersebst, die halbjährliche Auslosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgeloseter und eingelieferter Rentenbriefe nebst Coupons, unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 22. Oktober 1890.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

42. Mit Gültigkeit vom 1. November d. J. wird die für die Stationen Altenwillershagen, Bergsdorf, Gelbensande, Hammelspring, Horst i. Vorpomm., Kenz, Klein-Ruß, Reuhof i. d. M., Rövershagen, Saatel und Vogelsang bestehende Beschränkung, nach welcher Sendungen mit Nachnahmebelastung im Versande ausgeschlossen sind, aufgehoben.

Berlin, im Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

63. Am 1. November 1890 gelangt zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg vom 1. August 1889 der Nachtrag IV. zur Einführung. Derselbe enthält: 1) Kontrol-Vorschriften für Ausfuhr-güter über Binnenstationen; 2) Aenderung der Vorbemerkungen zum Kilometerzeiger; 3) Aufhebung bestehender Entfernungen und Tariffätze mit der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn; 4) Neue Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen des Direktionsbezirks Magdeburg: Anderbed, Badersleben, Debesleben, Dingelsiedt, Eilenstedt, Meine, Nienburg a. S., Rötgesbüttel, Schwanebed und Vogelsdorf; für die Station der Stendal-Tangermünder Eisenbahn: Tangermünde; für die Station des Direktionsbezirks Bromberg: Sehlen. Ferner anderweite ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen des Direktionsbezirks Magdeburg: Baalberge, Bebig, Bernburg, Biendorf, Cönnern,

Verlebst, Nauendorf und Walkwig; 5) Verlichtigungen und Ergänzungen. Die vorstehend unter 1 genannten Kontrollvorschriften gelten auch für den Verkehr zwischen den Stationen des Direktionsbezirks Bromberg unter einander, sowie zwischen diesen und den Stationen der

sämmtlichen übrigen preussischen Staatsbahnen. Die Nachträge sind durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgaben unseres Direktionsbezirks zu beziehen.

Bromberg, den 15. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

36.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Land-Belzig genehmigten Gemarkungs-Veränderungen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Entstehender (Ute- resp. Gemeindebezirk.	Künftiger (Ute- resp. Gemeindebezirk.
1	Fiskalische Dorfstraßenparzelle von 1 a 02 qm Flächeninhalt zu Michendorf (Kartenblatt 2 Flächenabschnitt 294/190), jetzt dem Eigentümer Friedrich Kummeler zu Michendorf gehörig.	Fiskalischer Gutsverband.	Gemeindebezirk Michendorf.
2	Parzelle des im Grundbuche von Michendorf Band III. Blatt 94 verzeichneten (Wels'schen) Grundstücks von 1 a 02 qm Flächeninhalt (Kartenblatt 2 Flächenabschnitt 292/160, jetzt dem Königlichen Domänen-Fiskus gehörig.	Gemeindebezirk Michendorf.	Fiskalischer Gutsverband.

Belzig, den 13. Oktober 1890.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Land-Belzig.

Personal-Chronik.

Im Kreise Angermünde ist an Stelle des nach Freimwalde verjegenen Gräfl. von Rodern'schen Generaldirektors Brunner der Generaldirektor Hahn zu Greiffenberg zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 21. Bezirks Günterberg ernannt worden.

Im Kreise Ostprignitz sind der Gutspächter Reitzbauer zu Gantkow und der Rittergutsbesitzer Weber zu Klesterhof nach Ablauf ihrer Amtszeit aufs Neue zum Amtsvorsteher bzw. dessen Stellvertreter für den Amtsbezirk XLI. Mochow ernannt worden.

Die Försterstelle Wildfang in der Oberförsterei Pechteich ist vom 1. Dezember d. J. ab dem Förster Hücker zu Klein-Dölln, Oberförsterei Groß-Schoenebeck, übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Vice-Feldwebel Forst-aufseher Meißner zu Melzow in der Oberförsterei Gramzow ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Klein-Dölln in der Oberförsterei Groß-Schoenebeck vom 1. Dezember d. J. ab übertragen worden.

Die Aufseher der königlichen Strafanstalt zu Brandenburg Wilhelm Schmidt I. und Carl Alten-firch treten mit dem 1. November d. J. in den Ruhestand.

Bei der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind: 1) der Geheime Rechnungsrath Meyer als Kataster-Inspektor bestellt, 2) den Katasterkontrollen Schaefer und Buth die Verwaltung der Katasterämter Berlin I. Nordwest bzw. Centrum übertragen, 3) die Kataster-Kontrollen Piehler und Stöcker in Folge Ernennung zu Kataster-

Inspektoren bei den königlichen Regierungen zu Königsberg i. Pr. bzw. Potsdam ausgeschieden, 4) der Secretariats-Assistent Kroll zum Regierungs-Secretair befördert, 5) der Civilsupernumerar Wolter als Secretariats-Assistent angestellt, 6) die Civilamwärter Basse, Gufke, Raabe II., Eisenach, Rabe II., Hermich als Civilsupernumerare angenommen, 7) der Steuer-erbeter und Vollziehungsbeamte Bösch II. in den Ruhestand versetzt, 8) der Steuererheber und Vollziehungsbeamte Kluth in Folge Uebertritts zum königlichen Leibant ausgeschieden, 9) der Militäramwärter Lehmann als Kanzleidiätar angenommen, 10) der Militäramwärter Großmann als Kanzleidiener angestellt und 11) der Rendant der Steuerkasse, Rechnungsrath Schäffer, sowie der Regierungssecretair Popiolet verstorben.

Der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind:

überwiesen: der Bau-Inspktor Böttger, bisher im königlichen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, die Regierungs-Assessoren Dr. von Lepell und Pöblant von der königlichen Regierung zu Elberfeld bzw. Magdeburg;

angenommen: die Militäramwärter, Vice-Bachmeister Wilhelm Voigt, Zahlmeister-Aspirant Theodor Koerber, Kanzlei-Diätar Karl Kohlmann, Bau-schreiber Karl Theyl, als Bureau-Diätare, der Primaner Albert Schulz und der Justiz-Anwärter Richard Lebus als Zivil-Supernumerare, der Militäramwärter, Vice-Feldwebel Hugo Sennewald, als Kanzlei-Diätar, der Lazarethwärter Johann Froelich als Hauswächter;

ausgeschieden: der Regierungsrath Stolzmann,

sowie der Bauinspektor Rutmänn in Folge ihrer Versetzung an die königliche Regierung in Marienwerder bezw. Cassel, der Bureau-Diätar Lenz in Folge Anstellung beim königlichen Ober-Hofmarschall-Amt, der Bureau-Diätar Ditz in Folge Anstellung bei der königlichen General-Staatskasse, der Kanzlei-Diätar Bosh, sowie der Hauswächter Wiede in Folge ihres Uebertritts zum Reichs-Versicherungsamt bezw. in den Kommunaldienst.

Der bisherige Pfarrer in Niederwerbig, Otto Hermann Rupprecht, ist zum Pfarrer der Pfarodie Haseloff, Diözese Pölzig, bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Dr. Gerhard Martin Friedrich Karl Schwabe ist zum Pfarrer der Pfarodie Nietdorf, Diözese Dahme, bestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Hauptlehrer Johann Gottlieb Karl Hübner zu Alt-Ölitz, Diözese Cöslitz II., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Personal-Veränderungen des königlichen Oberbergamts in Halle a. S. im Bezirke der königlichen Regierung in Potsdam während des 3. Vierteljahres 1890.

Der bisher bei der königlichen Berginspektion in Staßfurt beschäftigt gewesene Bergsekretär Hartnauß wurde an die königliche Berginspektion in Müdersdorf versetzt. Bei letzterer trat der Bergsekretär Pichin in den Ruhestand. Die Stelle des Buchhalters und Kassens-kontrolleurs daselbst wurde dem Schichtmeister Hoffmeyer übertragen.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1891 werden

die Gerichtstage in Putzig am 5. und 10. Januar, 2. und 16. Februar, 2. und 16. März, 6. und 20. April, 4. und 11. Mai, 8. und 22. Juni, 6. und 13. Juli, 14. und 28. September, 12. und 26. Oktober, 9. und 23. November, 7. und 21. Dezember in dem im Rathhause zu Putzig befindlichen Gerichtszimmer abgehalten werden. Auf den Gerichtstagen können auch Anträge auf Eintragungen in die Landgüterrolle gestellt werden.

Prigwall, den 15. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1891 sind die Gerichtstage in Warnow auf den 5. Januar, 2. Februar, 9. März, 4. Mai, 6. Juli, 5. Oktober, 2. November, 14. Dezember festgesetzt und werden in dem Carl Müller'schen Gasthose abgehalten.

Perleberg, den 11. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Öffentliche Bekanntmachung.

Die Gerichtstage in Pehnin sind für das Jahr 1891 auf folgende Tage festgesetzt: den 15. und 16. Januar, 19. und 20. Februar, 19. und 20. März, 16. und 17. April, 14. und 15. Mai, 11. und 12. Juni, 9. und 10. Juli, 13. und 14. August, 17. und 18ten September, 15. und 16. Oktober, 12. und 13. November, 10. und 11. Dezember. An jedem zweiten Gerichtstage (Freitag) werden Erklärungen und Anträge in Grundbuchsachen und Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit entgegengenommen.

Brandenburg a. H., den 7. Oktober 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. auf.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Wilhelm Kleis, Schuhmacher,	geboren am 29. Mai 1860 zu Basel, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	einfacher und schwerer Diebstahl (1 Jahr drei Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 23. Juli 1889),	kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	20. September 1890.
2	Isidor Rosenzweig, Handelsmann,	geboren am 28. Oktober 1860 zu Podgorze, Galizien, ortsangehörig ebendasselbst,	einfacher und schwerer Diebstahl und Hehlerei (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Oktober 1885),	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Posen,	desgleichen.
3	Peter Wydryr, Gutsbesitzer,	geboren am 14. Juli 1852 zu Hallist, Kreis Parnau-Kellin, Gouvernment Livland, Rußland, ortsangehörig zu Penne-Kiell, Gouvernment Livland,	Münzverbrechen (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 11. Juli 1884),	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	3. Mai 1890.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
4	Ludwig Wielawski (Wielawska), Schuhmacher,	30 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Kolbuszowa, Galizien,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Straß- burg,	20. September 1890.
5	Johann Nepomuk Kraus, Dienstknecht,	geboren am 27. Mai 1866 zu Waltenbach, Gemeinde Mühlthal, Bezirk Leoben, Steier- mark, ortsangehörig zu Koschütz, Bez. Tachau, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Laufen,	19. September 1890.
6	Franz Sokol, Arbeiter,	geboren im Jahre 1852 zu Eilowitz, Bezirk Wagstadt, Oesterreich, ortsangehörig ebendaß.,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	22. September 1890.
7	Eduard Stastny, Goldarbeitergehilfe,	geboren am 22. Februar 1847 zu Wien, Oester- reich, ortsangehörig zu Pilsen, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	7. Juli 1890.

Hierzu
eine Extra-Beilage, enthaltend die Aenderungen der Revidirten Statuten der Lebensversicherungs- und
Ersparniß-Bank in Stuttgart,
sowie Drei Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage zum Königlich Regierungs- und Amtsblatt

Den angeschlossenen, in der Generalversammlung vom 28. Mai d. J. beschlossenen, Seitens der Königlich Preussischen Staatsregierung unter dem 12. Juni d. J. genehmigten

Änderungen der Revidirten Statuten der Lebensversicherungs- und Ersparnis-Bank in

wird die in der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 15. Mai 1860 vorbehaltene Genehmigung — mit Rechte der Beteiligten — hierdurch erteilt.

Berlin, den 23. August 1890.

Genehmigungsurkunde
I. A. 7090.

(L. S.)

Der Minister des Innern
Im Auftrage:
(gez.) K. v. Hermann.

Statuten-Änderungen.

Zu § 4 Seite 8, erste Linie, statt „1. Januar 1889“ einzufügen:

„1. Juli 1890“.

Zu § 23. Nach 5jähriger Zurückhaltung werden die Überschüsse an die Bankmitglieder (auf Todesfall Versicherte) als Dividende zurückvergütet und zwar wird die prozentuelle Höhe der in einem Kalenderjahr zur Verteilung kommenden Dividende je im November des vorhergehenden Jahres nach dem Durchschnitt berechnet, welcher sich aus den jeweilig im Sicherheitsfonds ruhenden verfügbaren Überschüssen nach Maßgabe der daran teilnehmenden Prämien ergibt.

Sollten im laufenden Rechnungsjahr bis zur Zeit der Ausweisung außergewöhnliche Schadenfälle eingetreten sein, so ist bei Feststellung der Dividende hierauf entsprechende Rücksicht zu nehmen.

Zu § 25 A. II. in der 4. Linie nach dem Worte „a b“ — einzuschalten:

„infolge Vererbung dieser Dividenden“

und am Schlusse dieses Paragraphen (hinter der Anmerkung) anzufügen:

„Die Feststellung sämtlicher Dividendensätze erfolgt durch die Direktion mit Genehmigung des Verwaltungsrats.“

Zu § 28 B. 1. „Die zu versichernde Person soll in Europa ihren Wohnsitz haben; Ausnahmen sind mit Genehmigung des Verwaltungsrats zulässig.“

Zu § 38 Seite 33 in der ersten Linie hinter dem Worte „benützt“ einzuschalten:

„oder wird das Gesuch um Intraffsetzung abgelehnt“.

Zu § 45. Im Falle der Selbstentleibung der Versicherte an den Folgen einer versuchten Selbsttötung, wird die volle Versicherungssumme ausbezahlt, wenn die Versicherung schon mindestens fünf Jahre in Kraft gewesen ist, wenn bei kürzerer Dauer der Versicherung die weisbar infolge von Geistesstörung oder schwerer Krankheit begangen wurde. Die Entscheidung einer der beiden letzteren Fälle vorliegt, steht aus der Direktion und im Falle der Berufung an den Beauftragten dieser Stelle zu. Eine Nachvergütung rückständige findet nicht statt.

In allen andern Fällen wird das auf die angesammelte volle Deckungskapital — im Falle der Vererbung der Dividende — vergütet.

Die gleiche Abfertigung wie in Absatz 2 an dem Versicherten zufolge gerichtlichen Urteils bei vollzogen wurde oder derselbe aus Anlaß eines Verbrechens das Leben verlor.

Wurde der Tod durch diejenige Person, welche die Versicherungssumme zufallen würde, vorsätzlich herbeigeführt, fällt die versicherte Summe nebst Dividende der Witwe in letzterem Fall der Schuldbige nur auf die Versicherung Anspruch, so findet die vorstehende auch nur auf diesen Teil Anwendung.

Zu § 57 in der 2. Linie hinter dem Worte einzuschalten:

„desjenigen, der über die Police zu berechtigt ist“.

dagegen die Worte „des Versicherten“ zu streichen

f.

Württemberg-

Stuttgart

abgeschadet der

nern.

3 der Police

g oder wenn
Abfentleibung
hlt, wenn die
ist war, oder

That nach-
f körperlicher
darüber, ob
schließlich der
rwaltungsrat
k Dividenden

Versicherung
§ 25 A. I.

erfolgt, wenn
e Todesstrafe
von ihm ver-
lor.

cher die ver-
eigeführt, so
bant anheim.
nen Teil der
Bestimmung

orte „seiten“

verfügen be-

l.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 45.

Den 7. November

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Fähigkeits-Zeugnisse für beamtete Thierärzte.

227. Der 2. Absatz im § 3 des **Regulativs für die Prüfung der Thierärzte, welche das Fähigkeits-Zeugnis für die Anstellung als beamteter Thierarzt zu erwerben beabsichtigen**, ist seitens des Herrn Ministers für Landwirth-

schaft, Domainen und Forsten unterm 22. d. M. aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Bei dem Prädikat „Sehr gut“ und „Gut“ in der Approbation erfolgt die Zulassung frühestens 2 Jahr, in allen anderen Fällen frühestens 3 Jahr nach erfolgter Approbation.“

Potsdam und Berlin, den 31. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

228. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat September 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1	32,34	30,60	2,06	0,52	0,97	2,02	0,94	1,32	0,80	1,60
2	32,36	30,58	2,08	0,50	0,97	2,02	0,94	1,32	0,58	1,70
3	32,36	30,60	2,16	0,48	0,96	2,04	0,92	1,32	0,58	1,84
4	32,36	30,60	2,14	0,50	0,95	2,02	0,90	1,32	0,56	1,88
5	32,36	30,60	2,16	0,52	0,95	2,04	0,90	1,32	0,56	1,92
6	32,36	30,62	2,16	0,52	0,94	2,04	0,90	1,32	0,56	2,04
7	32,32	30,60	2,18	0,48	0,95	2,00	0,92	1,32	0,56	2,20
8	32,34	30,60	2,18	0,52	0,95	2,00	0,90	1,32	0,54	2,36
9	32,34	30,62	2,18	0,50	0,94	2,02	0,90	1,32	0,54	2,62
10	32,34	30,64	2,20	0,52	0,94	2,02	0,90	1,32	0,54	2,92
11	32,32	30,60	2,18	0,52	0,94	1,98	0,88	1,32	0,54	3,68
12	32,30	30,60	2,18	0,52	0,96	1,98	0,88	1,32	0,58	4,08
13	32,34	30,60	2,18	0,52	0,95	2,00	0,90	1,32	0,62	4,28
14	32,34	30,60	2,16	0,46	0,93	2,02	0,90	1,32	0,66	4,34
15	32,34	30,60	2,16	0,50	0,93	2,02	0,92	1,32	0,74	4,34
16	32,34	30,60	2,18	0,46	0,92	2,04	0,90	1,32	0,78	4,30
17	32,38	30,60	2,16	0,46	0,91	2,02	0,90	1,32	0,78	4,18
18	32,36	30,60	2,16	0,44	0,89	2,04	0,90	1,32	0,78	4,08
19	32,35	30,58	2,16	0,44	0,88	2,04	0,90	1,32	0,78	3,98
20	32,35	30,60	2,14	0,46	0,88	2,00	0,90	1,32	0,74	3,86
21	32,33	30,56	2,16	0,44	0,87	2,00	0,90	1,32	0,72	3,74
22	32,34	30,56	2,16	0,46	0,87	1,98	0,88	1,32	0,70	3,60
23	32,32	30,58	2,16	0,42	0,86	1,98	0,88	1,32	0,68	3,44
24	32,30	30,56	2,14	0,40	0,86	1,96	0,86	1,32	0,68	3,26
25	32,30	30,54	2,16	0,40	0,85	1,96	0,86	1,32	0,64	3,08
26	32,30	30,56	2,14	0,40	0,85	1,94	0,84	1,32	0,64	2,90
27	32,28	30,54	2,14	0,42	0,87	1,90	0,84	1,32	0,58	2,74
28	32,30	30,56	2,12	0,42	0,87	1,92	0,78	1,32	0,56	2,60
29	32,32	30,58	2,14	0,42	0,86	1,92	0,78	1,32	0,54	2,46
30	32,32	30,56	2,14	0,44	0,85	1,90	0,76	1,32	0,54	2,36

Potsdam, den 1. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers,
betreffend allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln,
vom 5. August 1890.

229. Auf Grund der Bestimmung im § 24 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende -
Allgemeine polizeiliche Bestimmungen
über die Anlegung von Dampfkesseln
erlassen.

I. Bau der Dampfkessel.

Kesselwandungen.

§ 1. Die vom Feuer berührten Wandungen der Dampfkessel, der Feuerröhren und der Siederöhren dürfen nicht aus Gußeisen hergestellt werden, sofern deren lichte Weite bei cylindrischer Gestalt fünfundzwanzig Centimeter, bei Kugelgestalt dreißig Centimeter übersteigt.

Die Verwendung von Messingblech ist nur für Feuerröhren, deren lichte Weite zehn Centimeter nicht übersteigt, gestattet.

Feuerzüge.

§ 2. Die um oder durch einen Dampfkessel gehenden Feuerzüge müssen an ihrer höchsten Stelle in einem Abstand von mindestens zehn Centimeter unter dem festgesetzten niedrigsten Wasserpiegel des Kessels liegen. Dieser Minimalabstand muß für Kessel auf Fluß- und Landseeschiffen bei einem Neigungswinkel der Schiffsbreite gegen die Horizontalebene von vier Grad, für Kessel auf Seeschiffen bei einem Neigungswinkel von acht Grad noch gewahrt sein.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Dampfkessel, welche aus Siederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen, sowie auf solche Feuerzüge, in welchen ein Erglühen des mit dem Dampfraum in Berührung stehenden Theiles der Wandungen nicht zu befürchten ist. Die Gefahr des Erglühens ist in der Regel als ausgeschlossen zu betrachten, wenn die vom Wasser bespülte Kesselfläche, welche von dem Feuer vor Erreichung der vom Dampf bespülten Kesselfläche bestrichen wird, bei natürlichem Luftzug mindestens zwanzigmal, bei künstlichem Luftzug mindestens vierzigmal so groß ist, als die Fläche des Feuerroßes.

II. Ausrüstung der Dampfkessel.

Speisung.

§ 3. An jedem Dampfkessel muß ein Speiseventil angebracht sein, welches bei Abstellung der Speisevorrichtung durch den Druck des Kesselwassers geschlossen wird.

§ 4. Jeder Dampfkessel muß mit zwei zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung versehen sein, welche nicht von derselben Betriebsvorrichtung abhängig sind; und von denen jede für sich im Stande ist, dem Kessel die zur Speisung erforderliche Wassermenge zuzuführen. Mehrere zu einem Betriebe vereinigte Dampfkessel werden hierbei als ein Kessel angesehen.

Wasserstandszeiger.

§ 5. Jeder Dampfkessel muß mit einem Wasser-

standsglase und mit einer zweiten geeigneten Vorrichtung zur Erkennung seines Wasserstandes versehen sein. Jede dieser Vorrichtungen muß eine gesonderte Verbindung mit dem Innern des Kessels haben, es sei denn, daß die gemeinschaftliche Verbindung durch ein Rohr von mindestens sechzig Quadratcentimeter lichtem Querschnitt hergestellt ist.

§ 6. Werden Probihähne zur Anwendung gebracht, so ist der unterste derselben in der Ebene des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes anzubringen. Alle Probihähne müssen so eingerichtet sein, daß man behufs Entfernung von Kesselstein in gerader Richtung hindurchstoßen kann.

Wasserstandsmarke.

§ 7. Der für den Dampfkessel festgesetzte niedrigste Wasserstand ist an dem Wasserstandsglase, sowie an der Kesselwandung oder dem Kesselmauerwerk durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen.

An der Außenwand jedes Dampfschiffskessels ist die Lage der höchsten Feuerzüge nach der Richtung der Schiffsbreite in leicht erkennbarer, dauerhafter Weise kenntlich zu machen; ferner sind an derselben zwei Wasserstandsgläser in einer zur Längenrichtung des Schiffes normalen Ebene, in gleicher Höhe, symmetrisch zur Kesselmitte und möglichst weit von ihr nach rechts und links abgehend anzubringen. Durch das hierdurch bei Dampfschiffskesseln geforderte zweite Wasserstandsglas wird die im § 5 angeordnete zweite Vorrichtung zur Erkennung des Wasserstandes nicht entbehrlich gemacht.

Sicherheitsventil.

§ 8. Jeder Dampfkessel muß mit wenigstens einem zuverlässigen Sicherheitsventil versehen sein.

Wenn mehrere Kessel einen gemeinsamen Dampfsammler haben, von welchem sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügen für dieselben zwei Sicherheitsventile.

Dampfschiffs-, Lokomobil- und Lokomotivkessel müssen immer mindestens zwei Sicherheitsventile haben. Bei Dampfschiffskesseln, mit Ausschluß derjenigen auf Seeschiffen, ist dem einen Ventil eine solche Stellung zu geben, daß die vorgeschriebene Belastung vom Verdeck aus mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

Die Sicherheitsventile müssen jederzeit gelüftet werden können. Sie sind höchstens so zu belasten, daß sie bei Eintritt der für den Kessel festgesetzten Dampfspannung den Dampf entweichen lassen.

Manometer.

§ 9. An jedem Dampfkessel muß ein zuverlässiges Manometer angebracht sein, an welchem die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen ist.

An Dampfschiffskesseln müssen zwei dergleichen Manometer angebracht werden, von denen sich das eine im Gesichtskreise des Kesselwärters, das andere mit Ausnahme der Seeschiffe auf dem Verdeck an einer für die Beobachtung bequemen Stelle befindet. Sind auf einem Dampfschiffe mehrere Kessel vorhanden, deren

Dampf Räume mit einander in Verbindung stehen, so genügt es, wenn außer den an den einzelnen Kesseln befindlichen Manometern auf dem Verdeck ein Manometer angebracht ist.

Fabrik Schild.

§ 10. An jedem Dampfkessel muß die festgesetzte höchste Dampfspannung, der Name des Fabrikanten, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung, bei Dampfschiffskesseln außerdem die Maasziffer des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes auf eine leicht erkennbare und dauerhafte Weise angegeben sein.

Diese Angaben sind auf einem metallenen Schild (Fabrik Schild) anzubringen, welches mit Kupfernieten so am Kessel befestigt ist, daß es auch nach der Ummantelung oder Einmauerung des letzteren sichtbar bleibt.

III. Prüfung der Dampfkessel.

Druckprobe.

§ 11. Jeder neu aufzustellende Dampfkessel muß nach seiner letzten Zusammenfügung vor der Einmauerung oder Ummantelung unter Verschluss sämtlicher Öffnungen mit Wasserdruck geprüft werden.

Die Prüfung erfolgt bei Dampfkesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als fünf Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem zweifachen Betrage des beabsichtigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Dampfkesseln mit einem Druck, welcher den beabsichtigten Ueberdruck um fünf Atmosphären übersteigt. Unter Atmosphären Druck wird ein Druck von einem Kilogramm auf das Quadratcentimeter verstanden.

Die Kesselwandungen müssen dem Probedruck widerstehen, ohne eine bleibende Veränderung ihrer Form zu zeigen und ohne undicht zu werden. Sie sind für undicht zu erachten, wenn das Wasser bei dem höchsten Druck in anderer Form als der von Nebel oder feinen Perlen durch die Fugen bringt.

Nachdem die Prüfung mit befriedigendem Erfolge stattgefunden hat, sind von dem Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen, welcher dieselbe vorgenommen hat, die Nieten, mit welchen das Fabrik Schild am Kessel befestigt ist (§ 10), mit einem Stempel zu versehen. Dieser ist in der über die Prüfung aufzunehmenden Verhandlung (Prüfungszeugniß) zum Ausdruck zu bringen.

§ 12. Wenn Dampfkessel eine Ausbesserung in der Kesselfabrik erfahren haben, oder wenn sie behufs der Ausbesserung an der Betriebsstätte ganz bloß gelegt worden sind, so müssen sie in gleicher Weise, wie neu aufzustellende Kessel, der Prüfung mittelst Wasserdrucks unterworfen werden.

Wenn bei Kesseln mit innerem Feuerrohr ein solches Rohr und bei den nach Art der Lokomotivkessel gebauten Kesseln die Feuerbüchse behufs Ausbesserung oder Erneuerung herausgenommen, oder wenn bei cylindrischen und Siedekesseln eine oder mehrere Platten neu eingezogen werden, so ist nach der Ausbesserung oder Erneuerung ebenfalls die Prüfung mittelst Wasserdrucks vorzunehmen. Der völligen Bloßlegung des Kessels bedarf es hier nicht.

Prüfungsmanometer.

§ 13. Der bei der Prüfung ausgeübte Druck darf nur durch ein genügend hohes offenes Quecksilbermanometer oder durch das von dem prüfenden Beamten geführte amtliche Manometer festgestellt werden.

An jedem Dampfkessel muß sich eine Einrichtung befinden, welche dem prüfenden Beamten die Anbringung des amtlichen Manometers gestattet.

IV. Aufstellung der Dampfkessel.

Aufstellungsort.

§ 14. Dampfkessel, welche für mehr als sechs Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, und solche, bei welchen das Produkt aus der feuerberührten Fläche in Quadratmetern und der Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck mehr als dreißig beträgt, dürfen unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, nicht aufgestellt werden. Innerhalb solcher Räume ist ihre Aufstellung unzulässig, wenn dieselben überwölbt oder mit fester Balkendecke versehen sind.

An jedem Dampfkessel, welcher unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, aufgestellt wird, muß die Feuerung so eingerichtet sein, daß die Einwirkung des Feuers auf den Kessel sofort gehemmt werden kann.

Dampfkessel, welche aus Siederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen, und solche, welche in Bergwerken unterirdisch oder in Schiffen aufgestellt werden, unterliegen diesen Bestimmungen nicht.

Kesselmauerung.

§ 15. Zwischen dem Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerzüge feststehender Dampfkessel einschließt, und den dasselbe umgebenden Wänden muß ein Zwischenraum von mindestens 8 Centimeter verbleiben, welcher oben abgedeckt und an den Enden verschlossen werden darf.

V. Bewegliche Dampfkessel (Lokomobilen).

§ 16. Bei jedem Dampfentwickler, welcher als beweglicher Dampfkessel (Lokomobile) zum Betriebe an wechselnden Betriebsstätten benutzt werden soll, müssen sich befinden:

- 1) Eine Ausfertigung der Urkunde über seine Genehmigung, welche die Angaben des Fabrik Schildes (§ 10) enthält und mit einer Beschreibung und maßstäblichen Zeichnung, dem Prüfungszeugniß (§ 11 Absatz 4), der im § 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Bescheinigung und einem Vermerk über die zulässige Belastung der Sicherheitsventile verbunden ist.
- 2) Ein Revisionsbuch, welches die Angaben des Fabrik Schildes (§ 10) enthält. Die Bescheinigungen über die Vornahme der im § 12 vorgeschriebenen Prüfungen und der periodischen Untersuchungen müssen in das Revisionsbuch eingetragen oder demselben beigelegt sein.

Die Genehmigungsurkunde und das Revisionsbuch sind an der Betriebsstätte des Kessels aufzubewahren und jedem zur Aufsicht zuständigen Beamten oder Sachverständigen auf Verlangen vorzulegen.

§ 17. Als bewegliche Dampfkessel dürfen nur solche Dampsentwickler betrieben werden, zu deren Aufstellung und Inbetriebnahme die Herstellung von Mauerwerk, welches den Kessel umgiebt, nicht erforderlich ist.

§ 18. Die Bestimmungen der §§ 16 und 17 treten außer Anwendung, wenn ein beweglicher Dampfkessel an einem Betriebsorte zu dauernder Benutzung aufgestellt wird.

VI. Dampfschiffskessel.

§ 19. Die Bestimmungen des § 16 finden auf jeden mit einem Schiffe dauernd verbundenen Dampfkessel (Dampfschiffskessel) mit der Maßgabe Anwendung, daß die vorgeschriebene maßstäbliche Zeichnung sich auch auf den Schiffstheil, an welchem der Kessel eingebaut oder aufgestellt ist, zu erstrecken hat.

VII. Allgemeine Bestimmungen.

§ 20. Wenn Dampfkesselanlagen, die sich zur Zeit bereits im Betriebe befinden, den vorstehenden Bestimmungen aber nicht entsprechen, eine Veränderung der Betriebsstätte erfahren sollen, so kann bei deren Genehmigung eine Abänderung in dem Bau der Kessel nach Maßgabe der §§ 1 und 2 nicht gefordert werden. Im Uebrigen finden die vorstehenden Bestimmungen auch für solche Fälle Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß für Lokomobile und Dampfschiffskessel den Vorschriften in den §§ 10, 11, 16 bis zum 1. Januar 1892 zu entsprechen ist.

§ 21. Die Zentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sind befugt, in einzelnen Fällen von der Beachtung der vorstehenden Bestimmungen zu entbinden.

§ 22. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- 1) auf Kochgefäße, in welchen mittelst Dampfes, der einem anderweitigen Dampsentwickler entnommen ist, gekocht wird;
- 2) auf Dampfüberhitzer oder Behälter, in welchen Dampf, der einem anderweitigen Dampsentwickler entnommen ist, durch Einwirkung von Feuer besonders erhitzt wird;
- 3) auf Kochkessel, in welchen Dampf aus Wasser durch Einwirkung von Feuer erzeugt wird, wosfern dieselben mit der Atmosphäre durch ein unverschießbares, in den Wasserraum hinabreichendes Standrohr von nicht über fünf Meter Höhe und mindestens acht Centimeter Weite oder durch eine andere von der Zentralbehörde des Bundesstaates genehmigte Sicherheitsvorrichtung verbunden sind.

§ 23. In Bezug auf die Kessel in Eisenbahnlokomotiven bleiben die Bestimmungen des Bahnpolizeireglementes für die Eisenbahnen Deutschlands in der Fassung vom 30. November 1885 und der Bahnordnung für deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni 1878 in Geltung.

§ 24. Die Bekanntmachung, betreffend allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln, vom 29. Mai 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 122) und die diese Bekanntmachung abändernden Bekanntmachungen vom 18. Juli 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 245)

und vom 27. Juli 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 173) werden aufgehoben.

Berlin, den 5. August 1890.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Voetticher.

Vorstehende im Reichsgesetzblatt für 1890 Seite 163 ff. veröffentlichte Bekanntmachung n. wird hierdurch den Beteiligten zur besonderen Kenntniß mit Hinweis auf die Veröffentlichung des Herrn Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 14. Oktober 1890 Amtsblatt Stück 43 Seite 386/87 gebracht.

Potsdam, den 25. Oktober 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Beschluß,

betreffend die Aufhebung einer Polizeiverordnung des Amtsbezirks Steglitz.

230. Die vom Amtsvorsteher zu Steglitz erlassene, den Amtsbezirk Steglitz umfassende Polizei-Verordnung über die Lagerung von Theeröfen aller Art und der daraus hergestellten Carbolineum-Fabrikate vom 10. Februar 1890 wird hierdurch unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses in Gemäßheit der § 145 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung außer Kraft gesetzt.

Potsdam, den 24. September 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch von Quittungskarten.

231. Der vorliegenden Nummer des Amtsblattes ist die Ministerial-Anweisung vom 17. Oktober 1890 über das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch, sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten (§§ 101 fg. des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889, Reichsgesetzblatt S. 97) als besondere Beilage beigegeben, worauf die Beteiligten hierdurch besonders hingewiesen werden.

Potsdam, den 1. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend Ernennung eines Schiedsgerichts-Vorsitzenden bezw. Stellvertreters.

232. Die Herren Minister des Innern, für Handel und Gewerbe, sowie der öffentlichen Arbeiten haben mittels Erlasses vom 25. Oktober d. J. den Regierungsrath Freiherrn von Speßhardt zu Potsdam zum Vorsitzenden des in der Stadt Perleberg für die Regiebauten des Kreiskommunalverbandes Westprignitz errichteten Schiedsgerichts ernannt. Der Regierungsassessor Hedmann zu Potsdam ist sodann seitens der erwähnten Herren Minister zum stellvertretenden Vorsitzenden folgender Schiedsgerichte ernannt worden:

- 1) für die Section II. der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft,
- 2) für die Section III. der Fuhrwerks-Vereinsgenossenschaft,
- 3) für die staatliche Bau-Unfallversicherung im Bereich des Regierungsbezirks Potsdam,
- 4) des in der Stadt Jüterbog für die Regiebauten

des Kreiskommunalverbandes Jüterbog-Ludenwalde errichteten Schiedsgerichts,

- 5) des in der Stadt Perleberg für die Regiebauten des Kreiskommunalverbandes der Westprignitz gebildeten Schiedsgerichts.

Potsdam, den 3. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Schiffahrtssperre.

233. Für die Schiffahrt und Klöberei werden gesperrt für die Zeit vom **15. Dezember 1890 bis 15. Februar 1891** der Friedrich-Wilhelms-Kanal und für die Zeit vom **1. Januar bis 28. Februar 1891** der Dranienburger Kanal. Beladene Fahrzeuge dürfen zwischen den Eberswalder Schleusen und den Stecher Schleusen, sowie zwischen den Zerpener Schleusen und den Ruhlsdorfer Schleusen im Finow-Kanal und im unteren Theile des Werbellin-Kanals bis zur Rosenbecker Schleuse nicht überwintern.

Potsdam, den 5. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Berichtigung.

- 234.** Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 8. Mai 1888 (A.-Bl. S. 178/9) bringe ich zur

Kenntniß, daß der Durchschnitts-Marktpreis für 100 klg Roggen im Monat April 1888 im Kreise Templin nicht, wie angegeben, 11 M., sondern 11 M. 50 Pf. betragen hat.

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

235. Festgestellt ist:

die Bruckseuche bei einem Pferde des Schmiede-
meisters und Gastwirths Wollgast zu Chorin, Kreis
Angermünde; dieselbe ist indessen bereits wieder erloschen;
die Maul- und Klauenseuche in den Rind-
viehbeständen des Gemeindevorstehers Schmidt zu
Markau und des Oberamtmanns Mankiewicz zu
Falkenrehde, Kreis Osthavelland.

Erloschen ist:

der Milzbrand in der Ortschaft Uez, Kreis
Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rind-
viehbestande des Rittergutes Zeesow I., Kreis Ost-
havelland, und in Tremmen, Kreis Westhavelland.

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

37. **A a c h w e i s u n g**

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856, in Verbindung mit § 25 des
Autonomie-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen.

Bezeichnung der

Nr.	in Betracht kommenden Grundstücke	seitherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke	künftigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.
1	Die von dem Zweihüfner Wilhelm Wegener zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 1 ar 72 qm.	Fiskalische Dorfaue zu Bechlin.	Gemeindebezirk Bechlin.
2	Die von dem Schneidermeister Wilhelm Brandt jun. zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 74 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
3	Die von dem Halbbauer Wilhelm Hesterberg zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 38 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
4	Die von dem Halbbauer Wilhelm Alter zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 18 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
5	Die von dem Rossäth Zieten zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 38 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
6	Die von dem Deconomen Hermann Leinig zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 47 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
7	Die von dem Rossäth Hermann Rogge zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 39 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
8	Die von dem Halbbauer Hermann Kugow zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 49 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.
9	Die von dem Tischlermeister Hermann Büniger zu Bechlin von der fiskalischen Dorfaue daselbst erworbene Parzelle von 70 qm.	Desgleichen.	Desgleichen.

Neu-Ruppin, den 19. Oktober 1890.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

64. Mit dem 1. November 1890 wird die Haltestelle Lufin auch für den Stückgut- und Vieh-Verkehr eröffnet. Die Abfertigung von Wagenladungsgütern findet fernerhin nur mit der Einschränkung statt, daß die Ver- oder Entladung schwerwiegender Fahrzeuge auf der Haltestelle Lufin ausgeschlossen ist.

Bromberg, den 25. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die Ausreichung der Zinsscheine Serie XII. über die Zinsen vom 1. Januar 1891 bis ult. Dezember 1890 zu den Schlesischen 4% Pfandbriefen Litt. B. wird in der Zeit vom **27. Oktober bis incl. 6. Dezember d. J.** an den Wochentagen Vormittags bei der Königlichen Instituten-Kasse hier selbst, im Regierungsgebäude am Lessingplatz, dergestalt stattfinden, daß von 9 bis 11 Uhr die Annahme der Pfandbriefe gegen Quittung der gedachten Kasse und nach einigen Tagen von 11 bis 1 Uhr deren Rückgabe erfolgt. Bei Vorlegung der Pfandbriefe behufs Abstempelung der Zinsscheine ist ein Verzeichniß der Pfandbriefe, wozu Formulare in der Kasse unentgeltlich verabfolgt werden, abzugeben. Die Wiederausgabe der Pfandbriefe mit den Zinsscheinen erfolgt nur gegen Rückgabe der von der Königlichen Instituten-Kasse erhaltenen Quittung ohne Prüfung der Legitimation des Empfängers. Auf einen Schriftwechsel mit Privatpersonen behufs Uebersendung der Zinsscheine können wir uns nicht einlassen, vielmehr muß die Einreichung und der Rückempfang der Pfandbriefe persönlich beziehungsweise durch einen Beauftragten erfolgen. Die

Ausgabe der Zinsscheine zu den in der obenbezeichneten Zeit nicht eingereichten Pfandbriefen kann erst in einigen Monaten stattfinden, worüber besondere Bekanntmachung erfolgen wird.

Breslau, den 14. Oktober 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem praktischen Arzt, Stabs-Arzt a. D. Dr. Ernst Flach zu Brandenburg a. H. den Charakter als „Sanitäts-Rath“ zu verleihen.

Bei der Königlichen Ministerial-Bau-Kommission zu Berlin ist im Laufe des dritten Kalenderquartals d. J. der Königliche Regierungs-Bauführer Eduard Wilhelm Peters vereidigt worden.

Der Kanzleirath am Königlichen Charité-Krankenhause Franz Mehring ist vom 1. Januar 1891 in den Ruhestand versetzt worden.

Der bisherige Pfarrer Julius Max Albert Kuhner zu Schwiebus, Diözese Jülichau, ist zum dritten Diaconus der evangelischen Gemeinde der Zwölf-Apostel-Kirche hier selbst, Diözese Friedr.swerder, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Max Emil Alfred Böhm in Vietmannsdorf, Diözese Templin, ist zum Hilfsprediger in Reinickendorf, Parochie Rosenthal, Diözese Berlin Land II., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Georg Erwald Niese ist zum Diaconus in Verleberg und zum Pfarrer von Düprow, Diözese Verleberg, bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Gulsow, Diözese Verleberg, ist durch das Ableben des Pfarrers Raguse am 12. September d. J. zur Erledigung gekommen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
1.	Mette Catharine Berthelsen, Kellnerin,	geboren am 9. September 1864 zu Randew, Jütland, ortsangehörig zu Randew-Byrager, ebendasselbst,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	1. Oktober 1890.
2.	Wenzel Brezina, Schmiedegehilfe,	67 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Dntesenovic, Bezirk Rutenberg, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggenfelden,	desgleichen.

Hierzu eine Beilage, enthaltend die Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch, sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten (§§ 101 ff. des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889, Reichs-Gesetzbl. S. 97), sowie Vier öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Bezugsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 46.

Den 14. November

1890.

Reichs-Gesetz-Blatt.

Stück 27. (N^o 1916.) Bekanntmachung, betreffend die technische Einheit im Eisenbahnwesen. Vom 15. September 1890.

Stück 28. (N^o 1917.) Allerhöchster Erlaß, betreffend die Festsetzung des Zinsfußes für die zufolge der Allerhöchsten Erlasse vom 17. Dezember 1888, 7. September 1889 und 17. März 1890 noch zu begebenden Anleihebeträge. Vom 17. September 1890.

Stück 29. (N^o 1918.) Allerhöchster Erlaß, betreffend die Errichtung eines Kolonialraths. Vom 10. Oktober 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

Stück 36. (N^o 9416.) Gesetz, betreffend die in Ansehung der ehemaligen Ballgrundstücke in der Stadt Frankfurt a. M. unter dem Namen „Ballservitut“ bestehenden Bau- und Benutzungsbeschränkungen. Vom 15. Juli 1890.

Stück 37. (N^o 9417.) Gesetz, betreffend den Territorialersatz für die Abtretung der Braunschweigischen Hoheitsrechte über die Goslarische Stadtforsf und den Rechtszustand der Stadtforsf. Vom 3. Mai 1890.

(N^o 9418.) Bekanntmachung des Ministers des Innern und des Finanzministers, betreffend das Gesetz vom 3. Mai 1890 wegen des Territorialersatzes für die Abtretung der Braunschweigischen Hoheitsrechte über die Goslarische Stadtforsf und den Rechtszustand der Stadtforsf. Vom 21. August 1890.

(N^o 9419.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Goslar. Vom 6. September 1890.

Stück 38. (N^o 9420.) Staatsvertrag zwischen der Königl. Preussischen und der Herzogl. Braunschweigischen Regierung wegen der Aufhebung der parochialen Verbindung dreier Höfe in der Braunschweigischen Ortschaft Kästorf mit der Preussischen Kirchengemeinde Wolfsburg. Vom 16./31. Januar 1890.

(N^o 9421.) Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 16. Juni 1890, betreffend den Staatsvertrag zwischen der Königl. Preussischen und der Herzogl. Braunschweigischen Regierung wegen der Aufhebung der parochialen Verbindung dreier Höfe in der Braunschweigischen Ortschaft Kästorf mit der

Preussischen Kirchengemeinde Wolfsburg. Vom 31. August 1890.

(N^o 9422.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aachen, Blankenheim, Düren, Eobornheim, Meisenheim, Simmern, Castellana, Adenau, Voppard, St. Goar, Singig, Stromberg, Cöln, Mühlheim am Rhein, Ratingen, Wermelskirchen, Dpladen, Penney, Wipperfürth, Barmen, Mettmann, Grumbach, St. Wendel, Baumbolter und Trier. Vom 13. September 1890.

Stück 39. (N^o 9423.) Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages. Vom 21. Oktober 1890.

(N^o 9424.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Stolberg bei Aachen, Bonn, Kanten, Cleve, Zell, Trarbach, Kreuznach, Wiehl, Cöln, Düsseldorf, Grumbach, Saarbrücken und Saarlouis. Vom 8. Oktober 1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Polizei-Verordnung

für die Provinz Brandenburg, betreffend Abänderung der über die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen erlassenen Polizei-Verordnung vom 17. März 1886.

26. Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) sowie der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Provinzialrathes für die Provinz Brandenburg hierdurch verordnet, was folgt:

An Stelle des § 3 Absatz 1 der Polizei-Verordnung für die Provinz Brandenburg, betreffend die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen vom 17. März 1886 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam S. 145 ff., Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D., Außerordentliche Beilage zum Stück 14) tritt vom 1. Januar 1891 ab folgende Vorschrift:

Zur Untersuchung frisch geschlachteter Schweine sind aus den Muskeln am Kehlkopf und am Halse, den Kaumuskeln, aus der Zungenwurzel, den Bauchmuskeln und ganz besonders aus dem s. g. Zwerchfellsfeiler (pars lumbalis diaphragmatis) stets und ausnahmslos Probestücke zu entnehmen. Aus jedem dieser Probestücke sind mindestens fünf angemessene

Präparate zu fertigen und mikroskopisch zu untersuchen.

Potsdam, den 2. Oktober 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister
von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

236. Auf Grund des § 22 Nr. 1 des Reichs-
gesetzes vom 22. Juni 1889 setze ich den Jahresdurch-
schnittsverdienst für die in der Land- und Forstwirth-
schaft beschäftigten Personen, soweit nicht Ziffer 4 Platz
greift, d. h. insoweit solche Personen nicht Mitglieder
einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungs-
Krankenkasse sind und alsdann der für ihre Kranken-
kassen-Beiträge maßgebende durchschnittliche Tagelohn
bezw. der wirkliche Arbeitsverdienst der Berechnung des
Jahresdurchschnittsverdienstes zu Grunde gelegt werden
muß, folgendermaßen fest:

1) Kreis Angermünde

	männl. Personen,	weibl. Personen
A. Plattes Land:	420 M.	225 M.
B. Städte:		
a. Angermünde	525 =	255 =
b. Greiffenberg	375 =	225 =
c. Joachimsthal	375 =	210 =
d. Oderberg	450 =	240 =
e. Schwedt a. O.	450 =	330 =
f. Vierraden	375 =	300 =

2) Stadtkreis Brandenburg:

a. für landwirth- schaftliche Arbeiter	600 M.	300 M.
β. für forstwirth- schaftliche Arbeiter	510 =	300 =

3) Kreis

Niederbarnim:	450 =	360 =
---------------	-------	-------

In einem erheblichen Theile des Kreises ist die
Versicherungspflicht der land- und forstwirtschaftlichen
Arbeiter eingeführt und Letztere sind den Ortskranken-
kassen überwiesen.

4) Kreis Oberbarnim, ausschl. Eberswalde:

	männl. Personen,	weibl. Personen
	390 M.	240 M.
5) Kreis Weeslow:		
Storkow:	375 =	270 =
6) Stadtkreis Char- lottenburg:	750 =	450 =
7) Kreis Ost- havelland:	525 =	275 =
8) Kreis Westhavelland:		
a. ausschl. der Stadt Rathenow	500 M.	300 M.
b. Stadt Rathenow	540 =	300 =
9) Kreis Jüterbog:		
Luckenwalde:		
a. ausschl. der Stadt Luckenwalde:	375 M.	240 M.

b. Stadt Luckenwalde:

	männl. Personen,	weibl. Personen
α. für landwirth- schaftliche Arbeiter	535 =	275 =
β. für forstwirth- schaftliche Arbeiter	460 =	305 =

10) Stadtkreis Potsdam:

	655 M.	302 M.
--	--------	--------

11) Kreis Prenzlau:

a. Städte Prenzlau, Strasburg u.-M. und Brüssow:	450 M.	270 M.
b. für den übrigen Kreis:	420 M.	240 M.

12) Kreis Ostprignitz:

	450 M.	300 M.
--	--------	--------

13) Kreis Westprignitz:

a. Stadt Wittenberge:	530 M.	300 M.
b. für den übrigen Kreis:	450 M.	300 M.

14) Kreis Ruppın:

a. Stadt Neu-Ruppın:	540 M.	300 M.
b. für den übrigen Kreis:	451 M.	230 M.

15) Stadtkreis Spandau: Die Festsetzung erübrigt sich, da die beteiligten Personen sämtlich einer Ortskrankenkasse angehören.

16) Kreis Teltow:

Gemeindebezirk Nixdorf:		
	männl. Personen,	weibl. Personen
	600 M.	300 M.

Für den übrigen Kreis ist durch Kreis-Statut die
Krankenversicherungspflicht der land- und forstwirth-
schaftlichen Arbeiter eingeführt und sind Letztere den
Ortskrankenkassen überwiesen.

17) Kreis Templin:

	männl. Personen,	weibl. Personen
	420 M.	225 M.
18) Kreis Rauch-Bezig:		
	365 M.	220 M.

Potsdam, den 6. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Revision der Dampffessel im Bezirk der Wasserbauinspektion
Fürstenwalde a. Spree.

237. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß
gebracht, daß der mit der Verwaltung der Wasser-
bauinspektion Fürstenwalde a. Spree beauftragte Kö-
nigliche Wasserbauinspektor Michelmann in Fürsten-
walde mit der Revision der Dampffessel innerhalb
dieses Baukreises in Gemäßheit meiner Verordnung
vom 20. September 1882 (Amtsblatt Stück 39 S. 379)
betraut worden ist.

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

238. Der Schüler Richard Brandt zu Wilmersdorf
hat im Verein mit dem Primaner des Königsstädtischen

Real-Gymnasium zu Berlin, Freiherr Kraft von Bodenhausen am 20. Februar d. J. den Schauspieler Alfred Meyer aus Berlin vom Tode des Ertrinkens im Wilmersdorfer See gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That wird hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Änderungen des Pferde-Aushebungs-Reglements für Preuss. n.

239. Nachstehende Abänderungen des Pferde-Aushebungs-Reglements für Preussen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht:

Seite 9. Im § 6 ist in Zeile 5 von oben statt: „und Vorderpferde“ zu setzen:

Vorderpferde und besonders schwere Zugpferde (zu Belagerungstrains u. s. w. — siehe auch Anlage B —)

Seite 12. Im § 16, erster Absatz, 3. bis 9. Zeile sind die Worte: „über die entsprechenden . . . u. s. w. bis . . . gewährt.“ zu streichen und dafür zu setzen:

gewährt, welche über die entsprechenden Kompetenzen bei der Abschätzung von Flurschäden durch die unterm 30. August 1887 Allerhöchst genehmigte Instruktion zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und der dazu ergangenen abändernden Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juni 1887 unter „Abschnitt III. zu § 14“ getroffen sind.

Seite 14. Im § 21 vierter Absatz ist in der Klammer der 4. Zeile hinter den Worten: „und Vorderpferde“ einzuschalten:

sowie besonders schwere Zugpferde (zu Belagerungstrains u. s. w. — siehe auch Anlage B —)

Seite 18. § 29. In der fünften Zeile ist hinter dem Worte „zwei“ einzuschalten:

mindestens 2 Meter langen

Seite 19. § 33. Im ersten Absatz, 3. Zeile von unten sind die Worte: „oder der Ersatzreserve I. Klasse“ zu streichen.

Seite 20. Dasselbst, dritter Absatz. In der 1. und 2. Zeile ist für: „Marsch- und Fahrttafeln“ zu setzen:

Marschübersichten und Fahrtlisten

Seite 20. Dasselbst, fünfter Absatz:

a. In der 3. Zeile ist anstatt: „Eisenbahn-Requisitionsscheine“ zu setzen:

Militär-Fahrtsscheine,

b. an Stelle der drei letzten Zeilen von: „letzte nach dem . . .“ ab ist zu setzen:

erhalten, letztere nach dem Tageslage von 12000 g Hafer, 3000 g Heu und 3000 g Stroh für besonders schwere Zugpferde (zu Belagerungstrains u. s. w. — siehe auch Anlage B —) und von 6000 g Hafer, 1500 g Heu und 1500 g Stroh für alle übrigen Pferde.

Seite 24. Im § 39, zweiter Absatz, 2. Zeile ist für: „Requisitionsscheine“ zu setzen:

Militär-Fahrtsscheine

Seite 27.

Anlagen A 1 und 2. In der Kolonne 6

Seite 31. ist hinter der Rubrik: „Borber-“ (Pferde) als neue Spalte einzufügen:

	besonders schwere Zugpferde.
--	---------------------------------

Seite 33. Anlage B. Im ersten Absatz, 3. Zeile von oben ist für: „1 m 65 cm“ zu setzen:

1 m 62 cm

und als Anmerkung zum ersten Absatz:

*) Mobilmachungspferde werden mit dem Bandmaße gemessen.

hinzuzufügen.

Seite 33. Dasselbst. Im zweiten Absatz, 4. bis 6. Zeile ist der Satz: „Außerstenfalls kann . . .“ u. s. w. bis „genügend angesehen werden“ zu streichen und dafür zu setzen:

Außerstenfalls können unter den Reitpferden der Fußtruppen und des Trains auch solche von einer Größe von 1 m 53 cm genommen werden, wenn sie sonst den Anforderungen entsprechen.

Seite 34. Dasselbst. Auf Seite 34 ist als letzter Absatz hinzuzufügen:

Als besonders schwere Zugpferde (zu Belagerungstrains u. s. w.) sind Pferde aller Schläge anzusehen, welche durch ihr schweres Gebäude zu Trab- und Galoppbewegungen ungeeignet, jedoch gewöhnt sind, große Lasten gleichmäßig zu ziehen.

Seite 37. Anlage C. In Kolonne 8 ist hinter der Spalte: „Borber-“ (Pferde) als neue Spalte einzufügen:

	besonders schwere Zugpferde.
--	---------------------------------

Notiz: Die neue Spalte kann in den vorhandenen Formularen auch an einer anderen Stelle der Gesamtspalte 8 eingefügt werden, wenn der vorhandene Raum solches zweckmäßig erscheinen lässt und die Deutlichkeit darunter nicht leidet.

Seite 40. Anlage E, Ziffer 4. Die 7. Zeile: „1 Striegel“ ist zu streichen.

Am Schlusse der „Bemerkung“ ist hinzuzufügen:

Gelangen für Etappen-Fuhrpost-Kolonnen besonders schwere Zugpferde zur Aushebung, so dürfen auch Fahrzeuge angekauft werden, welche bei größerer Tragfähigkeit entsprechend schwerer als 15 Ctr. sind.

Seite 42. Anlage F. Die Kolonne 14: „Striegel“ ist zu streichen.

Seite 46 und 47. Anlage H. In den Kolonnen 5 bis 11 ist hinter der Rubrik: „Borber-“ (Pferde) eine neue Spalte — eventl. unter Theilung der Rubrik: „Borber-“ — einzuschreiben:

besonders schwere Zugpferde

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

240.

Nachweisung der Markte: re.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt									
		Es kosten je 100 Kilogramm												Es							
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Speisebohnen	Linsen	Gstaltkeßeln	Nichtstroh	Krummstroh	Heu	Rindfleisch								
													von der Reule	Bauchfleisch							
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.						
1	Angermünde	18 16	16 75	15 82	13 46	27 20	28 29	35 —	3 94	3 25	1 50	3 50	1 60	1 30							
2	Beeskow	18 03	16 80	14 96	12 98	25 —	32 50	40 —	3 90	3 25	—	4 25	1 40	1 20							
3	Bernau	18 72	17 15	16 99	14 43	27 25	31 75	41 50	5 29	4 46	—	5 34	1 50	1 20							
4	Brandenburg	19 65	17 34	14 78	14 72	30 —	35 —	45 —	4 90	3 50	—	4 20	1 50	1 20							
5	Dahme	18 82	17 26	15 71	13 50	25 —	32 —	45 —	4 50	4 —	3 —	5 —	1 20	1 20							
6	Eberswalde	18 95	16 57	17 33	14 39	23 —	23 —	30 —	4 62	4 —	—	4 50	1 40	1 20							
7	Havelberg	19 32	17 10	15 —	13 50	25 —	45 —	55 —	5 50	5 —	2 72	4 39	1 50	1 20							
8	Jüterbog	19 —	18 33	16 08	14 83	28 —	30 —	50 —	5 50	4 —	—	5 —	1 30	1 20							
9	Luderswalde	18 06	17 49	14 41	14 10	33 —	33 —	40 —	4 75	3 17	—	4 75	1 40	1 40							
10	Perleberg	19 39	17 —	16 61	14 25	27 —	35 —	50 —	5 —	4 —	—	4 50	1 40	1 20							
11	Potsdam	19 65	17 04	17 58	15 21	23 —	27 50	34 —	5 63	4 38	—	5 05	1 55	1 35							
12	Prenzlau	18 24	16 43	16 10	13 30	18 —	22 50	25 —	4 50	3 50	2 —	4 50	1 35	1 15							
13	Prignitz	18 50	15 80	15 50	12 20	18 —	30 —	34 —	4 07	2 75	2 13	3 25	1 40	1 20							
14	Rathenow	18 —	16 08	14 75	12 50	30 —	35 —	44 —	4 64	3 17	—	3 25	1 80	1 40							
15	Neu-Ruppin	19 50	16 03	15 28	13 97	30 —	32 —	50 —	4 26	4 50	—	5 —	1 50	1 15							
16	Schwedt	19 60	17 36	16 80	14 29	26 67	31 25	31 25	5 —	3 60	—	4 67	1 40	1 20							
17	Spandau	18 75	17 15	16 —	14 55	25 —	30 —	39 50	4 40	3 75	—	5 —	1 60	1 25							
18	Strausberg	19 40	17 01	18 —	15 91	21 78	34 11	35 56	4 78	4 68	—	6 77	1 51	1 26							
19	Teltow	18 78	17 12	17 —	15 07	40 —	40 —	55 —	4 25	4 50	3 25	6 50	1 80	1 30							
20	Templin	18 75	16 75	16 50	14 —	18 —	45 —	40 —	4 —	4 —	3 —	4 50	1 30	—							
21	Treuenbriezen	19 07	17 37	13 72	14 —	26 —	24 —	30 —	4 50	3 20	—	4 —	1 40	1 20							
22	Wittstock	18 73	16 19	15 13	12 35	14 90	40 —	50 —	3 70	2 78	2 —	4 —	1 36	1 16							
23	Wriezen a. D.	18 36	16 99	16 60	14 16	26 60	27 40	34 80	4 50	2 86	1 81	4 25	1 50	1 20							
Durchschnitt		18 85	16 92	15 94	13 99	—	—	—	4 61	3 75	—	4 62	—	—							

Potsdam, den 11. November 1890.

241.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Oktober 1890 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Es kosten je 50 Kilogramm.	Beeskow für Kreis Beeskow-Storkow.	Brandenburg für Kreis Brandenburg und Kreis Westhavel.	Luderswalde für Kreis Jüterbog-Luderswalde.	Perleberg für Kreis West-Prignitz.	Potsdam für Kreis Potsdam und Kreis Baug.-Belzig.	Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.	Neu-Ruppin für Kreis Ruppin.	Schwedt für Kreis Angermünde.	Wittstock für Kreis Ost-Prignitz.	Bemerkungen.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1.	Hafer	7 —	8 19	7 68	7 70	8 40	7 11	7 49,7	7 49,5	6 64,5	Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Osthavelland und Teltow und für Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkort.
2.	Heu	2 36	2 52	2 63	2 63	3 06	3 15	2 62,5	2 44,5	2 10	
3.	Nichtstroh	1 83	2 10	1 75	2 36	2 45	2 10	2 36	1 89	1 45,5	

Potsdam, den 11. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Oktober 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Kalbsteisch	Lammsteisch	Speck	Butter	Eier	Weizen Nr. 1	Gerste	Hafergrüne	Gerste	Hafergrüne	Gerste	Hafergrüne	Gerste	Hafergrüne	Gerste	Hafergrüne	Java-Kaffee	Java-Kaffee	Schmalz, feinstg.
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 50	1 —	1 20	2 —	2 48	4 45	35	25	50	40	45	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 30	1 —	1 20	2 —	2 30	3 66	40	26	50	60	50	80	60	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 50	1 50	1 40	1 70	2 30	4 —	20	20	30	30	70	40	30	30	3 —	3 10	20	1 60		
1 35	1 25	1 30	1 80	2 30	3 95	35	30	50	40	50	50	45	50	3 60	3 80	20	1 60		
1 60	1 —	1 20	1 80	2 20	3 20	32	26	60	40	50	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 20	1 20	2 —	2 40	4 40	32	30	60	60	50	—	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 48	1 44	1 25	1 90	2 35	3 81	40	26	50	60	60	60	70	60	3 —	4 50	20	1 80		
1 30	1 10	1 40	1 70	2 20	4 —	34	28	40	50	40	60	40	40	3 —	3 60	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 30	4 —	36	24	50	40	40	60	36	60	2 50	3 60	20	1 60		
1 50	1 50	1 30	2 10	2 06	3 50	50	36	50	40	50	50	40	50	4 —	3 80	20	2 20		
1 50	1 33	1 49	1 80	2 24	4 54	40	30	55	55	55	55	50	60	3 20	3 90	20	1 80		
1 39	95	1 18	1 90	2 40	4 13	32	28	45	40	50	60	50	60	3 40	3 80	20	2 —		
1 40	1 20	1 15	2 —	1 88	3 22	28	25	40	40	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	3 75	30	26	40	44	45	44	40	60	3 25	3 50	20	1 60		
1 30	1 10	1 20	1 70	2 40	4 36	40	30	60	60	50	60	50	60	3 25	3 58	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	2 —	2 40	4 —	35	25	50	40	50	50	50	60	3 20	3 40	20	2 —		
1 50	1 40	1 50	1 80	2 40	4 —	40	30	50	50	55	50	50	55	3 40	3 80	20	1 40		
1 51	1 20	1 40	1 80	2 40	3 02	35	25	55	50	50	50	55	60	3 20	3 60	20	1 40		
1 50	1 50	1 50	1 50	2 30	3 32	40	30	50	50	40	60	50	55	2 40	3 60	20	1 20		
1 40	1 20	1 30	2 —	2 50	4 —	40	30	60	50	50	60	50	60	3 60	3 80	20	1 20		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 20	3 60	36	28	50	—	40	50	30	50	3 30	3 60	20	1 60		
1 29	92	1 26	1 84	2 03	3 62	30	26	50	50	50	60	50	50	3 20	3 60	20	2 —		
1 40	1 30	1 20	1 80	2 20	4 08	25	27	50	40	40	50	50	60	3 50	3 75	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

242.

Nachweisung

der Namen und Bezirke der Vertrauensmänner der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft im Regierungsbezirk Potsdam.

Vertrauensmänner-Bezirk	Kreise	Vertrauensmänner	Wohnort	Vertrauensmänner	Wohnort
VII. a.	Zauch-Bezig und Potsdam (Stadtkreis)	Fr. Galle	Lehnin	Herm. Witte	Brandenburg a. H.
VII. b.	Osthavelland	Fr. Galle	Lehnin	J. G. Lange i. Firma	Spandau.
VII. c.	Westhavelland, West- und Ost-Prignitz	Ferd. Schoppe	Havelberg	W. E. Co. Buchhändler	Havelberg.

Potsdam, den 5. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

243. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einem 3 Monate alten Kalbe

des Domainenpächters Badike zu Kienberg, Kreis Osthavelland;

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen des Kossäthen Müller zu Falkenberg, Kreis

Nieder-Barnim, sowie in dem Rindviehbestande des Bauern Schrobbsdorff und des Schlächters und Händlers Jinske zu Wustermark, Kreis Osthavelland.

Die Drtschaft Wustermark ist deshalb gegen das Durchtreiben von Wiederkäuern und Schweinen gesperrt worden. Potsdam, den 11. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinscheine Reihe XXI. zu den Preussischen 3½igen Staatschuldscheinen von 1842 und der Zinscheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4igen Staatsanleihe von 1881.

18. Die Zinscheine Reihe XXI. N^o 1 bis 8 zu den Preussischen 3½igen Staatschuldscheinen von 1842 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1894, sowie die Zinscheine Reihe II. N^o 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4igen Staatsanleihe von 1881 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1900 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. Dezember d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem für jede der beiden genannten Schuldgattungen getrennt aufzustellenden Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Re-

gierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 28. Oktober 1890.

Königliche Hauptverwaltung der Staatschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und den Königl. Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 6. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten von Berlin.

84.

Bekanntmachung.

Dritter Nachtrag

zu dem Statute des „Nordstern, Unfall- und Altersversorgungs-Actien-Gesellschaft“ zu Berlin.

In § 4 ist der zweite und dritte Satz zu streichen.

§ 4 lautet deshalb fortan:

§ 4.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt drei Millionen Mark, eingetheilt in Eintausend Aktien, das Stück zu drei Tausend Mark, dasselbe kann auf Beschluß der General-Versammlung mit staatlicher Genehmigung bis auf Fünfzehn Millionen Mark erhöht werden, gleichfalls eingetheilt in Aktien, das Stück zu drei Tausend Mark.

Dem vorstehenden, in Folge der Beschlüsse der General-Versammlung vom 19. April dieses Jahres aufgestellten

Dritten Nachtrage zu dem Statute des „Nordstern“, Unfall- und Altersversicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin, de conf. 20. November 1880

wird hierdurch die staatliche Genehmigung erteilt.

Berlin, den 9. Juli 1890.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

gez. Braunbehrens.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage.

gez. von Wendt.

Genehmigungsurkunde.

M. d. J. I. A. 6362

M. f. H. u. G. A. 2404.

Vorstehenden **Dritten Nachtrag** zu dem Statut des „Nordstern“, Unfall- und Alters-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin nebst der staatlichen Genehmigungsurkunde vom 9. Juli 1890 bringe ich mit dem Bemerkten hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das **Gesellschafts-Statut** vom 27. September 1880 in der Extrabeilage zum 5. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 4. Februar 1881, der **erste Nachtrag** zu diesem Statut in Stück 3 desselben Blattes vom 15. Januar 1886 und der **zweite Nachtrag** zu diesem Statut in Stück 40 desselben Blattes vom 5. Oktober 1888 veröffentlicht worden ist.

Berlin, den 6. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1890.
SS.

A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19	Markt	20 Pf.,
„ „ „ do. (mittel)	18	„	56 „
„ „ „ do. (gering)	17	„	95 „
„ „ „ Roggen (gut)	17	„	50 „
„ „ „ do. (mittel)	17	„	18 „
„ „ „ do. (gering)	16	„	88 „
„ „ „ Gerste (gut)	19	„	21 „
„ „ „ do. (mittel)	16	„	67 „
„ „ „ do. (gering)	15	„	02 „
„ „ „ Hafer (gut)	15	„	09 „
„ „ „ do. (mittel)	14	„	39 „
„ „ „ do. (gering)	13	„	86 „
für 100 Kgr. Erbsen (gut)	19	„	13 „
„ „ „ do. (mittel)	17	„	74 „
„ „ „ do. (gering)	17	„	07 „
„ „ „ Ruchstroh	4	„	47 „
„ „ „ Heu	5	„	32 „

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Oktober 8,09 Mk., 2,52 Mk., 3,47 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	28	Markt	35 Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	31	„	94 „
„ „ „ Linsen	41	„	78 „
„ „ „ Kartoffeln	6	„	25 „
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	50 „
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	20 „
1 „ Schweinefleisch	1	„	50 „
1 „ Kalbfleisch	1	„	50 „
1 „ Hammelfleisch	1	„	39 „
1 „ Speck (geräuchert)	1	„	74 „
1 „ Eßbutter	2	„	32 „
60 Stück Eier	4	„	— „

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Markt	50 Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	— „
„ „ „ Linsen	45	„	— „
„ „ „ Kartoffeln	5	„	28 „
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	40 „
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	02 „
1 „ Schweinefleisch	1	„	50 „
1 „ Kalbfleisch	1	„	45 „
1 „ Hammelfleisch	1	„	45 „
1 „ Speck (geräuchert)	1	„	60 „
1 „ Eßbutter	2	„	35 „
60 Stück Eier	4	„	50 „

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats Oktober 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	36	Pf.,
„ 1 „ Roggenmehl N° 1	33	„
„ 1 „ Gerstengraupe	48	„
„ 1 „ Gerstengröße	40	„
„ 1 „ Buchweizengröße	42	„
„ 1 „ Hirse	40	„
„ 1 „ Reis (Java)	70	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler)	2	Markt 75 „
„ 1 „ (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	78 „
„ 1 „ Speisesalz		20 „
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	15 „

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	50	„
„ 1 „ Roggenmehl N° 1	40	„
„ 1 „ Gerstengraupe	60	„
„ 1 „ Gerstengröße	50	„
für 1 Kgr. Buchweizengröße	50	„
„ 1 „ Hirse	50	„
„ 1 „ Reis (Java)	70	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler)	2	Markt 60 „
„ 1 „ (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	60 „
„ 1 „ Speisesalz		20 „
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	30 „

Berlin, den 7. November 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

SS. Personen, welche die Prüfung für Heilgehülfen abzulegen wünschen, haben zu diesem Zwecke zunächst 6 Mark Prüfungsgebühren bei der Königl. Polizei-Hauptkass., Am Alexanderplatz Nr. 5 im Erdgeschoß, Eingang II. von der Alexanderstraße, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr gegen Quittung einzuzahlen.

Die Anmeldung ist nicht bei dem Königl. Polizei-Präsidium, sondern lediglich bei dem Königl. Stadtphysikus, Tempelhofer Ufer Nr. 29 I., bis 9 Uhr Vormittags persönlich unter Vorlegung der erhaltenen Quittung zu machen. Dem Stadtphysikus ist außerdem ein ortspolizeiliches Zeugniß über fittliche Führung des Antragstellers, sowie darüber vorzulegen,

daß Antragsteller seinen dauernden Wohnsitz in Berlin hat. Personen, welche sich nur vorübergehend hier selbst aufhalten, haben ihre Prüfungsgesuche bei dem für ihren dauernden Wohnsitz zuständigen königlichen Regierungs-Präsidenten einzubringen.

Berlin, den 3. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

99. Die Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Schöpfung wird vom 16. November d. J. ab in ein Postamt III. umgewandelt.

Potsdam, den 4. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

26. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Hotelbesitzer Rob. Grassnick zu Stuhm, Regierungsbezirk Marienwerder, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe

a. von 1881 Lit. D. N^o 221905 über 500 M.,

b. von 1884 Lit. F. N^o 333456 über 200 M.,

in der Nacht vom 27. zum 28. Juli d. J. angeblich verbrannt sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem H. Grassnick anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 1. November 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Erhebung der Wildprettsteuer von Rebhühnern und wilden Gänzen beim Eingange in die Stadt Potsdam.

12. Durch Erlass des Herrn Minister des Innern und der Finanzen vom 26. August d. J. ist genehmigt worden, daß die Stadtgemeinde Potsdam von Rebhühnern und von wilden Gänzen bei deren Eingang in die Stadt eine Steuer von je zehn Pfennigen für das Stück erhebe.

Diese Steuer wird nach Maßgabe des in der Errataeilage zum 15. Stück des Amtsblatts der königlichen Regierung in Potsdam und der Stadt Berlin für 1889 bekannt gemachten Regulativs vom 1. April 1889, betreffend die Erhebung und Beaufsichtigung der auf Grund der Gesetze vom 25. Mai 1873 und 30sten Mai 1820 angeordneten Schlachtsteuer als Kommunalsteuer für die Stadt Potsdam, vom 1. Dezember d. J. ab erhoben werden.

Berlin, den 3. Oktober 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor
v. Pommer-Esche.

Bekanntmachung.

13. Die bisher von dem Buchdruckereibesitzer Emil Pilger verwaltete Stempel-Distribution in Pankow bei Berlin ist dem Buchbindermeister und Buchhändler Theodor Arnold zu Pankow, Breitestraße 22, wider-rustlich übertragen worden.

Berlin, den 27. Oktober 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.
v. Pommer-Esche.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ungarisch-österreichisch-deutscher Holz- und Berkeverehr.

47. Am 1. Dezember d. J. tritt zum Ausnahmetarife für den obenbezeichneten Verkehr ein Nachtrag II. in Kraft. Derselbe enthält eine Bestimmung über die Anwendung der Courszuschläge, Abänderungen der besonderen Bestimmungen, theilweise neue, theilweise abgeänderte Frachtsätze für verschiedene deutsche und ungarische Stationen, Abfertigungsbestimmungen für Sendungen nach Spandau, Aufhebung einzelner Frachtsätze, sowie eine Ergänzung der Zuschlagstabellen und des Kilometerzeigers. Exemplare des Nachtrags sind für den Preis von 0,68 M. für das Stück bei der Güter-Kasse zu Stettin und dem hiesigen Auskunfts-Bureau, Bahnhof Alexanderplatz, käuflich zu haben.

Berlin, den 29. Oktober 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Erweiterung der Abfertigungs-Befugnisse der Station Rummelsburg-Rangirbahnhof.

48. Vom 10. November d. J. ab ist auf der Station Rummelsburg-Rangirbahnhof die Wiederverladung der daselbst entladenen, zur Weiterbeförderung bestimmten Gänsesendungen gestattet. Insoweit für Rummelsburg-Rangirbahnhof direkte Säge nicht bestehen, finden die Säge für Berlin, Schleißer Bahnhof, Anwendung. Berlin, den 3. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

65. Von der königlich Preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung wird vom 15. November 1890 ab im Hause der Expeditoren Gebr. Frig u. Albert Schulz zu Friedeberg N.-M. eine **Königliche Eisenbahn-Güter-Nebenstelle** eröffnet. Die Güter-Nebenstelle dient zur Annahme und Ausgabe von Eisenbahn-Eil- und Frachtsäckgut aller Art, soweit nicht nachstehend bestimmte Ausnahmen festgesetzt sind, und gehört zum Verkehrsbereich der Güter-Abfertigungsstelle zu Friedeberg N.-M. Die Verwaltung derselben ist den Expeditoren Gebr. Frig u. Albert Schulz als Agenten übertragen. Soweit der Güter-Abfertigungsstelle in Friedeberg N.-M. nicht anderweitige schriftliche Verfügungen erteilt sind, werden die auf der Eisenbahnstation Friedeberg N.-M. für Friedeberg N.-M. Stadt und deren Vorstädte eingehenden Sendungen dem Empfänger bahnamtlich zugestellt. Außerhalb des Bezirks

der Nebenstelle wohnenden Empfängern werden, wenn sie ein dahin gehendes Verlangen bei der Güter-Abfertigungsstelle in Friedeberg N.-M. angemeldet haben, ankommene Güter nach vorheriger Abfertigung an der Nebenstelle ausgeliefert. Abgehendes Gut kann bei der Nebenstelle selbst ausgeliefert werden, wird auch auf Verlangen aus der Wohnung der Versender abgeholt. Die Güter-Nebenstelle steht in Bezug auf den Abschluß und die Erfüllung des Eisenbahn-Fracht-Vertrages anderen Güter-Abfertigungsstellen gleich. Frachtbriefe mit der Vorschrift dieser Güter-Nebenstelle werden angenommen. Die Annahme und Ausgabe der Stückgüter erfolgt an Wochentagen von 8 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags. Die Abrollung findet nach dem untenstehenden Fahrplan zu den dort angegebenen Gebühren statt. Ausgeschlossen von der Annahme und von der Auslieferung auf der Güter-Nebenstelle bezw. von der Beförderung zwischen dieser und der Station Friedeberg N.-M. sind: 1) Stückgüter (Eil- und Frachtgüter) im Einzelgewicht von mehr als 500 kg; 2) solche Güter, welche sich wegen ihrer Form, ihres Umfanges oder sonstiger Beschaffenheit nach dem Ermessen des Bewalters der Nebenstelle bezw. der Güter-Abfertigungsstelle Friedeberg N.-M. zur Beförderung auf einem gewöhnlichen Lastwagen nicht eignen; 3) die in Gemäßheit des § 48 des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands von der Eisenbahn-Beförderung ausgeschlossenen oder nur bedingungsweise zugelassenen Güter; 4) lebende Thiere mit Ausnahme der Sendungen von kleinem Vieh (einschl. Hunde) in Käfigen, Kisten, Körben und dergl., soweit dasselbe als Frachtgut nach den Bestimmungen des Gütertarifs aufgegeben werden kann. Im Uebrigen verbleibt es bei der Erhebung der nach den bestehenden Tarifen für die Station Friedeberg N.-M. maßgebenden Frachten und Nebengebühren. Beschwerden sind an das königliche Eisenbahn-Betriebs-Amt zu Berlin Cüstrinerplatz zu richten. Für die Berechnung der Lieferzeit sind die für die Station Friedeberg N.-M. bestehenden Lieferfristen maßgebend.

F a h r p l a n.

Ab Friedeberg N.-M. Stadt	9 Uhr Vorm.,
an Friedeberg N.-M. Bahnhof	10 1/2 Uhr Vorm.,
ab Friedeberg N.-M. Bahnhof	12 1/2 Uhr Nachm.,
an Friedeberg N.-M. Stadt	2 1/2 Uhr Nachm.

R o l l g e b ü h r e n.

Für die Beförderung von Eil- und Frachtgütern von Friedeberg N.-M. Stadt nach Friedeberg N.-M. Bahnhof und umgekehrt werden erhoben: I. Für Eilgüter, sperrige Güter, leicht zerbrechliche Gegenstände, unverpackt und Steuergüter, wenn letztere behufs steueramtlicher Behandlung nach Lagerhäusern u. zu befördern sind, falls die Beförderung spätestens 3 Stunden nach Auslieferung der betreffenden Sendungen bei der Nebenstelle, bezw. bei ankommenden Gütern nach Eintreffen auf der Station Friedeberg und mit einem anderen als dem fahrplanmäßigen Fuhrwerk erfolgt: Das ein- und einhalbfache der unter II. zu erhebenden Gebühr mindestens 80 Pfennig für jede Sendung. II. Bei fahr-

planmäßiger Beförderung der Eil- und Stückgüter ausnahmslos für 100 kg 30 Pfennig, mindestens 30 Pfennig. Bromberg, den 1. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

B e k a n n t m a c h u n g,

betreffend die für die Invaliditäts- und Altersversicherung zu verwendenden Beitrags- und Zusatzmarken.

Vom 9. September 1890.

Auf Grund der §§ 99 und 121 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzblatt Seite 97) werden über die Unterscheidungsmerkmale und die Gültigkeitsdauer der zum Zweck der Erhebung der Beiträge zu verwendenden Beitrags- und Zusatzmarken nachfolgende Bestimmungen erlassen:

I. Beitragsmarken.

- 1) Die von den Versicherungsanstalten auszugebenden Beitragsmarken sind in Form eines Rechtecks auf weißem Papier, und zwar die Marken im Werthbetrage von 14 Pfennig (Lohnklasse I., das ist bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 350 Mark einschließlich) in rothem Druck, im Werthbetrage von 20 Pfennig (Lohnklasse II., das ist bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 350 bis 550 Mark) in blauem Druck, im Werthbetrage von 24 Pfennig (Lohnklasse III., das ist bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 550 bis 850 Mark) in grünem Druck, im Werthbetrage von 30 Pfennig (Lohnklasse IV., das ist bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850 Mark) in rothbraunem Druck herzustellen.

2) Auf den Beitragsmarken ist die betreffende Lohnklasse durch dunkle römische Zahlen auf hellem Grunde, die Werthangabe durch helle arabische Zahlen und helle Buchstaben (Pf.) auf dunklem Grunde zu bezeichnen.

3) Die Beitragsmarken tragen den Reichsadler und enthalten auf einem weißen Streifen, welcher die Marken

- der Lohnklasse I. in der Mitte,
- der Lohnklasse II. unten,
- der Lohnklasse III. von links oben nach rechts unten,
- der Lohnklasse IV. von links unten nach rechts oben,

durchzieht, die Bezeichnung der ausgebenden Versicherungsanstalt mit lateinischen Buchstaben in schwarzem Druck.

4) Für die nach der Bekanntmachung des Reichs-

kanzlers vom 15. März 1890 (Deutscher Reichs-Anzeiger Nr. 71 vom 20. März 1890) errichteten 31 Versicherungsanstalten werden zum Zwecke des Aufdrucks auf die Beitrags- und Zusatzmarken (vergleiche unten II.) folgende Bezeichnungen festgesetzt: Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Westfalen, Berlin, Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Sachsen-Anhalt, Hannover, Hessen-Nassau, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Kgr. Sachsen, Württemberg, Baden, Gr. Hessen, Mecklenburg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hansestädte, Elsaß-Lothringen.

5) Im Uebrigen ist Form und Zeichnung der Beitragsmarken aus den nachstehenden Mustern, in welchen auch der Name der ausgebenen Versicherungsanstalt probeweise abgedruckt ist, ersichtlich:

[Bezüglich der Muster selbst wird auf Nr. 219 für 1890 des Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeigers verwiesen.]

II. Zusatzmarken (Doppelmarken).

6) Nachdem der Bundesrath sich damit einverstanden erklärt hat, daß von der besonderen Herstellung der Zusatzmarken des Reichs abgesehen, und statt dessen für jede Versicherungsanstalt eine Doppelmarke hergestellt wird, welche die Zusatzmarke mit einer Beitragsmarke der Lohnklasse II. verbindet, wird hinsichtlich dieser Doppelmarke Folgendes bestimmt:

Die Doppelmarke besteht aus zwei Abtheilungen. Sie zeigt auf dem linksseitigen, in blauem Druck hergestellten Theile die Beitragsmarke der Lohnklasse II. Die Lohnklasse ist durch eine dunkle römische Zahl (II.) auf hellem Grunde, der Geldwerth von 20 Pfennig durch helle arabische Zahlen und helle Buchstaben (Pf.) auf dunklem Grunde bezeichnet. Auf dem die Beitragsmarke von links unten nach rechts oben durchziehenden weißen Streifen befindet sich der Name der ausgebenen Versicherungsanstalt mit lateinischen Buchstaben in schwarzem Druck. Der rechtsseitige Theil stellt in orangefarbenem Druck die einen Reichsadler enthaltende Zusatzmarke zum Geldwerthe von 8 Pfennig dar. Auf dem hellen Grunde der Zusatzmarke befinden sich oberhalb des Reichsadlers auf der einen Seite der Buchstabe Z., auf der anderen Seite der Buchstabe M. (als Abkürzung für Zusatzmarke), unterhalb des Reichsadlers auf der einen Seite die arabische Zahl 8, auf der anderen die Buchstaben Pf.

Im Uebrigen ist Form und Zeichnung der Doppelmarke aus dem nachstehenden Muster ersichtlich:

[Siehe wie oben.]

III. Gemeinsame Bestimmungen.

7) Die Beitrags- und Doppelmarken müssen gleichmäßig je 23,5 mm breit und 14 mm hoch sein.

8) Das Markenpapier muß reines Lumpenpapier und aus sogenanntem feinen Briefstoff angefertigt sein; es muß sehr fein gemahlen und in der Durchsicht voll-

kommen gleichmäßig sein. Die mittlere Reißlänge desselben muß 3300 m, die mittlere Dehnung 1,9 Prozent der Länge und der Aschengehalt 12 Prozent betragen.

Das Markenpapier ist mit einem unsichtbaren Aufdruck zu versehen, welcher die Möglichkeit gewährt, die Echtheit der Marken jederzeit zu prüfen. Die Verwendungs eines Wasserzeichens an Stelle des Aufdrucks bedarf der besonderen Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

10) Die Beitrags- und Doppelmarken sind in Bogen zu je 100 Stück herzustellen. Auf dem Bogen müssen sich über- und nebeneinander je 10 Marken befinden; die Ränder der Marken sind mit Bohrlöchern zu versehen, so daß die Vortrennung der Marken ohne Zuhülfenahme eines Schneidwerkzeuges durch bloßes Abreißen bewirkt werden kann. Die genaue Größe der bedruckten Fläche eines Markenbogens zu 100 Stück muß in den Durchlochungslinien gemessen 235 x 140 mm betragen. Auf der Rückseite sind die Markenbogen mit bestem Klebstoff zu versehen.

11) Die Herstellung der Doppelmarken hat wegen der Theilnahme des Reichs an deren Erlös und Herstellungskosten ausschließlich durch die Reichsdruckerei zu erfolgen. Sofern Beitragsmarken nicht durch die Reichsdruckerei hergestellt sind, müssen Proben derselben, bevor sie zur Ausgabe gelangen, dem Reichs-Versicherungsamt zur Prüfung vorgelegt werden.

12) Die in Gemäßheit dieser Bekanntmachung hergestellten Beitrags- und Doppelmarken behalten bis auf Weiteres ihre Gültigkeit.

Berlin, den 9. September 1890.

Das Reichs-Versicherungsamt. Dr. Bödiker.

Personal-Chronik.

Der mit der commissarischen Verwaltung des Landraths-Amtes im Kreise Jüterbog-Luckenwalde beauftragte Landrath von Cossel hat die bezüglichen Geschäfte am 6. November d. J. übernommen.

Im Kreise Ruppin ist der königliche Oberförster von Gustedt zu Neu-Glienide nach Ablauf seiner Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher des 16. Bezirks Neu-Glienide ernannt worden.

Im Kreise Ruppin ist der Rittergutspächter, Hauptmann a. D. Vielhaad zu Segeles und der Schulze Beerbaum zu Laestow nach Ablauf ihrer Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher bzw. Stellvertreter für den 6. Bezirk Nadel ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Johann Karl Friedrich Wilhelm Schlaeger zu Peitkus ist zum Pfarrer der Pfarodie Strauß-Kummelsburg bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Richard Hermann Theodor Kittlaus ist zum ordinirten Hilfsprediger für die Pfarodie Charlottenburg, Diözese Cöln-Land I., bestellt worden.

Die unter dem Patronat der königlichen Hofkammer der königlichen Familiengüter hieselbst stehende Pfarrstelle zu Falkenrehde, Diözese Potsdam II., ist durch das Ableben des Pfarrers Bernide am 24. September d. J. zur Erledigung gekommen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Emil Heinzel, Gerbergeselle,	geboren am 28. Novem- ber 1864 zu Hogen- plog, Bezirk Jägern- dorf, Oesterreich-Schle- sien, ortsangehörig ebendasselbst,	einfacher Diebstahl im Rückfall (1 Jahr drei Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Juni 1889),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. Juni 1890.
2	Josias Ledas (alias Mathes Lipons), Arbeiter,	25 Jahre alt, geboren zu Granzen, Kreis Mariampol, Gouver- nement Suwalki, Rus- sisch-Polen, russischer Unterthan,	1 schwerer und 2 ein- fache Diebstähle (zwei Jahre 9 Monate Zuch- thaus laut Erkenntniß vom 17. Dezember 1887),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	30. September 1890.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
3	Anton Gurth, Steinhauer,	geboren am 14. Februar 1872 zu Portalegre, Brasilien, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln, Rückfall,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar,	2. Oktober 1890.
4	Franz Duschanez, Tischler,	geboren am 25. Mai 1841 zu Rehberg, Be- zirk Reichenau, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	30. September 1890.
5	Franz Malek, Schuhmacher,	geboren im Jahre 1854 zu Bieliczka, Bezirk Kraśau, Galizien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	17. September 1890.
6	Theodor Montanari, Tagner,	geboren am 13. Februar 1866 zu Biadana, Italien, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar,	27. September 1890.
7	Johann Pietrzykowski, Arbeiter,	22 Jahre alt, geboren zu Kowno, Rußland,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	4. Oktober 1890.
8	Robert Volkmer, Mühlbursche,	geboren am 24. Februar 1861 zu Krautenwalde, Bezirk Freimwalbau, Oesterreich-Schlesien, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wasser- burg,	5. September 1890.
9	Samuel Christian Wilhelmsen, Korkschneider,	geboren am 7. August 1856 zu Stockholm, Schweden,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Chef der Polizei in Hamburg,	23. September 1890.
10	Samuel Kanteman, Messger,	geboren am 20. Sep- tember 1871 zu En- schebe, Niederlande, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Straß- burg,	10. Oktober 1890.
11	Franz Xaver Käßner, Sattler,	geboren am 20. April 1851 zu Selz, Kreis Weissenburg, Elßaß- Lothringen, ortsange- hörig zu Belfort, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	7. Oktober 1890.

1. Rang.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
12	Eberwein Dessel, Arbeiter,	geboren am 25. April 1844 zu Niederelsum- gen, Kreis Wolfhagen, Preußen, ortsangehörig zu Illinois, Amerika,	Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	13. Oktober 1890.
13	Sidonie Sime Grad, verheirathet, und deren Kinder: a. Moses Aron, b. Abraham,	geboren im September 1848 zu Rzeszow, Ga- lizien, ortsangehörig ebendasselbst, geboren am 10. August 1885, geboren am 25. Oktober 1887,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Cassel,	7. Oktober 1890.
14	Ferdinand Schenk, Tischlergeselle,	geboren am 15. Oktober 1837 zu Kallich, Be- zirk Komotau, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Zwickau,	12. September 1890.
15	Jakob Wolfensberger, Conditor,	geboren am 22. Februar 1848 zu Lipperichwe- di, Schweiz, ortsange- hörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Straß- burg,	10. Oktober 1890.
16	Wilhelm Fuhrmann, Klempner,	geboren am 16. Oktober 1858 zu Pody, Gou- vernement Warschau, Russisch-Polen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	15. Oktober 1890.
17	Stef Lubelski, Händler,	geboren am 4. April 1843 zu Kolno, Gou- vernement Pommern, Ruf- fisch-Polen, ortsan- gehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Straß- burg,	17. Oktober 1890.
18	Charles Richard, Kellner,	geboren am 18. August 1856 zu Luxemburg,	Betteln,	Herzoglich Braun- schweigische Kreis- direktion zu Wol- fenbüttel,	13. Oktober 1890.
19	Franz Better, Seiler,	geboren am 3. Dezember 1842 zu Neufeld, Ko- mitat Oedenburg, Un- garn, ortsangehörig zu Pestschin, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Berch- tesgaden,	10. Oktober 1890.
20	Georg Better, Gymnastiker,	geboren im Jahre 1837 zu Neufeld, ortsan- gehörig zu Pestschin,	desgleichen,	dasselbe,	desgleichen.
21	Albert Vogt, Messgergeselle,	geboren am 13. De- zember 1861 zu Schön- buch, Schweiz, orts- angehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar,	4. Oktober 1890.

Hierzu Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 47.

Den 21. November

1890.

Reichs-Gesetz-Blatt.

Stück 30. (N^o 1919.) Allerhöchster Erlaß, betreffend die Abänderung der Instruktion vom 30. August 1887 zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und der dazu ergangenen abändernden Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juni 1887. Vom 15. Oktober 1890.

Stück 31. (N^o 1920.) Verordnung, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Samoa. Vom 29. Oktober 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

Stück 40. (N^o 9425.) Verordnung, betreffend die Kationen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Vom 16. Oktober 1890.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

30. In Gemäßheit des § 5 des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (G.-S. 327), wird hierdurch das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1890/91 in Betracht kommende Reineinkommen der gesamten Preussischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen auf den Betrag von 170 329 503 Mark festgestellt.

Von diesem Gesamteinkommen unterliegen nach dem Verhältnisse der erwachsenen Ausgaben an Löhnen und Gehältern der Besteuerung:

A. durch die Preussischen Gemeinden 150 168 262 M.,
B. durch die Preussischen Kreise 155 415 822 M.

Berlin, den 4. November 1890.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Maybach.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

26. Nach einem Beschlusse des Bundesrathes wird am 1. Dezember d. J. eine allgemeine Volkszählung im Deutschen Reiche stattfinden. Indem ich dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe und auf die Wichtigkeit der Zählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung sowie für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke unter Bezugnahme auf die besonders veröffentlichte Ansprache des Königl. statistischen Büreaus an die Bevölkerung hinweise, bemerke ich, daß wie früher, so auch diesmal bei der Austheilung, Ausfüllung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere eine Mitwirkung der selbstständigen Ortschaften in Aussicht genommen worden ist. Ich hege die zuversichtliche Hoffnung, daß es an Bereitwilligkeit hierzu nicht fehlen werde, und daß alle Betheiligte die freiwillig übernommenen Aufgaben mit Eifer und Sorgfalt gern erfüllen werden.

Potsdam, den 14. November 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Bekanntmachung.

244. Nachstehend werden die Zeiten, während welcher die Drehbrücke über die Havel bei Spandau im Zuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis 31. Mai 1891 geschlossen bzw. für den Schiffsverkehrsverkehr geöffnet sein wird, zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Die Brücke ist voraussichtlich täglich

geschlossen			
von	12 00 Uhr bis	3 25 Uhr,	
=	4 40	=	6 35
=	6 50	=	8 52
=	9 12	=	10 12
=	10 57	=	11 36
=	11 56	=	1 50
=	2 17	=	3 06
=	3 39	=	4 35
=	5 18	=	5 40
=	6 02	=	6 45
=	7 04	=	12 00

für die Schifffahrt geöffnet			
von	3 25 Uhr bis	4 40 Uhr,	
=	6 35	=	6 50
=	8 52	=	9 12
=	10 12	=	10 57
=	11 36	=	11 56
=	1 50	=	2 17
=	3 06	=	3 39
=	4 35	=	5 18
=	5 40	=	6 02
=	6 45	=	7 04

Potsdam, den 14. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

245. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1890 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.		Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.	
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,32	30,56	2,12	0,44	0,86	1,92	0,78	1,32	0,54	2,24
2	32,28	30,54	2,14	0,52	0,87	1,70	0,72	1,32	0,50	2,14
3	32,29	30,54	2,14	0,48	0,88	1,88	0,72	1,32	0,48	2,08
4	32,28	30,58	2,12	0,48	0,90	1,84	0,72	1,32	0,48	2,02
5	32,34	30,54	2,14	0,44	0,90	1,94	0,74	1,32	0,48	1,96
6	32,34	30,58	2,16	0,48	0,90	1,96	0,70	1,32	0,46	1,90
7	32,34	30,58	2,16	0,50	0,90	2,00	0,72	1,32	0,42	1,84
8	32,36	30,60	2,20	0,50	0,92	2,04	0,76	1,32	0,42	1,80
9	32,38	30,60	2,20	0,50	0,92	2,02	0,76	1,32	0,42	1,76
10	32,34	30,60	2,18	0,52	0,93	2,02	0,78	1,32	0,42	1,72
11	32,38	30,60	2,20	0,52	0,93	2,04	0,78	1,32	0,42	1,68
12	32,38	30,60	2,22	0,48	0,94	2,02	0,76	1,32	0,42	1,66
13	32,40	30,58	2,20	0,50	0,93	2,02	0,76	1,32	0,44	1,64
14	32,42	30,60	2,20	0,50	0,92	2,04	0,78	1,32	0,44	1,60
15	32,42	30,60	2,20	0,50	0,92	2,04	0,80	1,32	0,44	1,56
16	32,42	30,60	2,22	0,52	0,92	2,02	0,82	1,32	0,44	1,54
17	32,42	30,59	2,20	0,52	0,92	2,00	0,82	1,32	0,46	1,54
18	32,42	30,60	2,20	0,50	0,93	2,00	0,84	1,32	0,46	1,56
19	32,42	30,59	2,22	0,48	0,93	2,04	0,84	1,32	0,46	1,56
20	32,44	30,58	2,24	0,50	0,94	2,04	0,86	1,32	0,48	1,56
21	32,44	30,58	2,26	0,48	0,92	2,04	0,86	1,32	0,50	1,54
22	32,42	30,60	2,26	0,48	0,92	2,04	0,84	1,32	0,50	1,52
23	32,46	30,59	2,22	0,52	0,92	2,02	0,86	1,32	0,50	1,52
24	32,46	30,60	2,22	0,52	0,92	2,04	0,86	1,32	0,54	1,56
25	32,48	30,60	2,22	0,50	0,92	2,02	0,86	1,32	0,56	1,60
26	32,48	30,60	2,22	0,54	0,92	1,98	0,84	1,32	0,56	1,70
27	32,48	30,59	2,24	0,56	0,93	1,96	0,86	1,32	0,56	1,78
28	32,48	30,60	2,24	0,54	0,94	2,00	0,86	1,32	0,56	1,82
29	32,48	30,60	2,26	0,54	0,95	2,06	0,88	1,32	0,56	1,82
30	32,50	30,60	2,24	0,58	0,95	2,08	0,88	1,32	0,58	1,80
31	32,52	30,60	2,26	0,54	0,95	2,08	0,88	1,32	0,58	1,80

Potsdam, den 18. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

300 Mark Belohnung.

246. Im September und Oktober d. J. haben in dem Dorfe Klein-Mug (Kreis Templin) wiederholt Brände stattgefunden, deren Entstehung auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Für die Ermittlung des oder der Thäter wird hiermit eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt. Etwaige Anzeigen sind an den Herrn Ersten Staatsanwalt beim königlichen Landgericht zu Prenzlau zu erstatten.

Potsdam, den 13. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung, betreffend die Spreebrücke zu Spandau im Zuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn.

247. Während der Montirung der eisernen Spreebrücke bei Spandau beträgt die lichte Höhe des Montirungsgerüsts 3,20 m über dem Mittelwasser von 1,40 m am Unterpregel zu Spandau.

Dampfboote, welche das Montirungsgerüst durchfahren, haben dabei ihre Geschwindigkeit so zu mäßigen,

daß nur die Steuerfähigkeit der Fahrzeuge noch erhalten bleibt.

Potsdam, den 15. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Theilweise Sperrung der Havelbrücke bei Werder.

248. Anlässlich der Arbeiten zur Höherlegung der Eisenbahnbrücke über die Havel bei Werder wird in der nächsten Zeit eine der beiden Durchfahrtsöffnungen dieser Brücke für den Schiffsverkehrsverkehr gesperrt sein.

Potsdam, den 15. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Mecklenburgische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg betreffend.

249. In der General-Versammlung der Mecklenburgischen Hagel- und Mobiliar-Brandversicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg vom 3. März d. J. ist die Abänderung

1) des Artikel 5 der Vereinbarung der Hagelschadens-Versicherungs-Gesellschaft, sowie

- 2) des Artikel 31 Absatz 2 und des Artikel 37 a. Absatz 2 Satz 4 bis 6 der Vereinbarungen beider Gesellschaften beschlossen und dieser Beschluß Seitens der beiden Großherzoglich Mecklenburgischen Landesregierungen zu Neustrelitz und Schwerin am 25. August bezw. 11. September d. J. bestätigt worden.

Nach Maßgabe des hiernach abgeänderten Statuts wird der genannten Gesellschaft der Betrieb der Versicherung gegen Hagelschaden im Königreich Preußen in dem bisherigen Umfange und unter den seitherigen Bedingungen auch fernerhin widerruflich gestattet.

Berlin, den 5. November 1890.

(L. S.)

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.

In Vertretung.

gez. v. Marcard.

Genehmigungs-Urkunde.

Zu I. 1882 3.

Vorstehende Genehmigungs-urkunde wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 17. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

250. Nachweisung

derjenigen ländlichen Polizeibezirke, in welchen öffentliche Fleischbeschauer zur Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen bisher noch nicht angestellt worden sind.

Kreis Ober-Barnim: Amtsbezirke (Forstreviere) Biesenthal, Eberswalde und Sonnenburg-Torgelow.

Kreis Prenzlau: Gemeinden Kleptow und Cremzow im Amtsbezirk Kłodow.

Kreis Ostprignitz: Gemeinden Redlin und Klein-Pankow.
Gutsbezirke Neuendorf bei Neustadt a. D., Oberförsterei Neuendorf bei Wittstock.

Kreis Ruppiner: Amtsbezirke Plaenitz, Linow, Rheinsberg, Groß-Zerlang, Häsien und Gnewikow.

Kreis Teltow: Amtsbezirke Cummersdorf'er und Hammer'sche Forst.

Kreis Templin: Gutsbezirke Arnimshain, Voßterfelde, Fürstenaue und Mellenau.

Für sämtliche städtische Polizeibezirke, sowie für die vorstehend nicht aufgeführten ländlichen Polizeibezirke des Regierungsbezirks Potsdam sind öffentliche Fleischbeschauer angestellt.

Potsdam, den 17. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Befugnisse der Dampffessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampffesseln betreffend.

251. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat genehmigt, daß dem Ober-Ingenieur Abel, sowie den Ingenieuren Münster und Krueger beim Märktischen Dampffessel-Überwachungs-Verein zu Frankfurt a. D. die nachgesuchte Berechtigung zur Vornahme der

Wasserdruckprobe nach Hauptreparaturen bei allen von Vereinsmitgliedern reparirten Kesseln widerruflich unter den üblichen Bedingungen erteilt werde.

Potsdam, den 18. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Die Befugnisse der Dampffessel-Ingenieure zur Prüfung und Abnahme von Dampffesseln betreffend.

252. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat genehmigt, daß den Ingenieuren Hilliger und Tschorn beim Dampffessel-Revisions-Verein zu Berlin die nachgesuchte Berechtigung zur Vornahme der Vorprüfung von Concessionsgesuchen widerruflich unter den üblichen Bedingungen erteilt werde.

Potsdam, den 18. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

253. Festgestellt ist:

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauergutsbesizers Philipp zu Bornim, Kreis Osthavelland.

Die Ortschaft Bornim ist daher gegen das Durchtreiben von Wiederkäuern und Schweinen gesperrt worden.

Erlöschen ist:

die Influenza unter den Pferden des Ritterguts Blankensee, Kreis Templin.

Potsdam, den 18. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

87. Mit Bezug auf die unter dem 8. Oktober dieses Jahres erlassenen Vorschriften für die öffentlich angestellten Metall-Probirer wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Chemiker Emil Ehardt hier selbst zum Metall-Probirer für den Bezirk des Polizei-Präsidiums bestellt und vereidigt worden ist.

Berlin, den 11. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

88. Auf Grund des § 100 f. der Reichsgewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den, den Gemeindebezirk Berlin umfassenden Bezirk der (älteren) „**Bäcker-Innung zu Berlin**“ daß Arbeitgeber, welche, obwohl sie ein in der genannten Innung vertretenes Gewerbe betreiben, dieser Innung nicht angehören, und deren Gesellen zu den Kosten: 1) der von der Innung für das Herbergwesen und den Nachweis für Gesellenarbeit getroffenen, beziehungsweise unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2 der Gewerbeordnung), 2) derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Gesellen und Lehrlinge getroffen sind (Innungs-Fachschule), beziehungsweise unternommen werden (§§ 97 Ziffer 3, 97a. Ziffer 1 und 2 der Gewerbe-Ordnung), 3) des von der Innung errichteten Schiedsgerichts (§ 97a. Ziffer 6 der Gewerbe-Ordnung) in derselben

Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsmitglieder und deren Gesellen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Mitglieder der Bäcker-Innung „Concordia“ zu Berlin und deren Gesellen hierdurch nicht getroffen werden. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Januar 1891 in Kraft.

Berlin, den 11. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

89. Dem Auswanderungsagenten Karl Stangen, Mohrenstraße Nr. 10, hieselbst ist auch für das Jahr 1891 die Genehmigung erteilt worden, als Generalagent des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers, Schiffsmalers Theodor Ihon zu Bremen innerhalb des Preussischen Staates — mit Ausnahme der Provinz Hannover — Verträge mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Bremen oder Hamburg aus nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Canada, Australien und Südamerika — mit Ausschluß von Brasilien und Venezuela — zu vermitteln und Unteragenten zu bestellen.

Berlin, den 15. November 1890.

Der Polizei-Präsident. von Richthofen.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle an der St. Andreas Kirche in Berlin.

15. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erteilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund des Beschlusses der Gemeinbeorgane der St. Andreas-Kirche vom 19ten August d. J., sowie unter Zustimmung des Magistrats hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt, als Patrons dieser Kirche, wird in deren Parochie eine neue (dritte) geistliche Stelle mit dem Sitz in Berlin errichtet und mit einem Jahresgehalt von 3600 M., solange eine Amtswohnung nicht gewährt werden kann, auch mit einem jährlichen Wohnungsgeldzuschusse von 1200 M. aus der St. Andreaskirchenkasse ausgestattet. Die Besetzung steht gemäß §§ 327 ff. 587 Allgemeinen Landrechts Theil II. Titel 11 dem hiesigen Magistrat als Patron zu.

Berlin,

den 26. Oktober 1890.

(L. S.)

Der königliche Polizei-Präsident.

Berlin,

den 16. Oktober 1890.

(L. S.)

Das königliche Consistorium der Provinz Brandenburg.

Errektionsbefret.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

16. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der königlichen Augustaschule, Kleingereienstraße 16/19 hier, vom **4. Mai 1891** ab stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorschrist-

mäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind spätestens bis zum 6. April 1891 an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugniß über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugniß über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfieglers berechtigt ist; 4) ein Zeugniß über die von der Bewerberin erorbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w., 5) ein Zeugniß über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugniß, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Ginstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häfel-tuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herrn-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstopfe, sowie eine Strickstopfe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Luche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesehten Flicken; eine weiße und eine bunt farigte Gitterstopfe; eine Körperstopfe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit

fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welsch' letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 3. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

17. Die Schulpflichterinnen-Prüfung wird hier **am 21. Mai 1891** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 21. Februar 1891** einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberinnen angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugniß über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtesiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 3. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

18. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam wird **am 19. beziehw. 20. März 1891** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 19. Februar 1891** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die extra schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 1. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

19. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **vom 27. April 1891 an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die

Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 31. März 1891** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 3. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

20. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der königlichen Augustaschule, Kleinbeerenstraße 16/19, **am 1. Juni 1891** stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind **spätestens bis zum 2. Mai 1891** an uns einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung ist beizufügen 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) ein Tauf- bezw. Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugniß, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über den Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 3. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

21. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier **vom 14. bis 18. April bezw. 26. bis 30. Mai 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Candidat (cfr. Allg. Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns **bis zum 31. Januar 1891** von den im Amte stehenden

Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 1. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

22. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **am 11. bis 13. März 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 12. Februar 1891** an den Herrn Seminar-Director Hoffmann einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 10. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

23. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Seminar für Stadtschullehrer in Berlin wird **am 11. und 12. März 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 17. Februar 1891** an den Herrn Seminar-Director Vasschke einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 10. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

24. Die Entlassungs-Prüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **vom 5. bis 11. März 1891** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **zum 7. Februar 1891** an uns einzureichen

und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Director um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 10. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

25. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **am 28. April bis 1. Mai 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind **bis zum 30. März 1891** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Director um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 10. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

26. Die Entlassungs-Prüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 5. bis 10. März 1891** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 4. Februar 1891** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Director um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 10. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

27. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **am 25. bis**

27. Februar 1891 abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 1. Februar 1891** an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Plath einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 4. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

28. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **am 12. bis 15. Mai 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind **bis zum 12. April 1891** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 4. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

29. Die Rektorats-Prüfung wird hier **am 23. und 24. April bezw. am 2. und 3. Juni 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 31. Januar 1891** einzureichen, und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Befugungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht.

Berlin, den 1. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

30. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **vom 19. bis 25. Februar 1891** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 25. Januar 1891** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 4. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

31. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten beginnt hier **am 5. September 1891.** Zu dieser Prüfung werden zugelassen Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philosophie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden und sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt haben. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 6. Juni 1891** einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Bewerbers anzugeben ist; 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen; 3) ein Zeugniß über die bisherige Thätigkeit des Bewerbers im Taubstummen-Unterricht; 4) ein amtliches Führungsattest; 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestellttes Zeugniß über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 5. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

32. Die Aufnahme-Prüfung im hiesigen Königlichen Lehrerinnen-Seminar wird **am 16. und 17. Februar 1891** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 16. Januar 1891** an den Herrn Seminar-Direktor Supprian, S. W. Kleinbeerensstraße 16/19 zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- bezw. private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungsattest — nur von Denjenigen beizubringen, welche z. Zt. der Aufnahme-Prüfung keine Schule mehr besuchen —, 5) ein ärztliches Attest über normalen Gesundheitszustand. Zugelassen werden zur Aufnahme-Prüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem 1. April 1891 das 16te Lebensjahr vollenden, doch ist, wenn das Ergebnis der

Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig.

Berlin, den 4. November 1890.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

27. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Gutsbesitzer Fr. Müller zu Bisdorf, Regierungsbezirk Magdeburg, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 % Staatsanleihe von 1880 Lit. C. Nr. 89995 über 1000 M. am 30. Juni d. J. auf dem Wege von Egeln nach Bisdorf angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Gutsbesitzer Müller anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 7. November 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

28. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem ehemaligen Postboten Carl Müller zu Leipzig der Staatsschuldschein von 1842 Lit. G. Nr. 34183 über 50 Thlr. angeblich am 24. oder 25. Oktober d. J. zu Leipzig gestohlen worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn G. Stöber (Gastwirthsbureau), Leipzig Petersstr. 27, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 8. November 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

29. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verwitweten Frau Dr. Sommer, geb. Schmitt, zu Hamburg, Billhorner Röhrendammstr. 4 IV., die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1882 Lit. F. Nr. 236608 über 200 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Dr. Sommer anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebots-

verfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 12. November 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

49. Vom 1. Dezember d. J. ab werden auf der Strecke Freienwalde a. D.—Frankfurt a. D. die Züge Nr. 763 und 772, welche bisher nur bis bezw. von Briezen befördert wurden, bis bezw. von Seelow verfahren und zwar nach folgendem Fahrplane:

Zug 763	Ortszeit				Zug 772
Bm.					Ndm.
8 22	ab	Freienwalde		an	5 12
8 30	=	Alt-Ranft		ab	5 05
8 40	an	Briezen		ab	4 54
8 45	ab			an	4 52
8 59	↓	Neutrebbin		↓	4 42
9 08	↓	Sieging		↓	4 37
9 18	↓	Petzsch		↓	4 30
9 31	↓	Werbis		↓	4 19
9 37	an	Seelow		ab	4 09

Auf der Strecke Eberswalde—Freienwalde a. D. bleiben diese Züge unverändert.

Berlin, im November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ablauf der Gültigkeit der einfachen Kabarten auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.

50. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. verlieren die für den inneren Verkehr der Berliner Stadtbahn und der Berliner Ringbahn, sowie die für den Stadtring-Verkehr bestehenden einfachen Fahrkarten für Erwachsene und Kinder, welche mit dem Aufdruck: „Gültig bis 31. Dezember 1890“ versehen sind, ihre Gültigkeit. Die mit demselben Aufdruck versehenen Fahrkarten für Hunde werden mit Ablauf des bezeichneten Termins ebenfalls ungültig.

Berlin, den 13. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

66. Am 20. November d. J. kommen für den Direktionsbezirk Bromberg zur Einführung:

- 1) Der Nachtrag 13 zum Kilometerzeiger vom 1. April 1888, enthaltend Entfernungen für Kamlarfen, Neuschottland P. H., Ostrowe P. H., Regerteln, Stempuchowo und Wossarken P. H. Die Entfernungen für Regerteln treten erst mit dem Tage der Betriebs-Eröffnung in Kraft.
- 2) Besondere Ausnahmefrachtsätze für Getreide und Holz im Verkehre mit Alt-Damm, Carolinenhorst, Stargard und Stettin. Dieselben sind bei den Stationen unseres Bezirks zu erfahren.

Bromberg, den 13. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

67. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Transportscheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen:

N ^o	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1890	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Geflügel-Ausstellung.	Königsberg i. Pr.	22. bis 25. November.	Thiere, sowie Ge- zäthe und Er- zeugnisse der Ge- flügel- und Vo- gelzucht.	Preussischen Staatsbahnen.	Aus- stellungs- Kommission.	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung.
2	Desgl.	Posen.	29. Novem- ber bis 1. Dezem- ber.	Desgl.	Königlichen Eisen- bahn-Direktionen Berlin, Breslau, Bromberg, Er- furt und Mag- deburg.	Desgl.	8 Tage	

Bromberg, den 8. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

68. Vom 20. November d. J. wird die auf der Bahnstrecke Eisenau—Kogasen zwischen Eisenau und Kombschin gelegene Haltestelle Stempuchowo für den Personen-, Gepäck- und beschränkten Wagenladungs-güter-Verkehr eröffnet. Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund des Nachtrags 13 zum Kilometerzeiger und der Preis-Tafel des Lokal-Personen-Tarifs für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg.

Es werden in Stempuchowo sämtliche Züge behufs Vermittelung des Personen-Verkehrs nach Bedarf anhalten, und findet die Abfahrt der Züge von der Haltestelle Stempuchowo wie folgt statt:

Richtung Eisenau—Inowrazlaw.

Zug 981 um 7 Uhr 15 Min. Vorm.
 „ 983 „ 10 „ 32 „ „
 „ 985 „ 3 „ 23 „ Nachm.
 „ 987 „ 8 „ 08 „ Abds.

Richtung Kombschin—Kogasen.

Zug 984 um 11 Uhr 09 Min. Vorm.
 „ 986 „ 4 „ 02 „ Nachm.
 „ 988 „ 10 „ 32 „ Abds.
 „ 998 „ 7 „ 59 „ Vorm.

Gütersendungen nach Stempuchowo werden nur frankirt, von Stempuchowo nur unfrankirt und in beiden Richtungen ohne Nachnahmebelastung angenommen.

Näheres ist auf allen Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 6. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

69. Am 1. Dezember 1890 tritt zu dem seit 1. April 1890 giltigen Tarife für die Beförderung von Personen und Reisegepäck im Verkehre zwischen den Stationen des Eisenbahn-Direktions-Bezirks Bromberg der Nachtrag 1 in Kraft. Derselbe enthält außer bereits veröffentlichten. Tarifänderungen theilweise ermäßigte Preise für den Verkehr zwischen den Stationen der Bahnstrecke Lichtenberg-Friedrichsfelde bis Strausberg und Müdersdorf einerseits und den Stationen der Berliner Stadtbahn andererseits, sowie ermäßigte Preise für Arbeiter-Tageskarten und Arbeiter-Rückfahrkarten. Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgabestellen zu erfahren.

Bromberg, den 10. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g e n a n d e r e r B e h ö r d e n.

B e k a n n t m a c h u n g.

Diejenigen in Berlin und dem Regierungs-Bezirk Potsdam wohnhaften jungen Leute, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militairdienst nachsuchen wollen, haben sich in der Zeit vom zurückgelegten 17. Lebensjahr bis zum 1. Februar ihres ersten Militairpflichtjahres, d. i. des Kalenderjahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der unterzeichneten Kommission schriftlich zu melden. Dieser Meldung sind beizufügen: a. ein Geburtszeugniß, b. eine Erklärung des Vaters oder Vormundes über die Bereitwilligkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen aktiven Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten, sowie die

Kosten für Wohnung und Unterhalt zu übernehmen. Die Fähigkeit hierzu ist obrigkeitlich zu bescheinigen, c. ein Unbescholtenheits-Zeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Real-Progymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist, d. ein über. die wissenschaftliche Befähigung ausgestelltes Schulzeugniß. Die Einreichung des letztgenannten Zeugnisses darf bis zum 1. April des ersten Militärpflichtjahres ausgesetzt werden. Für diejenigen, welche den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch Ablegung einer Prüfung erbringen wollen, finden alljährlich zwei Prüfungen statt, die eine im Frühjahr, die andere im Herbst. Das Gesuch um Zulassung zu der nächstjährigen Frühjahrsprüfung muß unter Einreichung der ad a.—c. erwähnten Schriftstücke, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und einer amtlich beglaubigten Photographie, sowie mit der Angabe, in welchen zwei fremden Sprachen der sich Meldende geprüft sein will, spätestens **bis zum 1. Februar k. J.** angebracht werden. Die unterzeichnete Kommission fordert diejenigen jungen Leute, welche in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam im Jahre 1891 gestellungspflichtig werden und die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erlangen beabsichtigen, hierdurch auf, die vorgeschriebenen Meldungen möglichst bald, spätestens jedoch bis zum 1sten Februar 1891 in ihrem Geschäftslokal — Am Marktplatz 3 — anzubringen.

Berlin, den 13. November 1890.

Königliche Prüfungs-Kommission
für Einjährig-Freiwillige.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Eigenthümer, Nießbraucher und Administratoren der im Weichbilde der Stadt Berlin gelegenen Gebäude wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den königlichen Kataster-Ämtern: Berlin I. — Centrum — Hinter dem Gießhause № 1, Berlin I. — Nordost — desgl., Berlin I. — Nordwest — Stendalerstraße № 32, Berlin I. — Süd — Ragbachstraße № 5, für deren Geschäftsbezirk bei Vermeidung der im § 17 des Gesetzes vom 21. Mai 1861 — Gesetzsammlung Seite 317 — angeordneten Strafen, soweit dieses noch nicht geschehen ist, gemeldet werden müssen:

1) Bis Ende Dezember 1890:

die vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 benutzbar beziehungsweise bewohnbar gewordenen Neubauten bezw. Vergrößerungsbauten. (Auflegen eines Stachwerkfes, Anbau eines Gebäudetheiles etc.)

2) Bis Ende Juni 1891:

die vom 1. April 1890 bis 31. März 1891 eingetretenen bezw. noch eintretenden Verände-

rungen in der Einrichtung oder in der Benutzung, wonach bisher ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienende Gebäude vorwiegend zum Bewohnen verwendet werden.

Berlin, den 6. November 1890.

Königliche Direction

für die Verwaltung der directen Steuern in Berlin.

Ausprache an die Bevölkerung über das Wesen und die Bedeutung der Volkszählung am 1. Dezember 1890.

In den letzten Tagen dieses Monats werden Hunderttausende ehrenamtlicher Zähler in den Wohnungen ihrer Mitbürger vorsprechen, um denselben einen Zählbrief zu übergeben, welcher eine Anzahl von Zählkarten einschließt. Diese Zählbriefe und Zählkarten nebst den von den Zählern selbst aufzustellenden Kontrolllisten dienen als Handwerkszeug der Volkszählung, welche auf Beschluß des Bundesrathes am 1. December d. Js. im ganzen Deutschen Reiche stattfinden wird.

In Preußen empfängt jeder Haushaltungsvorstand und jede einzeln lebende Person, welche eine besondere Wohnung inne hat und eigene Hauswirtschaft führt, einen solchen Zählbrief und wird darin ersucht, für jede in der Nacht vom 30. November zum 1. December d. Js. in der Haushaltung — wenn auch nur vorübergehend — anwesende Person in eine gelbliche Zählkarte A. den Namen, die Stellung zum Haushaltungsvorstande, das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, den Beruf bezw. Nahrungszweig, die Geburtsgegend, das Religionsbekenntniß, die Staatsangehörigkeit und die Muttersprache, für bundesangehörige aktive Militär- und Marinepersonen, ferner die Charge und den Truppentheil, für nur vorübergehend in der Haushaltung Anwesende endlich noch deren Wohnort einzuschreiben. Ebenso hat der Haushaltungsvorstand für jeden am Zähltag aus vorübergehendem Anlasse abwesenden Haushaltsangehörigen, welcher dort noch seine Wohnung bezw. Schlafstelle besitzt, in eine röthliche Zählkarte a. den Namen, die Stellung zum Haushaltungsvorstande, das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, den Beruf bezw. Nahrungszweig, den vermutlichen Aufenthaltsort und für bundesangehörige aktive Militär- und Marinepersonen die Charge und den Truppentheil einzutragen. Ingleichen hat derselbe ein Haushaltsverzeichnis R. aufzustellen, welches Namen, Verwandtschaft bezw. Stellung zum Haushaltungsvorstande, Religionsbekenntniß, An- oder Abwesenheit der Haushaltsmitglieder bezw. die lediglich vorübergehende Anwesenheit anderer

in der Haushaltung gezählter Personen nachweist. Der Zählbrief enthält auf seiner Innenseite eine Anleitung nebst Mustern zur richtigen Ausfüllung der vorerwähnten Zählkarten und ist mit den ausgefüllten Zählpapieren vom 1. Dezember Mittags ab zur Abholung durch den Zähler bereit zu halten. Sollte am Nachmittage des 1. Dezember Niemand in der Wohnung verbleiben, so ist in geeigneter Weise Fürsorge zu treffen, daß der Zählbrief mit den ausgefüllten Zählkarten und den etwa übrig gebliebenen Formularen durch Nachbarn u. s. w. dem zur Einsammlung erscheinenden Zähler übergeben und diesem sich freiwillig und unentgeltlich dem öffentlichen Dienste widmenden Beamten die Erfüllung seines Amtes möglichst erleichtert wird. Die Mühwaltung, welche dem einzelnen Haushaltungsvorstande aus der Ausfüllung der Zählkarten und des Haushaltungsverzeichnisses persönlich erwächst, ist sehr gering und beansprucht selbst in größeren Haushaltungen kaum eine nennenswerthe Zeit. Der Staat darf von seinen Bürgern wohl erwarten, daß sie sich in jedem fünften Jahre einmal dieser auf andere Weise nicht wohl zu ersetzenden Arbeitsleistung bereitwillig unterziehen.

Die Volkszählung ist bei uns nicht allein unentbehrlich für vielerlei Aufgaben der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung; sie dient auch der Wissenschaft und ist das beste Mittel, das Volk in seiner Wesenheit thätigst kennen zu lernen. Schon die bloße Volkszahl giebt ein Bild von der Macht der Staaten. Wie sehr Preußens Stärke im Laufe dieses Jahrhunderts zugenommen hat, ergibt sich aus Folgendem. Die Bevölkerung Preußens stellte sich zu Ende des Jahres 1810 auf 4 498 000, 1820 auf 11 272 000, 1830 auf 13 002 000, 1840 auf 14 929 000, 1850 auf 16 608 000, 1860 auf 18 279 000, 1870 auf 24 597 000 und 1880 auf 27 296 000; sie betrug Ende 1885 28 336 000 und wird zu Ende dieses Jahres wohl mindestens 29 1/2 Millionen erreichen. Aus der Vergleichung der Volkszahl mit der Größe des Staatsgebietes ergibt sich die Dichtigkeit des Beisammenwohnens; eine dichte Bevölkerung aber bedingt zu ihrer Erhaltung starke gewerbliche Thätigkeit und giebt den Antrieb zur wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Kräfte. Die starke Volkszunahme des Deutschen Reiches wie des Preussischen Staates ist die wichtigste Ursache von deren hoher Machtstellung und wirtschaftlichen Größe gewesen. Aber die Ermittlung der bloßen Volkszahl ist nicht die alleinige Aufgabe der Volkszählung; sie soll vielmehr in den durch die Zählpapiere erforderten Nachrichten die Unterlagen für alle Untersuchungen über die Volkskraft und das Volksleben liefern. Besäße man nicht die Ergebnisse der Volkszählung, so müßte auf derartige Untersuchungen überhaupt verzichtet werden, da die bezüglichen Nachrichten auf anderem Wege nicht beschafft werden können. Jede im Haushaltungsverzeichnisse und in den Zählkarten verlangte Auskunft ist unentbehrlich. Deshalb ist es die Pflicht jedes Empfängers eines Zählbriefes, die Antworten auf die gestellten Fragen nach

bestem Wissen richtig, auch so vollständig wie möglich zu geben und damit seinerseits nach Kräften zum Gelingen dieser Aufgabe beizutragen.

Niemand hat von der wahrheitsgemäßen Beantwortung der in den Zählpapieren gestellten Fragen für sich selbst oder seine Haushaltungsgegnossen den geringsten Nachtheil zu befürchten; denn seitens des königlichen statistischen Bureau's werden durch die Volkszählung gewonnene Nachrichten über einzelne Personen niemals veröffentlicht oder irgend wohin, auch nicht an Behörden, mitgetheilt. Ebenso wenig werden diese Nachrichten seitens der Steuerverwaltung oder sonst zu fiskalischen Zwecken verwertet. Man kann sich versichert halten, daß die in die Zählkarten eingetragenen Nachrichten über das Alter, den Familienstand, die Stellung im Berufe u. s. w. gelegentlich der Bearbeitung des Zählungsergebnisses lediglich in die statistischen Tabellen übergehen, in denen der einzelne Mensch nicht mehr erkennbar ist. Nach beendigter Auszählung werden die hier verbliebenen Zählkarten eingestampft.

Nächst den Haushaltungsvorständen und einzeln lebenden Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft sind es namentlich die Zähler, welche durch zweckmäßige Vertheilung der Zählpapiere, durch sachgemäße Prüfung und Ergänzung beim Wiedereinsammeln sowie durch richtige Aufnahme der Wohnstätten sehr viel zum Gelingen der Volkszählung beizutragen vermögen. Diese Männer walten eines Ehrenamtes und haben in Ausübung desselben die Eigenschaft öffentlicher Beamten. Dabei haben sie eine sehr viel größere Menge Zeit und persönlicher Mühwaltung aufzuwenden als die Empfänger der Zählbriefe; sie sind allzeit bereit, auf Erfordern fehlende Formulare an die Haushaltungsvorstände ihres Zählbezirkes abzugeben und dieselben über etwa bei der Ausfüllung der Zählpapiere entstehende Zweifel aufzuklären. Möchten recht viele gemeinnützig gesinnte und befähigte Männer dieses für Staat und Gemeinde gleich wichtige Amt übernehmen!

Bei innigem Zusammenwirken der Behörden, der Zählkommissionen, der Zähler und der Bewohner selbst wird auch die bevorstehende Volkszählung wie die vorhergegangenen dem Preussischen Staate verlässliche Auskunft über die Zahl und den gegenwärtigen Zustand seiner Bevölkerung geben. Das königliche statistische Bureau aber wird keine Mühe scheuen, um zunächst die Hauptzahlen der Aufnahme, welche begreiflicherweise allgemein mit Spannung erwartet werden, so schnell wie möglich festzustellen und zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, diesen dann aber das ausführliche Ergebniß der Zählung baldigst folgen zu lassen.

Berlin, im November 1890.

Königliches statistisches Bureau.

Nachweisung

der von den im Jahre 1889 durch Königl. Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten im Jahre 1890
gefallenen Fohlen im Regierungs-Bezirk Potsdam.

Nummer	N a m e n der Beschäl-Station.	Dasselbst standen im Jahre 1889 Landbeschäler			Diese haben Stuten gedeckt.	Davon sind				Von den tragend gewesenen Stuten			Im Jahre 1890	
		alte	4-jährige	Summa		güt geblieben	tragend geworden	verkauft, gestorben und nicht nachgewiesen	haben verfocht	sind lebende Fohlen geboren.			standen dasselbst Be- schäler	diese haben Stu- ten gedeckt
										hengste	Stuten	Summa		
1	Friedr.-Wilh.-Gestüt	5	1	6	109	40	63	6	6	35	22	57	7	121
2	Linow ¹	3	—	3	88	31	55	2	3	29	23	52	—	—
	Herzberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	83
3	Blandifow ²	2	—	2	81	25	54	2	4	20	31	51	3	82
4	Frehe ³	2	—	2	62	17	43	2	4	15	24	39	—	—
	Triglis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	43
5	Dannenwalde	1	1	2	64	20	43	1	6	19	18	37	2	62
6	Barentzin	1	1	2	89	16	69	4	7	25	37	62	3	93
7	Lenzen ⁴	3	—	3	120	29	85	6	6	40	41	81	4	180
8	Wiltsdorf ⁵	2	—	2	90	26	62	2	2	29	32	61	3	115
9	Blüthen	3	—	3	83	42	40	1	4	21	15	36	3	65
10	Eumlofen	3	—	3	140	53	86	1	6	37	43	80	3	158
	Dalmin ⁶	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	25
11	Kogen	2	—	2	62	16	43	3	1	20	22	42	2	86
12	Fehrbellin ⁷	2	—	2	92	15	73	4	8	34	31	65	—	—
	Tarmow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	91
13	Michendorf ⁸	2	—	2	29	8	19	2	1	12	6	18	—	—
	Buchholz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	53
14	Mehdorf	2	1	3	122	36	81	5	13	32	36	68	3	117
15	Eberswalde	2	—	2	62	17	43	2	2	23	18	41	2	74
16	Bernau	2	—	2	81	25	50	6	7	23	20	43	2	103
17	Gr.-Schönebeck	2	—	2	83	30	49	4	4	20	25	45	2	87
18	Hoppegarten	1	—	1	36	19	12	5	—	5	7	12	1	47
19	Falkenthal	3	—	3	101	46	54	1	1	21	32	53	3	103
20	Boizenburg	3	—	3	97	31	66	—	5	36	25	61	3	93
21	Templin	2	—	2	78	16	60	2	6	27	27	54	2	81
22	Angermünde	2	1	3	112	40	65	7	6	33	26	59	3	137
23	Gramzow ⁹	3	—	3	158	73	84	1	3	43	39	82	3	167
24	Prenzlau ¹⁰	3	—	3	155	69	78	8	7	38	34	72	3	180
25	Jüzen	1	—	1	36	18	18	—	1	13	4	17	1	38
26	Rosow	2	1	3	110	17	93	—	15	34	44	78	3	113
27	Neuensund	1	—	1	40	10	29	1	3	11	15	26	1	51
28	Malchow	1	—	1	36	16	20	—	2	7	11	18	1	27
29	Al.-Ludow	1	—	1	26	6	14	6	—	7	7	14	1	29
30	Kobisdorf ¹¹	3	—	3	109	36	71	2	6	33	32	65	—	—
	Beeskow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	108
31	Storkow	2	—	2	87	31	53	3	5	27	21	48	2	98
32	Zossen	2	—	2	66	25	39	2	4	17	18	35	2	131
33	Dahme	1	1	2	38	3	32	3	—	13	19	32	2	121
34	Baruth ¹²	2	1	3	48	12	34	2	6	15	13	28	—	—
	Summa	72	8	80	2790	914	1780	96	154	814	818	1632	83	3162

¹⁾ nach Herzberg verlegt, ²⁾ 1 Zwillingengeburt, ³⁾ nach Triglis verlegt, ⁴⁾ 2 Zwillingengeburt, ⁵⁾ 1 Zwillingengeburt, ⁶⁾ neu errichtet, ⁷⁾ nach Tarmow verlegt, ⁸⁾ nach Buchholz verlegt, ⁹⁾ 1 Zwillingengeburt, ¹⁰⁾ 1 Zwillingengeburt, ¹¹⁾ nach Beeskow verlegt, ¹²⁾ eingegangen.
Friedrich-Wilhelms-Gestüt, den 7. November 1890.

Der Königl. Gestüt-Director.

B e k a n n t m a c h u n g .

In Gemäßheit des § 142 des revidirten Reglements der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg, das Markgrathum Niederlausitz und die Districte Jüterbog und Belzig, vom 15. Januar 1855, bringen wir Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß:

I. Resultate der Jahres-Rechnungen für das Jahr 1889.**A. Rechnung über den laufenden Entschädigungs-Fonds.**

		Soll.		Hft.		Rest.	
		Mark	Pf.	Mark	Pf.	Mark	Pf.
E i n n a h m e .							
I. Bestand aus voriger Rechnung		374 181	05	374 181	05	—	—
II. Ueberträge =	(Immobilien)	251	53	251	53	—	—
III. Beiträge	(Immobilien)	1 043 280	71	1 043 258	24	22	47
	(Mobilien)	101 160	66	101 075	31	85	35
IV. Extraordinaria, inkl. 25596 M. 10 Pf.	(Immobilien)	41 574	67	41 574	67	—	—
Zinsen	(Mobilien)	3 383	25	3 383	25	—	—
V. Erstattete Vorschüsse	(Immobilien)	175	70	175	70	—	—
Summa		1 564 007	57	1 563 899	75	107	82
A u s g a b e .							
I. Ueberträge aus voriger Rechnung	(Immobilien)	269 963	08	224 264	47	45 698	61
	(Mobilien)	3 574	79	3 357	25	217	54
II. Verwaltungskosten	(Immobilien)	100 342	10	100 342	10	—	—
	(Mobilien)	9 307	20	9 307	20	—	—
III. Reisekosten	(Immobilien)	5 017	60	5 017	60	—	—
IV. Brand-Entschädigungsgelder	(Immobilien)	1 019 116	57	890 531	82	128 584	75
(inkl. Spritzen- und Wassermagen-Prämien, Vertinenzschäden-Vergütungen und Abschätzungskosten)	(Mobilien)	49 151	36	49 151	36	—	—
V. Extraordinaria	(Immobilien)	40 274	01	40 274	01	—	—
	(Mobilien)	2 543	96	2 543	96	—	—
VI. Dem eisernen Bestands-Fonds überwiesene Eintrittsgelder	(Immobilien)	6 092	59	6 092	59	—	—
	(Mobilien)	936	17	936	17	—	—
VII. Vorschüsse	(Immobilien)	175	70	175	70	—	—
Summa		1 506 495	13	1 331 994	23	174 500	90
Die Einnahme beträgt		1 564 007	57	1 563 899	75	—	—
Ergiebt Bestand		57 512	44	231 905	52	—	—
B. Rechnung über den eisernen Bestands-Fonds.							
E i n n a h m e .							
A. Bestand aus voriger Rechnung		499 775	15	499 775	15	—	—
B. Kapitalien		165 746	50	165 746	50	—	—
I. Zinsen		15 759	80	15 759	80	—	—
II. Eintrittsgelder		7 028	76	7 028	76	—	—
Summa		688 310	21	688 310	21	—	—
A u s g a b e .							
A. Kapitalien		161 494	50	161 494	50	—	—
I. Zinsen		15 182	30	15 182	30	—	—
Summa		176 676	80	176 676	80	—	—
Die Einnahme beträgt		688 310	21	688 310	21	—	—
Ergiebt Bestand		511 633	41	511 633	41	—	—
davon in Werthpapieren		454 000	M. — Pf.,				
und in baar		57 633	= 41 =				

II. Brand- und Blitzschäden und dafür gezahlte Entschädigungsgelder.

Die Societät ist im Laufe des Jahres 1889 von 294 Bränden und 46 nicht zündenden Blitzschlägen betroffen worden, durch welche 441 Versicherte an ihrem Immobilien und 28 Versicherte an ihrem Mobilien Schaden erlitten haben. Es sind 443 Gebäude total vernichtet und 384 partiell beschädigt.

Aus Anlaß dieser Brand- und Bligschäden, einschließlich der Bewilligungen für resp. aus Anlaß von Bränden aus dem Jahre 1888 und früher sind festgesetzt.

1. Brand=Entschädigungsgelder	für Immobilial	für Mobilial
in Klasse I.	166 714 M. 28 Pf.	7 064 M. 25 Pf.
" " II.	282 187 " 61 "	4 629 " 67 "
" " III.	529 225 " 17 "	31 472 " 12 "
" " IV.	4 767 " 20 "	5 552 " 22 "
Schäden=Abschätzungskosten	5 077 " 05 "	433 " 10 "
	<hr/>	<hr/>
	zusammen 987 971 M. 31 Pf.	49 151 M. 36 Pf.
2. Spritzen=Prämien	15 300 " — "	
3. Wasserpumpen=Prämien	4 760 " — "	
4. Pertinenzschäden=Vergütungen	11 085 " 26 "	
	<hr/>	
	Uebershaupt 1 019 116 M. 57 Pf.	

III. Beiträge der Societäts-Mitglieder.

Zur Deckung der vorbemerkten Schäden und der sonstigen Ausgaben wurden ausgeschrieben:

Zur Statistik der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben des Reichs.															
I. Halbjahr 1889		für	277 348 850	M.	Immobilien-Versicherung,	Klasse I.	4	Pf.	pro 100	M.	110 939	M.	54	Pf.	
		=	128 884 625	=	=	=	II.	8	=	=	103 107	=	70	=	
		=	71 087 000	=	=	=	III.	28	=	=	199 043	=	60	=	
		=	277 900	=	=	=	IV.	48	=	=	1 333	=	92	=	
zusammen			477 598 375	M.	Immobilien-Versicherung						414 424	M.	76	Pf.	
		für	283 849 150	M.	Immobilien-Versicherung,										
					Klasse I.	6	Pf.	pro 100	M.	170 309	M.	49	Pf.		
II. Halbjahr 1889		=	130 026 375	=	Immobilien-Versicherung,										
		=	70 117 075	=	Klasse II.	12	Pf.	pro 100	M.	156 031	=	65	=		
		=		=	Immobilien-Versicherung,										
		=		=	Klasse III.	42	Pf.	pro 100	M.	294 491	=	72	=		
		=	268 125	=	Immobilien-Versicherung,										
					Klasse IV.	72	Pf.	pro 100	M.	1 930	=	50	=		
zusammen für			484 260 725	M.	Immobilien-Versicherung						622 763	=	36	=	
											Zusammen	1 037 188	M.	12	Pf.

Ferner sind im Jahre 1889 an Beiträgen der Mobiliar-Versicherten aufgebracht,
a. für die klassifizirten Versicherungen, welche am Schlusse des Jahres 1889 betrugen:

21 155 925	Dr. in Klasse I.	25 510	Dr. 06 Pf.
11 788 800	" " " II.	26 920	" 49 "
8 298 100	" " " III.	45 920	" 94 "
<u>41 242 825</u>	<u>Dr.</u>	<u>98 351</u>	<u>Dr. 49 Pf.</u>

b. für die nicht klassifizierten Versicherungen
(Mietben u.) im Betrage von 414 225 M.

Zusammen 100 224 M. 49 Pf.

Berlin, den 6. November 1890.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausig.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Lauf.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Robert Bartsch, Müller,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 23. August 1857 zu Sörgendorf, Bezirk Freimwalbau, Oesterreichisch = Schle- sien, ortsangehörig ebenda selbst.	schwerer Diebstahl (vier- Zahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 20. Ok- tober 1886),	königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	10. August 1890.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
2.		3.	4.	5.	6.
h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Reinerius Nikolaas Brouwer, Arbeiter,	geboren am 30. Januar 1863 zu Alkmaar, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	27. Oktober 1890.
2	Franz Bruggmann, Tapetenbrudergehilfe,	geboren am 27. Oktober 1852 zu Hötting, Bezirk Innsbruck, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Landsberg,	14. Oktober 1890.
3	Nikolaus Bürger, Korbmacher,	geboren am 6. Oktober 1868 zu Waldbillig, Luxemburg, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz,	25. Oktober 1890.
4	Wenzel Capek, Schuhmacher,	geboren am 26. September 1864 zu Buchslanitz, Bezirk Kuttenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Petrowig, ebendaselbst,	desgleichen,	Stadtmagistrat zu Nürnberg, Bayern,	19. Oktober 1890.
5	Josef Chalupnick, Schneidergeselle,	geboren am 16. Juni 1855 zu Proser, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	23. Oktober 1890.
6	Wilhelm Deutsch, Arbeiter,	geboren im Jahre 1874 zu Tolcsa, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	18. Oktober 1890.
7	Johann Kandolf, Bäckergehilfe,	geboren am 28. August 1868 zu Hermagor, Kärnten, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	23. Oktober 1890.
8	Carl Christian Nielsen, Schuhmacher,	geboren am 11. Juli 1832 zu Horsens, Dänemark,	desgleichen,	Chef der Polizei in Hamburg,	22. August 1890.
9	Die Zigeunerinnen:				
a.	Elisabetha Roschitschka, Ehefrau,	a. 25 Jahre alt,	Landstreichen,		
b.	Emilie Roschitschka, Ehefrau,	b. 26 Jahre alt,			
c.	Franziska Roschitschka, ledig,	c. 13 Jahre alt, sämtlich ortsangehörig zu Dpatowig, Bezirk Pardubitz, Böhmen,		Königlich Bayerisches Bezirksamt Grafenau,	17. Oktober 1890.
10	Josef Schedlbauer, Müllergehilfe,	geboren am 15. März 1862 zu Wotic, Bezirk Tabor, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	29. September 1890.
11	Ragnhilde Emilie Terndrup, Kellnerin,	geboren am 15. Januar 1872 zu Langheistrup, Dänemark, ortsangehörig zu Aarslev, Gemeinde Horning, ebendaselbst,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	21. Oktober 1890.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem praktischen Arzte Dr. med. Hornig zu Dramenburg den Charakter als „Sanitäts-Rath“ zu verleihen.

Die bisherigen Gerichts-Referendare von Behr und Dr. Wilms sind zu Regierungs-Referendarien ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist der Rittergutsbesitzer Bertrand zu Briz nach Ablauf seiner Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den 16. Bezirk Goltzow ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Georg Gustav Ernsthold Johannes Curds zu Goerne, Diözese Rathenow, ist zum Pfarrer der Pfarodie Liepe, Diözese Rathenow, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Friedrich August Hübener ist zum Archidiaconus zu Ludenwalde und Pfarrer von Liebäs mit Märtensmühle, Ruhlsdorf und Woltersdorf, Diözese Ludenwalde, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu D.-Wilmsdorf, Diözese Cöln-Land I., kommt durch die nach altem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Andreae, zum 1. April f. J. zur Erledigung.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Buckow, Diözese Beeskow, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Liphardt, zum 10. Oktober d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevwahl nach Maßgabe des Kirchengesetzes, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 vorgesehenen Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886 — Kirch. Ges. und Verordn.-Bl. de 1886 S. 39. — Bewerbungen um diese Stelle sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat an der St. Katharinen-Kirche zu Brandenburg a. H., Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch das Aufrücken des derzeitigen Inhabers, des Diaconus Pfeiffer, Ende April f. J. zur Erledigung.

Der bisherige Schulamtskandidat Emil Scheffler ist als ordentlicher Lehrer an der 3. höheren Bürgerschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Oktober sind **ernannt**: zu Postkassirern die Ober-Postdirectionssecrétaires Voigt und Niermeyer, zu Telegraphenamtskassirern

die Ober-Postdirectionssecrétaires Bähr und Heitmüller, zu Ober-Postdirectionssecrétaires die Postsecrétaires Günther, Stein und Zech, zu Ober-Postsecrétaires die Postsecrétaires Röper und Sorge, zum Ober-Telegraphenssecrétaire der Telegraphenssecrétaires Reichelt, zum Kanzlisten der Bureauassistent Kahnke, zu Ober-Postassistenten der Kanzlist Hesse, die Postassistenten Hirsland, Klebba, Peters, Salomon und Sibelski; **angestellt**: als Postsecrétaires die Postpraktikanten Brade, Fehner, Flaschenträger, Gollinge, Heisig, Krug, Quasthöff, Petermann, Starcke und Jobus, als Postassistenten die Postassistenten Gundlach, Wilh. Müller, Schön, Selpin, Böckel, die Postanwärter Petri, Schulz und Birchow, als Telegraphenassistenten die Telegraphenanwärter Böhme, Brandt, Daasch, Diener, Edert, Eisler, Haupt, Hoffmann, Lindenblatt, Machalle, Moser, Neesemann, Tilgner, Vollmann, Werner und Weber, als Postverwalter der Postassistent Bed in Tegeler Landstraße; **versetzt**: der Postmeister Guzmann von Kreuz (Ostbahn) nach Weissensee bei Berlin, von Berlin die Postsecrétaires Dufayel nach Liegnitz, Möschter nach Reg., Suchau nach Michelstadt, Weithase nach Strassburg (Elb.), die Postassistenten Bütow nach Stolp (Pom.), Bosh nach Corbach, nach Berlin der Postsecrétaire Krause von Cassel, der Postassistent Vier von Stolp (Pom.); **in den Ruhestand versetzt**: der Telegraphenssecrétaire Athenstädt, die Ober-Telegraphenassistenten Kolbe und Schilling; **gestorben**: der Ober-Postsecrétaire Wojciechowski, der Ober-Telegraphenassistent Schäfer.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam. **Stetsmäßig angestellt sind**: der Postanwärter Krohn als Postverwalter in Seehausen (Uckermark), der Telegraphenanwärter Kohl als Telegraphenassistent in Neuruppin.

Versetzt sind: der Postverwalter Döring von Falkenrehde nach Bornim (Mark), der Postinspector Kröhnke von Halle (Saale) nach Potsdam, der Ober-Postdirections-Secrétaire Mayer in Magdeburg als c. Postkassirer nach Spandau, der Telegrapheninspector Sydow in Potsdam als c. Geheimer expeditirender Secrétaire nach Berlin (Reichs-Postamt), der Postkassirer Wichert in Spandau als c. Postinspector nach Königsberg (Preußen) und der Postdirector Zimmermann von Reddinghausen nach Angermünde.

In den Ruhestand versetzt: Mülbner von Mülnheim, Postdirector in Angermünde.

Hierzu Drei Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extra-Blatt

zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 22ten November 1890.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu Berlin im Betrage von 10556000 Mark.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen u.
thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zu Berlin auf Grund des von dem Reichskanzler als Aufsichtsbehörde genehmigten Beschlusses der Hauptversammlung ihrer Mitglieder vom 20. November 1890 darum nachgesucht hat, daß ihr Zweck Ausbringung der Mittel für die Bezahlung der Seiner Hoheit dem Sultan von Zanzibar für die Abtretung der Hoheitsrechte über das der Deutschen Interessensphäre in Ostafrika vorgelagerte Küstengebiet sammt dessen Zubehörungen und der Insel Mafia zu gewährenden Entschädigung von 4 Millionen Mark, sowie Zweck Ausbringung der Mittel für dauernde wirtschaftliche Anlagen in dem Deutsch-Ostafrikanischen Gebiete und für die Beförderung des Verkehrs nach demselben die Aufnahme einer Anleihe im Gesamtbetrage von 10556000 Mark gegen Ausgabe von auf jeden Inhaber lautenden, mit Zins Scheinen versehenen Obligationen gestattet werden möge, so wollen Wir, da sich hiergegen nichts zu erinnern gefunden, gemäß § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu Berlin durch gegenwärtiges Privilegium die Befugniß erteilen, auf jeden Inhaber lautende, mit Zins Scheinen versehene, seitens der Gläubiger unkündbare, nach anliegendem Muster auszufertigende, Obligationen im Gesamtbetrage

von 10556000 Mark, in Buchstaben: zehn Millionen fünfhundertsechshunderttausend Mark, in folgenden Abschnitten:

6456 Stück zu 1000 Mark =	6456000 Mark,
4000 Stück zu 500 Mark =	2000000 Mark,
7000 Stück zu 300 Mark =	2100000 Mark

auszustellen, welche mit jährlich 5 Procent zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung halbjährlich, vom 1. Juli des auf die Ausstellung folgenden Kalenderjahres ab, mit wenigstens 0,3257 des Kapitals zuzüglich der aus den ersparten Zinsen tilgbaren Nominalbeträge zu amortisiren und zum Course von 105 Procent einzulösen sind. Die Ertheilung des Privilegiums erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber der Obligationen die daraus sich ergebenden Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums verpflichtet zu sein. Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltslich der Rechte Dritter erteilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 20. November 1890.

(L. S.)

gez. **Wilhelm K.**

ggz. v. Caprivi. Triquet.

Littera _____ No. _____ Mark.

5%ige Deutsch-Ostafrikanische Zinlobligation

ausgegeben von der

Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu Berlin

über

Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privilegiums vom 1890.

(Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom 1890. N^oSeite, Gesetz-Sammlung für 1890, Seite, laufende N^o

Auf Grund des von dem Herrn Reichskanzler als Aufsichtsbehörde genehmigten Beschlusses der Hauptversammlung der Mitglieder der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu Berlin vom 20. November 1890 wegen Aufnahme einer Schuld von Mark 10556000 bekennt sich die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare, Verschreibung zu einer Darlehensschuld von

Mark,

welcher Betrag an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft baar gezahlt ist und vom 1. Januar 1891 ab am 1. Juli und 2. Januar jeden Jahres mit fünf vom Hundert jährlich verzinst wird.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von Mark 10556000, über welche 6456 Schuldverschreibungen Littera A zu je Mark 1000, 4000 Schuldverschreibungen Littera B zu je Mark 500 und 7000 Schuldverschreibungen Littera C zu je Mark 300 ausgegeben sind, erfolgt nach Maßgabe des umstehend abgedruckten Tilgungsplanes mittelst Verloosung der Anleihencheine in den Jahren 1891 bis 1935 einschließlich. Die Verloosung findet in den Geschäftsräumen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft unter Leitung eines Notars im Juni und im Dezember jeden Jahres statt, und es gelangen an jedem Verloosungstermin 0,3257 % des Nominalbetrages von 10556000 Mark zuzüglich der aus den ersparten Zinsen tilgbaren Nominalbeträge zur Ausloosung. Der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft steht vom Jahre 1900 ab das Recht zu, jederzeit auch einen größeren als den vorgenannten Betrag zur Verloosung zu bringen oder auch die ganze jeweilig noch im Umlauf befindliche Anleihe nach vorausgegangener 6monatiger Kündigung zurückzahlen.

Die ausgelooften Schuldverschreibungen werden am nächsten auf die Verloofung folgenden Zinszahlungstermin, die gekündigten Schuldverschreibungen werden am Fälligkeitstage zum Course von 105 % eingelöst. Die ausgelooften Stücke werden unter Bezeichnung der Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Alle die Anleihe betreffenden Bekanntmachungen erfolgen in dem „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“ und außerdem in zwei in Berlin erscheinenden Zeitungen und einer in Frankfurt am Main erscheinenden Zeitung.

Mit dem Tage der Fälligkeit des Kapitals hört die Verzinsung auf.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinscheine bezw. dieser Schuldverschreibung bei der Königlichen Haupt-Seehandlungs-Kasse zu Berlin. Mit der zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Schuldverschreibung sind die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern; für fehlende Zinscheine wird der entsprechende Betrag vom Kapital abgezogen. Die ausgelooften bezw. gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb 30 Jahren nach dem Fälligkeitstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen sind zu Gunsten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verjährt.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt im Wege des gerichtlichen Aufgebotsverfahrens.

Zinscheine und Talons können weder aufgeboten noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zinscheinen vor Ablauf der Verjährungsfrist bei der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft anmeldet und den früheren Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder in sonst glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht zur Zahlung vorgelegten Zinscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinscheine bis zum Schlusse des Jahres 1900 und eine Anweisung zur Empfangnahme weiterer Zinscheine ausgegeben.

Für die vorstehend eingegangenen Verpflichtungen haftet die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft mit ihrem gesammten Vermögen. Zur besonderen Sicherung des Dienstes der Anleihe hat die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft den ihr aus dem Vertrage mit der Kaiserlichen Regierung vom 20. November 1890 gegen die Kaiserliche Regierung zustehenden Anspruch auf die Brutto-Erträge der Zölle des Deutsch-Ostafrikanischen Gebiets bis zum Jahresbetrage von 600 000 Mark durch Vertrag vom 21. November 1890 an die Königliche General-Direktion der Seehandlungs-Societät cedirt und es hat die Königliche General-Direktion der Seehandlungs-Societät im gleichen Vertrag sowohl gegenüber der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft als gegenüber den Inhabern der auf Grund des genannten Vertrages auszugebenden Schuldverschreibungen die Verpflichtung übernommen, die von der Kaiserlichen Regierung auf Grund der Cession bezahlten Beträge vorweg zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung der Anleihe zu verwenden.

Berlin, den

Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft.
(Zwei Unterschriften.)

- 3) Der Transport der Schweine von der Enlade-
stelle des Bestimmungsorts nach der Schlach-
tanstalt hat mittelst gut schließender Wagen zu er-
folgen, sofern die Anstalt mit der Eisenbahn durch
Schienenstränge nicht in unmittelbarer Verbindung
stehen sollte.
- 4) In der Schlachthanstalt dürfen die Schweine bis
zur Abchlachtung, welche unter polizeilicher Kon-
trolle zu erfolgen hat, mit zum Weiterverkauf auf-
getriebenem Vieh in keinerlei Berührung kommen.
Die Regierungen der Süddeutschen Staaten haben die
Grenzbehörden mit der erforderlichen Anweisung versehen.
Vorstehendes wird mit dem Bemerken zur Kennt-
niß der Betheiligten gebracht, daß die zur Verhütung
eines Mißbrauchs der erteilten Bewilligung zu er-
lassenden Ueberwachungsvorschriften nach ihrer Fest-
stellung durch die Polizeiverwaltungen zu Brandenburg
und Spandau werden bekannt gegeben werden.
Potsdam, den 25. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehsuchen.

258. Festgestellt ist:

der Hofs bei zwei Pferden des Volkereibesizers
Wendt zu Friedenau, Kreis Teltow;

die Maul- und Klauenseuche in dem Rind-
viehbestande des Bauergutsbesizers Lagenstein zu Brä-
dickow, Kreis Westhavelland.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche in Marksee und
unter dem Rindvieh des Rittergutes Markau, Kreis
Osthavelland, unter dem Rindviehbestande des Ritter-
gutes Langen, Kreis Ruppín, unter den Kühen des
Rittergutes Selchow, Kreis Teltow, und in Schmer-
gow, Kreis Zauch-Belzig.

Die Drüsensperre in Markau, Kreis Osthavelland,
ist noch nicht aufgehoben, da die Seuche im Gemeinde-
bezirk Markau noch weiter herrscht.

Potsdam, den 25. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

259. s. Seite 444.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei- Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

90. Auf Ihren Bericht vom 29. Oktober dieses
Jahres will Ich der Stadtgemeinde Berlin zur Er-
werbung und zur dauernden Beschränkung des für die ihr
nach dem Vertrage vom ^{17. Februar}_{24. Juni} 1888 obliegenden
baulichen Ausführungen zur Verbesserung des Spree-
laufs innerhalb der Stadt Berlin und bis zur Ein-
mündung der Spree in die Havel erforderlichen Grund-
eigentums das Enteignungsrecht hiermit verleihen.
Die eingereichten drei Pläne erfolgen anbei zurück.

Neues Palais, den 3. November 1890.

gez. **Wilhelm R.**

gegengez. von Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

*

*

*

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit
des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874
hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

100. Am 1. Dezember tritt in Berlin NW., Lessing-
straße Nr. 7/8, eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb
in Wirksamkeit, welche die Bezeichnung Berlin NW. 23
erhält. Bei dieser Postanstalt können Postsendungen
jeder Art mit Einschluß von Rohrpostsendungen ein-
geliefert werden. Die Dienststunden für den Verkehr
mit dem Publikum sind festgesetzt: An Wochentagen von
7 (im Winterhalbjahr von 8) Uhr Vormittags bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und gesetzlichen Feier-
tagen, sowie am Geburtstage S. M. des Kaisers von
7 bz. 8 Uhr bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis
7 Uhr Nachmittags, außerdem von 12—1 Uhr Mittags
für den Telegraphenbetrieb. Ferner ist das Postamt
verpflichtet, außerhalb der vorbezeichneten Dienststunden
Telegramme vom Publikum anzunehmen und zu be-
fordern oder eintretenden Falls am Apparat aufzu-
nehmen, sofern ein Beamter ohnehin in den Dienst-
räumen anwesend ist. Die Annahme gewöhnlicher
Pakete erfolgt täglich nur bis 7 Uhr Nachmittags.

Berlin C., den 18. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Unanbringliche Postsendungen.

101. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Pakete in Berlin zur Post gegeben.
an Nette in Berlin 1 kg, 15. Mai 1890,
an Ihre Majestät die Kaiserin
Friedrich in Homburg (v.
d. Höhe) 1 kg, 30. Mai 1890,
an Hering in Schildau
(Vober) 1/2 kg, 10. Juni 1890,
an Buske in Tempelburg 3 1/2 kg, 21. Juni 1890,
an F. S. Postlagernd in
Güstrin I. 1 1/2 kg, 16. Juli 1890,
an Stein in Forst N.-L. 4 kg, 30. Juli 1890,
an Klette in Berlin 1 1/2 kg, 31. Juli 1890.
B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Auf-
schrift enthalten gewesen bez. Postsendungen
entfallen oder bei hiesigen Postanstalten auf-
gefunden worden sind.

1 Thürdrücker von Messing, Etiketens, Holzschachteln,
Taschentücher, rohe Seide, Stempeltypen, Blechmarken,
Gelbtäschchen, 1 Büchse Cacao, Chocolate, 1 eisernes
Gitter, Stangen, Handschuhe, 1 Scheere, Cigarren,
1 Mundharmonika, Schlüsselschilder, Strümpfe, Perl-
muttergriffe, 1 Revolver, Fensterhaken, 1 Uhrpendel,
Stechnadeln, Gummi, Patronenhülsen, 1 Blechkapsel,
1 Holzleiste, 1 Stempel, Tabak, 1 Modell zu Eisen-
bahnschienen, 1 Zirkel, mehrere Messingtheile, 1 Schlüssel,
1 Federgürtel, 1 Kante, Gardinenhalter, Schlösser,
Maschinen- und Eisentheile, Küchen, Regenschirme,

1 Kleiderbürste, Band, 1 Rolle Draht, 1 Etiché, Papiertragen, Taschenmesser, 3 Pinsel, Steinproben, 1 Fläschchen Tinktur, goldene Ringe, 1 Paar Lackstühle, leere Butterfässer, Tuchmuster, Wolle, Stickmuster, 1 Schlüssel, 1 Etuis mit 2 Armbändern, Uhrketten, 1 Hundertgrammstück, 1 Schachtel Pillen, 1 Blechbüchse, Perlmutterknöpfe, Dresshandtücher, 1 Petschaft, Räucherkerzen, Papier-Verzierungen, Halsbinden, Haarnadeln, 1 Laubensalg, Proben von Hülsenfrüchten, Korbhyfenel, Schlüsselringe, Scheeren, 1 Zahn, Schminke, Uhrgewichtsketten, Handwaagen, Federproben, Corsetstäbe, 1 Cravatte, Borsten, 1 Briefwaage, Kupfermieten, Wachs, 1 Münze, 1 Broche, Tuchstücke mit eingestickten Anter, Zeug-Schnallen, Papierarten, 1 Fläschchen Stempelfarbe, Kinderspielzeugheile, Kinder-Saugptropfen, 1 Fläschchen Del, Watte, Thee, 1 Damen-Nachthemd, 1 Paar künstliche Augen, 1 Ohrring, Bücher verschiedenen Inhalts.

Die unbekannten Absender bez. Eigenthümer der vorbezeichneten Sendungen werden aufgefordert spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden, widrigenfalls die Gegenstände zum Besten des Postarmenfonds werden versteigert werden.

Berlin C., den 20. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

102. Bei der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen, welche den Absendern bz. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können.

A. Pakete.

An August Baade in Hamburg, 4½ kg, aufgeliefert am 15. Dezember 1887 in Lenzen (Elbe), an Kaufmann Carl Wust in Hamburg, 4 kg, aufgeliefert am 2. Juli d. J. in Rauen; an Kaufmann Franz Zimmermann in Hamburg, 5½ kg, aufgeliefert am 2. Juli d. J. in Rauen.

B. Postanweisungen.

An die königliche Gerichtskasse in Berlin, Hallesches Ufer 29, über 2 M. 90 Pf., aufgeliefert am 9. Juli d. J. in Friedrichshagen; an Ebert in Reichenhagen bei Berlin über 1 Mark 50 Pf., aufgeliefert am 8. September d. J. in Potsdam.

C. Einschreibbrief.

An Julius Nowack in Sydney, aufgeliefert am 3. Dezember 1887 in Spandau.

Pose sind aufgefunden worden:

4 Herren-Stieftragen, 1 Paar wollene Strümpfe, 1 Einmarkstück und 1 runder schwarz polirter Holzpflo.

Die unbekannten Absender bz. Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 20. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

103. Das im Kreise Westprignitz belegene Dorf Seddin nebst Abbauten wird vom 1. Dezember d. J. ab von dem Landbestellbezirk des Kaiserlichen Postamts in Verleberg abgezweigt und dem Bezirk des Kaiserlichen Postamts in Groß-Pankow (Prignitz) zugetheilt.

Potsdam, den 21. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

104. In dem zum Kreise Westhavelland gehörenden Kirchdorfe Premnitz wird am 1. Dezember eine Postagentur in Wirksamkeit treten. Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem Kaiserlichen Postamte in Rathenow durch das zwischen Rathenow und Milow in nachbezeichneter Weise verkehrende Privat-Personenfuhrwerk mit Postfachbeförderung:

710 B.	425 N.	Rathenow 110	11250 N.	910 N.
745 =	50 =	Mögelin Posthülfsstelle	1215 =	835 =
815 =	530 =	Premnitz Ag.	1145 B.	810 =
840 =	535 =	Milow Ag.	1120 =	740 =

Dem Landbestellbezirke von Premnitz werden folgende Ortschaften u. s. w. zugetheilt:

Döberitz,	Bode's	Ziegeleien und
Capel,	Bogt's	
Brösigkstraße,	Täge's	

Meyer's Schiffbauanstalt.

Die Posthülfsstelle in Premnitz tritt mit dem 30sten November außer Wirksamkeit.

Potsdam, 21. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

12. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 22. v. M. am 15. d. M. geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.)

159 Stück und zwar die Nummern:

378	640	884	905	1071	1337	1423	1503	1563	1583
1628	1861	2171	2257	2616	2826	2868	2911	3128	
3346	3419	3593	3696	4407	4574	4702	4731	4798	
4816	5295	5919	6018	6066	6931	6420	6530	6705	
6709	6783	6828	6936	6998	7006	7120	7438	7448	
7454	7498	7878	7921	8121	8309	8319	8361	8369	
8722	8755	8769	8816	8817	8959	9034	9174	9260	
9398	9403	9406	9424	9473	9863	9952	10051		
10087	10133	10173	10247	10564	10879	10902			
10980	11614	11615	11638	11793	11842	12102			
12117	12244	12260	12394	12465	12528	12962			
13003	13011	13191	13243	13311	13327	13394			
13638	13676	13874	14103	14210	14505	14567			
14611	14628	14748	14768	14823	14989	15063			
15259	15264	15276	15425	15540	15609	15634			
15798	15849	15889	15950	15965	16060	16111			
16284	16294	16324	16500	16889	16907	17042			

17048 17098 17115 17116 17134 17142 17195
17219 17259 17427 17615 17619 17828 17967
17973 18028 18296 18335 18388 18596 18669
18776 18799 19013.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.)

54 Stück und zwar die Nummern:

256 491 790 934 1006 1213 1250 1397 1498 1512
1800 1855 1896 1907 2227 2275 2276 2349 2561
2649 2852 3050 3289 3304 3570 3699 3948 4031
4106 4147 4272 4421 4423 4513 4684 4756 4929
4933 4945 5041 5302 5370 5402 5430 5572 5674
5862 6107 6202 6204 6280 6326 6454 6699.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.)

212 Stück und zwar die Nummern:

156 203 533 554 569 779 849 1246 1300 1351
1418 1476 1962 2010 2352 2864 2927 2947 3622
3646 3820 3848 3978 3996 4067 4167 4177 4228
4760 4887 5182 5190 5356 5495 5656 5957 6153
6472 6630 6723 6835 6924 7122 7164 7258 7350
7421 7585 7748 7783 7994 8001 8081 8568 8722
8853 9105 9425 9456 9520 9617 9620 9674 9679
9696 9737 9787 9821 9894 9921 9948 9963 10063
10104 10372 10413 10431 10508 10583 10931
10949 10982 11037 11066 11113 11222 11275
11404 11427 11436 11653 11781 11879 12356
12413 12537 12666 12695 12786 13225 13413
13419 13675 14045 14311 14418 14538 14540
14668 14685 14713 15259 15262 15531 15580
15583 15597 15766 15802 15820 15962 16150
16168 16230 16410 16457 16464 16599 16787
16899 16917 17006 17077 17078 17096 17155
17354 17358 17508 17520 17576 17625 17764
17876 17942 17985 18152 18189 18210 18394
18478 18497 18559 18676 18733 18819 19126
19180 19269 19297 19427 19607 19670 19746
19935 20270 20505 20539 20762 20768 20999
21420 21471 21584 21586 21618 21664 21849
21893 21943 22053 22055 22083 22246 22287
22327 22332 22402 22409 22502 22998 23023
23072 23217 23300 23423 23504 23527 23563
23630 23640 23684 23710 23723 23805 23926
23940 24047 24106 24381 24487 24577.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.)

177 Stück und zwar die Nummern:

71 113 284 325 404 557 670 744 747 775 818
892 958 992 1408 1416 1528 1884 2341 2879
2914 3090 3449 3920 4017 4301 4463 4713 4980
5151 5189 5480 5898 5920 6047 6671 6681 6771
6857 6896 6923 7321 7433 7452 7499 7522 7586
7656 7693 8118 8122 8152 8154 8174 8215 8434
8521 8621 8656 8913 8966 9009 9016 9123 9221
9333 9479 9492 9578 9629 9733 9773 9795 9943
9994 10087 10284 10364 10442 10493 10657 10761
10859 11049 11222 11256 11462 11635 11723
11809 11891 11916 11928 12485 12493 12568
12874 12892 13018 13694 13771 13846 13851

13929 14022 14361 14410 14834 15017 15037
15288 15373 15395 15399 15440 15513 16042
16252 16303 16440 16808 16826 16855 16923
16951 16976 16996 17001 17132 17193 17483
17944 18103 18180 18221 18291 18403 18410
18453 18547 18550 18558 18587 18666 18753
18760 18762 18790 18870 18950 18957 18974
19087 19207 19321 19401 19408 19466 19556
19567 19569 19606 19685 19697 19742 19787
19837 19877 19948 20342 20460 20489 20499
20505 20513 20515 20516.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. N^o 2—16 nebst Talon bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. April f. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verjähren mit dem Schlusse des Jahres 1901 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. November 1890.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Station Adlershof für den Wagenladungs- und beschränkten Stück-Güter-Verkehr.

51. Am 1. Dezember d. J. wird die bisher nur dem Personenverkehr dienende Station Adlershof auch für den Stück- und Wagenladungs-Güter-Verkehr eröffnet und zwar mit der Einschränkung bis auf Weiteres, daß Sendungen nach dieser Station nur frankirt, von denselben nur unfrankirt, in beiden Fällen ohne Nachnahme angenommen und Stückgüter nur im Einzelgewicht von höchstens 250 kg zugelassen werden. Von demselben Tage ab gelten die im Staatsbahntarife Berlin-Breslau für den Verkehr von Stationen des Bezirks Breslau nach Berlin, Görliger Bahnhof, und umgekehrt bestehenden Ausnahmefrachtsätze für Blei u., Zink u. Eisen u. (Ausnahmefracht 3, 4 und 7), ferner die Ausnahmefrachtsätze für Blei u., Zink u. von Breslau, Märkischer und Oberschlesischer Bahnhof nach Berlin, Görliger Bahnhof und umgekehrt sowie die Ausnahmefrachtsätze für Braunkohlen u. von Görlitz, Gr. Räschen, Langenöls, Olgarweiche, Muskau, Petershain, Senftenberg, Straßgraben und Weißwasser nach Berlin,

Görlitzer Bahnhof im diesseitigen Lokal-Güter-Tarife (Ausnahmetarife 10, 11 und 12 A. in gleicher Höhe für Sendungen nach bzw. von Adlershof. Nähere Auskunft ertheilen das Auskunftsbureau hier selbst, Bahnhof Alexanderplatz, sowie die beteiligten Güterabfertigungsstellen.

Berlin, im November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Aussprache an die Bevölkerung über das Wesen und die Bedeutung der Völkzählung am 1. Dezember 1890.

In den letzten Tagen dieses Monats werden Hunderttausende ehrenamtlicher Zähler in den Wohnungen ihrer Mitbürger vorsprechen, um denselben einen Zählbrief zu übergeben, welcher eine Anzahl von Zählkarten einschließt. Diese Zählbriefe und Zählkarten nebst den von den Zählern selbst aufzustellenden Kontrolllisten dienen als Handwerkszeug der Völkzählung, welche auf Beschluß des Bundesrathes am 1. Dezember d. Js. im ganzen Deutschen Reiche stattfinden wird.

In Preußen empfängt jeder Haushaltungsvorstand und jede einzeln lebende Person, welche eine besondere Wohnung inne hat und eigene Hauswirtschaft führt, einen solchen Zählbrief und wird darin ersucht, für jede in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember d. Js. in der Haushaltung — wenn auch nur vorübergehend — anwesende Person in eine gelbliche Zählkarte A. den Namen, die Stellung zum Haushaltungsvorstande, das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, den Beruf bzw. Nahrungszweig, die Geburtsgegend, das Religionsbekenntniß, die Staatsangehörigkeit und die Muttersprache, für bundesangehörige aktive Militär- und Marinepersonen, ferner die Charge und den Truppentheil, für nur vorübergehend in der Haushaltung Anwesende endlich noch deren Wohnort einzuschreiben. Ebenso hat der Haushaltungsvorstand für jeden am Zähltag aus vorübergehendem Anlasse abwesenden Haushaltsangehörigen, welcher dort noch seine Wohnung bzw. Schlafstelle besitzt, in eine röthliche Zählkarte a. den Namen, die Stellung zum Haushaltungsvorstande, das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, den Berufs- bzw. Nahrungszweig, den vermutlichen Aufenthaltsort und für bundesangehörige aktive Militär- und Marinepersonen die Charge und den Truppentheil einzutragen. Ingleichen hat derselbe ein Haushaltsverzeichnis B. aufzustellen, welches Namen, Verwandtschaft bzw. Stellung zum Haushaltungsvorstande, Religionsbekenntniß, An- oder Abwesenheit der Haushaltsmitglieder bzw. die lediglich vorübergehende Anwesenheit anderer,

in der Haushaltung gezählter Personen nachweist. Der Zählbrief enthält auf seiner Innenseite eine Anleitung nebst Mustern zur richtigen Ausfüllung der vorerwähnten Zählkarten und ist mit den ausgefüllten Zählpapieren vom 1. Dezember Mittags ab zur Abholung durch den Zähler bereit zu halten. Sollte am Nachmittage des 1. Dezember Niemand in der Wohnung verbleiben, so ist in geeigneter Weise Fürsorge zu treffen, daß der Zählbrief mit den ausgefüllten Zählkarten und den etwa übrig gebliebenen Formularen durch Nachbarn u. s. w. dem zur Einsammlung erscheinenden Zähler übergeben und diesem sich freiwillig und unentgeltlich dem öffentlichen Dienste widmenden Beamten die Erfüllung seines Amtes möglichst erleichtert wird. Die Mühsal, welche dem einzelnen Haushaltungsvorstande aus der Ausfüllung der Zählkarten und des Haushaltsverzeichnisses persönlich erwächst, ist sehr gering und beansprucht selbst in größeren Haushaltungen kaum eine nennenswerthe Zeit. Der Staat darf von seinen Bürgern wohl erwarten, daß sie sich in jedem fünften Jahre einmal dieser auf andere Weise nicht wohl zu ersetzenden Arbeitsleistung bereitwillig unterziehen.

Die Völkzählung ist bei uns nicht allein unentbehrlich für vielerlei Aufgaben der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung; sie dient auch der Wissenschaft und ist das beste Mittel, das Volk in seiner Wesenheit thunlichst kennen zu lernen. Schon die bloße Volkszahl giebt ein Bild von der Macht der Staaten. Wie sehr Preußens Stärke im Laufe dieses Jahrhunderts zugenommen hat, ergiebt sich aus Folgendem. Die Bevölkerung Preußens stellte sich zu Ende des Jahres 1810 auf 4 498 000, 1820 auf 11 272 000, 1830 auf 13 002 000, 1840 auf 14 929 000, 1850 auf 16 608 000, 1860 auf 18 279 000, 1870 auf 24 597 000 und 1880 auf 27 296 000; sie betrug Ende 1885 28 336 000 und wird zu Ende dieses Jahres wohl mindestens 29 3/4 Millionen erreichen. Aus der Vergleichung der Volkszahl mit der Größe des Staatsgebietes ergiebt sich die Dichtigkeit des Besammtenwohnens; eine dichte Bevölkerung aber bedingt zu ihrer Erhaltung starke gewerbliche Thätigkeit und giebt den Antrieb zur wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Kräfte. Die starke Volkszunahme des Deutschen Reiches wie des Preussischen Staates ist die wichtigste Ursache von deren hoher Machtstellung und wirtschaftlichen Größe gewesen. Aber die Ermittlung der bloßen Volkszahl ist nicht die alleinige Aufgabe der Völkzählung; sie soll vielmehr in den durch die Zählpapiere erforderten Nachrichten die Unterlagen für alle Untersuchungen über die Volkskraft und das Volksleben liefern. Befäße man nicht die Ergebnisse der Völkzählung, so müßte auf derartige Untersuchungen überhaupt verzichtet werden, da die bezüglichen Nachrichten auf anderem Wege nicht beschafft werden können. Jede im Haushaltsverzeichnis und in den Zählkarten verlangte Auskunft ist unentbehrlich. Deshalb ist es die Pflicht jedes Empfängers eines Zählbriefes, die Antworten auf die gestellten Fragen nach

bestem Wissen richtig, auch so vollständig wie möglich zu geben und damit seinerseits nach Kräften zum Gelingen dieser Aufgabe beizutragen.

Niemand hat von der wahrheitsgemäßen Beantwortung der in den Zählpapieren gestellten Fragen für sich selbst oder seine Haushaltungsgenossen den geringsten Nachtheil zu befürchten; denn seitens des königlichen statistischen Bureau's werden durch die Volkszählung gewonnene Nachrichten über einzelne Personen niemals veröffentlicht oder irgend wohin, auch nicht an Behörden, mitgetheilt. Ebenso wenig werden diese Nachrichten seitens der Steuerverwaltung oder sonst zu fiskalischen Zwecken verwertet. Man kann sich versichert halten, daß die in die Zählkarten eingezeichneten Nachrichten über das Alter, den Familienstand, die Stellung im Berufe u. s. w. gelegentlich der Bearbeitung des Zählungsergebnisses lediglich in die statistischen Tabellen übergehen, in denen der einzelne Mensch nicht mehr erkennbar ist. Nach beendeter Auszählung werden die hier verbliebenen Zählkarten eingestampft.

Nächst den Haushaltungsvorständen und einzelnen lebenden Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft sind es namentlich die Zähler, welche durch zweckmäßige Vertheilung der Zählpapiere, durch sachgemäße Prüfung und Ergänzung beim Wiedereinsammeln sowie durch richtige Aufnahme der Wohnstätten sehr viel zum Gelingen der Volkszählung beizutragen vermögen. Diese Männer walteten eines Ehrenamtes und haben in Ausübung desselben die Eigenschaft öffentlicher Beamten. Dabei haben sie eine sehr viel größere Menge Zeit und persönlicher Mühsal aufzuwenden als die Empfänger der Zählbriefe; sie sind allzeit bereit, auf Erfordern fehlende Formulare an die Haushaltungsvorstände ihres Zählbezirkes abzugeben und dieselben über etwa bei der Ausfüllung der Zählpapiere entstehende Zweifel aufzuklären. Möchten recht viele gemeinnützig gekinnte und befähigte Männer dieses für Staat und Gemeinde gleich wichtige Amt übernehmend!

Bei innigem Zusammenwirken der Behörden der Zählkommissionen, der Zähler und der Bewohner selbst wird auch die bevorstehende Volkszählung wie die vorhergegangenen dem Preussischen Staate verlässliche Auskunft über die Zahl und den gegenwärtigen Zustand seiner Bevölkerung geben. Das königliche statistische Bureau aber wird seine Mühe scheuen, um zunächst die Hauptzahlen der Aufnahme, welche kegreiflicherweise allgemein mit Spannung erwartet werden, so schnell wie möglich festzustellen und zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, diesen dann aber das ausführliche Ergebnis der Zählung baldigst folgen zu lassen.

Berlin, im November 1890.

Königliches statistisches Bureau.

Personal-Chronik.

Im Kreise Deesow-Storkow ist der königliche Oberförster Neumann zu Klein-Wasserburg nach Ablauf seiner Amtszeit auf's Neue zum Amtsvorsteher des 13. Bezirks Münchehofe ernannt worden.

Im Kreise Zauch-Belzig ist an Stelle des von der Verwaltung des Amtsbezirks 31 — Sandberg — entbundenen Bürgermeisters Wallbaum zu Belzig der Gutsbesitzer Koreuber zu Sandberg zum Amtsvorsteher dieses Bezirkes, und an Stelle des Posthalters Tornow zu Großkreutz, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Amtmann Koch zu Großkreutz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 11. Bezirks Großkreutz ernannt worden.

Im Kreise Ruppın ist der Schulze Ezien zu Radensleben zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des 30. Bezirks Karwe ernannt worden.

Die Bühnenmeisterstelle in Müllrose ist dem civilversorgungsberechtigten Bühnenmeister Adolf Garcke verliehen worden.

Der bisherige Oberpfarrer Ludwig Friedrich Resemann zu Wilsonsdorf, Diözese Havelberg-Wilsnack, ist zum zweiten Diaconus an der St. Nicolai-Kirche zu Spanbau und zum zweiten Prediger an der Filialkirche zu Staaken, Diözese Spanbau, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Dr. Johann Friedrich Wilhelm Lindemann zu Garzig, Diözese Dom Brandenburg, ist zum Pfarrer der Parochie Tremmen, in derselben Diözese, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Julius Werner Richter zu Pröttlin, Diözese Lenzen, ist zum Pfarrer der Parochie Rheinsberg, Diözese Neu-Ruppın, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Bentwisch Friedrich Wilhelm Albert Hirsch ist zum Diaconus an der St. Golgatha-Kirche hieselbst, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Prediger am königlichen Strafgefängnis zu Plönssee bei Berlin, Andreas Rudolf Clemens Pippow, ist zum Pfarrer der Parochie Glieth, Diözese Prenzlaupl., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Friedrich Eduard Paul Hofemann in Templin ist zum Pfarrer der Parochie Fredersdorf, Diözese Berlin-Land I., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Friedrich Karl Leopold Caesar in Förderstedt ist zum Pfarrer der Parochie Lohm, Diözese Kyritz, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Julius Böhmert in Charlottenburg, Diözese Cöln-Land I., ist zum Pfarrer der Parochie Kemnis, Diözese Pritzwalk, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Richard Martin Schoenian ist zum Pfarrer der Parochie Vietmannsdorf, Diözese Templin, bestellt worden.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts im Monat
Oktober 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt ist zum Amtsrichter der Gerichtsassessor
Ziegel beim Amtsgericht in Sonnenburg.

Versezt sind der Amtsgerichtsrath Peters in
Schwedt als Landgerichtsrath an das Landgericht in
Potsdam, der Landrichter Stoedel in Gnesen als
Amtsrichter an das Amtsgericht I. in Berlin.

Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Schaebe in
Züllichau.

Verstorben ist der Landgerichts-Präsident, Geheime
Ober-Justizrath Dehler in Guben.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare
Emil Proft, Bachmann, Albert Glagel, Belgardt,
Kyrig, Salge, Dr. Weber und Dr. Misch.

Entlassen sind: Loewenhardt zwecks Uebertritts
in die Militärverwaltung, Detheffen in Folge
seiner Ernennung zum Auditeur, Kayser zwecks Ueber-
tritts in den Reichs-Justizdienst.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwälte der
Rechtsanwalt Dr. Arthur Salomon beim Land-
gericht I. in Berlin.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte
die Gerichtsassessoren Boerne, Schlomann, David-
sohn, Hennigson, Güterbock, Gustav Jacobsohn,
Schönborn und die Rechtsanwälte Dr. Gabriel aus
Glogau und Brühl aus Graeg beim Landgericht I. in
Berlin.

Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Fla-
minius in Brandenburg a. S.

Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Dr.
Haenisch in Berlin.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechts-
kandidaten von Tilly, Rost, Rocca, Dr. phil.
Weyer, Hasselbach, von Winterfeld, Weber,
Jacusiel, Nase.

Uebernommen ist: von Wolf aus dem Bezirk des
Oberlandesgerichts zu Naumburg a. S.

Entlassen sind: Schacht zwecks Uebertritts zum
Polizei-Präsidium in Berlin, Possien und Schmidt.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der etatsmäßige Gerichtsschreiber-
gehilfe Dertel beim Kammergericht zum Gerichts-
schreiber bei derselben Behörde, der etatsmäßige Assistent
Geiseler bei der Oberstaatsanwaltschaft in Berlin
zum Sekretär bei derselben Behörde, der etatsmäßige
Assistent Lüders bei der Staatsanwaltschaft II. in
Berlin zum Gerichtsschreiber beim Amtsgericht I. daselbst,
die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Hartung in
Freienwalde a. D., Meyer beim Amtsgericht I. in
Berlin, und Raemniß in Fürstenwalde zu Gerichts-
schreibern bei den Amtsgerichten in Strassburg U.-M.
bezw. Angermünde und Fürstenberg a. D., der diätarische
Assistent Janke bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam
zum etatsmäßigen Assistenten bei der Oberstaatsanwalt-
schaft in Berlin, der diätarische Gerichtsschreibergehilfe
Wollenberg beim Kammergericht zum etatsmäßigen
Gerichtsschreibergehilfen bei derselben Behörde. Der
diätarische Assistent Weber in Berlin und die diätarischen
Gerichtsschreibergehilfen Ihlenfeldt in Spandau,
Buchholz in Charlottenburg, Werth in Beeskow und
Kriewitz in Brandenburg zu etatsmäßigen Gerichts-
schreibergehilfen beim Amtsgericht I. in Berlin bezw.
beim Amtsgericht II. daselbst, und bei den Amtsgerichten
Freienwalde a. D., Fürstenwalde und Senftenberg.

Versezt sind: der Sekretär Piegmann von der
Oberstaatsanwaltschaft als Gerichtsschreiber an das
Kammergericht, der Gerichtsschreiber Gewertsheim
in Strassburg U.-M. als Sekretär an die Staats-
anwaltschaft zu Prenzlau, der Gerichtsschreiber Plog
in Fürstenberg a. D. an das Amtsgericht in Züllichau,
der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Huhn in
Senftenberg als Assistent an die Staatsanwaltschaft II.
in Berlin.

Pensionirt ist der Gerichtsvollzieher Kehrberg in
Potsdam.

Verstorben sind: der Erste Gerichtsschreiber Kanzlei-
rath Loefer beim Landgericht I. in Berlin und der
Gerichtsvollzieher Wolburg beim Amtsgericht I. in
Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Rosa Borowski, Wittwe,	geboren im Jahre 1824 zu Bendzin, Russisch- Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	24. Oktober 1890.
2	Bertha Borowski, ledig,	geboren im Jahre 1872 zu Bendzin, ortsange- hörig ebendasselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.

1. Auf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
3	Karl Elsner, Brauer,	geboren am 2. Juli (Juni) 1858 zu Jauer- nig, Bezirk Freivaldau, Oesterreichisch-Schle- sien, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	30. Oktober 1890.
4	Heinrich Hönig, Schneider,	geboren am 4. Novem- ber 1873 zu Roer- mond, Niederlande, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	3. November 1890.
5	Rudolf Huber, Arbeiter,	geboren am 28. August 1842 zu Neutitschein, Mähren, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlicher Polizei- Präsident zu Berlin,	1. Oktober 1890.
6	Friederike Marfenger, lediges Dienstmädchen,	geboren am 10. De- zember 1870 zu Kern- dorf, Bezirk Senften- berg, Böhmen, orts- angehörig zu Schwarz- wasser, ebendasselbst,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	15. August 1890.
7	Vitus Wagner, Eisenbahnarbeiter,	35 Jahre alt, geboren zu Klein-Jbifau, Be- zirk Strakonitz, Böh- men,	Betteln,	Stadtmagistrat zu Amberg, Bayern,	30. September 1890.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten. (Fortsetzung.)

Ersatzwahl eines Landtags-Abgeordneten.

239. Nachdem das Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den 8. Wahlbezirk (Jüterbog-Luckenwalde Landrath von Dörzen in Folge seiner Ernennung zum Ober-Regierungsrath ausgeschieden ist, hat eine Ersatzwahl stattzufinden.

Zu diesem Zwecke habe ich den Herrn Landrath von Cossel zu Jüterbog zum Wahlcommissar ernannt und den Tag der Wahlmänner-Ersatzwahlen **auf den 9. Dezember d. J.**, den Tag zur Wahl des Abgeordneten **auf den 16. Dezember d. J.** festgesetzt.

Potsdam, den 26. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Anleitung, betreffend den Kreis der nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz versicherten Personen, sowie Vier Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extra-Beilage

zum 48sten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 28. November 1890.

Anleitung, betreffend den Kreis der nach dem Inva- liditäts- und Altersversicherungsgesetz ver- sicherten Personen.

Vom 31. Oktober 1890.

I. Nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Invali-
ditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889
(Reichs-Gesetzbl. Seite 97) unterliegen vom voll-
endeten sechszehnten Lebensjahre ab der Versicherungspflicht:

1. Personen, welche als Arbeiter, Gehülften, Ge-
sellten, Lehrlinge oder Dienstboten gegen Lohn oder
Gehalt beschäftigt werden.

2. Betriebsbeamte, sowie Handlungsgehülften und
Lehrlinge (ausschließlich der in Apotheken beschäftigten
Gehülften und Lehrlinge), welche Lohn oder Gehalt be-
ziehen, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an
Lohn oder Gehalt aber 2000 Mark nicht übersteigt.

3. Die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Per-
sonen der Schiffbesatzung deutscher Seefahrzeuge (See-
leute) und von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

II. Nach §§ 2 und 8 des Gesetzes*) sind be-
rechtigt, sich selbst zu versichern:

1. Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig
wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen. Hierunter
fallen diejenigen Betriebsunternehmer, bei welchen die
Beschäftigung des Lohnarbeiters keinen ständigen
Charakter hat, vielmehr nur gelegentlich und aus-
nahmungsweise stattfindet.

2. Hausgewerbetreibende, das sind ohne Rücksicht
auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter
solche selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen
Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer
Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung
gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar
auch dann, wenn dieselben die Roh- und Hilfsstoffe
selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während welcher
sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

Die Selbstversicherung der unter Ziffer 1 und 2
bezeichneten Personen ist aber nur insoweit zugelassen,
als diese Personen bei dem Eintritt der Selbst-
versicherung zwar das sechzehnte, jedoch noch nicht das
vierzigste Lebensjahr vollendet haben, und als sie nicht
im Sinne des § 4 Absatz 2 des Gesetzes bereits
dauernd erwerbsunfähig sind (vergleiche Nr. III.
Ziffer 4 dieser Anleitung).

*) Unter der Bezeichnung „das Gesetz“ ist in der Folge
überall das J.- und A. V. G. vom 22. Juni 1889 verstanden.

III. Ausgeschlossen von der Versicherung sind:

1. Beamte des Reichs und der Bundesstaaten
(§ 4 Absatz 1 des Gesetzes).

2. Die mit Pensionsberechtigung angestellten
Beamten von Kommunalverbänden (§ 4 Absatz 1 des
Gesetzes). Zu letzteren gehören nicht nur die weiteren,
sondern auch die engeren Kommunalverbände (Pro-
vinzen, Bezirke, Kreise, Stadt- und Landgemeinden,
selbständige Gutsbezirke u.).

Darüber, welche Personen als „Beamte“ des
Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände
anzusehen sind, entscheiden die für dieselben geltenden
dienstpragmatischen Bestimmungen.

3. Die dienstlich als Arbeiter beschäftigten Personen
des Soldatenstandes (§ 4 Absatz 1 des Gesetzes), und
zwar sowohl die im Deutschen Heere wie in der
Kaiserlichen Marine Dienenden. Dagegen unterliegen
z. B. Soldaten, welche beurlaubt werden, um zur
Erntezeit in der Landwirthschaft zu helfen, der Ver-
sicherung.

4. Diejenigen Personen, welche auf Grund des
Invali- und Altersversicherungsgesetzes bereits
eine Invalidenrente beziehen oder doch soweit erwerbs-
beschränkt sind, daß sie in Folge ihres körperlichen oder
geistigen Zustandes dauernd nicht mehr im Stande sind,
durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende
Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für ihren Be-
schäftigungsort nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes
vom 15. Juni 1883 (Reichs-Gesetzbl. Seite 73) fest-
gesetzten Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner zu ver-
dienen (§ 4 Absatz 2, § 8 des Gesetzes). Personen,
welche über das vorstehend angeführte Maß hinaus
noch erwerbsfähig sind, unterliegen der Versicherung
auch dann, wenn sie eine Altersrente — welche nur
einen von der Erwerbsunfähigkeit unabhängigen Zu-
schuß zu dem Arbeitsverdienst darstellt — beziehen,
oder wenn sie vom Reich, von einem Bundesstaate
oder einem Kommunalverbände Pensionen oder Warte-
gelder, oder wenn sie auf Grund der reichsgesetzlichen
Bestimmungen über Unfallversicherung — z. B. wegen
nur theilweiser Erwerbsunfähigkeit oder als hinter-
bliebene Wittwen oder als Ascendenten verunglückter
Arbeiter — eine Rente empfangen. Nur wenn die
Pensionen, Wartegelder oder Unfallrenten den Mindest-
betrag der Invalidenrente erreichen, sind die Empfänger
dieser Bezüge auf ihren Antrag durch die untere Ver-
waltungsbehörde ihres Beschäftigungsortes von der
Versicherungspflicht zu befreien (§ 4 Absatz 3 des
Gesetzes).

IV. Abweichend von den Reichsgesetzen über die Kranken- und Unfallversicherung, welche den Eintritt der Versicherung an bestimmte Betriebe knüpfen, wird von dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz die arbeitende Bevölkerung sämtlicher Berufszweige erfasst, und werden alle Personen, welche als Arbeiter oder als untergeordnete Betriebsbeamte ihre Arbeitskraft gegen Lohn für Andere verwerthen, dem Versicherungszwange unterworfen. Es fallen daher sowohl die in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel, wie die in der Hauswirtschaft, im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste, für kirchliche und Schutzzwecke u. als Arbeiter, Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlinge Beschäftigten unter das Gesetz, sofern die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen der Versicherungspflicht bei ihnen zutreffen. Diesen Personen dagegen, welche nicht mit ausführenden Arbeiten vorwiegend materieller Art, sondern mit einer ihrer Natur nach höheren, mehr geistigen (wissenschaftlichen, künstlerischen u.) Thätigkeit beschäftigt werden, und durch ihre soziale Stellung über den Personenkreis sich erheben, der nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch und vom Standpunkt wirtschaftlicher Auffassung dem Arbeiter- und niederen Betriebsbeamtenstande angehört, unterliegen nicht der Versicherungspflicht.

V. Die Versicherungspflicht wie die Versicherungsberechtigung erstreckt sich gleichmäßig auf männliche und weibliche, verheirathete und unverheirathete Personen. Auch die im Inlande beschäftigten Ausländer sind als versicherungspflichtig (versicherungsberechtigt) anzusehen.

VI. Von der Dauer der Beschäftigung, welche für die Krankenversicherung von entscheidender Bedeutung ist, wird die Versicherungspflicht nach dem Gesetz nicht abhängig gemacht. Auch eine nur vorübergehende Dienstleistung, mag dieselbe ihrer Natur nach oder aus mehr zufälligen Gründen, wie z. B. vorübergehende Hülfsleistung in der Ernte, auf nur kurze Zeit beschränkt sein, begründet die Versicherungspflicht. Jedoch kann durch Beschluß des Bundesraths bestimmt werden, inwieweit vorübergehende Dienstleistungen als Beschäftigung im Sinne des Gesetzes nicht anzusehen sind (§ 3 Absatz 3 des Gesetzes).

VII. Diejenigen Personen, welche berufsmäßig einzelne persönliche Dienstleistungen bei wechselnden Arbeitgebern übernehmen, z. B. Hafenarbeiter, Kofferträger, Dienstmänner, Lohndiener, Führer, Friseurinnen, Krankenpflegerinnen, ferner Aufwartefrauen, Waschfrauen, Nähtinnen, Büglerinnen, die auf jedesmalige Bestellung in den Häusern der Kunden arbeiten, unterliegen der Versicherungspflicht dann, wenn sie als Arbeiter, dagegen nicht, wenn sie als selbständige Gewerbetreibende anzusehen sind. Welcher dieser letzteren Fälle vorliegt, wird nach den jedesmal obwaltenden Verhältnissen zu entscheiden sein. Im Allgemeinen werden die sogenannten unständigen Arbeiter, wie die freien landwirtschaftlichen Arbeiter, die Hafenarbeiter,

die Wegearbeiter, die Waschfrauen u., welche von Haus zu Haus gehen, als unselbständige Lohnarbeiter, dagegen die selbständigen Kofferträger, Führer, Dienstmänner (vergleiche § 37 der Gewerbeordnung, Reichsgesetzbl. 1883 Seite 177), Lohndiener, Krankenpflegerinnen, Friseurinnen in der Regel als gewerbliche Unternehmer zu behandeln sein.

VIII. Auch diejenigen Personen, welche von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden (§ 2 Ziffer 4 des Krankenversicherungsgesetzes), sind als versicherungspflichtige Lohnarbeiter anzusehen, sofern sie nicht Hausgewerbetreibende sind (vergleiche Nr. XIX).

IX. Verwandte des Arbeitgebers, insbesondere Hauskinder, welche zu diesem in einem die Versicherung begründenden Verhältnisse stehen, unterliegen gleichfalls den Vorschriften des Gesetzes (vergleiche jedoch hierzu Nr. X.). Eine Ausnahme machen nur die Eheleute unter einander, da zwischen ihnen nach dem Wesen der Ehe niemals eines der für die Begründung der Versicherung erforderlichen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen kann.

X. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz versichert abweichend von den Unfallversicherungsgesetzen nur die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter u. Um das Versicherungsverhältnis zu begründen, ist es jedoch nicht erforderlich, daß der für die Beschäftigung gewährte Entgelt in baarem Gelde besteht. Es genügt vielmehr hierzu auch die Gewährung von Naturalbezüge, z. B. Wohnung, Feuerung, Kleidung, Gariennutzung, Kuhweide, Kartoffelfeld u. s. w. (§ 3 Absatz 1 des Gesetzes).

Ohne Belang ist auch die Art der Lohnzahlung; es kann der Lohn als Tagelohn oder sonstiger Zeitlohn, als Stücklohn oder als Antheil an der Einnahme (Tantieme) gezahlt werden. Hiernach ist beispielsweise ein Fuhrer, welcher einen Wagen von einem Lohnfuhrherrn mit der Bedingung übernimmt, daß ihm ein Theilbetrag oder der eine festgesetzte Summe übersteigende Theil der Tageseinnahme als Entgelt gewährt wird, als gekönter Arbeiter des Fuhrherrn anzusehen. Desgleichen sind als Lohnarbeiter anzusehen Kahnführer, welche von den Schiffs-eigenthümern gegen einen bestimmten Antheil an der Fracht angenommen sind.

Als Werth der Tantiemen und Naturalbezüge wird der von der unteren Verwaltungsbehörde festzusetzende Durchschnittswerth in Ansatz gebracht (§ 3 Absatz 1 des Gesetzes).

Diejenigen Personen, welche als Entgelt für ihre Beschäftigung nur freien Unterhalt beziehen, deren Naturalbezüge also auf die Befriedigung ihrer persönlichen Lebensbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung) beschränkt sind, werden von der Versicherung ausgeschlossen (§ 3 Absatz 2 des Gesetzes). Hiernach fallen z. B. die in gewerblichen Betrieben oder in der Landwirtschaft ihrer Eltern beschäftigten Hauskinder, sowie Lehrlinge, welchen zwar freier Unterhalt, aber nicht ein darüber hinausgehender Lohn oder Gehalt gewährt

wird, nicht unter die Versicherung. Diese Personen werden auch dadurch nicht versicherungspflichtig, daß sie ein Taschengeld erhalten; denn letzteres stellt sich regelmäßig als Geschenk dar oder fällt doch, soweit es allgemein üblich ist, unter den Begriff des freien Unterhalts.

XI. Die Anwendbarkeit des Gesetzes ist beschränkt auf die freien Arbeiter. Es fallen somit aus der Versicherung die Strafgefangenen, mögen dieselben innerhalb oder außerhalb der Gefangenanstalt beschäftigt werden, sowie die in Arbeitshäusern, Besserungsanstalten u. s. w. untergebrachten Personen.

Dagegen sind die in Arbeiterkolonien oder Wander-
verpflegungsstationen, in Armenhäusern, Irrenanstalten, Blindenanstalten, Idiotenhäusern oder Anstalten für Epileptische beschäftigten Personen als versicherungspflichtig anzusehen, soweit sie einen den freien Unterhalt übersteigenden Lohn oder Gehalt für ihre Arbeit erhalten.

XII. Der Begriff des „Gesellen“ ist im Wesentlichen dem § 121 der Gewerbeordnung entnommen und bezeichnet die unselbständigen im Handwerk technisch ausgebildeten Personen. Dagegen ist der Begriff „Gehülfe“ nicht in dem engen Sinne des gewerblichen Hilfspersonals, sondern in der weiteren Bedeutung eines Arbeitsgehilfen zu verstehen und umfaßt alle Hilfspersonen eines Arbeitgebers, deren Thätigkeit in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung derjenigen des Arbeiters, Gesellen oder Dienstboten im Allgemeinen gleichwerthig ist.

Hiernach werden z. B. die bei Reichs-, Staats-, Kommunalbehörden, sowie die in den Büreaus der Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Gerichtsvollzieher, Auktionatoren, Berufsgenossenschaften u. s. w. beschäftigten Schreiber, Kanzlisten, Kassenboten, Kanzleidiener, Polizeidiener, Gemeinbediener, Nachtwächter, Flurhüter, Feuerwehrlente und ähnliche Angestellte, welche vermöge der mehr mechanischen, auf die Verwendung ihrer körperlichen Kräfte und Fähigkeiten gerichteten Dienstleistungen mit den Arbeitern u. s. w. auf gleicher oder doch annähernd gleicher Stufe stehen, zu den Gehülfen zu rechnen sein, sofern dieselben nicht nach den dienstpragmatischen Vorschriften als Reichs- oder Staatsbeamte oder als pensionsberechtigte Kommunalbeamte anzusehen sind (vergleiche Nr. III. Ziffer 1 und 2). Dagegen werden die in dem sogenannten höheren Büreaudienst beschäftigten Expedienten, Registratoren u. s. w. als Gehülfen nicht anzusehen sein. Ebenso wenig werden Assessoren u. s. w., welche als Hilfsarbeiter bei Behörden, Rechtsanwälten u. s. w. thätig sind, als Gehülfen gelten können.

XIII. Zu den Dienstboten im Sinne des Gesetzes gehören die gegen Kost und Lohn oder auch nur gegen Lohn zu häuslichen Diensten verpflichteten Personen, sowie die in der Landwirthschaft des Dienstherrn beschäftigten Arbeiter, soweit sie im Hausstande des Dienstherrn leben (Haus- und Wirthschaftsgefinde). Die in der Hauswirthschaft beschäftigten Personen mit wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildung und in höherer

über den Stand der Dienstboten hinausragender sozialer Stellung, z. B. Erzieher, Erzieherinnen, Privatsekretäre, Gesellschafterinnen, Hausdamen, Leibärzte, Hausgeistliche, Hauslehrer, Hausbibliothekare u. s. w. sind nicht versicherungspflichtig, da sie übrigens auch als Betriebsbeamte nicht anzusehen sind (vergleiche Nr. XIV).

XIV. Als Betrieb im Sinne des Gesetzes ist ein Inbegriff fortdauernder wirthschaftlicher Thätigkeiten anzusehen. Die Hauswirthschaft als solche ist als Betrieb nicht zu erachten. Die Verwaltungen des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände können, soweit die Ausübung der sogenannten regiminenellen Thätigkeit in Frage kommt, gleichfalls nicht als Betriebe angesehen werden, dagegen muß der Inbegriff gewisser wirthschaftlicher Thätigkeiten des Reichs u. s. w., wie die Post-, Telegraphen-Verwaltungen, staatliche Eisenbahn-Verwaltungen, Berg- und Hüttenwerke, staatliche und kommunale Land- und Forstwirthschaft, Staats- und Kommunalbauten, Kommunalbrauereien, Kommunal Schlachthäuser, Kommunalirrenanstalten, städtische Gas- und Wasserwerke u. s. w., überall als Betrieb gelten. Desgleichen sind die Geschäfte der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher u. s. w., deren Gesamtheit ein wirthschaftliches Unternehmen darstellt, als Betriebe anzusehen.

Als Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes haben hiernach diejenigen Personen zu gelten, welche in Betrieben der vorgedachten Art mit einer über die Thätigkeit des Arbeiters oder Gehilfen hinausgehenden, leitenden oder beaufsichtigenden Funktion betraut sind (vergleiche jedoch Nr. III. Ziffer 1 und 2). Der Schwerpunkt der Beschäftigung des Betriebsbeamten liegt nicht im persönlichen Eingreifen bei der eigentlichen Arbeitsthätigkeit, vielmehr muß dem Betriebsbeamten eine gewisse Betheiligung an der Betriebsleitung und eine Aufsichtsstellung gegenüber den Arbeitern zustehen, so daß derselbe nicht wie ein Vorarbeiter sich an der Spitze der Arbeiter oder einer Arbeitergruppe des Betriebes befindet, sondern als Vertreter der Betriebsleitung den Arbeitern gegenübertritt. Hiernach wird auch im Einzelfalle zu beurtheilen sein, ob sogenannte Werkmeister oder Werkführer als Betriebsbeamte oder Arbeiter zu behandeln sind.

Die Vorstandsmitglieder von Aktien- und ähnlichen Gesellschaften, die Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sind nur dann versicherungspflichtige Betriebsbeamte, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt (vergleiche Nr. XVI.). Die Aufsichtsrathsmitglieder fallen, da ihnen lediglich eine überwachende Thätigkeit obliegt, ohne daß sie Angestellte der betreffenden Gesellschaft sind, nicht unter die Versicherung.

XV. Unter die „Handlungsgehilfen und -Lehrlinge“ fallen alle im Handelsgewerbe mit Diensten kaufmännischer Art (Mitwirkung bei Handelsgeschäften, Buchführung, Korrespondenz) beschäftigten Personen. Die Versicherungspflicht umfaßt daher sowohl die vorgenannten Handlungsbevollmächtigten und Prokuristen

als auch die Buchhalter und Kassirer, die Handlungsreisenden, Kommiss und Verkäuferinnen. Vollständig ausgeschlossen von der gesetzlichen Versicherung sind nach § 1 Ziffer 2 des Gesetzes die in Apotheken beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge. Indessen ist diese Ausnahmebestimmung nur für die eigentlichen Apotheken, nicht auch für ähnliche gewerbliche Unternehmungen, wie Droguen- und Parfümeriehandlungen, oder die mit Apotheken verbundenen Mineralwasser- u. Fabriken u. maßgebend.

XVI. Die Versicherungspflicht ist bei Betriebsbeamten, Handlungsgehülfen und Lehrlingen (vergleiche Nr. XIV. und XV.) auf diejenigen beschränkt, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt. Der Umstand, daß ein Betriebsbeamter u. eigenes Vermögen besitzt, und in Folge dessen sein gesamtes Jahreseinkommen 2000 Mark übersteigt, schließt die Versicherungspflicht nicht aus. Als regelmäßiger Arbeitsverdienst ist derjenige anzusehen, welchen der Betriebsbeamte u. eine Reihe von Jahren hindurch in einer gewissen gleichmäßigen Höhe bezogen hat, oder auf den er, von besonderen nicht vorauszu- sehenden Zufällen abgesehen, mit Bestimmtheit rechnen kann. Ist ein Betriebsbeamter u. gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt und bezieht hierfür insgesamt an Lohn oder Gehalt regelmäßig mehr als 2000 Mark, so ist derselbe nicht versicherungspflichtig.

XVII. Seeleute sind diejenigen Personen, welche als Schiffer, Personen der Schiffsmannschaft, Maschinisten, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft zur Schiffsbefahrung gehören (§ 1 des Seeunfallversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1887, Reichs-Gesetzbl. Seite 329). Ein deutsches Seefahrzeug ist nach § 2 des Seeunfallversicherungsgesetzes jedes ausschließlich oder vorzugsweise zur Seefahrt benutzte Fahrzeug, welches unter deutscher Flagge fährt. Auf die Größe des Fahrzeuges kommt es — abweichend vom Seeunfallversicherungsgesetz (§ 1 Absatz 2 a. a. O.) — hier nicht an. Der Führer (Kapitän) eines Fahrzeuges unterliegt der Versicherungspflicht, auch wenn sein regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark übersteigt.

XVIII. Als Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes ist derjenige anzusehen, für dessen Rechnung der Lohn gezahlt wird. Dies trifft auch dann zu, wenn die den Lohn oder Gehalt darstellenden Beträge von Seiten Dritter gezahlt werden, sofern nur die Arbeiter u. auf diese Bezüge von dem Arbeitgeber als Entgelt der ihm geleisteten Arbeit verwiesen sind. Dies gilt beispielsweise von Kellnern, welche auf Trinkgelber der Gäste, bei Arbeitern u. in Betrieben des Reichs, des Staats oder der Kommunalverwaltungen, welche auf Gebühren angewiesen sind.

Die bei sogenannten Affordverhältnissen oft zweifelhafte Frage, ob der Affordant, welcher thatsächlich den Lohn an die Arbeiter zahlt, als Arbeitgeber in obigem Sinne oder aber mit Rücksicht darauf, daß er die gezahlten Löhne in dem ihm gewährten Affordlohn er-

stattet erhält, als Mittelsperson des eigentlichen Arbeitgebers anzusehen ist, wird sich nur nach Lage der gesamten Verhältnisse des Einzelfalles entscheiden lassen. Dabei kommen als maßgebende Gesichtspunkte in Betracht das Maß der Abhängigkeit oder Selbständigkeit des Affordanten in Beziehung auf die Arbeitstätigkeit und sein persönliches Verhalten bei derselben, die allgemeine soziale Stellung des Affordanten, der Umfang seiner Verantwortlichkeit für die Ausführung der ihm übertragenen Arbeit, die Höhe des Entgelts, sowie der Umstand, ob der Entgelt einen eigentlichen Unternehmergewinn für den Arbeitenden oder lediglich einen dem Durchschnittswert entsprechenden Lohn der Arbeit darstellt. Hiernach wird beispielsweise im Allgemeinen der Gutsherr, nicht der Gutstagelöhner (Instmann, Rathemann, Freimann u.), als Arbeitgeber des auf dem Gute thätigen Hofgängers, Scharwerfers u. anzusehen sein; denn für seine Rechnung wird die Arbeit des Hofgängers u. gelohnt, wenn auch der Lohn dem letzteren nicht von dem Gutsherrn selbst, sondern von dem Gutstagelöhner u., der ihn gestellt hat, ausgehändigt werden sollte.

XIX. Für den Begriff der Hausgewerbetreibenden (vergleiche Nr. II. und VIII.) hat das Gesetz folgende Kennzeichen aufgestellt:

1. das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, in welcher der Gewerbetreibende mit seinen etwaigen Arbeitern die Arbeit ausführt,
2. die Abhängigkeit von einem oder mehreren anderen Gewerbetreibenden, insofern er in deren Aufträge und für deren Rechnung, sei es mit den von ihm selbst beschafften oder mit den von den Ersteren ihm gelieferten Rohstoffen, gewerbliche Erzeugnisse herstellt oder bearbeitet,
3. die Ausübung eines selbständigen Gewerbes im Gegensatz zu der Beschäftigung der unselbständigen Lohnarbeiter, welche von Gewerbetreibenden außerhalb deren Betriebsstätten verwendet werden.

Der Hausgewerbetreibende setzt die hergestellten oder bearbeiteten Erzeugnisse in der Regel nicht unmittelbar an die Konsumenten ab, sondern liefert dieselben an andere Gewerbetreibende, welche ihrerseits aus dem Absatz der von den Hausgewerbetreibenden angefertigten Produkte einen Unternehmergewinn erzielen.

Es wird hiernach weder ein Schneidergeselle, der wegen Mangels an Raum in der Werkstätte des Schneidermeisters oder aus anderen Gründen seine Näharbeit zu Hause verrichtet, noch auch ein Schneider oder Schuhmacher, welcher für beliebige Kunden Waaren anfertigt, als Hausgewerbetreibender gelten können. Vielmehr werden der Erstere als Lohnarbeiter, die Letzteren als selbständige Unternehmer anzusehen sein. Die Frage, ob Personen, welche im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender in eigenen Betriebsstätten gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, Hausgewerbetreibende oder unselbständige Lohnarbeiter sind,

wird nur nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles zu entscheiden sein. Die zu Nr. XVIII. aufgestellten Gesichtspunkte für die Prüfung der Arbeitgeber-eigenschaft eines sogenannten Affordanten finden hier entsprechende Anwendung.

XX. Welche Versicherungsanstalt für die einzelnen Versicherten zuständig ist, ergibt sich aus §§ 41 und 120 des Gesetzes. Nach diesen Bestimmungen erfolgt die Versicherung in derjenigen Versicherungsanstalt, in deren Bezirk der Beschäftigungsort des Versicherten liegt. Soweit jedoch die Beschäftigung in einem „Betriebe“ stattfindet, dessen Sitz im Inlande belegen ist, gilt als Beschäftigungsort ausnahmslos, nicht bloß im Zweifel, der Sitz des Betriebes (§ 41 Absatz 3 des Gesetzes).

Betriebsitz ist derjenige Ort, an welchem sich der Mittelpunkt (wirtschaftliche Schwerpunkt) des Unternehmens befindet. Der Sitz des Betriebes kann durch das Vorhandensein von Betriebsanlagen, Verkaufsstätten, Waarenlagern äußerlich erkennbar, oder aus Eintragungen in Firmen- oder Gewerberegister zu entnehmen sein. Mit dem Wohnsitz des Unternehmers braucht der Betriebsitz nicht zusammen zu fallen.

Hiernach sind die Arbeiter u., welche außerhalb des Betriebsitzes Arbeiten ausführen, nicht an dem Orte, wo die Arbeiten stattfinden, an der jeweiligen Arbeitsstätte, sondern an dem Sitze des Betriebes zu versichern. Jedoch kann eine dauernde oder besonders umfangreiche Ausführung von Arbeiten an einem von dem Betriebsitze verschiedenen Orte unter Umständen den Charakter eines selbständigen Betriebes mit einem besonderen geschäftlichen Mittelpunkt annehmen.

Bezüglich der Frage nach dem Sitz eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes kommen die Bestimmungen im § 44 Absatz 2 und 3 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 (Reichs-Gesetzbl. Seite 132) in Betracht.

Für den Sitz gemischter, aus Haupt- und Neben-

betrieb bestehender Betriebe entscheidet der Sitz des Hauptbetriebes.

Werden im Auslande Personen beschäftigt, welche als Arbeiter u. eines inländischen Betriebes anzusehen sind, so erfolgt ihre Versicherung gleichfalls am Orte des inländischen Betriebsitzes. Hiernach unterliegt z. B. der Monteur einer inländischen Maschinenfabrik, welcher eine in dieser Fabrik gefertigte Maschine im Auslande aufstellt, auch für die Zeit seiner Beschäftigung im Auslande den Bestimmungen des Gesetzes.

Wenn dagegen Personen im Inlande beschäftigt werden, welche einem im Auslande belegenen Betriebe angehören, so ist stets der Ort der tatsächlichen inländischen Beschäftigung für die Zuständigkeit der Versicherungsanstalt entscheidend.

Seeleute sind nach § 136 des Gesetzes bei derjenigen Versicherungsanstalt zu versichern, in deren Bezirk sich der Heimathshafen des Schiffes befindet. Als Heimathshafen (Registerhafen) gilt derjenige Hafen, von welchem aus mit dem Schiffe die Seefahrt betrieben wird (Artikel 435 des Handelsgesetzbuchs, Bundes-Gesetzbl. 1869 Seite 379).

Berlin, den 31. Oktober 1890.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Dr. Bödiker.

* * *

Vorstehende Anleitung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. An alle zur Ausstellung u. f. w. der Quittungskarten (§§ 101 fg. des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889) und zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Versicherungs- und Beitragspflicht berufenen Behörden und Beamten richte ich das Ersuchen, im Allgemeinen nach Maßgabe dieser Anleitung zu verfahren.

Potsdam, den 25. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 49.

Den 5. Dezember

1890.

Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung des Amtsblatts für das Jahr 1891.

Wenngleich die Verpflichtung der Beamten, sowie der Gast- und Schankwirths, einschließlich der Krüger, zum Halten der Regierungs-Amtsblätter aufgehoben ist, so ist doch anzunehmen, daß viele derselben das Amtsblatt auch fernerhin **freiwillig** zu halten wünschen.

Ich bringe deshalb die **rechtzeitige** Erneuerung der Bestellung für das Jahr 1891, welche bei den kaiserlichen Postanstalten zu bewirken ist, mit dem Bemerken in Erinnerung, daß bei den **erst nach Ablauf des Jahres 1890** eingehenden Bestellungen die vollständige Nachlieferung der bereits erschienenen Stücke für 1891 wohl kaum mehr würde erfolgen können.

Potsdam, den 21. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Schifffahrtssperre.

260. Die im 45. Stück des diesjährigen Amtsblatts auf Seite 403 veröffentlichte Bekanntmachung über die Schifffahrtssperren in diesem Winter wird wie folgt ergänzt bzw. in ihrem Schlusse geändert. Für die Schifffahrt und Flößerei werden ferner gesperrt **für die Zeit vom 15. Dezember 1890 bis 15. März 1891** die Zehdenicker Schleuse, **für die Zeit vom 15. Dezember 1890 bis 31. März 1891** der Finowkanal und der Werbellinkanal. Beladene Fahrzeuge dürfen im Finowkanal zwischen den Eberswalder Schleusen und den Stecherschleusen, und zwischen den Zerpener Schleusen und den Grafenbrücker Schleusen, sowie im Werbellinkanal von der Eichhorster Schleuse abwärts nicht überwintern.

Potsdam, den 1. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Standesamtsbezirks-Veränderung betreffend.

261. Vom 1. Januar 1891 ab wird die Gemeinde Vorhagen-Rummelsburg von dem Standesamtsbezirk 6 „Stralau“ im Kreise Niederbarnim abgezweigt und daraus ein selbstständiger Standesamtsbezirk unter der Bezeichnung G. a. „Vorhagen-Rummelsburg“ gebildet werden.

Potsdam, den 1. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Arzneibuch für das Deutsche Reich III. Ausg.

262. Da nach der Bekanntmachung des Herren Reichskanzlers vom 17. Juni 1890 (Centralblatt für das Deutsche Reich Seite 282) das im Verlage der R. v. Decker'schen Verlagsbuchhandlung (G. Schenk) zu Berlin unter dem Titel „Arzneibuch für das Deutsche Reich. Dritte Ausgabe. Pharmacopoea Germanica, editio III.“ erschienene Arzneibuch mit dem 1. Januar 1891 an die Stelle der seit dem 1. Januar 1883 in Geltung befindlichen Pharmacopoea Germanica. Editio

altera tritt, so wird unter Hinweis auf § 367 Nr 5 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen hierdurch verordnet:

1) Nach Maßgabe des in der A. Hirschwald'schen Verlagsbuchhandlung hierselbst erschienenen, amtlich aufgestellten Arzneiverzeichnisses, welches bei den Apotheken-Visitationen zur Notirung der betreffenden Revisionsbemerkungen zu verwenden ist, sind die mit einem Stern (*) bezeichneten Arzneimittel in sämtlichen Apotheken jederzeit vorrätzig zu halten.

2) Die Apotheker sind für die Güte und Reinheit sämtlicher in ihren Vorräthen befindlichen Arzneimittel und Präparate, sowohl der selbstbereiteten, als auch der aus anderen Apotheken oder sonstigen Bezugsquellen entnommenen verantwortlich.

3) Die zur Prüfung der Arzneimittel erforderlichen, auf Seite 343 bis 350 des Arzneibuches benannten Reagentien und volumetrischen Lösungen sind stets in einem tafelfreien Zustande zu erhalten und, soweit erstere nicht bereits unter den übrigen Arzneimitteln aufbewahrt werden, besonders zusammenzustellen.

4) Wenn von den in der Tabelle A. des Arzneibuches auf Seite 354 bis 357 aufgeführten Arzneimitteln zum innerlichen Gebrauch vom Arzte eine größere Gabe verordnet wird, als daselbst angegeben ist, so darf der Apotheker die Verordnung nicht ausführen, es sei denn, daß der Arzt der verordneten Gabe ein Ausrufungszeichen beigefügt habe. Entstehen dem Apotheker auch dann noch Zweifel wegen der Angemessenheit der verordneten Gabe, oder fehlt das Ausrufungszeichen des Arztes, so hat er vor Verabreichung der Arznei mit diesem Rücksprache zu nehmen.

5) Die in der Tabelle B. des Arzneibuches zusammengestellten, gewöhnlich Gifte genannten Arzneimittel gehören, mit Ausnahme des im Keller vor-schriftsmäßig zu verwahrenden Phosphors, in den

Giftschrank. Derselbe ist in einem von den übrigen Waren und Arzneimitteln getrennten nur für ihn bestimmten verschließbaren Raum bezw. hinter einem eigenen, mit Verschluss versehenen sicheren Verschlusse innerhalb eines der übrigen Vorrathsräume aufzustellen und in seinem Innern so einzurichten, daß darin jede der drei in der Tabelle B. aufgeführten Gruppen bezw. die Arsenicalia, Mercurialia und die Alkaloide ihr besonders verschließbares Behältniß (Fach) erhält. Außerdem ist die Thüre jeder dieser Abtheilungen für sich, sowie die gemeinschaftliche Thüre des ganzen Giftschrankes außen mit der erforderlichen Signatur zu versehen.

Für die bei der täglichen Receptur unentbehrlichen kleineren Mengen der beiden zuletzt genannten Kategorien der Arzneistoffe der Tabelle B., für einen kleinen Vorrath arsenikhaltigen Fliegenpapiers, sowie des Liquor Kalii arsenicosi und anderer von den Ärzten verordneter arsenikhaltiger Präparate ist in der Offizin ein kleines, nach denselben Grundsätzen eingerichtetes Giftschränkchen gestattet.

6) Die in der Tabelle C. aufgeführten, von den übrigen getrennt und vorsichtig aufzubewahrenden Arzneimittel sind zwar innerhalb der gewöhnlichen Vorrathsräume, aber auf besonderen Repositorien, getrennt von den übrigen Arzneimitteln, zusammenzustellen.

7) Bei Neueinrichtungen von Apotheken und bei Erweiterungen oder Ergänzungen von Signaturen oder Aufbewahrungsgefäßen in den bereits im Betriebe befindlichen Apotheken ist ausschließlich die Nomenclatur des zur Zeit gültigen Arzneibuches anzuwenden.

8) Zur Verhütung von Verwechslungen beim Geschäftsbetriebe in den Apotheken sind bei Neueinrichtungen in allen Geschäftsräumen in gleichmäßiger Weise die Gefäße und Behältnisse für die indifferenten Arzneimittel mit schwarzer Schrift auf weißem Grunde, für die Arzneimittel der Tabelle B. mit weißer Schrift auf schwarzem Grunde, für die Arzneimittel der Tabelle C. mit rother Schrift auf weißem Grunde zu versehen; für die bereits im Betriebe befindlichen Apotheken können bis auf Weiteres die bisherigen anders beschaffenen Signaturen beibehalten werden, falls sie für jede der drei genannten Kategorien eine besondere, dieselben unter einander auffallend unterscheidende, in allen Geschäftsräumen gleichmäßig durchgeführte Farbe haben.

9) In jeder Apotheke ist mindestens ein Exemplar des Arzneibuches für das Deutsche Reich. Dritte Ausgabe. (Pharmacopoea Germanica, editio III.) vorrätig zu halten.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1891 in Kraft.

Berlin, den 21. November 1890.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.
Gosler.

Vorstehende Verfügung wird hierdurch mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das Arzneibuch im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 M. für ein brochirtes und von 2 M. 30 Pf. für ein gebundenes Exemplar, das amtliche Arzneiverzeichniß zum Preise von 60 Pf. zu beziehen ist.

Potsdam und Berlin, den 1. Dezember 1890.

Der Königliche
Regierungs-Präsident.

Der Königliche
Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

263. Festgestellt ist: .

die Maul- und Klauenseuche in dem Rindviehbestande des Büdnere Carl Miehke zu Pfaffendorf, Kreis Beeskow-Storkow, der Bauergutsbesitzer F. Schulz und Bachmann zu Dallgow, Kreis Osthavelland, bei einer Kuh des Chauffee-Aufsehers Hildebrand zu Schmarlow und unter dem Viehbestande des Kittergutes Nieden, Kreis Prenzlau.

Die Ortschaft Dallgow, Kreis Osthavelland, ist gegen das Durchtreiben von Wiederkäuern und Schweinen gesperrt worden.

Festgestellt ist ferner die Räude bei einem Pferde des Kaufmanns Hermann Thiele zu Zehendorf, Kreis Teltow.

Erlöschen ist:

die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehständen des Bauern Schrobbsdorf und des Gemeindevorstehers Schmidt zu Markau, Kreis Osthavelland.
Potsdam, den 2. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung

über die Metallbrennerien (Metallbeizen) für den Stadtkreis Berlin.

91. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195 u. ff.) und der §§ 5 und 6 zu f. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265 u. ff.) wird mit Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für die Metallbrennerien (Metallbeizen) im Stadtbezirke Berlin, in welchen mehr als drei Arbeiter beschäftigt werden, das Folgende verordnet:

- 1) Der Fußboden des Raumes, in welchem das Brennen von Metallen vorgenommen wird, ist zu abdecken, daß keine Säure über denselben hin aus abfließen oder in das Erdreich eindringen kann. Die verschütteten Säuren und Spülwasser sind vielmehr in einem, im Fußboden anzubringenden Behälter zu sammeln und bevor sie weiter abfließen, durch Kalk zu neutralisiren.
- 2) Die Gefäße, in denen sich die Säuren befinden, müssen so hoch gestellt werden, daß ihre Oberkante 75 cm bis 1 m über den Fußboden hinauf reicht.
- 3) Ueber den Gefäßen müssen die Säuredämpfe ab-

gefangen und durch einen engen Schornstein mindestens 1 bis 2 m über die Nachbargebäude vollständig hinweggeführt werden. Die vollständige Abführung dieser Dämpfe ist durch maschinelle Absauge-Vorrichtungen bezw. da, wo Dampfkraft nicht vorhanden ist, durch eine im Schornstein anzubringende Gasflamme sicher zu stellen.

Zu widerhandlungen der Gewerbe-Unternehmer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldbuße bis zu 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1891 in Kraft.

Berlin, den 21. November 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Staatssekretairs des Reichs-Postamts.

Wegfall der gestempelten Briefumschläge und der gestempelten Streifbänder.

26. Vom 10. Dezember 1890 ab werden gestempelte Briefumschläge und gestempelte Streifbänder Seitens der Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft. Von demselben Zeitpunkte ab wird die Reichs-Postverwaltung derartige Postwerthzeichen überhaupt nicht mehr herstellen lassen und zum Verkauf bringen; dem Publikum bleibt überlassen, angestempelte Briefumschläge und Streifbänder zu verwenden und mit den erforderlichen Freimarken zu bekleben.

Die am 10. Dezember 1890 noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder neuerer Art können weiter verwendet werden. Dagegen behalten die Briefumschläge und Streifbänder mit Werthzeichen älterer Art nur noch bis zum 31. Januar 1891 ihre Gültigkeit.

Berlin W., 27. November 1890.

Der Staatssekretair des Reichs-Postamts.

Einziehung der Postwerthzeichen älterer Art.

27. Vom 1. Dezember 1890 ab werden die Verkehrsanstalten nur noch Postwerthzeichen neuerer Art verkaufen.

Die alsdann noch in den Händen des Publikums befindlichen Postwerthzeichen älterer Art (Freimarken, sowie gestempelte Briefumschläge, Postkarten, Streifbänder und Postanweisungs-Formulare) können noch bis zum **31. Januar 1891** zur Frankirung von Postsendungen verwendet werden.

Vom 1. Februar 1891 ab verlieren die älteren Postwerthzeichen ihre Gültigkeit. Dem Publikum soll indeß gestattet sein, die bis dahin nicht verwendeten Postwerthzeichen älterer Art bis spätestens zum 31. März 1891 gegen neuere Werthzeichen gleicher Gattung und von entsprechendem Werthe umzutauschen. Gestempelte Briefumschläge und gestempelte Streifbänder werden gegen Freimarken zu 10 und 3 Pfennig umgetauscht, die Herstellungskosten werden mit 1 Pfennig für jeden gestempelten

Briefumschlag und 1/2 Pfennig für jedes gestempelte Streifband baar erstattet. Der Umtausch der älteren Postwerthzeichen gegen neue wird an den Postschaltern bewirkt.

Postsendungen, welche nach dem 31. Januar 1891 noch mit Werthzeichen älterer Art zur Auslieferung gelangen, werden dem Absender zurückgegeben, oder wenn dies nicht thunlich sein sollte, als unfrankirt behandelt werden.

Vom 1. April 1891 ab sind die Verkehrsanstalten zum Umtausch älterer Postwerthzeichen nicht mehr befugt.

Berlin W., 27. November 1890.

Der Staatssekretair des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtssendungen betreffend.

28. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten u. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketadressen nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketadresse muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankirt** aufgeliefert werden. Das Porto für Pakete ohne angegebenen Werth nach Orten des Deutschen Reichs-Postgebiets beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm: 25 Pf. auf Entfernungen bis 10 Meilen, 50 Pf. auf weitere Entfernungen.

Berlin W., 27. November 1890.

Reichs-Postamt, Abtheilung I.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

105. Das im Kreise Teltow belegene Kaiserliche Postamt in Nowawes wird künftig, entsprechend der

Benennung der Eisenbahnstation dortselbst, die Bezeichnung „Nowames—Neuendorf“ führen.

Potsdam, 29. November 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.
Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der Nazareth-Kirche in Berlin.

16. Mit der im Einverständnisse des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erteilten Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenraths und auf Grund des Beschlusses der Gemeinde-Organe der Nazareth-Kirche vom 1. Juli 1890 wird in der Parodie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diaconat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitze in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diaconats erfolgt gemäß dem Kirchengesetze, betreffend das im § 32 Nr. 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom 28. Juli 1876 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 18. November 1890.

(L. S.)

Der Königl. Polizei-Präsident.

Berlin, den 7. November 1890.

(L. S.)

Das Königl. Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

22. Der Kaufmann H. Schlegel hierselbst, Ziegelftraße 18/19, hat im Auftrage des Kaufmanns Albert Schlegel in Altleben a. S. auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880 Lit. D. Nr. 149382 über 500 M. angetragen, weil sich auf der Rückseite derselben ein Außerkurssetzungsvermerk des Königl. Amtsgerichts in Altleben a. S. vom 18. October 1881 befindet.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens

am 5. Februar 1891

uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem Antragsteller ein neues kursfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 19. Juli 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

13. Die nachstehende Verhandlung Geschehen Berlin, den 15. November 1890.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden von aus-gelassen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

157 Stücke Litt. A. zu	
3000 M. =	471000 M.,
53 Stücke Litt. B. zu	
1500 M. =	79500 M.,
195 Stücke Litt. C. zu	
300 M. =	58500 M.,
159 Stücke Litt. D. zu	
75 M. =	11925 M.

zusammen 564 Stücke über 620925 M. nebst den dazu gehörigen, im vorgebachten Verzeichnisse aufgeführten 56 Coupons und 564 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

v. u. g. Lazarus. g. Witte.
Abgeordneter Abgeordneter
des Provinzial-Landtages. des Provinzial-Landtages.
g. König als Notar.

a. u. s. g. Schreiber, g. Behrens,
Provinzial-Rentmeister. Buchhalter.
wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Berlin, den 19. November 1890.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Tarif.

nach welchem das Fährgeld für das Uebersetzen über die Havel bei Caputh im Kreise Saach-Belzig des Regierungsbezirks Potsdam zu erheben ist.

14. Es wird entrichtet für das jedesmalige Uebersetzen:

- I. von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen, von jeder Person,
 - a. wenn sie zu den Bewohnern von Caputh, Alt- und Neu-Geltow gehören 4 Pf.,
 - b. wenn dies nicht der Fall ist 10 Pf., zur Nachtzeit, das heißt von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens,
 - a. wenn sie zu den Bewohnern von Caputh, Alt- und Neu-Geltow gehören 10 Pf.,
 - b. wenn dies nicht der Fall ist
 - 1) für eine und 2 Personen je 20 Pf.,
 - 2) für mehr als 2 Personen gleichzeitig für jede 13 Pf.

Anmerkung: Personen, welche mittelst eines Fuhrwerks befördert werden, oder welche Thiere reiten, führen oder treiben, für welche die Abgabe nach den Sätzen zu II. entrichtet wird, sind frei.

II. von Thieren:

- a. für ein Pferd, Maulthier oder Maulesel,
 - 1) wenn das Uebersetzen einzeln erfolgt 25 Pf.,
 - 2) wenn das Uebersetzen mit mehreren Pferden u. oder mit einem Fuhrwerk geschieht 13 Pf.,
- b. für ein Stück Rindvieh oder Esel
 - 1) wenn das Uebersetzen einzeln erfolgt 25 Pf.,
 - 2) wenn das Uebersetzen mehrerer dieser Thiere

oder eines derselben mit einem Fuhrwerke zugleich geschieht 13 Pf.,

- c. für Fohlen, Kälber, Schaafe, Ziegen, Schweine oder anderes kleines Vieh, welches frei getrieben oder geführt wird und zwar

- 1) von 1 bis 10 Stück 25 Pf.,
- 2) bei einer größeren Zahl für jedes Stück 3 Pf.,

- d. für Federvieh, welches getrieben wird, für jede 10 Stück 13 Pf., Federvieh in geringerer Zahl als 10 Stück ist frei.

Anmerkung: Für Thiere, welche auf einem Fuhrwerke oder in einem Tragforbe oder in einer Kiepe übergesetzt werden, wird kein besonderes Fährgehd entrichtet.

III. von Fuhrwerken neben der Abgabe für das Gespann zu II.

- a. für ein Frachtfuhrwerk, beladen oder unbeladen 38 Pf.,
- b. für eine Kutsche, einen Kaleschwagen oder ein anderes Reisefuhrwerk, sowie für ein landwirthschaftliches Fuhrwerk, beladen oder unbeladen 25 Pf.,
- c. für einen Handwagen, Handschlitten, beladen oder unbeladen 13 Pf.

Anmerkung: Die Bewohner von Caputh, Alt- und Neu-Geltow haben für das Uebersetzen einspänniger Fuhrwerke aller Art, beladen oder unbeladen, einschließlich des Gespannes nur 25 Pf. zu entrichten.

IV. Von unverladenen Gegenständen wird die Abgabe erhoben, welche die Personen, das Fuhrwerk oder die Thiere treffen würde, wodurch sie zur Abfahrtsstelle gebracht sind.

V. Befreiungen.

Frei sind überzusetzen:

- 1) die Allerhöchsten und höchsten Herrschaften wie deren Gefolge,
- 2) Equipagen und Thiere, welche den Hofhaltungen des königlichen Hauses, des fürstlichen Hauses Hohenzollern, oder den königlichen Gestüten angehören,
- 3) kommandirte Militairs, einberufene Rekruten, Reservisten oder Landwehrmänner, Fuhrwerke und Thiere, welche der Armee oder den Truppen auf dem Marsche angehören, Kriegsvorspann und Kriegslieferungsfuhren, Pferde, welche auf Grund des Kriegslieferungsgesetzes vom 13. Juni 1873 zu oder von den Vormusterungs-, Musterungs- oder Aushebungsplätzen gebracht werden, sowie deren Führer,
- 4) öffentliche Beamte, deren Fuhrwerke und Thiere bei Dienstreisen, wenn sie sich gehörig legitimiren, Steuer- und Polizeibeamte in Uniform auch ohne besondere Legitimation, sowie der Pfarrer zu Caputh bei Amtsverrichtungen innerhalb seiner Pfarodie,
- 5) Transporte, die für unmittelbare Rechnung des Staates oder des Reiches geschehen,

- 6) ordentliche Posten nebst deren Beiwagen, einschließlich Schnell-, Carriol- und Reit-Posten, öffentliche Kuriere und Eskafetten und alle von Postbeförderungen leer zurückkommenden Postfuhrwerke und Postpferde, die Briefträger und Postboten, ingleichen Personalfuhrwerke, welche durch Privatunternehmer eingerichtet und als Ersatz für ordentliche Posten ausschließlich zur Beförderung von Reisenden, deren Effekten und von Postsendungen benutzt werden,
- 7) die Personen, Fuhren- und Viehtransporte des Gutes Caputh,
- 8) Hilfsfuhren bei Feuerbrünsten und ähnlichen Nothständen.

VI. Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Die vorbezeichneten Fährgebühren sind bei jedem Wasserstande ohne Rücksicht auf dessen Höhe zu entrichten.
- 2) Bei vorhandener Eisbahn, für deren gehörigen Zustand von dem Hebungsberechtigten zu sorgen ist, wird nur die Hälfte der unter I. bis IV. vorgeschriebenen Sätze bezahlt.

Bruchpfennige werden hierbei für voll gerechnet.

Vorstehender Tarif wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Der Tarif vom 14. Juli 1884 (Amtsblatt 1884 S. 288 und 289) wird aufgehoben. Berlin, den 28. November 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Deutscher Levante-Verkehr über Hamburg seewärts.

52. Mit Gültigkeit vom 25. November d. J. ist der Nachtrag 3 zum Tarif für den obenbezeichneten Verkehr in Kraft getreten, welcher Abänderungen und Ergänzungen der Beförderungs-Bestimmungen, der Güterklassifikation, der Tarifstabellen und des Verzeichnisses der Namen der Agenten enthält, sowie nachrichtlich die Zuschlagsfrachten bei Beförderung von Gütern nach **Nicht-Anlaufhäfen** der Deutschen Levante-Linie bekannt giebt. Die Beförderungs-Bestimmungen erfahren im Interesse des Verkehrs u. A. dadurch eine Aenderung, daß eine Anmeldung der Güter bei der Deutschen Levantelinie erst bei Mengen von **30000 kg und darüber** — statt bisher 1000 kg — verlangt wird, daß ferner die **Nachnahme- und Incasso-Provision** von 5 % auf 2 % herabgesetzt werden. Abzüge des Nachtrages sind bei der Güterkasse Stettin sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 27. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

22. Am 1. Januar 1891 kommt der Nachtrag 2 zum diesseitigen Lokal-Gütertarif zur Einführung. Derselbe enthält: Vorschriften über Beförderung von Delssaaten und Hülsenfrüchten in loser Schüttung, sowie

a. Controlvorschriften für Ausfuhr Güter über Binnenstationen, b. bereits früher eingeführte Tarif- und Abfertigungsbefugnisse der Stationen Spandau (Lehrter Bahnhof) und Rogätz, c. Entfernungen für den Verkehr mit der Station Münchehof, d. Ausnahmefrachtsätze für gebrannte Steine für den Verkehr von Rienburg a. d. Saale nach den Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen, e. Ergänzungen und Aenderungen der bestehenden Ausnahmetarife für Wegebaumaterialien für Staubbalken (Kalkasche) zum Düngen, für Mergel zum Düngen und für Düngemittel u. und f. Berichtigungen einiger im Tarifnachtrag 1 enthaltenen Entfernungen. Exemplare des Nachtrages sind vom 25. Dezember d. J. ab bei den diesseitigen Güter-Abfertigungsstellen zu haben.

Magdeburg, den 24. November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Benutzung des fiskalischen Winterhafens bei Wittenberge.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 werden hiermit für die Benutzung des Winterhafens folgende Bestimmungen getroffen.

A. Für die Schiffsfahrtszeit.

§ 1. In der Zeit vom 16. März bis 30. November ist die Benutzung des Winterhafens zum Lagern sowie zum Verkehr von Fahrzeugen Jedermann unentgeltlich gestattet.

§ 2. In der Fahrstraße der Hafenumündung dürfen Fahrzeuge nicht vor Anker gehen, auch darf daselbst weder das Richten und Niederlegen von Masten, noch ein Ableichten oder Ueberladen von einem Fahrzeuge in das andere stattfinden.

§ 3. An denjenigen Uferstrecken, an denen ein Ueberladeverkehr stattfindet, dürfen nur Fahrzeuge anlegen, welche daselbst be- oder entladen werden sollen. Die Zu- und Abfahrten zu bzw. von den Anlagestellen und Werftplätzen dürfen nicht verlegt werden, auch ist eine Fahrstraße von genügender Breite innerhalb des Hafens stets frei zu halten.

An den Uferstrecken, welche durch Verbotstafeln bezeichnet sind, dürfen Fahrzeuge und Flöße überhaupt nicht anlegen.

§ 4. Innerhalb der Hafenanlage dürfen Fahrzeuge nicht segeln und Dampfschiffe höchstens mit halber Maschinenkraft bewegt werden.

B. Für die Ueberwinterungszeit.

§ 5. Vor dem 1. Dezember sind die im Hafen liegenden privaten Fahrzeuge, Flöße und dergleichen, soweit nicht deren Ueberwinterung oder Entloshung oder Beladung beabsichtigt ist, aus der Hafenanlage herauszuschaffen.

Fahruntüchtige Schiffe, soweit dieselben nicht zur Aufnahme auf Stapel bestimmt sind, sowie unverbundene Floßhölzer werden zur Ueberwinterung im Hafen nicht zugelassen.

§ 6. Diesenigen privaten Fahrzeuge, bzw. Badeanstalten, Flöße und dergleichen, welche beim Beginn der Ueberwinterungszeit im Hafen liegen und diesen weiter benutzen sollen, sind seitens der Führer bzw. Besitzer bis zum 1. Dezember dem Hafenaufsichtsbeamten anzumelden. Die Lagerung oder etwa erforderliche Verlegung dieser Fahrzeuge u. hat unter Berücksichtigung des Schiffs- und Ladeverkehrs nach Anordnung des Hafenaufsichtsbeamten zu erfolgen.

Jedes Fahrzeug, Floß u., welches nach dem 1. Dezember in den Hafen gebracht werden soll, ist vorher durch den Schiffsführer bzw. Floßführer dem Hafenaufsichtsbeamten anzumelden. Dieser bestimmt dann für das Fahrzeug u. den Liegeplatz und darf solcher nicht eigenmächtig verändert werden.

Die Reihenfolge, in der die Schiffe in den Hafen einzufahren haben, richtet sich im Allgemeinen nach der Zeit der Anmeldung, so zwar, daß das zuerst angemeldete Fahrzeug vor dem später angemeldeten den Vorzug hat. Wenn jedoch ein angemeldetes Fahrzeug zu der Zeit, wo die Reihe an es kommt, nicht an der Mündung des Hafens liegt, oder die Einfahrt nicht sogleich herstellbar ist, so hat das vor ihm an der Hafenumündung eingetroffene und zur Einfahrt bereite Fahrzeug den Vorrang. In Zweifelsfällen wird die Reihenfolge durch den Hafenaufsichtsbeamten bestimmt.

Schiffs- oder Floßführer, welche sich weigern, diesen Vorschriften oder den nach Maßgabe derselben erteilten Weisungen des Hafenaufsichtsbeamten nachzukommen, können von der Ueberwinterungsanlage ausgeschlossen und ihre Fahrzeuge nöthigenfalls auf Kosten der Schiffs-eigener aus derselben herausgeschafft werden.

§ 7. Binnen 48 Stunden nach Festlegung der Fahrzeuge u. hat jeder Schiffs- oder Floßführer, unter Vorlegung des Meldebrieves oder sonstiger über die Tragfähigkeit lautender amtlicher Bescheinigungen, bei der für den Hafen bestimmten Steuerbestelle eine nach dem vorgeschriebenen Formulare doppelt anzufertigende Meldung abzugeben, auf welcher der Tag des Einlaufens durch den Hafenaufsichtsbeamten bescheinigt und aus welcher, sofern nicht Abgabefreiheit auf Grund der im Tarife gewährten Befreiungen beansprucht wird, ersichtlich sein muß, ob die Abgabe für die ganze Winterliegezeit im Voraus oder für eine tageweise Vergungsdauer entrichtet werden soll. Die tarifmäßige Hafengebühr für die ganze Winterliegezeit ist gleichzeitig mit dieser Anmeldung, für eine tageweise Vergungsdauer dagegen erst vor dem Verlassen der Ueberwinterungsanlage zu entrichten. Für Fahrzeuge, welche am 1. Dezember bereits im Hafen lagen, hat die Anmeldung bzw. Abgabenträchtigung bis spätestens den 3. dess. Monats nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen zu erfolgen.

Die Quittungen über bezahlte Hafengebühren sind seitens der Schiffsführer bzw. Floßführer dem Hafenaufsichtsbeamten vor dem Verlassen des Hafens vorzulegen.

Fahrzeuge, welche während einer Ueberwinterungs-

zeit den Hafen wiederholt besuchen, sind von einer nochmaligen steueramtlichen Anmeldung entbunden, falls für dieselben vorher bereits in demselben Winter die für den Hafen festgesetzten Liegegebühren für die gesammte Ueberwinterungszeit entrichtet worden sind.

Bei einer tageweisen Vergungsbauer hat dagegen die Anmeldung stets von Neuem zu erfolgen.

Die fiskalischen Fahrzeuge unterliegen der Anmeldepflicht nicht.

§ 8. Der Hafenaufsichtsbeamte hat von den Quittungen über bezahlte Hafengelder Einsicht zu nehmen und solche Schiffsführer u., welche die Entrichtung der Abgabe zu spät oder augenscheinlich in zu niedrigem Betrage oder überhaupt nicht nachweisen, bei der Hebestelle zur Anzeige zu bringen, sowie das Auslaufen des Fahrzeuges u. aus der Ueberwinterungsanlage erst auf Grund des Ausweises über Entrichtung der Abgabe zu gestatten.

§ 9. Die Steuerverwaltung ist befugt, durch ihre Aufsichtsbeamten die geschehene rechtzeitige Anmeldung sowie die Entrichtung des Hafengeldes zu kontrolliren, bezw. sich auf geeignete Weise Ueberzeugung davon zu verschaffen, ob den Bedingungen, von denen die in Anspruch genommenen Abgabebefreiungen abhängig sind, genügt wird. Zu diesem Zwecke haben die Schiffsführer oder Eigener denselben die bezüglich Anmeldungen, Quittungen, Meßbriefe u. vorzulegen, auch bei etwaiger Nachmessung der Fahrzeuge u. die erforderliche Hülfe zu leisten.

§ 10. Während der Ueberwinterung dürfen die Fahrzeuge nicht die Anker an der Kasse hängen haben.

Jedes Fahrzeug muß so befestigt werden, daß es auch bei dem Ausbruche eines heftigen Sturmes keine Gefahr für die anderen Fahrzeuge hervorrufen kann.

Dem Hafenaufsichtsbeamten liegt die Prüfung und Entscheidung über etwa notwendige vermehrte Befestigung ob.

Für etwaige Beschädigung der in dem Hafen befindlichen Fahrzeuge und ihrer Ladungen bei Sturm, Hochwasser, Eisgang, beim Aufeisen u. s. w. leistet der königliche Fiskus keinerlei Ersatz.

§ 11. Mit Pulver oder anderen explosiven Stoffen beladene Fahrzeuge dürfen in die Ueberwinterungsanlage nicht einlaufen. Fahrzeuge, welche Petroleum oder andere leicht entzündliche Stoffe führen, müssen, sofern sie nach den bestehenden Vorschriften und dem vorhandenen Raume überhaupt zugelassen sind, einen abgesonderten Liegeplatz nach Anweisung des Hafenaufsichtsbeamten einnehmen. Im Uebrigen haben die Schiffsführer die für den Verkehr bezw. die Aufbewahrung von dergleichen Stoffen bestehenden polizeilichen Bestimmungen sorgfältig zu beachten.

§ 12. Der Gebrauch von Feuer auf den Fahrzeugen ist in dem in der Kajüte befindlichen Ofen, jedoch (mit Ausnahme der Dampfschiffe) nur nach Anzeige beim Hafenaufsichtsbeamten gestattet.

Die von letzterem nach örtlicher Untersuchung aus Sicherheitsrücksichten etwa für nöthig erachteten beson-

deren Vorkehrungen — namentlich auch dahin, daß den Schornsteinen keine Funken entfliegen können — haben die Schiffer noch vor dem Anmachen des Feuers zu treffen. Freie Feuer, auch solche auf offenen Herden, sind verboten.

Von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens darf, außer bei Sturm, Eisgang, Hochwasser oder in Krankheitsfällen, kein Feuer in den Kajüten geführt werden; etwaiges Licht ist dann nur noch in Laternen gestattet.

So lange eine Eisdecke im Hafen vorhanden ist, ist unmittelbar neben jedem Fahrzeuge stets ein Wasserloch offen zu halten.

Beim Ausbruch eines Brandes ist es dem Hafenaufsichtsbeamten gestattet, in Brand gerathene Fahrzeuge, wenn es zur Erhaltung anderer Werthe nöthig, durch Anbohren oder Einschlagen von Löchern u. zu versenken, ohne daß der betreffende Schiffseigener dieserhalb eine Entschädigung zu beanspruchen hat.

§ 13. Die zur Aufeisung der Ueberwinterungsanlage und zur Entfernung des Eises aus derselben erforderlichen Mannschaften und Geräthe haben die Besitzer der überwinternden Fahrzeuge nach Anweisung des Hafenaufsichtsbeamten binnen 24 Stunden nach erlassener Aufforderung unentgeltlich zu stellen, und zwar für ein leeres Fahrzeug bis zu 5000 Ctr. Tragfähigkeit je 1 Mann, für größere bezw. beladene Fahrzeuge je 2 Mann.

§ 14. Ein- und Ausladungen dürfen während der Winterzeit so lange vorgenommen werden, als der Zugang zu den Uferanlagen möglich ist.

Nach Wiedereröffnung der Schifffahrt haben die im Hafen etwa noch zurückbleibenden Fahrzeuge die Liegestellen vor den Ueberlade- und Werftplätzen sowie die für den Schiffsverkehr erforderlichen Fahrstraßen frei zu geben.

C. Allgemeine Bestimmungen.

§ 15. Jedes in der Hafenanlage befindliche Fahrzeug muß unter der Aufsicht eines erwachsenen Mannes stehen, jedoch ist es gestattet, daß ein Wächter bis zu 5 bei einander liegende Fahrzeuge bewacht. Der Wächter hat sich auch während der Nacht auf einen der ihm anvertrauten Fahrzeuge, oder aber in der Nähe derselben in einer Wächterbude auf dem Ufer aufzuhalten. Die Entlassung eines unzuverlässigen und die Annahme eines geeigneten Wächters auf Kosten des betreffenden Schiffseigners kann auf Antrag des Hafenaufsichtsbeamten durch den königlichen Wasserbauinspektor angeordnet werden.

Sämmtliche Wächter der im Hafen liegenden Fahrzeuge sind bei Ausbruch eines Schiffsbrandes zur Hülfsleistung verpflichtet.

§ 16. Gegenstände, welche das Wasser verunreinigen oder die Fahrtiefe beeinträchtigen, als Reibricht, Asche, Steine, Schlacken u. s. w. dürfen nicht in den Hafen geworfen werden. Asche muß in einem feuerfesten Behälter verwahrt und demnächst an einen vom Hafenaufsichtsbeamten anzuweisenden Ort gebracht werden.

§ 17. Bauausführungen an den Ufern des Hafens,

sowie etwaige Veränderungen an den Böschungen desselben sind nur mit Genehmigung der Elbstrom-Bauverwaltung gestattet.

Die Beschädigung der Ufer, Böschungen, Dämme u. s. w. ist untersagt, auch dürfen darauf keinerlei Arbeiten, wie Zerkleinern von Holz und dergleichen vorgenommen werden.

Jeder Schiffer muß sich den Uebergang über sein Fahrzeug seitens der Mannschaft der nachbarlich gelegenen Fahrzeuge gefallen lassen, auch zur Erleichterung desselben Querbretter vorhalten und verlegen.

§ 18. Uebertretungen dieser Vorschriften, bezw. Zuwiderhandlungen gegen die von dem Hafenaufsichtsbeamten auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffenen Anordnungen werden, sofern nicht allgemeine Strafgesetze höhere Strafen vorschreiben, mit Geldbußen bis zu 30 M. oder mit entsprechender Haft geahndet. Außerdem haben die Schiffseigner u. zu gewärtigen, daß bei Unterlassung der ihnen in Vorstehendem zur Pflicht gemachten Handlungen die Ausföhrung derselben auf ihre Kosten im Zwangswege herbeigeföhrt werden wird.

§ 19. Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1890 in Kraft. Von demselben Tage ab sind die für die Benutzung der Hafenanlage bestehenden Polizeivorschriften aufgehoben.

Magdeburg, den 20. November 1890.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen,
in Vertretung v. Arnstedt.

Bekanntmachung.

Der Stromaufseher Gaedde zu Wittenberge ist zum Hafenaufsichtsbeamten für den fiskalischen Winterhafen daselbst bestellt und dem Lagerhofverwalter Tuche zu Wittenberge die Vertretung des Hafenaufsichtsbeamten in Behinderungsfällen übertragen worden.

Magdeburg, den 25. November 1890.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Personal-Chronik.

Der der königlichen Regierung überwiesene Regierungs-Assessor Dr. Budde ist in das Regierungskollegium eingeföhrt worden.

Die Stelle eines königlichen Priktabels zu Spandau ist dem Oberbootsmannsmaat Conrad Anton Witte vom 1. November d. J. ab vorläufig probeweise auf sechs Monate übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer am Militär-Mädchen-Waisenhaus zu Schloß Preßsch Johannes Martin Fürchregott Rauchstein ist zum dritten Hausgeistlichen

beim neuen Strafgefängniß am Plözensee bei Berlin berufen worden.

Der bisherige Prediger an der deutschen St. Georgs-Kirche in London Oskar August Leopold Stieglitz ist zum Diaconus der evangelischen Gemeinde der St. Johannis-Evangelist-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Johannes Hermann Gustav Kanis in Bromberg ist zum Obergpfarrer in Wittstock, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der bisherige Diaconus Heinrich Meinhard Konrad Schmidt in Groß-Schönebeck, Diözese Bernau, ist zum Pfarrer der Parochie Krampfer, Diözese Perleberg, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat August Ernst Borchmann ist zum Pfarrer der Parochie Niederwerbig, Diözese Belgig, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Albert Wilhelm Julius Sydow ist zum Pfarrer der Parochie Schönerwerder, Diözese Prenzlan I., bestellt worden.

Der bisherige geistliche Erzieher am Civil-Waisenhaus in Potsdam Karl Klemens Bassenge ist zum Hilfsprediger an der Hof- und Garnison-Kirche ebenda bestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Abhaltung der Gerichtstage in Grawow.

Die Gerichtstage in Grawow sind für das Jahr 1891 festgesetzt auf den 6. und 7. Januar, 3. und 4. Februar, 3. und 4. März, 7. und 8. April, 5. und 6. Mai, 2. und 3. Juni, 7. und 8. Juli, 6. und 7. Oktober, 3. und 4. November, 1. und 2. Dezember. Der zweite Terminstag ist vorzugsweise zur Aufnahme von Anträgen und Verhandlungen und zur Auskunfts-erteilung u. s. w. in denselben Fällen bestimmt, in welchen sich die Betheiligten einfinden, ohne geladen zu sein. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch in diesen Fällen eine rechtzeitige vorherige Anmeldung des Erscheinens mit kurzer Angabe des Zwecks derselben häufig dringend empfiehlt, damit die betreffenden Akten herbeigeschaft und Hindernisse, welche sonst etwa der alsbaldigen Erledigung der Sache entgegen stehen würden, beseitigt werden können. Namentlich trifft dies zu in Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen, sowie in sonstigen Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Auflassungserklärungen können ohne solche Anmeldung regelmäßig nicht aufgenommen werden. Schließlich wird ausdrücklich bemerkt, daß auch Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf dem Gerichtstage gestellt werden können.

Angermünde, den 17. November 1890.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Drei Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. B. Gann'schen Erben.

A m t s b l a t t

der Königl. i c h e n Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 50.

Den 12. Dezember

1890.**Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung des Amtsblatts für das Jahr 1891.**

Wenngleich die Verpflichtung der Beamten, sowie der Gast- und Schankwirthe, einschließlich der Krüger, zum Halten der Regierungs-Amtsblätter aufgehoben ist, so ist doch anzunehmen, daß viele derselben das Amtsblatt auch fernerhin **freiwillig** zu halten wünschen.

Ich bringe deshalb die **rechtzeitige** Erneuerung der Bestellung für das Jahr 1891, welche bei den kaiserlichen Postanstalten zu bewirken ist, mit dem Bemerken in Erinnerung, daß bei den **erst nach Ablauf des Jahres 1890** eingehenden Bestellungen die vollständige Nachlieferung der bereits erschienenen Stücke für 1891 wohl kaum mehr würde erfolgen können.

Potsdam, den 21. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Behufs rechtzeitiger Fertigstellung des **am 26. d. M.** zur Ausgabe gelangenden letzten diesjährigen Amtsblattes ist es nothwendig, daß die für dasselbe bestimmten Bekanntmachungen nicht erst, wie dies bisher bestimmt war, spätestens Dienstag früh, sondern **spätestens Montag, den 22. d. M. früh bei der Amtsblatts-Redaction** eingehen.

Später eingehende Bekanntmachungen würden **erst in das erste Stück des kommenden Jahres**, welches am **2. Januar** erscheint, aufgenommen werden können.

Potsdam, den 5. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen
des Königl. i c h e n Ober-Präsidenten.**

Eröffnung des Kommunallandtages der Kurmark.

27. Der nächste Kommunallandtag der Kurmark wird am 15. Januar 1891 in Berlin eröffnet werden. Die verwaltenden Behörden der ständischen Institute, sowie der Kreise und Gemeinden haben diejenigen

Gegenstände, welche sie auf diesem Landtage zur Sprache zu bringen beabsichtigen, bei dem Herrn Vorsitzenden, Major a. D. von Rochow auf Plessow bei Werder anzumelden, die königlichen Behörden aber sich wegen solcher Gegenstände an mich zu wenden.

Potsdam, den 7. Dezember 1890.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.**Bekanntmachungen des Königl. i c h e n Regierungs-Präsidenten.****B e k a n n t m a c h u n g ,**

betreffend die Prämientarife für die Versicherungsanstalten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft und der ausschließlich vom Reichversicherungsamt ressortirenden Baugewerks-Berufsgenossenschaften (§ 24 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887).

Vom 24. November 1890.

264. Auf Grund des § 24 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzblatt Seite 287) wird nach Anhörung der theiligten Genossenschaftsvorstände Folgendes bestimmt:

A. Die durch die Bekanntmachung vom 10. Dezember 1887 (Reichs-Anzeiger **Nº 293** vom 14. Dezember 1887, 2. Beilage, Amtliche Nachrichten des R. B. A. 1888 Seite 21 ff.) festgesetzten Prämientarife für die Versicherungsanstalten

1) der Nordöstlichen	Baugewerks-Berufsgenossenschaft,
2) der Schlesisch-Posenischen	=
3) der Magdeburgischen	=
4) der Sächsischen	=
5) der Thüringischen	=
6) der Hessen-Nassauischen	=
7) der Rheinisch-Westfälischen	=
8) der Südwestlichen	=

sowie die durch die Bekanntmachung vom 11. September 1889 (Reichs-Anzeiger **Nº 219** vom 14. September 1889, Amtliche Nachrichten des R. B. A. 1889 Seite 376) beziehungsweise vom 18. April 1889 (Reichs-Anzeiger **Nº 96** vom 20. April 1889, Central-Blatt für das Deutsche Reich 1889 Seite 275, Amtliche Nachrichten des R. B. A. 1889 Seite 309) festgesetzten revidirten Prämientarife für die Versicherungsanstalten,

- 9) der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und
- 10) der Tiefbau-Berufsgenossenschaft

bleiben vom 1. Januar 1891 ab für die nächsten drei Jahre — vorbehaltlich anderweiter Festsetzung noch vor Ablauf dieser Zeit — mit folgenden Maßgaben in Geltung:

- I. Bei den vorstehend unter 3, 4 und 7 aufgeführten Berufsgenossenschaften werden die nachbezeichneten Bauarbeiten, wie folgt, verfest:
 - a. bei der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Arbeiten der Baulackirer, Bauanstreicher, Baumaaler, Tüncher, Verputzer und Weißbinder aus der Gefahrenklasse IV. in die Gefahrenklasse III.,
 - b. bei der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Arbeiten der Bauglaser aus der Gefahrenklasse VIII. in die Gefahrenklasse VI. und
 - c. bei der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Arbeiten der Anstreicher, Bohner und Bauglaser aus der Gefahrenklasse III. in die Gefahrenklasse II.
- II. Bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft wird für diejenigen Arbeiten, welche in die Gefahrenklasse C. gehören (sämmliche Sprengarbeiten, Stollen- und Schachtbau), der Lohnprozentsatz von 8 auf 5 Prozent und somit der auf jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes entfallende Prämienbetrag von 4 auf 2½ Pfennig ermäßigt.

B. Der Prämientarif für die Versicherungsanstalt

der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft

wird für die oben angegebene Zeit und unter dem gleichen Vorbehalt, wie folgt, festgesetzt:

Revidirter Prämientarif

für die Versicherungsanstalt der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

Gültig vom 1. Januar 1891 an.

Laufende Nr.	Betriebsarten.	Gefahren- Klasse.	Ech- Prozente, welche als Prämie zu entrichten sind.	Betrag der für jede an- gefangene halbe Mark des in Be- tracht kommen- den Lohnes zu entrichten- den Prämie. Pfennig.
			Prozent.	
1	Kunstmaler, Kunstbühauer, Ofenseger, Tapetenankleber, Anbringung und Abnahme von Wetterrouleaus (Marquisen, Jalousien), Glaser, Stubenmaler, Staffirer, Anstreicher, Tüncher (Weißbinder), Stubenbohner, Studateure, Asphaltirer und Steinseger, Baulackirer, Bauschreiner (=Tischler), Bauklemmer	I.	1,4	0,70
2	Maurer, Steinmeger, Steinhauer, Bau-Einseger, Schlosser, Anschläger, Einrichter von Gas- und Wasseranlagen, Schiffbau in Holz, Rauchabsteller, Bauaufsicht, Bauwächter	II.	2,8	1,4
3	Bühnenbauarbeit	III.	3,0	1,5
4	Zimmerer	IV.	3,5	1,75
5	Dachbeder (Ziegel-, Schiefer-, Schindel-, Stroh-), Wassermühlenbau in Holz, Holzzurichtung und Konservierung, Brückenbau-, Schacht- und Uferbefestigungsarbeiten	V.	4,0	2,0
6	Brunnenmacher, Windmühlenbau in Holz, Bligableiter-Anbringung und Reparatur, Steinbruchsarbeiten, Fuhrwesen	VI.	4,2	2,10
7	Fabrikshornsteinmaurer	VII.	4,6	2,30
8	Abbruchunternehmung, Rammarbeiten	VIII.	5,0	2,50

Sonstige Bestimmungen.

Hinsichtlich der in dem vorstehenden Prämientarif nicht besonders aufgeführten Kategorien von Arbeiten (Nebenarbeiten) ist zunächst festzustellen, ob die betreffende Kategorie in dem berufsgenossenschaftlichen Gefahren-tarif klassifizirt worden ist. Trifft dies zu, so ist für die bezügliche Arbeit die der betreffenden Gefahrenklasse entsprechende Prämie zu entrichten; für alle übrigen im Gefahren- und Prämientarif nicht klassifizirten Bauarbeiten ist der Prämienatz der vorstehenden Klasse III. mit 1,5 Pfennig für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes maßgebend.

Berlin, den 24. November 1890.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Hierbei wird auf die Bekanntmachung vom 16.* Dezember 1887 in Stück 51 S. 455 des Amtsblattes für 1887 verwiesen.

Potsdam, den 6. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

265. Behufs Ausführung größerer Reparatur-Arbeiten wird die Stadtschleuse zu Brandenburg a. H. vom 15. d. M. ab bis voraussichtlich zum 1. März f. J. gesperrt, und geht der Schiffsabtriebsverkehr während dieser Zeit ausschließlich durch die Vorstadtschleuse.

Potsdam, den 8. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

266. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh des Eigenthümers Linkerhand zu Demerthin, Kreis Ostprignitz, und bei einem Ochsen des Rittergutsbesizers von Ribbeck auf dem zum Rittergute Ribbeck gehörigen Vorwerk: von Ribbeck's Meierei, Kreis Westhavelland;

die Influenza unter den Pferden des Landwirths Wandelow zu Templin (Ausbau), Kreis Templin;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande der Domäne Weseliß, Kreis Prenzlau.

Erlöschen ist:

der Milzbrand unter dem Rindviehbestande des Lehnschulzengutsbesizers Hermann Schulze zu Krielow, Kreis Zauch-Belzig;

die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen des Kossäthen Müller zu Falkenberg, Kreis Neubarnim, unter den Rindviehbeständen der Bauergutsbesizer Guttschmidt und Böttcher zu Ueg, und zu Egin, Kreis Osthavelland, und unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Gnewikow, Kreis Ruppin.

Potsdam, den 9. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen**der königlichen Regierung.****Bekanntmachung.**

14. Mit Genehmigung des Evangelischen Kirchenraths und des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ordnen wir hierdurch an:

- 1) Das nach der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 30. April- bezw. dem Ministerial-Rescript vom 5. Mai 1830 jedem in die Stadt Alt-Landsberg von auswärts Zuziehenden evangelischer Konfession zustehende Wahlrecht bezüglich des Anschlusses an eine der dortigen beiden evangelischen Kirchengemeinden ist an eine Präklusivfrist von einem Jahre vom Tage des Anzuges ab gebunden.
- 2) Die Ausübung dieses Wahlrechts geschieht, mag der Anschluß an die Stadtkirchengemeinde oder die Schlosskirchengemeinde erfolgen, in allen Fällen durch eine Erklärung zu Protokoll des Pfarrers der gewählten Gemeinde.
- 3) Wer das ihm zustehende Wahlrecht während der Frist von einem Jahre vom Tage seines Anzuges nach Alt-Landsberg nicht ausübt, wird als zur Stadtkirchengemeinde gehörig betrachtet.
- 4) Am Schlusse eines jeden Kalenderjahres theilen die Pfarrer der Stadtkirche und der Schlosskirche einander ein Verzeichniß der im Laufe dieses

Jahres in vorstehender Weise von ihnen als Mitglieder ihrer Kirchengemeinden aufgenommenen Personen mit.

Berlin, den 17. November 1890.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 1. Dezember 1890.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**Polizei-Verordnung.**

92. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265 ff.) wird hierdurch nach Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes Folgendes bestimmt:

Die Polizei-Verordnung vom 7. Februar 1887, betreffend Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, wird durch folgende Bestimmungen ergänzt.

§ 1 a.

Zu den im § 1 genannten ansteckenden Krankheiten, welche unbedingt die vorschriftsmäßige Desinfektion erheischen, treten alle Erkrankungen und Sterbefälle an Lungen-, Kehlkopf- und Darm-Tuberculose hinzu, welche in dem öffentlichen Verkehr dienenden Aufenthalts-Einrichtungen (siehe § 1 h.) vorkommen.

§ 1 b.

Zu den Haushaltungs-Vorständen bezw. Stellvertretern (in Anstalten die Leiter, Verwalter, Hausväter ic.), welche zur Desinfektion verpflichtet sind, gehören auch die Unternehmer von Privat-Kranken-Anstalten, sowie die Besitzer und Leiter aller dem öffentlichen Verkehr dienenden Aufenthalts-Einrichtungen, wie Gasthöfe, Logirhäuser, Herbergen, Pensionate, Chambres-garnies, Schlafstellen und dergl. m.

§ 1 c.

Ärzte, welche an Lungen-, Kehlkopf- und Darm-Tuberculose Erkrankte in den vorbezeichneten Aufenthalts-Einrichtungen ic. behandeln oder aus denselben anderweitig übernehmen, sind verpflichtet, hiervon der Sanitäts-Kommission binnen 24 Stunden auf den üblichen Meldeformen Anzeige zu machen.

§ 2.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1890.

Der Polizei-Präsident. Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachung.

93. Die Anstellung des Schornsteinfegermeisters Bussewis, Thurmstraße 84, als Bezirks-Schornsteinfegermeister im Stadtkreis Berlin ist gemäß § 19 a. und h. des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfeger-Gewerbes vom 16. November 1888 widerrufen worden.

Berlin, den 22. November 1890.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat November 1890.

94. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	19	Mark	26	Pf.,
" " " do. (mittel)	18	"	70	"
" " " do. (gering)	18	"	29	"
" " " Roggen (gut)	18	"	22	"
" " " do. (mittel)	17	"	90	"
" " " do. (gering)	17	"	58	"
" " " Gerste (gut)	18	"	87	"
" " " do. (mittel)	16	"	48	"
" " " do. (gering)	14	"	69	"
" " " Hafer (gut)	15	"	22	"
" " " do. (mittel)	14	"	52	"
" " " do. (gering)	14	"	07	"
" " " Erbsen (gut)	18	"	74	"
" " " do. (mittel)	16	"	92	"
" " " do. (gering)	16	"	26	"
" " " Nichtstroh	4	"	32	"
" " " Heu	5	"	35	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise **einschließlich 3 % Aufschlag**
für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat November 8,15 Mk., 2,51 Mk., 3,37 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	31	Mark	00	Pf.,
" " " Speisebohnen (weiße)	32	"	60	"
" " " Linsen	41	"	64	"
" " " Kartoffeln	6	"	13	"
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	44	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	23	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	50	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	43	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	36	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	61	"
" 1 " Eßbutter	2	"	39	"
" 60 Stück Eier	3	"	93	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	50	Pf.,
" " " Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
" " " Linsen	45	"	—	"
" " " Kartoffeln	5	"	50	"
" 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	45	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	20	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	45	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	35	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	35	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	60	"
" 1 " Eßbutter	2	"	30	"
" 60 Stück Eier	4	"	81	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats November 1890:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N^o 1 36 Pf.,

für 1 Kgr. Roggenmehl N ^o 1	33	Pf.,
" 1 " Gerstengraupe	48	"
" 1 " Gerstengröße	41	"
" 1 " Buchweizengröße	43	"
" 1 " Hirse	40	"
" 1 " Reis (Java)	71	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2	Mark 75
" 1 " (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	78
" 1 " Speisesalz		20
" 1 " Schweineeschmalz (hiefiges)	1	15

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1	50	"
" 1 " Roggenmehl N ^o 1	30	"
" 1 " Gerstengraupe	60	"
" 1 " Gerstengröße	50	"
" 1 " Buchweizengröße	50	"
" 1 " Hirse	50	"
" 1 " Reis (Java)	60	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	3	Mark —
" 1 " (gelb in		
gebr. Bohnen)	4	—
" 1 " Speisesalz		20
" 1 " Schweineeschmalz (hiefiges)	1	40

Berlin, den 6. Dezember 1890.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

95. Der Wittwe Louise Graffenberger, geborenen Hinge, Rosenthalerstraße Nr. 66 hieselbst wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 7. Oktober 1890 das Hebammen-Prüfungszeugnis aberkannt worden. Die r. Graffenberger ist deshalb als **Hebamme nicht mehr anzusehen.**

Berlin, den 6. Dezember 1890.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer neuen geistlichen Stelle bei der St. Pauls-Kirche in Berlin.

17. Mit der im Einverständniß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erteilten Genehmigung des Evangelischen Kirchenraths und auf Grund der Beschlüsse der Gemeinbeorgane der St. Paulskirche vom 26. Juni resp. 2. Juli d. J. wird in der Parochie dieser Kirche eine zweite geistliche Stelle, welche als Diakonat neben die Pfarrstelle tritt, mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Besetzung des Diakonats erfolgt gemäß dem Kirchengesetze, betreffend das in § 32 N^o 2 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 und im Allerhöchsten Erlaß vom 28. Juli 1876 vorgesehene Pfarrwahlrecht vom 15. März 1886.

Berlin, den 9. November 1890.

Der königliche Polizei-Präsident.

Berlin, den 21. Oktober 1890.

Das Königliche Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

53. Vom 15. Dezember d. J. ab fallen die Züge 235 und 236 zwischen Spandau H. B. und Charlottenburg (ab Spandau 11³⁰ Nachm. bezw. an Spandau 11¹² Nachm.) aus. An Stelle derselben werden vom gedachten Zeitpunkte an zwei neue Züge zwischen Berlin, Schleißer Bahnhof—Spandau und zurück eingelegt, welche wie folgt verkehren:

1066			1067
Nachm.			Vorm.
10 23	ab Schleißer Bahnhof	an	12 46
10 29	ab Alexanderplatz		12 40
10 34	ab Friedrichstraße		12 34
10 44	ab Zoologischer Garten		12 24
10 51	ab Charlottenburg		12 18
11 06	an Spandau, H. B.	ab	12 00 Nachs.

Ferner wird vom 15. Dezember d. J. ab der Zug 1677 Charlottenburg ab 10⁵¹ Nachm. Johannis-

thal—Niederschönweide an 11⁴³ Nachm. an Wochen-
tagen um 11³⁹ Nachm. in Baumschulenweg halten.

Berlin, im November 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Eröffnung des Halternttes Neuhof i. d. M. für den Wagenladungs-Güter-Verkehr und für den Viehverkehr, sowie Einführung von Ausnahmefügen für gebrannte Steine nach Berlin.

54. Am 15. Dezember d. J. wird die bisher nur dem Personen- und Stückgut-Verkehr dienende Station Neuhof i. d. M. auch für den Wagenladungs-, Güter- und Vieh-Verkehr eröffnet. Mit demselben Tage kommen für die Beförderung gebrannter Steine in Wagenladungen von mindestens 10000 kg von Neuhof i. d. M. nach den Berliner Staatsbahnhöfen und Ringbahnstationen Ausnahmefrachtsätze zur Einführung. Nähere Auskunft erteilen das Auskunfts-Bureau hier-
selbst, Bahnhof Alexanderplatz, sowie die beteiligten Güterabfertigungsstellen.

Berlin, im Dezember 1890.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

1. **Nachweisung**
der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in
den Normal-Markttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1890.
ad § 20 des Abschlags-Gesetzes vom 2. März 1850.

No.	Namen der Städte.	Getreide												Kartoffeln		Rauschfutter			
		Weizen		Roggen		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer		Erbsen							
		pro	100 kg	pro	100 kg	pro	100 kg	pro	100 kg	pro	100 kg	pro	100 kg	pro	100 kg				
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.			
1	Berlin	18 63	7 12	17 60	6 38	16 51	5 41	—	—	—	—	14 75	3 53	18 —	7 21	4 75	1 81	5 15	4 20
2	Beeskow	18 45	7 04	16 80	6 33	15 55	4 82	—	—	—	—	13 27	2 99	25 —	10 38	3 70	1 67	4 25	3 25
3	Brandenburg a. H.	19 70	7 68	17 65	6 53	15 20	4 86	—	—	—	—	14 65	3 22	30 —	12 60	4 90	2 16	4 20	3 50
4	Dahme	18 82	7 25	17 27	6 30	15 —	4 80	—	—	—	—	13 50	3 04	25 —	10 25	4 —	1 82	5 —	4 —
5	Fürstenuwalde (Spree)	18 20	6 68	17 27	5 93	17 05	5 57	—	—	—	—	14 30	3 21	—	—	4 80	1 84	—	—
6	Havelberg	19 50	7 51	17 50	6 65	15 —	4 88	—	—	—	—	14 50	3 26	25 —	11 —	5 50	2 26	4 50	5 —
7	Jüterbog	19 —	7 22	18 —	6 48	16 —	4 96	—	—	—	—	15 —	3 45	22 —	9 24	5 —	2 —	5 —	4 —
8	Lützen	18 —	7 56	17 50	6 83	15 —	5 25	—	—	—	—	14 —	3 22	25 —	10 50	4 25	2 —	4 60	3 26
9	Lützenwalde	18 33	7 33	17 41	6 51	14 76	4 52	—	—	—	—	13 46	3 06	36 —	13 50	2 50	1 14	4 75	3 17
10	Perleberg	—	—	17 —	5 95	—	—	—	—	—	—	13 13	2 95	—	—	5 —	1 84	—	—
11	Potsdam	19 95	8 01	17 75	6 21	17 25	6 61	—	—	—	—	15 28	3 65	25 —	11 25	5 40	2 07	5 —	4 —
12	Prenzlau	17 92	6 54	16 93	6 26	16 17	5 53	—	—	—	—	13 52	3 24	14 85	6 24	4 50	1 67	4 75	3 50
13	Prignitz	17 88	6 65	16 25	5 80	15 50	4 66	—	—	—	—	12 43	2 84	15 45	6 28	3 75	1 41	3 25	2 75
14	Rathenow	18 —	6 74	16 55	6 02	14 75	4 37	—	—	—	—	13 25	3 02	19 —	7 74	4 25	1 76	—	—
15	Neu-Ruppin	19 50	7 41	16 80	6 18	14 60	4 67	—	—	—	—	13 70	3 14	25 —	10 13	4 10	1 58	5 —	4 50
16	Schwedt a. D.	19 20	7 39	17 70	6 46	17 —	4 76	—	—	—	—	14 40	3 31	16 80	6 80	4 50	2 05	4 70	3 80
17	Templin	18 25	7 12	16 75	6 03	16 25	5 36	—	—	—	—	13 75	3 30	15 —	5 85	4 —	1 80	5 —	4 50
18	Treuenbriegen	18 50	7 12	17 25	6 30	15 50	4 96	—	—	—	—	14 —	3 15	25 —	10 13	4 25	1 91	3 40	3 20
19	Wittstock	18 65	6 90	16 73	6 21	15 —	5 33	—	—	—	—	12 88	2 90	14 —	5 67	3 67	1 43	3 —	3 33
20	Wittenberg	18 50	7 12	17 50	6 39	16 —	5 12	14 00	4 27	15 —	3 30	—	—	—	5 —	1 93	5 50	4 —	—
21	Wriezen a. D.	18 28	6 98	17 25	6 30	16 18	5 15	—	—	—	—	14 50	3 31	25 —	10 25	4 —	1 68	4 25	3 17

Frankfurt a. Oder, den 5. Dezember 1890.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung
 der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-
 Marktorten des Regierungs-Bezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und
 der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1890.
 ad § 19 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

Nr. Rd.	Namen der Städte.	Weizen.		Roggen.		Große Gerste.		Kleine Gerste.		Hafer.		Erbsen.	
		Markt	Pf.	Markt	Pf.	Markt	Pf.	Markt	Pf.	Markt	Pf.	Markt	Pf.
1	Berlin	7	57	5	78	5	22	—	—	3	44	7	55
2	Beesow	—	—	6	09	4	97	—	—	3	60	—	—
3	Brandenburg a. H.	—	—	6	26	4	76	—	—	3	57	—	—
4	Dahme	7	76	5	82	4	82	—	—	3	17	12	77
5	Fürstenwalde (Spree)	—	—	5	87	5	11	—	—	3	45	—	—
6	Havelberg	—	—	6	13	4	93	—	—	3	35	—	—
7	Jüterbog	7	70	6	00	4	76	—	—	3	41	—	—
8	Lützen	8	48	6	33	5	39	—	—	3	39	—	—
9	Luderswalde	7	91	6	25	4	60	—	—	3	41	—	—
10	Perleberg	—	—	5	89	—	—	—	—	3	24	—	—
11	Potsdam	—	—	5	95	5	21	—	—	3	72	—	—
12	Prignitz	7	29	5	87	4	97	—	—	3	17	6	78
13	Prignitz	7	55	5	74	—	—	—	—	3	22	6	66
14	Rathenow	7	27	5	87	4	91	—	—	3	28	8	01
15	Neu-Müppin	7	76	5	83	4	71	—	—	3	31	8	53
16	Schwedt a. D.	—	—	6	21	4	99	—	—	3	56	7	06
17	Templin	7	68	5	69	5	09	—	—	3	25	6	96
18	Trennbrücken	7	60	5	94	4	63	—	—	3	27	—	—
19	Wittstock	7	63	5	88	4	71	—	—	3	11	6	89
20	Wittenberg	7	50	6	03	5	05	—	—	3	29	—	—
21	Wriezen a. D.	—	—	5	93	4	85	—	—	3	27	8	18

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben eingesetzten, in der Beilage zum Amtsblatt Nr. 29 der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin pro 1873 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen.

Frankfurt a. O., den 5. Dezember 1890.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen
 des **Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.**

27. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. September 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Abgabe, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Zernsdorf X.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend; in den Gemarkungen Zernsdorf im Kreise Teltow, Niedersöhme und Königliche Forst Friedersdorf im Kreise Beesow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen,

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerkten, daß der Situationsriß in

dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Halle a. S., den 2. Dezember 1890.

Königliches Oberbergamt.

28. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. September 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Abgabe, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Zernsdorf XI.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist und welches, einen Flächeninhalt von 2 189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend; in den Gemarkungen Zernsdorf im Kreise Teltow, Niedersöhme und Königliche Forst Friedersdorf im Kreise Beesow-Storkow des Regierungs-

bezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 2. Dezember 1890.

Königliches Oberbergamt.

29. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. September 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn unter dem Namen — **Zernsdorf XII.** — das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2189000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf im Kreise Teltow und königliche Forst Friedersdorf im Kreise Beeskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 2. Dezember 1890.

Königliches Oberbergamt.

30. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 16. September 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn, unter dem Namen **Zernsdorf XIII.** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d e f g h i a bezeichnet ist und welches, einen Flächeninhalt von 2189000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundert neunundachtzig Tausend Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf im Kreise Teltow und Coblitz im Kreise Beeskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird

mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 2. Dezember 1890.

Königliches Oberbergamt.

31. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Im Namen des Königs.“

Auf Grund der am 6. August 1890 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Ziegeleibesitzer Friedrich Robert Lehmann zu Hankels Ablage, Station der Berlin-Görlitzer Eisenbahn unter dem Namen — **Zernsdorf XIV.** — das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: a b c d e f g h i k l m n a bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 1672373 qm, geschrieben: Eine Million sechshundert zweiundsiebzig Tausend dreihundert dreiundsiebzig Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Zernsdorf im Kreise Teltow und Coblitz im Kreise Beeskow-Storkow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen",

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 2. Dezember 1890.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

30. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der vermittelten Frau Kustos Hundt, Dorothea geb. Kranemann zu Calbe a. S. die Schuldverschreibung der konsolidirten 4% Staatsanleihe von 1881 Lit. C. Nr. 170284 über 1000 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Hundt anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 29. November 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Zur Ausführung der nothwendigen Ausbesserungen an den Bauwerken des Bromberger Kanals, der kanalisirten Brabe und obern Neße und Aufräumung

der Verflachungen in den Kanalsfeldern, werden die hiesigen künstlichen Wasserstraßen mit Eintritt des Frostwetters bezw. des Eisstandes, spätestens jedoch am **31. Dezember d. Js. bis Ende März 1891** für die Schifffahrt und Flößerei gesperrt werden.

Bromberg, den 28. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Grafen von Hake zu Alt-Ranst dessen Sohn, der Rittergutsbesizer Graf Erich von Hake ebenda zum Amtsvorsteher des 22. Bezirks Alt-Ranst ernannt worden.

Der Kanzlei-Gehülfe Peter in Puchen ist zum Stellvertreter des Amts-Anwalts bei dem Königl. Amtsgericht das. ernannt worden.

Der Schleusenmeister Trautmann, bisher zu Nagow-Schleuse, ist zum 1. Dezember 1890 in die Schleusenmeisterstelle zu Bredereiche versetzt worden.

Der bisherige Domhilfsprediger Bernhard Gottlob Wilhelm Thiele ist zum dritten Prediger bei der Evangelischen Gemeinde der Sophien-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Heinrich Christian Theodor Wolsen ist zum Diaconus zu Rastberge-Rüdersdorf, Pfarodie Rüdersdorf, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Friedland, Diözese Briezen a. D., kommt durch die Versetzung des Pfarrers Krause demnächst zur Erledigung.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Gollwitz, Diözese Dom Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Petrenz demnächst zur Erledigung.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Behlefang, Diözese Spandan, kommt durch die Emeritirung des Pfarrers Stechert zum 1. Januar 1891 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung der Stelle steht in diesem Falle dem Kirchenregiment zu.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Neuendorf, Diözese Potsdam I., kommt durch die Emeritirung des Pfarrers Endemann am 1sten April 1891 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Der Schulamtskandidat Dr. Hugo Krause ist als ordentlicher Lehrer an der II. höheren Bürgerschule in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Schulamtskandidat Dr. Gerike ist als ordentlicher Lehrer am Leibniz-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Louis in Berlin ist als ordentl. Lehrer an der ersten höheren Bürgerschule ebenda angestellt worden.

Die Lehrerinnen Gfrörer, Bonns, Stort, Neumann VI., Sachs, Krampff, Reich, Rose, Baer, Heinrichsdorff, Loeser und Martiny sind als Gemeindeschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Richard Eichner an der 4. höheren Bürgerschule zu Berlin ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden.

Der bisherige Gemeindeschullehrer Erdmann Arndt ist als ordentlicher Lehrer an der 4. höheren Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Georg Gänzel ist als ordentlicher Lehrer an der 8. höheren Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Johannes Achelis ist als ordentlicher Lehrer an der 5ten höheren Bürgerschule zu Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats November sind:

ernannt: zum Postdirector der Postassistent Johannesson.

versetzt: nach Berlin die Postsecretaire H. R. Müller von Lissa (Bez. Posen), Schäffer von Bremen; von Berlin die Postsecretaire Jüngling nach Cassel, Sachs nach Heilsberg;

in den Ruhestand versetzt: Postsecretair Dubau, die Ober-Telegraphenassistenten Fiebig, A. W. Müller, Weiland, Wuthnow, der Postassistent Fr. Grunert;

gestorben: der Ober-Telegraphensecretair Lehmann, Postsecretair Rothe, Postverwalter Scharmberg.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Staatmäßig angestellt sind: der Postpraktikant Claus als Postsecretair in Potsdam, der Postassistent Neufziger in Wittenberge (Bez. Potsdam) 2 (Bhf.).

Ernannt ist: der Postassistent Kierstedt in Wittenberge (Bez. Potsdam) 2 (Bhf.) zum Ober-Postassistenten.

Versetzt sind: der Ober-Postassistent Kamien von Neuruppin nach Potsdam, der Telegraphenassistent Bindseil von Wittenberge (Bez. Potsdam) 2 (Bhf.) nach Neuruppin, der Postverwalter Kühn von Jernig nach Schöpsfurth, der Postassistent Neufziger von Flöbba (Sachsen) nach Wittenberge (Bez. Potsdam) 2 (Bhf.).

Bermischte Nachrichten.

Die Eintragungen in das hiesige Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister werden im Jahre 1891 durch 1) den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, 3) das Kreisblatt für die Ost-Prignitz, 4) den Stadt- und Landboten zu Kyritz, 5) die Kyritzer Zeitung, 6) die Berliner Börsen-Zeitung bekannt gemacht. Die auf die Führung dieser Register sich beziehenden Geschäfte werden von dem Amtsrichter Dr. Menz unter Mitwirkung des Secretair Büllgraf erledigt.

Kyritz, den 4. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. Lauf.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Josef Dite, Weber,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 24. August 1854 zu Kramolna, Bezirk Nachod, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	vorsätzliche Brandstiftung (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 12. Januar 1885),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	6. November 1890.
2	Ferdinand Friedl, Messger,	geboren am 7. März 1859 zu Tachau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 9. Dezember 1887),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	23. November 1889.
3	Alois Bauer, Eisengießer,	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 19. Januar 1863 zu Graz, Steiermark, ortsangehörig zu Rabersburg, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königliche Polizeidirektion zu München,	3. November 1890.
4	Josef Dürmaier, Messger,	geboren im Jahre 1837 zu Kalham, Bezirk Schäerding, Oesterreich, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	24. Oktober 1890.
5	Emilie Flegel, unverehelichte Arbeiterin,	geboren im Jahre 1843 zu Neujahrsdorf, Bezirk Königshof, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. November 1890.
6	Karl Geißler, Kellner,	geboren am 2. November 1871 zu Zellweg, Bezirk Judenburg, Oesterreich, ortsangehörig zu St. Paul, Bezirk Wolfsberg, ebendasselbst,	desgleichen,	Königliche Polizeidirektion zu München,	28. Oktober 1890.
7	Josef Kerin, Arbeiter,	geboren am 19. Februar 1848 zu Triest, Oesterreich, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz,	3. November 1890.
8	Anna Peksa, Tagelöhnerintochter,	15 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Wilhelmsau, Bezirk Deutschbrod, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt zu Ebersberg,	24. September 1890.
9	Karl Petersohn, Gerbergeselle,	geboren am 15. Oktober 1854 zu Upsala, Schweden,	Betteln,	Polizeiamt zu Lübeck,	31. Oktober 1890.
10	Vinzenz Twardak, Schuhmacher,	geboren am 6. Januar 1848 zu St. Maria, Bezirk Prachatis, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	24. Oktober 1890.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels- und Muster-Register des unterzeichneten Amtsgerichts werden im Laufe des Jahres 1891 durch folgende Blätter: 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Kreisblatt für die Ost-Prignitz, 4) die Prignitzer Zeitung öffentlich bekannt gemacht werden.

Wittstock, den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1891 von dem unterzeichneten Amtsgerichte zur Veröffentlichung gelangenden Bekanntmachungen über die Eintragungen in das Zeichen- und Muster-Register werden durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, diejenigen über Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register außer dem Reichs- und Staatsanzeiger durch a. die Berliner Börsenzeitung, b. das Regierungs-Amtsblatt zu Potsdam, c. das Teltower resp. Jüterbog'er Kreisblatt, d. das Trebbiner Wochenblatt publicirt werden.

Trebbin, den 4. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1891 von dem unterzeichneten Amtsgerichte zur Veröffentlichung gelangenden Bekanntmachungen über die Eintragung in die Handels-, Genossenschafts- und Musterregister werden durch folgende Blätter publicirt werden: 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, 2) durch das Regierungs-Amtsblatt zu Potsdam, 3) durch die Berliner Börsenzeitung, 4) durch das Kreisblatt der West-Prignitz, 5) durch die Zeitung für die West- und Ost-Prignitz zu Lenzen.

Lenzen a. E., den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modellregister, welche im Laufe des Jahres 1891 beim hiesigen Amtsgericht vorkommen, erfolgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register auch noch durch die Berliner Börsenzeitung in Berlin.

Jüterbog, den 2. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die auf die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Marken- und Muster-Register sich beziehenden

den Geschäfte in dem Bezirk des Amtsgerichts in Potsdam werden von dem Amtsgericht Abtheilung I. in Potsdam bearbeitet werden und zwar für das Jahr 1891 durch den Amtsgerichts-Rath Möllendorf unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Walter. Die Veröffentlichung der Eintragungen erfolgt: 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das hiesige Intelligenz-Blatt, für die Musterregister jedoch nur durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger.

Potsdam, den 2. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahr 1891 erfolgt die Bekanntmachung der Eintragungen des Firmen-, Gesellschafts- und Prokuren-Registers durch: a. den Reichsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Teltower Kreisblatt, der Eintragungen des Genossenschaftsregisters auch durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam, derjenigen des Zeichen- und Musterregisters allein durch den Reichsanzeiger. Die auf die gedachten Register bezüglichen Anmeldungen und Anträge werden an jedem Mittwoch Vormittags von 9 bis 12 Uhr entgegengenommen.

Königs-Wusterhausen, den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1891 werden an folgenden Sonntagen Gerichtstage abgehalten werden: A. in **Boizenburg**: 17. Januar, 21. Februar, 21. März, 18. April, 30. Mai, 27. Juni, 8. August, 19. September, 17. Oktober, 21. November, 19. Dezember, B. in **Gerstwalde**: 24. Januar, 7. März, 25. April, 6. Juni, 11. Juli, 5. September, 24. Oktober, 12. Dezember. An diesen Tagen werden Anträge auf Eintragungen aller Art in das Grundbuch und in die Landgüter-Rolle entgegengenommen.

Templin, den 20. November 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Joachimsthal sind für das Jahr 1891 auf nachgenannte Tage festgesetzt: 6. und 20. Januar, 3. und 17. Februar, 3. und 17. März, 6. und 21. April, 5. und 19. Mai, 2. und 16. Juni, 7. Juli, 18. August, 8. und 22. September, 6. und 20. Oktober, 3. und 17. November, 1. und 15. Dezember. Das Gerichtstagslokal ist das der frühern Gerichtskommission Joachimsthal.

Eberswalde, den 27. November 1890.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Haysen'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 19. Dezember

1890.

Bekanntmachung der Fertigstellung des am 26. d. M. zur Ausgabe gelangenden letzten diesjährigen Amtsblattes ist es notwendig, daß die für dasselbe bestimmten Bekanntmachungen nicht erst, wie dies bisher bestimmt war, spätestens Dienstag früh, sondern spätestens Montag, den 22. d. M. früh bei der Amtsblatt-Redaction eingehen.

Später eingehende Bekanntmachungen würden erst in das erste Stück des kommenden Jahres, welches am 2. Januar erscheint, aufgenommen werden können.

Potsdam, den 5. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Reichs-Gesetz-Blatt.

(Stück 32) Nr. 1921. Verordnung über die Inkräftsetzung des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889. Vom 25. November 1890.

(Stück 33) Nr. 1922. Verordnung, betreffend das Verfahren vor den auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten. Vom 1. Dezember 1890.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 41) Nr. 1246. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Eschweiler, Aldenhoven, Stolsberg bei Aachen, Aachen, Düren, Geilenkirchen, Erkelenz, Eupen, Siegburg, Mors, Boppard, Coblenz, Cochem, Kirchberg, Weisenheim, Adenau, Ahrweiler, Mayen, Daun, Köln, Bensberg, Heringers, Gerresheim, Düsseldorf, Leusden, Sankt Wendel, Saarbrücken, Trier und Merzig. Vom 7. November 1890.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

28. In Gemäßheit des § 7 Abs. 5 der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Landesvertretung (G.-S. S. 169) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in die Ärztesammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin gewählt sind:

A. Mitglieder:

I. Stadtbezirk Berlin.

- 1) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Körte, Hafenplatz Nr. 7,
- 2) Sanitäts-Rath Dr. Schoenberg, Kaiser Franz Grenadier-Platz Nr. 5,
- 3) Professor Dr. Gutstadt, Maassenstraße Nr. 11,
- 4) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Rintel, Wallstraße Nr. 87,

- 5) Sanitäts-Rath Dr. Heinrich, Königgräßerstraße Nr. 89,
- 6) Professor Dr. Mendel, Schiffbauerdamm Nr. 20,
- 7) Dr. Martin, Alexanderufer Nr. 1,
- 8) Dr. Thielen, Kurfürstenstraße Nr. 51,
- 9) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Beuster, Königgräßerstraße Nr. 6,
- 10) Sanitäts-Rath Dr. Becher, Münzstraße Nr. 4,
- 11) Sanitäts-Rath Dr. Bartels, Karlsbad Nr. 14,
- 12) Sanitäts-Rath Dr. R. Ruge, Kochstraße Nr. 73,
- 13) Sanitäts-Rath Dr. E. Rüster, Tempelhoferufer Nr. 21,
- 14) Sanitäts-Rath Dr. Oldendorf, Charlottenstraße Nr. 82,
- 15) Sanitäts-Rath Dr. Paprosch, Neue Königstraße Nr. 47,
- 16) Sanitäts-Rath Dr. Selberg, Invalidenstraße Nr. 111,
- 17) Sanitäts-Rath Dr. Solger, Reinickendorferstraße Nr. 1,
- 18) Dr. Bencke, Stralauerstraße Nr. 56,
- 19) Dr. A. Hartmann, Hindersinstraße Nr. 12,
- 20) Sanitäts-Rath Dr. Brachmer, Friedrichstraße Nr. 128,
- 21) Dr. Wallmüller, Louisestraße Nr. 18,
- 22) Sanitäts-Rath Dr. Möllendorff, Kurfürstenstraße Nr. 154,
- 23) Dr. Henius, Kurfürstenstraße Nr. 155,
- 24) Sanitäts-Rath Dr. Elsner, Stralauerstraße Nr. 35,
- 25) Professor Dr. Busch, Alexanderufer Nr. 6,
- 26) Sanitäts-Rath Dr. S. Guttmann, Matthäikirchstraße Nr. 16,
- 27) Professor Dr. B. Fraenkel, Neustädtsche Kirchstraße Nr. 12.

II. Regierungsbezirk Potsdam.

- 28) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Zinn, Eberswalde,
- 29) Dr. Großer, Prenzlau,
- 30) Kreisphysikus Dr. Gleitsman, Belgig,
- 31) Dr. Ipscher, Wusterhausen a. D.,

- 32) Sanitäts-Rath Dr. Vosdorf, Potsdam,
 33) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Liebert, Charlottenburg,
 34) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Raehr, Zehlendorf (Schweizer Hof),
 35) Sanitäts-Rath Dr. Appel, Brandenburg a. H.,
 36) Dr. Dreiholz, Wilsnack.
 III. Regierungsbezirk Frankfurt a. D.
 37) Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. Wiebecke, Frankfurt a. D.,
 38) Geheimer Sanitäts-Rath, Kreisphysikus Dr. Kiersch, Cottbus,
 39) Sanitäts-Rath Dr. Gaezel, Frankfurt a. D.,
 40) Dr. Lehmann, Landsberg a. W.,
 41) Sanitäts-Rath Dr. Gansel, Reppen.

B. Stellvertreter:

I. Stadtbezirk Berlin.

- 1) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Kauffmann, Neue Grünstraße Nr. 18,
 2) Dr. Reinsdorff, Louisestraße Nr. 20,
 3) Dr. Borchert, Friedrichstraße Nr. 24,
 4) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Baer, Calvinstraße Nr. 4,
 5) Dr. Webel, Eiseisenastraße Nr. 113,
 6) Sanitäts-Rath Dr. Jastrowitz, Louisestraße Nr. 29,
 7) Dr. Windels, Belle-Alliancestraße Nr. 23,
 8) Bezirks-Physikus Dr. Granier, Alte Jacobstraße Nr. 92,
 9) Sanitäts-Rath Dr. Wanjura, Perlebergerstraße Nr. 23,
 10) Sanitäts-Rath Dr. Altmann, Potsdamerstraße Nr. 76b.,
 11) Dr. R. Schmidt, Sigismundstraße Nr. 7,
 12) Professor Dr. Horstmann, Potsdamerstraße Nr. 6,
 13) Sanitäts-Rath Dr. Koch, Ritterstraße Nr. 91,
 14) Dr. Peters, Bellevuestraße Nr. 19,
 15) Professor Dr. Schüller, Schönebergerufer Nr. 31,
 16) Privat-Docent Dr. Dührsen, Louisestraße Nr. 51,
 17) Dr. Kalischer, Schmidtstraße Nr. 5,
 18) Kreisphysikus Dr. Philipp, Großbeerenstraße Nr. 3,
 19) Sanitäts-Rath Dr. Rothmann, Hafenplatz Nr. 5,
 20) Professor Dr. Glud, Potsdamerstraße Nr. 139,
 21) Sanitäts-Rath Dr. David, Rosenthalerstraße Nr. 44,
 22) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Marcuse, Kurfürstenstraße Nr. 23,
 23) Dr. Graßnick, Grünberg Nr. 85,
 24) Dr. Settegast, Andreasstraße Nr. 28,
 25) Dr. Witte, Küstriner Platz Nr. 6,
 26) Dr. Brüssatis, Kleine Frankfurterstraße Nr. 10,
 27) Dr. Ulrich, am Schlesiischen Bahnhof Nr. 1.

II. Regierungsbezirk Potsdam.

- 28) Sanitäts-Rath Dr. Mylius, Rathenow,
 29) Kreisphysikus Dr. Strung, Jüterbog,
 30) Oberstabsarzt Dr. Vater, Spandau,
 1) Dr. Hausmann, Potsdam,

- 32) Dr. Meyerwisch, Freienwalde,
 33) Dr. Brand, Zehdenick,
 34) Geheimer Sanitäts-Rath Dr. Bollert, Rummelsburg,
 35) Dr. Görlig, Schwedt a. D.,
 36) Dr. Reuter, Wittstock.
 III. Regierungsbezirk Frankfurt a. D.
 37) Dr. Kade, Sorau,
 38) Dr. Gock, Landsberg a. W., Direktor der Provinzial-Irrenanstalt,
 39) Geheimer Sanitäts-Rath, Kreisphysikus Dr. Tiege, Frankfurt a. D.,
 40) Sanitäts-Rath, Kreisphysikus Dr. Klamroth, Guben,
 41) Dr. Stumpf, Woldenberg.

Potsdam, den 6. Dezember 1890.

Der Ober-Präsident,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

29. Auf Antrag des Direktors der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg bestimme ich hiermit gemäß § 125 des 2. Nachtrages vom 13. März 1890 zum revidirten Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg vom 6. März 1885 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam bezw. Frankfurt a. D. Jahrgang 1890 Seite 224 bezw. 156) den 1. Januar 1891 als den Zeitpunkt, mit welchem der Artikel III. dieses Nachtrages, betreffend die Versicherung beweglicher Sachen in Kraft tritt.

Potsdam, den 10. Dezember 1890.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

267. Zur Ergänzung der Amtsblattbekanntmachung vom 4. November l. J. (Amtsbl. f. 1890 St. 46 S. 406) wird hiermit bekannt gemacht, daß im Gemeindebezirk Nixdorf Teltower Kreises die obligatorische Krankenversicherungspflicht der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mittelst Orts-Statutes vom 27. Juni 1885 eingeführt worden ist.

Potsdam, den 17. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Schiffahrtssperre.

268. In Abänderung der im 49. Stück des diesjährigen Amtsblatts auf Seite 445 veröffentlichten Bekanntmachung über die Sperrung des Finowkanals und anderer Wasserstraßen wird verfügt, daß der Finowkanal bis zum 31. Dezember 1890 für die Schiffahrt geöffnet bleibt. Die Sperrung tritt also vom 1. Januar bis zum 31. März 1891 ein.

Potsdam, den 11. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Verlosung von Equipagen, Pferden, Pferdegeschirren etc.
269. Der Herr Minister des Innern hat dem landwirtschaftlichen Vereine zu Frankfurt a. M. am 2ten d. M. die Genehmigung erteilt, bei Gelegenheit der im April und September nächsten Jahres daselbst abzuhaltenden beiden Pferdewerke je eine öffentliche Verlosung von Equipagen, Pferden und Pferdegeschirren etc. zu veranstalten und die für jede der beiden Lotterien in Aussicht genommenen 40 000 Loose zu je 3 Mark im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 11. Dezember 1890.
 Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.
 Veränderung der Reichs-Höfe in den der Stadt Lyden gehörigen See'n betreffend.

270. Im Anschlusse an die Bekanntmachung vom 7. Juli 1878 — Amtsbl. Stüd 28 Seite 218/19 — werden mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Reichs-Höfe, welche in den der Stadt Lyden — Kreis Templin — gehörigen See'n, nämlich dem Nessel-Pfuhl, dem Lyden'er Kammerei-See, dem Wurdel-See, dem Ober-Pfuhl-See, dem Zeens-See und dem Plattow-See, aufgehoben und an deren Stelle folgende Gewässer freuden zu Reichs-Höfen bestimmt:

- 1) **Im Nessel-Pfuhl:** vom Garten des Landwirths August Lürke bis zur Pank,
- 2) **Im Lyden'er Kammerei-See:** vom Garten des Kaufmanns Böttner bis zum Haus-Garten des Eigenthümers Friedrich Schley,
- 3) **Im Wurdel-See:** von der Wurdel'schen Fluth links bis zu Ende der Koppel-Gärten,
- 4) **Im Ober-Pfuhl-See:**
 - a. von der Hauswiese des Fuhrmanns Helm bis zum Ader der verwitweten Seilermeister Pietsch,
 - b. vom ersten Berder bis zur Ecke des zweiten Berders (Dredort),
- 5) **Im Zeens-See:**
 - a. von der sog. Kase bis zum rothen Hause (Zeens-Haus),

h. vom Graben des Ortkchen-See's bis zum Wasserweg bei Wuppigarten,

6) Im Plattow-See:

- a. von der Wuppigartenfließ-Brücke links bis zur gräflich Voigdenburger Forst,
- b. von den Plachter-Gärten bis zur Ablage gegenüber.

Lagepläne, auf welchen die örtlichen Grenzen dieser Reichs-Höfe bezeichnet sind, werden in der Registratur des königlichen Landrathsamtes zu Templin aufbewahrt.

Von der Aenderung bleiben die in der Eingangs bezeichneten Amtsblatts-Bekanntmachung unter I. b.—g. aufgeführten Reichs-Höfe unberührt.

Dabei wird wiederholt auf die Vorschrift des § 30, 31 u. 50 Nr. 5 des Fischerei-Gesetzes aufmerksam gemacht, wonach bei Vermeidung von Strafe in Reichs-Höfen jede Art des Fischfanges untersagt ist, und in Reichs-Höfen die Räumdung, das Mähen von Schiff und Gras, die Ausführung von Sand, Steinen und Schlamm u. s. w. und jede anderweitige, die Fortpflanzung der Fische gefährdende Störung während der Laichzeit unterbleiben muß, soweit es die Interessen der Forstwirtschaft und der Landeskultur gestatten.

Potsdam, den 11. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung betreffend die Zuständigkeit in Strom- und Schifffahrtspolizei-Angelegenheiten an der Havelmündung.

271. Die Zuständigkeit in Angelegenheiten der Strom- und Schifffahrtspolizei-Verwaltung an der Havelmündung wird zwischen dem Oberpräsidenten der Provinz Magdeburg und dem Regierungspräsidenten in Potsdam vom 1. Januar 1891 dahin geregelt, daß die Fahrstelle Werben-Duisdöbel die Grenze zwischen den beiderseitigen Bezirken nach Maßgabe der in den §§ 2 und 3 der allgemeinen Verfügung vom 22. Januar 1889 — Amtsblatt 1889 Stüd 6 Seite 38/39 — getroffenen Festsetzungen bildet.

Potsdam, den 16. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

272. N a c h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat November 1890 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Es kosten je 50 Kilogramm.	Deeslow für Kreis Dees- low- Etorsow.		Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havel- land.		Luden- walde für Kreis Jüter- bog- Luden- walde.		Perle- berg für Kreis West- Prignitz.		Pots- dam für Pots- dam und Kreis Zauch- Beßig.		Prenzlau für die Kreis Prenzlau und Templin		Neu- ruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Wittstock für Kreis Dör- Prignitz.		Bemerkungen.
		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.		M. Pf.				
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.			
1.	Hafer	7 19	8 02,5	7 28	7 37	8 17	7 27	7 46,5	7 58	6 88,5										Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Teltow und für Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort.
2.	Heu	2 36	2 52	2 63	2 63	2 77	3 15	2 62,5	2 43,5	1 57,5										
3.	Richtstroh	1 83	2 02	1 75	2 36	2 29	2 10	2 36	1 98	1 75										

Potsdam, den 15. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

273.

Nachweisung der Märkte, etc.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Grünebohnen	Linien	Erfartefeln	Nichtstroh	Stammstroh	Heu	Rindfleisch		
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der Seele	Bauchfleisch	
1	Angermünde	18 30	17 27	15 97	13 48	27 25	28 —	35 —	4 21	3 25	1 50	3 50	1 56	1 29	
2	Beesfow	18 41	16 81	15 54	13 32	25 —	32 50	40 —	3 70	3 25	—	4 25	1 40	1 20	
3	Bernau	18 75	17 80	16 70	14 56	31 —	36 —	43 —	5 25	4 50	—	5 40	1 48	1 23	
4	Brandenburg	19 70	17 87	15 12	14 65	30 —	40 —	45 —	5 02	3 50	—	4 20	1 50	1 20	
5	Dahme	19 06	17 53	15 64	13 72	25 —	32 —	45 —	4 —	4 —	3 —	5 —	1 20	1 20	
6	Eberswalde	18 93	17 57	17 33	14 43	23 —	23 —	30 —	5 —	4 44	—	5 39	1 40	1 20	
7	Havelberg	19 50	17 50	15 —	14 50	25 —	45 —	55 —	5 50	5 —	2 50	4 50	1 50	1 20	
8	Jüterbog	19 —	18 —	16 83	15 03	28 —	30 —	50 —	5 50	4 —	—	5 —	1 30	1 20	
9	Landenwalde	18 33	17 41	14 89	13 46	36 —	36 —	40 —	2 50	3 17	—	4 75	1 40	1 40	
10	Perleberg	18 93	17 08	15 42	13 31	27 —	35 —	50 —	4 61	4 —	—	4 50	1 50	1 30	
11	Potsdam	19 96	17 76	17 27	15 03	25 —	27 50	34 —	5 30	4 03	—	4 73	1 55	1 30	
12	Prenzlau	18 07	17 03	16 23	13 53	18 —	22 50	24 50	4 50	3 50	2 —	4 50	1 35	1 15	
13	Prignitz	18 30	16 42	15 23	12 68	17 50	30 —	34 —	3 91	2 75	2 13	3 25	1 40	1 20	
14	Rathenow	18 —	16 44	14 75	13 25	30 —	35 —	44 —	4 25	3 17	—	3 75	1 80	1 40	
15	Neu-Ruppin	19 50	16 45	14 60	13 75	30 —	32 —	60 —	4 13	4 50	—	5 —	1 50	1 15	
16	Schredt	19 20	17 87	17 —	14 44	26 67	31 25	31 25	5 —	3 78	—	4 64	1 40	1 20	
17	Spandau	18 50	17 55	15 75	14 50	26 50	31 —	38 50	5 —	3 75	—	5 —	1 60	1 25	
18	Strasberg	19 40	17 60	18 —	15 94	22 —	35 —	36 —	5 —	5 16	—	6 82	1 60	1 30	
19	Teltow	18 80	17 12	17 —	15 07	40 —	40 —	55 —	4 25	4 50	3 25	6 50	1 80	1 30	
20	Templin	18 50	17 —	16 50	14 —	15 —	40 —	40 —	4 —	4 50	3 —	5 —	1 20	1 —	
21	Treuenbriezen	18 90	17 02	14 89	14 —	26 —	24 —	30 —	4 50	3 20	—	3 40	1 40	1 20	
22	Wittstock	18 78	16 80	15 —	12 57	14 12	40 —	50 —	3 63	3 33	2 —	3 —	1 31	1 19	
23	Wriezen a. D.	18 32	17 25	16 08	14 50	25 —	27 —	35 —	4 —	3 19	2 —	4 25	1 50	1 20	
Durchschnitt		18 83	17 27	15 94	14 07	—	—	—	4 47	3 85	—	4 62	—	—	—

Potsdam, den 15. Dezember 1890.

Vermehrung der Pferde-Märkte in Neu-Weissensee.

274. Der Provinzialrath der Provinz Brandenburg hat sich mit der Vermehrung der in Neu-Weissensee stattfindenden Pferdemarkte um zwei in den Monaten Februar und Juni anzusetzende Märkte vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs einverstanden erklärt.

Für das Jahr 1891 sind diese Märkte auf den 17. Februar und 16. Juni festgesetzt worden.

Potsdam, den 15. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung, die Ermittlung des Ernteertrages im Jahre 1890 betreffend.

275. Wie seit einiger Zeit alljährlich, findet auch für das Jahr 1890 eine Ermittlung des Ernteertrages statt, welche den Zweck hat, durch unmittelbare Anfrage bei den Theilnehmern möglichst zuverlässige Angaben über die 1890 wirklich geerntete Menge an Bodenerzeugnissen zu gewinnen.

Die Ermittlung wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1891 vorgenommen werden.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Ernte-Ermittelungen hoffe ich, daß allseitig eine bereitwillige Mitwirkung zur Beschaffung der Unterlagen erfolgen wird und daß insbesondere die Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine sowie alle übrigen darum ersuchten Landwirthe und angehessenen Ortsbewohner die etwa zu bildenden Schätzungs-Ausschüsse unterstützen und zu ihrem Theile mit für die pünktliche und zuverlässige Ausfüllung der Erhebungsformulare beitragen.

Potsdam, den 16. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

276. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer Kuh auf dem Gute Felchow, Kreis Angermünde, und unter dem Schafbestande des Rittergutes Brunin, Kreis Ruppin;

der Rog bei den Pferden der Droschkentreiber Biegen und Perlewig zu Spandau;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande der Güter Güstow und Gramzow,

Preise im Monat November 1890.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Geflü- gel	Butter	Ei Gier.	Weizen		Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisefalz	Schweine- schmalz, hiesig.		
						Nr. 1.	Woggen Nr. 1.	Orange	Grüne					mittel	gelber in gebr. Becken				
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 44	1 04	1 26	1 91	2 33	4 64	— 35	— 25	— 50	— 40	— 40	— 45	— 50	— 60	3 40	3 80	— 20	1 60		
1 30	1 —	1 20	2 —	2 30	3 80	— 40	— 26	— 50	— 60	— 50	— 80	— 60	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 48	1 35	1 70	2 30	3 95	— 30	— 20	— 30	— 30	— 70	— 40	— 40	— 40	3 —	3 10	— 20	1 60		
1 35	1 25	1 30	1 80	2 30	4 40	— 35	— 30	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 50	3 60	4 —	— 20	1 60		
1 60	1 —	1 20	1 80	2 20	3 20	— 32	— 26	— 60	— 40	— 50	—	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 20		
1 40	1 20	1 20	2 —	2 40	4 40	— 32	— 30	— 60	— 60	— 50	—	— 60	— 60	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 40	1 47	1 25	1 83	2 33	4 06	— 40	— 28	— 60	— 60	— 60	— 60	— 70	— 60	3 —	4 50	— 20	1 80		
1 30	1 20	1 40	1 70	2 40	4 50	— 34	— 28	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 40	3 —	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 —	1 40	1 80	2 30	4 —	— 36	— 24	— 50	— 40	— 40	— 60	— 36	— 60	2 50	3 60	— 20	1 60		
1 40	1 50	1 30	2 10	2 16	3 61	— 50	— 36	— 50	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	4 —	3 80	— 20	2 20		
1 50	1 31	1 42	1 80	2 26	4 72	— 40	— 30	— 55	— 55	— 55	— 55	— 50	— 65	3 20	3 90	— 20	1 80		
1 30	— 95	1 10	1 90	2 40	4 40	— 32	— 28	— 45	— 40	— 50	— 60	— 50	— 60	3 40	3 80	— 20	2 —		
1 40	1 20	1 15	2 —	2 03	3 38	— 28	— 25	— 40	— 40	— 50	— 50	— 40	— 50	3 20	3 60	— 20	1 60		
1 50	1 —	1 20	1 60	2 60	4 13	— 30	— 27	— 40	— 44	— 45	— 40	— 60	— 60	3 25	3 50	— 20	1 60		
1 30	1 10	1 20	1 70	2 40	4 80	— 40	— 30	— 60	— 60	— 50	— 60	— 50	— 60	3 25	3 58	— 20	1 60		
1 40	1 —	1 20	2 —	2 20	4 80	— 35	— 25	— 50	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 20	3 40	— 20	2 —		
1 50	1 40	1 50	1 80	2 50	4 20	— 40	— 30	— 50	— 50	— 55	— 50	— 50	— 55	2 80	3 80	— 20	1 40		
1 60	1 20	1 40	1 80	2 40	3 56	— 35	— 25	— 55	— 50	— 50	— 50	— 55	— 60	3 20	3 60	— 20	1 40		
1 50	1 50	1 50	1 50	2 30	3 30	— 40	— 30	— 50	— 50	— 40	— 50	— 60	— 55	2 80	3 60	— 20	1 20		
1 30	1 —	1 30	1 80	2 50	5 —	— 40	— 30	— 60	— 50	— 50	— 60	— 50	— 60	4 —	4 —	— 20	1 40		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 20	3 78	— 36	— 28	— 50	—	— 40	— 30	— 30	— 50	3 80	3 60	— 20	1 60		
1 27	— 72	1 25	2 —	1 97	3 78	— 30	— 26	— 50	— 50	— 50	— 60	— 50	— 50	3 20	3 60	— 20	2 —		
1 38	1 30	1 20	1 80	2 20	4 53	— 25	— 26	— 50	— 40	— 40	— 50	— 50	— 60	3 50	3 75	— 20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

sowie mehrerer bäuerlicher Besitzer zu Gramzow und Vertikow, Kreis Angermünde, und unter den Kindern des Dominiums Klein-Kienitz, Kreis Teltow.

Ueber die Dörfer Gramzow und Vertikow, Kreis Angermünde, ist die Orts- und Feldmarksperrverhängt worden.

Erloschen ist: der Rog unter den Pferden des Rossereibesizers Wendi zu Friedenau, Kreis Teltow; die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehstande des Oberamtmanns Plankewitz zu Falkenrehde, Kreis Osthavelland, und unter dem Rindvieh des Rittersguts und der Gemeinde Wagenitz, Kreis Westhavelland.

Potsdam, den 16. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

97. Auf den Bericht vom 26. September dieses Jahres will Ich bei Rückgabe der Anlage genehmigen, daß das der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu

Berlin unter dem 18. Mai 1864 erteilte Privilegium auch bei Abänderung der §§ 5, 6, 38 und 49 des Gesellschafts-Statuts, wie solche nach dem notariellen Protokoll vom 12. März 1890 beschlossen worden, in Kraft bleibe, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Eintragung jener Statutenänderungen in das Handelsregister unbeanstandet erfolgt.

Budweis, den 8. Oktober 1890.

gez. Wilhelm.

gegenges. Freiherr Lucius von Ballhausen.

Herrfurth. Riquel.

An die Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und der Finanzen.

Anlage.

Nach der von der General-Versammlung der Aktionäre der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank in Berlin am 12. März 1890 beschlossenen Statutenänderung lauten die Paragrafen 5, 6, 38 und 49 des Statuts fortan wie folgt:

§ 5.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 9960000 Mark, eingetheilt in 10000 Aktien à 600 M. und in 3300 Aktien à 1200 M. Dasselbe kann mit ministerieller Genehmigung auf Beschluß der Generalversammlung bis auf 30000000 M. erhöht werden. Eine weitere Erhöhung des Grundkapitals kann nur auf Beschluß der General-Versammlung mit Landesherrlicher Genehmigung stattfinden.

§ 6, Absatz 1.

Wenn im Falle der Erhöhung des Grundkapitals neue Aktien ausgegeben werden, so soll der Betrag jeder neuen Aktie auf 1200 M. gestellt werden.

§ 38, Absatz 5, Satz 1.

Jede Aktie à 600 M. gewährt eine und jede Aktie à 1200 M. gewährt zwei Stimmen.

§ 49, Absatz 2.

In einer General-Versammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft Beschluß fassen soll, müssen wenigstens $\frac{3}{4}$ sämtlicher Aktien vertreten sein. (Die übrigen Absätze der §§ 6, 38 und 49 bleiben un geändert.)

Vorstehenden Allerhöchsten Erlaß nebst den darin erwähnten Abänderungen des Statuts der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin bringe ich mit dem Bemerkten hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung dieser Statutänderungen in das Handelsregister erfolgt ist.

Berlin, den 11. Dezember 1890.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtsversendungen betreffend.

29. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenlisten etc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger

ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankirt** ausgeliefert werden. Das Porto für Pakete ohne angegebenen Werth nach Orten des Deutschen Reichs-Postgebiets beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm: 25 Pf. auf Entfernungen bis 10 Meilen, 50 Pf. auf weitere Entfernungen.

Berlin W., 27. November 1890.

Reichs-Postamt, Abtheilung I.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung des Postamts Nr. 11 (Anhalter Bahnhof).

106. Am 11. Dezember Abends nach Dienstschluß werden die Betriebsstellen des Postamts Nr. 11 mit Ausnahme der Annahmestelle für gewöhnliche Pakete aus dem alten Eisenbahnverwaltungsgebäude des Anhalter Bahnhofes nach dem Hause Bahnhofstraße Nr. 3 verlegt. Das Postamt behält nach wie vor die Bezeichnung Postamt 11 (Anhalter Bahnhof).

Berlin C., den 9. Dezember 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlich Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

23. Die am 1. Januar 1891 fälligen **Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden** werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, W. Taubenstraße 29 hieselbst, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten königlichen Kassen und Reichsbankanstalten vom 24. d. M. ab eingelöst.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einlieferaden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Januar fälligen Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die **Zusendung** dieser Zinsen mittels der **Post**, sowie ihre **Gutschrift** auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem **18. Dezember und 8. Januar** erfolgt; die **Baanzahlung** aber bei der **Staatsschulden-Tilgungskasse am 18. Dezember**, bei den **Regierungs-Hauptkassen am 24. Dezember** und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am **2. Januar** beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die **Zinszahlungen** werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Anschluß des vorletzten Tages in jedem Monat, am letzten Monatstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die **Inhaber Preussischer 4prozentiger und 3½prozentiger Konsols** machen wir

wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschulbuch“ aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für 40 Pfennig, oder von dem Verleger J. Guttentag (D. Colln) in Berlin durch die Post für 45 Pfennig franko zu beziehen sind.

Berlin, den 2. Dezember 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulen.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

15. Auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die dem Königl. Steueramte I. Klasse in Jossen im Bezirk des Königl. Haupt-Steuer-Amtes zu Potsdam seiner Zeit erteilte Befugniß zur Erhebung von Reichs-Stempel-Abgaben, denselben vom 1. Januar 1891 ab wieder entzogen wird.

Berlin, den 29. November 1890.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

35. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. Js. verlieren die für den inneren Verkehr der Berliner Stadtbahn und der Berliner Ringbahn, sowie die für den Stadtring-Verkehr bestehenden einfachen Fahrkarten für Erwachsene und Kinder, welche mit dem Ausdruck: „Gültig bis 31. Dezember 1890“ versehen sind, ihre Gültigkeit. Die mit demselben Ausdruck versehenen Fahrkarten für Hunde werden mit Ablauf des bezeichneten Termins ebenfalls ungültig.

Berlin, den 11. Dezember 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

70. Am 1. Januar 1891 wird die auf der Bahnstrecke Güttenboden-Allenstein zwischen Pr. Holland und Grünhagen gelegene Haltestelle Neuendorf-Friedheim für den unbeschränkten Personen- und Gepäck-Verkehr eröffnet. Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund der Entfernungen des Kilometerzeigers und der Preistafel des Lokal-Personen-Tarifs für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg. Näheres ist auf allen Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 5. Dezember 1890.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Für den weiteren Kommunalverband der Provinz Brandenburg ist in Ausführung des Reichs-Gesetzes vom 22. Juni 1889 eine Versicherungsanstalt unter dem Namen „Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg“ mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Vorsitzender des Vorstandes dieser Anstalt ist der Landesdirector von Levetzow.

Berlin W., Matthäikirchstraße Nr. 19,
den 4. Dezember 1890.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Regierungs- und Baurath Dieckhoff zu Potsdam den Character als „Geheimer Baurath“ Allergnädigst zu verleihen geruht.

Im Kreise Teltow sind der Königl. Oberamtmann Jacher zu Rogitz und der Königl. Oberamtmann Schmidt zu Carlsdorf nach Ablauf ihrer bisherigen Amtszeit aufs Neue zum Amtsvorsteher bezw. dessen Stellvertreter für den XXXII. Amtsbezirk Groß-Kienitz ernannt worden.

Der Schulamtskandidat Heino Belling ist als ordentlicher Lehrer am Aftanischen Gymnasium zu Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Julius Schneider ist als ordentlicher Lehrer am Fall-Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Julius Siede ist als ordentlicher Lehrer am Königl. städt. Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Borgward ist als ordentlicher Lehrer an der sechsten höheren Bürgerschule in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Die Veröffentlichungen der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister, welche im Laufe des Kalenderjahres 1891 beim hiesigen Amtsgericht vorkommen, erfolgt durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register außerdem durch die Berliner Börsezeitung, die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin und die Gransee'er Zeitung.

Gransee, den 5. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Gemäß Artikel 14 des Handels-Gesetz-Buchs wird hiermit bekannt gemacht, daß die in dem Artikel 13 des Handels-Gesetz-Buchs vorgeschriebenen Bekanntmachungen der unterzeichneten Behörde im Laufe des nächstfolgenden Kalenderjahres 1891 im Amtsblatte der Königl. Regierung in Potsdam, im Reichsanzeiger, in der Berliner Börsezeitung, in der Beeliger Zeitung erfolgen werden.

Beelitz, den 12. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Die im Laufe des Jahres 1891 zu bewirkenden Eintragungen in das hiesige Handelsregister werden veröffentlicht werden durch: 1) den deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Vossische Zeitung, 3) die Berliner Börsezeitung, 4) je

nach dem Orte der Niederlassung durch das Teltower bezw. Nieder-Barnimer bezw. Breeskow-Storkower Kreisblatt. Die Eintragungen in das Genossenschaftsregister werden durch dieselben Blätter und außerdem durch den Öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam bekannt gemacht werden. Bezüglich kleinerer Genossenschaften wird jedoch die Bekanntmachung lediglich durch den deutschen Reichsanzeiger und durch das betreffende Kreisblatt erfolgen. Die Eintragungen in das Zeichen- und Musterregister werden nur durch den deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Cöpenick, den 5. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahre 1891 werden die vorgeschriebenen, auf das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister bezüglichen diesseitigen Bekanntmachungen durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 4) das Strausberger Wochenblatt erfolgen.

Strausberg, den 4. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1891 erfolgen die im Artikel 13 des Handelsgesetzbuchs vorgeschriebenen, sowie die nach dem Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 erforderlichen Bekanntmachungen 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) im Anzeiger für Werder a. H., Lehnin und Umgegend.

Werder a. H., den 10. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Beschluss.

Die Eintragungen in die Handels- und Musterregister werden im Jahre 1891 im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, in der Berliner Börsenzeitung und im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und im Jeshenider Anzeiger bekannt gemacht werden. Jeshenick, den 8. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung 1.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1891 soll seitens des unterzeichneten Gerichts die in Art. 13 des Handelsgesetzbuchs vorgeschriebene Bekanntmachung der Eintragungen in das Handelsregister durch den Deutschen Reichs- und

Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, die Stettiner Ostsee- und die Schwedter Zeitung, die in § 147 des Reichsgesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889 angeordnete Bekanntmachung der Eintragungen in das Genossenschaftsregister durch dieselben Blätter, für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und durch die Schwedter Zeitung erfolgen.

Schwedt, den 9. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels-, Muster- und Genossenschaftsregister des unterzeichneten Gerichts werden im Jahre 1891 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und den Baruth-Golzheimer Anzeiger und soweit sie kleinere Genossenschaften betreffen, durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, sowie den Baruth-Golzheimer Anzeiger erfolgen.

Baruth, den 6. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Laufe des Jahres 1891 werden die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister seitens des Königl. Amtsgerichts zu Dranienburg durch den Deutschen Reichsanzeiger, den Öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtsblattes zu Potsdam, die Berliner Börsenzeitung und die Zeitung für Nieder-Barnim bekannt gemacht werden. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften werden außer in dem Deutschen Reichsanzeiger nur in der Zeitung für Nieder-Barnim erfolgen.

Dranienburg, den 4. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahre 1891 werden die öffentlichen Bekanntmachungen außer durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen in Angelegenheiten: a. des Firmen-, Gesellschafts- und Proccuren-Registers durch die Berliner Börsenzeitung und das Kreisblatt für das Westbavelland, b. des Genossenschafts-Registers durch das Kreisblatt für das Westbavelland resp. die Rathenower Zeitung und resp. durch das Friesacker Wochenblatt, c. des Zeichen- und Musterrechts-Registers dagegen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Rathenow, den 6. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu

eine Extra-Beilage, enthaltend die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen und im Anzug des Gesellschafts-Statut der zu London unter der Firma Daveniere & Comp. limited bestehenden Actien-Gesellschaft, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Extra-Beilage

zum 51sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 19. December 1890.

Bekanntmachung des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Der zu London unter der Firma Davenière & Comp. limited bestehenden Actien-Gesellschaft ist vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe am 13. November 1890 die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen erteilt worden.

Nachstehend bringe ich diese Erlaubnis, sowie im Auszug das Gesellschaftsstatut (Assoziations-Memorandum und Assoziations-Artikel) mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß der Jerusalemstraße No. 26. II. hier selbst wohnhafte Ferd. Oppenheimer Vertreter der Gesellschaft ist.

Berlin, den 28. November 1890.

Der Polizei-Präsident.
Freiherr von Richthofen.

Der zu London unter der Firma Davenière & Comp. limited bestehenden Actiengesellschaft wird die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. Die Erlaubnis und ein von dem Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.

2. Für jede Änderung oder Ergänzung des Statuts ist die Zustimmung des Königl. Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zu erwirken.

3. In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezeichnete Actien-Kapital aufzuführen.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, in Berlin eine Zweigniederlassung mit einem Geschäftslokale und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Ortes als Beklagte Recht zu nehmen.

5. Dem Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahrs

- a. die General-Bilanz der Gesellschaft,
- b. eine Spezial-Bilanz der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welcher das in Preußen befindliche Activum abgesondert von den übrigen Activis nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem genannten Königl. Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung der Spezial-Bilanz festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Positionen zu verlangen.

6. Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin zum Vortheile sämtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Spezial-Bilanz einzustehen.

7. Die Erlaubnis kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

8. Die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubnis, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzuforschende landesherrliche Erlaubnis erlangt.

Berlin, den 13. November 1890.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung.

gez. Magdeburg.

Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die zu London unter der Firma Davenière & Comp. limited bestehende Actiengesellschaft.

B. 7165.

Assoziations-Memorandum

von

Davenière & Co. Limited.

1. Der Name der Gesellschaft ist „Davenière & Co., Limited“.
2. Das in das Handelsregister eingetragene Bureau wird in England belegen sein.
3. Die Zwecke, für welche die Gesellschaft gegründet ist, sind:

- (1.) Zu erwerben und zu übernehmen als gehenden Betrieb das Geschäft eines Fabrikanten von Spigen, das gegenwärtig in Calais, Frankreich, unter der Benennung oder Firma Emile Davenidre betrieben wird, und alle oder einige der in Verbindung damit stehenden Aktiva und Passiva des Besitzers jenes Geschäfts, mit der Absicht, den in Paragraph 3 der Assoziations-Artikel der Gesellschaft in Bezug genommenen Vertrag zu schließen.
- (2.) Das Geschäft von Spigenfabrikanten und Inhabern eines Waarenlagers zu betreiben, und zu kaufen, verkaufen, fabriziren, kämmen, herrichten, spinnen, färben und Handel zu treiben in Spigen, Seide, Baumwolle, Garn, Strumpfwaren, Haar, Alpaka, Flachs, Hans, Jute, Mohair und Wollenwaren; Bänder, Borden und alle andere Arten von geldwerten, netzartigen, gefäzten und Textilfabrikaten; desgleichen alle Arten von Waaren, die ganz oder zum Theil aus derartigen Fabrikaten bestehen, oder zu deren Fabrikation gebraucht werden, einschließlich Jacquard-Karten, Webestühle, Geräte, Lochpress- und andere Maschinen.
- (3.) Zu betreiben das Geschäft von Maschinen-Ingenieuren, fabrizirenden (praktischen) Chemikern und Drogisten, Metallurgisten (Hüttenkundigen) und Besitzern von Kohlengruben; desgleichen irgend welche andere Geschäfte betreiben, die der Gesellschaft zum Betriebe passend erscheinen in Verbindung mit einem der oben erwähnten Geschäfte, oder die geeignet sind, den Werth des Eigenthums oder der Rechte der Gesellschaft auf direkte oder indirekte Weise zu erhöhen, oder dasselbe gewinnbringend zu machen.
- (4.) Zur Anlage (Herrichtung) von Ländereien zum Zwecke der Bebauung, dieselben zu bebauen, zu amelioriren und zu verpachten; Geldvorschüsse solchen Personen zu gewähren, welche diese Ländereien bebauen oder sie in einer solchen Weise verbessern, wie es den Interessen der Gesellschaft dienlich erscheinen mag.
- (5.) Zu kaufen oder anderweitig zu erwerben Patente, brevets d'inventions, Konzessionen und dergleichen, die ein ausschließliches oder nicht ausschließliches oder beschränktes Recht verleihen zur Nugbarmachung einer geheimen oder andern Mittheilung mit Bezug auf eine Erfindung, die für irgend welche Zwecke der Gesellschaft benutzt werden kann, oder deren Erwerbung geeignet erscheinen mag, der Gesellschaft auf direkte oder indirekte Weise von Vortheil zu sein; ferner das Eigenthum, die Rechte und die derart erworbene Kenntniß auszunutzen, auszuüben, Konzessionen betreffs desselben zu gewähren oder dieselben sonstwie nutzbringend zu machen.
- (6.) Das gesammte oder einen Theil des Geschäfts, Eigenthums, desgleichen die Verbindlichkeiten (Passiva) von Personen oder Gesellschaften, die ein solches Geschäft betreiben, das die Gesellschaft zu betreiben gleichfalls ermächtigt ist — zu kaufen oder anderweitig zu erwerben und zu übernehmen; oder (von Personen oder Gesellschaften), welche Eigenthum in Besitz haben, das für die Zwecke der Gesellschaft passend ist, dasselbe zu kaufen oder anderweitig zu erwerben und zu übernehmen.
- (7.) Landstraßen, Wege, Tramwege, Eisenbahnen, Zweig- oder Nebenlinien, Brücken, Reservoirs, Kanäle, Docks, Werfte, Wasserläufe, hydraulische Werke, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Speicher und andere Werke zu bauen, auszuführen, unterhalten, verbessern, leiten, in Betrieb zu nehmen, kontrolliren und zu beaufsichtigen, wie auch andere Erleichterungen, welche den Zwecken der Gesellschaft direkt oder indirekt förderlich sein mögen; desgleichen an irgend welchen derartigen Geschäftsoperationen sich zu betheiligen, dazu beizusteuern oder sonstwie beihilflich zu sein.
- (8.) Mit den Regierungen oder den höchsten Municipal-Lokal- oder sonstigen Behörden Arrangements zu treffen, und von einer solchen Regierung oder Behörde alle Rechte, Konzessionen und Privilegien zu erlangen suchen, die den Zwecken der Gesellschaft möglicherweise förderlich sein können.
- (9.) Mit Personen oder Gesellschaften in Handelsgenossenschaft zu treten oder ein Uebereinkommen abzuschließen bezüglich der Theilnahme am Gewinne, der Vereinigung der Interessen, der gegenseitigen Konzessionen oder Kooperation, die ein Geschäft betreiben oder zu betreiben die Absicht haben, welches zu betreiben diese Gesellschaft befugt ist, oder ein Geschäft oder eine geschäftliche Transaktion, die so geleitet werden kann, daß dieser Gesellschaft ein direkter oder indirekter Nutzen daraus erwachse; ferner Aktien, Stöck oder Sicherheiten einer solchen Gesellschaft zu übernehmen oder anderweitig zu erwerben, und derselben Beisteuern zu leisten (subsidiere) und beihilflich zu sein, und solche Aktien oder Sicherheiten zu verkaufen, halten (besitzen), wieder auszugeben mit oder ohne Garantie oder anderweitig damit zu verfahren.
- (10.) Im Allgemeinen Real- oder Personaleigenthum zu kaufen, pachten oder umzufaufen, zu mieten oder anderweitig zu erwerben; desgleichen Rechte oder Privilegien, welche die Gesellschaft für nothwendig oder angemessen hält mit Bezug auf diese Zwecke, oder die sie glaubt, nutzbringend verwerten zu können in

Verbindung mit dem derzeitigen Eigenthum oder mit den Rechten der Gesellschaft; insbesondere Land, Gebäude, Servitute, Lizenzen, Patente, Maschinerie, Schiffe, Boote, rollendes Material, Geräthschaften und Waarenlager.

- (11.) Assoziationen und Institutionen zu gründen und zu subventioniren oder bei deren Gründung und Subventionirung wirksam zu sein, oder Erleichterungen, welche geeignet sind, Personen, die von der Gesellschaft beschäftigt werden oder in geschäftlichem Verkehr mit ihr stehen, Vortheile zu gewähren; ferner Gelder zu zeichnen zu wohlthätigen Zwecken, dieselben zu beschaffen oder zu garantiren; desgleichen für Ausstellungen oder für die Ermuthigung von Erfindungen, für Zwecke der Reklame oder für andere öffentliche, allgemeine oder nützliche Zwecke.
- (12.) Das Unternehmen der Gesellschaft oder einen Theil desselben zu verkaufen und zwar gegen eine solche Entschädigung, welche die Gesellschaft für angemessen hält; insbesondere gegen Aktien, Schuldobligationen oder Sicherheiten einer andern Gesellschaft, welche im Ganzen oder zum Theil ähnliche Zwecke verfolgt, wie diese Gesellschaft. Zum Zwecke der Förderung anderer Gesellschaften in dem Erwerbe des gesammten oder eines Theils des Eigenthums, der Rechte und Verbindlichkeiten dieser Gesellschaft oder für andere Zwecke, welche für diese Gesellschaft direkt oder indirekt nutzbringend erscheinen mögen.
- (13.) Die Gelder der Gesellschaft, welche für solche Sicherheiten nicht unmittelbar erforderlich sind, zinstragend anzulegen und in solcher Weise mit denselben zu verfahren, wie es von Zeit zu Zeit bestimmt werden mag.
- (14.) Gelder auszuleihen an solche Parteien und unter solchen Bedingungen, wie es angemessen erscheint, insbesondere an Kunden und Personen, die in geschäftlichem Verkehr mit der Gesellschaft stehen; desgleichen die Ausführung von Kontrakten durch Mitglieder oder Personen, welche in geschäftlichem Verkehr mit der Gesellschaft stehen, zu garantiren, wie im Allgemeinen die Geschäfte von Banquiers, Kapitalisten und Financiers zu betreiben.
- (15.) Eine provisorische Verfügung des Handelsamts oder eine Akte des Parlaments zu beschaffen, um die Gesellschaft in den Stand zu setzen, irgend welche ihrer Zwecke auszuführen, oder um Aenderungen in der Konstitution der Gesellschaft vorzunehmen.
- (16.) Gelder aufzunehmen oder zu borgen, oder deren Zahlung in solcher Weise und unter solchen Bedingungen zu führen, wie es angemessen erscheinen mag; insbesondere durch Aus-

gabe von Schuld-Dokumenten oder Stocks, fortbauern oder anderswie, und unter Belastung oder Nichtbelastung des ganzen oder eines Theils des gegenwärtigen oder zukünftigen Eigenthums der Gesellschaft (einschließlich des uneingezahlten Kapitals).

- (17.) Parteien, welche der Gesellschaft Dienste geleistet haben oder solche leisten werden für Unterbringung von Aktien des Kapitals der Gesellschaft, oder von Schulddokumenten oder andern Sicherheiten, zu remuneriren, oder für deren Thätigkeit bei der Gründung und Förderung der Gesellschaft.
- (18.) Promessen, Wechsel, Verladungsscheine und andere negotiir oder übertragbare Instrumente zu ziehen, auszustellen, zu acceptiren, zu vollziehen und auszugeben.
- (19.) Irgend welche Personen oder Gesellschaften zuzulassen an der Theilnahme am Gewinne der Gesellschaft, oder am Gewinne einer besondern Abtheilung oder einer besondern geschäftlichen Transaktion.
- (20.) Alles Obengenannte in irgend einem Theile der Welt zu thun entweder als Prinzipal, Agent, Unternehmer oder anderswie, ferner entweder allein oder in Verbindung mit andern Personen oder durch Agenten, Sub-Unternehmer oder Bevollmächtigte.
- (21.) Das Eigenthum und die Rechte der Gesellschaft zu verkaufen, verbessern, leiten, fördern, verpachten, verpfänden, darüber zu verfügen, es nutzbringend zu machen oder in anderer Weise damit zu verfahren.
- (22.) Alles zu thun, was dazu beiträgt, die oben bezeichneten Zwecke zu erreichen, so daß das Wort „Gesellschaft“ in diesem Paragraphen, wenn es nicht mit Bezug auf diese Gesellschaft angewendet wird, irgend eine Handelsgenossenschaft oder Körperschaft von Personen bezeichnen soll, gleichviel ob eine solche incorporirt ist oder nicht, ob domizilirt in dem Vereinigten Königreich oder an anderen Orten.

4. Die Haftbarkeit der Mitglieder ist beschränkt.

5. Das Kapital der Gesellschaft besteht aus 200,000 Pfund, getheilt in 20,000 Aktien zu je 10 Pfund, von denen 10,000 Prioritäts-Aktien sind, die eine kumulative Prioritäts-Dividende von 7 Prozent per annum tragen und ein Vorzugsrecht haben mit Bezug auf das Kapital; desgleichen 10,000 gewöhnliche Aktien. Die Dividenden werden gezahlt in baarem Gelde, Schulddokumenten, in eigenen Aktiva (assets) oder anderswie.

Assoziations-Artikel von **Davenière & Co. Limited.**

1354.
Eingetragen 17. Januar 1890.

Einleitung.

Interpretation.

1. Die Marginal-Noten sollen die Auslegung der gegenwärtigen Urkunde nicht beeinflussen, wenn nicht in dem Gegenstande selbst oder im Kontext etwas vorhanden, was unvereinbar damit ist.

Spezial- und außerordentlicher Beschluß.

„Spezial-Beschluß“ und „Außerordentlicher Beschluß“ haben dieselbe Bedeutung, welche ihnen beigelegt ist in der Companies Act 1862. (Absch. 51 und 129).

Büreau.

„Das Büreau“ bedeutet das jezeitige registrierte Büreau der Gesellschaft.

„Die Direktoren“ bedeutet die jezeitigen Direktoren.

„Das Register“ bedeutet das zufolge Abschnitt 25 der Companies Act vom Jahre 1862 zu führende Verzeichniß der Mitglieder.

„Monat“ bedeutet Kalender-Monat.

„Schriftlich“ bedeutet geschrieben oder gedruckt, oder theils geschrieben und theils gedruckt.

Worte, die nur den Singular bezeichnen, bezeichnen auch den Plural und umgekehrt.

Worte, die nur das Maskulinum bezeichnen, bezeichnen auch das Femininum.

Worte, die Personen bezeichnen, schließen auch Korporationen ein.

2. Die in Tabelle A. des ersten Anhangs zur Companies Act von 1862 enthaltenen Vorschriften sollen sich nicht auf die Gesellschaft beziehen.

3. Die Gesellschaft soll sofort mit Herrn Emile Davenière unter Grundlegung der Bedingungen des Entwurfs einen Vertrag schließen, von welchem zum Zwecke der Identifizierung eine Abschrift von einem Anwalt am höchsten Gerichtshof unterzeichnet worden ist. Die Direktoren sollen den in Rede stehenden Vertrag ausführen mit der Ermächtigung indessen, daß sie von Zeit zu Zeit irgend welche Aenderungen der Bestimmungen des gedachten Vertrages ihre Genehmigung zu erteilen entweder vor oder nach Vollziehung desselben.

Die Aktien der Gesellschaft sollen nicht gekauft werden.

4. Die Direktoren sollen die Fonds der Gesellschaft oder einen Theil derselben nicht verwenden zum Ankauf oder zur Beleihung von Aktien der Gesellschaft.

Wann mit dem Geschäft angefangen werden darf.

5. Das Geschäft der Gesellschaft kann angefangen werden, so bald nach geschehener Inkorporierung der Gesellschaft die Direktoren es für angemessen halten ungeachtet des Umstandes, daß nur ein Theil der Aktien begeben sein mag.

Zuertheilung von Aktien.

6. Die Aktien stehen unter Kontrolle der Direktoren, welche dieselben solchen Personen unter solchen Bedingungen und zu solchen Zeiten zuertheilen und darüber verfügen können, wie sie es für gerathen erachten, vorbehaltlich indessen der in dem gedachten Vertrage enthaltenen Bestimmungen mit Bezug auf Aktien, die zufolge Inhalts desselben begeben werden sollen.

Aktien können ausgegeben werden unter verschiedenen Bedingungen, als: Ausschreibung zur Einzahlung u. s. w.

7. Nach der Ausgabe von Aktien kann die Gesellschaft Arrangements treffen mit Bezug auf den Unterschied zwischen den Inhabern von solchen Aktien betreffs des auf ausgeschriebenen Einzahlungen zu leistenden Betrages und der Zeit der Zahlung solcher Raten.

Ratenzahlungen auf Aktien müssen vorschriftsmäßig gezahlt werden.

8. Wenn auf Grund der Bedingungen betreffend die Begebung von Aktien der ganze oder nur ein Theil des Betrages derselben mittels Ratenzahlungen gezahlt werden soll, dann soll eine jede solche Ratenzahlung, wenn fällig, der Gesellschaft von den Inhabern der betreffenden Aktie gezahlt werden.

Haftbarkeit der Mitinhaber von Aktien.

9. Die Mitinhaber einer Aktie sind wegen Zahlung der sämtlichen Raten und ausgeschriebenen Einzahlungen auf Aktien solidarisch haftbar.

Trusts werden nicht anerkannt.

10. Die Gesellschaft ist berechtigt, die eingetragenen Inhaber von Aktien als absolute Eigentümer derselben zu betrachten und soll demzufolge (mit Ausnahme der hierin enthaltenen Bestimmung) verpflichtet sein, einen Anspruch einer andern Person auf solche Aktien von Seiten der Billigkeit, oder anderswie, anzuerkennen.

Certifikate.

11. Die Certifikate, den Rechtstitel von Aktien betreffend, werden ausgestellt unter dem Siegel der Gesellschaft und unterzeichnet von zwei Direktoren und gegengezeichnet von dem von den Direktoren ernannten Sekretair oder von einer andern Person. Ein jedes Mitglied ist berechtigt zu einem Certifikat für die auf seinen Namen eingetragenen Aktien, oder zu mehr als einem Certifikat für je einen Theil derselben. Ein jedes Aktien-Certifikat muß die Zahl der Aktien, für die es ausgegeben ist, angegeben enthalten, wie auch den darauf eingezahlten Betrag.

Ausgabe neuer Certifikate für verloren gegangene oder vernichtete.

12. Wenn ein Certifikat abgenutzt ist oder verunstaltet worden, dann können die Direktoren nach Einreichung desselben es ungültig erklären und ein neues dafür ausgeben. Ist dagegen ein Certifikat verloren gegangen oder vernichtet worden, dann können die Direktoren nach geschehenem Beweise und gegen eine Entschädigung, wie sie für angemessen halten werden, derjenigen Partei, welche auf ein dergestalt verlorenes oder vernichtetes Certifikat rechtlichen An-

spruch hat, ein neues Certifikat an Stelle desselben ausshändigen. Für ein jedes kraft dieses Paragraphen ausgegebene Certifikat können die Direktoren, wenn sie es für angemessen halten, Zahlung einer Gebühr bis zum Betrage von 2 Schilling und 6 Pence verlangen.

Ausshreibung von Einzahlungen.

13. Den Direktoren steht es von Zeit zu Zeit frei, für die Mitglieder Einzahlungen auszuschreiben betreffs aller Aktien, die sie im Besitz haben und auf welche die betreffenden Gelder noch nicht gezahlt worden, und zwar zu einem solchen Betrage, wie sie ihn für angemessen halten, und diese Beträge zu einer bestimmten Zeit zahlbar zu machen. Ein jedes Mitglied soll den Betrag einer jeden derart von ihm verlangten Einzahlung an die von den Direktoren dazu ernannten Personen, wie auch zu der bestimmten Zeit und an dem bestimmten Orte zahlen.

Beschränkung der Befugnis zur Ausshreibung von Einzahlungen.

14. Eine Einzahlung darf ein Fünftel des Nominalbetrages der Aktie nicht übersteigen oder früher zu zahlen sein als zwei Monate nach der letzt vorhergegangenen Einzahlung.

Anzeige, betreffend Aufruf zur Einzahlung.

15. Von einer jeden Einzahlung ist einen Monat vorher Anzeige zu machen, und muß in einer jeden solchen Anzeige Zeit und Ort der Zahlung wie auch diejenige Person namhaft gemacht sein, an welche die Einzahlung zu leisten ist.

Wann die Zinsen von Einzahlungen oder Raten zu zahlen.

16. Wenn die Summe, welche als Einzahlung oder Rate zu leisten ist, an oder vor dem zur Zahlung bestimmten Tage nicht gezahlt wird, dann hat der jeweilige Inhaber der Aktie, für welche die Zahlung zu machen war oder die Rate fällig wurde, Zinsen zu zahlen nach dem Satze von zehn Prozent per annum von dem zur Zahlung bestimmten Tage bis zur Zeit der wirklichen Zahlung.

Leistung der Zahlung im Voraus.

17. Die Direktoren können, wenn sie es für gut befinden, von denjenigen Mitgliedern, die geneigt dazu sind, den ganzen oder einen Theil des für die von dem betreffenden Mitgliede besessenen Aktien zu zahlenden Betrages, der höher ist als die wirklich zur Einzahlung aufgerufene Summe, annehmen, und nachdem die Gelder oder ein solcher Theil vorausgezahlt worden, der die Höhe der Einzahlung übersteigt, der dann betreffs der Aktien gemacht wird, für die ein derartiger Vorschuß gezahlt worden, es der Gesellschaft freistehen soll, den Mitgliedern, die eine solche Summe im Voraus hingegeben, Zinsen zu zahlen zu einem Satze, wie ihn die Mitglieder und die Direktoren vereinbaren werden.

Verfall und Retentionsrecht.

Im Falle nicht geleisteter Einzahlung oder gezahlter Rate kann Anzeige erstattet werden.

18. Wenn ein Mitglied es verabsäumt, an oder vor dem zur Zahlung bestimmten Tage eine Einzahlung

zu machen oder eine Rate zu zahlen, dann können die Direktoren jederzeit danach, so lange die Einzahlung oder Rate ungezahlt bleibt, einem solchem Mitgliede Anzeige zugehen lassen und es auffordern, die Einzahlung oder Rate zu zahlen nebst den Zinsen, die möglicherweise erwachsen sind und allen Ausgaben, die in Folge Nichtzahlung seitens der Gesellschaft gemacht worden.

Form der Anzeige.

19. In der Anzeige muß ein Tag angegeben sein (nicht früher als vierzehn Tage vor dem Datum der Anzeige), desgleichen der Ort oder die Orte, an welchen die betreffende Einzahlung oder Rate, die Zinsen und Ausgaben, wie vorbesagt, zu zahlen sind. Die Anzeige muß ferner angegeben enthalten, daß, falls Zahlung zur festgesetzten Zeit und an dem bestimmten Orte nicht erfolgt, daß dann die Aktien bezüglich deren der Aufruf erlassen wurde oder die Rate zu zahlen war, als verfallen werden betrachtet werden.

Falls der Anzeige nicht nachgekommen wird, können die Aktien als verfallen erklärt werden.

20. Wenn der Forderung einer solchen Anzeige, wie vorbesagt, nicht entsprochen wird, können die Aktien betreffs deren die Anzeige erlassen wurde, jederzeit danach vor Zahlung sämtlicher Einzahlungen, Raten, Zinsen und Ausgaben, die darauf zu zahlen sind, auf Beschluß der Direktoren für verfallen erklärt werden. Ein derartiger Beschluß zieht nach sich den Verlust sämtlicher Dividenden, die für die verfallenen Aktien festgesetzt und vor dem Verfall thatsächlich nicht gezahlt worden sind.

Anzeige nach dem Verfall.

21. Nachdem eine Aktie derart für verfallen erklärt worden, muß dem Mitgliede, auf dessen Namen sie vor dem Verfall eingetragen stand, von dem Beschluß Anzeige gemacht und in das Register ein Vermerk, den Verfall betreffend, unter Angabe des Datums eingetragen werden.

Verfallene Aktien werden Eigentum der Gesellschaft.

22. Dergestalt verfallene Aktien werden Eigentum der Gesellschaft. Die Direktoren können dieselben in solcher Weise verkaufen, wieder begeben und anderweitig darüber verfügen, wie sie es für angemessen halten.

Befugnis zum Widerruf des Verfalls.

23. Die Direktoren können mit Bezug auf dergestalt verfallene Aktien die vor dem Verkauf, der Wiederbegebung oder der anderweiten Verfügung darüber beschlossene Verfallserklärung jederzeit unter solchen Bedingungen annulliren, wie sie es für angemessen erachten.

Rückständige Zahlungen müssen geleistet werden trotz Verfalls.

24. Mitglieder, deren Aktien für verfallen erklärt worden, sollen dennoch zur Zahlung verpflichtet sein und der Gesellschaft die sämtlichen Einzahlungen, Raten, Zinsen und Ausgaben, die zur Zeit des Verfalls der betreffenden Aktien im Rückstande waren, sofort zahlen mit den darauf fälligen Zinsen von der Zeit

der Verfallserklärung an bis zur Zahlung von zehn Prozent per annum, und können die Direktoren, wenn sie für gut befinden, Zahlung erzwingen.

Pfandrecht der Gesellschaft auf Aktien.

25. Die Gesellschaft hat ein erstes und oberstes Recht der Retention aller derjenigen Aktien, die auf den Namen eines jeden Mitgliedes im Register verzeichnet stehen betreffs dessen Schulden, Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber, gleichviel ob die Zeit für die Zahlung, Erfüllung oder Tilgung derselben thatsächlich herangefommen ist oder nicht. Ein solches Recht der Retention soll sich auch erstrecken auf die von Zeit zu Zeit für die betreffenden Aktien festgesetzten Dividenden.

Retention zu erzwingen durch Verkauf.

26. Um ein solches Recht der Retention zu erzwingen, steht es den Direktoren frei, die der Retention unterliegenden Aktien in solcher Weise zum Verkauf zu bringen, wie es die Direktoren für angemessen halten. Ein Verkauf soll indeß erst dann stattfinden, nachdem die oben erwähnte Zeit herangefommen und dem betreffenden Mitgliede, dessen Testamentsvollstreckern und Administratoren schriftliche Anzeige von dem beabsichtigten Verkauf infolge während der Zeit von sieben Tagen nicht geschehener Zahlung, Erfüllung oder Tilgung solcher Schulden, Verbindlichkeiten oder Verpflichtungen.

Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf.

27. Der Nettoerlös aus einem solchen Verkauf soll verwendet werden zur Tilgung der Schulden, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten und der Rest (wenn vorhanden) dem betreffenden Mitgliede oder dessen Testamentsvollstreckern oder Administratoren herausgezahlt werden.

Gültigkeit des Verkaufs.

28. Nach dem Verkauf infolge Verfalls und der Erzwingung des Rechtes der Retention können die Direktoren in Ausübung der ihnen vorstehend erteilten Befugnisse den Namen des Käufers in das Register eintragen lassen als Besizers von Aktien oder Stocks, die ihm verkauft wurden. Der Käufer soll nicht verpflichtet sein, die Richtigkeit des Verfahrens oder die Verwendung des Kaufgeldes zu kontrollieren. Nachdem sein Name in das Register eingetragen worden, soll die Rechtsgültigkeit des Verkaufs von Niemand angefochten werden können. Jegreß, welchen Personen nehmen, die sich durch den Verkauf geschädigt vermeinen, kann wegen Schadenersatz ausschließlich nur gegen die Gesellschaft angestrengt werden.

Cession und Uebertragung von Aktien.

Vollziehung des Cessionsinstruments.

29. Das Cessionsinstrument, Aktien betreffend, muß sowohl von dem Cessionar wie von dem Cedenten unterzeichnet werden. Der Cedent soll so lange als Inhaber einer solchen Aktie angesehen werden, bis der Name des Cessionars in das Register eingetragen worden ist.

Ausfertigung des Cessionsformulars.

30. Das Cessionsformular, Aktien betreffend, muß in der gewöhnlich üblichen Form schriftlich abgefaßt sein und zwar in folgender Weise, oder nahezu so, je nachdem die Umstände es gestatten:

Ich zu übertrage hiermit dem Herrn zu, hierin später genannt der Cessionar, gegen Zahlung der Summe von Pfund Aktien, numerirt des Unternehmens, genannt Davenière & Co., Limited, zu seinem, des besagten Cessionars wie seiner Testamentsvollstreckern, Administratoren und Rechtsnachfolger Besitz unter Vorbehalt jedoch der verschiedenen Bedingungen, Grund welcher ich vor Vollziehung von Gegenwärtigem dieselben besessen habe. Und ich, der genannte Cessionar, genehmige die Annahme der betreffenden Aktien unter Vorbehalt der oben gedachten Bedingungen.

Urkundlich dessen unsere Unterschrift am
Tage des 18.....

In welchem Falle die Direktoren die Eintragung der Cession ablehnen können.

31. Den Direktoren steht es frei, die Eintragung einer Cession von Aktien in das Register abzulehnen, betreffs deren sie ein Pfandrecht haben. In den Fällen, wo Aktien nicht voll eingezahlt sind, können sie die Eintragung einer Cession auf einen Cessionar ablehnen, der ihnen nicht genehm ist; auch können sie ferner die Eintragung einer Cession von weniger als zehn Aktien zurückweisen.

Cession im Bureau zu hinterlegen und Besitztitel beizubringen.

32. Ein jedes Cessionsinstrument muß nebst dem zu übertragenden Aktien-Certifikat behufs Eintragung in dem Bureau hinterlegt und mit Bezug auf den Rechtstitel des Cedenten der Beweis geführt werden, daß er zur Uebertragung der Aktien berechtigt war.

33. Alle Cessionsinstrumente, die eingetragen werden sollen, werden von der Gesellschaft zurückgehalten. Ein Cessionsinstrument jedoch, dessen Eintragung die Direktoren ablehnen, wird auf Antrag derjenigen Person, die es hinterlegt hat, zurückgegeben.

Gebühren für die Cession.

34. Eine Gebühr im Betrage von 2 Schilling und 6 Pence kann für jede Cession verlangt werden und muß auf Verlangen der Direktoren vor der Eintragung gezahlt werden.

Schließung der Cessionsbücher.

35. Die Cessionsbücher können so lange geschlossen werden, wie die Direktoren es für angemessen halten; doch darf diese Zeit dreißig Tage nicht übersteigen.

Uebertragung eingetragener Aktien.

36. Die Testamentserektoren oder Administratoren eines verstorbenen Mitgliedes, das nicht einer von mehreren Mitbesitzern ist, sind die alleinigen Personen, welche von der Gesellschaft als diejenigen anerkannt werden, die einen Rechtstitel auf im Namen eines solchen Mitgliedes eingetragene Aktien oder Stocks be-

figen. Falls einer oder der andere der Mitbesitzer von eingetragenen Aktien oder Stöck mit Tode abgehen sollte, dann sind seine Nachbleibenden die einzigen Personen, welche von der Gesellschaft dahin anerkannt werden, daß sie einen Rechtstitel auf solche Aktien oder Stöck besitzen, oder daß sie daran theilhaftig sind.

Uebertragung von Aktien unmündiger oder geisteschwacher Personen.

37. Der Vormund eines unmündigen und der Kurator eines geisteschwachen Mitgliedes, oder solche Personen, die infolge des Todes, Bankrotts oder Liquidirung eines Mitgliedes Rechte auf Aktien erwerben, können, nachdem sie Beweis darüber geführt, daß sie diejenigen Personen sind, die auf Grund des gegenwärtigen Paragraphen als solche auftreten, solche Aktien unter Vorbehalt der hierin vorher enthaltenen Bestimmungen mit Bezug auf Cessionen, auf sich selber oder auf eine andere Person übertragen.

Aktien-Warrants.

Befugniß zur Ausgabe von Aktien-Warrants.

38. Die Gesellschaft ist ermächtigt, für voll eingezahlte Aktien oder Stöck Warrants (hierin später genannt: Aktien-Warrants) auszugeben, in denen angegeben sein muß, daß der Inhaber dieser Warrants einen rechtlichen Anspruch auf die darin des Näheren spezifizirten Aktien oder Stöck hat. Die Gesellschaft kann ferner mit Bezug auf die Zahlung zukünftiger Dividenden für die in den betreffenden Warrants bezeichneten Aktien oder Stöck, durch Coupons, oder anderswie, Vorsorge treffen.

Bedingungen, unter denen Aktien-Warrants auszugeben.

39. Die Direktoren können die Bedingungen bestimmen und von Zeit zu Zeit wieder abändern, unter denen Aktien-Warrants auszugeben sind, insbesondere diejenigen Bedingungen, Grund welcher neue Aktien-Warrants oder Coupons ausgegeben werden an Stelle eines abgenutzten, entstellten, verloren gegangenen oder vernichteten Warrants oder Coupons, laut dessen der Inhaber berechtigt ist, den Generalversammlungen beizuwohnen und abzustimmen, wonach dann ein Aktien-Warrant ausgegeben und der Name des Inhabers in das Register mit Bezug auf die darin angegebenen Aktien oder Stöck eingetragen werden kann. Vorbehaltlich solcher Bedingungen wie vorbehaltlich der gegenwärtigen Urkunde muß der Inhaber eines Aktien-Warrants ein Mitglied sein im vollen Sinne des Wortes. Der Inhaber eines Aktien-Warrants untersteht den zur Zeit in Kraft bestehenden Bedingungen, gleichviel ob diese vor oder nach der Ausgabe eines solchen Warrants festgesetzt worden sind.

Konvertirung von Aktien in Stöck.

Konvertirung in Stöck.

40. Die Gesellschaft kann eingezahlte Aktien in der Generalversammlung in Stöck konvertiren. Wenn Aktien in Stöck konvertirt werden, können die verschiedenen Inhaber solcher Stöck von der Zeit an

ihre respektiven Interessen in der gleichen Weise und unter denselben Bedingungen übertragen, unter denen Aktien des Gesellschaftskapitals übertragen werden können, oder nahezu ebenso, wie die Verhältnisse es gestatten werden. Den Direktoren, falls sie es für angezeigt halten, steht es indessen frei, den Minimum-Betrag der übertragbaren Stöck festzusetzen und die Bestimmung zu treffen, daß Bruchtheile eines Pfundes nicht in Rechnung gezogen werden; nichtsdestoweniger sind sie ihrem Ermessen nach befugt, besonderen Falls derartige Bestimmungen wieder aufzuheben. Die Stöck verleihen deren Inhabern dieselben Privilegien und Vortheile mit Bezug auf Theilnahme am Gewinn, Stimmabgabe in den Versammlungen der Gesellschaft, wie auch mit Bezug auf andere Zwecke, die ihnen verliehen worden wären durch den Besitz von Aktien des Gesellschaftskapitals von gleichem Betrage, aber nicht, daß solche Privilegien oder Vortheile — die Theilnahme am Gewinn ausgeschlossen — verliehen werden durch einen aliquoten Theil konsolidirter Stöck, die, wenn sie in Aktien beständen, solche Privilegien oder Vortheile verliehen haben würden. Außerdem sollen, wie vorbesagt, alle hierin enthaltenen Bestimmungen (soweit die Umstände dies zulassen) Bezug haben sowohl auf Stöck wie auf Aktien. Keine derartige Konvertirung soll ein Vorzugs- oder anderes besonderes Privileg irgend wie berühren oder beeinträchtigen.

Erhöhung und Reduktion des Kapitals.

Befugniß zur Kapitalerhöhung.

41. Die Gesellschaft kann in der Generalversammlung das Kapital von Zeit zu Zeit erhöhen durch Kreirung neuer Aktien zu solchem Betrage, wie es rathsam erscheinen mag.

Unter welchen Bedingungen neue Aktien ausgegeben werden dürfen. Vorzugsrechte.

42. Die neuen Aktien sind auszugeben unter solchen Bedingungen und unter Beilegung solcher Rechte und Privilegien, wie es die Generalversammlung bei der Beschlußfassung über deren Kreirung bestimmen wird, und wenn keine Bestimmung darüber getroffen wird, wie die Direktoren es bestimmen werden. Insbesondere können solche Aktien ausgegeben werden mit einem Vorzugs- oder mit einem beschränkten (qualified) Rechte in Bezug auf Dividenden wie auf die Vertheilung des Aktivvermögens der Gesellschaft, bezugleich mit einem Spezialrecht oder ohne das Recht der Stimmabgabe.

Befugniß, Rechte zu beschränken.

43. Wenn infolge Ausgabe von Prioritäts-Aktien oder anderswie, das Kapital zu irgend einer Zeit in verschiedene Aktienklassen getheilt wird, dann können alle Rechte und Privilegien, oder ein Theil derselben, die einer jeden Klasse zuerkannt worden, beschränkt werden im Wege Einverständnisses zwischen der Gesellschaft und andern Personen, die für die betreffende Klasse kontrahiren, vorausgesetzt, daß ein derartiges Uebereinkommen durch außerordentlichen Beschluß einer besondern Generalversammlung der Inhaber von Aktien jener Klasse be-

stättigt wird, und daß alle die hierin vorher enthaltenen Bestimmungen mit Bezug auf Generalversammlungen mutatis mutandis sich beziehen auf eine jede solche Versammlung, wie ferner, daß das Quorum derselben (die beschlußfähige Zahl) Mitglieder sind, die zwei Drittel des Nominalbetrages der ausgegebenen Aktien der betreffenden Klasse besitzen oder durch Stellvertreter repräsentiren:

Wenn sie Herrn Davenière zu offeriren sind.

44. Alle neuen ordentlichen (Stamm?) Aktien, die auszugeben der Beschluß gefaßt worden, sollen, so lange der besagte Herr Emile Davenière im Besitz von 30,000 Pfund ordentlicher Aktien ist, zuerst ihm, dem Herrn Emile Davenière, al pari angeboten werden. Ein derartiges Angebot soll mittels schriftlicher Anzeige gemacht und darin die Zahl der Aktien, die zur Ausgabe kommen sollen; angegeben und auch die Zeit begrenzt werden, die nicht weniger als 60 Tage sein soll, innerhalb welcher der besagte Herr Emile Davenière seine Wahl zur Annahme zu treffen hat, entgegen-
gesetzten Falls angenommen werden wird, daß er die Aktien zurückweise. Alle neue Aktien können so betrachtet werden, als wenn sie einen Theil der Aktien des Stammkapitals (original capital) bilden.

Wie weit neue Aktien mit denen des Stammkapitals rangiren.

— 45. Soweit nicht anderswie Festsetzungen durch die Emissionsbedingungen oder durch die gegenwärtige Urkunde getroffen werden, soll das mittelst Kreirung neuer Aktien erhöhte Kapital als ordentliches (Aktien-) Kapital und als ein Theil des Stammkapitals betrachtet werden und den hierin enthaltenen Bestimmungen mit Bezug auf Leistung von Einzahlungen, auf Raten, Gession und Uebertragung, Verfall, Pfandrecht, Uebergabe u. s. w. unterliegen.

Reduktion des Kapitals.

46. Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit in Folge Spezialbeschlusses den Betrag ihres Kapitals herabsetzen im Wege der Abzahlung, oder Kapital, welches verloren worden oder durch verfügbare Aktiva (Bestände) nicht repräsentirt wird, annulliren, oder die Haftbarkeit für Aktien reduzieren, wie es eben gerathen erscheint; auch kann das Kapital abgezahlt werden in der Weise, daß es wieder ausgeschrieben werden darf. Die Gesellschaft kann ferner ihre Aktien oder einen Theil derselben in Unterabtheilungen zerlegen oder konsolidiren.

Unterabtheilung bevorzugter und gewöhnlicher Aktien.

47. Der Spezialbeschluß, kraft dessen Aktien in Klassen zerlegt werden können, kann die Bestimmung enthalten, daß, wie zwischen den Inhabern von Aktien, welche aus einer derartigen Zerlegung entstanden, die eine solcher Aktien vor der andern einen Vorzug haben soll und daß der Gewinn, der zur Zahlung von Dividenden verwendbar ist, demgemäß zugeeignet werden soll.

Befugniß zur Aufnahme von Geldern.

Aufnahme von Geldern.

48. Die Direktoren können für die Zwecke der Gesellschaft Gelder von Zeit zu Zeit nach Belieben aufnehmen, und zwar so, daß diejenigen Gelder, die zu einer Zeit geschuldet werden, ohne Genehmigung einer Generalversammlung die Summe von 30,000 Pfund nicht übersteigen dürfen. Nichtsdestoweniger soll ein Darleiher oder eine andere Person, welche mit der Gesellschaft in geschäftlichem Verkehr steht, nicht gehalten sein, darauf zu achten oder Nachfrage deswegen zu halten, ob auch diese Beschränkung beobachtet wird.

Bedingungen, unter denen Gelder aufgenommen werden dürfen.

49. Die Direktoren dürfen Gelder aufnehmen und deren Rückzahlung in solcher Weise, und unter solchen Bedingungen sicher stellen in jeder Hinsicht und Beziehung, wie sie es für gut halten, insbesondere durch Ausstellung von Hypotheken, Schuldverschreibungen oder Stocks der Gesellschaft, mit denen das gesammte oder ein Theil des Eigenthums der Gesellschaft (das gegenwärtige sowohl, wie das zukünftige) dann zu belasten ist, einschließlich des zur Zeit noch nicht ausgeschriebenen Kapitals.

Sicherheiten — frei von Interpretation.

50. Eine jede von der Gesellschaft ausgestellte Schuldverschreibung oder andere Sicherheit kann so gefaßt sein, daß sie übertragbar und frei sei von jedweder gesetzlichen Interpretation zwischen der Gesellschaft und dem ursprünglichen oder den mittelbaren Inhabern. Schuldverschreibungen, Bonds oder andere Sicherheiten können ausgegeben werden mit einem Diskont, einer Prämie oder anderswie.

Hypothekenregister zu halten.

51. Die Direktoren sind in Gemäßheit von Abschnitt 43 der Companies Act von 1862 gehalten, über alle Hypotheken und Belastungen, die das Eigenthum der Gesellschaft betreffen, ein Register ordnungsmäßig zu führen.

Hypothek gelöschter Kapitalien.

52. Ist ein nicht gelöschtes Kapital der Gesellschaft in einer Hypothek oder andern Sicherheit mit einbegriffen, dann können die Direktoren mittels unter Siegel ausgestellter Urkunde derjenigen Person, zu deren Gunsten eine solche Hypothek oder Sicherheit als Kurator ausgestellt worden, die Befugniß erteilen, an die Mitglieder Ausschreibungen ergehen zu lassen bezüglich des noch nicht eingerufenen Kapitals. Eine solche Befugniß kann erteilt werden entweder bedingt oder unbedingt, gegenwärtig oder zufällig, entweder mit Ausschließung der Befugnisse der Direktoren oder anderswie; und sollen die hierin vorher mit Bezug auf Ausschreibungen enthaltenen Bestimmungen mutatis mutandis auch anwendbar sein auf Ausschreibungen, die kraft der erteilten Befugniß erlassen worden; eine solche Befugniß soll auch übertragbar sein, wenn dies besonders ausgedrückt ist.

Generalversammlungen.

Wann die erste Generalversammlung abgehalten ist.

53. Die erste Generalversammlung wird abgehalten nicht später als vier Monat nach Registrierung des Assoziations-Memorandums der Gesellschaft, und zwar an einem solchen Orte, wie die Direktoren bestimmen werden.

Wann die darauf folgenden Generalversammlungen abgehalten werden.

54. Nachherige Generalversammlungen werden einmal im Jahre 1890 abgehalten und in einem jeden folgenden Jahre zu solcher Zeit und an einem solchen Orte, wie es von der Gesellschaft in der Generalversammlung wird vorgeschrieben werden. Ist eine andere Zeit nicht vorgeschrieben, dann in den Monaten August oder September eines jeden Jahres zu solcher Zeit und an einem solchen Orte, wie es von den Direktoren bestimmt werden wird.

Unterscheidung zwischen gewöhnlichen und außerordentlichen Versammlungen.

55. Die oben erwähnten Generalversammlungen werden gewöhnliche Generalversammlungen genannt, alle andern Versammlungen der Gesellschaft werden außerordentliche Generalversammlungen genannt.

Wann außerordentliche Versammlungen berufen werden.

56. Die Direktoren können, wenn sie es für angemessen halten, eine außerordentliche Versammlung berufen; sie sind dazu aber verpflichtet auf die schriftliche Aufforderung von Mitgliedern, die in ihrer Gesamtheit ein Fünftel des ausgegebenen Kapitals besitzen.

Form der Requisition für die Versammlungen.

57. Eine jede solche Requisition muß den Zweck für die verlangte Versammlung angegeben enthalten, von den das Requisitionsschreiben erlassenden Mitgliedern unterzeichnet sein und in dem Bureau hinterlegt werden. Das Requisitionsschreiben kann aus mehreren Schriftstücken gleicher Form bestehen, von denen jedes einzelne von einer oder mehreren derjenigen Personen unterzeichnet sein muß, welche das Requisitionsschreiben erlassen haben. Die Versammlung muß berufen sein für die, in der Requisition angegebenen Zwecke, und wenn sie nur von den Direktoren allein berufen worden, dann für diese Zwecke allein.

Wann diejenigen, welche die Requisition erlassen, Versammlungen berufen.

58. Falls die Direktoren 14 Tage, nachdem das Requisitionsschreiben hinterlegt worden, es unterlassen, eine außerordentliche Versammlung zu berufen, die dann 21 Tage nach der Hinterlegung abgehalten ist, dann sollen diejenigen Personen, welche das Schreiben erlassen haben, oder auch andere Mitglieder, die den gleichen Theil vom Kapital besitzen, besugt sein, eine Versammlung zu berufen; welche dann sechs Wochen nach geschehener Hinterlegung abgehalten ist.

Anzeige der Versammlung.

59. Anzeige mit Angabe von Ort, Tag und Stunde soll gemacht werden mittels Bekanntmachung

oder durch die Post sieben Tage vor der Versammlung. Im Falle eines besonderen Geschäfts ist die Art desselben im Allgemeinen anzugeben entweder im Wege der Bekanntmachung oder mittels Anzeige, die durch die Post zu befördern ist, wie hierin später vorgeschrieben ist.

Von Unterlassung der Anzeige.

60. Die zufällige Unterlassung einer Anzeige an die Mitglieder soll den in einer solchen Versammlung gefassten Beschluß nicht rechtsunzulässig machen.

Verfahren in den Generalversammlungen.

Geschäfte der ordentlichen Versammlung.

61. Die Geschäfte der ordentlichen Versammlung bestehen: in der Entgegennahme und in Betrachtziehung der Bilanz, der Berichte der Direktoren und der Rechnungsrevisoren, der Wahl der Direktoren und der andern Beamten an Stelle derjenigen, die aus dem Amte scheiden, der Festsetzung der Dividenden, der Erledigung irgend anderer Geschäfte, die auf Grund der gegenwärtigen Urkunde in einer ordentlichen Versammlung zu erledigen sind. Alle andern Geschäfte, die in einer ordentlichen Versammlung, wie alle solche, die in einer außerordentlichen Versammlung zur Erledigung gelangen, sollen als besondere Geschäfte angesehen werden.

Duorum.

62. Drei in einer Generalversammlung persönlich anwesende Mitglieder bilden ein Duorum (eine beschlußfähige Anzahl) behufs Wahl eines Vorsitzenden, der Festsetzung der Dividende und der Vertagung der Versammlung. Für alle andern Zwecke muß das Duorum einer Generalversammlung bestehen aus drei Mitgliedern, die persönlich anwesend sind und nicht weniger besitzen als ein Zehntel des ausgegebenen Kapitals. Kein Geschäft darf in einer Generalversammlung erledigt werden, wenn beim Eintritt in das Geschäft das erforderliche Duorum nicht anwesend ist.

Vorsitzender der Generalversammlung.

63. Der Vorsitzende der Direktoren ist berechtigt, den Vorsitz in den Generalversammlungen zu führen. Ist ein Vorsitzender nicht vorhanden, oder ist in einer Versammlung der Vorsitzende nicht anwesend fünfzehn Minuten nach der für Abhaltung der Versammlung festgesetzten Zeit, dann sollen die anwesenden Mitglieder zur Wahl eines der Direktoren zum Vorsitzenden schreiten. Ist auch einer der Direktoren nicht anwesend, oder wenn sämtliche der anwesenden Direktoren es ablehnen, den Vorsitz zu übernehmen, dann sollen die anwesenden Mitglieder aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden wählen.

Wann bei nicht anwesendem Duorum die Versammlung aufzulösen oder wann sie zu vertagen ist.

64. Ist innerhalb einer halben Stunde nach der zur Abhaltung der Versammlung festgesetzten Zeit ein Duorum nicht anwesend, dann soll die infolge Requisitionsschreibens berufene Versammlung aufgelöst werden, andernfalls soll sie verlegt werden auf denselben Tag

der nächsten Woche und sich versammeln zu derselben Zeit am selben Orte. Ist in einer derart vertagten Versammlung ein Quorum nicht anwesend, dann sollen die anwesenden Mitglieder zu einem Quorum zusammentreten und die Erledigung des Geschäfts vornehmen, für welches die Versammlung berufen wurde.

Wie in den Versammlungen Fragen entschieden werden.

65. Eine jede der Versammlung unterbreitete Frage wird zuerst entschieden durch Handaufheben; im Falle von Stimmengleichheit soll der Vorsitzende außer der oder den Stimmen, zu denen er als Mitglied berechtigt ist, sowohl beim Handaufheben wie bei der Abstimmung eine entscheidende Stimme haben.

66. In einer Generalversammlung soll, wenn von wenigstens drei Mitgliedern, die mindestens ein Fünftel des in der Versammlung repräsentirten Kapitals besitzen oder durch Stellvertreter repräsentiren, Stimmengählung beantragt wird, die Erklärung des Vorsitzenden, dahin lautend, daß ein Beschluß angenommen, oder von einer besondern Majorität gefaßt worden ist; desgleichen, daß ein Vermerk in das Protokoll der Versammlung zu diesem Zwecke eingetragen worden, das endgültige Zeugniß für die betreffende Sache sein soll, ohne weiteren Beweises zu bedürfen betreffs der Anzahl oder des Verhältnisses der für oder gegen einen solchen Beschluß als abgegeben eingetragenen Stimmen.

Namentliche Abstimmung.

67. Wird Abstimmung, wie vorbesagt, durch Namensaufruf verlangt, dann soll dieselbe in solcher Weise, zu solcher Zeit und an einem solchen Orte vorgenommen werden, wie der Vorsitzende der Versammlung es bestimmen wird, d. h. entweder sofort, oder nach einer Zwischenzeit, einer Vertagung oder anderswie, und soll das Ergebnis der Abstimmung betrachtet werden als Beschluß derjenigen Versammlung, in welcher die Abstimmung beantragt wurde.

Befugniß zur Vertagung einer Generalversammlung.

68. Dem Vorsitzenden einer Generalversammlung steht es frei, dieselbe mit deren Zustimmung von Zeit zu Zeit zu vertagen. In einer derart vertagten Versammlung darf indeß kein anderes Geschäft erledigt werden als das, welches in der vertagten Versammlung unerledigt geblieben ist.

Fortsetzung der Geschäftsberatung trotz namentlicher Abstimmung.

69. Das Verlangen nach namentlicher Abstimmung soll außer derjenigen Frage, betreffs welcher namentliche Abstimmung beantragt wurde, die Kontinuität einer Versammlung für Erledigung von Geschäften nicht unterbrechen.

In welchen Fällen keine Abstimmung.

70. Eine Abstimmung, welche bei der Wahl eines Vorsitzenden der Versammlung oder betreffs einer Frage der Vertagung verlangt wird, in der Versammlung vorgenommen werden, und zwar ohne Vertagung.

Stimmabgabe der Mitglieder.

Bota der Mitglieder betreffs Unmündiger, Geisteskranker u. s. w. Welchen Bedingungen unterliegend.

71. Jedes Mitglied hat Eine Stimme für je 10 von ihm in Besitz gehaltene Aktien; ferner Eine weitere Stimme für jede 10 über die ersten 10 von ihm gehaltenen. Ein Vormund oder eine andere Person, der oder die auf Grund des Paragraphen, betreffend Uebertragungen, berechtigt ist, Aktien zu übertragen, kann in einer Generalversammlung seine Stimme auf Grund dieses Paragraphen in ganz derselben Weise abgeben, als wenn er eingetragener Besitzer dieser Aktien wäre, vorausgesetzt, daß er wenigstens 48 Stunden vor Abhaltung derjenigen Versammlung, in welcher er seine Stimme abzugeben beabsichtigt, sein Recht zur Uebertragung solcher Aktien den Direktoren nachweise, es sei denn, daß dieselben sein Recht auf Stimmabgabe in einer solchen Versammlung schon vorher anerkannt haben.

Verbundene Inhaber.

72. Wird eine Aktie von mehr als einem eingetragenen Inhaber in Besitz gehalten, dann soll dasjenige Mitglied, dessen Name in dem Register zuerst aufgeführt steht (und zwar kein anderer oder andere der Mitinhaber), berechtigt sein, in der Generalversammlung anwesend zu sein.

Stellvertretungs-Instrumente müssen im Bureau hinterlegt werden.

73. Die Stimmen können abgegeben werden entweder persönlich oder von Stellvertretern. Das schriftliche Instrument, Inhalts dessen ein Stellvertreter ernannt wird, muß in schriftlicher Form abgefaßt und von Demjenigen unterzeichnet sein, der die Ernennung bewirkt. Ist eine solche Person eine Korporation, dann muß das betreffende Instrument unter dem Geschäftssiegel ausgefertigt sein. Niemand darf zum Stellvertreter ernannt werden, der nicht ein stimmberechtigtes Mitglied der Gesellschaft ist.

Stellvertretung gestattet.

74. Das schriftliche Instrument, Inhalts dessen ein Stellvertreter ernannt ist, muß in dem Bureau der Gesellschaft hinterlegt werden 48 Stunden vor Abhaltung derjenigen Versammlung, in welcher die in dem Instrument genannte Person zu stimmen beabsichtigt. Kein Stellvertretungs-Instrument ist länger gültig als 12 Monat nach dem Tage seiner Ausfertigung.

Wenn nach zurückgezogener Vollmacht das Votum des Stellvertreters noch gültig ist.

75. Eine auf Grund der Bestimmungen einer Stellvertretungsvollmacht abgegebene Stimme ist rechtsgültig ungeachtet des Todes des Ausstellers, der Zurückziehung der Stellvertretung oder der Uebertragung der Aktie, betreffs welcher die Stimme abgegeben worden, vorausgesetzt daß eine schriftliche Anzeige des Todes, der Revokation oder Uebertragung vor Abhaltung der Versammlung in dem eingetragenen Bureau der Gesellschaft hinterlegt worden ist.

Besitzer von Aktien-Warrants dürfen mittels Stellvertretung nicht stimmen.

76. Die Besitzer von Aktien-Warrants sind nicht berechtigt, betreffs der in dem betreffenden Warrant verzeichneten Aktien mittels Stellvertreters ihre Stimme abzugeben.

Stellvertretungsformular.

77. Ein jedes Stellvertretungs-Instrument, gleichviel ob es für eine bestimmte Versammlung oder anderswie ausgestellt ist, muß, soweit die Umstände es gestatten, in folgender Form gefaßt sein:

Ich zu Grasschaft
Mitglied der Gesellschaft, Limited, er-
nenne hiermit zu
meinem Stellvertreter, um meine Stimme für mich
abzugeben in der Ordentlichen Generalversammlung
der Gesellschaft, welche am Tage des
abgehalten wird, oder in derjenigen Versammlung,
welche eine Vertagung derselben ist.

Urkundlich dessen meine Unterschrift am Tage
des

Kein Mitglied ist stimmberechtigt, so lange Einzahlungen
rückständig, die der Gesellschaft zu leisten sind.

78. Kein Mitglied ist berechtigt, in einer General-
versammlung bei einer namentlichen Abstimmung oder
als Mitglied eines Quorums anwesend zu sein und bei
einer Frage entweder persönlich oder als Stellvertreter
für ein anderes Mitglied seine Stimme abzugeben; so
lange eine Einzahlung oder eine andere Summe für
Aktien eines solchen Mitgliedes fällig und an die
Gesellschaft zu zahlen ist.

Direktoren.

Zahl der Direktoren.

79. Die Zahl der Direktoren soll nicht unter
vier und nicht größer als sieben sein. Die hierin
später genannten Personen sind die ersten Direktoren:

Frank Debenham, Wigmore-St., W., und
St. Paul's Church yard, London, E. C.
Arthur C. Biddle, 166 Oxford-Street, W.
Samuel Chick, 5. Newmann-Street, W.
John Augustus Josolyne, 28. King-Street, W.
Stephen Artaud, 17 Old-Change, E. C.,
Emile Davenière, Calais, Frankreich.

Befugnis der Direktoren zur Ernennung weiterer Direktoren.

80. Die Direktoren sind von Zeit zu Zeit, wie
jederzeit befugt, andere Personen zu Direktoren zu er-
nennen, so jedoch, daß die Zahl der Direktoren zu
keiner Zeit die in Vorstehendem festgesetzte Maximalzahl
übersteigt. Auf Grund des gegenwärtigen Paragraphen
soll keine Ernennung rechtswirksam sein, wenn nicht
zwei Drittel der Direktoren damit übereinstimmen.

Qualifikation zum Direktor.

81. Die Qualifikation zum Direktor besteht
darin, daß er in eigenem Rechte Inhaber von Aktien
oder Stock der Gesellschaft sei zum Nominalwerthe von
500 Pfund.

Befugnis der Direktoren zur Niederlegung ihres Amtes.

82. Einem Direktor steht es frei, sein Amt
niederzulegen, nachdem er von seiner Absicht, dies zu
thun, der Gesellschaft einen Monat vorher schriftliche
Anzeige davon gemacht hat. Eine solche Amtsnieder-
legung soll erst in Wirksamkeit treten nach Ablauf der
betreffenden Anzeige oder deren früherer Annahme.

83. *ic.*

Ungeachtet eingetretener Bilanz können die Direktoren ihre
Funktionen weiter verrichten.

84. Die im Amte verbleibenden Direktoren können
ungeachtet einer in ihrer Mitte eingetretenen Bilanz
ihre Funktionen weiter verrichten.

85. Das Amt eines Direktors wird als vakant
erachtet:

Wenn er außer dem Amte eines geschäfts-
führenden (leitenden) Direktors, eines Agenten oder
Inhabers eines Waarenlagers von Spitzen, Depar-
tements-Geschäftsführers oder Rechnungsrevisors ein
anderes Amt unter der Gesellschaft bekleidet;

wenn er in Konkurs geräth, seine Zahlungen
einstellt oder mit seinen Gläubigern affordirt;

wenn er in Wahnsinn verfällt oder geisteskrank
wird;

wenn er den erforderlichen Betrag an Aktien
oder Stock für die Qualifikation zu seinem Amte
länger nicht besitzt, oder diesen Betrag innerhalb
eines Monats nach geschehener Wahl oder Ernennung
nicht erwirbt (nachweist);

wenn er den Versammlungen der Direktoren
auf die Dauer von sechs Kalender-Monaten, ohne
von den Direktoren besonderen Urlaub erhalten zu
haben, fern bleibt;

wenn er von seinen sämtlichen Mitdirektoren
(Kollegen) schriftlich ersucht wird, zu resigniren.

Die Direktoren können mit der Gesellschaft kontrahiren.

86. Kein Direktor oder keine zu diesem Amte in
bestimmte Aussicht genommene Person soll seines Amtes
wegen disqualifizirt sein, in der Eigenschaft als Ver-
käufer, Käufer oder anderswie mit der Gesellschaft in
kontraftliche Beziehung zu treten, noch soll ein solcher
Kontrakt oder ein solches Uebereinkommen, oder ein von
der Gesellschaft oder zu Gunsten derselben mit einer
andern Gesellschaft oder Handelsgenossenschaft ge-
schlossener Kontrakt oder getroffenes Uebereinkommen,
in welcher einer der Direktoren, ein Mitglied oder in
anderer Weise theilhaft ist (nicht geschlossen), vermieden
werden; noch soll ferner ein derart in kontraftliche Be-
ziehungen tretender Direktor, der ein solches Mitglied
ist oder Interessen daran hat, gehalten sein, der Gesell-
schaft Rechnung zu legen mit Bezug auf den Kraft eines
solchen Kontrakts oder eines solchen Uebereinkommens er-
zielten Gewinnes, einzig und allein deshalb, weil ein solcher
Direktor jenes Amt bekleidet oder weil dadurch Ver-
trauensverhältnisse gegründet worden sind; nichtsdesto-
weniger wird hiermit erklärt, daß ein derart theilhafter
Direktor in der Versammlung der Direktoren, in welcher
der Kontrakt oder das Uebereinkommen beschlossen wird,

die Art des Interesses offen darzulegen hat (wenn ein solches dann besteht); oder aber in der ersten Versammlung der Direktoren, die nach Erwerbung jenes Interesses stattfindet. Es wird hiermit des Weiteren erklärt, daß ein derartig interessirter Direktor nicht als solcher abstimmen soll bezüglich eines Kontrakts oder eines Uebereinkommens, bei oder an welchem er derart theilhaftig ist, wenn er nicht dazu die Genehmigung einer Generalversammlung erhalten hat. Stimmt er dennoch mit, so soll seine Stimme nicht gezählt werden. — Diese Erklärung findet nicht Anwendung auf den in Paragraph 3 von Gegenwärtigem erwähnten Vertrag.

Amtswechsel der Direktoren.

Amtswechsel und Amtsniederlegung der Direktoren.

87. In der Generalversammlung des Jahres 1890 wie in jeder folgenden scheidet ein Drittel der Direktoren aus dem Amte, oder, wenn ihre Zahl nicht ein Vielfaches von drei ist, dann scheidet die dem am nächsten kommende Zahl aus. Mehr jedoch als ein Drittel sollen nicht aus dem Amte scheiden. Diese Bestimmung bezieht sich indessen nicht auf den die Geschäfte leitenden Direktor. Ein ausscheidender Direktor hat im Amte zu verbleiben bis zur Auflösung oder Vertagung der Versammlung, in welcher sein Nachfolger gewählt wird.

Welche der Direktoren ausscheiden sollen.

88. Das Drittel oder die dem nächste Zahl, welches in der ordentlichen Versammlung des Jahres 1891 ausscheidet, soll, falls die Direktoren unter sich nicht einig sind, durch das Loos bestimmt werden. In dem folgenden Jahre scheidet dasjenige Drittel oder die ihm nächste Zahl aus, die am längsten im Amte waren. Von zweien oder dreien, die eine gleiche Zeitdauer im Amte gewesen, soll derjenige der ausscheidenden Direktoren, betreffs dessen ein Einverständnis nicht vorhanden ist, durch das Loos bestimmt werden. Die Zeit, welche ein Direktor im Amte ist, wird gerechnet von seiner letzten Wahl oder Ernennung, vor welcher er sein Amt niederlegte. Ein aus dem Amte scheidender Direktor kann wieder gewählt werden.

Versammlung zur Ergänzung der Balancen.

89. Die Gesellschaft soll in der General-Versammlung, in welcher Direktoren in der vorgedachten Weise aus dem Amte scheiden, die vakanten Ämter ergänzen durch Wahl einer gleichen Zahl von Personen zu Direktoren und andere Balancen wieder besetzen.

Die aus dem Amte scheidenden Direktoren verbleiben in ihrer Stellung bis zur Ernennung ihrer Nachfolger.

90. Wenn in einer General-Versammlung, in welcher die Wahl von Direktoren stattfindet, die Stellen der ausscheidenden noch nicht ergänzt worden sind, dann sollen die ausscheidenden Direktoren, oder diejenigen von ihnen, deren Stellen noch nicht ergänzt worden, bis zur ordentlichen Versammlung des nächsten Jahres im Amte verbleiben, und so von Jahr zu Jahr, bis ihre Stellen ergänzt sind; es sei denn, daß in

einer solchen Versammlung beschlossen wird, die Zahl der Direktoren zu reduzieren.

Befugniß der Generalversammlung zur Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Direktoren.

91. Die Gesellschaft in Generalversammlung kann von Zeit zu Zeit die Zahl der Direktoren vermehren oder vermindern, auch deren Qualifikation einer Aenderung unterziehen; die Gesellschaft kann ferner bestimmen, bei welchem Wechsel (Turnus) die so vermehrte oder verminderte Zahl aus dem Amte zu scheiden hat.

Befugniß, einen Direktor durch Spezialbeschuß zu entlassen.

92. Der Gesellschaft steht es auf Grund eines außerordentlichen Beschlusses frei, einen Direktor vor Ablauf seiner Amtsdauer zu entlassen und eine andere qualifizierte Person an seiner Statt zu ernennen. Die derart ernannte Person soll ihr Amt nur so lange bekleiden, wie derjenige Direktor, an dessen Statt die betreffende Person ernannt worden, es bekleidet haben würde, wenn er nicht entlassen worden wäre.

Wann der Kandidat für das Amt eines Direktors Anzeige machen muß.

93. Niemand, wenn er nicht einer der ausscheidenden Direktoren ist, soll in einer Generalversammlung zum Amte eines Direktors wieder wählbar sein, wenn er nicht von den Direktoren zur Wiederwahl empfohlen worden und er oder andere Mitglieder, die ihn in Vorschlag zu bringen beabsichtigen, mindestens sieben volle Tage vor der Versammlung im Bureau der Gesellschaft eine eigenhändige schriftliche Anzeige niedergelegt haben, in welcher er seine Kandidatur für das Amt, oder die Absicht der betreffenden Mitglieder, ihn in Vorschlag zu bringen, zur Kenntniß bringt.

Geschäftsleitende Direktoren.

Befugniß zur Ernennung geschäftsleitender Direktoren.

94. Der besagte Herr Emile Davenière soll der erste geschäftsleitende Direktor sein und als solcher die Berechtigung haben, sein Amt auf die Dauer von fünf Jahren zu bekleiden vom Tage der Registrierung der Gesellschaft gerechnet, unter der Bedingung, daß er während dieser ganzen Zeit 30,000 Pfund ordentliche Aktien der Gesellschaft in eigenem Rechte in Besitz hält. Nachdem er das Amt niedergelegt, können die Direktoren von Zeit zu Zeit einen oder mehrere aus ihrer Mitte zum leitenden Direktor oder zu leitenden Direktoren ernennen, entweder für eine bestimmte Zeit oder ohne Begrenzung der Zeitdauer, für welche er oder sie solches Amt bekleiden wird oder werden. Den Direktoren steht es ferner frei, von Zeit zu Zeit ihn oder sie des Amtes zu entlassen und einen andern oder andere an seiner oder ihrer Stelle oder Stellen zu ernennen.

95. Ein leitender Direktor soll, so lange er jenes Amt bekleidet, dem Amtswechsel nicht unterworfen sein; er soll ferner bei der Entscheidung über den Amtswechsel der Direktoren nicht mit in Betracht gezogen werden, sondern soll, vorbehaltlich kontraktlicher Ab-

machungen zwischen ihm und der Gesellschaft, mit Bezug auf Amtsniederlegung und Amtsnachbesserung denselben Bestimmungen unterworfen sein, wie die Direktoren der Gesellschaft. Hört er indessen aus irgend einem Grunde auf, das Amt eines Direktors zu bekleiden, dann soll er ipso facto und sofort aufhören, leitender Direktor zu sein.

96. *ic.*

Befugnisse und Pflichten des leitenden Direktors.

97. Die Direktoren können einem derzeitigen leitenden Direktor solche der Befugnisse von Zeit zu Zeit übertragen, die Kraft der gegenwärtigen Urkunde von den Direktoren auszuüben sind, wie sie es für angemessen halten; sie können ferner diese Befugnisse mit Bezug auf solche Zwecke und Absichten und für eine solche Zeitdauer übertragen und unter solchen Bedingungen und Einschränkungen, wie sie es für gut halten. Es steht ihnen ferner frei, diese Befugnisse zu übertragen entweder kollateral oder unter Ausschließung und Substituierung aller oder einiger der Befugnisse der Direktoren zu jenem Behufe, oder dieselben zurückzunehmen, zurückziehen oder sie sammt und anders abzuändern.

Verfahren in den Versammlungen der Direktoren.

Versammlung der Direktoren, Quorum u. s. w.

98. Den Direktoren steht es frei, behufs Erledigung der Geschäfte sich zu versammeln, ihre Versammlungen zu vertagen und sie anderweitig zu ordnen, wie sie es für angemessen erachten; sie können ferner das für die Erledigung von Geschäften notwendige Quorum bestimmen, vorausgesetzt, daß ein solches Quorum von nicht weniger als drei Direktoren gebildet werde. Ein Direktor kann eine Versammlung der Direktoren jederzeit berufen; dem Sekretair steht dies nur frei auf Antrag eines der Direktoren. Fragen, die in einer Versammlung aufgeworfen werden, sollen durch Stimmenmehrheit entschieden werden und im Falle von Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden, der eine entscheidende Stimme hat.

Vorsitzender.

99. Die Direktoren wählen den Vorsitzenden in ihrer Versammlung und bestimmen gleichzeitig die Zeitdauer, während der er sein Amt bekleidet. Wird ein Vorsitzender nicht gewählt, oder ist der Vorsitzende in einer Versammlung nicht anwesend zur festgesetzten Zeit, dann können die anwesenden Direktoren aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden der Versammlung wählen.

Befugnisse der Versammlung.

100. Eine Versammlung der derzeitigen Direktoren, in welcher ein Quorum anwesend, ist kompetent zur Ausübung aller oder einiger der Befugnisse oder Entscheidungen nach Gutdünken (discretions), die auf Grund der Bestimmungen der Gesellschaft den Direktoren übertragen worden sind und im Allgemeinen von ihnen ausgeübt werden dürfen.

Befugnisse zur Einsetzung von Komitees. Delegation.

101. Die Direktoren können ihre Befugnisse oder einige derselben an Komitees übertragen, die aus Mit-

gliedern ihrer Körperschaft gebildet sind, wie sie es für gut finden. Ein dergestalt gebildetes Komitee soll alle die ihm übertragenen Befugnisse ausüben konform den Bestimmungen, die ihm von den Direktoren von Zeit zu Zeit werden übertragen werden.

Verhandlungen in den Komitees.

102. Die Versammlungen und Verhandlungen eines solchen aus zwei oder mehreren Mitgliedern bestehenden Komitees werden in Uebereinstimmung mit den in der gegenwärtigen Urkunde enthaltenen Bestimmungen zur Leitung der Versammlungen und Verhandlungen der Direktoren geleitet, in soweit sie darauf anwendbar und nicht aufgehoben worden durch Bestimmungen, die Kraft des vorstehenden Paragraphen von den Direktoren erlassen worden sind.

Wann Amtshandlungen der Direktoren oder Komitees rechtsgültig sind trotz mangelhafter Ernennung.

103. Die von den Direktoren oder einem Komitee derselben in einer Versammlung seitens einer als Direktor fungirenden andern Person vorgenommenen Amtshandlungen, sind, ungeachtet des Umstandes, daß sich späterhin bei der Ernennung der betreffenden Direktoren oder der andern, wie vorbesagt, fungirenden Personen ein Versehen herausstellen sollte, oder daß sie oder eine derselben nicht vorschriftsmäßig qualifiziert waren, eben so rechtsverbindlich, als wenn eine jede dieser Personen vorschriftsmäßig ernannt und zum Direktor qualifiziert gewesen wäre.

104. *ic.*

Protokolle.

Es werden Protokolle geführt.

105. Die Direktoren haben Protokolle zu führen und sie in ein zu diesem Zwecke anzulegendes Buch vorschriftsmäßig einzutragen zu lassen:

- über alle Ernennungen von Beamten;
- über die Namen der in einer jeden Versammlung anwesenden Direktoren wie auch über das Komitee der Direktoren;
- über alle Verfügungen, die von den Direktoren und dem Komitee der Direktoren erlassen werden;
- über alle Beschlüsse und Verhandlungen der Generalversammlungen und der Versammlungen der Direktoren und der Komitees.

Ein jedes derartige Protokoll einer Versammlung der Direktoren oder eines Komitees der Gesellschaft soll, wenn es von dem Vorsitzenden einer solcher Versammlung oder dem Vorsitzenden der nächst folgenden Versammlung unterzeichnet ist, als prima facie Beweis der in einem solchen Protokoll niedergeschriebenen Angelegenheiten Gültigkeit haben.

Befugnisse der Direktoren.

Von der Gesellschaft den Direktoren übertragene Befugnisse.

106. Die Leitung der Geschäfte der Gesellschaft liegt in Händen der Direktoren. Dieselben können außer den ihnen ausdrücklich Kraft der gegenwärtigen Urkunde verliehenen Befugnissen und Machtvollkommenheiten, alle solche Befugnisse, Handlungen und Sachen

ausüben, die von der Gesellschaft ausgeübt werden und nicht hiermit oder im Wege der Verordnung (statute) vorgeschrieben sind, von der Gesellschaft in der Generalversammlung vorgenommen und ausgeübt zu werden, vorbehaltlich der Bestimmungen der Companies Acts der Jahre 1862 und 1883 und der gegenwärtigen Urkunde, wie ferner unter Vorbehalt der von der Gesellschaft in der Generalversammlung erlassenen Verordnungen, vorausgesetzt, daß keine derartige Verordnung frühere Amtshandlungen der Direktoren invalidiren, die rechtsverbindlich gewesen sein würden, wenn eine solche Verordnung nicht erlassen worden wäre.

Besondere den Direktoren ertheilte Befugnisse.

107. Unbeschadet der in dem vorstehenden Paragraphen ertheilten allgemeinen Befugnisse, welche dieselben in keiner Weise limitiren oder beschränken dürfen, wie unbeschadet der andern, auf Grund der gegenwärtigen Urkunde ertheilten Befugnisse wird hiermit ausdrücklich erklärt, daß die Direktoren die folgenden Befugnisse haben sollen:

- (1.) Für die Gesellschaft Eigenthum, Rechte oder Privilegien zu kaufen oder anderwärts zu erwerben, welche dieselbe (die Gesellschaft) ermächtigt ist, zu einem solchen Preise und im Allgemeinen unter solchen Bedingungen zu erwerben, wie sie es für angemessen halten.
- (2.) Für von der Gesellschaft erworbene Rechte oder für Dienste, die ihr geleistet worden, ganz oder theilweise baar zu bezahlen, oder in Aktien, Bonds, Schuldverschreibungen oder in andern Sicherheiten der Gesellschaft. Derartige Aktien können entweder als voll eingezahlt ausgegeben oder der Betrag als darauf eingezahlt gut geschrieben werden, je nachdem dies vereinbart wird. Solche Bonds, Schuldverschreibungen oder andere Sicherheiten können entweder dem gesammten oder einem Theil des Eigenthums der Gesellschaft besonders zu Lasten geschrieben werden oder nicht.
- (3.) Die Erfüllung der von der Gesellschaft mittels Hypothek oder Belastung des gesammten oder eines Theils des Eigenthums der Gesellschaft und ihres zur Zeit noch nicht eingezahlten Kapitals geschlossenen Kontrakte oder eingegangenen Verpflichtungen sicher zu stellen oder in solcher Weise zu sekuriren, wie sie es für angemessen halten.
- (4.) Managers, Sekretaire, Beamten, Schreiber, Agenten und Diener für fortbauend, zeitweilig oder für außergewöhnlich geleistete Dienste zu ernennen und sie nach Gutdünken wieder zu entlassen, und deren Pflichten und Befugnisse zu bestimmen; deren Saläre oder Emolumente festzusetzen und Ration in solchen Fällen und in solcher Höhe von ihnen zu verlangen, wie sie es für gut finden.

Ernennung von Treuhändern.

- (5.) Personen zu ernennen, die irgendwelches Eigenthum in Empfang nehmen und in Treuhandbesitz halten sollen, oder an welchem die Gesellschaft einen Antheil hat; auch sollen diese Personen alle solche Urkunden und Sachen vollziehen, die mit Bezug auf einen solchen Treuhandbesitz erforderlich sind.

Anstellung von Klagen.

- (6.) Irgend welches gerichtliche Verfahren, das von der Gesellschaft oder gegen sie, oder gegen deren Beamte, oder mit Bezug auf die Geschäfte der Gesellschaft anhängig gemacht ist, anzustellen, zu leiten, Widerspruch dagegen zu erheben, beizulegen oder einzustellen, desgleichen zu akkordiren, Frist zu gewähren für Zahlungen oder die Tilgung von fälligen Schuldsforderungen, Ansprüchen oder Forderungen von der Gesellschaft oder gegen sie.

Ausstellung von Quittungen.

- (7.) Quittungen, Verzichtleistungen und andere Dechargen auszustellen respective zu ertheilen für Gelder, die an die Gesellschaft zu zahlen sind, wie auch für Ansprüche und Forderungen derselben.

Sicherheit zu bestellen im Wege Indemnität.

- (8.) Im Namen der Gesellschaft und für dieselbe zu Gunsten eines Direktors oder einer andern Person, die irgendwelche persönliche Verpflichtung übernommen hat oder zu nehmen im Begriff steht, Hypotheken auf Eigenthum der Gesellschaft (gegenwärtig oder zukünftig) auszustellen (wie sie es für gut finden). Eine solche Hypothek kann Vollmacht enthalten zum Verkauf und andere Befugnisse, Festsetzungen und Bestimmungen, wie sie werden vereinbart werden.

Bewilligung von Prozenten.

- (9.) Beamten und andern von der Gesellschaft beschäftigten Personen (einschließlich des Herrn Stephen Artaud, und in seinem Falle außer der ihm als Direktor zu zahlenden Remuneration) eine Provision zu bewilligen von dem Gewinn irgend welchen besondern Geschäfts oder geschäftlichen Transaktion, oder einen Theil an dem allgemeinen Gewinn der Gesellschaft. Eine solche Provision oder ein solcher Theil des Gewinns soll als Theil der Geschäftskosten der Gesellschaft betrachtet werden.

Anlegung eines Reservefonds.

- (10.) Vor Festsetzung einer Dividende von dem Gewinn der Gesellschaft nach Zahlung der Dividende auf die Prioritätsaktien solche Summen, nicht größer als 10 Prozent von der Bilanz des jährlichen Gewinns (wie sie es für gut finden), abzusetzen als Reservefonds für mögliche Fälle oder für Ausgleichung von Dividenden, für Reparaturen, Verbesserungen

und Instandhaltung des Eigenthums der Gesellschaft und für solche andere Zwecke, wie die Direktoren nach ihrem alleinigen Ermessen den Interessen der Gesellschaft für förderlich halten; ferner die derart abgesetzten Summen zinstragend anzulegen, wie sie für gut befinden werden, von Zeit zu Zeit mit diesen Investitionen zu wechseln, über alle oder einen Theil derselben zu verfügen zum Nutzen der Gesellschaft und den Reservefonds in so viele Spezialfonds zu zerlegen, wie sie es für angemessen halten, mit der Befugniß, diejenigen Gelder, welche den Reservefonds bilden, in dem Geschäft der Gesellschaft zu verwenden, ohne verpflichtet zu sein, diesen Fonds von den übrigen Geldern getrennt zu halten.

Lokal-Verwaltung.

108. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit Festsetzungen treffen für die Verwaltung und die Betreibung im Auslande, und dies in solcher Weise zu thun, wie sie es für erforderlich halten. Die in den drei folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen sollen den kraft dieses Paragraphen erteilten Befugnissen keinen Abbruch thun.

Lokal-Direktionen.

109. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit Lokal-Direktionen oder Agenturen einsetzen zur Leitung der Geschäfte im Auslande, oder Personen zu Mitgliedern oder Agenten solcher Lokal-Direktionen ernennen und deren Agenten eine Remuneration festsetzen. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit wie jederzeit einer derartigen Person irgend welche von den Befugnissen, Machtvollkommenheiten und Freiheiten verleihen, die den derzeitigen Direktoren übertragen worden, mit Ausschluß der Befugniß, Einzahlungen auszuschreiben; sie können ferner die jeweiligen Mitglieder einer solchen Lokal-Direktion ermächtigen, Balancen derselben zu ergänzen und trotz solcher Balancen können sie Ernennungen oder Delegirungen unter solchen Bedingungen vornehmen, wie sie (die Direktoren) für gut halten. Den Direktoren steht es jederzeit frei, eine so ernannte Person ihres Amtes wieder zu entheben und die Delegation zu annulliren oder abzuändern.

Vollmacht.

110. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit mittels Vollmacht, unter Siegel, Personen zu Bevollmächtigten der Gesellschaft für solche Zwecke ernennen und ihnen solche Befugnisse, Machtvollkommenheiten und Freiheiten erteilen, mit Ausnahme jedoch von solchen, die kraft der gegenwärtigen Urkunde den Direktoren übertragen sind und von ihnen ausgeübt werden, für eine so lange Zeit und unter solchen Bedingungen, wie sie, die Direktoren, von Zeit zu Zeit für angemessen halten. Eine solche Ernennung kann (wenn die Direktoren es für gut halten) vorgenommen werden zu Gunsten der, wie vorbesagt, errichteten Lokal-Direktionen, oder zu Gunsten einer Gesellschaft oder der Mitglieder,

Direktoren, Bevollmächtigten oder Managers einer solchen Gesellschaft oder Firma oder anderswie zu Gunsten einer zukünftigen Vereinigung von Personen, gleichviel ob dieselben von den Direktoren direkt oder indirekt ernannt worden sind. Eine solche Vollmacht kann solche Befugnisse enthalten zum Schutz und für die Bequemlichkeit von Personen, die mit einem solchen Bevollmächtigten in geschäftlichem Verkehr stehen, wie die Direktoren es für angemessen halten.

Sub-Delegation.

111. Die vorbesagten Delegirten oder Bevollmächtigten können von den Direktoren ermächtigt werden, alle oder einige der Befugnisse, Machtvollkommenheiten und Freiheiten, die sie (die Direktoren) besitzen, weiter zu übertragen.

112. Die Gesellschaft kann die ihr durch die Companies' Seales Act, 1864 übertragenen Befugnisse ausüben, und solche Befugnisse sollen demnach auch den Direktoren übertragen sein.

Dividenden.

Recht auf Antheil am Gewinn.

113. Vorbehaltlich des Rechtes solcher Mitglieder, die Anspruch haben auf Aktien, die unter besondern Bedingungen ausgegeben, soll der Gewinn der Gesellschaft an die Mitglieder vertheilt werden nach Verhältniß des auf die von ihnen besessenen Aktien eingezahlten Betrages; vorausgesetzt, daß, wo Kapital auf Ausschreibungen im Voraus gezahlt worden mit der Maßgabe, daß das Kapital verzinst werden soll, dann soll das Kapital, so lange es verzinst wird, ein Recht auf Theilnahme am Gewinn nicht verleihen.

Festsetzung der Dividende.

114. Die Gesellschaft in Generalversammlung kann eine Dividende festsetzen und sie an die Mitglieder zahlen lassen nach Verhältniß von deren Rechten und Interessen am Gewinn.

Verabsetzung des Dividendenbetrags.

115. Eine höhere Dividende darf nicht festgesetzt werden, als wie sie von den Direktoren empfohlen worden. Die Gesellschaft in Generalversammlung kann indessen eine geringere Dividende festsetzen. Dividenden dürfen nur aus dem Gewinne der Gesellschaft gezahlt werden.

Interims-Dividende.

116. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit a conto der nächsten Dividende den Mitgliedern eine solche Interims-Dividende zahlen, wie es ihrem Ermessen nach die Lage der Gesellschaft rechtfertigt.

Abzug von Schulden.

117. Die Direktoren können Dividenden retiniren, betreffs deren die Gesellschaft ein Pfandrecht hat; diese Dividenden können verwendet werden auf die Tilgung von Schulden und Verpflichtungen, für welche ein Pfandrecht besteht.

118. Eine ordentliche Generalversammlung, in welcher eine Dividende festgesetzt wird, kann auf Beschluß das auf die Aktien, für welche die Dividende

gezahlt werden soll, noch nicht eingezahlte Kapital aus- schreiben und das infolge dessen zu zahlende Kapital als Dividende anrechnen, und zwar so, daß, wenn beschloffen, die Einzahlung mit der Dividende, oder mit einem kompetenten Theil derselben, kompensirt werden kann.

Dividenden auf Aktivbestände zu zahlen.

119. Eine Generalversammlung, in welcher eine Dividende zur Festsetzung gelangt, kann durch spätern Beschluß die Direktoren ermächtigen, solche Dividende ganz oder theilweise zu zahlen im Wege Vertheilung spezifischer Aktivbestände, speziell durch eingezahlte Aktien des Kapitals der Gesellschaft, oder durch Schuldverschreibungen der Gesellschaft, Aktien oder Stocß; oder durch Schuldverschreibungen einer andern Gesellschaft, oder theils in der einen und theils in der andern Weise. Die Direktoren können, wenn sie es für gut halten, einem solchen Beschlusse nachkommen. Wo Schwierigkeiten sich herausstellen mit Bezug auf die Vertheilung, können sie die Sache so ordnen, wie sie es für gut halten. Sie können insbesondere Bruch-Certifikate ausgeben und den Werth festsetzen für die Vertheilung solcher spezifischer Aktivbestände; sie können ferner bestimmen, daß Baarzahlung an die Mitglieder zu machen ist nach Maßgabe des so gezahlten Werthes (zu dem Zwecke), um die Rechte aller Partien zu wahren; sie können ferner solche besondere Aktivbestände in treue Hand geben (Trustees), und zwar auf Grund solcher Bedingungen für diejenigen Personen, welche zum Empfange der Dividende berechtigt sind, wie es ihnen (den Direktoren) gerathen erscheint. Wo erforderlich, wird ein eigener Kontrakt eingereicht werden nach Abschnitt 25 der Companies Act 1867.

Befugniß zur Zurückbehaltung von Dividenden oder Aktien eines Unmündigen, Geisteskranken u. s. w.

120. Die Direktoren können die auf solche Aktien zu zahlenden Dividenden, zu denen Personen auf Grund des Cessions-Paragrapheu berechtigt sind, Mitglieder zu werden oder eine Cession zu bewirken, so lange zurückbehalten, bis eine solche Person auf Grund solcher Aktien oder Stocß Mitglied wird, oder dieselben vorschriftsmäßig überträgt.

Dividende an Mitbesitzer.

121. Falls mehr Personen eingetragene Mitbesitzer von Aktien oder Stocß sind, kann irgend welche dieser Personen rechtswirksame Quittung ausstellen für alle Dividenden und Zahlungen, die für solche Aktien oder Stocß gezahlt werden.

Anzeige, betreffend Dividenden.

122. Den Inhabern eingetragener Aktien oder Stocß wird Anzeige gemacht von der Festsetzung einer Dividende, gleichviel ob Interimsdividende oder andere- weise, in der hierin vorher vorgeschriebenen Weise.

Dividenden, zahlbar mittelst Cheque.

123. Dividenden können gezahlt werden mittelst Cheques, die mit der Post an die Adresse des empfangsberechtigten Mitgliedes zu senden sind, oder im Falle von mehreren Besitzern an denjenigen, dessen Name mit Bezug auf solche Aktien im Register zuerst auf-

geführt steht. Ein jeder solcher Cheque muß zahlbar gemacht werden an die Ordre desjenigen, an den er gesandt wird.

Rechnungswesen.

Rechnung zu führen.

124. Die Direktoren sollen ordnungsmäßig Rechnung führen über alle Gelder, die von der Gesellschaft eingenommen und ausgegeben werden, und zwar unter Angabe der Sache, für welche solche Einnahmen und Ausgaben stattfinden, desgleichen unter Angabe der Aktivbestände, Guthaben und Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Die Rechnungsbücher werden aufbewahrt im eingetragenen Bureau der Gesellschaft, oder an einem solchen andern Orte, wie die Direktoren es bestimmen werden.

Inspektion durch Mitglieder.

125. Die Direktoren haben von Zeit zu Zeit zu bestimmen, ob, in welchem Maße, zu welcher Zeit, an welchem Orte und unter welchen Bedingungen und Bestimmungen die Rechnungen und Bücher der Gesellschaft, oder ein Theil für Durchsicht der Mitglieder offen liegen sollen. Kein Mitglied soll das Recht haben, irgendwelche Rechnungen, Bücher oder Dokumente der Gesellschaft einer Durchsicht zu unterziehen, als nur die, welche die Direktoren kraft ihrer Vollmacht oder durch Beschluß der Gesellschaft in Generalversammlung genehmigt werden.

Jährliche Rechnungen und Bilanz.

126. In der ordentlichen Versammlung eines jeden Jahres sollen die Direktoren der Gesellschaft eine Bilanz vorlegen, welche eine Uebersicht des Eigenthums und der Verbindlichkeiten der Gesellschaft gestattet. Die Bilanz soll sich nicht länger zurückbeziehen als 6 Monat vor demjenigen Tage, an welchem die Versammlung stattfindet und die letzte Rechnungsaufstellung gemacht worden, oder, wenn es die erste Bilanz ist, vor der Inkorporation der Gesellschaft.

Jahresbericht der Direktoren.

127. Einer jeden Rechnungsbilanz muß der Bericht der Direktoren beigegeben sein über den Stand und die Lage der Gesellschaft, die Höhe desjenigen Betrages, den sie als Dividende in Vorschlag bringen, die von dem Gewinn der Gesellschaft an die Mitglieder zu zahlen ist. Der Bilanz muß ferner beigegeben sein der Betrag (wenn ein solcher vorhanden), den die Direktoren auf Grund der zu diesem Behufe hierin vorher enthaltenen Bestimmungen vorschlagen, daß er an den Reservefonds abgeführt werde. Der Bericht sowohl wie die Bilanz müssen von zwei Direktoren unterzeichnet und von dem Sekretair gegengezeichnet sein.

Abschätzung des Stammkapitals.

128. So lange der besagte Herr Emile Davenport 30,000 Pfund Stammaktien besitzt, soll er, wenn irgend welche Differenzen zwischen ihm und der Gesellschaft, die durch ihre Direktoren fungirt, entstehen sollten mit Bezug auf die Richtigkeit derjenigen Summe, welche in der der ordentlichen Generalversammlung irgend welchen Jahres vorgelegten Bilanz als der Werth des Stammkapitals der Gesellschaft angegeben ist, berechtigt

sein zu verlangen, daß eine solche Differenz schiedsrichterlichem Verfahren unterbreitet werde. In solchen Fällen soll die Differenz demnach zwei Schiedsrichtern überwiesen werden, von denen eine jede der streitenden Parteien Einen zu ernennen hat. Die Ueberweisung an die Schiedsrichter soll zum Praesidium (rule of court) in der gewöhnlichen Weise gemacht werden und die Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens sollen abhängig sein von dem Ergebnis desselben.

Rechnungsrevision.

Die Rechnungen werden jährlich geprüft.

129. Wenigstens einmal in einem jeden Jahre sollen die Rechnungen der Gesellschaft geprüft und die Richtigkeit des Gewinn- und Verlust-Contos und der Geschäftsbilanz von einem oder mehreren Rechnungsrevisoren festgestellt werden. Die Herren Josolyne, Miles und Blow, King Street, Cheapside, sind die ersten Rechnungsrevisoren. Die spätern Revisoren werden von der Gesellschaft in der ordentlichen Versammlung eines jeden Jahres ernannt. Die Remuneration der Revisoren wird bestimmt von der Gesellschaft in Generalversammlung. Ein Rechnungsrevisor, der aus dem Amte scheidet, kann wieder gewählt werden. Wird nur Ein Revisor ernannt, so sind auf ihn anwendbar alle in der gegenwärtigen Urkunde enthaltenen Bestimmungen. Die Rechnungsrevisoren können Mitglieder der Gesellschaft sein. Keine Firma soll disqualifiziert sein, als Rechnungsrevisor zu fungiren des Umstandes wegen, weil ein Mitglied einer solchen Firma einer der Direktoren der Gesellschaft ist.

Zufällige Bilanz.

130. Falls im Amte des Rechnungsrevisors eine Bilanz entstehen sollte, dann haben die Direktoren dieselbe sofort zu ergänzen.

131. Den Rechnungsrevisoren sollen Exemplare der Bilanz übergeben werden, die der Gesellschaft in Generalversammlung wenigstens einundzwanzig Tage vor der Versammlung vorzulegen sind. Es ist Pflicht der Revisoren, die Bilanz mit den bezüglichen Rechnungen und Belägen zu prüfen und der Gesellschaft in Generalversammlung Bericht darüber zu erstatten.

Inspektion der Bücher durch die Revisoren.

132. Die Rechnungsrevisoren haben zu den Büchern und Rechnungen der Gesellschaft zu jeder angemessenen Zeit Zutritt und können von den Direktoren und den andern Beamten der Gesellschaft mit Bezug darauf Auskunft verlangen.

Wenn Rechnungen definitiv als abgeschlossen gelten.

133. Eine jede Rechnung der Direktoren soll, nachdem sie von einer Generalversammlung geprüft und genehmigt worden, entscheidend sein, ausgenommen in dem Falle, wenn ein Irrthum darin entdeckt wird drei Monate nach geschehener Genehmigung. Stellt sich innerhalb dieser Zeit ein Irrthum heraus, dann soll die Rechnung sofort berichtigt werden, und von da an entscheidend sein.

Wie den Mitgliedern Anzeigen zugestellt werden.

134. Eine Anzeige kann einem Mitgliede von der Gesellschaft entweder persönlich oder mittels eines an das betreffende Mitglied unter seine eingetragene Adresse frankirten Briefes mit der Post zugesandt werden.

Im Auslande wohnende Mitglieder.

135. Ein jeder Inhaber von eingetragenen Aktien, dessen eingetragene Wohnung in dem Vereinigten Königreich nicht belegen ist, kann der Gesellschaft eine Adresse im Vereinigten Königreich schriftlich aufgeben, welche dann im Sinne des vorstehenden Paragraphen als seine eingetragene Wohnung angesehen werden soll.

Wenn keine Adresse aufgegeben.

136. Mit Bezug auf diejenigen Mitglieder, die im Vereinigten Königreich keine eingetragene Adresse haben, soll eine im Bureau angeschlagene Anzeige vierundzwanzig Stunden danach als vorschriftsmäßig zugestellt erachtet werden.

Keine Anzeige an Inhaber von Warrants.

137. Der Inhaber eines Aktien-Warrant soll, wenn darin nichts Anderes angegeben ist, mit Bezug auf den Warrant nicht berechtigt sein, eine Anzeige von der Generalversammlung der Gesellschaft zu erwarten. Wann eine Anzeige durch die Zeitungen bekannt gemacht wird.

138. Eine Anzeige, die den Mitgliedern von der Gesellschaft zu machen ist, soll, wenn sie von der gegenwärtigen Urkunde nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, durch öffentliche Bekanntmachung als angezeigt gelten. Eine Anzeige, die gemacht werden muß oder durch öffentliche Bekanntmachung gemacht werden kann, soll einmal in zwei in London erscheinenden Zeitungen bekannt gemacht werden.

Anzeige an die Mitinhaber.

139. Alle Anzeigen mit Bezug auf eingetragene Aktien, auf welche Personen ein gemeinschaftliches Anrecht haben, können an diejenige Person gemacht werden, die in dem Aktienregister zuerst genannt ist; und soll eine dergestalt gemachte Anzeige mit Bezug auf sämtliche Inhaber als genügend gemacht erachtet werden.

140. Eine mit der Post gesandte Anzeige soll als an dem Tage zugestellt gelten, der auf denjenigen folgt, an welchem der die Anzeige enthaltende Brief auf die Post gegeben wurde. Als Beweis einer solchen Zustellung soll es genügen, zu beweisen, daß der die Anzeige enthaltende Brief richtig adressirt zur Post gegeben ist.

Gefonnare sind durch vorgängige Anzeige gebunden.

141. Ein Jeder, der durch die Wirksamkeit des Gesetzes, der Uebertragung oder durch irgend welche andere Mittel ein Recht auf Aktien erwirbt, ist gebunden durch eine jede Anzeige betreffs solcher Aktien oder Stock, die vor der Eintragung seines Namens und Adresse in das Register derjenigen ordnungsmäßig gemacht worden, von der er sein Recht auf solche Aktie oder Stock herleitet.

142. Eine Anzeige oder Dokument, welches zufolge der gegenwärtigen Urkunde an die eingetragene Adresse eines Mitgliedes übergeben oder mit der Post versandt werden soll, ungeachtet des Umstandes, daß ein

solches Mitglied dann mit Tode abgegangen (gleichviel ob die Gesellschaft Anzeige von dem Tode erhalten), so lange als vorschriftsmäßig zugestellt erachtet werden mit Bezug auf eingetragene Aktien, gleichviel ob sie allein oder in Gemeinschaft mit andern Personen von einem solchen Mitgliede besessen werden, bis ein Anderer an seine Stelle als Inhaber oder Mitinhaber derselben eingetragen wird. Eine solche Zustellung soll für alle Zwecke der gegenwärtigen Urkunde als eine genügende erachtet werden mit Bezug auf seine Erben, Testamentserbkutoren oder Administratoren und einen Jeden, der gemeinschaftlich mit ihm oder ihr an einer solchen Aktie theilhaftig ist.

Liquidirung.

Barvertheilung des Aktivbestandes.

143. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft können die Liquidatoren (freiwillige oder amtliche) mit Genehmigung eines außerordentlichen Beschlusses einen Theil des Aktivbestandes der Gesellschaft an die Beiträgenden zur Vertheilung bringen, und steht es ihnen frei (mit gleicher Genehmigung), einen Theil des Aktivbestandes zum Nutzen der Kontribuenten in Treuhands zu geben, wie die Liquidatoren es für angemessen halten.

144. Wenn die Liquidatoren der Gesellschaft einen Verkauf vornehmen oder zufolge Abschnitt 161 der Companies' Act 1862 sich in ein Arrangement einlassen, dann soll ein dissentirendes Mitglied, im Sinne jenes Abschnitts, die ihm darin zuerkannten Rechte nicht haben, sondern es kann durch schriftliche, an die Liquidatoren zu richtende Anzeige, die in dem Bureau nicht später als vierzehn Tage nach der Versammlung, in welcher der Spezialbeschluss zu einem solchen Verkauf oder Arrangement gefasst worden, sie (die Liquidatoren) ersuchen, die Aktien, Stock, oder anderes Eigenthum, freie Wahl oder Privilegien, zu welchem es auf Grund des Arrangements sonst berechtigt gewesen wäre, zu verkaufen und den Nettoerlös ihm herauszuzahlen. Ein solcher Verkauf und eine solche Zahlung kann demnach gemacht respektive vorgenommen werden. Der letzt erwähnte Verkauf kann von den Liquidatoren in solcher Weise bewirkt werden, wie sie es für angemessen halten.

Spezial-Bestimmungen.

145. Ein solcher Verkauf oder Arrangement, oder der dasselbe genehmigende Spezialbeschluss kann Bestimmungen enthalten betreffs der Vertheilung oder Zueignung von Aktien, Baarzahlung oder andern Vortheilen zur Kompensirung mit den gesetzlichen Rechten der Beiträgenden der Gesellschaft. Einer jeden besondern Klasse können Vorzugs- oder Sonderrechte ertheilt werden eine jede Klasse kann davon ausgeschlossen werden. Falls es aber zu einer derartigen Bestimmung kommen sollte, dann soll der vorstehende Paragraph nicht Bezug haben mit der Absicht, daß ein dissentirendes Mitglied in einem solchen Falle die in Abschnitt 161 der Companies' Act 1862 enthaltenen Rechte zuerkannt erhalten soll.

Indemnität.

146. Ein jeder Direktor, Manager, Sekretair und anderer Beamte oder Diener der Gesellschaft soll seitens derselben schadlos gehalten werden, und soll es die Pflicht der Direktoren sein, aus den Fonds der Gesellschaft alle Kosten, Verluste und Ausgaben zu zahlen, die ein solcher Beamter oder Diener infolge eines geschlossenen Vertrages oder infolge einer Handlung oder That auf sich genommen und in Ausübung seiner Amtspflicht vorgenommen hat.

Persönliche Verantwortlichkeit der Direktoren.

147. Kein Direktor oder anderer Beamter der Gesellschaft soll haftbar sein für Handlungen, Quittungen, Vernachlässigungen oder Versehen der andern Direktoren oder Beamten, oder deswegen, weil er einer Quittung oder einer andern Handlung der Konformität wegen beigetreten ist; oder wegen eines Verlustes, oder Ausgaben infolge der Mangelhaftigkeit des Rechtstitels von auf Verfügung der Direktoren für die Gesellschaft erworbenem Eigenthum; oder wegen Mangelhaftigkeit einer Sicherheit, in die irgend welche Gelder der Gesellschaft angelegt worden; oder wegen Verlustes oder Schadens infolge des Bankrotts, der Insolvenz oder der rechtsschädigenden Handlung von Personen, bei denen Gelder, Sicherheiten oder Effekten deponirt sind; oder wegen irgend welchen andern Verlustes, Schadens oder Unglücks, das in der Ausübung der Pflichten seines betreffenden Amtes sich ereignet hat oder in Beziehung damit steht — wenn es nicht durch seine eigene vorsätzliche Handlung oder Nachlässigkeit entstanden ist.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 52.

Den 26. Dezember

1890.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

30. An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Sonnenburg zu Zielenzig ist der Beigeordnete Solf zu Sonnenburg zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Kreises Ost-Sternberg gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 16. Dezember 1890.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1890.

277. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 Amtsblatt Seite — 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1890 wie folgt festgesetzt worden sind:
Dezember: 26., 28., 31.

Potsdam, den 18. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

278. Festgestellt ist:

der Milzbrand bei einer verendeten Störche des zu Wustrow gehörigen Vorwerks Albertinenhof, Kreis Ruppin;

die Klauenseuche unter den Schweinen des Bauergutsbesizers Bonabel zu Frederßdorf, Kreis Angermünde;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Ritterguts Karpow, Kreis Osthavelland; unter dem Rindviehbestande und unter den Schweinen der Bauernhofbesizer Stegemann und Müller zu Falkenwalde, unter dem Rindviehbestande der Domainen Carmow, Wollin und Wittenhof, Kreis Prenzlau, unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers Wölle zu Warnitz und mehrerer Besitzer zu Reichow und Frederßdorf, Kreis Angermünde.

Die Ortschaft Karpow ist gegen das Durchtreiben von Wiederfäuern und Schweinen gesperrt worden.

Ueber die Ortschaften Warnitz, Reichow und Frederßdorf nebst deren Feldmarken ist nach Maßgabe des § 64 Abs. 2 der Instruktion vom 24. Februar 1881 die Sperre verhängt worden.

Erlöschen ist:

der Milzbrand unter dem Rindvieh des Bauern Lieve zu Markau, Kreis Osthavelland;

die Influenza unter den Pferden des Landwirths Bandelow zu Templin (Ausbau), Kreis Templin;

die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande des Bauergutsbesizers Philipp zu Bornim, Kreis Osthavelland, und in Schmarßow, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 22. Dezember 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinscheine Reihe XXI. zu den Preussischen 3½%igen Staatschuldscheinen von 1842 und der Zinscheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1881.

15. Die Zinscheine Reihe XXI. Nr. 1 bis 8 zu den Preussischen 3½%igen Staatschuldscheinen von 1842 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1894, sowie die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1881 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1900 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. Dezember d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hiersebst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem für jede der beiden genannten Schuldgattungen getrennt aufzustellenden Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangs-

bescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zins-scheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 28. Oktober 1890.

Königliche Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 6. November 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluß der kleinen Jagd.

14. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf **Auer-, Wild- und Fasanen-Gännen, Haselwild, Wachteln und Gassen** mit Ablauf des Sonnabend des 17. Januar 1891 geschlossen.

Potsdam, den 18. Dezember 1890.

Der Bezirksausschuß.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bekanntmachung.

98. In Abänderung meiner auf Grund des § 100 f. der Reichsgewerbe-Ordnung für den, den Gemeindebezirk Berlin umfassenden **Bezirk der Gastwirths-**

Innung zu Berlin erlassenen Bestimmung vom 26. Oktober 1889 (veröffentlicht im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam vom 8. November 1889 Stück 45 und in Nr. 255 des Berliner Intelligenz-Blattes vom 31. Oktober 1889) bestimme ich hiermit, daß Gast- und Schankwirths, welche, obwohl sie ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreiben, derselben nicht angehören, und deren Gehilfen (Kellner) zu den Kosten:

- 1) der von der Innung für den Nachweis für Gehilfenarbeit getroffenen, beziehungsweise unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2 der Gewerbe-Ordnung),
- 2) des von der Innung errichteten Schiedsgerichts (§ 97 a. Ziffer 6 der Gewerbe-Ordnung)

in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsmitglieder und deren Gehilfen (Kellner).

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Januar 1891 in Kraft.

Hierzu bemerke ich, daß in der Innung das gesammte Gast- und Schankwirthschaftsgewerbe in Berlin vertreten ist, jedoch nur insoweit, als dasselbe mit mindestens einem männlichen Gewerbegehilfen und mit Ausschluß von weiblicher Bedienung (Kellnerinnen) betrieben wird.

Berlin, den 16. Dezember 1890.

Der königliche Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

23. Vom **Sonntag, den 21. Dezember d. Js.**, ab hält der Localpersonenzug P. 30 auch in Friedenau.

Hierdurch ändert sich der Fahrplan für diesen Zug in folgender Weise:

Abfahrt Berlin	12 07 Nm.
" Friedenau	12 15 "
" Steglitz	12 20 "
" Lichterfelde	12 25 "
" Zehlendorf	12 31 "
" Schlachtensee	12 37 "
" Wannsee	12 43 "
" Neubabelsberg	12 51 "
" Nowawes-Neuendorf	12 57 "
Ankunft Potsdam	1 01 "

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin-Magdeburg).

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen.

Bezeichnung der

in Betracht kommenden Grundstücke.	seitherigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.	künftigen Gemeinde- resp. Gutsbezirke.
Das bei König belegene frühere Bismarck'sche Freisassengut von 93 ha 02 ar 70 qm Größe, Neu-Ruppin, den 16. Dezember 1890.	Gemeindefrei.	Gemeindebezirk König. Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

24. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 20. Verloosung von Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihe von 1868 A. sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Juli 1891 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Juli 1891 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Juli 1891 zahlbar werdenden Zinscheine Reihe VI. Nr. 8 nebst Anweisungen zur Reihe VII. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hieselbst, Taubenstraße Nr. 29, zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungen-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinschein-Anweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. Juni 1891 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1891 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Juli 1891 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten und gekündigten auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1868 A., 1850, 1852, 1853 und 1862 wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit dem Tage ihrer Kündigung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Schließlich hegen wir diese Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½ prozentigen Staatsanleihe, welche gemäß § 2 des Gesetzes vom 4. März 1885 (Ges.-E. S. 55) und der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. September 1885 in Verschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe umzutauschen waren, die in der Anlage unter IV. aufgeführten Nummern auch bis jetzt noch nicht eingereicht worden sind. Die Inhaber dieser Schuldverschreibungen werden deshalb wiederholt aufgefordert, den beregten Umtausch zur Vermeidung von weiteren Zinsverlusten alsbald zu bewirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß die zu den neuen 4prozentigen Verschreibungen von 1885 gehörigen Zinscheine Reihe I. Nr. 3 bis 20, von welchen die Scheine

Nr. 3 bis 12 bereits fällig geworden sind, bestimmungsmäßig vier Jahre nach ihrer Fälligkeit zu Gunsten der Staatskasse verfahren. Die Zinscheine Nr. 3 und 4, am 1. April bezw. 1. Oktober 1886 fällig geworden, sind demnach schon verfahren.

Berlin, den 2. Dezember 1890.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

31. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verwitweten Frau Kaufmann B. Bernicke zu Frankfurt a. D. die Schuldverschreibung der konsolidirten 4% Staatsanleihe von 1876/79 Lit. F. Nr. 57470 über 200 M. im August 1886 angeblich gestohlen worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Mar Hübner zu Breslau, Batischstr. 15, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 13. Dezember-1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

32. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Droguist Becker, Bertha geb. Hölzermann zu Erkner bei Berlin die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885 Lit. H. Nr. 125683, 125684, 125685 und 140159 über je 150 M. angeblich abhanden gekommen sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Becker anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 15. Dezember 1890.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

14. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 22. v. M. am 15. d. M. geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoinis gezogen worden: Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.)

159 Stück und zwar die Nummern:

378 640 884 905 1071 1337 1423 1503 1563 1583
1628 1861 2171 2257 2616 2826 2868 2911 3128
3346 3419 3593 3696 4407 4574 4702 4781 4798
4816 5295 5919 6018 6066 6331 6420 6530 6705

6709 6783 6828 6936 6998 7006 7120 7438 7448
 7454 7498 7878 7921 8121 8309 8319 8361 8369
 8722 8755 8769 8816 8817 8959 9034 9174 9260
 9398 9403 9406 9424 9473 9863 9952 10051
 10087 10133 10173 10247 10564 10879 10902
 10980 11614 11615 11638 11793 11842 12102
 12117 12244 12260 12394 12465 12528 12962
 13003 13011 13191 13243 13311 13327 13394
 13638 13676 13874 14103 14210 14505 14567
 14611 14628 14748 14768 14823 14989 15063
 15259 15264 15276 15425 15540 15609 15634
 15798 15849 15869 15950 15965 16060 16111
 16284 16294 16324 16500 16889 16907 17042
 17048 17098 17115 17116 17134 17142 17195
 17219 17259 17427 17615 17619 17828 17967
 17973 18028 18296 18335 18388 18596 18669
 18776 18799 19031.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.)

54 Stück und zwar die Nummern:

256 491 790 934 1006 1213 1250 1397 1498 1512
 1800 1855 1896 1907 2227 2275 2276 2349 2561
 2649 2852 3050 3289 3304 3570 3699 3948 4031
 4106 4147 4272 4421 4423 4513 4684 4756 4929
 4933 4945 5041 5302 5370 5402 5430 5572 5674
 5862 6107 6202 6204 6280 6326 6454 6699.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.)

212 Stück und zwar die Nummern:

156 203 533 554 569 779 849 1246 1300 1351
 1418 1476 1962 2010 2352 2864 2927 2947 3622
 3646 3820 3848 3978 3996 4067 4167 4177 4228
 4760 4887 5182 5190 5356 5495 5656 5957 6153
 6472 6630 6723 6835 6924 7122 7164 7258 7350
 7421 7585 7748 7783 7994 8001 8081 8568 8722
 8853 9105 9425 9456 9520 9617 9620 9674 9679
 9696 9737 9787 9821 9894 9921 9948 9963 10063
 10104 10372 10413 10431 10508 10583 10931
 10949 10982 11037 11066 11113 11222 11275
 11404 11427 11436 11653 11781 11879 12356
 12413 12537 12666 12695 12786 13225 13413
 13419 13675 14045 14311 14418 14538 14540
 14668 14685 14713 15259 15262 15531 15580
 15583 15597 15766 15802 15820 15962 16150
 16168 16230 16410 16457 16464 16599 16787
 16899 16917 17006 17077 17078 17096 17155
 17354 17358 17508 17520 17576 17625 17764
 17876 17942 17985 18152 18189 18210 18394
 18478 18497 18559 18676 18738 18819 19126
 19180 19269 19297 19427 19607 19670 19746
 19935 20270 20505 20539 20762 20768 20999
 21420 21471 21584 21586 21618 21664 21849
 21893 21943 22053 22055 22083 22246 22287
 22327 22332 22402 22409 22502 22998 23023
 23072 23217 23300 23423 23504 23527 23563
 23630 23640 23684 23710 23723 23805 23926
 23940 24047 24106 24381 24487 24577.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.)

177 Stück und zwar die Nummern:

71 113 284 325 404 557 670 744 747 775 818

892 958 992 1408 1416 1528 1884 2341 2879
 2914 3090 3449 3920 4017 4301 4463 4713 4980
 5151 5189 5480 5898 5920 6047 6671 6681 6771
 6857 6896 6923 7321 7433 7452 7499 7522 7586
 7656 7693 8118 8122 8152 8154 8174 8215 8434
 8521 8621 8656 8913 8966 9009 9016 9123 9221
 9333 9479 9492 9578 9629 9733 9773 9795 9943
 9994 10087 10284 10364 10442 10493 10657 10761
 10859 11049 11222 11256 11462 11635 11723
 11809 11891 11916 11928 12485 12493 12568
 12874 12892 13018 13694 13771 13846 13851
 13929 14022 14361 14410 14834 15017 15037
 15288 15373 15395 15399 15440 15513 16042
 16252 16303 16440 16808 16826 16855 16923
 16951 16976 16996 17001 17132 17193 17483
 17944 18103 18180 18221 18291 18403 18410
 18453 18547 18550 18558 18587 18666 18753
 18760 18762 18790 18870 18950 18957 18974
 19087 19207 19321 19401 19408 19466 19556
 19567 19569 19606 19685 19697 19742 19787
 19837 19877 19948 20342 20460 20489 20499
 20505 20513 20515 20516.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande, mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 2—16 nebst Talon bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. April f. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1901 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. November 1890.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Die Kammer-Gerichts-Referendare von Jagow und Dr. Steiniger sind zu Regierungs-Referendaren ernannt worden.

In Neu-Weißensee, Ecke der Langhansstraße und des Heinersdorfer Weges, hat der Apotheker Theodor Eckert die auf Grund der unterm 26. Juni d. J. erhaltenen Concession angelegte Apotheke eröffnet.

Der bisherige Hülfsprediger Berthold Wilhelm Paul Fleischmann ist zum Diakonus zu Strausberg und zum Pfarrer von Klosterdorf, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Otto Albert Wilhelm Lange ist zum Diaconus der Parochie Groß-Schönebeck, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der Lehrer Nordon ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen
im Bezirke des Kammergerichts im Monat
November 1890.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Dr. Sarre, Sauer, Matthes und Dr. Eugen Wolff bei den Amtsgerichten in Arnswalde bezw. Niesky, Angermünde und Sorau N./L., zum Staatsanwalt der Gerichtsassessor Dr. Klette beim Landgericht in Neu-Ruppin, zu stellvertretenden Handelsrichtern die Kaufleute Lustig und Valentin in Berlin.

Berufen sind: der Landgerichts-Präsident Schellbach in Schneidemühl an das Landgericht in Guben, die Amtsrichter Ziehm in Angermünde und Müller in Wendisch-Buchholz an das Amtsgericht in Cöpenick, der Amtsrichter Neumann in Mittenwalde an das Amtsgericht in Schwedt und der Amtsrichter Paul Friedländer in Bütow an das Amtsgericht in Jülichau. Der Landrichter Grzywacz in Berlin ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichs-Justizamt aus dem Preussischen Justizdienste geschieden.

II. Assessoren.

Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt die Referendare Ede, Dr. Tiltin, Korn, Böninger, Kühne, Neumann, Riep, Alberti, Wehlan, Dr. Bergschmidt, Dr. Weymann, Seligo.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Gerichtsassessor a. D. Günther, der Marine-Stations-Auditeur a. D. Justizrath Loos, der frühere Gerichtsassessor, Stadtrath a. D. Weber, der Rechtsanwalt Lehmann aus Gumbinnen und die Gerichtsassessoren Dr. Schwing und Joseph bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Franc bei dem Landgericht II. in Berlin. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Schwerin in Berlin.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Zindler, Richter, Friedeberg, Salzman, Baerwolff, Ritsche, Holzäpfel, Brückmann, Baumann, Roede, Russell, Wulff, Rasch, von Rutkowski, Ulrich, von Krosigk, Bergmann. Entlassen sind: Dr. Wilms, von Voefen, von Voos, Tappenbeck zwecks Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst, von Duast, Ufer, Buder, Sydow und Koppe auf ihren Antrag.

V. Subalternbeamte.

Zu Gerichtsschreibern sind ernannt die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen Franke in Berlin bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Mahling in Cottbus bei dem Amtsgericht in Beelitz, Klint in Driesen bei dem

Amtsgericht in Werder. Berufen sind die Gerichtsschreiber Jantke in Beelitz nach Sorau N./L. und Kolditz in Werder an das Amtsgericht in Potsdam. Pensionirt sind der Erste Gerichtsschreiber, Rechnungsrath Hubatsch beim Amtsgericht in Cottbus und der Gerichtsschreiber Beez beim Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben sind: der Gerichtsvollzieher Lobinsky in Landsberg a. W. und die Kanzlisten Gottschalk und Kreisel beim Landgericht I. in Berlin.

Bekanntmachung.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Wasserbauinspektor Fischer zu Wittenberge den Charakter als Baurath zu verleihen.

Magdeburg, den 17. Dezember 1890.

Der Chef der Elbstrom-Verwaltung,

Ober-Präsident der Provinz Sachsen,

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Biesenthal sind für das Jahr 1891 auf nachbezeichnete Tage festgesetzt: 9. und 23. Januar, 6. und 20. Februar, 6. und 20. März, 3. und 17. April, 1. und 15. Mai, 5. und 19. Juni, 10. Juli, 13. August, 15. und 25. September, 9. und 23. Oktober, 6. und 20. November, 4. und 18. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Biesenthal.

Eberswalde, den 11. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Für das Jahr 1891 sind für den Gerichtstagsbezirk Alte Grund folgende Gerichtstage in Aussicht genommen: 9., 10., 23., 24. Januar, 13., 14. Februar, 6., 7., 20., 21. März, 10., 11. April, 8., 9. Mai, 12., 13. Juni, 10., 11. Juli, 21., 22. August, 25., 26. September, 16., 17. Oktober, 13., 14. November, 4., 5., 18., 19. Dezember.

Alt-Landsberg, den 13. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

An folgenden Tagen werden im Jahre 1891 Gerichtstage in Niemegk im Rathhause abgehalten werden, und zwar für den Stadtbezirk Niemegk, sowie für die Amtsbezirke Bisdorf, Dahmsdorf und Zeuden: 1) am 31. Januar, 2) am 28. Februar, 3) am 28. März, 4) am 25. April, 5) am 30. Mai, 6) am 27. Juni, 7) am 29. August, 8) am 26. September, 9) am 31. Oktober, 10) am 28. November, 11) am 23. Dezember. Ferner wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß den Eigenthümern eintragungsfähiger Grundstücke gestattet ist, Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf Grund des Gesetzes vom 10. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 111) auch auf den außerhalb des Gerichtssitzes stattfindenden Gerichtstagen zu stellen.

Beelitz, den 8. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahre 1891 werden für den Bezirk des unterzeichneten Gerichts die Bekanntmachungen

1) in Handelsregisterfachen a. durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. die Vossische Zeitung, d. das Teltower Kreisblatt; 2) in Zeichen- und Musterregisterfachen durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger erfolgen.

Jossen, den 5. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1891 vorkommenden Eintragungen in das Firmen-, Gesellschafts-, Profuren-, Zeichen- und Musterregister sollen durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, das Kreisblatt zu Rauen und das Gremmen'er Wochenblatt veröffentlicht werden.

Gremmen, den 5. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung von Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register des unterzeichneten königlichen Amtsgerichts erfolgt im Jahre 1891 durch Einrückung in 1) den Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, 4) das Kreisblatt für die Ostprignitz zu Wittstock.

Weyenburg i. d. Prignitz, den 15. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das hiesige Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister werden im Jahre 1891 durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, 3) die Märkische Zeitung, 4) die Berliner Börsen-Zeitung bekannt gemacht werden. Die auf die Führung dieser Register sich beziehenden Geschäfte werden von dem Amtsrichter Barth unter Mitwirkung des Secretairs Schulze erledigt.

Rindow, den 17. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen, welche in dem bei uns geführten Genossenschafts-Register erfolgen, werden in nachfolgenden Blättern: 1) dem Deutschen Reichs-anzeiger, 2) dem Berliner Intelligenz-Blatt, 3) der Vossischen Zeitung, sofern dieselben aber kleinere Genossenschaften betreffen, nur in den beiden erst genannten Blättern bekannt gemacht werden.

Berlin, den 17. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 56.

B e s c h l u ß.

Auf Grund des Artikel 14 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs, sowie des § 147 des Reichsgesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, werden hier durch das Fürstenwalder Wochenblatt und das Kreisblatt für den Kreis Beeskow-

Storkow als diejenigen öffentlichen Blätter bestimmt, in welchen im Laufe sowohl des gegenwärtig noch laufenden, als des nächstfolgenden Jahres die auf die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Musterregister bezüglichen Bekanntmachungen für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts erfolgen sollen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften — außer in dem Deutschen Reichsanzeiger — lediglich in dem oben genannten Kreisblatte erfolgen sollen.

Storkow, den 14. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1891 werden die das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register betreffenden Bekanntmachungen des unterzeichneten Gerichts durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsen-Zeitung erfolgen.

Alt-Landsberg, den 12. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handelsregister werden im Jahre 1891 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und die Börsen-Zeitung bekannt gemacht werden.

Templin, den 5. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister des königlichen Amtsgerichts Rheinsberg erfolgt für das Jahr 1891 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handelsregister außerdem durch die Berliner Börsen-Zeitung und die Märkische Zeitung. Die Register-Geschäfte werden von dem Amtsrichter Reis unter Mitwirkung des Ersten Gerichtsschreibers Secretair Krell erledigt.

Rheinsberg, den 15. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Mit der Führung des Handels-, des Zeichen- und Muster-, sowie des Genossenschafts-Registers ist bei dem Amtsgericht zu Brandenburg für das Jahr 1891 der Amtsgerichtsrath Rabert unter Mitwirkung des Amtsgerichts-Sekretärs Pinczakowski beauftragt. Die Aufnahme der zu den Eintragungen erforderlichen Anträge findet jeden Donnerstag und Sonnabend von 11 bis 12 Uhr Vormittags im Zimmer Nr. 43 statt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen erfolgen 1) für das Zeichen- und Musterregister nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) für das Handelsregister und das Genossenschaftsregister bezüglich des Brandenburger und des Pehniner Vorschußvereins durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, durch die Börsenzeitung, den Brandenburger Anzeiger und das

Kurmärkische Wochenblatt, 3) für das Genossenschaftsregister bezüglich des Waaren-Einkaufs-Vereins zu Brandenburg und des Consum-Vereins Vorwärts zu Brandenburg nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger und durch den Brandenburger Anzeiger.

Brandenburg a. H., den 15. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1891 wird die öffentliche Bekanntmachung der Eintragungen I. in das Firmen-, Gesellschafts- und Prokurenregister durch a. den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Liebenwalder Kreisblatt, d. die Liebenwalder Zeitung, II. in das Genossenschaftsregister durch die a., b., d. bezeichneten Blätter und durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts; für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Liebenwalder Zeitung, III. in das Zeichen- und Musterregister durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.

Liebenwalde, den 17. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, welche im Jahre 1891 beim hiesigen Amtsgericht vorkommen, erfolgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register außerdem 1) durch die Berliner Börsenzeitung, 2) durch das Kreisblatt für die Westprignitz.

Perleberg, den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1891 von dem unterzeichneten Amtsgerichte zur Veröffentlichung gelangenden Bekanntmachungen über die Eintragungen in das Firmen-, Gesellschafts- und Prokuren-Register erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam, das Osthavel-

ländische Kreisblatt zu Nauen und die Fehrbelliner Zeitung, diejenigen über Eintragungen in das Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register erfolgen nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger und das Osthavelländische Kreisblatt zu Nauen.

Fehrbellin, den 13. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1891 werden die Eintragungen in die Handels-, Zeichen- und Musterregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsenzeitung, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister durch den Reichsanzeiger und die beiden hiesigen Wochenblätter bekannt gemacht werden.

Dahme, den 8. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1891 sollen die Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister außer im Deutschen Reichsanzeiger noch in der Berliner Börsenzeitung und den hiesigen Zeitungen „Neue Zeit“ und „Neues Intelligenzblatt“, für kleinere Genossenschaften nur in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht werden. Die auf die Führung dieser Register, sowie des Zeichen- und des Musterregisters sich beziehenden Geschäfte werden von dem Amtsrichter Kleinschmidt unter Mitwirkung des Sekretärs Zitscher bearbeitet.

Charlottenburg, den 17. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1891 werden die Eintragungen in unser Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Botsche Zeitung, 3) die Berliner Börsenzeitung, 4) die Rirsdorfer Zeitung, die Eintragungen für Genossenschaften außerdem durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und die Eintragungen im Zeichen- und Muster-Register allein durch das Blatt zu 1 bekannt gemacht werden.

Rirsdorf, den 17. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Lauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:				
1	Louis Francois Contesenne, Fischer,	geboren am 21. August 1833 zu Meudon, Departement Seine et Oise, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Münzverbrechen (sechsjähriges Zuchthaus laut Erkenntniß vom 2. Dezember 1884).	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	12. November 1890.

Nr. Lauf.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Josef Riedl, Metzger,	geboren am 25. Oktober 1858 zu Eisenthal, Bezirk Schlittenhofen, Böhmen, ortsangehörig zu Eisdorf, Bezirk Bischofteinitz, ebendaselbst,	Diebstahl (2 Jahre sechs Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 8ten Mai 1888),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	22. Oktober 1890.
2	Thomas Tesar, Schlosser u. Tagelöhner,	geboren am 10. Dezember 1859, ortsangehörig zu Elyn, Bezirk Prachatis, Böhmen,	Diebstahl (1 Jahr drei Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 10ten August 1889),	dasselbe,	17. Oktober 1890.
3	Alois Wiesner, Schuster u. Tagelöhner,	22 Jahre alt, ortsangehörig zu Ratschetin, Bezirk Bischofteinitz, Böhmen,	Diebstahl (2 Jahre drei Tage Zuchthaus laut Erkenntniß vom 6. November 1888),	dasselbe,	desgleichen.

h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Josef Gößl, Bäcker,	geboren am 21. Februar 1859 zu Rohling, Bezirk Graslig, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteeln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kempten,	4. November 1890.
2	Franz Gutbier, Fabrikarbeiter,	geboren am 11. Mai 1839 zu Heinersdorf, Bezirk Friedland, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	27. Oktober 1890.
3	Gustav Handrick, Fleischergehilfe,	geboren am 10. November 1870 zu Reichenberg, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	18. Oktober 1890.
4 a.	Anton Egger, Tagelöhner,	48 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Uderns, Bezirk Schwaz, Tirol,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	5. November 1890.
b.	dessen Ehefrau Juliana Egger, geb. Steiner,	46 Jahre alt, geboren zu Hart, Bez. Schwaz, ortsangehörig zu Uderns,			
5	Stefan Klinger, Strumpfwirker,	geboren am 22. April 1865 zu Schnaubühl, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig zu Schnaubühl = Wolfseberg, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	desgleichen.
6	Sebastian Koch, Eisensieder,	21 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Ainert, Bezirk Völs, Tirol,	Betteeln,	Stadtmagistrat Degendorf, Bayern,	1. Oktober 1890.
7	Alois Liebisch, Tagelöhner,	geboren am 17. August 1870 zu Frankenstein, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig zu Nieder = Ehrenberg, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	10. November 1890.

Lauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
8	Karl Oberst, Tagelöhner,	geboren am 2. Mai 1875 zu Sporitz, Bezirk Komotau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landsstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Wasserburg,	18. November 1890.
9	Carl Christian Josef Petersen, Klempner,	geboren am 5. April 1852 zu Svendborg, Dänemark, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	19. November 1890.
10	Valentin Schinagl, Scheerenschleifer,	24 Jahre alt, geboren zu Weyeregg, Bezirk Böcklabruck, Oesterreich, ortsangehörig zu Frankenburg, ebendaselbst,	Landsstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	5. November 1890.
11	Josef Scholz, Tischler,	39 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Weissbach, Bez. Friedland, Böhmen,	Betteln,	dasselbe,	desgleichen.
12	Josef Wilde, Fleischer,	geboren am 19. März 1850 zu Semus, Ungarn, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	7. Oktober 1890.
13	Josef Wenzel, Kutscher,	30 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Jglau, Mähren,	Landsstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein,	3. November 1890.

Hierzu eine Beilage, enthaltend 1) das Verzeichniß der in der 20sten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 2. Dezember 1890 zur baaren Einlösung am 1. Juli 1891 gekündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A., 2) das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihen vom Jahre 1868 A., 3) das Verzeichniß der aus Verloosungen und Restkündigungen noch rückständigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853 und 1862, 4) das Verzeichniß derjenigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½ prozentigen Staatsanleihe, welche noch nicht zum Umtausch gegen Verschreibungen der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe eingereicht worden sind, sowie Drei öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

.

.

.

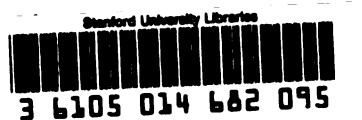
.

.

.

.

.



JS7
G3P6
1890

DATE DUE			



